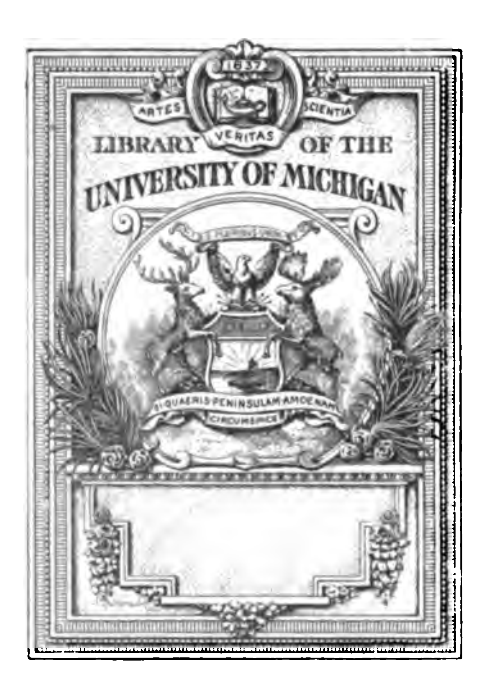
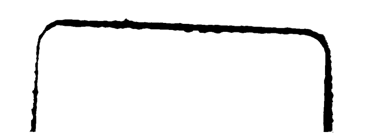

B 1,037,309


1837
ARTES
VERITAS
SCIENTIA
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
SI QUAERIS PENINSULAM AMOENAM
CIRCUMSPICE



Preußische Jahrbücher.

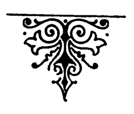
Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

Einhundertundneunter Band.

Juli bis September 1902.



Berlin
Verlag von Georg Stilke.
1902.

Inhaltsverzeichniß

des

109. Bandes der „Preußischen Jahrbücher".

Aufsätze.

Besprochene Werke.

Politische Korrespondenz.

Moderne Naturphilosophie.

Von

Eduard von Hartmann.

Um die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts erfüllte die Schellingsche Naturphilosophie die Welt mit Bewunderung; sie führte das aus, wonach Kant seine Lebelang gestrebt hatte, über dessen Vollendung ihm aber die Feder entsunken war. Seit der Renaissancezeit war dies der erste kühne Versuch, die Natur als ein Ganzes zu begreifen. In Oken und Hegel fand Schelling seine Fortsetzer; Goethe, Oersted, Fechner und Johannes Müller stehen unter seinem Einfluß, und durch den letzteren sind selbst auf Haeckel noch Spuren dieser Denkweise übertragen worden. Die großen Erfolge der experimentellen Naturwissenschaften lenkten das Interesse an der Natur nach einer anderen Richtung; man versenkte sich in das Studium des Einzelnen und ließ den Zusammenhang des Ganzen darüber aus den Augen. In den 50er Jahren wurde der Materialismus zur metaphysischen Grundlage erwählt, und in den 70er Jahren durch die agnostische Zeitströmung der metaphysische Hintergrund als etwas Unerkennbares bei Seite geschoben und Philosophie als überwundener Standpunkt zur Astrologie und Alchemie gelegt.

Experimentalphysik, Materialismus und Agnostizismus waren darin einig, daß die Naturphilosophie zu den traurigsten Ausgeburten der menschlichen Geistesverirrung gehöre, und Alles, was nur an diesen Namen erinnerte, wurde sorgfältig gemieden. In aller Stille bereitete sich jedoch etwas Neues vor. Den tiefer Denkenden wurde es klar, daß die Experimentalphysik mit ihrer Zersplitterung dem Erkenntnißdrange nicht Genüge thun könne, und daß man nach allgemeinen Gesetzen suchen müsse, aus deren Anwendung auf besondere Umstände die Spezialgesetze abgeleitet werden könnten. So erhob sich über und hinter der Experimentalphysik die theoretische

Physik, die sich selbst als das Allerheiligste der Naturerkenntniß und die Experimentalphysik nur als ihren Vorhof betrachtete. Sie stimmte merkwürdiger Weise mit der überwundenen Naturphilosophie darin überein, daß sie rein deduktiv und konstruktiv verfahren wollte und sich des hypothetischen Charakters der obersten Begriffe und Gesetze, aus denen sie deduzirte, nicht bewußt war. Ihr Unterschied bestand aber darin, daß ihre Deduktion nicht rein logisch oder dialektisch, sondern mathematisch war, und daß ihre obersten Begriffe und Gesetze durch Induktionen auf breiterer Erfahrungsgrundlage gewonnen, also viel besser fundamentirt waren.

Von ihrer methodologischen Verwandtschaft mit der Naturphilosophie hatte jedoch die theoretische Physik zunächst keine Ahnung, indem sie sich lediglich an den Unterschied der quantitativen Exaktheit hielt. Die zuerst mathematisch durchgebildete Mechanik wurde auf kleinste Theilchen, Moleküle oder Atome, angewandt, und allerlei verwickelte Erscheinungen, wie der Gasdruck, durch Molekularmechanik deduzirt. Die Entdeckung der Energiekonstanz durch Mayer, die von Joule experimentell bewiesen und durch Helmholtz nach allen Seiten rechnerisch durchgearbeitet wurde, eröffnete eine neue Möglichkeit der mathematischen Deduktion vieler physikalischen Erscheinungen mit Umgehung der Molekularmechanik. Die Clausius-Thomsonsche Entdeckung des zweiten Hauptsatzes der Energielehre, der allmählichen Entwerthung der konstanten Energie oder der fortschreitenden Abnahme ihrer Wirkungsfähigkeit trotz unveränderlicher Größe, eröffnete neue Möglichkeiten ähnlicher Art. Maxwells elektro-magnetische Wellentheorie, die sich auch auf Licht und Wärme anwendbar erwies, machte die Deduktion unabhängig von der näheren Beschaffenheit des Aethers außer von seiner dielektrischen Polarisirbarkeit. Damit waren die Hauptgrundlagen der heutigen theoretischen Physik beschafft.

Newton hatte außer Zeit und Raum noch zwei Grundbegriffe festgehalten: Kraft und stoffliche Masse, und der Materialismus des 19. Jahrhunderts ist ihm darin nachgefolgt. Die theoretische Physik lehrt aber, daß man außer Zeit und Raum nur noch Einen Grundbegriff brauchen kann, und daß man sich entscheiden muß, ob man als solchen die Kraft, die stoffliche Masse oder die Energie wählen will. Wählt man mit Boscovich, Ampère, Cauchy, Tyndall u. A. m. die Kraft, so werden die Atome zu stofflosen Zentralkräften und die Masse ist lediglich durch die Zahl der gleichartigen Uratome bestimmt. Wählt man mit Huyghens und Hertz' Mechanik

den Stoff, so ist die Kraft eine bloße Erscheinung des bewegten Stoffes. Wählt man mit Mach, Helm und Ostwald die Energie, so ist die Kraft nur ein Differentialquotient der Energie und der Stoff ein örtlicher Gleichgewichtszustand sich durchdringender Energien. Im ersteren Falle erhält man eine rein dynamische Physik, im zweiten Falle eine bloß kinetische, genauer hylokinetische, im dritten Fall eine rein energetische.

Die hylokinetische Physik ist ebenso wie die dynamische atomistisch, verwirft aber im Unterschied von dieser alle Fernkräfte, auch die auf molekulare Entfernungen wirkenden; statt deren braucht sie die Hypothese starrer Atomverbindungen aus nicht angebbaren Ursachen (Hertz). Die dynamische und die energetische Physik sind darin einig, den Stoff für ein unwahrnehmbares Phantasma, für ein Trugbild der menschlichen Sinnlichkeit zu erklären. Die dynamische und hylokinetische Physik erkennen die Gesetze der Energielehre an, suchen sie aber als ein Gesammtergebniß oder Summationsphänomen aus der Molekularmechanik abzuleiten, ebenso wie die verschiedenen Arten oder Erscheinungsformen der Energie (Wärme, Licht, Elektrizität u. s. w.). Wenn ihnen dies auch noch nicht vollständig gelungen ist, so ist doch auf diesem Wege schon so viel erreicht worden, daß er als durchaus fruchtbar anerkannt werden darf. Die rein oder qualitativ energetische Physik verwirft mit der Molekularhypothese auch die Molekularmechanik und die Erklärung der verschiedenen Energieformen durch dieselbe; sie läßt vielmehr die letzteren als unerklärbare gegebene Thatsachen bestehen, die nur durch ihre gegenseitige quantitative Vertretbarkeit auf eine gemeinsame unbekannte Wurzel zurückweisen.

Die Energetik spaltet sich demnach in eine mechanistische Energetik und eine reine oder qualitative; erstere sucht Molekularmechanik und Energetik zu vereinigen (Helmholtz, Thomson, Clausius und die meisten neueren Physiker), letztere verwirft diese Verknüpfung und will die Energetik von ihr frei halten (Mayer, Mach, Helm, Ostwald). Sie setzt sich über die philosophische Errungenschaft hinweg, daß alle Qualität nur subjektiv im Bewußtsein ist, und dasjenige, was ihr in der objektiven Realität entspricht, nur intensive oder extensive Quantitätsverhältnisse sind. Sie will auf die Energie als ein einheitliches Prinzip hinaus und vermag doch nicht begreiflich machen, woher die verschiedenen in einander umsetzbaren Energiearten stammen, in deren eine allemal das einheitliche Prinzip verhüllt erscheint. Sie mißachtet Alles, was die

Atomtheorie und die Lehre vom Aether bisher an Erklärungen beigebracht haben, und ist doch bisher nicht im Stande gewesen, bessere Erklärungen an deren Stelle zu setzen. Deshalb scheint die mechanistische Energetik den Vorzug zu verdienen.

Der hylokinetischen Physik ist die Brücke zum Seelischen abgebrochen; für sie bleibt die Entstehung des Empfindens und Wollens ein ewig unlösbares Räthsel (Dubois-Reymond). Für die rein energetische Physik hingegen scheint im Begriff der Energie die Brücke gegeben, die zum Seelischen und zur Empfindung hinüberleitet; sie will das Ignorabimus nicht mehr für sich gelten lassen. Wenn das, was wir Materie nennen, ein Produkt oder eine bloße Erscheinung der Energie ist, so kann die Empfindung oder psychische Erscheinung ebenso gut ihr Produkt sein. Die Energie wäre dann das gemeinsame Dritte hinter beiden Erscheinungsformen, hinter der Materie und dem Bewußtsein. Mit dieser Einsicht kommt die Physik ebenfalls zur Schellingschen Naturphilosophie zurück, das heißt, sie wird gleich ihr zur Identitätsphilosophie, indem sie ihren dritten Grundbegriff zur gemeinsamen Wurzel der Materie und des Geistes erhebt. Indem sie identitätsphilosophisch zu werden versucht, bemüht sich die moderne Physik, den Weg zur Verbindung mit den Geisteswissenschaften zurückzugewinnen, den sie sich als einseitiger Materialismus oder als Hylokinetik abgeschnitten hatte. Die Zuversicht, daß ihr Prinzip das höchste Weltprinzip ist, aus dem nicht nur die materielle, sondern auch die geistige Welt entspringt, erhebt sie über den Agnostizismus, erweitert ihren Gesichtskreis, und nöthigt sie mit einem Schlage, sich als „Naturphilosophie“ zu proklamiren.

Auf diesem Punkte ist nun die moderne Physik angelangt. Nicht die dynamische Richtung der Physik ist es, die sich zu solchen Konsequenzen aufgeschwungen hat, sondern die rein energetische. Die erstere konnte in der Masse ihrer Vertreter von dem schielenden Seitenblick auf unendlich kleine oder auch ausdehnungslose Stofftheilchen in den Mittelpunkten der Atomkräfte nicht recht loskommen (Fechner), und die wenigen Ausnahmen, denen dies gelang, blieben hierin auf die Denkweise ihrer Zeitgenossen ohne Einfluß. Die energetische Richtung hingegen mußte, weil sie ohnehin revolutionär auftrat, es leichter haben, mit dem alten sinnlichen Vorurtheil des Stoffes aufzuräumen. Die mechanistische Energetik ließ die Frage noch offen, ob die Molekularmechanik, aus welcher die verschiedenen Energiearten als Gesammtergebnisse hervorgehen,

auf stoffliche oder auf unstoffliche, rein dynamische Atome zu beziehen sei, und gestattete dadurch dem Wahngebilde des Stoffes in den Köpfen der meisten Physiker ruhig weiter zu vegetiren. Erst die qualitative Energetik hat sich das hohe Verdienst erworben, mit der physikalischen Bedeutung dieses subjektiven Phantasmas gründlich aufzuräumen und dadurch den Materialismus aus der Physik zu verbannen. Dieses Verdienst bleibt bestehen, auch wenn man die mechanistische Energetik an Stelle der qualitativen setzt; denn nachdem die letztere der Physik einmal den materialistischen Staar gestochen hat, kann die erstere ihre Atommechanik nur noch auf völlig stofflose Zentralkräfte beziehen, d. h. sich einem atomistisch gegliederten reinen Dynamismus, als der Grundlage aller Energien, zuwenden, wie ihn die Philosophie längst proklamirt hat.

Indem die Energetik das naturwissenschaftliche Denken aus den Fesseln des Materialismus befreite und zu einer identitätsphilosophischen Auffassung der Welt zurückführte, überschritt sie auch zugleich die Grenzen der Physik als solchen und brachte den so lange verpönten Namen der Naturphilosophie wieder zu Ehren. Schon Mach hatte in seinen „Prinzipien der Wärmelehre" einen langen philosophischen Anhang beigefügt, der Bruchstücke der Erkenntnißtheorie, Methodologie, Kategorienlehre und Naturphilosophie behandelt, allerdings noch wesentlich unter dem Gesichtspunkt des Agnostizismus. Der Chemiker Ostwald, der sich als Machs Schüler bekennt, hat im Sommer 1901 an der Leipziger Universität „Vorlesungen über Naturphilosophie" gehalten, die jetzt als stattlicher Band bei Veith & Co. (Leipzig 1902) veröffentlicht sind. Als Organ weiterer naturphilosophischer Forschung giebt er zugleich „Annalen der Naturphilosophie" heraus. Der physikalische Spezialismus der Experimentalforscher gilt also nicht mehr als der Weisheit letzter Schluß; die mathematische Formel, die bei Mach die Stelle der Substanz vertritt, rückt sammt der Rechnung wieder in die ihr gebührende Stellung eines schätzbaren Hilfsmittels des Denkens zurück. Die unaustilgbare Sehnsucht des menschlichen Geistes nach zusammenfassender, möglichst tiefbohrender, systematischer Naturerkenntniß hat wieder einmal im Laufe der Geschichte gesiegt.

Auch in erkenntnißtheoretischer Hinsicht ist der eingetretene Umschwung bedeutungsvoll. Bisher befand sich die Naturwissenschaft in dem Wahne, absolut gewisse Erkenntniß innerhalb ihres Gebietes zu liefern, außerhalb ihres Gebietes aber jede Möglichkeit einer Erkenntniß leugnen zu müssen. Das heißt, sie war positiver

Dogmatismus als Physik, negativer Dogmatismus oder zismus als allgemeine philosophische Weltanschauung; nur Wissenschaft, die Philosophie dagegen Aberglauben. Ostw kennt nunmehr an, daß die geistigen Operationen in der wissenschaft dieselben sind wie in der Philosophie, daß gleicher Weise keine Gewißheit, sondern nur Wahrsche liefern, und daß später vielleicht einmal ganz andere phy Grundbegriffe an Stelle der heutigen treten können, wom auch die Formeln der Physik eine ganz andere Gestalt an würden. Wenn er trotzdem an dem Machschen Begri hypothesenfreien Naturwissenschaft festhalten zu können so befindet er sich in einer Selbsttäuschung. Er verken Erkenntniß bloßer Wahrscheinlichkeiten und Erkenntniß Hypothesen Wechselbegriffe sind, daß die Physik nicht b Ursachenhypothesen, sondern auch mit Gesetzeshypothes Begriffshypothesen arbeitet, und daß die von ihm ge „Protothesen" (S. 399) genau dasselbe sind, was man sonst thesen" nennt.

Der erste Theil seines Werkes behandelt Erkenntn und Kategorienlehre, soweit sie für den angehenden Natu unentbehrlich scheinen. Hier will Ostwald nichts Eigenes sondern nur Ergebnisse der Philosophie in seiner indiv Formulirung übermitteln. Der zweite Theil erst giebt s energetische Weltanschauung, und zwar von S. 146 an sein philosophie des Unorganischen, von S. 312 an die des Org Die letzten Kapitel, die in die geistige Welt übergreifen, andeutende Skizzen. Die Naturphilosophie des Unorgani erörtern, würde hier zu weit führen; auch habe ich mi anderwärts ausführlich über dieselbe ausgelassen und a Ostwald auseinandergesetzt.*) Weniger fachwissenschaftlich allgemeinerem Interesse dürfte die Anwendung der Energ das organische und seelische Leben sein.

Während Ostwald die mechanistische Weltanschauung, d Glauben, das Organische aus Molekularmechanik erklären zu eifrig bekämpft, hält er selbst an dem Glauben fest, daß d getische Weltanschauung ausreiche, das Organische als Pro organischer Naturgesetze zu erklären. Er glaubt, hier nirge Räthseln oder hoffnungslosen Aufgaben zu stehen, wenn

*) Vergl. mein Buch: „Die Weltanschauung der modernen Physik" H. Haacke, 1902.

zugiebt, daß wir dabei große Wechsel auf wissenschaftlichen Kredit ziehen müssen. In der That sind die von ihm angeführten Analogien unorganischer und organischer Vorgänge viel zu unbestimmt, um zu einer eigentlichen Erklärung der letzteren etwas beizutragen. „Zweckmäßig ist Alles, was die Dauer vergrößert, unzweckmäßig Alles, was sie verkleinert“ (S. 337). Hätte Ostwald Recht, daß die Zweckmäßigkeit sich nur auf die zeitliche Dauer und räumliche Ausbreitung der Gebilde bezieht, so ständen Krystalle, Schlacken und Felsen teleologisch höher als Organismen, ein Eichbaum höher als ein Mensch.

Der einzige Unterschied des Organischen vom Unorganischen, den Ostwald anerkennt, ist der, daß in den Organismen die Energie sich in eine neue Qualität, die Nervenenergie, umwandelt, die in der unorganischen Natur nicht vorkommt. Ob aber diese Umwandlung stattfindet oder nicht, hängt wie bei jeder anderen Energieumwandlung lediglich von den äußeren Bedingungen, den sogenannten Maschinenbedingungen, ab. Der Organismus ist also nichts als eine etwas andere Verbindung von Energiearten, deren Besonderheit ganz und gar durch unorganische Gesetze bestimmt ist, und nichts von den hinzukommenden Kräften und Gesetzen anzunehmen gestattet, die von J. Reinke als „Gestaltungsdominanten“ von H. Driesch als „Vitalagens“ bezeichnet werden. Den Unterschied von Thier und Pflanze erachtet er im Grunde für willkürlich (S. 361), was man nur dann billigen kann, wenn man den Zusatz „im Grunde“ als gemeinsamen genetischen Ursprung deutet.

Man kann die Frage offen lassen, ob die Nervenenergie als eine besondere Energieart neben Wärme, Elektrizität u. s. w. zu betrachten sei oder nicht. Wir sprechen doch nur darum von verschiedenen Formen der einheitlichen Energie, weil sie sich in ihren Wirkungen auf unsere Sinne verschiedenartig bekunden. Eine eigenartige unmittelbare Bekundung der Nervenenergie für unsere Sinne läßt sich nicht behaupten, und ob die bisherigen Erfahrungen ausreichen, um die Annahme einer solchen eigenartigen Energieform mittelbar zu rechtfertigen, ist doch sehr zweifelhaft. Für die mechanistische Energetik, die ja doch alle Energiebethätigungen als Summen von Molekularenergie auffaßt, hat die Frage eigentlich gar kein Interesse; die qualitative Energetik würde die Nervenenergie jedenfalls nur dann als besondere Energiequalität ansprechen können, wenn sie das Grundmerkmal aller, die Vertretbarkeit und Aequivalenz allen anderen Energiearten gegenüber, mit

Sicherheit auf sie anwenden könnte. Wenn dagegen das logarithmische Verhältniß des Weberschen Gesetzes schon zwischen dem Sinnenreiz und Nerveneindruck und nicht erst zwischen dem Nerveneindruck und der Empfindung Geltung hätte, so wäre die Aequivalenz aufgehoben, also die Grundbedingung verneint, ohne welche der Nerveneindruck nicht eine eigene Energieart heißen kann. Ostwald hält jenes für wahrscheinlich (S. 386), ohne daraus die unausweichliche Folgerung zu ziehen. Ich suche dagegen das logarithmische Verhältniß erst in der Beziehung zwischen Nerveneindruck und Empfindung, und kann deshalb die Frage offen lassen.

So lange man bei den materiellen Vorgängen in den Nerven und im Zentralorgan verweilt, ist es selbstverständlich, daß alle in ihnen vorkommende Energie aus dem durch den Organismus fließenden Energiestrom und aus keiner anderen Quelle stammt, und daß sie den energetischen Gesetzen unterworfen bleibt. Welchen Namen man ihr in jedem Augenblicke giebt, scheint dagegen unerheblich. Wesentlich ist vielmehr die Frage, ob die organischen Vorgänge bloßes Ergebniß der unorganischen Naturgesetze sind, oder ob diese in ihnen mit besonderen, höheren, organischen, biologischen Naturgesetzen zusammenwirken, so daß das Gesammtergebniß ein anderes wird, als wenn erstere allein gewirkt hätten. Die moderne Biologie ist der Beschäftigung mit dieser Frage neuerdings wieder sehr ernstlich näher getreten; für Ostwald, der von der Chemie und Physik herkommt, dagegen ist es charakteristisch, daß die Frage für ihn noch immer gar nicht als Frage in Betracht kommt, d. h. daß sie von vornherein zu Gunsten eines ausschließlichen Wirkens unorganischer Naturgesetze entschieden ist, genau in demselben Sinne, wie dies für die materialistische und mechanistische Weltanschauung der meisten älteren Biologen und Physiker bisher als Dogma galt. Den Materialismus und Mechanismus hat die Ostwaldsche Naturphilosophie glücklich überwunden, aber den Bannkreis einer bloß unorganischen Naturgesetzlichkeit hat sie noch nicht überschritten. Es ist sehr begreiflich, daß der Physiker zunächst mit den ihm gewohnten Gesetzen auszukommen sucht, wenn er auf das Gebiet der Biologie übergreift; ein Umschwung der naturphilosophischen Ansichten konnte deshalb in diesem Punkte nur von der Biologie selbst ausgehen.

Die Nervenenergie ist zunächst unbewußt, sowohl als der durch den Reiz bewirkte Eindruck in Nerven, als auch als reflektorische, instinktive oder triebartige Reaktion, als auch als Umsatz zwischen

beiden durch eingeschaltete Zwischenglieder. Die Eindrücke nennt Ostwald unbewußte Empfindungen, die Reaktionen unbewußte Handlungen, die Zwischenglieder des Umsatzes oder die Verarbeitung des Eindrucks im Nerven bis zur Reaktion unbewußtes Denken oder unbewußte Wahl- und Schlußakte (S. 401—402). Unbewußtes Wollen dagegen lehnt er ab, weil er unter Wollen nur die bewußte Willensempfindung als Begleiterscheinung des energetischen Vorganges versteht. Gewiß sind Umsätze von Nervenenergie in Muskelenergie nicht Wollen zu nennen; aber ebenso wenig ist der Umsatz von Licht- oder Schallenergie in Nervenenergie schon Empfindung zu nennen. Unbewußte Empfindung ist in keinem Sinne widerspruchslos, da Empfindung das Insichfinden oder das Bewußtwerden des Eindrucks bedeutet. Eine Muskelreaktion, die nicht aus Wollen entspringt, kann wiederum nicht „Handlung" heißen.

Unbewußtes Denken und Streben (oder Begehren) ist unmöglich, wenn es nichts weiter im Organismus giebt als Nervenenergie, wenn keine höheren Kräfte nach höheren organischen Naturgesetzen in ihm wirken. Giebt es aber solche, so sind sie nichtenergetische Kräfte ohne Potential und ohne Kraftzentra, die weder die objektiv reale Erscheinung der Materie hervorrufen, noch auch die konstante Energiesumme alteriren, deren Aeußerungen deshalb auch dann, wenn sie unbewußt verlaufen, mit psychischen Bezeichnungen belegt werden dürfen. Ob man für solche unbewußte psychische Thätigkeit die Worte Wollen und Denken, oder lieber andere, z. B. Streben (Begehren) und gesetzliche logische Determination (ideale Antizipation) anwenden will, ist nebensächlich, weil bloße Sache der terminologischen Uebereinkunft und ändert nichts an den Begriffen. Die Hegelsche und Herbartsche Schule kennt wohl unbewußten Trieb und unbewußtes Streben, reservirt aber das Wort Wollen für bewußte Willkürakte; die Schopenhauersche Schule nimmt Wollen im weitesten Sinne als Gattungsbegriff für alles Streben und Begehren, und diese Terminologie ist von vielen modernen Psychologen übernommen worden, die sonst nicht auf Schopenhauerschem Boden stehen. In diesem weiteren Sinne des Wortes ist gegen unbewußtes Wollen nichts mehr einzuwenden.

Die Nervenenergie kann noch nicht unbewußte seelische oder unbewußte geistige Energie heißen, obwohl Ostwald sie manchmal so nennt (S. 381, 398). Als Nervenenergie ist sie zwar unbewußte, aber keineswegs unbewußt *geistige* Energie, sondern einfach

eine Art der unbewußten physischen Energie. Die unbewußtgeistige Energie leugnet Ostwald eben dadurch, daß er Kräfte ohne Potential und ohne Zentra im Organismus leugnet. Die bewußtgeistige Energie dagegen gilt ihm als eine zweite Art organischer Energie neben der Nervenenergie, nämlich als Zentralorganenergie (S. 393, 396, 403, 418); um Bewußtsein entstehen zu lassen, muß eine weitere Umwandlung der Nervenenergie im Zentralorgan stattfinden und ein weiteres Quantum Energie verbraucht werden (S. 403, 402). Es macht Ostwald „nicht mehr Schwierigkeiten zu denken, daß kinetische Energie Bewegung bedingt, wie, daß Energie des zentralen Nervensystems Bewußtsein bedingt“ (S. 396).

Ohne Zweifel ist das Zentralbewußtsein jedes Individuums an sein Zentralorgan gebunden und durch die Form bedingt, in welche die zugeleitete Nervenenergie in diesem Zentralorgan umgesetzt wird. In den Säugethieren z. B. ist dieses Zentralorgan das Großhirn, in niederen Thieren ein Ganglion oder auch nur eine Ganglienzelle, in der Zelle wahrscheinlich der Kern, in primitiven Vorstufen der Zelle irgend eine Vorstufe der Kernbildung. Wo das Individuum so einfach ist, daß kein Unterschied mehr zwischen seinen Unterbewußtseinen und seinem Zentralbewußtsein besteht, da kann auch seine bewußte Individualempfindung bloß durch das lebende Protoplasma bedingt sein, ohne eines Zentralorgans zu bedürfen. Wo dagegen im Individuum ein solcher Unterschied besteht, da kann sicherlich auch nichts in sein Zentralbewußtsein eintreten, ohne daß vorher die physische Nervenenergie der peripherischen Theile in physische Zentralorganenergie umgesetzt ist. Aber dieser Umsatz bleibt völlig innerhalb des physischen Gebiets als isotrope physische Kausalität. Soll die unbewußte physische Energie des Zentralorgans in bewußtseelische Empfindung umgesetzt werden, so ist dazu ein neuer Vorgang erforderlich.

Von den Anhängern Fechners, zu denen in dieser Hinsicht auch Mach gehört, wird derselbe als psychophysischer Parallelismus gedeutet, von den Anhängern Lotzes als psychophysische Kausalität. Ostwald verwirft den Parallelismus zu Gunsten einer psychophysischen Kausalität durch Energieumwandlung (S. 378, 395). Er bemerkt aber nicht, daß die Kausalität in diesem Falle Uebergang in ein anderes Gebiet, nämlich von der objektiv realen Sphäre des Daseins als Natur in die subjektiv ideale Sphäre des Bewußtseins, d. h. allotrope Kausalität ist, daß Reizintensität und Empfindungsintensität in ganz anderer Weise verschieden sind als verschieden-

artige Reize unter einander. Noch Niemand hat nachgewiesen, daß Energie im Zentralorgan verschwindet, wenn ein intensiver Bewußtseinsinhalt entsteht, und dieser Beweis wird auch nie erbracht werden. Dadurch ist aber schon die Annahme widerlegt, daß das Bewußtsein eine Energieart neben den physischen Energiearten sei. Jeder energetische Erklärungsversuch des Bewußtseins muß scheitern, weil zwar das Bewußtsein ein Produkt desselben Spiels der Kräfte ist, welches auch die Energie produzirt und ihre Erscheinungsform bestimmt, weil aber die Sphären, in welche diese beiden Produkte (Energie und Bewußtsein) fallen, ganz und gar verschieden sind, und die physische Energie ebenso wenig in die Bewußtseinssphäre hinübergreifen kann, wie die psychische Bewußtheit mit ihren Qualitäten in die Sphäre des objektiv realen Daseins und der physischen Wirksamkeit. Erst bei diesem Uebergang aus einer Sphäre in die andere tritt das logarithmische Verhältniß des Weberschen Gesetzes in Kraft — Beweis genug, daß die Aequivalenz und Vertretbarkeit der Energiearten unter einander und mit ihr der Energiebegriff überhaupt auf die physische Sphäre beschränkt ist.

Wollte Ostwald hingegen behaupten, daß gar kein Energieumsatz zwischen Zentralorganenergie und Bewußtseinsenergie stattfindet, sondern daß beide ein und dasselbe sind, nur das eine Mal von außen, das andere Mal von innen gesehen, so würde er in den Parallelismus zurückfallen, dem er zu entgehen wünscht. Zwischen der physischen Energie des Zentralorgans und der Intensität und Qualität des Bewußtseinsinhalts sammt seiner Bewußtseinsform gäbe es dann weder Energieumsatz noch Kausalität mehr, sondern die letztere wäre eine passive Begleiterscheinung der ersteren und fiele ganz aus der Kausalität heraus. Die Empfindung würde in demselben Sinne nur den passiven geistigen Parallelvorgang des physischen Energievorganges im Zentralorgan darstellen, wie nach Ostwald die Willensempfindung nur die bewußte Begleiterscheinung des die Muskelbewegung auslösenden Energieumsatzes im Zentralorgan ist (S. 422, 423).

Diese parallelistische Auffassung kann aber Ostwald schon darum nicht gelten lassen, weil sie den Zweck des Bewußtseins, d. h. seinen Nutzen für die Selbsterhaltung des Individuums im Daseinskampfe aufheben würde. Ohne Zweifel kann das Bewußtsein mit Hilfe des Gedächtnisses auf Grund früherer Erfahrungen die Zukunft bis zu einem gewissen Grade voraussehen und die zweckmäßigen Mittel zur Abwehr von Gefahren und zur Befriedigung der Be-

dürfnisse von unzweckmäßigen unterscheiden und diesen vorziehen (S. 409, 419, 422, 432). Aber was hülfen ihm diese Erkenntnisse, wenn es ohnmächtig wäre, sie in That umzusetzen, wenn es nur passive Begleiterscheinung physischer Vorgänge im Zentralorgan wäre? Soll das Bewußtsein zur Mitarbeit an der Selbsterhaltung befähigt sein, so muß es sein Kennen in Können verwandeln, d. h. die Energievorgänge im Zentralorgan unmittelbar oder mittelbar beeinflussen können.

Mittelbar könnte es sie nur beeinflussen durch Vermittelung nichtenergetischer Kräfte im Organismus, deren Existenz Ostwald abweist; unmittelbar kann es sie nur beeinflussen, wenn es selber entweder Energie oder eine nichtenergetische Kraft ist. Letzteres gilt wiederum für Ostwald als ausgeschlossen, worin ich ihm beipflichte. Folglich bleibt für Ostwald nur übrig, daß das Bewußtsein selber eine Energieart ist, aber eine solche, die noch von der physischen Energieform des Zentralorgans wesentlich verschieden ist, da sie diese beeinflussen können soll. Nun besteht aber bei dem Einfluß des Bewußtseins auf die Leibesbewegung nicht einmal mehr ein logarithmisches Verhältniß wie bei dem Einfluß des Reizes auf die Empfindung; es besteht hier weder Aequivalenz noch irgend welche Proportionalität, so daß die erste Vorbedingung fehlt, um den einheitlichen Energiebegriff und seine Besonderung in verschiedene Arten auf das Bewußtsein anzuwenden. Die energetische Auffassung muß danach an der Erklärung des Bewußtseins als völlig gescheitert gelten. —

Blicken wir auf Ostwalds Leistung zurück, so ist zu rühmen, daß er nach einem metaphysischen Prinzip, einer einheitlichen Substanz sucht, aus der einerseits die eine objektiv reale materielle Welt, andererseits die vielen Bewußtseinswelten hervorgehen. Es ist klar, daß dieses Prinzip aus keiner der Erscheinungssphären entlehnt sein darf, die aus ihm erklärt werden sollen, daß es also ebensowohl immateriell wie unbewußt sein muß. In diesem Suchen nach einem identitätsphilosophischen, immateriellen und unbewußten metaphysischen Prinzip weiß ich mich mit Ostwald einig; er mißversteht mich, wenn er annimmt, daß ich das Unbewußte als immaterielle, unbewußte, absolute Substanz und alleiniges metaphysisches Prinzip als unhaltbar zugegeben hätte (S. 406), und er mißversteht sich selbst, wenn er in seinem Prinzip der substantiellen Energie etwas Anderes als ein „allmächtiges Unbewußtes" sieht.

Die Unterschiede sind, wenn auch wichtig genug, doch gegen

diese Grundübereinstimmung sekundärer Art. In der unorganischen Natur hält er die Energie für etwas Ursprüngliches, ich sie für ein Gesammtergebniß unorganischer Zentralkräfte oder Potentialkräfte. In der organischen Natur glaubt er mit der Energie, den energetischen Kräften und den unorganischen Naturgesetzen auszukommen, während ich daneben Kräfte ohne Potential annehme, die nach höheren, organischen Gesetzen wirken, die Energiesumme unverändert lassen und sich nicht materiiren. Endlich glaubt er auch das Bewußtsein als eine Energieart auffassen zu dürfen, die durch Umwandlung von physikalischer Energie in Nervenenergie, dieser in Zentralorgan-energie und dieser wieder in bewußtgeistige Energie entsteht; ich dagegen halte es für ebenso unmöglich, daß das Bewußtsein und die Zentralorganenergie sich wie Wärme und Bewegungsenergie in einander verwandeln, als daß das Bewußtsein eines organischen Individuums die bloße Innenseite oder passive Begleiterscheinung der energetischen Vorgänge im Zentralorgan sei.

Alle diese drei von mir gemachten Ausstellungen weisen meines Erachtens auf einen Grundfehler in der Konzeption des Prinzips zurück. Ostwald sucht ein metaphysisches identitätsphilosophisches Prinzip und hält die Energie für ein solches. Thatsächlich ist aber die Energie weder ein metaphysisches noch ein identitätsphilosophisches Prinzip. Sie ist es ebensowenig wie die Materie oder der bewußte Geist. Sie gehört vielmehr ebenso wie die Materie zu der Sphäre des objektiv realen Daseins und ist ebensowenig wie diese im Stande, auch nur die Naturseite der Erscheinungswelt zu erschöpfen. Auch Ostwald verschließt sich nicht dem Gedanken, daß die Energie sich dereinst als ebenso unzulänglich zur vollständigen Erklärung des Naturgeschehens erweisen könnte wie die Materie*); er giebt nur nicht zu, daß die biologischen Thatsachen schon jetzt diese Unzulänglichkeit auf das Eindringlichste predigen. An Stelle des die unorganische und organische Natur erschöpfenden Prinzips der Kraft setzt er ein bloß für die unorganische Natur ausreichendes Prinzip der Energie, an Stelle des metaphysischen Prinzips der Kraft das pseudometaphysische, in Wahrheit aber einseitig phänomenale Prinzip der Energie. Mit diesem der einen Seite der Erscheinungswelt entnommenen Prinzip will er alsdann auch die andere Seite derselben, das Bewußtsein, erklären, wobei er sich

*) S. 308; vergl. auch Ostwalds Vortrag: „Die Ueberwindung des wissenschaftlichen Materialismus". Leipzig, Veit & Co. 1895. S. 34—35.



natürlich in gerade so unlösbare Schwierigkeiten verwickeln muß wie der Materialismus.

Denn die Energie ist genau in demselben Sinne wie die Materie eine objektive reale Erscheinung, ein Summationsphänomen von Kraftäußerungen, bloß aus einem etwas andern Gesichtspunkt betrachtet. Die Hylokinetik, die die Energie aus bewegter Materie erklären will, und die Energetik, die die Materie aus einem konstanten Zusammensein verschiedener, im Gleichgewicht befindlicher Energiearten erklären will, stehen insofern auf gleichem Boden, daß sie ein sekundäres Phänomen aus einem primären erklären wollen (S. 373), anstatt beide als koordinirte phänomenale Wirkungen eines nicht mehr phänomenalen metaphysischen Prinzips, der Kraft, aufzufassen. Beide leugnen zwar die Kraft nicht, halten sie aber nur für ein Produkt bewegter Materie, beziehungsweise für einen aus der Energie abgezogenen Abstraktionsbegriff des subjektiven menschlichen Denkens, während sie in Wahrheit das genetische Prius der Materie wie der Energie ist.

Vor dem Materialismus hat aber die Energetik den großen Vorzug, daß sie dem Dynamismus näher führt als jener es vermag. Der ältere Materialismus mit seinem Dualismus von Kraft und Stoff hatte zwar den Kraftbegriff schon erfaßt, konnte aber den Stoffbegriff noch nicht loswerden und beide nicht zusammenschweißen; der neuere hylokinetische Materialismus überwindet diesen Dualismus nur durch Aufopferung des Kraftbegriffes als eines ursprünglichen Prinzips und rückt dem Dynamismus um so ferner, je krampfhafter er sich an den Stoffbegriff klammert. Die Energetik dagegen macht, indem sie den Stoffbegriff ganz beseitigt, für den Dynamismus die Bahn frei, und wenn sie ihn noch nicht erreicht, so ist es nur, weil sie den integralen Gesichtspunkt über den differentialen stellt. Damit entrichtet sie ebenso wie der Materialismus dem Sinnenschein ihren Tribut. Weil die Sinne nur Energien, das heißt integrale Gesammtergebnisse der Kraftäußerungen wahrnehmen, werden diese für das Ursprüngliche, Genetisch-Erste gehalten, obwohl doch schon Aristoteles wußte, daß das für uns Frühere der Natur nach das Spätere ist. Wer an die Wirklichkeit des Naturprozesses glaubt, kann nicht umhin, sein stetiges Werden und Wandeln aus differentialem Gesichtspunkt nachzukonstruiren, und in dieser Rekonstruktion mehr zu sehen, als ein abstraktes Spiel des subjektiven Denkens, nämlich ein, wenn auch inadäquates Bild der

realen Genesis der Ergebnisse. Die mechanistische Energetik steht in dieser Hinsicht auf richtigerem Boden, hat aber noch nicht den Muth gefunden, sich von der stofflichen Atomvorstellung mit Entschiedenheit loszusagen und zu einem stofflosen, atomistisch gegliederten Dynamismus zu bekennen. Faßt man die Ueberwindung des Stoffbegriffs durch die qualitative Energetik und die Entstehung der Energie aus Atomkraftäußerungen oder Zentralkräften oder Potentialkräften, wie die mechanistische Energetik sie lehrt, in Eins zusammen, so dürfte man der Wahrheit am nächsten kommen.

Wie auch die Ansichten über diese Streitfragen sich in Zukunft gestalten mögen, jedenfalls ist es verdienstlich, daß Ostwald ihre Erörterung in Naturforscherkreisen von Neuem in Fluß gebracht hat. Möge er auch auf diesem Gebiete in Zukunft rüstig weiter arbeiten!

Die Entstehung und Bedeutung des australischen Bundesstaates.

Von

R. Krauel.

Mit dem Anfangstage des 20. Jahrhunderts, dem 1. Januar 1901, ist in die Reihe der großen Nationen ein neuer Staat getreten, welcher den Anspruch erhebt und ohne Zweifel auch berufen ist, eine wichtige Rolle in der wirthschaftlichen und politischen Entwicklungsgeschichte der Menschheit zu spielen. Die bisherigen englischen Kolonien, Neu-Süd-Wales, Viktoria, Queensland, Südaustralien, Westaustralien und Tasmanien haben sich unter Fortdauer der Oberhoheit der britischen Krone zu einem unauflöslichen Bunde vereinigt, der nach seiner Verfassung den Namen „Commonwealth of Australia" führt. Der neue Bundesstaat umfaßt den ganzen australischen Kontinent, den sogenannten fünften Welttheil, und die dazu gehörige Insel Tasmanien, zusammen ein Areal von 7 929 014 qkm mit einer Bevölkerung, die nach dem 1901 veranstalteten Zensus 4 357 350 Köpfe betrug. Wenn wir zur Veranschaulichung dieser Ziffern deutsche Verhältnisse heranziehen, so ergiebt sich, daß der australische Bund an Umfang fast 15 Mal größer ist als das Deutsche Reich, während die Einwohnerzahl um ein Geringes diejenige des Königreichs Sachsen übertrifft, dagegen nur den dreizehnten Theil der Gesammtbevölkerung des Deutschen Reichs von rund 56½ Millionen ausmacht. Australien zeigt mithin bei seiner Vereinigung zu einem Bundesstaat äußerlich ein ähnliches Bild wie die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika bei ihrer Unabhängigkeitserklärung im 18. Jahrhundert, wie in unsern Tagen Canada oder die Vereinigten Staaten von Brasilien: eine schwache Bevölkerung mit ungeheurem Territorialbesitz sucht in bundesstaatlichen Formen eine neue Epoche seiner Geschichte zu begründen. Aber während Brasilien sich im Wege einer gewalt-

samen Revolution aus einem monarchischen Einheitsstaate zu einer Föderativ-Republik umbildete, während die nordamerikanischen Kolonien nach blutigen Kämpfen die Herrschaft des englischen Mutterlandes abschüttelten und einen unabhängigen Bundesstaat schufen, während in Canada bei dem engeren Zusammenschluß der einzelnen Provinzen und Territorien die Besorgniß vor vermeintlichen Annexionsgelüsten der benachbarten amerikanischen Republik eine Hauptrolle spielte, ist das neue australische Gemeinwesen ohne innere Umwälzungen, ohne Trennung von dem Mutterlande, ohne von außen drohende kriegerische Gefahren in Erscheinung getreten. Wenn man den Kräften nachforscht, die bei dieser Entwicklung thätig waren, so muß man einen kurzen Rückblick auf die Geschichte des australischen Kontinents werfen.*)

I.

Die Geschichte Australiens beginnt erst mit dem Jahre 1770, als der Weltumsegler Cook die englische Flagge an der Ostküste des schon früher von spanischen und holländischen Seefahrern entdeckten Kontinents hißte, das Land Neu-Süd-Wales taufte und davon im Namen seines Königs, Georgs III., Besitz ergriff. Die englische Regierung traf zunächst keinerlei Anstalten, diese nominelle Besitzergreifung in eine thatsächliche umzuwandeln. Der Antrag auf Gründung einer Niederlassung in Neu-Süd-Wales blieb unberücksichtigt, bis man sich nach dem Verlust der nordamerikanischen Kolonien nach anderen überseeischen Gebieten umsah, die für die Aufnahme von englischen Sträflingen geeignet wären. Erst nachdem durch eine Order in Council vom Jahre 1786 die Ostküste Australiens oder, wie man damals sagte, Neu-Hollands als ein Platz bezeichnet war, wohin Verbrecher gesetzlich transportirt werden könnten, wurde in der Person des Kapitäns zur See Arthur Philipp ein erster Gouverneur für Neu-Süd-Wales ernannt und dessen Befugnisse durch ein Statut geregelt**). Es ist charakteristisch für die unbe-

*) Eine zusammenhängende geschichtliche Darstellung der Entstehung des australischen Bundesstaates ist bisher, soweit mir bekannt, weder in Australien noch in England erschienen. Das Buch von Sir John A. Cockburn „Australian Federation" London 1901 enthält nur eine Reihe von Reden und Vorträgen, die der Verfasser über diesen Gegenstand gehalten hat.

**) Philipp war von deutscher Abkunft, der Sohn eines nach England ausgewanderten Frankfurters, der in London Sprachunterricht ertheilte und sich dort mit einer Engländerin, der Wittwe des Kapitäns Herbert, verheirathet hatte.

fangene Leichtigkeit, mit der noch in jener Zeit koloniale Erwerbungen von riesiger Ausdehnung mittelst eines Federstrichs gemacht wurden, daß in der Bestallung für den Gouverneur von Neu-Süd-Wales als sein Amtsbezirk das ganze Gebiet des östlichen Australiens bezeichnet war, welches zwischen Kap York an der Torres-Straße im Norden und dem Südkap auf der heute Tasmanien genannten Insel liegt, die man damals noch für einen Theil des Festlandes ansah. Als binnenländische Grenze war der 135° östl. L. bestimmt. Neu-Süd-Wales umfaßte somit das Areal der heutigen Staaten Queensland, Neu-Süd-Wales, Viktoria, Tasmanien und einen Theil Südaustraliens. Aber damit nicht genug, war die Jurisdiktion des Gouverneurs auch auf alle benachbarten (adjacent) Inseln der Südsee ausgedehnt, die unter demselben Breitengrade lagen wie das in Besitz genommene Festland, sodaß je nach Bedürfniß beispielsweise auch die Neu-Hebriden, Neu-Kaledonien, die Fidschi-Inseln und im Süden der größte Theil von Neuseeland als englischer Oberhoheit unterstehend reklamirt werden konnten.

Die Mittel, die zur Beherrschung und Verwaltung dieses ungeheuren Gebietes dem Kapitän Philipp zur Verfügung gestellt wurden, waren freilich sehr bescheidene. Der neue „Captain-General and Governor-in-chief in and over the territory of New-South-Wales and its dependencies“, wie der pomphafte offizielle Titel lautete, traf im Januar 1788 an seinem Bestimmungsort mit einer kleinen Flotte ein, auf welcher sich rund 200 Seesoldaten an Offizieren und Mannschaften und 800 männliche und weibliche Sträflinge befanden. Die kleine militärische Macht reichte kaum hin, um die Gefangenen im Zaum zu halten und sich der Angriffe der australischen Eingeborenen zu erwehren, welche die an der Stelle des heutigen Sydney gegründete und Port Jackson benannte Niederlassung umschwärmten. Immerhin war der erste Anfang zu einer thatsächlichen Besitzergreifung gemacht, und dies wurde nach den Anschauungen der damaligen Zeit für ausreichend gehalten, um andere Nationen an Erwerbungen innerhalb der von England beanspruchten, den Amtsbezirk des Gouverneurs von Neu-Süd-Wales umfassenden Gebiete zu verhindern. Die einzige Seemacht, die damals den britischen Ansprüchen hätte gefährlich werden können, war die französische, und auch sie verschwand nach dem Ausbruch der Revolutionskriege bald aus der Südsee, so daß die Engländer dort das Feld allein behielten. Langsam entwickelte und bevölkerte sich die neue Kolonie, in welcher seit Anfang 1796 auch freie An-

siedlerfamilien erschienen*), während der Hauptzuwachs der Einwohnerschaft noch für geraume Zeit durch die regelmäßig aus England eintreffenden Sträflingstransporte erfolgte. Die erste Zweigniederlassung fand auf der nördlich von Neuseeland liegenden Insel Norfolk statt, die einem Leutnant-Gouverneur unterstellt wurde. Weitere vereinzelte Ansiedlungen entstanden dann in Hobart auf der damals noch Van Diemens-Land genannten Insel Tasmanien, in Port Philipp, dem heutigen Melbourne, und in Moreton-Bai, an welcher sich gegenwärtig Brisbane, die Hauptstadt von Queensland, erhebt. Alle diese Niederlassungen wurden zunächst von Neu-Süd-Wales aus regiert, sogar für das entfernte Neuseeland ernannte der Gouverneur in Sydney gelegentlich einen Beamten zur Ausübung der Gerichtsbarkeit über die dort ansässigen Engländer, während die formelle Annexion dieser Insel durch England erst im Jahre 1840 ausgesprochen ist. Als erste selbständige Kolonie wurde 1825 Tasmanien abgetrennt, es folgte 1829 das inzwischen entdeckte und unter dem Namen Swan river-settlement von England in Besitz genommene Westaustralien. 1836 erhielt Südaustralien eine gesonderte Regierung, 1841 Neuseeland, zehn Jahre später Viktoria und endlich 1859 Queensland.

So waren im Zeitraum von 70 Jahren aus der Sträflings-Niederlassung in Port Jackson sieben blühende Gemeinwesen entstanden, die den australischen Kontinent unter sich getheilt hatten und von den Inseln des Stillen Meeres diejenigen beiden beherrschten, welche für eine europäische Kolonisation die geeignetsten sind. Es war eine durch die Verhältnisse gebotene, naturgemäße Entwicklung, hervorgegangen aus dem Bedürfniß nach einer besseren Verwaltung der abgetrennten Gebiete und in jedem einzelnen Fall sanktionirt durch Statuten und Parlaments-Akte der englischen Regierung, welche in letzter Instanz über die Grenzen und die Verfassung der ihrem Szepter unterworfenen Kolonien entschied. Die Behörde, der in England die Verwaltung der Kolonien oblag, war von 1786 bis 1801 eine Abtheilung des Privy-Council, das sogenannte Komitee für Handel und Plantagen — plantations hießen damals noch die überseeischen Kolonien —, seit 1801 gab es einen gemeinschaftlichen Staatssekretär für das Kriegs-Departement

*) Der erste freie Kolonist war ein Deutscher, Namens Philipp Schoeffer (Schäffer?), der 140 acres Land von der Regierung erhielt. Vergl. J. D. Lang „A historical and statistical account of New South Wales. London 1875. Band I. S. 32 u. 33.

und die Kolonial-Verwaltung*) (secretary for war and the colonies), bis dann im Jahre 1854 die vollständige Trennung dieser beiden Ministerien erfolgte und ein besonderer Staatssekretär für die Kolonien ernannt wurde.

Die erste Periode der australischen Geschichte, diejenige der Abzweigung selbständiger Kolonien von der Stamm-Kolonie Neu-Süd-Wales, fällt mithin in die Zeit, wo der englische Staatssekretär des Krieges auch die oberste Leitung der Kolonie hatte. Die Regierung in London hat die Gründe, welche für diese centrifugale Entwicklung der staatlichen Verhältnisse in Australien maßgebend waren, stets bereitwillig anerkannt und sich den Wünschen der Kolonisten auf Anerkennung der Selbständigkeit neuer Gemeinwesen, sobald diese nach dem Stande ihrer Bevölkerung und Finanzen lebensfähig und für eine gesonderte Verwaltung reif waren, nicht widersetzt. Auf der andern Seite bemühte sich gerade die englische Regierung im Gegensatz zu dem Lokalpatriotismus, der sich allmählich in den einzelnen australischen Kolonien ausbildete, das Gefühl der politischen und nationalen Zusammengehörigkeit und der Gemeinsamkeit der wichtigsten wirthschaftlichen Interessen unter den letzteren lebendig zu erhalten. In diesem Sinne schlug der Staatssekretär Lord Grey im Jahre 1847 eine gemeinsame gesetzgebende Körperschaft für ganz Australien vor und zwei Jahre später, in einem Bericht vom 4. April 1849 empfahl das zu einem Gutachten über die künftige Regierung der australischen Kolonien aufgeforderte Komitee des Privy-Council die Ernennung eines General-Gouverneurs für Australien, Annahme eines gemeinsamen Zolltarifs und Einsetzung einer allgemeinen Versammlung (general assembly), die, aus den Mitgliedern der Legislaturen in den verschiedenen Kolonien gewählt, für gesetzgeberische Maßregeln bei Angelegenheiten von gemeinschaftlichem Interesse (intercolonial questions), insbesondere für Zölle, Verkehrsanstalten und Rechtssprechung zuständig sein sollte. Allein diese Pläne gelangten nicht zur Ausführung. Das englische Oberhaus erklärte sie für verfrüht und auch in Australien selbst überwog zunächst das Bestreben, die lokale Selbständigkeit noch weiter auszubilden und durch eine den besonderen Verhältnissen einer jeden Kolonie angepaßte Gesetzgebung deren Gedeihen und Wohlstand zu fördern. Der geschicht-

*) Die nominelle Unterstellung der Kolonialabtheilung unter den Kriegsminister war schon 1794 erfolgt. Vgl. Egerton: A short history of British colonial policy. London 1897. S. 495.



lichen Entwicklung trug das neue Gesetz von 1850 für eine bessere Regierung der australischen Kolonien*) nur insofern Rechnung, als der Gouverneur von Neu-Süd-Wales, der ersten und ältesten Kolonie, den Titel General-Gouverneur von ganz Australien erhielt und zugleich zum Gouverneur von Viktoria, Südaustralien und Tasmanien ernannt wurde, während die höchsten Beamten dieser Kolonien sich mit dem Grade eines Leutnant-Gouverneur begnügen mußten. Doch dauerte dies Verhältniß nicht lange, schon 1855 wurde der Name Leutnant-Gouverneur allgemein durch Gouverneur ersetzt und seit 1861 ließ man für Neu-Süd-Wales die Bezeichnung General-Gouverneur, mit der keine besonderen Vorrechte mehr verbunden waren, endgiltig fallen. Die beiden einzigen Gouverneure in Sydney, welche den jetzt wieder eingeführten Titel General-Gouverneur von Australien getragen haben, waren Sir Charles Fitzroy und Sir William Denison.

Auch in sonstiger Beziehung hatte die englische Regierung ihre australischen Kolonien möglichst gleichzustellen gesucht. Durch die Parlaments-Akte von 1850 wurde ihnen die unbeschränkte Verfügung über alle Einnahmen, abgesehen von solchen aus den Landverkäufen, und die Erhebung von Zöllen, soweit sie nicht differentieller Natur waren, gestattet. Desgleichen sollten die Verfassungen der einzelnen Kolonien möglichst nach übereinstimmenden Prinzipien geordnet werden. In Neu-Süd-Wales bestand schon seit 1823 neben dem Gouverneur, dessen Machtbefugnisse in den ersten Zeiten der Kolonie, wo militärisch regiert werden mußte, fast unbeschränkte gewesen waren, eine gesetzgebende Körperschaft (Legislative Council), deren Mitglieder Anfangs nur im Namen der englischen Regierung von der Kolonialverwaltung in London ernannt, später, seit 1842, zu zwei Dritteln von den Kolonisten gewählt wurden. Diese so reformirte und parlamentarisch umgestaltete Behörde gelangte seit 1850 auch in den anderen Kolonien zur Einführung, bis es wenige Jahre später in ganz Australien zur Annahme parlamentarischer Verfassungen nach englischem Muster kam mit Ober- und Unterhaus und einem der Volksvertretung verantwortlichen Ministerium (responsible government).

Das Mutterland war klug und weitsichtig genug, um sich fortan jeder unerbetenen Einmischung in die inneren Verhältnisse seiner australischen Kolonie zu enthalten und dadurch Konflikte zu

*) Act of 1850 for the better government of the Australian colonies. 13 and 14. Vict. cap. 59.

vermeiden, die leicht, wie früher in Nord-Amerika, zu einem Verlust dieser Besitzungen hätten führen können. In der That ist in Australien der Ruf nach einer Trennung von England nur gelegentlich zu Zeiten einer vorübergehenden Aufwallung erhoben, beispielsweise als es sich um einen Protest gegen die Fortdauer der Transportation englischer Verbrecher nach dem australischen Kontinent handelte, oder in Neuseeland bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Kolonialamt über die Abberufung der englischen Truppen und die Regelung der Verhältnisse der dortigen eingeborenen Bevölkerung. Unter diesen Umständen blieb es dagegen nicht aus, daß in den einzelnen Kolonien der weitere Ausbau der Verwaltung und Gesetzgebung lediglich nach den lokalen Bedürfnissen und Gesichtspunkten erfolgte und das Bewußtsein einer wirthschaftlichen und politischen Interessengemeinschaft in den Hintergrund trat. Freilich fehlte es auch in dieser Zeit nicht völlig an Einheitsbestrebungen. In Neu-Süd-Wales und Viktoria, welche die schnellsten Fortschritte machten und es liebten, gelegentlich als Wortführer der öffentlichen Meinung von ganz Australien aufzutreten, fanden schon 1853 und 1857 Versuche statt, eine Bundesversammlung (Federal Assembly) ins Leben zu rufen, deren Verfassung auf einer interkolonialen Konferenz vereinbart werden sollte.*) Hierzu kam es nun allerdings nicht, doch versammelten sich von Zeit zu Zeit derartige, von mehreren oder allen Kolonien beschickte Konferenzen, auf denen gemeinschaftliche Maßregeln über Post, Telegraphen, Schiffsverbindung mit Europa, Einwanderung und ähnliche Gegenstände berathen wurden. So gelang es auf einer Postkonferenz, die Subventionirung einer regelmäßigen Dampferlinie zwischen Ceylon und Australien im Anschluß an die englisch-indische Linie durch ein Zusammenwirken zwischen Neu-Süd-Wales und Viktoria zu erreichen. Auf Konferenzen zu Melbourne in den Jahren 1871 und 1873 fanden sogar schon Verhandlungen über einen australischen Zollverein (commercial union) statt, die freilich ergebnißlos blieben, da Neu-Süd-Wales dem Prinzip des Freihandels huldigte, während Viktoria einen stark schutzzöllnerischen Tarif besaß und keine der beiden Kolonien zu annehmbaren Konzessionen bereit war. Indessen erhielten die Kolonien durch britische Parlaments-Akte**) damals das Recht, im

*) Die Namen von Charles Wentworth in Neu-Süd-Wales und Charles Gavan Duffy in Viktoria sind mit dieser Bewegung verknüpft.

**) Australian Colonies Duties Act. 1873.

Verkehr untereinander die Zölle herabzusetzen oder zu erhöhen, wogegen das Verbot differentieller Zölle gegen Einfuhren aus fremden Ländern oder aus Großbritannien aufrecht erhalten blieb. Auch die Frage wegen einer gemeinschaftlichen Vertheidigung der australischen Kolonien kam schon zur Sprache, nachdem die englische Regierung die ständigen Truppen, welche sie früher in Australien hielt, zurückgezogen hatte.

Trotz dieser Ansätze zu einer Verständigung über Angelegenheiten, bei welchen allgemeine australische Interessen auf dem Spiele standen, läßt sich für die Periode von 1850 bis Anfang der achtziger Jahre behaupten, daß namentlich in Folge der zunehmenden Eifersucht zwischen Viktoria und Neu-Süd-Wales und der ungleichen wirthschaftlichen Entwicklung in den verschiedenen Theilen des australischen Kontinents die Entfremdung unter den einzelnen Kolonien Fortschritte machte und der Gedanke einer zukünftigen bundesstaatlichen Einheit Australiens nur vereinzelte Anhänger zählte, die große Masse der Bevölkerung aber noch nicht ergriffen hatte. Auch eine 1880 nach Melbourne zusammenberufene und später in Sydney fortgesetzte Konferenz, auf der über gegenseitige Gewährung von Rechtshilfe in den verschiedenen Kolonien und über gemeinsame Maßregeln zur Beschränkung der chinesischen Einwanderung berathen wurde, ging ohne praktische Ergebnisse auseinander. Vorübergehend kam die Bewegung für eine engere Verbindung zwischen den einzelnen Kolonien wieder in Fluß, als Ende 1882 Gerüchte über beabsichtigte Annexionen Deutschlands und Frankreichs in der Südsee sich verbreiteten. Die Australier fühlten sich dadurch in ihrer staatlichen Sicherheit bedroht, Queensland versuchte in etwas summarischer Weise durch die Proklamation eines in Thursday-Island stationirten Polizei-Kommissars Besitz von Neu-Guinea zu ergreifen, und als die englische Regierung diesen Akt nicht anerkannte, folgten Beschlüsse einer in Sydney zusammengetretenen interkolonialen Konvention, worin die Annexion sämmtlicher Südsee-Inseln zwischen dem 141. und 170.⁰ ö. L. und vom Aequator bis zum 20.⁰ s. Br. für Australien verlangt wurde. Obgleich diese Resolutionen den beabsichtigten Erfolg verfehlten, trug die Einmüthigkeit, die sich bei diesem Anlaß in allen Kolonien zeigte, doch dazu bei, daß die Frage, in welcher Weise gemeinsame australische Interessen wirksamer als bisher geschützt werden könnten, wieder mehr in den Vordergrund trat. Schon früher begonnene Berathungen über die Bildung eines australischen Bundesraths

(Federal Council) wurden auf einer Konvention in Sydney, wo alle sieben australischen Kolonien und außerdem die Fidschi-Inseln durch Delegirte vertreten waren, weitergeführt und ihr Ergebniß im Jahre 1885 von der englischen Regierung durch eine Parlaments-Akte*) sanktionirt. Es sollte darnach aus den Vertretern der freiwillig zustimmenden Kolonien ein australasischer Bundesrath gebildet werden — Australasien nennt man den australischen Kontinent unter Hinzurechnung von Neuseeland — mit der Befugniß, über gewisse, genau bestimmte Gegenstände, wie Fischereien, Prozeßrecht, Einwanderung von Verbrechern, Gesetze zu erlassen. Indessen zeigte sich diese Schöpfung, obwohl sie einen Schritt auf dem Wege zu größerer Einheit bedeutete, nicht entwicklungsfähig. Mehrere Kolonien lehnten die Betheiligung an den Sitzungen des Bundesrathes von vornherein ab, vor Allem Neu-Süd-Wales, dessen Premierminister, der später um die australische Einheitsbewegung so hochverdiente Sir Henry Parkes, diese Haltung damit motivirte, daß der Bundesrath in seiner jetzigen Gestalt keine nutzbringende Thätigkeit entfalten könne. Er sei nur eine auf Gesetzgebung beschränkte Körperschaft, ohne Macht, die von ihm beschlossenen Gesetze zur Ausführung zu bringen, und werde solche Macht von den Parlamenten der einzelnen Kolonien auch nicht erhalten, so lange seine Mitglieder nicht auf Grund allgemeiner Volkswahlen ernannt würden. Ihm fehle die populäre, repräsentative Unterlage. Auch Neuseeland hielt sich fern, und Südaustralien beschickte nur einige der Sitzungen dieses Bundesraths, der, ohne nennenswerthe positive Leistungen aufzuweisen, im Ganzen achtmal getagt hat und dann durch die australische Bundesverfassung vom 9. Juli 1900 auch formell beseitigt ist.

Während so dieser Versuch, die Kräfte der australischen Kolonien zusammenzufassen, nicht die erwarteten Früchte trug, wurde auf der in London abgehaltenen und von allen britischen Kolonien beschickten Konferenz des Jahres 1887 auch der Plan einer Vertheidigung Australiens gegen Angriffe zur See erörtert und im nächsten Jahre eine Parlaments-Akte (Imperial Defence Act 1888) angenommen, wonach sich die australischen Kolonien zu bestimmten Beiträgen für den Unterhalt eines in ihren Gewässern dauernd stationirten englischen Geschwaders von sieben Kriegsschiffen verpflichteten. Gleichzeitig entsandte die englische Regierung

*) Federal Concil of Australasia Act. 1885. 48 and 49 Vict. cap. 60.

auf Wunsch der Kolonien einige Offiziere, um die in Australien vorhandenen Vertheidigungsmittel zu Lande zu inspiziren und gutachtliche Verbesserungsvorschläge zu machen. Der hierüber im Jahre 1889 veröffentlichte Bericht des Generalmajors Edwards, der in erster Linie die Herstellung einer einheitlich kommandirten australischen Bundestruppe befürwortete, erregte in ganz Australien das größte Aufsehen. Die Regierung von Viktoria benutzte die Gelegenheit, um den Beitritt von Neu-Süd-Wales zu dem Bundesrath erneut anzuregen und durch diesen eine Ausführung der Vorschläge des englischen Generals zu veranlassen. Allein der Premierminister Sir Henry Parkes erkannte mit überlegenem Scharfblick, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, eine Vereinigung der australischen Kolonien auch für andere als militärische Zwecke zu versuchen und die unvollständige Maschinerie des Bundesraths durch die Schaffung einer Bundesregierung und eines Bundesparlaments mit umfassenden Kompetenzen zu ersetzen. Er gab das Losungswort hierfür in einer berühmt gewordenen Rede aus, die am 24. Oktober 1889 in Tenderfield gehalten wurde, und forderte im Anschluß daran durch eine Depesche vom 30. Oktober den Premierminister von Viktoria, Duncan Gillies, auf, Vertreter zu einer großen Nationalkonvention zu entsenden, die den Entwurf zu einer Bundesverfassung für Australien aufstellen sollte.

Diese Kundgebungen fanden lauten Wiederhall nicht nur in Australien, sondern auch in England*), wo man die Bedeutung wohl erkannte, die ein engerer Zusammenschluß der aufblühenden jungen Kolonien an den Gestaden der Südsee für eine Kräftigung des britischen Weltreiches haben würde. Der Premier von Viktoria selbst erhob nur schwächliche Einwände, indem er meinte, daß es bei der Schwierigkeit, sich über eine Bundesverfassung zu verständigen und bei der Dringlichkeit militärischer Reformen, besser sein würde, diese zunächst in Angriff zu nehmen. Er weigerte sich jedoch nicht, eine vorbereitende Konferenz zu beschicken, die unter Wahrung der für die Sitzungen des Bundesrathes vorgesehenen Formen am 6. Februar 1890 zur Berathung über das von Parkes aufgestellte Programm unter Betheiligung von Delegirten aus allen Kolonien in Melbourne zusammentrat. Hier zeigte sich sogleich

*) Eine anschauliche Uebersicht über die damalige öffentliche Meinung in England giebt ein 1890 in Sydney unter dem Titel „United Australia“ erschienenes Buch, worin 68 Artikel aus englischen Zeitungen abgedruckt sind, die fast sämmtlich eine grundsätzliche Zustimmung zu dem Vorschlage von Sir Henry Parkes aussprechen.

eine günstige Stimmung für die Idee eines australischen Staatenbundes; unter dem Beifall der Versammlung konnte Parkes auf einem Bankett der Delegirten das seitdem viel wiederholte Wort gebrauchen, daß der rothe Faden der Blutsverwandtschaft sich durch alle australischen Kolonien ziehe.*) Die einer bundesmäßigen Einigung entgegenstehenden Hindernisse, vor Allem die schwierige Frage der Einführung eines gemeinschaftlichen Zolltarifes — the lion in the path, wie sich einer der Vertreter von Viktoria Herr Service ausdrückte — traten in den Hintergrund gegenüber dem Wunsche, endlich einen entscheidenden Schritt vorwärts zu thun. Die Konferenz endete nach sieben Sitzungen mit der Annahme einer von Parkes vorgeschlagenen Resolution, daß zur Förderung der wichtigsten Interessen und der gegenwärtigen und zukünftigen Wohlfahrt der australischen Kolonien deren baldige Einigung wünschenswerth sei, und zwar unter der englischen Krone und unter einer gesetzgebenden und ausführenden Regierungsgewalt, beruhend auf gerechten Grundsätzen für die verschiedenen Kolonien. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß durch die lokalen Parlamente Delegirte für eine nationale australische Konvention gewählt werden sollten, deren Aufgabe es sein würde, über eine Bundesverfassung zu berathen und einen angemessenen Entwurf aufzustellen.

II.

Diese Konvention, welche einen neuen Abschnitt der australischen Geschichte einleiten sollte, versammelte sich in Sydney am 2. März 1891. Sie bestand aus je sieben Mitgliedern für die Kolonien Neu-Süd-Wales, Viktoria, Queensland, Südaustralien, Westaustralien, Tasmanien und aus drei Mitgliedern für Neu-Seeland, zusammen also aus 45 Abgeordneten, die sämmtlich den Parlamenten der einzelnen Kolonien angehörten und zu deren hervorragendsten Mitgliedern zählten. Es waren darin nicht nur die Premierminister aller Kolonien, sondern auch die Führer der parlamentarischen Opposition vertreten, um dem Gedanken Ausdruck zu geben, daß die Schaffung eines australischen Bundesstaates kein Gegenstand der Parteipolitik sei, sondern ein Werk von allgemeinem australischen Interesse. Seltsam blieb nur, daß man diese nationale Aufgabe durch eine Versammlung lösen wollte, die lediglich aus den zufällig am Ruder befindlichen Ministern und sonstigen berufs-

*) „the crimson thread of kinship runs through us all."

mäßigen Parlamentariern bestand, anstatt, wie es den demokratischen Einrichtungen und Anschauungen Australiens entsprochen hätte, auf Grund allgemeiner Neuwahlen eine Versammlung zu bilden, die sich als die berufene Vertreterin der Wünsche und Stimmungen des Landes hätte bezeichnen können. So, wie die Dinge lagen, lief man Gefahr, daß die am grünen Tisch der regierenden Kreise ausgeklügelte Verfassung auf Gleichgültigkeit oder Widerspruch in der öffentlichen Meinung stoßen würde.

Trotz dieses prinzipiellen Bedenkens muß man anerkennen, daß die Berathungen der nationalen Konvention in Sydney vom Jahre 1891 grundlegend für die weitere bundesstaatliche Entwicklung der australischen Kolonien gewesen sind. Der dort ausgearbeitete Entwurf einer Verfassung hat in fast allen wesentlichen Punkten der heute geltenden Bundesverfassung zum Vorbild gedient, viele Ausdrücke und Bestimmungen der letzteren werden erst verständlich, wenn man auf die Verhandlungen und Debatten zurückgreift, die in den Sitzungen jener ersten Konvention stattfanden.*) Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Sir Henry Parkes gewählt, der schon 1867 auf einer Postkonferenz in Melbourne seine Stimme zu Gunsten eines australischen Bundes erhoben hatte und seitdem wegen seiner unausgesetzten Bemühungen für die Verwirklichung dieses Gedankens den Ehrennamen „Vater des Bundes" (father of the Federation) erhalten hat. Parkes war eine eigenthümliche Erscheinung. In Irland von armen Eltern geboren, als Anhänger der Chartistenbewegung früh in politische Umtriebe gegen die englische Regierung verwickelt, im Jahre 1848 nicht ganz freiwillig nach Australien ausgewandert, hatte er sich dort als Journalist und Parlamentarier eifrig am öffentlichen Leben betheiligt und als Vorkämpfer für Freihandel, staatliches Schulwesen und eine gerechtere Landgesetzgebung wiederholt die Stellung eines Premierministers in Neu-Süd-Wales bekleidet. Von ungewöhnlicher Beredtsamkeit und schriftstellerischer Gewandtheit hatte er die Lücken seiner Bildung durch eifriges Studium ausgefüllt; an Stelle seiner ursprünglich radikalen Anschauungen war ein gemäßigter Liberalismus getreten, als australischer Staatsmann überwand er seine früheren Vorurtheile gegen das aristokratische England und erkannte in einer engeren Verbindung der Kolonien unter sich und mit dem Mutter-

*) Die Sitzungs-Protokolle und stenographischen Berichte über die Verhandlungen der 1891er Konvention sind in einer amtlichen Ausgabe in Sydney erschienen.



lande den sichersten Weg für die künftige Größe Australiens. Die Persönlichkeit von Parkes hatte wenig Einnehmendes, aber man vergaß seine fast groteske Häßlichkeit, seine linkischen Manieren und selbst seine mangelhafte englische Aussprache, wenn er sich im Parlament erhob, um in überzeugender Weise die von ihm vorgelegten Regierungsmaßregeln zu vertheidigen, oder wenn er in einer Massenversammlung durch die Gewalt seiner Worte Beifallsstürme entfesselte. Trotzdem er, wie fast alle kolonialen Premierminister, von der englischen Regierung die Ritterwürde angenommen hatte und für die gesellschaftlichen Aufmerksamkeiten, die ihm bei späteren Besuchen von England in den vornehmen Londoner Salons zu Theil wurden, nicht unempfänglich war, liebte er es in seinen Reden, sich als einen Mann des Volkes hinzustellen, und erinnerte gern an die bescheidenen Anfänge seiner glänzenden Laufbahn. Das Gefühl seiner geistigen Ueberlegenheit verleitete ihn allerdings häufig zu einem schroffen und hochfahrenden Auftreten nicht nur gegen seine politischen Widersacher, sondern auch im Verkehr mit seinen Kollegen im Ministerium und seinen politischen Parteigenossen; er konnte nur schwer Widerspruch ertragen und war in den letzten Jahren seines Lebens mehr gefürchtet als beliebt.

Es würde zu weit führen, andere hervorragende Mitglieder dieser ersten australischen National-Konvention zu schildern, die an politischen Talenten und lokalen Berühmtheiten reich war. Eine kurze Erwähnung verdient vielleicht noch einer der Vertreter Neuseelands, dessen Name auch über die Grenzen Australiens hinaus bekannt geworden ist: Sir George Grey. Dieser merkwürdige Mann begann seine wechselvolle Laufbahn in der englischen Armee, trat dann zur Marine über und hatte schon im Jahre 1838 und später wiederholt Forschungsreisen in Australien ausgeführt. Er war dann nach einander Gouverneur von Südaustralien, von Neuseeland, von der Kapkolonie und wieder von Neuseeland gewesen. Nach längerem Aufenthalte in England, wo er sich vergeblich um einen Parlamentssitz beworben hatte, kehrte er 1872 als Privatmann nach Neuseeland zurück. Von 1877 bis 1884 leitete er als Premierminister die dortige Regierung und blieb auch nach seinem Rücktritt von diesem Posten Mitglied des Neuseeländer Parlaments. In der Stellung eines Gouverneurs hatte er sich überall als ein geschickter und energischer Verwaltungsbeamter von ungewöhnlicher staatsmännischer Befähigung bewiesen und große Popularität erlangt, dagegen war er wiederholt mit dem Kolonial-

amt in Konflikt gerathen, welches namentlich seinen weitausschauenden Plan der Bildung eines südafrikanischen Staatenbundes verwarf. Greys politische Ansichten waren mit der Zeit immer radikaler geworden, er verlangte für die Kolonien die vollste Selbständigkeit, soweit sie ohne formelle Trennung von dem Mutterlande möglich war, und eine rein demokratische Regierung, in der auch die Gouverneure, deren Ernennung nach den geltenden Verfassungen überall der englischen Krone zusteht, vom Volke gewählt werden sollten. Auf der 1891er Sydney-Konferenz hat Grey, der damals im achtzigsten Lebensjahre stand, keine entscheidende Rolle mehr gespielt, obgleich seine mit Geist und einschmeichelnder Beredtsamkeit vorgetragenen Ansichten auch bei den Gegnern eine achtungsvolle Aufnahme fanden.*)

Die treibende Kraft in den damaligen Verhandlungen war Sir Henry Parkes, welcher für die Gestaltung der künftigen Bundesverfassung eine Reihe prinzipieller Sätze aufgestellt hatte, welche der Generaldebatte zu Grunde gelegt wurden. Darnach sollten die einzelnen Kolonien ihre sämmtlichen Rechte und Befugnisse behalten, soweit solche nicht ausdrücklich auf die Bundesregierung übertragen wären. Der Bundesregierung allein blieb das Recht vorbehalten, Zölle zu erheben; zwischen den Kolonien sollte vollständige Freiheit des Handels und der Schifffahrt herrschen, und die Vertheidigung Australiens zu Wasser und zu Lande unter ein einheitliches Bundes-Kommando gestellt werden. Als Organe der Bundesgewalt schlug Parkes ein Parlament vor, bestehend aus einem Senat, in welchem die einzelnen Kolonien, ohne Rücksicht auf ihre Größe und Bevölkerung, durch eine gleiche Anzahl von Mitgliedern vertreten sein sollten, und aus einem Repräsentantenhaus auf der Basis direkter Volkswahlen. Ferner war ein oberster Gerichtshof für ganz Australien in Aussicht genommen und als Exekutivbehörde ein von der englischen Krone ernannter Generalgouverneur, umgeben von verantwortlichen Ministern nach dem System der parlamentarischen Regierung. Nachdem diese allgemeinen Prinzipien mit einigen Abänderungen die Genehmigung der Konvention gefunden hatten, wurde am 18. März 1891 ein Komitee gewählt, um den Entwurf einer Bundesverfassung auszuarbeiten.

*) Eine zweibändige, von W. L. Rees verfaßte Biographie von Sir George Grey ist 1892 erschienen. Zu vergleichen sind die Bemerkungen über diesen Staatsmann in dem bekannten Buch von J. A. Froude „Oceana or England and her colonies“. London 1894. S. 215—219 und S. 262—270.



Das Komitee tagte unter dem Vorsitz des Premierministers von Queensland, Sir Samuel Walker Griffith, und vollendete die ihm übetragene Aufgabe in der kurzen Zeit von 12 Tagen. Am 31. März begannen die Debatten über den Vertragsentwurf, welcher den Namen „Commonwealth of Australia Bill“ führte und die Form eines von dem englischen Parlament zu genehmigenden Gesetzes erhalten hatte. Am 9. April erfolgte die Annahme und gleichzeitig der Beschluß, daß durch die Parlamente der verschiedenen Kolonien die erforderlichen Schritte geschehen sollten, um die Zustimmung des Volkes zu dem vorliegenden Entwurf zu erlangen. Es spricht für die geschäftliche Erfahrung, den patriotischen Sinn und die in der Schule des kolonialen Parlamentarismus erworbene praktische Gewandtheit der in Sydney versammelten australischen Staatsmänner, daß es ihnen gelang, eine so schwierige Materie, wie es die Schöpfung einer Bundesverfassung für die Gesammtheit der australischen Kolonien war, in so kurzer Zeit zu erledigen. Zwar mangelte es nicht an Vorbildern für ein derartiges Werk; die Verfassungen der Vereinigten Staaten von Amerika, von Canada und von der Schweiz wurden in den Debatton der Sydney-Konvention häufig zitirt und manche ihrer Einrichtungen und Bestimmungen sind für den neuen australischen Bund verwerthet worden. Aber es galt andererseits auch viele Probleme zu lösen, die in den sozialen und wirthschaftlichen Eigenthümlichkeiten der dortigen Kolonien wurzelten und für die es in andern Ländern keine ausreichenden Analogien gab. Hier kam es darauf an, mit politischem Takt und schöpferischem Geist die Schwierigkeiten zu überwinden und ein eigenes australisches Staatsrecht ins Leben zu rufen. Nicht immer ist in solchen Fällen die richtige Lösung sofort gefunden worden, aber im Großen und Ganzen hat die Erfahrung der späteren Jahre doch gezeigt, daß die Formen, in denen die Sydneyer Konvention von 1891 den australischen Bundesgedanken zu verwirklichen suchte, von geschickten Händen, mit staatsmännischer Einsicht entworfen und vorgezeichnet waren. Allerdings fehlte viel daran, daß die Mitarbeiter an jener Verfassung unter sich einig und mit dem Schlußergebniß in allen Punkten zufrieden gewesen wären. Die wichtigsten prinzipiellen Beschlüsse, wie diejenigen über die Befugnisse des Senats, die Stellung des Generalgouverneurs, die Aufbringung der Kosten für die Bundesbedürfnisse, wurden nur mit knapper Majorität gefaßt, und die Vertreter von Neuseeland und Westaustralien ließen,

obwohl sie in der Schlußabstimmung auf einen formellen Widerspruch verzichteten, doch deutlich erkennen, daß ihre Kolonien dem Bunde in der vorliegenden Form für die nächste Zeit schwerlich beitreten würden. Selbst der intellektuelle Urheber und sanguinischste Vorkämpfer der vereinbarten Bundesverfassung, Sir Henry Parkes, gab in seinem abschließenden Rückblick auf das Resultat der Konferenz am 9. April 1891 dem Gedanken Raum, daß das letzte Wort in dieser Frage vielleicht noch nicht gesprochen sei. Zwar pries er in fast überschwänglichen Worten das zu Stande gekommene Verfassungswerk als den „Grundstein für das Gebäude einer bundesmäßigen Freiheit (federal liberty) und für den zum Himmel ragenden Tempel aller Volksfreiheiten", aber er setzte doch hinzu, man müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß andere Leute eine andere Verfassung schaffen würden. Auch dann, meinte er, wäre die jetzige Arbeit nicht umsonst gewesen, denn jede andere Verfassung würde zu einem ganz überwiegenden Theile die Bestimmungen des jetzigen Entwurfes in sich aufnehmen müssen, so daß sich sagen ließe, die Sydney-Konvention habe ihrem Werke „den Odem unsterblichen Lebens" eingehaucht.*)

Diese Prophezeiung sollte sich bewahrheiten, aber es trat zunächst für die Freunde der australischen Bundesidee eine Zeit unerwarteter Enttäuschungen ein und Parkes selbst erlebte die Erfüllung seiner Wünsche nicht mehr. Er verlor schon im Oktober 1891 bei einem der in Neu-Süd-Wales häufigen Ministerwechsel seine Stellung als Premier und erhielt zum Nachfolger Sir George Dibbs, der freilich auch ein Mitglied der National-Konvention in Sydney gewesen war, sich dort aber durch sarkastischen Widerspruch gegen verschiedene Bestimmungen des Verfassungsentwurfes hervorgethan hatte und im Grunde überhaupt einen australischen Bund nur wollte, wenn Sydney dessen Hauptstadt würde und Neu-Süd-Wales darin die leitende Stellung erhielte. Unter diesen Umständen unterblieb die von der Konvention beschlossene Vorlage der von ihr aufgestellten Bundesverfassung an das Parlament von Neu-Süd-Wales. Derselbe Vorgang wiederholte sich unter verschiedenen Vorwänden in den anderen Kolonien, wo die Parlamente theils durch Gegenstände der lokalen Politik zu sehr in Anspruch genommen zu sein erklärten, theils den Bundesbestrebungen über-

*) Rede von Sir Henry Parkes am 9. April 1891, abgedruckt in dem „Official record of the debates of the National Australasian Convention, 1891", S. 440—42.



haupt kritisch oder ablehnend gegenüberstanden. Jetzt rächte sich der Fehler, daß die Delegirten für die Sydney-Konferenz von den parlamentarischen Körperschaften ernannt und nicht auf Grund allgemeiner Volkswahlen mit dem besonderen Mandat versehen waren, eine Bundesverfassung auszuarbeiten. Die Gegner erblickten hierin eine Verletzung der demokratischen Grundsätze, indem sie behaupteten, die einzelnen Parlamente wären ohne vorgängige Befragung des Volkes und der Wähler nicht befugt gewesen, die Initiative in einer so wichtigen Angelegenheit, wie es die Einführung einer neuen Regierung sei, zu ergreifen. Vielleicht hätte man trotzdem über diese formellen Mängel hinweggesehen, wenn die Strömung im Volke für einen australischen Bundesstaat schon so stark gewesen wäre, als die leitenden Delegirten auf der Sydney-Konfereuz geglaubt hatten. Es zeigte sich, daß sie in mancher Beziehung den populären Anschauungen vorangeeilt und daß die öffentliche Meinung für den Uebergang der Kolonien zu einem Bundesstaate noch nicht genügend vorbereitet war. Hinzu kam noch, daß gerade im Jahre 1892 eine große und lange dauernde Finanzkrisis und Handelsstockung in ganz Australien eintrat, welche die Gemüther von allgemeinen nationalen Fragen und Interessen ablenkte. Die einzelnen Kolonien rangen um die Behauptung ihrer wirthschaftlichen Existenz und Selbstständigkeit und fanden keine Zeit, sich mit politischen und staatsrechtlichen Problemen zu beschäftigen. Das ideale Bild eines australischen Bundes schien völlig in den Hintergrund getreten zu sein; der Bund war, wie ein geflügeltes Wort es damals drastisch ausdrückte, „so todt wie Julius Cäsar“: Federation is as dead as Julius Caesar.

Indessen es war nur ein Scheintod und bald regten sich überall frische Kräfte, um das Werk von 1891 fortzusetzen. In Neu-Süd-Wales stellte sich nach dem Tode von Parkes ein hervorragender Parlamentarier und Jurist Edmund Barton, welcher gleichfalls der Sydney-Konvention angehört und als Mitglied des Redaktions-Ausschusses an der Ausarbeitung des damaligen Verfassungsentwurfes rühmlichen Antheil genommen hatte, an die Spitze der Föderalisten. Hier und in der benachbarten Kolonie Viktoria bildeten sich zahlreiche Vereine, sogenannte Federal Leagues, und Australian Natives Associations, welche den Zweck verfolgten, eine populäre Propaganda für eine bundesstaatliche Einigung Australiens zu unterhalten. Diesen Vereinen traten namentlich viele jugendliche Elemente bei, die sich an dem Gedanken einer

großen australischen Nation, die zur Erfüllung weltgeschichtlicher Aufgaben berufen sei, begeisterten. Auf einer zahlreich besuchten Volksversammlung, die 1893 in Corowa am Murray-Fluß abgehalten wurde, beantragte Dr. John Quick, einer der rührigsten und beredtesten Agitatoren für die Bundesbestrebungen in Viktoria, daß Abgeordnete, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen wären, eine neue Verfassung entwerfen und daß diese dann einem Volksreferendum in jeder Kolonie vorgelegt werden sollte.

Aehnliche Vorschläge machte in Neu-Süd-Wales der Führer der Freihandelspartei George Reid, welcher den Verfassungsentwurf von 1891 scharf kritisirt und namentlich den schon erwähnten prinzipiellen Einwand erhoben hatte, daß deren Urheber ohne besonderen Auftrag seitens des Volkes vorgegangen wären. Als Reid im Jahre 1894 die Leitung des Ministeriums in Neu-Süd-Wales übernommen hatte, entschloß er sich, einen neuen Versuch zu machen, um die Frage eines australischen Bundesstaates, der jetzt zu einer populären Forderung geworden war, in den Bereich der praktischen Politik zu ziehen und dem Forum der einzelnen Kolonialregierungen zu unterbreiten. Auf seinen Vorschlag traten mit ihm die Premierminister der anderen Kolonien — mit Ausnahme von Neuseeland, das sich an dieser Angelegenheit nicht mehr betheiligte — am 25. Januar 1895 in Hobart, der Hauptstadt Tasmaniens, zu einer Konferenz zusammen und einigten sich dort über eine Reihe von Resolutionen, die Reid formulirt hatte. Die Konferenz erkannte darin an, daß die Schaffung eines Bundesstaates „die große und dringende Frage australischer Politik“ bilde, und beschloß, daß eine Konvention von je zehn, durch direkte Volkswahlen gewählten Vertreter einer jeden Kolonie mit der Aufgabe betraut werden solle, eine Bundesverfassung auszuarbeiten. Diese Verfassung würde dann den Wählern zur Annahme oder zur Verwerfung vorzulegen sein, und, sobald sie durch mindestens drei Kolonien angenommen sei, solle die englische Regierung von den Parlamenten dieser Kolonien um die erforderliche gesetzliche Sanktion ersucht werden. Endlich sollte ein Gesetz, um diese Resolutionen zur Ausführung zu bringen (Enabling Bill), in den Parlamenten der einzelnen Kolonien eingebracht werden. Es ist bemerkenswerth für den schnellen Wechsel der Minister und der meisten politischen Persönlichkeiten in Australien, daß auf dieser Minister-Konferenz des Jahres 1895 sich nur zwei Mitglieder befanden, die auch an den Berathungen der 1891er Konvention in

Sydney Theil genommen hatten, und daß nur ein Mitglied, der Vertreter von Westaustralien, John Forrest, sich noch in seiner Stellung als Premierminister befand, als sechs Jahre später die Bundesverfassung wirklich ins Leben trat.

Die Regierung von Neu-Süd-Wales machte den Anfang mit der Vorlage der vereinbarten Enabling Bill und erhielt am 23. Dezember 1895 die parlamentarische Zustimmung zur Vornahme allgemeiner Wahlen für die Beschickung der Konvention, auf welcher über die australische Bundesverfassung Beschluß gefaßt werden sollte. Auch die Parlamente der anderen Kolonien stimmten nach längeren Verhandlungen zu, ausgenommen in Queensland, dessen Premierminister sich auf der Hobart-Konferenz dagegen erklärt hatte, daß die künftige Verfassung einer direkten Volksabstimmung unterliegen solle. Der Senat in Queensland, der diese Ansicht theilte, konnte sich mit dem Repräsentantenhaus über den Wortlaut der Enabling Bill nicht einigen und so blieb diese Kolonie bei den Sitzungen der nationalen Konvention unvertreten. Um während dieses langsamen Ganges der parlamentarischen Berathungen in den einzelnen Kolonien die populäre Begeisterung für die Bundesbestrebungen wachzuhalten, fand im November 1896 in Bathurst eine von den Delegirten der bundesfreundlichen Vereine beschickte Versammlung statt, die sich „people's Convention" nannte und durch ihre Verhandlungen und Beschlüsse einen großen moralischen Einfluß auf die öffentliche Meinung in ganz Australien ausübte. Endlich konnten am 4. März 1897 in Neu-Süd-Wales, Viktoria, Südaustralien und Tasmanien die Wahlen für die Abgeordneten zu der National-Konvention stattfinden. In Westaustralien, wo man sich für eine Wahl nicht durch das Volk, sondern durch die Mitglieder beider Häuser des Parlaments entschieden hatte, wurde das Wahlgeschäft erst später beendet. Das Interesse, welches diese Wahlkampagne in der Bevölkerung erregte, war ein außerordentliches, die hervorragendsten politischen Persönlichkeiten der einzelnen Kolonien bewarben sich um ein Mandat, und überall siegten, hauptsächlich mit Hilfe der wirksam organisirten Federal Leagues, diejenigen Kandidaten, welche als die eifrigsten Verfechter bundesstaatlicher Institutionen für Australien galten. So erhielt in Neu-Süd-Wales Edmund Barton die meisten Stimmen, welcher die politische Erbschaft von Sir Henry Parkes, des Vaters des Bundesstaates, übernommen hatte; in Südaustralien und Tasmanien siegten zwei frühere Mitglieder der ersten Sydney-

Konvention, Charles Kingston und Philipp Fysch, in Viktoria der Premierminister Turner, der auf der Konferenz in Hobart energisch für den Bundesgedanken eingetreten war.

Die neue Konvention versammelte sich in Adelaide und eröffnete ihre Sitzungen am 22. März 1897. Der Premierminister Kingston von Südaustralien hatte den Ehrenvorsitz, während zum eigentlichen „Leiter" der Verhandlungen einstimmig Barton erwählt wurde, welchem zunächst die Aufgabe zufiel, die grundlegenden Resolutionen für das Verfassungswerk einzubringen und zu begründen. Die Versammlung bot, verglichen mit derjenigen, die sechs Jahre vorher zu dem gleichen Zweck in Sydney tagte, insofern ein verändertes Bild, als Queensland und Neuseeland in ihr nicht vertreten waren. Unter der Gesammtzahl von 50 Mitgliedern befanden sich 17, die schon an den früheren Verhandlungen in Sydney theilgenommen hatten, und es zeigte sich bald, daß in den wichtigsten Punkten wieder an das Werk der Sydney-Konvention angeknüpft werden mußte. Die von Barton beantragten Resolutionen schlossen sich nach Form und Inhalt eng den Resolutionen von Sir Henry Parkes aus dem Jahre 1891 an. In der Bildung von drei Kommissionen, für die Verfassung, die Finanzen und die richterlichen Gewalten, folgte man dem Beispiel der Sydney-Konvention. Auch der neue Verfassungsentwurf, an dessen Redaktion Barton wieder den Hauptantheil hatte, lehnte sich in seiner äußeren Anordnung und Eintheilung genau an den in Sydney vereinbarten Entwurf an und gab viele Artikel des letzteren wörtlich wieder. Die Hauptänderungen bestanden darin, daß das demokratische Prinzip, wonach in allen wichtigen Fragen dem direkten Volksvotum der entscheidende Einfluß zukommt, noch schärfer ausgeprägt wurde, und daß man auf der andern Seite alles vermied, was die Selbständigkeit und die bisherige Stellung der einzelnen Kolonien über den unmittelbaren Bundeszweck hinaus hätte beeinträchtigen können. So wurde auch für den Senat, dessen Mitglieder nach dem Entwurf der Sydney-Konvention von den Parlamenten der Kolonien gewählt werden sollten, die direkte Volkswahl beschlossen, desgleichen sollten Verfassungsänderungen und Konflikte zwischen den beiden gesetzgebenden Körperschaften schließlich im Wege des Referendum entschieden werden. Die Verhandlungen, bei denen sich von Neuem die oratorische Begabung der australischen Parlamentarier im glänzenden Lichte zeigte, gingen schnell von Statten. Der von der Verfassungs-Kommission vorgelegte Entwurf wurde

nach zwölftägigen Debatten schon am 23. April vorläufig angenommen, und am 5. Mai vertagte sich die Konvention für vier Monate, innerhalb welcher Zeit der Entwurf den Parlamenten der einzelnen Kolonien zur Begutachtung und Einbringung etwaiger Abänderungs-Anträge unterbreitet werden sollte.

Der Wiederzusammentritt der Konvention erfolgte am 2. September 1897 in Sydney, wo über die eingegangenen Amendements verhandelt und dann eine abermalige Vertagung beschlossen wurde, um der Regierung von Queensland Zeit zu geben, sich an den ferneren Berathungen zu betheiligen. Das Queensländer Parlament, in welchem eine starke konservative Partei an den allzu demokratischen Grundsätzen der beabsichtigten Bundesverfassung Anstoß nahm, lehnte jedoch eine Entsendung von Delegirten der Kolonie zu den Sitzungen der Konvention auch jetzt ab. So wurde dann die dritte Tagung der Konvention am 20. Januar 1898 in Melbourne ohne Mitwirkung von Queensland eröffnet und von den Abgeordneten der fünf vertretenen Kolonien der in einzelnen Bestimmungen noch vielfach amendirte und abgeänderte Entwurf der Bundesverfassung am 16. März in definitiver Abstimmung angenommen. Jetzt begann der dramatischste Theil des ganzen Werkes: die Volksabstimmung in den einzelnen Kolonien. In Viktoria und Tasmanien sprachen sich 4/5, in Südaustralien 2/3 der Wähler für den Entwurf aus, auch in Neu-Süd-Wales erlangten die Anhänger des Entwurfes eine absolute Majorität — 71 412 Stimmen gegen 65 954*) — doch genügte diese nicht, da nach der obenerwähnten Enabling Bill mindestens 80 000 Wähler zu Gunsten des Entwurfes stimmen mußten, bevor der Beitritt von Neu-Süd-Wales zu den Beschlüssen der Konvention erklärt werden konnte. Der Widerspruch in dieser Kolonie richtete sich besonders gegen die Bestimmungen über die Bundesfinanzen, die gleiche Vertretung aller Kolonien im Senat, die offen gelassene Wahl der Bundeshauptstadt und das Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Senat und dem Repräsentantenhause. Eine eigenthümliche Rolle während des Wahlkampfes spielte der Premierminister Reid, welcher erklärte, daß die Verfassung in ihrer gegenwärtigen Form abänderungsbedürftig sei und im Interesse von Neu-Süd-Wales abgeändert werden müsse. Er forderte daher das Volk zur Verwerfung des Entwurfes auf, während er selbst seine Stimme für

*) Nach anderen Quellen wurden 71 595 Stimmen für und 66 228 gegen die Annahme des Verfassungsentwurfes in Neu-Süd-Wales abgegeben.

denselben abgab, da er durch seine in der Konvention ertheilte Zustimmung gebunden sei. Er setzte dann einen Beschluß des Parlaments durch, worin eine erneute Berathung des Verfassungsentwurfes unter Berücksichtigung gewisser Amendements (reconsideration of the bill with amendments) empfohlen wurde, und erreichte es durch diese Taktik, daß die Premierminister der übrigen Kolonien, welche einsahen, daß ohne den Beitritt von Neu-Süd-Wales eine australische Bundesregierung nicht möglich sei, sich zu einer abermaligen Konferenz in Melbourne bereit erklärten. An dieser Konferenz betheiligte sich auch der Premierminister Dickson von Queensland, wo der Widerstand gegen das Einigungswerk nachzulassen begann und man die Gefahren einer Isolirung fürchtete. Ohne ernstere Schwierigkeiten wurden verschiedene von Reid vorgeschlagene Amendements angenommen, die sich auf die Bestimmungen über das Verfahren bei Verfassungsänderungen und bei Konflikten zwischen beiden Häusern des Parlaments, ferner über eine finanzielle Unterstützung einzelner Staaten von Bundeswegen und die Abänderung der Grenzen der Einzelstaaten bezogen. Von größerer Bedeutung war der Zusatz, daß die künftige Bundeshauptstadt in Neu-Süd-Wales, und zwar in einer gewissen Entfernung von Sydney, liegen solle, ein Vorrecht, auf welches nach der geschichtlichen Entwicklung Australiens diese älteste Kolonie nicht verzichten wollte. Auch hierin gaben die übrigen Premierminister nach, schon am 2. Februar war man nach kaum einwöchentlichen Verhandlungen in allen Punkten einig. Doch hatten die vereinbarten Aenderungen natürlich zur Folge, daß der Verfassungsentwurf abermals den einzelnen Parlamenten vorgelegt und dann in allen Kolonien von einer neuen Volksabstimmung gutgeheißen werden mußte. Dieses zweite Referendum ergab in den Kolonien, die schon früher zugestimmt hatten, noch größere Majoritäten zu Gunsten der Bundesverfassung, als bei der ersten Abstimmung. In Neu-Süd-Wales freilich machte zunächst der „Gesetzgebende Rath" (Legislative Council) noch Schwierigkeiten, so daß die Regierung zu dem Mittel greifen mußte, seinen Widerstand durch Ernennung von zwölf neuen, dem Verfassungsentwurf günstigen Mitgliedern zu überwinden. Bei der Volksabstimmung siegte dann am 20. Juni die bundesfreundliche Partei mit 107 420 Stimmen über die 82 741 Stimmen der Gegner. Auch in Queensland entschieden die Wähler sich am 2. September 1899 mit 38 488 gegen 30 996 Stimmen für die Annahme des Ver-

fassungsentwurfes. Nur in Westaustralien kam es in Folge der ablehnenden Haltung des Legislative Council auch jetzt noch nicht zu einem Referendum, doch konnte dies die übrigen Kolonien nicht abhalten, nunmehr die erforderlichen Schritte zu thun, um die Zustimmung des englischen Parlaments für die neue Regierungsform zu erlangen. Adressen in diesem Sinne wurden von den gesetzgebenden Körperschaften der fünf betheiligten Kolonien an die Königin Viktoria gerichtet.

Der Staatssekretär für die Kolonien, Josef Chamberlain, in dessen Händen zunächst das weitere Schicksal des australischen Verfassungsentwurfes lag, war bekannt als ein eifriger Förderer jeder engeren Verbindung der Kolonien unter sich, die er als die Vorstufe für den von ihm erstrebten näheren Zusammenschluß der verschiedenen Kolonialreiche mit dem englischen Mutterland (Imperial Federation) betrachtete. Er war entschlossen, die Wünsche der australischen Kolonien mit seinem ganzen Einfluß zu unterstützen, verkannte jedoch nicht, daß der vorliegende Verfassungsentwurf, der in üblicher Weise den englischen Kronjuristen zur Prüfung und gutachtlichen Aeußerung unterbreitet wurde, einige Bestimmungen enthielt, welche der großbritannischen Regierung zu Bedenken Anlaß geben mußten. Um hierüber eine Verständigung zu erleichtern, forderte Chamberlain die Kolonialregierungen auf, besondere Delegirte nach London zu entsenden mit der Vollmacht, in weitere Verhandlungen über den Verfassungsentwurf einzutreten. Die Kolonien entsprachen diesem Verlangen und ernannten für die Londoner Mission diejenigen ihrer Staatsmänner, die sich um das Zustandekommen des Einigungswerkes besondere Verdienste erworben hatten: Barton für Neu-Süd-Wales, Deakin*) für Viktoria, Kingston für Südaustralien, Fysch für Tasmanien und Dickson für Queensland. Es ist erwähnenswerth, daß die vier erstgenannten Delegirten schon Mitglieder der ersten Bundeskonvention in Sydney vom Jahre 1891 gewesen waren und somit jetzt berufen wurden, auch in dem letzten Stadium, welches das große Unternehmen vor seiner Vollendung zu durchlaufen hatte, mitzuwirken. Die Delegirten trafen Anfang März 1899 in London ein und begannen ihre Besprechungen mit Chamberlain, der ihnen die von den Kronjuristen und dem Kolonialamt erhobenen Einwände gegen den Verfassungsentwurf vorlegte. Diese Einwände bezogen sich namentlich auf die

*) Derselbe wurde später durch Sir Andrew Clarke ersetzt.

zu weite Ausdehnung verschiedener von den Kolonien beanspruchten staatlichen Hoheitsrechte, und in internationalen Fragen auf die Möglichkeit einer selbständigen australischen Südsee-Politik, welche das Mutterland in Konflikt mit fremden Mächten bringen könnte. Auf australischer Seite war man nicht geneigt, in irgend einem Punkte nachzugeben, sondern bestand auf der unveränderten Annahme des mit so vieler Mühe in jahrelanger Arbeit vollendeten Werkes. Auch die westaustralische Regierung hatte sich inzwischen, gedrängt durch die öffentliche Meinung, bereit erklärt, die Verfassung einer Volksabstimmung zu unterbreiten, versuchte aber zunächst noch durch ihren nach London entsandten Delegirten aus finanziellen Gründen die Beibehaltung ihres bisherigen Zolltarifes für die nächsten fünf Jahre nach dem Inkrafttreten der Bundesverfassung durchzusetzen. Erst als die andern Kolonien einmüthigen Widerspruch erhoben, verzichtete sie auf die Ausführung dieses Planes. Ebenso scheiterte Neuseeland mit seinem von dem Kolonialamt unterstützten Wunsche, sich den Eintritt in den Bund als „original state“, d. h. mit gleichen Rechten und unter den gleichen Bedingungen wie die Kolonien, welche den Bund zuerst begründet hatten, für einen Zeitraum von sieben Jahren zu sichern. Die Konferenzen zwischen Chamberlain und den australischen Delegirten über die vorhandenen Differenzpunkte führten zu dem Ergebniß, daß ersterer in allen Fragen nachgab bis auf diejenige der Befugnisse des englischen Privy Council als letzter Berufungsinstanz für die Entscheidungen der australischen Gerichte. In dem Verfassungsentwurf war ein höchster australischer Bundesgerichtshof vorgesehen (High Court of Australia), gegen dessen Urtheile in allen die Auslegung der Bundesverfassung oder der Verfassung eines einzelnen Bundesstaates betreffenden Angelegenheiten eine Berufung an den Privy Council nicht zuläßig sein sollte, es sei denn, daß die öffentlichen Interessen anderer britischer Besitzungen davon berührt würden. Diese Bestimmung war getroffen, um jede Möglichkeit eines Einflusses des englischen Mutterlandes auf australische Verfassungsstreitigkeiten abzuschneiden. Aber weder das Kolonialamt noch das englische Parlament wollte einer solchen, in keiner anderen Kolonie bestehenden Beschränkung der Zuständigkeit jenes höchsten Gerichtshofes zustimmen. Die Streitfrage war noch nicht beigelegt, als am 14. Mai 1900 die erste Lesung der australischen Verfassungsbill im Unterhause stattfand.

Die Aufregung in Australien war eine große, da man es als

eine Art nationaler Ehrensache ansah, in diesem Punkte fest zu bleiben und die Einmischung eines englischen Gerichtes in konstitutionelle Streitigkeiten, die nur den neuen Bund und die australischen Bundesstaaten angingen, nicht zu gestatten. Da auch die englische Regierung erklärte, nicht nachgeben zu können, so schien ein Bruch unvermeidlich. Die Delegirten der Kolonien sprachen die Absicht aus, London zu verlassen, das Schiff des australischen Bundesstaates drohte noch im Hafen zu scheitern. In dieser kritischen Lage gelang es der taktischen Geschicklichkeit Chamberlains einen Ausweg zu finden, der die Zuständigkeit des Privy Council auf dem streitigen Gebiete zwar nominell bestehen ließ, in der Sache aber die australischen Ansprüche befriedigte. Auf seinen Vorschlag einigte man sich dahin, daß in allen Fragen über die verfassungsmäßigen Befugnisse des Bundes und der Bundesstaaten eine Berufung von den Entscheidungen des höchsten australischen Bundesgerichtes an den Privy Council nur dann statthaft sein solle, wenn das Bundesgericht selbst aus irgend einem Grunde ausdrücklich erkläre, daß die streitige Frage eine solche sei, die vom Privy Council entschieden werden müsse.*) In allen nicht konstitutionellen Fragen wurde das Recht des australischen Parlaments, die Fälle einer Berufung an den Privy Council gesetzlich einzuschränken, von einer besonderen Zustimmung der englischen Krone abhängig gemacht. Mit diesen Aenderungen passirte das Gesetz über die Einführung einer australischen Bundesverfassung in zweiter und dritter Lesung ohne Widerspruch das Unter- und Oberhaus und erhielt am 19. Juli 1900 die königliche Zustimmung. Nachdem dann noch am 31. August die Bundesverfassung auch in Westaustralien mit großer Majorität vom Volke angenommen war, konnte am 17. September 1900 eine aus Balmoral datirte Proklamation der greisen Königin Viktoria der Welt verkünden, daß an und nach dem 1. Januar 1901 die Kolonien Neu-Süd-Wales, Viktoria, Queensland, Südaustralien, Westaustralien und Tasmanien vereinigt sein würden zu einem Bundesstaate unter dem Namen „Gemeinwesen von Australien" (should be united in a Federal Commonwealth under the name of the Commonwealth of Australia). So war erreicht, was Sir

*) „unless the High Court shall certify that the question is one which ought to be determined by Her Majesty in Council" Art. 74 der Bundesverfassung. Mißverstanden hat diese Bestimmungen über den High Court of Australia und den Privy Council E. Jung in seinem Aufsatz „Die Konföderation der australischen Kolonien". Deutsche Rundschau, Band CVI. S. 418—429.

Henry Parkes als das Ziel der australischen Politik vorgeschwebt hatte: Ein Volk, Ein Schicksal*), und was von Edmund Barton mit dem geflügelten Worte bezeichnet war: „Zum ersten Mal in der Weltgeschichte giebt es eine Nation für einen Kontinent und einen Kontinent für eine Nation".**)

III.

Die wesentlichen Merkmale, die den australischen Bundesstaat von ähnlichen Vereinigungen bisher getrennter Staaten unterscheiden, sind schon kurz angedeutet. Neu ist der für das geeinigte Australien durch die Verfassung eingeführte Name Commonwealth, der schon von den Delegirten auf der ersten nationalen Konvention in Sydney nach einer längeren Debatte mit einer Majorität von 26 gegen 13 Stimmen angenommen war. Man wählte diesen Namen, um damit eine Regierung für das allgemeine Beste zu bezeichnen, in dem Sinne, wie er schon zu Zeiten Shakspeares für das damalige englische Staatswesen gebraucht wird, während in der späteren Geschichte Englands das Wort Commonwealth bekanntlich an die Periode der Abschaffung des Königthums und der Herrschaft des Langen Parlaments und Cromwells erinnert.***) Auch für den canadischen Bundesstaat ist eine besondere Bezeichnung „The Dominion of Canada" erfunden, wogegen man in den förderativen Republiken Zentralamerikas und Brasiliens nach dem Vorbilde der nordamerikanischen Union die Bezeichnung „Vereinigte Staaten" adoptirt hat.

Zum richtigen Verständniß der australischen Bundesverfassung muß man sich gegenwärtig halten, daß für die Zusammensetzung der Regierung und für das Verhältniß zwischen der vollziehenden und der gesetzgebenden Gewalt das in England herkömmliche System maßgebend geblieben ist, wie dies auch bei den Verfassungen der einzelnen australischen Kolonien der Fall war. Die gesetz-

*) „one people, one destiny."

**) „For the first time in the world's history there is a nation for a continent and a continent for a nation."

***) Vergl. die Debatte über den Namen Commonwealth in den englischen Sitzungsberichten über die Sydney-Konvention S. 266—269. Der erste Vorschlag für die Wahl dieses Ausdrucks soll von dem Vertreter der Kolonie Viktoria, Alfred Deakin, ausgegangen sein. Ich möchte die Vermuthung aussprechen, daß der Titel des bekannten und von den Mitgliedern der Sydney-Konvention gelegentlich zitirten Werkes von James Bryce über die Vereinigten Staaten von Amerika: „The American Commonwealth" die Anregung gegeben hat, diesen Ausdruck auf das neue australische Gemeinwesen anzuwenden.

gebende Gewalt ruht darnach in dem Bundesparlament, welches besteht aus dem Könige von England, vertreten durch einen General-Gouverneur, aus einem Senat und aus einem Repräsentantenhaus. Die vollziehende Gewalt liegt in den Händen des General-Gouverneurs und eines von ihm ernannten Regierungs-Ausschusses (Executive Council), dessen Mitglieder die Minister sind, welche dem Senat oder dem Repräsentantenhause angehören müssen. In Wirklichkeit herrscht das Parlament durch die ihm verantwortlichen Minister; der General-Gouverneur ist ohne politischen Einfluß, seine nach dem Wortlaut der Verfassung sehr weitreichenden Machtbefugnisse sind nominelle, da er, von seltenen Ausnahmen abgesehen, nur nach den Rathschlägen (advice) seines Ministeriums handeln kann. Dieses englische Kabinetssystem hat nun in Australien eine durch den demokratischen Grundzug der Bevölkerung bedingte Beimischung erhalten, welche es dem System der reinen Demokratie nähert. Der Wille des Volkes soll in erster und letzter Instanz entscheiden. Die Verfassung hebt mit den Worten an, daß das „Volk“ der verschiedenen Kolonien übereingekommen sei, sich zu einem unauflöslichen Bundesgemeinwesen zu vereinigen.*) Beide Häuser des Bundesparlaments sollen aus direkten Volkswahlen hervorgehen, während nach der canadischen Bundesverfassung die Mitglieder des Senats von dem General-Gouverneur, beziehungsweise dem Ministerium für Lebenszeit ernannt werden und auch noch in den Verfassungen verschiedener australischer Kolonien das Prinzip der Ernennung durch die Regierung (nominee-system) sich für das Oberhaus bisher erhalten hat. Auch das nordamerikanische System der Wahl der Bundessenatoren durch die gesetzgebenden Körperschaften der Einzelstaaten, wie die erste Sydney-Konvention vorgeschlagen hatte, galt später nicht mehr als demokratisch genug. Die Bedingungen der Wählbarkeit sind für beide Häuser die gleichen. Die Mitglieder müssen wenigstens 21 Jahre alt, seit drei Jahren in dem Bundesgebiete ansässig und englische Unterthanen von Geburt oder seit fünf Jahren naturalisirt sein. Das aktive Wahlrecht richtet sich vorläufig nach den in den Einzelstaaten geltenden Bestimmungen, was beispielsweise zur Folge hat, daß in Süd- und Westaustralien auch die Frauen, unter den gleichen Be-

*) Der Ausdruck „Volk“ an dieser Stelle fehlte in dem ersten Verfassungsentwurf der Sydney-Konvention von 1891, wo nur von einem Uebereinkommen der Kolonien die Rede war. Die jetzige Fassung ist offenbar den berühmten Eingangsworten der nordamerikanischen Konstitution nachgebildet: „We, the people of the United States“.

dingungen wie die Männer, wahlberechtigt sind.*) Wie der Annahme der Verfassung eine Volksabstimmung in allen Kolonien voraufging, so ist das gleiche Prinzip auch für jede Abänderung der Verfassung eingeführt. Ein Gesetz, das eine Verfassungsänderung enthält, muß zunächst die absolute Majorität in beiden Häusern des Bundesparlaments erlangt haben und wird dann in jedem Einzelstaat einer Volksabstimmung unterworfen. Zu seiner Annahme ist nicht nur erforderlich, daß in der Mehrheit der Staaten die Mehrheit der Wähler dafür stimmt, sondern es muß auch eine absolute Majorität aller Wähler, die überhaupt abgestimmt haben, vorhanden sein. Man hat dies in Australien ein „doppeltes Referendum" genannt.

In der Frage der Abgrenzung der Kompetenzen der Bundesgewalt gegenüber den Einzelstaaten haben die Australier sich an die nordamerikanische Tradition gehalten. Der Bund ist mithin nur zuständig in denjenigen Angelegenheiten, die ihm ausdrücklich von der Verfassung überwiesen sind, während in Canada umgekehrt die Bundesgewalt sich auf alle Gebiete erstreckt, welche die Verfassung nicht ausdrücklich den Einzelstaaten vorbehalten hat. Bei Auswahl der Materien, für welche die Zuständigkeit der Bundesgesetzgebung begründet ist, hat die australische Verfassung die dem Kongreß der Vereinigten Staaten von Amerika gesteckten Grenzen mehrfach überschritten. Beispielsweise können auf dem Gebiet der Rechtspflege auch das Eherecht, Vormundschaftsrecht, Wechselrecht, Bankwesen und Versicherungsrecht künftig von Bundeswegen geregelt werden. Der Bund ist ferner berechtigt, die den einzelnen Staaten gehörenden Eisenbahnen mit Zustimmung der letzteren zu erwerben und neue in denselben anlegen, desgleichen darf er die öffentlichen Schulden der Einzelstaaten in der Höhe, wie sie bei dem Abschluß der Bundesverfassung vorhanden waren, ganz oder theilweise übernehmen. Für eine Zeit von zehn Jahren nach der Begründung des Bundes können bedürftige Staaten durch Beschluß des Bundesparlaments eine finanzielle Unterstützung erhalten. Interessant sind die Bestimmungen über die Befugnisse der Bundesgewalt auf sozialpolitischem Gebiete. Hier werden Invaliden- und Altersversicherungen, sowie die Einrichtung von Schiedsgerichten (conciliation and arbitration) für die Verhinderung und Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten, die sich über die Grenzen eines Staates aus-

*) Das aktive Wahlrecht der Frauen wird voraussichtlich demnächst allgemein für das Bundesparlament eingeführt werden.



dehnen, als Gegenstände der bundesstaatlichen Gesetzgebung aufgeführt. Da in verschiedenen australischen Kolonien Gerichte für derartige Streitigkeiten, insbesondere auch für die Festsetzung der Arbeitslöhne, schon seit längerer Zeit in Thätigkeit sind, und da bei allen Wahlen die Arbeiterpartei eine große Rolle spielt, konnte der Bund nicht umhin, auch diese schwierige Materie in den Bereich seiner Zuständigkeit zu ziehen.

Bei der großen Verschiedenheit des Areals und der Einwohnerzahl zwischen den einzelnen australischen Kolonien hat man, um eine Majorisirung der kleinen Staaten in Bundesangelegenheiten zu verhindern, zu dem in anderen föderativen Gemeinwesen schon erprobten Mittel gegriffen, einem jeden der sechs australischen Einzelstaaten die gleiche Vertretung im Senat, nämlich durch sechs Mitglieder, zuzugestehen. Für die Vertretung im Repräsentantenhaus soll dagegen die Bevölkerungsziffer maßgebend sein. Vorläufig ist dessen Mitgliederzahl auf 75 festgesetzt, wovon auf Neu-Süd-Wales 26, auf Viktoria 23, auf Queensland 9, auf Südaustralien 7 und auf Westaustralien und Tasmanien je 5 entfallen. Sind daher Neu-Süd-Wales und Viktoria einig, so können sie im Repräsentantenhause ihren Willen gegenüber den vier anderen Staaten durchsetzen. Aber auch bei einem Konflikt zwischen den beiden Häusern, der schließlich nach der Verfassung durch eine gemeinsame Sitzung entschieden werden muß, würden diese beiden volkreichsten Staaten die absolute Majorität haben, indem sie unter der Gesammtzahl von 111 vereinigten Senatoren und Abgeordneten über 61 Stimmen verfügen. Indessen ist ein solcher Fall bei der traditionellen Eifersucht und Uneinigkeit zwischen Neu-Süd-Wales und Viktoria in nächster Zeit wenig wahrscheinlich. Die Gruppirung der einzelnen Staaten bei wichtigen Abstimmungen dürfte sich vielmehr so vollziehen, daß Neu-Süd-Wales und Queensland zusammenstehen, da in beiden Staaten der Großgrundbesitz als konservatives Element noch starken Einfluß besitzt, während auf der anderen Seite das in der Avantgarde der australischen Demokratie stehende Südaustralien sich an Viktoria anschließen wird. So könnte es vorkommen, daß gelegentlich gerade die Stimmen der schwächer bevölkerten Kolonien, Westaustralien und Tasmanien, den Ausschlag geben. Ueber diese und ähnliche Fragen lassen sich jedoch bei der kurzen Zeit, die seit dem Inkrafttreten der Verfassung verflossen ist, nur unsichere Vermuthungen aussprechen.

IV.

Die eigentliche Geschichte der jungen Commonwealth von Australien begann mit dem in der Proklamation der Königin Viktoria genannten 1. Januar 1901, an welchem Tage der erste General-Gouverneur des Bundesstaates, Lord Hopetoun, seinen feierlichen Einzug in Sydney hielt und die Bundesverfassung beschwor. Am 2. Januar wurden die Listen der Mitglieder des ersten australischen Bundesministeriums veröffentlicht, darunter Barton als Premierminister, Turner für die Finanzen, Kingston für Handel und Zölle — alle drei, wie auch die übrigen Mitglieder des Kabinets, in ganz Australien bekannte Namen und durch ihre Mitarbeit an dem Werke der Verfassung dazu berufen, die ersten Schritte zur Ausführung derselben zu leiten. Gleichfalls am 1. Januar gingen sämmtliche Zollhäuser Australiens in Bundesverwaltung über, desgleichen am 1. März die sämmtlichen Post-, Telegraphen- und Telephon-Anstalten, sowie das Kommando über die militärischen Streitkräfte in den verschiedenen Staaten, denen durch die Verfassung das Halten eigener Truppen, einschließlich von Milizen, ohne besondere Erlaubniß der Bundesregierung untersagt ist.*) Dann fanden die Wahlen für das Bundesparlament statt, welches am 9. Mai 1901 mit großem Gepränge von dem Erben der britischen Krone, dem damaligen Herzoge von York, in Melbourne eröffnet wurde, wo es provisorisch tagen soll, bis seine Uebersiedelung in die neu zu gründende Bundeshauptstadt erfolgen kann.

Bei dem Wahlkampf für das Parlament spielte die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, eine große Rolle, da die Erhebung einheitlicher Zölle für ganz Australien verfassungsmäßig am 1. Januar 1903 stattfinden muß und daher die Festsetzung des Zolltarifs die nächste und wichtigste Aufgabe ist, mit der sich das Parlament zu beschäftigen hat. Die schutzzöllnerische Majorität ist nicht so groß ausgefallen, wie das Ministerium erwartet hatte, im Senate sollen die Freihändler sogar über eine kleine Mehrheit verfügen. Jedenfalls werden die ziemlich hohen Sätze des vorgelegten Tarifentwurfes, nach dem bisherigen Gang der Verhandlungen zu urtheilen, noch vielfach ermäßigt werden. Zu diesem Ergebniß hat nicht nur die von dem früheren Premierminister

*) Dieses Verbot ist ausgesprochen im bewußten Gegensatz zu der Bestimmung in der Verfassung der nordamerikanischen Union, wonach den einzelnen Staaten das Recht, eigene Milizen auszubilden und die Offiziere für sie zu ernennen, ausdrücklich vorbehalten ist.

Reid in Neu-Süd-Wales geschickt geführte Partei des Freihandels, sondern besonders auch die sogenannte Arbeiterpartei (Labour Party) beigetragen, die in überraschender Stärke aus den Wahlen hervorgegangen ist, und sowohl im Senat als im Repräsentantenhause mehr als ein Fünftel aller Mitglieder zu den ihrigen zählt. Indessen werden Zölle von beträchtlicher Höhe noch für lange Zeit eine Nothwendigkeit für den australischen Bund bleiben, da ihm, abgesehen von den keine erheblichen Ueberschüsse abwerfenden Erträgen aus Post und Telegraphen, vorläufig nur die Zolleinnahmen zu Gebote stehen und er verfassungsmäßig verpflichtet ist, von diesen während der nächsten zehn Jahre nicht mehr als $^1/_4$ für seine Zwecke zu verwenden, während $^3/_4$ zur Vertheilung unter die Bundesstaaten gelangen sollen.*) Ein ähnliches Subventionssystem der Einzelstaaten durch den Bund besteht bekanntlich in der Schweiz, wo die Kantone, außer einer bestimmten Summe für Alpenstraßen, die Bundeseinnahmen aus dem Alkoholmonopol und den Patenttaxen der Handlungsreisenden sowie die Hälfte der Militärpflichtersatzsteuer erhalten. Auch bei einer etwaigen Uebernahme der Eisenbahnen in den Einzelstaaten würde der Bund vorläufig kein gutes Geschäft machen. Das in denselben angelegte Kapital betrug nach einer Aufstellung vom 30. Juni 1901 Lstr. 125 463 521, der Reinertrag für das Betriebsjahr 1900/1901 Lstr. 4 000 127, der zur Verzinsung des Kapitals nicht ausreicht. Hierbei ist ferner zu berücksichtigen, daß sowohl die vorhandenen Eisenbahnanlagen als das rollende Material sich theilweise in schlechtem Zustande befinden und für die nächste Zeit mit einer abermaligen Steigerung der Löhne gerechnet werden muß. Zahlreiche Zweiglinien in den verschiedenen Kolonien bringen nicht einmal die Betriebskosten auf. Angesichts der umfassenden Aufgaben der australischen Bundesverwaltung und der Kostspieligkeit des Verwaltungsapparates läßt sich daher schon jetzt mit ziemlicher Sicherheit ein System fiskalischer Bedrückungen und Uebergriffe bei der Zollerhebung voraussehen. Auch dürfte der Bund sehr bald in die Lage kommen, zur Herstellung des Gleichgewichtes zwischen den Einnahmen und Ausgaben den Weg der Anleihen zu beschreiten, wie dies in den einzelnen Kolonien bereits seit lange in einem Umfange geschieht, der europäische Finanzminister bedenklich machen würde. Die Gesammtsumme der öffentlichen Schuld, der fundirten und der

*) Artikel 87 der Verfassung.

schwebenden, in den sechs Staaten der Commonwealth belief sich Ende 1900 auf rund Lstr. 195 381 000, was per Kopf der Bevölkerung ungefähr Mk. 1000 *) ausmachen würde.

Ueberhaupt hat es den Anschein, daß das finanzielle Problem, dem das neue Gemeinwesen gegenübersteht, den ersten Prüfstein für die Zweckmäßigkeit seiner Verfassung bilden und, wenn man eine Vermuthung aussprechen darf, in nicht zu ferner Zeit entweder zu einer Modifikation verschiedener Bestimmungen derselben führen oder die einzelnen Staaten veranlassen wird, ihren eigenen Regierungsapparat einfacher und weniger kostspielig einzurichten. Der jetzige Zustand, daß eine Bevölkerung von noch nicht $4^1/_2$ Millionen Köpfen außer dem Generalgouverneur, dem Bundesministerium und dem Bundesparlament noch sechs andere Gouverneure, Ministerien und Parlamente, aus je zwei Kammern bestehend, unterhalten soll, erscheint dem europäischen Beobachter unverständig und kaum durchführbar. Der Generalgouverneur bezieht ein Jahresgehalt von 10 000 Lstr.; **) die Mitglieder des Bundesparlaments empfangen eine Remuneration von 400 Lstr., für das Bundesministerium ist in der Verfassung eine jährliche Pauschalsumme von 12 000 Lstr. vorgesehen. Das Gehalt der Gouverneure in den Einzelstaaten bewegt sich zwischen 7000 und 3500 Lstr., auch dort werden die Abgeordneten beider Kammern für ihre Dienste bezahlt, so daß die Gesammtsumme der für die höchsten Regierungsgewalten aufzuwendenden Beträge eine ganz unverhältnißmäßige Höhe erreicht. Dazu kommt noch die aus der Vielheit der Parlamente erwachsende Schwierigkeit, eine hinreichende Anzahl geeigneter Persönlichkeiten für die Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten zu finden, während auf der andern Seite die Gefahr droht, daß, wie in Nordamerika, eine Klasse von minderwerthigen Berufspolitikern sich der Regierung und Gesetzgebung zu bemächtigen sucht. Einem Theile dieser Mißstände ließe sich begegnen, wenn man wenigstens in den kleineren australischen Einzelstaaten wieder zu dem Einkammersystem zurückkehrte, und wenn man sich nach dem Beispiele Canadas neben dem Generalgouverneur mit Untergouverneuren (lieutenant-governors) begnügte, die mit erheblich geringeren Bezügen auskommen könnten. Indessen ist in letzterem Punkte an eine Veränderung vorläufig wohl nicht zu denken. Die

*) In Neuseeland beträgt die Verschuldung per Kopf der Bevölkerung sogar Mk. 1203.

**) Der erste Generalgouverneur Lord Hopetoun hat inzwischen resignirt, weil er dies Gehalt für unzureichend erachtet.

Einzelstaaten legen großen Werth darauf, daß ihr höchster Beamter den Titel und die bisherigen Rechte eines Gouverneurs behält; die Bestimmung in dem ersten Verfassungsentwurf von 1891, daß die Korrespondenz zwischen den Gouverneuren und der englischen Krone durch Vermittlung des Generalgouverneurs stattfinden solle, ist später wieder beseitigt worden. Ebenso werden neben einem Vertreter der Commonwealth in London die bisherigen Generalagenten der einzelnen Bundesstaaten beibehalten werden. Man wünscht, jeden Anschein unitarischer Bestrebungen zu vermeiden.

Eine andere Klippe für das neue australische Staatswesen wird nach Ansicht Vieler der fortschreitende Einfluß der Arbeiterpartei werden, die, wie schon erwähnt, bei den Wahlen für das erste Bundesparlament große Erfolge erzielt hat und vielleicht schon jetzt über die Dauer des Ministeriums Barton entscheidet. Die soziale Gesetzgebung in den Einzelstaaten hat sich vielfach nach dem Vorbilde Neuseelands in Experimenten bewegt, die weder zur Herstellung besserer Beziehungen zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern beigetragen, noch dauernde wirthschaftliche Erfolge erzielt haben. Die Lohngerichte (wages boards) in Viktoria, welche auf Anrufen einer der betheiligten Parteien Minimallöhne für jede Industrie vorschreiben und die Arbeitszeit festsetzen, haben sich dort ebensowenig bewährt wie in Neu-Süd-Wales, sie sind Instrumente in den Händen der zu den trade-unions gehörigen Arbeiter geworden. Die Arbeitgeber klagen, daß diese schiedsgerichtlichen Entscheidungen fast immer zu ihren Ungunsten ausfallen und ihnen in vielen Fällen die Fortführung und Ausdehnung ihrer industriellen Unternehmungen unmöglich machen. Auch andere sozialpolitische Einrichtungen, mit denen man in mancher Hinsicht günstige Erfahrungen gemacht hat, wie beispielsweise die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, haben finanzielle Nebenwirkungen im Gefolge gehabt, die nicht vorausgesehen wurden. So soll die kürzlich in Neu-Süd-Wales zugestandene achtstündige Arbeitszeit für die Beamten der in staatlicher Verwaltung befindlichen Trambahnen eine Mehrausgabe von rund 2 Millionen Mark pro Jahr verursachen, so daß es fraglich erscheint, ob die Betriebskosten gedeckt werden können. Als noch schlimmer werden die Mißstände bei der eingeführten Altersversorgung geschildert. In Neuseeland ist für mittellose Personen im Alter von 65 Jahren eine Staatspension festgesetzt, die durchschnittlich 345 Mark pro Kopf und Jahr beträgt. Das Ergebniß ist gewesen, daß von den 22 000 Personen,

welche das vorgeschriebene Alter erreichten, die Hälfte Staatspensionäre geworden sind. In Viktoria, wo die Altersversorgung unter gleichen Umständen sich bis vor Kurzem auf 10 Mark pro Woche belief, gab es 16 350 Pensionäre, darunter viele, die notorisch weder arbeitsunfähig noch mittellos waren, die es aber für bequemer fanden, die Pflicht ihres Unterhalts auf den Staat abzuwälzen. Die enormen Kosten, welche diese Unterstützung aus öffentlichen Mitteln verursachte, haben seitdem dazu geführt, den wöchentlichen Beitrag von 10 auf 7 Mark herabzusetzen. Jetzt, wo nach der Verfassung die Regelung der Invaliden- und Alterspensionen der Bundesgesetzgebung überwiesen ist, werden Anträge nicht ausbleiben, die, angeblich im Interesse der arbeitenden Klassen gestellt, das Bundesbudget mit neuen und schweren Ausgaben belasten.

Die Einwirkung der Arbeiterpartei im Parlament macht sich auch bereits auf andern Gebieten fühlbar. Auf den Zucker- und Baumwoll-Plantagen in Queensland werden Südsee-Insulaner, sogenannte Kanaken, beschäftigt, weil aus klimatischen Rücksichten andere Arbeiter dort nicht verwendbar sein sollen, was wenigstens für den Norden dieses Staates ohne Zweifel zutrifft. Eines der ersten Gesetze, welche das australische Bundesparlament erlassen hat, verbietet nicht nur die weitere Einfuhr polynesischer Arbeiter nach Queensland, sondern bestimmt auch, daß die dort vorhandenen Kanaken binnen einer bestimmten Frist nach ihren Inseln zurückbefördert werden müssen. Die Absicht hierbei war, den weißen Arbeiter vor jeder Konkurrenz des farbigen zu schützen, aber es ist klar, daß diese Maßregel, wenn sie zur Ausführung gelangt, den Ruin der großen Plantagenbesitzer im tropischen Norden Australiens zur Folge haben muß. Die Regierung von Queensland hat gegen das Bundesgesetz protestirt, eine sogenannte „Kanakas-Union“ gegen die obligatorische Rückwanderung der Plantagenarbeiter nach den Südsee-Inseln hat sich gebildet, doch soll bis jetzt keine Aussicht auf Rücknahme oder Abänderung der erlassenen Vorschriften vorhanden sein. Nicht minder bedenklich erscheinen die kürzlich vorgeschlagenen Beschränkungen der Einwanderung nach Australien. Diese sind in der Hauptsache gegen die Einwanderung aus Ostasien, insbesondere aus China, gerichtet, doch werden auch Europäer davon betroffen, da von allen Einwanderern eine gewisse Kenntniß der englischen Sprache verlangt wird und zu diesem Zweck eine Prüfung durch Bundesbeamte vorgeschrieben ist. Die Absicht dieses Gesetzes

stimmt mit der populären Forderung überein, daß die Besiedlung und Entwicklung Australiens der weißen Rasse vorbehalten bleiben müsse, ein Prinzip, das mit dem Ausdruck „White Australia policy“ bezeichnet wird. Doch ist man in diesem Falle noch über diese Politik hinausgegangen, indem man auch die Einwanderung aller nicht-englischen Arbeiter zu erschweren sucht. Das Schlagwort White Australia ist zu British white Australia erweitert, was übrigens in der Geschichte der Kolonisation Australiens schon früher gelegentlich versucht ist. Vom Standpunkte der historischen Betrachtung könnte man in der Agitation gegen die Beibehaltung billiger Arbeitskräfte aus der Südsee und Asien eine Fortsetzung der Kämpfe finden, die um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in Australien gegen die weitere Aufnahme von deportirten englischen Sträflingen geführt wurden. Auch hier handelte es sich Anfangs um eine Lohnfrage. Die großen australischen Grundbesitzer (squatters) wollten diese Sträflingsarbeit, die ihnen von der Regierung fast umsonst zur Verfügung gestellt wurde und die in den ersten Zeiten der Kolonisation für die wirthschaftliche Entwicklung des Landes sehr vortheilhaft gewesen war, nicht entbehren, während die eingewanderten freien Arbeiter und Handwerker Alles daransetzten, sich von dieser Konkurrenz sobald als möglich zu befreien. Damals trafen die Forderungen der Arbeiter mit den wohlverstandenen Interessen der Gesammtbevölkerung zusammen, da die andauernde Vermehrung des Verbrecherelements eine schwere soziale und moralische Gefahr für die Zukunft der Kolonie bedeutete, was sich bis zu einem gewissen Grade auch von einer stärkeren chinesischen Einwanderung behaupten läßt. Der jetzige Anspruch jedoch, jede Einwanderung von fremden Arbeitskräften, soweit sie nicht von England stattfindet, möglichst auszuschließen, entspringt entweder parteipolitischen Motiven oder beschränkten nativistischen Vorurtheilen. Möglicherweise fürchtet die australische Arbeiterpartei, daß die fremden Arbeiter sich der in den trade-unions vorhandenen Organisation nicht anschließen, sondern die Zahl der unabhängigen Arbeiter vermehren würden. Die Nachgiebigkeit des gegenwärtigen Ministeriums gegen derartige, in einem menschenarmen Lande, wie Australien es ist, doppelt bedenkliche Tendenzen muß daher unter allen Umständen als ein politischer und wirthschaftlicher Fehler bezeichnet werden.

Einer Herrschaft der Arbeiterpartei sind in der australischen

Verfassung dadurch die Wege geebnet, daß es an einem Gegengewicht fehlt, welches die besitzenden und gebildeteren Klassen in die politische Waagschale werfen könnten. Für die Rolle eines Wächters und Beschützers der konservativen Interessen, oder eines Bollwerks gegen die populären Leidenschaften und Uebereilungen, wie sie nach der Verfassung anderer Länder dem Oberhause oder Senate zuertheilt ist, erscheint der australische Bundessenat kaum geeignet, da er, in gleicher Weise wie das Repräsentantenhaus, aus allgemeinen direkten Volkswahlen hervorgeht und daher in der Regel dieselbe politische Physiognomie und Temperatur zeigen wird wie dieses. Nur der Umstand, daß die australischen Senatoren auf sechs Jahre gewählt werden und nicht, wie die Abgeordneten der zweiten Kammer, die eine dreijährige Legislaturperiode hat, in jedem Augenblick mit der Möglichkeit einer Auflösung zu rechnen haben, verleiht dieser Körperschaft einen etwas stabileren Charakter und macht sie bis zu einem gewissen Grade unabhängiger von den schnell wechselnden politischen Tagesströmungen.

Dagegen fehlt ihr, was die Stellung eines Senators in den Vereinigten Staaten von Amerika so einflußreich und für politische Talente begehrenswerth macht, die Theilnahme an den Funktionen der Exekutivgewalt, die Mitwirkung bei dem Abschluß internationaler Verträge und bei der Ernennung von Bundesbeamten. Der australische Bundessenat hat, wie das Repräsentantenhaus, nur legislative Befugnisse, er wird jedoch sowohl in der öffentlichen Meinung als in Wirklichkeit an Einfluß und Bedeutung hinter dem Repräsentantenhause zurückstehen, weil diesem allein die Initiative in allen finanziellen Angelegenheiten, einschließlich der Steuerfragen, gebührt. Bei dieser Sachlage muß bezweifelt werden, ob der so gestaltete Senat die Erwartungen erfüllen wird, welche die Urheber der australischen Verfassung an seine Wirksamkeit geknüpft haben, und ob er überhaupt in dem dortigen Verfassungsleben irgend einen anderen Einfluß ausüben kann als den, die Rechte der Einzelstaaten gegenüber Versuchen einer weiteren Ausdehnung der Bundesgewalt wahrzunehmen und die kleineren Staaten vor einer Majorisirung durch die größeren zu schützen. Dagegen dürfte er sich als machtlos erweisen, die extremen Parteien in Schach zu halten, eine verständige Sparsamkeit bei Aufstellung des Bundeshaushalts durchzusetzen und unüberlegte gesetzgeberische Maßregeln zu verhindern.

V.

Interessanter als die zukünftige Entwicklung dieser inneren australischen Verhältnisse ist für uns die Frage, welche Veränderungen die Bildung eines geeinigten Australien in den internationalen politischen Machtverhältnissen hervorrufen kann und insbesondere, wie sich die politischen und wirthschaftlichen Beziehungen des neuen Bundesstaates zu dem englischen Mutterlande gestalten werden.

Von einer selbständigen auswärtigen Politik Australiens kann vorläufig insofern keine Rede sein, als die völkerrechtliche Vertretung der australischen Interessen im Auslande nach wie vor von England wahrgenommen wird. Es giebt keine australischen Gesandten oder Konsuln und die in Australien thätigen konsularischen Beamten fremder Länder erhalten ihr Exequatur nicht von der Bundesregierung, sondern von dem Könige von England. Die Thatsache, daß in dem australischen Bundesministerium ein Minister für auswärtige Angelegenheiten sitzt und daß diese in der Verfassung der Commonwealth ausdrücklich unter den Gegenständen aufgezählt werden, die zur Kompetenz des Bundesparlamentes gehören, hat nur die Bedeutung, daß die Wünsche und Bestrebungen der Australier auf dem Gebiete des Auswärtigen künftig nicht mehr von den Einzelstaaten, sondern nur von der Bundesregierung geltend gemacht werden dürfen. Die formelle Führung und Leitung aller diplomatischen Verhandlungen, die Australien angehen, findet auch ferner durch England statt, aber es liegt auf der Hand, daß die Stimme des geeinigten Australiens sich in ganz anderer Weise Gehör verschaffen und in London Berücksichtigung finden muß, als dies bisher der Fall war. Das nächste Gebiet, auf welchem diese veränderte Sachlage sich bemerkbar machen wird und eine internationale Tragweite annehmen kann, ist dasjenige der Südsee-Inseln, deren Beziehungen zu der Commonwealth in der Verfassung der letzteren noch besonders einer Regelung durch das Bundesparlament überwiesen sind. Bekanntlich betrachteten die australischen Kolonien schon seit lange sämmtliche Südsee-Inseln, auch solche, die tausende von Seemeilen von dem Festlande entfernt lagen, als „Annexe" und die „natürliche Domäne" Australiens. Sie empfanden es schmerzlich, daß weder die fremden Mächte, welche Besitzungen in der Südsee erwarben, diese naiven Ansprüche anerkannten, noch daß England bereit war, einer solchen australischen Monroe-Doktrin auf die Gefahr internationaler Konflikte hin Achtung

und Geltung zu verschaffen. Noch heute begegnet man in Australien gelegentlich der Ansicht, daß die Erwerbung eines Theiles von Neu-Guinea durch das Deutsche Reich eine ständige Gefahr für die australischen Interessen bedeute, wenn auch die Aufregung, welche das Hissen der deutschen Flagge auf dieser Insel anfangs in den Kolonien verursachte, schnell verraucht ist*). Größer und dauernder ist die Verstimmung darüber, daß Frankreich sich im Besitz von Neu-Kaledonien befindet und dort eine Strafkolonie angelegt hat. Obwohl die Fälle, in denen flüchtige Verbrecher von dieser Insel nach dem australischen Festland gelangen oder nach verbüßter Strafzeit sich dort niederlassen, verhältnißmäßig nicht häufig vorkommen, so ist den Australiern diese Nachbarschaft doch schon wegen der peinlichen Erinnerungen an die Zeit ihrer eigenen Verbrecherkolonien höchst unwillkommen und sie haben wiederholt die Forderung aufgestellt, daß fremde Mächte sich verpflichten sollten, keine Strafniederlassungen auf den Südsee-Inseln zu unterhalten. Einen weiteren Fall möglicher Verwickelungen mit Frankreich bieten die Verhältnisse auf den Neu-Hebriden. Durch ein Uebereinkommen vom Jahre 1878 hatten die englische und französische Regierung gegenseitig die Verpflichtung übernommen, daß sie von dieser Inselgruppe nicht Besitz ergreifen wollten. Da es jedoch ohne fremde Intervention nicht gelang, dort Ruhe und Ordnung herzustellen, und beide Mächte Grund hatten, sich über Rechtsverletzungen und vorgekommene Gewaltthätigkeiten gegen ihre Unterthanen zu beklagen, so kam es zu neuen Verhandlungen, die im Jahre 1887 durch die Herstellung eines gemeinschaftlichen englisch-französischen Protektorats ihren vorläufigen Abschluß fanden. Die australischen Staaten, welche schon auf der Londoner interkolonialen Konferenz von 1883 durch ihre Vertreter die Herrschaft über die Neu-Hebriden im australischen Interesse verlangten, werden sich bei dem jetzigen, in der Praxis auf die Dauer kaum durchführbaren Zustande nicht beruhigen. Bereits in der ersten Session des Bundesparlaments ist es zu heftigen Angriffen gegen die Stellung Frankreichs auf der genannten Inselgruppe gekommen und sicher wird man von

---

*) Der Premierminister von Viktoria telegraphirte damals auf die Nachricht von den deutschen Annexionen in der Südsee Folgendes an die englische Regiegierung: „Die Entrüstung hier ist grenzenlos. Wir protestiren im Namen der Gegenwart und Zukunft Australiens. Wenn England uns nicht von der Gefahr und Schande rettet, wenigstens soweit es sich sich um Neu-Guinea handelt, so wird die Bitterkeit unserer Gefühle gegen England nicht mit der gegenwärtigen Generation erlöschen“.

australischer Seite alles versuchen, um die französische Regierung zum Verzicht auf ihr Kondominium zu bewegen.

Die Neu-Hebridenfrage ist übrigens für die nächste Zeit die einzige, die noch einer endgiltigen Lösung harrt. Alle andern Inseln sind in festen Händen, beziehungsweise auf Grund völkerrechtlicher Verträge in den Besitz oder die Interessensphäre bestimmter Mächte übergegangen, die nicht gewillt sind, ihre Rechte aufzugeben. Der australische Bundesstaat wird daher, wenn er seinen Ehrgeiz, eine Südsee-Macht zu werden, befriedigen will, damit beginnen müssen, sich von England die Verwaltung derjenigen Gebiete der Südsee übertragen zu lassen, die unter englischer Oberhoheit stehen. Der Anfang ist mit Britisch-Neuguinea gemacht, das als eine australische Dependenz von Queensland aus regiert werden soll. Im westlichen Theile der Südsee scheint Neuseeland, welches der Commonwealth nicht beigetreten ist*), die Aufgabe übernehmen zu wollen, sich die bisher direkt der englischen Krone unterstellten Inseln anzugliedern. Ein früherer Plan dieser Kolonie, ihre Herrschaft auf die Samoa-Gruppe auszudehnen, scheiterte an dem Widerspruche Deutschlands und der Vereinigten Staaten von Amerika. Jetzt ist, wahrscheinlich auf Betreiben des unruhigen und ehrgeizigen Premierministers Seddon, eine Agitation eingeleitet, welche die Vereinigung der englischen Kronkolonie Fidschi mit Neuseeland bezweckt. Da der Gouverneur von Fidschi gleichzeitig Oberkommissar der westlichen Südsee ist und ihm in dieser Eigenschaft alle dort im englischen Besitz befindlichen Inseln unterstehen, so würde die neuseeländische Regierung, falls ihre Absichten auf Fidschi sich verwirklichen, auch die weitere Erbschaft Englands in der Südsee antreten. Desgleichen dürfte Tonga, das bisher von einem einheimischen Könige unter britischem Schutze regiert wird, in den Bereich der neuseeländischen Machtsphäre gezogen werden.

Aber die politischen Wirkungen der Einigung Australiens werden sich nicht auf das Südsee-Gebiet beschränken, sie beginnen schon jetzt sich an den Küsten des Stillen Ozeans in Britisch-Nordamerika geltend zu machen, indem die Commonwealth und die Dominion of Canada sich die Hände zu einem engeren Bunde reichen wollen. Noch vor dem Abschluß der jetzigen australischen

*) Die Gründe, welche den Anschluß Neuseelands an den australischen Bundesstaat für die nächste Zukunft wenig wahrscheinlich machen, sind übersichtlich dargestellt in einem Aufsatz von W. S. Reeves: „Attitude of New Zealand" in der Februar-Nummer 1901 der „Empire Review" S. 111—115.

Bundesverfassung wurde im Jahre 1894 in Ottawa unter Theilnahme eines Vertreters der englischen Krone eine koloniale Konferenz abgehalten, welche Beschlüsse zur Herbeiführung einer größeren Intimität in den canadisch-australischen Beziehungen faßte. Die Fragen, mit welchen die Konferenz sich beschäftigte, bezogen sich auf die Legung eines Kabels zwischen Vancouver und Australien, auf einen schnelleren Postdienst zwischen England und den australischen Häfen unter Benutzung des Landweges durch Canada und auf die Regelung der Handelsverhältnisse, sowohl zwischen den beiden Kolonialreichen untereinander als mit Großbritannien. Verhandlungen in der gleichen Richtung fanden 1897 auf einer Konferenz in London statt und sollen in diesem Jahre bei Gelegenheit der Krönung König Eduards VII. in einer Versammlung von Vertretern aller überseeischen Besitzungen Englands fortgesetzt werden. Was immer das Ergebniß in einzelnen Fragen sein mag, so viel erscheint gewiß, daß eine innige australisch-canadische Interessengemeinschaft im Werden begriffen ist, die für beide Staaten von immer größerer Wichtigkeit werden und insbesondere für Canada eine weitere Bürgschaft gegen etwaige Annexionsgelüste seitens des mächtigen amerikanischen Nachbarn bilden wird. Auch für die wirthschaftlichen Kämpfe zwischen der nordamerikanischen Union und Canada ist die australische Bundesgenossenschaft für letzteres nicht ohne Bedeutung.

Wenn man das zukünftige Verhältniß des australischen Bundesstaates zu England ins Auge faßt, so ist davon auszugehen, daß bei der Bewegung, die in der Bildung der Commonwealth ihren Abschluß gefunden hat, weder auf der einen noch auf der anderen Seite eine Lockerung der Bande zwischen den bisherigen Kolonien und dem Mutterlande beabsichtigt war. Nichts ist verkehrter als die Ansicht, daß die australischen Kolonien die Nothlage, in die England durch die unglücklichen Anfänge seines südafrikanischen Krieges gerathen war, benutzt hätten, um für die unabhängige Ordnung ihrer staatlichen Angelegenheiten Zugeständnisse zn erlangen, die sie in besseren Zeiten freiwillig nicht erhalten hätten. Das treibende Motiv bei dem engeren Zusammenschluß der Kolonien war nicht der Gedanke einer größeren Unabhängigkeit von England, sondern der doppelte Wunsch, sich einmal durch Beseitigung der Zollschranken zwischen den einzelnen Kolonien bessere Bedingungen für ihr wirthschaftliches Gedeihen zu verschaffen, und sodann durch die Einrichtung einer gemeinsamen Regierung freie Bahn für die

Bildung einer australischen Nation zu gewinnen. Bei diesen Bestrebungen haben sie nicht die Gegnerschaft, sondern die Sympathien und die aufrichtige Mitwirkung der englischen Staatsmänner und der englischen Regierung gefunden, deren klares Interesse dahin geht, daß die einzelnen Mitglieder der über die ganze Welt verbreiteten englischen Völkerfamilie sich kräftig entwickeln und, ohne das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit allen daraus entspringenden Rechten und Pflichten zu verlieren, auf eigenen Füßen stehen, um das Familienhaupt von der direkten Verantwortlichkeit für ihr Fortkommen und ihren Schutz möglichst zu entlasten. Ein geeinigtes Australien kann ein nützlicher und mächtiger Bundesgenosse für England werden, ein uneiniges, in hadernde und eifersüchtige Staaten gespaltenes Australien kann es nicht. Die englische Regierung hatte das Beispiel Canadas vor sich, dessen im Jahre 1847 erfolgte Konstituirung zu einem Bundesstaate keineswegs, wie damals von vielen Seiten prophezeit wurde, zu einer Entfremdung von dem Mutterlande führte, sondern im Gegentheil, trotz der anscheinenden Lockerung des staatsrechtlichen Verhältnisses, zur Folge hatte, daß die Beziehungen Canadas zu England sich intimer und vertrauensvoller gestalteten als früher. Es liegen keine Gründe vor anzunehmen, daß die Entwicklung der englisch-australischen Beziehungen in den nächsten 50 Jahren ein anderes Bild zeigen wird. Nicht die staatsrechtlichen Institutionen und Formen sind das Entscheidende, sondern die Gemeinsamkeit der Gefühle und der Interessen der stammverwandten Völker. Es giebt niemanden, der im Fühlen und Denken englischer wäre als die Australier — ipsis Anglicis Angliciores, wie es ein bekannter Schriftsteller in etwas barbarischem Latein genannt hat*). Die militärische Hilfe, welche die australischen Staaten dem Mutterlande in seinem ungerechten Eroberungskriege in Südafrika freiwillig und bereitwillig geleistet haben, beweist zur Genüge, daß sie auswärtige politische Angelegenheiten nur mit den Augen der Engländer betrachten, und daß „right or wrong, — my country“ die Richtschnur ihres Handelns ist. Natürlich rechnen sie dabei auf volle Gegenseitigkeit von englischer Seite in allen Fragen, die mit der Sicherheit und Vertheidigung ihres eigenen Gebietes zusammenhängen. „Wir hoffen“, sagte der jetzige australische Bundesminister Alfred Deakin auf der Londoner Kolonial-Konferenz von 1887, „daß fortan koloniale Politik

*) J. A. Froude in seinem schon erwähnten Buch „Oceana“ S. 131.

als Reichspolitik betrachtet werde und koloniale Interessen als Reichsinteressen". Freilich bleibt abzuwarten, ob der kriegerische Enthusiasmus auch dann andauern würde, wenn bei einem Kampfe, in den England mit europäischen Großmächten verwickelt werden könnte, feindliche Angriffe auf die australischen Küsten zu gewärtigen wären, wie dies in 1878 und 1888 aus Anlaß der damals drohenden Konflikte mit Rußland befürchtet wurde und den sogenannten „russischen Schrecken" — the russian scare — zur Folge hatte. Die britischen und die australischen Staatsmänner haben eine solche Eventualität seitdem nicht außer Acht gelassen und, wenn die Pläne für die Unterhaltung und Verwendung einer kombinirten englisch-australischen Flotte in Kriegs- und Friedenszeiten auch noch sehr rückständig sind und eine Verstärkung des besonderen, zum Schutze Australiens bestimmten englischen Geschwaders seit 1887 nicht stattgefunden hat, so erwartet man doch gerade von dem neuen Bundesstaate eine größere Bereitwilligkeit, sowohl zu den allgemeinen Kosten der Reichsvertheidigung (Imperial defence) beizutragen, als auch in Australien selbst für eine Vermehrung der militärischen Machtmittel zu sorgen.

Indessen nicht hierin liegen die Hauptvortheile, die England und Australien von der Commonwealth erhoffen. Der australische Bundesstaat ist nicht für kriegerische Zwecke geschaffen und ins Leben getreten, er soll es vielmehr den in ihm vereinten Kolonien ermöglichen, mit gesteigerten nationalen Empfindungen „für den Frieden, die Ordnung und die gute Regierung"*) ihres Gemeinwesens zu sorgen und besser gerüstet an dem friedlichen Wettkampf theilzunehmen, der heute auf dem Gebiete des internationalen Handels und Verkehrs geführt wird. Von diesem Gesichtspunkte aus erscheint Australien unter dem Schutze seiner jetzigen Verfassung befähigt, ein gefährlicher Rivale für die andern handeltreibenden Völker und, auch ohne die zweischneidige Waffe gegenseitiger differentieller Zollbegünstigungen, ein werthvoller Bundesgenosse für England zu werden. Wenn je der imperialistische Traum eines „Größeren Britanniens" greifbare Gestalt annehmen und ein festgefügter Bau, gleich haltbar in Zeiten des Friedens und des Krieges, alle überseeischen Besitzungen Englands mit dem Mutterlande vereinen sollte, dann kann die australische Commonwealth eine der stärksten Säulen werden, welche die Riesenkuppel dieses britischen Weltreiches tragen.

*) So heißt es im Art. 51 der Bundesverfassung.

Aus der Zeit von Theodor von Schöns westpreußischem Oberpräsidium.

Von

Dr. Paul Simson.

Schön lebt in der Erinnerung des Volkes als der Mitarbeiter am Werke der Erhebung Preußens und als Oberpräsident von Preußen in Königsberg. Daß er aber dazwischen von 1816 bis 1824 auch Oberpräsident von Westpreußen in Danzig gewesen ist und auch in dieser Provinz manches Segensreiche geschaffen, zu Anderem die Anregung gegeben hat, das wissen die Wenigsten. So umstritten seine Theilnahme an dem Werke von 1813, so verschieden aufgefaßt sein Charakter, so groß der Unterschied in der Beurtheilung seiner Thätigkeit als Oberpräsident, so lebhaft überhaupt der Kampf um seine Würdigung war und noch ist, über seine Stellung als Oberpräsident in Danzig ist wenig bekannt geworden. Fast das Einzige, was darüber geschrieben ist, findet sich in dem 1860 von Rasemann verfaßten Aufsatze im 5. Bande der „Preußischen Jahrbücher", der auf den damals noch ungedruckten Aufzeichnungen Schöns beruht. Doch umfaßt die westpreußische Zeit auch hier kaum eine Druckseite, und was dort gesagt ist, ist nicht einmal völlig fehlerfrei. Heute fließen die Nachrichten über Schöns Leben weit reichlicher, besonders durch die große, von seiner Familie besorgte Veröffentlichung „Aus den Papieren des Ministers und Burggrafen von Marienburg Theodor von Schön", die allerdings etwas einseitig und nicht ganz ohne Vorsicht zu benutzen ist. Sie ist bereits in Maurenbrechers Artikel in der „Allgemeinen Deutschen Biographie" verwerthet, in dem freilich über die westpreußische Zeit auch nur wenig steht. Eine Anzahl von neuen Nachrichten für diesen Abschnitt findet sich dann in der neuen Publikation des Königsberger Professors Rühl, „Briefe und Akten-

stücke zur Geschichte Preußens unter Friedrich Wilhelm III., vorzugsweise aus dem Nachlaß von F. A. von Stägemann." Sie ist es, die mich hauptsächlich zu dieser Studie angeregt hat.*) Stägemann, dessen Mitarbeiterschaft an dem preußischen Reformwerk ebenso bekannt ist wie seine poetische Thätigkeit, hatte sehr weit verzweigte persönliche, politische und literarische Beziehungen und unterhielt einen ausgedehnten Briefwechsel. Zu seinen Korrespondenten gehörte auch Schön, mit dem er 1807 in der zur Neuordnung des preußischen Staates eingesetzten Immediatkommission zusammengesessen hatte und mit dem ihn seit dieser Zeit herzliche Freundschaft verband.

Nachdem an Schön während der Reformzeit zweimal, 1808 und 1810, die Aussicht, in das Staatsministerium zu treten, vorübergegangen war, wurde er 1813 zum Mitglied des für die zu besetzenden deutschen Länder eingerichteten Verwaltungsrathes ernannt. In dieser Stellung folgte er während des Krieges zunächst dem königlichen Hoflager und kehrte dann im September 1813 in seine Stellung als Präsident der lithauischen Regierung nach Gumbinnen zurück, bis er zum Oberpräsidenten der neuen Provinz Westpreußen ernannt wurde. Schön trennte sich ungern von dem Orte seiner bisherigen Thätigkeit. Lieber wäre er Oberpräsident von Ostpreußen geworden, eine Stelle, die Auerswald erhielt. Schön meinte, daß es besser sei, wenn er nach Ostpreußen und Auerswald nach Westpreußen käme. „Alle schönen Anfänge in Lithauen", so klagt er, „haben jetzt ein Ende."

Es war für die neue Regierung in Danzig schlecht gesorgt, das Konsistorium und das Medizinal-Kollegium waren im Etat zunächst völlig vergessen. Auch mit seinem Beamtenpersonal war Schön gar nicht zufrieden. Namentlich äußerte er sich über den Polizeipräsidenten von Vegesack, er sei schauderhaft schwach und bringe durch Anmaßung auf.

Schön war in Ostpreußen sehr beliebt, und so traf sein Wunsch, dort zu bleiben, mit dem eines großen Theiles der Bevölkerung zusammen. Die Stände machten daher eine Eingabe an die Regierung, in der sie baten, Schön dort zu belassen. Dieser war davon äußerst befriedigt, obwohl er öffentlich sich dagegen ausgesprochen und Ergebung in den Willen des Königs verlangt hatte. „Es ist eine Genugthuung", sagt er, „die höher ist, als ich sie je

*) Es sind davon nur die beiden ersten Bände benutzt, da der dritte erst erschienen ist, nachdem dieser Aufsatz bereits der Redaktion eingereicht war.

erwarten konnte." Doch wurde das Gesuch abschlägig beschieden. So mußte denn Schön den neuen Posten antreten; im Sommer 1816 siedelte er nach Danzig über.

Die Zustände in Danzig waren damals recht eigenartig. Noch nicht lange hatte die Stadt, nachdem sie durch Lahmlegung ihres Handels zwei Jahrzehnte hindurch mürbe gemacht war, zu Preußen gehört, als der unglückliche Krieg von 1806/7 eintrat. Auf eine kurze Blüthe des Handels und des Wohlstandes während der vierzehn Jahre der preußischen Herrschaft war eine höchst unglückliche Zeit gefolgt. Zwei Belagerungen und die systematische Aussaugung durch die Franzosen, welche die Stadt tyrannisch beherrschten, obwohl sie den stolzen Titel einer Republik führte, hatten Danzig ins tiefste Verderben gestürzt. Der Wohlstand war gewichen, der Lebensmuth geschwunden, tiefe Resignation beherrschte die meisten Kreise der Bevölkerung, und es dauerte längere Zeit, ehe sich allmählich wieder neuer Lebensmuth regte. Dazu war durch die Franzosenherrschaft auch das sittliche Leben stark beeinflußt, Frivolität herrschte, und ein mit den thatsächlichen Verhältnissen in grellem Kontrast stehender Luxus der Lebensführung machte sich bei den oberen Ständen breit, wie die Neigung zu behaglichem Leben schon von alter Zeit im Charakter der Danziger gelegen hatte. Der Geist der Danziger war auch eigenartig; selbständig, störrisch pflegte man auf dem zu beharren, was man für richtig ansah, und nur schwer ließ man sich eines Besseren belehren. Man war in den Kreisen der preußischen Regierung sich dessen bewußt, und so hatte Hippel, der spätere Regierungspräsident in Marienwerder und Bromberg, Schön den Danziger Geist als gräßlich geschildert. Schön spricht in seinem ersten aus Danzig an Stägemann gerichteten Briefe vom 26. Juli 1816 davon: „Und dazu kommt der alte Danziger Geist mit Franzosen-Pfiffigkeit gepaart. Von Vertrauen, Achtung 2c. ist zum Ganzen wenig die Rede, aber List, Zaudern, Zerren ist da. Gegen die Preußen hatte man aus der polnischen Zeit noch ein großes Mißtrauen. Der Danziger von echtem Schrot und Korn hielt sich von den preußischen Beamten und namentlich den Offizieren möglichst fern. So war es, wie Förstemann in seinen kürzlich erschienenen Jugenderinnerungen berichtet, wenn eine Hausfrau ein Dienstmädchen miethete, noch in den zwanziger Jahren eine ständige Frage, ob es bei „Preusch Herrschaft", d. h. bei einer Offiziersfamilie, gedient habe. Die Bejahung dieser

Frage war dann alles Andere eher als eine Empfehlung. Auf der anderen Seite erwartete man in Danzig von der preußischen Regierung goldene Berge. „Man glaubte“, sagt Schön in seiner Selbstbiographie, „daß mit der Wiederbesitznahme des Orts und mit der Errichtung der Oberpräsidentschaft dort Alles, was die Stadt durch die französische Besitznahme gelitten hatte, sogleich gut gemacht werden würde. Jede Abgabe, ohne welche doch kein Staat bestehen kann, wurde als etwas auffallend Unangenehmes betrachtet.“ Sehr richtig ist es, was Schön zur Erklärung des Verhaltens der Danziger der Regierung gegenüber beibringt. Er meint, daß der in Danzig vorwaltende Geist ein kaufmännischer sei und daß die Kaufleute sich sehr dem Kosmopolitismus nähern. Daher betrachten sie die Maßregeln des Staates, in dem sie leben, nur als einzelne Erscheinungen, welche sie augenblicklich angenehm oder unangenehm berühren. So fehlte es den Danzigern vorläufig noch an Nationalgefühl, aber das ist völlig aus der Geschichte ihrer Heimathstadt erklärlich. Andererseits erkennt Schön bereitwillig an, daß „das ehemalige freireichsstädtische Wesen, dessen Schein sogar Napoleon erhielt, bei den gebildeten Danziger Kaufleuten eine gewisse Gewandtheit zurückgelassen hatte, welche das gesellschaftliche Leben mit diesen angenehm machte.“

In der Provinz Westpreußen sah es damals sehr schlimm aus. Auch sie hatte in der Kriegszeit ungeheuer gelitten und war dabei noch niemals in einem blühenden Zustande gewesen. Bekannt ist ja, wie es in Westpreußen 1772 bei der preußischen Besitznahme stand. Das Land war eine Einöde und wurde von Friedrich dem Großen auch wie eine herrenlose Prairie behandelt. Nicht viel besser war es 1816, da das, was der große Preußenkönig geschaffen hatte, durch die Kriegsleiden fast völlig verloren gegangen war. Die Bevölkerung betrug nur 1183 Einwohner auf die Quadratmeile, während sie heute fast dreimal so stark ist und damals selbst Ostpreußen 100 Einwohner auf die Quadratmeile mehr hatte. Die Kriegsleistungen und Kriegsbeschädigungen Westpreußens beliefen sich für 1806/7 allein auf über 34 Millionen Thaler, und die gesammten Verluste in der Provinz durch die Kriege betrugen 120 Millionen Thaler. Die landwirthschaftlichen Besitzungen waren so heruntergekommen, daß sie in Subhastationen um $^1/_6$, ja um $^1/_{10}$ ihres heutigen Werthes verkauft wurden. Die Kriegsschulden der einzelnen Städte waren sehr groß: so betrug die von Elbing über 2 000 000, die von Danzig über 12 000 000 Thaler. Auch um

das Schulwesen stand es schlecht: ganz Westpreußen hatte 1816 nur 1133 Volksschulen.

Ganz besonders erschrecklich waren die Zustände natürlich in den entlegenen Gegenden der Provinz, der Tuchler Heide und der sogenannten Kassubei. Dafür ist charakteristisch eine Beschreibung, die der Oberforstmeister von Pannewitz in Marienwerder noch 1829 entwarf und in der es folgendermaßen heißt: „Besonders roh sind die polnischen Bewohner der Wälder, namentlich der Tuchelschen Heide und in Kassuben. Die Nahrung dieser Menschen ist mit der der Hausthiere oft ganz gleich. Ihr Bart und das Haupthaar wird nicht gekämmt, und die Kleidung besteht in grober Leinwand und einer Art selbstbereitetem hellblauen groben Tuch, welches im Winter den schmutzigen gelbbraunen Körper oft nur zum Theil bedeckt; denn häufig sieht man selbst sechs- bis achtjährige Kinder beim Froste im Hemde und barfuß im Schnee herumlaufen. Ein Strick befestigt die Kleidung um den Leib und vertritt die Stelle von Schnallen, Nadeln 2c., deren in dieser Wildniß Niemand bedarf. Viele dieser Halbwilden in den Wäldern haben das ganze Jahr kein Brot im Hause, sondern genießen es höchstens, wenn sie sich in der Stadt oder bei kirchlichen Anlässen etwas zu Gute thun wollen. Manche haben nie Brot gekostet, und eine Delikatesse ist es, wenn sie an Feiertagen das zwischen Steinen gequetschte Getreide zu einem ungesäuerten Teig bilden und es in Kuchenform in der heißen Asche backen. Die in ausgehöhlten Baumstämmen durch Klopfen selbst roh und elend bereitete Graupe, ferner Sauerkohl, Kohlrüben, Buchweizen, Erbsen, Kartoffeln und schmacklose Kräuter sind nächst der Milch das Hauptnahrungsmittel dieser Waldbewohner und überhaupt der meisten Landbewohner. Die jungen Triebe der Kiefern, mit Wasser gekocht und dann bloß mit Salz verzehrt, geben in der Tuchelschen Heide hie und da auch eine Speise ab; sogar roh verzehren sie die Hirtenknaben. Die von Raupen, Staub und Regen beschmutzten Blätter der Futterrüben werden ungewaschen auf das Dach gebreitet, dort ohne Schutz getrocknet und so im Winter als Gemüse in Suppen verzehrt. Pilze, selbst die der schlechtesten Art, sind eine Leckerei für die Waldbewohner, werden aber für jeden Anderen ungenießbar zubereitet. Fleisch ist eine seltene Speise und kommt in den Waldgegenden zuweilen Jahre lang nicht auf den Tisch; es wird daher das minder Kraft gebende Gemüse in oft unglaublich großen Massen verschlungen. Zu dieser elenden Lebensart kommt nun noch die

ungemein große Unreinlichkeit, welche sich kaum beschreiben läßt; Kopf, Bart, Kleider wimmeln von Ungeziefer; der Körper wird fast nie gewaschen; Seife kennt der polnische Bauer gar nicht, und das vielleicht alle vier Wochen gewechselte Hemd wird, wie überhaupt die Wäsche, auf einen Stein im Flusse oder See gelegt, dort angefeuchtet, mit einem Stück Holz tüchtig geklopft, dann ausgerungen und getrocknet." Ebenso elend waren die Wohnungsverhältnisse. „Schweine, Kälber und Gänse leben oft in vertraulichem Vereine mit den Bewohnern; ein plumper Tisch und eine rohe Bank und desgleichen Bettgestell und höchstens einige Klötze zum Sitzen, ein schwarzgrauer Sack mit Moos, Stroh und selten mit schlechten Federn als Bett, Alles selbst gefertigt; eine große Wassertonne, zwei bis drei grobe Schüsseln und ein eiserner Grapen, dies ist der gesammte Hausrath; der elende Ofen ist von Luftziegeln zusammengeklebt. Die vom ewigen Kaminfeuer schwarz geräucherte Höhle wird meist nur durch eine zwei Quadratfuß große, halb mit Papier, halb mit undurchsichtigen handgroßen Glasscheibchen versicherte Oeffnung erhellt. Stirbt ein Familienmitglied, so bleibt die Leiche oft bis zur Verscharrung in der Wohnstube liegen; der Dampf des stets zum Trocknen gelegten Kiens, die Ausdünstung der schmutzigen Bewohner und des Viehstandes, der vielen sorglos vergossenen Feuchtigkeiten rc., vereint mit der steten flammenden Hitze, machen den Aufenthalt in solcher Hütte für jeden Anderen völlig unerträglich."

So und noch schlimmer sah es bei Schöns Amtsantritt in manchen Gegenden der Provinz aus; sehr viel besser war es wohl nur in besonders bevorzugten Bezirken, wie in den Weichselniederungen, wo guter Boden und das überwiegende Deutschthum der Bewohner zusammengewirkt hatten, um eine höhere Kultur zu schaffen. Und auch die Zustände in den kleineren Städten unterscheiden sich wenig von denen auf dem flachen Lande. Nur die größten, Danzig, Elbing, Thorn, ragten als Kulturinseln heraus. Schön meinte mit Recht, daß er die Provinz in dem Zustande bekomme, in dem Lithauen vor Friedrich Wilhelm I. war.

Da galt es nun für den neuen Oberpräsidenten, energisch mit bessernder Hand einzugreifen. Wie schwer ihm seine Stellung Anfangs vorkam, zeigt folgende Stelle aus einem Briefe an seinen Freund, den Grafen Alexander zu Dohna-Schlobitten, vom 17. August 1816: „So wie in Allem, so auch in Landes-Sachen ist meine Lage hier sehr unangenehm. Der größte Theil der

Gutsbesitzer ist bankerott, Polen ohne Gemeinsinn und voll vom plattesten Egoismus. Keine Spur einer Repräsentation, wobei man die Menschen etwas auftritzen könnte, ist da. Wo bleibt da Kultur, National-Erziehung, Streben nach dem höheren Leben! ich administrire bis jetzt hier nach Maulwurfs-Art, der Morgens und Mittags sein Stück wühlt, auf den Zufall, ob er ein Wurzelchen findet oder nicht." Aber bald kam er in seinem neuen Amte in eine sehr vielseitige und vieles Nützliche bewirkende Thätigkeit hinein.

Einige Dinge waren es besonders, an die er von vornherein mit regem Eifer heranging. „Es kam darauf an", wie er selbst sich ausdrückt, „aus den ehemaligen Sklaven und Slaven Menschen und Deutsche zu machen." Dazu mußte das Volksschulwesen gehoben werden. Seine kräftigste Stütze fand Schön dabei in dem Regierungs- und Schulrath Jachmann, dem ehemaligen Direktor der in der Nähe von Danzig gelegenen Jenkauer Schulanstalt, der 1813, als diese Schule verfiel, Regierungsrath in Gumbinnen geworden war und von dort mit ihm 1816 nach Danzig ging. In kurzer Zeit wurden etwa 400 neue Volksschulen in der Provinz errichtet. Ohne die Staatskasse in Anspruch zu nehmen, allein durch die Heranziehung der Gemeinden und Gutsbesitzer geschah dieses Werk. Schön selbst war unermüdlich in Anregungen, so manchen Gutsbesitzer veranlaßte er zur Hergabe der Kosten. Im Allgemeinen kam man ihm auch entgegen: „sobald die Sache angeregt war, so sorgte die Kommune, das Dominium in der Regel selbst für die Vollführung." Am meisten Schwierigkeiten hatte er auf den Domänen zu begegnen, „wo der kalte Fiskus Dominus war." Denn das Ministerium interessirte sich wenig für das Elementarschulwesen, und da hatte der Oberpräsident mit den Berliner Behörden manchen Strauß auszukämpfen. Interessant ist Schöns Aufzeichnung über ein Gespräch mit einem polnischen Edelmann, der sich bei ihm beschwerte, daß er zum Bau der Schule für seine Gutsleute beitragen solle. Auf dessen Hauptargument, daß er ein Edelmann sei, setzte Schön ihm auseinander, daß es gerade im Begriffe eines Edelmannes liege, dafür zu sorgen, daß die Leute auf seinem Gute nicht ohne Bildung aufwachsen, und daß ein Edelmann, der diese Pflicht nicht übe, tiefer als ein Bauer stehe. Er hatte die Genugthuung, daß der Beschwerdeführer nach einigen Minuten Stillschweigen mit den Worten: „Ich werde die Schule bauen" das Zimmer verließ. Es wären noch mehr Schulen

eröffnet worden, wenn es nicht an Lehrern gefehlt hätte. Um diesem Mangel abzuhelfen, wurden die vorhandenen Seminare erweitert und ein neues begründet. Außerdem wurden mehrere neue Stadtschulen und auch ein Gymnasium in Konitz geschaffen. Die Ausmittelung von Lehrern für diese Anstalt machte Schwierigkeiten. Die Bemühungen, nur Katholiken anzustellen, blieben vergeblich, da nicht genügend zu erlangen waren. Daher wurden auch einige Protestanten ernannt. Aber als nachträglich noch einige geeignete katholische Lehrer gefunden wurden, wurde das rückgängig gemacht. Mit Recht war Schön darüber entrüstet und trat bei dem Ministerium für die Interkonfessionalität des Gymnasiums ein. Doch hatte er damit keinen Erfolg.

Klar erkannte er auch schon die Gefahr, die in diesen Gegenden aus der Vereinigung von Katholizismus und Polonismus drohte. So trat er mit großem Nachdruck auch dem Minister Altenstein gegenüber für die Ernennung „eines deutschen Mannes, dessen Treue erprobt ist", zum Kulmer Bischof ein. Er trat dem Streben der polnisch-katholischen Geistlichkeit, die Verbreitung der deutschen Sprache durch die Schule zu hindern, energisch entgegen. Dabei sorgte er dafür, daß in seiner Provinz Konflikte mit dem Klerus nicht eintraten. Er fühlte sich als der Vertreter der preußischen Staatsidee, der die katholische Kirche sich anzubequemen hatte. Er vertrat das Prinzip des allgemeinen Landrechts, „von keiner Kirche Notiz zu nehmen, sondern nur die Kirchengemeinschaft, wie sie im Staate vorhanden ist, als Gesellschaft anzuerkennen." Der Staat dürfe die Kirche nie benutzen, um etwas zu erlangen, und ihr dafür Konzessionen machen. Sein Ideal in der Kirchenpolitik war Friedrich der Große, „der zuweilen hart und streng mit der katholischen Kirchengesellschaft verfuhr", unter dem es aber keine Differenz mit ihr gab.

Zu dem Kreise der Bemühungen Schöns für die Hebung der Bildung gehört auch die Gründung der Friedensgesellschaft. Beim Friedensfest im Jahre 1815 hatte er, einer Anregung Jachmanns folgend, in Gumbinnen eine Versammlung einberufen, in der eine Gesellschaft gestiftet wurde, die es sich zur Aufgabe setzte, besonders befähigte Jünglinge in ihrer Ausbildung in Wissenschaft und Kunst zu unterstützen. Am 3. August des nächsten Jahres, dem Geburtstage des Königs, wurde eine gleiche Gesellschaft auch in Danzig gestiftet, die ebenfalls den Namen Friedensgesellschaft erhielt. Ihr traten gleich viele Mitglieder bei, so daß sie bald zahlreicher als

die Gumbinner Schwester war. Schön legte Werth darauf, daß sie sich aus der Provinz selbst erhalte, und wies daher ein Geschenk Stägemanns für ihre Zwecke dankend zurück. Als Schön später nach Königsberg kam, gründete er auch dort eine Friedensgesellschaft. Alle drei bestehen noch heute und haben dadurch, daß sie unbemittelte, gut beanlagte junge Leute unterstützten, viel Segen gewirkt.

Ein zweiter Punkt, auf den Schön großes Gewicht legte, war die Herstellung von Chausseen. Er hielt Verkehrsstraßen für ein wichtiges Kulturmittel, zumal in einem Lande wie Westpreußen, das dünn bevölkert und in dem daher die Annäherung der Menschen aneinander schwierig war. Es kam damals nach Danzig aus England die Nachricht von der Erfindung des Schotten Mac Adam, die einen großen Fortschritt im Straßenbau bezeichnete und bis heute nach ihm benannt ist. Das englische Parlament und die nordamerikanische Regierung hatten die Macadamisirung als die beste Art des Straßenbaues bezeichnet. Schön ließ in der Nähe von Danzig eine Probe damit machen und verlangte vom Ministerium die Mittel, um eine Meile Kunststraße nach dieser Methode zu bauen. Allein ihm wurden die Mittel versagt, weil die Berliner Sachverständigen von Mac Adam noch nichts gehört hatten oder nichts von ihm hielten. Erst persönliches Eingreifen des Königs ermöglichte Schön den Probebau einer halben Meile. Als dieser sich bewährte, übergab der König ihm auch den Chausseebau auf der großen Straße nach Berlin. So stellte er in wenigen Jahren eine Strecke von 24 Meilen her, während das Ministerium die übrigen 17 Meilen nach althergebrachter Art baute. Seine Anlage kostete nur 16 000 Thaler die Meile, während der von den Berliner Behörden geleitete Bau 24 000 Thaler für die gleiche Strecke erforderte. Auch hierbei verstand Schön es, alle brauchbaren Kräfte heranzuziehen und die finanziellen Mittel der Kommunen flüssig zu machen. Die Landbewohner fingen an, sich für Chausseen zu interessiren, und es wurde zur Ehrensache in der Provinz, zum Chausseebau geholfen zu haben.

Eine weitere wichtige Angelegenheit war die Entschädigung der Provinzbewohner für die in den Kriegen erlittenen Schäden. Zu diesem Zweck waren Gelder im Betrage von 3 780 000 Thalern angewiesen worden, um deren richtige Vertheilung es sich handelte. Hauptsächlich sollte die Summe den Landleuten, den Köllmern und Rittergutsbesitzern, zu Gute kommen. Aber auch die Domänen-

pächter wollten daran Antheil haben, obwohl sie schon bedeutende Erleichterungen erhalten hatten. Für sie trat besonders der Marienwerderer Regierungspräsident von Hippel ein und machte damit Schön viel zu schaffen. Schön hielt mit seiner Ansicht nicht zurück und äußerte sich häufig in den derbsten Ausdrücken über den Plan, denjenigen, denen die Unterstützung am Nothwendigsten war, einen bedeutenden Theil davon zu entziehen. Schließlich setzte er die Vertheilung der Gelder nach seinen Ansichten durch.

Eines Hauptverdienstes Schöns, zu dem er die ersten entscheidenden Schritte in seiner westpreußischen Zeit that, eines Verdienstes, das weit über den Kreis seines Amtsgebietes und seiner Amtspflichten hinausging, muß hier noch gedacht werden: es ist das die Wiederherstellung eines der höchsten Kleinode deutscher Kunst, des Marienburger Schlosses. Schon 1804 hatte Schön dieses in seinem verwahrlosten Zustande gesehen, aber er hatte es „mehr als Kuriosität wie als Sprache des Himmels betrachtet." Nichtsdestoweniger hatte er bereits damals mit bewirkt, daß eine königliche Kabinetsordre nicht nur fernere Verunstaltungen verbot, sondern auch Sorgfalt für die Erhaltung der Baulichkeiten einschärfte. Doch war den ersten durch diese Ordre hervorgerufenen Anfängen der Restauration durch die lange Kriegsperiode ein jähes Ende bereitet worden. Bei einem neuen Besuche 1815 wurde Schön für die Wiederherstellung des Schlosses begeistert. Er schrieb deswegen an Hardenberg, und bereits am 15. Dezember 1815 wurden seine Vorschläge genehmigt. Nach den nöthigen Vorarbeiten wurde die Wiederherstellung am 3. August 1817 begonnen. Sie war fortan ein Lieblingskind Schöns, das ihm stets am Herzen lag. Unablässig verfolgte er die Fortschritte und erfreute sich an dem Wiedererstehen der lange versunkenen Schönheit. Er wußte in geschickter Weise auch Privatpersonen und Korporationen zur Mitarbeit heranzuziehen, indem diesen gestattet wurde, einzelne Theile des Ganzen auf eigene Kosten wiederherzustellen, wofür sie irgend ein Erinnerungszeichen an diesem Theile anbringen durften. Wie sehr sich Schön stets mit der Marienburg beschäftigte, das geht aus seinen Briefen und sonstigen Aufzeichnungen hervor. Ohne im Einzelnen zu erörtern, was in dieser ersten Periode der Wiederherstellung der Marienburg geschaffen worden ist, möge hier nur Schöns Stellung zu dieser seiner eigenen Schöpfung, möglichst mit seinen eigenen Worten, gezeichnet werden.

„Marienburg spricht die Sprache des Himmels", sagt er in

seiner Selbstbiographie, „und die Gegenrede muß gleicher Art sein"; er meint damit, daß König und Volk sich zu der Wiederherstellung vereinigen müssen. Mit lebhaftestem Antheil beobachtete er den Eindruck, den das herrliche Bauwerk auf die Besucher machte. „Menschen aus den gebildeten Ständen bezeigen ihre Empfänglichkeit für das Schöne und Erhabene bis zum Enthusiasmus, Leute aus dem ungebildeten Stande werden von dem Kunstwerke so überwältigt, daß ich häufig sah, wie sie die Hände wie zum Gebet falteten und in eine andächtige Stimmung versetzt wurden. Bei beiden war der Zweck erreicht. Nur von einem einzigen Menschen erzählt man, daß er kalt die Prachtsäle durchlief und sich am Ende unwürdig über dasselbe geäußert habe, und dieser Mensch war angeschuldigt gewesen, seine Frau vergiftet zu haben." Bereits am 7. Oktober 1817 schreibt er an Stägemann: „Marienburg bringt mir hohe Freude. Es entwickelt sich größer und schöner, als ich es erwartete." Er freut sich über die Begeisterung, die das Kunstwerk in weiteren Kreisen erweckt. „Die Marienburger und die schwerfälligen Werderschen Bauern werden schon begeistert." Die Bauern leisteten alle Fuhren gratis. In den ersten zwei Jahren förderten sie 48000 Fuder Schutt und Unrath hinaus. „Sie müssen hieher reisen", schreibt er am 16. Oktober 1817 an Stägemann, „um in den Kapitelsaal treten zu können, das Heldengedicht folgt daraus unbedingt." Er denkt an ein großes Fest, das beide Provinzen dem König oder dem Kronprinzen in Marienburg geben sollen, eine Idee, die 1822 zur Ausführung kam. Ganz besonders charakteristisch ist aber, was er am 20. November 1818 an den Staatsrath Nicolovius schreibt: „Für mich ist Marienburg ein Gotteshaus, die Größe zermalmet allen Dünkel, und die Schönheit hebt über das gemeine Getriebe hinweg, ich stärke mich dort. Schinkel sitzt in Berlin und baut ein Komödienhaus, welches seinem Wesen nach nur ein gemeines Gebäude werden kann, und wallfahrtet nicht nach Marienburg! Er hat sogar den Auftrag dazu, aber er kommt nicht. Da würde Michel Angelo den Kopf schütteln. Man kann es sich noch nicht denken, daß in Preußen ein so gewaltiges Kunstwerk seyn soll. In England ist Nichts, im nördlichen Frankreich ist Nichts, in Deutschland hat noch Niemand etwas nennen können, in Venedig soll der Palast des Dogen Aehnlichkeit haben, aber bei weitem nachstehen." Aehnlich am 27. Oktober 1818 an Stägemann: „Wie Schinkel mit dem winzigen Komödien-Hause in Berlin sich beschäftigen und nicht zu

Fuß nach Marienburg kommen kann, begreife ich nicht." „Wäre Marienburg nicht, ich lebte nicht mehr. Die Zeit ist so widrig gemein, daß der Ekel überhand nehmen würde, wäre nicht etwas nahe, das wieder erhebt. Sie müssen dichten." Am 2. Juli 1819 an Nicolovius: „Auch der prosaische Mensch wird aufs Höchste ergriffen, ich habe noch keinen Gleichgültigen gefunden, aber manche Thräne da schon gesehen. Für mich ist es ein Ort der Erbauung, Gott spricht dadurch zu uns in hoher Majestät." Noch als Greis äußerte er sich in einem an den Historiker Droysen gerichteten Briefe vom 19. Dezember 1850 folgendermaßen: „Marienburg ist eine große Tragödie in architektonischer Form. Für den Historiker ist es eine geweihte Stätte und für Jeden, der den Himmel offen sehen will, ein Wallfahrtort."

Sehr zahlreich sind die Stellen in Schöns Korrespondenz, an denen er über neue Funde, neue historische Ansichten und die Fortschritte der Wiederherstellungsarbeiten in liebevollster Weise berichtet. Er hatte auch die freudige Genugthuung, sein Werk von allen Seiten anerkannt zu sehen. 1824 feierte ihn sein Freund Stägemann in einer schwungvollen Ode im alcäischen Maße „Die Herstellung des Schlosses Marienburg". Und als er 1842 aus dem Staatsdienste schied, ernannte ihn Friedrich Wilhelm IV. „eingedenk des ausgezeichneten Verdienstes, welches er sich im Verlaufe seiner Dienstzeit auch um die Erhaltung des Schlosses zu Marienburg insbesondere erworben hatte, und des Feuers einer schönen Begeisterung, das er damals für die Wiederherstellung dieses edlen Denkmals einer großen Vergangenheit zuerst entzündet und fortdauernd genährt hat", zum Burggrafen von Marienburg und übertrug ihm die fernere Verwaltung des Schlosses und seiner Wiederherstellung. Schöns Interesse für die Marienburg blieb bis zu seinem Tode im Jahre 1856 rege, und die Beschäftigung damit wurde ihm, wie der König es erhofft hatte, zum erfrischenden Genuß und half ihm seinen Lebensabend erheitern.

In der That war es reinster Idealismus, der Schön zu seinem Wirken für die Marienburg begeistert hat, und obwohl eine spätere Zeit, die mehr historisches Verständniß besitzt, gegen die bei der damaligen Wiederherstellung gemachten Fehler nicht blind war und sie beseitigt hat, ist doch Schön als der erste Wiederhersteller des herrlichen Bauwerks noch heute zu preisen, und ist der von idealer Lebensauffassung zeugende Wunsch, den er in seiner Selbstbiographie ausspricht, in Erfüllung gegangen, daß Marien-

burg noch heute verkündet, „daß es außer dem physischen Leben und Erwerben und Wissen und Herrschen und Glänzen noch etwas Höheres giebt.“

In Danzig selbst, der Hauptstadt seines Wirkungskreises, lebte sich Schön mit der Zeit ein. Mit den materiellen Verhältnissen hatte er freilich sehr zu kämpfen. Was er von der Theuerung gefürchtet hatte, war nicht übertrieben: er meinte Anfangs seinen Bankerott vor Augen zu sehen. Aber die Danziger schienen ihm bald besser als ihr Ruf. Wenn er auch noch, bevor er nach Danzig ging, in dem ihn charakterisirenden Optimismus meinte: „der Geist in Danzig ist gut, sehr gut“, so schrieb er doch am 28. Juli 1816 nach der Uebersiedelung an Dohna: „Die alte Danziger Mattigkeit, verwebt mit französischer Hinterlist, macht mir hier das Leben nicht angenehm. Wäre tabula rasa, wie ich in Lithauen fand, so läßt sich aus der Kindlichkeit manches entwickeln, wo aber das Innere schon verdreht und dazu matt ist, da wird Zeit nöthig sein, um eine andere Natur zu schaffen.“ Aber schon wenige Tage später, am 4. August, war er ganz anderer Meinung. Am 3. August, dem Geburtstage des Königs, waren nämlich, ohne daß die Polizei einen Druck ausgeübt hatte, alle Häuser erleuchtet. Das bestimmt ihn zu der Ansicht, „daß es ein Leichtes wäre, die Danziger zu den eifrigsten Preußen zu machen, wenn man nur das Ding anfangen dürfte, wie man wollte und wie es seyn sollte.“ Ebenso schreibt er am 26. November desselben Jahres an Stägemann: „Die Danziger sind in guter Richtung, wenn die Ministerien nur nicht zu viel verderben.“ Ganz besonderen Anspruch auf die Dankbarkeit der Danziger erwarb er sich namentlich durch zwei Dinge.

Das eine war die Ablösung der gewaltigen Kriegsschuld von über 12 Millionen Thalern.

Das zweite Eintreten Schöns für Danzig steht im Zusammenhang mit einer großen Handelskrise. Der Getreidehandel, der Hauptzweig des Danziger Handels überhaupt, lag in Folge schlechter Ernten und anderer Gründe seit 1816 sehr darnieder; daher stockte auch der Handel auf den übrigen Gebieten, namentlich der mit Holz und Asche. 1818 fallirte eins der größten Danziger Häuser Christian Theodor von Frantzius, dasselbe, dessen Chef Napoleon 1807 als der reichste Mann Danzigs bezeichnet worden war. In den nächsten Jahren gestalteten sich die kommerziellen Verhältnisse noch schlechter. Nach einem kurzen Aufschnellen der Getreidepreise

im Sommer 1821 trat plötzlich im September ein gewaltiger Preissturz ein. Die Folge davon war, daß eine Anzahl angesehener Firmen ihre Zahlungen einstellen mußte und der größte Theil der Danziger Börse ins Wanken gerieth. Im Zusammenhange damit wurde auch ein großer Theil der unteren Volksschichten, die als Schiffs- und Speicherarbeiter dienten, brotlos. Da griff Schön ein. Er stellte bei dem Ministerium den Antrag, durch Bürgschaft oder Vorschüsse von staatlicher Seite dem allgemeinen Zusammenbruch zu wehren. Dieses Vorgehen ist heute von ganz besonderem Interesse, wo die Krise in der jungen Danziger Industrie und die ihr gewährte Staatshilfe in der Stadt selbst die Gemüther sehr erregt, aber auch die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf sich gezogen hat. Ein Präzedenz zu den heutigen Ereignissen bilden nun bereits die Vorgänge von 1821. Schöns Antrag wurde genehmigt. Der Finanzminister und Präsident der Seehandlung Rother kam nach Danzig, um den bankerotten Häusern zu einem Vergleich mit ihren Gläubigern zu verhelfen. Gegen Verpfändung von Grundstücken erhielten sie bedeutende Summen, mit deren Hilfe sie Akkorde zu Stande brachten. Auch andere Häuser, die noch nicht gänzlich insolvent geworden waren, wurden auf diese Weise gehalten. Für diese rechtzeitige Hilfe wurde Schön ein lebhafter Dank durch die alten kaufmännischen Firmen zu Theil.

Allmählich fühlte Schön sich in Danzig immer wohler. Er fand einen anregenden Kreis, aus dem namentlich der schon genannte Schulrath Jachmann, der Gymnasialdirektor Meinicke und der Konsistorialrath Gernhard hervorzuheben sind. Besonders angenehm empfand er das Zusammenleben mit den gebildeten Kaufleuten. Er stellte sich auf den richtigen Standpunkt, daß in einer Handelsstadt alles Geschäft ist, und daß man den Kaufmann im Geschäft von dem Kaufmann nach beendetem Geschäft scheiden muß. Bereitwillig erkannte er die von Alters her in Danzig herrschende große Wohlthätigkeit an, wie sie durch die umfangreichen Stiftungen bewiesen wurde. Er stellte dem Danziger Kaufmann das günstigste Zeugniß aus und wendete sich gegen den französischen General Rapp, der geschrieben hatte, er habe Baschkiren, Türken, Kalmucken und Araber kennen gelernt, aber ein undankbareres Volk als die Danziger habe er nicht gefunden. Nun, Rapp war wohl nicht der geeignete Mann, um die Dankbarkeit der Danziger zu beurtheilen, denn er hatte nicht den geringsten Anspruch auf sie, da er während seines Gouvernements andauernd die Stadt aufs Grausamste be-

handelt hatte, wenn er auch selbst behauptet, sich mit den Danzigern sehr gut gestellt zu haben. Schön scheint darüber nicht genügend unterrichtet gewesen zu sein, sonst würde er wohl nicht so ernsthaft gegen Rapp polemisirt haben. Mit ihm aber standen die Bewohner der Provinzialhauptstadt in einem ausgezeichneten Verhältniß, und sie hatten auch Grund dazu, denn der Oberpräsident nahm sich ihrer, wo er nur konnte, an. Zäh waren sie freilich von jeher, das meint auch Stägemann, aber Schön ist gut mit ihnen ausgekommen. Denn er erkannte, was nöthig war: „Geld braucht man hier nicht, um das Gute zu fördern und das Franzosenthum zu tödten und das natürliche Geleise zu Tage zu fördern, aber Konsequenz.“ Diese Konsequenz in richtigen Maßregeln und wohlwollender, gerechter Behandlung hat er durchgeführt und dadurch bei den Danzigern für Preußen große moralische Eroberungen gemacht.

Schule des Lustspiels.

Von

Walter Harlan.

III.

Das dramatische Kampfspiel.

Als es zum ersten Male einem Dichter einfiel, zwei Einzelspieler auf der Bühne etwas aufführen zu lassen, mußte sich sofort herausstellen, daß nun einzigmenschlicherweise der Eine etwas wollen würde, was dem Andern wider den Strich ginge, und daß wohl hierdurch ein rechtes Vergnügen entstehen könnte. Das war die Geburt des Dramas.

Gewiß ist das europäische Bühnenspiel historisch auf eben der Szene erstanden, wo vorher der lyrische Chor der Böcke allein geherrscht hatte, und auch unsere heutige Theaterdichtung kann und will das liebe Wort und also die Lyrik nicht im Mindesten loswerden, — im Wesen des gebotenen Genusses aber war das Drama von seiner ersten Stunde an den gymnastischen Kampfspielen in Olympia ähnlicher, als einem Chorgesang, ein Kampfspiel seelischer Mächte ist es, und in der ewigen Festfreude des Menschengeschlechts an jederart Kämpfen sehe ich das psychologische Urbild unseres Vergnügens am Drama. Denn wesentlich erwartet werden von ihm die Gefühlselemente der Spannung, Lust und Erregung, die durch nichts so kräftig erzeugt werden können, als durch das Miterlebniß eines Kampfes, — sei es einer zwischen wüthenden Hähnen oder Diskuswerfern, oder Preisdichtern, oder Gladiatoren, oder Rittern im Turnier, oder zwischen dem starken Stier und dem gewandten Torrero, oder sei es der Kampf der Stimmen (concertatio) in einem Chor, oder sei es der seelische Kampf eines Menschen mit einer außermenschlichen Kraft, oder zweier Menschen um irgend eine Macht, oder sei es endlich der Kampf zweier Triebe in einer Seele. — Wäre das Drama eine

wesentlich „redende Kunst“, so hätte niemals eine Pantomime entstehen können.

Jedes Bühnenspiel ist nothwendig ein Krieg, das heißt eine durch die Einheit einer Machtfrage verbundene Gruppe von Kämpfen, und zwar ein Krieg seelischer Mächte.

Dieser Krieg wird entweder zwischen mehreren Menschen ausgekämpft, oder die Mächte im Innern einer einzelnen Seele kämpfen gegeneinander oder — was die Regel ist — äußere und innere Konflikte wirken zusammen. Der mit dem Artnamen Lustspiel versprochene Genuß ist erstens der einer dreistundenlangen Gespanntheit, und zwar einer lustigen, d. h. einer solchen, die mehr getrost als bange ist, zweitens verspricht das Lustspiel, daß durch die allmähliche Entscheidung der Machtfrage irgendein hinsichtlich des Weltlaufs gehegter Herzenswunsch des Zuschauers über Erwarten gründlich befriedigt werden soll, — das ist Lust, — und endlich drittens verheißt es den Genuß an der Aufregung, der physiologischen Kohlensäure im Weine des Gefühls.

Die Motive.

Die nothwendigen Gegner in jedem dramatischen (Außen- oder Innen-) Kampfe sind zwei (oder mehr) Motive, deren Befriedigungen sich gegenseitig ausschließen. Beim Außenkampfe werden aus den beiden kämpfenden Motiven zwei kämpfende Willen, — beim Innenkampfe gedeiht nur eins von den beiden kämpfenden Motiven zum Willen, denn Niemand kann gleichzeitig zweierlei Unvereinbares wollen, auch der größte Narr nicht, nur die Motive kämpfen den Innenkampf in der Menschenseele.

Ein Motiv ist ein durch eine Vorstellung erweckter Trieb. Deshalb gehört es zu meiner Selbstklärung über die Lustspielkunst, daß ich einen Ueberblick auch über die in der Menschenseele lebenden Triebe gewinne. Der Mensch, also auch der Mensch auf der Bühne, hat vier Sorten von Trieben, die zwar durch keine scharfen Grenzen von einander geschieden sind, dennoch aber — und zwar ihrer Herkunft nach — als vier große Gruppen gedacht werden können. Der große artistische Werth solcher Uebersicht über das menschliche Triebleben wird sich im Folgenden mehrfach zeigen.

Bei unserer Seele melden erstens und vielleicht am energischsten die Sinne ihre Wünsche an, so entstehen sinnliche Triebe (zur

Selbsterhaltung und Fortpflanzung), in der Seele selbst aber — ihren eigenen Kammern und Inhalten nach — leben noch drei große Gruppen von Bedürfnissen und entsprechenden Trieben: Die Welt, zu der man sich selbstverständlich mitrechnet, soll logisch sein, d. h. sie soll so sein und laufen, wie man sich's dachte, so entstehen Vernunfttriebe — fiat logos, pereat mundus! — alsdann: die Welt soll sittlich sein, das heißt kein Mensch, weder der Sittlichgetriebene selbst noch ein anderer, soll sich außerhalb der Gesetze bewegen, nach denen allein für unser Bewußtsein die Menschengesellschaft selig werden kann, so entstehen sittliche Triebe (zur Selbstachtung und zum Geachtetwerden, zur Ehre); und schließlich kann auch noch das Ansinnen an die Welt gestellt werden, daß sie gefallen solle, so entstehen viertens Schönheitstriebe, — man kann in Schönheit leben und sterben wollen.

Außerdem ergiebt sich aus dem Gesichtspunkte der Vorstellungsweise noch eine zweite, ganz andere und für die Aesthetik besonders fruchtbare Eintheilung der Triebe (wie aller Seeleneigenschaften): Sobald nämlich ein Trieb (oder sonst eine Seeleneigenschaft) vorgestellt wird, erscheint er mit Nothwendigkeit entweder als Kraft, als bewundernswerth, als erhaben, oder als Schwäche, als komisch.

Die gegnerischen Zwecke.

Mit jedem Motiv ist nothwendig ein Begriff verbunden, wie es sich erfüllen soll, oder — wenn das Motiv nicht bis zum Willen gedeiht — wie es sich erfüllen würde. Dieser Begriff, der Zweck, ist nicht mit der Vorstellung zu verwechseln, die mit dem Triebe zusammen das Motiv ausmacht. Wenn Jemand einen Kirsch vor mich hinstellt, so erscheint in meiner Seele ein Motiv, — die Vorstellung in diesem Motive ist die dortstehende blinkende Flüssigkeit aus dem Schwarzwalde, der Trieb ist mein verwerfliches Verlangen nach diesem Gifte, der Zweck aber ist das Kippen.

Also der Zweck ist nothwendig der Begriff eines künftigen bestimmten Geschehens. Eines Erreichens oder Loswerdens, einer eigenen oder einer fremden Handlung. Und das nun ist das unfehlbarste Mittel, den Zuschauer zu spannen und zu erregen, daß zwei Zwecke auftreten, von denen logischer Weise nur einer sich verwirklichen kann. Das gilt für Außen- und Innenkämpfe. Der Gerichtsrath will wissen, wie der Krug zerbrach, der Dorfrichter will es ihm verheimlichen; Tellheims Liebe treibt ihn auf Minna zu, sein Ehrgefühl treibt ihn von ihr fort.

Die gegnerischen Zwecke verhalten sich mindestens wie Ja und Nein, noch erregender ist es, wenn an Stelle des Nein ein ausschließender positiver Zweck eintritt. Die Tochter des malade imaginaire soll nicht nur den geliebten amant nicht kriegen, sondern sie soll einen ekelerregenden Trottel heirathen.

Der vorgestellte Zweck kann in den Augen des Zuschauers einen Glückswerth haben, oder er kann ihm als Schädling des Glückes und also als ein Zweck von nur eingebildetem Werthe, als ein Narrenzweck erscheinen. Und für Glückswerthe wie Narrenwerthe hat er selbstverständlich wieder seine aufs Feinste graduirten subjektiven Rangordnungen. Er kennt vernünftige und weise Zwecke, dumme und verblendete. An die Rangordnung der Zwecke in den Augen des Dichters oder des Zuschauers mußte ich hier erinnern, weil für das optimistische Bühnenspiel das Gesetz gilt, daß immer der im Sinne des Wahrnehmers höhere Zweck über den niedern den endlichen Sieg behalten muß.

Der Werth oder Unwerth desjenigen Geschehens, um das in einem Bühnenspiel vornehmlich gekämpft wird, pflegt die Würde unserer Dichtung in den Augen des Zuschauers zu bestimmen. Wissend zu werden, sicut deus, ist der Zweck, der wohl einem Faust vorschwebt, der liebste Traum eines Kadetten ist vielleicht das Werden eines Schnurrbarts. Einem Kadetten als Zuschauer also würde solches Ringen eines Kameraden mit dem geizigen Schicksal als durchaus begreiflich und würdig erscheinen.

Jeder Bühnenkampf wird ceteris paribus um so stärker erregen, je lebhafter der Zuschauer das Haupterfüllungsgut für sich selbst wünschen würde. Alle Theaterhelden, deren Hauptabsicht zugleich einen Herzenswunsch der Zuschauermehrheit darstellt, haben allein dadurch schon eine Hoffnung auf das längste Bühnenleben. Und ich meine, wir können uns diese Erkenntniß zu nutze machen, auch ohne gemein zu werden. Ganz hochgeborene Sehnsuchten schlafen in den bürgerlichen Seelen, wer ein Dichter ist, kennt sie und braucht sie nur zu wecken. In der kunstarmen Tragödie „Michael Kramer“ kam eine wundervolle Szene vor, durch die Hauptmann das unruhig gewordene Publikum doch wieder mit ganzer Dichtermacht spannte und erregte: das war das Ringen des Helden um die verlorene Liebe seines Sohnes, — da leuchtete ein Wunsch, den ein Philosoph und ein Krämer gleich lebhaft mitfühlen mußten.

Diesem Alten ist die schwierigste und daher spannendste Auf-

gabe gestellt: Sein Zweck besteht in einem Gefühlswandel des Gegners. Er will einen Vorgang in der Seele seines Gegners. Einen ebensolchen Wunsch hegt der Mann, der das widerspänstige Kätchen bezähmen will.

Ich weiß keine gründlichere Spannung, als daß zwei sehr starke Menschen mit den besten seelischen Waffen um eine sehr herrliche Macht ringen, die nur einem von beiden zufallen kann.

Außenkämpfe.

Bei den meisten dramatischen Außenkämpfen sind beide Parteien Menschen. Aber freilich kann man auch gegen einen machtsüchtigen Gott oder gegen eine tückische, ewig kleckſende Feder, „gegen das Objekt", kämpfen oder zu kämpfen glauben. Pathetische Aesthetiker haben fleißig von Kämpfen „gegen die Welt" oder „gegen das Schicksal" gesprochen, aber die Welt und das Schicksal werden auf der lebendigen Bühne nur immer durch zwei bis siebzehn Menschen vorgestellt. Und nur diese haben eine Seele, die kämpfen kann. Die Welt ist ein Begriff, der meist erst, wenn die Vorstellung aus ist, uns in den Sinn kommt. —

Hieraus folgt, daß für die dramatische Spannung nur diejenigen Glücksmöglichkeiten und Gefahren vollen Werth haben, deren Erfüllung oder Abwendung von Menschenkraft beeinflußt werden kann. Die Angst vor dem Weltuntergang im Jahre 1000 enthielt ohne Zweifel eine starke Spannung und Erregung, ein dankbarer, dramatischer Stoff aber liegt hier ganz gewiß nicht, — will die Welt untergehen, so können wir nichts dazu noch dawider thun. Es müßte denn Jemand der Meinung sein, daß er durch Gebet oder sonstige übernatürliche Kräfte den Elementen gewachsen wäre. (Björnson, „Ueber unsere Kraft" 1. Theil.) Dann wird die an sich undramatische Spannung freilich dramatisch. Und zwar entweder tragisch („Den lieb' ich, der Unmögliches begehrt") oder komisch (wenn etwa einer aus Dummheit sich für einen Hexenmeister hielte).

Der nothwendige Verlauf jedes dramatischen Außenkampfes ist folgender:

Die Parteien sind sobald als möglich auf dem Platze. Sie erklären sich den Krieg oder, was viel klüger ist, sie erklären ihn nicht, sondern fangen offen, oder was das Allerklügste ist: heimlich an, einander zu belauern, Minen zu legen, einander zu schaden.

(In „Le malade imaginaire“ merkt die heuchlerische Gattin erst im entscheidendsten Augenblicke, daß die Zofe Toinette ihre gefährlichste Feindin war.)

So beginnt ein Bühnenspiel: Ein stolzer Venetianer erfährt, daß ein Parvenü, ein Mohr noch dazu, ihm die geliebte Tochter entführt hat. Sofort setzt eine Spannung ein (noch nicht die Generalspannung des Stückes, sondern): Das muß einen Kampf zwischen dem Vater und dem Entführer geben! Was wird der Alte anstellen? Ob er die Tochter wiederkriegt? Wird sie wiedergekriegt sein wollen? Ob sie den Mohren liebt?

Ueber den weiteren Verlauf des Außenkampfes, die „Verwicklung“, mache ich mir vor Allem zwei Lessingsche Grundsätze zu eigen: „Je simpler eine Maschine ist, je weniger Federn und Räder und Gewichte sie hat, desto vollkommener ist sie.“ (Hamburgische Dramaturgie, 82. Stück.) „Das Genie liebt Einfalt, der Witz Verwicklung.“ (Ebenda, 30. Stück.) Dennoch wird es nie ein Bühnenspiel ohne Verwicklung geben. Und mit jener „Einfalt“ kann Lessing nichts Anderes meinen, als eine übersichtliche Verwicklung. Die Verwicklung ist keineswegs an sich etwas Künstliches, Widernatürliches. Denn überall, wo zwei oder mehrere Menschenzwecke sich gegenseitig ausschließen, muß es eine Verwicklung geben. „Ein Jüngling liebt ein Mädchen, die hat einen andern erwählt“, — da ist sofort eine Verwicklung. Und immer werden alsbald noch weitere menschliche Willensbahnen sich in den ersten, schlichtesten Knoten flechten. Wie von selbst. Es bedarf kaum eines besonderen „Witzes“ dazu. Auf Schritt und Tritt wird der menschliche Wille in seiner Freizügigkeit eingeschränkt, und also ahmt die dramatische Nachahmung der Natur auch diese Verschlingungen nach, bis zu der vom wirklichen Leben so oft überschrittenen Grenze, wo die Uebersicht über den Knoten verloren gehen, wo der Knoten wie ein Korb voll Schlangen aussehen würde. Eine übersichtliche Verwicklung spannt, belustigt, erregt viel zuverlässiger, viel reiner und ungestörter, als eine kopfzerbrechende.

Wenn wir nur Sorge tragen, daß der Knoten nie völlig aufgeht! Eins ist noth: die Hauptspannung muß bleiben, und zwar als ein immer lebendiges Gefühl. Also müssen Hoffnung und Zweifel immer abwechselnd gefüttert werden. Genau an dem Punkte, wo die Zuversicht auf ein Alleswirdgut zur Gewißheit werden will, wird am wirksamsten eine neue Sorge heraufwachsen, und genau an dem Punkte, wo diese ihren Gipfel erreichen will,

wird am wirksamsten die neue Hoffnung aufleuchten, daß der Kelch der Noth am Ende doch vorübergehen könnte. Die Minen zu solchen Neuerregungen werden natürlich mit Vortheil vorher gelegt. Auch der Zufall oder der liebe Gott mag verwickeln helfen. Er wird meist auf der Partei der Narren sein, denn jemehr Glück einem Narren beschieden ist, umso heller muß die dennoch siegende Kraft leuchten. Daß sich der liebe Gott nur ja nicht in die Lösung mische!

Am glücklichsten werden Neuerregungen immer durch eine auch in der Stimmung kontrastirende Szene geschehen. Ich denke eben an die Fastnachtsmimik, die in Hartlebens „Rosenmontag" just der tragischen Katastrophe vorausgeht. In völlig entsprechender Weise könnte man die schwere Noth eines Narren durch einen Triumph der Narrheit einleiten. Jede solche vorgebaute Kontrastszene verrichtet die lustige Hexerei, daß alsbald die neue Noth oder die neue Freiheit, obwohl längst vorbereitet, nun doch als Ueberraschung, daß das Erwartete als etwas Unerwartetes erscheint.

Das artistische Ziel des Außenkampfes ist ein Gipfel der Lust und Erregung. Und zwar wird diese Erregung am mächtigsten auftreten, wenn es kurz vor dem Ende der Komödie unmöglich scheint, daß die Lösungshoffnung sich erfülle, — wenn hier das Gegenspiel seinen Hauptsieg davonträgt. Und nun erst — durch die wuchtigste, erhabenste Handlung des Helden oder durch die komischste des Gegenspielers, mag die Spannung rasch und schlicht, wie wir's bei Shakspere so trefflich lernen können, gelöst werden.

Innenkämpfe.

„Ein Herrschendwerden eines Motivs über andere gleichzeitig mit ihm gegebene ist überhaupt nur unter der Voraussetzung eines Kampfes der Motive verständlich."

Wundt, Grundriß der Psychologie, § 14, 6.

Verhältniß des Innenkampfs zum Außenkampfe. Oft im Leben und in den meisten wirksamen Bühnendichtungen sind äußere und innere Kämpfe insofern in einander verschlungen, daß der Lebenskämpfer, der „Held", in der Burg seiner Seele einen Verräther hat, der's mit dem Feinde hält. Artistische Nothwendigkeit ist das nicht, — so hat z. B. „Der zerbrochene Krug" überhaupt keinen Innenkonflikt. Wenn aber eine seelische Kraft sich auch im Schwersten bewähren soll, muß zur Anfechtung von außen

noch eine starke Selbstanfechtung kommen. Und ebenso gegen einen als Schwäche erscheinenden Trieb kämpfen mit bester Lustwirkung nicht nur fremde Willensmächte, sondern auch die anders gerichteten Triebe derselben Seele. Man denke an Macbeths und seiner Lady Gewissensqualen, der Geist des Banquo, der edle Ankläger in Macbeths Seele, ist auf der Partei des Gegenspiels. Desgleichen ist die Liebe, die in Tellheims Seele mit der Ehre kämpft, natürlich eine Verrätherin, die's mit der Gegenpartei hält. Dieselbe höchst dankbare Verbindung des äußeren mit dem inneren Kampfe, daß die feindlichen Parteien ein unentwegt sich liebendes Paar bilden, finden wir in Sardous „Divorçons" und wohl in unzähligen anderen Lustspielen wieder.

Es ist die wichtigste Aufgabe der Gegenpartei im Außenkampfe, solche Verräther zu werben, d. h. mindestens Eine Macht im Innern der feindlichen Seele, und zwar möglichst die stärkste, in ihren Dienst zu bringen.

Jeder seelische Trieb kann mit jedem andern in Konflikt gerathen, d. h. etwas wollen, was ein anderer, ohne sich selbst aufzugeben, nicht dulden kann. Welcher siegt? In dieser bangen Frage besteht die Spannung aus dem Innenkampfe.

Verlauf des Innenkampfes. Der innere Kampf spannt und erregt stärker, als der äußere, denn der Verräther in der Burg ist wohl immer der gefährlichste Gegner. Die Spannung auf dem Innenkampf und die Erregung setzen ein, sobald der Zuschauer den zweiten von den beiden sich ausschließenden Trieben in der Seele des Innenkämpfers gewahr wird. Selbst bei minderwerthigen Bühnendichtungen empfinde beispielsweise ich an dieser Verlaufsstelle regelmäßig ein gewisses Herzklopfen.

Der zuzweit bemerkte Trieb ist wohl meist der verrätherische, doch kann es ebensowohl der vom Willen des Innenkämpfers begünstigte sein.

Der Verräther kann sich entweder aus eigener Initiative melden, oder er kann vom Außengegner angestiftet werden. Man sieht, daß die Strategen auf der Bühne gute Psychologen sein müssen. In der Menschenseele und natürlich in der besonderen ihres Feindes müssen sie sich gründlich auskennen.

Mit einem Schlage setzt der Dichter der „Minna von Barnhelm" die Spannung auf den Innenkampf in unser Fühlen ein: Wie Tellheim unvorbereitet zuerst mit dem Fräulein zusammentrifft (II, 8),

„flieht er auf sie zu“ mit dem Rufe: „Ach meine Minna“. Da muß es in der Seele des Zuschauers flüstern: Er liebt sie. Und mit dreifachem Ja bestätigt Tellheim alsbald auf Minnas Drängen seine Liebe. Seinen Edelmuth kennen wir längst, also: in unserem Fühlen muß sofort die bange Frage aufflammen: Verträgt sich denn diese Liebe mit jenem Edelmuth? Kann denn dieser feinfühlige Mensch die Geliebte noch an sich ketten wollen, wenn er sich selbst für entehrt hält? Und die vergnügte Erwartung eines hitzigen Zusammenstoßes der beiden Triebe in Tellheims Innerm ist bei uns da.

Nun aber: ein Kampf beginnt nicht mit dem Augenblicke, wo ein Zuschauer die beiden sich ausschließenden Willensmächte wahrgenommen hat, sondern, wie es im Kriegsrecht heißt, mit der Eröffnung der Feindseligkeiten. Das ist ein neuer Verlaufspunkt auch des dramatischen Innenkampfes, der oft, aber keineswegs nothwendig, mit der Ersterscheinung des zweiten Triebes zusammenfällt. Die Eröffnung der Feindseligkeiten im Innenkampfe ist der Augenblick, wo der verrätherische Trieb dem Innenkämpfer den ersten Streich spielt.

Der dritte nothwendige Augenblick des Innenkampfes ist die Erscheinung des Wahlzwanges. Das ist der erschütternde Augenblick, wo der Innenkämpfer die geschlossene Nothwendigkeit vor sich sieht, entweder den einen oder den andern von den zwei Lieblingstrieben in seiner Seele zu erwürgen. Das Blut stockte mir, als in „Weh dem, der lügt“ — auf der Flucht des Küchenjungen Leon mit dem geretteten Atalus — die Jungfrau Edrita gelaufen kommt und von Leon mitgenommen sein will. Ah! der sein heiliges Werk bis hierher in Reinheit gethan hat, soll sich mit diesem Liebchen belasten, das ihn unfehlbar um seinen besten Ruhm bringen würde! „Um aller Himmel willen, wie kommst Du her?“ — so muß er die herzlich Geliebte anfahren.

Die mit der Erscheinung des Wahlzwanges anhebende Phase des Innenkampfes ist offensichtlich die am meisten dramatische. Es ist schade, wenn diese starke Spannung und Erregung so spät (im vierten Aufzuge von fünfen) einsetzt, wie in dem eben angezogenen Beispiele.

Vom Erscheinen des Wahlzwanges an muß der Außengegner alle Hebel in Bewegung bringen, um erst den Hauptverräther in der Seele des Innenkämpfers, dann aber auch nach Kräften die übrigen, drüben thätigen Triebe für sich ins Spiel zu setzen.

Auch das ist wieder ein Grund, daß die Generäle im dramatischen Außenkampfe als gute Psychologen erscheinen müssen. Sie müssen nicht nur ihren Bundesgenossen in der feindlichen Burg kennen, sondern auch alle andern Mächte drüben.

Nicht übel führt Minna von Barnhelm ihren Feldzug. Der Trieb, zu lieben und geliebt zu werden, in Tellheims Seele ist ja von vornherein ihr verbündet, aber sie stellt auch den mächtigsten Trieb im gegnerischen Lager in ihren Dienst, das Ehrgefühl, indem sie schließlich dem Hartnäckigen jene Finte von ihrer Verarmung und Verlassenheit vormacht.

Für jedes Eingreifen des inneren Feindes ist — mit großem Vortheil für die Erregung — der Augenblick zu wählen, wo solche Verrätherei jeweilig am fatalsten erscheint.

Der Ausgang des Innenkampfes ist nothwendig der Sieg desjenigen Motivs, das zuletzt am stärksten ist. Dieser Ausgang eines Innenkampfes kann zugleich Generalausgang des ganzen Lustspiels sein, nämlich unter der Voraussetzung, daß er den höchsten der gegnerischen Zwecke (vergl. S. 79) erfüllt, die im Stücke überhaupt aufgetreten sind. Sonst aber muß die Erfüllung durch den Außenkampf herbeigeführt werden.

Scheinwerdung des Innenkampfes. Wie wird der Innenkampf wahrnehmbar? Wie können wir insbesondere das durch den Willen niedergehaltene Motiv in Handlungen oder Worten oder Gebärden kämpfen sehen?

Ohne Weiteres sichtbar ist der Innenkampf des komischen Helden, weil die beiden kämpfenden Mächte in seiner Seele, wenn auch nicht zugleich, so doch abwechselnd wollen und handeln dürfen.

In der Seele des sympathischen Innenkämpfers aber, der willentlich nicht schwanken darf — denn Schwanken würde als Schwäche empfunden werden —, kann, abgesehen von der endlichen Richtungsänderung, also fast während des ganzen Spiels nur immer die eine Innenmacht wollen und also sich durch Handlungen oder sonstwie äußern. Wie sehen wir die andere kämpfen?

Erstens in unwillkürlichen Handlungen, Reflexbewegungen. Denn diese können ja unsere Sympathie nicht beirren. Jenes „Zufliehen" Tellheims auf Minna (S. 81) ist eine unwillkürliche Handlung. Nun kennen wir die Liebe in seiner Seele, die Verrätherin, und Niemand kann den Braven für die Reflexbewegung seines Gefühls verantwortlich machen. Die äußeren

Erscheinungsformen unserer Triebe mag auch das Genie in Darwins „Ausdruck der Gemüthsbewegungen“ mit manchem Nutzen studiren.

Zweitens macht sich der niedergehaltene Trieb in den Reflexbewegungen eines sichtlich auf einen Innenkampf zurückweisenden Leidens bemerklich. Die beiden kämpfenden Motive müssen dann freilich schon bekannt sein. Die ewigen Reflexe des Leidens sind Schmerzensschreie, Schluchzen, Ohnmacht, Hexenschuß u. s. w.

Drittens kann sich ein geknebeltes Motiv in solchen Handlungen oder Worten äußern, die nur das Dasein des Motivs, aber nicht einen Willen des Innenkämpfers verrathen, seinen Trieb zu befriedigen. Ein Edler, der Grund hätte, seine Liebe vor der Geliebten selbst zu verbergen, könnte dieses Weib doch heimlich zu seiner Erbin einsetzen, oder er könnte seinen Gram an eines verschwiegenen Freundes Brust ausweinen und ausklagen oder könnte an seinen Gott ein Gebet um Kraft richten.

Viertens mögen auch Worte anderer Mitspieler den Zuschauer auf wenig auffällige Symptome des heimlichen Triebes hinweisen. So, wenn die Naive einem Verliebten zuriefe: Was hast Du denn für Laternchen in Deinen Augen?

Fünftens endlich, wenn ich nichts vergessen habe, verfügt der Bühnendichter noch über ein ganz anders geartetes Mittel, seelische Mächte zu offenbaren, ein oftbewährtes, spezifisch theatralisches, aber mit großer Vorsicht zu gebrauchendes Mittel: Er kann neben den Innenkämpfer eine andere Figur stellen, welche die eine oder die andere Innenmacht bedeutet, vertritt, vorstellt, welche das edlere oder gemeinere Selbst des Innenkämpfers noch einmal als besondere Gestalt verkörpert, einen Max Piccolomini neben einen Wallenstein, einen Mephisto neben einen Faust.

Solche Symbolgestalten können entweder als Nebenfiguren oder als nur wenig zurücktretende Gegenspieler erscheinen. Unter allen Umständen aber müssen sie außer ihrem symbolischen ein eigenes Leben führen, und die so symbolisirte Innenmacht muß außer durch die Symbolgestalt auch noch durch andere Mittel, also durch die vorhin genannten, offenbart werden. Sonst würde ja der Zuschauer die Symbolgestalt überhaupt nicht als solche zu erkennen vermögen.

Sind diese Bedingungen erfüllt, dann freilich ist die Symbolgestalt das bei Weitem ausdrucksfähigste Mittel, die unsichtbare Innenmacht restlos in Erscheinung zu bringen. Jetzt hat das Motiv, das nicht Wille ist, Mund und Hände.

Von selbst versteht es sich wohl, daß eine Symbolgestalt nur für die niedergehaltene Innenmacht einen Zweck hat, die sich nicht selbst durch Handlungen offenbart. Unsinn wäre es, neben einen Tellheim eine Symbolgestalt zu stellen, die das kämpfende Ehrgefühl verkörpern sollte. Dagegen thut neben Macbeth der symbolistische Geist des Banquo die besten Dienste. Hier erscheint und redet das Gewissen, das sittliche Bewußtsein, das dieser Nietzscheaner uns sonst so sichtbar nimmer zeigen würde.

Eine treffliche Symbolgestalt aus dem Lustspielreiche ist die Wittwe Lerche in L'Arronges „Kompagnon", die als Schwiegerpapas gesunder Menschenverstand erscheint und den in seine Tochter allzuverliebten Vater durch Zureden und beschämendes Beispiel zur endlichen Trennung von dem jungen Paare bewegt.

Das lustigste Machtverhältniß.

Jeder Kampf, also auch der dramatische Außen- oder Innenkampf, spannt und erregt den Zuschauer um so gründlicher, je ebenbürtiger an Kraftmenge die Parteien erscheinen, und erweckt um so buntere Lust in ihm, je verschiedenere Arten von Mächten gegeneinander streiten.

Quantitative Machtgleichheit der Parteien. Die Forderung gilt ebenmäßig für Außen- wie Innenkämpfe. So kann uns Eifersucht — die immer und an sich ein Innenkampf zwischen Liebe und Mißtrauen ist — nur dann stark erregen, wenn die beiden Triebe etwa gleich mächtig sind. Erschiene einer von beiden als unverhältnißmäßig schwach, wäre Othello nur ein wenig mißtrauisch, oder nur ein wenig verliebt, so müßten wir lau bleiben.

Qualitative Machtverschiedenheit. Die Lust an jedem Kampfe nimmt zu, je verschiedener die quantitativ annähernd gleichen Mächte ihrer Art nach sind. Man denke an den Wettlauf des schlauen Swinegels und des schnellen Hasen, wobei der Swinegel immer Sieger bleibt, weil er seine Frau am andern Ende der Rennbahn aufgestellt hat. Oder an einen Kampf zwischen einem Elephanten und einer flinken Maus, die ihm am Lederpanzer knabbert und ehe der schwerfällige Koloß sich erhoben hat, allemal längst wieder in ihrem Loche ist. Oder an den Kampf zwischen uns und unserem Ungeziefer; wir sind stärker und klüger als eine Laus, aber wir können uns nicht so schnell vermehren. Oder an den kleinen pfiffigen David und den großen dummen Goliath. Der Grund unserer verdoppelten Lust an solchen Kämpfen gleichstarker,

aber verschiedenartiger Mächte ist der, daß in allen diesen Fällen statt zweier Lustquellen gleich viere sprudeln. Und zum Ueberflusse ist jede von diesen je zwei Kräften und zwei Schwächen durch zwei Gegensätze doppelt beleuchtet. Der dumme Goliath kontrastirt nicht nur mit dem großen Goliath, sondern auch mit dem pfiffigen David.

Genau dieselben vier kreuz und quer kontrastirenden Lustquellen öffnen sich, wenn in einem Innenkampfe zwei verschiedenartige Triebe sich die Stange halten. Man denke an einen Konflikt — grobe Beispiele sind die besten — zwischen wahrer Liebe zur Gattin und dem übermächtig gewordenen Trieb zum Tabakkauen. Heilig hat der gute Mann seiner Eheliebsten versprochen, die unappetitliche Angewohnheit zu lassen, er selbst verabscheut und verflucht sein Laster, aber es ist ein akutes, mit mächtigem Elan sich meldendes körperliches Bedürfniß geworden, während die Gattenliebe eine stolze Tugend ist, die aber jenem Elan nur ihre stille, immer gleichmäßige Wärme entgegenzusetzen hat, und also im Augenblicke der Versuchung immer wieder überrumpelt wird.

Nun soll uns unsere Wissenschaft von den Triebarten (S. 80) zu statten kommen. Die lustigste Lust werden wir immer dann erzeugen, wenn wir in Außen- und Innenkämpfen die heterogensten Triebe gegeneinander schlagen lassen: vorwiegend sinnliche Triebe gegen vorwiegend sittliche, sittliche gegen künstlerische u. s. w. Alsdann: Triebe der Kraft gegen Triebe der Schwäche, erhabene Triebe gegen komische.

Also: In der Auswahl der Parteien für Außen- wie Innenkämpfe hat der virtuose Komödienschreiber die Möglichkeit, in jedem Paare von kämpfenden, annähernd gleichmächtigen Trieben einen doppelten Artgegensatz erscheinen zu lassen: Von den beiden gegnerischen Trieben kann immer der eine dem Zuschauer als Kraft, der andere als Schwäche erscheinen, und außerdem können dieselben beiden gegnerischen Triebe heterogenen Sorten von Trieben angehören; es ist stets ein Verzicht auf die buntere Lust, wenn zwei Kräfte oder zwei Schwächen miteinander kämpfen, oder zwei sittliche Triebe oder zwei intellektuelle oder zwei künstlerische.

Ich will dieses sehr wichtige Gesetz vom doppelten Artgegensatze zwischen den kämpfenden Trieben durch zwei Beispiele stützen, ein vergnügliches, wo beide Kontrastirungsmöglichkeiten ausgenutzt sind, und ein halb langweiliges, wo die beiden kämpfenden Triebe in nur einem Gegensatze stehen. Beide Beispiele sind aus Freytags Journalisten, beide sind Innenkämpfe. Der eine ist der

Innenkampf des eitlen Obersten und liebenden Vaters, der gerne Abgeordneter werden und doch auch seine Tochter Ida nicht um ihr Lebensglück bringen möchte, der andere ist der des Prof. Oldendorf, der diese Tochter des Obersten heirathen will und doch auch dasselbe Mandat wie jener ersehnt. Haupttriebe, die in der Seele des Obersten kämpfen, sind seine Eitelkeit und seine Vaterliebe. Sofort erscheint der Doppelkontrast: Eine vorwiegend intellektuelle Schwäche kämpft gegen eine vorwiegend sittliche Kraft. Der Prof. Oldendorf hat keine Schwäche. Liebe und Ehrgeiz dieses Tüchtigen kontrastiren nur als ein vorwiegend sinnlicher Trieb und als ein vorwiegend vernünftiger, aber beide werden als Kraft, als höchst solid, berechtigt, sympathisch empfunden, — wir sehen zwei Tugenden miteinander kämpfen, was unsere verwöhnten Nerven offenbar nicht hinreichend reizt.

Sollen überhaupt einmal in einem Lustspiel zwei als Kraft erscheinende Triebe einen Innenkampf ausfechten (Tellheim), so muß dieser Kampf schon außerordentlich spannen und erregen, um uns über den unbewußt entbehrten Doppelkontrast zu trösten. Und das genau Entsprechende gilt für den Kampf beiderseits etwa sinnlicher, oder intellektueller oder moralischer oder ästhetischer Triebe: Mag auch der eine als Kraft und der andere als Schwäche erscheinen, die qualitative Machtverschiedenheit könnte doch bunter sein.

In der Seele des tragischen Helden — dem ja um der endlichen Erschütterung willen vor Allem die volle Sympathie, die ganze Bewunderung des Zuschauers verbleiben muß — kann freilich niemals eine wesentliche Schwäche als Gegnerin der Kraft auftreten, und daher ist im tragischen Innenkampfe — keineswegs im äußeren! — der Kontrast zwischen den Parteien ein einfacher, auf die Heterogonie der Triebe beschränkter.

Die Einheit der Machtfrage.

Vielleicht lächelt irgendein „Genie" bei dem Worte Einheit. Als ob das eine verächtliche Schulmeisterei wäre. Aber die Einheit jedes Kunstwerks ist durchaus nicht um der Aesthetik willen da, sondern einzig zum höheren Genusse. Je bunter der Schwall von Gefühlen ist, der die Menschenseele bestürmt, um so dringender verlangt sie nach einer Sammlung in dieser Zerstreuung, nach einem Ruhenden, Bleibenden über dem Wechsel. Man erinnere sich nur an das zerflatterte Gefühl, das uns nach einem Einakterabend heimgeleitet. Jenes Bleibende aber kann nichts Anderes

sein, als ein fortklingendes Hauptgefühl, das alle die ein- und ausgehenden Einzelgefühle durchsetzt, ordnet und beherrscht. (Lessing, „Hamb. Dramaturgie", 70. Stück): „Wenn wir Zeugen von einer wichtigen und rührenden Begebenheit sind, und eine andere von nichtigem Belange läuft quer ein: so suchen wir der Zerstreuung, die diese uns droht, möglichst auszuweichen. Wir abstrahiren von ihr, und es muß uns nothwendig ekeln, in der Kunst das wieder zu finden, was wir aus der Natur wegwünschten."

Mit vollstem Rechte sucht die Poetik seit zweitausend Jahren nach „den" dramatischen Einheiten. Aber hätte den klaren Aristoteles die Mehrheit seiner Einheiten nicht stutzig machen müssen? Ebenso später den Meister Lessing? Eine Dramaturgie — wie jede Poetik und jede Artistik —, die von zwei oder drei oder vier Einheiten reden muß, kann vollkommen sicher sein, daß sie die Einheit, ihre Einheit noch nicht gefunden hat.

Die Wesenseinheit aller spannenden Künste, d. h. der Dichtung, der Musik und der Verbindungen dieser beiden, ist die Spannung, also muß die Einheit des Bühnenspiels die dem Bühnenspiel besondere Spannung sein. Da wir nun das Drama als einen Krieg erkannt haben, so brauchen wir nur auf die Frage zu antworten, welche Einheit alle Elemente eines Krieges im Gefühl des Betrachters verbindet, — dann werden wir die natürlichste dramatische Einheit besitzen. Das aber, was jeden Krieg auf der Welt zur Einheit macht, ist nicht etwa der ununterbrochene Verlauf (Zeit), nicht der Schauplatz (Ort), nicht einmal die Streitsache, denn die Zwecke der Parteien können verschiedene sein, sondern einzig die Frage, wer der Stärkere ist: die Machtfrage. Und also ist die Einheit im dramatischen Genusse das gespannte Gefühl einer einzigen, bestimmten Machtfrage, der Zweifel: Welche von diesen beiden Mächten wird siegen?

Die Machtfrage im dargestellten Einzelfalle. Jeder Kampf entscheidet eine Machtfrage. Hauptmanns „Biberpelz" entscheidet zunächst die Frage, ob diese Diebesbande oder dieser Amtsvorsteher Wehrhahn die stärkere Macht ist.

Jede solche Entscheidung ist für den Zuschauer an sich schon eine Lust. Nämlich: — Vom Beginne des Kampfes an bildet er sich ein Urtheil, welche Partei die stärkere ist. Solche Vorantwort des Zuschauers auf die Machtfrage müssen wir durch eine baldige, hinreichend auffällige Kraftäußerung des Wahrhaftstärkeren herbeiführen. Der ganze erste Akt in „Minna von Barnhelm" ist

fast überreichlich gefüllt mit (in diesem Falle sittlichen) Kraftäußerungen des Helden. Nun fängt es an, in unseren guten Seelen zu flüstern: Eine solche Riesenbravheit ist doch die stärkste Kraft in der Welt und ganz besonders vor dem preußischen Throne. Nachher, wenn Riccaut seine „Nouvelle“ vorträgt von „dem Minister da draus in der lange Straß“, wird trotz des verdächtigen Boten aus dem Flüstern ein Rufen, und bei der endlichen Entscheidung jauchzt es: So mußte es kommen! So richtig beurtheile ich die Welt. So weise bin ich! Diese Lust also ist wesentlich ein Gefühl, ein süßer Wahn eigener Verstandeskraft.

Die in der Entscheidung des dramatischen Krieges sichtbare Antwort auf die Machtfrage ist der Gedanke des Dramas, der also mit absoluter Nothwendigkeit in die Formel eingehen muß: A stärker als B. (Gottvater stärker als Mephistopheles; Schwiegermutter stärker als Emil; Gewissensbisse stärker als Freude an der durch Mord erworbenen Krone.) Ein anderer Gedanke kann nicht dramatische Gestalt annehmen. Wenn es aber wahr ist, daß der Kampf ums Dasein oder der Wille zur Macht die Welt treibt, so müßte ja wohl nach meinem engen Gesetze gerade alles Wichtigste und Herrlichste in die dramatische Form fließen.

Parteinahme des Zuschauers. Brennend, d. h. erregend wird die Machtfrage erst dadurch, daß der Zuschauer für das eine oder andere Motiv möglichst leidenschaftlich Partei ergreift. Und irgendwie ergreift er immer Partei, sowohl den äußeren wie den inneren Kämpfen gegenüber, denn nothwendig muß ihm von den zwei auftretenden Zwecken der eine sympathischer, triebgemäßer sein als der andere. Für den höheren, d. h. weiterzielenden Zweck ergreift er mit dem Dichter Partei.

Die Parteinahme des Zuschauers ist klar zu scheiden von seinem Urtheil über das Machtverhältniß, er ist sehr gern aber keineswegs grundsätzlich auf der Partei des Stärkeren. Der Satire gegenüber schlägt sein Herz für den Schwächeren, dem nichtsatirischen Lustspiel gegenüber fühlt er sich zu seiner großen Genugthuung auf der sieghaften Seite. Man könnte aus diesem Gesichtspunkte die Lustspieldichtung in pessimistische und optimistische eintheilen. Die Satire ist ein pessimistisches Lustspiel. Aus diesem einzigen Grunde bringen mißvergnügte Dichter und mißvergnügte Zeiten nur immer satirische Lustspiele aufs Theater. Keineswegs etwa an sich pessimistisch ist die Tragödie. Mit der Erschütterung, die ihr wesentliches Ziel ist, kann die glühendste optimistische Lust ver-

bunden sein. Wo eine Kraft erscheint, die für einen erhabenen Zweck zu sterben vermag, in einer solchen Menschheit zu leben ist lauter Freude. Die Tragödie spannt wohl nothwendig viel stärker durch den Innenkampf als durch den äußeren. Bei diesem Innenkampfe aber ist der Zuschauer auf der Partei des stärkeren Motivs.

Die Machtfrage als Problem. Jeder vorgestellte Kampf, also die Kämpfer, ihr Verhältniß zueinander und der Kampfesverlauf, kann mehr oder weniger als bedeutsam, typisch, mikrokosmisch empfunden werden. Das heißt, das Vorgestellte kann den Zuschauer an draußen Erfahrenes, Gedachtes, vielleicht auch nur unbestimmt Gefühltes erinnern. Ein dramatisches Problem ist eine Machtfrage, die über den vorgestellten Fall hinaus die Gemüther erregt. Wenn und insoweit die Empfindung des Bedeutens sich einstellt, wird auch die Machtfrage gleichzeitig bedeutsam. Wenn wir dem Kampfe der Wolffen mit dem Amtsvorsteher Wehrhahn beiwohnen, so fragen wir nicht nur, ob sie oder er stärker ist, sondern wir fragen im Sinne des jungen Hauptmann zugleich: Ist die streberhafte, verlotterte, schwachköpfische preußische Regierung dem lieben pfiffigen Lumpenpack an der Spree überhaupt gewachsen? In der individuellen Machtfrage: „Wer ist stärker, dieser Stier oder dieser Torrero?“ brennt zugleich die typische, das Problem: Was ist stärker, Muskelkraft oder Gewandtheit? Und wenn wir dem Innenkampfe Gretchens zusehen, so steigt das Problem vor uns auf: Was ist stärker, die Sittsamkeit oder das Fleisch?

Die Freude an den Problemen entspringt dem angeregt befriedigten Selbstvollendungsbedürfniß, was Fechner (I, 77) sehr schön mathematisch ausdrückt: „Nach Maßgabe, als der Geist höhere Beziehungen fassen lernt, empfindet er auch ein stärkeres Bedürfniß, sich mit solchen zu beschäftigen und wird bei Vermissen derselben leichter gelangweilt.“ Wir erlösen den Zuschauer von seinen Sorgen, indem wir seinen Blick auf größere Sorgen richten. Während Goethe am Faust arbeitete, schrieb er (Brief vom 27. Juni 1797) an Schiller die wundervoll nüchternen, echten Artistenworte: „Ich werde sorgen, daß die Theile anmuthig und unterhaltend sind und etwas denken lassen.“ Mit so wenig Respekt vor dem Gedanken konnte einer ein Werk dichten, das von allen allerheiligsten Problemen der Menschheit gesättigt ist.

Das Finanzsystem Witte.

Von

Paul Rohrbach.

I.

Die Epoche der Herrschaft des Finanzministers Witte in Rußland wird für alle Zeiten in der politischen wie in der Wirthschaftsgeschichte ein merkwürdiges und kaum je anderswo in gleicher Ausgeprägtheit begegnendes Beispiel dafür bilden, bis zu welch einem Grade es einem begabten, mit höchster finanztechnischer Gewandtheit, politischem Verstand und einer eisernen Stirn vor dem Auslande ausgestatteten Staatsmanne gelingen kann, nicht nur im Innern eines großen Reichs auf ausgehöhlten und schwankenden Grundlagen eine Zeit lang Erfolg über Erfolg zu thürmen, sondern auch nach außenhin selbst zu einer Zeit noch groß und vertrauenerweckend dazustehen, wo thatsächlich bereits fast alle Stützen des Systems niederbrechen. Es kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen, daß es nun mit dem Witte'schen System in Rußland thatsächlich am Ende ist, und für das deutsche Publikum wie namentlich für unsere große Bankwelt wird jedenfalls demnächst die Thatsache, noch zu den Letzten gehört zu haben, die vor seinem Sturz dem „Verderber Rußlands" etliche hundert Millionen in die Hand drückten, eine Veranlassung nicht ungemischter Gefühle bilden. Damit soll nicht gesagt sein, daß es Herrn von Witte nicht noch einmal, vielleicht sogar noch einige Mal gelingt, einen Goldstrom von jenseits der Grenze her in sein vertrocknendes Rußland hinein zu lenken und den gegenwärtigen Stand der Dinge noch für eine Weile aufrecht zu erhalten — aber das wäre dann höchstens ein Beweis: sei es für die zwingende Kraft allgemein politischer Erwägungen, sei es für das Unvermögen des Auslandes, den thatsächlichen Stand der Dinge in Rußland zu begreifen.

Während in Frankreich bereits die Broschüre des früheren Finanzagenten Cyon mit ihrem heftigen aber von persönlichen

Motiven nicht freien Angriff auf den russischen Finanzminister einen merklichen Eindruck machte, wurde in Deutschland das Vertrauen auf die Solidität der russischen Finanzen und des Herrn von Witte einstweilen noch nicht erschüttert, ist es übrigens im Grunde auch jetzt noch nicht. Zwar muß es befremdlich erscheinen, daß diejenigen Bankhäuser, welche die letzte russische Anleihe von 300 Millionen Mark auf den deutschen Markt brachten, sich für die Vermittelung des Geschäftes eine so außerordentliche hohe Provision haben bezahlen lassen. Diese ist, wie mittlerweile aus Rußland selbst durchgesickert ist, noch höher, als ich in meiner Politischen Korrespondenz im Maiheft d. J. nach deutschen Mittheilungen angab. Das russische Finanzministerium hat die zu 97½ Prozent aufgelegte Anleihe nicht zu 94⅞, sondern sogar zu 93⅞ Prozent an die Banken vergeben müssen. Das bedeutet eine Vermittelungsgebühr von rund 11 Millionen Mark. Derartige Provisionen pflegen, wo es sich um zweifellos sichere Kreditverhältnisse handelt, nicht gefordert, noch viel weniger aber bewilligt zu werden. Bis auf das Erscheinen einiger erst in jüngster Zeit veröffentlichter, theils russischer, theils auf russischem Material fußender Publikationen, die dem Witteschen System mit einem erdrückenden Beweismaterial zu Leibe rücken, habe ich selbst, trotz Cyon, zu denen gehört, die Herrn von Witte im Wesentlichen trauten. Dann aber, als die Angriffe nicht mehr von einer moralisch zweifelhaften Seite, sondern von guten und begeisterten russischen Patrioten kamen, mußte man an dem bisher allgemein getheilten Vertrauen auf die Persönlichkeit und auf das System des russischen Finanzministers irre werden.

Die öffentliche Meinung und die deutsche Politik haben die Aufgabe, sich die gegenwärtige Lage Rußlands um so klarer zu vergegenwärtigen, als das drohende Ausscheiden Rnßlands als eines gewichtigen Machtfaktors aus der großen Politik unter Umständen zu einer für Deutschland höchst ungünstigen Gestaltung der internationalen Gesammtlage führen kann. Daß wir unsererseits keinen besonderen Grund haben, für Rußland stimmungsmäßig irgend welche erhebliche Sympathien zu hegen, liegt ja auf der Hand. Rußland hat sich zwar von direkten und öffentlichen Feindseligkeiten gegen uns fern gehalten, es hat aber, wo es ihm nur möglich war, versucht, eine Politik zum Nachtheil der deutschen Interessen zu machen. Das war namentlich in Ost-Asien so und ist jetzt in der Frage der Bagdadbahn der Fall, wo von russischer Seite trotz

des zwischen der türkischen Regierung und der anatolischen Eisenbahngesellschaft geschlossenen Abkommens immer noch alle möglichen Hebel angesetzt werden, um der angeblichen deutschen „Machtsteigerung“ in der Türkei entgegen zu wirken. Man wird freilich dabei annehmen dürfen, daß es sich hier seitens des Herrn von Witte, der mit besonderem und geflissentlich hervorgekehrtem Mißvergnügen der „deutschen“ Bagdadbahn zu Leibe geht, bereits eher um eine Fechterstellung handelt, die dem Zwecke dient, die eigene ins Wanken gerathene Stellung zu festigen, als um eine wirkliche, von politischen Prinzipien getragene nationale Aktion. Daß die Bagdadbahn in ihrer jetzt festgesetzten Führung den russischen Interessen in der Türkei, so weit solche überhaupt vernünftig verstanden werden, keinen Abbruch thut, ist klar, und einem so klugen Manne wie Herrn von Witte am allerwenigsten verborgen. Die „deutsche“ Bahn in der Türkei ist aber nun einmal in Rußland ein Phantom, auf das jeder vaterlandsliebende Russe mit Keulenschlägen glaubt loshauen zu müssen. Diesen Wind nicht in seine Segel zu fangen, scheint Herrn von Witte, vielleicht mit Recht, gefährlich, und so thut er es denn. Er thut auch noch anderes, viel Unglaublicheres, aus ähnlichen Motiven. Er hat dem Kaiser Nikolaus II. eine mehrere hundert Druckseiten umfassende Denkschrift eingereicht, die von der Nothwendigkeit handelt, das Prinzip der „Selbstherrschaft“ und der Bureaukratie bis in seine letzten und äußersten Konsequenzen durchzuführen; auf dem flachen Lande wie in den Städten die letzten Ueberbleibsel der kommunalen und landschaftlichen Selbstthätigkeit zu beseitigen und auf diese Weise Rußland dem endlichen Heile zuzuführen. Das ist, namentlich wenn man die spezialisirten Ausführungen jenes dickleibigen Dokumentes liest, um es kurz zu sagen, eine so ausbündige Thorheit, daß man vor einem Räthsel stände, wie ein Minister von so ausgesprochener Intelligenz wie Herr von Witte nur auf dieses Stück verfallen konnte — wenn nicht die Lösung so einfach wäre. In Rußland ist seit der Zeit des Kaisers Alexander III. in steigendem Maße das Dogma von der absoluten gottbegnadeten „Selbstherrschaft“ des Zaren zum politischen Schlagwort der herrschenden Partei geworden. Die Hingebung an die „Selbstherrschaft“ bildet, und das entspricht nur der Absicht der in erster Linie betheiligten Persönlichkeiten, das Kennzeichen, um die politisch zuverlässigen Elemente von den unzuverlässigen zu sondern, und in Folge dessen besteht bei allen nach Ansehen, Beruf und Einfluß strebenden Leuten

ein derartiger Wettlauf in der Versicherung und dem praktischen Erweis unbedingter Anbetung dieses Götzen, daß es schon sehr starker Künste bedarf, um nach dieser Richtung hin noch einen sich besonders hervorhebenden Eindruck zu machen. So ist es dazu gekommen, daß selbst die höchsten Reichsbeamten zu dem Mittel griffen, Denkschriften über die weitere und tiefere Ausgestaltung eben dieser „Selbstherrschaft“ auf den verschiedensten Gebieten des staatlichen und sozialen Lebens in Rußland auszuarbeiten, nicht etwa weil sie sich davon ein besonderes Heil versprachen oder weil sie einen inneren unüberwindlichen Drang dazu verspürt hätten, sondern um damit eine Probe ihrer bedingungslosen politischen Zuverlässigkeit zu geben. Als erster beschritt der Justizminister Manassein diesen Weg; ihm folgte der kürzlich ermorderte Sipjagin, damals noch Direktor der Kaiserlichen Bittschriftenkanzlei, mit einem Elaborat, das, scheinbar zur größeren Herrlichkeit der „Selbstherrschaft“ geschrieben, in Wirklichkeit darauf abzielte, den Direktor der Bittschriftenkanzlei zum Regenten Rußlands zu machen. Schließlich glaubte Angesichts dieses Wettlaufens auch Sergei Juljewitsch Witte, um seiner Stellung und seines Rufes willen, nicht mehr zurückstehen zu können, und hat jenes vorhin charakterisirte Werk verfaßt, um es als Ausdruck seiner politischen Ueberzeugung dem Kaiser einzureichen. Das Nähere über diese Vorgänge mag man in dem vortrefflichen Buche „Rußland am Vorabend des 20. Jahrhunderts“*) nachlesen. Solche und noch einige andere Beobachtungen lassen, wie gesagt, darauf schließen, daß der Finanzminister sich nicht mehr unter allen Umständen auf seinem Posten so absolut sicher fühlt, wie es noch vor einigen Jahren der Fall war, und man kennt auch zur Zeit in hohen Stellen der russischen Finanzverwaltung Persönlichkeiten, die aus ihrer Kritik des Systems Witte kein Hehl machen und ihm sogar öffentlich in der russischen periodischen Presse entgegentreten.

Es giebt nun Staaten, zum Beispiel England und Oesterreich-Ungarn, die fast unter allen Umständen von einem Sturze oder einer lange dauernden Schwächung der russischen Macht nur Vortheile hätten, ja denen in einem solchen Falle vielleicht noch eine ungeahnte Zukunft blühen könnte. Deutschland aber gehört nicht zu dieser Gruppe. Zwar ist es auch für uns Voraussetzung des gedeihlichen politischen Nebeneinanderlebens mit unserm Nachbarn im Osten, daß er uns gegenüber, so gut wie auch wir es zu thun

*) 4. Auflage, Berlin, Verlag von Hugo Steinitz 1901. Seite 91 ff. (russisch).

bereit sind, ehrliche Politik macht, d. h. sich aufrichtig mit dem Gedanken abfindet, daß auf eine erhaltene reale politische Leistung eine ebenso reale Gegenleistung gehört. Will man mit uns Politik nach dem Prinzip des bloßen geschäftlichen Uebervortheilens machen oder nach dem der Durchkreuzung unserer legitimen Interessen um jeden Preis überall dort, wo unter Umständen der anderen Partei durch unsere natürliche Entwicklung ein vermeintlicher oder wirklicher erhoffter Vortheil entgeht, dann ist es allerdings schwierig, mit einander auszukommen. Hand wird nur von Hand gewaschen, wenn du nehmen willst, so gieb! Gilt aber dieser Satz auch zwischen uns und Rußland, so haben wir ein großes Interesse daran, daß die russische Krisis sich nicht zu einer Katastrophe gestaltet, und wir könnten ganz wohl in den Fall kommen, uns auch das Wie und Wo praktischer Hilfeleistung zu überlegen. Diesem Finanzminister gegenüber darf es aber unter dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen keine andere Parole mehr geben, als: keinen Pfennig weiter!

* * *

Unter den Argumenten, die von Seiten des russischen Finanzministeriums benutzt zu werden pflegen, um den blühenden Stand der russischen Volkswirthschaft vor aller Welt zu beweisen, spielen eine besonders hervorragende Rolle das ununterbrochene kolossale Anwachsen der Staatseinkünfte und die Entwicklung der russischen Industrie.

Es betrugen nach den jährlichen Budgets, auf die das Finanzministerium immer wieder hinweist, für das Jahrzehnt von 1889 bis 1898 die ordentlichen Einnahmen des russischen Staates (in Tausenden von Rubeln):

	Summe der Einnahmen	Jährliches Wachsthum
1889	914 526,8	—
1890	933 379,1	+ 18 852,3
1891	890 345,5	— 42 833,6
1892	964 687,1	+ 74 141,6
1893	1 031 489,7	+ 66 802,6
1894	1 145 325,4	+ 113 862,7
1895	1 244 362,2	+ 99 009,8
1896	1 368 719,3	+ 124 357,1
1897	1 416 386,1	+ 47 666,8
1898	1 584 854,4	+ 168 468,3

In diesem zehnjährigen Zeitraum hatten sich also die absoluten Einnahmen um die gewaltige Summe von 670 Millionen Rubeln oder um rund 73 Prozent vermehrt.

Sobald man nun den Gründen solchen frappirenden Wachsthums nachgeht, so ergiebt sich, daß der größere Theil desselben auf Rechnung des Ankaufs zahlreicher Privateisenbahnen durch den Staat sowie der Erweiterung des bestehenden Staatsbahnnetzes, außerdem aber auch noch auf die Einführung des staatlichen Branntweinmonopols kommt. Schaltet man diese beiden Faktoren aus, so ergiebt sich folgendes Bild (in Tausenden von Rubeln):

	Ordentliche Einnahmen	Jährliches Wachsthum
1889	831 653,8	—
1890	845 313,8	+ 13 659,9
1891	791 855,2	— 53 458,6
1892	853 584,8	+ 61 729,6
1893	911 822,1	+ 58 237,3
1894	989 896,9	+ 78 074,8
1895	1 015 822,6	+ 25 925,7
1896	1 028 566,2	+ 12 733,6
1897	1 070 803,9	+ 42 247,7
1898	1 119 682,7	+ 48 878,8

Für das angezogene Jahrzehnt beträgt die Zunahme also nicht 670, sondern bloß 288 Millionen Rubel oder 34½ Prozent. Auch diese Ziffern könnten auf den ersten Blick immer noch als der Ausdruck eines starken Wachsthums in der Steuerkraft der Bevölkerung Rußlands erscheinen. Thatsächlich muß aber zum Mindesten noch ein sehr gewichtiger Posten, dessen Höhe gar nicht oder doch nur theilweise und mittelbar mit der wirthschaftlichen Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Nation zusammenhängt, aus dem Vergleich ausgeschaltet werden, nämlich die Zolleinnahmen. Die russischen Zolleinkünfte hängen mindestens in demselben Maße wie vom nationalen Wohlstand von der Finanzpolitik der Regierung ab. Was an Zoll für Eisen, Kohle, Maschinen, Rohbaumwolle, Gewebe u. s. w. vereinnahmt wird, das ist, da von allen diesen Dingen ein gewisses Minimum in Rußland durchaus eingeführt werden muß, ein Ergebniß der Tarifpolitik der Regierung so gut wie des thatsächlichen inneren Bedarfs. Die Zolleinnahmen betrugen im Jahre 1889 122 Millionen, 1898 dagegen 219 Millionen

Rubel. Berechnet man nun den Zuwachs der Einnahme unter Ausschluß der Zölle, so stellt er sich anstatt auf die vorhin nach Abzug der Eisenbahn- und Branntweinmonopol-Einnahmen gefundenen $34^{1}/_{2}$ Prozent nur auf etwas über 25 Prozent. Ferner ist es rationell, sobald es sich darum handelt, aus der Steigerung der Einnahmen bloß die Frage nach dem Wachsthum des Volkswohlstandes zu entscheiden, in diesem Falle den Ertrag der fiskalischen Forsten auszuschalten. Derselbe könnte gesteigert werden durch Verbesserung der Forstverwaltung (in Rußland nicht der Fall), durch Erhöhung der Holzpreise und durch verstärkte Abholzung, aber diese Dinge haben hier sämmtlich nichts mit der wirthschaftlichen Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu thun, zumal in den meisten Gegenden Rußlands die Holzpreise wegen der Eigenthumsverhältnisse am Walde Monopolpreise der Regierung sind. Da nun die Einnahmen aus der Forstverwaltung in dem dieser Berechnung zu Grunde gelegten Jahrzehnt mit einem Wachsthum von 18 auf 41 Millionen gleichfalls zu dem Bilde der steigenden Staatseinkünfte beigetragen haben, so ergiebt die Ausschließung dieses Postens eine weitere nothwendige Reduktion der Zuwachsrate von 25 auf $22^{1}/_{2}$, und unter fernerer Berücksichtigung des gleichfalls hier störenden Postens: „Einnahmen der Münze“: von rund 22 Prozent. Die Bevölkerung Gesammtrußlands (ausgeschlossen muß allein Finnland bleiben, das gesonderte Zoll- und Finanzverwaltung hat), hatte sich 1889 bis 1898 von etwa 115 auf rund 130 Millionen vermehrt, d. h. um 13 Prozent. Es erscheint also das Wachsthum der russischen Staatseinkünfte bereits in einem sehr viel bescheideneren Lichte, als sich bei der Methode der einfachen Nebeneinanderstellung der absoluten Ziffern ergab.

Wodurch ist nun die, wenn auch geringe, so doch thatsächlich vorhandene Erhöhung der Steuererträge zu Stande gekommen? Die Antwort hierauf ist außerordentlich einfach: Durch mechanische Erhöhung der Verbrauchsabgaben, der sogenannten Accisen (wenn man vom Spiritus, dessen Vertrieb mittlerweile in ein Staatsmonopol verwandelt worden ist, absieht), auf Zucker, Tabak, Naphtha resp. Petroleum und Zündhölzer. Die russische Zuckeraccise betrug im Jahre 1887: 85 Kopeken, 1897: 1 Rbl. 75 Kopeken; sie stieg also um mehr als das Doppelte pro Pud. In ähnlichen Verhältnissen wuchs die Belastung der übrigen genannten Verbrauchsgegenstände.

Der russische Nationalökonom Scharapow hat in einer Broschüre über die russischen Finanzen*) (Seite 85 ff.) versucht, die Berechnung im Einzelnen durchzuführen, wieviel von dem Wachsthum des Ertrages dieser sämmtlichen Steuern auf die mechanische Erhöhung des Steuersatzes kommt und wieviel auf die natürliche Vermehrung des Konsums der Bevölkerung. Sein Resultat lautet:

„Aus der Untersuchung des Hauptbestandtheils unserer staatlichen Einkünfte, der indirekten Steuern, ergiebt sich, daß ihr Wachsthum ganz und gar nicht durch die gesunde Entwickelung des Konsums der besteuerten Gegenstände bedingt ist, was, wenn es der Fall wäre, einen wachsenden Wohlstand der Bevölkerung zum Ausdruck bringen würde. Im Gegentheil, das Wachsthum erfolgt ausschließlich auf Konto der Erhöhung der Steuerlast, d. h. einer sich fort und fort steigernden Vertheuerung des Lebens. In der That, nirgends außer in Rußland existirt eine solche Theuerung in Bezug auf die Gegenstände des täglichen Gebrauches (ausgenommen Brot, Fleisch und theilweise Tabak). Thee, Kaffee, Zucker, Alkohol, Petroleum, Zündhölzer sind mit einer Steuer im Betrage von 50—1000 Prozent ihres Marktpreises belegt."

Scharapows Kritik ist soeben von einem südrussischen Nationalökonomen, Georg Butmi, fortgesetzt worden, von dem am 4. Februar 1902 in der Sitzung der „Gesellschaft zur Unterstützung der Gewerbethätigkeit und des Handels in Rußland" ein umfangreiches Referat unter dem Titel „Aus Anlaß des alleruntertthänigsten Berichts des Finanzministers über den Staatshaushalt für das Jahr 1902" zur Verlesung gelangte. Diese Arbeit stellt in ihrer Kürze und Wucht eine derartig vernichtende Kritik des gegenwärtigen finanzwirthschaftlichen Systems in Rußland dar, daß sie es verdient, so ausführlich wie möglich auch außerhalb der russischen Grenzen bekannt gemacht zu werden. Ich werde im weiteren Verlauf dieser Darlegungen noch öfters Gelegenheit haben, auf sie zurückzukommen. Zwar veranlaßte das Finanzministerium alsbald eine sogenannte Widerlegung; diese beschränkt sich aber darauf, gerade über die grundlegendsten Darlegungen Butmis mit der nichtssagenden Bemerkung hinweg zu gleiten, sie repräsentirten „lediglich die subjektive Ansicht ihres Verfassers", und es sei daher nicht nöthig, näher auf sie einzugehen. Butmi beginnt seine Kritik des Witteschen Systems mit folgenden Sätzen, von denen man sich nur wundern

*) Zwei Denkschriften über die russischen Finanzen. Berlin 1901. Verlag von Hugo Steinitz. (Russisch.)

kann — vielleicht ist es auch ein Zeichen, daß die Wittesche Allmacht zu Ende geht, — daß die Broschüre, in der sie stehen, wenngleich sie für den Verkauf nicht freigegeben ist, doch den Vermerk trägt „Von der Zensur erlaubt“: „In letzter Zeit begann in allen Schichten der Gesellschaft das Bewußtsein zu erwachen und fand Widerhall bei den ernsteren Organen der Presse: Daß die Kaufkraft der Landbevölkerung erschöpft sei, daß die Industrie sich nicht weiter entwickeln könne, daß Regierungshilfe nothwendig, auf solche aber schwer zu rechnen sei wegen unserer überhoch angewachsenen staatlichen Verschuldung, daß unter der Last der wachsenden Schuldenzinsen, die auf die Staatsanleihen zu zahlen sind, sich die Zahlungskraft der Bevölkerung erschöpfe. Gleichzeitig unternimmt es der alleruntertänigste Bericht des Finanzministers, die aufgeregte öffentliche Meinung zu beruhigen und beweist durch eine Reihe Daten und Ziffern, daß wir einen Prozeß des wachsenden nationalen Wohlstandes durchleben, daß unsere staatliche Verschuldung zurückgegangen ist, daß sich die Summe der Zinsen für die Staatsschuld, die sich als Last auf die Zahlungskraft des Volkes legt, verringert hat. Inmitten der einander widersprechenden Zeugnisse über die Lage der verschiedenen Zweige des Staatshaushaltes, die, aus verschiedenen Quellen fließend, die öffentliche Meinung verwirren, giebt es *eine* Kategorie von Zeugnissen, die bis heute unbedingtes Vertrauen genießt, sowohl bei der russischen Gesellschaft als auch bei der ausländischen volkswirthschaftlichen Presse: die *Mittheilungen der Reichskontrole*. Bis jetzt ist es niemandem, weder in Rußland noch im Auslande, in den Sinn gekommen, an der vollen Zuverlässigkeit der von der Reichskontrole veröffentlichten Daten zu zweifeln. Auf der andern Seite erscheint aber auch der alleruntertänigste Bericht über das Budget als ein staatliches Dokument, das öffentlich von dem Finanzminister an den Kaiser adressirt wird. Erschien es auch möglich, sich *mit der Argumentation* des Berichts hier und da nicht einverstanden zu erklären, so hat bisher noch niemand sich erlaubt, die *Zuverlässigkeit der Ziffern selbst zu bezweifeln*, die der Oeffentlichkeit in einem Dokument von solcher Wichtigkeit mitgetheilt werden. Nichtsdestoweniger *befinden sich die Schlußfolgerungen des letzten alleruntertänigsten Berichts in einem so vollständigen Widerspruch mit allem, was wir nicht nur nach Gerüchten und Zeitungsnachrichten, sondern in erster Linie nach den Mittheilungen der Reichskontrole*

und offiziellen Publikationen des Finanzministeriums selbst für zuverlässig zu halten uns gewöhnt haben, daß wir uns gezwungen sehen, uns dieses Mal nicht auf eine bloße Analyse der Argumentationsweise des Berichtes zu beschränken, sondern auch die Ziffern selbst, aus denen es möglich schien, ebenso tröstliche wie unerwartete Schlußfolgerungen zu ziehen, einer sorgfältigen Prüfung zu unterwerfen".

Butmi übernimmt nun zunächst die Methode Scharapows, indem er dessen Berechnung der russischen Staatseinkünfte unter Ausschaltung des Ertrages der Staatsbahnen, der Einnahme vom Alkohol, der Forst-, Zoll- und Münzeinkünfte bis zum Jahre 1902 führt. Die zu vergleichenden Gesammtsummen der Staatseinkünfte sind (in Tausenden von Rubeln):

für 1889 914 527 Rubel,
„ 1902 1 800 784 „

Hiervon gelangen zur Ausschaltung:

	1889	1902
Einkünfte von den Staatseisenbahnen .	82 872,9	396 072,0
Branntwein-Monopol	—	462 808,0
Getränkesteuern	274 919,9	34 593,5
Forsteinnahmen	17 859,5	63 013,4
Zolleinkünfte	122 259,2	205 732,0
Einkünfte der Münze	394,1	3 250,0
	498 305,6	**1 165 468,9**

Schaltet man diese beiden Summen aus dem Betrage der Staatseinnahmen für die in Frage kommenden Jahre aus, so ergeben sich die Ziffern, auf Grund deren man in der Lage ist, annähernd über Zu- oder Abnahme der wirthschaftlichen Kräfte des Volkes zu urtheilen: 416½ Millionen Rubel für 1889 und 635⅓ Millionen Rubel für 1902. Bringt man hierzu die Vermehrung der Bevölkerung von 1889—1902 in Anschlag (in Rußland erfahrungsgemäß 1¼ Prozent jährlich), so ergiebt sich, daß auf den Kopf der Bevölkerung Gesammtrußlands an Leistung entfielen

im Jahre 1889: 3 Rubel 61 Kopeken,
„ „ 1902: 4 „ 60 „

was einen Unterschied von 99 Kopeken oder 22,8 Prozent zu Gunsten des Jahres 1902 macht. Wollte man aber aus diesem

Mehr auf ein Wachsthum des Volkswohlstandes um 22,8 pCt. schließen, so würde sich dieser Schluß als fehlerhaft erweisen, sobald wir berücksichtigen, daß es nicht durch eine entsprechende Vermehrung des Konsums der besteuerten Gegenstände entstanden ist, wie der Bericht des Finanzministers behauptet, sondern aus der Erhöhung der Besteuerung dieser Dinge in sehr viel höherem Maße als um jene 22,8 pCt. Die Accise auf Zucker ist um 106 pCt., die auf Streichhölzchen um 100 pCt., die auf Erzeugnisse der Naphthaproduktion um 50 pCt. gestiegen; ebenso sind auch die Tabaksteuer, die Stempelsteuer, die Gewerbesteuer, die Steuer auf Handelspatente gestiegen. Berücksichtigt man den ungeheuren Geldzufluß aus dem Auslande während dieser 13 Jahre, der doch zum größten Theil — wenigstens durchgangsweise — als Arbeitslohn, Gewinn 2c. in die Hände der Konsumenten gelangt ist, so erscheint diese im Verhältniß zur Belastungshöhe geringe Einnahmesteigerung als ein wahrhaft erschreckendes Symptom!*)

Wenden wir uns nunmehr einigen Spezialgebieten zu, auf denen der Rechenschaftsbericht des Finanzministers eine besondere Zunahme der Produktion resp. des Konsums feststellen zu können glaubt, sowie der Kritik Butmis.

Der Bericht des Finanzministers behauptet, daß während der Jahre 1892—1900 die Produktion an Baumwollenwaaren in Rußland um 50 Prozent und der Verbrauch von Baumwolle auf den Kopf der Bevölkerung um 18 Prozent, von 4,52 auf 5,32 Pfund gewachsen sei. Bereits diese Ziffern müssen, sobald sie gegen einander gehalten werden, einigermaßen befremden. Die Produktion soll um 50, der Konsum um 18 Prozent gewachsen sein — wo sind die 32 Prozent geblieben, um welche jene dieser vorangeeilt sein sollen? Eine so große Rolle, daß man die Differenz allein durch die steigende Antheilnahme der inner-russischen Fabrikation an der Deckung des Bedarfs und durch die Verringerung der Einfuhr erklären könnte, hat diese letztere im Jahre 1892 schon lange nicht

*) Butmi, der hier prinzipiell auf dem richtigen Wege ist, hat in der Ausrechnung allerdings ein sehr kräftiges Versehen gemacht, indem er sich bei der Subtraktion: 914 Mill. — 498 Mill. um ganze hundert Millionen irrt, und 516 statt 416 Mill. schreibt. Auf diese Weise gelangt er zu dem Ergebniß, daß zwischen 1902 und 1889 nur ein Unterschied des Steuerertrages von 5,3 pCt. zu Gunsten des ersteren Jahres vorhanden sei. Wäre dem so, dann könnte man freilich nicht mehr von einem drohenden oder fortschreitenden Ruin Rußlands sprechen, sondern dann wäre der bereits hereingebrochene Ruin eine Thatsache. Das Beste ist aber, daß man im russischen Finanzministerium diesen Fehler nicht einmal gemerkt hat!



mehr gespielt, und eine Ausfuhr baumwollener Produkte aus Rußland findet nur in unbedeutendem Maße nach Persien und in einer überhaupt kaum nennenswerthen Menge nach China und der Türkei statt. Wo also sollen die Bestände der angeblich um 50 Prozent vermehrten Produktion geblieben sein?

Butmi stellt nunmehr zunächst fest, daß in den Jahren 1892 und 1899 sowohl die Menge der aus dem Auslande eingeführten als auch von den russischen Fabriken aus Turkestan bezogenen Rohbaumwolle annähernd die gleiche geblieben ist, nämlich in runden Zahlen 10 1/3 resp. 3 3/5 Millionen Pud, zusammen also in beiden Jahren gegen 14 Millionen Pud. Der ganze Unterschied in der Schlußsumme zu Gunsten des Jahres 1899 beträgt 50 000 Pud oder 0,4 Prozent. Die Bevölkerung vermehrte sich rechnungsmäßig von 121 auf 133 Millionen. Daraus würde nicht eine Steigerung, sondern eine Verringerung des Konsums von Baumwolle pro Kopf von 4,6 auf 4,2 Pfund, d. h. um 9 Prozent folgen — an Stelle der vom Finanzminister herausgerechneten 18 Prozent. Nun hat allerdings der Bericht des Finanzministers nicht das Jahr 1899, sondern vielmehr das Jahr 1900 als Schlußpunkt gewählt, und in diesem Jahre war allerdings die Baumwollenernte in Turkestan so groß wie noch nie, so daß 6 Millionen Pud auf den russischen Markt gelangten und die Gesammtsumme der aus Turkestan und über See eingeführten Baumwolle etwas über 15 Millionen Pud betrug. Dieses Jahr 1900 kann aber kein Mensch, der mit der Entwickelung der wirthschaftlichen Verhältnisse Rußlands in den letzten Jahren auch nur halbwegs vertraut ist, in der Weise, wie es in dem Bericht des Finanzministers geschieht, verwerthen, weil bekanntlich damals schon die Anhäufung großer unverkäuflicher Massen baumwollener Garne und Gewebe in den Lagern der Fabriken begann, jene Anhäufung, die heute noch, namentlich in Bezug auf alle diejenigen Qualitäten fortdauert, die bisher von der breiten Masse der Bevölkerung gekauft worden waren und die dazu geführt hat, daß gegenwärtig, wie ich mich selbst durch persönliche Erkundigungen an unterrichteter Stelle zu überzeugen Gelegenheit hatte, dazu geführt hat, daß für den Massenkonsum Qualitäten hergestellt werden müssen, die überhaupt nicht mehr die Bezeichnung „Stoff" verdienen. Es sind schleierdünne mit Appretur vollgekleisterte Gewebe, die kaum mehr das Genähtwerden vertragen und nach dem ersten Regenguß den Leuten wie lappiger Flor um die Glieder hängen. Hier also, wo doch die

Ueberfüllung der Lager und die Unverkäuflichkeit der Bestände jedermann in Rußland bekannt ist, also doch wohl auch dem Finanzministerium bekannt sein sollte, von Steigerung des Konsums zu sprechen, ist einfach handgreifliche Lächerlichkeit.

Indeß das russische Finanzministerium, zum Mindesten die Federn, die für dasselbe arbeiten, bringen auch noch ganz andere Dinge fertig. So giebt z. B. die Denkschrift des Herrn von Witte zum Budget für 1900 an, daß der Werth aller Erzeugnisse der russischen Textilindustrie von 1877 bis 1897 von 298 auf 946 Millionen Rubel gestiegen sei. Bei der Textilindustrie entfällt in Rußland bei Weitem der Löwenantheil auf die Baumwolle. Hier existirt nun eine äußerst merkwürdige Berechnung in dem auf Grund „offiziellen" Materials im Finanzministerium unter der Redaktion eines Herrn Blau zusammengestellten Handbuch des Departements für Handel und Manufakturen (1896). Dieses Handbuch schätzte den Werth aller russischen Baumwollenfabrikate auf 531 Millionen Rubel. Diese Ziffer ist schlechthin erstaunlich, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1896 im Ganzen an überseeischer und turkestanischer Baumwolle $13^1/_4$ Millionen Pud im Werthe von 124 Millionen Rubel nach Rußland gelangt sind.. Von diesen $13^1/_4$ Millionen Pud muß vorweg abgerechnet werden alles, was sich an unverwerthbaren Abfallstoffen ergiebt, was in Gestalt von Watte verbraucht wird, was auf die Herstellung gemischter Gewebe (Baumwolle mit Wolle, Baumwolle mit Seide), für die Fabrikation von Zwirn und dergleichen abgeht. Hinzugerechnet werden muß die Einfuhr gesponnenen Garns. Alsdann ergiebt sich nach Scharapow (Seite 74), daß der Werth der in Rußland hergestellten Baumwollengewebe die Summe von $266^1/_2$ Millionen Rubel, statt 531, gar nicht übersteigen kann. Der geradezu unglaubliche Fehler, den das Handbuch des Departements für Handel und Manufakturen bei seiner Werthberechnung begangen hat, besteht darin, daß es erstens den Werth der Rohbaumwolle, zweitens den der daraus hergestellten Gespinnste und drittens den der fertigen Stoffe — anstatt zu berücksichtigen, daß jede vorhergehende Ziffer ihrem vollen Betrage nach in der nächstfolgenden drinsteckt — einfach addirt hat, und das Resultat soll dann den Gesammtwerth der russischen Baumwoll-Textilindustrie darstellen.

Am dunkelsten wird die Sache vollends da, wo im Vorwort zu einer späteren Publikation des Finanzministers: „Zusammenstellung von Daten über die russische Fabrikindustrie für das Jahr

1897" der im Jahr vorher gemachte Fehler zwar eingestanden, darauf aber „das Streben der Fabrikanten den wahren Umfang ihrer Produkte zu verheimlichen" als ausreichende Kompensation des untergelaufenen Versehens in der Berechnung hingestellt wird. In der an den Kaiser adressirten Denkschrift zum Budget für 1900 erscheint denn auch richtig wieder die auf Grund jener originellen Berechnungsmethode gefundene kolossale Summe für den Werth aller Produkte der russischen Textilindustrie. Und diesen selben groben Schwindel, um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen, wagt es der russische Finanzminister in einem an die Person seines Kaisers adressirten offiziellen Schriftstück der ganzen Welt aufzutischen! Es ist bezeichnend für dasjenige Maß von Verständniß und Interesse, das bei uns wie anderswo in Europa für die russischen Dinge existirt, wenn über ein derartiges Stück außerhalb Rußlands überhaupt noch nichts an die Oeffentlichkeit gedrungen ist — abgesehen von der 1901 in Berlin erschienenen, aber bis jetzt fast ganz unbeachtet gebliebenen, in russischer Sprache gedruckten Broschüre Scharapows.

Man wird Scharapow ohne Weiteres Recht geben, wenn er anläßlich dieser Erfahrung mit der Baumwolleninduſtrie auch zu den übrigen Daten, welche das immense Wachsthum der russischen Industrie, insbesondere des Werthes ihrer Produktion belegen sollen, bemerkt, daß alle diese Ziffern, weil überwiegend auf ganz unkontrolirbaren Wegen gewonnen, das allerhöchste Mißtrauen verdienen, und in keiner Weise geeignet sind, das zu beweisen, was sie beweisen sollen.

Thatsächlich gestiegen ist der Konsum von Zucker. Man muß aber auch hier Butmi Recht geben, wenn er dazu bemerkt, daß die Menge des Zuckers, die auf dem inner-russischen Markt erscheint, in erster Linie gar nicht von dem wirklichen Bedarf der Bevölkerung, sondern von den geschäftlichen Rücksichten des Syndikats der Zuckerfabrikanten abhängt, „dank denen der russische Zucker in Rußland auf einer Preishöhe gehalten wird, die ihn dem russischen Bauer unzugänglich macht, dagegen nach England für einen Preis zur Ausfuhr gelangt, der niedrig genug ist, um noch mit unserem Zucker vortheilhafter Weise die englischen Schweine zu füttern." Der Konsum von Zucker beträgt gegenwärtig (1900) in Rußland auf den Kopf 10,6 Pfund; er hat im Jahre 1894 9,7 Pfund, 1889 7,16 Pfund betragen, d. h. er ist in der zweiten Periode um 2½mal langsamer gewachsen als in der ersten, und

das Wachsthum betrug von 1894—1900 im Ganzen nur 0,9 Pfund. Das Finanzministerium hat allerdings vermittelst einer der ihm eigenen Methoden 2,92 Pfund herausgerechnet.

Gestiegen ist außer dem Konsum von Zucker auch der von Thee. Beides bedeutet aber auch noch aus einem besonderen Grunde nicht viel, und aus dem Mehrverbrauch dieser beiden Artikel auf allgemein verbesserte wirthschaftliche Verhältnisse schließen zu wollen, wäre für Rußland grundfalsch. Thee und Zucker, namentlich der letztere, sind dort selbst überhaupt keine Gegenstände des Massenkonsums, insofern der größte Theil der bäuerlichen Bevölkerung sich ihrer gar nicht oder doch nur in sehr geringem Maße bedient. Das geht schon aus dem sehr schwachen durchschnittlichen Zuckerkonsum Rußlands hervor. Er beträgt jährlich noch nicht 11 Pfund auf den Kopf, während der Franzose 30 Pfund, der Deutsche 31 Pfund, der Nordamerikaner 64 Pfund verzehrt. Da sich nun unter dem Einfluß der Schutzzölle und der forcirten Industriezüchtung während des letzten Jahrzehnts eine merkliche Verschiebung in dem Verhältniß der städtischen und ländlichen Bevölkerung Rußlands vollzogen hat (wenngleich die ländliche immer noch kolossal überwiegt; die Schätzungen schwanken zwischen 75 und 85 Prozent), so ist es klar, daß an allen denjenigen Konsumartikeln, die in den Städten, wo Baarwirthschaft herrscht, verbraucht werden, irgend eine Steigerung des Konsums zu bemerken sein muß. Es handelt sich da also eher um bloße Verschiebung, als um eine wirkliche, absolute und relative Steigerung der Konsumtionskraft.

Entschieden ungünstig dagegen steht es mit der Entwicklung des Petroleumverbrauchs. Der Bericht des Finanzministers zum Budget von 1902 behauptet, derselbe hätte sich von 1892—1900 pro Kopf von 10,5 auf 13,4 Pfund, d. h. um 28 Prozent vermehrt. Butmi zitirt demgegenüber die „Statistik der mit Accise- und Stempelsteuer belegten Produkte für das Jahr 1899", herausgegeben von der Hauptverwaltung der indirekten Steuern u. s. w. Hiernach sind in Rußland verbraucht worden im Jahre

1893 38 Millionen Pud auf 123 Millionen Menschen,
1899 39½ „ „ „ 135 „ „

Das macht im ersten Jahre 12,3, im letzteren 11,7 Pfund auf den Kopf, mithin ein Abnahme des Konsums um 4,9 Prozent anstatt der behaupteten Steigerung von 28 Prozent. Herr von Witte beruft sich demgegenüber in seiner famosen

„Widerlegung“ darauf, daß er für seinen Bericht an den Kaiser „genauere“ Zahlen zur Verfügung gehabt habe als die der amtlichen Statistik der Steuerverwaltung für 1899. Woher er diese hat, bleibt völlig im Dunkeln. Man wird nicht behaupten können, daß diese Methode der Widerlegung von Angriffen, die wie diejenigen Butmis auf amtlichem Material beruhen, sehr vertrauenerweckend ist. Woher sollen denn diejenigen Leute, die sich für die wirthschaftlichen Verhältnisse Rußlands interessiren, ihre Belehrung schöpfen, wenn nicht aus den offiziellen Publikationen der Steuerbehörde? Die einzig mögliche Folge eines Systems, wie es hier vom russischen Finanzminister beliebt wird, wäre die, daß Jedermann, der über volkswirthschaftliche Fragen arbeitet, das sämmtliche amtliche Ziffernmaterial, was hierüber in Rußland publizirt ist, in den Papierkorb wirft, und sich direkt an Herrn von Witte mit der Bitte wendet, ihm doch gefälligst die betreffenden „genaueren“ Daten gleich von vornherein zur Verfügung zu stellen.

Einen besonders lehrreichen Einblick in die Konsumtionskraft der großen Masse der Bevölkerung in Rußland liefert eine nähere Betrachtung der Ergebnisse der Branntweinsteuer. Es ist nicht überall bekannt, aber eine feststehende Thatsache, daß, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, Rußland eines der am wenigsten Alkohol konsumirenden Länder der Welt ist. Es kommen an Litern absoluten Alkohols auf jeden Einwohner: in Deutschland 4,4 Liter, in Rußland 2,3 Liter. Das wird vielleicht etwas überraschen, aber es spricht sich eben darin die ganz minimale Kaufkraft des russischen Bauern aus. Der Bauer bekommt in Rußland für gewöhnlich Wochen und Monate lang überhaupt keinen Schnaps zu sehen, dafür werden aber bei besonderen Gelegenheiten: Taufen, Hochzeiten, Leichenschmäusen, Submissionen, Käufen und Verkäufen und dergleichen auf einmal gewaltige Mengen Alkohol vertilgt. In solchen Fällen wird eben das Letzte daran gesetzt, um das begehrte Gift heranzuschaffen. Noch im Jahre 1863 betrug bei einem Steuersatz von 4 Rubeln auf den Eimer reinen Alkohols der russische Konsum in absoluten Zahlen fast 4½ Millionen Liter reinen Alkohol, auf den Kopf 5,85 Liter. Bis zum Jahre 1882 war die Steuer allmählich verdoppelt worden; der absolute Konsum war auf 3,6 Millionen und der Verbrauch pro Kopf auf 3,7 Liter gesunken. Im Jahre 1883 betrug der Steuerertrag der gewerblichen Brennereien bei einer Abgabe von 8 Rubeln für den Eimer 226 Millionen Rubel, 1884: 217 Millionen Rubel, 1885: 207 Millionen Rubel,

1886: 209 Millionen Rubel; die Verminderung des Konsums ist also offenbar. Für 1887 wurde die Steuer auf 9 Rubel für den Eimer erhöht. Die Erträge waren:

1887	229	Millionen Rubel
1888	237	„ „
1889	247	„ „
1890	239	„ „
1891	220	„ „

Die Finanzverwaltung wiederholte dann das Experiment und erhöhte die Steuer erst auf $9^1/_4$, dann auf 10 Rubel für den Eimer. Es erschienen folgende Erträge:

1892	242	Millionen Rubel
1893	232	„ „
1894	265	„ „
1895	266	„ „
1896	263	„ „
1897	253	„ „

Abermals ist das baldige Herabsinken des Ertrages nach anfänglicher Steigerung nicht zu verkennen. (Lehmann und Parvus S. 470 ff.)

Wer die Leidenschaft des russischen Bauern für den Branntwein kennt, wird ermessen, daß nur die äußerste Noth, ja oft nicht einmal diese ihn dazu zu bringen vermag, daß er dem alles überwältigenden Bedürfniß, sich von Zeit zu Zeit zu berauschen, entsagt. Eigenthümlicher Weise zeigt sich nun in allerletzter Zeit wiederum ein geringes Steigen des auf den Kopf der Einwohnerschaft berechneten Alkoholkonsums in Rußland. Butmi vergleicht die Jahre 1893 und 1900 und konstatirt ein Anwachsen des Verbrauchs von 2,4 auf 2,54 Liter auf den Kopf. Es wäre aber ein Irrthum, hieraus etwa den Schluß zu ziehen, daß sich in den letzten Jahren der russische Wohlstand wiederum angefangen hat, aufwärts zu bewegen; vielmehr spricht sich in der geringen Steigerung die Thatsache aus, daß ein steigender Prozentsatz der Bevölkerung in die Industriegebiete gezogen ist, dort Baarlohn erhält und einen großen Theil desselben in Schnaps anlegt, während auf dem Lande baares Geld überhaupt nur in äußerst geringen Mengen vorhanden ist und die Umsetzung des geernteten Getreides in Branntwein nur in der Zeit unmittelbar und bald nach der Ernte größere Dimensionen annehmen kann.

Aus der Erkenntniß, daß vermittelst noch weiter fortgesetzter

Steigerung der Branntweinaccise eine dauernde Erhöhung des Steuerertrages doch nicht mehr zu erwarten ist, entstand dann bei der russischen Finanzverwaltung die Idee des staatlichen Monopols für die Reinigung und den Verkauf von Trinkbranntwein. Die Meinungen darüber, ob dieses außerordentlich komplizirte, zunächst große Auslagen erfordernde und schwierig durchzuführende Unternehmen geglückt ist resp. ob es den erhofften Gewinn für die Staatskasse abwirft oder wenigstens in nächster Zukunft mit Sicherheit abwerfen wird, sind in Rußland sehr getheilt. Ueberwiegend ist man der Anschauung, daß die ganze Operation, wenn sie nicht überhaupt Fiasko gemacht hat, so doch in finanzieller Beziehung keinen spürbaren Nutzeffekt gehabt hat und auch kaum je haben wird. Die Grundlage des Unternehmens ist die, daß der Staat den Gedanken faßte, sich den Verkaufsgewinn der Gast- und Schankwirthe am Branntwein anzueignen. Selbst angenommen, die Staatskasse gelangte dabei zu dem, vorläufig zum Mindesten sehr zweifelhaften, erhofften Gewinne, so wird auf diese Weise doch bloß ein Loch gestopft und ein anderes aufgemacht. Vor der Einführung des staatlichen Verkaufsmonopols für Branntwein bezahlten die Schankwirthe für ihre Ausschankkonzession außer der staatlichen Lizenz auch noch eine Gebühr an die Landschaften (Semstwos) resp. an die Gemeinden. Das thut die Staatskasse aber nicht; folglich entsteht in den Semstwo- und Gemeindekassen ein Ausfall, und diejenigen Ausgaben, die dortselbst vorher aus den Einnahmen für die Schanklizenzen bestritten wurden, können nun überhaupt nicht mehr geleistet werden, oder die Regierung muß sie auf die Staatskasse übernehmen. Lehmann und Parvus, die einen Theil des Wolgagebietes selbst bereist und ihr Augenmerk auf diese Dinge gerichtet haben, theilen mit, daß die Landschaft des Gouvernements Samara den Verlust allein der Bauerngemeinden dieser Provinz in den Jahren 1895 bis 1897 auf mehr als eine Million Rubel jährlich angiebt. Von dieser Seite her betrachtet, präsentirt sich also die Einführung des Spiritusmonopols als eine simple Beraubung der Gemeinde- und Landschaftskassen. Den Semstwos ist allerdings eine (viel zu geringe) Entschädigung für den Verlust der Einnahmen aus der Branntweinlizenz zugebilligt worden, die Bauerngemeinden aber erhalten nichts. Wollte also der Staat diese Beraubung der Gemeinden wieder gut machen, so würden die von ihm zu übernehmenden Ausgaben jedenfalls sehr viel mehr verschlingen, als der bestenfalls zu veranschlagende Gewinn betrüge.

Leistet er aber die Entschädigung nicht, so ist nicht abzusehen, woher die Gemeinde einen Ersatz finden soll. Aus dem Ertrag der in die Gemeindekassen fließenden Einnahmen wurde bei dem in Rußland herrschenden System der Gesammtbürgschaft der Bauerngemeinde für den Eingang der auf sie entfallenden Steuern das Manko im Steuereinkommen von den einzelnen Wirthschaftseinheiten der Gemeinde nöthigenfalls kompletirt; da nun die Gemeindekassen jetzt so gut wie gar keine ordentlichen Einnahmen mehr haben, so ergiebt sich also als weitere Folge dieses staatlichen Raubzuges ein voraussichtlich gesteigertes Wachsthum der Rückstände an direkten auf den Bauerngemeinden lastenden Steuern. Ueberdies ist durch die Einführung des Monopols noch die ohnehin große Verwirrung und Unübersichtlichkeit im russischen Budget dermaßen vermehrt worden, daß auch nur eine annähernde Kontrole desselben, sobald das Finanzministerium eine solche nicht wünscht, kaum mehr möglich erscheint.

Aehnlich wie mit dem Branntwein steht es mit dem Tabak. Der russische Tabakkonsum beträgt auf den Kopf ein Pfund gegenüber vier Pfund in Deutschland, konsumirt werden im Wesentlichen Zigaretten aus einheimischem Tabak und Machorka, grober, kurzgeschnittener gleichfalls in Rußland gebauter Bauerntabak. Der Verbrauch von Zigarren und Zigaretten giebt keinen deutlichen Anhalt für die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit des Volkes, weil er überwiegend auf die oberen Klassen der Bevölkerung beschränkt ist; da aber der absolute Konsum der Machorka sich von 1883 bis heute gleichgeblieben ist (Lehmann und Parvus Seite 474), folglich eine relative Verminderung zeigt, so ergiebt sich auch hier die bereits beim Branntwein gemachte Erfahrung von der rückschreitenden Kaufkraft des Volkes.

Entscheidend für die Auffassung vom Wachsthum oder Zurückgehen der wirthschaftlichen Gesammtkräfte Rußlands sind übrigens alle diese Berechnungen über den Verbrauch verschiedener Artikel des Massenkonsums weniger, als die festgestellte Thatsache, daß der Ertrag der Verbrauchssteuern durchaus nicht in dem Maße gestiegen ist, wie nach dem Wachsthum der Bevölkerung und der Erhöhung der Steuersätze erwartet werden müßte. Gegen dieses Faktum sind alle Beschönigungsversuche des russischen Finanzministeriums machtlos; sie macht den fortschreitenden Ruin Rußlands unter dem gegenwärtigen Regime evident.

Fragt man nun, woher die trotz dieses Niederganges im

Innern doch unverkennbaren, mit ungeheuren Geldausgaben verbundenen Leistungen Rußlands nach außen hin sowie auf dem Gebiet des Eisenbahnbaues zu erklären sind, so ergiebt sich als einzig mögliche Antwort darauf, daß es lediglich durch eine fortgesetzte Verschuldung gegenüber dem Auslande möglich geworden ist, die gesteigerten Ausgaben während des letzten Jahrzehntes zu bestreiten. Diese ganze Frage der Verschuldung Rußlands ist aber untrennbar verbunden mit der anderen nach dem Betriebe und den finanziellen Ergebnissen seiner Eisenbahnen. Bekanntlich ist Rußland während des letzten Jahrzehntes dem Vorgehen Preußens gefolgt, hat sein Eisenbahnnetz im Wesentlichen verstaatlicht und betreibt seitdem auch den Bau der meisten wichtigen Linien, namentlich der Eisenbahnen in Asien, auf Staatskosten. Soweit es sich dort um die Form angeblicher Gesellschaften handelt, wie z. B. bei der sogenannten ostchinesischen Bahn, liegt in Wirklichkeit nur eine sehr leichte Verschleierung des Staatsbetriebes vor. Bei der Eisenbahnfrage ist wiederum zweierlei zu unterscheiden: 1. Wie weit die Berechnungen des russischen Finanzministers über den Werth des staatlichen Eisenbahnvermögens zutreffen, und 2. ob seine Angaben über den Ertrag der Staatsbahnen resp. die Verzinsung des auf sie verwandten Kapitals Vertrauen verdienen. Beides wird sehr entschieden und mit gewichtigen Gründen bestritten. Butmi beginnt seine Kritik der Witteschen Denkschrift zum Budget für 1902 gleichfalls mit dem Kapitel der Eisenbahnen.

Herr von Witte behauptet in dieser Denkschrift, daß im Jahre 1892, d. h. unmittelbar bevor er das Finanzministerium übernahm (1893), die Reineinnahme des Eisenbahnnetzes nach den Auskünften der Reichskontrole für das betreffende Jahr nicht hinreichte, um alle Zahlungsverpflichtungen in Betreff der Eisenbahn zu decken und daß von Seiten der Staatskasse ein Zuschuß von mehr als 40 Millionen Rubel nöthig war. Er behauptet ferner, daß im Jahre 1900 das Gesammtresultat der Betheiligung des Staates an dem Eisenbahngetriebe des gesammten vorhandenen Netzes einschließlich des Defizits auf der sibirischen Bahn in einem „kleinen Reingewinn" zum Ausdruck gelangt.

Butmi korrigirt zunächst die Angabe, der Staat hätte im Jahre 1892 „über 40 Millionen" Rubel zuschießen müssen, dahin, es wären 35,6 Millionen Rubel gewesen. Diese Differenz ist hier belanglos; sehr viel gewichtiger erscheint aber die Fortsetzung der

Kritik. Nach den Berichten der Reichskontrole für das Jahr 1900 betrug die Einnahme:

1. von Staatsbahnen	361,7	Millionen Rubel
„ Privatbahnen mit Staatsgarantie	12,3	„ „
Summa . .	374	Millionen Rubel

Die Ausgaben waren folgende:

1. Verzinsung der Eisenbahnschulden	112,3	Millionen Rubel
Betriebskosten bei den Saatsbahnen	237	„ „
Zinsgarantie	6	„ „
Verstärkung und Verbesserung der Eisenbahnen	46,4	„ „
Eisenbahn-Kontrole	3,9	„ „
Summa . .	405,6	Millionen Rubel

mithin

Ausgaben . . .	405,6	Millionen Rubel
Einnahmen . .	374	„ „
Defizit . .	31,6	Millionen Rubel

anstatt eines „geringen Reingewinnes."

Der Bericht des Finanzministers behauptet ferner, unter Berufung auf die Rechenschaftsberichte der Reichskontrole, daß die Reineinnahme von den Staats- und staatlich garantirten Privatbahnen betragen haben (abgesehen von der Verzinsungslast):

1892	56,4	Millionen Rubel
1900	139	„ „

Hiergegen opponirt Butmi gleichfalls unter Berufung auf die zum Rechenschaftsbericht der Reichskontrole gehörige Denkschrift und zitirt daraus folgende Ziffern:

1892

Einnahmen. . .	111,1	Millionen Rubel
Ausgaben . . .	63,4	„ „
Reineinnahme	47,7	Millionen Rubel

(anstatt 56,4 Millionen);

1900

Einnahmen. . .	373,9	Millionen Rubel
Ausgaben . . .	287,3	„ „
Reineinnahmen	86,6	Millionen Rubel

(anstatt 139 Millionen).

Die Antwort, die der Finanzminister in seiner „Widerlegung" auf den Butmischen Angriff abgiebt, ist absolut ungenügend. Sie besteht einfach in der ziffernmäßig so gut wie gar nicht gestützten Behauptung, daß der gesammte Staatsbahnbetrieb im Jahre 1900 mit einem Reingewinn von 116 741 Rubel abgeschlossen habe, sowie in der Bemerkung, daß aus den Unkosten des Eisenbahnbetriebes „Ausgaben auf Kapitalkonto" auszuschalten seien. An solchen Ausgabeposten werden summirt:

1. Für die Verbesserung und Verstärkung der Staats- und staatlich garantirten Privatbahnen	45,9 Millionen Rubel
2. Für die Bildung eines Betriebsfonds der Staatsbahnen	2,5 " "
3. Uebertragungen aus dem Jahre 1898 auf das Budget für 1900	8,3 " "
Summa . .	56,7 Millionen Rubel

Läßt man die unter 2 und 3 betitelten Ausgabeposten einstweilen außer Betracht, so entsteht die Frage, was es mit diesem gewaltigen Posten von 46 Millionen Rubel für „Verbesserung und Verstärkung" der Eisenbahnen auf sich hat. Fest steht jedenfalls, daß die Reichskontrole und der Finanzminister hier nach einem ganz verschiedenen System verfahren. Die Reichskontrole rechnet die Ausgaben für „Verbesserung und Verstärkung" zu den Betriebsausgaben, während der Finanzminister sie als Kapitalsanlage zählt.

Nun ist es allerdings Thatsache, daß die Grenze zwischen den Kosten für die Aufrechterhaltung des Betriebes und für Neuanlagen außerordentlich schwer zu ziehen ist. Je blühender und leistungsfähiger ein Eisenbahnbetrieb ist, desto mehr wird namentlich bei staatlicher Verwaltung, wie z. B. Preußen, das Bestreben vorherrschen, so viel wie möglich aus den laufenden Einnahmen zu decken. Je zweifelhafter die finanziellen Betriebsergebnisse sind, desto mehr wird unter Umständen das Bestreben vorwalten, zur Verschleierung der wahren Lage den umgekehrten Weg zu beschreiten. Handelt es sich z. B. um die Legung eines zweiten Geleises auf längere Strecken, um die Errichtung von Bahnhofsanlagen, wie sie beispielsweise jetzt in Hamburg und Leipzig bevorstehen, deren Kosten viele Dutzende von Millionen betragen, so ist es selbstverständlich, daß hierfür besondere Kapitalien, sei es

durch Anleihe, sei es auf anderem Wege, beschafft werden müssen. Von solchen „Verbesserungen und Verstärkungen" großen Stils ist aber in Rußland absolut nichts zu sehen. Es werden zwar Jahr für Jahr Tausende von Kilometern neuer Bahnen gebaut, aber auf dem bestehenden Netz geschieht nur das, was für die Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nothwendig ist. Die Bahnhofsverhältnisse in den meisten russischen Großstädten sind im höchsten Grade primitiv. Die Menge und Güte des rollenden Materials reicht nach dem Urtheil aller Sachverständigen nur eben gerade hin, um den nothwendigsten Anforderungen zu genügen. Allerdings wird auf allen russischen Bahnen ununterbrochen reparirt, viel mehr als in Deutschland oder Westeuropa. Das rührt im Wesentlichen daher, daß die russischen Eisenbahnen bei ihrer Errichtung von vornherein nur den minimalsten Betriebserfordernissen entsprechend gebaut worden sind. Die geringste Steigerung des Verkehrs, ja auch schon die eine Reihe von Jahren erfolgende Fortsetzung des Betriebes in gleichem Maßstabe, greift das gesammte Eisenbahnmaterial, namentlich aber den Oberbau, in einer Weise an, wie das bei einigermaßen sorgfältiger Konstruktion der ursprünglichen Anlage nie der Fall gewesen wäre. Desgleichen sind auch die Stationsanlagen von Anfang an ungenügend angelegt. Die Zahl der Personen- und Güterwagen, der Lokomotiven und Tender ist aufs Aeußerste knapp bemessen gewesen. Zieht man das in Rechnung, so kann also von Seiten des russischen Finanzministeriums, wenigstens für einen Theil der Ausgaben zur „Verstärkung und Verbesserung" mit einem scheinbaren Recht der Anspruch erhoben werden, es seien das nicht Betriebsausgaben, sondern Kapitalsanlagen. Bei Lichte besehen, erweist sich das freilich insofern doch als Fiktion, als diese Art von „Kapitalsanlage", eben weil sie einen ständig wiederkehrenden, Jahr für Jahr nicht zu umgehenden Posten bildet, durchaus den Charakter von Betriebsausgaben besitzt. Wenn ohne sie einerseits die Aufrechterhaltung des Betriebes der Staatsbahnen eine Unmöglichkeit ist, und wenn sie andererseits mit der Regelmäßigkeit der wirklichen Betriebsausgaben im engeren Sinne in jedem Budget wiederkehrt, so ist das Verfahren der russischen Reichskontrole, das Geld auf Konto der Betriebsausgaben zu buchen, unbedingt das Richtige, denn allein auf diese Weise entsteht ein zutreffendes Bild von den wirklichen Kosten des russischen Staatsbahnbetriebes. Sehr richtig bemerken Lehmann und Parvus in ihrem von mir schon öfter zitirten Buche „Das hungernde

Rußland" (Seite 465), daß die Ausgaben für „Verbesserung und Verstärkung" der bestehenden Eisenbahnen im russischen Eisenbahnetat ebenso regelmäßig wiederkehren, wie Kasernenbauten und Uniformirung im Militäretat.

Um das gesammte Betriebssystem der russischen Eisenbahnen unter dem Regime Witte zu veranschaulichen, entnehme ich demselben Werke die nachstehende Tabelle, wobei im Voraus darauf hinzuweisen ist, daß die große Steigerung der Einnahme- und Ausgabeziffern natürlich auf die während des betreffenden Zeitraums durchgeführte Verstaatlichung des größten Theils der russischen Eisenbahnen zurückzuführen ist.

Im Jahre	Betriebseinnahme Brutto der Staatseisenbahnen	Allgemeine Betriebsausgaben	Ausgaben zur Verstärkung und Verbesserung der Eisenbahnlinien	Summe der Ausgaben	Ueberschuß (+)
	in Millionen Rubel				
1888	22,3	15,6	13,8	29.4	— 7,1
1889	33,4	17,4	19,5	36,9	— 3,5
1890	49,3	31,7	29,5	61,1	— 11,9
1891	60.7	32,0	20,5	52,5	+ 8,2
1892	74,4	46,8	11,8	58,6	+ 15,8
1893	85,1	53,3	19,1	72,4	+ 31,8
1894	116,0	74,4	11,5	85,9	+ 30,1
1895	194,7	121,6	13,2	134,8	+ 59,5
1896	293,3	146,1	19,4	165,5	+ 127,8
1897	277,8	168,8	25,3	194,1	+ 83,7
1898	291,5	188,3	41,0	229,3	+ 62,2
1899	311,8	207.4	43,8	251,2	+ 60,6
1900	330,9	237,2	46,4	283,6	+ 47,3

Der Kommentar, den Lehmann und Parvus zu diesen Ziffernreihen geben, ist in seiner Kürze so treffend und charakteristisch, daß ich ihn wörtlich hierher setze:

„In Bezug auf das Betriebsergebniß sind klar zwei Perioden zu unterscheiden: Erst eine Steigerung des Ueberschusses, die 1896 ihren Kulminationspunkt erreicht, dann eine ebenso regelmäßige Verringerung der Nettoeinnahmen. Wie kam der Staat aus dem Defizit der Jahre 1888—1890 heraus? Darüber läßt unsere Tabelle keinen Zweifel: Durch eine gewaltige Verringerung der

Betriebsausgaben. 1891 und 1892, die ersten Jahre der Betriebsüberschüsse, waren die Betriebsausgaben sogar in absoluten Zahlen geringer als 1890, trotzdem die Einnahmen infolge Ausdehnung des Staatseisenbahnnetzes um 70 Prozent gestiegen waren. Der Staat hat während der Hungerjahre 1891/92 eine verzweiflungsvolle Sparsamkeit bei seinen Eisenbahnen getrieben — er mußte es thun, weil ja alle budgetären Einnahmen zurückgingen und der Staat noch große Summen ausgeben mußte, um die Bauern vor dem Hungertode zu retten. Besonders stark wurden die Ausgaben „zur Verstärkung und Verbesserung der (bestehenden) Eisenbahnlinien“ vermindert. Das sind Ausgaben für Erneuerung des Schienen- und Schwellenmaterials, Ausbesserungen beschädigter Eisenbahndämme und anderes mehr — Ausgaben, die wohl bis zu einem gewissen Grade vernachlässigt werden können, was sich aber später durch einen unverhältnißmäßig vermehrten Schaden, der schließlich ernstlich werden muß, rächt. Der russische Fiskus hat durch mehrere Jahre dieses Verfahren fortgeführt, das vollkommen analog ist dem einer Aktiengesellschaft, die ihre Abschreibungen verringert, um rein rechnerisch Dividende zu erzielen. Der Kulminationspunkt trat 1896 ein: von 1895—1896 wurden die Betriebseinnahmen um fast 100 Millionen vermehrt, während die Ausgaben kaum um 31 Millionen stiegen, ein Verhältniß, wie es sich sonst nur höchstens in den Bilanzen verkrachender Handelsgesellschaften vorfindet, die den letzten Versuch machen, ihren Kredit aufrecht zu erhalten. Das war das Jahr des höchsten Betriebsüberschusses. Da trat aber auch bereits die Nemesis ein: Seit 1897 sieht sich der Staat veranlaßt, die Betriebsausgaben nicht nur relativ, sondern absolut über die Steigerung der Einnahmen hinaus zu erhöhen; damit zugleich, und weil 1897 und 1898 die Einnahmen sich absolut verminderten, beginnt der Ueberschuß zusammenzuschmelzen. Ergebniß: die steigenden Betriebsüberschüsse bis 1896 waren auf Kosten des Kapitals erzielt — durch Vernachlässigung des Betriebes, durch Herunterwirthschaften des Eisenbahnmaterials, bezw. der Eisenbahnanlagen“.

Eine Probe auf die Berechtigung oder Nichtberechtigung der Witteschen Methode, die Ausgaben zur „Verstärkung und Verbesserung“ der Eisenbahnlinien nicht als Betriebskosten, sondern als Kapitalsanlage zu berechnen, kann man übrigens auch machen, indem man im Zusammenhange mit diesem Posten die Frage aufwirft, in wiefern ihm denn etwa eine Steigerung der Betriebseinnahmen entspricht. Sind die Ausgaben zur „Verbesserung und Verstärkung“

wirklich Kapitalsanlagen, bedeuten sie also eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Eisenbahnnetzes, und entsprechen sie nicht bloß der Nothwendigkeit, den geschehenen Abgang zu ersetzen, sondern in erster Linie dem wachsenden Bedarf des Verkehrs, so ist es klar, daß mit ihnen auch eine Steigerung des Einnahmeüberschusses parallel gehen muß. Wie die Tabelle von Lehmann und Parvus zeigt, ist das nicht der Fall, vielmehr findet das Gegentheil statt. Darin liegt ein sicherer Beweis dafür, daß, wenn auch vielleicht nicht die ganzen Summen zur „Verbesserung und Verstärkung, so doch sicher ein unverhältnißmäßiger großer Theil von ihnen nichts Anderes repräsentirt, als eine unerlaubte Verschleierung des thatsächlich vorhandenen russischen Eisenbahndefizits. Außerordentlich lehrreich als Beleg für die skrupellose Zahlenwirthschaft, die in den Berichten und Publikationen des russischen Finanzministeriums zur Herausrechnung von Ueberschüssen getrieben wird, ist auch der Nachweis bei Lehmann und Parvus (S. 484), daß durch eine bloße Aenderung des Berechnungsverfahrens für das Jahr 1898 aus einer thatsächlichen Steigerung der Verkehrseinnahmen um wenige Millionen ein scheinbares Plus der Jahreseinnahmen um 70 Millionen Rubel (!) entstanden ist.

Das ganze Eisenbahnkapitel ist überhaupt sowohl in dem jährlichen Budget als auch in den Denkschriften des Finanzministers voll von Inkorrektheiten, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen. So giebt z. B. Herr von Witte die Zunahme des Werthes der Staatseisenbahnen vom 1. Januar 1892 bis dahin 1902 auf 2600 Millionen Rubel an. Diese Summe ist in seiner Berechnung dadurch zu Stande gekommen, daß sämmtliche Anlagekosten der Staatseisenbahnen von jenem Anfangstermin an zusammen addirt sind. Dieses Verfahren, die Summe der Anlagekosten dem zur gegebenen Zeit vorhandenen Werthe der Anlage einfach gleich zu setzen, wird in seiner ganzen, auf die mangelnde Kritik der Interessenten am russischen Budget berechneten Naivität erst recht klar, wenn man es sich als Prinzip auf die Berechnung des Werthes einer privaten industriellen Anlage übertragen denkt. Kapitalisirt man den, wie Butmi zeigt, auf 74,3 Millionen Rubel zu beziffernden jetzigen Reinüberschuß des Staatsbahnnetzes mit 4½ Prozent, so ergiebt sich, daß sein wirklicher Werth zur Zeit nur etwa 1650 Millionen Rubel beträgt, also etwas über die Hälfte von der Schätzung des Finanzministers. Selbst wenn Herr von

Witte der Meinung ist, daß sich die Erträge der Staatsbahnen mit der Zeit noch heben werden, so bleibt ein rechnerisches Verfahren wie das von ihm beliebte unerlaubt. Der gelungenste Zug bei der finanzministeriellen Angabe über den Werth der Staatsbahnen ist aber der, daß unter den „Anlagekosten" natürlich auch jene famosen Ausgaben „zur Verbesserung und Verstärkung" der bestehenden Eisenbahnen figuriren, Ausgaben, die, wie die oben abgedruckte Tabelle zeigt, für die Zeit von 1888, wo die Verstaatlichung der Eisenbahnen begann, bis 1900 insgesammt bereits ca. 315 Millionen Rubel betrugen, einen Betrag, der für die Zeit von 1892 bis 1902 sogar noch kaum ausreichen wird. Herr von Witte setzt also nicht nur in unzulässiger Weise den effektiven Werth seiner Eisenbahnen den Anlagekosten gleich, sondern er rechnet unter diese angeblichen Anlagekosten auch noch frischweg einige hundert Millionen Rubel, die, wie die russische Reichskontrole auch korrekter Weise thut, auf Konto der laufenden Betriebskosten gebucht werden müssen.

Zum Schluß noch ein letztes Stück Wittescher Rechnungskunst im Eisenbahnetat. Das russische Finanzministerium giebt seit mehreren Jahren eine Art Kommentar zum Budget unter dem Namen „Bulletin Russe de statistique financière et de legislation" heraus, um das Ausland, natürlich in einer durchaus nach den russischen Interessen gefärbten Weise, über die Details der Finanzverwaltung zu informiren. Im Jahre 1897 verkündete Herr von Witte im „Bulletin Russe", nunmehr sei die Periode der Eisenbahndefizite vorüber und der Staat erziele aus seinem Bahnbetriebe einen Reinüberschuß. Diesen angeblichen Reinüberschuß gab der Finanzminister für 1896 auf 34,8 Millionen Rubel an. Zwei Jahre später fand sich im „Bulletin" der Vermerk, der Ueberschuß pro 1896 sei faktisch um 6,4 Millionen kleiner, weil man das vorige Mal versehentlich eine private Eisenbahnlinie (Moskau—Brest) unter die Staatseisenbahnen gezählt habe! In dem Bericht an den Kaiser zum Budget für 1900 ist der Reingewinn der Staatsbahnen für 1896 sogar auf bloße 11,3 Millionen Rubel gesunken. Warum? Weil Herr von Witte im „Bulletin Russe" die beiden vorigen Male an Stelle der Verzinsung des vollen Anlagekapitals bloß die Verzinsung der formell in das Staatsschuldbuch eingeschriebenen Eisenbahnschuld gesetzt hatte. Ein wenn auch nicht großer Theil der russischen Eisenbahnen ist aber ohne spezielle Bauanleihe aus

laufenden Mitteln hergestellt worden, und von diesem hatte das „Bulletin Russe“ zwar den Betriebsgewinn, nicht aber die Anlagekosten in Rechnung gestellt!

Wer noch mehr Proben ähnlicher Rechnungskünste und ihrer Aufdeckung wünscht, den verweise ich auf die Partien des Buches von Lehmann und Parvus (S. 476 ff.). Wenden wir uns nunmehr nach Erledigung dieser entscheidenden Vorfrage nach den Ergebnissen des russischen Staatsbahnbetriebes noch etwas dem Eingangs aufgestellten Problem der faktischen Verschuldung Rußlands zu.

Der Rechenschaftsbericht an den Zaren, den Herr von Witte in Gestalt einer Uebersicht über die angebliche wirthschaftliche Entwicklung Rußlands während des letztverflossenen Jahrzehntes dem Budget für 1902 beigefügt hat, beziffert die buchmäßige Vergrößerung der russischen Staatsschuld von 1892—1902 auf 1748 Millionen Rubel. (Von 4732 Millionen im Jahre 1892 ist sie auf 6480 Millionen im Jahre 1902 gewachsen.) Diesen „Schulden der Staatskasse“ stellt der Finanzminister den Werth der Staatseisenbahnen gegenüber, indem er diese letzteren im Gegensatz zu den Schulden als „Vermögen der Staatskasse“ bezeichnet. Der Rechenschaftsbericht behauptet nun, die Ausgaben resp. Anleihen für das staatliche Eisenbahnnetz ergäben sich, „abgesehen von ihrer allgemeinen staatlichen und ökonomischen Bedeutung auch in finanzieller Beziehung als vortheilhaft zu erkennen, da aus den Reineinnahmen der Eisenbahnen die Zahlungen für Verzinsung und Tilgung des Kapitals gedeckt werden, und zwar sowohl für dasjenige, welches zu verschiedenen Zeiten für die Erbauung und Verstärkung der Schienenwege aufgenommen wurde, als auch für dasjenige, das für diesen Zweck aus dem Ueberschuß der gewöhnlichen Einnahmen über die Ausgaben entnommen wurde.“

Wir haben nun an der Hand der Kritik Butmis gesehen, daß der thatsächliche Reinertrag der Staatsbahnen im Jahre 1900 74,3 Millionen Rubel betragen hat. Im Jahre 1892 waren es 12 Millionen Rubel. Die Differenz von 62,3 Millionen repräsentirt also das Wachsthum der staatlichen Einnahmen aus dem Betriebsüberschuß. Die Ausgaben für Ankauf, Vergrößerung, „Verbesserung und Verstärkung“ der Eisenbahnen betrugen während derselben Periode 1892 bis 1900, wie wir sahen, 2600 Millionen Rubel. Für diese Summe bedeuten die 62,3 Millionen wirklicher Mehreinnahme gegenüber 1892 eine Verzinsung von 2,4 Prozent

jährlich. Da es nun Rußland bekanntlich noch nicht gelungen ist, zu einem solchen Zinsfuß Eisenbahnanleihen abzuschließen, so ist mithin die Behauptung des ministeriellen Rechenschaftsberichts an den Zaren, die Eisenbahnschuld mache sich aus den Betriebsüberschüssen sowohl für Zinszahlung als auch für Kapitaltilgung selber bezahlt — grundfalsch. Vollends wenn man nicht bloß die Vergrößerung des russischen Staatsbahnnetzes seit 1892, sondern die Herstellungskosten und die nachträglich auf „Verbesserung und Verstärkung" verwandten Beträge für das ganze Netz von Anfang an in Rechnung stellt, so ergiebt sich die Summe von 3582 Millionen Rubeln.

Der Bericht des Finanzministers für 1902 beziffert also, wie gesagt, den Zuwachs der Verschuldung Rußlands während des letzten Jahrzehnts auf rund 1750 Millionen Rubel und stellt ihr den Zuwachs des Werthes der Staatsbahnen mit 2600 Millionen gegenüber. Um „die reine Verschuldung" am Anfang und am Ende des abgelaufenen Jahrzehnts vergleichsweise zu bestimmen, summirt der Finanzminister den Betrag der Staatsanleihen und der übrigen Verpflichtungen der Staatskasse; auf der andereu Seite fügt er dem angenommenen Werthe der Staatsbahnen als Aktiva die sicheren Schulden der Eisenbahngesellschaften an den Staat und andere Forderungen der Staatskasse hinzu; die Subtraktion der letzteren Summe von der ersteren ergiebt dann die „reine Verschuldung". Auf diese Weise rechnet Herr von Witte am letzten Ende eine sehr erhebliche Verringerung dieser „reinen Verschuldung" Rußlands vom 1. Januar 1892 bis dahin 1902 heraus, unter ganz besonderer Betonung der angeblichen Thatsache, daß der Haupteffekt dieser „reinen" Verschuldungsabnahme die Verringerung der von der Bevölkerung aufzubringenden Zinsenlast sei. Wir haben nunmehr bereits gesehen, daß die Hauptgrundlage für diesen ganzen Berechnungsmodus, nämlich die angebliche Deckung der von der Eisenbahnschuld herrührenden Zinsenlast durch sich selbst, in Wirklichkeit gar nicht existirt, daß vielmehr durch den faktischen Reinüberschuß des Staatsbahnbetriebes von der ganzen kolossalen Last der Eisenbahnanleihen höchstens 60 Prozent als verzinst und in Amortisation begriffen angenommen werden können. In dem Bericht des Herrn von Witte spielt die Vernichtung von beinahe 640 Millionen Rubel Kreditbillets, die als Schuld der Staatskasse an die Reichsbank figuriren, eine besondere Rolle, insofern diese Tilgung gleichfalls in der Richtung der Verschuldungsabnahme gewirkt habe.

Das ist natürlich in gewissem Sinne richtig, hat aber mit der vom Volke aufzubringenden Verzinsung der Staatsschuld direkt nichts zu thun, denn diese Schuld war eine zinslose. Dagegen vergißt der Finanzminister ganz und gar, daß sich mittlerweile ein sehr gewichtiger verzinslicher Posten zu Lasten der staatlichen Verschuldung herausgebildet hat. Dieser Posten wird gebildet durch die rund 700 Millionen Rubel betragenden Einlagen Privater in die vom Staate eingerichteten Sparkassen, wobei der Betrag der diesen Kassen als Depot übergebenen zinstragenden Papiere noch nicht einmal mit eingerechnet ist. Faktisch aber sind diese Sparkassen-einlagen gar nichts anderes, als eine von der Regierung kontrahirte und regelrecht zu verzinsende innere Anleihe, von der Herr von Witte in seiner ganzen Aufstellung abermals kein Wort zu sagen für nöthig befunden hat. Ebenso versäumt er es außer den formellen Staatsanleihen auch die Summe derjenigen Schulden, die der Staat garantirt oder für die er sonst eine Verantwortung übernommen hat, aufzuführen. Auf diese Weise erhöht sich das Wachsthum der Verschuldung von 1892 bis 1902 nach der Berechnung Butmis gegen die Angabe des Finanzministers noch um circa 400 Millionen Rubel.

Ich habe diese Daten aus der Arbeit Butmis herausgehoben, um einen Begriff von der Unzuverlässigkeit zu geben, mit der der große Rechenschaftsbericht des Finanzministers im Ganzen wie im Einzelnen behaftet ist. Die Berechnung, die Butmi am letzten Ende giebt, nach der statt der vom Finanzminister behaupteten Verminderung vielmehr eine Vergrößerung der „reinen Verschuldung“ Rußlands um $1^1/_2$ resp. 2 Milliarden Rubel stattgefunden hätte, hängt mit den besonderen wirthschaftstheoretischen Anschauungen des Verfassers so enge zusammen, daß sich nicht in Kürze ein orientirender Ueberblick über diese Partien seiner Arbeit geben läßt. Es ist das auch insofern nicht erforderlich, als Butmi ebenso wie schon Scharapow dasjenige, worauf es hier ankommt, unwiderleglich und unwiderlegt bewiesen haben, nämlich, daß sich die wirthschaftlichen Gesammtkräfte Rußlands während der ganzen Periode der Witteschen Herrschaft in erkennbarem Niedergange befunden haben, und daß es nur der ununterbrochenen Anleihe-wirthschaft sowie der skrupellosen Verschleierungskunst des Finanz-ministers zu verdanken ist, wenn diese Thatsache bisher weder innerhalb noch außerhalb Rußlands weiteren Kreisen zum Bewußtsein gekommen ist. Steigende Zinsenlast, steigender

Steuerdruck und sinkende Tragkraft der Schultern des Volkes nach seiner großen Masse — das ist das Resultat des Systems Witte für Rußland. Auf der anderen Seite steht die Vergrößerung des Eisenbahnnetzes, namentlich die Erbauung der asiatischen großen Schienenwege, die Vergrößerung der Seemacht und noch anderes dieser Art. Es fragt sich aber, ob der unter der Herrschaft des gegenwärtigen Systems rapide fortschreitende ökonomische Verfall es dazu kommen lassen wird, daß Rußland die Früchte dieser Leistungen des Witteschen Regimes je erntet.

Gegenwärtig arbeitet Herr von Witte noch mit Hochdruck daran, der sich innerhalb wie außerhalb der Grenzen Rußlands immer stärker regenden Kritik seiner Thätigkeit mit immer stets offiziellen und offiziösen Veröffentlichungen den Mund zu stopfen. So hat er z. B. um dem namentlich in Frankreich sich mehr und mehr verstärkenden Mißtrauen gegenüber der dauernden Zahlungsfähigkeit Rußlands entgegen zu treten, in allerjüngster Zeit das Erscheinen zweier Arbeiten in französischer Sprache über dasselbe Thema veranlaßt: Machat, le dévelopement économique de la Russie, Paris 1902, und einer Artikelreihe des Nationalökonomen Kergall in der „Revue économique et financière", die der Verfasser nunmehr in Sonderabdruck unter dem Titel: „Une enquète sur les finances russes" veröffentlicht. Beide Publikationen beschränken sich aber darauf, mit peinlichster Kritiklosigkeit das „offizielle" Material des Herrn von Witte wieder zu kauen und dem französischen Publikum als volks- und staatswirthschaftliche Weisheit vorzusetzen. Die Verfasser haben die ihnen gewordene Anregung so schlecht verstanden, daß sie unaufhörlich mit dem Hinweis auf die „offiziellen" Daten operiren, während es doch gerade diese „offiziellen" Angaben sind, die ein stets wachsendes Mißtrauen hervorrufen. Eine Rechtfertigung der Witte'schen Auffassung vom Stande des Wirthschaftslebens und der Finanzen Rußlands darf nach allen den Angriffen, die in letzter Zeit gegen die Daten des Finanzministers gerichtet worden sind, mit jenen Ziffern überhaupt nicht mehr arbeiten, bevor sie dieselben aus anderen inneren Gründen auf indirektem Wege als möglich, resp. wahrscheinlich nachgewiesen hat.

Daß der Minister es sehr wohl fühlt und weiß, worauf es für die Kritik namentlich des Auslandes gegenüber der wirthschaftlichen Lage Rußlands ankommt, dafür legt das Bestreben deutlich Zeugniß ab, das sich durch seine ganze letzte Denkschrift wie ein

rother Faden hindurchzieht: den Nachweis zu liefern, daß die auf den Kopf entfallende Belastung durch den staatlichen direkten und indirekten Steuerdruck sich verringert, während auf der andern Seite die Leistungsfähigkeit der Masse, ausgedrückt im Konsum der wichtigsten Bedarfsartikel, steigen soll. Beides ist, wie wir gesehen haben, falsch.

In einem zweiten Artikel werde ich nunmehr versuchen, den Ursachen der Mißerfolge und des Systems Witte in Rußland auf den Grund zu gehen. Wir werden sehen, daß es sich dabei nicht um irgend welche Zufälligkeiten, sondern um ganz prinzipielle und fundamentale Fragen sowohl volkswirthschaftlicher, als auch namentlich moralischer Natur handelt. (Schluß folgt.)

Notizen und Besprechungen.

Philosophie.

Anthropomorphisch.

Entgegnung von E. von Hartmann.

Herr Pfarrer Dr. Max Christlieb hat im 3. Heft dieses Bandes folgende Behauptungen vertreten: Wir kommen mit unserer Gottesvorstellung in keiner Weise über den Anthropomorphismus hinaus (S. 417). Auf den Grad der Inadäquatheit unserer Gottesvorstellung kommt es nicht an, da Gott uns unerkennbar und unerforschlich ist und wir doch nichts von ihm wissen können (418, 422). Jede neue Terminologie leidet genau unter derselben Inadäquatheit (402). Statt der Partialgleichnisse brauchen wir besser gleich das anthropomorphische Totalgleichniß „Persönlichkeit" (419). Der „bewußte Anthropomorphismus" ist der einzig richtige Standpunkt; wer den Antropomorphismus verurtheilt, ist selbst Anthropomorphist, wenn auch unwissentlich (409, 410).

Wenn wir über Gottes Wesen gar nichts wissen könnten, dann allerdings fehlte uns jede Möglichkeit, zu beurtheilen, ob eine der über dasselbe gebildeten Vorstellungen adäquater ist als die andere. Thatsächlich nimmt aber auch die agnostische Theologie Gradunterschiede in der Inadäquatheit der Gottesvorstellungen an, z. B. zwischen einem materiellen und immateriellen, natürlichen und geistigen, sinnlichen und übersinnlichen Gottesbegriff, und gesteht damit ein, daß wir doch etwas vom Gott wissen können. Sind aber einmal Grade der Inadäquatheit und die Möglichkeit, sie zu unterscheiden, zugegeben, dann muß das Streben nothwendig dahin gehen, vor den jeweiligen Gottesvorstellungen zu immer weniger inadäquaten vorzudringen. Die ganze Entwickelungsgeschichte des religiösen Bewußtseins zeigt diesen Prozeß der allmählichen Reinigung des Gottesbegriffes von den durchschauten Unangemessenheiten, und dieser Prozeß wird nicht aufhören, so lange die Kultur im Aufsteigen bleibt.

Zunächst ist ein Meteorstein, ein erratischer Block an einer Opferstätte, ein heiliger See, ein alter Baum oder der Stumpf eines abgestorbenen oder vom Blitze gefällten Baumes das Bild, unter welchem die Gegenwart Gottes vorgestellt wird (Lithomorphismus, Dendromorphismus). Dann treten Thiere oder Thierbilder an die Stelle (Zoomorphismus) und end-

lich die menschliche Gestalt als die höchste sinnlich anschauliche Form (Anthropomorphismus). Alle diese Stufen haben aber die Unangemessenheit einer sinnlich wahrnehmbaren, materiell fixirten Gestalt an das Wesen der Gottheit mit einander gemein; die israelitischen Propheten durchschauen zum ersten Mal diese Unangemessenheit, drängen auf die Vergeistigung Gottes und werden wegen der Leugnung sichtbarer Götter von den Götzendienern als Gottesleugner bekämpft. Die übersinnliche Gottheit bleibt zunächst bewußt-geistig nach dem Bilde des menschlichen bewußten Geistes; dann beginnt unter Juden und Hellenen die Läuterung der Gottesvorstellung von menschlichen Schwächen und Leidenschaften. In dem Maße, als die geistige Persönlichkeit des Menschen an Bedeutung gewinnt, wird auch der früher unbekannte Begriff der Persönlichkeit in der neueren Zeit auf Gott übertragen und damit eine Steigerung seiner Geistigkeit erzielt, die sich innerhalb eines geistigen Antropomorphismus bewegt. Wir haben jetzt nicht mehr mit der Prüfung des sinnlichen Anthropomorphismus und der gröberen Anthropopathismen sondern mit derjenigen des feineren geistigen Anthropomorphismus zu thun, an dessen mögliche Inadäquatheit bis zu Fichte überhaupt nur ganz wenige ihrer Zeit vorauschreitende Geister gedacht haben.

Muß eine Gottesvorstellung schon darum inadäquat sein, weil sie im geistigen Sinne anthropomorphisch ist, wie Christlieb voraussetzt? Das ist gar nicht zu erweisen. Selbst wenn Gott uns unerkennbar wäre und wir nur unbestimmte Vermuthungen über sein Wesen haben könnten, warum sollten wir nicht zufällig einmal richtig gerathen haben? Wenn aber nach der Bibel der Mensch nach dem Ebenbilde Gottes geschaffen ist, oder nach Hegel die Sphäre des absoluten Geistes und das Beisichsein der Idee uns nur in dem Beispiel des Menschengeistes gegeben ist, warum sollten dann dessen Bestimmungen unfähig sein, das Wesen Gottes adäquat auszudrücken? Freilich bleiben unsere Vorstellungen von Gott nur menschliche, werden durch menschliches Denken erworben und sind an menschliche Ausdrucksmittel gebunden; aber müssen sie darum falsch sein? Kann ihr Inhalt nicht wahr sein, trotz der Umwege, auf denen sie zu ihm gelangen, und trotz der Schranken, an die sie bei seinem sprachlichen Ausdruck gebunden sind? Wenn Gott Thier- oder Menschengestalt hätte, könnten dann nicht Götzenbilder seine treuen Abbilder sein, trotzdem sie von Menschenhänden gemacht sind? Und kann nicht dem geistigen Wesen der Gottheit ein Gottesbegriff adäquat sein, trotzdem er durch menschliche Denkprozesse gewonnen ist?

Nennt man ein Spiegelbild darum inadäquat, weil es nur ein Bild und nicht die Sache selbst ist? Ist das vergrößerte oder verkleinerte Bild eines Konkav- oder Konvexspiegels inadäquat, weil es die gleichen Größenverhältnisse in anderer Winkelgröße darbietet? Ist ein Gleichniß, das treffend ist und das tertium comparationis deutlich hervortreten läßt, darum inadäquat zu nennen, weil es sich nicht in allen Punkten

mit der Sache deckt? Ist eine indirekte Erkenntniß darum inadäquat, weil ihr Gegenstand nicht unmittelbar, sondern nur durch Rückschlüsse vermittelt ins Bewußtsein eintritt? Ist die Sprache darum inadäquat zu schelten, weil die Worte, die sie zur Bezeichnung abstrakter Begriffe in gemeinverständlicher Weise darbietet, ursprünglich einmal sinnlich anschauliche Objekte bedeuteten, weil sie Substantiva häufig durch substantivirte Adjektiva oder Verbalformen, positive Begriffe öfters durch formell negative Ausdrücke bezeichnet? Es kommt doch bei alledem nur darauf an, daß man die Gleichnisse, Bilder und Worte so versteht, wie sie gemeint sind, das Signifikante aus diesen Symbolen heraushebt und von den inadäquaten Resten an ihnen stillschweigend absieht. Es ist grundsätzlich irreleitend, wenn Anthropomorphismus, Gleichniß, menschliche Wortsprache u. s. w. als Begriffe hingestellt werden, die untereinander und mit Inadäquatheit gleichbedeutend sind, und wenn sie alle beliebig mit einander vertauscht werden. Es bedarf vielmehr in jedem Falle einer besonderen Untersuchung, in wie weit ein Anthropomorphismus, ein nach seinem tertium comparationis aufgefaßtes Gleichniß oder Bild, ein in menschlicher Wortsprache ausgedrückter Gedanke wahr oder unwahr, dem Wesen der Sache adäquat oder inadäquat ist. Wenn Christlieb den Anthropomorphismus als den Versuch definirt, das Göttliche in menschlicher Sprache auszudrücken (417), so verwechselt er den anthropomorphen Gedankengehalt mit seiner menschlichen Ausdrucksweise und entkleidet dadurch den Begriff des Anthropomorphismus durchaus des ihm zukommenden Sinnes.

Auf den Inhalt geht er ein, wenn er behauptet, daß die menschliche Erkenntniß beschränkt, also unfähig sei, das unbeschränkte Absolute adäquat zu denken. Zwar die Erinnerung an den Satz finitum non capax infiniti scheint mir nicht glücklich; denn Gott ist ebensowenig unendlich wie endlich, weil beides quantitative Bestimmungen sind, und Gott in seinem Wesen über die Quantitätskategorie weit erhaben ist. Unrichtig wäre es auch, aus der Beschränktheit eines Spiegels folgern zu wollen, daß er das unbegrenzte Universum nicht spiegeln könne; der kleinste Spiegel kann sich drehend die Welt nach und nach spiegeln, und eine spiegelnde Kugel spiegelt sie selbst in der Ruhe ganz auf einmal. Wenn unser Wissen Stückwerk ist, so hindert uns doch nichts, das stückweise nach und nach Erkannte systematisch zusammenzufügen und das noch Unerkannte nach Analogien ergänzend hinzuzudenken.

Das aber bleibt richtig, daß wir eine inhaltliche Beschränktheit unsrer Vorstellungen nicht in das Absolute hinausprojiciren können, außer soweit es angängig ist, die Beschränktheit gleichzeitig von dem Inhalt abzustreifen. Hieran besitzen wir ein entscheidendes Merkmal. So lange und soweit unsre Gottesvorstellung inhaltlich beschränkt ist, ist sie auch in sich widerspruchsvoll, also nicht bloß sachlich inadäquat, sondern auch für ein logisches Denken schlechthin unerträglich, und keine Bestimmung läßt sich auf das

Absolute übertragen, die durch Abstreifung ihrer Beschränktheit in ihrem Wesen vernichtet wird. Dieses Merkmal hat allerdings nur negativen Werth, d. h. es lehrt nur, was jedenfalls inadäquat ist; aber es läßt gänzlich im Stich bei der Frage, ob eine Bestimmung, die die Abstreifung der Beschränktheit ihrem Begriff nach verträgt, auf das Absolute wirklich übertragbar sei. Dieses Merkmal der Inadäquatheit ist auf jeden Gedankeninhalt anwendbar, gleichviel ob er in abstrakter oder bildlicher Form gegeben ist, ob er anthropomorphisch oder aus einem ganz andern Gebiete der Welt geschöpft ist. Die sinnlichen Anthropomorphismen werden ebenso wie die Anthropopathismen durch dieses Merkmal als inadäquat dargethan, weil Gestalten und Leidenschaften beschränkt sind und mit Abstreifung ihrer Beschränktheit das einbüßen, was ihr Wesen ausmacht. Auch für die geistigen Anthropomorphismen ist dieses Merkmal der Prüfstein; soweit sie sich an ihm als inadäquat erweisen, sind sie unbrauchbar zur Bestimmung des göttlichen Wesens; soweit sie diese Probe bestehen, bleibt die Frage offen, ob sie dafür brauchbar sind oder nicht.

Seit Fichte ist nun immer wieder dargethan worden, daß der Begriff der Persönlichkeit an die Schranken einer begrenzten Individualität gebunden ist und daß die Verabsolutirung des Persönlichkeitsbegriffs den Begriff selbst aufhebt. Diese Behauptung ist von Anderen bestritten worden; wer sie aber zugiebt, kann sich nicht hinter den „bewußten Anthropomorphismus“ zurückziehen, sondern muß diesen Anthropomorphismus als einen schlechthin unbrauchbaren, weil logisch unerträglichen, fallen lassen und sich mit solchen Bestimmungen, gleichviel ob anthropomorpher oder nicht anthropomorpher Art, begnügen, die an diesem Kriterium sich nicht als inadäquat erweisen. Dasselbe wie für Persönlichkeit gilt für Bewußtsein, Selbstbewußtsein, sofern sie, wie viele außer mir behaupten, eine Beschränktheit ihres Subjekts als unentbehrliche Bedingung voraussetzen. Das Gleiche gilt ferner für alle diejenigen Anthropopathismen und geistigen Anthropomorphismen, die die Persönlichkeit als ihre unentbehrliche Bedingung voraussetzen, z. B. Liebe, Sittlichkeit, Unsittlichkeit, Egoismus u. s. w. Von Egoismus kann nur die Rede sein, wo ein möglicher Interessengegensatz zwischen einem Ich und anderen besteht, aber nicht beim Absoluten, das weder ein Ich ist, noch seines Gleichen neben sich hat. Sittlich und unsittlich sind in demselben Sinne ethische Kategorien, wie endlich und unendlich quantitative; es ist ein reines Mißverständniß, wenn man das Hinausrücken Gottes über ethische und quantitative Kategorien als einen Rückfall in eine minderwerthige ethische und quantitative Kategorie auffaßt (420). Auch die Seligkeit ist nur möglich auf Grund eines persönlichen Bewußtseins, das auf sie reflektirt.

Wenn die Bestimmungen Gottes auch bei mir geistig-anthropomorphisch sein sollten, so würde das nichts gegen ihre Adäquatheit und Wahrheit beweisen, vorausgesetzt, daß sie die Abstreifung der Beschränktheit, in welcher sie uns im Menschengeiste entgegentreten, ohne Einbuße an ihrem

begrifflichen Wesen vertragen. Wenn man unter Wille, Idee, Unseligkeit, Logischem und Unlogischem bewußtpsychische Phänomene versteht, so sind sie beschränkt und büßen ihren bewußten und ihren phänomenalen Charakter zugleich ein, sobald man diese Beschränktheit durch Verabsolutirung zu überwinden sucht. In der That habe ich niemals es mir einfallen lassen, psychische Phänomene zu verabsolutiren. Was ich unter Wille, Idee, Unlogischem, Logischem verstehe, sind nichts weniger als Phänomene, die immer bewußt sein müssen, und nichts weniger als Bewußtseinsinhalte, die immer phänomenal sein müssen. Wollen und Vorstellen sind mir nur die beiden polar zusammengehörigen, von einander unabtrennbaren Seiten der absolut unbewußten psychischen doppelseitigen Funktion, Unlogisches und Logisches die ebenso zusammengehörigen Seiten der doppelseitigen Wesenheit, aus welcher das substantielle Subjekt die doppelseitige Funktion entfaltet. Diese Funktion, die sich, nicht etwa bloß im Menschen, wohl aber auch im Menschen entfaltet, ist gliedliche Theilfunktion der absoluten Funktion selbst, durch welche Gott „Gott-für-mich" ist. Anthropomorphisch ist sie nur, sofern sie sich im Menschen als organischer und als bewußt-psychische Phänomene bildender Gestaltungstrieb entfaltet, aber nicht etwa als unmittelbar erkennbare, ins menschliche Bewußtsein eingehende; ich erkenne sie in mir selbst ebenso indirekt, wie im Gras und Stein. „Gott-an-sich" erkenne ich wiederum nur indirekt und nur insoweit, als ich aus dem „Gott-für-mich", d. h. aus Gottes auf mich gerichteter Thätigkeit, auf sein Wesen zurückschließen kann (403).

Daß die beiden untrennbaren Seiten der Funktion, Wille und Idee, bei mir wie gnostische Untergötter als selbständige Wesen und Subjekte gegen einander handeln (401), ist ein bedauerliches Mißverständniß Christliebs, das schon oft von mir und andern zurückgewiesen ist, aber leider immer wiederkehrt. Das Mißverständniß rührt daher, daß die bei mir im Grunde untrennbaren Seiten der einheitlichen Funktion des einen Subjektes bei Hegel und Schopenhauer als gesonderte Funktionen auftreten und während des induktiven Aufstiegs auch bei mir gesonderter Betrachtung unterzogen werden, um erst zuletzt sich als Einheit herauszustellen. Der geschichtliche und der induktive Gang der Erkenntniß läßt das als nachträglich zusammengeschmiedete Stücke erscheinen, was der Sache nach nur Momente einer Einheit sind. — Christlieb nimmt daran Anstoß, daß Wollen und Vorstellen die einfachsten psychischen Elementarfunktionen sind, weil er das Einfachste mit dem Niedrigsten gleichsetzt (418—419), und nicht das Niedrigste, sondern grade das Höchste des Anthropomorphischen gut genug findet, um es auf Gott zu übertragen (404). Er übersieht dabei, daß das Höchste der phänomenalen Entwickelung, wie z. B. die Persönlichkeit, stets ein verwickeltes und beschränktes Ergebniß zahlloser einfacher Theilthätigkeiten ist und deshalb nicht auf Gott übertragen werden kann, daß aber das Niederste als das auf tiefster phänomenaler Entwicklungsstufe Stehende niemals mit den einfachen Elementarfunktionen

verwechselt werden darf, aus denen sowohl das Höchste wie das Niederste hervorgeht. Die Beschränktheit kann nur von den einfachen Elementarfunktionen abgestreift werden, nicht von den höheren oder niederen psychischen Phänomenen, die sie als ihre Produkte hervorbringen. Deshalb sind nur die einfachen Elementarfunktionen fähig, auf Gott übertragen zu werden, und zwar gleichviel ob sie aus dem menschlichen Geiste (Wollen und Vorstellen) oder aus der Natur (Kraft und Gesetz) erschlossen sind.

Wenn auf diese Bestimmungen das Prädikat anthropomorphisch offenbar nicht paßt, so scheint die andere Behauptung, daß mein Begriff einer „außerweltlichen Unseligkeit Gottes“ anthropomorphisch sei, auf den ersten Blick mehr berechtigt. Aber diese Affektion des leeren Wollens durch sich selbst ist in ihrer absoluten Unbestimmtheit und Inhaltlosigkeit völlig verschieden von allen psychischen Unlustphänomenen, die auf der Beschränkung eines bestimmten Strebens durch ein anderes beruhen. Sie ist außerdem keine induktive Hypothese, welche einen Tragpfeiler oder eine unentbehrliche Stütze meines Systems bildete, sondern lediglich eine deduktive Konsequenz aus dessen Prinzipien, die im System völlig bedeutungslos ist, und von demjenigen, der ihr wie Christlieb „keinen Geschmack abgewinnen kann“, unbedenklich gestrichen werden kann. Das innerweltliche Leid des absoluten Subjekts reicht allein schon aus, um den absoluten metaphysischen Pessimismus zu begründen.

Nur darin hat Christlieb Recht, daß eine eudämonistische Motivation des Weltprozesses in Gott vermittelst der außerweltlichen Unseligkeit ein unangemessener Anthropopathismus wäre. Er hat aber übersehen, daß ich die Hinneigung zu diesem Anthropopathismus, die noch in der „Phänomonologie des sittlichen Bewußtseins“ hervortrat, in den „Ethischen Studien“ (S. 27) und der „Kategorienlehre“ (S. 493—494) vollständig überwunden und den Weltprozeß nur noch aus den Beziehungen des Logischen zum Unlogischen abgeleitet habe. Es gehört dieser Punkt zu den wenigen, in denen ich meine Ansichten geändert habe (390), und zwar, um den letzten Rest eines inadäquaten Anthropopathismus abzustreifen.

Daß der Leser bei einem induktiven System, wie dem meinigen, die Spitze ablehnen könne, ist von mir ganz ernst gemeint und nicht etwa eine captatio benevolentiae (399). Die Induktion ist keine Selbsttäuschung, wie Christlieb meint, sondern der allein überzeugende Gang der Beweisführung für den Autor wie für die Leser, wenngleich die Konception des Ganzen früher als die der Theile ist. Die Ueberzeugungskraft der Induktion nimmt um so mehr ab, je mehr man sich im Aufstieg dem Gipfel nähert, weil mit der Entfernung von der Erfahrungsgrundlage die Wahrscheinlichkeiten immer kleiner und die wahrscheinlichen Fehler immer größer werden. Die Induktion auf ihren oberen Stufen kann niemals, wie Christlieb (398) meint, logisch zwingend sein, weil der Leser die Wahrscheinlichkeiten etwas anders einschätzen kann, als der Autor, z. B. als etwas kleiner wie $^1/_2$, wo der Autor sie noch für etwas größer als $^1/_2$ hält.

Das Christenthum kennt nur Einen endlichen Weltprozeß, die indische Weltanschauung eine unendliche Reihe von Weltprozessen, die dem Ein- und Ausathmen Brahma's entspricht; ich halte die Mitte inne, indem ich eine Mehrheit von Weltprozessen für möglich aber nicht für nothwendig erachte. Die Wahrscheinlichkeit des jetzigen Weltprozesses ist = 1, die eines nächstfolgenden nur = $^1/_2$, die von n aufeinanderfolgenden bloß noch = $(^1/_2)^n$. Was auch die Zukunft bringen mag, so ist doch die Erlösung vom gegenwärtigen Weltprozeß zunächst die Hauptsache, wie für den Fieberkranken zunächst die Genesung von dieser Erkrankung (400).

Daß Jesus in seinem Dringen vom Buchstaben zum Geiste und in seiner weitherzigen Toleranz mit Hillel verwandte Züge zeigt, dürfte Niemand bestreiten. Ich habe aber neben dieser Geistesverwandtschaft genugsam auch die mit allen übrigen Faktoren der Zeitbildung hervorgehoben, ohne das Originelle in dieser Erscheinung zu verkennen. So sehr ich das Wurzeln Jesu im Judenthum und die Beziehung seiner Reformthätigkeit auf die jüdische Religion betone, so habe ich doch niemals versucht, ihn zu einem kleinen Reformjuden herabzudrücken (397). Als ich vor dreißig Jahren zuerst behauptete, daß nicht Jesus, sondern Paulus der Stifter des Christenthums sei, schob man das als eine absurde Paradoxie bei Seite; heute klingt diese Ansicht schon aus vielen Schriften wieder. Unbefangen über Jesus zu urtheilen, dürfte dem Christen ebenso schwer fallen, wie dem Juden; eine wirklich unbefangene Würdigung dieser geschichtlichen Erscheinung dürfte erst dann und von solchen zu erwarten sein, für welche das Christenthum aufgehört hat, als lebendige Macht so oder so in ihr Leben einzugreifen und nur noch als geschichtliche Thatsache gilt. Ob eine solche Unbefangenheit in absehbarer Zeit in den Kreisen der abendländischen Kultur möglich ist, dürfte zu bezweifeln sein; für meine Lebensdauer habe ich schon längst die Hoffnung aufgegeben und knüpfe deshalb an die immer erneuten Diskussionen über Jesus geringe Erwartungen.

Nicht zu unterschätzen ist die Gefahr für unsere Kultur, die darin liegt, daß der Abstand zwischen dem religiösen Vorstellungskreise der Gebildeten und dem der Ungebildeten sich immer mehr vergrößert. Die Seelsorger sollen einerseits zu den Höchstgebildeten der Nation gehören, und andererseits müssen sie doch dem religiösen Bewußtsein der Ungebildeten sich anpassen können, um ihres Amtes segensreich zu walten. Diese Anpassung wird um so schwieriger, je größer jener Abstand wird. Die Kirche sucht die Schwierigkeit dadurch zu lösen, daß sie die angehenden jungen Geistlichen zwar einerseits mit Gymnasial- und Universitätsbildung erfüllt, andererseits aber sie von den beirrenden Einflüssen des modernen Geistes und insbesondere der historischen Kritik möglichst absperrt. Dieses Streben geht aber auf ein schon jetzt nicht mehr völlig erreichbares Ziel. Vielleicht wäre eine vorläufige Lösung auf dem andern Wege zu gewinnen, daß man sich für ungebildete Gemeinden mit Geistlichen von bloß mittlerer

Bildungsstufe begnügt, die bloß in Präparandenschulen und Seminarien vorgebildet wären nach Art der heutigen Missionare. Solche wären dann durch eine weit geringere Kluft von dem Vorstellungskreis ihrer Gemeinden getrennt und theilweise vielleicht ganz mit ihnen verwachsen. Auf dem Wege des „bewußten Anthropomorphismus von bewußter Inadäquatheit durch innere Widersprüche“ scheint mir aber die Lösung auf keine Weise möglich.

„Die Seele des Menschen“ von Johannes Rehmke. — Leipzig, B. G. Teubner 1902. 1 M.

In dem 36. Bändchen der Teubnerschen „Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen aus allen Gebieten des Wissens“ behandelt der Greifswalder Professor der Philosophie Johannes Rehmke das Thema von der „Seele des Menschen“. Diese nur 156 Seiten umfassende Schrift stellt sich als eine ausgezeichnete Einleitung in die philosophischen Probleme der Psychologie dar, und es wäre zu wünschen, daß sehr bald in derselben „Sammlung“ eine Einleitung in die Philosophie überhaupt folgte, die von einem entsprechenden Standpunkt aus geschrieben wäre.

Was diesem Werk Rehmkes eine so ausnehmende Bedeutung giebt, ist der Umstand, daß hier wieder einmal eine echt und rein philosophische Untersuchung über das Seelenproblem vorgelegt wird. Zum Nachtheil der Psychologie selber ist diese Untersuchungsart so gut wie ganz zurückgestellt worden, seitdem der psychologische Positivismus die Ansicht durchzusetzen verstanden hat, daß dieser Gegenstand zu dem ausschließlichen Gebiet der empirischen Forschung gehöre. Wir würden uns nun auf diesen Kompetenzstreit gar nicht einlassen, wenn es dieser empirischen Psychologie bei der ungeheuren Fülle der sorgfältigsten Einzeluntersuchungen wirklich gelungen wäre, die Lösung der psychologischen Probleme wesentlich zu fördern. Aber gerade das Gegentheil ist der Fall. Es wäre freilich ungerecht, wollten wir diesem positivistischen Verfahren, das sich bei uns physiologische Psychologie nennt, keinerlei Verdienste zuerkennen; aber das ist der Thatbestand, daß Alles, was an bedeutsamen Ergebnissen auf diesem Wege zu Tage gefördert worden ist, fast ausschließlich der Physiologie und nur zu einem sehr geringen Theile der Psychologie zu Gute gekommen ist. Zwar ist in den Lehrbüchern der physiologischen Psychologie sehr viel die Rede von angeblichen Gesetzen, aber entweder sind diese sogenannten Gesetze völlig bedeutungslos oder von so schwankendem Charakter, daß sie diesen Namen schlechterdings nicht verdienen. Im Wesentlichen sind wir denn auch heute über das, was bereits Tetens wußte, an zuverlässig empirischen Erkenntnissen in der Psychologie selber kaum nennenswerth hinaus. Hat uns diese empirische Behandlungsweise keine irgendwie entscheidenden Erfolge gebracht, so hat sie andererseits namentlich für die

Universitäten den ungeheuren Nachtheil gezeitigt, daß unter der einseitigen Vorherrschaft dieses positivistischen Geistes alle wirklich philosophische Forschung und Erziehung fast völlig unterbunden wurde. Denn indem auch die Logik, die Ethik und Aesthetik gewaltsam in den Bannkreis der empirischen Psychologie gezogen wurden, ist auch die gedeihliche Fortentwicklung dieser Disciplinen brach gelegt worden. In Anbetracht dieser Thatsachen kann dem psychologischen Positivismus der Erfolg nicht abgesprochen werden, daß es seit den Tagen des Thales kaum jemals ein so unphilosophisches Zeitalter gegeben habe als das unsere.

Unter diesen Umständen muß es als doppelt erfreulich begrüßt werden, daß Rehmke nach langer Zeit wieder als der Erste begonnen hat, die psychologischen Probleme philosophisch zu behandeln. Und diese Methode ist für das Gebiet der psychischen Erfahrung die wahrhaft „exakte". Denn exakt verfahren, heißt, von dem unmittelbar Gegebenen auf seine konstituirenden Bedingungen zurückgehen. Unmittelbar gegeben sind uns aber weder die Herbartschen Vorstellungseinheiten noch die subjektslosen Empfindungen, sondern das Seelenganze als eine Bewußtseinseinheit mit mannigfaltigen Bestimmungen und unter sich zusammenhängenden Bestimmungsveränderungen. Philosophisch ist aber hier wie überall nur dasjenige Verfahren, das von der Erklärung der Natur und des Wesens dieser gegebenen Einheit auf die gesetzlichen Bestimmtheiten der mannigfaltigen Bestimmungsveränderungen geht; und da eben der einheitliche Seelenzusammenhang und nicht die einzelnen Bestimmungen (Empfindungen) unmittelbar gegeben sind, so ist diese Methode philosophisch und exakt zugleich! Eine beklagenswerthe Selbsttäuschung ist es dagegen, wenn die empirische Psychologie, sofern sie von den einzelnen Empfindungen ausgeht, diese ihre Methode als die exakte hinzustellen beliebt. Denn, was Empfindung genannt wird, ist in Wahrheit ein so abstraktes Gebilde, daß es durchaus unmöglich ist, seinen Inhalt von allen anderen Mitbestimmungen und Bestimmtheiten experimentell zu sondern. Nimmt also diese Methode immer schon ihren Ausgang von einer Abstraktion der komplizirtesten Art und in keiner Weise von dem unmittelbar gegebenen Thatbestande, so verfährt in Wirklichkeit kaum eine andere Wissenschaft so wenig „exakt". Was denn auch die empirische Psychologie an ihrer Forschungsart so nennt, gehört in Wahrheit in das physiologische und physikalische Gebiet.

Die Lösung der eigentlich psychologischen Probleme ist daher auch durch diese einseitige Empirie nur verengt und zurückgedrängt worden, und es war die höchste Zeit, daß sich wieder einmal ein Forscher ernsthaft an die philosophische Behandlung der Psychologie gemacht hat. Das wird den engherzig positivistischen Köpfen, die sich noch immer bemühen, sich selbst an ihrem empirischen Zopf aufzuhängen, freilich schwer klar zu machen sein; wessen Blick aber noch nicht ganz erblindet ist für die das Ganze umfassende und durchdringende Einheit, dem wird der fundamentale Gesichtspunkt in der Vorrede des Rehmkeschen Werkes wieder verständlich werden,

wenn es heißt: „Man wird niemals vom Seelenleben im Einzelnen klare Kenntniß gewinnen, wenn man nicht zuvor, was Seele überhaupt sei, auf einen klaren Begriff gebracht hat; der Einzelanschauung des Seelenlebens fehlt der sichere Hintergrund, wenn die allgemeine Frage nach dem Wesen der Seele unbeantwortet geblieben ist."

Die vorliegende Ausführung über die Seele des Menschen zerfällt alsdann in zwei Abschnitte, deren erster von dem Seelenwesen, der andere aber von dem Seelenleben handelt. In jenem finden sich folgende Kapitel: das Einzelwesen und die Bestimmtheit; die Seele als Veränderliches; Leib und Seele; die Seele als einfaches Einzelwesen; die Seele als Bewußtsein; Gegenständliches, zuständliches und denkendes Bewußtsein; die Seele als Wille; das Subjekt des Bewußtseins; — in dem Abschnitt von dem Seelenleben werden dann die einzelnen Bewußtseinsarten, das gegenständliche, denkende, zuständliche und ursächliche im Einzelnen auseinandergesetzt.

Indem Rehmke das Wesen der Seele sowohl ihren veränderlichen Bestimmungen als dem körperlichen Einzelwesen gegenüber bestimmt, kommt er zu folgendem Ergebniß: „das menschliche Einzelwesen stellt ein zusammengesetztes Einzelwesen dar, und zwar die Einheit von zwei völlig ungleichartigen Einzelwesen, einem körperlichen und einem unkörperlichen, dem Leibe und der Seele, die mit einander in Wirkungszusammenhang stehen. Dieser Wirkungszusammenhang begründet die Einheit der beiden Einzelwesen, wir nennen daher den Menschen als das zusammengesetzte, auf dem Wirkenszusammenhang seiner beiden Glieder stehende Einzelwesen die ursächliche Einheit von Leib und Seele." Insbesondere zu beachten sind hierbei die tiefeindringenden Auseinandersetzungen über die Wechselwirkung von Leib und Seele, wie auch die feinsinnige Interpretation des Gesetzes von der Erhaltung der Energie unter dem hier eingenommenen psychologischen Gesichtspunkt.

Ohne das Einzelne hier zu verfolgen, möchte ich mich in einem dieser fundamentalen Punkte doch für eine weitere Fassung aussprechen. Die oben angeführte Erklärung, daß das menschliche Einzelwesen eine Einheit von zwei völlig ungleichartigen Einzelwesen sei, die mit einander in Wirkungszusammenhang stehen, hat in dieser Darstellung eine unüberwindliche Schwierigkeit. Ein Wirkungszusammenhang zwischen zwei völlig ungleichartigen Einzelwesen ist und bleibt eine Unmöglichkeit, wenn es nicht ein drittes Allgemeines giebt, das die beiden sich gegenüberstehenden Einzelwesen umfaßt. Eben nur auf dieser ihnen beiden gemeinsamen Unterlage kann eine kausale Wechselwirkung stattfinden. Entweder also sind Leib und Seele in der That so völlig ungleichartige Einzelwesen, dann giebt es keinen Wirkungszusammenhang, oder aber es giebt ihn, wie es die Erfahrung ja auch bestätigt, dann sind jene nicht so völlig ungleichartig. Wir haben also zu fragen: was ist das Gemeinsame zwischen Leib und Seele? — Rehmke führt selbst aus, Seele ist Bewußtsein; frage ich nun, was ist der Leib, so komme ich letzthin auch zu dem Ergebniß: eine

Bewußtseinsthatsache. Nun ist freilich der seelische Bewußtseinszusammenhang von anderer Art als die Bewußtseinsthatsache, in der sich mir der leibliche Zusammenhang darstellt; jener ist mir unmittelbar gegeben, dieser mittelbar; jener in objektiv-räumlicher Zusammenfassung, dieser in subjektiv-zeitlicher. Gemeinsam aber bleibt beiden Einzelwesen, daß sie als Thatsache ein und desselben Bewußtseins gegeben sind, und eben auf Grund dieser, die beiden Einzelwesen gemeinsam umfassenden Bewußtheit wird der Wirkungszusammenhang möglich. Ich kann nicht finden, daß diese weitere Ausführung die übrigen Darlegungen Rehmkes irgendwie beeinträchtigte, sondern ich habe vielmehr die Ueberzeugung, daß die Einheit dadurch nur noch fester geschlossen wird.

Nach alledem begrüßen wir dieses Werk nicht nur als eine hervorragende Erscheinung auf dem Gebiete der psychologischen Literatur überhaupt, sondern als ein solches von prinzipieller Bedeutung, insofern darin die philosophische Behandlung der Probleme nach dem gegenwärtigen Stande der Gesammtwissenschaft von Neuem wieder aufgenommen wird. Insbesondere wäre es daher zu wünschen, daß es in pädagogischen Kreisen weite Verbreitung fände und zu einer Vertiefung der hier in Frage kommenden Probleme führte.

Berlin. Ferdinand Jakob Schmidt.

Geschichte.

Selbstanzeige.

Geschichte der Kriegskunst im Rahmen der politischen Geschichte von Hans Delbrück. 2. Theil. 2. Halbband. Völkerwanderung. Uebergang ins Mittelalter. Berlin 1902. Georg Stilke. M. 4,50.

Die Aufnahme, die die bisher erschienenen anderthalb Bände des Werkes gefunden haben, war eine getheilte. Die Militärs haben sich vorwiegend zustimmend geäußert, die Philologen-Historiker fast ganz ablehnend. Einer unserer angesehensten alten Historiker hat rundweg erklärt, daß es ihn nirgends überzeugt habe; andre haben mit möglichst neutralen Wendungen, in der Form freundlich, ein wirkliches Urtheil, eine positive Stellungnahme in der Sache vermieden. Ich kann nicht behaupten, daß ich damit gerade sehr zufrieden wäre, aber ich darf sagen, daß ich es im Grunde nicht anders erwartet habe. Nicht nur das Volk und die Kirche, sondern auch die Wissenschaft reißt sich von eingewurzelten Vorstellungen nur schwer und langsam los, und gerade für diejenigen, die mit ihrem Denken und Dasein dem Alterthum am engsten verbunden sind, ist es hart, sich auch nur in eine Diskussion einlassen zu sollen über die Behauptung, daß das Heer des Xerxes nicht sehr groß, sondern ziemlich klein, daß das Heer Alexanders numerisch sehr stark, etwa doppelt so groß wie das Heer des Xerxes gewesen sei. Nicht nur einzelne Kapitel,

sondern die Auffassung der römischen Verfassungsgeschichte im Ganzen muß umgestaltet werden, wenn es wahr ist, daß Rom von jeher der Staat der allgemeinen Wehrpflicht und des allgemeinen Stimmrechts gewesen ist. Daß die Römer, daß im besonderen Cäsar über die Barbaren, Germanen und Gallier, durch numerische Uebermacht gesiegt haben, daß die Schlacht bei Idisiaviso niemals stattgefunden, daß das römische Kaiserreich, als es von den Germanen überwunden wurde, nicht im wirthschaftlichen Niedergang, sondern in höchster wirthschaftlicher Blüthe gewesen sein soll, das Alles stellt so viel bisher unangezweifelte Thatsachen auf den Kopf, daß man sich nicht sofort darein zu finden vermag. Die wissenschaftliche Diskussion über diese Fragen kann daher der Natur der Sache nach erst allmählich in Fluß kommen. Vorläufig arbeitet Alles, Groß und Klein, ich möchte sagen, von Eduard Meyer an abwärts noch harmlos mit den Vorstellungen weiter, über die, was ich denn freilich offen aussprechen muß, die nächste Generation ebenso lächeln wird, wie wir heute über die Gelehrten lächeln, die einst die Chronologie und die Verwandtschaftsverhältnisse der sieben Könige Roms festzustellen sich bemühten.

Bis zu welchem Grade der Entgeistigung aber die rein traditionelle Behandlung einer Geschichtsepoche führen kann, zeigt in sehr lehrreicher Weise die einzige Recension der „Geschichte der Kriegskunst", in der der Widerspruch in breiterer Weise durchgeführt und begründet worden ist. Die prinzipiellen Fragen sind alle sorgfältig umgangen und statt dessen eine große Reihe von Einzelheiten behandelt; das Merkwürdige, was dabei zu Tage kommt, ist nun nicht etwa, daß Ansicht gegen Ansicht gestellt und so oder so begründet wird, sondern daß der Rezensent, ein Fachmann der Alterthumskunde, allenthalben eine ganz unbegreifliche Unkenntniß der Thatsachen und Quellen verräth. Es handelt sich um einen Professor der alten Geschichte an einer deutschen Universität, und seine Unkenntniß ist so groß, daß man sich immer wieder sagt: es ist doch eigentlich ganz unmöglich; auf solche Fehler müßte er ja seine Kandidaten im Doktor-Examen durchfallen lassen. Die Erklärung kann kaum eine andere sein, als daß die neue Fragestellung den sonst ganz angesehenen Gelehrten völlig in Verwirrung gesetzt hat. Diese Art Gelehrsamkeit ist rein schematischer Natur, wie bei einem Kinde, das seine Vokabeln nur nach der Reihe aufsagen kann. In dem Augenblick, wo die Dinge unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet werden sollen, als sie eingeübt sind, versagt nicht nur das Verständniß, sondern auch das Gedächtniß. Der Vorgang hat ein über den einzelnen Fall hinausgehendes psychologisches und pädagogisches Interesse und ich möchte deshalb die Leser auf das Kapitel „Methodologisches" in dem neuen Halbband noch besonders aufmerksam machen.

Der neue Band umfaßt die Völkerwanderung, die Gothenkriege, Belisar und Narses, die Ansiedlung der Germanen auf dem römischen Boden, den Ursprung der Vasallität und des Lehnswesens. Den Ausgangspunkt bilden wieder die Heeres- und Volkszahlen. Während man bisher

von den Millionen der wandernden Germanen gesprochen hat, oder den einzelnen Völkerschaften wenigstens einige 100 000 Köpfe zutheilte, hat die genaue Nachprüfung der überlieferten Zahlen ergeben, daß kein einziges der wandernden Heere die Zahl von 15 000 Kriegern je überschritten hat; häufig sind sie sicherlich nur 5000 bis 8000 Mann stark gewesen. Es ist daher auch ganz falsch anzunehmen, daß Landnoth wegen wachsender Bevölkerungszahl die Germanen auf die Wanderung getrieben habe. Ausschließlich als Krieger sind sie gekommen und haben sich zu Herren der römischen Provinzen gemacht. Das wirkt weiter auch auf die vielumstrittene Frage nach dem Ursprung der Vasallität und des Lehnswesens. Die Anschauungen Paul Roths, die, wenn auch im Einzelnen stark modifizirt doch bisher als die herrschenden betrachtet werden konnten, lassen sich nicht behaupten. Die Forschung muß einmal wieder die bekannte Bewegung in der Spirale vollziehen: Anschauungen, die längst überwunden schienen, treten wieder hervor, weil doch eine wenigstens relative Wahrheit in ihnen steckte. Die Vorstellung, daß der französische Adel wesentlich germanischer Abkunft sei, wegen der Franzosen vor 200 Jahren in die Bastille gesetzt wurden und die dann auch von der Wissenschaft, namentlich in Deutschland, abgelehnt und widerlegt wurde, erweist sich nach Allem doch als zum großen Theil richtig. Es ist die Erkenntniß der Taktik der Epoche, die auf dieses Ergebniß führt. Fast noch mehr als in den ersten Bänden wird in dem jetzt vorliegenden Halbband die Verfassungs- und Rechtsgeschichte beeinflußt und korrigirt durch die Kriegsgeschichte.

Wenn ich nicht leugnen kann, daß der erste, das Alterthum behandelnde Band bei den philologisch gebildeten alten Historikern bisher wenig Gegenliebe gefunden hat, so sind es unter den Fachmännern jetzt wesentlich die Rechtshistoriker, an die ich mit dem zweiten Bande herantrete und die ich um ein willigeres Entgegenkommen bitte. Neben den Fachgelehrten wendet sich auch dieser Band wieder, wie die früheren, an die breite Menge der Geschichtsfreunde, die geneigt sind, den Lauf und Zusammenhang der Weltgeschichte einmal unter dem spezifischen Gesichtspunkt der Geschichte der Kriegskunst zu betrachten.

Delbrück.

Diplomatenleben. Bunte Bilder aus meiner Thätigkeit in vier Welttheilen. Von Sir Edward Malet, früherem britischen Botschafter am Berliner Hof. Einzige autorisirte deutsche Uebersetzung von Heinrich Conrad. Frankfurt am Main. 1901. Neuer Frankfurter Verlag, G. m. b. H. 223 S.

Wie er unbefangen zum Ausdruck bringt, hat Sir Edward Malet dieses Buch geschrieben, damit seine diplomatischen Verdienste auf die Nachwelt kommen. Die bezeichnete Seite der Maletschen Schrift kann Nichtengländer wenig interessiren, aber die Veröffentlichung des hochstehenden und sehr weit in der Welt herumgekommenen Mannes ist in

verschiedenen anderen Beziehungen lesenswerth, zumal der Verfasser nicht nur inhaltreich, sondern auch witzig und graziös zu erzählen versteht. Diplomatische Enthüllungen darf man allerdings nicht erwarten, sondern muß sich mit den persönlichen Erlebnissen eines geistreichen, liebenswürdigen und gebildeten Plauderers begnügen, welcher mit Abraham Lincoln und dem Fürsten Bismarck verkehrt hat, in der Gesellschaft der Pariser Kommunards und Formosaner Wilden gewesen ist und der in seinen Mußestunden einerseits kühnen Büffeljagden, andererseits dem Dichten anmuthiger und tief empfundener Verse obzuliegen wußte. Kurz — der Autor ist ein englischer Aristokrat der besten Art, und sein Buch besitzt einen spezifischen Werth und Reiz, wie sie so die deutsche Literatur nicht aufzuweisen vermag.

Da Sir Edward elf Jahre lang die Königin von England beim deutschen Kaiser vertreten hat, so verdient seine Auffassung der gegenwärtigen Beziehungen zwischen den beiden Reichen besondere Aufmerksamkeit. Kein Reich, so sagt er, hat jemals in einem so kleinen Zeitraum so bedeutende Fortschritte gemacht, wie Deutschland in jenen elf Jahren. Nur kurzsichtige Insulaner, meint er, können Deutschland darum beneiden, aber er stellt andererseits von Neuem fest, daß es viele derartig empfindende „Insulaner“ giebt. Seiner eigenen Anschauungsweise nach bedeutet die erstarkte überseeische Konkurrenz Deutschlands für die Engländer, welche in Schläfrigkeit verfallen waren, einen derben, aber heilsamen Stoß, ein bitter schmeckendes, aber nützliches Belebungsmittel. Auf die Dauer, glaubt Sir Edward, wird die allseitige Konkurrenz der Nationen auf dem Weltmarkte für das materielle Wohlergehen der Briten so vortheilhaft sein, wie ihnen die Entfesselung aller wirthschaftlichen Kräfte im Inneren förderlich geworden ist: „Die Geschäftigkeit der Deutschen verdoppelte die unserige ... Oder woher kam es sonst, daß das Unterhaus mit solcher Bereitwilligkeit jede Erhöhung des Jahresaufwandes für die Flotte genehmigte, die von den verschiedenen Regierungen der letzten Jahre gefordert wurde? War die Ursache nicht das Anwachsen der Kolonialbestrebungen fremder Mächte, in erster Linie Deutschlands?“

Man wird dem englischen Diplomaten darin Recht zu geben haben, daß gelegentlicher Störungen und Verstimmungen ungeachtet, das Verhältniß zwischen Deutschland und England ein hoffnungsvolles bleibt. Andererseits indessen bieten die Maletschen Memoiren doch auch Veranlassung, wieder einmal darauf hinzuweisen, daß England seine gegenwärtige kolossale Kriegsflotte zu einem erheblichen Theile deshalb erbaut hat, weil die Deutschen nach Kamerun gegangen sind, während die deutsche Marine durch einen an sich geizigen Reichstag in gleichfalls gewaltigem Maße verstärkt worden ist, als die Engländer auf Johannesburg marschirten. Seit Jahrzehnten rüsten also die beiden Völker angestrengt gegen einander.

Sir Edward hatte schon während des deutsch-französischen Krieges Gelegenheit gefunden, die Tüchtigkeit deutschen Wesens kennen und achten

zu lernen. Er war damals Legationssekretär in Paris, und der britische Botschafter schickte ihn nach der Schlacht bei Sedan zu der deutschen Armee, um hier zu hören, ob Aussichten auf eine erfolgreiche Vermittelung Englands vorhanden wäre. Malet mußte bei seiner Hinreise zu den Deutschen einen französischen Parlamentär und bei seiner Rückreise nach Paris einen deutschen Parlamentär haben. Auf der Hinreise übernachtete Malet in einem Franktireurlager, und hier erzählte ihm ein Offizier, er wäre in der Morgendämmerung aus gewesen, um sich „hurlans" gegenüber in einen Hinterhalt zu legen. Aus diesem Hinterhalt hätte er drei niedergeschossen, nur wäre er bei seinem nachherigen Heranschleichen zu der Erkenntniß gelangt, daß die Erlegten nicht hurlans, sondern leider Bauern gewesen wären. Der französische Parlamentär, welcher den englischen Diplomaten geleitete, trug das weiße Taschentuch an einer langen, schon einen Tag vor der Annäherung an die Preußen sorgfältig ausgesuchten Gerte, während nachher der preußische Parlamentär einfach einen Stecken aus einem Zaun am Wege riß. Auch ließ der Preuße seinen Trompeter nicht so unaufhörlich blasen wie der Franzose.

Diese Sendung Malets ist es gewesen, welche den Besuch Jules Favres bei Bismarck zur Folge gehabt hat. Im Uebrigen theilte der Kanzler dem englischen Diplomaten mit, daß man deutscherseits einstweilen bloß vorhätte, Paris durch die Reiterei von allen Verbindungen abschneiden zu lassen und so auszuhungern. Eine regelmäßige Zernirung und Belagerung stellte er lediglich für den Fall in Aussicht, daß jene Kavalleriemanöver nicht zu dem erwarteten Ziele führen sollten.

Während der Kommunezeit war Malet der oberste in Paris befindliche Beamte der britischen Botschaft; unter ihm diente u. A. Sir Frank Lascelles, der jetzige englische Botschafter zu Berlin. Als die Truppen der Versailler Regierung im Straßenkampfe Paris unterwarfen, wurde das Gebäude der britischen Botschaft durch viele Granaten getroffen. Nachdem die ersten beiden Geschosse eingeschlagen waren, ging Malet mit den anderen Hausbewohnern daran, einiges von dem werthvollen Inhalt des Palais in Sicherheit zu bringen, bevor das Gebäude in Flammen aufging. Es wurde also zunächst das Archiv in die Kellerräume gebracht, dann schaffte man ebendorthin die werthvollen Uhren, Kandelaber, Porzellanvasen und anderen Luxusgegenstände. Inzwischen fielen zahlreiche Granaten auf das Dach des Hauses. Die Veranden auf der Gartenseite wurden zerschmettert, die Spiegel im Ballsaale zersplitterten: „Am Abend dinirten wir im Keller, und ich glaube nicht, daß jemals ein komischer aussehendes Diner stattgefunden hat. Die Decke war gewölbt, die Wände waren von Stein. An diesen waren die unzähligen Gegenstände aufgestapelt, die wir in aller Hast hinuntergebracht hatten. Es sah aus wie eine Räuberhöhle. Im Mittelpunkte des Ganzen aber, in ihrer Sauberkeit einen lebhaften Gegensatz zu der Unordnung bildend, stand die zum Diner gedeckte Tafel mit ihrem weißen Tischtuch und den silbernen Leuchtern. Und um der

Ungereimtheit die Krone aufzusetzen, saßen Frank Lascelles und ich in Frack und weißer Halsbinde da und wurden von dem würdevollen Haushofmeister und den Lakaien der Botschaft bedient."

Ein echt englisches Bild! Folgen wir seinem Autor noch für einen Augenblick auf die Insel Formosa, wo er die dort hausenden wilden malayischen Stämme besucht hat. Bekanntlich ist ein Theil Formosas von Chinesen bewohnt und heute der japanischen Herrschaft unterworfen; in dem übrigen Eilande hausen wilde unbezwungene Barbaren, Todtfeinde ihrer chinesischen Landsleute, aber Weißen gegenüber, welche sie mit Geschenken besuchen, nicht übel gesinnt. Malet schildert einen dieser Malayen in der folgenden pittoresken Weise: „In der Hand trug er einen Speer von großer Länge, ein Schurz, den er um den Leib trug, fiel bis an seine Knie herab. Sein übriger Körper war nackt und schön tätowirt, auf dem Kopf saß eine eng anschließende Lederkappe von antiker Form, überragt von einer Krone aus Thierzähnen; um den Hals trug er einen Ring aus Glasperlen und an der Seite ein kurzes Römerschwert. Ich hatte die Eingeborenen von Nordamerika gesehen und die Wilden vom Gran Chaco, aber niemals einen so schönen Wilden, wie diesen hier. Seine Züge waren regelmäßig geschnitten, seine Augen glänzend. Obwohl er nur von kleinem Wuchs war, so waren doch seine Glieder ebenmäßig und schön geformt und zeugten in jeder Linie von Kraft. Er war, wie ich später bemerkte, einer der schönsten Vertreter seiner Rasse, indessen waren die Eigenschaften, die uns an ihm auffielen, bei allen Eingeborenen der von uns besuchten Gegend mehr und weniger ausgebildet . . .

Als wir gerade aufbrechen wollten, erschien ein Wilder, der nach unserer Meinung in gleichem oder wohl gar in höherem Range stehen mußte, wie der zuerst gekommene Krieger, denn er hieß unseren Zug still stehen und begann einen lebhaften Wortwechsel mit dem Anderen. Später erfuhren wir, daß er für sich das Vorrecht in Anspruch nahm, uns den Berg hinaufzugeleiten. Der Streit wurde so heiß, daß wir einen Augenblick glaubten, er müßte ganz bestimmt in Blutvergießen ausarten. Die beiden Männer zitterten vor Wuth, ihre Augen sprühten Feuer, und sogar ihre Muskeln waren vor Leidenschaft angeschwollen. Ein Angehöriger zivilisirter Nationen mag sich wohl vom Zorn hinreißen lassen, ja, er mag sogar in einem unbezähmbaren Wuthanfalle morden, aber er wird doch soweit Herr über seine Glieder bleiben, daß der Geist, wenigstens dem Anschein nach, die Oberhand behalten hat. Bei diesen beiden Wilden schien jede Spur von Besinnung entschwunden zu sein; eine Beute der Leidenschaft, krümmten und verzerrten sich ihre Leiber, wie Metall in einem glühenden Ofen sich dreht und sprüht."

Auf einer so hohen Stufe der Bildung stehen englische Diplomaten, daß sie in dieser ausgezeichneten Weise beobachten und schreiben können! Sir Edward äußert in seinen Lebenserinnerungen mehr als einmal den stärksten Nationalstolz, aber er geißelt nichtsdestoweniger das Jingothum

des englischen Philisters und möchte die Einseitigkeit der britischen Weltanschauung durch die Beimischung einiger kosmopolitischer Gesichtspunkte gemildert wissen: „Nach meinen Erfahrungen", so spricht er sich über englisches und fremdes Wesen aus, „die ich auf vierzigjährigen Wanderungen durch vier Welttheile gesammelt habe, will ich gern zugeben, daß im Ganzen genommen unser Erziehungssystem das beste ist. Es lehrt uns den Werth der Freiheit, die dem Geiste Spannkraft giebt, und zugleich den Werth der Beschränkung, die wir uns weislich aus freiem Willen auferlegen. Wir haben ferner den Vortheil, einem Lande anzugehören, das im Zeitalter unserer Großväter, unserer Väter und in unserem eigenen mit seinen inneren politischen Problemen ohne Gewaltsamkeiten fertig geworden ist. Wenn wir bedenken, unter welchen Gräueln und unter welchem Blutvergießen die Entwicklung anderer Länder vor sich gegangen ist, so reiben wir uns die Hände und sagen: „Wir allein wissen, wie's gemacht wird." Insoweit mag unsere Selbstzufriedenheit berechtigt sein, aber wenn wir weiter gehen und behaupten, andere Nationen können uns nichts lehren, was der Nachahmung werth sei, so beweisen wir dadurch allerdings, daß wir Briten sind, denn es sind Millionen unter uns dieser Meinung, aber diese sind von minderer Güte. Sie sind nicht die Männer, die Großbritannien zu dem gemacht haben, was es ist."

Aus dem sonstigen Inhalte der Maletschen Memoiren sei noch angeführt, was der Verfasser von dem Stiefvater seiner Mutter, Lord Brougham, erzählt, dem auf dem Kontinente einst fast so stark wie Palmerston angeschwärmten Führer der englischen Liberalen. Dieser Verfechter aller humanitären Ideale war persönlich von einer ganz ungewöhnlichen Brutalität. Einst kam er in Paris mit seiner Stieftochter von einer Abendgesellschaft und stieß bei ihr, welche längst mündig und verheirathet war, auf wohlberechtigten Widerspruch gegen eine seiner Launen. Da ließ er den Kutscher halten, ergriff Lady Malet und warf sie aus dem Wagen, mit welchem er unverzüglich davonfuhr, während seine Tochter, welche er sonst auf seine Art lieb hatte, mitten in der Nacht auf der Straße des Seinebabels stand, in ihrem tief ausgeschnittenen Ballkleide vor Kälte zitternd und den peinlichsten Belästigungen preisgegeben.

Vergnüglicher als der Abschnitt über den großen Liberalen Brougham liest sich das folgende Histörchen: An einem kalten Herbstabende des Jahres 1874 betrat Sir Edward, hungrig und frierend, das Hotel „Zu den drei Königen" in Basel: Er fand das Hotelpersonal in der Eintrittshalle Spalier bildend und wurde von dem Oberkellner ziemlich kurz ersucht, auf die Seite zu treten. In der Annahme, es käme ein König, drückte sich Sir Edward gehorsam in die Ecke. Ein Kellner schritt mit einem angezündeten Armleuchter durch die beiden Ehrenreihen nach der Straße hinab und kam bald wieder zurück mit seinem Kandelaber, einem älteren kleinen Herrn in einem sehr schönen Pelz und seiner anmuthigen jungen Tochter den Weg zu ihren Zimmern beleuchtend. Sir Edward trat aus

seiner Ecke hervor und fragte den Portier, wer der neu Angekommene wäre: „Herr Strousberg", antwortete der Portier mit allen Anzeichen der Ueberraschung. „Kennen Sie denn Herrn Strousberg nicht, den großen Finanzmann aus Berlin?"

Ein denkwürdiges Beispiel der Wechselfälle im menschlichen Leben, so bezeichnet Sir Eduard diese Begegnung. Wohnte er doch später als britischer Botschafter beim Berliner Hofe in dem prunkvollen Palais jenes längst verdorbenen und gestorbenen Strousberg, um dessentwillen er im Hotel „Zu den drei Königen" bei Seite geschoben worden war.

E. Daniels.

Staatswissenschaft.

von Wieser, Die Ergebnisse und die Aussichten der Personaleinkommensteuer in Oesterreich. Leipzig, Duncker & Humblot 1901. 8⁰ gr. 147 Seiten.

Im Laufe des letzten Jahrzehnts haben Preußen und Oesterreich ihre Gesetzgebung über die Einkommensteuer neugeordnet, (dort durch das Gesetz vom 24. Juni 1891, hier durch das Gesetz vom 25. Oktober 1896), beide allerdings unter verschiedenen Umständen und Voraussetzungen. Die ältere preußische Klassen- und klassifizirte Einkommensteuer von 1851—73 entsprach in steuertechnischer und steuerpolitischer Hinsicht längst nicht mehr den modernen Ansprüchen, ihr fehlten die verfeinerte Veranlagungstechnik mit Deklarationszwang und eine thatsächliche Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit. Namentlich war die Frage des Existenzminimums unzulänglich geregelt und die Staffelung der Steuersätze der Leistungsfähigkeit nicht genügend angepaßt. Auch war die Theilung in eine Klassen- und eine kassifizirte Einkommensteuer nicht mehr zeitgemäß. Alle diese Mängel hat die Miquelsche Steuerreform mit glücklicher Hand und sicherem Griffe beseitigt und so die preußische Einkommensteuer zu einer beinahe mustergiltigen Einrichtung gemacht. Der fiskalische Erfolg, der nicht zuletzt der verfeinerten Veranlagungstechnik zu danken ist, hat den gesetzgeberischen Absichten Recht gegeben. Die Erträge aus ihr sind von 1890 bis 1901 von 69 045 Millionen Mark auf 186 888 Millionen Mark gestiegen, so daß es neben anderen Reformen möglich war, auf die (Real-) Ertragssteuern als Staatssteuern zu verzichten und ihre Erträge den Gemeinden zu überweisen.

Ganz anderen Problemen stand der österreichische Gesetzgeber gegenüber. Zwar ist die Einkommensteuer in Oesterreich nicht unbekannt gewesen. Derartige Auflagen kommen bereits im 17. Jahrhundert in roher Form und meist zur Deckung besonderer Bedürfnisse vor. 1799 wurde außerdem eine Klassensteuer eingeführt, die alle nicht aus dem Grund und Boden herrührenden Einkünfte erfassen. Die neuere Entwickelung knüpft an das Jahr 1848 an und ist durch die Steigerung des Finanzbedarfs hervor-

gerufen worden. Auf das bestehende, vielfach aus älteren Zeiten stammende Ertragssteuersystem, das sich aus einer Grund-, Gebäude- und Erwerb- (Gewerbe-) Steuer zusammensetzte, wurde als neues Reis eine Art partieller Einkünfte gepfropft, die alle bisher freigelassenen Einkünfte treffen sollte. Man hatte allgemein die Empfindung, daß das so konsequent ausgebaute Ertragssteuersystem den Anforderungen nicht entspreche. Die neue Einkommensteuer sollte nur provisorisch erhoben werden, da eine umfassende Reform der direkten Besteuerung in Aussicht genommen war. Bei diesem guten Vorsatze blieb es beinahe noch ein halbes Jahrhundert, bis die jüngste Reformepoche des letzten Jahrzehntes des 19. Jahrhunderts die Gestaltung der direkten Besteuerung nach langen Kämpfen einen Schritt vorwärts gebracht hat. Das ganze Steuersystem krankte aber an den hohen, veralteten Realsteuern und heute noch ist dieser Zustand nicht völlig überwunden. Die Schwierigkeiten, mit denen die neue Personaleinkommensteuer vom 25. Oktober 1896 zu kämpfen hatte, lagen daher nicht so sehr im Bereiche steuerpolitischer Grundsätze und steuertechnischer Maßregeln als in der Auflösung des alten Realsteuersystems und in der Akkommodirung der allgemeinen Einkommensteuer an das ganze System der Erwerbsbesteuerung. Das Prinzip der Einkommensteuer hat eben die Tendenz, die objektiven Grundlagen durch subjektive zu ersetzen. Je mehr und je gründlicher der Uebergang zum Subjektivismus vorbereitet ist, desto erfolgreicher kann die Einführung der modernen, allgemeinen Einkommensteuer im Prinzip der formalen Doppelbesteuerung sein. Und je mehr veraltete Rückstände zu bewältigen sind, desto schwieriger ist die Aufgabe für den Gesetzgeber und für die Durchführung der Steuerverwaltung.

Alle diese Gesichtspunkte muß man wohl beachten, wenn man die Ergebnisse der preußischen Einkommensteuer und der österreichischen Personaleinkommensteuer miteinander vergleichen will. Diesen Versuch hat in der uns vorliegenden Schrift von Wieser unternommen. Nach seinen eingehenden und gründlichen Untersuchungen kommt er zu dem Resultate, daß eine zutreffende Veranlagung bedeutend höhere als die eingeschätzten Ziffern hätte liefern müssen, selbst wenn man zugestehe, daß das Volkseinkommen in Preußen höher sei als in Oesterreich. Zur Nachprüfung der österreichischen Veranlagung zieht er insbesondere die Resultate der preußischen Veranlagung auf dem Lande heran, der er wohl mit Recht das Lob einer relativ „fehlerfreien“ Methode spendet. Nachdem der Verfasser zunächst uns Methode und Grundlagen seiner statistischen Untersuchungen vorgeführt hat, vergleicht er die Ergebnisse von Stadt und Land in Oesterreich und Preußen. Ferner untersucht er die Verhältnisse in Wien und Berlin, wo thatsächlich mancherlei Gleichartigkeiten nicht zu verkennen sind, dann diejenigen der übrigen österreichischen Städte, sowie des Landes, wo er die Ansicht vertritt, daß der österreichische Durchschnitt mindestens dem Maßstabe des „armen preußischen Ostens“ entsprechen müsse. Die folgenden Kapitel behandeln das landwirthschaftliche Einkommen insbesondere Einkommensteuer-

censiten und Reichsrathswähler, die Veranlagung in den einzelnen Ländern, die nationale Vertheilung der Personaleinkommensteuer und die einzelnen Einkommensquellen. Den Schluß bilden längere Ausführungen über die Hauptmängel der Veranlagung und über die finanziellen Aussichten der Personaleinkommensteuer, denen schließlich noch Vorschläge für künftige Verbesserungen folgen.

Während die erste preußische Veranlagung nach dem Einkommensteuergesetz von 1891 mit ihren günstigen Ergebnissen die gedeihliche Entwickelung der preußischen Volkswirthschaft zeigte, war das Resultat der österreichischen Schwester eine Enttäuschung. Die offiziellen Aufstellungen des „Finanzplanes“ nach den außerordentlich vorsichtigen Berechnungen der Regierung und des Parlaments sind zwar erreicht worden, die versprochenen Steuernachlässe an alten Steuern sind erfüllt und die in Aussicht gestellten Ueberweisungen konnten eingehalten werden, allein die stille Hoffnung, die man gehegt hatte, von ähnlich günstigen Ziffern überrascht zu werden, wie in Preußen, wurde vereitelt. Namentlich mußte der Wunsch, die Realsteuern den Kronländern zur Sanirung ihrer Finanzen zu überweisen, einstweilen hinausgeschoben werden. Von den einzelnen von Wieser beigebrachten Thatsachen mögen folgende erwähnt werden. In Preußen trafen auf je 1000 Einwohner 1899: 93,96 Censiten, in Oesterreich dagegen 29,56, in Preußen zählte man 71 202 Personen mit einem Einkommen von mehr als 9500 Mark, in Oesterreich betrug die Zahl der Personen mit einem Einkommen von mehr als 6000 fl. 18 417. Berlin weist in der genannten Einkommensstufe 13 147 Censiten auf, Wien dagegen nur 8143. Auf das übrige Staatsgebiet vertheilen sich diese Einkommensgrößen in Preußen und Oesterreich mit je 58 055 und 10 274. Die Thatsache des Abstandes der Ergebnisse der österreichischen Personaleinkommensteuer von den Resultaten der preußischen Einkommensteuer ist nicht zu leugnen und zeigt ein offensichtliches Mißverhältniß.

Aber der Verfasser hat sich nicht damit beschieden, diese Thatsachen in vergleichender Nebeneinanderstellung uns vorzuführen, sondern er hat auch versucht tiefer in das Problem einzudringen und die diesen Erscheinungen zu Grunde liegenden Ursachen zu erforschen. Hier hat er sich an eine besonders schwierige Aufgabe gewagt. Die Gründe, die zu diesem unerfreulichen Resultate geführt haben, sind noch keineswegs vollkommen klargestellt. Es läßt sich schwer sagen, ob die geringere steuerliche Leistungsfähigkeit Oesterreichs gegenüber Preußen und die geringere wirthschaftliche Entwickelung des Donaureiches daran Schuld trägt oder ob die Mängel der steuertechnischen Durchführung des Veranlagungsgeschäftes sich zu diesem Mißerfolg verdichtet haben. Endlich aber könnte auch die „geringere Steuermoral“ der Bevölkerung haftbar gemacht werden. Die Aufhellung des letzten Punktes ist sehr schwierig und es läßt sich doch wohl kaum annehmen, daß das unerfreuliche Resultat generell und ausschlaggebend auf einen solchen Defekt an Steuerethik zurückzuführen ist. Daß dieser Mangel

mitunter den Erfolg beeinflußt haben mag, namentlich in den von den Kulturzentren mehr entfernten Gebietstheilen, wird wohl kaum zu bestreiten sein.

Besonders viele Mühe hat der Verfasser aufgewendet, um eine einigermaßen zutreffende Parallele zwischen der Leistungsfähigkeit beider Länder aufzustellen. Er hat sich dabei insbesondere auf die Herstellung von Analogien gestützt. Unter allseitiger Würdigung der einschlägigen Verhältnisse hat er einen Personaleinkommensteuer-Gesammtbetrag von 34,70 Mill. fl. an Stelle des thatsächlichen Ergebnisses von 23,18 Mill. fl. berechnet. Nach den jüngst veröffentlichten amtlichen Ergebnissen dagegen betrug diese Summe 1898: 22,32, 1899: 23,17 und 1900: 24,39 Mill. fl. Die Steigerung erreicht hier zwar 9,22 pCt., während die Aufstellung Wiesers eine Zunahme von 49,70 pCt. der ersten Veranlagung erfordern würde.

Wenn man diese Thatsachen im Auge behält, so wird man im Ganzen den Resultaten des Verfassers zustimmen können. Seine Ausführungen haben es wahrscheinlich gemacht, daß die Mängel der Veranlagung den größten Theil der Schuld an dem ungünstigen Ausfall tragen. Die Aufgaben, denen die Behörden gegenüberstanden, waren ganz erheblich und man muß dem Verfasser zustimmen, wenn er sagt, daß unter den gegebenen Umständen geleistet worden ist, was denkbar und möglich war. Die Finanzverwaltung hatte ein starkes, durch festeingewurzelte Mißstände erzeugtes Widerstreben und ein tiefes Steuermißtrauen zu überwinden. Dazu kamen noch der passive Widerstand der kleinen Leute und ihrer kleinen Umstände, das bewußtere Widerstreben der großen Censiten mit ihrer sozialen Macht und ihren oft unübersichtlichen großen Verhältnissen, die geldwirthschaftliche Unreife der ländlichen Bevölkerung in vielen Gegenden und eine Mehrzahl von allgemeinen Thatsachen, die aus dem allgemein tieferen Stand der Kultur und aus der diesem angepaßten Eigenart der Ueberlieferungen der Verwaltung entspringen. Auch mit anderen Mängeln hatte die Veranlagung zu kämpfen. In Oesterreich fehlt die ausgiebige Unterstützung der Beamten durch die Gemeinden, die Vorbereitung durch die Gemeindevorsteher und Voreinschätzungskommissionen, und das Institut der Vertrauensmänner hat sich wenig bewährt. Diesem Uebel kann daher nur durch die Vermehrung der Veranlagungsbeamten abgeholfen werden. Ferner räth Wieser, die Mehrerträgnisse vorerst nicht zwischen Staat und Kronländer zu theilen, sondern sie zur Verwirklichung von Nachlässen an den alten Ertragssteuern zu verwenden, was ja auch der Fall gewesen wäre, wenn von Anfang an die Veranlagung richtig gewesen wäre. Die Aufgabe der Zukunft muß daher der Ausbau der Steuergesetzgebung in dieser Richtung sein, die Bevölkerung muß allmählich erzogen und ihr Widerstand beseitigt werden, wenn die Personaleinkommensteuer diejenige Stellung im Steuersystem erringen soll, die ihr gebührt.

Die Ursachen des Abstandes zwischen Oesterreich und Preußen sind aber nicht allein in diesen Thatsachen begründet. Sie sind theilweise auch steuerorganischer Natur und wurzeln in der Eigenart und in der chronischen Verhärtung des konkurrirenden, österreichischen Ertragssteuer-Systems. Und von hier auch muß die konstitutionelle Heilung der Schäden ausgehen. Jemehr der Rückbildungsprozeß von der Objektivität zur Subjektivität gelingt, desto eher wird das Niveau zwischen beiden Ländern gleichartiger werden. Der Weg zu diesem Ziele kann aber zunächst kein anderer sein als der von Wieser angedeutete der allmählichen Nachlässe an den reallastartig wirkenden Ertragssteuern. Dann ist erst der Zeitpunkt gekommen, die subjektiven Elemente der Erwerbsbesteuerung auf Kosten der objektiven zu verstärken und die wahre Belastung nach der Leistungsfähigkeit zu vollenden. Und erst dann ist die weitere Frage diskutirbar, ob man auch in Oesterreich nach dem preußischen Vorgang die Ertragssteuern zur Sanirung der Landesfinanzen überlassen kann und will. Heute ist dieser Plan entschieden noch verfrüht.

Es ist zu hoffen, daß die gründliche und anregende Schrift Wieser's nicht bloß eine finanzstatistische Leistung bleibt, sondern daß ihr Mahnruf auch in die Kreise der Finanzpraxis dringt und dort diejenige Anerkennung finden möge, die diesen maßvollen und scharfsichtigen Anregungen gebührt.

Münster i. W. Max von Heckel.

Rußland in Asien. Band V. Krahmer. Das nordöstliche Küstengebiet. Der Ochotskische, Gishiginskische, Petropawlowskische und Anadyr-Bezirk. Mit zwei kolorirten Karten. Leipzig. Verlag von Zuckschwerdt & Co. 1902. 295 Seiten.

General von Krahmer, der verdienstvolle Bearbeiter der sibirischen und mittelasiatischen Besitzungen sowie des mandschurischen Interessengebietes Rußlands, hat nunmehr seinen voraufgegangenen Publikationen mit dem vorliegenden Bande den bisher noch fehlenden Abschluß hinzugefügt. Allerdings liegen die Dinge für diesen fernsten Nordosten Asiens etwas anders, als für die früher behandelten Gebiete. Sowohl Turkestan als auch Sibirien und die Mandschurei gehören politisch und wirthschaftlich in die vorderste Reihe derjenigen Länder, die gegenwärtig unser besonderes Interesse in Anspruch nehmen. Davon kann bei dem russischen „Küstengebiet" am Stillen Ocean insofern nicht die Rede sein, als die klimatischen Verhältnisse so gut wie die geographische Entlegenheit und die Menschenarmuth des Landes es unwahrscheinlich machen, daß es einmal in militärischer oder ökonomischer Hinsicht zu höherer Bedeutung gelangen könnte. Nur unter zwei Voraussetzungen könnte die Entwicklung vielleicht doch noch anders werden: Erstens, wenn in jenen Gebieten größere Goldfunde gemacht werden sollten, und zweitens, wenn es in der That zu einer Verwirklichung des zunächst noch höchst abenteuerlich erscheinenden Planes

käme, eine Eisenbahnverbindung zwischen der alten und neuen Welt unter Zuhilfenahme eines Trajekts über die Behringstraße herzustellen. Nach einer Korrespondenz der St. Peterburgskija Wjedomosti aus Jakutsk in Ostsibirien ist dort wirklich Anfang Februar dieses Jahres eine amerikanische Expedition durchgereist, um die ersten Vorstudien für eine Bahnlinie zu machen, die, von einem Punkt der großen sibirischen Magistrale zwischen Irkutsk und dem Jenissei abzweigend, dem Laufe der Lena auf einer Strecke von ca. 2000 Kilometern bis zur Vereinigung des Aldan mit dem Hauptstrom folgen und alsdann über den Tukolan-Paß im Werchojanskischen Gebirge zunächst die Stadt Werchojansk an der Jana erreichen soll. Von Werchojansk soll dann der angebliche Trakt in ziemlich genau westlicher Linie bis zur Behringstraße geführt werden und jenseits derselben Anschluß an eine Bahn durch Alaska und Britisch-Columbien nach den Vereinigten Staaten finden. Als Führer dieser Expedition wird von dem Uchtomskischen Korrespondenten ein Engländer Mr. Devind genannt. Dieser ist seiner Aussage nach in Sibirien mit dem russischen Verkehrs- und Eisenbahnminister Fürsten Chilkow zusammengetroffen, der ihm mittheilte, daß die russische Regierung mit dem Plan der Erbauung jener Bahn sympathisire und, wenn sie auch nicht sich selbst finanziell daran betheiligen werde, doch Willens sei, einer ausländischen Gesellschaft auf jeden Fall die Bauerlaubniß zu ertheilen. Die ganze Länge eines solchen Stranges von der Abzweigung von der großen sibirischen Bahn an bis zur Behringstraße würde mindestens 5000 Kilometer betragen, d. h. ungefähr noch einmal die Länge der ganzen russisch-sibirischen Bahn bis zur chinesischen Grenze. Der Gedanke erscheint sehr abenteuerlich, so daß man einstweilen geneigt ist, an eine Mystifikation der russischen Regierung von Seiten irgend welcher Amerikaner und Engländer zu glauben, die mit der Reise durch Ostsibirien an die Behringstraße ihre besonderen Ziele verfolgen.

Möglicherweise ist die Vermuthung berechtigt, daß es bei der ganzen Idee in erster Linie auf eine Durchforschung Ostsibiriens und des Küstengebiets an der Behringstraße mit Rücksicht auf das Vorkommen von Gold und anderen abbauwürdigen Edelmineralien abgesehen ist. Ob Mr. Devind und seine Leute das Gebiet der Lena und des Aldan, der Jana, Indigirka und Kolyma, sowie die Ufer des Anadyrgolfs und überhaupt des Behringmeeres auf die Möglichkeit des Eisenbahnbaues oder auf Goldlagerstätten hin untersuchen, das kann natürlich dort in Ostsibirien und im Küstengebiet kein Mensch kontroliren. Es sind neuerdings Nachrichten durch die Presse gegangen, die darauf schließen lassen, daß sich die goldführenden Lager von Alaska auch auf dem Westufer der Behringstraße fortsetzen. Die russische Regierung hat auch bereits einem Unternehmer eine Art vorläufiges Prospektor-Monopol über ein weit gedehntes Gebiet von vielen Zehntausenden von Quadratkilometern im Nordosten des Küstengebiets gegeben, aber das Ansinnen, Truppen an der Behringstraße zu stationiren, um das eigenmächtige Hinübergreifen amerikanischer Goldsucher

über die Meerenge zu verhindern, einstweilen abgelehnt. Es ist schade, daß Krahmer die Resultate der von ihm selbst auf S. 292 zitirten Expedition Bogdanowitsch nach dem Gebiet von Ochotsk und nach der Halbinsel Kamtschatka, die dortselbst in den Jahren 1895—98 arbeitete, um die Minerallagerstätten festzustellen, nicht ausführlicher verwerthet hat. Andererseits ist die Fülle des von ihm ausschließlich nach russischen Quellen zusammengetragenen Materials groß und ausgezeichnet. Namentlich interessirt das 3. Kapitel: Die Bevölkerung, in dem die Sitten und die Lebensweise der uns fast nur dem Namen nach bekannten Völkerschaften der Tungusen, Tschuktschen,- Korjaken, Kamtschadalen u. s. w., ihre religiösen Vorstellungen, ihre merkwürdigen Erwerbsarten geschildert werden. Auch Kapitel 2, die geographische Uebersicht, enthält Vielerlei, was weiteren geographisch interessirten Kreisen in Deutschland noch neu sein wird. Bemerkenswerth ist die Feststellung, daß zwar dem Ackerbau im ganzen Küstengebiet nur eine sehr unbedeutende oder besser gar keine Zukunft vorausgesagt werden kann, daß aber die Bestände an Wald und namentlich an brauchbarem Bauholz in der Nähe zum Transport seewärts geeigneter Wasseradern durchaus nicht gering sind. Eine Skizze des Anadyrlaufes und eine Karte des Küstengebietes in großem Maßstabe sind dem Buche beigegeben. Paul Rohrbach.

Aus Theorie und Praxis. Sozialistische Studien von Jean Jaurès, Mitglied der französischen Abgeordnetenkammer. Autorisirte Uebersetzung aus dem Französischen herausgegeben von Dr. Albert Südekum, Mitglied des Deutschen Reichstages. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin 1902. 266 S. Preis: brosch. 3 Mk.

Das Buch enthält gesammelte Zeitungsartikel, die Jean Jaurès, der hervorragendste französische Sozialist und Führer der sozialdemokratischen „Reformer" in Frankreich, verfaßt hat. Es zerfällt in folgende Kapitel: Methodologisches, Republik und Sozialismus, Zur Agrarfrage, Zur Taktik der Sozialdemokratie, Revolutionäre Evolution, Vom Endziel, Menschenrechte, Vom Privateigenthum. Die Aufsätze verdienen weitgehende Beachtung aller derer bei uns, die irgendein theoretisches oder politisches Interesse daran haben, die Entwicklung des sozialistischen Problems zu verfolgen. In formaler Beziehung muß ich es dem Verfasser nachrühmen, daß er sehr klar und für Jedermann verständlich sich auszudrücken versteht, ohne seicht zu werden. Inhaltlich übertrifft er alle deutschen Theoretiker des Sozialismus ganz entschieden dadurch, daß er in vollkommener Weise das innerste Wesen der in Rede stehenden Fragen beherrscht, besonders kommt hier in Betracht, daß er philosophisch gebildet und so zu einer wirklich kritischen Stellungnahme gegenüber gewissen philosophischen Grundlagen des Marxschen Sozialismus befähigt ist. Es ist der Fehler Bernsteins, kein „philosophischer Kopf" zu sein, so daß sein bekannter Vortrag „Wie

ist wissenschaftlicher Sozialismus möglich" keineswegs ein Muster methodologischer Klarheit ist. Kautsky wiederum besitzt von Geburt und Abstammung her eine gewisse philosophische Anlage. Er verfügt aber nicht über jene Freiheit und Selbständigkeit des Geistes, — die für den Philosophen doch unerläßlich ist — vermöge deren er sich dem Netz einmal angenommener Formeln durch Ausübung voraussetzungsloser Kritik entwinden könnte. Die beiden ersten Abschnitte des Jaurèsschen Buches enthalten das Eindringlichste und Klarste, was aus sozialdemokratischem Kreise über die sogenannte „Mauserung" gesagt worden ist. Ich halte sowohl Jaurès' Auffassung des Marxismus wie seine Kritik der Marxschen Lehre für vollkommen einwandfrei. Wenn ich übrigens zum Zwecke der Selbstprüfung die Jaurèsschen Ausführungen in Beziehung setze zu alledem, was über die sozialdemokratische Entwicklung ich selbst seit sieben Jahren hier und anderswo dargelegt habe, von jener Artikelserie in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung" vom 1. August ff. an, in der ich ausführte, warum und wie an Stelle des Marxschen dialektischen Revolutionarismus ein evolutionäres Prinzip zu setzen sei zwecks Verfolgung sozialisirender und demokratisirender Tendenzen und von jener im Druck erschienenen Rede, die ich als Redakteur der „Leipziger Volkszeitung" 1896 über den „Arbeiterstand und die Sozialdemokratie" gehalten und in der ich die sozialistische Demokratie, also den sogenannten „Zukunftsstaat", als die regulative Idee charakterisirt habe, bis zu einem Artikel im „Tag" vom 18. März d. J. über den Sozialismus und die Menschenrechte, wo ich in einer Polemik gegen den „Vorwärts" im Anschluß an die eben vollzogene französische Programmrevision prophezeit habe, daß die Sozialisten unter Aufgabe des Marxschen historischen Materialismus in irgendwelcher modernisirten Form wieder mit Bewußtsein auf die „Philosophie der Menschenrechte" zur philosophischen und theoretischen Fundamentirung ihrer Bewegung zurückgreifen müßten und würden — wenn ich also alle meine diesbezüglichen Aeußerungen im Spiegel des Jaurèsschen Buches prüfe, so kann ich nur zu dem Ergebniß gelangen: ich habe mich nie getäuscht und immer im Voraus schon die richtige Witterung für die dann erst später sich vollziehenden Evolutionen bezugsweise „Mauserungen" des Sozialismus gehabt. Bevor ich jedoch ein paar darauf bezügliche Bemerkungen mache, will ich noch ein wenig bei dem Jaurèsschen Buche bleiben. Ich muß natürlich darauf verzichten, Jaurès' Meinung nach allen Richtungen hin zu kennzeichnen. Ich will zur Kennzeichnung seines Standpunktes nur ein paar Zitate aneinanderreihen.

„Es ist das entscheidende Verdienst von Marx und vielleicht das einzige, das allen Angriffen der Kritik und allen harten Schlägen der Zeit widersteht: die sozialistische Idee und die Arbeiterbewegung einander genähert und mit einander verbunden zu haben" (S. 12). Ganz ausgezeichnet legt er mit wirklich eindringlicher Klarheit die Marxsche Revolutionstaktik in ihren verschiedenen Formen dar (S. 14 ff.). Hier besteht bekanntlich der Widerspruch, daß das Proletariat im Kapitalismus immer fortschreitender

absoluter Verelendung verfalle und doch wieder Träger aller Kräfte zur endgiltigen Vollendung des Menschengeschlechts sei. Wunderhübsch bemerkt Jaurès hierbei: „Wie Hegel die Entstehung des Christenthums, so legt Marx die moderne Emanzipationsbewegung aus. Wie sich der Christengott zu den tiefsten Tiefen der leidenden Menschheit erniedrigt hat, um die ganze Menschheit zu erhöhen, wie der Erlöser zur wahren Erlösung der Menschen sich fast bis zur Stufe der Thierheit von Allem entblößt hatte, wie kein Mensch sonst, wie die unendliche Demüthigung vor Gott die Bedingung zur unendlichen Erhöhung des Menschen war, so mußte in der Dialektik von Marx das Proletariat, der moderne Erlöser, eines jeden Schutzes, eines jeden Rechtes beraubt, mußte erniedrigt sein bis zur tiefsten Stufe des historischen und sozialen Nichts, um dann sich selbst und damit zugleich die ganze Menschheit zu erheben. Und wie der Gottmensch zur Erfüllung seiner Mission arm, leidend und gedemüthigt bis zum Triumphe des Auferstehungstages bleiben mußte, bis zu jenem eigenthümlichen Sieg über den Tod, der die ganze Menschheit vom Tode befreit hat, so erfüllt auch das Proletariat um so sicherer seine Mission, wenn es bis zur Erreichung des Endziels, bis zur revolutionären Auferstehung der Menschheit wie ein immer schwerer werdendes Kreuz das Gesetz der kapitalistischen Unterdrückung und Verelendung trägt. Daher erklärt sich offenbar bei Marx jene merkwürdige Geistesrichtung, die ihn für die Idee einer theilweisen Erlösung des Proletariats schwer zugänglich macht. Daher eine gewisse Freude, in die er etwas dialektische Mystik mischt, wenn er die auf dem Proletariat lastenden zermalmenden Kräfte konstatiren kann“ (S. 41). Mit feinstem Verständniß hat hier Jaurès auf die theologische Ader im Marxschen Wesen hingedeutet, die auch sonst im Marxschen Werk so vielfach zum Vorschein kommt, aber noch niemals festgestellt worden ist. Der Rabbinersprößling kann sich nicht verleugnen. — Das Prinzip Jaurèsscher Taktik enthüllt die Stelle: „Nicht durch den unvorhergesehenen Stoß politischer Agitationen wird das Proletariat zur Macht gelangen, sondern durch die methodische und legale Organisation seiner eigenen Kräfte unter dem Gesetz der Demokratie und des allgemeinen Stimmrechts“ (S. 42). Man sieht, es ist das Rezept des Engelschen „Testaments“, das genau so in Frankreich wie in Deutschland zur Anwendung kommt. Jaurès selber spricht von einem Programm der „revolutionären Evolution“, das der Sozialdemokratie eigenthümlich sei bezugsweise geschaffen werden müßte. Ich selber habe schon längst und wiederholt das Wesen der „gemauserten“ Sozialdemokratie auf die Formel gebracht: Durchsetzung des revolutionären Prinzips mit evolutionärer Taktik. Ueber das „Endziel“ äußert sich Jaurès: „Es wäre jedenfalls ein schwerer Irrthum und ein großer Fehler, das Endziel des Sozialismus im Dunkel der Zukunft verschwimmen zu lassen. Der Kommunismus muß die leitende und sichtbare (?; wohl Uebersetzungsfehler, sinngemäßer wäre „leuchtende“) Idee der ganzen Bewegung bleiben“ (S. 44). Ich habe genau im gleichen Sinne

wiederholt schon den Fachausdruck „regulative Idee“ angewandt. Es ist der einzige Ausdruck, der wirklich alle Zukunftsstaats-Schwierigkeiten aus dem Wege räumt, als ob ihn Kant besonders für die Sozialdemokraten geschaffen hätte. Bezüglich der gegenwärtigen und politischen Anwendung des Sozialismus im wirthschaftlichen Sinne huldigt Jaurès weitgehenden staatssozialistischen Tendenzen; er ist z. B. für ein staatliches Getreideeinfuhrmonopol, Verstaatlichung der Bergwerke, der Zuckerraffinerien; es kommt ihm darauf an, „in die heutige Gesellschaft neue, zugleich staatliche und genossenschaftliche, kommunistische und proletarische Formen des Eigenthums einzuführen, die allmählich den Rahmen des Kapitalismus sprengen sollten“ (S. 55). Jaurès ist es bekanntlich gewesen, der besonders eifrig Millerands Zugehörigkeit zum Ministerium vertreten hat. Jetzt — nach dem Rücktritt des Ministeriums Waldeck-Rousseau — erklärt er zu dieser Frage und über die nächsten Aufgaben der Sozialdemokratie Frankreichs, daß er es für falsch halten würde, wenn die sozialistische Partei sich in der Folgezeit an der Zusammensetzung der Regierung betheiligen würde. „Die sozialistische Partei muß sich erst selbst Zeit lassen, von einer gewissen Entfernung aus die guten und schlechten Wirkungen der Betheiligung zu beurtheilen. Sie muß die Ereignisse in die richtige Perspektive stellen können. Und zunächst muß sie auch ihre ganze Kraft aufsparen, um vor dem Parlament und dem Lande ihr vergrößertes und erneutes Aktionsprogramm zu entfalten. *Sie wird es mit der größeren Autorität thun, die ihr ihre bestimmende Rolle in großen Krisen der Freiheit und der Nation verschafft hat* ... Die Stunde ist wirklich gekommen, da auch das Problem des Eigenthums vor das Parlament gebracht werden kann und muß, nicht mehr durch einfache theoretische Erklärungen, sondern durch große, bestimmte und praktische Pläne . . .“ (S. 58). Wie taktisch klug und zugleich zielbewußt das ist! Weil der Sozialismus ein paar Jahre in Frankreich mit an der Regierung gewesen ist, hat er sich nicht etwa den bestehenden Verhältnissen assimilirt, er will vielmehr auftreten und sagen: wie könnt ihr uns Staatsfeinde nennen, nachdem ihr doch mit eigenen Augen gesehen habt, wie wir die Republik und das Vaterland gerettet und es gleich jedem anderen Patrioten zu regieren verstanden haben! Ich halte den Jaurèsschen Standpunkt für die vorgeschrittenste Erscheinungsform des Sozialismus, der erst dann dem Zustand der bestehenden Ordnung wirklich gefährdet wird, wenn er ihre Bedingungen nicht schlankweg verneint und verleugnet, sondern ihrer Idee nach entwickelt.

Von Jaurès ist auch das Programm verfaßt, das auf dem Kongreß zu Tours im März dieses Jahres der größere Theil der Anhänger des mehrfach gespaltenen französischen Sozialismus acceptirt hat. Es ist das übrigens weniger ein Programm, als vielmehr eine Prinzipienerklärung, das heißt — der Form nach — ein Mittelding etwa zwischen dem Erfurter Programm und dem kommunistischen Manifest. Der erste und grundlegende Satz dieser im „Vorwärts“ vom 7. März d. J. abgedruckten Erklärung

lautet: „Der Sozialismus geht zugleich hervor aus der Bewegung der Demokratie und den neuen Formen der Produktion.“ Darauf heißt es weiter: „Historisch betrachtet, haben die Proletarier gleich im Beginn der französischen Revolution eingesehen, daß die Erklärung der Menschenrechte illusorisch bliebe ohne eine soziale Umgestaltung des Eigenthums.“ Es ist selbstverständlich überaus glücklich, sogleich auf die große Revolution Bezug zu nehmen, aus der ja doch auch die jetzige französische Staatsform offiziell ihr Existenzrecht herleitet. In einem zweiten Abschnitt wird dann der Gegensatz zwischen der politisch-republikanischen Staatsform und der kapitalistischen Wirthschaftsordnung in glänzenden Synthesen also betont: „Zwischen dem aus der revolutionären Bewegung hervorgegangenen politischen Regime und dem ökonomischen Regime der Gesellschaft besteht ein unerträglicher Widerspruch. Auf dem politischen Gebiet wird die Demokratie durchgeführt: alle Bürger betheiligen sich wenigstens de iure an der Souveränität. Das allgemeine Wahlrecht ist der Kommunismus der politischen Macht. Auf dem ökonomischen Gebiet ist dagegen eine Minderheit souverän . . . Das unwiderstehliche Streben der Proletarier ist daher, die auf politischem Gebiet theilweise verwirklichte Demokratie ins ökonomische Gebiet zu übertragen. Wie alle Bürger die politische Macht demokratisch, gemeinschaftlich besitzen und handhaben, ebenso gemeinschaftlich müssen sie die ökonomische Macht und die Produktionsmittel besitzen und handhaben.“ Ich kann es mir nicht versagen, wiederum darauf hinzuweisen, daß es gerade dieser Gedanke des französischen Programms vom März dieses Jahres ist, den ich bereits im Juli vorigen Jahres als den leitenden Grundgedanken der neuen sozialdemokratischen Taktik ganz klar dargelegt habe in dem Artikel „Von der Utopie zur Praxis“ im vorjährigen Juliheft der „Preußischen Jahrbücher“. Ich schrieb dort, der Proletarier würde sich fragen: „Giebt es im Staate, im Deutschen Reich nicht irgend eine Stelle, von der aus betrachtet ich von Rechts wegen meinen allseitigen Anspruch auf Gleichberechtigung, Freiheit und Gleichheit geltend machen kann? Und er wird eine solche Stelle finden, im Reichstagswahlrecht. Hier ist Jeder als Staatsbürger gleichgestellt . . . Der Proletarier wird in jedem Augenblick die Kontraststellung empfinden, die er einestheils als Staatsbürger im Staatskörper, anderentheils als Arbeiter im Wirthschaftskörper einnimmt. Er ist zugleich ein Gleicher und ein Ungleicher.“ Diesen Antagonismus habe ich dann als das leitende, taktische und revolutionäre Prinzip des neuen, „gemauserten“ Sozialismus bezeichnet. Daß meine Vorhersage noch nicht ein Jahr darauf von der französischen Sozialdemokratie fast bis aufs Wort bestätigt werden würde, habe ich damals nicht angenommen. Die Einsicht unserer deutschen Sozialisten ist allerdings noch nicht so weit entwickelt. Der „Vorwärts“ hat das neue französische Programm als „ideologisch“ und „rhetorisch“ scharf verurtheilt. Wenn aber in einigen Jahren nach Bebels Ankündigung auch die deutsche Sozialdemokratie zur Programmrevision schreiten wird, bezweifle ich nicht, daß dieses

neue Programm im großen Ganzen, im Geist und in der Methode, dem französischen ähnlich sein wird. Ich möchte den Versuch wagen, die Grundlinien eines solchen neuen Programms zu skizziren. Das Erfurter Programm ist dogmatisch und basirt auf einer ökonomischen Theorie. Das neue Programm wird sich historisch geben müssen. Und zwar dürfte sein Ausgangspunkt — gleich dem französischen — ein knapper Hinweis auf die französische Revolution sein. Von ihr datirt doch schließlich das Recht der Demokratie und das Recht auf Revolution. Sie ist außerdem das einzige Ereigniß, an das die sozialistische Demokratie aller Länder gemeinsam anknüpfen kann. Die französische Revolution kann natürlich nur Anknüpfungspunkt sein, mit dem Hinweis, daß bereits damals alle die Ideale aufgestellt sind, die noch bestehen, aber noch immer nicht verwirklicht sind. Im weiteren Verlauf wird das Programm beziehungsweise die Prinzipienerklärung der deutschen Sozialdemokratie sich natürlich auf deutsche Verhältnisse beziehen müssen. Und ich glaube, daß hier eine Ausnutzung der deutschen Einheits- und Freiheitsbewegung im Interesse sozialdemokratischer Taktik stattfinden wird. Der Grundgedanke dürfte sein, daß die deutsche Bourgeoisie in ihren Anfängen sehr wohl jene Ideale anerkannt und gepflegt hat, um deren Erfüllung die Sozialdemokratie noch immer kämpfen muß. Die Entwicklung ist etwa die gewesen, daß das materielle Geschäftsinteresse der emporkommenden Großbourgeoisie die Verwirklichung der eigenen bürgerlichen Ideale nicht ertragen konnte, und so charakterisirte sich die deutsche Entwicklung durch einen immer stärker hervortretenden Antagonismus zwischen Ideal und Leben, Wirthschaft und Recht. Der Endeffekt dieser Entwicklung ist schließlich der totale Widersinn gewesen, daß, während wirthschaftlich die liberale Bourgeoisie die Führung Deutschlands übernahm, die politische Leitung dem feudalen Junkerthum zufiel. So ergiebt sich denn für das Proletariat und die Sozialdemokratie die historische, nationale und humane Aufgabe, selber erst die eigentlich der Bourgeoisie zufallende Mission zu erfüllen, durch die nämlich nach vollständiger Vernichtung des wirthschaftlichen und politischen Feudalismus der moderne liberale Staat erst einmal lebendige Wirklichkeit wird, der liberale Staat, dessen der Kapitalismus und Industrialismus zu ihrer vollen Entwicklung nothwendig bedürfen. Dann erst beginnt in Deutschland die Lösung der eigentlichen Spezialaufgabe der Sozialdemokratie, jener letzte Vormarsch in immer beschleunigter Verfolgung sozialisirender und demokratisirender Tendenz, denen die vollendete und konsequente sozialistische Demokratie als regulative Idee wegweisend voranleuchtet. Man wird mir zugeben, daß ein demokratischer Geschichtsklitterer mit einigem Geschick sehr wohl die deutsche Entwicklung in solchem Lichte darstellen könnte. Das Eigenthümliche einer solchen Prinzipienerklärung müßte sein, daß in ihr die materiell-wirthschaftlichen Momente mit den ideal-geistigen stets Hand in Hand gingen, gewissermaßen nach dem Goethe entlehnten Wort, das jetzt gerade wieder die Losung der modernen sogenannten „Monisten“ ist: „Materie nie ohne

Geist". Man verkenne nur nicht den Zusammenhang gewisser moderner „Geistesströmungen". Wenn Bernstein neuerdings in der „ethischen Kultur" schreibt, wenn diese Richtung viel für die Vertreter des Haeckelschen Monismus — Giordano Bruno-Bund u. s. w. — übrig hat, wenn der Sozialismus wieder auf die Menschenrechte zurückgreift, von denen er in Wirklichkeit nie losgekommen ist — so steht das alles in einem inneren Zusammenhange. Ich weiß sehr wohl, daß es einzelne Sozialisten — wie Franz Mehring — giebt, die von den „Menschenrechten" nicht reden hören können, ohne daß ihnen übel wird. Ich weiß sehr wohl, daß man zunächst den für einen vollkommenen Dummkopf erklären möchte der die Menschenrechte auch nur in den entferntesten Zusammenhang mi dem „wissenschaftlichen Sozialismus" zu bringen wagt. Ich weiß auch sehr wohl, daß die Philosophie der Menschenrechte in gewisser Hinsicht einen ganz gewaltigen Rückschritt hinter den Marxschen historischen Materialismus, insofern er Hegelianismus ist, bedeutet. Ich weiß aber auch, daß eine Masse nicht einer Weltanschauung den Vorrang giebt, weil sie tief ist, sondern weil sie ihren Zwecken dient und von ihr verstanden wird. Für die Masse ist oft das Banale das Beste. Ich will auch keineswegs behaupten, daß die Philosophie der Menschenrechte von der Sozialdemokratie unverändert und mit ihrem individualistischen Grundzug aufgenommen werden wird. Wie man die spezifisch bürgerliche Wirthschaft vom Individualismus zum Sozialismus kehrt, so wird man auch der spezifisch bürgerlichen Wissenschaft einen kommunistischen Grundzug geben. Die Synthese zwischen dem Menschen als Gesellschaftsgeschöpf und dem Menschen als Individuum liegt ja im Kern bereits innerhalb des Marxschen Systems. Man wird den Kern nur von veralteten Hüllen befreien und mit neuen bekleiden müssen. Wie das geschehen könnte, darüber finden sich auch bereits Andeutungen in Jaurès' Buch in den Abschnitten „Das Endziel" und „Menschenrechte". Ich denke mir etwa eine Theorie, die in dem Satz kulminirt: „Das Recht des Menschen entwickelt sich mit der Freiheit des Staatsbürgers". Jaurès versteht es sogar in, wie ich annehmen möchte, vorbildlicher Weise, den Menschenrechten eine nationale Einkleidung zu geben und so Menschenrecht und Staatsrecht zu verschmelzen (S. 161).

Wenn die sozialdemokratische Entwicklung sich in solcher Richtung vollziehen sollte, so bleibt ein Theil derer, die auf die fortschreitende „Mauserung" besondere Hoffnungen gesetzt haben, besonders unbefriedigt. Es sind die, die vor allem eine Erziehung der Sozialdemokratie zu einer Politik der nationalen Macht nach außen hin anstreben. In Jaurès' Buch ist leider — und das ist ein großer Fehler — das Verhältniß des Sozialismus zum Militarismus nicht behandelt. Wohl aber ist darüber in der von Jaurès verfaßten Prinzipienerklärung gesprochen. Es heißt da: „Die sozialistische Partei will den Frieden unter den Nationen; sie verurtheilt jede offensive und Kriegspolitik, gleichviel, ob es sich um einen kontinentalen oder einen kolonialen Krieg handelt. Sie sorgt dafür, daß

die gleichzeitige Abrüstung stets auf der Tagesordnung der zivilisirten Länder bleibt. Und in Erwartung des Tages des endgiltigen Friedens unter den Nationen bekämpft sie den militärischen Geist, indem sie aus allen Kräften für die Ueberleitung des Systems des stehenden Herres in das Milizsystem arbeitet“. Die Haltung des französischen fortgeschrittensten Sozialismus entspricht in dieser Frage also ziemlich genau der des gegenwärtigen deutschen. Ich glaube bestimmt nicht, daß diese Haltung in absehbarer Zeit, die für den Politiker doch allein in Rechnung kommt, sich ändern wird. Ich will nicht verhehlen, daß ich selber zeitweilig zu denen gehört habe, die eine Verbindung des Sozialismus mit dem Gedanken der nationalen Macht nach außen hin in Rechnung gestellt haben. Ein je deutlicheres Bild ich mir aber von dem Wesen der sozialdemokratischen Entwickelung gemacht habe, umsomehr bin ich von jener Annahme zurückgekommen, so sehr, daß ich jetzt sogar eher noch einer weiteren Ausprägung des antimilitärischen Geistes in der Sozialdemokratie entgegensehe. Ich habe selbstverständlich für diese meine Ansicht mehrere schwerwiegende Gründe, deren Auseinandersetzung ich mir aber für eine besondere Arbeit an dieser Stelle oder anderswo vorbehalten muß.

Max Lorenz.

Literatur.

Joseph Görres als Herausgeber, Literarhistoriker, Kritiker im Zusammenhange mit der jüngeren Romantik. Von Franz Schultz. Berlin, Mayer & Müller, 1902. (XII. Heft der von Aloys Brandl und Erich Schmidt herausgegebenen Zeitschrift Palaestra.) 248 Seiten. gr. 8°. M. 7.

Das außerordentlich fleißige Werk des sehr kenntnißreichen jungen Forschers ist das Ergebniß einer wahrlich nicht leichten Preisaufgabe der Grimm-Stiftung der Berliner Universität. Es wurde gefordert, Görres Stellung innerhalb der Romantik und der jungen deutschen Philologie zu bestimmen und erhellen. Diese Beschränkung streng innezuhalten, müßte freilich schon durch die Art des merkwürdigen Mannes ausgeschlossen erscheinen, die eben auf Universalität der Anschauung, Gewinnung eines einheitlichen Weltbildes gerichtet war, und der gefährlichen Hilfen phantastisch-mystischer Kombination und genialer Ahnung nicht entbehren wollte. Von den verschiedensten Seiten her mußte der Verfasser sich angeregt sehen, zu einer allgemeinen Darstellung des gesammten Lebensganges zu gelangen, mußte er die gebotene Ausschließung der kirchlich politischen Bedeutung des großen Publizisten als lästige Fessel empfinden.

Die gleichsam kometenhafte Bahn der geistigen Bewegung, die wir gewohnt sind als Romantik zu bezeichnen, vag genug zwar, schwingt um das Zentrum Goethe herum, bald aber in ihrer Parabel von ihm fort. Gemeinsam ist dem alten Goethe wie der Romantik, und vor Allem der

jüngeren Heidelbergischen Richtung, die Forderung des Genialischen, jetzt in viel umfassenderem Sinne gemeint, als ehedem von den Original-Genies der Wertherperiode, gemeinsam Allen daher die grenzenlose Verachtung des Widerspiels, des Philisterthums, des „großen“ Publikums. Dieses aber weiß sich zu rächen, denn es ist das Mächtige. Goethe und die ehrlichen Romantiker alle, sie wußten ein Lied davon zu singen. Fragen wir jedoch, was denn wohl das eigentliche Wesen, die Trieb- und Keimkraft des Genialischen sei, so wird sich, glaube ich, ergeben, nichts Anderes als das Persönliche, das Individuelle, das Unaussprechliche, wie denn Goethes Zitat „Individuum est ineffabile“ bei Funck (Schr. d. G. G. 16, 138) den Zusatz trägt: „woraus ich eine Welt ableite“.

Gemeinsam ist Goethen wie den Romantikern denn auch, und in Görres fast zum Fanatischen ausgewachsen, der Haß wider die „Aufklärung“, den höchsten Ruhm des Jahrhunderts. Man erinnere sich des dummen Pfaffen im Werther, Semlerischer Schulung, der die prächtigen Nußbäume vor dem Pfarrhause abhauen ließ.

Den Unsinn der französischen Demagogie mußte der junge Görres erst in vollen Zügen ausschlürfen, das Evangelium der Guillotine, an das auch die Rheinländer des ausgehenden 18. Jahrhunderts glaubten, in seiner Wirksamkeit an Ort und Stelle, in Paris, beobachten, ehe der Umschlag in den Romantiker erfolgen konnte, bevor die demagogische Publizistik zu wissenschaftlich-literarischer sich umformte. Die Reise geschah im Winter 1799 und Görres war 23 jährig. Bei der von dem Verfasser beklagten Unzulänglichkeit aller bisherigen biographischen Darstellungen darf man sich nun freuen, in ihm selber den berufenen Vollender der Aufgabe zu sehen. Und wie wird dann in gebotener breiter, behaglicher Gestaltung, ich denke etwa in der Weise der Herbstischen Voß-Biographie, auch das Allgemeine Interesse und Verständniß gewinnen. Vor der Hand sei uns das Büchlein als Entwurf des Planes einer Görres-Biographie, wie sie heute zu fordern ist, willkommen.

Die neue Bewegung der Romantik, wie eng sie sich auch an Goethen anlehnen mochte, empfand die straff zügelnde Hand des Meisters unwillig genug und nach Schillers Uebersiedelung nach Weimar schien dieser, gleichsam im Solde Goethes, der spiritus rector eines geistigen Areopags zu sein, er, den man lieber auf der Seite der Opposition wider den ersten Konsul gesehen hätte. Die Jenaische Débacle von 1806 schien vorgefühlt zu werden und man schaute nach einem passenderen Lokale aus. Da bot sich als recht eigentlich romantische Landschaft das frisch aufblühende, alte feine Heidelberg. Daß die heutige Jugend die liebliche Neckarstadt mehr in Scheffelscher Beleuchtung sieht als in der Eichendorffs, mag sie mit sich ausmachen. Seit 1803 trat in der That Heidelberg die Nachfolge Jenas an. Eine unerhörte Flucht dorthin geschah. Ackermann, Fries, Schelver, Thibaut — derselbe, dessen Leitung Goethe später den eigenen Sohn August überwies — der bekannte Tasso-Uebersetzer Joh. Diederich Gries und,

was Goethe aufs Tiefste kränkte, J. Hr. Voß, zogen ab. In Vossens Weggang sah Goethe ganz speziell persönliche Undankbarkeit; „der alte Neidhammel“ hieß er ihm nun. Hier freilich durfte sich Voß ganz ungenirt auf die Seite des Paulusschen Rationalismus stellen, durfte über Napoleons Erfolge jauchzen als über ein Weltgericht an der ihm verhaßten „Hochgeburt“. Paulus und Voß auf der einen, Creuzer und Görres auf der anderen Seite, schärfere Gegensätze waren schwerlich zu finden. Und um so höher ist der Charakter in Görres zu schätzen, wenn es ihm gelang, von Voß anerkennenden Händedruck für seine publizistische Tapferkeit zu erlangen. Das war 1816 die Wirkung des Rheinischen Merkur, später entzweiten sie wieder konfessionelle Gegensätze. Der Senat muß das Bedürfniß eines konservativen Gegengewichtes schon gehabt haben, als er Görres Bewerbung sogleich freudig gewährte. Die Vorlesungen über die „altdeutsche Literatur“ (1808) waren zwar nicht die ersten in ihrer Art, denn Benecke in Göttingen war ihm damit zuvorgekommen und strenger philologisch geschult, für Heidelberg waren sie etwas Neues. Die literarische Hegemonie des Cottaschen Morgenblattes zu brechen, war eine der ersten Thaten des neuen Lektors (Ende 1807). Noch heut bewundern wir den prachtvollen Zorneserguß über den niedrigen Stand des deutschen Journalismus und die große „Herberge des literarischen Pöbels“ in Stuttgart. Hier liegt der Gedanke einer Gegengründung in der Wiege, der bald so einflußreichen „Heidelberger Jahrbücher der Literatur“. Friedrich Creuzer war ihr erster Redakteur. Bis 1811 dauerte ihre Blüthezeit. Es ist der Geist der Romantik im Kampfe wider den Geist der Aufklärung.

Brentano, der 1805 den ersten Band des „Wunderhorns“ abgeschlossen hatte, blieb bis Ende März 1807 in Heidelberg, 1808 kommt Arnim, seit Ende Juni leben beide zusammen und der „immer spekulative“ Görres ist der Dritte im Bunde, der sich in der „Einsiedlerzeitung“ ein Parteiorgan schuf.

Bezeichnend, aber auch verhängnißvoll glaube ich, war es für die jüngere Romantik, daß man sich in Tieck einen Musterdichter ausgewählt hatte, den man gleich nach Goethe rangirte, da es doch nicht rathsam schien, ihn als Anti-Goethe zu proklamiren. Schultz erkennt, wie Görres von Goethes Schaffen immer weiter zurücktritt. In der Schätzung des Wilhelm Meister begegnet man sich sogar mit Voß, er stelle eine niedrig ökonomische Ansicht des Lebens dar. Görres ist zeitlebens ohne Berührung und Neigung für die Bühne geblieben. Die Summe seines Heidelberger Aufenthalts konnte er in einem Briefe an Freund Villers so ziehen: „Ich bin mit viel guten Leuten in Verkehr gekommen, in deren Leben das Zusammentreffen mit mir nicht verloren sein wird, die Blume der Universität ist immer um mich her gewesen, ich habe sehr viel zugelernt, viel gearbeitet und erfahren.“ Also eine schöne, glückliche Jugendzeit.

Das folgende Kapitel behandelt Görres als Herausgeber, Literar-

historiker und Kritiker. Als Quelle der gedrängten Darstellung treten die Briefwechsel mit Creuzer und den Brüdern Grimm in den Vordergrund. Einer werthvollen Zusammenstellung sämmtlicher Besprechungen aus Görres Feder in den Heidelberger Jahrbüchern 1808 folgt die Erörterung der altdeutschen Studien, die sich an Glöckles miserable Abschriften aus den damals noch vatikanischen Handschriften der Palatina anlehnen. Der Antheil an dieien Studien war ihm durch seine politischen Bestrebungen erweckt worden. Später verdrängte der Eifer in kirchlich-apologetischer Tagespolitik dieses Interesse. Zu der Sammlung der Volksbücher bot Brentanos prachtvolle Sammlung seltener alter Manuskripte und Drucke das ergiebigste Material.*)

Es ist heut nicht schwer, über den Mangel Görresscher Quellenkritik, ja philologischer Schulung überhaupt sich bedauernd zu ergehen; zu den Pfadfindern und Wegweisern gehört er doch. Freilich ist er Lachmanns vollstes Gegenbild. Aber, du lieber Gott, Goethephilologen und Schererschüler und Mitarbeiter am Euphorion waren die Anfänger der deutschen Philologie eben noch nicht, war auch, um einen unendlich fleißigen, jedem unentbehrlichen und fast von jedem gehänselten Mann zu nennen, Friedrich Heinrich von der Hagen nicht, und was ließe sich aus Hans Ferdinand Maßmanns Texten wunderlich Mißverstandenes zu Hauf bringen! In allen Ehren philologische Akribie und bibliographische Exaktheit, aber Sinn für das volksmäßig Poetische hatten sie schon und haben sie vor heutiger kühlkritischer Behandlung zum Theil noch voraus. Alles war ja frisch entdecktes Neuland, man untersuchte noch nicht, woraus der Humus desselben möchte zusammengeschwemmt sein. Es ist daher billig, mit Franz Schultz (s. S. 95 Anm.) Werth auf das „Gegenwartsinteresse" beider Freunde zu legen, das Brentano zum opferbereiten Büchersammler werden ließ, und auf dem Görres' ganzes Volksbuch beruht.

Es ist gewiß richtig, Görres ging oft in der Tendenz, das Verachtete und Verkannte zu retten und wiederzubeleben, über das vernünftige Maß hinaus, er ist aber ebenso gewiß unter die ersten und wirksamsten Anreger dessen zu zählen, was wir heut als „Volkskunde" preisen und pflegen. Als den Höhepunkt literarhistorischer Leistungen erklärt Schultz die Abhandlung über das Faustbuch. (Nr. 35 der Volksbücher.) Auch die Apokryphen als wichtige Urkunden der Mythengeschichte zu erkennen, war doch verdankenswerth.

Im Jahre 1809 gab Görres seine Rezension des Wunderhorns, ein wohlverdientes Lob des unermeßlich weit wirkenden Buches, das bekanntlich auch Goethe mit wohlwollendem Interesse Stück für Stück gesegnet hat. Bei diesem Anlaß konnte Görres seinem Aerger über Vossens schulmeister-

*) Meusebachs noch großartigere Sammlung ward der Wissenschaft erst nach seinem Tode zugänglich. Gab er auch den Freunden, Lachmann und den Grimm, gern briefliche Auskunft oder neckte sie durch kritische Glossen, so weigerte er doch auch einem Uhland die Benutzung seiner Liedersammlungen.



lich=anmaßliche „Zeitmessung der d. Sprache" Luft machen. Das unselige Büchlein, dem wir die ganze Platenische Seiltänzerei wesentlich verdanken, gegen dessen thörichte Forderungen wir den armen Goethe noch heute in Schutz zu nehmen haben, beruht auf völliger Unkenntniß deutscher Betonungsgesetze und ist auf Jahrzehnte hinaus das römische Prokrustesbett unserer Lyrik geworden.

Nicht der gleichen begeisterten Aufnahme hatten sich die 1817 erschienenen altdeutschen Volks= und Meisterlieder zu erfreuen, wiewohl die Zeitgenossen duldsamer waren, als das heutige Leser sein können. Es wird schon gut gemessen sein, wenn unsere Preisschrift kaum ein Drittel des Gebotenen als wirklich volksthümlich gelten läßt, und dem Sammler wird mit Recht die Verwischung aller klaren Grenzlinien zum Vorwurf gemacht. Gleichwohl ist es doch nur ein Zeugniß der Hast, mit welcher sich Görres über die durch das Verdienst Niebuhrs und Fr. Wilkens nach Heidelberg zurückerlangten 850 vatikanischen Handschriften herstürzte (1816), wenn die Auswahl so übel gerathen ist. Seine theoretische Erkenntniß, zu der er schon gelangt war, ist viel unanfechtbarer, als diese Texte der sogenannten Manassischen Sammlung ahnen lassen. Schade, daß Schultz sich die schöne Umschreibung hat entgehen lassen, die Görres dort (Einleitung S. XX) von dem Begriffe des Volksmäßigen giebt. Ich setze die Stelle her, da sie als ein weiteres Zeugniß für Görres „virtuose Sprachbeherrschung" (s. S. 139) gelten darf:

„Es ist nämlich der durchgreifendste Charakter des Volksmäßigen, daß wie das Volk selbst als ein Gemeinbegriff erscheint, auch nur das Gemeinbegriffliche ihm zusagt und in ihm wurzelt. Alles, was sonderheitlich und bloß einer Persönlichkeit eigenthümlich erscheint; Alles, was eindrähtig und eintönig nur in einer absonderlichen Faser der inneren Resonanz widerklingt; Alles, was ausweichend aus dem großen Strome menschlicher Gefühle nach oben oder seitab nur in einer fabrikmäßigen Künstlichkeit sich gefällt; so wie alles Verdumpfte und Ueberspannte, das Beides, weil es über die Grenzen des Organs hinausfällt, nicht mehr tönt, das geht unbeachtet an ihm vorüber, weil es nichts damit anzufangen weiß und das Werk darum gern auf seinem Werthe beruhen läßt. Was aber selbst Strom, nicht bloß Tropfe ist; was das ganze Gemüth oder eine Region desselben tüchtig zu fassen weiß; was seine starken tieflaufenden Wurzeln hinunter in die Brust einschlägt und nicht bloß einen nackten Ton, sondern die ganze Folge mitklingender Akkorde weckt; was jedem etwas sein und geben kann, und wie das fallende Manna in der Wüste jeden nach seinem Geschmacke und in seinem Verlangen sättigt, das wird schnell von Mund zu Mund, von Herz zu Herz getragen, es wird volksmäßig und unverwüstlich, weil es fortan dem armen einzelnen Leben entflohen und in das unsterbliche Gesammtleben aufgenommen ist."

Die schon von Bodmer in Betreff der Minnepoesie erlangte Erkenntniß der Vorbildlichkeit der provenzalischen (und französischen) Poesie fand aller=

dings sehr schwer Gehör. A. W. Schlegel hatte darin eine „nationale Versündigung“ erblicken wollen, und ähnlich ungläubig verhielt sich sogar Jacob Grimm (der überhaupt gewisse autochthonische Vorstellungen ungern preisgab).

Görres war in der That der Anforderung nicht gewachsen, die er sich hier gestellt hatte. Willkürliche Eingriffe in die Orthographie hätten die zünftigen Philologen ihm verzeihen müssen, er schonte aber auch Sprachschatz und Wortform nicht, ohne daß er doch verneuhochdeutschen wollte, die gräuliche Unsitte, die bald einriß. Dabei wimmelt das Liederbuch von Mißverständnissen und Verlesungen ohne Sinn und Verstand. Die Grimm und Freund Meusebach schonten ihn.

Auch in Rücksicht der Heldensage kann der heutige Germanist lediglich mitleidiges Wohlwollen für die gute Absicht bekunden. Seite 61: „So schwankt er vom Falschen zum Wahren tastend hin und her, bald alles durcheinanderwerfend, bald zu schroff scheidend.“ (Zum Beispiel dem Norden das Mythische, Deutschland die Heldensage ausschließlich zuweisend.)

Die Brüder Grimm hatten Anlaß genug, ihm dankbar zugethan zu bleiben. An deutsche Barden glaubten sie ja nicht mehr.

Mit schonender Nachsicht muß auch dem Lohengrin (1813) begegnet werden. Görres war damals ganz auf Gloeckles Abschrift angewiesen, eines Mannes, von dem er selber sagte: „von Geburt ein Schwein, von Erziehung ein Bruder Lüderlich.“ Doch die eigene Unzulänglichkeit im Lesen altdeutscher Texte kommt hinzu. Bedenken wir, daß unser heutiges Philologengewissen von Görres und seiner Zeit nicht wohl zu fordern stand, daß man mit ihm in der Hast, das eben frisch Entdeckte zu heimsen, nicht von der Stelle gekommen wäre.

Und zeigt nicht noch den Zeitgenossen die Thatsache, daß man ganze Handschriften photographisch herausgiebt, wie wenig man der gelehrten Zunft doch eigentlich traut? Freilich spielt hierbei moderne Bibliophilen-Fexerei stärker mit, als wissenschaftliches Bedürfniß. Der Verfasser verschweigt nicht, daß ja auch A. W. Schlegel und Rosenkranz die Ueberschätzung des jüngeren Titurels mit Görres theilten. Heute stehe uns das Gedicht vielleicht zu tief im Werthe (S. 177).

Von diesem aus ist der Weg zur Schätzung der mächtigen Anregungen gegeben, welche die Kenntniß der Baukunst und weiter der mittelalterlichen Kunst überhaupt Görres verdankt. War er doch der erste, der den Anstoß zur Vollendung des Kölner Domes gab.

Görres plante eine universelle Sagengeschichte. Sie wäre zweifellos von athemversetzender Phantastik geworden. Das bedeutet ja dem grundguten ehrlichen Kerl*) gegenüber gewiß nicht ohne Weiteres Flunkerei, denn

*) Als ihn im Oktober 1811 Arnim in Koblenz wiedersah, schrieb dieser, er sei und bleibe ihm „ein brav Kerl, der zu gut ist, um angestellt oder gelobt zu werden.“



dazu würde der animus fallendi nachgewiesen werden müssen, und davon kann wohl nicht die Rede sein, eher würde man den späteren Görres für etwas übergeschnappt gelten lassen. Ich meine, daß Menschen des engen Gesichtskreises, wie ihn L. Tieck hatte, nicht kompetent wären, über die angeblichen Verstiegenheiten der Görresschen Kombinationen zu urtheilen, dazu wären umfassendere Kenner der Weltliteraturen, etwa wie Felix Liebrecht und Reinhold Köhler, befähigt gewesen. Wer selber jemals sich auf dieses methodisch noch so wenig geschützte Gebiet gewagt hat, ja wer nur der deutschen Mythologie Jacob Grimms oder K. Simrocks sichere positive Lehren abzugewinnen trachtete, bei denen das „es scheint", „es wäre auch denkbar" und ähnliches Ahnen auszuscheiden wäre, der wird zur weitesten Toleranz fähig sein, wie sich bedürftig vorkommen. Ohne Phantasie ist hier in der That gar nichts zu wollen. Hat doch der wahrlich nicht phantastisch angelegte J. Hr. Voß — im Lexilogus, wenn ich nicht irre — auf die absolute Phantasielosigkeit der Leute gescholten, welche im Sternbilde des Wagens nicht ganz deutlich den Bären sehen, wie er sich nach dem bogenspannenden Jäger Orion angstvoll umsieht! In eine Sternkarte hineinzeichnen läßt sich viel, es sehen am Himmel, das ist etwas mehr verlangt. Und im rein Etymologischen, das der Mythenforschung unentbehrlich und nächstverwandt ist, geht doch gar oft Jacob Grimm ähnliche Phantasiewege, über die Milchstraßen der Möglichkeiten. Man kann sogar fragen, was wäre selbst alle historische Darstellung ohne Phantasie? Was weiß denn ein Mensch vom andern Menschen, fragte Goethe einmal.

Weimar, Anf. Mai 1902. Franz Sandvoß (Xanthippus).

Die Heilung des Orest in Goethes Iphigenie. Von Dr. Hans Laehr, dirigirendem Arzte der Heilanstalt Schweizerhof zu Zehlendorf. Berlin, G. Reimer. 1902. 86 S. gr. 8°.

Das alte beliebte Aufsatzthema, da ist es wieder einmal! Der Titel des Verfassers machte mich erst besorgt, es möchte sich um eine psychopathische Studie handeln, aber nachdem ich das Schriftchen, zum Trost in diesen gräulichen Pfingsttagen, doch durchgelesen habe, gebe ich ihm gern das Zeugniß, es sei, wie sich gebührt, eine rein ästhetische Würdigung der berühmten Dichtung und als solche eine recht brave gescheidte Arbeit, etwas spitzfindig hie und da, aber das ist wohl durch das Thema bedingt. Der Verfasser erkennt als das Heilende oder Sühnende, in Anlehnung an ein bekanntes Wort Goethes, die „reine Menschlichkeit", deren Trägerin und Vermittlerin Iphigenia ist. Dieser Begriff war natürlich auf den Kreis Herderscher Ideen zurückzuführen und daraus zu umschreiben. Dabei ist vielleicht noch zu wenig Gewicht darauf gelegt, daß die Zurückführung auf rein menschliche Vorgänge und Einflüsse (vgl. S. 60) doch ihre Grenze in der gegebenen Fabel, der mythischen Perikope gleichsam, hat und ewig behalten wird. Zum Glück der Poesie zwar.

Und so bleibt denn, das ist das Schicksal aller solcher Schulerörterungen, das Inkommensurable dennoch bestehen. Was sollte der Dichter wohl anfangen, wenn er sich auf plane Gleichungen angewiesen fände?

Der Streit der Meinungen beweist also in der That nicht sowohl, daß Goethe wie Moebius sagte, unklar gewesen, als vielmehr, daß seine Dichtung wie noch mehr der erste Faust, das Produkt jener „reinen Dumpfheit" ist, die er so oft als höchste göttliche Gabe pries. Nur so konnte schmerzvoll Erlebtes phantastischen Figuren in den Mund gelegt, eine befreiende Katharsis wirken. Vom Zauber des mythischen Urgrundes selber umnebelt und berauscht, in einem göttlichen Wahnsinn (θεία μανία) vollzieht sich das Schaffen des Dichters. Diese schöne Dumpfheit aus der Iphigenie herauszuklügeln wird Keinem ganz gelingen. Sie ist das, was die Romantiker das Mystische genannt haben, wie wir eben bei Gelegenheit der Franz Schultzischen Görresstudien gelernt haben. Es ist schon aller Ehren werth, daß dem Psychopathiker der Dichter nicht schon als solcher und eo ipso krank erscheint.

„Götter, die zu Rache und Muttermord auffordern", scheinen zwar dem Verfasser nicht in das Goethische Drama zu gehören, man wird sie als mythisch gegeben gleichwohl gelten lassen müssen, vielleicht sogar betonen, wenn einmal das Thema so gestellt würde: was veranlaßte wohl den alten Goethe dazu, seine Dichtung als zu ungriechisch abzulehnen? Der Verfasser deutet auch diese Frage an, wo er sehr richtig von unbewußter Einwirkung christlicher Anschauungen handelt (S. 52 ff.). Zwar nicht im Sinne der Dogmatik und der Lehre von der Wiedergeburt und göttlichen Gnadenwirkung — daran hatte Mathias gedacht, — aber doch gewiß im Sinne des Herderschen Humanismus, der, darf man wohl sagen, den dogmatischen Inhalt des Christenthums in ganz analoger Weise verflüchtigt hat, wie die Philosophie Platos und seines größeren Schülers Aristoteles das episch-mythische Gewebe der griechischen Religion, auf dem doch die Tragödie als Festspiel des Kultus immer noch ruht, indem sie die Dichter verleitet, ethische Probleme in forensisch-rabulistischer Advokatenmanier gleichsam zu zerfasern. Hätte Goethe gar bedauert, dem Euripides nicht näher geblieben zu sein, um ja sein antikes Ideal getreuer zu gestalten? Dann mögen wir uns um so lieber an der nun einmal endgiltigen Iphigenie von 1787 genügen lassen.

Weimar, 20. Mai 1902. Franz Sandvoß (Xanthippus).



Pädagogik.

Geschichte der Erziehung vom Anfang an bis auf unsere Zeit von K. A. Schmid, fortgeführt von Georg Schmid, 5. Bd. 2. Abtheilung. (Stuttgart und Berlin 1901, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger.)

Die zweite Abtheilung des fünften Bandes der Geschichte der Erziehung von K. A. Schmid ist erschienen und schließt damit das vielbändige Werk ab, das unter dem wenig zutreffenden Titel eine encyklopädische Zusammenstellung sehr verschiedenartig gearbeiteter Monographieen über das Unterrichts- und Bildungswesen alter und neuer Zeit, über einzelne Pädagogen und Methodiker und über eine Reihe pädagogischer Bestrebungen giebt. In den ersten Bänden lag der Anordnung das zeitliche Prinzip zu Grunde, und so besaß das Werk noch eine gewisse Einheitlichkeit und machte im Großen den Eindruck einer zusammenhängenden geschichtlichen Darstellung. Zuletzt aber ist der Inhalt immer mannigfaltiger und bunter geworden, und die nebeneinander hergehende Behandlung der einzelnen neueren pädagogischen Bestrebungen, die jedes inneren Zusammenhangs entbehrt, läßt einen einheitlichen Gesammteindruck nicht mehr aufkommen. Besonders der vorliegende Band enthält auf seinen 316 Seiten eine bunte Zusammenstellung der verschiedensten Gegenstände: Geschichte des Realschulwesens in Deutschland von R. Hoffmann. Das höhere Bildungswesen in Frankreich von 1789—1899; dasselbe in England im 19. Jahrhundert; das Bildungswesen der Jesuiten seit 1600 von E. v. Sallwürk. Geschichte des höheren Mädchenschulwesens in Deutschland und Frankreich von J. Wychgram, in England von A. Hamann. Nachtrag zur Geschichte der preußischen Gymnasien und Realgymnasien von G. Schmid.

Die beste unter den Darstellungen hat die Geschichte des Mädchenschulwesens in Deutschland und Frankreich erfahren. Der Verfasser beschränkt sich nicht bloß auf eine Charakteristik der Theorie und Praxis seit dem 15. Jahrhundert; er versucht die Bewegung auch im Zusammenhange mit der Umwandlung der kulturellen und ethischen Anschauungen über die Stellung und Aufgabe der Frau darzustellen. E. v. Sallwürk giebt kurze, brauchbare Uebersichten, in denen die hervorragenden Werke französischer und englischer Forscher mit Geschick verwerthet werden.

Ganz unzulänglich dagegen ist die sogenannte Geschichte des Realschulwesens in Deutschland. Der Titel erweckt Erwartungen, denen die Darstellung keineswegs entspricht. Den Haupttheil der Auseinandersetzungen bildet ein Ueberblick über die von Staatswegen unternommene Ausgestaltung des Realschulwesens seit der vorläufigen Instruktion vom Jahre 1832, dem sich eine ähnliche Betrachtung in den drei übrigen deutschen Königreichen, in Baden und Hessen anschließt. Eine Charakteristik des häufig beschriebenen Semlerschen Versuchs und der Heckerschen Anstalt leitet diese Uebersicht ein. Und das soll nun eine Geschichte des Realschulwesens in

Deutschland sein! Welche lohnende und überaus wichtige Aufgabe wäre dies! Welch ein weites Gebiet öffnet sich hier der Forschung! Die Art, wie sich der Verfasser seine Aufgabe willkürlich beschränkt, zeigt, daß ihm ihre Bedeutung nicht zum Verständniß gekommen ist. „Die Geschichte des Realschulwesens beginnt mit dem Zeitpunkte, wo Realschulen wirklich ins Leben traten, nicht mit dem Lautwerden von Stimmen, die in den Schulen Unterricht in den Sachen aus der Natur und dem Menschenleben oder in den lebenden Sprachen verlangten.“ Die unbestimmte, unglückliche Fassung des Ausdrucks könnte dieser willkürlichen Beschränkung beinahe einen Schein des Rechts verleihen. Unterricht in den Sachen aus der Natur und dem Menschenleben oder in den lebenden Sprachen ist in manchen Bildungs- und Erziehungsinstituten lange vorher betrieben worden, ehe man an die Forderung oder gar Gründung von Realschulen dachte. In den frühesten Ritterakademien sind moderne Sprachen und die für das Leben des Edelmannes und den Beruf des zukünftigen Hofbeamten brauchbaren Gegenstände gelehrt worden, und um die Wende des 17. Jahrhunderts haben viele Lateinschulen, unter Anderem das Franckesche Pädagogium, dem Zuge der Zeit folgend, ihre Lehrpläne in diesem encyklopädischen Sinne auszugestalten versucht und unternommen.

Damit also hat es freilich die Geschichte die Realschulwesens weniger zu thun, wenn auch immerhin eine Betrachtung und Beurtheilung dieser Bewegung für die Aufklärung der Realschulentwicklung förderlich sein würde. Aber die Forderung der Aufnahme realer Gegenstände in die Schulen deckt sich nicht mit der für die vorliegende Frage nothwendigen Untersuchung nach den Motiven der Realschulgründung. So wenig kein Kirchenhistoriker, um nur ein Beispiel zu nehmen, bei der Darstellung der Reformationsgeschichte die Frage nach den Ursprüngen, Anfängen und Versuchen reformatorischer Bewegungen umgehen kann, wenn er nicht auf das Verständniß des eigenthümlichen Wesens der Reformation verzichten will: so wenig darf der Geschichtsschreiber des Realschulwesens die Ergründung der Umstände und Motive außer Acht lassen, die diese Erscheinung ins Leben gerufen und in ihrem weiteren Verlaufe beeinflußt haben. Gerade hier ist eine solche Untersuchung von Wichtigkeit, wie die Unklarheit und der Streit der Meinungen über den Ursprung, das Wesen und die Eigenthümlichkeit dieser Schulgattung beweist. Aber davon nimmt der Verfasser gar keine Notiz.

Wie die Ausbildung neuer Berufszweige und die damit verbundenen sozialen Bedürfnisse, die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse, von denen vor Allem das Zunftwesen betroffen wurde, die Erkenntniß neuer staatlicher Aufgaben, die Umwandlung der Lebensanschauung, die Veränderung der didaktischen Methoden für die Forderung neuer, den bürgerlichen Kreisen entsprechender Schulen von Einfluß wurde: das war darzustellen. Es war zu zeigen, welche verschiedenen tastenden Versuche das 17. Jahrhundert bereits unternahm oder wenigstens in Plänen und

Idealen entwickelte, woran die Gründung oder Erhaltung scheiterte. Aber mehr. Von hier aus hätte sich die Frage ergeben, wie denn bisher die Vorbildung für die bürgerlichen Berufe, die doch in irgend einer Form schon immer vorhanden war, erfüllt wurde, wie besonders in der Zunft- und Meisterorganisation ein festgeregeltes Bildungswesen enthalten war, und wie dies unter den veränderten Bedingungen der Gesellschaft des 17. und 18. Jahrhunderts nur andere Formen anzunehmen begann. Von alle-dem bei Hoffmann nicht ein Wort. Und das sind nur Andeutungen, welche die Aufgabe einer Geschichte des Realschulwesens noch lange nicht erschöpfen wollen.

Aber sehe ich auch nur auf den vom Verfasser behandelten Zeitraum, so bleibt doch auch hier nicht mehr als Alles zu wünschen übrig. Mit einem Auszuge aus den Abhandlungen von Jonas und Schulz über die Semlersche und Heckersche Anstalt soll die Geschichte des Realschulwesens in Deutschland während des 18. Jahrhunderts erledigt sein!

Und doch, welche reiche Entwicklung liegt hier vor! Welche Fülle von Plänen, Vorschlägen, mannigfaltigen Versuchen, um der Lösung der bürgerlichen, gewerblichen, kaufmännischen, künstlerischen Vorbildung näher zu kommen! Ich kann nur Hinweise geben. Die Schriften von Schöttgen, Vensky, Miller, besonders Harles (Gedanken von den Realschulen, Bremen 1766) sind mit keinem Worte erwähnt; des Entwurfs von Johann Matthias Gesner ist nirgends gedacht. Daß nach dem Muster von Heckers Institut eine Reihe ähnlicher Anstalten entstanden (die des Grafen von Hohenthal in Wittenberg, des Kriegsraths Vangerow in Stargard in Pommern, des Hofraths Groß in Erlangen, die Verbindung einer Realschule mit dem Magdaleneum in Breslau auf Veranlassung des Ministers von Schlabrendorf, die dann, wohl zum ersten Male, den Namen eines Real-gymnasiums erhielt), sucht man in dieser Geschichte des Realschulwesens vergeblich. Wie der Philanthropismus auf die Realschulbewegung befruchtend wirkte, indem er in seinem weiteren Verlaufe die Vorbereitung für das Leben und den Beruf als das wichtigste Ziel hinstellte und damit das seit Francke in der Ausbildung begriffene Fachschulensystem wirksam unterstützte, wie in den sechziger und siebziger Jahren in Leipzig und Dresden Versuche in Errichtung einer Kaufmannsschule gemacht, in Hamburg von Büsch und in Magdeburg mit Unterstützung der preußischen Regierung solche Kaufmannsinstitute wirklich begründet wurden und sich zu dauernder Blüthe entfalteten: das Alles sind Thatsachen, die in einer Schrift, wie der vorliegenden, nicht fehlen durften. Ich muß mich beschränken.*) Gabriel Resewitz ist gar nicht behandelt. Seine Schrift über die Erziehung des

*) Nähere Ausführungen enthalten meine Abhandlungen über Johann Joachim Becher in den Monatsheften der „Comeniusgesellschaft" Bd. 9 S. 154 ff., über Christoph Semler in den „Neuen Jahrbüchern f. Philol. u. Pädag." 1893 S. 65 ff. und über die Geschichte des ersten preußischen Schulgesetzentwurfs in der „Monatsschrift für höhere Schulen", besonders Heft 1 S. 32 ff.



Bürgers (1773) war von großer Wirkung. Niemeyer sagt davon: „Es hat diese in der Geschichte des Schulwesens unvergeßliche und doch vielleicht von Vielen kaum gekannte Schrift an der allgemeinen Aufmerksamkeit auf die zweckmäßigere Bildung des Bürgerstandes sehr großen Antheil." Und nun die große Bewegung im letzten Dezennium des 18. Jahrhunderts — ich nenne nur Namen wie Gedike, Lachmann, Fr. A. Wolf — in die dann die ersten umfassenden Unterrichtsgesetzpläne und wirklichen Versuche der preußischen Verwaltung unter Massow eingreifen! Ein reiches, hier in kurzen Zügen nur andeutbares Bild! Was ließe sich aus einer Geschichte des deutschen Realschulwesens machen! Es ist ein großes Stück Kulturgeschichte. Und dagegen diese Leistung, und sie an einem Orte, wo man eine für lange Zeiten die Forschung abschließende Darstellung erwartet. Wie weit ragt doch darüber die vom Verfasser, wie es scheint, gar nicht gekannte, wenigstens nicht angeführte Abhandlung von Knabe in Reins Encyclopädie der Pädagogik hinaus, wie viel tiefer faßt die Aufgabe der kurze geschichtliche Abriß in dem eben erschienenen Werke von Oskar Simon über die Fachbildung des preußischen Gewerbe- und Handelsstandes im 18. und 19. Jahrhundert S. 601 ff.**)

Es ist bedauerlich, daß die pädagogische Geschichtsschreibung immer noch Vielen als ein Feld erscheint, auf dem sich der Dilettantismus nach Belieben tummeln kann; und doch verträgt sie und verdient sie denselben Ernst wissenschaftlicher Forschung wie andere Disziplinen auch. Das Ansehen des Lehrerstandes hängt nicht bloß von Titel- und Gehaltsfragen ab, sondern auch davon, daß seine Thätigkeit gründlicher historischer Forschung würdig und fähig ist und durch wissenschaftliche Vertiefung und Behandlung der bloßen Empirie und dem Dreinreden Unberufener entzogen wird.

Alfred Heubaum.

**) Sehr lehrreich, mit einer Fülle höchst zweckmäßiger Literaturangaben und mit vielen werthvollen historischen Bemerkungen und Uebersichten versehen, ist auch die mir eben vor Augen kommende Festrede des Würzburger Rektors Martin von Schanz: Die neue Universität und die neue Mittelschule (1902), deren sachlichen Ausführungen ich freilich nicht in allen Punkten zustimmen kann.

Theater-Korrespondenz.

„Dramatische Handwerkslehre.“

Avonianus, der sich jetzt auch vor der Oeffentlichkeit als Dr. Robert Hessen enthüllt, hat mit seiner „Dramatischen Handwerkslehre“ im Jahre 1895 einen bedeutenden Erfolg erzielt. Eben hat er eine zweite, umgearbeite und vermehrte Auflage*) erscheinen lassen. Die Thatsachen jenes Erfolges und dieser Auflage sprechen für den objektiven Werth des Buches, d. h. dafür, daß der Verfasser einem bestimmten Bedürfniß eines gewissen Publikums entgegengekommen und diesem Bedürfniß einen zutreffenden und darum berechtigten Ausdruck verliehen hat. Es ist also eigentlich unfruchtbar, dieses Buch heute noch zu kritisiren. Es hat höchstens einen Zweck, seinen eigenen Standpunkt dazu zu markiren. Und da muß ich bekennen bei aller objektiven Würdigung für die Art des Verfassers und das Wesen seiner Leistung: Ich bin anderer Ansicht. Es giebt keine Zeile in dem Buche, die mich nicht zum Widerspruch reizte. Ja, es giebt sogar Sätze in dem Buche, denen ich „wörtlich“ wohl beistimme, mit denen ich aber doch nichts gemein habe, weil ich nämlich mit den Worten einen anderen Sinn verbinde. Meine Rede zu diesem Buche kann nur ein fortgesetztes „Nein, Nein“ sein. Ich habe kaum die Möglichkeit, mich im Zusammenhange mit dem Verfasser auseinanderzusetzen, weil wir auf grundverschiedenem Boden so fern von einander stehen, daß unsre Waffen sich gar nicht einmal kreuzen und berühren können. Das hat aber auch den Vortheil, daß der Verfasser sich von meiner Kritik keineswegs „getroffen“ fühlen kann. Ich wiederhole nochmals: ich verzichte auf eine solche Kritik; ich erkenne die objektive Bedeutung des Buches einfach als bewiesene und gegebene Thatsache an; ich markire nur in aphoristischer Weise zu einzelnen Darlegungen meinen eigenen, rein persönlichen Standpunkt und meine andere Auffassung.

* * *

Der Verfasser schreibt: „Jeder Unbefangene sieht heute, daß es stets nur Eine dramatische Kunst gegeben, daß sie sich seit des Aeschylos Tagen kaum geändert hat.“ Ich gehöre nicht zu diesen Unbefangenen. Denn ich glaube, daß jedem Volk und jeder Zeit eine besondere dramatische Kunst

---

*) Verlag von Hermann Walther in Berlin.

eigenthümlich ist. Und ich habe es für meine Person — gleich vielen anderen übrigens — praktisch erfahren, daß wir speziell für die dramatische Kunst des Aeschylos heute gar kein Organ mehr haben, das diese Kunst wirklich unmittelbar genießen könnte. Der Verfasser ist ferner der Ansicht, daß uns von Aristoteles über Diderot, Lessing, Freytag allgemein giltige, unabänderliche dramatische Kunstgesetze überliefert seien, die auch heute noch mit vollstem und einzigem Recht in den „Werken der beliebtesten Meister lebendig" wären. Da ich nun meine, daß jede Zeit ihre dramatische Kunst hat, so folgt daraus auch meine weitere Meinung, daß jede dramatische Kunst ihre eigenthümlichen Gesetze hat. In die aristotelischen Regeln hat man von jeher allerlei hineingelegt, was gerade den Zeitumständen entsprach; objektiv ausgelegt sind sie bis auf den heutigen Tag nicht.

Prinzipiell und methodologisch stehe ich zur Frage der „Technik des Dramas" so: Das Drama ist — wie die Philosophie in anderer Weise — ein Ausdruck der Zeitseele, oder — besser und besonders in Beziehung auf den Gipfelpunkt des Dramas, die Tragödie ausgedrückt — es ist eine Manier, wie die Zeitseele sich mit der Weltseele abfindet. Das Drama geht also hervor aus einer Bewegung der Seele. Entsprechend dieser Bewegung hat es zunächst etwas, das ich „innere Form" nennen möchte. Durch diese innere Form wird dann wieder in organischer Weise die äußere, d. h. die eigentliche Technik bedingt. Ich gebe die Erläuterung durch ein konkretes Beispiel: Wiederholt habe ich in diesen Jahrbüchern auseinandergesetzt, daß die naturalistische Kunst in ihrem Grundwesen bedingt ist durch einen Bankrott und eine totale Niederlage des modernen, speziell des „bürgerlichen", liberalen Geistes, der in Schiller seinen Anfangs- und zugleich Höhepunkt gehabt hat. Die Passivität dieses Geistes, die sich in der willenlosen Hingabe an äußere Eindrücke charakterisirt — und solche Hingabe ist das Wesen des naturalistischen Dichters — bedingt, daß das naturalistische Drama keine „Willensdichtung" sein, keinen dramatischen Konflikt im höchsten Sinne enthalten, keine „Helden" besitzen, keine eigentliche Tragödie sein kann. In solcher Weise ist seine „innere Form" bestimmt. Daraus ergiebt sich die äußere Form, die z. B. in dem Zusammenhang der Menschen mit dem Milieu, in der Art der Szenenführung, der Rede u. s. w. zum Ausdruck kommt. Habe ich das erkannt, so kann mir nicht im Entferntesten der Gedanke kommen, an Hauptmann oder Holz oder Schlaf die Forderung zu stellen: dichtet wie Shakspere, entwickelt starke Konflikte mit großen Helden! Ich sehe mir vielmehr die „Familie Selicke" an und sage oder denke: „Riesig interessant, sehr zeitgemäß!" Bei näherer Betrachtung sehe ich dann wohl noch den Zusammenhang zwischen Geist und Form zu ergründen. Robert Hessen dagegen verwirft dieses Drama mit den Worten: „Prüfen wir das Ganze, so finden wir: kein aufregendes Moment, keine Steigerung, keinen Höhepunkt, keine Umkehr, keine letzte Spannung." Hessen gestattet sich den Satz: „Man hatte das Andringen neuer Motive, d. h. neuen Inhaltes

mit der Nothwendigkeit einer neuen Form verwechselt." Ich meinestheils verlange für jeden neuen Inhalt auch eine dem Inhalt entsprechende neue Form oder vielmehr: ich verlange gar nichts, sondern bin der Ansicht, daß jeder Inhalt von vornherein das Prinzip seiner Form in sich trägt.

Man könnte gegen mich und meinen Standpunkt den Vorwurf erheben, daß ich selber als Kritiker Naturalist wäre und als solcher den Eindrücken, die von modernen Kunstwerken an mich herantreten, bedingungslos unterläge. Meine Leser wissen längst, daß das nicht zutrifft. Wohl konstatire ich objektiv den naturalistischen Zeitgeist und suche seine Produkte zu verstehen; ich verwerfe ihn aber in Hinsicht auf die Entwickelung des nationalen Geistes. Ich verwerfe ihn aber nicht, indem ich meine Feder gegen die an den Zeitgeist gebundenen Hauptmann, Holz und Schlaf spitze; ich frage vielmehr, wie wir den schwach gewordenen Willen wieder aufrichten könnten. Und da gebe auch ich, gleich Avonianus, die Parole aus: Zurück zu Shakspere! Ich verbinde aber damit nicht die Forderung, unsere Dichter sollten sich schleunigst an Shakspere ein Beispiel nehmen. Ich meine vielmehr, wir sollten zunächst einmal das unfruchtbare Verhältniß zum Allzugegenwärtigen lösen und unsere zu neuen Willensimpulsen bereiten Seelen von der männlichen Kraft des Shakspereschen Geistes befruchten lassen. Wie ich mir das Verhältniß unserer Zeit zu Shakspere denke, habe ich in meiner Theaterkorrespondenz des vorigen Monats angedeutet.

* * *

Es ist ein vernünftiger und zutreffender Grundsatz, den Hessen aufstellt, daß das Theaterstück vor Allem wirken soll. Das soll es; sonst hat es seinen Beruf unter allen Umständen verfehlt. Die stärksten Theatererfolge, die ich erlebt habe und die als solche fast allgemein konstatirt worden sind, haben in den letzten Jahren „Fuhrmann Henschel" und „Ueber unsere Kraft" (erster Theil) davon getragen. In diesen Werken decken sich in meinem Sinne Inhalt und Form, neuer Inhalt und neue Form. Ich glaube aber kaum, daß in diesen Werken auch nur ein einziges der Aristotelischen Kunstgesetze Erfüllung gefunden hat. Hessen erwähnt diese Dichtungen mit keiner Silbe. Es möchte mir fast scheinen, daß ihr Erfolg die ganze dramatische Handwerkslehre über den Haufen wirft.

* * *

Die Konsequenz der dramatischen Handwerkslehre: ... „Andererseits sind ganz verruchte und verbrecherische Menschen ungeeignet, den Mittelpunkt eines Dramas abzugeben; denn da sie sich allzuweit von uns selbst unterscheiden, hören wir auf, das, was ihnen an Leiden widerfährt, für uns selbst zu fürchten. Wie daher in jenem Fall (ganz edler Menschen) die rechte Form des Mitleids, so kann im zweiten eine rechte Furcht nicht aufkommen, und es gebricht von vornherein an den beiden Grundelementen

der Tragik. Dies ist so sonnenklar und richtig, daß in der That nur die Kunst eines Shakspere uns einen Bösewicht wie Richard III. erträglich zu machen wußte durch die geniale Spannkraft seines Wesens und die in uns erweckte Neugierde (!), ob er wohl mit seinen Anschlägen, von der Nemesis unereilt, durchdringen werde." (S. 219.)

Die tragische Schuld der dramatischen Handwerkslehre: „Auch Hamlet ist ja durchaus nicht absolut fehlerlos. Er besitzt sichtbarlich das Gefühl seiner überlegenen Persönlichkeit und ist bei aller Herzensgüte außerordentlich abweisend, ja von schneidendem Hohn gegen solche, die ihm nicht kongenial sind, also — nicht ohne Stolz. Dieser Stolz, so verzeihlich er sein mag, erweckt ihm selbstverständlich bitterste Feinde, denn kleine Naturen handeln mit Vorliebe aggressiv aus verletzten Wichtigkeitsgefühlen, und obschon kein Staatsanwalt vom Beginn des Stückes bis zur vierten Szene des dritten Aktes ihm irgend eine „Verschuldung" vorzuhalten vermöchte, verstehen wir doch sehr wohl, weshalb Hamlet an diesem Hof keine Existenzberechtigung hat. Alles Auszeichnende, was den Einzelnen über seine Umgebung emporhebt, ist eben schon durch die ganz natürliche Erweckung von Neid und Schadenfreude tragisch prädestinirt oder kann es doch sein." (S. 220.)

Diese Darlegungen kritisiren sich selbst. Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß eine ganz ausgezeichnete, aufschlußreiche, im Geiste Eduard von Hartmanns gehaltene und diesem gewidmete Abhandlung „Zur Metaphysik des Tragischen" soeben von Leopold Ziegler veröffentlicht ist. (Verlag der Dürr'schen Buchhandlung in Leipzig.)

* * *

Zu einer allgemeinen Bemerkung giebt mir diese Ausführung Anlaß: „Dagegen sind alle rohen und Feigheitsverbrechen, wie Raubmord oder Vergiftung behufs Erbschleicherei, höchstens für das Gegenspiel, niemals für den tragischen Helden recht verwerthbar, weil sie im Allgemeinen so selten sind, daß man getrost annehmen kann, das Publikum, das sich in einem Theater versammelt, sei frei von ihnen." (S. 290.) Wie aber steht's mit der Unterschlagung von Depositen? Der wahre Grund, warum jene Verbrechen für den tragischen Helden nicht brauchbar sind, ist dies: Das Tragische wurzelt im Weltprozeß und im tragischen Ringen des Helden dreht es sich um die individuelle Lebensbehauptung gegenüber dem ewig giltigen Lebensgesetz, nach dem das Individuelle zum Tode verurtheilt ist und zwar in der Form, daß es stirbt, weil es wächst. Jene Verbrechen aber wurzeln in der vorübergehenden sozialen Zeitstruktur und berühren das eigentliche, innerste Wesen der Menschenseele und das dieser Seele anhaftende tragische Problem des „Stirb und werde" in keiner Weise.

* * *

Die dramatische Handwerkslehre kulminirt in zwei Abschnitten über Hamlet. Da Avonianus in sehr zutreffender Weise bemerkt, daß wohl

jedem Dramatiker und Kritiker „teutonischer Abkunft" seine Stellung zu Hamlet eine „Gewissensfrage" ist, gestatte auch ich mir ein paar Gedanken zu dem Thema zu äußern.

Avonianus macht sich völlig die den Lesern der Jahrbücher so gut bekannte Auffassung des Professors Hermann Conrad zu eigen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß sich Conrad durch seine Entdeckung über die Beziehungen der Hamlettragödie zum Schicksal des Grafen Essex das größte objektive Verdienst innerhalb der ganzen Shakspereforschung überhaupt erworben hat. Anerkennen kann ich aber nicht, daß damit auch schon bewiesen ist, Graf Essex sei das Urbild, das Modell des Hamlet. Die Frage bleibt doch noch strittig, was Hamlet mit Essex persönlich und psychologisch gemein hat. Zweifellos sind Stoff, Geschehnisse und Personen der Essex-Tragödie entnommen. Aber die Hamlettragödie giebt das wieder in der Auffassung, im Spiegel des Shakspereschen Geistes, wie der „Fall Essex" von Shakspere subjektiv empfunden ist. Hamlet ist materiell bis zu gewissem Grade Essex, psychologisch aber ist er Essex in die Shaksperesche Seele hineinprojizirt. Wohl hat Hamlet bis zu gewissem Grade die Verhältnisse mit Essex gemein, aber nicht die Eigenschaften. Die hat er von Shakspere. Die Hamlettragödie ist die in dramatischer Form vollzogene subjektive Entladung Shaksperes von dem Leid, mit dem der Fall Essex seine Seele belastet hatte.

Hamlet ist Shakspere und hat mit ihm den Grundzug des Wesens gemein. Der Grundzug des genialen Dichters ist gegeben durch die Fähigkeit und Nothwendigkeit der Seele, in ästhetischer Anschauung die Welt mit ihren Verhältnissen und Menschen als Bild zu sehen. Wie ein spiegelglattes Meer fängt das dichterische und ebenso das philosophische Genie das Bild der Welt auf. Dadurch aber unterscheidet sich die geniale Seele vom Meer, daß in ihr jedes abgespiegelte und aufgefangene Bild als ein lebendiges Wesen sich manifestirt. Das Genie — und das trifft besonders auf Shakspere zu — kennt alle Menschen, weil eben in seiner Seele jedes aufgefangene Menschenbild ein lebendiges Dasein führt, mit dem das Genie mitzufühlen und mitzudenken weiß. Das tragische Schicksal des Shakspere-Hamlet besteht darin, daß er mit seiner genialen Seele in eine von Schurken beherrschte Welt gesetzt ist. Indem alle diese Schurken sich in ihm spiegeln, indem alle diese Schurken auch in ihm lebendig werden und ihr Wesen treiben, durchschaut er die Claudius und Genossen bis in ihr Innerstes. Der tragische Konflikt seiner Seele besteht nun darin, daß er als Genie Genüge daran fände, die durchschauten Schurken im Bilde zu genießen, während ihn seine Eigenschaft als Sohn und Menschen zu strafender That drängt.

Von dieser Grundauffassung aus lösen sich alle Schwierigkeiten und Zweideutigkeiten der Hamlettragödie und ergeben sich einige ganz neue Aufhellungen. Ich hebe in größter Kürze nur diese drei Momente hervor:

Das Schauspiel im „Hamlet": Der unbefangene Betrachter kann

doch eigentlich nicht verkennen, daß das Schauspiel innerhalb der Tragödie vielleicht ein sehr bühnenwirksamer Tric, aber doch in Hinsicht auf seinen sachlichen Zweck ein recht weit hergeholtes, umständliches Mittel ist, so lange man es nur als äußeres Motiv, als Einfall, als Erfindung Hamlets gelten läßt. Bedenkt man aber, daß Hamlets Grundzug eine ästhetische Weltauffassung ist, dann liegt nichts so nahe, dann ist nichts so natürlich, als daß die geniale Künstlerseele Hamlet sich zunächst einmal mit dem Vorfall und mit Claudius im Bilde, im Schauspiel abfindet. Das Schauspiel hat eine innere und eine äußere Bedeutung. Es ist zugleich der symbolische Ausdruck der seelischen Grundverfassung Hamlets und äußeres, die Handlung fortführendes und steigerndes Moment.

Hamlets Thaten: Man hat gestritten, ob Hamlet eigentlich zu Thaten fähig oder unfähig wäre, ob er planvoll oder willkürlich handelt. Er handelt, wie alle ästhetischen Genies. Eigentlich möchte er nicht handeln. Trifft aber von außen her ein Schlag seine Seele, so reagirt er sofort mit äußerster Sensibilität. Da er seine Pappenheimer von vornherein kennt und ihre Handlungen immer schon um einen Moment anticipirt, so kommt er ihnen mit der Gegenhandlung stets ein bischen zuvor. Das ist ihm — wiederum entsprechend seiner ästhetischen Grundlage — sogar eine Art Spiel, dieser den gegnerischen Zug mattsetzende Gegenzug. Und weil ihm das Leben und seine Handlungen eine Art Spiel sind, ist es von symbolischer Bedeutung und voll des inneren, mit dem Ganzen organisch verquickten Sinnes, daß er schließlich wie aus Zufall im Fechterspiel sein individuelles und irdisches Leben lassen muß.

Hamlets Wahnsinn: Ist Hamlet wahnsinnig oder stellt er sich oder erscheint er nur so? Als Genie, das die Welt innerlich überwunden hat, in eine Welt der Schurkerei gesetzt, muß ihm diese Welt widersinnig, d. h. verrückt erscheinen. Die gewissermaßen naturalistische Art, mit dieser verrückten Welt fertig zu werden, besteht für Hamlet logischer und psychologischer Weise darin, sich der Welt zu akkommodiren, d. h., von seinem Standpunkt aus, auch verrückt zu werden. Er stellt sich also verrückt. Da die Mitmenschen das Genie nie begreifen können, da Hamlet die Claudius und Genossen durchschaut und ihren verbrecherischen Thaten im Moment mit Gegenzügen zuvorkommt, die objektiv Verbrechen sind, da er also den Menschen seiner Umgebung in einer Mischung von Tiefsinn und Verbrecherthum sich manifestirt, muß er dieser Umgebung objektiv verrückt erscheinen. Vom Standpunkt der Welt ist Hamlet objektiv verrückt. Von seinem Standpunkt des Genies degradirt er sich im tragischen Zwang der Verhältnisse zu einer diesen Verhältnissen in Wahrheit einzig und allein angemessenen Verrücktheit. Man wird nicht verkennen, wie gerade diese doppeldeutige Verrücktheit es ist, durch die Hamlet in denkbar vollkommenster Weise zum tragischen Helden gestempelt wird.

Berlin=Karlshorst, 20. Juni 1902. Max Lorenz.



Politische Korrespondenz.

Der wirthschaftliche Rückgang Zentralrußlands*),

diese für uns wirthschaftlich und politisch hochbedeutsame Erscheinung, ist in dem neuesten Hefte des europäischen Boten, der vornehmsten russischen Monatsschrift, abermals eingehend erörtert worden. Die Frage will nicht mehr zur Ruhe kommen, da die politische Aktivität des Reiches auf das Engste mit ihr zusammenhängt. Wir entnehmen dem ausführlichen Aufsatze eines Fachmannes folgende Ausführungen:

Wenn man vor 30 bis 40 Jahren von Moskau nach Süden in die Krim reiste, merkte der Reisende bald, daß er sich in Rußlands Kornkammer befand. Zunächst umgab ihn das großrussische Schwarzerdegebiet mit seinen üppigen Feldern, daran schloß sich das verhältnißmäßig dicht bevölkerte, gesegnete östliche Kleinrußland mit Weizenfeldern, Gärten und Eichenwäldern bedeckt, und endlich gelangte er in das neurussische Steppengebiet, das alte Land der Tataren, das sich bis zum Schwarzen Meere ausdehnte und gerade unter den Pflug genommen wurde. Ueberall sah man eine ausreichend genährte, zufriedene Landbevölkerung. Jetzt hat sich das Landschaftsbild verändert, und nicht zu seinem Vortheile. Große Städte, wie Charkow und Jekaterinoslaw mit rauchenden Schloten künden an, daß die Industrie ihren siegreichen Einzug gehalten hat. Der russische Volkswirth hätte alle Ursache, sich darüber zu freuen, wenn nicht das eigentliche Land, abseits der großen Plätze, so sehr zurückgegangen wäre. Die agrarische Entwicklung des mittleren Distriktes ist nicht nur zum Stillstande gekommen, sondern hat einer allgemeinen Verarmung Platz gemacht. Die Ernten sind zurückgegangen, und wenn das Land dennoch

---

*) Unter den schwer berechenbaren Elementen, die die nächste Zukunft der Welt bestimmen werden und auch für die innere Politik Deutschlands von der größten Bedeutung sind, ist der finanziell-wirthschaftlichste Zustand Rußlands eines der wichtigsten, und die Ansichten stehen sich diametral gegenüber. Um jeder Einseitigkeit zu entgehen, habe ich mich an mehrere in Rußland selbst lebende Freunde der „Pr. Jahrb." gewandt, mit der Bitte, sich zu den Ansichten, die Herr Dr. Rohrbach darüber bei uns vorgetragen hat, zu äußern. So zu sagen als Korreferat zu den in eben diesen, wie im Januar- und Mai-Heft abgedruckten Arbeiten von Herrn Rohrbach bringe ich als erste der erbetenen Zuschrift die nachstehende „Politische Korrespondenz".

Delbrück.

nicht aufgehört hat, Korn auszuführen, so geschieht es nur zum Schaden der Bauernschaft, die dem Hunger preisgegeben ist. In immer größeren Schaaren kehren die Landbewohner dem heimischen Boden den Rücken und ziehen nach Süden, Südosten, ja nach Sibirien, in der Hoffnung, reichlichere Aecker und reichlicheres Brot zu finden. Dieselbe traurige Erscheinung kann man aber auch in Kleinrußland und sogar in dem fast jungfräulichen Steppengebiete wahrnehmen. Auch dort sind die Erträge zurückgegangen. Die Klagen darüber, die in den 80er Jahren begannen, und in den 90er Jahren immer lauter ertönten, wurden Anfangs weder von der Regierung, noch von den Volkswirthen beachtet. Die durch exorbitant hohe Schutzzölle künstlich emporgezüchtete Industrie, die riesigen Bahnbauten in Turkestan und Sibirien imponirten den maßgebenden Kreisen ebenso, wie sie dem übrigen Europa imponirten, und es waren die 1891 einsetzenden Hungerjahre nöthig, um endlich das Interesse des Finanzministers zu erregen. In der Mitte der 90er Jahre begann man — allerdings nur auf Grund der das Uebel vielfach verschleiernden amtlichen Statistik, sowie der freilich zuverlässigen Steuerstatistik das nöthige Material zu sammeln. Da es aber nicht genügte, wurde 1899 unter dem Vorsitze des Geheimraths Kowalewski, des Direktors des Handels- und Manufakturdepartements, die bekannte erste Kommission eingesetzt, die zu den amtlichen Ermittelungen auch noch private Erhebungen hinzuzog. Das Ergebniß der Berathungen wurde dann von dem Mitgliede Polsenow veröffentlicht und dem Publikum zugänglich gemacht. Wir übergehen hier die zahlreichen Einzelheiten, die unser Gewährsmann aus dem interessanten Werke mittheilt, die schon mehrfach behandelt sind, und entnehmen ihm nur vier Hauptthatsachen: 1) während im großrussischen Schwarzerdegebiet die Rückstände der direkten Steuern — meist Grundsteuer — 1871—75 um 10 pCt. betrugen, sind sie 1898 auf 177 pCt. und in den östlichen Gouvernements gar auf 232 pCt. gestiegen, in den übrigen Reichstheilen belaufen sie sich nur auf 7—86 pCt.; die folgenden Hungerjahre, darunter besonders das Jahr 1901, können das Verhältniß nur verschlechtert haben; 2) die Ernteerträge sind im Verhältniß zur Bevölkerung um 33 Prozent zurückgegangen, während in dem ganzen Reiche die Abnahme nur 7 Prozent beträgt. Daher sind die Getreidemagazine der Bauerngemeinden leer, enthielten 1891—95 nur 29 Prozent des Sollbestandes und bieten im Falle von Mißwachs der Bevölkerung keinerlei Rückhalt. 3) Die Pferdezählungen zeigen während des letzten Jahrzehntes überall mit Ausnahme des gesammten Westens eine Abnahme des Pferdebestandes. Am größten ist sie aber im Zentrum mit 40 Prozent und wird nur von den 43 Prozent des Ostens übertroffen. 4) Interessant ist, daß die Regierung von den Zentralprovinzen jährlich durchschnittlich 106 Millionen eingenommen, aber nur 43 Millionen für sie aufgewandt hat. Da sind die großrussischen Kernprovinzen weit stiefmütterlicher behandelt als etwa Kaukasien, Turkestan und Ostsibirien, wo die Aufwendungen bis 167 Prozent der Ein-

nahmen ausmachen. Das Land in der Mitte wird also zu Gunsten der fernen Gebiete ausgesogen.

So weit unser russischer Gewährsmann. Die Arbeit der Kowalewskischen Kommission befriedigte den Finanzminister nicht, da sie sich noch viel zu sehr an amtliches Material gehalten hatte, das gerade in Rußland, wo die Agrarstatistik vielfach in den Händen von halbgebildeten Beamten der Landpolizei liegt, nicht gerade wegen seiner Zuverlässigkeit zu loben ist. Die neue Kommission, die jetzt unter dem Vorsitze des Geheimraths Kokowzew zusammengetreten ist, soll im weitesten Umfange die Provinziallandtage, die sogenannten Landschaften, hören und auch sonst Theoretiker und Praktiker befragen, um der Wurzel des Uebels beizukommen. Wir glauben nicht, daß viel Ersprießliches dabei herauskommen wird. Man wird schätzbares Material sammeln, das wahrscheinlich noch erschreckender klingen wird, als das von Poljenow veröffentlichte, wird einige Palliativmaßregeln ergreifen, aber im Wesentlichen wird Alles beim Alten bleiben. Müssen wir es schon bei uns, die wir doch in allen Dingen intensive Wirthschaft treiben, erleben, daß bei dem, wie es scheint, unvermeidlichen Gegensatze zwischen Landwirthschaft einerseits und Handel und Industrie andererseits, es der Regierung sichtlich schwer fällt, die mittlere Linie zu finden, auf der allein die widerstreitenden Interessen versöhnt werden können, und neigt sie sich schließlich trotz warmer Worte immer mehr auf die Seite des beweglichen Kapitals, so ist in Rußland bei der Regierung ein wirkliches Eingehen auf die Wünsche der leidenden Landwirthschaft und besonders der leidenden Bauern ganz ausgeschlossen. Rußland wirthschaftet extensiv und kann nicht anders wirthschaften, wenn es das bleiben will, was es jetzt ist, ein streng zentralisirter, autokratisch regierter Beamtenstaat mit der byzantinischen Kirche als Rückhalt. Jetzt gehören weite Flächen — über die Hälfte des Reiches — den Bauern, und werden von ihnen unter dem Drucke des Gemeindebesitzes, der keinerlei Unternehmungsgeist beim Einzelnen aufkommen läßt, auf das Primitivste bewirthschaftet. Will man sie besser bewirthschaftet und höhere Erträge abwerfen sehen, so muß vor Allem das geistige Niveau der Bevölkerung gehoben werden, ihre Intelligenz muß steigen. Daran kann man aber nicht denken. Staat und Kirche werden das niemals zulassen, mag Kaiser Nikolaus II. es in seinem guten Herzen auch noch so sehr wünschen. Staat und Kirche sind in gleicher Weise daran interessirt, daß die Masse der Bauern noch völlig roh und ungebildet bleibt. Können erst alle Leute in Rußland lesen und schreiben, so ist die sozialdemokratische Partei, deren Anfänge in Folge der vielen des Lesens kundigen ehemaligen Soldaten sich jetzt schon zeigen, mit einem Male da, und sie wird riesenstark sein. Die Autokratie wird dann nicht mehr lange aufrecht zu erhalten sein, sondern sie wird sich, um die Monarchie zu retten, zu Zugeständnissen genöthigt sehen, und dem Lande eine sogen. Verfassung mit dem nöthigen parlamentarischen Zubehör geben müssen. Die Verfassung mit dem unvermeidlichen Urwählerthum, den Menschen-

rechten und — der Judenemanzipation führt aber unausbleiblich bei den mindestens fünf Millionen Juden in Rußland zur Judenherrschaft. Die Juden werden den herrschenden Stand bilden und die Nachkommen der jetzigen Schnorrer und Klempner werden als Kommerzien- und Geheimräthe, als Herren und Meister das ganze Reich erfüllen, während die eingeborenen Russen zu Heloten herabgedrückt sein werden. Ja, die Einheit des einen und untheilbaren russischen Reiches steht auf dem Spiele, wenn die vielen zentrifugalen Tendenzen, die durch die gewaltthätige Moskowitisirungspolitik der Regierung immer aufs Neue genährt werden, sich dann offen äußern dürfen. Unter dem Drucke der materiellen Interessen können sie leicht zur Ablösung ganzer Reichstheile und zum Zerfall des Imperiums in eine Anzahl von Einzelstaaten führen. Wir können es verstehen, wenn die Regierung freiwillig zu dieser Entwicklung nicht die Hand bieten will.

Die Kirche geht darin, wie in allen Dingen, mit ihr Hand in Hand. Schon jetzt kann sie ihre Gemeinde nur mit Hilfe der Polizei zusammenhalten, und dennoch findet ein Abfall zu den Sekten, besonders zu den evangelisch gesinnten Stundisten statt. Können die Bauern erst alle lesen und schreiben, so wird der Abfall durch keinerlei Gewaltmittel aufzuhalten sein, es sei denn, daß die byzantinische Kirche sich an Haupt und Gliedern umwandele. Und das kann sie ebensowenig, wie die römische. Man kann daher auch wahrnehmen, daß die russische Staatskirche der Gründung von Volksschulen geflissentlich entgegentritt. Da es in Rußland ein einheitliches Staatsministerium nicht giebt, sondern jeder Minister den weitesten Spielraum besitzt und sich nur rechtzeitig die kaiserliche Unterschrift sichern muß, da in Folge dessen das Schulwesen nicht einheitlich verwaltet wird, sondern unter die verschiedensten Ministerien vertheilt ist, hat auch das geistliche Ressort das Recht, von sich aus Volksschulen zu gründen. Im Unterrichtsministerium machen sich nun zu Zeiten immer wieder liberale Tendenzen geltend, und es hat wiederholt versucht, weltliche Volksschulen zu gründen; da hat sich aber der heilige Synod rechtzeitig ein Vetorecht gesichert. So konnte man wiederholt beobachten, daß die weltliche Schulbehörde in irgend einer Gemeinde eine Volksschule eröffnen wollte, aber zuvor bei der geistlichen Behörde deswegen anfragen mußte. Regelmäßig erfolgte dann der Bescheid, daß ein Bedürfniß nach einer Schule nicht vorliege, da in der betreffenden Gemeinde eine geistliche Schule bereits vorhanden sei. Das stimmte auch dem Buchstaben nach. Die Geistlichkeit hat ganz Rußland mit einem Netze von Volksschulen überzogen, die aber — wie jedermann weiß — nur auf dem Papiere bestehen. In den meisten wird Unterricht überhaupt nicht ertheilt, sondern die Kinder arbeiten höchstens gelegentlich auf dem Felde des Popen; in anderen werden einige Gebete und Kirchengesänge auswendig gelernt, aber in dem einem, wie dem anderen Falle gehen die Zöglinge aus der geistlichen Volksschule als Analphabeten hervor. Die Kirche kann nicht anders handeln, wenn sie sich selbst erhalten will,

die Autokratie kann es auch nicht: also haben wir in absehbarer Zeit keine geistige Hebung der russischen bäuerlichen Bevölkerung zu erwarten, sondern es bleibt bei der bisherigen Unbildung, der bisherigen unrationellen Landwirthschaft für mehr als die Hälfte des Reiches und der bisherigen Armuth.

Aber auch eine andere Maßregel ist nicht so leicht und schnell durchzuführen, und die russische Moskauer Zeitung lehnt jeden Gedanken daran von vornherein ab. Es handelt sich um den bäuerlichen Gemeindebesitz. Will man ihn beseitigen und den Privatbesitz an Grund und Boden auch für die den Bauern allein vorbehaltene Reichshälfte einführen, so sind dazu riesige gesetzgeberische Arbeiten nöthig, zu deren Gelingen eine Intelligenz in den Zentralbehörden und eine Treue bei den ausführenden Organen nöthig ist, wie wir sie in Rußland nun und nimmer erwarten dürfen. Es müßten im ganzen Reiche alle bäuerlichen Dorffluren, die jetzt aus tausenden von Parzellen bestehen, von denen jeder Bauer eine ganze Anzahl, räumlich weit von einander getrennt bewirthschaftet, — in eine feste Anzahl geschlossener Wirthschaftseinheiten zerlegt, alle Dörfer zerschlagen und in Einzelhöfe aufgelöst werden, von denen jeder in die Mitte der betreffenden Feldflur zu kommen hätte. Das kostet Millionen und Abermillionen. Der Gedanke taucht immer wieder auf, es heißt sogar, daß der allmächtige Finanzminister Witte ihm nahestehe, aber es kann noch ein Jahrhundert vergehen, bevor man ihm ernstlich nahe tritt. Die Schwierigkeiten sind zu groß und werden noch durch einen anderen Umstand erhöht. Da gegenwärtig in Rußland jeder erwachsene männliche Bauer, auch wenn er in der Stadt seinen Verdienst hat, seinen Landantheil in der heimischen Dorfgemeinde besitzt, würde die Regierung bei der Einführung des Privatbesitzes nicht umhin können, jeden Bauer mit einem, wenn auch kleinen Bauernhofe zu bedenken. Soviel Bauernland ist aber, bei der inzwischen seit der Aufhebung der Leibeigenschaft gestiegenen Bevölkerungszahl, garnicht vorhanden, wenn man einigermaßen lebensfähige Wirthschaften schaffen will. Es müßte also durch eine lex agraria neues Land geschafft werden. Da Sibirien bald vergeben ist, die Domänen bleiben müssen, schon aus fiskalischen Gründen, bleibt nur das Land der Rittergutsbesitzer übrig. Man könnte dann — aber es müßte auf einmal geschehen — durch einen nicht Hundert, sondern Tausendmillionenfonds nach preußischem Muster Rittergüter ankaufen und parzelliren, aber das ist unausführbar. Das Geld à fonds perdu zu geben, ist der Staat nicht reich genug, auch wäre das unpädagogisch; es vorzustrecken, geht auch nicht, denn die Bauern würden es zum größten Theile nicht zurückzahlen und doch auf ihrer Scholle sitzen bleiben. Es bliebe noch ein Mittel: die Gutsbesitzer willig zu machen, Bauern auf ihren Gütern als Inhaber von Pachthöfen anzusiedeln. Viele thäten das mit Freuden, da sie aus Oedländereien, die jetzt aus Mangel an Arbeitskräften wüste liegen, wenigstens kleine Erträge erzielen könnten, aber sie hüten sich vor dem russischen Bauer. Im Südwesten und Süden bedienten sie sich, so lange

das Gesetz es gestattete, dazu der deutschen Kolonisten, die dort zu haben waren, denn die waren ehrlich und zahlten die Pacht. Aber die russischen Bauern? Die würden nicht zahlen, und das Exmittiren ist in Rußland fast unmöglich. Ein Exmissionsbefehl der Landpolizei wird mit Hohn aufgenommen, und dabei bleibt es, da der Kriegsminister nicht gesonnen ist, wo die Gerichte versagen, durch militärische Prügelkommandos einem geschädigten Gutsbesitzer zu seinem Rechte zu verhelfen. Da thut der Besitzer klüger, nur so viel zu bewirthschaften, als er selbst bewirthschaften kann, und das Uebrige öde liegen zu lassen. Er hat wenigstens keinen Aerger. An diese Regel halten sie sich und werden sich halten.

Wir können also nicht absehen, wie die neue Kommission, auf die jetzt in Rußland mit so großen Erwartungen geblickt wird, außer einer umfassenden Enquete irgend etwas Reales zu Tage fördern kann. Mit den Rittergütern und Bauerländereien wird es beim Alten bleiben. Helfen könnte nur eine neue Erweiterung der Grenzen, und das ist auch das einzige altbewährte Mittel, das man in Rußland brauchen kann. Aber auch dies will jetzt versagen. Die chinesische Mandschurei wird ja in der einen oder anderen Form an Rußland fallen, aber das ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein, so lange man an der extensiven Wirthschaft glaubt festhalten zu müssen. Die Mongolei ist nicht zu brauchen, Persien ist schwer beizukommen, Kleinasien ebenfalls, die Balkanhalbinsel ist verschlossen, die Westgrenze erst recht. Der weiteren Ausdehnung der Reichsgrenzen scheinen überall unübersteigbare Schranken gezogen, und der Zeitpunkt scheint da zu sein, wo die alte extensive Staats- und Volkswirthschaft von der intensiven abgelöst werden müßte. Dies ist der tiefere Grund des wirthschaftlichen Nothstandes, der jetzt Jahr für Jahr auf dem einen oder anderen Reichstheile lastet. Da die Ursache bleibt und Mittel zu ihrer Beseitigung für absehbare Zeit ausgeschlossen sind, wird auch die Erscheinung bleiben: der wirthschaftliche Rückgang Großrußlands wird weitere Fortschritte machen trotz alles industriellen Glanzes, der dem In- und Auslande die Augen blenden soll. Wenn man dann endlich nach vielen Jahrzehnten dem Uebel an die Wurzel gehen wird, wird es nicht zu spät sein, die wirthschaftliche Wiederherstellung des Landes einzuleiten, wohl aber wird es zu spät sein, das alte patriarchalisch-autokratische Rußland fortzusetzen, sondern es wird einem neuen Rußland Platz machen müssen.

***

Der Landtag und die Polen. Zucker-Gesetz, Reichstag, Wirthschafts-Politik und Parteien. Süd-Afrika.

In den Debatten des Abgeordneten-Hauses wie des Herren-Hauses über den neuen 250 Millionen-Polenfonds ist charakteristischerweise die Hauptfrage, auf die thatsächlich alles ankommt, von keiner Seite berührt worden. Der Herr Reichskanzler hat uns mit beredten Worten aus-

gemalt, wie sehr die Polen den Bestand des Deutschen Reiches bedrohen; daß sie nicht nur Posen und Westpreußen, sondern auch Ostpreußen, Pommern und Schlesien wiederhaben wollen (genau genommen ist auch das noch nicht alles, da im 12. Jahrhundert die Spree einmal polnischer Grenzfluß war, also auch ein Theil von Brandenburg und von der Stadt Berlin von dem zukünftigen Polenreich in Anspruch genommen werden wird). Der Herr Finanzminister hat dargelegt, wie man die Posenschen Städte nur deutsch erhalten kann, wenn man sie rings mit einem Kranz von deutschen Bauerndörfern umgiebt. Andre Redner haben mit Genugthuung hingewiesen auf die mehr als 5000 deutschen Bauern, die die Ansiedelungs-Kommission bereits angesetzt hat. Der Oberbürgermeister Witting von Posen hat mit überlegener Ironie die sämmtlichen Argumente, die für die Vorlage ins Feld geführt wurden, als nichtig dargethan, um sich schließlich seinerseits trotzdem auch dafür auszusprechen — eine wirkliche Berechnung aber, wie sich Zweck und Mittel zu einander verhalten, ob alle die vorgeschlagenen Abwehrmaßregeln zu der Größe der unternommenen Aufgabe auch in einem passenden Verhältniß stehen, ob wir wirklich annähernd so viel Bauern ansetzen, um die Städte mit einem Kranz von deutschen Dörfern einzuschließen und der polnischen Vermehrung die Waage zu halten, hat niemand aufzustellen gewagt. Wenn sich nun aber herausstellt, daß die Ansiedlung und der Andrang der Polen sich verhalten wie 1 : 1000 und daß das ganze Ansiedlungswerk mit allem, was dazu gehört, nichts ist als eine neue Illustration zu der schönen alten Fabel von dem Heuhupfer, der vom Fuder heruntersprang, weil er es den Pferden leichter machen wollte?

Grade im rechten Augenblick, oder vielmehr leider einen Augenblick zu spät, ist ein Buch erschienen, welches die authentische Auskunft auf diese Frage gewährt: Polenfrage und Ansiedelungs-Kommission von Dr. E. Stumpfe.*) Der Verfasser ist ein ausgezeichneter Kenner der Verhältnisse, durchgebildeter Nationalökonom und enthusiastischer Anhänger des Kolonisations- und Germanisations-Werkes in der Ostmark. Wer sich eine Vorstellung von der Wichtigkeit und Gefahr der Polenfrage für das Deutsche Reich gebildet hat, und sich in dem Wolkenbruch der hakatistischen Phrasen, mit denen Presse und Parlamente jahraus jahrein das deutsche Volk übergießen, einen Faden unbefangener Ueberlegung, und dazu ein Stückchen des Muthes einer eignen Ansicht trocken gehalten hat, dem rathe ich, das Stumpfesche Buch zu lesen. Der Verfasser ist, wie gesagt, enthusiastischer Anhänger des Hakatismus; vor jeder Gefahr, daß er etwa in tendenziös-pessimistischem Licht sehe oder darstelle, sind wir bei ihm bewahrt. Er

*) Polenfrage und Ansiedelungs-Kommission. Darstellung der staatlichen Kolonisation in Posen-Westpreußen und kritische Betrachtungen über ihre Erfolge von Dr. E. Stumpfe. Mit einer Uebersichtskarte über das Nationalitätenverhältniß sowie über die Vertheilung der neuen Kolonien. Berlin 1902. Dietrich Reimer (Ernst Vohsen.) 262 S. 4 Mk.

selber hat keine Ahnung von dem, was er bewiesen hat; man kann nicht ehrlicher sein: sehen wir zu, was für ein Bild er uns entrollt.

450 Millionen Mark hat der preußische Staat bisher bereits verausgabt oder bestimmt für die Ostmarken-Kolonisation. Die Hälfte des Kapitals berechnet Stumpfe (S. 138) als verschenkt; die im letzten Berichtsjahre abgerechneten Güter ergeben sogar, auch ohne daß man die Dotationen, Verwaltungskosten u. s. w. voll in Ansatz bringt, „den Verlust des halben Anlagekapitals“ (S. 139). Daß der Staat gleichzeitig in Finanznoth ist und neue Steuern unvermeidlich sind, erwähnt Stumpfe noch nicht.

Jede provinzfremde Familie, die angesiedelt wird, kostet den Steuerzahlern eine Summe, die Stumpfe (S. 141) auf 8420 bis 12 240 Mark berechnet. Man glaube nicht, daß Kolonisation ihrer Natur nach etwas so theures ist. Auch die Polen kolonisiren, setzen aber dabei nicht nur nichts zu, wie uns Stumpfe mittheilt, sondern verdienen sogar noch.

Der Erfolg unseres kostspieligen Verfahrens ist, daß die Ansiedelung von Polen die Seßhaftmachung von Deutschen in den beiden Provinzen weit übertrifft (S. 5). Trotz der polnischen Güter, die die Ansiedelungs-Kommission gekauft hat, ist viel mehr deutscher Besitz in polnische Hand übergegangen als umgekehrt (S. 9). Viele Quadratmeilen sind auf diese Weise in den letzten Jahren verloren gegangen und polnisch kolonisirt worden.

Auch die Städte Posens und Westpreußens werden die Deutschen, „wenn die Entwickelung so fortschreitet wie bisher, todsicher verlieren“ (S. 10.)

Graf Bülow hat, da die Ansiedelung so wenig leistet, in Aussicht gestellt, durch Vermehrung der Fideikommisse und Domänen das Deutschthum zu festigen. Stumpfe (S. 11 und 12) erklärt dazu, daß solche Besitzformen das Deutschthum nicht fördern, sondern hemmen. Er erzählt ein Beispiel und schließt mit dem Satz: „Ist solche Domäne ein Hort, ist sie nicht vielmehr ein Grab des Deutschthums?“

Der Leser erinnert sich, daß in diesen Jahrbüchern schon längst behauptet worden ist, es sei sehr zweifelhaft, ob die Kolonisation mehr dem Deutschthum oder dem Polenthum nütze. Jetzt lesen wir bei Stumpfe (S. 219) von den „nutzlosen Kolonisationsbestrebungen, deren Nachtheile (d. h. unzweifelhafte Vortheile für das Polenthum) ihre geringen Vortheile für das Deutschthum bislang fast aufgewogen haben dürften“.

Unter den Vortheilen des Polenthums hatten wir auch immer genannt, daß viele polnische Familien durch die hohen Preise, die ihnen die Ansiedlungs-Kommission für ihre Güter gezahlt hat, in ihrer wirthschaftlichen Existenz gekräftigt und erhalten worden seien. Wir waren sogar in der Lage dafür einmal eine große Anzahl von Beispielen mit Ort und Namen zu nennen; trotzdem hat mich noch jüngst die „Münch. Allgem. Ztg.“ deshalb scharf angegriffen und mit den Worten „wer's glaubt, bezahlt

einen Thaler" die Thatsachen spöttisch abgefertigt. Jetzt liest man bei Stumpfe (S. 230): „Es wäre thöricht zu bestreiten, daß durch die Ansiedlungs-Kommission Hunderttausende von Mark — vielleicht noch viel mehr — den Polen erhalten worden sind bei Vermögen, die sonst durch die Zwangsversteigerung völlig oder durch anderweiten ungünstigeren Verkauf doch großentheils verloren gegangen wären."

Die Leser erinnern sich, daß in diesen „Jahrbüchern" von je die Behauptung aufgestellt worden ist, daß unsere Unterrichtsverwaltung in der Meinung, das Deutschthum zu fördern, thatsächlich das Polenthum fördere. Wie viel böse Worte sind deshalb gegen mich gefallen! Jetzt lese ich bei diesem kernfesten Hakatisten, Stumpfe, es sei klar „daß der preußische Schulmeister des Polenthum nicht nur nicht überwinden wird daß er es vielmehr erst in den Stand gesetzt hat und noch weiter in den Stand setzt, das Deutschthum mit Erfolg zu bekämpfen."

Wie kommt es nun, daß trotz alledem Stumpfe selbst ein glühender Anhänger des Kolonisations-Werkes ist? Nach seiner Ansicht kommt das ganze Unglück daher, daß die Ansiedelungs-Kommission es bisher nicht richtig angefangen hat. Er giebt eine Menge kleine Rathschläge, wonach alles ganz anders werden wird. Die Hauptsache ist, daß die ausgelegten Stellen erheblich kleiner gemacht werden sollen, und daß für diese kleinen Stellen dann in ganz Deutschland eine mächtige Werbe-Agitation entfaltet werden soll. „Das ganze Deutschland soll es sein", ruft er enthusiastisch aus; es soll geweckt werden zu einem Massenzug in den Osten, wie einst im Mittelalter. Denn die Massen sind es, wie er beredt und einleuchtend darlegt, die die Entscheidung geben. Die Polen haben sich in der Provinz Posen von 1890—1900 um ca. $10^1/_2$ Proz. vermehrt, die Deutschen trotz der Ansiedelung nur um $3^3/_4$ Proz. Wenn wir nicht im Stande sind, die Hunderttausende in Bewegung zu setzen, so ist es nichts mit der Kolonisation der Ostmarken, und wenn die Kommission von je nach Stumpfes Ansicht kleinere Kolonisten angesetzt hätte, so wären jetzt schon vielleicht 1200 (!) Ansiedler mehr da.

Ist das nun Enthusiasmus, oder soll man ein anderes Wort brauchen? Es ist ja möglich, daß Stumpfe mit Recht die Auslegung etwas kleinerer Bauerstellen, mehr Arbeiter- und Pachtstellen verlangt, als es die Kommission bisher gehandhabt hat. Seine Verbesserungsvorschläge mögen auch sonst vortrefflich sein, obgleich es mir doch auch nicht ausgeschlossen erscheint, daß die Kommission mit ihrer 16jährigen Erfahrung nicht ganz so einsichtslos ist und vielleicht ganz gute Gründe für ihr Verfahren hat. Aber warum hat denn die Kommission bisher die Werbethätigkeit im ganzen deutschen Vaterlande, von der Alles abhängt, nicht entfaltet? Wenn diese Werbethätigkeit wirklich helfen soll, so müßte sie schon recht intensiv sein, denn bisher ziehen bekanntlich die Deutschen mehr aus dem Osten fort, als daß sie dahin wandern. Aber wie intensiv wir sie uns auch immer vorstellen, sie kann aus drei Gründen niemals das Ergebniß haben,

das Stumpfes Phantasie sich vorstellt. Erstens hat die wirthschaftliche Existenz eines Kleinbauern so wenig Anziehendes, daß heute der gemeine Mann vielfach und mit Recht die Stellung eines gutbezahlten Arbeiters mit ihrer Freiheit der Bewegung vorzieht. Der Kreis der Anwärter, an die die Werbung herantreten könnte, ist daher von vornherein nur mäßig groß. Zweitens würde sich sofort eine sehr starke Gegenagitation erheben, denn der Westen, sowohl Industrie- wie Landwirthschaft, gebrauchen ihre Arbeitskräfte selber. Deshalb drittens darf die Regierung eine solche Werbeagitation unter keinen Umständen zulassen, weil sie sich damit höchst gefährliche politische Feindschaften zuziehen würde; die Hannoversche Landwirthschaftskammer hat vor Kurzem erst einen sehr energischen Protest gegen diese Art Weglockung ihrer Arbeiter erhoben. Diese politische Erwägung ist auch offenbar der Grund, nicht etwa Indolenz oder Mangel an Einsicht, weshalb die Ansiedlungs-Kommission die Werbeagitation bisher unterlassen hat.

Mit der Heranziehung der wirklichen Massen, der Hunderttausende in den Osten, ist es also nichts. Stumpfe gehört zu den Politikern, die ihre Pferde mit Wenn und mit Aber füttern. Was kann es uns helfen, darauf hinzuweisen, wie Friedrich der Große sich die Kolonisten ins Land gelockt habe, da die heutigen Bedingungen einer Kolonisation nun doch einmal ganz andere sind?

Je weniger aber der Verfasser als Politiker zu loben ist, desto werthvoller ist sein Buch. Wer es glaubt, daß durch irgend welche Mittel Hunderttausende von deutschen Ansiedlern nach Posen zu führen seien, der möge es versuchen. Wer sich aber soviel Besonnenheit gewahrt hat, um zu sehen, daß hier mit einem „Wenn“ operirt wird, das nie in Erfüllung gehen kann, der habe auch mit Stumpfe die Konsequenz, zu erkennen, daß ohne dieses Wenn das Ansiedlungswerk national völlig nutzlos ist; daß man einen Zweck verfolgt mit untauglichen Mitteln und dadurch die wahre und befriedigende Lösung der Ostmarken-Frage verschiebt und verhindert. Die von dem Herrn Ministerpräsidenten mit so viel Emphase proklamirte Politik der Rettung des Deutschthums in den Ostmarken ist eine Politik der großen Worte, des verschwendeten Geldes, der Härte gegen Schulkinder, aber nicht der Thaten. Einer der eifrigsten Anhänger dieser Politik und vorzüglicher Kenner des ganzen Werkes hat es mit unwiderleglichen Zahlen und einleuchtenden Gründen selber bewiesen.

Was hilft es nun, sich noch einige Jahre darüber hinwegzutäuschen? Je länger man auf dem jetzigen Wege fortschreitet, desto größer wird der Schade, desto schwerer die Umkehr. Wir schaden dem Deutschthum in den Ostmarken, wir schädigen mittelbar aufs Schwerste das Deutschthum in Rußland, Oesterreich, Ungarn, wir schädigen das moralische Ansehen des Deutschthums in der Welt.

Ist in der deutschen Presse so wenig Wahrheitsmuth, daß man ein so wichtiges Problem gar nicht zu diskutiren wagt? Von allen Wegen,

die in der polnischen Frage für uns möglich sind — und es ist nicht bloß einer, es sind mehrere möglich — ist der, den wir jetzt gehn, ganz gewiß nicht der beste, sondern geradezu der schlechteste, der Typus aller Halbheit. Im vorigen Heft haben wir von einem im Osten lebenden Mitarbeiter, der sich Teutonikus nannte, einen anderen Vorschlag gebracht, der sich sehr weit von meinen Ideen entfernt, den ich aber doch gern zum Abdruck brachte, da er Energie und politisches Denken zeigte. Es ist ein Beweis von der Sachkenntniß und dem Ernst, mit dem unsere Presse solche Fragen behandelt, daß die „National-Zeitung“ unter einer Fluth von Beschimpfungen, den Artikel als von mir selber herrührend behandelte.

Der Ostmarken-Verein aber, der es sich zur besonderen Aufgabe gemacht hat, das Deutschthum an der Warthe und Weichsel zu fördern und zu schützen — wie wird das zukünftige Geschlecht ihn einmal nennen? Jedenfalls nicht den Verein der nationalen Energie oder des deutschen Wahrheitsmuthes.

* * *

Die Polenpolitik ist dasjenige Gebiet des öffentlichen Lebens, wo Graf Bülow unzweifelhaft die große Majorität der bestgesinnten Parteien auf seiner Seite hat. Ja, es mag sein, daß der Zug der öffentlichen Meinung in dieser Richtung so stark ist, daß eine Regierung, selbst wenn sie bereits die Schädlichkeit ihrer Maßnahmen völlig anerkannt hat, doch aus taktischen Gründen nicht in der Lage ist, die nothwendige Schwenkung sofort zu vollziehen. Die Polenfrage ist sozusagen der einzige Punkt, wo die heutige Regierung den freilich falschen Eindruck der Stärke macht. Indem ich an diesem Punkt um der Zukunft willen widerspreche, glaube ich die Gesammtpolitik des jetzigen Herrn Reichskanzlers gegen die Auffassung und die Vorwürfe, mit der sie von allen Seiten sonst so reichlich bedacht wird, vertheidigen zu dürfen. Die Polen- und Dänen-Politik ist thatsächlich der einzige Punkt des heutigen Systems, den, wie ich überzeugt bin, die Zukunft einmal als eine Verirrung kennzeichnen wird, in allem Uebrigen aber wird der Erfolg beweisen, daß die Regierung heute keineswegs schwächlich und unsicher, sondern mit sehr feiner und wohldurchdachter Berechnung operirt.

Der eigenthümliche Widerspruch, in dem sich die deutsche Politik nicht durch irgend welche Fehler der Regierung, sondern vermöge unserer historischen Entwickelung und der Macht der Thatsachen bewegt, ist, daß das Deutsche Reich nicht bestehen kann ohne die Hilfe der agrarisch-konservativen Elemente, die die Machtmittel für Heer und Flotte bewilligen, der natürliche Zug unserer Politik aber ein in die Weite hinausstrebender, anti-agrarischer ist. Rein wirthschaftlich und weltpolitisch betrachtet, müßte Deutschland heute freihändlerisch und großindustriell in liberalem Sinne gerichtet sein; die Parteien aber, die der Natur der Dinge nach eine solche Politik tragen müßten, sind entweder ganz schwach oder so unbedingt oppositionell, daß man mit ihnen nicht regieren kann.

So ist der Kanzler dauernd angewiesen, zu regieren mit Hilfe von Parteien, mit denen er in einem inneren Widerspruch steht. Wie kann er diesen Widerspruch überwinden? Nicht anders als durch Laviren. Eine andere Politik kann es heute in Deutschland nicht geben, und wenn sie nur geschickt gemacht wird, so ist das sachlich auch gar kein Unglück. Mag der wirthschaftliche Fortschritt durch die fortwährenden Konzessionen an rückständige Ideen oder agrarische Interessen auch aufgehalten werden, die Erhaltung der konservativen Elemente im Volkskörper ist für die Dauer des Volkslebens etwas so Wichtiges, daß wirthschaftliche Nachtheile dafür bis auf einen gewissen Grad in Kauf genommen werden können und müssen.

Die Zeitungen aller Richtungen sind in den letzten vierzehn Tagen voll gewesen von der Niederlage, die die Agrarier beim Zuckersteuer-Gesetz erlitten hätten, und die Gesichter der Liberalen leuchteten vor Freude, daß der Ministerpräsident die Konservativen so angegrobst, als sie im Abgeordnetenhause den Zolltarif zur Debatte stellen wollten; schon sah man am Horizont eine neue Aera des Bündnisses der Regierung mit der Linken heraufsteigen.

Ich glaube die Dinge ganz anders ansehen zu dürfen: hinter dem öffentlichen Zusammenstoß zwischen Regierung und Agrariern sehe ich die befriedigt lächelnden Gesichter verbündeter Sieger.

Daß die Zuckerprämienwirthschaft nicht länger haltbar war und daß die Regierung die nach so viel gescheiterten Versuchen endlich zu Stande gebrachte internationale Zuckerkonvention unter keinen Umständen fallen lassen durfte, sondern durch den Reichstag bringen mußte, es koste was es wolle, das ist vollständig klar. Was die Agrarier zu erstreben hatten, war also thatsächlich gar nicht die Ablehnung der Zuckerkonvention, sondern die Herausschlagung möglichst günstiger Bedingungen für die Annahme. Keine Gesetzgebung der Welt wäre im Stande, die Krisis, in der sich heute die Zuckerproduktion befindet, mit einem Mal zu beseitigen. Die Agrarier aber haben erreicht: 1. daß vermöge einer bedeutenden Herabsetzung der Zuckersteuer der innere Konsum eine Erweiterung erfahren wird, 2. daß durch die gewaltsame Unterdrückung der Saccharin-Fabrikation einem gefährlichen Konkurrenten das Lebenslicht ausgeblasen wird, 3. daß durch eine Novelle zum Spiritussteuer-Gesetz der Landwirthschaft auf diesem Nachbargebiet eine neue, sehr große Zuwendung zu Theil wird, endlich 4. daß die Agrarier nicht einmal genöthigt gewesen sind, sich selber das Alles zu votiren, sondern daß die Zuckerkonvention und die neue Festsetzung der Zuckersteuer gegen ihre Stimmen durch die Linke entschieden wurden, sodaß sie also zu all ihren Vortheilen auch noch das Recht behalten, weiter zu schimpfen, sich über die schlechte Behandlung der Landwirthschaft zu beklagen und Kompensationen zu fordern.

Im Grunde sind also alle drei Parteien vergnügt. Die Regierung, weil sie die Zuckerkonvention durchgesetzt hat; die Rechte, weil sie dabei

so schöne Vortheile eingeheimst hat, und die Linke, weil sie parlamentarisch gesiegt und die Majorität gewonnen hat.

Wer den Schein-Sieg und wer den wirklichen Sieg davon getragen hat, haben wir gesehen. Es hat sich einmal wieder gezeigt, daß zu den vielen Gründen, weshalb in Deutschland die Konservativen so viel stärker sind als die Liberalen, ganz besonders auch das gehört, daß sie politisch so unendlich viel klüger sind.

Anfang der 50er Jahre soll der Abgeordnete von Bismarck-Schönhausen einmal zu einem bürgerlichen Kollegen gesagt haben, die Liberalen würden mit den Junkern nicht fertig werden: „ihr wißt uns nicht zu behandeln; ihr wißt nicht, daß wir alle Roßtäuscher sind“. Ich glaube, diese Geschichte einmal aus dem Munde des Herrn Arnold von Senfft-Pilsach gehört zu haben, und sie fiel mir wieder ein, als ich die Reichstagsverhandlungen über die Zuckerkonvention und nachher die Kommentare dazu in den liberalen Blättern las.

Mit beißendem Hohn hat namentlich die Naumannsche „Zeit“ Herrn Eugen Richter überschüttet, weil er, der sonst stets „Unentwegte“ im Zuckersteuer-Gesetz so schön Opportunismus zu treiben gewußt und der Regierung Vorspann geleistet habe.

Man würde das falsch verstehen, wenn man das so auslegen wollte, als ob in diesem Augenblick die Liberalen viel anders hätten handeln können und bloß aus Mangel an Ueberlegung in eine Falle gegangen wären. Nein, die Sache steht noch viel schlimmer für sie: nicht bloß in diesem einzelnen Falle, sondern generell steht es so, daß sie immer wieder gezwungen sind, die Kastanien für die Konservativen und die Regierung aus dem Feuer zu holen und nicht einmal einen „schönen Dank“ dafür zu kriegen, während den Konservativen jedes gute Votum auch gut belohnt wird — ja in dieser Zuckersteuerkampagne haben sie sogar ihre Belohnung und ihre Kompensationen bekommen, obgleich sie in ihrem Gros dagegen gestimmt haben, bloß um sie bei guter Laune zu erhalten.

Das Alles unter einem Monarchen, von dem man weiß, daß er den Konservativen keineswegs so unbedingt grün ist und in demselben Augenblick, wo der Ministerpräsident im Abgeordnetenhause ihnen in feierlichster Form die schönere Seite zukehrt und das Lokal verläßt.

Ganz nach dem Muster dieses kleinen Vorspiels, denke ich, wird sich auch die große Aktion des Zolltarifs und der neuen Handelsverträge abspielen.

Die Agrarier haben sich bereits durch ihre wohlüberlegte Taktik der schrägen Schlachtordnung mit einem vorgeschobenen (extremen) und einem zurückgehaltenen (staatsmännischen) Flügel in eine Position hineinmanövrirt, in der sie überhaupt nicht mehr geschlagen werden, sondern nur noch gewinnen können und es handelt sich nur noch um ein Mehr oder Weniger. Dabei darf man sich nur nicht täuschen lassen durch die Miene,

die sie aufsetzen: beim Roßtausch wie beim Kuhhandel ist es erste Regel, dem Gegenpart nie ein anderes Gesicht als das des Benachtheiligten zu zeigen, und vorschlagen und abhandeln ist überhaupt die Seele des Geschäfts. Wer da glaubt, daß die Agrarier wirklich jemals die Erhöhung des Getreidezolls von 3$^1/_2$ Mark auf 7$^1/_2$ Merk erwartet haben, der hat sich damit unter allen Umständen das Vergnügen gesichert, einmal von einer agrarischen Niederlage sprechen zu dürfen. In Wirklichkeit haben die Agrarier durch die kluge Verbindung, sich einerseits durch die Flottenbewilligungen der Regierung unentbehrlich gemacht zu haben und andererseits durch hochgespannte Forderungen und unausgesetzte Klagen fortwährend in der Rolle der Fordernden zu sein, ein unter allen Unständen gutes und solides Geschäft bereits in der Tasche.

Das Schlimmste, was jetzt noch für die Agrarier kommen kann, ist, daß die Regierung, statt neue Handelsverträge abzuschließen, mit den andern Staaten eine einfache Verabredung trifft, die bestehenden Verträge bis auf Weiteres nicht zu kündigen. Auch das wäre für die Agrarier noch keineswegs eine Niederlage. Da der Industrie nicht nur an den Handelsverträgen an sich, sondern auch an der Langfristigkeit der Handelsverträge viel gelegen ist, so würde es immerhin einen ziemlich starken Druck ausüben, wenn die Frage in der Schwebe bleibt, und die Landwirthschaft würde der Industrie dadurch mancherlei abpressen können. Noch mehr aber würde die Regierung in einem solchen Schwebezustand fortwährend geneigt sein, ihre agrarischen Freunde bei leidlich erträglicher Laune zu erhalten.

Noch viel besser für die Landwirthschaft ist es natürlich, wenn neue Handelsverträge auf Grund der Regierungsvorlage zu Stande kommen, und nach dem Vorgang bei dem Zuckergesetz scheint es sogar nicht unmöglich, daß solche Verträge im Reichstag angenommen würden durch eine kombinirte Majorität, indem das Gros der Agrarier selbst dagegen stimmt. Dazu gehört dann, daß die Regierung ein Spielchen macht, wie neulich im Abgeordnetenhause, und mit grimmigen Worten und Geberden einige Dutzend klügere oder ängstlichere Gemüther von der Rechten zur Majorität hinüberscheucht. Die Agrarier haben dann wieder den ungeheuren Vortheil, nicht nur die gewaltigen Zollerhöhungen, die der Regierungsentwurf vorsieht, einheimsen zu können, sondern auch vor aller Welt sich als die armen Geschädigten hinstellen zu dürfen, denen der Staat jedes Opfer zumuthet und jede Last aufpackt.

Man glaube nicht, daß ich, weil ich diese Vorgänge mit einer gewissen Ironie behandele, deshalb mit dem Gang der Dinge nicht einverstanden sei; unser Programm ist ja von je gewesen: Fortsetzung der Caprivischen Handelspolitik unter möglichst weit getriebener Schonung und Begünstigung der Landwirthschaft. Niemand kann leugnen, daß das thatsächlich der Kurs unserer heutigen Politik ist. Was zu einem gewissen Spott herausfordert, ist nicht die Sache, sondern das Gebahren, Auftreten,

Reden und Schreiben der dabei betheiligten Politiker, soweit sie sich ihres Thuns nicht etwa bewußt sein sollten, was ich bei einigen allerdings anzunehmen geneigt bin, aber doch keineswegs bei allen.

* * *

Gerade als wir das vorige Heft fertig stellten, wurde der Friede in Süd-Afrika abgeschlossen. Ich habe in jenem Heft nichts mehr darüber gesagt, weil ich alles Wesentliche bereits im Mai-Heft vorweggenommen hatte. Es ist ja ganz so gekommen, wie wir es in diesen „Jahrbüchern" von je erwartet haben, und wenn der heldenmüthige Widerstand der Buren auch viel länger gedauert hat, als es uns zeitweilig schien, so ist deshalb an dem Schluß-Ergebniß nichts geändert worden. Kritikloser Enthusiasmus ist ein schlechter Kompaß in der Politik, und so ist denn wohl ein Volk von seiner Presse selten so in die Irre geführt worden mit seinem Urtheil wie diesmal das unsrige durch die Burenfreunde. Noch jetzt sucht man ja vielfach die Dinge so darzustellen, als ob die Niederlage der Buren keine vollständige gewesen wäre, als ob die Engländer mit ihren Bedingungen hätten sehr nachgeben müssen, als ob sie mit ihrem finanziellen und militärischen Kräften fast erschöpft seien, als ob gar ein persönliches Eingreifen König Eduards erst die Nachgiebigkeit des Ministeriums erzwungen. Alles das ist reine Illusion. Der Friede ist vom englischen Standpunkt ein diplomatisches Meisterwerk, das in jeder Bestimmung die sich ihrer Ueberlegenheit bewußte Kraft zeigt. Namentlich ist mit großer Geschicklichkeit der schwierigste Punkt, die Behandlung der aufständischen Kap-Holländer geregelt. Die Engländer sind keinen Schritt von dem Prinzip zurückgewichen, daß sie Rebellen seien, und die Buren haben die Amnestie, die für sie ein Ehrenpunkt war, nicht durchzusetzen vermocht. Bei voller Wahrung des Prinzips aber haben die Engländer doch in der Sache so viel Milde walten lassen, daß neue Rache-Empfindungen nicht geweckt werden, und auf Schritt und Tritt zeigen sie jetzt die Absicht, auf diesem Wege weiter zu gehen, alle Feindseligkeit vergessen und begraben sein zu lassen und die Buren einfach als neugewonnene Staats-Genossen zu behandeln, man möchte fast sagen, zu begrüßen.

Ob ihnen das gelingen wird, bleibt freilich immer eine große Frage. Der Gegensatz der Rassen ist da und wie viel guten Willen man da von der einen, vielleicht von beiden Seiten entgegenbringt, der Boden wird das vergossene Blut nicht so schnell aufsaugen und das zerstörte Eigenthum ist nicht sobald wieder herzustellen. Da aber allenthalben sonst in der Welt die Dinge sich jetzt friedlich anlassen, so mögen die Engländer für die Durchführung ihres Versöhnungswerkes eine Spanne Zeit behalten.

22. 6. 02. D.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

Friedländer, M. — Der Antichrist in den vorchristlichen jüdischen Quellen. (193 S.) Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
Der Glaube an unser Volk. — Nationale Briefe aus Deutsch-Oesterreich. Linz, Wien, Leipzig, Oesterreichische Verlagsanstalt.
Gregori, Ferd. — Bernhard Baumeister. (Mod. Essays zur Kunst und Literatur, herausgeg. v. Dr. H. Landsberg.) (41 S.) M. 0,50. Berlin, Gose & Tetzlaff.
Göttler, C. — Giebt es eine „katholische“ Wissenschaft? Beitrag zur Beurtheilung einer Tagesfrage. München, C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung Oskar Beck.
Guilbert, Yvette. — Der Brettlkönig. (301 S.) M. 3,50. München, A. Langen.
Jahresbericht der **Handels- und Gewerbekammer** zu Chemnitz 1901. 1. Theil. (190 S.) Chemnitz, Ed. Focke.
Hart, Heinrich u. Julius. — Neue Gemeinschaft. Heft 4 und 5, Mai 1902. Schlachtensee b. Berlin, Robert Tautz.
Hellen, Ed. v. d. — Goethes Briefe. II. Band, 1780—1788. Stuttgart, J. G. Cotta.
Hoechstetter, Sophie. — **Dietrich Lanken.** Aus einem stillen Leben. Roman. M. 4,—. Berlin, Gebrüder Paetel.
Hoensbroech, Graf Paul v. — Das Papstthum in seiner sozial-kulturellen Wirksamkeit. Band II. Die ultramontane Moral. Preis M. 12.—, geb. M. 14,—. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
Holzhausen, Paul. — Napoleons Tod. (117 S.) M. 3,—. Frankfurt a. M., Moritz Diesterweg.
Jahrbuch der bildenden Kunst 1902. — Preis M. 8,—. Berlin, Deutsche Jahrbuch-Gesellschaft m. b. H.
Joesten, J. — Kulturbilder aus dem Rheinland. (303 S.) Bonn, Carl Georgi.
Kraft, M. — Das System der Technischen Arbeit. Preis M. 5,—. Leipzig, Arthur Felix.
Kügelgen, Lic. Const. von. — Die Ethik Huldreich Zwinglis. Brosch. M. 4,—, geb. M. 5,—. Leipzig, Richard Wöpke.
Kuhn, F. J. — Betrachtungen über Majestäten und Majestäts-Beleidigungen der römischen Kaiserzeit. (380 S.) München, Schimon & Burger.
Laux, M. und **Brode, J.** — Die Erziehung des Deutschen zum Staatsbürger. (54 S.) Berlin, Horn & Raasch.
Moeller-Bruck, A. — Die moderne Literatur in Gruppen- und Einzeldarstellungen. Band X. Das junge Wien. Berlin, Schuster & Loeffler.
Nerrlich, Paul. — Jean Pauls Briefwechsel mit seiner Frau und Christian Otto. Preis M. 7,—. Berlin, Weidmann'sche Buchhdl.
Neue Metaphysische Rundschau, Monatsschrift für philosophische, psychologische und okkulte Forschungen in Wissenschaft, Kunst und Religion. Band V, halbjährlich M. 6,—. Gr. Lichterfelde, Verlag des Metaphischen Hauptquartiers.
Otto, Berthold. — Die Sage vom Dr. Heinr. Faust. (259 S.) M. 5,—.
—,— Der Hauslehrer. Wochenschrift f. d. geistigen Verkehr mit Kindern. 1. Jahrg. — 1901. M. 9,50. Leipzig, K. G. Th. Scheffer.
Pater, W. — Die Renaissance. Studien in Kunst und Poesie. Preis brosch. M. 5,—, geb. M. 6,—. Leipzig, Eugen Diederich.
Palzak, Dr. Bernh. — Friedrich Hebbels Epigramme. (110 S.) M. 3,—. Berlin, Alex. Duncker.
Pelzet, Chr. — Die Blütezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. 1. Lfg. München, J. F. Lehmann.
Redlich, R. — Empedokles. Ein Trauerspiel. (74 S.) Schmargendorf b. Berlin, Verlag Renaissance.
Rein, Wilhelm. — Bildende Kunst und Schule. (112 S.) M. 2,—. Dresden, Erwin Haendke.
Roesler, P. Augustin. — Der Katholizismus, seine Aufgaben und seine Aussichten nach Prof. Dr. Albert Ehrhard. (84 S.) M. 1,20. Hamm i. W., Breer & Thiemann.
Ruskin, J. — Vier Abhandlungen über die ersten Grundsätze der Volkswirtschaft. Preis brosch. M. 2,50, geb. M. 3,50. Leipzig, Eugen Diederich.
Schall, Dr. Herm. — Das Christenthum Christi. (24 S.) M. 0,75. München u. Wien, Rudolf Abt.
Schiefler, G. — Der Kaiser, die neue Kultur und die deutschen Einzelstaaten. (30 S.) Hamburg, A. Janssen.
Schmoller, Gustav. — Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft im Deutschen Reich. XXVI. Jahrgang. II. Heft. Leipzig, Duncker & Humblot.
Scholz, W. v. — Der Spiegel. M. 2,50. Leipzig, Hermann Seemann Nachf.
Schwabe, Dr. Heinr. — Der Kampf der Gegenkönige Ludwig und Friedrich um das Reich bis zur Entscheidungsschlacht bei Mühldorf. (Historische Studien XXIX.) Berlin, E. Ebering.
Schwarz u. von Hoelle. — Die Schiffbauindustrie in Deutschland und im Auslande. Unter Benützung amtl. Materials. 2 Bde. M. 20,—, geb. M. 22,25. Berlin, E. S. Mittler u. Sohn.
Soltau, Prof. Dr. W. — Die Geburtsgeschichte Jesu Christi. Preis M. 0,75. Leipzig, Dieterich.
Soltau, W. — Ursprüngliches Christenthum in seiner Bedeutung für die Gegenwart. Leipzig, Dieterich.
Sombart, W. — Der moderne Kapitalismus. 2 Bde. (669 S. u. 646 S.) M. 20,—. Leipzig, Duncker & Humblot.
Süssheim, Dr. K. — Preussens Politik in Ansbach-Bayreuth 1791—1806. (Historische Studien XXXIII.) (430 S.) Berlin, E. Ebering.
Tielo, A. K. T. — Die Dichtungen des Grafen Moritz v. Strachwitz. (254 S.) M. 7,50. Berlin, Alex. Duncker.
Vogel, J. — Boecklins Toteninsel und Frühlingshymne. Preis M. 1,—. Leipzig, Hermann Seemann Nachf.
Wittmayer, L. — Unser Reichsrathswahlrecht und die Taaffe'sche Wahlvorlage. Wien, Manz'sche Hof-Verlagsbuchhandlung.
Zeitlin, Dr. L. — Fürst Bismarcks sozial-, wirthschafts- u. steuerpolitische Anschauungen. (262 S.) M. 6,—, geb. M. 7,50. Leipzig, R. Woepke.
Ziemssen, O. — Himmelsanschauung u. Weltanschauung. (152 S.) M. 2,50. Gotha, E. F. Thinemann.

Aufruf

zur

Errichtung eines Denkmals

für

Friedrich Daniel Ernst Schleiermacher.

Am 12. Februar zog ein unübersehbarer Zug von Leidtragenden, in ihm die gesammte evangelische und katholische Geistlichkeit Berlins, zum Friedhof der Dreifaltigkeitsgemeinde hinaus, Schleiermacher zu begraben. Der Kirchenhistoriker Neander hatte am Todestage gesagt: Es ist heute der Mann dahingegangen, von dem man künftig eine neue Epoche der Theologie datiren wird. Treitschke schreibt: Schleiermacher wurde der Erneuerer unserer Theologie, der größte aller unserer Theologen seit dem Jahrhundert der Reformation.

Ja, eine neue Epoche, aber nicht nur für die Theologie, sondern auch für das religiöse Leben ist mit Schleiermacher angebrochen.

Schon als junger Prediger an der Charité hat er, selbst in heißem Geistesringen die Fragen und Gegensätze seiner Zeit durchlebend, mit glühendem Prophetenwort die Gebildeten unter den Verächtern der Religion zu der verkannten Himmelstochter zurückgerufen und hat bezeugt, was die Besten seiner Zeit ahnten und suchten, daß Religion nicht Wissen, nicht Moral, sondern innerstes Erleben Gottes sei.

Schleiermacher, der Lehrer an der vor Allem unter seiner Mithilfe gegründeten Berliner Universität, Schriftsteller auf fast allen Gebieten der Theologie und Philosophie, hat die evangelische Theologie mit wunderbarer Kraft des dialektischen Denkens neu aufgebaut. Aber er hat noch mehr gethan, indem er die Persönlichkeit des lebendigen Christus wiedererkennen und empfinden lehrte. Er hat dadurch einerseits die Theologie in den Dienst der Kirche Christi gestellt und ihr andererseits einen ebenbürtigen Platz unter den anderen Geisteswissenschaften erobert. Der Meister der Theologie war zugleich durch und durch ein Mann der christlichen Gemeinde; der Organisation der Kirche und der Ausgestaltung des Lebens der Gemeinden galt seine Arbeit und sein Denken. Nicht umsonst war ihm die praktische Theologie die Krone der theologischen Wissenschaft.

Aber der Genius Schleiermachers hat sich am herrlichsten auf der Kanzel offenbart in seiner Predigt, die so schlicht wie tief war, den Verstand wie das Gemüth in gleicher Weise befriedigte, die Erkenntniß der Wahrheit erschloß und Herz und Gemüth mächtig traf. Und dann ergriff seine Rede die dicht gedrängten Schaaren seiner Zuhörer am gewaltigsten, wenn er von der Liebe Gottes in Christo, von der Herrlichkeit des Erlösers, seinem heiligen, sündlosen Leben, seinem Leiden und Sterben zeugte.

Dieser Prediger aber, der in einer sturmbewegten Zeit seine Gemeinde auf lichte Höhen führte, war einer der mächtigsten und innigsten Patrioten in den großen Tagen der Erhebung unseres Volkes wider die Fremdherrschaft.

In den Tagen der Schmach ward er nicht müde, gegen die niedrige Selbstsucht, die jämmerliche Feigheit und die charakterlose Resignation mit Flammenworten zu kämpfen und den idealen Sinn für das Allgemeine, die heilige Liebe zum Vaterlande, den tapferen Muth und die freudige Hoffnung auf den lebendigen Gott zu verkünden. Und als die großen Tage des heiligen Krieges anbrachen, da ist die Frucht des Glaubens und der Liebe, die er als einer der ersten in furchtbar dunklen Tagen gesäet hatte, aufgegangen. In seiner Kirche wurden die freiwilligen Jäger gesegnet. Sein

Wort lehrte, Gott zu dienen, indem man Gut und Blut dem Kampfe um das Vaterland weihte.

So war Schleiermacher. Die Gewalt seines Einflusses begreift sich vor Allem aus seiner herrlichen, reichen Persönlichkeit. Ein Mann von einer unendlichen Beweglichkeit des Geistes, mit offenem Auge und Herzen alle Gebiete des Lebens überschauend und beherrschend; ein Denker, der sich durch das Wirrsal der Zweifel hindurchkämpfte zu fester Erkenntniß, und der Glauben und Wissen in der schönsten Weise in sich verband. Ein Mann, der sich in strengster Selbstzucht zu einem reinen, geschlossenen sittlichen Charakter bildete, so treu, hingebend und liebevoll in der Familie wie in der Freundschaft; umbraust von den großen Stürmen der Zeit und bis ins Innerste getroffen von persönlichem schweren Leid, doch immer ungebrochen, „ein stahlharter, ganz mit sich einiger Charakter", und zwar ein christlicher Charakter.

Schleiermacher, der sich einst ewige Jugend gelobt und sie bis an seinen friedevollen Tod bewahrt hat, lebt unvergänglich für alle Zeiten, mögen viele seiner Anschauungen auch den Charakter seiner Zeit an sich tragen, und mag Vieles hingefallen sein, was irrig war. Er steht außerhalb der heute bestehenden Parteien, aber keiner kann in der Theologie an ihm vorübergehen, und die Männer verschiedenster Richtung haben auf den von ihm gelegten Grundlagen weiter gebaut und thun es heute noch.

Es ist das Vorrecht der Größten in der Geschichte, daß sie allen Zeitaltern etwas zu sagen und zu geben haben. So ist auch Schleiermacher gerade heute wieder als Lehrer der evangelischen Christenheit zu hören.

In einer Zeit der einseitigen Werthschätzung der Naturwissenschaft ist er uns ein Herold der Geisteswissenschaft. In einer Zeit entscheidungsvoller Entwicklung der Theologie ist er ein kraftvoller Zeuge Jesu Christi als des einzigen Erlösers und ein Mann des Friedens mit weitem Herzen und freiem Blick im Streit der Parteien. In einer Zeit der egoistischen Interessenpolitik und der parteipolitischen Zerklüftung im deutschen Vaterland mahnt er, der völlig uneigennützige Mann, an den Kampf gegen die Selbstsucht, an die aufopfernde Liebe zum Vaterlande.

Die Dreifaltigkeitsgemeinde gedenkt in Dankbarkeit ihres größten Predigers, aber er gehört nicht dieser Gemeinde nur, sondern Berlin, ja Deutschland. So erscheint es als eine Ehrenpflicht, den Dank, den das deutsche Volk und die Reformationskirche einem ihrer größten, herrlichsten Söhne schulden, auch äußerlich und sinnenfällig durch ein Denkmal zum Ausdruck zu bringen.

Wohlan denn, so laßt uns fröhlich ans Werk gehen und Schleiermacher ein Denkmal setzen.

Der freie Platz vor dem Portal der Kirche, mit der sein Name verbunden ist, bietet sich als der geeignete dar. Möge mitten im Gewühl der Weltstadt sein Bild mit den edlen, schönen, durchgeistigten Zügen zu uns reden von den höchsten heiligsten Gütern des Einzelnen, des Staates und der Kirche. Laßt uns nach dem Wort thun, das auf seinem Grabdenkmal auf dem Dreifaltigkeitskirchhof steht: Gedenket an eure Lehrer, die euch das Wort Gottes gesagt haben, welcher Ende schauet an und folget ihrem Glauben nach!

Die Unterzeichneten sind bereit, Gaben zur Errichtung des Denkmals in Empfang zu nehmen. Auch können Gaben gesandt werden:

an die **Deutsche Bank, Hauptdepositenkasse, Berlin W. 64**
oder an eine der Zweigdepositenkassen oder Filialen dieses Instituts,
an die Herren **Delbrück, Leo & Co., Berlin,** oder
" " " **F. W. Krause & Co., Bankgeschäft, Berlin.**

Die Art der Ausführung wird sich nach den dargebotenen Mitteln richten. Für eine Büste, die zunächst in Aussicht genommen ist, werden etwa 15 000 M erforderlich sein.

Berlin, im Mai 1902.

Professor Dr. **Althoff,** Direktor im Kultusministerium. D. Dr. **Barkhausen,** Wirkl. Geh. Rath, Präsident des Evang. Oberkirchenraths. Professor D. Dr. **Graf v. Baudissin, Bendemann,** Vize-Admiral. **Bertram,** Geh. Regierungs- und Stadtschulrath a. D. D. **Braun,** General-Superintendent. D. Dr. **Brückner,** Propst und General-Superintendent a. D. Geh. Finanzrath

Dr. **Conze.** **Ludwig Delbrück.** Professor Dr. **Delbrück.** Professor Dr. **Dilthey,** Geh. Regierungsrath. D. **Dryander,** Ober-Hofprediger, General-Superintendent. Propst D. **Faber,** General-Superintendent. **Geß,** Pfarrer an der Dreifaltigkeitskirche. **v. Godeffroy,** Dr. jur. Propst D. **Freiherr v. d. Goltz,** Vizepräsident des Evang. Oberkirchenraths. **Gwinner,** Direktor der Deutschen Bank, Schatzmeister. **Haack,** Kaufmann. Professor D. Dr. **Harnack.** **Hoffmann,** Kgl. Bau- und Stadtrath. **Johow,** Geh. Oberjustizrath. **Jonas,** Königl. Eisenbahndirektions-Präsident a. D. Professor D. Dr. **Kahl,** Geh. Justizrath. Professor D. **Kaftan.** **Kirschner,** Oberbürgermeister. Professor D. Dr. **Kleinert,** Oberkonsistorialrath. **v. Krause,** Bankier, Rittergutsbesitzer. Dr. **Kurth,** Stadtvikar. **Lahusen,** Pfarrer an der Dreifaltigkeitskirche, Vorsitzender. **Lucanus,** Vize-Präsident d. Provinzialschulkollegiums. **v. Mendelssohn-Bartholdy,** Geh. Kommerzienrath. D. **v. Meyeren,** Senats-Präsident des Oberverwaltungsgerichts. Prof. **Mommsen.** Dr. **Noetel,** Geh. Reg.-Rath, Gymnasialdirektor. **Paul,** Rentier. Professor Dr. **Paulsen.** Professor Dr. **Pfleiderer.** D. **Richter,** Feldpropst der Armee. **Rudorff,** Professor an der Kgl. Hochschule für Musik. D. **Schmidt,** Konsistorial-Präsident. Dr. **Schoene,** Wirkl. Geh. Rath, Generaldirektor der Kgl. Museen. **Schultz,** Pfarrer emerit. **Victor Graf Schwerin-Schwerinsburg,** Kgl. Kammerherr. Professor D. **Seeberg.** **v. Simson,** Geh. Justizrath. D. **Studt,** Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten. **Thiele,** Pastor an der Dreifaltigkeitskirche, Schriftführer. **Freiherr v. Thielmann,** Staatssekretär des Reichsschatzamts. Dr. **Toeche-Mittler,** Kgl. Hofbuchhändler. **v. Wedel,** Minister des Kgl. Hauses. Professor D. Dr. **Weiß,** Wirkl. Oberkonsistorialrath. **v. Windheim,** Polizei-Präsident.

Der Gemeindekirchenrath und die Gemeindevertretung der Dreifaltigkeitskirche.

Manuskripte werden erbeten unter der Adresse des Herausgebers, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginirt sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Verantwortlicher Redakteur: Professor Dr. Hans Delbrück,
Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheen-Strasse 72/74.

Druck: Aktiengesellschaft National-Zeitung, Berlin W., Mauerstr. 86-88.



William Pitt der Jüngere.*)

Von

Friedrich Luckwaldt.

Die Geschichte Englands unter der Dynastie Hannover, wie sie soeben ihren Abschluß gefunden hat, ist im Ganzen eine Geschichte ungeheuren, nur selten unterbrochenen Fortschritts. An Zahl, an Macht, an Reichthum hat die britische Nation seit 1714 auf eine Art zugenommen, die selbst im Rahmen der allgemeinen raschen Entwicklung der letzten beiden Jahrhunderte berechtigtes Erstaunen hervorruft. Aeußerlich fällt der Glanz davon vor Allem auf die Victorian Era, die der Engländer mit ähnlichem Stolz betrachtet und betrachten wird, wie der Franzose das siècle de Louis XIV. Aber die historische Forschung wird doch am Ende zu dem Resultat

*) Die vorliegende Arbeit hat weniger den Ehrgeiz, über die englischen Forschungen hinaus neue Resultate zu gewinnen als, auf diese Forschungen gestützt, einem deutschen Publikum das Charakterbild des Ministers menschlich näher zu bringen. Es ist deshalb keinerlei Konkurrenz beabsichtigt mit der groß angelegten Monographie von Felix Salomon, die in dem 1901 erschienenen ersten Halbband übrigens nur Pitts Kindheit und die Grundlagen seiner staatsmännischen Thätigkeit behandelt. — Einstweilen bleibt das standard work über Pitt immer noch die liebevolle Biographie seines Großneffen Earl Stanhope (London 1862, 4 Bde.). Daneben nenne ich die feinsinnige, schon durch die Person des Autors anziehende Studie von Lord Rosebery (Twelve English Statesmen). Macaulays bekannter Artikel für die Encyklopaedia britannica ist glänzend geschrieben, aber einseitig und oft ungerecht, und ebenso fehlt es Lecky: A History of England in the 18th Century an jener Sympathie, ohne die man große Männer nicht verstehen kann. Immerhin ist sein Buch für Thatsachen und Einzelzüge eine sehr schätzbare Quelle. Lord Ashbourne: Pitt giebt wirklich nur „Some Chapters of his Life and Times“, aber mit einigen interessanten archivalischen Aufschlüssen. Von gleichzeitigen Quellen sind besonders werthvoll die Aufzeichnungen von Wilberforce theils in The Life of W. W. Wilberforce by his sons, London 1838, theils in den 1897 erschienenen Private Papers of William Wilberforce, dort S. 45—81 eine liebevoll eindringende Sketch of Pitt. Daneben: The Diaries and Correspondence of George Rose. London 1860; The Diaries and Correspondence of J. Harris first Earl of Malmesbury. London 1844; The Journal and Correspondence of William Lord Auckland. London 1862 etc.

kommen, daß die eigentlich grundlegende Arbeit vielmehr in zwei andern Epochen geschah, während des Seekriegs mit Frankreich, der dem Siebenjährigen Krieg parallel geht, und in dem gewaltigen zwanzigjährigen Ringen gegen Revolution und Kaiserreich.

Hier wie dort knüpfen sich die Erfolge an den Namen „Pitt". Das erste Mal war es der Vater, das andere der Sohn, der die Nation zu Ruhm und Größe führte.

William Pitt der Aeltere stand gerade auf der Höhe seiner Laufbahn, als William Pitt der Jüngere geboren wurde: 28. Mai 1759. Es ist oft erzählt worden, wie sich in diesem Jahr die Freudenbotschaften fast unheimlich drängten, wie man jeden Morgen fragen mußte, welch neuer Sieg sei, aus Furcht, einen zu übersehen. Aber auch das ist bekannt, daß die weitere Zukunft nicht hielt, was dies und die nächsten Jahre versprachen.

Der Thronwechsel von 1760 erschütterte die Stellung des Ministers. Der junge Georg III. wollte selbst König sein. Wie es in einem Pamphlet aus Hofkreisen hieß: nicht mehr sollte die Krone vom Kabinet, sondern das Kabinet von der Krone abhängen.*) Ein Mann von Pitts Selbständigkeit, Popularität und Ansprüchen war da naturgemäß nur im Weg. Der neue Herr sah es gern, daß eine ernste Meinungsverschiedenheit im Ministerium den großen Commoner zur Resignation trieb und statt seiner eine lange Reihe von Mittelmäßigkeiten ans Ruder kamen. Die Folgen blieben nicht aus. Schon der Friede von 1762, obwohl äußerlich glänzend genug, stand doch hinter dem zurück, was man bei größerer Energie hätte erreichen können. Und nicht lange, so beschworen eine Reihe Anfangs verständig gemeinter, aber ungeschickter Maßregeln die Unabhängigkeitserklärung der nordamerikanischen Kolonien herauf. Frankreich und Spanien, schließlich, von London aus gezwungen, auch Holland mischten sich ein. Bundesgenossen fanden sich keine. Es rächte sich jene Politik der splendid isolation, die Friedrich den Großen im Stich gelassen, neue Freunde nicht erworben hatte. Zugleich traten die bösen Früchte innerer Mißwirthschaft erschreckend zu Tage. Das Heer unter unfähigen Anführern wurde zum Gelächter Europas. Selbst die Flotte behauptete nicht die alte Superiorität. Es geschah, daß die Feinde zeitweilig den Kanal beherrschten. Einmal 1779 hinderte vielleicht nur der Irrthum eines rekognoszirenden Offiziers eine

*) Lecky III, 22.



französische Landung.*) Man hatte das Gefühl, in die bösen Tage Karls II. zurückversetzt zu sein; und die zeitgenössischen Korrespondenzen hallen denn auch wieder von zorniger Verzweiflung an den Geschicken des Vaterlandes. Das Fuit Ilium Chathams war die allgemeine Klage der Patrioten. Horace Walpole wiederholt fast in jedem seiner Briefe, England sei für alle Zukunft verloren, kaum daß die Spuren einstiger Größe noch sichtbar wären.**) Und nicht hoffnungsfroher als der alte laudator temporis acti urtheilten junge lebensfrische Leute wie die Geschwister Elliot. Die Schwester schreibt, es ließe sich nicht ändern, alle Welt meine, daß man zu Grunde gehe, und der Bruder antwortet, Altengland scheine wirklich alt geworden, ohne Augen, ohne Zähne, ohne Alles.***) Vollends auf dem Kontinent gewöhnte man sich, wie Albert Sorel sagt, das britische Reich als eine Art Inselpolen zu betrachten.†)

Das waren die Umstände, unter denen der junge Pitt 1781 ins politische Leben eintrat. Nicht Viele, aber doch ein kleiner Kreis von Freunden ahnten, daß er die Sonne Englands, die nach seinen eigenen Worten untergegangen war, von Neuem und herrlicher heraufführen würde. Schon in frühester Kindheit hatten sich seine wunderbaren Fähigkeiten auf das Reichste und Rascheste entwickelt. Der Vater selbst — im Familienkreis ebenso mild und gütig, wie nach außen zurückhaltend und stolz — hatte seine Erziehung mit liebevollem Verständniß geleitet. Auf die Adelsschule von Eton, die er selbst besucht hatte, mochte er den Sohn nicht schicken. Er hegte die richtige Ueberzeugung, daß das ganze System der public school für zarte Naturen nicht geeignet sei††); und ohnehin wäre Williams schwache Gesundheit ein Hinderniß gewesen. Dafür bezog er mit 14 Jahren die Universität Cambridge.†††) Seine Studien dort waren äußerlich die üblichen: alte Sprachen und — in Cambridge von jeher besonders gepflegt — die Mathematik, aber sehr bemerkt wurden die Methode und der pünktliche Fleiß,

*) So erzählte man dem Herzog von Leeds 1781; vergl. The Political Memoranda of Francis fifth Duke of Leeds edited by Oscar Browning in den Publikationen der Camden Society p. 44.

**) An Horace Mann 13. März 1781; an Gräfin Ossory 7. Januar 1782; an Mann 30. August 1782. Vergl. The letters of Horace Walpole ed. Cunningham VIII, 20, 139, 274.

***) Vergl. Minto, Memoir of Hugh Elliot p. 144, 156, 235.

†) Sorel, la question d'Orient p. 95.

††) Fitzmaurice, Life of Shelburne I, 72.

†††) Wobei man denn freilich bedenken muß, daß eine englische Universität nicht Universität in unserem Sinne, sondern, wie Döllinger einmal sagt, mehr verlängertes Gymnasium ist.

mit denen er sie betrieb. Seine Erzieher versichern, daß er nie einen Tag verloren habe, und zollen seiner leichten Auffassungsgabe das feine Lob, daß es stets nur geschienen habe, als erinnere er sich, nicht als träten die Dinge neu an ihn heran.

Dabei stand sein Ziel von vornherein fest. Noch nicht ganz siebenjährig, hatte er einmal gesagt, er freue sich, nicht der älteste Sohn seiner Mutter*), also Pair zu sein; denn er wünsche im Haus der Gemeinen zu sprechen wie Papa, und diese Neigung war vom Vater unablässig und systematisch gepflegt worden. Der Sohn sollte ein Redner und sollte ein Staatsmann werden. Die Anwaltslaufbahn, in die er 1779 in aller Form eintrat, war nur Mittel zum Zweck; sie versprach die finanzielle Unabhängigkeit, die sein schmales Erbe — 5000 bis 6000 Mark jährlich — nicht gewährte, und ließ sich übrigens sehr wohl mit parlamentarischer Thätigkeit vereinen. Fast gleichzeitig deshalb mit seiner Aufnahme in Lincolns Inn bei den allgemeinen Wahlen von 1780 kandidirte er für Cambridge. Entgegen seinen sanguinischen Hoffnungen fiel er durch. Aber vielversprechende junge Talente waren damals noch nicht von dem wechselnden Spiel populärer Majoritäten abhängig. Unter 558 Mitgliedern des Unterhauses waren mehr als dreihundert Repräsentanten von Wahlflecken, wo der Wille eines oder mehrerer großen Lords gegen Geld — 100000 Mark und mehr — oder das Versprechen unbedingter Gefolgschaft oder gegen beides die Mandate vergab.**) Ein solch Wahlherr nun Sir James Lowther — wegen seiner Verfügung über neun oppositionelle Stimmen nannte man ihn die neunschwänzige Katze der Regierung***) — wurde durch einen Studienfreund Pitts, den jungen Herzog von Rutland, gewonnen, dem Sohn seines alten Parteiführers den Sitz von Appleby anzubieten. Pitt acceptirte freudig und erschien am 23. Januar 1781 zum ersten Mal an der Stätte genau fünfundzwanzigjähriger Erfolge.

Es war, wie wir andeuteten, die Zeit höchster politischer Verworrenheit, Unzufriedenheit, Spannung. Das Ministerium des liebenswürdig lässigen Lord North hatte gründlich abgewirthschaftet. Aber der König hielt es als ein gefügiges Werkzeug seiner persön-

*) Diese war seit 1761 Baroneß Chatham in her own right. Der Vater trat ins Oberhaus erst Juli 1766, ein paar Monate nach jener Aeußerung, die übrigens keine posthume Anekdote ist, sondern 2. August 1766 von Williams Erzieher Wilson an Lady Chatham berichtet wird. Stanhope I, 3.

**) Vergl. May, Constitutional History of England 1760—1860. I, 282, 286 f. 307.

***) Rosebery S. 10.

lichen Politik, und ein Bestechungssystem, das selbst unter Robert Walpole kaum so schamlos gehandhabt war, schien ihm auf lange hinaus für jede Sache die Majorität beider Häuser des Parlaments zu sichern. Man spottete, auf Kommando würden diese Herren nöthigenfalls auch den Despotismus in England einführen.*) Dabei mangelte es der Opposition zwar nicht an Talenten — es genügt, an Fox, Burke, Sheridan zu erinnern — wohl aber an der rechten Einheit der Wege und Ziele. Sie zerfiel in zwei Fraktionen, die stärkere, unter dem Marquis von Rockingham, umfaßte die alte, von Georg III. entthronte Whigaristokratie der sogenannten Revolutionsfamilien. Die andere bildete sich aus ehemaligen Anhängern Chathams und folgte gegenwärtig Lord Shelburne, einem einigermaßen problematischen Charakter, der sich die natürliche Wirkung seiner glänzenden Gaben und ausgebreiteten Kenntnisse zu seinem und Englands Schaden durch eine tiefe Unwahrhaftigkeit verdarb.**) Wie es natürlich war, schloß Pitt sich dieser Partei an.

Gleich seine Jungfernrede am 26. Februar war nicht nur ein Erfolg, sondern ein Ereigniß. Alle Welt hatte die klare Empfindung, daß in diesem übernatürlich reifen und sicheren Sprecher der große Vater wiedererstanden sei. Freund und Feind ahnten den künftigen Minister.***) Mit einem Schlag war er ein Machtfaktor des parlamentarischen Lebens. Namentlich der junge Nachwuchs schaarte sich um ihn in enthusiastischer, fast lärmender Begeisterung.†) Pitt selbst war sich dieser Stellung sehr wohl bewußt. Im März 1782, als die Kapitulation von Yorktown unerwartet rasch den Sturz Norths herbeiführte, ergriff er die erste Gelegenheit, um vor versammeltem Unterhaus zu erklären, daß er in einer etwa neu zu bildenden Regierung ein untergeordnetes Amt nicht annehmen würde. Und er hielt an diesem Entschluß fest, obwohl ihm Rockingham eine Sinekure im Werthe von 100 000 Mark jährlich anbot. Ein kluger Mann verkauft seine Erstgeburt nicht für ein Linsengericht. So wollte er sich auf die Politik eines Ministeriums nur festlegen, wenn ihm ein Sitz im Kabinet Antheil an der wirklichen Leitung der Geschäfte gewähre.

*) Lecky IV, 67. Aeußerung des Herzogs von Richmond.

**) Vergl. die vortreffliche Charakteristik bei Rosebery S. 47 ff.

***) Vergl. die ausführliche Schilderung bei Wraxall II, 74 ff. (Ich zitire nach der neuen schönen Ausgabe von Wheatley. The Historical and the Posthumous Memoirs of Sir N. W. Wraxall. London 1884.) Daneben die Briefe Walpoles VIII, 48, 222.

† Wlpaole VIII, 346.



Er brauchte nicht lange zu warten. Nach einigen Monaten (1. Juli) starb Rockingham eines plötzlichen Todes. Schon bei seinen Lebzeiten hatten die beiden geistigen Häupter der Regierung, Shelburne und Fox, in ewigem Streit gelegen, und als nun der König eigenmächtig Shelburne an die Spitze berief, nahmen Fox und seine nächsten Freunde den Abschied. Für den Ersatz kam Niemand ernstlicher in Frage als Pitt. Nicht, daß er überhaupt ein Portefeuille erhalten würde, war zweifelhaft, sondern nur, ob das Innere oder die Finanzen. Schließlich wurde er Schatzkanzler (Chancellor of the Exequer). Seine große Jugend — er hatte gerade das 23. Jahr vollendet — störte Niemand. Es ereignete sich damals häufiger, daß junge Leute von Stand und Talent gleichsam von der Universität fort in wichtige, namentlich diplomatische Stellungen berufen wurden. So hob man wohl die rasche Karriere hervor, aber fast mehr noch, eine wie werthvolle Erwerbung Shelburne an Pitt mache.*) Am wenigsten der neue Minister selbst zeigte irgendwelche Ueberraschung. Die Briefe, in denen er seiner Mutter die Ernennung anzeigt, athmen, wie Lord Rosebery treffend sagt, die Gleichgiltigkeit nicht von Affektation oder Blasirtheit, sondern von langer Vorbereitung und Selbstzucht.**)

Uebrigens, wenn er triumphirt hätte, so wäre bald die Ernüchterung gefolgt; denn diese erste Ministerherrlichkeit war weder ungetrübt noch von langer Dauer. Shelburne verstand es, sich alsbald mit fast allen seinen Kollegen offen oder geheim zu überwerfen. Pitt scherzte später, was er auch als Minister gesündigt haben möge, er habe durch den Dienst unter Shelburne im Voraus reichlich dafür gebüßt. Hinzukam die Ungunst der parlamentarischen Lage. Nur die Vertagung rettete die Administration wenigstens bis in den Anfang des nächsten Jahres.

Da aber (Februar 1783) bildete sich die berüchtigte Koalition der ihr entgegengesetzten Parteien von Fox und North. Ehrgeiz und Haß gegen Shelburne ließen Fox vergessen, daß er noch vor elf Monaten erklärt hatte, er wolle der verruchteste der Menschen heißen, wenn er je mit North und seinen Leuten paktire. Es gelang stellenhungrigen Freunden von rechts und links, eine völlige Versöhnung herbeizuführen. Der Minister, der durch seine sträfliche Indolenz die unglückliche Führung des Krieges wesentlich verschuldet, und der Oppositionsredner, der immer wieder auf Frieden und An-

*) Gilbert Elliot an Hugh Elliot 5. Juli 1782. Memoir of H. Elliot p. 248.
**) Rosebery S. 26.



erkennung der nordamerikanischen Unabhängigkeit gedrungen hatte, vereinten sich, die soeben abgeschlossenen Präliminarien von Versailles anzugreifen, die zwar manche Opfer auferlegten, im Ganzen aber doch nach den Umständen günstig genug waren und jedenfalls vom Volk mit dankbarem Beifall begrüßt wurden.*) Zweimal kurz hintereinander (17. und 21. Februar) siegten sie im Unterhaus. Shelburne resignirte, und nunmehr wäre es für den König das konstitutionell Gebotene gewesen, das nominelle Haupt der Sieger, den Herzog von Portland, „ein Haupt ohne Zunge", wie man scherzte, mit der Bildung eines neuen Kabinets zu betrauen.

Aber dagegen sträubte sich aller Stolz und aller Eigensinn Georgs. Er warf North Undankbarkeit und Wortbruch vor, und Fox vollends, den sittenlosen Verführer seines Sohnes und erbitterten Gegner der königlichen Prärogative verfolgte er als Vater und Monarch schon damals mit unversöhnlichem Haß. Also beklagte er sein Schicksal im verworfensten Zeitalter zu regieren und erklärte zugleich, daß er nie die Ketten einer desperaten Faktion tragen wolle, einer unnatürlichen Koalition, die nur Zwietracht und Verwirrung in ein ohnehin zu sehr getheiltes Volk bringen würde.**) Solche Stimmungen waren nicht ohne Rückhalt in dem gestürzten Ministerium. Der Lordkanzler Thurlow wünschte sein von North zu Rockingham und von Rockingham zu Shelburne gerettetes großes Siegel weiter zu führen. Und ihm zur Seite trat der Lordadvokat von Schottland, Henry Dundas, ein Mann von großer Geschäftsgewandtheit und heiter wohlwollender Gemüthsart, dessen politische Moralität aber nicht auf der Höhe stand. Dundas hatte schon 1781 dem aufsteigenden Talent Pitts gehuldigt und sich seitdem mehr und mehr in der Absicht befestigt, auf diesen Felsen seine Zukunft zu gründen. Jetzt ließ er durch Shelburne den jungen Schatzkanzler, der sich noch eben in der letzten Debatte frische rednerische Lorbeeren gepflückt hatte, als geeigneten Retter aus der Noth vorschlagen.

Der König ergriff den Gedanken mit Eifer, aber er fand nicht die vielleicht erwartete freudige Zustimmung. Pitts erstes Gefühl war offenbar, nein zu sagen. Es bedurfte der ganzen berühmten Ueberredungskunst Georgs, damit er die Sache wenigstens in Ueberlegung zog, und jedenfalls machte er die Bedingung, daß eine

*) Walpole VIII, 351.
**) Fitzmaurice, Life of Shelburne III, 368 ff.

sichere und politisch respektable Majorität vorhanden sei.*) Nun gelang es zweimal während der folgenden vier Wochen des „Interministeriums", ihm vorübergehend Illusionen nach dieser Richtung zu erregen. Schließlich aber kam er doch immer wieder auf die Unmöglichkeit zurück, im gegenwärtigen Moment die schwere Aufgabe mit Nutzen und Ehren zu lösen.**) Am 25. März lehnte er in aller Form ab.

Allerdings nur pro hic et nunc. Seine Stellung in den nächsten Monaten erinnert einigermaßen an die Bismarcks im Sommer 1862.***) Daß das neue Ministerium Fox-North nicht dauern konnte, wußte nicht nur er, sondern halb London. Der König schrieb bei Vollziehung der aufgezwungenen Ernennungen, er nehme den bitteren Trank, weil der Etat noch nicht bewilligt und also ein Staatsbankrott zu befürchten sei, aber er werde keinerlei Adelspatente oder sonstige Gunstbezeugungen gewähren.†) Das Letztere hatte kein anderer gerathen als Thomas Pitt, Williams Oheim, und der Neffe war sehr einverstanden damit. Während Fox vergebens um ihn warb, blieb er in engen Beziehungen zu Thurlow, der als des Königs Gewissensrath galt, und knüpfte überdies mit seinem mächtigen Vetter Lord Temple Verhandlungen an, die die Bildung eines zukünftigen Kabinets vorbereiteten. Eigentlich während der ganzen Zeit war er beständig auf dem Sprunge.††) Aber er hat später einmal auf eine Frage seiner Freunde Geduld

*) Wir haben darüber einen Bericht Pitts (an seine Mutter am 25. Februar, Stanhope I, 105), einen des Königs selbst (an Shelburne 27. Februar, Fitzmaurice III, 370), endlich eine Notiz des hier offenbar gut informirten Carmarthen. Memoranda of Leeds p. 84.

**) Vergl. namentlich seinen Brief an Dundas 27. Februar, Stanhope I, 107 und die Aeußerung zu Carmarthen. Memoranda p. 85.

***) Das wird besonders klar aus der neuerdings in den Fortescue Manuscripts (Historical Manuscripts Commission, thirteenth Report, Appendix, Part III) I, 214—218 veröffentlichten Korrespondenz zwischen Pitt, Grenville und Temple aus dem Juli 1783.

†) An Shelburne 2. April 1783. Fitzmaurice III, 383.

††) Alle seine Arrangements werden getroffen „if nothing happens any day to derange my summer schemes" oder „if I hear nothing to prevent me". An die Mutter 22. Juli, 8. August, an Grenville 23. August. Stanhope I, 127; Fortescue Manuscripts I, 218. Ebendort p. 220 ein Brief an Grenville 10. September vor der Abreise nach Frankreich: I have just made my bow at St. James. The King enquired as to the time of my return in a manner which I thought rather significant and I named six weeks. Wie sehr Pitt allgemein als kommender Mann galt, ergiebt sich aus dem Bericht Pulteneys an Rutland: Pitt is the monstrari digito whenever he appears abroad here (Brighthelmstone) and I believe, the real confidence of every man of every description. Ashbourne p. 37.

als die wichtigste Eigenschaft eines Staatsmanns bezeichnet, und gleich damals im Anfang zeigte er die Kunst, abzuwarten, die Dinge reifen zu lassen. Er harrte ruhig des Moments, wo die Koalition sich auch beim Volk vollends unbeliebt gemacht haben würde und andererseits dem König mehr noch zum Bewußtsein gekommen sei, daß er Bedingungen anzunehmen, nicht zu stellen habe. Denn nicht als Puppe der Hofpartei, sondern als freier Mann in volksthümlicher Sache wollte er die Regierung übernehmen.*)

Fox war unpolitisch genug, dem Rivalen geradezu in die Hände zu arbeiten. Trotz seiner kritischen Lage wagte er sich an eins der schwierigsten Probleme, die sich der britischen Staatskunst damals darboten. Die Zustände in Indien schrieen seit lange nach Reform. In dem Maß, wie sich dort die einstigen Faktoreien zu gewaltigen Territorien ausgewachsen hatten, zeigte sich die Organisation der Ostindischen Kompagnie als fehlerhaft und ungenügend. Schreckliche Geschichten von Grausamkeit und Habsucht fanden ihren Weg nach Europa, und was der Patriot mit eigenen Augen täglich sah, war der unheilvolle Einfluß, den indisches Geld auf die politische Moral der Heimath übte. Also durfte Fox an sich auf den Beifall gerade der Besten rechnen, indem er die Absicht verkündete, durch eine groß angelegte gesetzgeberische Maßregel Wandel zu schaffen.

Aber eine Betrachtung der Bill**), die alsbald nach Wiederbeginn der parlamentarischen Tagung nicht ohne Feierlichkeit eingebracht wurde, erregte doch Zweifel, ob die Arznei nicht gefährlicher sei als die Krankheit. Fox wollte in gewissem Sinn das Werk von 1858 vorwegnehmen und die gesammte Verwaltung des indischen Besitzes der Kompagnie entziehen. Nur daß nicht direkt das Kabinet in die Lücke treten sollte, sondern eine Siebenerkommission, die, auf vier Jahre vom Parlament gewählt und vom Wechsel der Ministerien einigermaßen unabhängig, doch wieder einen Staat im Staat gebildet hätte. Da nun vollends jene sieben Männer ausschließlich aus der herrschenden Partei gewählt wurden,

*) Vergl. seinen Brief an Temple 22. Juli über eine Unterredung mit Thurlow: I stated in general that if the Kings feelings did not point strongly to a change, it was not, what we sought. But that if they did and we could form a permanent system consistent with our principles, and on public ground, we should not decline it . . . I treated as out of the question any idea of measures being taken to extend influence. Fortescue Manuscripts.

**) Abgedruckt: Parliamentary History 24, 62 - 89.

so legte die Opposition dem ganzen Gesetz mit Recht oder Unrecht den Zweck unter, Fox und seinen Leuten für alle Fälle die freie Verfügung über die reichen vielbegehrten Aemter Indiens und damit einen beherrschenden parlamentarischen Einfluß zu sichern. In Scherz und Ernst, in Wort und Bild wurde dem Volk zu Gemüth geführt, daß die neuen sieben Könige*) den alten Monarchen entthronen würden.

Trotzdem fand sich im Unterhaus eine überraschend große Majorität: 208 gegen 102, und auch im Oberhaus schienen die Aussichten durchaus günstig. Da traten Pitts Freunde vom Sommer Thurlow und Temple in offene Aktion. Sie überzeugten den empörten König leicht von der Größe der Gefahr, und Temple erlangte in der berühmt gewordenen Audienz vom 11. Dezember die schriftliche Ermächtigung, zu verbreiten, daß Seine Majestät jeden, der für die Bill stimme, als seinen Feind betrachten werde. Die Wirkung war die gewünschte. Eine Mehrheit von 19 Stimmen: 95 gegen 76 entschied am frühen Morgen des 18. Dezember gegen die Minister, und als sie nicht gleich resignirten, ließ ihnen der König mit ungnädiger Hast noch am Abend die Siegel abfordern.

Es war ein Vorgang, der, äußerlich gesetzlich, in der Sache umso entschiedener an einen Staatsstreich erinnerte. Das Unterhaus fühlte sich in seiner Ehre und in seinen Rechten gekränkt. Es nahm die Haltung an, als wollte es bis zum Aeußersten bei der gestürzten Regierung stehen. Andererseits verkündete der König laut seinen Entschluß, lieber die Krone niederzulegen, als sich ein zweites Mal Fox zu unterwerfen. Seit der Thronbesteigung des Hauses Hannover war eine solche parlamentarische Krisis nicht dagewesen.

Da ist es eigentlich merkwürdig, daß Pitt, der sich im Frühling so überaus vorsichtig gezeigt hatte, jetzt ohne das leiseste Zögern und Bedenken den Kampf aufnahm. Er mochte sich sagen, daß der letzte Moment sei, wo er vielleicht nicht überhaupt Minister, aber doch erster, leitender Minister werden konnte. Gelangte der Prinz von Wales ans Ruder und ging die India Bill durch, so war eine weitere Karrière offenbar nur noch mit und durch Fox möglich; und Fox betrachtete er wohl schon damals als seinen natürlichen Gegner. Mit- und Nachwelt haben gern beklagt, daß niemals beide große Männer gemeinsam über England regierten.

*) Twiß, Life of Lord Chancellor Eldon I, 115.



Doch scheint es, als ob ihr Auseinandergehen mehr noch in den Charakteren als in den Verhältnissen lag. Namentlich Pitt war zu selbstherrlich, um einen gleichbefähigten Rivalen neben oder gar über sich zu dulden.

Es kennzeichnet ihn, wie er sich gegen Shelburne stellte. Die Anhänger des Exministers hatten erwartet, daß diesem Eröffnungen wegen seiner Mitwirkung gemacht würden. Aber nichts dergleichen geschah.*) Lieber als einen Bundesgenossen von solchen Ansprüchen aufzurufen, begnügte sich Pitt mit der Unterstützung, die er sonst etwa fand, und das war nicht viel. Mehr als ein alter Parlamentarier lehnte ab, sich für eine so zweifelhafte und, wie die überwiegende Meinung war, aussichtslose Sache zu kompromittiren. Selbst von den beiden Todtengräbern des vorigen Kabinets blieb nur Thurlow, den Unverträglichkeit und Hinterlist trotz unleugbarer Gewandtheit zu einem fraglichen Gewinn machten. Temple gab das Staatssekretariat des Innern zurück, unmittelbar nachdem er es angenommen; wahrscheinlich, weil der König ihm die erwartete Herzogswürde verweigerte. Man sagt, daß diese Desertion Pitt eine schlaflose Nacht kostete**), und auch sonst fehlte es nicht an gelegentlichen Anwandlungen von Kleinmuth***), aber im Ganzen kann man nicht genug bewundern, mit welcher Ruhe und Sicherheit der junge Minister durch zehn stürmische Wochen Sitzung auf Sitzung einer Opposition standhielt, die an Rücksichtslosigkeit und Begabung in den Annalen des englischen Parlaments wenig ihresgleichen hatte.

Am Hof und anderswo rieth man sofortige Auflösung des Unterhauses. Pitt wollte nichts davon wissen. Es schien ihm besser, erst einmal eine friedliche Aussöhnung zu versuchen, deren voraussichtliches Scheitern die Gegner diskreditiren mußte, und überhaupt der populären Strömung zu seinen Gunsten Zeit und Stoff zur Befestigung zu geben. Diese Rechnung erwies sich als richtig. Was etwa Häßliches und Ordnungswidriges an der Art seines Emporkommens gewesen war, wurde vergessen über seiner männlichen Beredsamkeit, seiner klugen Mäßigung, seiner Uneigennützigkeit endlich, die der rechtzeitige Heimfall einer reichen Sinekure

*) Fitzmaurice III, 392.

**) Stanhope I, 158, nach Angaben von Bischof Tomline.

***) Memoranda of Leeds p. 94, die hier durch die Mittheilungen Walpoles VIII, 453 ergänzt werden. Auch Rose, Diaries I, 50.



ihn befähigte, in das hellste Licht zu setzen.*) Und als die Neuwahlen im Frühling 1784 doch vorgenommen wurden, ergaben sie eine überwältigende Majorität für die Regierung.

Dabei vollzog sich weit Größeres als der bloße Zusammenbruch einer Partei. Schon im März 1783 hatte Walpole gemeint, die alten Faktionen seien so zersetzt und vermischt, daß nach einem Höhepunkt der Anarchie eine neue Aera folgen müsse.**) Jetzt, früher als der alte Herr gedacht haben mochte, war diese neue Aera wirklich da. Das englische Volk hatte gezeigt, daß es trotz aller veralteten Wahlgesetze doch immer noch ein wichtiger Faktor im Staatsleben war. Indem Pitt die Parlamentsoligarchie niederwarf, gab er der Nation wenigstens ideell den gebührenden Antheil an der Leitung ihrer Geschicke.

Sehr bald aber zeigten sich nach allen Richtungen die wohlthätigen Wirkungen dieses Umschwungs. Spottete auch der Hohn der Gegner:

A sight to make surrounding nations stare
A kingdom trusted to a schoolboys care,***)

das „Königreich in Knabenhand" blühte auf mit einer Schnelligkeit und in einem Umfang, die selbst die kühnsten Erwartungen hinter sich zurückließen.†)

Pitts erste Sorge galt den Finanzen. Man vergegenwärtige sich: durch den letzten Krieg war die Schuldenlast des Staates auf über 5 Milliarden Mark angewachsen, d. h. sie betrug mehr als die französische, von der doch die Revolutionsgeschichte als von dem äußeren Anlaß der großen Bewegung zu berichten hat. Miß-

*) Es handelte sich um die Clerkship of the Pells im Werthe von etwa 60000 Mark jährlich. Alle Welt erwartete, Pitt würde sie, wie damals durchaus üblich war, sich selbst verleihen und sich dadurch für alle Zukunft ein reiches Einkommen sichern. Statt dessen gab er sie an Oberst Barré, der dafür auf eine von Rockingham ausgesetzte Pension von ungefähr gleicher Höhe zu Gunsten der Staatskasse verzichten mußte.

**) An Horace Mann 18. März 1783. Correspondence VIII, 347.

***) Aus der bekannten Satire The Rolliad p. 28. Die vorhergehenden Verse lauten:

Above the rest majestically great
Behold the infant Atlas of the State,
The matchless miracle of modern days
In whom Britannia to the world displays etc.

Ich zitire nach der Ausgabe von 1795.

†) Die folgenden Angaben beruhen wesentlich auf Lecky V, 27 ff. und Stanhope I, 215 ff.

günstige Ausländer rechneten bereits aus, daß der ganze Grund und Boden der Insel nicht den finanziellen Verpflichtungen gleichkomme.*) Wollte England wieder eine Rolle als Großmacht spielen, so mußte es vor Allem seinen Kredit wiederherstellen.

Nun aber begegneten sich die Bedürfnisse des Staates auf das Glücklichste mit den persönlichen Neigungen und Fähigkeiten des Ministers. Sein Vater hatte nie rechnen mögen. Bei ihm dagegen soll während der Studienzeit der Eifer für Mathematik kaum zu zügeln gewesen sein. Noch aus den letzten Jahren dann besitzen wir das bewundernde Zeugniß eines Tischgenossen**), wie rasch und sicher er schwierige Zahlenprobleme im Kopf löste. Und jedenfalls ist sich alle Welt einig, daß finanz- und handelspolitische Dinge ihm jederzeit am meisten am Herzen lagen.

Dabei zeigte sich in seinen Reformen, namentlich Anfangs, weniger grundstürzende Originalität als der praktische Sinn für das Klare, Einfache und Zweckmäßige. Zur Einführung der Einkommensteuer, die ihm einen Ehrenplatz in der Finanzgeschichte sichert, hat er sich erst im Drange des Revolutionskrieges und recht eigentlich zu spät entschlossen. Bis dahin hielt er sich überwiegend an die altbekannten kleinen Mittel indirekter Auflagen auf die tausenderlei Gebrauchs- und Luxusartikel des täglichen Lebens. Hüte, Bänder, Handschuhe, Puder, Parfum, Kerzen, Seife, Jagdscheine, Kutschpferde, Equipagen, um nur einiges zu nennen, mußten sich neue oder erhöhte Besteuerung gefallen lassen. Bedeutend und lehrreich aber war die Art, wie er diese Einnahmen verwerthete, wie er überhaupt Ordnung und Einheit in den Staatshaushalt brachte.

Man muß es bei seinen Biographen lesen, welche Mißwirthschaft er vorfand. Minister wie Subalterne durften ihre Aemter ungestraft zu schamloser Bereicherung mißbrauchen. Summen, die für öffentliche Zwecke überwiesen waren, trugen Monate und Jahre lang Zinsen für das Privatkonto der Ressortchefs; Anleihen wurden weit unter dem Marktkurs an gute Freunde vergeben. In Norths Kanzlei betrug die Rechnung für Schreibmaterial in einem Jahr 26 000 Mark, und durch den Mißbrauch, den die Parlamentsmitglieder mit ihrer Portofreiheit trieben, verlor der Staat

*) Peyssonel: Examen du livre intitulé: Considérations sur la guerre actuelle des Turcs. Schon Friedrich der Große in seiner Histoire de la guerre de sept ans, Oeuvres IV, 14 meint: les Anglais craignaient d'augmenter leur dette nationale chef-d'oeuvre du crédit idéal, dont l'abus pronostique une faillite générale.

**) John Macdonald; vergl. Monthly review 1809, Vol. 78 p. 73 f.



3 400 000 Mark.*) Weit größer noch waren die Unterschleife im Zoll- und Steuerwesen. Die ungeheure Komplizirtheit der Tarife — es gab Artikel, die vierzehn verschiedenen Auflagen unterworfen waren — erleichterte schon bei öffentlicher Einfuhr Durchstechereien aller Art, und daneben blühte der ausgedehnteste und frechste Schmuggel. Es heißt, daß an 40 000 Menschen und 300 Schiffe darin Beschäftigung fanden. Die schwere Schädigung nicht nur der Staatskasse, sondern der Volksmoral lag auf der Hand. Es hatte denn auch in den letzten Jahren nie mehr an Wünschen und Versuchen innerer Reform gefehlt. Aber erst Pitt gelang es, in der Hauptsache Wandel zu schaffen.

Gleich das war von heilsamster Wirkung, daß er zum Zweck der Rechnungsabnahme an Stelle der rein dekorativen Auditors of Imprest eine Fünfmännerkommission mit ausgedehnten Pflichten und Vollmachten bestellte. Eine andere Kommission erhielt den ausdrücklichen Auftrag, das Sportel- und Emolumentenwesen der Behörden auf Mißbräuche zu untersuchen. Oeffentliche Gelder sollten fortan bis zum Moment des thatsächlichen Gebrauchs in der Bank von England hinterlegt werden. Anleihen wurden in freiem Wettbewerb an den Meistbietenden vergeben. Der Apparat der Finanzbeamten erfuhr eine wesentliche Verminderung, indem der Minister erledigte Sinekuren nicht besetzte, die schließlich noch übrigen ablöste. Die wirklich Beschäftigten fanden ihren Wirkungskreis klarer und zweckmäßiger umschrieben. Schon 1787 unternahm das große Konsolidationsgesetz — es umfaßte 2537 Paragraphen — die Herkulesarbeit, die verschiedenen Abgaben der einzelnen Waaren zusammenzulegen und statt in getrennte Kassen in eine gemeinsame zu überführen. Schließlich gegen den Schmuggel geschahen nicht nur kräftige Polizeimaßregeln; der Minister bekämpfte ihn an der Wurzel, der unvernünftigen Höhe namentlich der Thee- und Rumzölle. Gleich 1784 setzte er den Theezoll von 119 auf 12½ Prozent herab.

Freilich nicht ohne sich gegen den möglichen Ausfall durch eine Erhöhung der Fenstersteuer zu decken; denn sein Streben ging von Anfang an dahin, nicht nur Einnahmen und Ausgaben auf das Gewissenhafteste zu balanziren, sondern einen Ueberschuß für die als unumgänglich erkannte Schuldentilgung herauszuwirthschaften.

*) Manche „sehr ehrenwerthe“ Herren bezogen jährlich 300 Lstrl., indem sie Handlungshäusern ganze Schachteln von Couverts mit ihren Namensunterschriften überließen. Stanhope I, 222 f.

Schon 1786 hatte er die Dinge soweit, um mit einer großangelegten gesetzgeberischen Maßregel vor das Parlament zu treten. Danach sollten alljährlich zunächst 1 Million Lstrl. an einen Tilgungsfonds abgeführt und mit seinen Mitteln Obligationen aufgekauft werden. Deren Zinsen aber würden nicht verfallen, sondern dem Fonds anwachsen, derart, daß er sich in geometrischer Progression vermehre. Der Plan war nicht Pitts geistiges Eigenthum. Er erkannte das selbst ausdrücklich an.*) Doch empfahl er ihn mit begeisterter Zuversicht, und die Nation theilte diesen Enthusiasmus. „Tilgung der Staatsschuld", steht auf dem Blatt, das der Minister auf Lawrence bekanntem Porträt in der Hand hält.**) Die moderne Kritik urtheilt sehr anders. Sie ironisirt die Vorstellung, als wenn solch ein Fonds auf Zinseszins selbstthätig neue Werthe erzeuge, und berechnet, daß später, wo nicht mehr Steuerüberschüsse, sondern neue zu ungünstigerem Kurs aufgenommene Anleihen ihn speisten, der Nation ein Schaden von 400 Millionen Mark erwachsen sei. Doch thut man Unrecht, diese 400 Millionen einfach als Verlust zu buchen. Schließlich war es ganz wesentlich der Glaube an die magische Wirkung des sinking fund, der ermöglichte, die ungeheuren Summen immer wieder aufzubringen, die der Krieg mit Frankreich verschlang.

Vollends der erste Erfolg hätte nicht vollständiger sein können. Die dreiprozentigen Konsols standen 1784 nur 57, acht Jahre später hatten sie fast Parikurs erreicht, und Hand in Hand mit dem Staatskredit, fördernd und gefördert, hoben sich Handel und Wandel. Für den verminderten Markt in Amerika schaffte namentlich der Handelsvertrag Ersatz, den Pitt 1786 ganz im Sinn der Rathschläge Adam Smiths mit Frankreich abschloß. Import und Export, 1784 in Summa rund 557 Millionen Mark, stiegen bis auf rund 891 in dem gesegneten Jahre 1792.***) Einheimische und

*) Vergl. seine Rede vom 29. März 1786: I. am very far from ascribing any merit to myself in suggesting this scheme; but, I cannot but think myself peculiarly happy in having a task to perform so very different from any of my predecessors, and that instead of expending the money of the public, I should have the great good fortune to be led to set about to diminish our burthens. This plan, which I have now the honour to bring forward, has long been the wish and the hope of all men; and I am proud to flatter myself that my name may be inscribed on that firm column now about to he raised to national faith and national prosperity.

**) Rosebery S. 81.

***) Vergl. Stanhope IV, 415. Die genauen Zahlen sind 1783: Import 13122000, Export einheimischer Waaren 10409000, fremder 4332000 Lstrl., 1792: 19659000, 18336000, 6568000 Lstrl.



fremde Zeitgenossen konnten sich nicht genug thun in der Bewunderung des gigantischen Fortschritts, der sich auf allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens bemerkbar machte. Ackerbau und Industrie*) erlebten eine rasche Fortsetzung des Aufschwungs, den der letzte Krieg unterbrochen hatte. Ueberall sah man unbebautes Gemeindeland in fruchtbare Aecker und Wiesen verwandeln und Fabriken entstehen, die sich mehr und mehr die verbesserten Dampfmaschinen Watts zu nutze machten. Die Bevölkerung wuchs; es begann die Aufhäufung jener ungeheuren Reichthümer, die heute als ein charakteristisches Element englischen Lebens erscheinen. Und wenn auch die sozialen Mißstände jeder starken industriellen Entwicklung nicht ausblieben, so bot England im Ganzen doch ein Bild des zufriedenen Glücks. Es war, als ob nicht erst wenige Jahre verflossen seien, seit die Wilkes-Tumulte und der Gordon-Aufruhr London in seinen Tiefen erschüttert hatten. Die leidenschaftliche Bewegung gegen den König und sein bestochenes Unterhaus, wie sie in den Juniusbriefen ihren klassischen Ausdruck gefunden hatte, fiel in sich zusammen. Im Gegentheil, Georg wurde populär. Man erfreute sich an seinen häuslichen Tugenden der Einfachheit, Leutseligkeit und Pflichttreue und vergaß gern, daß die erste Hälfte seiner Regierung die schwere Demüthigung von 1783 gebracht hatte.

Umsomehr, als es jetzt auch nach außen an Erfolgen nicht fehlte.**) Pitt fand zwar an und für sich wenig Geschmack an der eigentlichen Diplomatie, und die fremden Gesandten beklagten gern, daß an seiner und des Herzogs von Leeds Stelle nicht lieber Fox das Auswärtige leitete, den seine unvergleichlich größere Kenntniß festländischer Verhältnisse weit eher zu befähigen schien. Aber er hatte mindestens Anfangs eine glückliche Hand in der Wahl seiner Gesandten — Namen wie Harris, Eden, Ewart bezeugen das —, und sobald eine wichtigere Frage auftauchte, lernte er bald mit Sachkunde und Festigkeit zu entscheiden, gewiß aufrichtig bestrebt, Frieden zu erhalten, aber keineswegs ängstlich, bis hart an die Grenze des Krieges vorzugehen, wo Ehre oder überwiegendes Interesse geboten.

So gelang es 1787 mit preußischer Hilfe die Patriotenpartei im Haag zu stürzen und damit das für Indien gefährliche

*) Vergl. die ausführlichen Angaben bei Lecky VI, 188—225.

**) Das Folgende beruht großen Theils auf eigenen archivalischen Studien: vgl. meinen Aufsatz: „Die englisch-preußische Allianz von 1788" in den Forschungen zur Brandenburg. und Preußischen Geschichte 1902.

holländisch-französische Bündniß zu sprengen. Frankreich, das einen Augenblick Miene machte, der preußischen Invasion entgegenzutreten, wich vor der entschiedenen Haltung Englands zurück. Es verpflichtete sich 27. Oktober 1787 in förmlicher Erklärung, wie Kaiserin Katharina*) höhnte, die empfangene Ohrfeige ruhig einzustecken. Der eine Sieger des letzten Krieges war gedemüthigt. 1790 in der Nootka-Sund-Affäre folgte der zweite, Spanien. Auch im Norden und Osten Europas setzte sich britischer Einfluß auf das Wirksamste durch. Das überlegene Geschick des Gesandten in Berlin Joseph Ewart brachte zu Wege, daß Preußen fast blind seinen Diktaten folgte; und da die beiden Kaiserhöfe durch den Türkenkrieg, Rußland noch dazu durch den Angriff des Schwedenkönigs, Oesterreich durch den belgischen Aufstand gefesselt waren, so konnte für einige Jahre nichts dem preußisch-englischen Bündniß, dem vereinten Eindruck der stärksten Flotte und des stärksten Heeres widerstehen. Dänemark mußte 1788 in seinem siegreichen Feldzug gegen Schweden einhalten, Oesterreich 1790 auf alle türkischen Eroberungen verzichten.

Rußland war ein gleiches Schicksal zugedacht. Ewart lebte in hochfliegenden Entwürfen, die Türkei, Schweden, Polen in ein Defensivsystem aufzunehmen, das auf lange hinaus die Ruhe Europas verbürgen würde, und verstand Pitt namentlich für Polen zu interessiren, dessen Bedeutung für das europäische Gleichgewicht damals viel hervorgehoben wurde. Schon waren die diplomatischen Vorbereitungen getroffen. Schon lag die Flotte bereit, die durch ihr Erscheinen in der Ostsee Katharina zwingen sollte, auch das allein noch geforderte Otschakow an die Pforte zurückzugeben. Da zeigten sich die ausgedehnten Interessen des gefährdeten baltischen Handels als übermächtig. Von dem russischen Botschafter Woronzow geschickt genährt, erhob sich in Nation und Parlament die heftigste Opposition gegen einen möglichen Krieg mit dem „natürlichen Alliirten“, und der Minister entschloß sich eigentlich ohne Noth zu einem wenig ruhmvollen Rückzug, dessen letzte Konsequenz, die Vernichtung Polens, eine nahe Zukunft an den Tag brachte.

Doch ging der erste peinliche Eindruck dieses Mißerfolgs erstaunlich rasch vorüber. Pitt war und blieb, wie der jüngste, so der mächtigste und beliebteste Minister Europas. Der König unter-

*) An Grimm 22. April 1788. Sbornik russkavo istoritscheskavo obschtschestwa XXIII, 444.

stützte ihn, allerdings nicht immer herzlich und willig; denn er empfand zu gut, welche Verminderung sein Einfluß auf die Geschäfte seit 1784 erfahren hatte*), aber er erkannte, daß es ein Drittes nicht gebe, daß er aus der Charybdis Pitt ohne Rettung in die Scylla Fox fallen würde, und so entschloß er sich 1792, Pitt selbst den Lordkanzler Thurlow zu opfern, der seinem Herzen unzweifelhaft weit näher stand. — Das Parlament hielt im Ganzen treu zu seinem beredten Führer. Die Nation vollends vergötterte ihn. 1788, als der vorübergehende Irrsinn Georgs die Frage einer Regentschaft aufrollte, hatte er es unternehmen können, an der Spitze einer überwältigenden Mehrheit und getragen von allgemeinem Beifall, die Bedingungen zu diktiren, unter denen der Thronfolger allein den König vertreten dürfte. Damals war es, daß in den Kreisen der Opposition das Wort von William IV. aufkam und Burke mißmuthig schrieb: „Pitt ist das einzige, was die Nation sieht und für werthvoll hält. Ich glaube wirklich, sie würde froh und zufrieden sein, die ganze königliche Familie sammt der Krone und beiden Häusern des Parlaments bei Seite zu setzen, wenn sie dafür ihn behalten könnte."**)

Selbst der Glanz von seines Vaters Ministerium schien daneben zu verblassen. Und doch ist kein Zweifel, daß dieser äußerlich etwas weit Fortreißenderes, Eindrucksvolleres, Genialeres gehabt hatte. Wenn man von Chatham hört, so denkt man unwillkürlich an jenen pathetischen, in Wort und Bild viel verherrlichten Vorgang, wie der gichtbrüchige alte Staatsmann sich von Sohn und Schwiegersohn ins Haus der Lords führen läßt, um ein letztes Mal seinen Kriegsruf gegen Frankreich zu erheben, und schließlich in Krämpfen ohnmächtig zusammenbricht. Solche Szenen lassen sich im Leben des Sohnes nicht auffinden. Wie er äußerlich höchstens in seinen Jugendjahren eine anziehende Erscheinung war: ein langer, hagerer Mann mit eckigen Bewegungen und eher unschönen Zügen, so will auch seine geistige Individualität nicht leicht und unmittelbar zur Phantasie des Nachlebenden sprechen. Man

*) Woronzow (an seinen Bruder 2./13. Mai 1788; Archiv des Fürsten Woronzow IX, 121) meint geradezu: le Roi le déteste. Der preußische Spezialgesandte Schlieffen (an Friedrich Wilhelm II. 13. August 1789) wenigstens: le roi n'est pas indifférent au trop grand ascendant du chef de la Trésorerie. Pr. St.-A.

**) An Gilbert Elliot 18. Dezember 1788. Life and Letters of Sir Gilbert Elliot by the Countess of Minto I, 248.



muß sich in sein Wesen und Wirken vertiefen, und mit dem Charakter seines Volkes und seiner Zeit vertraut sein, um seine eigenthümliche Größe zu verstehen und zu lieben.

Gleich seine Beredsamkeit ist nicht leicht gerecht zu beurtheilen. Es darf zugegeben werden, daß seine Reden, namentlich in der schlechten Ueberlieferung, in der sie vorliegen*), nicht selten etwas Ermüdendes haben. Man begreift doch manchmal den Spott jenes Oppositionsmannes, der meinte, sechs bis sieben Gedanken beliebiger Art genügten dem Minister, um ein halbes Dutzend Reden von dreiundeinerhalben Stunde zu halten**); denn allzu breit und allzu arm an originellen Ideen oder Bildern scheint der Strom seiner wohlkadenzirten Perioden dahinzufließen. Aber man muß bedenken, daß der Stil der Beredsamkeit dem Wandel des Geschmacks auf das Stärkste unterworfen ist. Welch ein Unterschied schon zwischen den Reden in der Paulskirche und im heutigen Reichstag! Damals in England war es Sitte, lange Reden zu halten. Zwei Stunden waren die Regel bei wichtigeren Debatten, drei und vier nichts Seltenes; Sheridans berühmte Rede gegen Hastings, nach Byron die beste in englischer Sprache, dauerte fünf Stunden und vierzig Minuten.***) Es kam häufiger vor, daß über der Redeschlacht selbst ein Wintermorgen hereinbrach. Und wenn ein und der Andere, z. B. der König selbst einmal klagte über die „gegenwärtige schlechte Mode rein mechanischer Rederei" †), die meisten Parlamentarier waren sehr einverstanden damit. Wir besitzen den Brief eines jungen Mannes, der geradezu bedauert, Pitt habe nur von $^3/_4$8 bis 9 gesprochen, man hätte ihm lieber vier Stunden zugehört.††) Jedenfalls herrscht beinahe Einstimmigkeit über die Gewalt, die seine Reden im Augenblick übten. Rigby, der ihm keineswegs wohlwollte, sah sich doch zu dem Geständniß genöthigt: „Er ist unendlich überlegen Allem, was ich in diesem Haus sah; Fox, Sheridan und sie Alle zusammen sind nichts gegen ihn, er zerstreut sie wie der Wind die Spreu." †††) Solchem Zeugniß wäre es unhistorisch, den eigenen weniger günstigen Eindruck gegenüberzustellen. Gerade was die Zeitgenossen am meisten bewunderten,

*) The Speeches of the Right Honourable William Pitt in the House of Commons. London 1817.
**) Jekyll, vergl. Fitzmaurice III, 548.
***) Stanhope I, 327.
†) An Pitt 6. März 1788. Stanhope I, XXIII.
††) J. W. Ward 30. Mai 1803. Stanhope IV, 48 ff.
†††) Stanhope I, 326.

die unfehlbare und augenblickliche Herrschaft über das passendste Wort — sie meinten, der Minister könne eine Thronrede extemporiren — entzieht sich naturgemäß der nachträglichen Wahrnehmung und Würdigung. Es fehlt die Stimmung der aufregenden Debatte, der sonore Klang des schönen Organs, der beherrschende Blick des strahlenden Auges. Und manches wirkt doch schließlich auch heute noch: der treffende Sarkasmus, das edle — man möchte sagen: Schillersche — Pathos, endlich der einleuchtende logische Aufbau und die durchsichtige Klarheit.

Auf dieser Klarheit nicht zum Wenigsten beruhte überhaupt seine Bedeutung. Er besaß in höchstem Maße die Gabe aller großen Männer, in dem verwirrenden Durcheinander der Verhältnisse und Erscheinungen die einfachen und wesentlichen Linien aufzufinden. Eingeweihte erstaunten immer von Neuem, wie rasch und sicher er sich über die verwickeltsten und fernliegendsten Dinge orientirte, sei es aus Büchern und Akten, sei es noch lieber im Gespräch.*) Grenzen schien es für seine Auffassung und Thätigkeit nicht zu geben. Als er sich nach seinem Sturz 1801 für einige Zeit auf seine Güter zurückzog, meinte einer der Besucher**), er sei der beste Landwirth, den er kenne, und die Offiziere, die gleichzeitig in Sachen der Landesvertheidigung oder Miliz mit ihm zu thun hatten, waren voll ungemessenen Lobes über die Richtigkeit seiner militärischen Bemerkungen und seine Kenntniß der Fluthverhältnisse im Kanal, die den erfahrensten Lootsen erstaunen müsse.***)

Denn was er auch angriff, in Alles legte er seine ganze Persönlichkeit. Es war nicht seine Art, vieles spielend neben einander zu betreiben. Vielmehr, wenn ihn eine Sache, eine innere Reform oder auswärtige Aktion beschäftigte, so pflegte sie auf Wochen hinaus all sein Thun und Denken zu bestimmen.†) Und nur eines

*) Wilberforce: Life of W. III, 249 rühmt his clear and comprehensive view of the most complicated subject in all its relations. Aehnlich in seiner Sketch of Pitt a. a. O. 61. Macdonald (vergl. oben) erzählt: with that astonishing grasp of intellect and unequalled capacity of mind, that, as it were, intuitively, mastered every subject, a single perusal of the most abstruse work not only enabled him to comprehend its contents, but to criticise it with an acumen and skill, which might be supposed to be possessed only by Professors of the subject.

**) Charles Middleton. Vergl. Wilberforce, Life III, 71.

***) Malmesbury IV, 290. Dazu ebenfalls wieder Macdonald.

†) Wilberforce, Sketch of Pitt p. 66 hebt ausdrücklich hervor als a peculiarity of his character that he was habitually apt to have almost his whole thoughts and attention and time occupied with the particular object or plan which he was then devising.

ist ebenso merkwürdig wie der Eifer, mit dem er seine Pläne faßte: die Leichtigkeit, mit der er sie gelegentlich preisgab und wechselte.

Hier liegt vielleicht das schwierigste Problem der Pittforschung. Man kann es schlechterdings nicht leugnen: es besteht ein Mißverhältniß zwischen dem, was der Minister wollte, und dem, was er durchführte.

Eigentlich in allen Fragen der Staatsverwaltung hatte er die erleuchtetsten und fortgeschrittensten Ansichten. Er erkannte die Nothwendigkeit einer Parlamentsreform. Er verschloß sich nicht der historischen Wahrheit, wie schwer durch die Jahrhunderte hindurch an Irland gesündigt sei, und erstrebte eine Aussöhnung auf Grund materieller und kirchenpolitischer Zugeständnisse. Er sympathisirte mit den Emanzipationsbestrebungen der Dissenter und Katholiken. Er entwarf ein Armengesetz, das neben manchem Unreifen eine Fülle echt humaner und zukunftsreicher Ideen enthielt.*) Er empfahl die Aufhebung der Sklaverei in einer mi Recht noch heute berühmten Rede**) und bekannte sich mit uneingeschränkter Begeisterung zu den neuen Theorien von Adam Smith***), der denn wohl geradezu gesagt hat, Pitt mache ihn seine eigenen Gedanken besser verstehen als zuvor.†) Kurz, er wäre für seine Person durchaus geneigt gewesen, die meisten jener großen Reformen durchzuführen, die dann 50 Jahre später unter so schweren inneren Kämpfen für England ins Leben getreten sind.

Aber er mußte erfahren, daß Volk und Parlament in ihrer Mehrheit noch nicht reif dafür waren, und er fühlte den Beruf nicht, sie zu ihrem Glück zu zwingen. Man darf ihn als entschiedenen Opportunisten in Anspruch nehmen. Trat ihm Widerstand entgegen, so versuchte er wohl, ihn durch Belehrung und kleine Zugeständnisse zu überwinden. Ihn zu brechen, selbst auf die Gefahr des eigenen Sturzes hin, hat er kaum je unternehmen mögen. Er ließ 1785 geduldig geschehen, daß das Unterhaus seinen Plan für Parlamentsreform ablehnte, obwohl dieser Plan doch

*) Rosebery S. 169 ff.

**) 2. April 1792. Speeches I, 363 ff.

***) 17. April 1792, Speeches I, 358 nennt er ihn z. B. an author now unfortunately no more whose extensive knowledge of detail, and depth of philosophical research, will, I believe, furnish the best solution to every question connected with the history of commerce or with the systems of political economy.

†) Stanhope IV, 463.



schon fast zu ängstlich auf alte Rechte und Vorurtheile Rücksicht nahm.*) Und als er im gleichen Jahr die großgedachten Resolutionen einbrachte, die Irland und England zollpolitisch verbinden sollten, meinte er zwar, er glaube nicht, daß je ein anderes Objekt so jede Fiber seines Herzens bewegen werde**), willigte aber doch erst in allerlei schädliche Modifikationen, die den Iren die Bill verleideten, dann in ihre Zurückziehung. Die Wünsche der Dissenter durfte eine eigens berufene Versammlung der Bischöfe ablehnen (1787). Dem Armengesetz wurde nach vieler Diskussion in Presse und Parlament keine Folge gegeben, und gegen den Sklavenhandel geschah so garnichts, daß schon 1788 ernste Zweifel an Pitts Ehrlichkeit laut wurden.***)

Die Daten sind lehrreich. Sie zeigen, daß es nicht richtig sein würde, für die Geringfügigkeit seiner innerpolitischen Leistungen in erster Linie den Krieg gegen Frankreich verantwortlich zu machen. Er wirkte mit, insofern er die beste Kraft des Ministers nach anderer Seite lenkte und die allgemeine Abneigung gegen durchgreifende Reformen vergrößerte. Aber er kann nicht entscheidend gewesen sein für Unterlassungssünden, die bis weit vor 1793 zurückreichen.

Man hat deshalb mit Recht nach mehr psychologischen Gründen gesucht und sie gern darin gefunden, daß Pitt allzusehr nur immer an Erhaltung seines Amtes gedacht habe. Die Behauptung entbehrt nicht aller Wahrheit. Er hing gewiß wie die meisten großen Minister mit ganzem Herzen an seinem glänzenden, weltweiten Wirkungskreis. Schon weil er so jung das Ministerium übernommen hatte, war es ihm Lebenselement, ohne das er schwer sein konnte.

Aber auch damit ist doch nicht Alles oder das Letzte gesagt. Er hatte, wie mir scheint, mehr eine rezeptive als eine selbständig produktive Veranlagung. Ideen und Maßregeln entsprangen bei ihm weniger innerer eigener Bewegung als äußerer Anregung und unterlagen schon deshalb stark der Beeinflussung durch entgegengesetzte Strömungen. Wir besitzen aus seinem Munde eine Rechtfertigung seiner späteren Abwendung von aller Parlamentsreform,

*) Er lief darauf hinaus, eine Summe von zunächst 1 Million Lstrl. auszusetzen, durch die in freier Vereinbarung mit mindestens zwei Dritteln der Berechtigten die Wahlrechte von 36 Flecken abgelöst werden sollten, und die dadurch freiwerdenden 72 Mandate an die Grafschaften und London zu geben.

**) Stanhope I, 268.

***) Woronzow IX, 122.



die charakteristisch ist. „Ich habe nicht vergessen“, sagte er 1800, „was ich selbst früher über diesen Gegenstand gesagt und aufrichtig empfunden habe, aber ich weiß: alle Ansichten müssen sich unweigerlich Zeit und Umständen unterordnen, und wer von Konsequenz redet, nur weil er zehn oder zwölf Jahre an derselben Meinung festhält, während die Umstände ihrer ursprünglichen Entstehung sich gänzlich geändert haben, ist ein Sklave der nichtigsten Eitelkeit.“ *)

Auch im Kleinen, wo die Rücksicht auf das Portefeuille unzweifelhaft fortfiel, war er erstaunlich bereit, seine Meinung zu ändern, wenn vernünftige Einwände dagegen erhoben wurden.**) Er besaß die bei Herrschernaturen seltene Kunst, geduldig und wohlwollend zu hören. Selbst das Wort eines Untergebenen fand jederzeit gute Statt. Nur ein feierliches Zurathesitzen mit den Ministerkollegen war nicht nach seinem Geschmack. Er suchte seine Unterstützung lieber bei einem kleinen Kreis mehr persönlicher Freunde, die nur zum Theil, wie Dundas und Grenville, später ins Kabinet aufgenommen wurden. So war die ewige Klage, daß kein Zusammenhang im Ministerium herrsche. Thurlow meinte grimmig, man sähe sich eigentlich nur bei den „Hängesitzungen“, wo also über die Bestätigung oder Verwandlung der überzahlreichen Todesurtheile der damaligen drakonischen Justiz beschlossen wurde.***) Und wenn wirklich ein Kabinet zu anderem Zweck berufen wurde, erzählte man sich vielleicht mit einiger Uebertreibung, daß Pitt und Dundas kurz die Tagesordnung zu diskutiren und dann einfach die Anderen von der Entscheidung in Kenntniß zu setzen pflegten.†)

Der Zorn darüber hatte nun aber noch einen besonderen Grund. Man fand, daß der Minister über seiner jungen, nur mäßig vornehmen Umgebung die altbegüterten und -betitelten Großen des Landes vernachlässige.††) In der That für die hohe Aristokratie hatte er nicht allzu viel Rücksicht und Neigung. Namentlich die Verschwendung, mit der er nach allen Seiten

*) Stanhope III, 228.

**) Wilberforce, Life III, 249 f.: for magnanimity which made him ready to change his measures, when he thought the good of the country required it, though he knew he should be charged with inconsistency; for willingness to give a fair hearing to all that could be urged against his own opinions, and to listen to the suggestions of men whose understanding he knew to be far inferior to his own — I have never known his equal. Ein Beispiel: Sketch of Pitt p. 66.

***) Memoranda of Leeds p. 149.

†) Fitzmaurice III, 411.

††) Recht charakteristisch dafür Memoranda of Leeds p. 176, 185, 199.

Pairswürden ausstreute*), enthielt eine Schädigung der alten Familien. Seine Sympathien galten weit mehr dem Kleinadel und vor Allem den aufstrebenden Elementen der Handelswelt, des reichen und gebildeten Bürgerthums.**) Diese Mittelklassen hatte er im Auge, wenn er von „Nation" sprach, und in dem Willen der Nation sah er wie sein Vater die besten Wurzeln seiner Kraft. König und Parlament kamen ihm in zweiter Linie. Als ihm einmal einer der Unterhaushäuptlinge mit der Entziehung mehrerer Stimmen drohte, erklärte er mit schneidender Schärfe, er lasse sich auf keine Intriguen ein, um sein Amt zu behaupten. Er habe es angenommen und übe es in der vielleicht anmaßlichen Meinung, dem Vaterland gut dienen zu können. Das Beste der Nation sei das einzige, was er zu Rathe ziehe. Um das Wohlgefallen von König oder Parlament kümmere er sich nicht. Träten sie ihm entgegen, so würde er ohne Bedauern gehen.***)

Das waren keine bloßen hohen Worte. Heuchelei lag ihm überhaupt fern. Er war nach dem Zeugniß seines Freundes Wilberforce eine tief wahrhaftige Natur, selbst in den Geschäften aufrichtig bemüht, nicht eine Unwahrheit zu sagen.†) Vollends in diesem Fall redet seine ganze Laufbahn. Wenn je, sagt wieder Wilberforce, die Flamme reinen und uninteressirten Patriotismus in einem menschlichen Busen gebrannt habe, so in seinem.††) Es war damals eine Periode sehr niedriger politischer Moral. Das Mindeste, was man von einem Minister erwartete, war Häufung von Sinekuren auf sich und die Seinen. Auch Pitts Kollegen noch sorgten reichlich für die eigene Tasche. Er selbst verschmähte die legitimsten Mittel amtlicher Bereicherung. Als ihm 1788 die Londoner Bankwelt eine Ehrengabe von zwei Millionen Mark anbot, lehnte er ab, obwohl die drohende Regentschaft sicher seine Entlassung gebracht hätte, und 1792 bedurfte es der raschen und

---

*) Schon die Rolliad höhnt, daß
coronets like hailstones fly
and peers are made, the Gods alone know why.

**) Rosebery S. 276 ff.

***) Woronzow an seinen Bruder 2 13. Mai 1788. Archiv Woronzow IX, 124 f.

†) Sketch of Pitt p. 69: His regard for truth was greater than I ever saw in any man who was not strongly under the influence of a powerful principle of religion: he appeared to adhere to it out of respect to himself, from a certain moral purity which appeared to be a part of his nature. Aehnlich in den Tagebüchern. Die entgegengesetzten Urtheile von Fox und Woronzow, der einmal (an seinen Bruder 1./12. Dezember 1791. Archiv Woronzow IX, 219) geradezu lukawstwo (Hinterlist) als das bewegende Motiv des Ministers nennt, fallen daneben nicht ins Gewicht.

††) Life II, 14, III, 251.

selbständigen Aktion des Königs, damit er das ehrwürdige und einträgliche Amt eines Lord Warden of the Cinque Ports annahm.

So waren seine Verhältnisse für britische Begriffe niemals glänzend. Völlige Sorglosigkeit in der Führung seines Haushaltes machte sie geradezu schlecht. Er nahm sich nie die Mühe, die Rechnungsbücher der Dienerschaft zu revidiren, die dies Vertrauen durch die unverschämtesten Betrügereien vergalt. Man hat festgestellt, daß ihm wöchentlich 900 Pfd. Fleisch angeschrieben wurden.*) Die Folge war, daß er bei seinem Tode eine Schuldenlast von mehr als einer Million Mark hinterließ, und schon 1796 führte ihn eine Prüfung seiner Verhältnisse zu dem traurigen Resultat, daß er seiner Liebe zu Elleanor Eden, der jugendfrischen Tochter seines damaligen Freundes Auckland, entsagen müsse.**)

Diese Liebe hat immer ein großes Interesse erregt, weil sie die einzige ist, von der man bei Pitt weiß. Sonst hat die Frau in seinem Leben keine Rolle gespielt. Er blieb unverheirathet, und von galanten Abenteuern fehlte so jede Spur, daß die frivolen Witzlinge der Opposition nicht müde wurden, ihren unzarten Spott über seine „Tugend" auszugießen.

Doch wäre es falsch, ihn darum als einen strengen und kalten Geschäftsmann anzusehen. Nur äußerlich mochte er gelegentlich so erscheinen; denn er entbehrte des Talents, sich auf großer Bühne frei und gewinnend zu geben. Gerade seine Anhänger beklagten, daß er es an jenen kleinen Gefälligkeiten fehlen lasse, die die Freundschaft erhalten, daß er überhaupt zu wenig auf den Schein achte.***) Seine steifen Verbeugungen genossen eine traurige Berühmtheit, und wenn er das Parlament betrat, so hatte er eine Art, den Kopf zurückzuwerfen und nicht rechts noch links zu sehen, die unwillkürlich verletzend wirkte.†) Nur zu leicht entstand der Eindruck, daß er von Marmor sei††), ein Märchenkönig, der mit der Krone zu Bette ginge.

Wer ihm näher kam, wußte es besser. Da im Privatleben zeigte er etwas unendlich Liebenswürdiges, Natürliches, Frisches.

*) Stanhope III, 342.

**) Die sehr lesenswerthe Korrespondenz mit Auckland über diese Sache bei Ashbourne p. 230 ff. Pitts one love story. Ebendort ein Bild Elleanors.

***) Vergl. die Aeußerung Lord Bulkelys bei Rose, Diaries I, 130. Daneben die Mahnungen Aucklands an Pitt 10. Mai 1800. Auckland IV, 108.

†) Wraxall III, 217.

††) So urtheilte Anfangs Harris. Malmesbury II, 213.

Nichts konnte inniger sein als sein Verhältniß zu seiner Familie. Er blieb der Mutter stets ein zärtlicher Sohn, den Geschwistern ein fürsorglicher Bruder, und als der Schwager Lord Stanhope seine Kinder verstieß, handelte er an diesen wie ein zweiter Vater. Seine hochbegabte, nur zu exzentrische Nichte Esther verehrte ihn mit schwärmerischer Gluth, und sein Neffe James rühmte dankbar die Engelsmilde, die er stets gezeigt.*)

Diese Milde, eine tief innerliche Güte durchdrang wirklich sein ganzes Wesen. Darüber herrschte nur eine Stimme auch unter seinen Freunden. Addington sprach von seiner ungewöhnlich sanften Gemüthsart.**) Lord Malmesbury nannte ihn nach näherer Bekanntschaft den versöhnlichsten und verträglichsten Menschen, und Rose versicherte, ihn während eines mehr als zwanzigjährigen genauen Umgangs nicht einmal außer sich gesehen zu haben. Er besaß den schönen Gleichmuth eines reinen und großen Herzens.

Wie er an das überwiegend Gute in den Menschen glaubte, so suchte und schätzte er ihren Umgang. Lord Wellesley, der ihm sehr nahe stand, schrieb rückblickend: „An allen Orten und zu allen Zeiten war sein beständiges Entzücken Geselligkeit. Da strahlte er mit einem ruhigen und steten Glanz, der mich oft mehr erstaunte als seine stolzesten Leistungen im Parlament. Seine Manieren waren völlig einfach; sein Witz rasch und schlagfertig. Mehr als irgend ein Mann seiner Zeit, den ich kannte, war er begabt mit einem fröhlichen Herzen und einem geselligen Geist.“***) Der große Historiker Gibbon war entzückt über seinen leichtgefälligen, so gar nicht offiziellen Ton†), Bentham vermißte wohlthuend jede rhetorische Note, jede Spur von Hochmuth oder Suffisance.††) Und Oberst Macdonald, der ihn als Milizkommandanten kennen lernte, bezeugt, wie seine Urbanität und Herablassung die Offiziere nicht nur mit Liebe, sondern mit Enthusiasmus erfüllt habe: „Seine Lieblingszahl waren 8 oder 10 Gäste bei Tisch. Dann ließ er alle Superiorität bei Seite und entfaltete mit fortreißender Leutseligkeit und gewinnender Freundlichkeit in vertraulicher Unterhaltung die

---

*) Stanhope IV, 381.

**) Auckland III, 374. Die übrigen Aeußerungen zusammengestellt bei Stanhope IV, 403.

***) Stanhope I, 250.

†) Sheffield an Auckland 17. November 1793: Gibbon gives a very good account of the ease and the unministerial deportment of the great man. Auckland III, 158.

††) Fitzmaurice III, 463.

reichen Gaben, den ausgebildeten Geschmack und die Belesenheit seines einzigartigen Geistes."*)

Was dabei einen so eigenen Reiz hatte, war die Kunst, in zwangloser Gedankenverbindung spielend die verschiedensten Themata zu berühren.**) Wesentlich wohl noch von seiner gut verwandten Studienzeit her besaß er einen reichen Schatz mannigfacher Bildung. Er kannte seine Klassiker trotz einem Gelehrten, nie verlegen um ein glückliches Zitat oder eine treffende Uebersetzung, und auch die moderne Literatur war ihm nicht fremd. Seine Vertrautheit mit Shakspeare und Milton, mit Locke und Bolingbroke wird ausdrücklich gerühmt, und wir hören, daß er mit Grenville einmal eifrig über die Verdienste Molières gestritten habe.

Im Allgemeinen allerdings bevorzugte er Scherz und Lust. Wenn er Abends von den Geschäften oder von einem seiner beliebten langen Ritte heimkehrte und in rascher Folge von Gläsern die unentbehrliche Flasche Portwein getrunken hatte, überließ er sich gern ausgelassenster Stimmung. Er erzählte Anekdoten auf Anekdoten, gab Parodien bekannter Parlamentsredner, die seine mimische Begabung ebenso wie sein genaues Gedächtniß ins glänzendste Licht stellten, und schien unerschöpflich in Witzen und Wortspielen. Ja gelegentlich konnte er selbst an knabenhaftem Herumtollen seine Freude finden. George Napier, der 1804 im Pittschen Haus verkehrte, hat uns eine reizende Schilderung hinterlassen, wie der Minister seine jungen Freunde mit Kissen wirft und schließlich unterliegend sein Gesicht mit Kohle schwärzen läßt, während zwei Staatsminister im Vorzimmer warten.***)

Ueberhaupt darf man sagen: es lag viel Sonniges in Pitts Charakter. Sorgen, Aufregungen, Aerger gewannen keine Herrschaft über ihn. Er sah immer und Alles — manche meinten: zu sehr†) — durch die rosige Brille des Optimisten. Kaum je entfuhr ihm ein verzweifelndes Wort. Vielmehr fand er fast immer

*) Vergl. die schon zitirten Mittheilungen in der Monthly Review 78, 78.

**) Malmesbury IV, 355.

***) Bruce, Life of George Napier I, 28 ff. Malmesbury, Diaries IV, 355. Wilberforce I, 18: he was the wittiest man I ever knew, and what was quite peculiar to himself, had at all times his wit under entire control. Derselbe: Sketch of Pitt p. 63: no man perhaps at proper seasons ever indulged more freely or happily in that playful facetiousness which gratifies all without wounding any. Einen lebhaften eignen Eindruck von dieser Seite des Pittschen Charakters gewinnt man aus den Briefen an Wilberforce, die ebenfalls in dessen Private Papers abgedruckt sind.

†) Minto, Life of G. Elliot III, 312. Wilberforce, Sketch p. 63.

Grund, mit der Gegenwart zufrieden, für die Zukunft voll Hoffnung zu sein. Wenn er jetzt geweckt wurde, um in der kritischten Sache Rath zu ertheilen, so lag er einige Minuten darauf gewiß schon wieder in ruhigem Schlummer.*) — Während der ersten Hälfte seines Ministeriums hatte das Alles soviel noch nicht sagen wollen. Es ist leicht, sich mit gutem Muth über einzelne Widerwärtigkeiten hinwegzusetzen, so lange das Leben im Ganzen Segen und Erfolg bringt. Aber mit 1793 kamen ernstere Zeiten. Das unerbittliche Schicksal wies ihm eine ganz andere Rolle zu als die des glückbegünstigten Friedensministers. Sein Name verschwisterte sich mit Gefahr und Noth. Und während er innerlich der Alte blieb, nahm seine Laufbahn äußerlich eine Richtung, daß man ihn ohne diesen glücklichen Sinn eine tragische Persönlichkeit nennen müßte.

Es begann jener zwanzigjährige Krieg mit dem revolutionären Frankreich, dessen Ausbruch Haß und Leidenschaft immer wieder dem perfiden Albion Schuld gegeben haben. Die Wahrheit ist: England und Pitt insbesondere gehorchten spät und widerwillig einer unabweisbaren Nothwendigkeit.**)

Der Minister war nichts weniger als ein geschworener Franzosenfeind. Im Gegentheil, es scheint, als habe er eine gewisse Sympathie gehabt für die einzige Nation, deren Sprache und Sitten er kannte. Er setzte sich 1786 mit ganzer Energie für den Handelsvertrag mit dem Nachbarland ein; ja, man nannte ihn unter denen, die hofften, daß sich aus der kommerziellen auch eine politische Annäherung ergeben würde. Während die Opposition den Schatten des Vaters gegen den abtrünnigen Sohn heraufbeschwor, verdammte er in pathetischen Worten die ungeheuerliche Lehre von einer Erbfeindschaft zwischen beiden Völkern. Und wenn dann wenige Monate darauf in der holländischen Sache der alte Gegensatz wieder schroff hervorbrach, so gestalteten sich die Beziehungen zwischen London und Paris im Ganzen doch erträglicher als seit lange.

Die Anfänge der Revolution wirkten dabei nur günstig. Man hatte ja zunächst überwiegend Vortheile durch sie. Der Handel

*) So geschehen 1797 während der Meuterei der Flotte, wo Lord Spencer ihn mit einer Hiobspost weckte und, bald zurückkehrend, schon wieder fest eingeschlafen fand. Stanhope III, 39. Vergl. übrigens auch Wraxall IV, 460.

**) Vergl. für das Folgende die guten Darstellungen von Lecky VI, 1 ff. und A. Sorel, l'Europe et la Révolution française III, 212 ff. Daneben das alte Buch von Marsh: Historische Uebersicht der Politik Englands und Frankreichs von der Zeit der Konferenz zu Pillnitz bis zur Kriegserklärung gegen England. Leipzig 1799.

hob sich durch die Lähmung der französischen Konkurrenz; die Kurse der Staatspapiere stiegen, weil die verängstigten Kapitalisten ihre Gelder von Frankreich nach England überführten*); endlich die Erfolge in der auswärtigen Politik beruhten in erster Linie darauf, daß das natürliche Gegengewicht der englischen Macht fortfiel. So blickte man in Downing Street mit unverhohlenem Wohlgefallen auf die Wirren in Paris**), und es ist immerhin möglich, daß man sie im Geheimen geradezu nährte.***) Mindestens im Sommer 1790 während des Streites mit Spanien unterhielten der britische ebenso wie der preußische Gesandte nahe Beziehungen zu den Führern der Gironde.†)

Aber der Zweck dabei war nicht Krieg, sondern Erhaltung des Friedens. Pitt sprach wohl gelegentlich hypothetisch von der Leichtigkeit, mit der man dem alten Rivalen jetzt in seiner Ohnmacht die Kolonien in West- und Ostindien entreißen könne, aber er kam zum Schluß immer wieder auf seinen Lieblingssatz, daß bei dem rapiden Wachsthum des Nationalwohlstandes Englands Uebergewicht sich im Frieden sicherer herausstellen müsse, als durch die glänzendsten Siege möglich sei.††) Und der Gedanke, die Revolution um der Revolution willen zu bekämpfen, lag ihm ursprünglich erst recht fern. Manche der neuen Ideen mochten ihm sympathisch sein. Von den anderen fürchtete er nicht, daß sie dem britischen Volke gefährlich werden könnten. Burkes Warnungs- und Streitrufe, die so vielen auch unter seinen Anhängern Eindruck machten, hatten nicht seinen Beifall. Als er den großen Prediger des antirevolutionären Kreuzzugs einmal in Gesellschaft traf, sagte er ihm gerade heraus, er sei im Geringsten nicht für England besorgt;

*) Bericht des preußischen Gesandten Graf Redern vom 16. August 1791. Staatsarchiv.

**) Bericht Schlieffens an Friedrich Wilhelm II. 18. August 1789: Pitt appuya avec complaisance sur le désordre actuellement existant chez les Français.

***) Ziemlich detaillirte, aber kaum zuverlässige Angaben darüber in einem Brief Woronzows an seinen Bruder 1./12. Dezember 1791. Archiv Woronzow IX, 129 ff.

†) Auckland an Ewart 23. Mai 1791. Br. Mus.

††) Der preußische Gesandte Baron Alvensleben berichtet 25. Februar 1790: Je savois que le Sieur Pitt s'étoit expliqué un jour sur la chance favorable que l'Angleterre couroit probablement, si dans ce moment elle vouloit consulter les convenances et enlever à la France dans son état de faiblesse d'aujourdhui ses possessions dans les 2 Indes, et qu'il étoit sûr du succès, tandisque pourtant par la considération superieure du prix d'une paix permanente il ne donneroit certainement aucune suite à une pareille idée.

es werde stehen bis zum Tage des jüngsten Gerichts.*) Und ebenso zuversichtlich äußerte er sich in der Oeffentlichkeit. „Niemals", sagte er in der berühmten Etatsrede vom 17. Februar 1792, „hat es einen Zeitpunkt gegeben in der Geschichte dieses Landes, wo wir nach der Lage Europas sicherer fünfzehn Jahre des Friedens erwarten konnten."

Der Krieg zwischen Oesterreich-Preußen und Frankreich, der damals doch schon die deutlichsten Schatten vorauswarf, erregte ihm weder Unruhe noch den Wunsch, daran theilzunehmen. Eine ausdrückliche Erklärung beruhigte die Kaufmannschaft, daß sich England nicht einmischen würde.**) Gemäß dem Handelsvertrag wurde die Annahme von Kaperbriefen allen britischen Unterthanen verboten***), und im Haag mußte Lord Auckland mit Hochdruck dahin wirken, daß die Generalstaaten trotz aller preußischen Mahnungen neutral blieben.†) Der einzige unfreundlichere Akt, die Abberufung Gowers aus Paris nach den Ereignissen des 10. August, entsprang nur dem Bestreben, sich nach keiner Seite zu kompromittiren. Die Regierung gab sich ersichtlich Mühe, sie in schonendster Form zu vollziehen.††) Im Uebrigen feierte das Auswärtige Amt. Lord Grenville, der es seit 1791 sonst sehr gewissenhaft leitete, genoß die Flitterwochen einer jungen Ehe, und sein Stellvertreter Burges schrieb noch im September vergnügt, wie man nach jeder Richtung hin in einem Zustand völliger und beneidenswerther Ruhe sei und jeden Tag tiefer in Unthätigkeit versinke.†††) Es war wirklich eine goldene Zeit. Wie nie zuvor füllten sich die Staatskassen, blühten Handel und Industrie, und dieser ökonomische Glanz machte blind gegen die Möglichkeit, daß das Kriegsfeuer auf die glückliche Insel des Friedens und Wohlstandes übergreifen könne.*†)

Erst seit dem Herbst begann man langsam aus dem süßen Traum zu erwachen. Schon der Rückzug von Valmy erregte Zweifel, ob das neue Frankreich wirklich so ohnmächtig und ungefährlich sei, wie man es sich vorgestellt hatte. Vollends dann

---

*) Depend on it we shall go on as we are until the day of judgment. Burkes schlagfertige Antwort war: Very likely, Sir, it is the day of no judgment that I am afraid of. Pellew, Life of Sidmouth I, 72.

**) Marsh S. 61.

***) 25. Mai 1792. Marsh S. 67. Wie wenig manche damit einverstanden waren, Auckland II, 457.

†) Auckland II, 408, 419.

††) Auckland II, 431; Marsh S. 130 ff.

†††) An Auckland 4., 7., 14. September. Auckland II, 439, 441, 442.

*†) Pitt selbst sagte rückblickend 3. Februar 1800, Speeches III, 103: we had indulged ourselves in a fond and credulous security which wisdom and discretion would not have dictated.

die Eroberung Belgiens und die Bedrohung Hollands trafen England an dem Punkt des Kontinents, wo es am leichtesten und tiefsten zu verwunden war. Eben noch während des Aufstandes der Niederlande gegen Joseph und Leopold hatte die Regierung mit größter Entschiedenheit an dem Grundsatz festgehalten, daß Alles verhindert werden müsse, was die Provinzen unter den Einfluß Frankreichs bringen könnte. Durfte sie da ruhig zusehen, daß Konventskommissare sich in Brüssel als Herren etablirten? Mit Holland aber bestand seit 1788 ein enges Bündniß, und schon die eigene Sicherheit gebot, es pünktlich zu halten. Mitte November versicherte das Londoner Kabinet die Generalstaaten ostentativ seines kräftigsten Schutzes nach außen und innen.

Damit war eine gewisse Spannung zu Frankreich gegeben. Die revolutionäre Propaganda erweiterte sie zum Bruch. Seit der Proklamation der Republik verhehlten die Gewalthaber in Paris je länger je weniger, wie ihre Bestrebungen im letzten Ende auf Vernichtung der Monarchie überhaupt gingen. Ein Dekret vom 19. November versprach ausdrücklich Freundschaft und Hilfe allen Völkern, die ihre Freiheit wieder erlangen wollten; und daß das britische Volk dabei nicht ausgeschlossen war, bewies der Empfang englischer Deputationen vor dem Konvent. Die Versammlung klatschte Beifall zu der Mahnung, Frankreich möge die Waffen nicht niederlegen, so lange es noch irgendwo Tyrannen und Sklaven gebe; der Präsident versicherte in einem Schwall ähnlicher Phrasen: die Vertheidiger unserer Freiheit werden dereinst die der Euren werden; und andere Redner prophezeiten gar begeistert den Tag, wo man auf den Ruinen des Tower mit dem britischen Volk vereint die Freiheit der Welt begründen würde.

Schon geschahen denn auch unter den Augen der englischen Regierung thatsächlich Vorbereitungen zu dem großen Werk. Der französische Gesandte Chauvelin, ein jugendlicher Heißsporn, wirkte offenkundig als General eines ganzen Heeres von Agitatoren.*) Massenhafte Kornaufkäufe für französische Rechnung erregten den Verdacht, daß die Folgen einer knappen Ernte künstlich zur Hungersnoth gesteigert werden sollten.**) Französisches Geld rollte in Millionen.***) Vorbereitungen zur Schnellfabrikation von Piken,

*) Vergl. Ernouf, Maret Duc de Bassano, ein sehr lehrreiches und gutes Buch, S. 84, 91.

**) Marsh S. 249; Fortescue Manuscripts II, 329.

***) Nach Brissot (à ses commettants) im Ganzen 25 Millionen Livres. Marsh S. 192.

zu einem Anschlag auf den Tower wurden kund. Ein englischer Diplomat versicherte, bereits gedruckte Phantasieberichte über eine solche Neuauflage des Bastillensturms gesehen zu haben.*)

Kein Wunder, daß sich der besitzenden Klassen steigende Angst bemächtigte. Die Gräuel des 10. August und die Septembermorde schienen auch in England nicht unmöglich. An mehr als einem Ort zeigten sich bedenkliche Symptome innerer Gährung. Paynes aufreizende „Menschenrechte" hielten einen wahren Siegeszug durch die Fabrikstädte nicht nur, sondern bis in die Berge von Wales und die Hütten der schottischen Hochlande.**) Es kam hier und da zum Aufruhr, zum Pflanzen des Freiheitsbaumes. Selbst der ruhige Grenville meinte, es bestünde Gefahr.***)

Dennoch bekundeten zunächst weder er noch Pitt die geringste Neigung, dieser Gefahr anders als durch kräftige Maßregeln im Innern zu begegnen. Ein Hinüberspielen der Sache auf das internationale Gebiet, eine Einmischung in die häuslichen Angelegenheiten Frankreichs werde leicht die Anarchie dort und die Mißstimmung in England vermehren.†) Pitt verlangte deshalb nur Verzicht auf das System der Eroberung und Propaganda. Dann hoffte er, auch die Fremdmächte von weiterer Intervention zurückzuhalten.††) Als Ende November Maret, der spätere Herzog von Bassano napoleonischen Angedenkens, nach London kam†††), hörte er, daß der Minister dem Krieg mehr widerstrebe als selbst die Aristokratie der Opposition. Pitt gewährte ihm zwei Unterredungen, er gab sich freundlich und versöhnlich und ging bereitwillig auf den Gedanken ein, die formlosen Besprechungen mit dem einsichtigen Agenten fortzusetzen.

Aber schon lag es offenbar überhaupt nicht mehr in der Macht eines Menschen, den Kampf abzuwenden. Jene grundlegende englische Forderung, so billig sie war vom Standpunkt der äußerlichen Augenblickspolitik, stand in unlöslichem Widerspruch zu dem innersten Wesen der Revolution, wie es sich dem weiteren Blick der Nachwelt klar und unverkennbar darstellt. Die junge Republik konnte nicht leben ohne Propaganda und Eroberung. Verzichtete sie darauf, so verzichtete sie auf sich selbst. Also fand Pitts ver-

*) Auckland an Eden 7. Dezember 1792. Auckland II, 472.
**) Auckland II, 462, 469.
***) Lecky VI, 57.
†) Auckland II, 464.
††) An Stafford, 13. November 1792. Stanhope II, 173.
†††) Für die folgenden Details vergl. das Buch von Ernouf.

mittelnde Haltung in Paris kein Entgegenkommen. Man erklärte, daß nur durch Chauvelin und nach ausdrücklicher Anerkennung der Republik weiter verhandelt werden könne. Und inzwischen spielte sich nicht der letzte, aber der erschütterndste Akt der Revolutionstragödie ab. Ludwig XVI. wurde zum Tode verurtheilt, am 21. Januar thatsächlich hingerichtet. Der Konvent hatte den Königen Europas bewußt den Fehdehandschuh hingeworfen.*)

Der Eindruck war nirgends mächtiger als in London. Als wäre nie das Haupt Karls I. zu Whitehall gefallen, sah man in dem Ereigniß etwas Ungeheuerliches, nie Dagewesenes. Die halbe Bevölkerung legte Trauer an. Die Mauern bedeckten sich mit Plakaten: „Hurrah Krieg, ruhmvoller Krieg.“ Wenn der König oder die Minister ausfuhren, empfingen sie dieselben Rufe.

Pitt widerstand nicht. Er zweifelte immer mehr, ob es möglich sein würde, den Krieg zu vermeiden. Wenn aber nicht, dann begann man ihn besser jetzt, getragen von der öffentlichen Meinung, als später, wo sich ein ähnlich einleuchtendes Motiv so leicht nicht wieder fand.**) Er willigte also in die Ausweisung Chauvelins***) und empfahl in feindseliger Parlamentsrede umfassende Rüstungen. Einige behaupten, daß er trotzdem noch gewisse Hoffnungen auf eine friedliche Lösung gehegt habe: dann machte sie der Konvent zu nichte. Am 1. Februar wurde von Paris aus der Krieg erklärt.

Die folgende Entwicklung ist bekannt. Die englischen Armeen selbst kämpften ohne Ruhm und Glück. Kein Sieg ihrer kostspieligen, anspruchsvollen, unzuverlässigen Alliirten hatte Dauer. Die Macht Frankreichs schwoll nur immer gewaltiger an. Alle direkten und indirekten Versuche zu einer Restauration endeten in Schimpf oder Jammer. Schließlich ging statt Ludwigs XVIII. Napoleon Bonaparte aus der Anarchie hervor.

---

*) Vergl. die Proben der Revolutionsrhetorik bei Marsh S. 449. Carra: Que la tête de Louis XVI. tombe et George III et le ministre Pitt tâteront si la leur est encore sur leurs épaules . . . Bientôt chaque peuple se dira: la tête de notre tyran n'est pas d'une nature plus divine que celle de Louis, abattons la donc. — Danton: Vous leur avez jeté le gant, ce gant est la tête d'un roi, c'est le signal de leur mort prochaine.

**) Vergl. sein Gespräch mit Loughborough, wie es dieser 20. Januar Malmesbury erzählte. Malmesbury II, 470.

***) Nach den merkwürdigen Nachrichten bei Ernouf S. 122 hätte in dem entscheidenden Ministerrath eine Ueberrumpelung stattgefunden. Für eine solche Intervention des Königs, auf die auch Sorel III. 274 anspielt, finde ich sonst keinen Anhalt.

Zugleich aber verloren die Zustände im eignen Land immer mehr das Gepräge selbstsicheren Glücks. Wo blieb der schöne Traum, die Staatsschuld abzutragen? Sie wuchs ins Ungemessene, und der Kurs ihrer Verschreibungen sank gelegentlich bis auf 48. Nur der rechtzeitige und geschickt durchgeführte Befehl, der den Noten der Bank von England Zwangskurs gab, beugte dem furchtbarsten Zusammenbruch des gesammten Kreditsystems vor. Aus Mißwachs und Viehsterben entwickelte sich wiederholt Theuerung, fast Hungersnoth. Aufrührerische Bewegungen vielerorten führten zur Suspension der Habeas corpus-Akte, zu drakonischen Gesetzen und Strafen gegen alle Agitatoren. In Irland wüthete der greuelvollste und gefährlichste Bürgerkrieg. Und das Schlimmste von Allem: es kam eine Stunde, wo selbst die vielgepriesenen schwimmenden Mauern wankend wurden. Im Frühling des Unglücksjahres 1797 meuterten die Matrosen der Flotten von Portsmouth und Sheerneß. Admiral Duncan, der die Wacht vor der holländischen Küste hatte, sah sich mit nur zwei englischen Schiffen allein. Er besaß die Geistesgegenwart, Signale an Schiffe zu geben, die nicht da waren, und der russische Gesandte Woronzow unterstützte ihn, indem er auf eigene Hand das Geschwader Makarows im Kanal zurückbehielt.*) Auch Wind und Wetter waren günstig. Sonst hätte die feindliche Flotte auslaufen und, mit der französischen vereint, einen entscheidenden Schlag gegen die britische Macht versuchen können.

Durch alles das aber darf man sich nicht verführen lassen, wie Macaulay thut, über Pitts ganze Ministerthätigkeit seit 1793 abzuurtheilen und gleichsam zu beklagen, daß der Minister nicht schon in jenem Jahr gestorben sei. Das ist ungerecht in doppelter Hinsicht. Denn zunächst war es doch Verhängniß, nicht Pitts persönliche Schuld, daß er zu kämpfen hatte im Bunde mit allem Alten, Kleinen, Abgelebten gegen die siegenden Gewalten neuen und zukunftsreichen Lebens, daß er die Thugut und Haugwitz und Paul als Freunde, einen Napoleon als Gegner fand.**) Und dann soll der Historiker eine Epoche beurtheilen nicht nach vorübergehenden Leiden, sondern nach ihren bleibenden Ergebnissen. Was aber damals an Uebeln über England kam, ist längst, das eine früher, das andere später überwunden, und noch heute dauert, was der Krieg an Erfolgen brachte.

*) Archiv Woronzow XI, 178

**) Rosebery S. 157 f.

Diese Erfolge lagen auf Englands eigenstem Feld: auf der See. Hier wenigstens zeigten die Briten das alte Glück und Geschick, bedeutete jede Vermehrung der Feinde stets nur eine Vermehrung der Triumphe und Eroberungen. Selbst jene Vereinigung der französischen, spanischen und holländischen Flotten, die dem Inselreich während des letzten Krieges so gefährlich gewesen war, hatte jetzt ihre Furchtbarkeit verloren, da die französische Marine durch die Revolution, die spanische durch die Mißregierung Karls IV. heruntergewirthschaftet war. Howe und Jervis, Collingwood und Nelson errangen Sieg auf Sieg. Die britische Flagge herrschte fast allmächtig.*)

Und wie sich von selbst verstand, wurde die Superiorität rücksichtslos ausgenutzt. Eine strenge, nicht selten willkürliche Auslegung und Anwendung der alten Seegesetze brachte zu Wege, daß der französische Seehandel vernichtet, der der Neutralen empfindlich gehindert wurde. Der Vortheil aber war des britischen Rheders und Kaufmanns. Schiller klagte beim „Antritt des neuen Jahrhunderts“:

Seine Handelsflotten streckt der Brite
Gierig wie Polypenarme aus,
Und das Reich der freien Amphitrite
Will er schließen wie sein eignes Haus.

In acht Jahren soll der britische Handel um 65 Prozent gestiegen sein.**)

Vor Allem aber gewann er die wichtigsten neuen Territorialstützpunkte. Im Mittelmeer gerieth, nachdem Korsika vielleicht ohne Noth aufgegeben war, das starke Malta in englische Hände. Aegypten mußten die Franzosen wieder räumen, die es seit den Tagen der Könige als Pfand für ihre orientalischen Interessen, als Einfallsthor zugleich nach Asien und Afrika begehrt hatten. Das Kap, heute gleichsam der Angelpunkt der englischen Kolonialmacht, Ceylon, wie viele der reichen Inseln Westindiens wurden erobert. Die Okkupation Trinidads (1797) gestattete, mit frischem Eifer und Erfolg die Agitation aufzunehmen, die in einem freien Südamerika der britischen Industrie ein neues großartiges Absatzgebiet erschließen sollte. In Australien konnte die junge Sträflingskolonie

*) Vergl. das Buch von Mahan: der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte, das mir nur in der deutschen Uebersetzung (Berlin 1896) vorgelegen hat.

**) Mahan II, 672.

ungestört die ersten kleinen Schritte thun zu der glänzenden Entwicklung, die in der Verfassung von 1900 soeben ihren sichtbaren Abschluß gefunden hat. In Indien endlich bewirkte gerade der wohlthätige Zwang des Weltkrieges, daß das noch unfertige Werk der Clive und Hastings konsolidirt wurde. Während erst die französischen Revolutionäre, dann Napoleon ihre fehlgeborenen Pläne gegen den „Sitz des britischen Reichthums" schmiedeten, gelang es dem genialen Prokonsul Lord Wellesley und seinem berühmteren jüngeren Bruder Arthur, später Herzog von Wellington, durch Besiegung Tippu Saibs und der Mahratten die Vorherrschaft der Kompagnie über alles Land vom Himalaya bis Kap Komorin sicherzustellen.*) Man darf sagen: die maritime und koloniale Suprematie Englands wurde erst jetzt über allen Angriff hinaus befestigt.

Natürlich nicht allein durch Pitt. So wenig wie die Niederlagen, kommen die Siege einzeln und unmittelbar auf seine Rechnung; und was die allgemeine Thatsache anbetrifft, daß England den Muth fand, den ungeheuren Kampf fortzusetzen, so ist es nicht ganz leicht zu bestimmen, wieviel die Nation dem Minister oder der Minister der Nation verdankte. Es bestehen ja allemal innige Wechselbeziehungen zwischen Regierer und Regierten, und bei der rezeptiven Veranlagung Pitts mußten sie besonders stark sein. Man gewinnt den Eindruck, als habe der Minister die kriegerische Begeisterung ursprünglich mehr vom Volk empfangen als beim Volk angeregt. Aber es bleibt sein welthistorisches Verdienst, diese Begeisterung erhalten, verstärkt zum Zweck geleitet zu haben. Ohne seine Ruhe und Festigkeit wären innere und äußere Krisen unmöglich so leicht und glatt überwunden worden. Wie er im Parlament sprach, verwandelten sich die Niederlagen in Erfolge, wurden alle Siege gleichsam noch einmal erfochten, erschien eine bessere Zukunft als nahe und sicher. Trotz gelegentlicher Schwankungen und Verstimmungen erhielt sich im Ganzen der Glaube unerschüttert, daß dieser Lootse das Staatsschiff sicher durch die tosenden Wogen geleiten werde.**)

Und was auch von späteren Historikern dagegen eingewandt

---

*) W. H. Hutton, The Marquess Wellesley; Brialmont, Histoire du duc de Wellington. Lyall, The Rise of the British Dominion in India.

**) Vergl. die berühmte Ode von Canning: The Pilot that weather'd the storm.



ist*), sein Kurs war offenbar wirklich der richtige. Es mag sein, daß bei den Verhandlungen mit den festländischen Staaten im Einzelnen durch Unkenntniß und Sorglosigkeit manches versäumt wurde; aber das beweist nichts gegen die Nothwendigkeit der Koalitionen an sich. England konnte nicht zulassen, daß Frankreich sich auf dem Kontinent ungehindert ausbreite. Die Sorge für seine Kolonien, für die eigne Insel gebot, den Nebenbuhler auch in Europa zu beschäftigen.

Tendenzen der Gegenrevolution wirkten dabei höchstens in zweiter Linie mit. Sie waren offenbar mehr Mittel als Zweck. Pitt fuhr fort, Burkes „Rhapsodien" kühl gegenüberzustehen: vieles in ihnen rufe Bewunderung, nichts Zustimmung hervor.**) Als ihn 1800 ein Oppositionsredner aufforderte, in einem Satz das Ziel des Kampfes zu definiren, nannte er geistesgegenwärtig das eine Wort: Sicherheit.***) Und schon 1797 hatte er vor dem Unterhaus erklärt: Ich zögere nicht zu gestehen, daß ich mit Vergnügen und Befriedigung das Ende der gegenwärtigen Regierung in Frankreich sehen würde, aber das ist nicht der Gegenstand des Kriegs und darf nicht sein Prinzip sein. Vielmehr wenn wir einen Frieden machen können, durch den wir unsern Charakter nicht beflecken und unsere Stellung in der europäischen Staatenwelt nicht verlieren: mag dann die Regierungsform Frankreichs sein, wie sie will, so ist Frieden doch wünschenswerth und eifrig zu erstreben.†)

Das war nicht bloße Beruhigung für die Oeffentlichkeit. Er äußerte sich ebenso in vertrautem Kreis††); und vor Allem er verfuhr danach. In den Verhandlungen von 1796 und 1797 zeigte er eine Nachgiebigkeit, die dem König†††) und vielen seiner Kollegen zu weit ging. Die Vorschläge, die Lord Malmesbury 1797 nach Lille mitnahm, waren an sich nicht unbillig, und Pitt betrachtete sie nicht als Ultimatum. Im Gegentheil, er erklärte dem Gesandten

*) Gegen sie darf ich u. A. das Zeugniß des Zeitgenossen Woronzow anrufen, der 14./26. Juni 1801 schreibt Mr. Pitt les [die für einen Premierminister nöthigen Eigenschaften] possédait en perfection, particulièrement dans les dernières années où l'expérience a renforcé les talents sublimes dont la nature l'a doué.

**) An Auckland 8. November 1795. Auckland III, 321.

***) Stanhope III, 216.

†) Speeches II, 322.

††) „I feel it my duty as an English Minister and a Christian to use every effort to stop so bloody and wasting a war" sagte er 1797 zu Malmesbury. Stanhope III, 53.

†††) Vergl. dessen Briefe bei Stanhope III Anhang; dazu Rose, Diaries I, 190, Malmesbury III, 355.

beim Abschied, nöthigenfalls auch auf das Kap oder Ceylon zu verzichten, und sollte es darüber zu einer Sprengung des Kabinets kommen.*) Hätte nicht der Staatsstreich des 18. Fructidor die gemäßigte Partei in Paris gestürzt, dann wäre in der That gleich damals ein glücklicher Abschluß erfolgt.

So diente wenigstens der frivole Abbruch der Verhandlungen, neuerdings die Ueberzeugung zu befestigen, daß das Hinderniß eines vernünftigen Friedens nicht bei England liege, und diese Ueberzeugung erwies sich dauernd als unendlich werthvoll für ein einträchtiges Zusammenwirken von Volk und Regierung.

Nicht wieder wie während des amerikanischen Krieges standen die besten Männer des Landes gegen die offizielle Politik. Die Mehrheit der alten Whigs hatte sich seit 1792 immer entschiedener ralliirt. 1794 trat der Herzog von Portland mit einem Stab von Anhängern geradezu in das Ministerium seines Gegners von 1783 ein. Um Fox, der in schärfster Opposition blieb, schaarten sich nur noch wenige Dutzend Getreuer. Schließlich gab er den ungleichen Kampf für einige Jahre ganz auf, um in heiterer Zurückgezogenheit den Künsten, Wissenschaften und Freunden zu leben. Pitts Stellung im Parlament wenigstens schien unerschütterlich. Nicht nur die auswärtige Politik fand keinen ernsten Widerspruch: auch in der inneren gelang ihm ein eindrucksvoller Erfolg. Im Frühling 1800 wurde die Union mit Irland vollzogen, das bis dahin ein sich und dem Reich gleich schädliches Sonderdasein geführt hatte.

Aber wie diese nothwendige Maßregel bis heute den erhofften Segen noch immer nicht gebracht hat, so wurde sie gleich im Anfang unerwartet der mittelbare Anlaß zum Sturz ihres Urhebers.

Pitt hatte die staatsmännische Absicht, das Werk durch eine Emanzipation der Katholiken und Dissenter zu krönen, derart, daß an Stelle des alten religiösen ein mehr politischer Treuschwur treten sollte; und den Katholiken Irlands waren denn auch bereits, um ihre Unterstützung zu gewinnen, man darf nicht sagen: bindende Versprechungen, aber doch recht bestimmte Hoffnungen gemacht worden. Ueber die Gerechtigkeit und Nützlichkeit der Maßregel ist heute nur eine Stimme. Damals ließ sich voraussehen, daß die in ihrer Alleinherrschaft bedrohte Hochkirche, daß ein großer Theil des Unter- und namentlich des Oberhauses, vor Allem daß der

*) Malmesbury IV, 132.



König der unerhörten Neuerung widersprechen würde. Und man mag zweifeln, ob Pitt selbst bei geschickterer Taktik seinen Willen durchgesetzt hätte.

Zu allem Ueberfluß aber versah er es in der Form. Von Alters bestand zwischen König und Minister ein gewisser Gegensatz bezüglich der Geschäftsbehandlung. Georg als deutscher Pedant liebte das Pünktliche, Methodische, Systematische. Pitt nach der freieren, bequemeren Art seines Volks faßte seine Entschlüsse dagegen nicht selten formlos und rasch, statt hinter dem grünen Tisch bei Tafel im angeregten Gespräch mit guten Freunden, auf Spazierritten oder wohl sogar inmitten der Zerstreuungen eines Besuchs auf dem Lande. Gelangten dann die Sachen ins Königliche Kabinet unvorbereitet, plötzlich, oft in zwölfter Stunde, so empfand Georg das als eine Rücksichtslosigkeit und hatte namentlich in den letzten Jahren häufiger Anlaß genommen zu tadeln, daß der Minister zu sehr unter dem Impulse des Moments handele.*)

Dennoch und obwohl Georgs Abneigung gegen die Katholikenemanzipation für Niemand ein Geheimniß war, unterließ es Pitt auch jetzt wieder, den Herrn bei Zeiten mit seinen Plänen bekannt zu machen. Die Folge war, daß ihm Andere zuvorkamen. Während das Gesetz im Kabinet, übrigens ohne besonderen Eifer, diskutirt wurde, bemächtigten sich der Lordkanzler Loughborough und einige weitere Intriganten des königlichen Ohres, verriethen, was im Werk sei, und wußten die Vorstellung zu nähren, daß eine Zustimmung dazu für ihn den Bruch des Krönungseides bedeute. Georg gerieth in furchtbare Aufregung. Bei dem Lever am 28. Januar 1801 ließ er sich hinreißen, Jeden für seinen persönlichen Feind zu erklären, der eine solche Maßregel vorschlagen werde. Die Kunde davon verbreitete sich rasch und gab sofort Anlaß zu Gerüchten von Pitts Resignation.**)

Wirklich war der Minister, in dem Erinnerungen vom Dezember 1783 auftauchen mochten, tief verletzt, doch wünschte er offenbar nicht, die Dinge zum Aeußersten zu treiben. Er stellte den König nicht etwa einfach vor die Wahl, ob er das Gesetz oder seine Demission annehmen wolle, sondern erbot sich, ihm reichliche

*) So beklagt der König 9. April 1797 Stanhope III, III: the mode but too often adopted of late years of acting immediately on the impulse of the minute, consequently not giving that cool examination which, perhaps, in more instances than one, might have been beneficial to the service. Aehnlich 11. November 1797, 5. Januar 1798.

**) Malmesbury, Diaries IV, 2.

Bedenkzeit zu lassen*); und selbst wenn die endgiltige Entscheidung verneinend sein würde, wollte er die Geschäfte bis zum Frieden fortführen, vorausgesetzt freilich, daß Georg inzwischen allen Versuchen entgegenträte, den königlichen Namen gegen die Maßregel zu gebrauchen.**) Der Monarch antwortete nicht ungnädig. Er betonte seine herzliche Neigung für Pitt und drückte die Hoffnung aus, ihn bis ans Ende neben sich zu sehen, aber statt die goldenen Brücken zu betreten, die der Minister einer Verständigung gebaut hatte, bezeichnete er seine Ablehnung als unwiderruflich und versprach nur so lange zu schweigen, wie Pitt schwiege. Daß Andere seine Ansichten erriethen, könne er nicht hindern.

Pitt befriedigte das nicht. Sei es, daß amtsmüde Freunde — Dundas und Grenville werden genannt — seine Verstimmung nährten, sei es, daß ihm neue scharfe Aeußerungen des Königs zu Ohren kamen, genug, er bat nunmehr wirklich um seine Entlassung. Sie wurde angenommen, und nicht eigentlich auf seinen Rath, doch mit seiner Zustimmung der bisherige Sprecher des Unterhauses Addington mit der Rekonstruktion des Kabinets beauftragt.***)

Ehe aber sich dieser Wechsel noch in rechtlicher Form vollzogen hatte, verwickelte ein neues Unglück die Situation. Der König

*) In the interval which Your Majesty may wish for consideration, he will not, on his part, importune your Majesty with any unnecessary reference to the subject; and will feel it his duty to abstain himself from all agitation of this subject in Parliament, and to prevent it, as far as depends on him, on the part of others.

**) At the same time . . . if the chief difficulties of the present crisis should not then (nach der endgiltigen Entscheidung des Königs) be surmounted or very materially diminished . . . there is no personal difficulty to which he will not rather submit than withdraw himself at such a moment from your Majesty's service. He would even, in such case, continue for such a short further interval as might be necessary to oppose the agitation or discussion of the question, as far as he can consistently with the line, to which he feels bound uniformly to adhere, of reserving to himself a full latitude on the principle itself and objecting only to the time, and to the temper and circumstances of the moment . . . He has only to entreat your Majesty's pardon for . . . taking the liberty of most respectfully, but explicitly, submitting to your Majesty the indispensable necessity of effectually discountenancing, in the whole of the interval, all attempts to make use of your Majesty's name, or to influence the opinion of any individual or descriptions of men, on any part of the subject. Es ist also falsch, diesen Brief vom 31. Januar als Abschiedsgesuch hinzustellen; und Woronzow hat nicht so unrecht, wenn er nachträglich 14/26. Juni 1801 (Archiv Woronzow XI; 199) berichtet: Mr. Pitt écrivit au roi qu'il ne résignera pas si S. M. cesse de parler contre lui . . . mais par malheur le roi continuant à mal parler de lui, il lui envoya sa démission.

***) Vergl. Pellew, Life of Lord Sidmouth I, 286 ff. Schon am 29. Januar hatte sich der König zuerst an ihn gewandt, am 31. wegen Uebernahme des Ministeriums mit ihm gesprochen.

hatte die letzten Entschlüsse doch nicht leichten Herzens gefaßt. Er verfiel in eine nervöse Aufregung, die das Schlimmste für seinen Geist oder sein Leben befürchten ließ. Pitt vernahm das mit Trauer und Reue. Als der langsam genesende Monarch ihm noch eine Botschaft des Vorwurfs schickte, bat er ihm zurückzusagen, daß er die strittige Frage zu des Königs Lebzeiten nicht wieder anregen werde.*)

Damit schien jeder vernünftige Grund für seinen Rücktritt zu entfallen. Und es wurden denn auch von den verschiedensten Seiten Versuche gemacht, ihn zum Bleiben zu bewegen.**) Er selbst schwankte wohl. Auf der einen Seite erregten ihm Pflichtgefühl und die süße Gewohnheit des Herrschens den begreiflichen Wunsch, sein Amt fortzuführen; aber andererseits mochte er sich sagen, daß die Ereignisse seit Ende Januar sich doch nicht einfach auslöschen ließen, daß sein Ansehen vor der Welt und sein Einfluß im Kabinet gelitten hätten. Wenigstens verlangte er, daß die ersten Schritte vom König und Addington kommen müßten, und Addington war zu verliebt in die neue Würde, um sie ohne Weiteres wieder abzutreten.

So wurde schließlich nichts geändert. Am 14. März gab Pitt endgiltig seine Amtssiegel zurück.

Die ursprüngliche Idee dabei war, daß er, obwohl nicht mehr Minister vor der Welt, doch eine gewisse Oberleitung behalten sollte. Er veranlaßte, wen er konnte, selbst seinen Bruder***), im Kabinet zu bleiben, und versprach öffentlich Rath und Unterstützung. Wirklich ging eine Zeit lang Alles vortrefflich. Der alte und der neue Premier wirkten einträchtig zusammen. Selbst das schwierige Werk eines Friedens mit Frankreich wurde unter Pitts Hilfe und Beifall zu Stande gebracht.

Aber allmählich zeigte sich doch, was ruhige Beobachter von vornherein erkannt hatten†), daß dies Verhältniß eine moralische Unmöglichkeit sei. Indem gute Freunde hüben und drüben an sich vorhandene Gegensätze eifrig nährten, kam es erst zu sachlichen,

*) Stanhope III, 303. Aehnliche Versicherungen für den Augenblick hatte er schon 5. Februar durch Addington abgeben lassen, und Georg hatte dankbar davon Akt genommen. Pellew I, 287.

**) Vergl. namentlich die Tagebücher Malmesburys, IV.

***) Der überhaupt sehr lehrreiche Brief vom 5. Februar, in dem das geschah, neuerdings abgedruckt bei Ashbourne S. 309.

†) Dr. Cyril Jackson an Lord Auckland 11. Februar 1801. Auckland IV, 129.

dann zu persönlichen Differenzen. Pitt zog sich von den parlamentarischen Geschäften zurück und wurde aus dem Berather mehr und mehr der Kritiker der Regierung. Dabei verschlechterte sich nun zusehends die allgemeine Lage. Der Frieden, der allein erlaubt hätte, einen Minister von Addingtons bescheidenen Fähigkeiten an der Spitze zu lassen, erwies sich bald als dauerlos und trügerisch. Napoleon fuhr fort, auf dem Kontinent bedrohlich seine Macht zu verstärken, schädigte den englischen Handel durch hohe Schutzzölle und Einfuhrverbote und erinnerte provozirend daran, daß seine Pläne im Orient nicht aufgegeben wären. Da unter solchen Umständen England begreiflicher Weise Schwierigkeiten erhob, Malta zu räumen, wurde der Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich.*) Die große Gefahr aber forderte offenbar auch Englands großen Mann. Selbst Addington verschloß sich nicht dieser Erkenntniß. Schon im Frühling 1803 begann er Verhandlungen über Pitts Rückkehr ins Ministerium. Aber sie scheiterten, wesentlich an der Person Grenvilles, und wie immer in solchen Fällen war die Folge nur, daß der Bruch sich erweiterte. Eine erbitterte Preßfehde that das Uebrige. Genug, Pitt redete schließlich mit Verachtung und Haß von seinem Nachfolger. Immerhin Grenville, der das mit Befriedigung feststellte, klagte doch noch im Januar 1804, daß er sich im Streben nach mittleren Linien, in Delikatesse und Schonung verliere.**) Weniger persönlicher Ehrgeiz als Patriotismus diktirte sein Verhalten. Er sah das Vaterland in Bedrängniß und überzeugte sich je länger je mehr, daß Addington nicht fähig sei, sie abzuwenden. Aber er hegte lange eine sichtliche Scheu vor grundsätzlicher Opposition. Erst im März 1804 entschloß er sich, Addington auf der ganzen Linie im Bunde sogar mit Fox anzugreifen. Der numerische Erfolg war kein vollständiger. Addington behielt kleine Majoritäten. Aber er fand es moralisch unmöglich, die Dinge bis zum Aeußersten zu treiben, schon weil seine Kollegen großentheils zu Pitt neigten. Am 29. April resignirte er, und es begann jenes kurze zweite Ministerium Pitts, das Lord Rosebery Pitts hundert Tage genannt hat.***)

---

*) Vergl. die aktenmäßige Darstellung in der trefflichen neuen Napoleonbiographie von John Holland Rose I, 401 ff.

**) An Buckingham 10. Januar 1804. Stanhope IV, 114.

***) Rosebery S. 245.

Darin liegt, daß man es gemeinhin als ein tragisches, nicht ruhm-, aber erfolgloses Nachspiel der großen Laufbahn betrachtet.

In gewissem Sinne auch nicht mit Unrecht. Denn mindestens die alte absolute Herrschaft über das Parlament war dahin. Pitt hätte den Wunsch gehabt, eine Regierung aller Talente zu bilden. Aber da wieder einmal das Gespenst der Geisteskrankheit an den Stufen des Thrones drohte, so mochte er den Widerstand des Königs gegen Fox nicht brechen, und Grenville, ohne dazu verpflichtet zu sein, zog den neuen Bundesgenossen dem alten Freund vor, vielleicht nur aus Prinzipientreue, vielleicht in dem ehrgeizigen Wunsch, sich für die Zukunft als ersten Minister aufzusparen.*) So wurde das neue Kabinet ein Noth- und Verlegenheitswerk. Man konnte scherzen, es bestehe nur aus William und Pitt.**) Eine zuverlässige Mehrheit im Unterhaus hatte es nicht. Ein Theil von Pitts ehemaligen Anhängern stimmte mit Addington, ein anderer mit den Grenvilles. Der Minister fand es alsbald angezeigt, mit dem Expremier einen kurzlebigen Pakt einzugehen, und erlebte die tiefe Demüthigung, daß eine freilich knappe Majorität seinen einflußreichsten und vertrautesten Kollegen Dundas wegen angeblicher früherer Unterschleife in Anklagezustand versetzte.

Aber schließlich war es ja nicht wegen der parlamentarischen Verhältnisse, daß er ins Amt zurückverlangt hatte, sondern wegen des Krieges mit Frankreich. Und nach dieser Richtung war sein Wirken alles Andere eher als ohne Folgen und Nutzen. Von Addington hatte der russische Gesandte geschrieben: wenn sein Ministerium fortbesteht, wird England nicht fortbestehen. Insbesondere die Flotte war durch die wohlgemeinten, aber unzeitigen und hastigen Reformen des sparsamen Lord St. Vincent bedauerlich geschwächt worden***); und gegen eine französische Invasion, wie sie doch täglich gefürchtet wurde, geschah so wenig, daß die Rede ging, man müsse sich für seinen Schutz auf Wind und Wetter verlassen.†) Mit der alten Regierung kehrte die alte umfassende Energie zurück. Nicht nur die eigenen Rüstungen nahmen den raschesten Fortgang, auch die Politik der Koalitionen

*) So wenigstens interpretirt Malmesbury IV, 309 G.'s Verhalten und fügt hinzu:

un bon ami vaut mieux que trois mauvais parents.

**) Rosebery S. 245.

***) Die Details bei Mahan II, 442 f.

†) Minto, Life of G. Elliot III, 325.

wurde wieder aufgenommen. Der Name Pitt hatte seinen Zauber für die Fremdmächte nicht verloren. Es gelang, Oesterreich und Rußland für ein neues großangelegtes Unternehmen gegen den Mann zu gewinnen, der sich seit dem Mai 1804 Kaiser der Franzosen nannte, und wenn dann auch die Verbündeten auf dem Festland mit der Kapitulation von Ulm sehr unglücklich debütirten, so brachte doch schon der nächste Tag, der denkwürdige 21. Oktober 1805, den gewaltigen Seesieg Nelsons bei Trafalgar, den die moderne Forschung immer mehr als einen Wendepunkt in der Laufbahn Napoleons betrachten lernt.

Die Nachricht davon wurde noch einmal Anlaß zu einer begeisterten Huldigung der Nation für ihren ersten Minister. Als er sich am Lord Mayorstag, dem 9. November, zu dem üblichen Banket in die Guildhall begab, spannte ihm die jubelnde Menge die Pferde aus, und der Lord Mayor feierte ihn als den Heiland Englands und des übrigen Europa. Pitt lehnte ab. „Europa", sagte er, „kann nicht gerettet werden durch irgend einen einzelnen Mann. England hat sich gerettet durch seine Anstrengungen und wird, so vertraue ich, Europa retten durch sein Beispiel."*)

Es war gleichsam sein Testament, seine letzte öffentliche Rede; denn schon zogen die Schatten des Todes näher um ihn. Er litt seit ganz jungen Jahren an der Gicht, der eigentlichen Modekrankheit seines portweinliebenden Zeitalters; und ebenfalls schon sehr früh zeigten sich daneben häufige und heftige Magenbeschwerden. 1798, kurz nach der Episode mit Elleanor Eden, war er einmal so ernstlich krank, daß man sich erzählte, die Gicht drohe sich wie bei seinem Vater aufs Gehirn zu werfen. Das blieb vermieden, aber seine Konstitution war doch schon sehr geschwächt, als er 1804 von Neuem die Geschäfte übernahm. Die Anstrengungen und Aufregungen der parlamentarischen Kämpfe thaten ein Uebriges, und den Rest gab die schmerzvolle Enttäuschung, daß das große Werk der dritten Koalition nach Austerlitz ruhmlos zusammenbrach. Wilberforce meint, er sei ebenso vor dem Feind gefallen wie Nelson.**) Er hatte während des Dezembers in Bath vergebens Heilung gesucht. Als er Anfang Januar in seine Villa nach Putney zurückkehrte, war sein Aussehen das eines Sterbenden. Wohl hatte er, Optimist bis zuletzt, noch vielfach Momente von Lebensmuth

*) Stanhope IV, 346.
**) Life of Wilberforce III, 245.



und Zuversicht; auch die Aerzte gaben nicht gleich alle Hoffnung auf. Aber am 19. Januar trat ein typhöses Fieber hinzu, und nun ging es rasch zu Ende. Am 23., genau dem Jahrestag seiner Einführung ins Parlament, früh morgens um 1/25 entschlief er. Seine letzten Worte waren: Mein Vaterland, wie lieb' ich mein Vaterland.*)

Ganz England trauerte an seiner Bahre. Selbst solche, die ihm bei Lebzeiten nicht wohlgewollt, empfanden nun doch, als sei eine ungeheure Leere entstanden.**) Und indem der niederschlagende Eindruck der allgemeinen Situation hinzukam, wandte einer auf England jene Worte an, mit denen Salisbury Richard II. beklagt:

Mit den Augen bangen Muths
Seh ich wie einen Sternschuß Deinen Ruhm
Vom Firmament zur niedern Erde fallen.
Es senkt sich weinend Deine Sonn' im West,
Die nichts als Sturm, Weh, Unruh hinterläßt.***)

* * *

Nicht gerade die nächste, aber doch die fernere Zukunft strafte diese Prophezeiung Lügen. Die mächtigen Impulse, die Pitt im britischen Volk hatte entwickeln helfen, wirkten auch nach seinem Tode fort. Trotz aller Gefahren hielt es aus in dem immer wilderen, immer gewaltsameren Ringen mit dem weltunterjochenden Genius Napoleons. Zur See war nach Trafalgar soviel nicht mehr zu thun, zu Land aber lächelte den Schülern das Glück, das dem begabteren Meister versagt blieb. In der Person Wellingtons, dessen Anfänge der Minister mit freundschaftlicher Theilnahme verfolgt hatte, erwuchs dem Reich ein zweiter nur würdigerer Marlborough, und wie es Pitts Wunsch und Hoffnung gewesen war: statt der Fürsten boten sich schließlich die Völker als Bundesgenossen. Die populäre Strömung fluthete zurück. Wie sie einst Napoleon nach Berlin

---

*) Vergl. den rührenden Bericht von James Stanhope bei Stanhope IV 378—382.

**) Sheffield an Auckland 28. Januar 1806.

***) oh England!
I see thy glory like a shooting star
Fall to the base earth from the firmament;
Thy sun sets weeping in the lowly west
Witnessing storms to come, woe and unrest.
(Richard II, III, 1) vergl. Pellew, Life of Sidmouth II, 403.

und Wien getragen hatte, so führte sie jetzt seine Gegner nach Paris. Frankreich sah sich seiner Eroberungen beraubt, in seinem Einfluß auf die Geschicke Europas weit unter das herabgedrückt, was es vor der Revolution gewesen war. England hatte den Rivalen endgiltig überflügelt, hatte eine Macht und ein Ansehen erworben, die ihm erlaubten, sich die folgenden zwei Menschenalter wesentlich nur einer großartigen wirthschaftlichen Expansion zu widmen.

Die Verträge von 1814 und 1815 tragen andere Unterschriften. Aber es ist der Geist Pitts, der über ihnen waltet.

Wandelungen in der Bedeutung der Reichsbank.

Von

Paul von Hartmann.

Das Wachsen der deutschen Volkswirthschaft datirt nicht erst von den großen Siegen und der Gründung des Deutschen Reiches her, sondern vollzieht sich in stetigem Fortschreiten von dem Abschluß der Napoleonischen Kriege im Jahre 1815 an. Das allmähliche Wachsen hat aber öfter, namentlich nach 1870, ruckweise Stöße gemacht und das Größerwerden hat den anfänglichen Charakter auch organisch aufs Tiefste verändert: vor Allem ist die Bedeutung der Landwirthschaft gegen Industrie und Handel mehr und mehr zurückgetreten. Wie auf allen anderen Gebieten, so ist auch auf dem des Bankwesens eine fundamentale Wandlung zu beobachten.

Im Großen und Ganzen war in Deutschland bis in die siebziger Jahre das Bankgeschäft in den Händen von Kleinbankiers. Allerdings finden wir auch bei uns in den vierziger und fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts bereits Ansätze zu großkapitalistischen Gründungen — damals entstanden die Disconto-Gesellschaft, die Berliner Handelsgesellschaft und die Darmstädter Bank für Handel und Industrie, welche mit einigen durch Glück und Umsicht in die Höhe gekommenen Einzelbankiers in Konkurrenz traten. Aber im Allgemeinen war es der lokale Markt, auf den sich die Bankthätigkeit beschränkte, und auch die Gesellschaftsunternehmungen damaliger Zeit steckten sich noch nicht allzu weite Ziele, wie uns das Beispiel der Disconto-Gesellschaft zeigt, die einen wesentlichen Theil ihres Programms in der Kreditgewährung an kleine Handwerker sah, einem Geschäftszweige, der heute längst aus dem Programm der Großbanken gestrichen ist, und dem nunmehr ein ganzes Heer von Genossenschaftsbanken dient.

Die Aufgabe der Banken ist als eine doppelte zu bezeichnen. Einmal sollen sie den gesammten Geldumlauf regeln, dann aber auch Zentralen für den gesammten Kreditverkehr sein, ohne den eine gedeihliche Entwicklung aller Wirthschaftsverhältnisse nicht möglich ist. Die Thätigkeit, die auf Erfüllung der ersten Aufgabe gerichtet ist, spielte naturgemäß von jeher die Hauptrolle im Leben der Banken. Sie entsprang der historischen Entwicklung und wurde von einigen Banken bis in die neueste Zeit ganz einseitig ausgeübt; ich erinnere nur an die Hamburger Bank, die von ihrem Gründungsjahre 1619 bis zum Jahre 1873 keine andere Funktion gehabt hat, als Geldabrechnungsstelle für den Hamburger Geschäftsverkehr zu sein. Allmählich aber zeigte die Kassirerthätigkeit den Banken, daß der Zu- und Abfluß der von den Kunden eingelieferten Gelder täglich gleich bleibe und daß jahraus jahrein ein nicht unbeträchtlicher Bestand ihnen verbleibe. der nicht abgeholt wird. Es war nicht zu verwundern, daß die Banken auf den Gedanken kamen, diesen ihnen verbleibenden Restbestand nutzbringend anzulegen. So wurden aus den Depositenbanken Leihbanken, und sie traten damit an die Erfüllung der zweiten Aufgabe heran. Dieser Moment ist der wichtigste in der ganzen Bankgeschichte. Er bedeutet den Grundstein für die heutige Entwicklung der Großbanken. Denn er machte die Banken mit einem Schlage von Knechten zu Herren. Während sie bis dahin nur Institute, gegründet von der Bequemlichkeit einiger maßgebender Kaufleute und Industrieller und ohne selbstständige Bedeutung waren, vollzog die Einsicht, ihre Depositen nutzbar zu machen, einen großen Umschwung in ihrer Bedeutung. Die untergeordnete Kassirerthätigkeit, ihre frühere Hauptbeschäftigung, wurde zur Nebenthätigkeit. Jetzt traten sie selbst mit Kapital an den Markt. Sie konnten der kapitalbedürftigen Industrie, dem Handel Mittel vorschießen. Sie waren in die Lage versetzt, die ihnen zufließenden Depositengelder ungeheuer zu steigern, da sie nunmehr einen mäßigen Zins für die Einlagen gewähren und so alle flüssigen, wenn auch nur für kurze Zeit verfügbaren Mittel an sich locken konnten. Je mehr Handel und Industrie in Deutschland an Bedeutung zunahmen, um so mehr mußte sich auch die auf die Kreditgewährung gerichtete Bankthätigkeit steigern. So erlangten die Banken mit steigendem Volkswohlstand und wachsender wirthschaftlicher Entwicklung eine immer mehr dominirende Stellung im gesammten Wirthschaftsleben, eine Stellung, die sie noch zu erhöhen suchten durch eine stetig zunehmende Konzentration, so daß

wir sie heute geradezu als die leitenden Faktoren, als die großen Adern unseres Wirthschaftsorganismus bezeichnen können.

Die wirthschaftliche Bedeutung der Banken und namentlich der Großbanken ist in doppelter Hinsicht zu verfolgen. Ihr Ursprung ist zu suchen in der Stellung der Banken als Vermittler zwischen den kreditsuchenden Kreisen, namentlich aus Handel und Industrie, und dem anlagebedürftigen Publikum, das seine Ersparnisse den Banken anvertraut. Handel und Industrie erhielten durch diese Vermittlerthätigkeit Kredit in jeder Form und empfingen so die für ihren Betrieb erforderlichen Kapitalien mittelbar vom Publikum, zu einer Zeit, wo ihnen dasselbe die Gelder unmittelbar wohl kaum vorgeschossen hätte. Es ist eine nicht zu leugnende Thatsache, daß die Kapitalansammlung bei der Masse des deutschen Volkes schnellere Fortschritte machte als sein Unternehmungsgeist, der sich nicht so rasch in die veränderten wirthschaftlichen Verhältnisse hineinleben konnte. Aber gerade die starke Kapitalansammlung drängte auf eine Vergrößerung des Arbeitsfeldes hin. So waren denn allein die Banken, als die kapitalkräftigsten Institute, dazu berufen, in die entstandene Lücke einzuspringen. Eine Fülle von neuen großartigen Unternehmungen auf industriellem und kommerziellem Gebiete entstand durch ihre Arbeit, die in jeder Beziehung segenbringend für die deutsche Volkswirthschaft gewesen ist. Die Umwandlung der Kleinindustrie in der Hand des Einzelnen in die Großindustrie in den Händen von Assoziationen, wie vornehmlich im Brauereigewerbe, die Mobilisirung der Fabrikgebäude und -Einrichtungen durch Ausgabe von Obligationen, die auf den großartigen Erfindungen beruhende Neuschaffung ganzer Industrien, wie beispielsweise der elektrischen und der chemischen, das Alles ist ein Werk der modernen Bankthätigkeit.

Auch für das Publikum sind die Vortheile wirthschaftlicher Art, die die Banken ihm bieten, nicht zu verkennen. Die Verzinsung der Depositen- und Contocorrentgelder bis zu den höchsten Beträgen, wie sie die deutschen Banken, im Gegensatz zu den englischen, gewähren, ist ein nicht zu unterschätzender Ansporn zum Sparen. Zweitens haben die Banken vermöge der zunehmenden Mobilisirung aller dem Erwerbe dienenden Betriebe durch Ausgabe von Aktien und Obligationen dem Klein- und Mittelkapital bis dahin verschlossene Gebiete frei gemacht. Daneben kommt die erzieherische Bedeutung in Betracht. Der Gesichtskreis des sparenden Publikums wird erweitert, sein Interesse erweckt an den Unter-

nehmungen, denen es sein Kapital anvertraut hat, und es werden ihm Perspektiven in Gebiete menschlicher Thätigkeit eröffnet, die ihm bisher unbekannt waren.

Die Aenderungen in der wirthschaftlichen Entwicklung Deutschlands konnten auch auf die Entwicklung der Reichsbank nicht ohne Einfluß bleiben. Als Nationalbank ist die Reichsbank der getreue Spiegel aller wirthschaftlichen Phasen, die unser Volk durchläuft, und ihre Thätigkeit im Geldregelungs- und -Ausgleichsprozesse ist seiner ganzen Natur nach abhängig vom nationalen Wirthschaftsprozesse.

Als die Reichsbank im Januar 1876 ihre Thätigkeit begann, übernahm sie den Geschäftskreis der ehemaligen „Preußischen Bank". Sie bewegte sich zuerst noch in dem alten Fahrwasser. Die Preußische Bank hatte ihren Ausgangspunkt von den alten Provinzen der Monarchie genommen, in denen auch das Schwergewicht ihrer Geschäftspraxis lag, um dann hauptsächlich im letzten Jahrzehnte ihres Bestehens die Grenzen ihres Wirkungskreises zuerst auf die 1866 neu erworbenen Landestheile, sodann auch auf einzelne Gebiete des übrigen Deutschlands auszudehnen. Da Preußen mit seiner damals noch weit überwiegenden ländlichen Bevölkerung das wichtigste Thätigkeitsfeld für die Preußische Bank war, so war die Bankpraxis zumeist auf diesen Theil der Bevölkerung und seine Bedürfnisse zugeschnitten; die industriellen Bezirke dagegen kamen vorerst nur als von sekundärer Bedeutung in Betracht, da sie zum großen Theil noch nicht erschlossen, einer intensiv betriebenen Bankthätigkeit nicht lohnend genug waren. Allerdings hat die Preußische Bank, als nach dem großen Kriege in jenen Distrikten plötzlich eine Industrie aus dem Boden wuchs, in der richtigen Erkenntniß der dort neu entstehenden Wirkungskreise, ihre Kräfte in den wichtigsten Knotenpunkten der Industriebezirke konzentrirt. Aber ihr war es nicht vergönnt gewesen, diese für die deutsche Volkswirthschaft ganz neue Aera sich weiter entwickeln zu sehen und fördernd eingreifen zu können.

Die wichtigste Aufgabe für die Reichsbank war, die Herrschaft ihrer Banknoten zu einer unumschränkten, möglichst alleinigen in Deutschland zu machen. Sie hat dieses Ziel zwar heute noch nicht erreicht, und der deutsche Partikularismus läßt es für eine geraume Zeit noch als eine schöne Hoffnung erscheinen, aber sie ist doch in ihrer nunmehr 26jährigen Wirksamkeit auf dem Wege zur Reichs-Noteneinheit rüstig vorwärts geschritten. Von den 32 Notenbanken,

die beim Beginne der Thätigkeit der Reichsbank das Notenprivileg noch besaßen, haben heute 27 darauf verzichtet und nur noch fünf von ihnen sind übrig geblieben. Gerade die jüngste Zeit hat die Reichsbank wiederum von zwei lästigen Rivalen befreit. Es sind dies die Frankfurter Bank und die Bank für Süddeutschland in Darmstadt. Erstere arbeitet fortan als Depositenbank weiter, letztere verschmilzt sich mit ihrer mächtigen Nachbarin, der Bank für Handel und Industrie. Die noch bestehenden Privatnotenbanken sind nicht gesonnen, das Feld so leicht zu räumen, und halten zäh an ihren Privilegien fest. So hat sich denn in den süddeutschen Staaten ein Konkurrenzkampf auf Leben und Tod zwischen der Reichsbank und den Privatnotenbanken entwickelt, in dem die letzteren, von der wirthschaftlichen Uebermacht der Reichsbank erdrückt, den Kürzeren ziehen. Natürlich ist dabei einer Fortentwicklung der Notenbanken ein Riegel vorgeschoben. Dies drückt sich auch in den Ziffern ihrer Wechselportefeuilles aus. Beispielsweise hat die Bayerische Notenbank, die sich noch am meisten von allen Notenbanken ein geschlossenes Wirthschaftsgebiet zu erhalten verstanden hat, ihren gesammten Wechselankauf vom Jahre 1876 bis 1900 nur von 310 Millionen auf 383 Millionen Mark steigern können, während die bayerischen Filialen der Reichsbank in derselben Zeit allein für den Ankauf von Inlandswechseln eine Steigerung von 71 auf 436 Millionen Mark erfuhren. Aehnliche Zahlen für den Rückgang oder die Stagnation der Wechselanlage bei den Privatnotenbanken Süddeutschlands und für die Steigerung der Anlage bei den süddeutschen Reichsbankfilialen kann man für Baden, Hessen und Württemberg anführen. Jetzt, nach Inkrafttreten des neuen Bankgesetzes, das den Privatnotenbanken ein Diskontiren unter dem Reichsbank-Diskontsatze verbietet, ist die Wechselanlage bei den Privatnotenbanken noch weiter zusammengeschrumpft. Trotzdem die Notenbanken, um sich den für sie unheilvollen Folgen des Gesetzes zu entziehen, auf einen Ausweg verfallend, einen Teil der Wechsel niedrig beliehen und erst kurz vor Verfall zum Reichsbanksatze diskontirten, so ging dennoch ihr Wechselverkehr stark zurück. Beispielsweise diskontirte die Bank für Süddeutschland in 1901 nur 76,3 Millionen gegen 106,3 Millionen in 1900; ihre durchschnittliche Wechselanlage verminderte sich in derselben Zeit sogar von 22 auf 10 Millionen Mark; bei der Württembergischen Notenbank, obwohl dieselbe im Jahre 1901 zu ihren 24 Agenturen noch 16 Pariplätze schuf, ging die Wechselanlage von 1900 bis 1901

von 21 Millionen auf 12 Millionen zurück. Daß das Bankgesetz solch verheerende Wirkungen in diesen partikularistisch abgegrenzten Wirthschaftsgebieten der Notenbanken hervorrufen würde, hatte man kaum für möglich gehalten. Diese Folgen sind ein erneuter Beweis für den gänzlichen Mangel einer wirthschaftlichen Existenzberechtigung der Privatnotenbanken. Es wäre zu wünschen, daß diese Banken alle möglichst bald auf dem Punkte wie jüngst die Frankfurter Bank und die Darmstädter Zettelbank ankämen, daß sie auf das Recht der Notenausgabe verzichteten, weil es ihnen mit seinen Deckungsvorschriften mehr Unbequemlichkeit verursacht und sie in ihrer Bewegungsfreiheit mehr hindert, als es ihnen Vortheil verschafft.

Die Preußische Bank hatte von jeher gesucht, eine möglichst enge Fühlung mit den verschiedensten Kreisen des kreditsuchenden Privatpublikums herzustellen. Aus diesem Prinzip heraus gründete sie namentlich in den letzten Jahren ihres Bestehens in den verschiedensten Provinzen Preußens und des Deutschen Reiches ihre Kommanditen und Agenturen. Die Reichsbank setzte das sich bewährende Prinzip fort, und so ist heute das gesammte Deutsche Reich mit einem Netze von Reichsbankfilialen überzogen. Der leitende Gesichtspunkt bei diesem Filialsystem war, die einzelnen kleineren oder größeren in sich abgeschlossenen Wirthschaftsgebiete mit Bankinstituten zu versehen, die, nur in lockerem Zusammenhange mit dem Mutterinstitut stehend, möglichst selbständig sein und ihrer eigenen Initiative nachgeben sollten. Diese würden am besten die dem ihnen angeschlossenen Bezirke eigenthümlichen Kreditbedürfnisse zu beurtheilen vermögen und so für die im Bezirke vertheilten Reichsbanknebenstellen die geeignete Centralbehörde sein. Die Reichsbank hat es verstanden, von diesen Gesichtspunkten geleitet, während ihrer 26jährigen Wirksamkeit die Zahl ihrer Filialen außerordentlich zu vermehren, von 206 auf 358 (Ende 1901); darunter waren im Jahre 1900 75 Anstalten in dem oben genanten Sinne selbständig. Aber das von der Preußischen Bank übernommene Programm, eine möglichst enge Fühlung zwischen der Bank und den verschiedensten Erwerbszweigen der deutschen Volkswirthschaft herzustellen, für dessen Durchführung gerade die Filialpolitik der Reichsbank das Mittel zum Zweck sein sollte, hat sich mit der Zeit als immer undurchführbarer, ja als mit den Interessen einer vernünftigen Nationalbankpolitik unvereinbar herausgestellt. Die Preußische Bank konnte dies persönliche und enge Verhältniß mit den einzelnen Zweigen der Volkswirthschaft sehr

gut herstellen. Zur Zeit ihrer Wirksamkeit spielte sich das wirthschaftliche Erwerbsleben im Großen und Ganzen noch in einfachen leicht übersehbaren Bahnen ab. Die exportirende Landwirthschaft stand im Vordergrund, Industrie und Exporthandel schlummerten noch. Schon während der letzten Jahre der Preußischen Bank vollzog sich der Umschwung der wirthschaftlichen Verhältnisse, aber man wußte noch nicht, wie sich die Entwicklung weiterhin gestalten würde.

Die Reichsbank begann ihre Thätigkeit in einem Zeitalter, wo die auflebende Industrie, der emporblühende Welthandel die Landwirthschaft vom ersten Platze nach und nach verdrängten und ihre Stellung als gleichwerthige Faktoren für das deutsche Wirthschaftsleben neben ihr fest begründeten. Die eigenartige und rasche wirthschaftliche Entwicklung, die Deutschland nahm, zeitigte eine stetig fortschreitende Differenzirung auf diesen beiden Wirthschaftsgebieten. Mit der zunehmenden Bedeutung von Handel und Industrie veränderten sich auch die wirthschaftlichen Grundlagen Deutschlands. Theoretisch betrachtet, wäre es jetzt die erste Aufgabe der Reichsbank gewesen, der veränderten Sachlage sich anzupassen und den neu entstandenen Kreditbedürfnissen Rechnung zu tragen. Aber das Akkommodationsvermögen fehlte der Reichsbank, und dies Fehlen war nach Lage der Dinge damals zu entschuldigen. Denn während es der Reichsbank hauptsächlich darauf ankommen mußte, die deutsche Valuta zu stärken, und sie deshalb die Höhe des Diskontsatzes noch außerordentlich stark den Einflüssen auswärtiger Handelsplätze aussetzen mußte und ihren Anlageportefeuilles nur die allersichersten Werthe einverleiben durfte, benöthigte gerade die junge deutsche Industrie, die noch keineswegs innerlich gefestigt war, eines ausgedehnten Wechselkredites. Die Reichsbank durfte weder, noch konnte sie den Bitten der Industrie um Eröffnung weitgehender Wechselkredite Gehör schenken, und daher entstand allmählich eine erhebliche Divergenz zwischen den Interessen der Reichsbank und denen der kreditsuchenden Industrie.

So brachte es die ganze volkswirthschaftliche Entwicklung mit sich, daß sich zur Befriedigung dieser unzweifelhaft wirthschaftlich berechtigten, neuentstandenen industriellen und kommerziellen Kreditansprüche andere Institute bereit finden mußten. Da den Kleinbankiers meist das nöthige Kapital fehlte, um der Industrie die erforderlichen Mittel vorzuschießen, so waren vor Allem die größeren Aktienbanken dazu berufen, in die entstandene Lücke einzuspringen.

Die Folge davon war, daß sich im Hinblick auf das neue sich bietende Thätigkeitsfeld die Zahl der großen Kreditgeber um ein Beträchtliches vermehrte. Die Aufgaben wirthschaftlicher Art, die früher die Preußische Bank und die übrigen Notenbanken konkurrenzlos, dann im Konkurrenz mit ein paar Privatgroßbanken von zunächst noch nicht allzu bedeutender Thätigkeit erfüllt hatten, war die Reichsbank in dem von der deutschen Volkswirthschaft angeforderten Maße zu leisten nicht mehr im Stande. Einerseits war sie zu konservativ und stand den Gährungen im Wirthschaftsorganismus etwas zu vorsichtig und mißtrauisch gegenüber, andererseits war sie selber noch zu sehr mit ihrer eigenen Stärkung und mit der Festigung ihrer Stellung dem Auslande gegenüber beschäftigt. Trotz dieser im Allgemeinen konservativen Haltung der Reichsbank machten sich doch die Veränderungen in den wirthschaftlichen Grundlagen des Volkes auch für ihren Wirkungskreis bemerkbar. Der Antheil, den die Landwirthschaft für die Geschäftspraxis der Reichsbank stellte, ging relativ wie absolut zurück, und die Reichsbank zog die Konsequenzen aus diesen Aenderungen, indem sie einige der von der Preußischen Bank begründeten und von jener übernommenen Agenturen und Waarenlombardstellen in den lediglich agrarischen Distrikten der östlichen Provinzen vorübergehend eingehen ließ, weil der Gewinn daraus zu geringfügig war und sie ihre Kräfte anderweitig besser verwerthen konnte. Im Großen und Ganzen verfolgte die Reichsbank die Politik, daß sie sich bei der Gewährung von Wechselkredit auf ihre alte Kundschaft beschränkte, und nur diejenige hinzuerwarb, die, finanziell gekräftigt, hinsichtlich der Kreditgewährung zu Bedenken keinen Anlaß gab. Dem neu hinzutretenden großen Theile der Kreditsucher aber, vor Allem aus der Industrie, versagte die Reichsbank aus den oben genannten Gründen den Kredit. So kam es dahin, daß der ganze Nachwuchs in der Industrie mit seinen Kreditbedürfnissen auf das Privatkapital angewiesen wurde. Dieser Moment, in welchem die Reichsbank beziehungsweise schon vorher die Preußische Bank diesem bedeutenden wirthschaftlichen Faktor ihre Kassen verschloß, war die Geburtsstunde für die moderne Großbank in Deutschland. Jetzt erschlossen sich dem Privatkapital Gebiete nie geahnter Thätigkeit, Perspektiven von ungeheurer Weite, wo es, unberührt vom Wettbewerb der Reichsbank, seine Wirksamkeit entfalten konnte. Aber mit demselben Momente hatte auch das Prinzip der Reichsbank möglichst direkt mit den ver-

schiedensten Zweigen des Erwerbslebens Fühlung zu halten, einen Riß bekommen. Neben und an Stelle des Klein- und Mittelbankiers waren die modernen Großbanken erstanden. Die ersteren entsprachen den Bedürfnissen eines mittleren Handels, einer Kleinindustrie; ihr Thätigkeitsfeld beschränkte sich auf ein eng begrenztes Wirthschaftsgebiet, und so bewegte sich auch der Reichsbankkredit, der ihnen zu Gute kam, in bescheidenen Grenzen, entsprechend ihrer bescheidenen wirthschaftlichen Bedeutung. Ihre vermittelnde Stellung zwischen den verschiedenen Erwerbsklassen war noch zu wenig ausgebildet und bewegte sich in zu winzigen Kreisen, als daß man ihr eine höhere Bedeutung hätte zuschreiben können. Für die letzteren dagegen waren keine Schranken zu hoch. Sie setzten sich über die Landesgrenzen hinweg und dehnten ihr Thätigkeitsfeld auf den gesammten Erdkreis aus. Sie zogen alle von der Reichsbank verschmähten Kreise des Handels und der Industrie zu sich heran und legten durch ihre thatkräftige Unterstützung den Grundstein für den heutigen Wohlstand und das Gedeihen dieser beiden Erwerbszweige. Der wohlthätige Einfluß, den das Zusammengehen der Großbanken einerseits mit Handel und Industrie andererseits auf die wirthschaftliche Entwicklung Deutschlands ausgeübt hat, ist nicht zu verkennen.

Mit dem Aufkommen und Mächtigerwerden der Privatgroßbanken entstand ein neuer Abschnitt im Leben der Reichsbank. Der Theil des Publikums, mit dem die Reichsbank nicht mehr direkt verkehrte, sondern indirekt verkehren mußte, wurde ständig größer. Wie ein Keil schoben sich die Privatgroßbanken zwischen das kreditsuchende Publikum und die Reichsbank, und mit fortlaufender Entwicklung dringt dieser Keil immer tiefer ein. Zahlenmäßig lassen sich diese Ausführungen besonders aus der Wechselanlage der Reichsbank beweisen. Denn gerade im Wechselgeschäft, dem bedeutendsten Aktivgeschäfte der Reichsbank, dem sie im Jahre 1900 noch 82 % ihres gesammten Bruttogewinnes verdankte, machte sich die zunehmende Konkurrenz der Privatgroßbanken immer mehr fühlbar. Trotz der Ausdehnung des Filialnetzes der Reichsbank in den mittel- und süddeutschen Staaten bewegte sich ihr Wechseleingang in den Jahren 1876—1894 stets zwischen drei und fünf Milliarden Mark und erhob sich von 4140 Millionen im Jahre 1876 auf nur 4782 im Jahre 1894, während die nach der Wechselstempelsteuer errechnete Zahl aller in Deutschland ausgestellten Wechsel sich von 12,9 auf 14,7 Milliarden Mark in dem-

selben Zeitraum hob. Dagegen vermochte von den mehr und mehr erstarkenden Privatgroßbanken, beispielsweise die Disconto-Gesellschaft ihren Wechseleingang in derselben Zeit von 415 auf 978 Millionen Mark zu bringen, also mehr als zu verdoppeln, während die Deutsche Bank sogar ihren Wechseleingang fast zu vervierfachen und beinahe dem der Reichsbank gleich zu bringen verstanden hat, indem sie ihn von 1224 im Jahre 1876 auf 4569 Millionen Mark im Jahre 1894 erhöhte.

Bei der Betrachtung dieser Zahlen darf man nicht vergessen, daß ein gut Theil der Zunahme des Wechselkontos bei den Großbanken auf den „Inkassoaustausch" zwischen den einzelnen Bankinstituten zurückzuführen ist, die in einer trustartigen Organisation gegen ganz geringe Provision für einander den Valutaeinzug besorgen und so der Reichsbank einen beträchtlichen Theil kurzfristiger Versandtwechsel entzogen haben. Auch ist die Vervierfachung des Wechselbestandes bei der Deutschen Bank als anormal anzusehen und nur durch die ausgedehnten Beziehungen zu erklären, welche die Deutsche Bank mit fast allen Theilen des Auslandes unterhält, und welche bekanntlich besonders auf den Wechselverkehr einen starken Einfluß üben. Wenn man auch diese das Großbankenthum befördernden Momente nicht unberücksichtigt lassen darf, so zeigt uns doch diese Periode auf der einen Seite eine der wirthschaftlichen Entwickelung zuwiderlaufende Stagnation des Wechselgeschäftes der Reichsbank, auf der andern Seite ein ebenso auffälliges Anwachsen der Wechselanlage bei den Großbanken. Die Entwicklnng jener Periode zeigt uns, daß die Großbanken einen an Bedeutung immer zunehmenden Faktor in der deutschen Wirthschaftsentwicklung darstellen und daß sie sowohl für sich als für den ihnen angeschlossenen Wirkungskreis mehr und mehr die Existenzberechtigung nachgewiesen haben. Sie zeigt uns aber zugleich, daß die Reichsbank ihre hervorragende Einzelstellung als Großinstitut nach und nach verloren hat durch das Heranwachsen privater Großbanken, unter deren scharfer Konkurrenz sie besonders im Wechseldiskontgeschäfte zu leiden hat. Ihre alte Stellung im deutschen Wirthschafsorganismus ist zwar nicht erschüttert, aber ihre monopole Großmachtsstellung hat aufgehört und sie muß fortan mit den privaten Großbanken als mit einer nicht zu umgehenden Größe rechnen.

Die Privatgroßbanken zogen immer weitere Kreise zu ihren Kunden heran. Sie gewährten Wechselkredit oft weit unter dem Reichsbankzinsfuße. Sie liirten sich eng mit finanziellen und

industriellen Unternehmungen. Sie waren die ausführende Hand bei jeder zu unternehmenden Finanzirung. Sie verzinsten ihren Kunden Einlagen in jeglicher Höhe zu annehmbaren Zinssätzen. Die Reichsbank durfte und konnte nicht in diesen Geschäftszweigen mit den großen Privatbanken konkurriren, ohne entweder Vorschriften staatlicher Gesetze oder Mahnungen kluger Vorsicht, welche ihr ihre Eigenschaft als Notenbank ertheilte, zu verletzen. Wahrscheinlich ist es, daß sie unter dem Wettbewerb des Privatkapitals noch mehr gelitten hätte, wenn nicht die Thätigkeit im Giroverkehre sie entschädigt und ihr stetig wachsende flüssige Mittel zugeführt hätte. Für die Erweiterung dieses Geschäftszweiges kam ihr in hohem Maße das ausgedehnte Filialnetz zu statten, das ihr allein ermöglichte, den Geldübertragungs und -Ausgleichsverkehr, wie ihn die moderne Volkswirthschaft in steigenden Maße verlangte, zu bewerkstelligen. Der Gesammtumsatz der Reichsbank im Giroverkehr, der sich im Jahre 1876 nur auf 16,7 Millionen Mark bezifferte, stieg bis zum Jahre 1894 auf 84,4 Milliarden Mark, um sich dann in 1900 mit 163 Milliarden fast zu verdoppeln. Dieser Verkehr brachte allerdings der Reichsbank durch die immer intensivere Ausnutzung der Guthaben — 1876 betrug der Gesammtumsatz auf je 1 Mark erst 237 Mark, 1900 bereits 405 Mark — recht viel Mühe mit sich, aber er gewährte ihr auch dafür zur freien Verwendung für ihre Wechselanlage ein steigendes zinsfreies Kapital, dessen durchschnittliche Höhe 1876 70, 1894 404 und 1900 bereits 512 Millionen Mark betrug. Jedenfalls ist es die außerordentliche Steigerung der Giroguthaben gewesen, die es der Reichsbank ermöglicht hat, die an sie herantretenden verdoppelten Kreditansprüche zu befriedigen, und die ferner die Bank innerlich derartig festigten, daß man nunmehr mit Hilfe der Banknovelle entschieden Front gegen das Privatnotenbankwesen machen konnte.

Während nun bis zum Jahre 1895 die Entwicklung in der deutschen Volkswirthschaft sich im Großen und Ganzen, einige mäßige Schwankungen ausgenommen, ruhig vollzog, wie sich dies auch aus den in Deutschland jährlich ausgestellten Wechselsummen und aus dem stagnirenden Wechselverkehr der Reichsbank ergiebt, begann mit dem Herbste des Jahres 1895 der ungeheure wirthschaftliche Aufschwung für Deutschland, der mit seinen Ausläufern noch in das Frühjahr 1900 hineinragt. Er bedeutete geradezu eine Revolution auf dem gesammten Kapitalmarkte, und es ist interessant zu sehen, welche Stellung die Reichsbank in dieser Zeit

den Privatbanken, wie der gesammten Volkswirthschaft gegenüber eingenommen hat.

Wie wir gesehen hatten, sah die Reichsbank die Unmöglichkeit des Prinzips, mit allen kreditsuchenden Kreisen selber Fühlung zu behalten, ein und gab es als unhaltbar auf. Sie erkannte, daß der deutsche Wirthschaftsorganismus viel zu verwickelt sei, als daß eine einzige Bank alle Glieder desselben regieren könnte. So waren ihr die großen Privatbanken willkommen, welche in der immer schwieriger werdenden Organisation des Kapitalmarktes ihr helfend bei Seite standen und ihr einen Theil der sich häufenden Arbeitslast abnahmen. Ungestört konnten sich daher die Privatbanken entwickeln, besonders durch die Pflege der von der Reichsbank nicht betriebenen Geschäftszweige und durch die Aufnahme des von der Reichsbank vernachlässigten Publikums. Die Reichsbank aber konnte ohne jegliches Bedenken diesen Privatgroßbanken auf Grund des als Garantie geltenden Aktienkapitals den weitgehendsten Wechselkredit gewähren. Auf diese Weise kam auch jenen der Reichsbank nicht direkt angeschlossenen Kreisen der Wechselkredit der Reichsbank mittelbar zu Gute. Die Großbanken vollzogen, indem sie diese Vermittlerstellung zwischen Reichsbank und Privatpublikum einnahmen, eine für den gesammten Wirthschaftsorganismus äußerst wohlthätige Funktion. Aber je größer diese Banken wurden, desto enger mußten sich die Wechselbeziehungen zwischen ihnen und der Reichsbank gestalten.

Das Lustrum von 1895 bis 1900 mußte Reichsbank und Großbanken einander noch näher bringen. Denn in diesen Jahren, die für Deutschland nicht nur einen nie geahnten Aufschwung der Industrie brachten, sondern ihm auch auf dem Handelsmarkte der Welt einen hervorragenden Platz verschafften, mußte die Bedeutung der Großbanken, welche so eng mit dem Wohl und Wehe der Industrie verknüpft sind, noch entsprechend zunehmen. Lassen wir die Zahlen als Zeugen sprechen.

Der Betrag aller in Deutschland in Umlauf gesetzten Wechsel stieg von 14 748 Millionen Mark im Jahre 1894 auf 23 304 Millionen Mark im Jahre 1900, der durchschnittliche Wechselumlauf Deutschlands erhöhte sich in derselben Zeit von 3687 auf 5826 Millionen Mark. Diese Zahlen riefen bei allen Großbanken eine Steigerung der Wechselanlage hervor. Die im Wechselgeschäft verhältnißmäßig wenig engagirte Discontogesellschaft hatte eine Steigerung der Wechselanlage von 978 Millionen Mark (im Jahre 1894)

auf 2060 Millionen Mark (im Jahre 1900) zu verzeichnen, während die deutsche Bank mit 7931 gegen 4569 Millionen Mark sogar wiederum sehr nahe an die Ziffer der Reichsbank heranrückte. Die Dresdner Bank erreichte im Jahre 1900 als Eingang auf Wechselkonto die stattliche Summe von über 4 Milliarden Mark, während sich der Wechseleingang bei der Nationalbank auf fast 1 Milliarde, bei der Berliner Handelsgesellschaft auf 631 Millionen Mark stellte. Diese Zahlen, die beredten Zeugen des wirthschaftlichen Aufschwungs, konnten auch auf die Thätigkeit der Reichsbank nicht ohne Einfluß sein. Die Reichsbank vermehrte ihren Wechselankauf von 4,78 Milliarden Mark in 1894 auf 8,76 Milliarden Mark in 1900, und ihre durchschnittliche Wechselanlage stieg in der gleichen Zeit von 547 Millionen auf 800 Millionen Mark. Es zeigt sich also in dieser Periode eine gleichmäßige Vergrößerung der Wechselanlage bei den Großbanken wie bei der Reichsbank. Diese Erscheinung beweist uns, daß, während in dem früher besprochenen Zeitraum von 1876 bis 1894 zwar die Großbanken ihren Wechseleingang verdoppeln, ja vervierfachen konnten, die Reichsbank dagegen auf der Höhe ihrer Wechselziffer stehen blieb, nunmehr die Reichsbank innerlich gefestigt, in dieser Zeit der Hochjunktur zur Unterstützung der Privatbanken herbeieilen konnte, um im Rückdiskontwege das abzustoßende Wechselmaterial der Großbanken aufzunehmen. Man kann sich daher kaum der Ansicht verschließen, daß die Steigerung des wichtigsten Anlageportefeuilles der Reichsbank, dem sie im Jahre 1900 82 v. H. ihres Bruttogewinnes verdankte, zum allergrößten Theile zurückzuführen ist auf den erhöhten Umfang des Geschäftsbetriebes bei den Privatgroßbanken und die dadurch hervorgerufene stärkere Inanspruchnahme des Wechselkredites der Reichsbank. Diese Annahme wird noch bestärkt durch die Thatsache, daß in diesem Lustrum die Zahl der Banken, die einen Kredit von mehr als eine halbe Million Mark bei der Reichsbank genossen, sich fast um die Hälfte vermehrt hat. Sie betrug im April 1896 (leider reicht die Statistik der Reichsbank in diesem Punkte nur soweit zurück) 235, um bis zum August 1900 auf 304 zu steigen. Ein zweiter Beweis für die Richtigkeit unserer Ansicht liegt in der Thatsache, daß gerade in den Großbankszentren, wie in Berlin und dem Königreiche Sachsen, das allerdings auch Sitz einer bedeutenden, der Reichsbank angeschlossenen Industrie ist, das Reichsbankportefeuille der Inlandswechsel sich mehr als verdoppelt hat — in Berlin stieg die Anlage von 783 Millionen im Jahre 1895 auf

1621 Millionen Mark im Jahre 1900, in Sachsen von 284 auf 603 Millionen Mark —, während die gesammte Anlage in Inlandswechseln in demselben Zeitraume nur eine Steigerung von 5166 auf 8552 Millionen Mark erfuhr. Es ist also in beiden Bezirken den dort domizilirenden Großbanken bedeutendes Wechselmaterial zugeflossen, das theilweise im Rediskontwege an die Reichsbank weiterbegeben, jene nicht proportionale Vergrößerung der Anlage in Inlandswechseln herbeigeführt hat. Ein dritter unsere Behauptung bestärkender Umstand ist die Höhe der auf die Großbanken gezogenen Wechsel, deren größter Theil erfahrungsgemäß durch die Hände der Reichsbank geht. Allein die Deutsche und die Dresdner Bank acceptirten im Jahre 1900 einen Betrag von über 4½ Milliarde Mark.

Die vorhin angeführten Zahlen beweisen uns, daß die Konzentration im Bankgewerbe, die in den Jahren bis 1895 nur langsame, aber sichere Fortschritte gemacht hatte, in der letzten Aufschwungsperiode außerordentlich zugenommen hat. Sie beweisen uns aber zugleich, daß auch die Reichsbank im Einklange mit dem Konzentrationsprozesse auf dem deutschen Geldmarkte eine Wandlung in ihrer volkswirthschaftlichen Bedeutung durchgemacht hat. Die Wechsel, die ihr früher aus erster Hand oder von Klein- und Mitteldiskonteuren zum Rediskont angeboten worden waren, gelangten mehr und mehr in die Hände der Großbanken. Es wäre falsch, anzunehmen, daß die Kleinbankiers nicht ebenfalls in früheren Zeiten einen starken Rückhalt an der Reichsbank, bezw. ihrer Vorgängerin gefunden hätten, aber sie waren zu sehr zersplittert, um vereint eine geschlossene Macht zu bilden und ihre Interessen gemeinsam zu vertreten. In ihrer Eigenschaft als Vermittler auf dem Kapitalmarkte mußten die Großbanken dagegen, denen auf der einen Seite das Publikum seine zu verzinsenden Gelder anvertraute, auf der anderen Seite der kreditbedürftige Kaufmann und Industrielle die Gelder entnahm, gerade in dem solidesten Geschäftszweige der Banken, dem Wechselgeschäfte, eine hervorragende Stellung einnehmen. So ist es denn kein Wunder, daß die sieben ersten Bankinstitute Deutschlands zusammen im Jahre 1900 bereits einen doppelt so hohen Wechseleingang aufzuweisen hatten als die Reichsbank und der Wechseleingang der Deutschen Bank sich nahe an den der Reichsbank heranbewegte. Freilich darf man nicht außer Acht lassen, daß in den Zahlen der Wechseleingänge auch jene Wechselbeträge mit inbegriffen sind, für welche die Banken nur den Valutaeinzug als

Inkassomandatare für eine ganz geringfügige Vergütung besorgen. Aber auch in Betreff der Reichsbank gilt dasselbe, nur daß die Reichsbank statt der Vergütung den Wechseldiskont für die letzten Tage berechnet und auf diese Weise formell zwar als Diskonteur fungirt, materiell aber, ebenso wie die Privatbanken, als Inkassomandatar aufzufassen ist.

Die Vereinigung des hauptsächlichsten Wechselmaterials in den Händen weniger Großbanken hat die Lage der Reichsbank und ihre Beziehungen zur Volkswirthschaft wesentlich geändert. Die Funktionen, die die Reichsbank früher dem Kreditmarkte leistete, sind nach und nach auf die privaten Großbanken übergegangen, welche mit dem Publikum, dem Handel und der Industrie in engere Verbindungen traten, als sie der Reichsbank erlaubt waren. Diese erhielt sich zwar noch einen großen Theil des Privatpublikums, namentlich aus der Großindustrie und dem Großhandel, mit denen der Giroverkehr die Kette bildete, selbst aus der Landwirthschaft, besonders in den preußischen Ostprovinzen und Schleswig-Holstein, obwohl ihr hier die genossenschaftliche Kreditorganisation einigen Abbruch that. Aber daneben mußte sie sich rüsten auf Kreditansprüche ganz ungeheurer Art, welche die Riesenunternehmungen an sie stellten. Es waren ganz neue schwierige Aufgaben, die damit an die Reichsbank herantraten. Nicht mehr die kleinen und mittleren Einzelbetriebe waren es, die ihre Kreditforderungen an sie stellten, sondern riesige, weitverzweigte Gesellschaftsbetriebe, die ihre geschäftlichen Beziehungen über den ganzen Erdkreis erstreckten. An Stelle der Jahreskredite von Hunderttausenden oder Millionen, wie sie Kleinbankiers gestellt hatten, waren solche von Hunderten, wohl gar von Tausenden von Millionen getreten, welche die Gruppe der Großbanken beanspruchte. Bei diesen ungeheuren Summen, die von wenigen Einzelinstituten gefordert wurden, war es naturgemäß für die Reichsbank in hohem Grade schwer, das richtige Maß in der Kreditgewährung zu halten. Nur die außerordentliche Steigerung der Girogelder, welche zum großen Theil von der Wechselkredit beanspruchenden Kundschaft (den Großbanken und ihrem Publikum) eingezahlt worden waren und deren durchschnittliche Höhe im Jahre 1900 512 Millionen Mark betrug, verbunden mit einer sehr geschickten Bankleitung haben es der Reichsbank ermöglicht, in dieser Periode den Großbanken den weitgehendsten Wechselkredit zu gewähren, gleichzeitig aber sich die nöthige Reserve zu bewahren, um von Verlusten verschont zu bleiben.

Wenn man schon in dieser Periode von einer weitgehenden Interessengemeinschaft der Reichsbank mit den Großbanken reden darf, so kann man dies erst recht behaupten von der der Zeit der Hochkonjunktur folgenden Niedergangsperiode, in welcher sich Privatbanken und Reichsbank einander noch weiter genähert haben. Gerade diese allerneueste Zeit ist an interessanten Vorgängen auf dem Kreditmarkte reich. Der Leipziger Bankzusammenbruch hatte das Publikum unruhig gemacht, und mehrere große Berliner Bankinstitute waren dadurch in einige Bedrängniß gerathen, da auch sie einen beträchtlichen Theil ihrer Mittel in augenblicklich nur mit Verlust zu realisirenden Werthen festgelegt hatten. Nun kann man beobachten, wie im Spätsommer vorigen Jahres im Einklange mit dem Abnehmen des Wechselportefeuilles mehrerer großer Privatbanken ein plötzliches Anschwellen des Wechselbestandes der Reichsbank bis zu 200 Millionen Mark über den vorjährigen Stand sich bemerkbar machte, um dann am Schlusse des Jahres wieder auf den normalen Stand herabzusinken, woraus man schließen kann, daß damals die Reichsbank einigen bedrängten Berliner Bankinstituten zu Hilfe gesprungen war und ihnen einen großen Theil des Wechselportefeuilles abgenommen hatte. Aber in den meisten Fällen ist es nicht die Reichsbank allein, die einem bedrängten Unternehmen zu Hilfe kommt, sondern eine Gruppe von Banken, der die Reichsbank als Mitglied angehört, welche ihren schwächeren Kollegen unterstützt. Vor Allem hat die Deutsche Bank, die in Folge ihres weitverzweigten Geschäftsbetriebes als die bestfundirte angesehen wird, sich häufig an derartigen Operationen betheiligt, so daß sie allein bei einer Abnahme des Wechselbestandes der meisten übrigen Banken um insgesammt 72 Millionen Mark eine Vermehrung von 45 Millionen Mark am Jahresschluß 1901 aufzuweisen hatte.

Die Folgen der Krisis, in die wir jetzt unleugbar eingetreten sind, ist eine immer schärfere Konzentration im Bankgewerbe zu Gunsten der Großbanken und zu Ungunsten der Kleinbankiers. Die wirthschaftlich schwächeren Mittel- und Kleinbetriebe werden von den Großbetrieben mehr und mehr aufgesogen. So wurde das Frankfurter Rothschild-Haus von der Diskontogesellschaft, die Berliner Firma Breest & Gelpcke von der Handelsgesellschaft und eine bedeutende Leipziger Firma von der Allgemeinen deutschen Kreditanstalt in Leipzig aufgenommen. Das hervorstechendste Beispiel aber ist das der Darmstädter Bank für H. und I., welche nach Vermehrung ihres Grundkapitals um nahezu 30 Millionen Mark zwei

Provinz-Banken demnächst sich einverleibt. In den Rheinlanden sind es meist mehrere mittlere Institute, die sich zu einem einzigen größeren zusammenschließen. Durch ihre Vereinigung üben diese Banken eine zweckmäßige Risikovertheilung, indem sie ihren Geschäftskreis nicht auf ein allzu begrenztes Wirthschaftsgebiet beschränken. Aber auch so scheint ihnen die Gefahr noch nicht genügend vertheilt zu sein. Denn die rheinisch-westfälischen Distrikte besitzen trotz der dort blühenden verschiedensten Industriezweige immerhin noch einen gewissen lokalen Geschäftscharakter, so daß eine einzige Zahlungseinstellung einer großen Firma oder gar eine Krise in einem der Industriezweige allzu leicht größere Wellen schlagen und unter Umständen wohl gar den gesammten Kundenkreis der Bank mehr oder weniger in Mitleidenschaft ziehen könnte. Aus diesen Gründen suchen die mittleren rheinischen Banken einen Rückhalt an einer der Großbanken, welche, mit Kapital betheiligt, ein stärkeres Interesse an dem Wohlergehen ihrer Schutzbefohlenen haben. So hat sich die Bergisch-Märkische Bank, die im Jahre 1902 die Barmer Handelsbank sich einverleibte, einen starken Rückhalt an der Deutschen Bank geschaffen, in deren Besitze ein großer Theil ihrer Aktien sich befindet. Auf diese Weise hat sich ebenfalls in diesem Jahre die Aachener Diskontogesellschaft nach vollendeter Fusion mit der Koblenzer Bank und der Bank für Rheinland und Westfalen unter der Bezeichnung „Rheinische Diskontogesellschaft" mit ihrer großen Namensschwester in Berlin liirt und deren Interesse und Hilfe durch eine Kapitalbetheiligung dauernd gesichert.

Die zunehmende Konzentrationsbewegung verändert die Lage der Reichsbank und ihre volkswirthschaftliche Bedeutung, indem sie den Ring ihrer Geschäftskunden stetig verengert und zu einer Gruppe von Großbanken zusammenschrumpfen läßt, welche mehr und mehr durch günstige Bedingungen das ganze Privatpublikum an sich ziehen und so in Konkurrenz mit der ebenfalls um Privatpublikum werbenden Reichsbank treten. Diese Großbanken bilden zwar in ihrer Gesammtheit bei Weitem die Uebermacht im Wirthschaftsstaate, können aber dennoch ohne den Rückhalt an der Reichsbank nicht existiren, da diese für sie als Geldausgleichs- und Kreditstelle dienen muß. So hat mit der wachsenden Bedeutung der Großbanken die Reichsbank allmählich den Charakter einer Zentralbank der Großbanken angenommen und es bildete sich durch die stete Geschäftsverbindung eine Art Interessengemeinschaft heraus, die bereits dadurch ihre wohlthuende

Wirkung äußerte, das bei den meisten von Bankengruppen unternommenen Hilfsaktionen die Reichsbank sich bereitwilligst betheiligte und in verschiedenen Fällen der bedrängten Bank entweder erhöhten Wechselkredit oder für ihre Wechselverbindlichkeiten ein Moratorium gewährte. Die Bedeutung dieser Interessengemeinschaft zwischen Reichsbank und Großbanken liegt für die Volkswirthschaft darin, daß in Zukunft der Zusammenbruch einer Bank nur bei ihrer völligen innerlichen Zerrüttung erfolgen kann, weil andernfalls die mächtigsten Finanzinstitute der Nation in Verein mit der Reichsbank alles Menschenmögliche zur Verhinderung des Zusammenbruchs thun werden. So kann man es als eine Errungenschaft der modernen Konzentration ansehen, daß Reichsbank- und Privatbankpolitik eine immer größere Annäherung erfahren haben und vielfach gezwungen sind, gemeinsam ihres Weges zu gehen.

Vergegenwärtigen wir uns zum Schlusse unserer Darstellung noch einmal die Thätigkeit der Reichsbank und theilen wir sie in Perioden ein, deren jede durch die jeweiligen wirthschaftlichen Verhältnisse beherrscht, die Bedeutung der Reichsbank für die deutsche Volkswirthschaft in einem anderen Lichte erscheinen läßt.

Die erste Periode kann man von Beginn der Thätigkeit der Reichsbank im Jahre 1876 bis zum Beginn der 80er Jahre rechnen. In ihr wandelt die Reichsbank noch vor Allem in den Bahnen ihrer Vorgängerin, der Preußischen Bank. Hauptsächlichste Gesichtspunkte sind Stärkung der deutschen Goldvaluta und Ausdehnung des Filialnetzes in den mittel- und süddeutschen Staaten; Konkurrenz mit den dort bestehenden Privatnotenbanken; eine gewisse Reserve in der Gewährung von Kredit an die neu entstehende Industrie. Infolge des letzten Grundsatzes der Reichsbank vermehrt sich die Zahl der Privatbanken um ein Beträchtliches.

Die zweite Periode vom Anfang der 80er Jahre bis ins Jahr 1895 bedeutet für die Reichsbank ein langsames, sicheres Vordringen und allmähliches Verdrängen der Privatnotenbanken, deren Konkurrenz sich aber immer noch bedeutend fühlbar macht. Zu gleicher Zeit aber läßt sie mit der wachsenden Bedeutung von Handel und Industrie eine große Anzahl von Privatbanken ins Leben treten, welche die von der Reichsbank abgewiesenen Kreditansprüche dieser beiden Erwerbszweige zu erfüllen die Aufgabe haben. Der in dieser Zeit, trotz der Aufsaugung vieler Privatnotenbanken durch die Reichsbank, ungefähr stagnirende Wechseleingang der Reichsbank und der zugleich ungeheuer anschwellende

Wechseleingang der Privatgroßbanken zeigt, daß der ganze Zuwachs des kreditsuchenden Publikums fast allein den letztgenannten Instituten zu Gute kommt. Der diesem Theile des Publikums von der Reichsbank ertheilte Kredit geschieht nicht mehr direkt, sondern indirekt durch Vermittlung der Großbanken, welche durch ihr Giro die Kundenwechsel zu reichsbankfähigen machen und bei ihr rediskontiren.

Die dritte Periode reicht von 1895 bis ins Jahr 1900 und fällt der Zeit nach mit der letzten Aufschwungsperiode zusammen. Sie bringt für die großen Privatbanken, wie für die Reichsbank eine Verdoppelung ihrer Wechselanlagen. Die Reichsbank kann ihre in der zweiten Periode bewahrte zurückhaltende Stellung nunmehr verlassen und den erhöhten Kreditanforderungen gerecht werden, weil der Giroverkehr, der immer an Bedeutung gewonnen hat, ihr gewaltige Mittel in Gestalt von unverzinslichen Depositengeldern zuführt. Der Einfluß der Großbanken auf die Geschäftspraxis der Reichsbank wird größer durch den wachsenden Wechselkredit, den sie beanspruchen und auch erhalten. Die Revision des Bankgesetzes vergrößert noch die Uebermacht der Reichsbank über die Privatnotenbanken, deren Wechselanlagen theilweise fast ganz zerrinnen, theilweise um über die Hälfte zurückgehen, und bringt so die Reichsbank der ersehnten Monopolstellung im Notenprivileg ein gut Stück näher.

Die vierte Periode, in der wir uns jetzt befinden, zeigt die veränderte Sachlage noch deutlicher. Die Großmachtsstellung einiger Privatbanken, die sich herausgebildet hat, wird noch befestigt durch die Einverleibung schwächerer Institute in der jetzt bestehenden Krisis. Diese Stellung hat sie der Reichsbank näher gebracht, und so bilden diese Institute im Verein mit der Reichsbank eine trustartige Organisation, deren Mitgliedern im Falle plötzlicher Verlegenheit die Hilfe sämmtlicher übrigen Mitglieder des Bankentrustes zu Theil wird, wie dies im Spätsommer 1901 mehrfach geschehen ist.

So hat die Reichsbank nach und nach ihren Charakter geändert und mit der stetig fluktuirenden Volkswirthschaft auch ihr Gepräge gewechselt. Die heutige Entwicklung hat sie immer mehr zu einer Zentralbank der Großbanken gestempelt. Der entscheidende Augenblick, in welchem die wirthschaftliche Entwicklung die Reichsbank hierzu bestimmte, war, als die Wechselanlage der Großbanken die ihrige überholte. Die weiter fortschreitende Konzentration im Bankgewerbe kann aber nur dazu beitragen, dies Verhältniß zu befestigen und uns seiner wohlthätigen Folgen für den deutschen Wirthschaftsorganismus zu versichern.

Der Rechtscharakter des deutschen Heeres.

Von

Ad. Arndt.
Geh. und Ober-Bergrath, Professor in Königsberg.

I.

Als am 14. Juni 1866 der Deutsche Bundestag im Engeren Rathe mit 9 gegen 6 Stimmen die Mobilisirung der nicht österreichischen und nicht preußischen Kontingente beschloß, konnte der Bund fordern, daß die Kontingentsherren diesem inappellabelen, rechtskräftigen und vollstreckbaren Beschlusse bei Vermeidung der Bundesexekution unverzüglich nachkamen.*) Diese Verpflichtung lag aber nur den Bundesmitgliedern selbst, nicht ihren Truppen ob; nur für die Staaten, nicht für deren Unterthanen war der Beschluß bindend. Diese standen zum Bunde in keinem unmittelbaren Verhältniß. Die Truppen hatten nur ihren Landesherren Treue und Gehorsam geschworen, nicht dem Bunde, und zwar weder unmittelbar noch mittelbar. Der Bund hatte keinen militärischen Befehl oder auch nur Oberbefehl über die Truppen. Es entsprach daher der allgemeinen Unterthanenpflicht und dem Soldateneide, daß die Truppen nicht marschirten, wie es der Bund beschlossen hatte, sondern, wie es ihre Kriegsherren befahlen. Der Soldat, der seines Kriegsherrn Befehl unbefolgt gelassen hätte, um dem Bundesbeschlusse nachzukommen, würde sich des Hoch- und Landesverraths und der Meuterei schuldig gemacht haben, wäre den Kriegsartikeln und dem Tode verfallen.

Das Heer, auf welches der Deutsche Bund Anspruch hatte, war somit ein Kontingentsheer, es war kein eigenes, sondern ein fremdes, kein Bundes- und kein Einheits-, sondern ein erst von den Kontingentsherren zu beschaffendes Heer.

Wenngleich ausgeschlossen ist, daß, wie im Jahre 1866 wieder

---

*) Preußen hatte bekanntlich gegen die geschäftliche Zulassung dieser Beschlußfassung protestirt.

deutsche Truppen gegen deutsche Truppen fechten, so besteht doch ein lebhafter und noch immer unentschiedener Streit darüber,

ob das Deutsche Reich eigene oder nur Kontingentstruppen hat, ob es ein Reichs- oder nur ein preußisches, bayerisches, sächsisches und württembergisches Heer giebt, ob die Militärpflicht dem Reiche oder dem einzelnen Bundesstaate geleistet wird, ob der Militärfiskus der Reichs- oder der Landesfiskus ist, ob der Militärdienst nur Landes- oder zugleich auch Reichsdienst, die Militärverwaltung ihrem Gegenstande nach Reichs- oder Landesverwaltung, die Militärbehörden nur Landes- oder zugleich auch Reichsbehörden sind und ob das Kontingent nur eine Landes- oder zugleich auch eine Reichsanstalt ist.

Eine Denkschrift des Reichskanzlers aus den achtziger Jahren*) und ein Erkenntniß des Reichsgerichts vom 9. März 1888**) nehmen an gegen die damalige Ansicht von Laband und M. von Seydel, daß der Militärfiskus der Reichsfiskus, dagegen mit diesen Autoritäten, daß die Militärhoheit und die Militärverwaltung den Bundesstaaten ausschließlich zustehen.

M. von Seydel***) sagt: Das deutsche Heer sei ein Kontingentsheer. Die Verbündeten haben, soweit nicht besondere Verträge in Frage kommen, ihre eigene Militärhoheit behalten, nur der militärische Oberbefehl sei in die Hände des Kaisers gelangt. Es bestehe keine Kriegsdienstpflicht gegenüber dem Reiche, sondern nur gegenüber dem einzelnen Staate. Bei der Marine stehe der Kaiser an Stelle des Kriegsherrn, dem Landheere gegenüber sei er lediglich Feldherr.

Laband†): Als oberstes Prinzip der Militärverfassung des Deutschen Reiches sei der Satz aufzustellen, es gebe kein Heer des Reiches, sondern nur Kontingente der Einzelstaaten. Die Einheit der Kriegsmarine sei eine innere, untheilbare, durch Begriff und Wesen gebotene, die Reichsarmee dagegen sei eine zusammengesetzte Einheit††); die Einheitlichkeit der Landmacht des Reichs hebe die

*) Im Archiv für öffentliches Recht Bd. IV S. 150 f.
**) Entsch. in Civils. Bd. XX S. 148.
***) In Hirths Annalen 1875 S. 1396, Komm. 2. Aufl. S. 310.
†) Reichsstaatsrecht Aufl. 3, II S. 480 ff. a. a. O.
††) Wenn man selbst zugestehen müßte, daß thatsächlich, nach dem gewordenen und bestehenden Recht die Marine eine Einheit und das Landheer eine Vielheit (zusammengesetzte Einheit) sei, so muß doch bestritten werden, daß dies durch Begriff und Wesen geboten sei. Umgekehrt die Marine wird vielleicht auf der ganzen Erde zerstreut kämpfen, das Landheer dagegen muß nach „Begriff und Wesen" als ein einziges Machtmittel in konzentrirtester Form verwandt werden.

gesonderte Existenz der Kontingente der Bundesstaaten nicht auf, sondern sie bedeute lediglich das Band, welches diese verschiedenen Kontingente zusammenhalte. Die Einheit sei bei der Marine Prinzip, bei dem Heere Modifikation des Grundprinzips. Dem Reiche] stehe zu die einheitliche Ordnung und Einrichtung des Heeres, der Oberbefehl in Krieg und Frieden, die Feststellung des Rekrutenbedarfs und des Ausgabenetats; den Einzelstaaten sei verblieben die Kontingentsherrlichkeit und die Selbstverwaltung.

In der That sprechen auf die erste Betrachtung viele Umstände für diese Anschauungen:

> Der Fahneneid wird dem Landesherrn geleistet, die Landesfürsten ernennen, soweit sie nicht auf dieses Recht verzichtet haben, abgesehen von den Kommando führenden*), alle Offiziere und die Militärbeamten ihrer Kontingente; sie sind, so heißt es wörtlich in Art. 66 der Reichsverfassung, „die Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile und genießen die damit verbundenen Ehren." Sie bestimmen (Art. 63 Abs. 2) die Abzeichen ihrer Truppen, wie Kokarden. Die Landtruppen heißen königliche, nicht kaiserliche; die Reglements, Instruktionen, Ordres u. s. w. erscheinen als preußische, bayerische, sächsische und württembergische; in der Kirche beten wir für das königliche Heer.

Hiernach scheint es so, als ob Laband und Seydel Recht, ihre Gegner**) Unrecht haben. Aber vielleicht scheint es nur so. Wenn wirklich die Militärhoheit ihrem Kern und Wesen, ihrem Inhalte nach Landeshoheit wäre als eine den Bundesfürsten zustehende selbständige Gewalt, so wird man schwer fassen, wie die deutschen Bundesstaaten, die sonst so sorgsam über jedes ihrer Rechte wachen, alle bis auf Bayern, Sachsen und Württemberg gerade dieses höchste und wichtigste Recht abgetreten haben. Wenn die Vielheit der Truppen, die Kontingentsverfassung und die Kontingentsherrlichkeit das Grundprinzip und die Einheit nur die Modifikation dieses Grundprinzips bilden würden, so wären Inhalt, Wortlaut und vor Allem Gruppirung wie Anordnung der

*) Art. 64 Abs 2 der Reichsverfassung.

**) Gierke in Schmollers Jahrbuch Bd. VII S. 1108, H. Schulze, Reichsstaatsrecht II S. 330, 334, Hänel, Reichsstaatsrecht I S. 494 f., Zorn, Reichsstaatsrecht I S. 189 f., II S. 531, Arndt, Komm. der Reichsverf. zu Art. 63, Arndt, Reichsstaatsrecht S. 746, G. Meyer, Staatsrecht S. 692 f. und besonders eingehend Brockhaus, Das deutsche Heer und die Kontingente der Einzelstaaten, Leipzig 1888, ferner Bornhak, Westerkamp, v. Kirchenheim, Tepelmann u. A. m.

Reichsverfassung schwer zu verstehen. Die Reichsverfassung beginnt nämlich den XI. Abschnitt vom Reichskriegswesen nicht etwa mit den Rechten der Landesherren oder mit dem Inhalte der Kontingentsherrlichkeit oder mit der Zusammensetzung der Kontingente, sondern, Art. 57, mit dem Satze: Jeder Deutsche ist wehrpflichtig; Art. 58: Die Kosten und Lasten des gesammten Kriegswesens des Reiches sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig zu tragen; Art. 59 betrifft Inhalt und Dauer der Wehrpflicht; Art. 60, daß die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres von Reichswegen festgestellt wird; Art. 61, daß die gesammte preußische Militärgesetzgebung unverzüglich im ganzen Reiche eingeführt werde und später ein umfassendes Reichs-Militärgesetz ergehe; Art. 62, daß die Verausgabung des Geldes für das gesammte Reichsheer durch das Reichshaushaltsetatsgesetz festgestellt werden soll.

Art. 63 (Abs. 1): Die gesammte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches in Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht. (Abs. 2): Die Regimenter führen fortlaufende Nummern durch das ganze deutsche Heer. Für die Bekleidung sind die Grundfarben und der Schnitt der Königlich preußischen Armee maßgebend. Dem betreffenden Kontingentsherrn bleibt es überlassen, die äußeren Abzeichen (Kokarden u. s. w.) zu bestimmen. (Abs. 3): Der Kaiser hat die Pflicht und das Recht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb des deutschen Heeres alle Truppentheile vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind und daß Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften, sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt und erhalten wird. Zu diesem Behufe ist der Kaiser berechtigt, sich jederzeit durch Inspektionen von der Verfassung der einzelnen Kontingente zu überzeugen und die Abstellung der dabei vorgefundenen Mängel anzuordnen. (Abs. 4): Der Kaiser bestimmt den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Kontingente des Reichsheeres, sowie die Organisation der Landwehr, und hat das Recht, innerhalb des Bundesgebiets die Garnisonen zu bestimmen, sowie die kriegsbereite Aufstellung eines jeden Theils des Reichsheeres anzuordnen. (Abs. 5): Behufs Erhaltung der unentbehrlichen Einheit in der Administration, Verpflegung, Bewaffnung und Ausrüstung aller Truppentheile des deutschen Heeres sind die bezüglichen künftig ergehenden Anordnungen für die preußische Armee den Kommandeuren der übrigen Kontingente zur Nachachtung in geeigneter Weise mitzutheilen.

Art. 64 (Abs. 1): Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingt Folge zu leisten. Diese Verpflichtung ist in den Fahneneid aufzunehmen. (Abs. 2): Der Höchstkommandirende eines Kontingents — und alle Festungskommandanten werden von dem Kaiser ernannt. Die von demselben ernannten Offiziere leisten Ihm den Fahneneid. Bei Generalen und den Generalstellungen versehenden Offizieren innerhalb des Kontingents ist die Ernennung von der jedesmaligen Zustimmung des Kaisers abhängig zu machen. (Abs. 3): Der Kaiser ist berechtigt, behufs Versetzung mit oder ohne Beförderung für die von Ihm im Reichsdienste, sei es im preußischen Heere oder in anderen Kontingenten zu besetzenden Stellen aus den Offizieren aller Kontingente des Reichsheeres zu wählen.

Art. 65: Das Recht, Festungen innerhalb des Bundesgebietes anzulegen, steht dem Kaiser zu. Jetzt erst (Art. 60) werden die theils schon erwähnten, theils später zu erwähnenden Rechte der Landesherren aufgeführt. Art. 67 bestimmt, daß Ersparnisse am Militäretat der Reichskasse zufallen, Art. 68, daß der Kaiser, wenn die öffentliche Sicherheit in dem Bundesgebiete bedroht ist, einen jeden Theil desselben in Kriegszustand erklären kann.

Geht man davon aus, daß eine Verfassung möglichst nach Wortlaut und dessen schlichtem Sinne auszulegen ist und daß die Gruppirung ihrer Vorschriften keine bloß zufällige sein kann, so wird es schwer halten, Angesichts der Verfassungsvorschriften die Kontingentsvielheit als das Grundprinzip der Verfassung hinzustellen.

II.

Um zu einer sicheren Lösung des gestellten Problems zu gelangen, muß zunächst auf die, allerdings nicht gerade reichlichen, Materialien zur Reichsverfassung, also zunächst auf die preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866 zurückgegangen werden. Laband (II, S. 483) behauptet, daß die Anordnungen der Reichsverfassung zwar sehr viel genauer und vollständiger, keineswegs aber prinzipiell verschieden seien. Das Gegentheil ist der Fall:

Art. IX der Grundzüge*) lautet:

„Die Landmacht der Bundesarmee wird in zwei Bundesheere eingetheilt. In Krieg und Frieden ist der König von Preußen Oberfeldherr der Nordarmee, der König von

*) Schultheß, Europäischer Geschichts-Kalen[illegible] S. 83 ff.



Bayern Oberfeldherr der Südarmee. Jeder der beiden Bundesfeldherren hat das Recht und die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß innerhalb der von ihm befehligten Armee die bundesbeschlußmäßigen Kontingente vollzählig und kriegstüchtig vorhanden sind, und daß die nothwendige Einheit in der Organisation und Formation, in Bewaffnung und Kommando, in der Ausbildung der Mannschaften sowie in der Qualifikation der Offiziere hergestellt wird. Das Recht, unter Voraussetzung übereinstimmender Vorbildung bis zur Grenze des eigenen Kontingents die Offiziere zu ernennen, steht jeder Regierung zu; diejenigen Kommandos, unter welchen mehr als ein Kontingent steht, besetzt der Oberfeldherr. Der Oberfeldherr hat das Recht, in den nach seiner Ueberzeugung dringenden Fällen die kriegsbereite Aufstellung jedes Theiles der von ihm befehligten Bundesarmee, innerhalb des Gebietes der letzteren, vorbehaltlich späterer Genehmigung durch Bundesbeschluß, anzuordnen, und verpflichten sich die Bundesregierungen, eine solche Anordnung in Betreff ihrer Kontingente unverzüglich auszuführen.

Die Reichsverfassung zeigt hiervon namentlich die im Folgenden angeführten Verschiedenheiten: 1. die preußische Militärgesetzgebung war nach den Grundzügen weder damals noch später einzuführen, es fehlte überhaupt die Einheitlichkeit des Rechts; 2. der Bundesfeldherr ernannte nach den Grundzügen nicht den Kommandeur eines jeden Kontingents; 3. nicht der Bundesfeldherr, ein Bundesbeschluß sollte den Präsenzstand der Kontingente bestimmen; 4. der Kaiser durfte Mängel, die er bei der Inspektion vorfand, nicht selbst abstellen; 5. über die Mobilmachung entschied endgiltig nicht der Bundesfeldherr, sondern ein Bundesbeschluß; 6. nicht der Bundesfeldherr unmittelbar, sondern die Bundesfürsten hatten die Mobilmachung auszuführen; 7. die Grundzüge gaben dem Könige von Preußen nur die Stellung eines Ober- oder Bundesfeldherrn, die Reichsverfassung giebt dem Kaiser das unbedingte Befehlsrecht über alle deutschen Truppen.

Diese schwerwiegenden Unterschiede erklären sich aus der Thatsache, daß zwischen den Grundzügen und der Schaffung des Norddeutschen Bundes der Feldzug von 1866 und die Schlacht von Königgrätz liegen.

Im Bündnißvertrage vom 18. August 1866 ist vorgeschrieben, daß die preußischen Grundzüge vom 10. Juni 1866 die Basis der Bundesverfassung bilden sollen; es wird jedoch der

Satz hinzugefügt und vorangestellt (Art. VI), daß die verbündeten Regierungen ihre Truppen unter den Oberbefehl des Königs von Preußen stellen. Im preußischen Entwurfe zur Norddeutschen Bundesverfassung vom 15. Dezember 1866 werden dem Könige von Preußen die gleichen Rechte wie in der Reichsverfassung eingeräumt; die Bundesfürsten hatten geringere Rechte. Insbesondere fehlte der Satz, daß sie Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile sind, daß sie die äußeren Abzeichen ihrer Truppen, wie Kokarden, bestimmen dürfen, daß sie ihre eigenen Truppen zu polizeilichen Zwecken verwenden können.

Preußen gestand dies zu, dafür wurde der „Oberbefehl" in „Befehl" umgewandelt*) — offenbar zu dem Zwecke, klarzustellen, daß weder die Eigenschaft als Chef noch die Befugniß, Truppen zu polizeilichen Zwecken zu verwenden, ein militärisches Befehlsrecht geben.

Die Verhandlungen des verfassungberathenden Reichstages ergeben nichts für unsere Frage.

III.

Wir gehen nun dazu über, dabei allerdings mannigfach Bekanntes wiederholend, die Gründe zusammenzustellen, welche noch außer Wortlaut und Anordnung der Verfassung für die Einheitlichkeit des Heeres sprechen. Die Abweichungen durch Sonderrechte und Militärkonventionen sollen dabei zunächst außer Acht bleiben.

1. Die Gesetzgebung über das Militärwesen steht dem Reiche und zwar dem Reiche ausschließlich zu.**) Die Ausführungsverordnungen zu den Reichsmilitärgesetzen erläßt gemäß Art. 7 der Reichsverfassung, soweit in einem Gesetze nichts Abweichendes bestimmt ist, der Bundesrath. Ein Gesetz kann dieses Recht auch einem Dritten, namentlich dem Kaiser oder neben diesem dem Könige von Bayern übertragen. Ist Letzteres der Fall, so muß Bayern nach Ziffer III. § 5 III. des Bündnißvertrages vom 23. November 1870 „volle Uebereinstimmung mit den kaiserlichen Anordnungen" halten. Es liegt sonach nur in der Form eine bayerische Verordnung vor, in der Sache muß sich die bayerische mit der kaiserlichen decken, d. h. es muß in der Sache Einheitlichkeit bestehen. Nun bedingt zwar die Einheitlichkeit des Rechts noch nicht die Einheitlichkeit der Verwaltung; immerhin

*) Hänel, Staatsrecht S. 494 f.
**) Brockhaus S. 13.

ist sie bedeutsam. Bedeutsamer noch ist folgender Umstand: Die gesammte Militärgesetzgebung Preußens mit allen zur Ausführung, Erläuterung oder Ergänzung der Gesetze erlassenen Reglements, Instruktionen und Reskripten — die Verordnung über die Ehrengerichte, die Bestimmungen über Aushebung, Dienstzeit, Servis- und Verpflegungswesen, Einquartirung, Ersatz von Flurbeschädigung, Mobilmachung u. s. w., für Krieg und Frieden — war von Anfang an im ganzen Reiche eingeführt (Art. 61). Was für das preußische Heer später erlassen wurde oder erlassen wird, und der Gesetzesform nicht bedarf, Alles, was als königlicher Befehl oder ministerielle Anordnung ergeht, mag es sogenannte Rechts- oder Verwaltungsnormen betreffen, kriegsministerielle Gegenzeichnung tragen oder nicht, über Disziplin, Ehrengerichte, Verpflegung, Schießen, Equipirung, Beschwerdewesen, Strafvollstreckung, Besoldung, Gratifikation, Kapitulationsbedingungen, Märsche, Kommandozulagen, Manöver, Transport-, Sanitätswesen u. s. w., dieses ungeheuere Gebiet soll materiell, wenn auch nicht formell, einheitlich sein. Alle Kontingente sind verpflichtet, die preußischen Bestimmungen unverzüglich bei sich einzuführen (Art. 63 Abs. 5). Wenn diese Vorschriften in verschiedenem Gewande auftreten und juristisch Landesnormen, nämlich preußische, bayerische, sächsische und württembergische sind, so sind sie in der Sache (wie ihr Wortlaut ergiebt) vollkommen identisch.

2. Ist solchergestalt das Recht des Militärwesens in der Sache ein einheitliches, so ist es auch nur Einer, nämlich der Kaiser, der mit der Pflicht und dem Recht, über die Aufrechterhaltung der Einheit zu wachen, die Befugniß hat (Art. 63 Abs. 3), Abweichungen wie sonstige Mängel abstellen zu lassen. In sonstigen Fällen, und selbst bei der gemeinsamen Zoll- und Steuergesetzgebung, hat der Kaiser zwar auch das Aufsichtsrecht, aber nicht die Entscheidung über Mängel; er muß den Bundesrath anrufen, und dieser entscheidet, wie über das Vorhandensein von Mängeln so über deren Abstellung (Art. 7 Ziffer 3, Art. 19). In Militärsachen entscheidet gemäß Art. 63 Abs. 3 der Kaiser (Bayern im Frieden ausgenommen) und ist befugt, das ihm erforderlich Erscheinende selbst zu bestimmen und nöthigenfalls anzuordnen.

3. Alle Kosten und Lasten des gesammten Kriegswesens des Reichs sind von allen Bundesstaaten und ihren Angehörigen gleichmäßig (und gemeinschaftlich) zu tragen (Art. 58). Bayern und Sachsen haben also nicht die Kosten ihrer Truppen selbst auf-



zubringen, diese bringt das ganze Reich auf, das auch die Kosten der bayerischen und sächsischen Truppen trägt. Nicht nach der Kopfzahl der ausgehobenen Mannschaften, noch nach der Kopfzahl der diesem oder jenem Bundesstaate angehörigen Truppen werden die Kosten bestimmt, vielmehr trägt sie das Reich aus seinen Mitteln, im Nothfalle also durch Erhebung von Matrikularbeiträgen, die ihrerseits ohne Rücksicht auf die Zahl der ausgehobenen oder auf die Staatsangehörigkeit der Truppen, nach der matrikularmäßigen, nämlich der ortsanwesenden Bevölkerungsziffer aufgelegt werden. Der Heeresetat ist Reichsetat (Art. 72). Es giebt für die deutschen Truppen und kann für die deutschen Truppen, Bayern miteingeschlossen, keine anderen Geldmittel geben als solche, die das Reich und der Reichshaushaltsetat gewähren und zuweisen. Die Bundesstaaten können und dürfen keine anderen und keine eigenen Geldmittel für Militärzwecke haben. Der Militärfiskus (Bayern ausgenommen) ist der Reichsfiskus; alle Ansprüche an Sold, Pension, Kriegs- und Friedensleistungen, für Waffen und Munition, Kleidung und Verpflegung, für Pferde und Fourage richten sich nur wider den Reichsfiskus. Das Reich ist, Bayern ausgenommen, Eigenthümer aller Festungen, Kasernen, Schießplätze, aller Kanonen, Gewehre, Säbel, aller Fahnen und Standarten, aller Equipirungsstücke, Vorräthe u. s. w. Dies ist vom Reichsgericht gegen die Ansicht von Seydel und Laband, in Uebereinstimmung mit der Ansicht vom Bundesrath und Reichskanzler wiederholt, zuerst am 9. März 1888, angenommen.*) Seydel und Laband haben den offenen Kampf gegen das Reichsgericht zwar aufgegeben, versuchen aber immerhin gewisse Bemängelungen. Wenn der Militärfiskus der Reichsfiskus sei, so folge dies nicht schon aus der Verfassung selbst, sondern erst und höchstens aus dem Gesetze vom 25. März 1873 (Reichseigenthumsgesetze.**) Dies ist falsch; denn das Gesetz vom 25. März 1873 hatte nur deklaratorische, nicht konstitutive Kraft; es schuf keinen neuen Rechtszustand; es stellte lediglich unzweifelhaft fest, was thatsächlich und stets gegolten hatte. Schon in früheren Gesetzen, wie etwa gleichzeitig, war der Reichsfiskus als der Militärfiskus hingestellt worden, so im Quartierleistungsgesetz vom 25. Juni 1868 (B. G. Bl. 1868 S. 523), Militärversorgungsgesetz vom 27. Juni 1871 (R. G. Bl. 1871 S. 275), § 116 (nebst seinen Ergänzungen), Kriegsschatzgesetz

---

*) Entsch. in Civilsachen XX S. 148.
**) Laband, Reichsstaatsrecht II S. 804 f.

vom 11. November 1871 (R. G. Bl. 1871 S. 47), Festungsrayongesetz vom 21. Dezember 1871 (R. G. Bl. 1871 S. 459) §§ 34, 42, Kriegsleistungengesetz vom 13. Juni 1873 (R. G. Bl. 1873 S. 129) § 34 u. a. Auch die fernere Bemerkung Labands,*) alle Gründe, welche das Reichsgericht zu der Annahme führen, daß der Zoll- und Steuerfiskus nicht der Reichs-, sondern der Landesfiskus sei**), treffen auch für die Verwaltung der Militärkontingente zu, geht offenbar fehl. Die (Brutto-)Zölle und Reichssteuern fließen nicht in die Reichskasse, sondern in die Landeskassen. Letztere ziehen von dem Bruttoertrage erst ab (Art. 38 der Reichsverfassung) die auf Gesetzen und allgemeinen Verwaltungsvorschriften beruhenden Vergütungen und Ermäßigungen, 2. die Rückerstattungen für unrichtige Erhebungen und 3. die Erhebungs- und Verwaltungskosten; die Landeskassen haben hinzuzufügen, was sie auf eigene, sogenannte privative Rechnung verausgabt oder unerhoben gelassen haben, ferner das, was sie irrthümlich, und endlich das, was durch Kreditgewährung an Zöllen und Steuern unerhoben geblieben oder verloren worden ist.

Die Rechnungskontrolle über die gesammte Verwaltung des Heerwesens führt nicht der Bundesstaat, sondern das Deutsche Reich durch den Rechnungshof des Deutschen Reichs auf Grund reichsrechtlicher Vorschriften. Die Dechargirung erfolgt durch den Rechnungshof des Deutschen Reichs, durch Bundesrath und Reichstag (Reichsverfassung Art. 71, 72, Gesetz vom 4. Juli 1868 B. G. Bl. 1868 S. 453, Gesetz vom 11. Februar 1875 R. G. Bl. 1875 S. 65 u. s. w.). Die Landtage der Einzelstaaten und deren Rechnungshöfe haben keinerlei Kontrole über die Verwendung der Geldmittel für das Heer. Nicht den Einzellandtagen, sondern dem Reichstage haben die Militärverwaltungen Rede und Antwort über ihre Finanzgebarung zu stehen.

4. Die Militärverwaltung ist ihrem Gegenstande nach Reichsverwaltung. Wenn hiergegen u. A. vom Reichsgericht (Erkenntniß vom 9. März 1888) eingewandt wird, daß in Art. 4 Ziffer 14 der Reichsverfassung das Militärwesen nur „der Beaufsichtigung" und nicht der Verwaltung Seitens des Reiches unterstellt sei, so schließt dieser Umstand nicht aus, daß es außerdem auch noch der Verwaltung durch das Reich unterliegt. In derselben Ziffer 14 ist

*) Staatsrecht II S. 805.

**) Erk. v. a. n 1. Juli 1881, 2. Februar, 5. April und 20. Mai 1884, Entsch. in Zivils. Bd. V S. 41, Bd. XI S. 75, 92, 96.

in Art. 4 noch die Kriegsmarine, in Ziffer 3 das Bankwesen (Emission von fundirtem Papiergeld), in Ziffer 7 das Konsulatswesen, in Ziffer 10 Post und Telegraphie aufgeführt, welche doch zweifellos nicht bloß der Beaufsichtigung, sondern auch der Verwaltung durch das Reich unterliegen. Sodann wird vom Reichsgericht eingewandt, daß, wenn die Militärverwaltung Reichsverwaltung sei, es nicht nöthig gewesen wäre, in Art. 63 Abs. 5 der Reichsverfassung für die Einheit in der Administration des Heerwesens Sorge zu tragen. Jedoch selbst im Einheitsstaate wird für die Einheit der Administration in gleicher Weise gesorgt, nämlich dadurch, daß z. B. an einen Oberpräsidenten, Provinzialsteuerdirektor, Eisenbahndirektion ergehende Verfügungen wichtigerer Art auch den gleichen übrigen Amtsstellen mitgetheilt werden. Vielleicht könnte man sogar umgekehrt sagen, daß die Vorschrift in Art. 63 Abs. 5 für die Einheitlichkeit der Militärverwaltung anzuführen sei, weil die Reichsverfassung nicht von den „Kontingentverwaltungen", sondern von der „Administration" spricht.

Die Einheit der Militärverwaltung wie die Einheit des Heerwesens überhaupt folgt aus Art. 64 Abs. 1 der Reichsverfassung: „Alle deutschen Truppen sind verpflichtet, den Befehlen des Kaisers unbedingte Folge zu leisten." Zu den Truppen gehören nicht bloß alle Personen des Soldatenstandes, sondern auch alle Militärbeamten wie alle Zivilbeamten der Militärverwaltung; die Kriegsminister, auch wenn sie Zivilpersonen sind, die Intendanten, Auditeure, Festungskommandanten, alle Offiziere und Unteroffiziere. Reichsbeamte im Sinne des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873 sind nach dessen § 1 nicht bloß die Kaiserlichen Beamten, welche der Kaiser gemäß Art. 18 der Reichsverfassung ernennt oder ernennen läßt, sondern alle Beamten, welche nach Vorschrift der Reichsverfassung den Anordnungen des Kaisers Folge zu leisten verpflichtet sind; auch z. B. die von den Landesherren ernannten mittleren und unteren Post- und Telegraphenbeamten. Daher werden die Kriegsminister, kommandirende Generäle, Festungskommandanten u. s. w. ausdrücklich als Reichsbehörden im Sinne des Reichsbeamtengesetzes bezeichnet (R. G. Bl. 1899 S. 730). Hiergegen wird allerdings vom Reichsgericht, Laband und Anderen eingewendet, sie seien nicht überhaupt, nicht allgemein, sondern nur im Sinne des Reichsbeamtengesetzes Reichsbehörden. Ganz gewiß. Wenn die Kriegsminister als Staatsminister beim Zustandekommen eines Gesetzes oder einer Zivilmaßregel

mitwirken, so sind sie den Anordnungen des Kaisers aus Art. 64 nicht unterworfen und keine Reichsbeamte. Soweit sie aber Militaria verwalten, und darum allein handelt es sich hier, sind sie Reichsbehörden im Sinne des Reichsbeamtenrechts, was in der Praxis übrigens gar nicht zweifelhaft ist. Auch die Personen des Soldatenstandes, also alle von den Kontingentsherren ernannten Offiziere und Unteroffiziere, fallen unter das Reichsbeamtengesetz, soweit dieses sie nicht ausdrücklich von seiner Anwendbarkeit ausschließt (§ 157), sie sind grundsätzlich Reichsbeamte im Sinne des Reichsbeamtenrechts.*)

Sind hiernach die Militärpersonen und Militärbeamten Reichsbeamte und Reichsbehörden (d. h. nicht bloß Landes-, sondern zugleich Reichsbeamte und Reichsbehörden), so wird auch die Militärverwaltung Reichsverwaltung sein müssen; sonst hätten übrigens jeder Anlaß und jede Zuständigkeit dem Reichsgesetzgeber gefehlt, die Militärpersonen unter das Reichsbeamtenrecht zu stellen. Post- und Telegraphenverwaltung sind zweifellos Reichsverwaltung, trotzdem die ungeheure Mehrheit der Post- und Telegraphenbeamten nicht vom Reiche angestellt sind.

Für die hier vertretene Ansicht lassen sich die unwiderleglichsten Beweise beibringen.

Das mehrfach erwähnte Gesetz vom 25. Mai 1873 betitelt sich „Ueber die Rechtsverhältnisse der zum dienstlichen Gebrauche einer Reichsverwaltung bestimmten Gegenstände". Es hat vorwiegend die Militärverwaltung im Auge; es bezeichnet diese sonach als Reichsverwaltung. Dagegen wird zwar vom Reichsgericht eingewendet (Gründe zum Erkenntnisse vom 9. März 1888), daß der Reichsgesetzgeber damit nur eine Verwaltung meine, die aus Reichsmitteln unterhalten wird. Ich glaube aber, daß, wenn der Reichsgesetzgeber dies gemeint hätte, er sich deutlicher hätte aussprechen können und aussprechen müssen. Die Entstehungsgeschichte des Gesetzes vom 25. Mai 1873 zeigt, daß der Reichsgesetzgeber, wie nicht anders zu erwarten, genau das gemeint hat, was er sagt. Namens der verbündeten Regierungen sagte der Minister Delbrück zur Begründung des Gesetzes**): „Die Bundes- und Reichsverfassung hat dem Bunde und Reiche eine Reihe wichtiger Verwaltungszweige übertragen . . ." „Es hat darüber niemals ein Zweifel be-

*) Ebenso Pieper, Das Reichsbeamtengesetz S. 6, Motive zum Reichsbeamtengesetze S. 70, Sten. Ber. des Reichstages 1873 S. 167, Pieper S. 67.
**) Sten. Ber. des Reichstages 1873 S. 22, s. auch Motive S. 18.



standen, daß, indem die einzelnen Bundesstaaten diese Verwaltungen an das Reich abtraten, sie dem Reiche auch überlassen hatten diejenigen beweglichen und unbeweglichen Gegenstände . . ." „Die Ausstattung der einzelnen an das Reich übergegangenen Verwaltungen ist auch mit diesen Verwaltungen in das Eigenthum des Reiches übergegangen." Nicht minder klar sprach sich der Abgeordnete Miquel aus*): „Und wenn nun die Einzelstaaten die Postverwaltung, die Militärverwaltung, die Vertretung der auswärtigen Angelegenheiten auf das Reich übertragen haben, so gingen von selbst — die in den Einzelstaaten diesen Verwaltungen dienenden Mobiliargegenstände in das Eigenthum des Reiches über. Deswegen hat die Kommission auch den Uebergang des Eigenthums ex nunc entschieden abgelehnt und den Uebergang des Eigenthums ex tunc angenommen." Im Sinne dieser Bemerkung Miquel's ist denn auch das Gesetz vom 25. Mai 1873 verabschiedet. Hiernach steht fest, daß wenigstens bei Emanation des bezeichneten Gesetzes Regierungen wie Reichstag einig darüber waren, daß die Militärverwaltung ebenso wie die Verwaltung der Post und die der auswärtigen Angelegenheiten auf das Reich übergegangen, also Reichsverwaltung ist.

Einen ferneren Beweis liefert die Konvention wegen Ulm vom 16. Juni 1874, worin es heißt: „Die Festung Ulm ist ein einheitlicher Waffenplatz unter einheitlichem Kommando und einheitlicher Verwaltung durch Organe des Reichs." Die Verwaltung von Ulm ist sonach Reichsverwaltung, richtiger zugleich Reichsverwaltung. Als ein solches Organ gilt in erster Reihe der preußische Kriegsminister, durch den die Ausgaben zu leisten und die Vermögensverwoltung zu führen ist. Wenn das Reichsgericht (Entsch. in Zivils. Bd. VIII S. 170) bemängelt, daß die Konvention, die vom Kaiser, Bayern und Württemberg abgeschlossen ist, nicht die Gegenzeichnung des Reichskanzlers trägt, und wenn es demgemäß den Inhalt der Konvention nicht als Reichsnorm erachtet, so übersieht es, daß eine solche Gegenzeichnung nach Art. 17 der Reichsverfassung nur bei Anordnungen des Bundespräsidiums, nicht des Bundesfeldherrn nöthig ist. Das Reichsgericht halte damals, im Jahre 1882, die Vollmacht des preußischen Kriegsministers für den Reichsmilitärfiskus nicht anerkannt, im Jahre 1888 hat es sogar die der Intendantur des XI. preußischen Armeekorps acceptirt;

*) Sten. Ber. 1873 S. 374.

also seinen Standpunkt aufgegeben. Auch von entgegengesetzter Seite*) ist die Ulmer Vereinbarung als nicht rechtsgiltig erklärt, weil und soweit sie bayerische und württembergische Sonderrechte im Sinne des Art. 78 Abs. 2 der Reichsverfassung abändere. Auch diese Bemängelung ist verfehlt, es genügt zur Aufgabe eines bayerischen oder württembergischen Reservatrechts die in irgendwelcher Form erklärte Zustimmung Bayerns oder Württembergs; daß die Unterzeichnung eines Vertrages eine solche Erklärung ist, muß als zweifellos gelten.

Gegenüber diesen Thatsachen ist der Einwand belanglos, daß der preußische Kriegsminister weder dem Bundesrath noch dem Reichstage im Sinne der politischen Ministerverantwortlichkeit verantwortlich ist. Verantwortlich in diesem Sinne ist nach dem zum Art. 17 der Reichsverfassung erhobenen Antrage von Bennigsen nur der Reichskanzler, und dieser nicht allgemein, sondern nur in einer Hinsicht, nämlich nur „für Anordnungen und Verfügungen des Kaisers", in dessen Eigenschaft als Präsidium, nicht als Kriegs- oder Bundesfeldherrn**), auch nicht in seiner Eigenschaft als Vorsitzender oder Mitglied des Bundesraths, oder für seine Abstimmungen im Bundesrath, auch nicht für Beschlüsse des Bundesraths. Ebenso belanglos ist der Umstand, daß der sächsische und der württembergische Minister keinen Vortrag beim Kaiser haben; denn es ist nirgends vorgeschrieben, daß Reichsbeamte und Reichsbehörden, selbst oberste, beim Kaiser Vortrag halten. Uebrigens ist es zweifellos, daß der Kaiser in Militärsachen diese Kriegsminister gemäß Art. 64 Abs. 1 der Reichsverfassung und § 1 des Reichsbeamtengesetzes zum Vortrage befehlen kann, wie er denn unzweifelhaft befugt ist, in Krieg wie in Frieden militärische Befehle, z. B. auf Lieferung von Fourage, Quartieren, Pferden an sie zu richten. Die Kriegsminister sind parlamentarisch und politisch dem Reichstage nicht verantwortlich; sie sind auch nicht dem Reichskanzler unterstellt, wie dies u. A. Brockhaus***) annimmt. Der Reichskanzler hat ein Aufsichtsrecht über die Ausführungen des Etatsgesetzes durch die Militärbehörden, wie er ein Aufsichtsrecht hat über die Ausführung der Zoll- und Reichssteuer- oder der Reichs-Justizgesetze. Das Recht, diese Verwaltungen zu leiten,

*) Brockhaus S. 213.

**) Fürst Bismarck in den Sten. Ber. des ordentl. Reichstages 1867 S. 139, Seydel, Komm. S. 175.

***) S. 126, G. Meyer, Staatsr. § 135 S. 416, und dagegen Arndt, Reichsstaatsrecht S. 682.



sie mit *Anweisungen* zu versehen, hat er nicht. Verantwortlich sind die Kriegsminister gemäß § 13 des Reichsbeamtengesetzes, wonach jeder Reichsbeamte für die Gesetzmäßigkeit seiner Handlungen (also auch die Beobachtung des Reichshaushaltsetatsgesetzes) verantwortlich ist.*) Sie unterstehen in ihrer *Vermögensverwaltung* der Kontrole durch den Rechnungshof des Deutschen Reichs, dem sie Rechnung zu legen haben. Durch Vermittlung des Reichskanzlers haben sie ferner dem Bundesrath und dem Reichstage zur Entlastung jährlich Rechnung zu legen (Art. 72). Gelegenheit, ihre Vermögensverwaltung vor dem Reichstage zu vertreten, haben sie, weil sie Bundesrathsbevollmächtigte sind. Die Verträge vermögensrechtlicher Art schließen sie nicht bloß für Rechnung, sondern „in Vertretung" des Reichs-Militärfiskus ab. Daß insbesondere der preußische Kriegsminister für das Reich als Reichsbehörde thätig ist, ergeben noch folgende Umstände: Er verwaltet die Reichsfestungen, das elsaß-lothringische Kontingent; er hat das Ersatzgeschäft für die Kaiserliche Marine, das Mobilmachungsgeschäft für das ganze Reich, das Eisenbahntransportwesen (mit einzelnen Einschränkungen für Friedenszeiten).**) Nach vollzogener Mobilmachung ist der preußische Kriegsminister der Reichskriegsminister. Die übrigen Kriegsminister haben die Funktionen eines Reichskriegsministers für die Truppen, die in ihren Kontingentsbezirken (Bayern, Sachsen, Württemberg) rekrutirt sind, soweit diese Funktionen nicht vom preußischen Kriegsminister, z. B. in Ansehung der Mobilmachung, des Eisenbahntransportwesens wahrgenommen werden.

5. Jedes Heer ist ein einheitliches, das *Einem* zu gehorchen hat. Alle deutschen Truppen haben in Krieg und Frieden *unbedingt* den Befehlen des *Kaisers* Folge zu leisten, unbedingt d. h. nicht nur, wenn ihr Landesherr ihnen solches gestattet oder gebietet. (*Bayern* in Friedenszeiten ausgenommen.) Wer den Befehlen des Kaisers nicht Folge leistet, ist strafbar. Wird der Gehorsam vor dem Feinde verweigert, werden Meuterei oder Aufruhr vor dem Feinde verübt, so tritt Todesstrafe ein. Schon die Aufforderung, den Befehlen des Kaisers nicht Folge zu leisten, ist strafbar. Die Gehorsamspflicht betrifft beim aktiven Heer das Verhalten in und außer Dienst, innerhalb wie außerhalb des

*) *Arndt*, Reichsstaatsrecht S. 683.

**) Entsch. d. Reichsger. in Civilsachen Bd. 24 S. 36, Bd. 35 S. 13, Bd. 42 S. 66 und das. Bd. 43 S. 12.

Deutschen Reichs, zu Wasser wie zu Lande. Es giebt im Heer und kann nur geben ein Befehlsrecht und dieses steht dem Kaiser zu.

6. Da der Kaiser nach Art. 63 Abs. 3 der Reichsverfassung für die Qualifikation der Offiziere Sorge zu tragen hat und die Abstellung der von ihm vorgefundenen Mängel anzuordnen berechtigt ist, kann er die Offiziere aller Kontingente (Bayern ausgenommen) als nicht qualifizirt entlassen. Er kann ferner (Art. 64 Abs. 3) mit oder ohne Beförderung, soweit er auf dieses Recht nicht in den Konventionen verzichtet hat, alle nichtpreußischen Offiziere in preußische oder andere Truppentheile versetzen, letzteres, soweit er die Offiziere für diese Truppentheile zu ernennen hat, also z. B. die Festungskommandanten, kommandirende Generälen. Er hat das Dislokationsrecht; er kann preußische Truppen in nichtpreußische Garnisonen, außerpreußische in preußische Garnisonen verlegen. Ihm steht das Recht zu, den Präsenzstand, die Gliederung und Eintheilung der Kontingente zu bestimmen, also wie viel Rekruten einzustellen sind (wobei er eine Schranke in den Gesetzen über die Friedenspräsenzstärke findet), wie die Rekruten unter die einzelnen Waffengattungen zu vertheilen sind, er kann die außerpreußischen Truppen zerlegen und preußischen Divisionen angliedern und unterstellen, wie umgekehrt. Der Kaiser allein kann die Reserve, Ersatzreserve, die Landwehr, den Landsturm aufrufen. einziehen, auflösen und entlassen, er allein kann Landwehr wie Landsturm organisiren. Der Kaiser ausschließlich kann die kriegsbereite Aufstellung aller Theile und jedes einzelnen Theiles des Reichsheeres anordnen. Er allein kann jeden Theil des Reiches in Kriegszustand versetzen (Art. 68) und damit die gesammte vollziehende Gewalt in seine Hand nehmen.

Endlich 7. So wenig die deutschen Staaten andere Geldmittel haben als vom Reiche oder andere Waffen und Uniformen, als dem Reiche gehören, ebenso wenig können sie Truppen haben, die nicht auf der Grundlage und nach Maßgabe der Reichsgesetze ausgehoben und ihnen zugewiesen sind. Der Kaiser bestimmt, sei es nach dem Reichsgesetze, sei es beim Fehlen eines solchen selbständig (Art. 63 Abs. 4) den Präsenzstand und den jährlichen Rekrutenbedarf. Sollte der Kaiser den Präsenzstand nicht bestimmen wollen, z. B. weil weder ein Gesetz über die Friedenspräsenzstärke noch ein Reichshaushaltsetatsgesetz zu Stande gekommen sind, so kann kein Bundesstaat Truppen ausheben. Eine andere Dienstpflicht als auf Grund Reichsrechts besteht nicht; es

kann daher keine anderen Truppen geben als Reichstruppen. Die Staaten im ehemaligen deutschen Bund brauchten nur so viel Truppen zu halten, wie das ihnen vorgeschriebene Kontingent betrug. Darüber hinaus konnten sie so viel Truppen jeder Art halten, wie sie wollten. Die Wehrpflicht beruhte auf Landesrecht und bestimmte sich nach Landesrecht. Die Wehrpflicht heute beruht nur auf Reichsrecht und bestimmt sich nach Reichsrecht. Können nach Reichsrecht keine Truppen ausgehoben werden, so kann auch kein Bundesstaat aus eigenem Recht solche ausheben. Die Kontingente im heutigen Deutschen Reiche müssen daher Reichsanstalten, sie können nicht Landesanstalten sein. Die Bezeichnung Kontingent bedeutet nichts; kontingentirt werden Truppen, Steuern, Leistungen aller Art auch innerhalb eines Einzelstaates.

IV.

Wir gehen nun dazu über, zu untersuchen, ob die Gründe, welche gegen den Einheitscharakter des Reichsheeres, namentlich in jüngster Zeit, besonders durch Laband und Seydel geltend gemacht und beziehungsweise wiederholt werden, als durchschlagend zu erachten sind.

1. Den Landesherren wird der Fahneneid geleistet (Art. 64 Abs. 1). Der Fahneneid ist zugleich Amtseid.*) Ich muß nun Laband und Seydel in der Behauptung beitreten, daß der Fahneneid, nicht wie z. B. Hänel**) meint, ein bloßer allgemeiner Treu- oder Unterthaneneid ist, ich muß auch Brockhaus***) widersprechen, der in dem Fahneneide nur die eidliche Zusicherung der Treue erblickt, zu welcher jeder Unterthan gegen seinen Landesherrn auch während der Ableistung seiner Militärpflicht verbunden bleibt. Weder an einem Eide noch an einer Verfassungsvorschrift soll man deuteln. Der Soldat schwört als Soldat seinem Landesherrn treu zu dienen. An dieser Thatsache nun zerschellen, wie Seydel meint†), alle Beweismittel für die Einheit des Heerwesens. Vielleicht auch nicht. Alle mittleren und unteren Postbeamten, wie überhaupt alle nur mittelbaren Reichsbeamten leisten den Treu- und Diensteid ihrem Landesherrn. Dies schließt unzweifelhaft die Einheitlichkeit der Postverwaltung nicht aus. Der dem Landes-

---

*) Seydel Komm. S. 318.
**) Staatsrecht S. 507.
***) S. 119 a. a. O., ähnlich auch H. Schulze II S. 267.
†) Komm. S. 313.

herrn geleistete Eid verstärkt den Gehorsam gegen den Kaiser. Der Soldat verletzt nicht bloß den dem Kaiser zugesicherten Gehorsam, sondern auch den Treueid gegen seinen Landesherrn, wenn er Befehle des Kaisers unbefolgt läßt. Der Soldat oder der Beamte soll nicht sagen oder auch nur denken dürfen, was gehe ihn der König von Preußen an, wenn er Außerpreuße ist, vielmehr soll er wissen, daß er auch die Pflicht gegen seinen angestammten Landesherrn verletzt, daß er seinen diesem Landesherrn geschworenen Eid bricht, wenn er dem Kaiser ungehorsam ist. Ein Widerspruch zwischen dem Fahnen- oder Amtseide einerseits und dem Gehorsam gegen den Kaiser andererseits ist undenkbar. Das Gegentheil annehmen, d. h. annehmen, daß der Landesherr den Gehorsam gegen den Kaiser verbiete, heißt die über jeden Zweifel stehende Reichstreue und Ehre der deutschen Fürsten anzweifeln. Es ist eben unmöglich, daß der Landesherr den Gehorsam gegen den Kaiser verbietet. **Impossibile est, quod nos facere non posse credendum est.** Der Fahneneid gegen den Landesherrn und der Gehorsam gegen den Kaiser fallen zusammen. Es handelt sich um eine und dieselbe Pflicht. Der Soldat erfüllt eben seinen Fahneneid, wenn er die Befehle des Kaisers befolgt, ebenso wie der Post- oder Telegraphenbeamte seinen Diensteid erfüllt, wenn er den Anordnungen des Kaisers Folge leistet. Der Soldat verletzt, wenn er den Befehlen des Kaisers nicht gehorcht, noch außerdem seinen Fahneneid und seine Unterthanenpflicht.

2. Die Bundesfürsten beziehungsweise die Senate ernennen die Offiziere (Art. 66) und die Militärbeamten. So wenig die Bundesfürsten bei Entgegennahme des Fahneneides nur als die verfassungsmäßig berufenen Stellvertreter des Kaisers fungiren oder nur an des Kaisers Stelle den Eid fordern und erhalten*) und vielmehr aus eigenem Rechte, ebenso wenig ernennen die Landesherren die Offiziere und Militärbeamte nur im Auftrage oder als Stellvertreter oder im Namen des Kaisers, sondern aus eigenem Rechte. Sie bezeichnen nicht bloß, wie Brockhaus S. 221 behauptet, die Personen, welche der Kontingentskommandeur bei Ausübung seiner Gewalten gebrauchen soll, und welchen dieser subdelegiren soll, sondern sie ernennen diese Personen. Wie aber der Kaiser für das Reich die Offiziere ernennt, so auch die Bundesfürsten. Sie können nur dann und nur so viel Offiziere ernennen, als nach

*) Ansicht von Brockhaus S. 122; s. noch H. Schulze.

der reichsrechtlichen Organisation und Präsenzziffer und dem Reichshaushaltsetatsgesetze zulässig ist*), auch nur solche Personen, die den vom Kaiser einheitlich vorgeschriebenen Bedingungen entsprechen. Offiziere, die dem Kaiser diesen Bedingungen nicht zu entsprechen oder sonst nicht qualifizirt erscheinen, kann der Kaiser entlassen. Die Anstellung durch den Landesherrn schließt aus diesen Gründen die Einheitlichkeit des Heeres ebenso wenig aus wie die Ernennung der mittleren und unteren Postbeamten die Einheitlichkeit der Postverwaltung. Nicht der Umstand, wer die Offiziere ernennt, ist entscheidend, sondern wessen Anordnungen sie zu gehorchen haben.

Die Ansicht von Brockhaus**), daß die Kriegsminister aus den Generälen des Kontingents genommen werden, die Beförderung zum General aber nach Art. 64 Abs. 2 von der jedesmaligen Zustimmung des Kaisers abhängig ist, es also keinen Kriegsminister in Deutschland geben könne, hinsichtlich dessen der Kaiser nicht bereits ausdrücklich ausgesprochen habe, daß er gegen denselben nichts einzuwenden habe, vermag ich nicht zu theilen. Der Landesherr kann, wenn er will, auch einen Obersten oder Major oder sogar einen Zivilisten zum Kriegsminister machen. In allen Fällen aber gehört der von ihm ernannte Kriegsminister zu den Truppen und zu den mittelbaren Reichsbeamten — und dies genügt für die Einheitlichkeit des Heeres.

3. Die Landesherren üben aus und haben aus eigenem Rechte, nicht bloß, wie ich Seydel und Laband zugestehe, an Stelle und in Vertretung des deutschen Kaisers, die Militärverwaltung und die Militärhoheit. Ihrem Objekte nach ist diese Verwaltung Reichsverwaltung, die Militärhoheit ist die Hoheit des Reichs, die durch die Bundesfürsten und deren Organe wahrgenommen werden.

4. Die Landesherren können die äußeren Abzeichen, wie Kokarden, bestimmen. Dies sei, wie Seydel, Kommentar S. 357 zugesteht, für die militärische Einheit nicht erheblich, wohl aber sei es staatsrechtlich erheblich, weil die Kokarde das herkömmliche Hauptmerkmal der staatlichen Hoheit darstelle. Letzteres kann nicht zugegeben werden. Jeder Sekondeleutnant, mit dem Seydel exemplifizirt, wird zugestehen, daß man eine badische oder hessische Kokarde oder ein badisches Portepee tragen kann, und doch nicht badischer oder hessischer Offizier zu sein braucht. Wenn aber wirkich die

*) Abgesehen von den Offizieren à la suite.
**) S. 125.

Kokarde das Hauptmerkmal sein soll, so muß betont werden, daß seit dem Säkulartage Kaiser Wilhelm I. alle deutsche Truppen neben der Landeskokarde auch die deutsche Kokarde tragen — „als Wahrzeichen der errungenen Einheit". Die Landes- und die deutsche Kokarde schließen die eine die andere nicht aus, sie vertragen sich gut mit einander, ebenso wie der Fahneneid für den Landesherrn und die Gehorsamspflicht gegen den Kaiser. Der Soldat entehrt beide Kokarden, wenn er eine entehrt; er vertheidigt sein engeres Vaterland, wenn er sein weiteres vertheidigt.

5. Die Landesherren sind nach Art. 66 Chefs aller ihren Gebieten angehörenden Truppentheile (nicht bloß der aus ihren Gebieten rekrutirten) und genießen die damit verbundenen Ehren. Da die Stellung als Chef, wie allseitig zugestanden wird*), keine Befehlsgewalt giebt und schon, weil sie sich auch auf die anderen Kontingenten angehörenden Truppen miterstreckt, keine Befehlsgewalt geben kann, so verliert das aus der Chefqualität hergenommene Argument gegen die Einheit jede Bedeutung und jede Beweiskraft. Der Zar von Rußland ist Chef des Garde-Alexanderregiments; ihm sind Veränderungen unter den Offizieren, in der Kasernirung anzuzeigen, er kann auch eine Revue abhalten und könnte Offiziere in Stubenarrest schicken — die Einheit des Reichsheeres wird dadurch nicht berührt. Art. 66 fährt fort „Sie (die Landesherren) haben namentlich das Recht der Inspizirung, erhalten zu jeder Zeit außer den regelmäßigen Rapporten und Meldungen über vorkommende Veränderungen behufs der nöthigen landesherrlichen Publikation rechtzeitige Mittheilung von den die betreffenden Truppentheile berührenden Avancements und Ernennungen. Auch steht ihnen das Recht zu, zu polizeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu verwenden, sondern auch alle anderen Truppentheile des Reichsheeres, welche in ihren Ländergebieten dislozirt sind, zu requiriren." Nun, wenn besonders bemerkt werden muß, daß die Landesherren ihre Truppen zu polizeilichen Zwecken verwenden dürfen, so dürfen sie dies nicht zu militärischen Zwecken, quod erat demonstrandum. Militärbefehlshaber sind, unbeschadet der Landeshoheitsrechte, nicht die Fürsten, sondern die kommandirenden Generäle; diese, nicht die Fürsten, können im Bedürfnißfalle die kriegsbereite Aufstellung anordnen, den Belagerungszustand erklären, die Reserven und den Landsturm

*) Seydel, Komm. S. 376.

einberufen. Daß aber z. B. der Großherzog von **Baden** zur Bewachung seiner Paläste, der badischen Münze, der Reichsbankstellen in Baden, der badischen Gefängnisse Wachtposten aus den Truppen kommandiren kann (wenn diese nicht zum Manöver oder zum Kriege ausgerückt sind), daß ihm Kenntniß von Ernennungen, Beförderungen und Entlassungen von Offizieren, ferner von Garnisonsverlegungen, Manövern und Manövergeländen gemacht wird, beeinträchtigt offenbar ebensowenig die militärische Einheit wie der Umstand, daß der Großherzog die Disziplinarbefugnisse eines kommandirenden Generals ausübt. Auch daß der Großherzog Ernennungen von Offizieren, Garnisonsverlegungen, Art und Dauer der Manöver den betheiligten Gemeinden mittheilt, thut der Einheit des Reichsheeres keinen Abbruch. Der von **Seydel** mit dem Exequatur für Konsuln gezogene Vergleich hinkt; denn vor Ertheilung des Exequatur und nach Entziehung des Exequatur kann der Konsul keine Amtshandlung vornehmen; die Ertheilung des Exequatur kann zudem verweigert werden; das Alles trifft hier nicht zu.

6. Daß die Landesherren die **Gerichtsherrlichkeit** über das Heer haben außer bei Kriegsbereitschaft und Kriegszustand, hindert die Einheitlichkeit nicht; denn obwohl z. B. das Reich unzweifelhaft eine Handelseinheit darstellt und obwohl Bank- wie Post- und Telegraphenverwaltung einheitliche Reichsverwaltungen sind, steht die Gerichtsherrlichkeit wie das Begnadigungsrecht bei Zoll- und Steuervergehen, wie bei den Delikten der Zoll-, Bank-, Post- und Telegraphenbeamten nicht dem Reiche, sondern gleichfalls den Landesherren zu. Die Gerichtsherrlichkeit ist keine wesentliche Vorbedingung für die Einheitlichkeit der Verwaltung. Ueberdies könnte der Kaiser bei Militärvergehen die Gerichtsherren, da sie ihm gegenüber zum unbedingten Gehorsam verpflichtet sind, anweisen (im militärischen Interesse), Anklage zu erheben, Untersuchungen einzuleiten, die Bestätigungsordres zu ertheilen oder zu versagen. Sicher wird der Kaiser dies nicht thun, er wird in solchen Fällen den Kontingentsherrn um Ertheilung der Anweisung bitten; die Berechtigung, diese Anordnungen zu ertheilen, steht ihm unzweifelhaft aber zu. Nur auf die erkennenden Gerichte kann der Kaiser nicht einwirken, das können aber auch die Kontingentsherren nicht.

7. Unerheblich ist, daß die Marine als **Kaiserliche**, das Landheer als **königlich** preußisch, **königlich** bayerisch u. s. w. bezeichnet wird. In der Norddeutschen Bundesverfassung hieß die

Marine Bundesmarine, wie das Heer Bundesheer. Mit der Bezeichnung „Kaiserliche Marine“ war eine sachliche Aenderung nicht bezweckt noch bewirkt.*) Als Kaiserlich bezeichnet man diejenigen (unmittelbaren) Reichsbeamten und Offiziere, die der Kaiser ernennt oder ernennen läßt, diejenigen nur mittelbaren Reichsbeamten, welche die Landesherren ernennen, heißen landesherrliche, nicht kaiserliche; aber auch sie sind Reichsbeamte im Sinne des Reichsbeamtenrechts und die Postverwaltung, trotz der Ernennung aller mittleren und unteren Beamten durch die Landesherren und trotzdem diese Beamten daher nicht kaiserlich heißen, ist eine Reichsverwaltung. Auf den gleichen Erwägungen beruht es, daß die Offiziere des Landheeres und dieses selbst „königlich“ heißen und daß trotzdem die Reichsverfassung von einem „einheitlichen Heere“ oder einem „deutschen Heere“ (Art. 63) spricht. Es liegt mir fern, lediglich aus diesen Bezeichnungen die Einheitlichkeit des Heeres folgern zu wollen; es soll nur behauptet werden, daß das Gegentheil sich nicht nothwendig aus dem Gebrauche des Wortes „königlich“ oder „Preußische Armee“ (Art. 63) ergiebt. Soviel ist gewiß, daß die Verfassung mit den Worten „einheitliches Heer“ und „deutsches Heer“ jedenfalls nicht in höherem Grade eine bloße Bezeichnung meint, als mit den Worten „Kontingent“ und „eigene Truppen“ in Art. 66.

V.

Um die Probe auf das Exempel zu machen, müssen wir nun prüfen, ist der Militärdienst nur Landesdienst oder zugleich Reichsdienst und wird die Militärpflicht nur dem Bundesstaate und nicht auch dem Deutschen Reiche geleistet und wie steht es mit den sonstigen Kriegs- und Friedensleistungen.

Man sollte meinen, daß, wenn das Heer des Deutschen Reiches wie das des ehemaligen Deutschen Bundes ein Kontingentsheer, eine Zusammenfassung von Kontingenten, keine rechtliche Einheit wäre, d. h., wenn es wahr sein würde, daß nur dem Bundesstaate gegenüber, wie beim ehemaligen Deutschen Bunde, nicht dem Reiche gegenüber die Militärpflicht bestände, die einzelnen Bundesstaaten aus ihren eigenen Staatsangehörigen — denn auf fremde haben sie kein Recht — so und so viel Truppen, aus ihren Kassen so und so viel Mittel, aus ihren Pferdebeständen so und so viel

*) Erklärung des bayerischen Ministers von Lutz in den Sten. Ber. des Deutschen Reichstages I. Session 1871 S. 157.



Pferde u. s. w. aufbringen müßten. Dies ist aber nicht der Fall; es kommt so wenig wie bei den Geldmitteln darauf an, woher, aus welchen Bundesstaaten die Mannschaften, Pferde oder sonstige militärische Gegenstände stammen. Wohl ist die Reichsangehörigkeit erheblich, wer diese nicht besitzt, kann, von einem Ausnahmefalle abgesehen, nicht zum Militärdienst gezwungen werden. Ob dagegen der Auszuhebende diesem oder jenem Bundesstaate angehört, ja, ob er überhaupt einem Bundesstaate angehört, wenn er nur die Reichsangehörigkeit besitzt, ist ganz unerheblich. Entscheidend ist primo loco der Aufenthaltsort. Bei der reichsgesetzlichen Freizügigkeit ist es denkbar, z. B. in den Hansestädten, daß die Mehrzahl, und wenn auch nicht diese, so doch ein sehr starker Bruchtheil der in einem Bundesstaate Ausgehobenen gar nicht in diesem Bundesstaate staatsangehörig ist. Es besteht reichsgesetzlich militärische Freizügigkeit; man kann ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, in welchem Bundesstaate man will, seiner Militärpflicht genügen. Man schwört den Fahneneid seinem Landesherrn. Es ist hiernach denkbar, daß, wenn der Dienst in einem Kontingent für besonders streng gelten sollte, kein einziger in dem Kontingentsbezirk Eingeborener dort seine Militärpflicht genügt. Dazu tritt, daß man durch den Militärdienst (anders durch die Ernennung zum Offizier) das Indigenat nicht erwirbt. Es ist hiernach wenigstens denkbar, daß kein einziger Staatsangehöriger in dem Kontingente dieses Staates dient, daß alle in einem Kontingente Dienenden nicht dem Kontingentsherrn, sondern anderen Landesherren den Fahneneid leisten. Es giebt Personen, die eine mehrfache, ja es sind Personen denkbar, die jede Staatsangehörigkeit besitzen: welchem der Staaten gebührt da die Dienstpflicht? Ebenso giebt es Personen, die zwar die Reichsangehörigkeit aber keine Staatsangehörigkeit besitzen, wie es militärpflichtige Personen giebt, die weder die Reichs- noch die Staatsangehörigkeit besitzen, da sie die alte verloren, eine neue nicht gewonnen oder die gewonnene wieder verloren haben. Diese Personen könnten unmöglich militärpflichtig sein, wenn es wahr sein würde, daß die Militärpflicht nicht dem Reiche, sondern dem Bundesstaate geleistet wird. Die Militärpflicht kann und muß unter Umständen auch durch den Dienst in der Kaiserlichen Marine abgeleistet werden.

An diesen Thatsachen zerschellen alle Argumente, die dafür sprechen, daß die Militärpflicht eine Landes- und keine Reichspflicht

Nicht minder ist anzunehmen, daß die Argumente, welche z. B.

die militärische Freizügigkeit vom gegnerischen Standpunkte rechtfertigen, als stichhaltig nicht gelten können. Laband*) sagt, da Heer und Flotte die Bildungsschule der ganzen Nation für für den Krieg sein sollen**), und die Schulpflicht der Kinder regelmäßig am dauernden Aufenthaltsorte erfüllt wird, so könne auch die militärische Schulpflicht in jedem Truppenkörper des ganzen Reichsheeres erfüllt werden, da sie alle gleichmäßig eingerichtete, gleich taugliche und gleichmäßig anerkannte militärische Schulen sind. Die Sache liegt ganz anders. In der Schule lernen wir für uns und in unserem Interesse, im Heere dienen wir, um für den Kriegsfall das Vaterland vertheidigen zu können, wir dienen des Vaterlandes wegen, nicht wegen des hohen Senats von Lübeck noch des oder jenes Fürsten, sondern wegen des ganzen deutschen Vaterlandes. Deshalb ist es gleich, ob wir in Berlin oder in Jena, oder in Bückeburg dienen. Die Militärschulen in den heutigen Militärstaaten sind annähernd gleichwerthig, der Dienst in einem ungarischen Reiterregiment wird kaum minderwerthig sein dem in einem deutschen Regiment. Und doch können wir unserer Militärpflicht nicht durch den Dienst in einem ungarischen Regiment genügen! Nicht bloß weil alle deutschen Truppentheile gleich tüchtige Schulen liefern, sondern auch weil sie alle die eine Bestimmung haben, dem ganzen deutschen Vaterlande zu dienen, weil, und nur deshalb, weil wir ein einheitliches Heer haben, deshalb besteht militärische Freizügigkeit, deshalb ist die Staatsangehörigkeit unerheblich und nur die Reichsangehörigkeit erheblich. Laband***) fährt fort, wenn in dem Kontingent eines Staates Angehörige eines anderen Staates dienen, so empfange der erstere Leistungen, die den letzteren gebühren, er empfange sie gewissermaßen für Rechnung des letzteren und sei verpflichtet, sie ihm zu restituiren. Keineswegs. Das würde nur so sein, wenn jeder Staat aus seinen Staatsangehörigen so und so viel Mannschaften aufbringen müßte. Das ist aber nicht der Fall. Es wird die Zahl der Aufzubringenden nach der militärtauglichen Bevölkerung am Aufenthaltsorte ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit bestimmt. Eine Restitution, d. h. die Abgabe so vieler Angehöriger eines Staates zum Dienst in dem Kontingent eines anderen Staates, als Angehörige des letzteren in seinem Kontingente stehen, findet also nicht statt.

*) II S. 545.
**) Wehrgesetz § 4.
***) II S. 545.

Und wenn 100000 preußische Staatsangehörige in außerpreußischen Kontingenten dienten, so könnte doch Preußen auf keinen einzigen außerpreußischen Staatsangehörigen Anspruch machen, auch dann nicht, wenn in den preußischen Aushebungsbezirken der Bedarf an Rekruten für die preußischen Armeekorps nicht gedeckt wird. Die Staatsangehörigkeit bleibt überall außer Betracht. Nur in dem Bedarfsfalle (Gesetz, betreffend die Ersatzvertheilung vom 26. Mai 1893, R. G. Bl. 1893 S. 185) können im Frieden die unter selbständiger Militärverwaltung stehenden Armeekorpsbezirks-Bezirke zur Rekrutengestellung für Armeekorps anderer Reichsmilitärkontingente in dem Maße herangezogen werden, als Angehörige der betreffenden Kontingente (d. h. in dem Kontingentsbezirk wegen ihres Aufenthalts Gestellungspflichtige ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit) bei ihnen in Gemäßheit des § 12 des Reichs-Militärgesetzes vom 2. Mai 1874 in der Fassung des Gesetzes vom 6. Mai 1880 zur Aushebung gelangen.*)

Es ist hiernach unzutreffend, daß irgend welche Bundesstaaten „demnach", d. h. nach der Zahl ihrer Staatsangehörigen, die in anderen Kontingenten dienen, „unter einander Abrechnung halten über diejenigen Mannschaften, welche in einem anderen Kontingente, als in demjenigen dessen Staates, dessen Angehörige sie sind, ihrer Dienstpflicht genügen" und daß sie „die sich hierbei ergebende Differenz dadurch ausgleichen, daß sie von ihren eigenen Angehörigen die entsprechende Zahl von Rekruten an die anderen Armeekorps abgeben." Selbst wenn man für „Angehörige" setzen würde „in ihrem Bezirke ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit Gestellellungspflichtige", so wäre der vorstehende von Laband behauptete Satz immer noch falsch. Es wird nicht abgerechnet wie bei den Steuern und Zöllen, sondern nur in dem einen, meines Wissens nicht praktischen Falle des wirklichen Bedarfs, soll eine Ausgleichung, eine Aushilfe stattfinden, und zwar ganz gleich mit Rekruten welcher Staats-

*) Dieser § 12 lautet: „Jeder Militärpflichtige ist, sofern er nicht die Erlaubniß zum freiwilligen Eintritt in den Heeresdienst erhalten hat, in dem Aushebungsbezirke, in welchem er seinen dauernden Aufenthaltsort oder, in Ermangelung eines solchen, seinen Wohnsitz hat, gestellungspflichtig. Wer innerhalb des Bundesgebiets weder einen dauernden Aufenthaltsort, noch einen Wohnsitz hat, ist in dem Aushebungsbezirke seines Geburtsortes gestellungspflichtig, und wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Aushebungsbezirke des Inlandes, in welchem die Eltern oder Familienhäupter ihren letzten Wohnsitz hatten. In dem Aushebungsbezirke, in welchem die Militärpflichtigen sich zu gestellen haben, werden sie auch unter Anrechnung auf das von demselben aufzubringende Rekrutenkontingent zum Militärdienst herangezogen."

angehörigkeit, und zwar sollen die Kontingente bis höchstens so viel Mannschaften abgeben, als Personen, die in dem Bedarf habenden Kontingente gestellungspflichtig waren, bei ihnen Dienst verrichten. Da es hier nirgends und nach keiner Hinsicht auf die Staatsangehörigkeit ankommt, so spricht auch dies für die Einheitlichkeit des Heeres. Die Ausgleichung erfolgt, nicht weil der Bundesstaat A etwas erhält, was B gebührt, sondern weil weder A noch B, sondern stets und überall nur das gemeinschaftliche Vaterland die Dienstpflicht erhält und weil dieses gemeinschaftliche Vaterland wie jeder einzelne Bundesstaat das Interesse, und zwar das solidarische Interesse an der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit aller Truppenkörper haben und weil es, da die Dienstpflicht nicht dem einzelnen Bundesstaate, sondern dem ganzen Vaterlande geleistet wird, ganz gleichgiltig ist, in welchem Kontingente die Schule für den Krieg fürs deutsche Vaterland absolvirt wird.

Ganz verfehlt ist die mehrfach hervorgehobene Bezugnahme auf Art. 2 des Vertrages zwischen dem Norddeutschen Bunde und Baden vom 25. Mai 1869 (B. G. Bl. 1869 S. 676):

„Es steht badischen Staatsangehörigen frei, im Norddeutschen Bunde bezw. Angehörigen des Norddeutschen Bundes im Großherzogthum Baden ihre aktive Militärdienstpflicht mit der Wirkung abzuleisten, daß sie damit ihrer Verpflichtung zum aktiven Dienst in ihrem Heimathstaate genügen."

Der Norddeutsche Bund und Baden waren im Jahre 1869 zwei verschiedene Heimathstaaten, heute bilden sie eine Heimath (Art. 3 der Reichsverfassung). Würde der Reichsgesetzgeber davon ausgehen, daß die Militärpflicht dem einzelnen Bundesstaate geleistet würde und daß trotzdem Freizügigkeit bestehen soll, so hätte er § 17 des Wehrgesetzes so gefaßt, wie Art. 2 des Vertrages mit Baden. § 17 geht nicht dahin, den Freiwilligen stehe die Wahl des Truppentheils mit der Wirkung frei, daß sie, in welchem Truppentheile sie auch dienen, damit ihrer Verpflichtung zum aktiven Dienst in ihrem Heimathsstaate genügen. § 17 läßt vielmehr klar erkennen, daß vor ihm nur eine Dienstpflicht besteht, die dem ganzen Vaterlande gegenüber. § 17 lautet: „Jeder (Nord-) Deutsche wird in demjenigen Bundesstaate zur Erfüllung seiner Militärpflicht herangezogen, in welchem er zur Zeit des Eintritts in das militärpflichtige Alter seinen Wohnsitz hat, oder in welchen er vor erfolgter endgiltiger Entscheidung über seine aktive Dienstpflicht verzieht. Den Freiwilligen (§§ 10 und 11) steht die Wahl

des Truppentheiles, bei welchem sie ihrer aktiven Dienstpflicht genügen wollen, innerhalb des Bundes frei. Reserve- und Landwehrmannschaften treten beim Verziehen von einem Staate in den andern zur Reserve bezw. Landwehr des letzteren über."

Wir stellen hiernach fest, daß, wo auch immer, an welchem Orte oder in welchem Kontingente, unter welcher Kokarde, in welchem Truppenkörper und mit welchem Fahneneide, der Militärdienst dem Deutschen Reiche geleistet wird, dem Staate, dem das Kontingent angehört, wie jedem anderen Bundesstaate. Demgemäß bezeichnet Art. 64 Abs. 3 der Reichsverfassung den Dienst im preußischen oder in einem anderen Kontingent als Reichsdienst; demgemäß trägt nach dem Invalidenversicherungsgesetz nicht der Bundesstaat, dem das Kontingent angehört, sondern das ganze Reich den auf die militärischen Dienstleistungen entfallenden Antheil an den Invaliden- und Altersrenten.

Damit steht es in Einklang, daß auch die Friedens- wie die Kriegsleistungen für das Heer nicht von den einzelnen Bundesstaaten als solchen, sondern von den einzelnen Gemeinden, oder den Lieferungsverbänden, oder von den Pflichtigen unmittelbar (ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit) eingezogen werden. Es heißt nicht, daß Bayern und Sachsen so und soviel Pferde, Oldenburg und Hamburg so und soviel Schiffsfahrzeuge aufbringen müssen.

VI.

Die Ansicht, daß das Reichsheer nur ein Kontingentsheer sein kann, wurzelt, klar oder unklar erkannt, in der Seydelschen Theorie, daß wir kein Reich, sondern nur einen völkerrechtlichen Verein, keinen Bundesstaat, sondern nur einen Bund bilden, ohne eigene und selbständige Rechtspersönlichkeit, ohne eigene und selbstständige (vielmehr nur mit gemeinschaftlicher) Gerichtsherrlichkeit, daß die Reichsverfassung nur Vertragsrecht, die Reichsgesetze nur übereinstimmende Landesgesetze seien und daß die sogenannten Verwaltungsvorschriften des Bundesraths erst durch den hinzutretenden Befehl der Einzelstaaten*) rechtswirksam werden. Diese Theorie ist noch jüngst, in mehr oder minder ausgesprochener Weise, wiederholt vom Reichsgericht verworfen: so in der Entscheidung des III. Zivilsenats vom 26. März 1901, wonach vom Bundesrath erlassene Vorschriften (für Militäranwärter) ohne Weiteres, ohne

*) v. Seydel, Komm. S. 142.

Hinzutritt einzelstaatlicher Befehle, für und wider Jedermann, Reich, Bundesstaaten wie Unterthanen, rechtsverbindlich seien; so in den Entscheidungen, welche aussprechen, daß die Gerichtsherrlichkeit des Reiches eine eigene und selbständige, keine bloß gemeinschaftliche sei und daß daher in die Gerichtsherrlichkeit des Reiches auch durch Erhebung des Kompetenzkonfliktes nicht eingegriffen werden könne.

Auf der anderen Seite ist es, um die Einheitlichkeit des Heeres anzunehmen, nicht nöthig, den Bundesstaaten bezüglich des Heerwesens die Souveränetät abzusprechen, oder ihnen nur noch die Eigenschaft als Selbstverwaltungskörpern beizulegen und andererseits das Reich zu einem „unitarischen Konvent" zu machen. Im Militärwesen wie in allen anderen Reichsverwaltungen bewahrheitet sich das bekannte Wort Bismarcks*), daß „innerhalb des Bundesraths die Souveränetät einer jeden Regierung ihren unbestrittenen Ausdruck findet." Die Heeresverwaltung wie der militärische Oberbefehl, Festsetzung der Friedenspräsenz und des Rekrutenbedarfs, Anschaffung von lebendem und todtem Material, Dauer und Art der Dienstpflicht u. s. w. richten sich nach den Reichsgesetzen, die Vermögensverwaltung insbesondere nach dem Reichshaushaltsetatsgesetz. An dem Erlaß dieser Gesetze wirken alle Bundesstaaten mit. Preußen hat nach Art. 5 Abs. 2 zwar ein Veto gegen jede Aenderung, dies haben aber die gesammten übrigen Staaten erst recht. Die Bundesstaaten sind bezüglich des Heerwesens keineswegs mediatisirt, da sie an der Reichsgesetzgebung durch ihre Mitgliedschaft im Bundesrath betheiligt sind. Am letzten Ende ist es ihr Wille nicht minder als der des Kaisers, der das deutsche Heer regiert, der die Militärgesetze giebt und die Ausgaben dafür gestattet. Noch anders ausgedrückt, auch in Militärsachen ruht die Souveränetät nicht bloß beim Kaiser, sondern bei der Gesammtheit der verbündeten Regierungen. Kaiser und Regierungen sind auch auf diesem Gebiete auf einander angewiesen, der Kaiser bedarf der Zustimmung und Unterstützung der verbündeten Regierungen. Man kann auch nicht sagen, daß die Rechte der Bundesstaaten in Bezug auf das Heerwesen ihre Militärverwaltung, ihre Militärhoheit, ihre Kontingents- und Kriegsherrlichkeit Selbstverwaltungsrechte seien, wie etwa die Befugnisse der Selbstverwaltungskörper bei der Landesverwaltung. Denn der

*) Sten. Ber. des verfassungberathenden Reichstages 1867 S. 383.

Staat kann nach seinem Belieben die Selbstverwaltung der Provinzen, Kreise, Städte u. s. w. ihre Rechte und Pflichten ändern und aufheben, die Rechte der Einzelstaaten am Heerwesen bezüglich der Gesetzgebung und der Verwaltung können ihnen höchstens durch ein Reichsgesetz beschränkt oder entzogen werden, d. h. wegen ihrer Mitgliedschaft am Bundesrath nur durch ihren eigenen, nie gegen ihren Willen.*)

VII.

Wir gehen nun über zu den Sonderrechten und Militärkonventionen.

Die Militärgesetze gelten auch für Bayern, desgleichen die vom Reiche zu diesen Gesetzen erlassenen Verordnungen. In Fällen, in denen der Kaiser und für Bayern der König von Bayern zum Erlasse der Ausführungsverordnungen ermächtigt ist, sind die für Bayern ergehende Vorschriften bayerische Landesnormen — juristisch —; in der Sache müssen sie mit den vom Kaiser erlassenen Reichsnormen übereinstimmen, da Bayern in Ziffer III § 5 III des Bündnißvertrages vom 23. November 1870 in Bezug auf Organisation, Formation, Ausbildung und Gebühren, dann bezüglich der Mobilmachung volle Uebereinstimmung mit den für das Bundesheer bestehenden Normen zugesichert hat. Die preußischen Ordres, Vorschriften u. s. w. über Ehrengerichte, Disziplinarvorschriften, Marschverpflegung, Beschwerden, Strafvollstreckung, Servis, Kommando u. s. w. gelten als solche nicht für Bayern, der Kaiser kann ihre Einführung in Bayern nicht anordnen. Jedoch der König von Bayern wird sie für Bayern als königlich bayerische einführen, da er „volle Uebereinstimmung“ versprochen hat. Bezüglich der Bewaffnung und Ausrüstung, sowie der Gradabzeichen behielt sich die bayerische Regierung die Herstellung der vollen Uebereinstimmung mit dem Bundesheere vor. Diese Uebereinstimmung ist inzwischen erreicht und wird von Bayern nicht wieder aufgegeben werden. Wenn der Kaiser bei der Inspektion Mängel findet, so kann er ihre Abstellung weder selbst anordnen noch von Bayern fordern. Er muß sich mit Bayern „ins Vernehmen setzen“. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß, wenn der Kaiser sich bei der Inspektion „von der mangelnden Uebereinstimmung in Organisation, Formation und Ausbildung“,

*) Arndt, Reichsstaatsrecht S. 39 a. a. O.

sowie von einem Mangel in „der Vollzähligkeit und Kriegstüchtigkeit“ Ueberzeugung verschafft hat, — diesen Fall vorausgesetzt — Bayern als vertrags- und bündnißtreuer Staat die wahrgenommenen Mängel selbst abstellen wird.

Die Verwaltung und Militärhoheit in subjektiver Hinsicht, d. h. bezüglich derer, die diese Verwaltung und Hoheit handhaben, stehen in Frieden Bayern selbständig zu (Ziffer III § 5 III). Die Verwaltung der bayerischen Truppen wird von dem Reiche wohl beaufsichtigt, aber nicht „geleitet“, ist somit Landesverwaltung. Die Truppen, also auch die Militärbeamten wie die Militärbehörden, sind im Frieden nur ihrem Könige verpflichtet, folglich handelt es sich nicht um Reichsbeamte und Reichsbehörden auch nicht im weiteren Sinne.

Welche Pflichten Bayern auch dem Reiche und dem Kaiser gegenüber hat auf Grund der Verfassung oder des Bündnißvertrages, seinen Landeskindern und seinen Truppen gegenüber ist der König von Bayern der alleinige Kriegsherr bis nach erfolgter Mobilmachung, und da diese Mobilmachung für Bayern nur vom bayerischen Könige ausgesprochen werden kann, so ist es wahr, was der bayerische Thronfolger sagte, daß die bayerischen Truppen (nur) auf Befehl ihres bayerischen Kriegsherrn in den Krieg rücken.

Gleichwohl ist das bayerische Heer kein selbständiges Heer, sondern, wie es auch wörtlich im Bündnißvertrage heißt, nur ein „Bestandtheil des deutschen Bundesheeres“. Denn 1. es giebt auch in Bayern keine andere Wehrpflicht als auf der Grundlage und nach Maßgabe der Reichsgesetze. Kommen Friedenspräsenzgesetz und Rekrutenbedarfsfeststellung nicht im Reiche zu Stande, so kann auch Bayern bei sich keine Rekruten ausheben. Es giebt in Bayern also keine anderen Truppen als Reichstruppen. Ueberdies sind ja die bayerischen Truppen nicht die aus bayerischen Staatsangehörigen gebildeten, sondern die ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit von allen Reichsangehörigen auch nichtbayerischen in bayerischen Aushebungsbezirken rekrutirten oder die Bayern gemäß dem Ersatzvertheilungsgesetze von 1893 zugetheilten Mannschaften. Es ist immerhin denkbar, daß etwa die Hälfte der Bayern in außerbayerischen Kontingenten dient und daß etwa die Hälfte der bayerischen Truppen aus Nichtbayern besteht. 2. Zwar bekommt Bayern den Geldbetrag für das Heer in einer Summe, ist ihm die Aufstellung der Spezialetats nach der Richtschnur der Etats-

ansätze für das übrige Reichsheer überlassen, hat es dem Rechnungshofe des Deutschen Reichs, dem Bundesrath und dem Reichstage keine Rechnung zu legen, zwar sind alle militärischen Vermögensstücke bayerisches Staatseigenthum. Bayern hat aber keine anderen Geldmittel für sein Heer als solche, die ihm vom Reiche zufließen. 3. Das Heer ist die Pflanzschule der ganzen Nation für den Krieg, wie das Wehrgesetz sagt. Im Kriege aber stehen auch die bayerischen Truppen, und zwar von der Mobilmachung an, unter dem Oberbefehl des Kaisers. Im Kriege haben die bayerischen Truppen wie die übrigen Reichstrüppen unbedingt dem Kaiser zu gehorchen, ist der Kaiser deren Kriegsherr, hat er das Kommando u. s. w. Da nun in Bayern schon im Frieden, wenigstens materiell, das gleiche Recht, die gleiche Organisation, Bewaffnung, Ausbildung, Verwaltung wie im übrigen Reiche gelten, so darf behauptet werden, daß das bayerische ein homogener und integrirender Bestandtheil des Reichsheeres, kein selbständiges Heer ist.

Es widerspricht diese Auffassung den Thatsachen und der geschichtlichen Entwicklung in keiner Weise. Nehmen wir einen Augenblick den Bündnißvertrag vom 23. November 1870 und die Reichsverfassung fort und stellen wir uns auf den Boden der 1866er Verträge, so würde der Fall im Kriege der gleiche bleiben; aber auch im Frieden würde das bayerische Heer schon aus militärisch-technischen Rücksichten genau so eingerichtet und beschaffen sein müssen, wie das übrige Reichsheer. Zwei Unterschiede bestehen; die Lasten sind gemeinschaftlich; hierbei steht sich Bayern nicht schlecht. Der andere und der Hauptunterschied ist aber der: Vor 1870 mußte Bayern einfach, ohne auf diese Heeresverfassung Einfluß zu haben, die preußische bezw. norddeutsche annehmen; jetzt wirkt es mit an dieser Heeresverfassung; es wirft sechs Stimmen im Bundesrath in die Waagschale, die besonders schwer wiegen; es hat Antheil, großen Antheil, mehr als ein Drittel des preußischen, an der Reichsmilitärgesetzgebung und an der Feststellung des Heeresetats, nicht bloß soweit es Bayern angeht, sondern auch, soweit es das ganze Reich betrifft. Bayern hat also zwar nur noch Reichstruppen, aber es übt auch Souveränetätsrechte aus im ganzen Reiche und an allen Truppen im Reiche. Das Schwert, das der König von Bayern im Frieden führt, ist das Reichsschwert über alle in seinem Staate ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit rekrutirten Truppen. Darüber hinaus übt er durch

seine Stimmen im Bundesrath einen wesentlichen Antheil an der Souveränetät im ganzen Reiche aus.

Was die Konventionen mit Württemberg und Sachsen anlangt, so hat der Kaiser in ruhigen Zeitläufen auf sein Dislokationsrecht verzichtet, sowie auf sein Recht, württembergische oder sächsische Truppen oder Truppentheile fremden Heerkörpern anzugliedern oder zu unterstellen. Die Befehlsgewalt auch im Frieden, das Recht, die Reserven, Ersatzreserven, Landwehr und Landsturm einzurufen, die kriegsbereite Aufstellung anzuordnen und den Kriegszustand zu erklären, steht dem Kaiser ausschließlich zu. Zwar erlassen Württemberg und Sachsen die preußischen Anordnungen, Ordres, Instruktionen u. s. w. als eigene; sie müssen sie aber genau so anordnen, abändern und aufheben, wie es Preußen thut, sonst kann dies der Kaiser thun. In der Hauptsache wird also nur die Form gewahrt, daß den württembergischen und sächsischen Truppen ihr Landesherr die Befehle ertheilt, deren Inhalt der König von Preußen festgesetzt hat. Der Kaiser wird auch, bevor er selbst die bei der Inspektion vorgefundenen Mängel abstellt, die Landesherren um deren Abstellung ersuchen.

Was die übrigen Konventionen anlangt, so bestehen sie im Wesentlichen darin, daß der Kaiser für die Dauer friedlicher Zeitläufe auf sein Dislokationsrecht verzichtet und verspricht, die landsmannschaftlichk Zugehörigkeit nach Möglichkeit zu schonen.

VIII.

Kein geringer rechtlicher wie thatsächlicher Irrthum wäre es, wollte man die Rechte, welche die deutschen Bundesstaaten in Bezug auf ihre Theilnahme an der Reichsmilitärverwaltung, ihre Gerichtsherrlichkeit, die Abzeichen, Ehrenwachen, Offizier- und Beamtenernennungen, die Entgegennahme des Fahneneides, Verwendung der Truppen zu polizeilichen Zwecken u. s. w. gering halten. Das Eigenthümliche der Reichsmilitärverwaltung besteht darin, daß sie in subjektiver Hinsicht durch die Bundesstaaten gehandhabt wird, soweit diese nicht auf diese Handhabung verzichtet haben. Die Marine ist eine Kaiserliche, der Kaiser verwaltet sie; die Armee ist Reichsarmee und wird gleichfalls vom Reiche verwaltet, nur sind es die Landesherren, welche*) unter Leitung des Kaisers (Art. 64 Abs. 1) die Reichsmilitärverwaltung führen. Auf diese Verwaltungs-

*) Bayern im Frieden ausgenommen.

führung, diese Militärhoheitsübung haben sie ein verfassungsmäßiges Recht.

Die Verfassung unterstellt mit Recht, daß die Handhabung der Militärverwaltung durch die Bundesstaaten die Einheitlichkeit, insbesondere auch die Kriegstüchtigkeit oder die Treue der Truppen nicht beeinträchtigt. Die Ernennung, Beförderung und Entlassung der Offiziere durch die Bundesfürsten geschehen in gleicher Weise, nach den gleichen Vorschriften wie in Preußen. Die Schule, welche das Heer für den Krieg vorbereiten soll, ist überall gleich gut, mag sie von preußischen, bayerischen, sächsischen oder württembergischen Offizieren geleitet sein. Die Gerichte werden im gleichen Sinne entscheiden, sei es über die verletzte Ehre oder über Militärvergehen, mögen die Gerichtsherren von Preußen, Bayern, Sachsen oder Württemberg bestellt, möge die Gerichtsbarkeit oder die Begnadigungsbefugniß wie in der Marine oder bei den Feldgerichten im Namen des Kaisers oder im Namen des Kontingentsherrn ausgeübt werden.

Das Eigenthümliche der Militärverwaltung besteht nicht darin, daß sie ihrem Gegenstande nach nicht auch Reichsverwaltung ist, sondern darin, daß diese Reichsverwaltung zu Trägern die Kontingentsverwaltungen hat, welche ihrerseits unter Leitung des Kaisers stehen. Eine Analogie findet sich einmal im Bundesrath, diesem obersten Gesetzgebungs-, Verordnungs- und Gerichtsorgan des Reiches. Dieses Organ des Reiches wird gebildet nicht vom Reiche, etwa vom Kaiser, sondern von den Bundesstaaten. Eine andere Analogie liegt in der Ernennung der mittleren und unteren Post- und Telegraphenbeamten durch die Bundesstaaten. Die Bundesstaaten ernennen nicht Namens des Kaisers, sondern im eigenen Namen und aus eigenem Rechte für das Reich sowohl ihre Bevollmächtigten zum Bundesrathe wie die mittleren und unteren Post- und Telegraphenbeamten. Nicht bloß der Kaiser, sondern auch Bundesfürsten können Reichsbeamte und Reichsbehörden ernennen, das sind Beamte und Behörden, die in Bezug auf den Gegenstand ihrer Thätigkeit, wie in Bezug auf Beamtenrecht, Besoldung, Disziplin u. s. w., Reichsbeamte und Reichsbehörden, in Bezug auf die Art und die Stelle ihrer Ernennung, ihren auctor und Souverän, Landesbeamte und Landesbehörden sind. Die Verfassung vertraut darauf, daß die Reichsmilitärverwaltung, obgleich sie zu Trägern nicht den Kaiser allein, sondern die Kontingentsherren hat, dadurch

nicht minder einheitlich ist. Zu wiederholten Malen ist der Versuch gemacht worden, die Militärverwaltung auch in Bezug auf ihren Träger zu einer Reichsverwaltung im Sinne einer vom Reiche eingesetzten Verwaltung zu machen, nämlich durch die Anträge auf Einsetzung eines vom Reiche, vom Kaiser ernannten, über den Landeskriegsministern stehenden Reichskriegsministers. Hiergegen haben sich die verbündeten Regierungen auf das Entschiedenste erklärt. „Sie" (d. h. die Antragsteller v. Bennigsen und Lasker) „schaffen", so entgegnete Bismarck (Sten. Ber. des verfassungsberathenden Reichstages 1867 S. 388) „eine den Ministerien und höchsten Regierungen der einzelnen Bundesländer vorgesetzte Spitze und Behörde außerhalb des Bundesraths. Innerhalb des Bundesraths findet die Souveränetät einer jeden Regierung ihren unbestrittenen Ausdruck. Dort hat jede ihren Antheil an der Ernennung des gewissermaßen gemeinschaftlichen Ministeriums, welches, neben anderen Funktionen, auch der Bundesrath bildet. Dieses Gefühl der unverletzten Souveränetät — kann nicht mehr bestehen neben einer kontrasignirenden Bundesbehörde, die außerhalb des Bundesraths aus preußischen oder anderen Beamten besteht, und es ist und bleibt eine capitis deminutio für die höchsten Behörden der übrigen Regierungen, wenn sie sich als Organe, gehorsamleistende Organe einer vom Präsidium außerhalb des Bundesraths ernannten höchsten Behörde in Zukunft ansehen sollten. Glauben Sie nicht, daß wir die Frage nicht erwogen haben, ob die übrigen Regierungen diesen Anflug von einer Verminderung ihrer Souveränetät auf sich nehmen wollen? Wir haben über die Frage, ob die Ministerien der Einzelstaaten, namentlich die Kriegs- und Finanzministerien bleiben würden, Wochen lang verhandelt." Aus diesen Gründen bekämpfte Fürst Bismarck die Anträge, die „im Interesse der Erweiterung einer unitarischen Einheit" gestellt waren. Weder die verbündeten Regierungen noch Fürst Bismarck haben dabei bestritten, daß die Militärverwaltung dem Gegenstande nach Reichsverwaltung sei — dies war allseitig behauptet und zugestanden — vielmehr wurde gegen die Anträge nur eingewendet, daß diese Reichsverwaltung durch den Bundesrath beziehungsweise die Landeskriegsminister für das Reich geführt werden solle, daß die höchsten Landesbehörden keinen vom Kaiser ernannten Vorgesetzten, keinen vom Kaiser für das Reich bestellten Kriegsminister als Chef erhalten sollten. Nach der Idee des Fürsten Bismarck sollte diese höchste Verwaltungsstelle in Militärsachen der Bundesrath beziehungs-

19*

weise der Ausschuß des Bundesraths für das Heerwesen und die Festungen sein, d. h. die verschiedenen Landeskriegsminister gemeinschaftlich sollten die oberste Militärverwaltung führen. Der Bundesrathsausschuß für das Heer und die Festungen ist allmählich ausgeschaltet; seine Funktionen versehen jetzt im Wesentlichen die Landeskriegsminister unmittelbar. (Art. II des Gesetzes, betreffend die Ersatzvertheilung vom 26. Mai 1893 — G. S. 1893 S. 185); sie versehen sie als vom Landesherrn bestellte Organe des Reichs für das Reich. Die Verschiedenheit z. B. von der Zoll-, Steuer- und Gerichtsverwaltung zeigt sich darin, daß diese vom Reiche nur beaufsichtigt, nicht geleitet werden, daß diese nicht in Vertretung des Reichs, sondern für die Einzelstaaten und für deren Rechnung geführt werden und daß die Zoll-, Steuer- und richterlichen Beamten den Anordnungen des Kaisers keine Folge nach verfassungsmäßiger Vorschrift zu leisten haben.

Die Souveränetät der deutschen Fürsten, aller deutschen Fürsten, auch derjenigen, welche die Militärverwaltung abgetreten haben, zeigt sich in ihrer Theilnahme an den Militärgesetzen, insbesondere den Gesetzen über die Friedenspräsenz und den Haushaltsetatsgesetzen. Deshalb sind sie ein gewichtiger Faktor im Heerwesen; sie haben 41 von 58 Stimmen im Bundesrathe.

Aber die Theilnahme an der Reichsgesetzgebung und der Souveränetät im Reiche, die Handhabung der Reichsmilitärverwaltung durch Landeskriegsminister, die Sonderrechte, Abzeichen, die Leistung des Fahneneides an den Bundesherrn, kurzum alle Ehren und Rechte, welche den deutschen Bundesfürsten verfassungs- oder konventionsmäßig zustehen, hindern nicht die Einheitlichkeit des Heeres; denn, um dies zu wiederholen:

1. es giebt inhaltlich nur ein Gesetzes-, ein Verordnungsrecht, eine Organisation, Bewaffnung, Ausrüstung, Kommando, Ausbildung, Qualifikation u. s. w.;

2. es giebt nur eine Befehlsgewalt (mit Ausnahme Bayerns im Frieden);

3. es giebt keine anderen Truppen als Reichstruppen, keinen anderen Kriegsdienst als Reichsdienst, inhaltlich keine andere Militärverwaltung als Reichsverwaltung, keine anderen Kanonen, Gewehre, Fahnen, Festungen, Kasernen (Bayern ausgenommen), als dem Reiche gehörige;

4. es giebt auch in Bayern keine anderen Geldmittel für das Heer, als solche, die vom Reiche fließen;

5. das Heer ist die Schule der ganzen Nation für den Krieg; es kann aber, auch für Bayern, keinen anderen Krieg geben, als einen Reichskrieg; in diesem stehen alle deutschen Truppen für einander ein unter einem Oberbefehl, dem des Kaisers.

Und so laßt uns sagen und so es behaupten,
wenn auch an der Militärgesetzgebung alle deutschen Staaten, an der Ausübung der Reichs-Militärverwaltung alle Königreiche aus eigenem Rechte Antheil haben, so haben wir doch, wie ein Deutsches Reich, keinen bloß völkerrechtlichen Verein, einen Bundesstaat und keinen bloßen Bund, ein Deutsches Reich mit eigener Rechtspersönlichkeit, eigener Verfassung, eigener Gesetzgebung, eigener Verwaltung, so auch ein einheitliches, nicht bloß durch politische und militärische, sondern zugleich durch Rechtsbande jetzt und immerdar unauflöslich zusammengeschmiedetes deutsches Reichsheer.

Der Kronprinz, Fürst Bismarck und die Kaiserfrage.

Von

Professor Ottokar Lorenz.

Als nach dem Tode des Kaisers Friedrich das hart angefochtene Kriegstagebuch desselben erschien, glaubte Fürst Bismarck darin einen Angriff auf seine große, in der Geschichte europäischer Staatsmänner einzig dastehende Wirksamkeit erblicken zu sollen. Er hatte den Verdacht einer gegen ihn gesponnenen Intrigue gegen eine ganz andere Seite, wie gegen den wirklichen anonymen Herausgeber des Tagebuchs gerichtet, doch ist es leider unbekannt geblieben, in welchen politischen Kombinationen der Fürst den Unheil bringenden Ursprung der Sache gesucht hatte. In den „Gedanken und Erinnerungen“ (II, 117) tritt nicht deutlich hervor, inwieweit der Fürst seine im Immediatbericht des 23. September 1888 ausgesprochenen Vermuthungen in persönlicher und sachlicher Beziehung im Laufe der Zeit berichtigte, es macht vielmehr den Eindruck, als ob der große Kanzler auch noch zuletzt die Echtheit des Tagebuchs bezweifelt hätte, denn er spricht von dem „Fälscher“ desselben und von später „vervollständigten Wendungen“ wie von erwiesenen Thatsachen.*)

---

*) Es ist zwar bekannt, daß in der Umgebung des Fürsten Bismarck behauptet wurde, derselbe hätte später die Echtheit des Tagebuchs anerkannt, aber in den „Gedanken und Erinnerungen“ heißt es:

„Das Tagebuch ist wohl nicht damals auf den Tag geschrieben, sondern später mit Wendungen vervollständigt worden, durch die höfische Streber den Inhalt glaublich zu machen suchten. Ich habe meiner Ueberzeugung, daß es gefälscht sei, und meiner Entrüstung über die Intriganten und Ohrenbläser, die sich einer arglosen und edlen Natur wie Kaiser Friedrich aufdrängten, in dem veröffentlichten Immediatberichte Ausdruck gegeben. Als ich diesen schrieb, hatte ich keine Ahnung davon, daß der Fälscher in der Richtung von Geffcken, dem hanseatischen Welfen, zu suchen sei“ u. s. w.

Die kritische Geschichtsforschung kann nicht umhin, gegen diese durch den Namen Bismarcks gedeckte Ansicht Stellung zu nehmen, da dieselbe als das letzte Wort des Kanzlers in dieser Angelegenheit (1898) der Nachwelt er-

Es ist sehr erklärlich, daß die verwickelte Angelegenheit des kronprinzlichen Tagebuchs und seiner schicksalsvollen Verfolgung seit jenen Tagen von Niemand wieder gern berührt worden ist. Wer würde es nicht begreiflich finden, daß in jedem deutschen Herzen, welches begeistert für seinen großen reichsbegründenden Kanzler schlägt, der Wunsch lebt, von dieser Episode wenig oder gar nicht gesprochen zu hören. Leider ist es aber einer gewissenhaften Geschichtsforschung nicht gestattet, auf diesem Standpunkt der know nothing-Parteien stehen bleiben zu können. Das vor nun einem halben Menschenalter zuerst veröffentlichte Tagebuch ist als Geschichtsquelle von einer so fundamentalen Bedeutung, von so ansprechender, den Helden von Wörth und Sedan so schön und trefflich charakterisirenden Art, daß Niemand, der auch nur einige Kenntniß nnd Erinnerung an die große Zeit besitzt, den Glauben an diese großartige Geschichtsquelle verlieren möchte. Ja, ich stehe nicht an, zu behaupten, daß sich der Herausgeber ein wissenschaftliches Verdienst um die wahre Kenntniß der größten Begebenheiten des vorigen Jahrhunderts erworben hat, da wahrscheinlich noch lange Zeit hingehen dürfte, bis eine authentische neue Ausgabe des originalen Tagebuchs des Kronprinzen gestattet sein wird.

Allerdings kann man nicht leugnen, daß die Gründe, welche den Fürsten Bismarck an der Echtheit des Tagebuchs zweifeln ließen, in manchen Stücken auch dem Geschichtsforscher ernste Aufgaben und Erwägungen zumuthen. Es ist heute Uebung geworden, mit einer Art von naiver Biedermannsmiene zwar von dem amtlichen Verdacht Bismarcks nicht mehr zu reden, aber um so mehr das Tagebuch mit der selbstverständlichen Voraussetzung zu benützen und auszuschreiben, als wären nie die geringsten Zweifel an der Richtigkeit des hier Mitgetheilten erhoben worden.

scheinen muß; was derselbe sonst gelegentlich in der verworrenen Sache äußerte, ist ganz nebensächlich. Das Tagebuchproblem kann erst vollständig gelöst erscheinen, wenn der richtige historisch-philologisch gebildete Herausgeber dasselbe einstens abgedruckt haben wird. Von sehr gut unterrichteter Seite wird mir übrigens versichert, daß die Kaiserin Friedrich gesagt hätte, die Veröffentlichung Geffckens sei ein Auszug, und die Tagebuchnotizen, die in Versailles niedergeschrieben wurden, seien vom Kronprinzen nachträglich überarbeitet worden. Dieser Mittheilung eines eingeweihten Mannes kann ich jetzt hinzufügen, daß genau dasselbe auch dem Herzog Ernst seiner Zeit versichert, oder bekannt geworden ist, daß er jedoch nicht angeben zu dürfen erklärte, worauf seine Kenntniß beruhte. Vergl. übrigens auch Delbrück in den „Preuß. Jahrb. (Bd. 62 S. 406), wo gleich nach dem Erscheinen des Tagebuchs das gesagt ist, was man im Allgemeinen über die Sache sagen kann. Alles weitere ist Aufgabe der Einzeluntersuchung in jedem gegebenen Fall.



Als mir schon vor vielen Jahren durch manche glückliche Umstände eine sehr genaue Kenntniß von den Zuständen, Ereignissen und Verhältnissen zu Theil geworden war, welche auch in dem Tagebuche des Kronprinzen behandelt sind, so hatte ich mir vor Allem die Frage vorzulegen, wie es mit der Glaubwürdigkeit desselben stände. Für einen kleinen kritischen Beitrag, den ich in dieser Beziehung aus außerordentlich guten Quellen zu liefern im Stande bin, darf ich das Interesse eines größeren Kreises voraussetzen, und ich bin daher der Redaktion der „Preußischen Jahrbücher" zu großem Danke verpflichtet, daß sie mir Raum giebt, aus einem Werke über die Begründung des deutschen Kaiserthums, welches in nächster Zeit bei Fischer in Jena erscheint, einiges mitzutheilen; zwar nicht wörtlich, aber dem Geiste und dem Stoffe nach! Und ich wähle dazu eine vielfach besprochene Frage, bei welcher das Tagebuch des Kronprinzen einestheils und die „Gedanken und Erinnerungen" des Fürsten Bismarck anderntheils als gewaltig gegeneinander aufstehende Kronzeugen sich bemerkbar machen. Ich muß daher zunächst einiges Allgemeine über diese Quellen, die beide von so unschätzbarem Werthe sind, vorausschicken.

Als das Tagebuch des Kronprinzen im Herbst des Unglücksjahres 1888 erschienen war, habe ich dasselbe mit meinem Herrn und Gönner, dem Herzog Ernst von Coburg, der zu jener Zeit mit der Veröffentlichung seines umfangreichen Memoirenwerkes beschäftigt war, Wort für Wort lesen, prüfen und besprechen dürfen, und der Herzog gab aus seinen eigenen Erinnerungen und an der Hand seiner eigenen Tagebücher und Notizen einen Kommentar lehrreichster Art. Der Herzog hatte in jenem Augenblick selbst noch die Absicht, seine Arbeit, von der die beiden ersten Bände erschienen waren, mit gleicher Ausführlichkeit der Erzählung seiner Erlebnisse bis zum Ende des französischen Krieges fortzuführen. Er gab aber diesen Gedanken eben in Folge der Mißverständnisse auf, zu denen die Veröffentlichung des kronprinzlichen Tagebuches Veranlassung gab. Er pflegte dann zu sagen: Ueber das Jahr 1870 kann man zur Zeit noch gar nicht schreiben! Aber was das Tagebuch betraf, so war wohl kaum Jemand geeigneter zu beurtheilen; was in demselben sicher und zuverlässig und was darin bedenklich und genau nachzuprüfen sei, als der Herzog. Er hatte den ganzen Feldzug im Hauptquartier des Kronprinzen im intimsten Verkehr mit demselben gestanden. In Versailles gab es wenige Tage, wo man sich nicht des Abends beim

Kronprinzen versammelt und die politischen Fragen besprochen hätte. Von der innigen Theilnahme des Kronprinzen an dem vom Herzog mit bewunderungswürdigem Fleiße 10 Jahre hindurch gewissenhaft gearbeiteten Werke hatte derselbe noch vor Jahresfrist bei dem Erscheinen des I. Bandes ein schönes Zeichen gegeben, indem er dem Herzog von San Remo am 23. November schrieb: „Mein lieber Onkel! Ich will nicht säumen, Dir das Eintreffen Deines Buches: „Aus meinem Leben und aus meiner Zeit“ anzuzeigen, und Dir recht herzlich dafür zu danken, daß Du daran dachtest, mir dasselbe zukommen zu lassen, noch ehe ich mich in ein gründliches Vertiefen in Deine Memoiren gemacht habe. Bereits aber konnte ich mich überzeugen, daß mit dem Ende der vierziger Jahre Du eine Zeit behandelst, in welche meine Jünglings- und Lehrjahre fallen, so daß es für mich von höchstem Interesse sein wird, Beiträge aus Deiner Feder, gegründet auf Deine eigenen Erfahrungen, zu studiren. Die unangenehme Störung meiner Genesung, welche mich für den Winter an dieses schöne Land fesselt, wird mich in den Stand setzen, Muße zum Lesen zu finden, und freue ich mich dieselbe auch Deinem Werk zu widmen. . . . .

Mit der Versicherung meiner alten aufrichtigen Anhänglichkeit bin ich mein lieber Onkel

Dein treu ergebener Neffe und Freund
Friedrich Wilhelm.“

Indem sich Herzog Ernst mit meiner geringen Beihilfe der Aufgabe unterzog, die Daten des kronprinzlichen Tagebuchs mit seinen eigenen Tagebuchsnotizen zu vergleichen, ergab sich an vielen Stellen eine solche Uebereinstimmung, daß eine Fälschung desselben zu vermuthen, zunächst allerdings als etwas Wunderliches erscheinen mußte. Daneben war aber wohl folgender Umstand zu beachten. Tagebücher hatte der Kronprinz nicht nur bei wichtigen Ereignissen und größeren Reisen, sondern auch vor Allem im Krieg von 1866 und 1870/71 geführt. Von diesen Tagebüchern wurden autographirte Auszüge vom Kronprinzen selbst an vertraute Freunde verschenkt. Neuestens hat Frau von Poschinger auch die Reise des Kronprinzen nach dem Orient im Jahr 1869, sowie das Kriegstagebuch von 1866 wieder abdrucken lassen. Schon aus der Vergleichung aller dieser Arbeiten ergiebt sich ein gewisser Unterschied zwischen den beiden letzteren und dem veröffentlichten Tagebuch von 1870. Die ersteren machen einen geordneteren Eindruck, und die Tagesnotizen haben einen gleichmäßigeren Charakter. Ob es

berechtigt wäre, hieraus weitgehende Schlüsse zu ziehen, wie dies nach einer Aufzeichnung des Herrn Busch (III, 268) von Fürst Bismarck geschah, will ich nicht untersuchen. Von einzelnen Stellen des Tagebuchs wollte indessen Herzog Ernst in Uebereinstimmung mit dem, was Fürst Bismarck in dem Immediatbericht behauptete, auch seinerseits annehmen, daß sie nicht „auf den Tag geschrieben, sondern später mit Wendungen vervollständigt worden seien", wie es in den „Gedanken und Erinnerungen" heißt. So viel man indessen auch an der Form des gedruckten Tagebuchs auszusetzen haben möchte, und so sehr es Neugier und Bedürfniß erregt, den wahren und vollkommenen Inhalt desselben endlich kennen zu lernen, so wenig Bedenken erwecken die thatsächlichen Mittheilungen desselben. Sie sind vielmehr fast von Fall zu Fall durch die wichtigsten Veröffentlichungen der letzten Jahre unterstützt und bestätigt worden. Wer dieselben mit den zuverlässigen Berichten Abekens, oder den Briefschaften nach Versailles gekommener Staatsmänner, wie des Badenser Jolly oder des bayerischen Grafen Bray vergleichen will, wird nicht eine Angabe finden, von der er sagen könnte, daß sie die Wahrhaftigkeit des Tagebuchs in Frage stellt. Und wenn gegenwärtig das Tagebuch des Grafen von Blumenthal veröffentlicht worden ist, so zeigt sich, daß alle auffallend erschienenen, auch das militärische betreffenden Enthüllungen der kronprinzlichen Niederschriften vollends erklärt und verständlich werden. Trotz aller sehr scharfsinnigen Bemerkungen des Bismarckschen Immediatberichts, denen die Quellenkritik die größte Aufmerksamkeit zu schenken haben wird, bleibt dennoch die Glaubwürdigkeit des Tagebuchs die denkbar größte. Indessen würde es hier zu weit führen, in eine kritische Betrachtung des gesammten Inhalts im Einzelnen einzugehen, da es sich auf den folgenden Blättern nur darum handeln soll, zu erörtern, welche Stellung der Kronprinz in der Frage der Wiederherstellung des Kaiserthums eingenommen hat. Die Ansicht des Herzogs Ernst von Coburg war stets die, daß schon nach den ersten Erfolgen auf französischem Boden so außerordentlich viel von der nothwendigen Herstellung des Reichs und Kaiserthums gesprächsweise, insbesondere auch in Gesellschaft des Kronprinzen mit Gustav Freytag, Roggenbach und vielen anderen verhandelt worden sei, daß man sagen könnte, die Angelegenheit hätte in der Luft gelegen und Niemand sich derselben entziehen können. So war es dem Herzog auch nicht auffallend erschienen, daß das Tagebuch des Kronprinzen schon am 7. August auf die nothwendige

Neugestaltung Deutschlands und seit dem 3. September wiederholt auf das Kaiserthum zu sprechen kommt. Daß aber der Kronprinz am 3. September von den unzweifelhaften Intentionen Bismarcks keine klare Vorstellung erlangt hatte, beweist die kurze Eintragung an diesem Tage, wo es heißt: „Bismarck besucht mich, wir behalten Elsaß in deutscher Verwaltung für Bund oder Reich, der Kaiseridee wurde kaum gedacht, ich merkte, daß er ihr nur bedingt zugethan sei, und nahm mich in Acht, nicht zu drängen . . .“

Zu den räthselhaftesten Ueberlieferungen gehört nun gegenüber diesem ganzen Inhalt des Tagebuchs die Angabe des Fürsten Bismarck in den „Gedanken und Erinnerungen“ Band II, S. 116, bei dem Kronprinzen habe „sein Streben den Kaisertitel herzustellen, im Anfange der günstigen Wendung des Krieges nicht immer Anklang gefunden“. Seine königl. Hoheit hätte „von irgend einem der politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbschaft des von Karl dem Großen wiedererweckten römischen Kaiserthums sei das Unglück Deutschlands gewesen, ein ausländischer, für die Nation ungesunder Gedanke.“ Der Kronprinz, heißt es weiter, habe behauptet, der Titel des deutschen Reichsoberhauptes müsse „König“ sein und die Könige müßten wiederum Herzoge werden. Der Fürst dagegen hätte die Ueberzeugung vertreten, daß sich diese dazu niemals gutwillig verstehen würden; wollte man aber Gewalt anwenden, so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergessen und eine Saat von Mißtrauen und Haß ausgestreut werden.*)

---

*) Es dürfte dem Leser angenehm sein, die in Vergleich zu ziehenden Stellen wörtlich zu kennen:

1. „Gedanken und Erinnerungen“ II, 116: „Auch bei dem Kronprinzen habe ich für mein Streben, den Kaisertitel herzustellen, welches nicht einer preußischen dynastischen Eitelkeit, sondern allein dem Glauben an seine Nützlichkeit für Förderung der nationalen Einheit entsprang, im Anfange der günstigen Wendung des Krieges nicht immer Anklang gefunden. Seine königl. Hoheit hatte von irgend einem der politischen Phantasten, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbschaft des von Karl dem Großen wiedererweckten römischen Kaiserthums sei das Unglück Deutschlands. gewesen, ein ausländischer, für die Nation ungesunder Gedanke. So nachweisbar letzteres auch geschichtlich sein mag, so unpraktisch war die Bürgschaft gegen analoge Gefahren, welche des Prinzen Rathgeber in dem Titel König der Deutschen sahen. Es lag heut zu Tage keine Gefahr vor, daß der Titel, welcher allein in der Erinnerung des Volkes lebt, dazu beitragen würde, die Kräfte Deutschlands den eigenen Interessen zu entfremden und dem transalpinen Ehrgeize bis nach Apulien hin dienstbar zu machen. Das aus einer irrigen Vorstellung entspringende Verlangen, das der Prinz gegen mich aussprach, war nach meinem Eindrucke ein völlig ernstliches und geschäftliches, dessen Inangriffnahme durch mich gewünscht wurde. Mein Einwand, anknüpfend an die Coexistenz der Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg

Was hier dem Kronprinzen in Betreff des deutschen Kaiserthums und Königthums als dessen eigenthümliche Ueberzeugung zugeschrieben wird, findet man bekanntlich als die Ansicht Gustav Freytags in den Erinnerungsblättern „Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone" weitläufig gegenüber der entgegenstehenden Meinung des Kronprinzen ausgeführt. Am 11. August hatte Freytag in Petersbach ein Gespräch mit dem Kronprinzen, in welchem er so ziemlich genau gegen diesen die Rolle spielt, welche in den Erinnerungen Bismarcks der Kronprinz gegen den Kanzler ergriffen hatte. Es handelte sich um dieselben, fast wörtlich übereinstimmenden Worte, die hier der Kronprinz gegen Bismarck und dort Gustav Freytag gegen den Kronprinzen ausspricht. Und um das qui pro quo noch sonderbarer zu machen, so legt Freytag dem Kronprinzen den sehr bedenklichen Satz in den Mund, daß man jetzt die Macht habe, Widerstrebende zu nöthigen, um seine „Kaiseridee" durchzusetzen, während Bismarcks Erzählung fast gleichlautende Worte über die Anwendung von Gewalt gegen widerstrebende Könige dem Kronprinzen zuschreibt, nicht aber um das Kaiserthum, sondern um das deutsche Königthum zu begründen. Fürst Bismarck sagt nicht, wann das Gespräch zwischen ihm und dem Kronprinzen über Kaiser und König stattgefunden habe, aber wenn sich seine Er-

mit dem intendirten Könige in Germanien oder Könige der Deutschen führte zu meiner Ueberraschung auf die weitere Konsequenz, daß die genannten Dynastien aufhören müßten, den Königstitel zu führen, um wieder den herzoglichen anzunehmen. Ich sprach die Ueberzeugung aus, daß sie sich dazu gutwillig nicht verstehen würden. Wollte man dagegen Gewalt anwenden, so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergessen und eine Saat von Mißtrauen und Haß ausstreuen."

2. Freytag, der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone S. 20: Am 11. August rastete das Hauptquartier auf der Höhe der Vogesen in dem Gebirgsdorf Petersbach . . . Nach einmal sprach der Kronprinz die Denkschrift durch, deren schnelle Absendung ihm am Herzen lag. Dann begann er: und was soll mit Deutschland werden, welche Stellung soll der König von Preußen nach dem Kriege erhalten? Ich antwortete, wenn es ein Friede wird, wie wir jetzt hoffen dürfen, so ist die Mainlinie kein Hinderniß mehr, . . . das fand der Kronprinz selbstverständlich, aber er frug wieder: und was soll der König von Preußen werden? Antwort: Kriegsherr des neuen Bundes. braucht man dafür einen Namen, so wird dieser sich wohl finden. Im Nothfalle kann man ja eine uralte volksthümliche Bezeichnung zu neuer Ehre erheben und den königlichen Titeln die Worte Herzog von Deutschland zufügen. Die Preußen begehren für ihren König keinen neuen Namen, nur die Macht. Da aber brach der Kronprinz stark heraus und sein Auge leuchtete: „Nein, er muß Kaiser werden" . . . Den Einwurf, daß die süddeutschen Könige schwerlich mit einer solchen Einrichtung zufrieden sein würden, beantwortete der Herr mit der Annahme, daß bereits die Macht vorhanden sei, Widerstrebende zu nöthigen. Die naheliegenden Bedenken hiergegen hörte er geduldig an, dann wurde er selbst beredt und sprach von der Bedeutung und hohen Würde des deutschen Kaiserthums; daß die Kaiserwürde

innerung auf Ereignisse während des französischen Krieges beziehen sollte, so müßte dasselbe jedenfalls später stattgefunden haben, als die Unterhaltung von Petersbach, da eine Zusammenkunft zwischen den beiden hohen Herren seit dem Ausbruch des Krieges, nur am 20. August in Pont-à-Mousson, oder am 24. August in Bar-le-duc stattfand, wo Bismarck anwesend war, als der König den Kronprinzen im Hauptquartier der III. Armee besuchte. Weitere Unterredungen von solcher eingreifenden Art konnten erst wieder in Versailles stattfinden, wenn man die oben schon zitirte Bemerkung des kronprinzlichen Tagebuchs zum 3. September nicht etwa hierher beziehen wollte.

Bismarcks Erzählungen über die Ansichten des Kronprinzen haben aber eine deutlich wahrnehmbare Spitze gegen die im Tagebuch des Kronprinzen vorkommenden Bemerkungen und er bringt die Frage auch in den „Gedanken und Erinnerungen" in Verbindung mit seiner wie es scheint stets festgehaltenen Idee, daß das von Geffcken veröffentlichte Tagebuch ganz oder theilweise unecht sei.

Der polemische Charakter der Erzählung des Fürsten wird aber vollends sicher gestellt durch die Mittheilungen von Busch zum 10. Februar 1889. Hier wird in der Art und Weise dieser be-

---

zuletzt an Werth und Ansehen gering geworden sei, räumte er ein, „aber das soll jetzt anders werden . . ."

Die Gründe, welche im weiteren Gespräch Freytag von seinem Standpunkt gegen das Kaiserthum geltend machte, haben für die hier zu behandelnde Frage keine Bedeutung.

3. In den Tagebuchblättern von M. Busch lautet nun die entscheidende Stelle, abgesehen von den heftigen Angriffen des Reichskanzlers gegen die sogenannten Rathgeber des Kronprinzen, folgendermaßen III, S. 268—270. . . . und hier können sie den Bericht des Tagebuchs über diese Angelegenheit ergänzen. Wie es überhaupt lückenhaft und unvollständig ist, so fehlt bei ihm auch der erste Akt der Verhandlungen, wo ich den Kronprinzen von seiner wohl aus Baden stammenden Ansicht abzubringen hatte, daß die Kaiseridee undeutsch, Deutschland schädlich sei, wobei er aber nur an die mittelalterlichen Kaiser, an Römerzüge und an Karl V. dachte. Er wollte deshalb nur einen König von Deutschland oder der Deutschen, und die anderen drei Könige sollten wieder den Herzogtitel annehmen. Daran knüpfte sich die Idee der Vergewaltigung, sie sollten nach Versailles eingeladen werden, und hätte man sie einmal da, sollte es heißen, jetzt friß Vogel oder stirb. Ich erwiderte ihm, daß wäre Verrath, Untreue und Undank, und dazu gebe ich mich nicht her, auch weil es keinen Bestand hätte. Auf gütlichem Wege ließen sich die Könige aber nicht degradiren. Dann stellte ich ihm die Vorzüge der Kaiseridee vor, etwa wie ich später an den König von Bayern schrieb . . . Die Ueberzahl der Könige überzeugte ihn allmählich und er war nunmehr für den Kaiser. Diesen ganzen ersten Akt hat er im Tagebuche vergessen. Er schreibt da, als ob er die Kaiseridee erfunden und gleich Anfangs angeregt hätte, während sie lange schon in allen Schichten des Volkes lebte als Hoffnung und er zuerst nichts von ihr wissen wollte . . ."

denklichen Tagebuchblätter berichtet, daß der Fürst Herrn Busch aufgefordert hätte, neuerdings gegen das Kronprinzliche Tagebuch zu schreiben: gegen die „politischen Winkelkonsulenten oder Pfuschdoktoren", die guten Freunde des Kronprinzen, welche „mißvergnügte Streber und Intriganten gewesen seien, Leute, die sich zu großen Dingen berufen fühlten", „verkannte, sitzengebliebene und kaltgestellte Talente." Wenn man auch an dieser Stelle mit diesen Ausbrüchen übelster Laune des Fürsten die wenig erfreuliche Charakteristik des Verhältnisses zwischen dem Kronprinzen und seinem kaiserlichen Vater verknüpft findet und gleich daran die Erzählung von der Feindseligkeit des Kronprinzen gegen das Kaiserthum angeschlossen sieht, so möchte man am meisten geneigt sein, diese trübe, alle erdenklichen Bosheiten durcheinander würfelnde Quelle ganz zu vernachlässigen. Die Darstellung, die hier von der Anschauung des Kronprinzen über die Kaiserfrage gegeben ist, stimmt nicht genau überein mit dem, was die „Gedanken und Erinnerungen" erzählen. Die Ausdrücke, die der Kronprinz gebraucht haben sollte, sind unfeiner und drastischer als in den eigenen Aufzeichnungen des Fürsten. Die Idee der Vergewaltigung der Könige wird hier in die Worte gekleidet: „Jetzt sollte es heißen, friß Vogel oder stirb." Die ganze Darstellung zeigt jenen ordinären Ton, welcher ohne Zweifel das ausschließliche Eigenthum eines Mannes von der Art des Herrn Busch war.

Ich bin durch eine eigenthümliche Verknüpfung von Umständen in der Lage, einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Lesarten des Gesprächs zwischen Kronprinz und Kanzler über die Kaiserfrage zu liefern. Unmittelbar bevor der III. Band des Memoirenwerkes des Herzogs Ernst II. im Druck erschien, hatte ich von demselben den Auftrag erhalten, die Zustimmung des Fürsten Bismarck zur Veröffentlichung von Akten und Briefen desselben aus 1866 und 1870 zu erlangen. Am 14. Oktober 1889 hatte Fürst Bismarck die Güte, mir eine sehr eingehende Unterredung zu gewähren, bei welcher unter vielem Anderen auch die Stellung des Kronprinzen zur Kaiserfrage zur Sprache kam. Die kurz vorher erschienene Schrift Gustav Freytags gab mir Anlaß, Seine Durchlaucht zu bitten, mir zu sagen, ob er die Darstellung Freytags für richtig hielte. Indessen ging der Fürst auf eine Besprechung des Freytagschen Büchleins in keiner Weise ein und es machte mir den Eindruck, als habe er dasselbe nicht beachtet. Hingegen verbreitete er sich sofort in sehr ausführlicher Erzählung darüber, wie der

Kronprinz ganz abgeneigt gewesen sei, auf die Kaiseridee einzugehen, und daß es ihm Mühe gekostet habe, den Kronprinzen von der Nothwendigkeit zu überzeugen, das Kaiserthum herzustellen. Die hochinteressante Besprechung mit dem Fürsten habe ich sogleich festzuhalten gesucht und meiner Freundin Frau Fanny Hertz in Berlin in die Feder diktirt. Ich bewahrte das mir liebe Manuskript durch viele Jahre still vergnügt, wie ich es mit sehr vielen anderen Papieren und Aufzeichnungen zu thun pflege, ohne irgend das Bedürfniß zu spüren, viel öffentlichen Gebrauch davon zu machen. Als ich im Jahre 1896 mein Buch „Staatsmänner und Geschichtsschreiber des 19. Jahrhunderts", worin aus Anlaß einer Charakteristik Freytags von der mir vom Fürsten Bismarck gewährten Unterredung ganz im Allgemeinen gesprochen ist, dem Fürsten überreichte, schrieb ich ihm, es wäre doch sehr erwünscht zu wissen, ob ich die mir von ihm am 14. Oktober 1889 mitgetheilten Thatsachen früher oder später einmal veröffentlichen dürfte, oder nicht. Hierauf antwortete der Fürst am 24. Oktober 1896: „er werde mein neues Werk mit Interesse lesen, aber die gestellte Frage würde er nur nach Kenntniß des Textes meiner Aufzeichnung über jenes Gespräch beantworten können, weil ihm der Inhalt seiner Aeußerungen von 1889 außer Erinnerung gekommen sei." Hierauf übersendete ich Seiner Durchlaucht meine schon erwähnte originale Niederschrift vom 14. Oktober 1889, und er war so liebenswürdig, diese Aufzeichnung eigenhändig durchzukorrigiren, so daß mir dieselbe ein werthes Andenken an den Fürsten geblieben ist. Aber Seine Durchlaucht wünschte, daß die Sache nicht veröffentlicht werde. Vielmehr hieß es in seinem von Friedrichsruh, den 7. November, datirten Brief: „Ich danke Ihnen für Ihre Mittheilungen vom 26. v. Mts. umsomehr, als ich einen wesentlichen Theil derselben auch soweit sie genau sind, was nicht in allen Details zutrifft, doch für die Oeffentlichkeit noch ungeeignet halte. Die doktrinäre Auffassung des damaligen Kronprinzen über Deutsches Königthum und die Wege zu dessen Herstellung kann man nicht authentisch drucken, ohne noch nachträglichen Verstimmungen bei anderen Dynastien die Thür zu öffnen. Es giebt Kuriosa, die man nicht als historische Erscheinungen behandeln muß, sondern als Verirrungen."

„Das gesammte Deutsche Königthum greift bis vor

Karl den Großen zurück; nachher wird es durch den Kaiserbegriff vollständig ausgeschlossen. In Aachen fand ich ein altes Lied:

„Urbs Aquensis,
Urbs Regalis,
Regni sedes principalis
Prima regum curia.“

„also königliche Residenz; das war aber wohl vor Karls des Großen Romfahrt und Kaiserkrönung, und wer unseren geliebten Kronprinzen mit dieser mehr als tausendjährigen Reminiszenz vergiftet hat, der war ein politischer Quacksalber. Aber ich halte es nicht für nützlich, diese Giftmischerei historisch als Thatsache anzuerkennen.

Der Ihrige von Bismarck.“

In einem noch energischeren Zusatzschreiben vom 11. November 1896 wurde ich von Herrn Chrysander bei Rückgabe meiner Zuschrift vom 26. v. Mts. unterrichtet, „daß Seine Durchlaucht bitten läßt, die Blei-Marginalien ebenfalls als vertraulich gegeben ansehen zu wollen.“

Wie sich von selbst versteht, werde ich mich daher stets verpflichtet halten, das mich so sehr ehrende Vertrauen des Fürsten Bismarck nicht zu entweihen. Dennoch war ich außerordentlich erstaunt, in den „Gedanken und Erinnerungen“ die oben bezeichnete Stelle über die „doktrinäre Auffassung des Kronprinzen von dem Deutschen Kaiserthum“ vorzufinden. Und ich leugne nicht, nach dem Wortlaut des an mich nur 1½ Jahre vorher gerichteten fürstlichen Schreibens, den Verdacht geschöpft zu haben, daß diese Sache in das Buch des Fürsten ohne dessen Vorwissen oder Zustimmung gekommen sein möchte, denn da Fürst Bismarck es nicht für nützlich hielt, die „Giftmischerei eines Quacksalbers“ historisch als eine für den Kronprinzen entscheidende Thatsache anzuerkennen und diese scharfe Ablehnung im Jahre 1896 ausgesprochen hat, so kann man sich schwer entschließen, zu glauben, daß dem Fürsten bewußt war, in seinem eigenen Werke stände diese Erzählung wörtlich zu lesen, von der er doch fürchtete, daß sie bei anderen Dynastien noch nachträgliche Verstimmungen hervorrufen könnte.

Noch viel größere Bedenken erhält man nun aber durch den Umstand, daß Herr Busch das Anekdoton schon am 10. Februar 1889 aus dem Munde des Fürsten gehört haben will

und daß die Darstellung in den „Gedanken und Erinnerungen“ sich ja offenbar wie ein Auszug aus der weitläufigeren Tagebuchsnotiz von Busch liest. Merkwürdig bleibt es daher jedenfalls, daß die Stelle in den „Gedanken und Erinnerungen“ sich an das Busch'sche Tagebuch vom 10. Februar 1889 anlehnt, während ich von meiner spätern Unterredung mit Seiner Durchlaucht am 14. Oktober 1889 wenigstens das ohne Vertrauensbruch versichern kann, daß Fürst Bismarck mir die Sache nicht unwesentlich anders erzählt hat. Insbesondere betonte der Fürst mir gegenüber den Gegensatz zwischen ihm und dem Kronprinzen schärfer und unversöhnlicher. Einige Reden und Gegenreden, die an und für sich sehr fein und zugespitzt waren, wollte der Fürst bei der Korrektur meines Manuskripts im November 1896 gar nicht mehr gelten lassen, und strich dieselben mit unbarmherzigem Bleistift ganz durch. Verschiedene Nebenumstände, die nach der Erzählung des Fürsten vom 14. Oktober 1889 ein viel deutlicheres Licht auf die entschlossene Gesinnung des Kronprinzen, die Könige zu beugen, werfen konnten, fehlen sowohl in Busch' Tagebuch, wie auch um so viel mehr in Bismarcks Gedanken und Erinnerungen oder haben einen anderen Wortlaut; und endlich will ich nicht unbemerkt lassen, daß in der mir vom Fürsten gegebenen Darstellung jede Beziehung zu dem Tagebuch des Kronprinzen, wie sie bei Busch und damit übereinstimmend in den „Gedanken und Erinnerungen“ hervortritt, vermieden wurde. Ich erinnere mich vielmehr, daß ich das kronprinzliche Tagebuch in fragender Form erwähnte, der Fürst aber schlechterdings darauf nicht antwortete. Ich empfing den Eindruck, der Fürst halte seine im Jahre zuvor im Immediatbericht ausgesprochene Ueberzeugung schon nicht mehr aufrecht.

Bald nach meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck hatte ich Gelegenheit, mit Gustav Freytag zusammenzutreffen, dem ich die Frage stellte, wie er die Erzählung Bismarcks mit demjenigen vereinigen könnte, was er selbst in Petersbach von dem Kronprinzen erfahren haben wollte. Ich bezeichnete es nicht für unmöglich, daß nach so langer Frist vielleicht doch ein Irrthum unterlaufen sein könnte, und daß der Kronprinz zur Zeit des Petersbacher Gesprächs noch nicht ganz entschieden in der Kaiserfrage gewesen sein könnte, so daß er sich vielmehr die Argumente Freytags angeeignet und dann gegenüber von Bismarck benützt hätte. Allein Freytag war seinerseits so sicher und so wenig geneigt, auch nur um Haaresbreite von seiner Darstellung der Meinung des Kron-

prinzen abzuweichen, daß der erzürnte Dichter sich sogar zu einem Vers über den Staatsmann hinreißen ließ, den ich nicht wiederholen möchte. Außerdem behauptete Freytag, seine Erzählung beruhe auf einer Niederschrift, die er sogleich an Ort und Stelle in sein Tagebuch eingetragen hätte. Was endlich die Ansichten des Kronprinzen in der Zeit des französischen Krieges beträfe, so schlug mir Freytag noch außerdem vor, den Herzog von Coburg, in dessen kleinem Palais in Gotha wir eben beisammen waren, um seine Meinung zu fragen. Dies geschah noch am selben Abend, und der Herzog wiederholte, was er mir schon bei der Lektüre des Tagebuchs versicherte, daß er sich bestimmt erinnere, wie der Kronprinz zwar in früheren Jahren nicht viel von der Herstellung des Kaiserthums wissen wollte und namentlich in 1866 nicht dafür gewesen sei, daß er aber im Jahre 1870 von Anfang an die Kaiseridee vertreten hätte und sich demgemäß in unzähligen Gesprächen auch vor seinen Herren im abendlichen Zirkel geäußert hätte. Man wird sich daher durch mancherlei Gerede nicht irre machen lassen, welches in Versailles in Kreisen deutscher oder englischer Zeitungskorrespondenten stattfand und wovon ein gewisser Mr. Austin in dem französisch gesinnten Spectator allerlei Abenteuerliches erzählte.

Entscheidend können in diesem Gewirr seltsamer Nachrichten selbstverständlich nur gleichzeitige schriftliche Ueberlieferungen sein, und ich bin hier in der glücklichen Lage, zum ersten Male, so viel mir bekannt ist, auf einen gleichsam urkundlichen Beweis für die Gesinnung des Kronprinzen in Betreff der Kaiserfrage verweisen zu können, in dessen Besitz ich durch das verantwortungsvolle Vertrauen gesetzt bin, mit welchem Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Baden meine Studien über die Entstehung des deutschen Kaiserthums von 1871 seit Jahren großmüthig unterstützt hat.

Die erste amtliche Anregung, das deutsche Kaiserthum wiederherzustellen, ist in der Denkschrift der badischen Regierung zum Ausdruck gekommen, welche nach brieflichen Weisungen des Großherzogs aus Lampertsheim vom 23. und 28. August am 2. September in Berlin, und gleichzeitig dem preußischen Gesandten in Karlsruhe übergeben wurde. Vor diesem Datum ist mir eine offizielle Erwähnung der Kaiserfrage bis jetzt nicht bekannt geworden. Da nun aber von Seiten der preußischen Regierung eine Beantwortung der aufgestellten Frage zunächst nicht erfolgte, so setzte sich der Großherzog mit dem Kronprinzen in eine Korre-

spondenz, an welcher auch die Frau Großherzogin theilnahm und an die ein Brief des Kronprinzen gerichtet ist, aus welchem seine Stellung zur Kaiserfrage klipp und klar hervorgeht.

Am 30. September hatte der Kronprinz eine Unterredung über das Kaiserthum mit dem Könige zu Ferrières; am 5. Oktober traf das Hauptquartier des Königs in Versailles ein, am 6. erwähnt das Tagebuch eine Unterredung mit Bismarck und am 10. heißt es daselbst: „Bismarck faßt die Kaiserfrage ins Auge, sagt mir, er habe 1866 gefehlt, sie gleichgiltig behandelt zu haben, er habe nicht geglaubt, daß das Verlangen im deutschen Volke nach der Kaiserkrone so mächtig sei, als es sich jetzt herausstelle, und besorgt nur Entfaltung großen Hofglanzes, worüber ich ihn beruhige. Der Herzog von Coburg will Wahl durch die Fürsten, die an die Stelle der Kurfürsten treten."

Selten gelingt es nun wohl der Geschichtsschreibung, eine so unbedingt und sichere Bestätigung einer Aufzeichnung chronistischer Art beibringen zu können, als dies durch den folgenden Brief des Kronprinzen vom 15. Oktober an seine Schwester, die Großherzogin Luise, von Versailles aus geschieht. Es heißt darin:

„. . . meine Gedanken sind bei jedem Erfolg, bei jedem Erlebniß immer mit Dir und Fritz gewesen . . ."

„Jetzt will ich mich an die Beantwortung Deiner politischen Fragen machen, bemerke aber noch zuvor, daß ich die Dinge seit einigen Tagen als in einer guten Bahn fahrend betrachte, sodaß ich gegründete Ursache habe, anzunehmen, daß wir einen festen Bund hier in Versailles erst mit Abgesandten, dann mit Fürsten selbst schließen, dem Kaiser und Reich auch noch hier unmittelbar folgen müssen. Mit Dir stimme ich vollkommen darin überein, daß der neue Bund hier auf dem Kriegsschauplatz geschlossen werden muß, weil sonst nach der Heimkehr auf vaterländischem Boden sofort die alten Häckeleien wieder erwachen, namentlich wenn die Begeisterung sich gelegt haben wird.

Bismarck will die endliche Einigung Deutschlands; soweit man überhaupt für seine Ansichten aufkommen kann, zweifle ich nicht an seiner Aufrichtigkeit hierin. Ebenso will er die Kaiserfrage regeln, mithin sind unsererseits keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten, umsomehr, als ich Papa kürzlich auf die unabweisliche Kaiserfrage angeredet habe, ihm klar machte, daß dieselbe nicht mehr zu umgehen oder abzuweisen sei, aber der preußischen Krone dadurch keineswegs zu nahe getreten wird, vielmehr ähn-

lich wie in Oesterreich, Kronen nebeneinander bestehen könnten. Bismarck hat auch bereits hier seinen Vortrag gehalten, und wäre denn soweit das Eisen geschmiedet. Ich thue mein Mögliches, um die Augen offen zu halten, und werde nichts unterlassen, um endlich diese große Frage hier auf französischem Boden zu Ende zu führen. Ich mache mir nicht die geringste Illusion über die Schwierigkeiten, die alle Augenblicke sowohl hier als auch künftig im Vaterlande bei fernerer Regelung der Reichsfrage entstehen werden. Preußischer Partikularismus wird das Seinige ebenso als Hemmschuh, wie auch die süddeutschen Staaten leisten; und es wird beständig lavirt werden müssen. Doch ist der Kaiser einmal da, dann ist ein Faktum für Deutschland und die Welt eingesetzt, gegen welches nicht mehr angestürmt werden kann, und werden die Schwierigkeiten sich unter solcher Krone jedenfalls leichter beilegen lassen, als auf dem entsetzlichen Wege weiterer Vereinbarungen. Ein allgemeiner Reichstag mit fürstlichem Ober- und Staatenhause müssen wir sofort verlangen, und bin ich eben dabei, mir die Bedingungen seiner Zusammensetzung klar durchzudenken. Ich glaube, daß jetzt der letzte Augenblick herbeigekommen ist, um ein Zweikammersystem noch einzuführen, dessen wir namentlich den allgemeinen Wahlen gegenüber bedürfen.

Genau läßt sich die Dauer dieses heillosen Krieges nicht berechnen; aber Metz und Paris können sich unmöglich lange mehr dem Hunger gegenüber halten, sodaß der Fall beider Städte nur noch Sache einiger Wochen sein kann. Wie man dann ein élement findet, mit welchem man Frieden wird schließen können, weiß Gott; und könnte es daher wohl zu einer längeren Okkupation Frankreichs durch deutsche Truppen kommen .... Von Elsaß will ich nicht dabei reden, da natürlich dort gleich energische Einrichtungen zur Festhaltung und Vertheidigung müssen getroffen werden. Ich bin der Meinung, jenes Land (inkl. Metz) als Reichsland zunächst zu verwalten und Niemand speziell zu geben.

Ewig Dein treuester Bruder
Friedrich Wilhelm."

Niemand wird den Inhalt dieses schönen Briefes anders verstehen können, als daß sich der Kronprinz in der hohen und höchsten Gesellschaft, die in Versailles jetzt versammelt war, als den haupt-

sächlichen Träger des Gedankens betrachtet und zu erkennen giebt, wonach dahin zu streben wäre, das Kaiserthum aufzurichten. Und er spricht dies in einem Briefe aus, der in vertraulichster Weise an seine Schwester gerichtet ist und nur den Zweck verfolgen kann, den Großherzog von Baden in seinen gleichen Bestrebungen zu stärken und zu ermuntern. Irgend welche äußere Rücksichten oder Nebengedanken konnten also hier nicht entfernt bezwecken, die strengste Wahrheit zu umgehen. Für das Gespräch, welches die „Gedanken und Erinnerungen“ im Auge haben mochten, bleibt mithin in der Zeit, wo der Kronprinz und Fürst Bismarck in Versailles sich wieder zusammengefunden hatten, kein Raum. Und es erhebt sich mithin die Frage, in welcher früheren Epoche der großen Ereignisse und Vorsätze eine solche jedenfalls weniger freundliche Unterredung zwischen den beiden hohen Herren stattgefunden haben mag, aus welcher sich der Bodensatz einer ungünstigen Meinung des Kronprinzen über die Kaiseridee bei dem Fürsten entwickeln konnte. Denn daß dieser von der unzweifelhaften Richtigkeit seiner Meinung und seines Urtheils in dieser Sache felsenfest überzeugt war, wird Niemand bezweifeln, der dem Fürsten zugehört hat, wenn er die erregte Szene schilderte.

Hier darf ich vielleicht noch einen Umstand hervorheben, der eine Vermuthung über den Zeitpunkt zuläßt, an welchem der fatale Streit sich abgespielt haben könnte. Es wird als keine Indiskretion angesehen werden, wenn ich aus meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck noch das eine hinzufüge, daß er erzählte, es habe das Gespräch zwischen ihm und dem Kronprinzen stattgefunden, als sie zusammen über eine Wiese ritten. Der Fürst stellte sehr lebendig dar, wie sich die beiden Herren so sehr in Eifer geredet haben, daß der Kronprinz die Führung des Pferdes verlor. Das Terrain sei sehr unsicher und die Wiese mit Abzugsgräben durchzogen gewesen, so daß der Fürst den Kronprinzen aufmerksam machen zu sollen meinte, ja vorsichtig zu sein. Der Kronprinz sei aber ganz erfüllt davon gewesen, daß man die Gegner seines historisch-politischen Systems zur Nachgiebigkeit zwingen müsse, worüber dann der Fürst in einige sehr heftige Aeußerungen ausbrach, die er aber in meinem Manuskript ganz und gar dick durchstrichen hat. Ich kann aber aus meiner Erinnerung noch mittheilen, wie der Fürst bei Darstellung der Szene recht bewegt und an dem Zittern seiner Stimme wohl zu bemerken war, daß hier unbedingt ein Nachklang eines nicht unerheblichen Wortwechsels

sich noch geltend machte. Wenn man diese ganze Situation bedenkt, so kann nicht bezweifelt werden, daß das in den „Gedanken und Erinnerungen“ erwähnte Gespräch sicher stattfand. Dagegen muß es einige Bedenken erregen, daß das auf der Wiese während eines Spazierrittes geführte Gespräch den Charakter eines „ernstlichen und geschäftlichen Verlangens“ gehabt hätte, dessen „Inangriffnahme durch den Kanzler vom Kronprinzen gewünscht wurde.“ Es liegt vielmehr sehr nahe anzunehmen, daß der Kronprinz seiner Ungeduld, es möchte endlich etwas in der Kaiserfrage geschehen, durch allerlei drastische Beispiele aus der Geschichte Ausdruck gab, während der Kanzler sich bekanntlich überhaupt von den nicht dazu vollgiltig legitimirten Fürstlichkeiten immer sehr ungern mahnen und geschäftlich beeinflussen ließ. Man wird es daher als einen Beweis von Scharfsinn rühmen dürfen, wenn manche Kritiker, wie beispielsweise Dr. August Eigenbrodt in einem hübschen Aufsatz über diesen Gegenstand, auch ohne alle Kenntniß von Akten, zu der Schlußfolgerung kamen, daß das Gespräch in eine sehr frühe Zeit zu setzen sein müßte. Vielleicht spielte in der Vorstellung Bismarcks auch die Erinnerung mit, daß der Kronprinz in früheren Jahren, wie 1866, für das Kaiserthum sicher nichts übrig hatte. Zunächst ließe sich an den 3. September als Datum des streitbaren Gesprächs denken; Gustav Freytag wollte aber wissen, daß der Kronprinz den Fürsten Bismarck auf der Fahrt nach Nancy in das Hauptquartier des Königs am 20. August gesprochen hätte. Die Bemerkung über die hier vorgekommenen Begegnungen im kronprinzlichen Tagebuch klingen freilich außerordentlich friedlich. Indessen kann ich mich erinnern, daß auch mir gegenüber der Fürst in der höchst anschaulichen Schilderung, die er von dem Ritt über die Wiese gemacht hat, einmal von der Gegend um Nancy sprach. Auf eine ruhigere Zeit als diese wies indessen gleich darauf die Bemerkung des Fürsten hin, daß er an dem Abend des Tages, an dem das Gespräch stattfand, zu seinen Tischgenossen gesagt hätte, er begriffe gar nicht, von wem diese Ansichten des Kronprinzen stammen mögen. Wenn bei Busch dem Fürsten die geradezu unbegreifliche Behauptung unterschoben wird, daß dieselben „aus Baden“ gekommen wären, so beweist dies die Unverläßlichkeit dieses traurigen Buches auch in diesem Falle. Denn daß Bismarck jemals hätte glauben können, daß Baden zu den Gegnern des Kaiserthums zu rechnen gewesen sei, ist nach Allem, was urkundlich vorliegt, schlechterdings undenkbar.

Glücklicher Weise ist es nicht erheblich, an welchem Tage der geschilderte Streit zwischen dem Kronprinzen und dem Fürsten Bismarck vorkam, wichtig für beide Theile ist nur dies, daß der Stand der Ueberlieferung eine brauchbare Bedeutung weder für die Denkungsweise, noch auch für die Absichten, weder für den Kronprinzen, noch für den Fürsten hat. Das Gespräch hatte weder irgend welche Folgen noch auch einen politisch und psychologisch tiefgreifenden Werth. Sachlich richtig ist nur dies, daß die Gegnerschaft des Kronprinzen gegen die Herstellung des Kaiserthums mehr in das Jahr 1866, als in das Jahr 1870 zu setzen sei. Was aber seine Verwendung der Argumentation Gustav Freytags gegenüber von Bismarck betrifft, so wüßte ich von meinem geringen Standpunkt aus keine andere Erklärung zu geben, als daß hier ein ganz unglückliches Mißverständniß obwaltete. Die beiden auf der Wiese reitenden Herren scheinen in ihrem Eifer nicht genau gehört zu haben, was der Eine und der Andere als seine Meinung und als die Meinung dritter Personen angeführt hatte. Gewiß wird der Kronprinz, wenn er nicht seinen treuen Freytag als Gewährsmann nennen wollte, da Bismarck diesen Namen nicht gerne hörte, die weit verbreiteten Ansichten des Herrn von Sybel referirt haben, womit er nicht gesagt haben wollte, daß er dieselben theilte. Hingegen hatte der Fürst nachweislich, wie aus den badischen Korrespondenzen hervorgeht, Anfangs September noch so gut wie gar keine Entschlüsse über die Art und Weise und die Entwicklung der Reichs- und Kaiserfrage gefaßt, und es ist nur zu bekannt, wie unangenehm ihm das Mitreden von fürstlichen Personen, ganz besonders auch des Kronprinzen, war. Und so bewies denn diese ganze Angelegenheit, wie schwer es den beiden Charakteren geworden ist, sich über geschäftliche Dinge zu verständigen. So lange die Geschichte der Kaiserfrage in ihrer verschiedenen Stufenfolge im deutschen Publikum so gut wie unbekannt geblieben war, scheint auch der Fürst wenig an die Stellung des Kronprinzen zu derselben gedacht zu haben. Als aber das Tagebuch des Kronprinzen den Zorn Bismarcks wachrief, so suchte sein Gedächtniß alle möglichen Umstände zusammen, welche in wenig chronologischer Ordnung sich auf die mit dem Kronprinzen gepflogenen Gespräche bezogen haben. Die berechtigte Empfindung, daß in den ganz unsicher veröffentlichten Tagebuchblättern des Kronprinzen die Wirksamkeit und Verdienste Bismarcks um Reich und Kaiserthum nicht entsprechend zur Erscheinung kamen, führte den Aufbau einer Erzählung herbei,

bei welcher die Zeiten und Gelegenheiten vermischt, Ansichten verschiedener Personen verwechselt und nur das Eine feststand, daß eine Verständigung über die Frage zwischen dem Kronprinzen und Kanzler anfänglich nicht stattgefunden, sondern erst als ein erfreuliches Ergebniß der vollbrachten Thatsachen sich darstellte. Die Ueberlieferung des ganzen Streitfalles hat aber wenig Werth und beweist nur, daß die Begründung des deutschen Reiches viel harte Kämpfe in den entscheidenden Kreisen verursachte, von denen mein nächstens erscheinendes Werk ein wahrheitsgetreues Bild geben soll.

*) Zum Schlusse will ich nicht unterlassen, aus meiner Unterredung mit dem Fürsten Bismarck vom 14. Oktober 1889 noch eine Aufklärung zu einer bei v. Sybel vorkommenden Erzählung beizubringen (vergl. V, 396). Auch mir erzählte Bismarck nämlich die rührende Szene mit von der Pfordten, bei welcher schließlich eine Umarmung stattfand. Außerdem traten dem Letzteren, als er erfuhr, daß Bismarck Bayern nicht zu schädigen beabsichtigte, die Thränen in die Augen. Aber die ganze Sache spielte nicht, wie Herr von Sybel behauptet, in Berlin, sondern in Nikolsburg, und es ist sehr erklärlich, daß Graf Berg (s. „Denkwürdigkeiten“ S. 101) von der Umarmung nichts bemerkt hat. In Bezug auf meine Ueberlieferung von der berühmten Umarmung möchte ich noch hinzufügen, daß der Fürst sie in meiner Niederschrift für richtig befunden haben muß, weil er die betreffende Stelle ohne jede Bleistiftkorrektur gelassen hat.

Das Finanzsystem Witte.

Von

Paul Rohrbach.

II.

Die russische Einfuhr an Industrieprodukten oder Rohstoffen zu industrieller Bearbeitung muß gedeckt werden durch eine Ausfuhr, an der die Industrie nur einen verschwindend geringen Antheil hat; sie besteht zu fünf Siebenteln (etwa 900 Millionen Mark) aus Produkten der Landwirthschaft, daneben Petroleum und Holz (etwa 172 Millionen Mark), endlich Zucker (33 Millionen Mark). Der Stand der Landwirthschaft, ob sie vorwärts-, ob sie zurückschreitet, ist daher für die Beurtheilung der Zukunft Rußlands und im Besonderen seiner Finanzen fundamental.

Die hauptsächlichsten Unterlagen für diesen Abschnitt bietet neben den beiden bereits im vorigen Hefte benutzten Arbeiten von Scharapow und Butmi in erster Linie das höchst bemerkenswerthe, vor kurzem (1901) erschienene Werk: Der Zustand der russischen Landwirthschaft im Vergleich mit anderen Ländern, von Peter Lochtin. Dieses Buch giebt zum ersten Male eine mit unendlichem Fleiß und außerordentlicher Uebersichtlichkeit gearbeitete Zusammenfassung des großen, aber bisher sehr zerstreuten und zersplitterten Materials zur Beurtheilung des Standes der Landwirthschaft in Rußland, auf deren Kenntniß es gerade in entscheidendem Maße ankommt, wenn man zu einer brauchbaren Gesammtanschauung der wirthschaftlichen Lage des Reiches gelangen will.

Lochtin unternimmt zuerst eine Berechnung des Prozentsatzes, den die russische Bauernschaft innerhalb der Gesammtbevölkerung des Reiches ausmacht. Er bestimmt ihn auf 76,1 Prozent (die gesammte landwirthschaftliche Bevölkerung, also mit Einschluß ihrer nichtbäuerlichen Angehörigen, auf einen etwas höheren Betrag, 77,8 Prozent.)

Zur Orientirung seien einige Vergleichszahlen auch für andere Länder hergesetzt. Die landwirthschaftliche Bevölkerungsquote beträgt in:

Rußland	77,8	Prozent
Rumänien	77,6	„
Ungarn	76,5	„
Schweden	75	„
Spanien	73	„
Bulgarien	72	„
Italien	60	„
Oesterreich	55,9	„
Vereinigte Staaten . . .	47,3	„
Frankreich	46	„
Deutschland	35,5	„
Großbritannien und Irland	17	„

Man sieht also, daß Rußland trotz seines hohen landwirthschaftlichen Prozentsatzes immerhin noch mit diesem nicht allein steht, sondern zu einer ganzen Gruppe gleichartig konstituirter Staaten gehört.

Es fragt sich nun, wie viel Land dem ackerbauenden Theil der Bevölkerung pro Kopf zur Verfügung steht. Lochtin giebt auch hierfür eine vergleichende Tabelle, der ich folgende Angaben entnehme. Es beträgt die Quote an *faktisch kultivirtem Ackerland* auf den Kopf

	der landwirthschaftlichen Bevölkerung		der Gesammtbevölkerung	
Vereinigte Staaten .	4,40	Desjatinen*)	2,11	Desjatinen
Bulgarien	2,82	„	2,05	„
Rußland	2,59	„	2,01	„
Frankreich	1,81	„	0,82	„
Spanien	1,80	„	1,30	„
Deutschland	1,75	„	0,62	„
Oesterreich	1,26	„	0,68	„
Schweden	1,22	„	0,92	„
Rumänien	1,11	„	0,86	„
Italien	1,01	„	0,62	„
Ungarn	0,96	„	0,73	„
Britisch-Indien . . .	0,54	„	0,32	„
Japan	0,28	„	0,14	„

*) Da eine Desjatine annähernd gleich einem Hektar ist, und es sich hier wie in den folgenden Tabellen fast nur um Verhältnißzahlen handelt, so habe ich von einer jedesmaligen speziellen Umrechnung der Desjatinen in Hektare absehen zu dürfen geglaubt.

Abgesehen von den Vereinigten Staaten und Bulgarien steht also Rußland mit seiner Landquote pro Kopf sowohl der ackerbauenden als auch der Gesammtbevölkerung weitaus an der Spitze aller derjenigen Länder, in denen die Agrarkultur überhaupt eine erhebliche Rolle spielt.

Es betrug ferner der mittlere Umfang der landwirthschaftlichen Betriebe in den

Vereinigten Staaten . .	44,1	Desjatinen
Rußland	21,3	"
Spanien	9,7	"
Deutschland	8,2	"
Frankreich	7,06	"
Italien	5,2	"
Japan	0,75	"

Von den russischen Bauernhöfen besitzen:

Bis zu 5 Desjatinen . .	10,6	Prozent
5—10 " . . .	26,4	"
10—15 " . . .	39,2	"
15—20 " . . .	12,2	"
mehr als 20 " . . .	11,6	"

Die mittlere Größe jedes einzelnen bäuerlichen Besitzthums in Rußland beträgt also 12,5 Desjatinen oder etwas über 13 Hektar.

Während die Zahl der kleinen bäuerlichen Betriebe mit einem Landbesitz von weniger als 5 Desjatinen in Rußland nur 10,6 Prozent der Gesammtzahl beträgt, entfallen auf diese Größenklasse in Frankreich und Deutschland mehr als drei Viertel aller Bauerngüter. Von einem Mangel an Land in Rußland zu sprechen, erscheint also, wenn man die Größe sowohl des auf den Kopf entfallenden Landantheils als auch der durchschnittlichen Bauernwirthschaft ansieht, schlechthin als absurd. Einzig und allein die Vereinigten Staaten von Nordamerika verfügen über eine noch größere durchschnittliche Landquote für die Wirthschaftseinheit, als Rußland sie besitzt; allen andern Staaten gegenüber erscheint Rußland nach dieser Richtung hin weit überlegen.

Das überaus günstige Größenverhältniß der Landantheile mit Rücksicht auf die Menge der bäuerlichen Bevölkerung soll nun nach der Behauptung mancher russischer Stimmen dadurch merklich in seiner Bedeutung abgeschwächt werden, daß der Ackerbau in Rußland

angeblich unter besonders ungünstigen klimatischen Bedingungen erfolge — und zwar handelt es sich dabei wesentlich um die zum Heranreifen des Getreides nöthige Wärmemenge und um die Quantität und Vertheilung der Niederschläge. Thatsächlich sind die Verhältnisse nach beiden Richtungen hin durchaus genügend. Ueberall, wo im europäischen Rußland Getreidebau getrieben wird, dauert die Vegetationsperiode länger, als für das Heranreifen der Saaten nöthig wäre. Daß irgendwo in der bekanntlich sehr ausgedehnten Ackerbauzone die Ernte wegen der Kälte nicht zur Reife gelangt wäre, davon hat nie und nirgends in Rußland ein Mensch etwas gehört. Was die angeblich zu geringe Niederschlagsmenge betrifft, so gilt z. B. in den Vereinigten Staaten bei den praktischen Landwirthen der Satz, daß während der eigentlichen Vegetationsperiode als Minimum der Betrag von 8 Zoll oder 204 cm Regenfall nicht unterschritten werden dürfe. Es haben nun aber in Rußland während der Monate Mai bis September (im April ist der Boden überall noch vom Wasser des geschmolzenen Schnees durchtränkt) die einzelnen Gebiete folgende Niederschlagsmengen aufzuweisen:

St. Petersburg	271	mm
Moskau	302	„
Kijew	283	„
Poltawa	280	„
Nischnij Nowgorod	298	„
Perm	266	„
Odessa	206	„
Tiflis	290	„
Astrachan	77	„
Baku	46	„

In dieser Tabelle heben sich die Orte mit einem wirklich trockenen Sommer sehr scharf ab. Sie repräsentiren aber nur den äußersten Südosten Rußlands, während sonst überall auf dem weiten Raume zwischen der Ostsee und dem Ural, zwischen der nördlichen Waldzone und dem Kaukasus die Niederschlagsmenge theils hinreicht, theils überreichlich ist, um das Wachsthum des Getreides zu sichern. Zwischen Westeuropa und Rußland besteht nach dieser Richtung hin theils gar kein, theils ein höchst unbedeutender Unterschied, und wo eine Differenz zu Ungunsten Rußlands wirklich bis zu einem gewissem Grade vorhanden ist, wird sie dadurch reichlich

ausgeglichen, daß die Menge des in den Boden eingesickerten Schneewassers zu Beginn der Vegetationsperiode in Rußland größer ist als im Westen.

Schließlich wird von interessirter Seite bisweilen auch noch als auf einen gewichtigen Faktor zu Ungunsten Rußlands, der bei Vergleichen mit anderen Ländern herangezogen werden müsse, auf die geringe Dichtigkeit seiner Bevölkerung hingewiesen. Diese angebliche geringe Dichtigkeit ist aber in besonders auffallendem Maße nur dann vorhanden, wenn man die Durchschnittsziffer für das gesammte europäische Rußland, dessen nördliches Drittel ja bekanntlich fast unbevölkert ist, unter Einbeziehung dieser menschenarmen Landestheile errechnet. Zieht man aber nicht diese ganz fiktive Durchschnittszahl in Betracht, sondern die Bevölkerungsdichtigkeit derjenigen Theile, um die es sich bei den hier angestellten Vergleichen überhaupt allein handeln kann, so ergiebt sich keineswegs ein besonders bemerkenswerther Unterschied zwischen Rußland und Europa. Es leben auf einer Quadratwerst (eine Werst ist ziemlich genau gleich einem Kilometer):

Bulgarien	37	Menschen
Mecklenburg-Schwerin . .	39	„
Spanien	40	„
Kärnten	41,9	„
Rumänien	46,8	„
Pommern	59,3	„
Ostpreußen	61,6	„
Frankreich	81,5	„
Bayern	81,4	„

Aehnliche Zahlen finden sich auch in Rußland. Auf der Stufe von Mecklenburg-Schwerin stehen z. B. 11 von den 50 Gouvernements, auf der von Rumänien 12, auf der von Pommern 6; selbst darüber hinaus mit 60 bis 80 Einwohnern auf die Quadratwerst, also nicht erheblich unter Frankreich, giebt es noch 5 Gouvernements. Dabei ist das dichtbevölkerte Polen (wie überhaupt nirgends bei dieser ganzen Untersuchung der agraren Verhältnisse in Rußland) nicht mit herangezogen. Die undicht bevölkerten Gouvernements repräsentiren garnicht das russische Ackerbaugebiet, sondern sie liegen, gewaltige Flächenräume einnehmend, im walderfüllten Norden und in der dürren Steppenregion des Südostens.

Diese Reihe von Vergleichen wird gezeigt haben, daß merk-

liche Unterschiede zu Ungunsten Rußlands in den äußeren Existenzbedingungen für die russische Landwirthschaft anderen Ländern gegenüber nicht existiren. Es fragt sich nunmehr also, welches die Ergebnisse der Getreideernte in Rußland verglichen mit anderen Ackerbaugebieten sind.

Lochtin zeigt nun, daß die mittlere Ernte im europäischen Rußland von der Desjatine (ohne die Kartoffeln) 30,3 Pud (das Pud 16,4 kg) beträgt, und das im Einzelnen der Jahresertrag von der Desjatine sich zwischen 20,5 und 41,1 Pud bewegt, d. h. daß er Schwankungen im Verhältniß von 1 : 2 unterworfen ist. Lochtin hat die 16 Jahre von 1883 bis 1898 zur Grundlage seiner Berechnungen gemacht. Während dieser Jahre betrug der Reinertrag der Ernte, nach Abzug des Saatgutes, 9 Mal zwischen 20 und 30 Pud und 7 Mal zwischen 30 und 41 Pud pro Desjatine.

Vergleichen wir mit diesen Ernteergebnissen in Rußland diejenigen einer möglichst großen Reihe anderer Länder.

Es betrug der mittlere Ertrag aller Getreidearten zusammengerechnet in:

	Ertrag	davon Saatgut in Prozent
Belgien	128,5 Pud	7,3
England	123,4 „	7,3
Japan	115,7 „	3,5
Norwegen	120,2 „	8,4
Holland	113,7 „	9,0
Dänemark	110,6 „	9,6
Schweden	95,0 „	10,4
Argentinien	88,6 „	6,3
Kanada	87,1 „	6,1
Vereinigte Staaten	83,2 „	5,3
Ungarn	83,1 „	10,3
Griechenland	78,0 „	7,7
Frankreich	80,5 „	10,8
Britisch-Indien	74,0 „	4,0
Uruguay	75,8 „	6,3
Deutschland	74,8 „	14,0
Spanien	72,0 „	9,7
Oesterreich	69,3 „	14,1
Rumänien	64,2 „	10,4
Bulgarien	57,6 „	9,8
Italien	57,5 „	10,0
Australien	53,6 „	6,7
Algier	50,1 „	12,0
Serbien	50,2 „	12,3

Im europäischen Rußland dagegen macht der Ertrag der Ernte aus:

	Ertrag	davon Saatgut in Prozent
Im Mittel	**38,8** Pud	**21,9**
bestenfalls	49,5 „	17,0
schlimmstenfalls . . .	29,0 „	29,3
das Mittel der übrigen Länder	83,7 „	8,5

Hierzu bemerkt Lochtin sehr treffend: „Es giebt also kein Land auf der Welt, in welchem der Ernteertrag von der Flächeneinheit geringer wäre, als in Rußland, oder mit anderen Worten, in dem der Ackerbau schlechter betrieben würde, als in Rußland.“ In der Thai, der Unterschied, den die Tabelle zwischen Rußland und allen übrigen Staaten aufweist, ist kaum mehr als ein bloß gradueller zu bezeichnen, sondern als ein spezifischer. Besonders kraß tritt das im Verhältniß von Aussaat und Ernte hervor. In Rußland beträgt die Aussaat im Mittel 22 Prozent des Ernteertrages, d. h. es wird noch nicht das fünfte Korn geerntet, während der Ertrag im Durchschnitt der übrigen Länder fast das zwölfte Korn ausmacht. In Rußland wird auf die Flächeneinheit ein von 50 bis 70 Prozent geringerer Ertrag geerntet, als selbst in Ländern, die zur Landwirthschaft so ungeeignet sind, wie Australien und Algier, ja es steht noch tief unter Serbien mit seinen primitiven landwirthschaftlichen Verhältnissen. Die eigentlichen landwirthschaftlichen Kulturgebiete in Europa und Amerika weisen dagegen einen um das Doppelte, Drei- und Vierfache größeren Ertrag von der Flächeneinheit auf. Was die Aussaat betrifft, so lehrt eine weitere Tabelle Lochtins, daß die Menge des für sie verwandten Kornes in Rußland nicht etwa geringer ist als anderswo, sondern die Geringfügigkeit dieses Ertrages rührt daher, daß bei der überaus schlechten Bodenbestellung der größte Theil des Saatgutes nutzlos verloren geht. Vier Fünftel der Samen gelangen in Rußland überhaupt nicht zu Keimung und Wachsthum, und auf diese Weise kommt Jahr für Jahr ein Betrag von 300 bis 400 Millionen Pud um — welche Masse hinreichen würde, um 15 bis 20 Millionen Menschen zu ernähren.

Trotz ihres für Rußland trostlosen Aussehens spricht die mitgetheilte Tabelle aber immer noch nicht das letzte

und schlimmste Wort über die russische Landwirthschaft. Sie beruht darauf, daß sie überall den Ertrag des gesammten Kulturlandes zur Grundlage der Berechnung nimmt, d. h. sowohl des zur Zeit wirklich unter dem Pfluge befindlichen Ackers, als auch der Brache. In Rußland macht bei dem dort herrschenden Wirthschaftssystem die jeweilige Brache 30 Prozent des Ackerlandes aus, während in der großen Mehrzahl der anderen Länder das primitive Landwirthschaftssystem mit Brache, zumal einer so umfangreichen Brache, längst verlassen ist und einer rationellen, möglichst weitgehenden gleichzeitigen Ausnutzung der gesammten anbaufähigen Bodenfläche Platz gemacht hat. Dadurch sinkt der faktische Mittelertrag von der Desjatine in Rußland sogar auf nur 29,8 Pud, und der des Ueberschusses der mittleren Ernte über die nothwendige Aussaat auf 23,3 Pud. Zieht man die Brache mit in Betracht, so ergeben sich für die Desjatine folgende Ziffern für den Reinertrag der Ernten nach Abzug der Aussaat:

Belgien	115,7	Pud
England	112,1	„
Holland	101,8	„
Dänemark	92,8	„
Schweden	74,8	„
Deutschland	62,9	„
Frankreich	62,5	„
Britisch-Indien	60,0	„
Rußland	**23,3**	„

Die höchsten russischen Ernten sind also immer noch um ein mehrfaches niedriger als die Mittelernten anderer Länder. Ebenso steht es mit dem Saatgut: Im besten Falle kommen in Rußland immer noch zweimal mehr Samen nutzlos um, als im Mittel sonstwo in einem Kulturlande. Rußlands gesammte Getreideernte in Europa (immer abzüglich Polens, Finnlands und des Kaukasus) beträgt 1,8 Milliarden Pud, ohne Aussaat; sie würde, wenn sich die Ackerbaukultur in Rußland auf die Stufe Schwedens, Frankreichs oder Deutschlands erhöbe, auf das Dreifache steigen!

Fast in jedem anderen Lande der Welt würde man solche Ernten, wie sie in Rußland üblich sind, ja selbst noch die besten, die dort vorkommen, unbedenklich als Mißernten bezeichnen. Wie mag nun vollends eine russische Mißernte aussehen?

Angenommen als Mißernte sei derjenige Ertrag anzusehen,

der unter dem Mittel der 16 Jahre Lochtins 1883 bis 1898 bleibt. Alsdann hat es in Rußland ungenügende Ernten gegeben:

Für alle Getreidearten	9	Mal
Roggen	7	"
Winterweizen	6	"
Sommerweizen	8	"
Hafer	9	"
Gerste	7	"
Buchweizen	7	"
Kartoffeln	9	"

Man hat sich daran gewöhnt, als eine russische Mißernte nur das anzusehen, wobei es in mehr oder minder ausgedehnten Theilen des Reiches zu Hungersnöthen und zu der Nothwendigkeit staatlicher Unterstützung im Großen kommt. Sieht man als eine Mißernte oder zum Mindesten doch als eine unbefriedigende Ernte jeden Fall an, der unter dem Mittel bleibt, so zeigt sich also, daß die mangelhaften Ernten in Rußland die Regel und die besseren die Ausnahme bilden.

Lochtin giebt nun noch eine Tabelle über die Erträge der einzelnen wichtigeren Getreidearten sammt den Kartoffeln für Rußland und die übrigen Staaten. Ich greife nur einige wenige Beispiele heraus. Es betrugen, auf die Desjatine berechnet, die Ueberschüsse der Ernte über das nothwendige Saatgut pro Desjatine:

	Weizen	Gerste	Kartoffel
Vereinigte Staaten	50,3 Pud	67,0 Pud	— Pud
Frankreich	70,5 "	67,3 "	640 "
Deutschland	77,0 "	79,0 "	452 "
Ungarn	74,2 "	64,5 "	459 "
Rußland	**28,2** "	**35,7** "	**279** "

Der plötzliche Sturz in den Tabellen, sobald die Reihe an Rußland kommt, tritt also im Einzelnen bei Berücksichtigung der Hauptgetreidearten um nichts weniger schroff hervor, als wenn man die ganzen Ernten insgesammt der Vergleichung zu Grunde legt.

Sollte denn nun aber am Ende doch nicht irgend eine besondere in der Natur der Verhältnisse begründete, außerhalb des menschlichen Wollens und Könnens liegende Ursache vorhanden sein, die uns diesen unglaublichen Stand der Dinge in Rußland einigermaßen erklärte? Nicht die geringste! Es liegt einzig und allein

an den Menschen, d. h. an dem unglaublich schlechten landwirthschaftlichen Betriebe, wenn Rußland so ungünstig abschneidet. Bereits bei einem Vergleich der Ernten auf Bauernland und Gutsland ergeben sich ganz bemerkenswerthe Unterschiede. Die Ernten bei den Gutsbesitzern sind in günstigen Jahren um 20 bis 26 Prozent, in ungünstigen um 34 Prozent, 40 Prozent und in besonders markanten Fällen bis um 86 Prozent größer als bei den Bauern. In dem klassischen Miß- und Hungerjahre 1891 betrug der Durchschnitts-Reinertrag von der Desjatine bei den Gutsbesitzern 31,0 Pud, bei den Bauern 16,7 Pud, und, was das Entscheidende ist, die Unterschiede zwischen den Extremen guter und schlechter Ernte sind bei den Gutsbesitzern viel geringer als bei den Bauern; sie bewegen sich hier, in Verhältnißzahlen ausgedrückt, zwischen den beiden Grenzen von 100 : 153, dort zwischen denen von 100 : 228. Die entsprechende Erscheinung läßt sich auch bei dem Verhältniß von Aussaat und Ertrag wahrnehmen. So betrug in dem ausnahmsweise günstigen Jahre 1893 das Saatgut bei den Bauern 18,3 Prozent, bei den Gutsbesitzern nur 13,8 Prozent der Ernte. In dem Unglücksjahr 1891 dagegen waren die Ziffern auf Gutsland 19,7 Prozent, auf Bauernland 34,4 Prozent. Man sieht also, daß bei einem etwas besser geführten Wirthschaftssystem auch auf dem Ackerboden Rußlands die Verhältnisse sofort günstiger werden. Leider hat das praktisch für Rußland nur eine sehr geringe Bedeutung, weil die Menge des Gutslandes im Vergleich zum Bauernlande nur eine sehr geringe ist.

Von schlagendster Bedeutung sind nun aber vollends die Mittheilungen, die Lochtin über eine Reihe rationell bewirthschafteter russischer Güter und namentlich über deren Erträge während des Mißjahres 1891 giebt. Er nennt solche Güter aus den Gouvernements Tula, Orel, Kursk, Saratow, also aus Gouvernements, die allesammt als gefährdet gelten, und weist ziffernmäßig nach, daß bei gut geführter Wirthschaft die Ernte auf russischem Boden um nichts schlechter ist, als in landwirthschaftlich hochentwickelten Gebieten des Auslandes. Nur ein Beispiel von vielen. Im Gouvernement Tula, Kreis Krapiwno, liegt das Gut Krjukowka, W. A. Tulubjew gehörig. Die Ernteerträge betrugen pro Desjatine:

	Roggen	Hafer	Kartoffeln
1886 . . .	55,1 Pud	73,2 Pud	260 Pud
1887 . . .	86,6 „	61,0 „	500 „
1888 . . .	72,0 „	109,8 „	650 „

	Roggen	Hafer	Kartoffeln
1889 . . .	78,7 „	79,3 „	350 „
1890 . . .	81,2 „	85,4 „	680 „
1891 . . .	50,6 „	61 „	370 „
1892 . . .	63 „	36,6 „	701 „
1893 . . .	63 „	91,5 „	930 „
1894 . . .	90 „	91,5 „	600 „

Bei den benachbarten Bauern betrugen dagegen die betreffenden Ziffern:

1891 . . .	24 Pud	38,9 Pud
1892 . . .	28,4 „	17,1 „

Von einem anderen Gute im Gouvernement Tula, Kreis Nowosilsk: Mochowoje, J. J. Schatilow gehörig, liegen Erntestatistiken vom Jahre 1806 an vor. Die Durchschnittsziffer während des ganzen Jahrhunderts ist für Roggen 85,2, für Weizen 88,8 und für Hafer 102,5 Pud von der Desjatine. Solche Ziffern geben den Erträgen auf westeuropäischen Gütern mit rationeller Landwirthschaft nichts nach, und dabei sind gerade die beiden in Frage kommenden Gouvernements fast an allen russischen Mißernten der letzten Jahrzehnte betheiligt gewesen. Lochtin giebt auch die Quantität und Qualität der zur Anwendung gekommenen Düngung an; diese unterscheidet sich gleichfalls durch nichts Wesentliches von dem in Westeuropa nach dieser Richtung hin Ueblichen. Es besteht also die völlig klare und unzweifelhafte Thatsache, daß bei geeigneter intensiver Bewirthschaftung der russische Boden dem anderer Länder mit mehrfach höheren allgemeinen Ernteerträgen durchaus gleichwerthig ist. Folglich liegt es nur an dem schlechten landwirthschaftlichen Betriebe, namentlich von Seiten der Bauern, daß der Durchschnitt der russischen Ernten selbst in den günstigsten Fällen ein so unglaublich niedriger ist.

Welches sind nun im Einzelnen die Faktoren der Minderwerthigkeit russischer landwirthschaftlicher Kultur?

Zunächst die Erschöpfung des Bodens durch den fortgesetzten Getreidebau bei mangelhafter oder überhaupt nicht geübter Düngung. Dieser Mangel hängt seinerseits wiederum zusammen mit dem minimalen Viehbestande Rußlands. Lochtin hat eine Berechnung des faktischen und des für Rußland normaler Weise, nach dem Muster Deutschlands, Frankreichs und ähnlicher Länder, erforder-

lichen Viehbestandes in der Weise durchgeführt. Hiernach ergiebt sich, daß Rußland an Viehbeständen auf 1000 Desjatinen

	besitzt	haben sollte	Defizit
Pferde . .	17,0 Stück	25,0 Stück	8,0 Stück
Hornvieh .	24,4 „	114,6 „	90,2 „
Schafe . .	38,1 „	144,1 „	106,0 „
Schweine .	9,1 „	49,3 „	40,2 „

Abgesehen von den Pferden, wo das Defizit ca. 30 Prozent beträgt, hat also Rußland vier- bis fünfmal weniger Vieh, als es von Rechts wegen nach Maßgabe anderer Länder im Interesse seiner Landwirthschaft haben sollte. Selbstverständlich kann unter diesen Umständen von rationeller Landwirthschaft keine Rede sein, namentlich bei der absoluten Kapitalsarmuth des russischen Bauern, die ihm andere Düngemittel als die natürlicher Weise von seinem eigenen Vieh produzirten überhaupt nicht zu erwerben gestatten würde.

In welchem Maße die Ausraubung des Bodens fortschreitet, beweist die von mir bereits im Januarheft dieses Jahres zitirte Tabelle Poljenows, der die vorläufigen Resultate der zur Untersuchung der russischen Agrarkrisis niedergesetzten offiziellen Kommission publizirt hat, nach der im Schwarzerde-Rayon die Verminderung in der Leistungsfähigkeit des Ackers heute gegenüber den noch vor einem Menschenalter erzielten Erträgen nicht weniger als 27 Prozent beträgt. In den 25 Jahren von 1870 bis 1894 hat sich die gesammte russische Getreideproduktion zwar von 400 bis auf 515 Millionen Hektoliter vermehrt, aber die unter Kultur befindliche Anbaufläche ist in einer viel schnelleren Progression gewachsen als der Ernteertrag, und auch auf den Kopf der Bevölkerung kamen im Jahre 1870 noch 5,5 Hektoliter — 1894 aber nur 4,9.

Der zweite und in Verbindung mit der Erschöpfung des Bodens doppelt vernichtend wirkende Faktor ist die Minderwerthigkeit aller technischen Hilfsmittel des russischen Bauern, namentlich der Mangel an Eisen. Hierüber habe ich mich ja bereits mehrfach in den letzten Heften der Jahrbücher verbreitet. Das Schlimme ist, daß man auf keine Weise absehen kann, wie geholfen werden soll. Wollte man dem Bauern rationelle eiserne Pflüge geben, so könnten die elenden Pferdchen solche überhaupt nicht durch den

Boden ziehen; man müßte ihm also auch die Pferde dazu schenken. Woher aber sollten die dazu erforderlichen immensen Mittel kommen? Schon eiserne Eggen würden ein gut Stück weiter helfen, aber Eisen ist eben ein für den russischen Bauern absolut unbezahlbarer Artikel.

Geht man den beiden Fragen der mangelnden Düngung und der infolge der elenden Ackergeräthschaften und des geringen Viehs höchst unbefriedigenden Felderbestellung näher au den Grund, so ergiebt sich noch eine weitere, für die Beurtheilung der russischen Agrarfrage sehr bedeutsame Thatsache, nämlich die, daß die stets wiederholten Klagen über die zunehmende Dürre zum größeren Theil der objektiven Berechtigung entbehren. Zum Theil allerdings läßt sich eine gewisse Verschlechterung des Klimas nicht in Abrede stellen, und es wird auch seine Richtigkeit haben, daß im Wesentlichen die Waldverwüstung Schuld daran trägt; entscheidend ist dieser Faktor aber keineswegs. Die Menge der Niederschläge ist immer noch groß genug, und namentlich kann es jeder russische Landwirth, dessen Gedächtniß über die letzten beiden Jahrzehnte hinaus zurückreicht, bestätigen, daß eine Trockenperiode, die vor 25 und 30 Jahren dem Saatenstand wenig oder gar nichts anhatte, ihn heute bereits auf das Schlimmste gefährdet. Der Grund hierfür ist sehr einfach. Die oberen, den Wurzeln des Getreides vorzugsweise zugänglichen Schichten des Ackers sind an nährenden Mineralstoffen derart verarmt, daß sie ihren geringen Bestand an solchen nur noch bei reichlichster lösender Durchfeuchtung in spürbarem Maße an die Pflanzenwurzeln abzugeben vermögen. Früher, als der Reichthum des Bodens an Nahrungsstoffen für das Getreide noch nicht erschöpft war, und als namentlich auch die Brachepausen für die nicht benutzten Ackerquoten längere waren, gelangte von dem vorhandenen Reichthum auch bei geringerer Feuchtigkeit eine genügende Menge zur Verwerthung. Heute ist das nicht mehr der Fall. Außerdem wirkte früher bei der immerhin besseren, mit kräftigerem, durch die Hungersnöthe noch nicht erschöpftem Pferdebestande durchgeführten Bearbeitung der Felder die Feuchtigkeit des Frühlings-Schmelzwassers in dem umgepflügten Ackerlande länger nach als heute. Die Bestellung der Felder erfolgt alsbald nach der Schneeschmelze; wird der Boden tief und kräftig umgebrochen, so können sich die Pflanzenwurzeln alsbald leicht so weit hinabsenken, daß sie die noch wochenlang feucht bleibenden Erdschichten

erreichen. Wo das nicht der Fall ist, kann eine mehrwöchentliche Dürre unmittelbar nach der Aussaat die Ernte von vornherein auf das Schwerste schädigen. Wer auf ein deutsches Gut geht und unmittelbar nach der Bestellung der Frühjahrssaaten mit dem Stock in den Acker sticht, wird ihn mühelos ein gutes Stück in die Erde eindringen sehen; in Rußland leistet bereits nach wenigen Centimetern eine absolut harte Schicht unüberwindlichen Widerstand. Erst wenn man mit dem Spaten diese durchstochen hat, trifft man darunter wieder auf eine weichere, feuchte Erde.

Alles in Allem genommen, läßt sich also der Stand der Dinge dahin resümiren, daß die Zustände in der russischen Landwirthschaft trostlos sind, und daß eine Besserung nur erhofft werden kann, wenn ungeheure staatliche Geldmittel und ausgedehnte Zeiträume dafür angewandt werden. Die bäuerliche Landwirthschaft in Rußland, auf der das Schwergewicht des Ackerbauers überhaupt beruht, kann nur gesunden, wenn ihr Viehbestand quantitativ mindestens verdreifacht und qualitativ verbessert wird, wenn sie mit modernen eisernen Ackergeräthschaften ausgerüstet wird, endlich wenn eine unsagbare Menge von Arbeit, Gewissenhaftigkeit und Intelligenz darauf verwandt wird (abgesehen von den Kosten!), den russischen Bauern auch zum nutzbringenden Gebrauch aller dieser Dinge zu veranlassen. Man bedenke: Es handelt sich um eine Bevölkerung von 70 Millionen Menschen, fast das Doppelte der Einwohnerzahl von ganz Frankreich! Nur Milliarden von Kapital und eine jahrzehntelange Arbeit würden hier einen merklichen Erfolg verspüren lassen — zumal ja auch erst die Hunderttausende von Landwirthschaftslehrern, denen das Werk zu übertragen wäre, herangebildet werden müßten.

Bei dieser schlechthin trostlosen Lage der russischen Landwirthschaft beruht nun, wie wir gesehen haben, das ganze gegenwärtige russische Finanz- und Wirthschaftssystem auf der Aufrechterhaltung der Zahlungsbilanz vermittelst der Getreideausfuhr. Man fragt sich natürlich, ob denn Rußland unter den geschilderten Verhältnissen überhaupt in der Lage sein kann, Getreide zu exportiren.

Bestimmt man den Nährwerth der Kartoffel im Verhältniß zum Getreide auf ein Viertel und schlägt unter dieser Voraussetzung ein Viertel des Gewichts der ganzen Kartoffelernte zu dem geernteten Getreidequantum hinzu, so ergiebt sich, daß

auf den Kopf der Bevölkerung nach Abzug der Aussaat geerntet wurden:

1883	21,6 Pud,
1884	23,4 „
1885	18,5 „
1886	21,6 „
1887	25,5 „
1888	24,1 „
1889	16,8 „
1890	20,8 „
1891	14,8 „
1892	19,5 „
1893	29,3 „
1894	28,5 „
1895	25,2 „
1896	25,5 „
1897	20,1 „
1898	23,8 „

Das macht im Mittel 22,4 Pud. Zum Vergleich diene abermals eine Tabelle, welche die Ernteerträge, auf den Kopf berechnet, für eine Anzahl anderer Staaten angiebt. Es entfielen, immer nach Abzug der Aussaat, an verfügbarem Getreide auf den Kopf: in den

Vereinigten Staaten . . .	66,9 Pud,
Dänemark	50 „
Oesterreich-Ungarn	47,4 „
Rumänien	42,2 „
Bulgarien	33,7 „
Frankreich	30,2 „
Deutschland	24,2 „
England	12,5 „

Man sieht also auf den ersten Blick, daß Rußland auf den Kopf weniger produzirt als beispielsweise Deutschland; Deutschland aber bedarf bei seinem Ertrag von 24,2 Pud auf den Kopf noch einer erheblichen Einfuhr (unsere Getreideernte repräsentirt im Durchschnitt nicht mehr als fünf Sechstel des Konsums), während Rußland von seinen 22,4 Pud noch eine sehr große Ausfuhr bestreitet. Wollte also der Russe ebenso viel Brot essen, wie der Deutsche, so dürfte aus Rußland nicht nur kein Korn Getreide ausgeführt werden, sondern man müßte im Durchschnitt noch ein Quantum,

das etwa einem Zehntel der russischen Ernte gleich käme, jährlich dorthin importiren! Ebenso repräsentiren die 12,5 Pud Englands nur wenig über ein Drittel der dortselbst konsumirten Menge Korn, während es in Rußland z. B. während des Mißjahres 1891 überhaupt nur um eine Kleinigkeit mehr Getreide auf den Kopf gab, als dieses Drittel des englischen Bedarfs. Noch schärfer tritt die völlig abnorme Situation Rußlands, das bei einem Gesammtertrage an Getreide, der geringer ist als die Verbrauchsquote pro Kopf in anderen Ländern, dennoch das zweitbedeutendste Getreideausfuhrland der Welt ist, in der folgenden Tabelle des faktischen Getreideverbrauchs in verschiedenen Ländern hervor. Es wurden an Korn verbraucht pro Kopf: in den

Vereinigten Staaten	61,9	Pud,
Dänemark	57	"
Frankreich	33,6	"
Deutschland	27,8	"
England	26,4	"
Holland	24,4	"
Norwegen	23,4	"

während in Rußland — die Zahl kann gar nicht oft genug wiederholt werden — Alles in Allem nur 22,4 Pud geerntet wurden! Natürlich steckt in so großen Verbrauchsquoten, wie sie z. B. die Vereinigten Staaten und Dänemark aufweisen, eine bedeutende Menge Korn, die nicht direkt zur menschlichen Nahrung, sondern zur Viehfütterung und zu gewerblichen Zwecken verbraucht wird, aber diese beiden Posten müssen ja auch in Rußland von dem geringen Ernteertrage bestritten werden. Für die Branntweinbrennerei geht eine erhebliche Menge drauf; für Viehfutter freilich herzlich wenig, aber das drückt sich denn auch sehr deutlich in dem Viehstande Rußlands aus, der nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ unglaublich tief unter dem sonst vorhandenen Durchschnitt steht. Das durchschnittliche Lebendgewicht des russischen Bauernpferdes beträgt z. B. 12 bis 18 Pud, in Frankreich dagegen wiegt das Pferd im Durchschnitt 29 Pud, in Amerika 35 Pud. Französisches Rindvieh wiegt durchschnittlich 25 Pud, russisches gewöhnlicher Sorte kaum die Hälfte, bestes russisches Vieh 25 Pud, amerikanisches 40 bis 48 Pud.

Man kann also die Thatsache als feststehend betrachten, daß Rußland von Rechts wegen zum Mindesten keinen Getreideexport

haben dürfte, selbst wenn es mit der Ernährung seiner Bevölkerung noch unterhalb der Norm der mindest konsumirenden Länder Europas bleiben wollte. Soll diese Norm erreicht werden, so bedürfte es von Rechts wegen des Getreideimports. Dieses klägliche Resultat der russischen Landwirthschaft besteht, trotzdem in Rußland auf den Kopf der landwirthschaftlichen Bevölkerung ein größerer Landantheil entfällt, als mit ganz wenigen Ausnahmen in irgend einem anderen Lande der Welt, und trotzdem daß weder die klimatischen Verhältnisse, noch die Bodenqualität sich wesentlich von dem anderswo festzustellenden Durchschnitt unterscheiden. Freilich erntet man von derselben Landfläche, auf der der Russe seine kläglichen 22,4 Pud erzielt, in Belgien 88, in Norwegen 81,4, in den Vereinigten Staaten 58,3, in Deutschland 49,6 Pud Getreide.

Hat man sich diese Situation mit ihrem abnormen, ja für Rußland schlechthin verzweifelten Charakter voll vergegenwärtigt, und macht sich nun an die Betrachtung der Ziffern, welche die russische Getreideausfuhr repräsentiren, so ergiebt sich ein förmlich Entsetzen erregender Eindruck. Es wurden aus Rußland exportirt:

1885	260,0	Mill.	Pud,	im	Werthe	von	209,3	Mill.	Rubel
1886	338,7	"	"	"	"	"	270,0	"	"
1887	519,2	"	"	"	"	"	407,8	"	"
1888	518,2	"	"	"	"	"	418,1	"	"
1889	412,7	"	"	"	"	"	337,1	"	"
1890	455,3	"	"	"	"	"	389,3	"	"
1891	166,2	"	"	"	"	"	162,9	"	"
1892	315,2	"	"	"	"	"	250,9	"	"
1893	611,3	"	"	"	"	"	392,4	"	"
1894	628,0	"	"	"	"	"	362,0	"	"
1895	495,1	"	"	"	"	"	300,2	"	"
1896	495,9	"	"	"	"	"	332,7	"	"
1897	503,3	"	"	"	"	"	409,4	"	"
1898	359,1	"	"	"	"	"	261,5	"	"
1899	396,2	"	"	"	"	"	295,7	"	"
1900	440,9	"	"	"	"	"	325,0	"	"

Im Ganzen also in 16 Jahren rund 7 Milliarden Pud im Werthe von 6 Milliarden Rubel.

Diese ungeheure Getreidemenge hat ein Volk hergeben müssen, das, wenn es sie selber zu seiner Nahrung behalten hätte, damit noch nicht einmal so viel Brot hätte essen dürfen wie der Deutsche oder Franzose. Ich

glaube, es wird nun wohl auch dem hartnäckigsten Optimisten in russischen Dingen klar werden, was für unglaubliche Opfer die Aufrechterhaltung der Zahlungsbilanz gegenüber dem Auslande und der Währung unter dem gegenwärtigen System Witte dem russischen Volke kostet. Ich erinnere nochmals ausdrücklich daran, was ich schon mehrfach in den „Jahrbüchern" betont habe: daß der Getreideexport aus Rußland unter diesen Umständen natürlich nur durch jene verzweifelte staatliche Maßregel erzwungen werden kann, die Bauern durch Eintreibung der Steuern sofort nach der Ernte zum Verkauf desjenigen Getreides zu nöthigen, dessen sie von Rechts wegen bedürften, um bis zur nächsten Ernte zu leben. In Folge dieses Systems sind erstens bei eintretenden Nothjahren so gut wie gar keine Verpflegungsvorräthe im Lande vorhanden, und zweitens wird ein Zustand, den man je nach Belieben als Hunger, Mangel, Unterernährung, oder wie man sonst will, bezeichnen mag, bei einem großen Theil der Bevölkerung, abgesehen von den Monaten unmittelbar nach der Ernte, zu einem chronischen. Natürlich wird ein Mensch, den man dauernd auf zwei Drittel oder drei Viertel der normaler Weise für ihn erforderlichen Nahrung heruntersetzt, um dessentwillen nicht Hungers sterben, aber die Summe der durch ein solches Verfahren bei ihm fortgesetzt sich häufenden Schädigungen wird sich so lange in mehr oder minder latenter Weise vergrößern, bis schließlich bei gegebener Gelegenheit eine Katastrophe erfolgt. In diesem Zustande befinden sich gegenwärtig die Getreidegebiete Rußlands. Sie hungern, hier mehr, dort minder; ein Jahr empfindlicher, das andere minder hart; hungern thun sie aber fortgesetzt. Ein Blick auf die Sterblichkeitsziffern Rußlands zeigt denn auch unwiderleglich die Folgen der bestehenden Zustände. Die Sterblichkeit Rußlands wird unter allen Ländern, über die eine Statistik existirt, nur von der zentralamerikanischen Republik Honduras, von den Fidschi-Inseln und von der weißen Bevölkerung im niederländischen Indien übertroffen. Die jährliche Sterblichkeitsziffer auf das Tausend der Bevölkerung ist z. B. in Preußen (1873—1886) 25,7, in Holland 22,6, in Frankreich 22,4, in Oesterreich 30,9, während sie im europäischen Rußland beträgt:

in 7	Gouvernements	. . unter	25
„ 10	„	. . . . .	25—30
„ 12	„	. . . . .	30—35
„ 11	„	. . . . .	35—40
„ 10	„	. . . . .	40—47

Die mittlere russische Sterbeziffer ist 34,8; sie gestaltet sich aber in den Gouvernements, die öfters von Mißernten betroffen werden, folgendermaßen:

Nischnij-Nowgorod	37,4
Kursk	37,5
Tambow	37,5
Rjasan	39,3
Orel	39,9
Simbirsk	40,1
Tula	42,4
Samara	43,3
Pesna	44,5
Saratow	44,6
Woronesch	46,1

Aehnliche Verhältnisse herrschen z. B. in den Gouvernements Smolensk, Kaluga, Wladimir, wo das Defizit an Nahrungsgetreide auch in normalen Erntejahren ständig, aber das Volk zu arm ist, um sich genügend Brot zuzukaufen. Dagegen erscheinen in den wenigen Provinzen, die reichliches Getreide und eine wohlhabende Bevölkerung besitzen, Sterbeziffern, die selbst unter so günstig gestellte europäische Staaten herabgehen oder ihnen gleichkommen wie Frankreich und England. Die baltischen Provinzen haben eine Sterbeziffer, die zwischen 20 und 21 auf Tausend liegt; die wirklich reichen Kornprovinzen Cherson, Taurien und Bessarabien weisen 25,4, 27,3, 28,0 auf (Italien 28,7).

Angesichts des ganzen bisher beigebrachten Ziffernmaterials könnte es nur noch die absichtliche Verblendung wahr haben wollen, daß der russische Getreideexport sich noch längere Zeit auf ähnlicher Höhe wird halten können wie heute. Mit seinem Sturz wird aber auch die russische Zahlungsbilanz, die schon jetzt erschüttert ist, unrettbar vernichtet. Damit ist das ganze von Herrn von Witte aufgebaute Währungssystem zerstört, denn wenn Rußland kein Getreide mehr exportirt, so hat es nichts weiter um seinen Verpflichtungen gegenüber dem Auslande gerecht zu werden und muß sein Gold in Zahlung geben. Damit aber wird aus der Wirthschaftskrisis die wirthschaftliche Katastrophe.

Herr von Witte sorgt jetzt mit Eifer dafür, daß in die europäische, namentlich die französische Presse, schönfärberische Dar-

stellungen der russischen Finanzlage gelangen, und ich machte auch bereits auf den schwersten Schuß aufmerksam, der kürzlich nach dieser Richtung hin abgefeuert worden ist, die Aufsätze des „bekannten französischen Nationalökonomen" Kergall in der „Revue économique et financière", die jetzt eben unter dem Titel „Une enquête sur les finances Russes" in Paris erschienen sind. Aus diesem Buche, das nichts weiter enthält, als eine mit kritiklosen Deklamationen und Verherrlichungen der wirthschaftlichen Lage Rußlands verbrämte Paraphrase der Witteschen sogenannten Rechenschaftsberichte zum russischen Budget, ist im Finanzministerium in St. Petersburg ein Auszug hergestellt worden, und an alle großen russischen Blätter mit dem Wink, ihn abzudrucken, verschickt worden. Dieser Artikel, der das Programm des Systems Witte so enthält, wie Herr von Witte die Sache im Auslande gern angeschaut sehen möchte, bewegt sich in folgenden Gedankengängen. In Rußland habe es sich (zu Beginn der Aera Witte) um die Aufgabe gehandelt, von dem Ausgangspunkte „eines armen Fiskus in einem armen Lande" an das Ziel der Bereicherung sowohl des Fiskus als auch des Landes zu gelangen. Da die Privatinitiative in Rußland hierzu nicht ausreichte, so mußte der Staat eintreten und vor allen Dingen Geld schaffen, um die neue Wirthschaftsaera heraufzuführen. Um große finanzielle Ressourcen auf dem Wege verstärkter Besteuerung anzusammeln, dazu sei das Volk zu arm; so habe denn das Finanzministerium einen anderen Weg eingeschlagen oder eigentlich zwei, nämlich: „Die Hebung der Rentabilität des fiskalischen Landbesitzes" und „die Schaffung einer industriellen Domäne, die dem Staat reiche Erträge abwirft". Unter dem einen versteht Herr von Witte die rücksichtslose Ausholzung aller durch ihre Lage an den Verkehrswegen der Exploitation nur irgend zugänglichen Staatswaldungen; unter dem anderen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. Von diesen beiden Dingen nun, fahren Herr Kergall und der russische Finanzminister unisono fort, sei alles gegenwärtige Heil in Rußland gekommen und alles zukünftige noch zu erwarten.

Wie es in Wirklichkeit um die angeblich so ertragreiche „industrielle Domäne" der Staatseisenbahnen in Rußland bestellt ist, habe ich bereits das vorige Mal gezeigt. Mit dem „gesteigerten Ertrag" der Staatsforsten ist es gleichfalls Schwindel.

Das Wittesche Raisonnement geht nun weiter. Die große Menge fremden Kapitals, die zur Verstaatlichung der Bahnen und

zur Erweiterung des Staatsbahnnetzes ins Land gezogen ist, habe (immer unter der, wie wir gesehen haben, grundfalschen Voraussetzung, daß die Einnahmen aus dem Staatsbahnbetriebe die Zinsen und die Amortisation des geliehenen Kapitals decken) eine gewaltige Vermehrung des in Rußland vorhandenen Kapitals und in Verbindung mit den gleichsfalls recht stattlichen Beträgen des direkt zu diesem Zweck herangezogenen ausländischen Geldes einen mächtigen Aufschwung der russischen Industrie bewirkt. Auf diese Weise sei nun, zumal im Zusammenhang mit der Durchführung der Goldwährung das gesammte russische Wirthschaftsleben auf feste Füße gestellt und in eine Bahn aussichtsreicher Entwicklung gebracht worden.

Scharapows und Butmis Kritik haben nun freilich für uns schon sehr viel von diesem Nimbus zerstört. Ich erinnere bloß daran, was Scharapow über die eigenthümliche Methode in der Berechnung des Werthes der russischen Fabrikation von Baumwollwaaren mitgetheilt hat, wonach man im russischen Finanzministerium den Werth der gesponnenen Garne und der aus ihnen hergestellten Gewebe ganz unbefangen addirt hat. Ich erinnere ferner daran, daß schon die Thatsache des im Verhältniß zu den kolossal emporgeschraubten Verbrauchssteuern viel zu langsam angewachsenen Konsums an Massenartikeln ein sehr bedenkliches Licht auf die Behauptung wirft, das Wirthschaftsleben Rußlands befinde sich im Ganzen in aufwärtsgehender Entwicklung. Jetzt nun, wo wir in unserer Untersuchung der bäuerlichen Getreideproduktion denjenigen Faktor, von dem das wirthschaftliche und finanzpolitische Wohl und Wehe Rußlands faktisch abhängt, in der ganzen Trostlosigkeit seines Zustandes aufgedeckt haben, werden uns nicht nur die irreführenden Behauptungen und auf direkte Täuschung berechneten Schönfärbereien des russischen Finanzministers unbeeinflußt lassen, sondern wir werden sogar direkt an der *Möglichkeit zweifeln, bei einem solchen Stande der Agrarwirthschaft Rußland überhaupt mit irgend welchen Künsten zu wirthschaftlicher Blüthe zu bringen.*

Erinnern wir uns zunächst daran, daß für Rußland von einem Export an Industrieprodukten auf absehbare Zukunft hinaus in gar keiner Weise die Rede sein kann. Die russische Industrie ist also, um zur Blüthe zu gelangen, so gut wie ausschließlich auf den inneren Markt angewiesen. Dieser innere Markt wird im Wesentlichen durch die breite Masse der bäuerlichen Bevölkerung gebildet.

Es giebt zwar gewisse Absatzmärkte in Russisch-Turkestan und im Kaukasus, wo ganz oder theilweise bessere (wenn auch gleichfalls noch sehr unentwickelte) Zustände herrschen, als im eigentlichen russischen Zentrum, aber von dem Zuschuß, den jene Grenzgebiete leisten, kann die russische Industrie nicht leben. In den großen Verdichtungszentren der Bevölkerung ist die breite Menge des städtischen und halbstädtischen Proletariats und Halbproletariats gleichfalls so ziemlich für alle Artikel, außer Schnaps, der denkbar schlechteste Konsument. Die höheren Stände, überhaupt die bemittelten, decken ihren Bedarf zum großen Theil aus der Einfuhr der, wenn auch viel theuereren, so doch dafür auch unverhältnißmäßig viel besseren ausländischen Produkte. Es bleibt also dabei: Die eigentliche Basis für die Entwicklung der russischen Industrie sind diejenigen drei Viertel des Volkes, die auf dem Lande als Bauern leben. Wir sahen, wie der russische Bauer von seinem kümmerlichen noch unterhalb der nichtrussischen Verbrauchsnorm stehenden Produktionsquote an Getreide noch einen großen Theil für Ausfuhr herzugeben gezwungen wird, indem man ihm gleich nach der Ernte die Staatssteuern abfordert. Wie hoch diese Steuern sind, davon muß man sich auch erst eine genaue Vorstellung machen, um den ganzen Druck zu ermessen, der auf der Masse der russischen Agrarbevölkerung lastet. Lehmann und Parvus (Seite 446 ff.) haben einen sehr interessanten Vergleich zwischen der Belastung des Bauernstandes in Rußland und in Bayern durch die Staatssteuern gegeben. Sie haben sich nur in der Beziehung — zu Gunsten Rußlands — geirrt, daß sie den Betrag der durchschnittlichen Roggenernte in Rußland auf 39 Pud gleich 639 kg angenommen haben. Dieser Ertrag bezieht sich erstens nicht auf die Gesammtfläche des bäuerlichen Areals, sondern ist von dem faktisch bebauten Lande, also mit Ausschluß der Brache, berechnet; auch dann aber ist er noch etwas reichlich hoch. Auf die Desjatine resp. den annähernd gleichgroßen Hektar berechnet, betragen die Staatssteuern in Rußland 237, in Bayern 282 Pfennige. In Bayern werden aber pro Hektar im Durchschnitt 1290 kg Roggen geerntet, in Rußland höchstens 500. Von 100 kg Ernteertrag hat also der bayerische Bauer 22 Pfennige Steuern zu bezahlen, der russische aber 47, also mehr als das Doppelte, wobei man noch berücksichtigen muß, daß der Russe für sein Getreide einen sehr viel geringeren Preis bekommt als der Bayer. Es liegt also in dem faktischen Druck der Steuern ein Unterschied vor, der gut auf das

Dreifache zu Ungunsten des russischen Bauern mit seinen ohnehin fast bis zur Tragunfähigkeit belasteten Schultern zu veranschlagen ist. Von der ganzen Bauernbesteuerung im Betrage von 125 bis 130 Millionen Rubel jährlich hat die russische Industrie wenigstens direkt gar nichts; dieses Geld muß der Bauer vorweg aufbringen und der Staatskasse überliefern, bevor er daran denken kann, irgend welche industriellen Erzeugnisse für sich selbst zu kaufen.

Suchen wir uns nun an einigen praktischen Beispielen das Verhältniß zwischen der Konsumtionsfähigkeit des russischen Bauern und den Preisen, die er für seine Bedürfnisse zahlen muß, um der russischen Industrie das Bestehen zu ermöglichen, vor Augen zu führen. Butmi giebt zu diesem Zweck die folgende höchst instruktive Tabelle:

	Preis	Aequivalent in Pud Getreide	
		Roggen	Weizen
Baumwollenwaaren in Moskau pro Pud	16,90 Rbl.	32 Pud	20 Pud
Baumwollenwaaren in Mühlhausen	12,90 „	11 „	9 „
Steinkohle in Moskau . . .	0,25 „	0,5 „	0,3 „
Steinkohle in Essen. . . .	7,5 Kop.	0,06 „	0,05 „
Gußeisen in Riga	1,20 Rbl.	1,75 „	1,33 „
Gußeisen in Dortmund . .	0,56 „	0,5 „	0,25 „
Zucker in Moskau	5,80 „	11 „	7 „
Zucker in Köln	4,15 „	3,5 „	3 „
Schwarzer Kantonthee in Petersburg	58,40 „	93 „	70 „
Schwarzer Kantonthee in Hamburg	10,62 „	9 „	8 „

Diese Tabelle zeigt, daß die wichtigsten Konsumtionsartikel, wenn man vom Thee absieht, weil er wegen seines geringen Verbrauches in Deutschland zum Vergleich wenig geeignet ist, in Rußland erstens einmal in absoluten Ziffern um ein Bedeutendes theurer sind, und daß zweitens erst ein viel größeres Quantum Getreide das entsprechende Werthäquivalent für sie bildet. Beides zusammen berücksichtigt, ergiebt, daß der russische Konsument für Baumwollenwaaren und Zucker das Zweieinhalbfache, für Eisen das Viereinhalbfache, für Steinkohle das Sechsfache zahlen muß wie der Deutsche. Baumwollen- und Eisenwaaren sind die beiden Hauptposten (oder sollten es wenigstens sein) des bäuerlichen

Massenkonsums. Wo aber soll der russische Bauer unter diesen Verhältnissen: abnorm niedriger Ertrag seines Ackers, gewaltsame Hinauspressung des von Rechts wegen zur Nahrung nöthigen Getreides ins Ausland, geringster Getreidepreis — sich zum Konsumenten für die russische Industrie entwickeln? Die ganze Absurdität des Witteschen Ziffernschwindels betreffs der angeblichen Produktionssteigerung in der russischen Baumwolleninduſtrie und auch in sonstigen Betrieben wird an der Hand einer solchen nüchternen Berechnung wie der hier vorliegenden von Neuem klar. Und trotzdem bildet die immer wieder aufs Neue und mit allen erdenklichen Mitteln forcirte Getreideausfuhr den einzigen Retungsanker des Witteschen Systems. Während der Periode von 1885 bis 1892 sind aus Rußland insgesammt ausgeführt worden rund 3 Milliarden Pud Getreide im Werthe von ca. 2½ Milliarden Rubel; 1893 bis 1900 waren es 4 Milliarden im Werthe von 2⅔ Milliarden Rubel. Trotz der Steigerung der Ausfuhr um ein Viertel ergab sich wegen des Sinkens der Getreidepreise doch nur eine Erhöhung der Einnahme um wenig mehr als ein Zehntel. Die Anspannung der Kräfte war also mehr als doppelt so groß als die Steigerung des Resultats, die durch sie erzielt wurde. Außerdem ist es unverkennbar, daß seit den Jahren der höchsten Ausfuhrbeträge von 1893 bis 1897, in denen der Durchschnitt des Getreideexports ca. 540 Millionen Pud jährlich betrug, eine starke Verminderung der Ausfuhr stattfindet. 1888 wurden noch ausgeführt 359 Millionen, 1889 396 Millionen, 1900 441 Millionen Pud. Um so niedrige Ziffern zu finden, muß man (die beiden unter dem Einfluß der großen Mißernte stehenden Jahre 1891 und 1892 kommen nicht in Betracht) bis an den Anfang der 90er Jahre zurückgehen.

Wie nicht anders zu erwarten, drückt sich der landwirthschaftliche Ruin Rußlands unter jedem Gesichtspunkt aus, unter dem man die Sachlage betrachten kann. Die Gesammtsumme der bäuerlichen Steuerrückstände hat sich von 1892 bis 1901 um 78,5 Prozent vergrößert. Ebenso ist die Summe der ländlichen Verschuldung von 1892 bis 1902 um 66,1 Prozent gestiegen. Scharapow giebt eine Tabelle darüber, die, nach den einzelnen Gouvernements geordnet, den Nachweis führt, daß diese Verschuldung wegen der kolossalen Höhe, die sie im Verhältniß zum Werth des belasteten Grund und Bodens erreicht, als eine ruinirende angesehen werden muß und nichts mit etwaigen Meliorations-

zwecken und Verbesserungen der beliehenen Wirthschaften zu thun hat.

Die wirthschaftliche Gesammtlage Rußlands stellt sich uns also nunmehr folgendermaßen dar: 1. Die Zahlungsbilanz des Landes befindet sich in absoluter Abhängigkeit von der Getreideausfuhr; eine solche Ausfuhr dürfte aber in Rußland von Rechts wegen überhaupt nicht existiren, weil der Gesammtertrag der Ernte kaum zur Deckung des normaler Weise zu veranschlagenden inneren Bedarfes hinreicht. Trotzdem werden Jahr für Jahr, wenn auch unter steigenden Schwierigkeiten und unter Anwendung der äußersten Mittel, große Getreidemassen exportirt. Auf die Dauer dieses System, das einen sehr großen Theil der Bevölkerung zu fortgesetzter Unterernährung, ja zum Hunger zwingt, aufrecht zu erhalten, ist unmöglich. Die Anzeichen, daß die Grenze des Erträglichen bereits überschritten wird, beginnen sich zu häufen: verwüstende Krankheiten, abnorme Sterblichkeit, Bauernrevolten. 2. Der Gedanke, eine russische Industrie zur Blüthe zu entwickeln, ist in dem Umfange, wie das vom System Witte angestrebt worden ist, verfehlt. Die Produktionsbedingungen sind wesentlich wegen der minderen Qualität des Menschenmaterials, zum geringeren Theil auch aus äußeren Gründen, in Rußland derart ungünstige, daß nur durch einen sehr hohen und dauernd aufrecht zu erhaltenden Schutzzoll die Konkurrenz der ausländischen Industrie von dem innerrussischen Markte ferngehalten werden kann. Dieser innerrussische Markt repräsentirt bereits an sich durch den chronischen Nothstand bei dem größten und wichtigsten Theil der konsumirenden Bevölkerung, einen Nothstand, der aus dem ungenügenden Quantum geernteten Getreides, aus dem Ausfuhrzwang und dem Steuerdruck hervorgeht, eine sehr wenig aufnahmefähige Größe. Im Verein mit der unverhältnißmäßigen, durch die schlechten Produktionsbedingungen und den abnormen Zollschutz hervorgerufenen Theuerung der Industrieprodukte, ferner auch mit der außerordentlich schwachen, absoluten Kaufkraft des russischen Getreides steigert sich diese Ungunst für die Entwicklungsbedingungen der russischen Industrie noch um ein Bedeutendes. Die Krisis, die über das russische Wirthschaftsleben hereingebrochen ist und nun schon seit mehreren Jahren auf ihm lastet, ist der thatsächliche Ausdruck dieser Verhältnisse. 3. Die Einführung der Goldwährung war unter diesen Umständen von vornherein ein im höchsten Grade gewagtes Experiment, und es scheint, daß sie sich bereits jetzt als für Rußland

verhängnißvoll erweist. Soll die Goldwährung aufrecht erhalten bleiben, so darf unter keinen Umständen die russische Zahlungsbilanz sich dauernd zu einer passiven gestalten, weil sonst die Nothwendigkeit eintritt, den Metallvorrath zur Deckung der Verpflichtungen an das Ausland heranzuziehen. Nach dieser Richtung hin erscheint der Satz, den v. Schultze-Gevernitz in seinem Buche „Volkswirthschaftliche Studien aus Rußland" ausgesprochen hat, als grundlegend: „Kapitaleinfuhr ist gestundete Waarenausfuhr." Die ganze russische Anleihewirthschaft, inklusive der immensen Eisenbahnanleihen, hätte nichts Bedenkliches, wenn eine sichere Aussicht auf Hebung des russischen Exports im großen Maßstabe bestände. Wenn Rußland darauf rechnen dürfte, im Laufe absehbarer Zeit seinen Export so weit zu entwickeln, daß es durch seinen Werth die jährlichen laufenden Verbindlichkeiten dem Auslande gegenüber zu decken in der Lage ist, dann hätte die russische Regierung ohne Zweifel das Recht, für die Gegenwart Verpflichtungen zu häufen und von der Bevölkerung, wenn es nicht anders geht, eine außerordentliche, ja eine rücksichtslose Anspannung der Kräfte zu verlangen. Diese Aussicht auf Steigerung des Exports besteht aber nicht. Rußland kann nach Lage der Dinge in nennenswerthem Maße nichts anderes exportiren als in erster Linie Getreide und andere Produkte der Landwirthschaft. Für seinen Getreideexport ist es auf ein im Verhältniß zu der Größe des gesammten Reiches nicht sehr großes Gebiet, den sogenannten Schwarzerde-Rayon oder das großrussische Zentrum, beschränkt, da die übrigen Theile des Reiches, der Norden, Westen und Nordwesten, dazu demnächst auch noch Turkestan, ein Getreidedefizit haben und der Einfuhr bedürfen, resp. noch weniger als das Zentrum fähig sind, zur Ausfuhr etwas herzugeben. Die russische Getreideproduktion zeigt aber im Verhältniß zu der der Volksvermehrung während des letzten Menschenalters einen merklichen Rückgang. Dieser Rückgang ist verschuldet durch die Ausraubung des Bodens in Folge irrationeller Wirthschaftsführung; er ist bisher in seiner Erscheinung großentheils dadurch kompensirt worden, daß in Folge der Ausdehnung des Eisenbahnnetzes immer neue Gebiete des Ostens und Südostens sich dem Körnerbau und dem Getreideverkauf erschlossen. Damit ist es jetzt aber auch so ziemlich am Ende. Freies Land existirt im europäischen Rußland theils gar nicht mehr, theils nur in Gegenden, die aus klimatischen und anderen Gründen gar nicht oder doch nur sehr wenig in Betracht kommen. Möglicher Weise wird die fort-

schreitende Erschließung Sibiriens noch einen geringen hemmenden Einfluß auf die weitere Entwicklung zum schlimmen resp. auf die Beschleunigung derselben in hemmendem Sinne ausüben, aber darüber, daß dieser Einfluß kein erheblicher sein wird, giebt sich schon jetzt in unterrichteten Kreisen Niemand einem Zweifel hin. Die Menge des kulturfähigen Landes in Sibirien ist relativ gering und gleichfalls zum größten Theil schon vergeben; die Fruchtbarkeit des Bodens steht selbst in unerschöpftem Zustande derjenigen, die ursprünglich in den Korngebieten des europäischen Rußland vorhanden war, erheblich nach. Dazu kommt die große Entfernung Sibiriens von den Absatzmärkten des Welthandels. Das einzige, was mit Fug und Recht von dem sibirischen Getreide erwartet werden kann, ist etwa die Deckung des Kornbedarfes, der im russischen Turkestan bei der fortschreitenden Verwandlung des Getreideackers in Baumwollenland entstehen wird. Vergrößerung der russischen Getreideproduktion ist also in keiner Weise für die Zukunft anzunehmen, falls nicht, wie schon öfters gesagt, ein radikaler Umschwung des Wirthschaftssystems eintritt.

Fällt nun auf diese Weise die Möglichkeit fort, die jetzt gemachten Schulden in Zukunft durch gesteigerte Ausfuhr zu verzinsen und zu amortisiren, so bildet die fortgesetzte Kapitaleinfuhr aus dem Auslande in Gestalt von Anleihen ein höchst bedenkliches Moment in der ökonomischen Gesammtgebahrung Rußlands. Wenn die Waarenausfuhr, die zur Verzinsung der auswärtigen Schuld und zur Deckung der übrigen laufenden Verpflichtungen nicht ausreicht, innerhalb der Grenzen bleiben soll, so bleibt, um das zur Durchführung der Goldwährung ins Land gezogene Edelmetall zu halten, gar nichts anderes übrig, als fortgesetzt neue Anleihen zu machen, und damit die Zinsen der alten Schuld und das Defizit der Zahlungsbilanz zu begleichen. Es wird klar sein, daß man ein solches Wirthschaftssystem auf die Dauer nicht durchführen kann. In höchst bedeutsamer Weise hat der russische Geheime Rath Schwanebach, gegenwärtig Mitglied des Kuratoriums der russischen Reichsbank, den hier ausgeführten Gedankengang auch seinerseits (im Rußkij Wjestnik 1899, November, Seite 135 ff.) entwickelt. Schwanebach, der von Anbeginn an das Wittesche System für im höchsten Grade gefährlich ansah, schreibt: „Das gewaltige Kapital, das in baarem Golde nach Rußland gezogen ist, hat nur zum Theil mit dem Exportüberschuß bezahlt werden können; großentheils ist das Gold durch Anleihen im Auslande erworben, und so steht

uns dann die endgiltige Auseinandersetzung in Betreff der Hauptmasse unseres Münzinventars noch bevor. Im Zusammenhange mit dem Wachsthum der Verschuldung wuchsen und fahren fort zu wachsen unsere Zahlungsverpflichtungen im Auslande. Bei dem jetzigen Stande unseres auswärtigen Handels werden sie durch den Ausfuhrüberschuß (der sich seitdem in ein Defizit verwandelt hat) nicht genügend gedeckt. Unter diesen Umständen müßten wir Jahr für Jahr einen Theil unseres Goldfonds zu den Zahlungen im Auslande verwenden, wenn sich nicht in neuen Anleihen und im Verkauf unserer Fonds ans Ausland zwei weitere Quellen zur Bestreitung dieses unseres Tributs eröffneten. Solche Kreditoperationen, in dieser oder einer anderen Form, sind aber für die Aufrechterhaltung der Goldwährung eine bloße Palliativmaßregel. Der Tribut an das Ausland bleibt daher, so lange es nicht gelingt, ihn mit dem Ausfuhrüberschusse zu decken, als Damoklesschwert über unserer bisher bloß vom formalen Gesichtspunkt aus gesicherten Valuta hängen."

Rußland hat schon einmal eine Periode passiver Handelsbilanz durchgemacht. Erst die rücksichtslose in kurzen Zeiträumen immer wiederholte Anziehung der Zollschraube führte unter dem Ministerium Wyschnegradski zur Herabdrückung der Einfuhr unter die — seit langer Zeit mit kurzen Ausnahmen so gut wie stationär gebliebene — russische Ausfuhr. Der Ausfuhrüberschuß wuchs bis auf mehr als 300 Millionen Rubel jährlich, wozu wesentlich beitrug, daß die Einengung der Einfuhr aus dem Auslande durch die kolossalen Schutzzölle und eine reiche Getreideernte, folglich Jahre starken Getreideexports, für Rußland zusammentrafen. Warum nun, fragt Schwanebach, war es nicht möglich, bei dieser günstigen Position stehen zu bleiben? Etwa infolge der Handelsverträge? Sicher haben die Handelsverträge nicht unwesentlich mitgespielt, aber der Hauptgrund war ein anderer, nämlich die kolossale Einfuhr von Metallfabrikaten und Maschinen. Das Wachsthum der Metalleinfuhr ist aber vollständig bedingt durch die mit dem Jahre 1894 einsetzende Industrie-Aera, das schnelle Emporschießen einer großen Zahl von Fabriken und anderen industriellen Unternehmungen. Diese Gründungen bedurften alle eines erheblichen Inventars an Maschinen, welche die russische Metallurgie weder damals liefern konnte, noch auch jetzt zu liefern im Stande ist. Die Einfuhr von Metallen und Metallprodukten wuchs in Rußland von 1887 bis 1898 von 48,5 auf 171,8 Millionen Rubel, und sie wuchs derart

trotz der durch die Handelsverträge zwar etwas erniedrigten, aber doch noch immerhin sehr bedeutenden Höhe der Einfuhrzölle. Die Verschlechterung der Handelsbilanz ergiebt sich also nach Schwanebach als unvermeidlicher Begleiter des industriellen Aufschwungs, der nach einer raschen maschinellen Installirung unbedingt verlangte.

Dieses der Gedankengang Schwanebachs. Wir sehen, wie auch von dieser zur Beurtheilung der russischen Wirthschaftsverhältnisse so berufenen Stelle her das Wesen der Dinge durchaus in unserem Sinne aufgefaßt wird. Schwanebach giebt sich auch nicht der geringsten Täuschung über die trostlose Lage der russischen Landwirthschaft hin; er zerstört sogar einen schwachen Trost, der in den Deklamationen des Herrn von Witte natürlich eine große Rolle spielt, daß nämlich die russische Eierausfuhr, die außerordentliche Dimensionen angenommen hat, etwas Erfreuliches sei, indem er nachweist, daß das Entstehen dieser Ausfuhr nicht darauf zurückgeht, daß sich die Hühnerzucht in Rußland hebt, sondern darauf, daß die russischen Bauern, die früher wenigstens ihre Eier selber aßen, jetzt so bettelarm sind, daß sie selbst dieses Produkt ihrer Wirthschaft für einen lächerlich geringen Preis an die Aufkäufer zum Export losschlagen müssen. Schwanebach scheint zwar keine klare Vorstellung davon zu haben, wie unglaublich niedrig die Erträge des russischen Bauernackers sind, aber die Thatsache, daß zwischen der gewaltsamen Forcirung des Getreideexportes und dem schrecklichen Bauernelend der engste Zusammenhang besteht, liegt vor ihm offen da, ebenso wie die verhängnißvolle Unterbilanz in der Ernährung des russischen Bauern gegenüber den Bauern in Deutschland, Frankreich u. s. w.

Schwanebach resümirt seine Stellung zur Frage der Goldwährung dahin, daß er sagt, der Versuch, Rußland mit einer auf gesunder Basis ruhenden Großindustrie zu versehen, bedürfte bis zu seinem etwaigen Erfolge mindestens eines Menschenalters; die Goldwährung aber stelle das Land vor die Aufgabe, ohne Steigerung der auswärtigen Verschuldung bis ins Unerträgliche, das Gold *jetzt*, d. h. lange bevor der wirkliche industrielle Aufschwung wirken könnte, fest zu halten. Die Frage, ob Rußland in 25 oder 30 Jahren eine gesunde Industrie haben wird oder nicht, ist an dieser Stelle eine rein akademische; worauf es ankommt, ist einzig und allein das von Schwanebach in voller Schärfe richtig fixirte Problem: „Was soll bei der ungünstigen Zahlungsbilanz Rußlands geschehen, um heute und morgen und im Laufe der *nächsten* Jahre

das Gold zu behalten? Mit den 600 Millionen Rubeln, für die wir Landesprodukte verkaufen, exportiren wir einen nicht geringen Theil unseres agraren Grundkapitals. Wo ist das Aequivalent dieses sich unerbittlich wiederholenden nationalen Verlustes? Für die Landwirthschaft bedarf es nicht einer Vergrößerung, sondern einer Verringerung der Ausfuhr, namentlich im Sinne einer Wendung in der Steuerpolitik, wodurch das auf den Bauern lastende fiskalische Joch erleichtert würde. Um der Goldwährung willen müssen wir aber eine große Ausfuhr wünschen, und gleichsam vergessen, daß diese Ausfuhr für unseren fundamentalen Wirthschaftsbestandtheil schädlich, ja vernichtend ist. Der Verfall des östlichen und des Schwarzerdegebiets ist nach meiner tiefen Ueberzeugung eine hochernste Gefahr, die der Goldwährung droht."

Man muß den russischen Kritikern des Herrn von Witte darin beipflichten, daß seine ganze Weisheit im Grunde darin bestanden hat, den vermeintlichen Bau des neuen ökonomischen Rußlands mit dem ausgesogenen Mark des russischen Bauernthums zu kitten. Am letzten Ende fällt thatsächlich Alles auf die Schultern des Bauern zurück, denn — das muß stets wiederholt werden — das System Witte steht und fällt mit der Erpressung der Bauernsteuern und dem dadurch allein ins Werk gesetzten Getreideexport. Das Verhältniß von Ausfuhr und Einfuhr Rußlands war bis zum Jahre 1899, dem letzten, für das eine abgeschlossene Berechnung vorliegt, folgendes:

	Einfuhr	Ausfuhr	Ausfuhrüberschuß
1887 . .	345,5	586,5	+ 241,0
1888 . .	335,2	749,4	+ 414,2
1889 . .	376,2	719,4	+ 343,2
1890 . .	362,1	657,3	+ 235,2
1891 . .	325,6	669,9	+ 344,3
1892 . .	350,8	436,3	+ 85,5
1893 . .	392,4	561,6	+ 169,2
1894 . .	490,5	633,1	+ 142,6
1895 . .	457,8	651,8	+ 194,0
1896 . .	519,8	649,8	+ 130,0
1897 . .	489,3	673,9	+ 184,6
1898 . .	541,4	676,6	+ 135,2
1899 . .	650,5	627,0	— 23,5

Es ist deutlich, wie die Handelsbilanz in steigendem Maße ungünstiger wird, und zwar durch das fortgesetzte Steigen der Einfuhr

bei annähernd gleich bleibenden Ausfuhrziffern (man beachte übrigens das rapide Hinaufgehen der Einfuhrziffern nach dem Abschluß des letzten deutsch-russischen Handelsvertrages). Im Jahre 1899 hat sich zum ersten Male ein Defizit nicht nur der Handels-, sondern sogar der Zahlungsbilanz ergeben. Im Jahre 1899 betrug die Verzinsung der Staatsschuld nicht weniger als 276 Millionen Rubel, die weitaus zum größten Theil an das Ausland zu zahlen waren. Hier ist also der passive Charakter der Zahlungsbilanz evident. Aber auch schon für die ganze Reihe der vorhergehenden Jahre von 1892 an kann er kaum bestritten werden. Die ganze schwere Last dieser baaren Tributleistung an das Ausland legt sich mit erdrückender Wucht auf den russischen Bauernstand. Ich finde keine bessere Charakterisirung dieses Rußland ruinirenden Wirthschaftssystems als diejenige, die Sergei Scharapow zum Schluß seiner Broschüre über die russischen Finanzen mit folgenden Worten giebt.

„Der Grund des Ruins liegt vor allen Dingen darin, daß unsere Finanzverwaltung im Prinzip zwar die Unmöglichkeit einer guten Finanzlage bei einer schlechten wirthschaftlichen Lage des Volkes anerkennt, aber nichtsdestoweniger in der Praxis nicht nur keinerlei Maßregeln zur Gesundung unserer Volkswirthschaft und zur Erleichterung des Hauptkontingents der Zahlenden trifft, sondern umgekehrt sogar zu finanziellen Mitteln greift, die den nationalen Wohlstand mehr und mehr verschlechtern. Das ganze System dieser Volkswirthschaft beruht ausschließlich auf dem Bestreben, aus der Bevölkerung so viel wie möglich auf die verschiedenste Weise herauszuholen. . . . Es verfolgt ausschließlich das eine Ziel, Mittel zur Befriedigung der Staatsbedürfnisse zu schaffen, ohne darüber nachzudenken, auf welche Weise und woher dem Volke die nothwendigen Mittel zur Aufrechterhaltung des Staatsmechanismus selbst kommen sollen. . . .“

„Nur die unglaubliche Lebenskraft und Leidensfähigkeit des russischen Volkes, sammt seiner unendlichen Unterwürfigkeit gegenüber der Gewalt, haben eine so lange Herrschaft einer ruinirenden Finanzpolitik ermöglicht. Jetzt aber beginnt selbst diese Lebenskraft nicht mehr auszureichen, um das wirthschaftliche Gleichgewicht unter der Herrschaft der neulich eingeführten Goldwährung, die Rußland wahrhaft unerträgliche Opfer auflegt, zu erhalten. Unter der Herrschaft dieses Systems sind die beiden wichtigsten und grundlegendsten Aufgaben unserer Volkswirthschaft ungelöst geblieben: Die Getreidepreise konnten sich nicht heben und deshalb vermag

die Landwirthschaft fast in ganz Rußland nicht zu prosperiren. Daher kann auch der Nation kein Geld in genügendem Maße beschafft werden. Die Industrie, künstlich entwickelt, vermag sich bei dem Ruin des Ackerbaues weder selbst zu halten, noch unserer Volkswirthschaft Mittel zuzuführen, wohl aber verlangt sie immer neue und neue Opfer und die äußere Verschuldung, fortgesetzt wachsend, erfordert wegen der Passivität unserer Zahlungsbilanz ununterbrochene Vermehrung."

„Unter diesen Umständen ist eine große ökonomische Katastrophe unvermeidlich. Ihre Vorboten sind schon da. Unsere nationale Wirthschaft ist nicht im Stande, den Forderungen des Staatshaushalts nachzukommen, die Finanzverwaltung vermag selbst auf dem Wege ferneren und endgiltigen Ruins der Volkswirthschaft und des Ausverkaufs der natürlichen Reichthümer Rußlands nicht länger die Goldvaluta und den Metallumlauf aufrecht zu erhalten. Die Dinge stehen aber so, daß die Sistirung der Umwechselung und das Aufhören des Metallverkehrs einen allgemeinen Sturz unserer Papiere, den Bankerott unserer Kreditinstitute und den Ruin der ganzen Industrie herbeiführen werden. . . . Eine schwere historische Verantwortung wird auf denen lasten, denen Gewalt über die russische Volkswirthschaft gegeben war, nicht weniger aber auf denen, deren Stimme zur Warnung vor dem Elend und zur Abwehr der ungeheuren, das russische Volk bedrohenden Gefahr hätte ertönen können, aber nicht ertönt ist."

Notizen und Besprechungen.

Geschichte.

Geschichte Bismarcks von Max Lenz. Leipzig 1902. Duncker & Humblot. 455 S.

Freiherr vom Stein von Max Lehmann. Erster Theil. Vor der Reform 1757—1807. Leipzig 1902, S. Hirzel. 455 S.

Gleichzeitig sind der erste Band einer groß angelegten Stein-Biographie von Max Lehmann und ein Bismarck von Max Lenz erschienen. Welch einen Strom von Erinnerungen, Betrachtungen, Vergleichungen vermag diese bloße Zusammenstellung zu erzeugen! Zuerst die beiden Historiker, Inhaber der angesehensten akademischen Lehrstühle in Deutschland: sie bekennen sich Beide als reine Jünger der Rankeschen Schule, und wie außerordentlich verschieden sind doch ihre Werke, nicht nur nach Form und Auffassung, sondern auch nach den inneren Trieben der Gestaltung! Aber sie stehen mir Beide persönlich zu nahe, als daß ich versuchen möchte, kurzerhand das Wesen ihrer Kunst zu analysiren. Nun die beiden Helden — soll man versuchen, sie in einer Gegenüberstellung zu vergleichen? Unendlich oft sind die beiden Namen, Stein und Bismarck, neben einander genannt worden, aber noch nie hat Jemand gewagt, die Charaktere in irgend einer Beziehung an einander zu messen. So gewiß es eine der größten und schönsten Aufgaben der zukünftigen Historiographie sein wird, diese Vergleichung einmal aufzustellen und durchzuführen, so wenig möchte ich mich in diesem Augenblick über die Fragestellung hinaustrauen. Nicht in einer kurzen Skizze, sondern nur in einer wissenschaftlich breit angelegten Charakterstudie dürfte es überhaupt möglich sein, ihr nahezutreten. Das führt dann gleich weiter hinüber und hinein in den historischen Hintergrund, in den Vergleich der beiden großen Epochen unseres Werdens, der Freiheitskriege und der Einigungskriege. Wie unermeßlich verschieden in ihrem Verlauf nicht nur und in den Persönlichkeiten, sondern auch in den moralischen Kräften, die das eine und das andere Mal wirksam und entscheidend waren! Man ist vielleicht schnell bei der Hand mit der Gleichung: 1813 wie 1870 war es eine Erhebung des nationalen Gedankens, die ungeheure Wirkung seiner Explosionskraft.

Aber mit einer solchen Wendung, so wahr sie an sich ist, wäre doch das eigentlich Tiefere der Erscheinungen nicht enthüllt oder erleuchtet, sondern verdeckt; denn 1813 lebte der nationale Gedanke in einigen, ganz wenigen führenden Persönlichkeiten, 1870 in der Masse. Wie aber stellten sich die leitenden Persönlichkeiten zu ihm? War er ihnen mehr Mittel, mehr Zweck? Je ähnlicher sich die Dinge auf den ersten Anblick darzustellen scheinen, desto verschiedener wird das Bild bei näherer Betrachtung. An anderen Stellen wieder, wo von weitem eine große Verschiedenheit erscheint, rücken die Bilder bei näherer Betrachtung merkwürdig nahe aneinander; Kaiser Wilhelm I. hatte mit seinem Vater eine viel größere Aehnlichkeit, als es die Legende zugeben möchte.

1813 ist Preußen, von außen betrachtet, ein minder mächtiges Mitglied einer ungeheuren Koalition, und von innen betrachtet, ist es unmöglich, diese Epoche unserer Geschichte an eine einzige, leitende Persönlichkeit zu knüpfen; es sind neben dem König zum mindesten vier Männer: Stein, Hardenberg, Scharnhorst, Gneisenau, die der Zeit ihren Charakter aufdrücken. Wie sehr mußte Alles anders werden in der neueren Epoche, wo Preußen allein und nur mit seinen eigenen Kräften die großen Aktionen durchführte und im Inneren eine einzige Persönlichkeit Alles beherrschte. Es giebt eine Epoche Bismarcks in der Weltgeschichte, aber es ist unmöglich, die Epoche von 1807 bis 1815 mit einem Namen zu bezeichnen.

Max Lehmann wirft in seiner Einleitung die Frage auf, ob und weshalb die Geschichtsschreibung noch einer neuen Stein-Biographie bedürfe. Ich wage, auf die Gefahr hin, von Vielen nicht verstanden zu werden, die Antwort: Lenz' Geschichte Bismarcks beweist es, daß das deutsche Volk heute eine neue Stein-Biographie nöthig hat und eine Biographie, gerade aus der Feder, mit dem Temperament und der Geistesrichtung Max Lehmanns.

Als die ersten Versuche, den Fürsten Bismarck in seinem Thun und in seiner Person weltgeschichtlich zu begreifen, möchte ich einige Arbeiten Constantin Rößlers hinstellen, die erste „Graf Bismarck und die deutsche Nation" erschienen 1871, und einige in den achtziger Jahren in diesen Jahrbüchern veröffentlichte Aufsätze; sie sind jüngst in einer Sammlung ausgewählter Aufsätze Rößlers von Neuem gedruckt worden, auf die ich noch ausführlich zurückzukommen gedenke. Sehen wir von diesen Rößlerschen Studien ab, die doch nur essayistisch gehalten sind und noch bei Lebzeiten des Fürsten erschienen, so ist das Buch von Lenz die erste in großem historischen Stil angelegte, auf die Wahrheit, und nichts als die Wahrheit, ausgehende Biographie des Gewaltigen.

Wer sie gelesen hat aber wird doppelte Wirkung empfinden und doppelten Gewinn davon haben, wenn er dann hinterher — dies ist die Reihenfolge, die ich anrathe — Max Lehmanns Stein vornimmt. Die tiefsten Gegensätze, die das Leben der Menschen erfüllen und zwischen denen

sich ihr sittliches Dasein bewegt, werden ihm dann lebendig werden. Jede Epoche hat ihr eigenes Gesicht, jedes Geschlecht zeugt andere Werthe und andere Werthungen. Die Zeit der Reform und der Freiheitskriege hatte eine Art Abneigung gegen die Friedrichs des Großen; in der Zeit Bismarcks ist man zu einer gewissen Geringschätzung mancher Ideale der Freiheitskriege gekommen. Die Aufgabe der Historiker ist es, in der Gegenwart die Vergangenheit fortleben zu lassen, der Einseitigkeit, die jede Epoche in sich hat, entgegenzuwirken. Sie ist nothwendig, diese Einseitigkeit, aber sie darf nicht Herr über uns werden. Das deutsche Volk ist nicht bloß die Generation von heute, es ist auch das Volk der Freiheitskriege und das Volk Friedrich des Großen. Alle fünfzig Jahre eine so ganz andere Gestalt: erst wer in und mit ihnen Allen, nicht bloß in den Tendenzen und Vorstellungen der Gegenwart lebt, lebt ganz mit seinem Volk.

Delbrück.

Literatur.

Wurzellocker. Roman in zwei Bänden von Wilhelm von Polenz. Verlag von F. Fontane & Co. Berlin 1902. Preis 8 Mark.

Ich habe im Maiheft gelegentlich einer Rezension von den Literaten gesprochen, die ohne Bedenken selbstherrlich alle Erscheinungen des Lebens vor ihre Artistentribüne ziehen, während sie selber dem Leben keineswegs gewachsen, ja, ihm sogar entfremdet sind und weit davon entfernt, das Leben mit seinen Höhen und Tiefen wahrhaftig in sich empfunden zu haben. Solche Literaten-Literatur ist nicht Ausdruck oder gar Ueberwindung des Lebens. Sie hat mit der Welt des Lebendigen und Wirklichen garnichts mehr zu thun. Sie ist das Erzeugniß literarischer und ästhetischer Modeströmungen. Ihr Urbild ist nicht das Leben, sondern dieser oder jener andere Literat oder dieses oder jenes schon vorhergegangene Kunstwerk. Für diese Literaten prägt jetzt Wilhelm von Polenz in seinem neuesten Roman das Kernwort: wurzellocker. Sie wurzeln garnicht oder nur ganz lose im Erdreich. Sie schweben in der Luft. Und wenn der Wind des Lebens über sie dahin fährt, verwehen sie und ihre Werke. Polenz hat als Dichter eine sehr große Mitgift mitbekommen, nicht von der Natur, sondern vermuthlich von den Vätern her. Er ist nämlich — nach dem Ausweis von Kürschners Literatur-Kalender — Rittergutsbesitzer. Ich meine in vollem Ernste, daß das auch gerade für den Dichter eine bedeutsame Mitgift ist. Polenz ist nicht „wurzellocker“. Er steht auf der wohlgegründeten, dauernden Erde. Er hat praktische Interessen zu vertreten. Er steht mitten im praktischen Leben. Schon rein äußerlich in seinem poetischen Schaffen macht sich bei Polenz der „agrarische“ Dichter geltend. Seine Hauptwerke sind die agrarischen Romane „Der Büttnerbauer“ und „Der Grabenhäger“. Herr von Polenz

ist aber ebenfalls der Junker, der als solcher gewohnheitsmäßig auch in kirchenpolitischen Fragen wohl Bescheid weiß: so schrieb er den „Pfarrer von Breitendorf.“ Das „Problem Polenz“ — man sollte in diesem Falle das Komplikationen einschließende Wort Problem allerdings garnicht anwenden — stellt sich mir nun so vor Augen: Was ergiebt sich, wenn ein Junker Romane schreibt? Ja, wie kommt der Junker überhaupt dazu, Romane zu schreiben? Er kommt darum dazu, weil er nicht nur als landwirthschaftlicher Praktiker mit hellen Blicken sieht, wie es um Hof und Acker bestellt ist, sondern weil ihm als Menschen auch die Gabe verliehen ist, mit beschaulichen Augen das Bild des Lebens aufzufangen. Das ist die ganz allgemeine Künstlergabe und Künstlerfähigkeit. Diese allgemeine Gabe wird bei dem Schloßherrn von Ober-Cunewalde nun spezialisirt und individualisirt durch dessen soziale Stellung. Polenz denkt garnicht daran, sich in den allgemeinen Literaten-Trubel zu mischen. Er sieht sich die Dinge recht kühl von Ferne an. Eine sachliche Nüchternheit ist der Grundzug in dieses Dichters Darstellungsmanier. Ja, gelegentlich scheint mir diese sachliche Nüchternheit fast zu einer gewissen bureaukratischen Exaktheit und Trockenheit auszuarten, als ob Polenz etwa in der Eigenschaft des Amtsvorstehers von den Dingen des Lebens ein Protokoll aufnimmt.

Eine protokollarische Vernehmung des Naturalismus in der Literatur — das ist in mancher Hinsicht und im großen Ganzen dieser Roman „Wurzellocker.“ Ich weiß es nicht ganz genau, aber ich glaube wohl, daß der Dichter Polenz selber zur Zeit der naturalistischen Hochfluth aufgetaucht ist. Aber der Polenzsche Naturalismus hat nichts mit dem eines Gerhart Hauptmann etwa zu thun. Bei Polenz ist nichts zu finden von der femininen und sensiblen Hingabe an die Welt der Erscheinungen. Es handelt sich vielmehr um eine sachliche und immer ein wenig kühle und überlegene Prüfung vorliegender Thatbestände des Lebens. Polenz ist als Dichter ein durch und durch männlicher Geist.

Im Roman „Wurzellocker“ schildert er das der Heimath und Familie entrathene Literatenthum in seinem Bestreben, des Lebens durch die Kunst Herr zu werden und zwar durch den Naturalismus in der Kunst, der allein eine richtige Auffassung des wirklichen Lebens vermittele. Im Mittelpunkt steht die Gestalt des jungen Dichters Fritz Berting. Um ihn gruppiren sich eine Reihe von Typen, daraus ich hervorhebe: der jüdische Geschäftsliterat Siegfried Silber, der deutsche Idealist älteren Schlages Lehmfink, der Verfasser des Buches „Deutsche Persönlichkeit“, der Pole Chubsky, das junge Fräulein Hedwig von Lavan, eine raffinirte Kennerin der erotischen Psychologie, deren Gestalt ganz vorzüglich gelungen ist und die übrigens nach dem Vorbild einer recht bekannten Schriftstellerin geschaffen sein dürfte. Es findet sich in dem Roman wohl überhaupt viel Porträtähnlichkeit. Hervorheben muß ich, daß die Nebenpersonen vom Dichter viel besser zur Anschaulichkeit gebracht sind, wie die Hauptperson.

Fritz Berting bleibt blaß und erregt als Dichter und Mensch eigentlich kein persönliches Interesse. Diesen Mangel möchte ich darauf zurückführen, daß Wilhelm von Polenz die anderen Gestalten aus dem Leben genommen, nach Modell gearbeitet hat. Berting aber ist eine erdachte und konstruirte Figur. Die Gabe der lebensvollen und schöpferischen Gestaltung aus dem Innern heraus vermöge der Phantasie besitzt Polenz aber nur in beschränkter Weise, während er in hohem Maße über die Fähigkeit verfügt, die Menschen des Lebens Zug für Zug in ihrem innersten Wesen zu begreifen.

Aus des Dichters ganzer Lebensstellung möchte ich es mir auch erklären, daß er keineswegs gewillt ist, den Naturalismus als ausschließlich ästhetisches und formales Problem aufzufassen. Er sieht in ihm eine Geistesrichtung und Geistesverfassung und, so betrachtet, verwirft er ihn: „Seine Mängel liegen für mich im Geistigen. Er ist Oberflächenkunst, daher das Milieu seine Force und das Seelische seine Renonce. Gewisse Erscheinungen hat er begriffen, solche, zu denen scharfe Sinne gehören: alles Physiologische zum Beispiel. Der Metaphysik gegenüber versagt er. Seine Kunstwerke haben Breite und doch keinen Horizont.. Mir ist beim Naturalismus immer zu Muthe, wie in einem großen Saale mit allzu niedriger Decke. Er hat keine Höhe des Glaubens und keine Tiefe des Fühlens, will keine haben. Seine Dramen kennen nicht große, einfache Probleme, die doch nach Hebbel das A und O sind der Tragödie. Sie dringen nicht vor bis an die Wurzel des wahrhaft Erschütternden, zum Ethos; darum reißen sie nicht fort, begeistern, entflammen nicht, sondern verstimmen nur.“ (Zweiter Band, S. 188.) Diese Worte legt Polenz bezeichnender Weise dem Verfasser der „Deutschen Persönlichkeit“ in den Mund.

Ich habe keinen organisch aufgebauten, erschöpfenden Aufsatz über Wilhelm von Polenz schreiben wollen. Ich habe nur versucht, eine Grundlinie für einen solchen Aufsatz zu ziehen. Die Leser werden es merken, wenn sie es nicht schon vorher aus eigener Kenntniß gewußt haben: Polenz ist ein Dichter von Kraft und Eigenart, in hohem Maße auch besonders werth, von Männern gelesen zu werden.

* * *

Das schönere Geschlecht. Novellen. Preis 5 Mark. — **Traum im Süden.** Preis 2 Mark. Beide Bücher von **Georg Freiherrn von Ompteda** im Verlage von Fontane & Co., Berlin 1902.

Was ich, einleitend, über Wilhelm von Polenz gesagt habe, ließe sich in gewisser Beziehung auf den Freiherrn von Ompteda anwenden. Auch er ist keine reine Literaten- und Aesthetenseele, sondern in mannichfacher Hinsicht literarisch bestimmt und individualisirt durch den Beruf, dem er ursprünglich angehört hat. Er ist Offizier gewesen. Dementsprechend ist er eine männliche, kraftvolle, durch und durch tüchtige, nüchterne und doch warmherzige Persönlichkeit, tapfer genug, um alle Fährlichkeiten des Lebens zu schauen und sie vorurtheilslos zur Darstellung zu bringen. Es ist

ziemlich unmöglich, von Ompteda als Novellisten zu reden, ohne Maupassant zu erwähnen. Ompteda ist nämlich der erfolgreiche Uebersetzer der Maupassantschen Werke. Es wird aber ein Mann wie Ompteda keinen Autor übersetzen, dem er sich nicht zum Theil wenigstens wahlverwandt fühlt. Und in der That ist es zuzugestehen, daß von allen denen, die in Deutschland Novellen schreiben, Ompteda am ehesten ein Anrecht darauf hat, mit dem Franzosen in einem Athem genannt zu werden. Beide verstehen es, jede Kleinigkeit des Lebens, die vor sie tritt, künstlerisch zu vertiefen und zur Novelle zu verdichten. Beide haben die Gabe, jene Kleinigkeiten sich vom Hintergrunde einer Weltanschauung abheben zu lassen und so zu einem Gesetz des Lebens in Beziehung zu setzen. Weltanschauung darf hier aber nicht im Sinne eines den Dichtern zum Bewußtsein gekommenen und mit Bewußtsein verwandten philosophischen Systems verstanden werden. Es handelt sich vielmehr um eine organische Weltauffassung, um eine Totalstimmung, die nur gefühlsmäßig vorhanden ist und bei der literarischen Darstellung der Lebensvorgänge unbewußt zum Ausdruck gelangt, wie eine Begleitung, die mitklingt und von der sich die Lieder des Lebens melodisch abheben. Der Unterschied zwischen Maupassant und seinem deutschen Uebersetzer und Nebenstück liegt — möchte ich sagen, im Gesundheitszustand. Ompteda ist einer pessimistischen Lebensauffassung keineswegs immer fern, aber er ist doch eine geschlossene, robuste Natur, keineswegs gewillt, am Leben zu zerbrechen, wohl aber immer bereit, das Leben mit der Feder zu stellen, wie der Soldat mit dem Säbel allen Fährlichkeiten entgegentritt.

Der „Traum im Süden“, der wohl als Erzählung zu charakterisiren wäre — der Titel schweigt sich darüber aus — giebt ein Liebesverhältniß, in dem sich die Charaktere durch die Unterschiede des norddeutschen und italienischen Milieus gegeneinander abheben. Das hübsch ausgestattete Buch ist angenehm zu lesen, gehört in literarischer Hinsicht aber nur zur kleinen Münze, die Ompteda geprägt hat und im Publikum kursiren läßt. Ausgezeichnete Eisenbahnlektüre, die jedermann — Jung und Alt, Männlein und Weiblein — in die Hände fallen darf und in diesem Sinne bestens empfohlen sei.

* * *

Die Overbecks Mädchen. Roman in zwei Bänden. Preis 8 Mark. — Wenn Früchte reifen. Novellen. Preis 3,50 Mark. Beide Bücher von Max Grad im Verlage von Fontane & Co., Berlin 1902.

Der Verfasser ist eine Dame. Der Roman hält sich auf der unglücklichen Mitte zwischen literarischer Leistung und dem, was die Familienblätter lieben. Die Overbecks Mädchen sind Zwillinge, Töchter eines norddeutschen Gutsbesitzers, die ihren Namen Tine und Marion entsprechende realistische und romantische Schicksale zu erleiden haben. — Die Novellen — Wenn Früchte reifen — sind entschieden literarischen Gepräges. Mit großem Temperament und leuchtender Phantasiekraft werden hier Stücke Natur zu lebendigster Darstellung gebracht. Max Lorenz.

Theater-Korrespondenz.

„Deutsche Thalia".

Diese „deutsche Thalia" soll ein „Jahrbuch für das gesammte Bühnenwesen" sein. Der jetzt vorliegende erste Band umfaßt 552 Seiten. (Verlag von Wilhelm Braumüller, k. u. k. Hof- und Universitäts-Buchhändler, Wien und Leipzig.) Herausgeber ist Dr. F. Arnold Mayer in Wien. Nach dem Willen des Herausgebers soll es sich darum handeln, „weiteren Leserkreisen, Gelehrten und Ungelehrten, Schaffenden und Genießenden ein ernstes, auf wissenschaftlicher Grundlage ruhendes Organ für das Theater, für seine Geschichte, Kritik, Praxis endlich zu schaffen." Die „wissenschaftliche Grundlage" glaubt sich der Herausgeber dadurch zu sichern, daß er hervorragende Literatur-Professoren zur Mitarbeiterschaft herangezogen hat, von denen besonders Köster-Leipzig und Koch-Breslau genannt seien. Der vorliegende erste Band enthält in fünf Abschnitten Geschichtliche Beiträge, Das Theater der Gegenwart (Kritischer Jahresbericht über deutsche Bühnen, Theater der Fremden), Die Praxis der Bühne und Verwandtes, Nekrolog, Die Literatur des Theaters im Jahre 1901. Es handelt sich hier also um ein in größtem Stile angelegtes wissenschaftliches und kritisches Zentralorgan für das gesammte europäische und im Besonderen deutsche Theaterwesen.

Der Gedanke ist bedeutsam und schön. Die vorliegende Ausführung läßt so gut wie Alles zu wünschen übrig. Es besteht ein klaffender Zwiespalt zwischen dem, was geboten werden sollte und was thatsächlich geboten wird. Es besteht außerdem eine fatale Inkongruenz sämmtlicher einzelnen Partien zu einander und endlich weist das gebotene Thatsachenmaterial so starke Lücken auf, daß unter solchen Umständen auf die Herausgabe von etwas, das noch gar nicht fertig ist, besser verzichtet worden wäre. Um auf solche Lücken sogleich hinzuweisen: In dem „Kritischen Jahresbericht über deutsche Bühnen" werden die Städte Berlin, Bern, Breslau, Leipzig, München, Prag, Stuttgart, Weimar, Wien, Zürich und Basel behandelt. Es fehlen z. B. Dresden, Hamburg, Frankfurt a. M., Köln. Dieses Fehlen bedeutet eine um so größere Lücke, als gerade die drei zuerst genannten Städte bemüht sind, ein von Berlin unabhängiges und möglichst originales

Theaterleben zu führen. Düsseldorf hätte, in Hinsicht auf die dort stattfindenden klassischen Festspiele — über deren Werth ich persönlich übrigens kein Urtheil habe — auch behandelt werden müssen. Doch solche Lücken lassen sich schließlich im zweiten Bande ausfüllen. Meine Bedenken sind prinzipieller Natur und beziehen sich in der Hauptsache auf den bereits erwähnten Gegensatz zwischen Gewolltem und Erreichtem. Sie richten sich also gegen das Prinzip des ganzen, im ersten Augenblick so schwerwiegend und bedeutungsvoll scheinenden Unternehmens.

Der Schwerpunkt des Werkes liegt zweifellos in den „kritischen Jahresberichten". Sie sollen eine höchste Instanz für deutsches Theaterwesen sein; sie sollen nicht nur Stücke kritisiren, sondern auch das Publikum, und sie sollen sogar auch und im Besonderen eine Kritik der Kritik bieten. Die Herren, die hier schreiben, sind keine gewöhnlichen Kritiker, sondern gewissermaßen die von der Souveränität des Herausgebers bestellten Generalobersten der Kritik.

Herr Professor Köster ist es, der der „Thalia", als ihr Protektor, eine „Einleitung" vorausschickt. Es ist das wirklich ein schöner, von großen Gesichtspunkten ausgehender Artikel, der auf die unser Theaterleben hauptsächlich angehenden Probleme mit Verstand und Schärfe hinweist und die prinzipielle Klarstellung und Lösung dieser Probleme für die „Thalia" als eine von ihr zu bewältigende Aufgabe in Anspruch nimmt. Es heißt da: „Der kritische Jahresbericht über deutsche Bühnen, der einen wesentlichen Theil desselben (des Jahrbuches) bildet, wird dem Dichter und dem Theaterdirektor, dem Literarhistoriker, dem Kritiker und jedem Freunde der Kunst das Material zu großen sachlichen Auseinandersetzungen über die Grundfragen, Aussichten und Schäden dramatischer Kunst bieten." Wie sehen nun in Wirklichkeit die großen sachlichen Auseinandersetzungen über die Grundfragen u. s. w. aus, die in diesem Bande geboten werden? Ich nehme als Beispiel den Bericht über Berlin. Er ist einer der längsten und ausführlichsten. Er behandelt auf sechsundzwanzig Seiten Bühnen, Direktoren, Schauspieler, Publikum, Kritiker, giebt in der Einleitung einen geschichtlichen Rückblick über die Entwicklung der Berliner Theaterverhältnisse und bietet eine Kritik der großen Zahl von Novitäten zweier Spieljahre — das alles auf sechsundzwanzig Seiten! Und dieser Bericht — ich wiederhole es — ist einer der längsten und ausführlichsten. Wie kann es da zu „großen sachlichen Auseinandersetzungen" kommen! In dem Ganzen findet sich nicht ein einziger neuer Gedanke, nicht ein einziger origineller Gesichtspunkt. Das Ganze steht — und ich übertreibe damit keineswegs — bestimmt nicht höher als die theatralischen Rückschauen, die der „Berliner Lokal-Anzeiger" jährlich einmal um die Jahreswende zu bieten pflegt. Unvortheilhaft von diesen unterscheidet sich aber der Bericht der „Thalia" durch eine garnicht durch besondere Originalität gerechtfertigte Subjektivität und Parteinahme des Urtheils. Ich kann mich nicht enthalten, zur Be-

gründung meines Urtheils ein paar Beispiele anzuführen. Ueber Gerhart Hauptmanns „Michael Kramer“ wird ausgeführt: „Sein Michael Kramer enthält vielleicht das dichterisch Reinste und Tiefste, was der Poet je geschaffen hat. Aber dieser wundervolle Schlußakt mit seinem gewaltigen Hymnus auf den Tod, auf die sühnende und läuternde Macht des Sterbens, erscheint für die Bühnenwirkung zu lyrisch gedacht, nicht unmittelbar dramatisch empfunden. Zudem gehen diesem aufwärtshebenden Finale drei so bedeutungslose und leere Akte vorauf, wie sie Hauptmann niemals vorher ans Bühnenlicht gestellt hat. So war denn auch schon aus dem schwankenden Erfolg des Premièrenabends zu ersehen, daß diesem Werk keine nachhaltige Wirkung blühen könnte.“ Das ist alles. Eine weitere Probe: „Björnsons Doppeldrama „Ueber unsere Kraft“ konnte nach endlicher Ueberwindung der Zensurschwierigkeiten durch die Aufführung des zweiten Theils vervollständigt werden. Ueber den rein künstlerischen Werth dieses Werkes mag man noch so skeptisch denken. Aber als ein kühner Eroberungszug in das Land sozialer Probleme stellt es an Nerven und Geist der Hörer Anforderungen, deren erzieherischer Werth (was geht das die Nerven an?) nicht übersehen werden darf. Deshalb mag man getrost den ruchlosen Gedanken bei Seite schieben, daß nur das stofflich „Spannende“ dieses Dynamitstücks in Lindaus geschickter Inszenirung das Publikum gefangen nahm.“ Ist es um solcher Urtheile willen wirklich nöthig gewesen, ein Generaloberstamt der Kritik einzurichten?

Hier drängt sich von selbst die Frage auf: Von welchem Standpunkte und von welcher Grundlage aus wäre denn überhaupt in einem Jahrbuch, wie es die „Thalia“ sein will, Kritik zu üben? Gerade diese Frage ist für die „Thalia“, die doch auch eine Kritik der Kritik geben will, eigentlich die wichtigste. Es wird von den Autoren des Jahrbuchs mehrfach und doch nirgends in befriedigender Weise dazu Stellung genommen. Besonders an die Berliner Theaterkritik werden derbe Hiebe ausgetheilt. Professor Köster ist der Ansicht, daß uns heute eine Revision der Theaterkritik sehr vonnöthen sei. Er findet folgende Mängel: „Oft ein schnöde witzelnder Ton, oft ein gequälter Geistreichthum, oft ein hanebüchenes Absprechen, oft ein Lallen und Stammeln, das uns nichts weiter kundgiebt, als die Rathlosigkeit des Kritikers. Tausend Stilarten dazu; die Sätze bald breiweich und zäh aneinander klebend, bald hart, trocken und bröckelig. Experimente auch hier, wohin man sieht . . . Bisweilen das ernste Gefühl einer Verantwortlichkeit, oft gar einer Sendung; bisweilen aber die dreiste Anmaßung, als könne sie die Meister meistern. Eine Revision der Kritik, die diese Blätter planen, wird gut thun.“ Wesentlich anders als Professor Köster, sieht der Verfasser des Berliner Berichts, Herr Dr. Monty Jacobs, die Aufgabe des Kritikers an. Er proklamirt den kritischen Impressionismus und radikalen Subjektivismus. Diese Kritik „setzt ihren Stolz daran, dem Kunstwerk eine möglichst differenzirte Empfänglichkeit gegenüber zu stellen.“ Sein Ideal sieht er in Alfred Kerr. Ich habe gegen Herrn Kerr gar

nichts. Ja, ich habe ihn oftmals mit größtem Vergnügen gelesen und seine geistreichen Einfälle haben bei mir wirklich oft den beabsichtigten Erfolg gehabt, nämlich zu verblüffen. Herr Kerr ist famos — aber nur in einem Exemplar, als Einzelfall, als Ausnahme. Ihn in dieser auf „wissenschaftlicher Grundlage" ruhenden „Thalia" als Richtung gebenden Helden der deutschen Theaterwelt vor Augen zu stellen, dazu gehört eben ein Subjektivismus, den ich gerade hier nicht für angebracht halte. Für den richtigen Standpunkt möchte ich Alles in Allem in Hinsicht auf den Zweck der „Thalia" doch den von Köster eingenommenen halten: „Man wird lernen müssen, die wirklich Tapferen von den milites gloriosi zu scheiden, die Lebenskundigen, die da jung geblieben, von den Allzujungen, die nichts erlebt haben." Ja wohl: auf eine im Leben stehende, vom Leben erprobte, im Leben erfahrene Individualität von genügender Höhe und Tiefe des Seelenmaßes, zureichender Differenzirung der Gefühle und — selbstverständlich — literarischer Begabung und Neigung kommt es an.

Da nicht nur die Herren Köster und Jacobs der Berliner Theaterkritik harte Worte sagen, sondern auch Professor Koch ihr geradezu Unfähigkeit vorwirft, drängt es mich, ein paar Bemerkungen darüber zu verlieren. Zuzugeben ist, daß in Berlin eine schärfere Tonart herrscht, die in der Provinz — höflicher gesagt: im Reich — gelegentlich — man denke doch an die „Meisterspiele" — viel Mißfallen erregt. Dieser scharfe Ton erklärt sich nicht nur aus besonderer Berliner Art, sondern ist auf die Größe der Weltstadt zurückzuführen. Hier schreiben zwanzig oder dreißig Kritiker. Jeder will und muß gehört werden, in Berlin nicht nur, sondern im ganzen Reich, überall, wohin seine Zeitung kommt. Daß eine Kritik aber, die auf Massenwirkung ganz unbewußt rechnet, nicht im Flüstertone gehalten werden kann, ist selbstverständlich. In einer Stadt wie Leipzig oder Königsberg ist der Zustand möglich, daß ein einziger Herr Jahrzehnte hindurch allein maßgebender Kritiker bleibt und wie und was er auch schreibt — er wird immer von den braven Leipzigern oder guten Königsbergern verehrt und verstanden. Daß aber die Berliner Kritik trotz aller Schärfe unsachlich wäre, kann ich bei objektivster und persönlich uninteressirtester Betrachtung nicht finden. Nennen wir doch einmal ein paar Kritiker mit Namen! Professor Alfred Klaar von der „Vossischen Zeitung" ruht in der Grundlage seines künstlerischen und literarischen Denkens und Empfindens auf klassischem Boden, von dem er sich aber doch hoch und weit genug abhebt, um der modernen Literatur keineswegs verständnißlos gegenüberzustehen. Ganz hübsch ergänzt wird er von seinem jüngeren Kollegen Eloesser, der geistreich und nervös im modernen Sinne ist, ohne in radikalen Subjektivismus „überzuschnappen". Fritz Engel vom „Berliner Tageblatt" ist wirklich jedem „gekünstelten Geistreichthum" abhold und befleißigt sich einer in jeder Hinsicht lobenswerthen verständnißvollen Sachlichkeit. Fritz Mauthner ist allerdings bitter und herb und salzig und hat gegenüber der modernen Kunstleistung sachlich oft Unrecht; aber er

hat subjektiv ein Recht zu solchem gelegentlichen Unrecht, nämlich das Recht der ausgeprägten und wirklich geistreichen Persönlichkeit, die er unstreitig ist. Er wirkt oft verletzend, dafür aber immer anregend, so fördert er — weniger vielleicht die Künstler — wohl aber verständnißvolle Leser, selbst dann und gerade dadurch, daß er zum Widerspruch reizt. Die Brüder Hart vom „Tag“ haben ihre Stärke, die zugleich ihre Schwäche ist, nämlich einen festgeprägter Weltanschauung entnommenen Maßstab. Da aber diese ihre Weltanschauung weit ist, werden diese Kritiker niemals eng, d. h. bornirt. Das sind aber die Kritiker der für das Theaterwesen maßgebendsten Blätter. Nun beschwert sich Herr Dr. Monty Jacobs ganz besonders über die zahlreichen „Reporter“ in der Berliner Kritik. „Denn nicht anders können die wohlmeinenden und wackeren Männer bezeichnet werden, die dem Publikum folgen, statt ihm vorauszugehen.“ Ich weiß wirklich nicht, in welchen Redaktionen diese Kritiker, die nur Reporter sind, sitzen. Wenn ein Blatt ein sachliches Interesse daran haben könnte, „dem Publikum zu folgen, statt ihm vorauszugehen“, so wäre es der „Lokal-Anzeiger“. Ein gerechtes Urtheil aber darf garnicht verkennen, daß die Theaterrezensionen dieses Blattes doch fast immer und sicherlich in allen wichtigeren Fällen literarischen Gepräges sind. Ueberbrettl-Kritiken oder Rezensionen nach der Mode des Mystizismus oder Sezessionismus sind hier natürlich unmöglich. Es kommt auf das Verständliche und Verständige, vielleicht sogar das etwas Hausbackene an Aber man vergesse doch nicht, daß z. B. Sudermanns Stücke im „Lokal-Anzeiger“ gewöhnlich scharf abgewiesen werden — mit zu großer Schärfe gelegentlich — unbeschadet der Thatsache, daß Sudermann für einen großen Theil der Leser und Abonnenten geradezu Abgott ist. Es schien mir nöthig, gerade an der Stelle dieser in diesem Fall doch wirklich uninteressirten „Jahrbücher“ ein paar Worte zu Gunsten der Berliner Theaterkritik zu verlieren, gerade weil diese Kritik im Reich vielfach mit unberechtigten, allerdings auch ziemlich unschädlichen Angriffen bedacht wird.

Uebrigens darf der Einfluß der Kritik auf das Theaterwesen und den Theatererfolg nicht überschätzt werden. Sudermann, Otto Ernst und andere erzwingen den Erfolg beim Publikum auch in Fällen, in denen die ganze Kritik sich scharf ablehnend verhält. Die „Thalia“ enthält einen unterrichtenden und geistreichen Aufsatz über englisches Theaterwesen von William Archer, in dem an einer Stelle gesagt ist: „Wie sich der Ruhm eines Stückes verbreitet, so daß er einen Erfolg herbeiführt — das ist bis jetzt ein unergründetes Geheimniß geblieben. Das Publikum ist so ungeheuer, die Ansprüche, die an seine Aufmerksamkeit gestellt werden, sind so mannigfach, daß gar oft ein Stück, welches im Anfang alle Aussicht auf Erfolg hat, doch nicht genügendes Aufsehen macht, um die große Masse zu durchdringen, und nach ein paar Wochen ohne nachweisbaren Grund jedwede Beachtung verliert. Kurz, die Zugkraft des Theaters hat etwas von der Natur einer Epidemie: die Première hat die Ansteckung in die

Massen getragen und die wird sich nun weiter verbreiten oder im Keime ersticken. Kein Mensch kann sagen warum." Ganz sicher: die Theaterkritik ist keineswegs in besonders Ausschlag gebender Weise für den Theatererfolg bestimmend.

Die „Deutsche Thalia" in der vorliegenden Form ist als Ganzes schlecht und unbrauchbar. Dennoch halte ich den Gedanken eines solchen Jahrbuchs für fruchtbar. Es kann sich aber nicht darum handeln, einen sozusagen obersten Gerichtshof für Theaterwesen zu schaffen, sondern nur einen Brennspiegel aufzustellen, der die zerstreuten Strahlen des Theaterlebens in der Entfernung eines Jahres konzentrisch auffängt und Richtung weisend den Weg erhellt. Ich denke mir als die Aufgabe des Jahrbuchs die Klarstellung und Entwickelung großer Gesichtspunkte und Richtlinien und die Zusammenstellung einer in der Hauptsache reines Thatsachenmaterial bietenden Chronik. Der ganze erste Abschnitt „Geschichtliche Beiträge", der den vorliegenden Band mit rund 100 Seiten beschwert, kann wegfallen. Denn solche Aufsätze können in jeder Zeitschrift stehen. Ein erster Theil hätte programmatische, Richtung weisende Aufsätze von verschiedenen Bearbeitern zu geben, die für das Theaterleben der Gegenwart von zeitpsychologischem Interesse sind, z. B.: Wie vermag das sogenannte „moderne" Gefühl unserer Tage die klassische Dichtung zu werthen? Oder: Wie wäre in unserer Zeit ein historisches Drama möglich? Oder: Des Ueberbrettl's Glück und Ende. Oder: Theatergeist und Volksgeist u. s. w. Ein zweiter Abschnitt hätte in eingehendsten und tiefdringendsten Besprechungen die im verflossenen Jahre auf die Bühne gelangten Werke zu würdigen, die Erfolg gehabt haben oder — nach Meinung des Kritikers — verdient hätten, Erfolg zu haben. Man wird, wie ich ausdrücklich bemerken will, nicht davor zurückschrecken dürfen, auch an sich literarisch werthlose Werke zu würdigen, wenn sie Erfolg gehabt haben. Denn es wird zum mindesten sozial- und zeitpsychologisch immer interessant sein und bleiben, zu untersuchen, warum solche an sich werthlosen Werke — wie etwa das „Weiße Rößl'" — Erfolg haben konnten. Diesen zweiten Abschnitt — es handelt sich doch höchstens um ein Dutzend Essais — bearbeitet um der Einheitlichkeit der Auffassung willen am besten ein einziger, der sich dazu eben im Stande fühlt, andernfalls möglichst wenige. Der dritte Abschnitt bringt dann die Chroniken von der Art, wie sie im vorliegenden Bande am besten Professor Koch geschrieben hat. Daran mögen sich die Abschnitte Praxis der Bühne, Nekrolog und Theaterliteratur reihen. So — glaube ich — könnte die „Deutsche Thalia" ein nützliches und förderndes, bedeutsames und eigenartiges Unternehmen werden.

Ich gestehe die Bedeutsamkeit eines solchen Theaterbuches ein, möchte aber warnen, die Bedeutsamkeit des Theaters in unserer heutigen Zeit zu überschätzen und es gar nach wie vor als eine nationale Anstalt ersten Ranges zu betrachten. Ich zitire Hermann Bahr aus seinem eben erschienenen Buch „Premièren", Winter 1900 bis Sommer 1901. (Verlag

von Albert Langen in München, 1902.) Ich zitire diesen geistreichen und verdienstvollen Kritiker absichtlich gerade in diesem Zusammenhang, weil er nämlich vom Herausgeber der „Thalia“ im Bericht über Wiener Theaterleben meiner Ueberzeugung nach in ungerechtfertigter Weise angegriffen ist. Hermann Bahr aber läßt in einem fingirten Gespräch über Theater Jemand sagen: „Früher sind im Theater die großen Fragen der Nation verhandelt worden, alle bangen Sorgen, alle Wünsche, alle Forderungen der Zeit. Das Theater ist eine Anstalt der nationalen Gesinnung, der Aufklärung, der Bildung gewesen. Heute ist es das nicht mehr. Und wenn wir etwas nachdenken, werden wir finden, daß es das heute garnicht mehr sein kann. Wir haben für diese Zwecke heute bessere Mittel, wir haben andere Anstalten dafür. Wir haben Parlamente, Zeitungen, Versammlungen. Wenn ich heute meine Mitbürger bestimmen will, irgend etwas zu thun, halte ich eine Rede oder ich schreibe einen Artikel oder ich kandidire. Das ist viel einfacher und viel wirksamer. Die Politik ist es, die das Theater umgebracht hat. Durch sie ist es aus einer Anstalt der Gesinnung zu einer Anstalt der bloßen Unterhaltung geworden.“ Ich glaube, es steckt Wahrheit in dem, was Hermann Bahr da Jemand sagen läßt.

Berlin-Karlshorst. Max Lorenz.

Politische Korrespondenz.

Das Deutschthum in Ungarn und der ungarische Staat.
Von Lutz Korodi.

Als sich in der abgelaufenen Session des ungarischen Reichstags gegen den Schreiber dieser Zeilen einer der von den Patrioten höheren Stils beliebten „Stürme der Entrüstung“ erhob, erlaubte sich der Angegriffene in einem günstigen Moment, da er sich mit einigen Worten vernehmlich machen konnte, zu bemerken: „Wenn wir hier nicht reden können, so werden wir eben nur schreiben!“ Es konnte natürlich nicht fehlen, daß auch diese einfache und trockene Feststellung einer naheliegenden logischen Konsequenz den nicht geringen Rest der vorhandenen Entrüstung entfesselte, und es wurde damals das üble Wort laut, daß es in Ungarn noch Staatsanwälte und Richter gebe, die den Staat gegen solche „Denunziationen“ zu schützen wüßten. Es ist schon damals und an demselben Orte nachdrücklich Verwahrung eingelegt worden gegen den Vorwurf der „Denunziation“ und zugleich wurde auch das Recht auf freie Meinungsäußerung auch in der ausländischen, insbesondere reichsdeutschen Presse ebenso für die Deutschen in Ungarn beansprucht, wie es etwa die Magyaren, aber in noch viel ausgiebigerem Maße diejenigen, die es sein möchten, auszuüben für nothwendig finden. Merkwürdiger Weise ereifern sich auch nicht die eigentlichen Kernmagyaren so sehr — weder im Abgeordnetenhause, noch in der heimischen Presse — darüber, wenn auch von deutsch-ungarischer Seite in reichsdeutschen Blättern und Zeitschriften ein offenes Wort über die Nationalitätenfrage in Ungarn gesprochen wird, sondern es sind meist Leute, die zwar ihrer Abstammung nach von den Deutschen ebenso weit entfernt sind, als von den Magyaren, die aber doch sehr oft einen völlig deutschen Bildungsgang genossen haben und in den meisten Fällen bis vor nicht allzu langer Zeit auch noch über einen ganz guten deutschen Namen verfügten. Der wirkliche Magyare ist wohl von Natur aus ein leidenschaftlicher Mensch, und darum appelliren auch seine falschen Freunde, die sich zu seinen politischen Fürsprechern aufwerfen, mit klugem Vorbedacht gerade an dieses leidenschaftliche Temperament, und es gelingt ihnen darum natürlich auch nicht selten, den Blick der Magyaren zu trüben und den Einen und Andern derselben für die unwürdige journalistische oder parlamentarische

Hetze zu gewinnen und diese dadurch gewissermaßen zu legitimiren. Auffallend ist es, zu beobachten, wie im Parlament, wo die individuelle Theilnehmerschaft an den „Aktionen“ durch die unmittelbare Anschauung zuverlässiger konstatirt werden kann, doch eine verhältnißmäßig verschwindende, aber desto lungenkräftigere Minderheit bei ausgesprochenen Skandalszenen gegen die „Nationalitäten“ mitthut. Die Namen der Akteure klingen zwar dem Fernerstehenden fast durchweg magyarisch, aber die meisten ihrer Eigenthümer diskreditiren eigentlich das Magyarenthum unter fremder Flagge: darunter leidet freilich im Auslande meist nur der Ruf der Magyaren, nicht der an sich recht unbedeutenden Arrangeure. Es ist nicht eine aus der Luft gegriffene Behauptung, daß sogar die nüchternen Elemente der Kossuthpartei den Terrorismus, der im Abgeordnetenhaus von einigen Wenigen geübt wird, im Stillen nicht billigen. Ebenso wird es aber auch leider durch die Thatsachen erwiesen, daß es als politisch shocking gälte und zum mindesten mit dem journalistischen Bann und Interdikt belegt würde, wenn in solchem „Sturme“, wie man ihn sich besonders gegen die sächsischen Abgeordneten in den letzten Monaten wiederholt leistete, von magyarischer Seite abgeblasen wurde. Hie und da wagt es noch ein Redner der Magyaren, in der Behandlung der Nationalitätenfrage die politische Vernunft anzurufen, und man muß gestehen, daß bei dem übermächtigen Einfluß der Presse, den sie in Ungarn ausübt und der, wenige rühmliche Ausnahmen abgerechnet, in einem sehr bedenklichen Mißverhältniß zu ihrem geistigen Niveau steht, wirklich ein seltener Muth dazu gehört, gegen den Strom zu schwimmen; es verdient aber doch beachtet zu werden, daß gerade in der Zeit, wo der Chauvinismus seine ärgsten Orgien feiert und kaum noch steigerungsfähig erscheint, wo ein gewesener Ministerpräsident — Baron Bánffy — unumwunden erklärt, der ungarische Rechtsstaat könne nicht ausgebaut werden, so lange der Nationalstaat nicht fertig sei, also das Recht für den Ausbau des Staates bis auf Weiteres ausdrücklich suspendirt wissen will, es ist, sagen wir, gerade in solcher Zeit doppelt zu beachten, daß sich, wie das „Siebenbürgisch-Deutsche Tageblatt“ gelegentlich ausdrückte, verhältnißmäßig öfter auch „Vernunftsymptome“ zeigen, die darauf hindeuten, daß das Fieber des magyarischen und, wie wir schon andeuteten, mehr noch pseudomagyarischen Chauvinismus doch in absehbarer Zeit den Kulminationspunkt erreicht haben muß und dann eine stetige Gesundung der Nationalitätenverhältnisse in Ungarn eintreten wird. Zu nahe darf man diese Zeit freilich auch nicht wähnen.

Es liegt uns Deutschen in Ungarn natürlich viel daran, daß auch im Deutschen Reich jener Prozeß richtig beurtheilt werde; es kann uns nicht gleichgiltig sein, ob urtheilsfähige Männer von politischer Bildung, mit denen wir uns vermöge unserer Abstammung und kulturellen Entwicklung in einer innigen geistigen Gemeinschaft wissen wollen, die Verhältnisse so sehen, wie sie liegen, und vor Allem, ob wir ihnen so erscheinen, wie wir in Wahrheit sind. Darum, nur um der Wahrheit zu dienen und Miß-

deutungen zu begegnen, denen wir durch leichtfertige oder böswillige „Information" des deutschen Auslands ausgesetzt sind, sehen wir uns genöthigt, auch vor den Reichsdeutschen unsere politischen Anschauungen und Ziele klarzulegen. Es ergiebt sich daraus die angenehme und für uns sehr erwünschte Nebenwirkung, daß auf diese Weise auch die Magyaren über unsere „Aspirationen" genauer, und zwar um so zuverlässiger unterrichtet werden können, als es unter der Kontrole der gesammten reichsdeutschen öffentlichen Meinung geschieht, wenn eine Zeitschrift vom Ansehen und der Verbreitung der „Preußischen Jahrbücher" uns die Spalten öffnet. Wir werden also, um auf den Ausgangspunkt dieser Zeilen zurückzukommen, unter allen Umständen auch die reichsdeutsche Publizistik, soweit sie uns zugänglich ist, in Anspruch nehmen, um auch das deutsche Volk mit den Verhältnissen des Deutschthums in Ungarn bekannt zu machen; wir glauben, daß das deutsche Volk hierauf sogar ein gewisses Recht hätte. Lieber ist es uns gewiß, wenn wir die Aufklärung des deutschen, wie des magyarischen Publikums nicht nur im Wege der Presse besorgen müssen, wenn vielmehr dieselbe auch auf parlamentarischem Wege möglich ist; wir wollen auf keines der beiden Mittel verzichten, und auch die Magyaren werden sehen: je ausgiebiger wir von beiden Mitteln Gebrauch machen, desto eher wird auch eine Verständigung zwischen Magyaren und Deutschen erfolgen. Und daß eine solche Verständigung im beiderseitigen, wie im allgemeinen Interesse des ungarischen Staates einmal erfolgen wird, kann keinen Zweifel leiden. Indem wir dies begründen, sind wir auch schon beim Kernpunkt der Frage angelangt, die uns hier interessirt.

Die politische Nothwendigkeit, daß sich Magyaren und Deutsche verstehen, bietet schon die Gewähr dafür, daß dies geschehe. Dasselbe könnte z. B. auch von den Rumänen behauptet werden, doch schließt das enger begrenzte Thema eine Erörterung dieser Frage in diesem Zusammenhange aus.

Damit jene Nothwendigkeit auch Jedermann einleuchte, muß vor Allem mit zwei Thatsachen gerechnet werden. Die Magyaren werden in Ungarn das führende Element bilden, wie sie es 1000 Jahre hindurch gewesen; dies ist die eine Thatsache. Das Problem ihrer Hegemonie wurde komplizirter durch die im Jahre 1848 versuchte und im Jahre 1867 und 1868 vollzogene Union des „ungarischen Mutterlandes" mit Siebenbürgen, weil hier (in Siebenbürgen) nicht nur die ethnographischen Verhältnisse für die Magyaren sehr ungünstige sind, sondern weil dies Land „jenseits des Waldes" auch eine zum großen Theil grundverschiedene historisch-politische Entwicklung durchgemacht hat. Immerhin hat sich nach schweren inneren Kämpfen eine gemeinsame Grundlage gefunden, von der aus weiter operirt werden kann. Der äußere Erfolg, der in diesen Kämpfen ohne Zweifel dem Magyarenthum zu Gute kam — der glückliche Vollzug der Union —, hat jedoch eine ganze Reihe magyarischer Staatsmänner verleitet, den historischen Boden immer mehr zu verlassen, so daß die heutige

Generation magyarischer Politiker, insofern sie nicht von sich aus innigere Beziehungen zur vaterländischen Geschichte pflegten, den Zusammenhang mit der geschichtlichen Entwicklung schon beinahe völlig verloren hat und darum Theorien von einem homogenen magyarischen Nationalstaat in die Luft baut, wie es in klassischer Weise ihr Meister, Desiderius Bánffy, gerade in diesen Wochen durch Veröffentlichung einer Serie von Artikeln über den Nationalstaat gethan hat. Die Männer dieser Schule, die durch Mithilfe ganz unberufener Elemente nur zu sehr gewachsen ist, wissen nur die eine Thatsache zu beachten: daß die Magyarenschaft auch weiterhin zur Hegemonie berufen ist, und ziehen hieraus ganz falsche Konsequenzen, die in den äußeren Erfolgen der Magyarisirungspolitik heute scheinbar eine Steigerung der intensiven Kraft im magyarischen Volksthum darstellen, thatsächlich aber nur auf eine völlig ungesunde Ueberreizung der magyarischen Nationalkraft hinauslaufen. Sie vergessen nämlich die zweite, sehr wichtige Thatsache, aus deren Zusammenwirken mit der ersten sich eben nicht der ethnographisch einheitliche magyarische Nationalstaat ergiebt, sondern das polyglotte Königreich Ungarn unter magyarischer Führung. Und jene zweite Thatsache, mit der jeder Politiker in Ungarn rechnen muß, wenn er nicht in die Wolken bauen will, ist diese: daß die mehr denn zwei Millionen Deutschen in Ungarn (von den Rumänen und anderen Nichtmagyaren gar nicht zu reden!) nun und nimmermehr zu magyarisiren sind; noch unlängst hat es sogar ein deutscher Renegat, der also am eigenen Leib die Möglichkeit der Entnationalisirung probirt hat, im „Budapesti Hirlap“, dem bedeutendsten magyarischen Blatte, öffentlich verkündet, daß eine Magyarisirung der deutschen Landbevölkerung nicht möglich sei, er würde darum den Banater Schwaben gerne die deutschen Volksschulen zurückgeben, wenn man dagegen den Siebenbürger Sachsen ihre Mittelschulen nehme, denn es käme, meint er, für den magyarischen Nationalstaat hauptsächlich darauf an, die Intelligenz zu magyarisiren, — die Masse der deutschen Bevölkerung soll also nach der Meinung solcher Neupatrioten den ausgesprochenen idealen „Kulturdünger“ abgeben, aus dem als Blüthe ausschließlich die neumagyarische Intelligenz sprießt. Die Unverwüstlichkeit des nationalen Grundkapitals des ungarländischen Deutschthums wird also auch schon von den überspanntesten chauvinistischen Hitzköpfen zugegeben; daß aber bei dem zunehmenden Nationalsinn, den wohl mittelbar gerade die Magyaren am wirksamsten weckten, die Deutschen in Ungarn sich mit einer so kläglichen Rolle immer weniger begnügen würden, kann Jedermann bezeugen, der Land und Leute aus eigener Anschauung kennt und der überhaupt Verständniß hat für Eigenart und -Kraft eines Volkes, wie sie sich mit geschichtlicher Nothwendigkeit entwickelte. Mit dieser Thatsache also, daß im allerbesten Falle nur gewisse deutsche Volkssplitter für die Magyarisirung gewonnen werden können, daß aber die hierauf abzielende Politik in der Gesammtheit der Deutsch-Ungarn eine Verstimmung hervorrufen würde, die in keinem Verhältniß stünde zum angeblichen

„nationalen“ Gewinn der Magyaren, — mit dieser Thatsache muß jeder ungarische Staatsmann rechnen, der in die Lösung der ungarischen Nationalitätenfrage auch nur einigermaßen System bringen und ihre halbwegs befriedigende Lösung nicht immer nur von heute auf morgen verschieben oder vielmehr in ganz falsche Bahnen leiten will, in Bahnen, die doch zu keinem vernünftigen Ziel führen und die man schließlich doch wird verlassen müssen, — je später mit desto mehr Mühe.

Was wir heute in den magyarischen Zeitungen Tag für Tag lesen, ist nicht so neu, als es aussieht. Zu Ende des 18. Jahrhunderts erklärte der Bürgermeister von Straßburg es für nothwendig, das Deutsche aus dem Handelsverkehr auszuschließen. Ansätze zu solchem Beginnen weisen bei uns nicht nur die Reden und Artikel einzelner Phantasten, sondern auch schon die gerichtliche Praxis auf. Zu jener selben Zeit verlangt ein Gesinnungsgenosse des Straßburger Bürgermeisters in einer Abhandlung über die Französirung des Elsaß, es solle verboten werden, auf französische Ansprachen deutsch zu antworten; — heute lesen wir in Ungarn in ernsthaft gemeinten Zeitungsartikeln, jeder Magyar müsse sich zur Pflicht machen, in Ungarn mit jedem Menschen unbedingt nur magyarisch zu verkehren. Gerade so wie damals im Elsaß es geschah, so schlägt der Chefredakteur des offiziösen „Magyar Nemzet“ und Reichstagsabgeordneter G. Beksics in einer Aufsehen erregenden Broschüre den Bevölkerungsaustausch, eine gewisse nationale Dislozirung, als Panacee für den Nationalstaat vor. Die Abgesandten der Jakobiner befahlen anno dazumal, 600 000 Lire flüssig zu machen, um in jeder Gemeinde des Elsaß eine französische Schule einzurichten, — in Ungarn werden behufs nachdrücklicherer Magyarisirung eine Unzahl magyarischer Konkurrenzschulanstalten ins Leben gerufen, wo schon ein blühendes Schulwesen (der Nichtmagyaren) vorhanden ist, während es in anderen magyarischen Strichen des Landes von Analphabeten wimmelt, weil es weder Schulen noch Lehrer giebt. Man kann also nicht einmal behaupten, daß die eigenen Volksinteressen der Magyaren immer wahrgenommen werden; womit nicht gesagt sein soll, daß das magyarische Schulwesen sich in den letzten Jahren nicht ganz bedeutend entwickelt habe; aber die Entwicklung desselben wird zu wenig als Selbstzweck gepflegt. Die Rücksicht auf die Forderungen der „öffentlichen Meinung“, die überall nur Erfolge nationaler Eroberungspolitik sehen will, lenkt die Aufmerksamkeit von den eigentlichen rein kulturellen Zwecken des Unterrichtswesens oft nur zu sehr ab. Und wird Ungarn auf dem Gebiete der Magyarisirung auch nur so viel erreichen, wie Frankreich im Elsaß? Ganz entschieden nicht. Denn dort konnte sich die ganze Kraft eines mächtig emporkommenden Staates auf ein genau begrenztes Gebiet beschränken und hat die geistige Rückeroberung des Elsaß durch die Deutschen doch nicht zu verhindern vermocht. Wie ungeheuer groß stellt sich aber erst die Aufgabe in Ungarn, wo die Gesammtheit der Magyaren (einschließlich Kroatien-Slavonien) nach den Angaben

der amtlichen Statistik nur 45,4 Prozent beträgt, wo es außerdem 11,1 Prozent Deutsche, 10,5 Prozent Slowaken, 14,5 Prozent Rumänen, 8,7 Prozent Kroaten, 5,5 Prozent Serben und kleinere Bruchtheile anderer Nationalitäten giebt und wo trotz aller Anstrengungen nur noch 13,6 Prozent der nichtmagyarischen Bevölkerung magyarisch kann, oder anders ausgedrückt, wo bei einer Gesammtbevölkerung von 19 254 559 Seelen trotz allen Sprachenzwanges noch immer 9 079 045 Personen nicht magyarisch sprechen können. Und wenn ein besonders gewissenhafter magyarischer Statistiker und Mitarbeiter des „Budapesti Hirlap“ in den letzten Tagen auf zwei am besten besuchten Korsoplätzen der ungarischen Hauptstadt über die Konversationssprache der Vorüberpromenirenden Aufzeichnungen machend, 45 bezw. 49 Prozent deutsche und nur 44 bezw. 46 Prozent magyarische Gespräche hörte, so müßten solche Thatsachen die fanatischen und fanatisirenden Rassenpolitiker doch stutzig machen und darüber nachdenken lassen, ob es sich denn der Mühe verlohne, die breite Masse des Volkes an ein nationales Ideal gewöhnen zu wollen, dem der ungarische Staat nie auch nur in die Nähe kommen wird. Man begreift angesichts solcher Zahlen, die, soweit sie die offizielle Statistik liefert, eher ein viel zu günstiges Bild darstellen, wirklich nicht, warum diese unfruchtbaren Versuche, dieses erschöpfende Jagen nach einem unerreichbaren Phantom nicht längst aufgegeben wurde. Warum, fragt man sich, wird die Magyarisirung gerade der Deutschen von den magyarischen Chauvinistenblättern — die größeren machen sich eigentlich heute schon alle gegenseitig den Rang als solche streitig! — so eifrig gepriesen?*)

Da hat man denn ein treffliches Schlagwort gefunden, womit man heute alle politischen Kinder bei uns zu Lande schreckt: der „Pangermanismus“ ist's, der das nationale Ungarn in seinem Bestande bedroht! Man weiß auch nicht, von wannen es kam, aber eines Tages war es da und thut seither seine Dienste. Sehen wir einmal, was denn als „pangermanische“ Symptome in den Zeitungen deklarirt werden: eine Gemeinde im Banat beschließt, dem Nationalitätengesetz gemäß, die deutsche Sprache zur Protokollsprache zu machen, neben der magyarischen; nota bene ist dieser Beschluß auch von rein praktischem Gesichtspunkt sehr vernünftig, denn die Bauern beherrschen ja das Magyarische gar nicht so weit, um sich darin korrekt auszudrücken**); sie haben, was sie in der Schule hiervon

---

*) „Budapesti Hirlap“ bezeichnete es im Zusammenhang mit seiner Statistik über die Konversationssprache der Spaziergänger als eine Lüge, daß die ungarische Hauptstadt 79,3 Prozent Magyaren aufweise (nach der offiziellen Volkszählungsstatistik), und zwar als eine Lüge derer, die aus Angst oder Liebedienerei bei der Volkszählung (von 1900) fälschlich das Magyarische als ihre Muttersprache angegeben haben. Eine Verleugnung der Muttersprache wurde solchen Leuten freilich sehr erleichtert durch die Fragestellung in den Zählblättchen, wonach als Muttersprache auch diejenige Sprache bezeichnet werden konnte, die man „am liebsten“ spreche.

**) Es ist kennzeichnend, daß die siebenbürgisch-sächsischen Bauern, die doch ein stärkeres Nationalbewußtsein besitzen, im Durchschnitt besser magyarisch können

lernten, vergessen und seither gar keine Gelegenheit gehabt, es zu üben, denn die Gemeinde ist nahezu rein deutsch. Sofort setzt sich nun irgend ein strebsames Individuum hin und schreibt an ein Pester Blatt einen fulminanten Artikel über „pangermanische Umtriebe in Südungarn.“ Die Leser kennen größtentheils die Verhältnisse nicht und noch weniger — die Gesetze; so ist es leicht, Stimmung unter ihnen zu machen. Ein anderer Fall. Die Eltern deutscher Schulkinder beklagen sich in einer rein deutschen Gemeinde bei den Lehrern, daß ihre Kinder nicht deutsch lernen, ja daß sie überhaupt wenig lernen, weil die Kinder magyarisch nicht verstehen und erst die Schwierigkeiten der fremden Sprache überwinden müssen, bevor sie von den Sachen einen Begriff bekommen, über die der Lehrer spricht. Hierauf beschließt der Schulstuhl, es möge die deutsche Sprache in der Schule intensiver gepflegt werden. Was ist natürlicher, als daß der behende Zeitungsberichterstatter, der nie um eine Sensation verlegen sein darf, über „nationalistische Hetzereien in der Schule“ ein aufregendes Stimmungsbild entwirft. Der gute Mann klagt die Spalten voll über „Germanisirung“ — wen soll man nur in dieser Gemeinde „germanisiren? die Deutschen? — und seine gedankenlose renLeser denken gar nicht daran, daß jener Schulstuhl nur im Sinne des Gesetzes handelt, das den Erhaltern gestattet, die Unterrichtssprache zu bestimmen, ja daß hierdurch dem S t a a t e eine Last abgenommen wird, da nach § 17 des Nationalitätengesetzes „der Minister für öffentlichen Unterricht verpflichtet ist, in den Staatslehranstalten möglichst dafür zu sorgen, daß die Bürger, welcher Nationalität des Landes immer, wenn sie in größeren Massen zusammenleben, in der Nähe der von ihnen bewohnten Gegend sich in ihrer Muttersprache bilden können, bis dahin, wo die höhere akademische Bildung beginnt.“ Daß die Staatsregierung diese Bestimmung n i e ernst genommen hat, ist eine bekannte Thatsache; speziell wir Siebenbürger Sachsen beklagen uns auch nicht darüber, weil wir gewohnt sind, uns unsere Schulanstalten, wenn auch mit schweren Opfern, selbst zu erhalten, aber es ist ein durchaus unreelles Vorgehen, wenn, wie dies gerade in den letzten Monaten wiederholt geschehen ist, in ungarischen Korrespondenzen an hervorragende reichsdeutsche Blätter mit dem Liberalismus unserer Gesetzgebung auf diesem Gebiete geprunkt wird, während der betreffende „Informator“ des Auslandes ganz genau weiß, wie es mit der D u r c h f ü h r u n g solcher und ähnlicher Gesetzesbestimmungen steht.

Solche „Information“, die auch nicht vor offenkundigen Unwahrheiten

als die schwäbischen; bei einer Lenau-Feier in Südungarn hat das Komitee auch eine deutsche Festrede vorgesehen, mit der bescheidenen Motivirung, daß die Bauern die magyarische Rede nicht verstünden. Die national lauen Preßburger Deutschen kennen viel weniger magyarisch, als die streitbaren Kronstedter Sachsen! Ein sprechender Beweis, daß die Kenntniß oder Unkenntniß einer Sprache noch lange nicht als Maßstab für die größere oder geringere Geneigtheit, das eigene Volksthum aufzugeben, angesehen werden kann.



zurückscheut, deren dienstbare Geister aber, den Magyaren zur Ehre sei's gesagt, man darf die Behauptung wagen, sozusagen nie Magyaren sind, obschon sie dem Geschäfte zu Liebe oft die schönsten magyarischen Namen als billiges Maskengewand tragen, solche bewußte Irreführung des Auslandes schädigt das Ansehen Ungarns, da doch jeder Besucher des Landes sich leicht davon überzeugen kann, was in jenen Berichten wahr, was gelogen war. Daß dann von Zeit zu Zeit auch von anderer Seite über die thatsächlichen Verhältnisse geschrieben wird, daß zuweilen auch ein Deutscher in Ungarn die Feder eintaucht, um über jene „Information" ein klareres Licht zu verbreiten, darf Niemanden wundern. Der Unterschied zwischen jenem besoldeten Skribenten und dem Deutschen, der sich gegen falsche Darstellung und nicht selten auch gegen offenkundige Verleumdung wehrt, ist bloß der: der Erstere — wir haben ein in Ungarn bekanntes konkretes Beispiel eines Hauptinformators vor Augen — ist etwa aus Rußland gebürtig, versucht in Konstantinopel sein Glück, um sich dort so unmöglich zu machen, daß man ihn unter Zusicherung einer Jahresrente abschüttelt, und strandet endlich in unserem Vaterlande, um hier ein neues Leben im alten Stile zu beginnen, — so lang es geht; die Welt ist ja weit, und hat der ungarische Patriotismus seine Dienste gethan, so kommt der deutsche oder englische oder amerikanische dran, aber „Patriot" ist der „Informator" überall. Der Zweite dagegen, der schreibt, ist in Ungarn zu Hause; er ist ein bodenständiger Bürger des Landes; ihm ist das Schreiben Herzens- und Ueberzeugungssache; er schreibt vielleicht gerade darum zuweilen auch heftiger, als es der Sache gut ist, die er vertritt, und er ist in der Regel auch nicht so federgewandt, noch auch so akkommodationsfähig wie jener vielgestaltige Patriot, aber er würde um keinen Preis eine Unwahrheit schreiben, mit einem Wort: er ist kein Journalist nach der Mode und für die Mode. Leider beherrschen Diejenigen, die mehr die innere Qualifikation für diese Arbeit hätten, nicht die nöthige „Mache", die nun einmal unentbehrlich ist, und so kommt es, daß eine schlechte Sache gar oft besser vertreten wird, als sie es verdient, während die gute unter der schlechten Vertretung leidet. Das sehen wir am allerdeutlichsten in den Kämpfen der Deutsch-Oesterreicher, deren nationale Presse bekanntlich noch sehr entwicklungsfähig ist. Auf die Berichterstattung aus Ungarn ist allerdings der obige Satz nur sehr unter Vorbehalt anzuwenden, da die „zugereisten" Journalisten gewöhnlich ein gar bedenkliches Deutsch sprechen und schreiben.

Wenn also in der in- und ausländischen Presse über „Germanisirung" oder gar über „Pangermanismus" geklagt wird, so ist das eitel Geflunker. Die Deutschen in Ungarn sind, das kann nicht genug gesagt werden, nur auf **Erhaltung** ihres Volksthums bedacht. Und hierzu bedurfte es keiner Anregung von außen; es ist einfach lächerlich, wenn behauptet wird, wir werden durch „Emissäre" aus dem Deutschen Reich aufgestachelt, es werden

hier „Agenten" von Deutschland aus bezahlt und was dergleichen Phantastereien mehr sind, die man tagtäglich in magyarischen Zeitungen lesen kann und die der urtheilsfähige und gebildete Magyare allerdings selber nicht glaubt. Was speziell uns Siebenbürger Sachsen anlangt, so brauchen wir Gottlob von Niemandem darin unterrichtet zu werden, was es heiße, ein Deutscher zu sein, ebenso wenig, als wir Belehrungen über „Patriotismus" von Leuten annehmen wollen, die kaum warm geworden sind in ihrem ungarischen Nest. Wir können einfach auf unsere Geschichte als Zeugniß unserer Vaterlandsliebe hinweisen, und wer uns wirklich kennt, wird — mag er ein Deutscher oder ein Magyar sein — gewiß dem Urtheile zustimmen, das unlängst der Professor der Berliner Universität Dr. Adolf Harnack in Berlin öffentlich aussprach (dem Kronstädter Stadtpfarrer Dr. Franz Obert gegenüber): „Ihre Politik (die der Siebenbürger Sachsen) ist Ihnen fest vorgezeichnet, und sie ist so einfach und sicher, daß jeder Schuljunge in Ihrem Lande sie kennt: Sie wollen als loyale Bürger Ihrem ungarischen Staate dienen, aber Sie wollen dabei gute Deutsche bleiben. So habe ich es gehört und geschaut, als ich vor bald drei Jahren das Glück hatte, Ihr schönes Land zu sehen und die Landsleute zu begrüßen." Und wenn wir selber unsere Mission recht kurz und prägnant bezeichnen wollen, so sagen wir etwa, diese Mission sei die „Erhaltung des (unseres) Deutschthums im Dienste des ungarischen Staates." Es ist die Mission aller Deutschen in Ungarn, und wenn in den letzten Jahren auch die Banater Schwaben sich ihrer mehr bewußt wurden, so ist das ein sehr natürlicher Prozeß von innen heraus, er ist der Zeit gemäß, in der wir leben, der Zeit, die doch gerade in Ungarn offenkundig genug die Signatur des nationalen Gedankens — des gesunden und des krankhaft erregten — trägt.

Wenn man sagt, wir gravitirten nach Deutschland, so ist das barer Unsinn, sofern die „Gravitation" politisch verstanden wird. Unsere geistigen, kulturellen Beziehungen zu Deutschland werden wir allerdings stets pflegen; wenn wir Deutsche bleiben wollen, geht es ganz einfach darohne nicht; diese Beziehungen schaden aber auch dem Staate, dem wir angehören, nicht — sie können ihm nur förderlich sein. Jedoch an eine politische Verbindung mit dem Deutschen Reich zu denken, wäre bei uns wahrlich mehr als naiv. Wenn die Deutschböhmen noch solche Gedanken haben, so kann man doch wenigstens verstehen, wie sie dazu kommen, obwohl gerade wir eher eine Stärkung des österreichischen Deutschthums wünschen müßten, wenn eine solche möglich wäre, als eine Schwächung desselben, die durch Losreißung auch nur eines Theiles von Böhmen unbedingt erfolgen würde. Wie viel unvernünftiger, nein unsinniger wäre es, wenn wir uns träumen ließen, von Deutschland annektirt zu werden. Als ob das mit seinen Polen nicht gerade genug zu thun hätte! als ob von einem zurechnungsfähigen deutschen Staatsmann zu erwarten sei, daß er das

Deutsche Reich mit noch zwei Dutzend Nationen und Nationchen und ihren Aspirationen belaste!

Ad vocem Polen. Man sucht uns in letzter Zeit gar oft mit dem Hinweis auf die Behandlung der preußischen Polen bescheidener zu stimmen. Es muß auch in diesem Zusammenhang gesagt sein, daß die Analogie ganz falsch ist. Denn erstens sind die ungarländischen Deutschen ins Land gerufene Kolonisten, denen zum Danke für ihre Siedelungsarbeit bestimmte Garantien für ihre ungestörte Entwicklung gegeben wurden. Die Polen sind Unterjochte. Zweitens verfolgen die Polen oder wenigstens die Exaltados unter ihnen besondere staatspolitische Ziele, die sich mit der Reichspolitik nicht vereinbaren lassen. Bei uns würden ähnliche Velleitäten als Narrheit verlacht. Drittens ist das polyglotte Ungarn nicht zu vergleichen mit dem Deutschen Reich, das Zahlenverhältniß hier von Deutschen zu Nichtdeutschen ist nicht dasselbe wie dort von Magyaren zu Nichtmagyaren. Und endlich ist nicht zu vergessen, daß die endgiltigen Erfolge der deutschen Polenpolitik — noch abgewartet werden müssen. Wir werden uns nicht anmaßen, ein Urtheil darüber zu fällen, dazu sind uns auch die Verhältnisse zu fern und zu fremd, aber soviel ist gewiß und soviel wissen wir aus eigener Erfahrung: wo man das ursprüngliche nationale Gefühl, das nicht durch irgend welche Staatsangehörigkeit bestimmt, höchstens in gewissen Grenzen regulirt wird, verletzt, da macht sich — gerade in einem Zeitalter des nationalen Gedankens! — überall eine Reaktion geltend; die Formen der Reaktion werden dem Temperament des betreffenden Volkes entsprechen: hier nehmen sie einen lärmenden, drohenden Charakter an, dort geht der Prozeß stiller vor sich und wirkt vielleicht tiefer. Mißgriffe, Taktlosigkeiten rächen sich immer. Vor Allem aber müssen alle Nationalitätenfragen individuell behandelt werden. Was hier am Platz sein mag, gewagt werden darf, ist dort eine Dummheit, ein Verbrechen am eigenen Staate, und was hier verhängnißvoll wirken würde, kann dort unbedenklich versucht werden. Politik ist ja nicht ein Schema, das überall blindlings zur Anwendung kommen darf, sonst wäre Politik doch keine — Kunst.*)

Die Magyaren genießen nicht mit Unrecht den Ruf, sich auf diese Kunst zu verstehen; sie ist ja in gewissem Sinne vorzüglich die Kunst, sich mit Nothwendigkeiten und mit Thatsachen abzufinden und, indem wir diese mit jenen in Einklang, in Beziehung zu einander bringen, auf die Gestaltung der Dinge Einfluß zu gewinnen. Auf eine große Nothwendigkeit, nicht nur politische, man darf sagen geschichtliche Nothwendigkeit wurde im Eingang unserer Erörterung hingewiesen, daß sich Magyaren und

*) Anmerkung [illegible] Redaktion: Wie weit die von dem Herrn Verfasser gezogene Par[illegible] [illegible]n Polen in Preußen zutrifft, wie weit nicht, möge der Nachpr[illegible] [illegible]iben. Nur das möchte ich ausdrücklich vorbeha[illegible] [illegible] nicht „Unterjochte“ sind und auch nicht sein [illegible] [illegible]t der Hakatisten.

Delbrück.

Deutsche nicht nur verständigen, sondern auch verstehen; sie müssen das, weil sie vor den beiden Thatsachen stehen, daß die Einen die Führung im ungarischen Staate behalten werden, ohne daß die Andern sich von der Mitarbeit ausschließen wollten, und daß diese Anderen dabei an ihrem Volksthume treu festhalten. Nur in dieser Richtung, das fühlen auch die Magyaren, die den guten Traditionen ihres Volkes treu geblieben sind, aber heute schwer zu Worte kommen, ist die Lösung der ganzen ungarischen Nationalitätenfrage zu suchen; die andere Politik, die der Chauvinismus diktirt, bindet nur alle Kräfte oder zerstört sie. Tertium non datur.

Eine neue Phase in den holländisch-deutschen Beziehungen.

Seit dem Beginne der neuen deutschen Geschichte, nach dem preußisch-dänischen und preußisch-österreichischen Kriege, erwachte in den Niederlanden eine preußenfeindliche Stimmung, die nicht in unüberwindlichen Gegensätzen zweier Völker, in Rasse, Religion und Sitten, nicht in einem unvereinbaren wirthschaftlichen Wettbewerb ihre Nahrung fand, sondern in der Befürchtung, daß das erstarkende Preußen in seinem „Länderheißhunger" nicht vor der Mündung des Rheines Halt machen würde. Die Ereignisse der letzten dreißig Jahre haben jedoch die Holländer mehr und mehr überzeugt, daß in Deutschland kein Politiker von einigermaßen gesundem Menschenverstande auch im Entferntesten daran denkt, die Macht des deutschen Kaiserreiches dadurch zu mehren, daß Deutschland, sei es auf friedlichem Wege, sei es durch die Gewalt der Waffen die Suprematie über das holländische Volk erlange. Denn, wie jeder politisch nicht ganz Unreife einsieht, würde trotz der nahen Rassenbeziehungen, trotz der engen Verwandtschaft der holländischen Sprache mit niederdeutscher Mundart, die Aufnahme der Niederlande in den deutschen Bundesstaat nie und nimmer zu einem politischen Verhältniß führen, wie etwa zwischen Preußen und Baden.

Holland würde vielmehr, nach einem bekannten Worte des Fürsten Bismarck, in der Geschichte die Rolle eines zweiten Irland übernehmen. Aber gesetzt, ernst zu nehmende deutsche Politiker spielten mit solchen Ideen! Wie sollte sich das Schicksal Hollands vollziehen? Soll Holland freiwillig unter die Schwingen des deutschen Aars kriechen? Glaubt Jemand, daß ein Volk, wie die Niederländer, mit einer großen nationalen Geschichte, mit eigener Sprache und Literatur, mit glänzenden Epochen unvergänglicher Kunstschöpfung, mit ewigen Errungenschaften auf dem Gebiete der Wissenschaft, ein Volk mit einem unbeugsamen, stolzen Freiheitssinn seine Unabhängigkeit preisgiebt, ohne einen Kampf bis zum Aeußersten? Spricht nicht der ruhmvolle Freiheitskampf der holländischen Bauern auf südafrikanischem Boden eine verständliche Sprache? Oder soll Holland durch einen Eroberungskrieg dem Deutschen Reiche einverleibt werden? Der Gedanke ist derart abgeschmackt, daß er außerhalb jeder Diskussion steht.

Noch mehr. Wenn uns Deutschen die Niederlande heute durch irgend ein Wunder wie eine reife Frucht in den Schoß fielen, so würden wir ganz gewiß nicht frohen Sinnes zugreifen, sondern im Gefühl unserer dänischen, elsässisch-lothringischen, vor Allem aber unserer polnischen Beklemmungen höflich, aber entschieden den gefährlichen Zuwachs ablehnen.

Eine andere Frage ist aber die, ob es im Interesse der beiden Nachbarstaaten liegt, sich bei Wahrung strengster Selbständigkeit wirthschaftlich oder politisch oder selbst wirthschaftlich und politisch an einander zu schließen.

Es ist begreiflich, daß diese Frage die öffentliche Meinung in den Niederlanden von dem Augenblicke an lebhafter beschäftigte, wo die Engländer mitten in der Stille des Friedens durch den tragisch-komischen Jamesonzug die Integrität des Tochterstaates Transvaal bedrohten. So kam es, daß die Idee eines politischen Bündnisses zwischen Deutschland und den Niederlanden zuerst in Holland auftauchte und überzeugte Anhänger gewann. Daneben ward die Möglichkeit eines engeren wirthschaftlichen Verbandes kaum gestreift, da die Holländer als eingefleischte Freihandelsfreunde in ihrer überwiegenden Mehrzahl einen Kompromiß mit der deutschen Schutzzollpolitik für ausgeschlossen halten. Auch bei uns wurde der Gedanke einer politischen Annäherung mit größerem Beifall aufgegriffen, als der eines Zollbündnisses beider Staaten. Denn so wenig übersehbar die Wirkungen eines solchen Zollbündnisses auf den ersten Blick waren, so klar und unmittelbar stand uns als nothwendige politische Forderung die Erhaltung eines unabhängigen Hollands und seiner Kolonien vor Augen. Die Vertheidigung der holländischen Kolonien gegen die Eroberungslust „kolonienfreundlicher Großmächte“ ist für den Bestand und die Zukunft unserer Kolonien in der Südsee eine Lebensfrage. Während nämlich Holland als Beherrscherin von Borneo, Celebes, der Molukken, von Sumatra, Java, dem westlichen Neu-Guinea den Besitz unserer benachbarten Kolonien niemals gefährden wird, müßte jede Besitzvergrößerung einer anderen Großmacht auf Kosten der holländischen Kolonien unsere Kolonialmacht auf das Bedenklichste bedrohen.

Hatte nun die Haltung der deutschen Regierung bei dem Jameson-Raid die holländischen Sympathien für Deutschland belebt, so trugen die warnenden Lehren des spanisch-amerikanischen Krieges das Ihrige dazu bei, daß die holländische Presse den Vortheil einer politischen Annäherung an Deutschland lebhafter und zu einem nicht geringen Theil anerkennend erörterte. Freilich war das Verhalten des offiziellen Deutschlands während des südafrikanischen Krieges wenig darnach angethan, diese erfreuliche Stimmung in den Niederlanden zu festigen, wenngleich man sich auch dort der Einsicht nicht verschließen konnte, daß eine Einmischung der deutschen Regierung zu Gunsten der afrikanischen Republiken die Gefahr eines Weltkrieges in sich barg. Gleichviel, der Streit der Meinungen über die künftigen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und den Nieder-

landen verstummte auf eine Zeit lang in den holländischen Tageblättern und erwachte erst wieder, als Professor Anton aus Jena in einem viel zitirten Vortrage*) ein deutsch-niederländisches Zollbündniß mit Wärme und nach beiden Seiten hin fein und gerecht abwägend verfocht, natürlich nicht ohne die Wichtigkeit eines politisch-herzlichen Einvernehmens beider Völker zu betonen. Diese Neubelebung wurde auch nicht gehindert durch einen Aufsatz des Professors von Halle, der das Verhältniß Deutschlands zu den Niederlanden in alldeutsch-chauvinistischem Sinne interpretirte. Seine Ausführungen haben in Holland keine Beachtung gefunden, wohl aber in der englischen Presse, die mit den Allüren der Ehrlichkeit ein Wort des Herrn von Halle von dem „Rheinstrom deutsch bis zur Mündung" breit und gewichtig zerrte, um die Holländer vor den angeblichen Eroberungsgelüsten der Deutschen zu warnen.

Die schon von mir berührte, tief eingewurzelte Neigung der Holländer zum Freihandelsprinzip macht es erklärlich, daß die Ausführungen des Jenenser Staatsrechtslehrers vielfach auf Widerspruch gestoßen sind, daneben freilich auch auf entschiedene Zustimmung. Die Bedeutung des Antonschen Vortrages beruht daher vor der Hand auf der unbestreitbaren Thatsache, daß eine höchst beachtenswerthe deutsche Stimme nach Holland gedrungen ist, die das Vertrauen der Holländer zu uns wiedererweckt hat und den alldeutschen Rodomontaden und englischen Heucheleien ein wirksames Paroli bietet. Das beweist unter Anderm eine höchst fesselnde und werthvolle Polemik zwischen den beiden bedeutendsten holländischen Tageblättern, „Het Vaderland" und dem „Utrechtsch Dagblad", die sich unmittelbar an den Vortrag des Professor Anton anschließt und ohne Frage zu der von dem Londoner „Standard" lärmend verbreiteten Kunde geführt hat, Holland beabsichtige den Anschluß an den Dreibund. Obwohl nun „Het Vaderland" das deutsch-holländische Zollbündniß verwirft, aus Gründen übrigens, an denen wir nicht achtlos vorübergehen können, obwohl es einem politischen Bündniß nur im Allgemeinen das Wort redet, ohne Deutschland ausdrücklich zu nennen, so liest sich doch aus den Zeilen, daß die Vorschläge des Professors Anton, die ehrlich und ohne reservatio mentalis den Lebensbedingungen beider Völker gerecht zu werden suchen, ihren Eindruck auf „Het Vaderland" nicht verfehlt haben. Wenn somit die „Tägliche Rundschau" (13. Juli) zu Unrecht behauptet, daß „Het Vaderland" ein Bündniß mit Deutschland auf das Wärmste empfiehlt, so wird doch der Tag nahe sein, wo „Het Vaderland" ebenso energisch für ein Bündniß mit dem deutschen Kaiserreiche eintritt, wie heute schon das „Utrechtsch Dagblad". An dieser Entwicklung mitzuarbeiten, vermag auch die gerade in alldeutschen Kreisen viel gelesene „Tägliche Rundschau", wofern sie nur an ihrem Theil mithilft, unsere alldeutschen Heißsporne zu überzeugen, daß Deutschland zu

*) Ein Zollbündniß mit den Niederlanden von Prof. Anton. Vortrag in der Zehe-Stiftung.



den Niederlanden niemals in einem engeren staatsrechtlichen Verhältniß stehen kann, als zu Oesterreich und zu Italien.

Mag immerhin die englische Zeitungsmeldung von dem Eintritt Hollands in den Dreibund völlig aus der Luft gegriffen sein, die Entstehung des Gerüchts wird begreiflich, seitdem eine gewichtige Stimme, wie das „Utrechtsch Dagblad" bedingungslos für ein enges politisches Bündniß mit Deutschland plädirt hat.

Ob Holland jemals dem Dreibunde, der ja glücklich wieder unter Dach und Fach gebracht ist, beitreten wird, erscheint in hohem Maße zweifelhaft. Eher dürfte die Stunde eines engeren Anschlusses der beiden in Sitten und Sprache, in wirthschaftlichen und politischen Zielen eng verwandten Nachbarvölker geschlagen haben, wann für den Dreibund das Todesläuten beginnt.

Der Dreibund war die Schöpfung eines genialen Staatsmannes; ein Zweibund zwischen Deutschland und den Niederlanden wird kein künstliches Gebilde, kein Werk eines Einzelnen sein; es wird sich organisch geschichtlich nothwendig entwickeln. Auf diesem Fundament ruht die Bürgschaft für seinen Bestand, wächst die Hoffnung, daß er reichen Segen spenden wird über beide Völker.

Dr. S. Heckscher.

Die politische Gährung in Rußland.

Seit langem ist die Aufmerksamkeit unserer „Jahrbücher" den inneren Verhältnissen Rußlands zugewandt gewesen, und schon unser ω=Korrespondent (Constantin Rößler) hat sie einst sehr ungünstig beurtheilt. Lange Zeit hat es den Anschein gehabt, als ob dies Urtheil ein verfehltes sei: das große Ostreich schien zu blühen und zu gedeihen, es füllte sich mit Fabriken und knüpfte Eisenbahn an Eisenbahn, und die öffentliche Meinung, froh der materiellen wie der nationalen Erfolge, schien sich den westlichen Ideen abzuwenden und sich der autokratischen Regierung vertrauend unterzuordnen.

Plötzlich erheben sich von allen Seiten Stimmen, daß das Alles nur Schein oder Zwischenakt sei, die wirthschaftliche Blüthe beruhe auf Borg und Raubbau, und die Revolution, so oft gewaltsam niedergedrückt, erhebe von Neuem ihr Haupt und drohender als je. Wie soll aber in Rußland eine Umwälzung möglich sein, so lange die ungeheure Armee in sich zusammenhält und gehorcht? Soviel ist klar: nur wenn die Krise so groß wird, daß auch die Armee in ihrem inneren Gefüge erschüttert wird, nur dann ist eine Möglichkeit, die zarische Selbstherrschaft zu stürzen. Ist daran aber wirklich zu denken? Und wenn daran zu denken ist, wie würde denn eine von den russischen Bauern (76 Prozent der Bevölkerung) gewählte Volksvertretung aussehen? Das Defizit hat einst den Anlaß gegeben, daß die Regierung Ludwigs XVI. im Jahre

1789 die Nationalversammlung einberief; eine wirthschaftliche Krisis, wenn sie wirklich kommt, mag auch dem russischen Absolutismus unerwartete Konzessionen abdrücken, aber ob ein konstitutionelles Regiment in diesem Lande die Hoffnungen der Liberalen erfüllen würde, ist wohl sehr zweifelhaft. Selbst in Deutschland hat ja das Parlament nicht dem Liberalismus, sondern dem Agrarierthum und dem Ultramontanismus die Macht in die Hand gespielt. Wie dem auch sei, jedenfalls ist Rußland einmal wieder in starker Gährung, und die finanzielle Noth (so sehr die europäischen Börsen auch noch die Augen davor verschließen) mag überraschende Experimente zeitigen. Als Symptom der Bewegung wollen wir an dieser Stelle über die Gründung einer neuen Zeitschrift berichten, die von Deutschland aus, so wie einst Heine und Börne von Paris aus Deutschland, die öffentliche Meinung in Rußland beeinflussen und dirigiren will. Der Herausgeber, Peter von Struve, ist selber ausgegangen vom Marxistischen Radikalismus, hat sich aber zu einer freieren Auffassung durchgearbeitet und bezweckt nun in seiner „Befreiung“ (bei J. H. W. Dietz, Stuttgart), wie er seine Zeitschrift nennt, alle Elemente der Opposition zu sammeln, die Gemäßigten wie die Radikalen, die Konstitutionellen wie die Terroristen, die Väter wie die Söhne, um sie alle zu Worte kommen zu lassen und durch den vereinigten Druck den Absolutismus zur Einführung einer rechtlich gesicherten politischen Freiheit in Rußland zu bewegen. Das Programm, das die Zeitschrift eröffnet, ist etwas wortreich und geht für die Anschauung von Politik, die wir heute in Deutschland haben, auf die einzelnen konkreten Aufgaben und Fragen des russischen Staatslebens zu wenig ein. Aber in dem Geist, den es athmet, der Verbindung europäischer Ideen mit russisch-nationalem Patriotismus, ist es ein höchst interessantes Dokument und nicht ein Referat, sondern die wörtliche Wiedergabe der wesentlichsten Sätze dürfte am Besten in die Denkweise der neuen russischen Bewegung einführen. Sie lauten:

„Für Alle, die sich mit vollem Bewußtsein in unseren politischen und sozialen Dingen zurechtfinden, ist es jetzt klar geworden, daß Rußland endgiltig aus dem Zustande der gesellschaftlichen Reaktion und Depression, welche mit der Ermordung Alexanders II. einsetzte, herausgetreten ist. Und doch zeigt die von der Regierung ausgehende Reaktion nicht nur keine Abnahme, sondern wird immer dreister und macht die letzten entschiedenen Anstrengungen, um die bestehende rückständige Verfassungs- und Verwaltungsweise des Staates zu verewigen. Demgegenüber geht durch das ganze sich immer komplizirter gestaltende Leben des russischen Volkes ein mächtiges Verlangen nach Ausweitung seiner politischen Existenzbedingungen, nach freier Selbstbethätigung des Individuums und der Gesellschaft.

Allen Nationen unseres aus verschiedenen Rassen und Völkerschaften zusammengesetzten Staates muß gleiches Recht und die Möglichkeit der freien und selbständigen Ausbildung ihrer nationalen Eigenarten zugesichert werden. An die Angehörigen des russischen Volkes wendet sich in erster

Linie unsere Zeitschrift. Sie sollen keinen Augenblick vergessen, daß unser vermeintlich im russischen Staate vorherrschendes Volk vielleicht am meisten unter der allumfassenden und erniedrigenden polizeilichen Vormundschaft schmachtet. Die ganze nationale Kultur wird von der Polizei kontrolirt. Die Literatur — der größte Ruhmestitel, den unser Volk besitzt — ist der Zensur preisgegeben, ihre besten Vertreter stehen unter verhüllter oder unverhüllter Polizeiaufsicht. Und während die Zensur die Literatur zum schmählichen Schweigen und fast ebenso unwürdigem Stottern zwingt, hindern die übrigen Polizeigewalten einerseits das Volk daran, sich die Kultur anzueignen, und verwehren andererseits den Trägern der Kultur, der Intelligenz jeden Zutritt zu den Volksmassen.

Die kulturelle und politische Befreiung Rußlands kann weder ausschließlich noch vornehmlich das Werk einer einzigen Klasse, Partei, Doktrin sein. Sie muß ein nationales Werk werden, ein Werk, welches Jeden begeistert, der zwischen Gut und Böse in der Politik zu unterscheiden vermag und deshalb die brutale Willkürherrschaft einer Bureaukraten-Clique über seine Heimath verurtheilen und bekämpfen muß. Das nationale Befreiungswerk erfordert tief- und weitgehende nationale Ueberlieferungen. Solche Ueberlieferungen sind durch die gesammte kulturelle und politische Entwicklung Rußlands geschaffen. Das Wirken von Nowikow und Radistschеff, der Dezembristen und der Generation der vierziger Jahre, die denkwürdige Epoche der sechziger Jahre, die Epoche der „großen Reformen" und der neueste Kampf um die Freiheit in dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts bis auf den heutigen Tag, alle diese bedeutsamen Momente der geistigen und politischen Entwicklung Rußlands haben den Grundstock dafür geliefert.

Nur den Tauben und Betäubten ist die Arbeit unhörbar, wodurch der neue Geist, die neuen Lebensformen und die neuen gesellschaftlichen Verhältnisse ins Dasein gerufen werden. Zweifellos machen sich in jüngster Zeit im russischen Volke mit besonderer Kraft die höchsten geistigen Regungen geltend: es ist in ihm das religiöse Bewußtsein zu neuem Leben erwacht. Dieses neue, freie und nach Freiheit ringende religiöse Bewußtsein geräth in Konflikt mit der, aller inneren Kraft baren, weil verstaatlichten herrschenden Kirche, welche alle Gewaltmittel des Polizeistaates in Bewegung setzt — um ihre Herrschaft über die Seelen aufrechtzuerhalten. Die Vergewaltigung der höchsten und dabei innerlichsten seelischen Regungen erzeugt einerseits Heuchelei und Indifferentismus, verschärft andererseits das religiöse Gefühl und erhebt es auf jene Stufe der Religiosität, auf welcher der Mensch sich den Glauben nie aufzwingen läßt, sondern ihn immer aus seinem Innern heraus selbstthätig schafft. Die historischen Religionen erweisen sich manchmal viel lebensfähiger, als man von ihnen erwartet; das beste Beispiel hierfür ist der römische Katholizismus. Der Katholizismus hat aber sich neue Kräfte in der freien Konkurrenz mit anderen Religionslehren und im Kampfe mit dem modernen weltlichen Staate geholt. Es kann mit Sicherheit behauptet werden, daß die russische

Orthodoxie in dem sie jetzt kennzeichnenden Zustande der inneren Ohnmacht verharren wird, so lange sie nur eine durch ihre polizeilichen Mittel machtvolle „Behörde“ für den orthodoxen Glauben bleiben wird. Wenn die russische Orthodoxie überhaupt zum neuen Leben erwachen kann, so bedarf sie dazu in erster Linie eins: sie muß ihrem geistigen Gegner, dem neuen religiösen Bewußtsein, das Recht auf Existenz bedingungslos konzediren. Und die russische Kirche wird dies früher oder später thun müssen. Der historische Widerstreit, der sich in den so bedeutsamen Gestalten von Leo Tolstoi und Pobedonoszeff verkörpert, kann nur mit dem Siege Tolstois, d. h. des autonomen religiösen Gewissens enden. Die mächtige religiöse Strömung in den Volksmassen und die unerbittlich richtende kritische Gedankenarbeit der Intelligenz haben ihren gemeinsamen leibhaftigen Ausdruck gefunden in der Gestalt des nationalen Heros des neuen Rußland, Tolstoi. Und dieser ist mit einer bisher unerhörten Schärfe aufgetreten gegen die historischen Mächte, die noch jetzt das russische Leben beherrschen: gegen den absoluten Polizeistaat und gegen die staatliche Kirche!

Darin liegt die nationalgeschichtliche oder wenn man will, die nationalpolitische Bedeutung des Wirkens des großen Schriftstellers. Die wahrhaftige russische Revolution, jene Revolution, welche gegen die Erniedrigung Alles, was Menschenantlitz trägt, sich aufbäumt, verkörpert sich in der riesenhaften und durch und durch nationalen Figur Leo Tolstois. Sie ist ebenso national wie er. Man betrachte die in ihrem Aeußeren und Inneren gleich harmonische Gestalt Leo Tolstois: Niemand ist mehr Russe, als er und Keiner negirt entschiedener als er die Grundlagen des russischen offiziellen Kanons: die Autokratie des Zaren, die Orthodoxie der Kirche und den gierigen Nationalismus. Wie wenig national erscheint neben Tolstoi dessen historischer Gegner Pobedonoszeff mit seinem ledernen kosmopolitischen Gesichte eines berufsmäßigen Klerikers, mit seinem byzantinisch-bureaukratischen Gerede. Dies ist kein Zufall: Pobedonoszeff will das russische Volk und dessen Geist an abgestorbene Prinzipien festketten und alle seine lebendigen Kräfte unterdrücken. Tolstoi ist in seinem ganzen Wesen der leibhaftige Ausdruck des natürlichen Dranges eines jungen und kraftvollen Volkes nach freiem Leben; jener verkörpert in sich das Prinzip des Todes, dieser — des Lebens.

Eine wirkliche Kritik der Regierungshandlungen und eine entsprechende Entwicklung eines eigenen positiven Programms ist jetzt unmöglich für die in Rußland erscheinende Presse, weil letztere selbst auf Umwegen die Hauptwunde des russischen Lebens: die Rechtlosigkeit des Individuums und der Gesellschaft nicht berühren kann. Sie ist nicht im Stande, ihr politisches Programm auf der offen ausgesprochenen und konsequent durchgeführten Forderung der gänzlichen Abschaffung der bureaukratischen Willkür aufzubauen. Kein einziges von den großen Kulturländern der Welt bietet einen so fruchtbaren Boden für die positive schöpferische Arbeit des Staates, wie Rußland. Hier ist Neuland in Hülle und Fülle. Man gebe nur den

Anbau dieses fruchtbaren Bodens den Bürgern frei und man wird staunen ob dem Reichthum der Früchte, die es tragen wird. Aber die selbstherrliche Bureaukratie, welche die gute Vorsehung des Landes spielen will, und in Wahrheit sein böser Geist ist, ist ohnmächtig, die lebendigen Kräfte des jungen Volkes zu wecken, sie zittert vor ihnen und hält sie deshalb in Ketten. Indessen wachsen diese Kräfte immer mehr und durch ihr Wachsthum werden sie unausbleiblich die bureaukratischen Fesseln sprengen.

Das komplizirte und zugleich völlig zerrüttete wirthschaftliche Leben des Landes bedarf zu seiner Gesundung der freien und einträchtigen Bethätigung der gesellschaftlichen Kräfte. Es thut Noth, die Volks- und Staatswirthschaft Rußlands von falschen Bahnen abzulenken. Es ist hohe Zeit, mit dem finanziell-ökonomischen System, welches in der Aussaugung der Bauernschaft und in der Begünstigung der Industrie vermittelst hoher Zölle und endloser Kontrahirung immer neuer und neuer Anleihen besteht, aufzuräumen.

Die kolossale Bedeutung der Arbeiterbewegung für die politischen Geschicke unseres Landes beruht darauf, daß in Gestalt des Arbeiters endlich das Volk aktiv und bewußt in den hundertjährigen politischen Streit der russischen Intelligenz mit der Regierung eingreift. Der Arbeiter ist zur Freiheit erwacht, er fordert sie, und er wird sie nehmen.

Wie bereits gesagt, wird die „Befreiung" ein positives Programm breiter politischer und sozialer Reformen entwickeln. Dies bedeutet indessen nicht, daß die Redaktion den Lesern ein fertiges Programm, welches die Lösung aller Hauptfragen der kommenden politischen Umgestaltung nach Punkten enthalten würde, von sich aus vorlegen wird. Ein solches Programm ist noch von den praktisch thätigen Vorkämpfern für Freiheit und in erster Linie von den Vertretern unserer, um die Kultur des Landes hochverdienten Selbstverwaltung auszuarbeiten. Wir wollen nicht ein Programm ihnen geben, sondern umgekehrt, ein solches von ihnen empfangen und der Gesammtheit vorlegen.

Aber wichtiger und dringlicher als ein Programm, ist das Bewußtsein der politischen Verantwortung und die feste Entschlossenheit zu handeln. Indem wir uns — nicht ausschließlich, aber in sehr bedeutendem Maße — an die gemäßigten Elemente der russischen Gesellschaft, welche am revolutionären Kampfe nicht theilnehmen, wenden, werden wir diesen Elementen auf das Nachdrücklichste einschärfen, daß gerade auf sie die gegenwärtige Lage der Dinge in Rußland die größte moralisch-politische Verantwortung auferlegt. Rußland tritt in eine neue Periode eines verschärften Kampfes der revolutionären Elemente mit der Regierung ein. Nicht zum ersten Male beantwortet die russische Jugend, aus welcher sich die wachsende Armee der für Freiheit kämpfenden Revolutionäre rekrutirt, mit Gewaltakten auf Willkür und Unterdrückung. Diese verzweifelten Gewaltakte fließen aus sittlicher Entrüstung und politischer Verzweiflung: der revolutionäre Terror ist eine direkte Folge des gouvernementalen. Für die

gemäßigten Elemente der Gesellschaft giebt es nur eine sittlich würdige und politisch vernünftige Haltung gegenüber diesem, vor ihren Augen sich abspielenden Kampfe. Es ziemt sich nicht den Vätern und den Gemäßigten, wenn sie Männer und Bürger sein wollen, aus Zuschauerräumen diese blutigen Vorgänge sich anzusehen oder als gleichmüthige Passanten ruhig ihres Weges zu gehen. Sie sind verpflichtet, in diesen Kampf einzugreifen, um bewußt und muthig an der großen Sache der nationalen Befreiung theilzunehmen. Die nichtrevolutionären Elemente der Gesellschaft werden nur dann ein Recht darauf erwerben, die Revolutionäre zur Mäßigkeit aufzufordern, und von gewaltsamen und extremen Handlungen abzuhalten, wenn sie selbst, in der Einsicht, daß die politische Mäßigkeit die größte politische Verantwortung bedeutet, ihre eigenen politischen Handlungen muthig auf die Waagschale der Geschichte werfen werden.

Das Gehör der Gewalthaber ist schon gewöhnt an die tobenden Rufe der jugendlichen Revolutionäre, aber auch — an das sklavische Schweigen der Gemäßigten und der Väter. Es ist hohe Zeit, daß sie ihre Stimme erheben. Ihr festes Wort wird nicht eindruckslos verhallen. Diese neue Stimme wird den Regierungsterroristen nicht nur unangenehm sein; sie wird sie zum Nachdenken zwingen, sie wird ihre Reihen ins Schwanken bringen. Zum Kampfe mit dem tiefen und alten Uebel des russischen Lebens, der erniedrigenden Rechtlosigkeit des Individuums und der unbegrenzten Willkür der Regierung müssen alle Gemäßigten und Väter sich wie ein Mann aufrichten und durch feste und muthige Handlungen und offene ehrliche Rede ihre Kinder decken, wenn sie das nicht thun werden, so wird das Blut der Kinder auf sie zurückfallen."

Soweit Herr von Struve. Wieviel thatsächliche lebendige Kraft mag nun hinter dieser Bewegung sein? Aus dem Raum, den wir ihr gönnen, ist noch nicht zu schließen, daß wir glaubten, es hier mit einer weltgeschichtlichen Potenz zu thun zu haben. Im Gegentheil; ich will es durchaus dahingestellt sein lassen, ob wir es hier nur mit einer leisen Kräuselung der Meeresoberfläche oder mit den Anzeichen eines heraufziehenden Sturmes zu thun haben. Selbst die wirthschaftliche Krisis in Rußland, so wuchtig die Zahlen und Zeugnisse niederfallen, die unsere Herren Mitarbeiter vorgeführt haben, mag vermöge irgend welcher Gegenwirkungen, die noch nicht zu erkennen sind, sich doch noch nicht so ganz ungünstig gestalten und die Katastrophe noch lange ausbleiben. Nur soviel darf man mit Sicherheit sagen: die europäische Diplomatie wie die europäische Finanzwelt handelt unvorsichtig, wenn sie alle jene Anzeichen unbeachtet läßt. Politische Katastrophen vollziehen sich oft mit ungeheurer Schnelligkeit und ganz unerwartet. Portugals Kredit galt noch vor zwölf Jahren für ganz zuverlässig; durch das ganze Land baute es sich Eisenbahnen mit fremdem Gelde: mit einem Male war es vollständig bankerott. Von der Wirkung und den Kräften der großen französischen Revolution hatte noch im Moment des Ausbruchs selbst kein Staatsmann irgend eine Vor-

stellung, und bei den Betrachtungen, die die Presse der ganzen Welt heute über die neuen Beziehungen angestellt hat, die die Höfe von St. Petersburg und Rom durch den feierlichen Besuch König Victor Emanuels in der nordischen Weltstadt angeknüpft haben, ist wohl nirgends auch nur eine Andeutung gefallen, daß Rußland vielleicht nur ein Koloß mit thönernen Füßen sei und seine Zahlungen bald einmal einstellen könne. Was sind aber alle Erörterungen über Dreibund und Zweibund, über Italiens Stellung zu Rußland, zu Oesterreich und zu allen anderen Großmächten im Verhältniß zu der einen Frage, ob Rußland eine Großmacht der Zukunft ist oder nicht? Alle Welt spricht düster von der Zukunft Oesterreichs; vor zwei Jahren, als England in den südafrikanischen Krieg ging, gab es viele Leute, die glaubten, daß die alte Seeherrscherin die Probe nicht bestehen werde und der Augenblick nahe sei, wo das Weltreich auseinanderfalle. Kaum Jemand zweifelt an der Zukunft Rußlands — ja die europäischen Finanzmänner leihen diesem Staate sogar Geld. Mit Recht? D.

Deutschland als Schutzmacht der katholischen Kirche.

Seit seiner großen Revolution hat der französische Staat das innere Verhältniß, in dem er tausend Jahre lang zur Kirche stand, aufgelöst. Aber das hat nicht gehindert, daß auch die liberalsten Regierungen, die nachher gekommen sind, daran festgehalten haben, daß Frankreich, wenn auch in seinem eigenen Innern unkatholisch, nach außen die katholische Macht, die eigentliche Schutzmacht der Papstkirche sei. Die historische Erfahrung lehrt, daß dergleichen Widersprüche praktisch sehr lange bestehen und wirksam durchgeführt werden können. Richelieu war Kardinal und unterdrückte die Hugenotten im Innern, indem er gleichzeitig die Protestanten in Deutschland unterstützte. Aber wenn die Spannung gar zu groß wird, so muß eine solche Widerspruchspolitik doch endlich versagen, und so scheint es heute in Frankreich sich zu entwickeln. Die republikanische Regierung geht mit solcher Energie gegen das katholische Schulwesen vor, daß ein schwerer Konflikt mit der Kirche unvermeidlich erscheint. Seine volle Bedeutung erhält dieser Konflikt aber erst dadurch, daß gleichzeitig die Annäherung zwischen dem deutschen Reich und der katholischen Kirche weitere wesentliche Fortschritte macht. Welch eine merkwürdige Wandlung! „Die Welt gehe unter; und der Kirche könne nur noch die Revolution helfen", meinten vor gerade einem Menschenalter die römischen Monsignori, als das protestantische Preußen eine katholische Großmacht nach der anderen besiegte und das neue deutsche Reich errichtete. Eben erst ist der Kardinal Ledochowski gestorben, der zwei Jahre, ganze und volle zwei Jahre, als Märtyrer für katholische Ueberzeugung hat in einem preußischen Gefängniß zubringen müssen, und noch bis vor Kurzem suchten Zentrumsführer ihre Schaaren zu schrecken und zusammenzuhalten durch die Prophezeiung eines

„neuen Kulturkampfes“. Wie weit sind wir davon entfernt! Man macht sich die Sache viel zu leicht, wenn man etwa bloß auf das Stimmenverhältniß im Reichstag verweist und ausrechnet, daß bei der Stärke und Unbrauchbarkeit der Sozialdemokratie die Regierung die 100 Stimmen des Zentrums nicht entbehren kann und Entgegenkommen mit Freundlichkeit vergelten muß. Dies parlamentarische Verhältniß ist natürlich von entscheidender Bedeutung und für absehbare Zeit unabänderlich. Aber es erschöpft den Vorgang nicht, sondern man muß sich klar machen, daß zuletzt auch der deutsche Staat eine wirkliche innere Beziehung zur katholischen Kirche hat. Die heutige französische Republik ist grundsätzlich kirchen- und religions-feindlich. Das Deutsche Reich hat nicht nur einen evangelischen Kaiser, sondern ist auch, man mag dagegen sagen, was man will, in seinem Grundwesen protestantisch. Die Ueberlieferung ist, daß die katholische Kirche sich mit einem atheistischen Staat besser vertragen könne, als mit einem evangelischen, denn dieser ist ihr positiv entgegengesetzt, jener bloß negativ. Mit einem allgemeinen Satz läßt sich darüber wohl nicht entscheiden; es sind sehr viele Möglichkeiten auf diesem Felde vorhanden und vollständig verträgt sich die katholische Kirche überhaupt mit keinem Staat, es sei denn, daß er sich ihr unbedingt unterwirft. Sehen wir nun aber auf die thatsächlichen Zustände diesseits und jenseits der Vogesen, so ist klar, daß praktisch die Verhältnisse bei uns für die katholische Kirche die günstigeren sind. Das französische Schulwesen ist grundsätzlich religionslos; im deutschen Schulwesen spielt unter dem strengen und ausschließlichen Regimente des Staates doch die positive Religion eine so große Rolle, daß der Kirche dabei wenig zu wünschen übrig bleibt. In äußeren Ehren, in materiellen Mitteln, in Personal-Fragen kommt man den Katholiken so weit entgegen, daß man schon geradezu von einer Bevorzugung sprechen kann. Ist es also ein Wunder, wenn jene schon von dem Fürsten Bismarck inaugurirte Politik, als er den Papst zum Schiedsrichter in der Karolinen-Frage machte, seine Unterstützung in den Septennats-Wahlen anrief, und selber den Christus-Orden empfing, sich fortsetzt und das protestantische deutsche Kaiserthum mit dem Papstthum in ein Bündniß tritt? Die Rede, die Kaiser Wilhelm in Aachen gehalten hat und die darauf folgende Rede des Generalobersten von Loë scheinen mir keineswegs bloße Momentbilder und Stimmungsausdrücke gewesen zu sein, sondern so bedeutsame Kundgebungen, wie wir sie nur je in neuerer Zeit erlebt haben.

Je schwieriger die parlamentarischen Verhältnisse im Innern werden, je geringer die Aussicht, daß die Regierung sich mit der bisherigen Majorität über die Handelspolitik einigt, je größer die Wahrscheinlichkeit, daß diese Frage den nächsten Wahlkampf beherrschen und der Sozialdemokratie einen ungeheuren Stimmenzuwachs verschaffen wird — desto stärker der Druck, der die Regierung an das Zentrum heranpreßt.

Ist denn aber die Papst-Kirche nicht schlechterdings unversöhnbar mit den modernen Ideen und mit dem modernen Staat? Muß der Wider-

spruch, daß derselbe Staat sein Schul- und Bildungswesen auf die unbedingte geistige Freiheit und die autonome Wissenschaft aufbaut und gleichzeitig den katholischen Dogmatismus mit dem unfehlbaren Papst, dem Reliquiendienst und blödem Aberglauben von Wundern und Teufeln schützt und pflegt, zu unausgleichbaren Konflikten führen? Das müßte gewiß sehr schnell eintreten, wenn wirklich die Jesuiten, die Lourdes-Pilger und die Gläubigen des Teufels Bitru allein die katholische Kirche ausmachten. Noch vor wenigen Jahren konnte es wirklich so scheinen, als ob die katholische Kirche auf diesem Niveau definitiv angekommen sei, in geistige Erstarrung übergehe und zu einer Bauern-Religion herabsinke. Noch viel merkwürdiger als das politische Bündniß zwischen preußisch-deutschen Staatsmännern und der katholischen Kirche ist die Thatsache, daß dieser wie es schien gänzlich verdorrte Baum neue Reiser zu treiben begonnen hat. Eine ganze Reihe von nicht unbedeutenden Persönlichkeiten sind aufgetreten und verlangen, daß die katholische Kirche sich innerlich umwandele, den Geist der Epoche nicht als eine schlechthin feindliche Macht behandle, sondern vielmehr neue Lebenskräfte aus ihm gewinne. Die Haltung der leitenden katholischen Blätter, der „Germania" wie namentlich der „Kölnischen Volkszeitung", zeigt, daß es nicht etwa blos einzelne gelehrte Ideologen sind, die solchen Hirngespinsten nachhangen, sondern daß eine sehr starke Stimmung auch innerhalb der Masse des katholischen Volkes hinter dieser Bewegung steht.

Die Erklärung der Unfehlbarkeit im Jahre 1870 schien jedem selbstständigen geistigen Leben innerhalb der katholischen Kirche ein Ende bereitet zu haben. Die Gelehrten, die überhaupt noch auf katholischem Boden standen — schon wenig genug — schieden damals aus der Kirche aus und bildeten die altkatholische Gruppe, so daß geistig-wissenschaftliche Kräfte in der Kirche Roms überhaupt nicht übrig blieben. Glänzend vertreten in der Politik, im Parlament, in der pseudogelehrten Rabulistik verschwand der Katholizismus so gut wie vollständig aus Wissenschaft, Literatur und Kunst; plötzlich sind wieder wenigstens einige, nicht verächtliche Kräfte auf dem Platz.

Die Stärke der katholischen Kirche ist die große geschichtliche Tradition, die Autorität giebt. Eben diese Tradition ist auch die Schwäche: man kann von den Fehlern und Irrthümern, dem Aberglauben und selbst den Verbrechen vergangener Jahrhunderte nicht los. Das war ja der Haupteinwand gegen die päpstliche Unfehlbarkeit, daß man nachwies, wieviel Verkehrtheiten dadurch zu unangreifbaren Dogmen gestempelt würden. Die Unfehlbarkeit ist dennoch proklamirt worden, und jetzt hat ein kluger Mann, Professor Ehrhardt, das Mittel gefunden, den Spieß umzukehren: der Papst ist unfehlbar, wenn er ex cathedra spricht — wann aber spricht er ex cathedra? Darüber läßt sich in jedem einzelnen Fall streiten, und sobald darüber gestritten werden kann, ist die Kette gesprengt. Wie damals die liberal Gesinnten nachwiesen, daß der Papst sehr oft ex cathedra

gesprochen habe, um die Proklamation der Unfehlbarkeit zu verhindern, so weisen sie jetzt nach, daß er eigentlich niemals ex cathedra gesprochen habe, um sich den Folgen des Dogmas zu entziehen.

Wir fragen an dieser Stelle noch nicht, wie weit ein solches Verfahren wissenschaftlich durchführbar ist; es mag auch noch unerörtert bleiben, ob und wie lange die Kurie sich diese Wendung gefallen lassen wird; wir stellen zunächst nur fest und suchen uns klar zu machen, daß hier eine neue Kraft ins Leben getreten ist, die noch von höchster Wirksamkeit werden kann. Die deutschen Regierungen haben durch ihre Herrschaft über die Schulen und Universitäten, wie durch ihr Recht bei der Ernennung der Bischöfe einen nicht geringen Einfluß auf die Bildung der heranwachsenden katholischen Geistlichkeit. Die positive Beziehung, in die der deutsch-protestantische Staat zur katholischen Kirche treten könnte, bekommt ein ganz anderes Gesicht, wenn wir uns den Katholizismus wenigstens in Deutschland von diesem neuen Geiste erfüllt und beherrscht denken. Ist diese Wendung für uns unbedingt erfreulich? Jedenfalls ist sie überaus gefährlich. Weltpolitik, parlamentarische Taktik und geistige Evolution greifen in einander und treiben sich gegenseitig vorwärts. Je mehr sich der innere Gegensatz des Protestantismus gegen das katholische Wesen abstumpft, desto leichter ist das politische Bündniß zwischen Kaiser und Papst durchzuführen.

Als ein höchst anschauliches Beispiel, wie es möglich ist, eine katholische Praxis in der Welt des modernen Denkens festzuhalten und durchzuführen, bot jüngst eine feierliche Reliquien-Ausstellung in Aachen. Was kann es für eine evangelische Empfindung und für einen gebildeten Menschen Widerwärtigeres geben, als die Anknüpfung der Religion an ein angebliches Hemd der Jungfrau Maria und die Windeln des Jesus-Kindes? Der Kölner Weih-Bischof Fischer aber sprach sich darüber folgendermaßen aus:

„Die Echtheit der Aachener Heiligthümer ist kein Glaubensartikel. Wer sie nicht annehmen will, der bleibt ein katholischer Christ, wenn er nur Alles glaubt, was die Kirche lehrt. Die Kirche lehrt aber nicht, daß die Aachener Heiligthümer echt sind. Ja, wir wollen des Weiteren zugeben, daß die Echtheit dieser Heiligthümer — ich rede von den sogenannten großen Heiligthümern — nicht direkt, weder durch innere, noch durch äußere Gründe, in evidenter Weise erwiesen werden kann. Allein ebenso wenig konnte bis jetzt der Beweis der Unechtheit geführt werden. Nun aber ist die Aachener Krönungskirche seit mehr denn 1000 Jahren im Besitz der Heiligthümer. Seit mehr denn 1000 Jahren sind sie als diese hl. Reliquien von einem Geschlecht nach dem andern verehrt worden. Wer den tausendjährigen Besitzstand anzweifelt und die Echtheit leugnet, muß den Beweis der Unechtheit führen. So lange das nicht geschieht, und in zwingender Weise geschieht — es wird schwerlich jemals geschehen können — sind wir nach allen Regeln einer gesunden Kritik befugt, an

dem festzuhalten, was unsere Vorfahren uns überliefert haben, und ist und bleibt die kirchliche Verehrung dieser Heiligthümer vor dem Forum des vernünftigen Denkens eine berechtigte. Denn um was handelt es sich bei dieser Verehrung? Sie bezieht sich nicht auf den Stoff als solchen; sie bezieht sich auf Diejenigen, denen diese Stoffe gedient haben, auf Christum den Herrn, auf seine heilige Mutter, auf seinen heiligen Vorläufer, Johannes den Täufer. Gesetzt selbst, die Stoffe, die wir im guten Glauben als echt betrachten, wären in Wirklichkeit unecht, was verschlägt es für die Verehrung? Für diese sind sie doch nur das sicht- und greifbare Mittel, um zu Denen zu gelangen, Denen sie einstens angehört haben, und die Verehrung wäre, trotz des unverschuldeten und unbeabsichtigten Irrthums, der sich auf die sichtbare Veranlassung und Vermittelung bezieht, eine echte zu nennen. Wir schauen mit den körperlichen Augen die Windeln des Christuskindes und das Lendentuch des sterbenden Erlösers, das Kleid seiner hl. Mutter, das Tuch, in das der Leichnam des hl. Johannes des Täufers gehüllt worden ist. Wir schauen sie an mit tiefer Ergriffenheit, weil wir bei ihrem Anblick an Denjenigen denken, an den wir glauben und den wir über Alles lieben, Christum den Herrn."

Der kritische Grundsatz, daß Etwas wahr sei, wenn es 1000 Jahre lang dafür gehalten worden ist, und daß die Beweislast dem zufalle, der es leugnet, mag wissenschaftlich absurd sein: für die öffentliche Meinung ist er ausreichend, und für die kritischen Köpfe bleibt ja die letzte Zuflucht, daß sie an die reale Echtheit zu glauben nicht gezwungen werden: sie dürfen sich hinter die bloße symbolische Bedeutung zurückziehen. Auch die katholische Kirche hat ihren Rationalismus. Sobald dieser aber auch nur einigermaßen in der Kirche zur Geltung kommt und sich behauptet, so ist für zahllose Evangelische der Abgrund zwischen den Kirchen nicht mehr unüberbrückbar. Auf der Stelle hat die „Kreuz-Zeitung" die ausgestreckte Hand ergriffen und macht Betrachtungen über Annäherung und Versöhnung. (26. Juli.)

Es ist für den gebildeten Deutschen heute nicht leicht, seine politische Stellung zu wahren: hier die Alles unterwühlende Sozialdemokratie, da ein herrschsüchtiger Klerus mit mittelalterlicher Weltanschauung, dort die sittliche Verwilderung des Nationalgedankens; durch Alles hindurchwogend die rohen Kämpfe um materielle Interessen. Es bleibt nichts übrig, als daß man sich bemüht, das eine Uebel immer durch das andere zu bekämpfen und niederzuhalten.

27. 7. 02. D.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

Birt, T. — Griechische Erinnerungen eines Reisenden. M. 3,60, geb. M. 4,50. Marburg, N. G. Elwert.
Bonus, A. — Religion als Schöpfung. M. 1,50. Leipzig, Eugen Diederichs.
Duboc, J. — Streiflichter. Studien und Skizzen. Preis M. 3,–. Leipzig, Otto Wigand.
Ernst, Otto. — Karthäuser Geschichten. (226 S.) Leipzig, L. Staackmann.
Fischart, J. Anweisung für sozialdemokratische Redner. Liefg. 9–18 je 10 Pfg. Berlin, Verlag Volkswohl.
Gorjki, M. — Gewesene Menschen. M. 2,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Jahresberichte der Kgl. Preuss. Regierungs- u. Gewerberäthe u. Bergbehörden für 1901. — Amtl. Ausg. (607 S.) Berlin, R. v. Decker (G. Schenck).
Jahresbericht des Polytechn. und Gewerbe-Vereins zu Königsberg i. Pr. 1901. — (91 S.) Königsberg i. Pr., Hartung'sche Buchdruckerei.
Deutsche Japanpost. — Wochenzeitung der Deutschen in Japan. Jahrg. 1, No. 1. 26. April 1902. Herausgeber A. Madlung, Yokohama.
Jaurès, Jean. — Aus Theorie u. Praxis. (266 S.) Berlin, Verlag d. Sozialistischen Monatshefte.
Beiträge zur Kolonialpolitik und Kolonialwirthschaft. – Herausgegeben von der Deutschen Kolonialgesellschaft. Heft 19, Preis 60 Pfg. Berlin, Wilhelm Susserott.
Beyer, M. — Lichter, Poesien. Preis M. 2,50. Leipzig, Hermann Seemann Nachfolger.
Bulletin des Internationalen Arbeitsamts. — I., 4. Mai. Jena, G. Fischer; Bern, Schmid & Francke; Paris, Le Soudier.
Foerster, Wilh. — Lebensfragen und Lebensbilder. Sozialistische Betrachtungen. (324 S.) M. 1,—. Berlin, John Edelheim.
Kemmerich, M. — Die Charakteristik bei Machiavelli. (131 S.) Leipzig, Druck von Osw. Schmidt.
Koch, Dr. G. — Manegold von Lauterbach und die Lehre von der Volkssouveränität unter Heinrich IV. M. 4.40. Berlin, E. Ebering.
Laharpe. — Fréderic César de et Alexandre I. de Russie. Le Gouverneur d'un Prince. (348 S.) Lausanne, G. Briedel & Cie., Paris, Fischbacher, Freiburg i. B., C. Troemer (Ernst Harms).
Langhans, Prof. Paul. — Deutsche Erde. Heft 1, Jahrgang I. 1902. Jährlich 6 Hefte M. 6,—. je M. 1,50. Gotha, Justus Perthes.
Le Fur und Dr. P. Posener. — Bundesstaat und Staatenbund. I. Preis M. 11,—. Breslau, J. N. Kern's Verlag (Max Müller).
Lindner, Th. — Weltgeschichte II. M. 5,50. Stuttgart, J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, G. m. b. H.
Meyer, Dr. F. A. — Deutsche Thalia I. Band. M. 12 = 14 K. Wien, Wilhelm Braumüller.
Meydenbauer. — Die Stadt Düsseldorf und ihre Verwaltung im Ausstellungs-Jahre 1902. (244 S.) Düsseldorf, Aug. Bagel.
Münz, Rabbiner Dr. W. — Ritualmord und Eid. (12 S.) 10 Pfg. Gleiwitz, Neumann.
Paalzow, Dr. H. — Zur Polenfrage. (84 S.) M. 1,60. Berlin, Otto Liebmann.
Preuss, Dr. H. — Das städtische Amtsrecht in Preussen. Preis brosch. M. 10, -, geb. M. 11,- . Berlin, Georg Reimer.
Ruge, S. Columbus. (Geisteshelden, Biographien. 5. Bd.) 2. Aufl. (224 S.) M. 2,40. Berlin, E. Hofmann & Co.
Russkii, wjestnik 1900 Oktober. Rbl. 1,50. Riga, K. Kymmel.
Sander, Paul. Die reichsstädtische Haushaltung Nürnbergs. 1. Halbband. (418 S.) Leipzig, B. G. Teubner.
Schafler, B. O. T. Hohe Politik. Kritische Randbemerkungen zum internationalen Leben der Gegenwart. Berlin, Hermann Walther, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H.
Schmidt, Paul. — Baldurs Tod. Ein Märchenspiel in fünf Aufzügen. Leipzig, Heinrich J. Naumann.
Schwabe, Herm. — Deutsche Zollpolitik. (17 S.) Luxemburg, Druck v. Th. Schroell.
Seydl, Dr. E. — Also sprach Zarathustra. Eine Nietzsche-Studie. Preis M. 0,50. Hamm i. W., Breez & Thiemann.
Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Alterthumskunde der Ostseeprovinzen Russlands, aus dem Jahre 1901. - Riga, W. F. Häcker.
Taine, H. — Philosophie der Kunst. Band I. M. 4.—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Tscherhoff, A. - Die Bauern. M. 2,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Unlauterer Wettbewerb. — Monatsschrift für gewerblichen Rechtschutz. No. 9. M. 1,- . Berlin, Hermann Walther, Verlagsbuchhandlung, G. m. b. H.
Vandervelde, Prof. Emile. — Die Entwicklung des Sozialismus. Uebers. v. Dr. A. Südekum. (231 S.) M. 3.–. Berlin, Verlag d. Sozialist. Monatshefte.
Villa, Guido. Einleitung in die Psychologie der Gegenwart. Uebers. v. Chr. v. Pflaum. (484 S.) Leipzig, B. G. Teubner.
Wanderer, R. — Ikara. Berlin, Schuster & Loeffler.
Wickström, V. H. Was Jesus in Oestersund erlebte. Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Schwedischen. (144 S.) Preis M. 1.80. geb. M. 2.80. Berlin, Ernst Hofmann & Co.
Zimmermann, A. — Amerikanische Wohlthätigkeitsanstalten. (29 S.) Hamm i. W., Breer & Thiemann.
Zöckler, Prof. D. Otto. – Die Absichtslenkung oder Der Zweck heiligt die Mittel. Beitrag zur Beleuchtung der Jesuitenfrage. M. 1. Gütersloh, C. Bertelsmann.
Arndt, Dr. Paul. — Der Schutz der nationalen Arbeit. Preis 75 Pf. Jena, Gustav Fischer.
Bergmann, N. - Das Erwachen. (Roman.) Leipzig, Georg Wigand. Geh. M. 4,–, geb. M. 5,20.
Bernstein, Eduard. — Die heutige Einkommenbewegung und die Aufgabe der Volkswirthschaft. Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin.
Björnson, B. Mutters Hände und andere Erzählungen. Uebersetzt von Maria v. Borch. M. 1,—. München, Kleine Bibliothek Langen.
Bleibtreu, Carl. — Aspern. München, A. Langen.
Bodman, Emanuel v. Neue Lieder. München, A. Langen.
Collin, Chr. Björnsons „Ueber unsere Kraft" und die griechische Tragödie. München, A. Langen.

Dembiński, Bronisław. — Documents relatifs à l'histoire du deuxième et troisième partage de la Pologne. Tome premier 1788–1791. Lemberg. 1902. Léopol. — Société de propagation des travaux scientifiques.
Dorys, Georges. Abdul Hamids Privatleben. München, A. Langen.
Fleming, Paul. — Ausgewählte lateinische Gedichte. Uebersetzt von C. Kirchner. Bibliothek der Gesammtliteratur des In- und Auslandes. Geh. 75 Pf., geb. M. 1,—.
Hertz, Friedrich. — Recht und Unrecht im Boerenkriege. Berlin, Dr. John Edelheim.
Holitscher, Arthur. — Von der Wollust und dem Tode. München, A. Langen.
Holm, Mia. — Mutterlieder. München, A. Langen.
Huber, Dr. F. C. — Auf dem Wege zur Eisenbahngemeinschaft. Stuttgart, Carl Grüninger.
Krauel, Dr. R. — Prinz Heinrich von Preussen als Politiker. Quellen und Untersuchungen zur Geschichte des Hauses Hohenzollern. IV. 1902, Berlin, Alexander Duncker.
Maeterlinck, Maurice. — Die Blinden. Uebersetzt von Leopold v. Schlözer.
Matschoss, A. — Die Luxemburger Frage von 1867. I. Theil. Breslau, H. Fleischmann.
Maupassant, Guy de. — Unnütze Schönheit. M. 1.—. München, Kleine Bibliothek Langen.
Niedenführ, Georg. — Frau Eva M. 4,—. Leipzig, H. Seemann Nachf.
Peez, Dr. Alexander von. — Erlebt, Erwandert. Wien, Carl Konegen.
Perfall, A. v. — Die Hexe von Norderoog. M. 1,—. München, A. Langen.
Pröll, Karl. — Auf ferner Wacht. Heerrufe und Heimgrüsse. Dessau, Anhaltische Verlagsanstalt.
Proelss, J. — Scheffel. Ein Dichterleben. M. 2,40. Stuttgart, Adolf Bonz & Co.
Schiemann, Th. — Die Ermordung Pauls und die Thronbesteigung Nikolaus I. Preis brosch. M. 10,—, geb. M. 11,—. Berlin, Georg Reimer.
Schultze, Dr. Ernst. — Wie wir unsere grossen Dichter ehren sollten. Leipzig, L. Staakmann.
Schwab, Dr. Rudolf. — Der deutsche Nationalverein, seine Entstehung und sein Wirken. M. 2,—. Berlin, Georg Reimer.
Souchay, Th. — Elegien und andere Gedichte. Cannstadt, H. Reitzel.
Strobl, Dr. Karl Hans. — Arno Holz und die jüngstdeutsche Bewegung. Berlin, Gose & Tetzlaff.
Tophoff, H. — Die Rechte des deutschen Kaisers. Stuttgart, Jos. Roth.
Tschechoff, Anton. — Schatten des Todes. M. 1,—. München, Kleine Bibliothek Langen.
Verein für Sozialpolitik. — Untersuchungen über die Lage der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsgewerben. Leipzig, Dunker & Humblot.
Wied, Gustav. — Erotik. München, A. Langen.
Winckler, Hugo. — Arabisch — Semitisch — Orientalisch. — Kulturgeschichtlich-mythologische Untersuchung. 1901, Berlin, Wolf Peiser Verlag.
Zola, Emile. — Ein Bad. M. 1,—. München, Kleine Bibliothek Langen.
Conrad. — Grundriss zum Studium der politischen Oekonomie. IV. Theil: Statistik. Brosch. M. 4,—, geb. M. 5,—. Jena, Gustav Fischer.
Chun. — Aus den Tiefen des Weltmeeres. 2. Aufl. Liefr. 1. 50 Pf. Jena, Gustav Fischer.
Feeg, Otto von, Ingenieur. — Die modernen Verkehrsmittel zu Wasser und zu Land (Seedampfer, Eisenbahn, Fahrrad und Automobil). Hamm i. W., Breer & Thiemann.
Gottschalk, P. v. — Der Anarchist. M. 1,—. Berlin, Julius Bard.
Heinrici, C. F. Georg. — Das Urchristenthum. Preis geh. M. 2,40, geb. M. 3,—. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
Hecht, F. — Die Mannheimer Banken 1870–1900. Preis M. 3,80. Leipzig, Duncker & Humblot.
Lagerlöf, Selma. — Jerusalem. Erzählung. Geh. M. 3,50, geb. M. 4,50. München, Albert Langen.
Martin, Marie. — Die Frau als Gehilfin bei sozialen Zeitaufgaben. Preis 50 Pf. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
Müller, Dr. Johannes. — Blätter zur Pflege persönlichen Lebens. I. Band. 3. Auflage. 1. öffentliche Ausgabe, Preis geh. M. 4,—, geb. M. 5,—. Leipzig, Verlag der Grünen Blätter.
Ostwald, Hans. — Verworfene. M. 2,—. Berlin, Julius Bard.
Schwabe, H. — Deutsche Zollpolitik. Luxemburg, Th. Schroell.
Wedekind, F. — So ist das Leben, Schauspiel in fünf Akten. Geh. M. 2,—, geb. M. 3,—. München, Albert Langen.
Winicky, O. — Kantilenen der Einsamkeit. Ein Gedichtbuch. Minden i. W., J. C. C. Bruns.
Die Verhandlungen des 13. Evangelisch-sozialen Kongresses. M. 2,—. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
Jahres-Bericht der Handels- und Gewerbekammer zu Chemnitz 1901. II. Theil. Chemnitz, Fockes Buchhandlung.

Manuskripte werden erbeten unter der Adresse des Herausgebers, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginirt sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung, Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Verantwortlicher Redakteur: Professor Dr. Hans Delbrück,
Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheen-Strasse 72/74.

Druck: Aktiengesellschaft National-Zeitung, Berlin W., Mauerstr. 86-88.

Eine Dichterehe.

Von

Marie Gothein.

I.

Elizabeth Barrett Browning.

In der Künstlergeschichte aller Zeiten finden wir Doppelbildnisse, in denen sich zwei Namen untrennbar mit einander verbinden. Zu dem schaffenden Manne gesellt sich die Frau, die er durch seine Werke zur Unsterblichkeit emporgehoben hat, als Dank dafür, daß sie ihn zu diesem Werke begeistert und seinem Leben Schönheit verliehen hat. Kaum zum zweiten Male aber hat es sich gefügt, daß zwei Menschen sich zusammengefunden, die jeder für sich den Anspruch machen dürfen, zu den Ersten ihrer Zeit gerechnet zu werden, wie bei Elizabeth Barrett und Robert Browning. Beides sind scharf umrissene Dichterindividualitäten, die ihre Ziele genau kannten, ehe sie einander kennen lernten. Nichts von einem Schülerverhältniß, wenig von gegenseitiger Beeinflussung läßt sich entdecken, und doch war ihre gegenseitige Hingabe ohne Schranken, der Bund, den sie mit einander schlossen, von seltener Tiefe und Schönheit. Er gründete sich auf die bewundernde Anerkennung von des Andern Genius und auf den Wunsch, sich zu des Andern Idealen zu erheben und wurde getragen von dem Gefühl innerster leiblicher und geistiger Zusammengehörigkeit. Der Eindruck, den diese rein menschliche Verbindung in uns hinterläßt, ist an sich der eines hohen Kunstwerkes.

Erst seit einigen Jahren sind wir im Stande, den ganzen Reichthum dieses Verhältnisses zu ermessen durch die Veröffentlichung des Briefwechsels der beiden Dichter*), der sich über die Jahre der Freundschaft vor ihrer Verheirathung 1845—1846 erstreckt,

*) The Letters of Robert Browning and Elizabeth Barrett Browning, London 1900.

den einzigen Briefen, die sie einander je geschrieben haben, da sie in ihrer fünfzehnjährigen Ehe keinen Tag mehr getrennt waren. Diese Briefe vervollständigen das Bild, das die Dichterin in ihrem Cyklus „Sonette nach dem Portugiesischen" gegeben hatte, das Bild ihrer Dichterliebe. Das englische Publikum hat das Geschenk dieser Briefe nicht so dankbar angenommen, wie man hätte erwarten sollen. Dem Sohne, der zehn Jahre nach des Vaters Tode dies Vermächtniß der Welt übergab, wurde von der Presse und von Privaten überall der Vorwurf taktloser Indiskretion gemacht.

Es war leicht, den Vater selbst als Zeugen wider den Sohn aufzurufen. Browning gehörte zu den Dichtern, die mit fast mädchenhafter Scham ihr Privatleben vor jedem unberufenen Blick verhüllen wollten. Die qualvollsten Stunden bereiteten ihm im späteren Leben die Biographen seiner Frau, die ihn von allen Seiten belästigten und Indiskretionen aller Art veröffentlichten. Ein Cyklus von Gedichten, die in jener Zeit entstanden, trägt durchaus den Stempel dieser Mißstimmung. Und auch praktisch hat er diesen Standpunkt bethätigt, indem er alle Briefe an seine Familie verbrannte. — Und doch hat selbst er mit diesem Briefwechsel eine Ausnahme gemacht, er übergab ihn dem Sohne wohlgeordnet, ja hier und dort mit Randbemerkungen versehen. Einmal werden ihn dabei ähnliche Erwägungen geleitet haben, wie einst bei der Veröffentlichung der Sonette nach dem Portugiesischen, die das eigenste Geschenk der Gattin für ihn waren, daß er kein Recht habe, einen solchen Schatz der Welt vorzuenthalten. Dann aber wußte er auch, daß seine Frau über die Veröffentlichung von Briefen ganz anders dachte als er. Ueber den Entschluß einer ihr befreundeten Schriftstellerin, alle ihre Briefe zu verbrennen, schreibt Elizabeth an Browning: „Für mich sind Briefe der lebensvollste Theil einer Biographie .... Würden ihre (Miß Martineau's) Grundsätze durchgeführt, so wäre der Tod hinfort mehr todt .... Wir sollten alle bereit sein, wenn die Geheimnisse unseres täglichen Lebens und unserer inneren Seele andere überlebende Seelen belehren können, sie den Menschen nach uns offen zu legen, wie sie jetzt vor Gott offen liegen. Staub dem Staube, der Seele Geheimnisse der Menschheit!" Der Sohn braucht keine edlere Rechtfertigung, darum gebührt ihm unser Dank, daß er uns einen Einblick in die Seelengeheimnisse dieser beiden Dichter gegeben und uns sowohl ein rein menschliches Interesse, wie ein tieferes Verständniß für ihr Schaffen ermöglicht hat.

Elizabeth Barrett hatte zur Zeit ihrer ersten Freundschaft mit Browning einen weit bekannteren Namen als der Dichter. In dem Briefwechsel selbst tritt sie als Schaffende zurück, während Browning eben inmitten der Arbeit steht und unter den Augen und dem Beifall der Geliebten die letzten Nummern seiner Serie „Glocken und Granatäpfel" (Bells and Pomegranates) abschließt. Elizabeth war aber doch nicht so ganz müßig, wie sie immer betheuert, nur sollte der Geliebte nicht wissen, daß damals der Sonetten-Cyklus entstand, der ihre Empfindungen, ihr Innenleben in Dichterworten verklärte. Für die Frau war diese Liebe ein solches Wunder, etwas so Ungeheures, daß sie völlig ihr ganzes Wesen ausfüllte und für nichts anderes Raum ließ. Es war mehr für sie als das Glück hochgesteigerter Empfindung, es war eine Rückkehr zum Leben, mit dem sie glaubte ganz abgeschlossen zu haben. Ein widriges Geschick hatte sie seit Jahren im Krankenzimmer festgehalten, das sie mit ihren Gedanken und Dichterträumen erfüllte und das sie nicht mehr zu verlassen glaubte. Sie war an Jahren damals nicht mehr jung, achtunddreißig Jahre eines völlig weltfremden Lebens lagen hinter ihr. Eine kurze glückliche Kindheit durfte sie auf dem Lande in Gesundheit verleben, „eine zarte schlanke Gestalt mit einer Fluth schwarzer Locken, die ihr zu beiden Seiten eines höchst ausdrucksvollen Gesichtes herabfielen, mit großen sanften Augen, reich von dunklen Brauen umrahmt und einem Lächeln wie ein Sonnenstrahl", so schildert sie uns eine Freundin des Hauses. Aber diese frohe Jugend fand in ihrem fünfzehnten Jahre ein jähes Ende, eine Rückgratverletzung, die sie sich beim Satteln ihres Ponys zugezogen hatte, warf sie aufs Krankenlager; sie erholte sich zwar, aber ihre Gesundheit blieb zart und und als ihre Familie nach dem Tode der Mutter gezwungen war, in das neblige Klima von London zu übersiedeln, brach sie völlig zusammen. Die Jahre von 1836—1846 hindurch, von ihrem dreißigsten Jahre an, müssen wir ihr in die Krankenstube folgen. Dies Invalidenleben wurde noch verdunkelt, ja nahezu gebrochen durch ein trauriges Ereigniß des Jahres 1840, den Tod ihres Lieblingsbruders, der beim Rudern in dem Meere, das vor ihren Fenstern rauschte, ertrank. Die Geschwister lebten damals in Torquay in Devonshire, wo Elizabeths Gesundheit sich kräftigen sollte und wohin dieser Bruder ihr gefolgt war, da sie sich nicht von ihm trennen konnte. Monatelang war Elizabeth dem Tode nahe und erst nach Jahresfrist wagte man, sie aus dieser für sie furchtbaren

Umgebung zu befreien und sie nach London zu den Ihren zu bringen. Wie tief dieser eine große Schmerz ihre Seele zerrüttet hatte, beweist die Empfindlichkeit, mit der bis an ihr Lebensende die Wunde sie schmerzte, wenn eine taktlose Hand daran rührte. Eng gehört diese Leidensgeschichte zu dem Bilde der Künstlerin, von dieser dunklen Folie hebt sich ihr Dichterwerk und ihre große Liebe zu dem Manne, der sie aus dem Krankheitskerker befreien sollte. „Die meisten Ereignisse meines Lebens, wie fast alle meine tiefen Freuden haben sich in meinem Denken abgespielt", sagt sie in einem autobiographischen Briefe an einen literarischen Freund. Wenig außer solchen gelegentlichen Aeußerungen wissen wir von ihrem früheren Leben. Sie war eines der frühreifen Dichterkinder, die Verse stammeln, ehe sie sich in Prosa recht auszudrücken verstehen. Der Vater aber war sehr stolz auf sein Töchterchen und veröffentlichte ein hübsches Gedicht „Marathon", das die erst Vierzehnjährige verfaßt hatte.

Das Thema dieses Gedichtes zeigte die Richtung, in der ihr Geist sich früh entwickelte, den Einfluß des griechischen Alterthums. Mit ihrem Bruder zusammen hatte sie die alten Sprachen gelernt und mit einem Freunde der Familie, einem blinden Gelehrten, hatte sie nicht nur die griechischen Klassiker, sondern weit darüber hinaus auch die späte Literatur der griechischen Kirchenväter gelesen; eine Frucht dieser Studien war eine Prosaabhandlung: „Die christlichen Dichter" (The Christian Poets), die 1842 im Athenäum veröffentlicht wurde.

Diese frühe geistige Kultur hat sie nun in ihrem langen Siechthum durch unbegrenztes Studium vertieft, zu den Klassikern traten außer den Dichtern der eigenen Sprache vor allem noch die Franzosen, in deren Verehrung sie sich später mit ihrem Gatten fand. Wir können die reiche und tiefgrabende Bildung ihres Geistes nicht hoch genug anschlagen, sie verlieh ihr eine Freiheit und Gedankenklarheit, die sie schon nach dieser Seite hin weit über die dichtenden Frauen ihrer Zeit, ja wenn wir den großen Namen der Sappho ausnehmen, aller Zeiten heraushebt. Mit welcher Verehrung Elizabeth sich in das griechische Alterthum versenkt hatte, zeigt ihre Uebersetzung von Aischylos Gefesseltem Prometheus, die sie als ganz junges Mädchen machte und die in der später umgearbeiteten Form noch heute für die beste englische gilt. Trotzdem aber können wir sie nicht zu der Gruppe der philhellenischen Dichter rechnen, von denen nach Keats, Shelleys und Byrons Tode nur

noch Walter Savage Landor in die neue Generation hineinlebte. Unsere Dichterin bildet vielmehr den Uebergang zu der präraphaelitischen Dichtergruppe, an deren Spitze Dante Gabriel Rosetti steht, die sich völlig den romantisch-katholischen Einflüssen zuneigen. Auch Elizabeth Brownings Weltanschauung ist durchaus christlich, doch trug sie die attische Bildung ihres Geistes in sie hinein. Ganz wie Shelley, der große „Atheist", macht sie einen Versuch, die erhabenen Formen ihres Lieblings Aischylos für die moderne Dichtung zu beleben. Die griechische Form ihrer beiden lyrischen Dramen aber erfüllt sie mit der christlichen Mythengeschichte. Der „Seraph" behandelt die Kreuzigung, das „Drama von den Verbannten" das Schicksal der Ausgetriebenen aus dem Paradies in großen lyrischen Chören, in denen der Dialog stark zurücktritt. Aischylos selbst, sagt sie in ihrer Vorrede zum Gefesselten Prometheus, würde seine mächtige Sprache der weit über Prometheus erhabenen Gestalt des Gekreuzigten geliehen haben, wenn er nach ihm gelebt hätte.

Mit Leidenschaft wendet sie sich gegen die Behauptung, daß in der christlichen Gottesvorstellung nichts Poetisches liege. „Tragt das Christenthum in das Leben, dann findet der Dichter das Leben in ihm", ruft sie aus. Aus diesem Geiste ist ein merkwürdiges Gedicht entstanden „Der todte Pan" (The Dead Pan), in dem sie sich gegen Schillers „Götter Griechenlands" wendet: Nehmt die Form des Denkens von den Alten, schafft wie sie, falsch aber ist die Sehnsucht nach ihrer Kultur, nachdem die christliche Ethik euch zu theil geworden. Pan ist todt, er starb in der Stunde, da Christus erschien. Merkwürdig ist, daß auch in Deutschland sich an dies Gedicht der erste Gegensatz zwischen Klassizismus und Romantik knüpfte, der Angriff von Stolberg gegen Schiller ging ebenfalls von den Göttern Griechenlands aus. Das Schillersche Xenion, mit dem er diesen Gegner abtrumpfte:

> Als du die griechischen Götter geschmäht, da warf dich Apollo
> Von dem Parnasse; dafür gehst du ins Himmelreich ein

trifft allerdings Elizabeth Browning nicht, die es verstand, den Gegensatz in sich auszugleichen.

Mehr noch als ihren Dramen, wenn auch ihr lyrischer Schwung oft an Shelley gemahnt, dankt die Dichterin die Popularität ihrer ersten Gedichtsammlungen den Balladen, den romantischen Erzählungen und Seelenbildern, die sie giebt und in denen sie sich noch einen Schritt weiter der Gruppe der Spätromantiker nähert.

Die besten unter ihren Balladen lesen sich wie Frühlingslieder, so besonders „The Ryme of the Duchess May“, „The Romaunt of the Page“ und „The Lay of the Brown Rosary“, die ganz dem romantischen Empfinden für Frauentreue im mittelalterlichen Gewand Ausdruck geben. Andere, wie in „Bertha in The Lane“ und „Lady Geraldine's Courtship“ sind Seelenbilder zartester Empfindung, die aber das mittelalterliche Troubadourgewand nicht bedürfen und sich in der hellen Gegenwart abspielen, beide gehören zu den bekanntesten Gedichten Elizabeth Brownings. „Lady Geraldine's Courtship“ hat schon etwas von dem Stile ihres späteren Hauptwerkes „Aurora Leigh“, der eigenartigen Vermischung von psychologischer Entwicklung und Kunstreflexion. Andere Gedichte geben uns ein noch unmittelbareres Bild ihres Lebens, wie die Gedichte an ihren Hund Flush, den treuen Gefährten ihres einsamen Krankenzimmers, und „Old Wine of Cyprus“, eine Huldigung an ihren alten blinden Lehrer und Freund, dessen Geschenk des griechischen Weines sie an die gemeinsamen Stunden mahnt, wie sie zusammen sich in die alten Folianten vertieft haben. Alle diese Gedichte tragen den Stempel ihres Geistes in ihrem künstlerischen Ernste und ihrer Echtheit und Tiefe der Empfindung. Ihr Stil ist ungleichmäßig, sehr oft aber überraschend musikalisch. Wie Rosetti, dem sie in dieser ersten Schaffensperiode nahe steht, ist sie eine Meisterin des Refrains, der immer höchst glücklich wie ein träumerisches Rankenwerk das Bild umschlingt und sich unverlierbar dem Ohre anpaßt.

Ihre Briefe zeigen uns, wie ernst sie es mit ihrer Kunst meint, wie viel sie darüber nachgedacht hat. Sie wehrt energisch den Vorwurf der Nachlässigkeit, den man ihr öfter machte, ab; sie hält es für die Aufgabe des Dichters, der Sprache, der Form neue Wege zu weisen, aber nicht immer ist sie in diesen ihren Experimenten glücklich, namentlich der Reim, dem sie gern mehr Freiheit und Abwechslung abgewinnen möchte, wird oft nachlässig und rauh, und der Versuch, den doppelsilbigen Reim der einsilbigen englischen Sprache anzupassen, gelingt ihr ebensowenig, wie den Experimentatoren der Renaissance und allen ihren Nachfolgern bis in die neueste Zeit. Eine gleiche Kühnheit zeigt sich auch in den Bildern, welche die Dichterin anwendet; durchaus originell und frei weiß sie hier zu denken, doch leitet sie auch hierin kein ganz sicherer Künstlertakt, und nicht selten finden wir neben reichen und tiefen Bildern solche, in denen sie überkühn und bizarr oder platt

erscheint, und so sehr ihre späteren Werke an Gedankentiefe und Schönheit zunehmen, ganz wird sie diesen Fehler bis zuletzt nicht los.

Der zweite Band der Gedichte erschien im Jahre 1844, und mit dem Abschluß dieses Jahres schließt auch die erste Periode in Elizabeths Leben und Schaffen ab. Im Januar des nächsten Jahres erhielt sie den ersten Brief von Robert Browning; es war dies der erste Schritt in das neue Leben hinein, das dem früheren in nichts mehr gleichen sollte, nicht äußerlich, nicht innerlich. Der letzte Band ihrer Gedichte hatte die Vermittlung dieser ersten brieflichen Bekanntschaft herbeigeführt. In „Lady Geraldine's Courtship" hatte die Dichterin unter andern modernen Dichtern Browning erwähnt, anspielend auf seine Serie von Gedichten:

„Ein „Granatenapfel" Brownings! schneidest tief du bis zur Mitte,
Wirst du sehen in den Adern, warm der Menschheit Herzblut fließen".

Das gab Browning Muth, an Miß Barrett zu schreiben, jenen ersten Brief, dessen Worte „I love your books with all my heart and I love you too" — aus einer warmen Anerkennung für Beide später zu einer vorbeutenden Sprache wurde. Es war nicht leicht, damals persönlichen Zutritt zu der abgeschlossenen Dichterin zu erhalten. Außer ihrer Familie sah sie nur einige wenige Freundinnen und einen vertrauten älteren Vetter, Mr. Kenyon, der auch mit Browning befreundet war. Selbst langjährigen literarischen Freunden, mit denen sie brieflich gerne verkehrte, hatte sie die Bitte eines Besuches immer wieder abgeschlagen. Browning gelang der Zutritt nach wenigen Monaten, für Elizabeth selbst zu immer erneutem Staunen. Die Briefe aber verrathen uns die wachsende Neigung ihrer Seelen zu einander. Für Browning selbst entschied schon das erste Sehen über sein Schicksal.

In merkwürdigem Gegensatze stehen diese beiden Dichtergestalten, die hier das Leben so schnell und zu so bleibender Harmonie zusammengeführt hat. Wir sprechen von objektiven und subjektiven Dichtern, eine Unterscheidung, die leicht irre führen könnte, wenn wir etwa darunter verstehen wollten, daß der subjektive Dichter seine Persönlichkeit in seine Werke hineinlege, und der objektive das Objekt von sich gelöst uns darstelle. Je größer ein Dichter ist, um so mehr wird er seine Persönlichkeit in seine Werke legen, sein eigenstes Denken, Empfinden und Wollen, seine Art, die Dinge anzuschauen. In diesem Sinne ist jeder große Dichter ein subjektiver. Fruchtbarer wird jedoch diese Unterscheidung,

wenn man sie auf die Wechselbeziehung zwischen Leben und Schaffen des Dichters zurückführt, wenn wir einen objektiven Dichter, einen solchen nennen, der sein Antlitz völlig hinter seinen Werken birgt, so daß die Kenntniß seiner äußeren Erlebnisse nicht zu einem Postulat für das bessere Verständniß seiner Werke wird. Der subjektive Dichter dagegen schaut uns mit deutlichen Zügen aus seinem Werke an, und seine Werke sind mehr oder minder eine dichterische Verklärung seiner wirklichen äußeren und inneren Erlebnisse. Dem Biographen ist es wichtig, diesen Unterschied wohl zu beachten, denn gar verschieden ist die Aufgabe, welche diese beiden Dichtertypen ihm stellen. Laut und oft wiederholt ist die Klage, daß wir von Shaksperes Leben so wenig wissen, und gewiß ist es mit Freude zu begrüßen, daß es eifriger Forschung gelungen ist, ein zwar blasses und fernes, aber doch in seinen Umrissen deutliches Bild des Dichters uns vorzuführen — aber wenn wir zu seinen Werken kehren, so empfinden wir trotzdem stets aufs Neue, wie unwesentlich dieses Bild für ihr Verständniß und für ihren Genuß ist. Nur einen anderen Großen, Goethe, brauchen wir dem Briten gegenüberstellen, um zu wissen, daß seine Erlebnisse mit ganz anderer Wichtigkeit seine Werke beherrschen; wie viel würde uns zu ihrem Verständniß fehlen ohne den Schlußstein, den er selbst uns in „Wahrheit und Dichtung" gegeben hat.

Elizabeth Barrett und Robert Browning bieten uns fast die äußersten Gegenpole dieser zwei Reihen. Das Leben Elizabeth Barretts, ihre äußeren Schicksale und inneren Erlebnisse sind mit dem Spiegelbilde in ihrer Dichtung so eng verbunden, daß uns Vieles des Besten und Schönsten verloren wäre, wenn wir ihr nicht durch Krankheit, Schmerz und Erlösung, zu ihren Freunden, in ihrem persönlichen Denken und Empfinden folgen könnten. Robert Browning dagegen verschwindet völlig hinter seinem Werke. Wir freuen uns der männlich edlen Züge seiner reichen, vielseitig begabten Persönlichkeit, der wankellos hochherzigen Gesinnung, von der seine Biographen erzählen, doch seine Werke entstanden unberührt von seinen Lebensschicksalen. Selbst jene Hochfluth des Glückes: die siebzehn Jahre seiner Verbindung mit Elizabeth Barrett, haben in seinen Gedichten wenig direkten Ausdruck gefunden. Browning sagt mit Recht einmal: „Mein Lebensroman liegt in meiner Seele", diese aber hat er völlig in seine Werke gewandelt. Immerhin ist ein kurzer Blick auf den frühen Werdegang dieses Geistes interessant.

Browning entstammte nicht einer rein englischen Familie, westindisches, schottisches und deutsches Blut floß in seinen Adern. Von mütterlicher Seite fand sich bei ihm die gleiche Blutmischung aus schottischen und deutschen Elementen wie bei Carlyle, und diese gleiche Herkunft erzeugt bei Beiden eine gewisse Aehnlichkeit der Geistesrichtung. Bei Beiden finden wir die gleiche Kühnheit des Gedankens, der die insularen Schranken der Nationalität durchbricht, bei Beiden eine gewisse Neigung zu metaphysischen Spekulationen, so verschieden auch Beide in der Art ihres Ausdrucks sind. Der begabte, unbändige und temperamentvolle Knabe wurde ganz im Hause erzogen, keine Schule, keine Universität hat ihm den Weg gewiesen, der ihn früh zu einer durch ein erstaunliches Gedächtniß unterstützten, weitschichtigen Bildung führte. Fragte man ihn später, ob er eine Universität besucht habe, so antwortete er: „Italien ist meine Universität gewesen." In diesem Lande, dem er so viel Einfluß auf sich selbst zuschreibt, war er zum ersten Male im Jahre 1838 in seinem sechsundzwanzigsten Lebensjahre. Dann ist er noch einmal, diesmal wie vorher nur zu kurzem Besuche, 1844 hingekommen, ehe es nach seiner Vermählung ihm und seiner Gattin lange Jahre zur Heimath wurde. Aber früh sehen wir in seinen Werken, wie stark ihn Land und Leute des Südens angezogen haben. Schon damals schrieb er in einem seiner Gedichte:

„Oeffne mein Herz, und du wirst seh'n
Italien dort geschrieben steh'n."

Seine frühen Reisen — er war vorher auch noch zu einem kurzen Aufenthalte in Petersburg — haben sicher seinen freien Blick auf Welt und Menschen unterstützt, doch haben sie seinem Geiste nicht die Richtung gegeben, diese stand fest, ehe er seine Heimath zuerst verließ, wie es ihm längst feststand, daß er die literarische Laufbahn betreten müsse, von der er sich, wie er mit Zustimmung seines Vaters erklärte, durch kein Spezialstudium ablenken wollte.

Daß er Knabenverse im Stil Byrons gemacht hat und damals für den noch lebenden Dichter schwärmte, will für diese Zeit nichts bedeuten; er hat sich zu dem stärksten künstlerischen Antipoden von Byron ausgewachsen. Wichtiger für die erste Periode seiner Entwicklung war seine Bekanntschaft mit Shelley und Keats. „Shelleys atheistische Gedichte, sehr selten", hatte seine Mutter nach langem Suchen bei einem Londoner Buchhändler gefunden und dabei gleich

als Zugabe Keats schmales Bändchen erhalten; „denn wer die einen liebt, mag auch die anderen gern“, meinte der einsichtige Buchhändler. Der Knabe war selig über diesen Schatz, „die zwei Nachtigallen, die auf einem Zweige sangen“, aber trotzdem er Keats immer liebte und immer wieder las, finden wir bei ihm wenig von der glühenden Sehnsucht nach höchster sinnlicher Schönheit dieses verspäteten Kindes der Renaissance. Shelleys Einfluß geht tiefer, nicht nur in seinem ersten Werke, das manches von Alastors Pilgerschaft nach dem Ideale wiederspiegelt, auch noch in den anderen Jugendwerken spüren wir an Wendungen und Gedankenflügen, wie „der Sonnenwanderer“, wie er Shelley nennt, ihn entzückt und begeistert hat; aber seine Ziele, die bewußt seine frühsten Werke schon verfolgen, lagen doch, wie wir später sehen werden, weit ab von diesem Dichter. Das ist Alles, was wir von den Lehrern wissen, die seinen Geist gebildet. Selten wohl hat ein Künstler mit vollem Bewußtsein neue Bahnen so geräuschlos betreten. Browning hat niemals viel von seiner Dichtermission gesprochen, wenig, außer in ein paar kurzen, klar und bestimmt gefaßten Vorreden, spricht er von den neuen Ausblicken, die er der Poesie eröffnet. Das soll nicht heißen, daß er nicht doch den Mangel an Verständniß empfunden hätte, den sein Volk ihm die ersten fünfundzwanzig Jahre seiner Thätigkeit entgegenbrachte. Denn es waren nur Wenige, die sich die Mühe nahmen, den Granatapfel tief genug zu schneiden, um das Herzblut darin zu entdecken. Aber unbeirrt schuf Browning Werk auf Werk, getragen von dem kleinen Kreise seiner Freunde und Bewunderer, die schon damals im Stande waren, seine Gedanken mit ihm zu denken.

Daß Elizabeth Barrett, deren Gedichte er selbst schon lange liebte und bewunderte, dies seltene Verständniß für ihn hatte, das zog ihn zuerst zu dieser Frau, die bestimmt war, den ganzen Reichthum seiner persönlichen Empfindung aufzuschließen und auf sich zu konzentriren. Browning hat mit inniger Zärtlichkeit an seinen Eltern, an seiner einzigen Schwester gehangen, er hat später nach dem Tode seiner Gattin einen immer wachsenden Freundeskreis gehabt, es war nicht schwer, zu Browning zu gelangen, immer aufs neue überraschte er durch die herzliche Offenheit, die er nahen und auch ferneren Freunden entgegentrug, aber auch seine nächsten wußten, daß in das Allerheiligste seines Herzens nur einmal ein Mensch eingedrungen war, daß aus diesem unergründlichen Bronnen nur seine Gattin getrunken hat. Und was die Freunde alle wußten,

das verrathen uns seine Briefe, wie er in dieser Frau, die er bei seinem ersten Besuch auf dem Siechbette, wie er glaubte an einer unheilbaren Krankheit, daniederliegend fand, alles Höchste und Reinste verehrte, die Heilige, die gottbegnadete Künstlerin; wie er seine Lebensfülle, seine leidenschaftliche Liebe, die kindliche Zartheit der Empfindung, alles zu ihr trug.

War es ein Wunder, daß er die Lebensscheu der Frau überwand, die ganz mit dieser Welt abgeschlossen zu haben glaubte und mit einer Art mystischer Verträumtheit in ein freies Leben im Jenseits schaute? Das Wunder aber, das sie erst dort erwartete, sollte sich für sie schon hier erfüllen, der Keim zu ihrer Genesung lag in dem eigenen Willen zu leben, nachdem sie einmal den Muth gefaßt hatte, dieser erst so unfaßbaren Liebe nachzugeben.

Was Elizabeth innerlich erlebt hat, was diese Liebe aus ihr gemacht hat, wie sie Anfangs mit angstvollem Unglauben nicht die Blicke hinauslenken wollte in die neue Welt und dann ihre verschüchterte, flügellahme Seele tragen ließ von der Kraft des herrlichen Mannes, das hat sie uns selbst erzählt in ihrem schönsten Werke, in dem Cyklus „Sonette aus dem Portugiesischen".*) Sie entstanden als ein augenblicklicher Ausdruck ihrer jedesmaligen Stimmung; es sind im höchsten Sinne Gelegenheitsgedichte, und wie sehr hier Erleben und Dichten eins sind, das zeigt uns erst der Briefwechsel, nach dem wir das Entstehen einzelner dieser Sonette fast auf Tage bestimmen könnten, so sehr spiegeln sie den Gang der Entwicklung dieser Liebe, wie er in den Briefen unmittelbar sich ausspricht, dichterisch wieder. Den Titel gab Browning dem Cyklus selbst, nachdem die Gattin ihn in den ersten Wochen ihrer Ehe mit diesem Geschenke überrascht hatte; es ist eine Art damals beliebter Mystifikation, eine Anlehnung an Camoens; Elizabeth selbst hatte früher ein Gedicht geschrieben, „Caterina an Camoens", das zu Brownings Lieblingen gehörte. In den südlichen romanischen Ländern, wo einst die Wiege des Sonettes gestanden, hat man auch zuerst diese Kunstform zu Cyklen verwandt, deren Inhalt ein einheitliches Gefühl: Liebe und Treue ist. In Camoens Sonetten an Caterina, Petrarca's an Laura haben wir die großen Vorbilder zu suchen. In der Hochrenaissance hat dann auch schon eine Frau Vittoria Colonna in wenigen, immer wieder neugewandten Bildern in einer Sonettenfolge, die wir ihrem ganzen Geiste nach

*) Eine Uebersetzung des ganzen Cyklus erscheint im Verlage von Eugen Diederichs, Leipzig.



vielleicht am ehesten mit unserem Werke vergleichen können, Klagen und Sehnsucht nach dem früh entrissenen Gatten zum Ausdruck gebracht. Das Sonett mit seiner musikalischen, streng gegliederten, abgeschlossenen Form eignet sich wie keine andere Strophe für eine solche Bilderfolge, es erlaubt dem Folgenden leicht die Anknüpfung an das Vorausgegangene und zwingt doch jeden Gedanken zu einem Abschluß. Von dem Süden fanden diese Sonettencyklen ihren Weg über Frankreich nach England, das einzige nordische Land, das diese südliche Form in eigenartiger Entwicklung dem eigenen Sprachgenius angepaßt hat. In England erlebte die poetische Gattung in Shaksperes Jugend eine erstaunliche Massenproduktion, die Shakspere selbst mit seiner herrlichen Folge von 100 Sonetten krönte. Dann verstummte bis auf wenige unbedeutende Erscheinungen diese Art des poetischen Ausdrucks in England, und unser Cyklus ist der einzige, der sich kühnlich Shakspere, auch dem Inhalte nach, an die Seite stellen darf. Ja, wenn wir einzelne der Shakspereschen Sonette ausnehmen, deren Kraft und Schönheit Elizabeth Browning niemals erreichen konnte, so ist der Eindruck, den das moderne Werk hinterläßt, zweifellos harmonischer; es hat nicht so viel von dem Zeitgepäck zu tragen, von dem sich auch Shakspere für sein Werk nicht frei machen konnte.

Elizabeth Browning durfte frei und rückhaltlos ihre ganze Seele in diese Gedichte gießen, es ist die Einheit und Echtheit der Empfindung, die uns so tief ergreift. Auf ein Grundthema, das in dem ersten Sonette angeschlagen ist, sind alle vierundvierzig gestimmt: ein Schatten gleitet hinter die sinnende Dichterin mit der Frage: „Wer hält dich? „Tod“, doch als Antwort erklingt es: „Nein, Liebe, nicht der Tod“. Tod und Liebe streiten um sie, der Tod hat ein altes Anrecht, und nur allmählich, fast mit innerem Widerstreben wagt sie sich von ihm abzuwenden, aber die Seele ihres königlichen Sängers muß siegen und weiß zu siegen. Elizabeth Browning ist in diesen Gedichten zur Meisterschaft gelangt, von dem einen Gefühl beherrscht, steht ihr ein schier unerschöpflicher Schatz von Bildern zu Gebote, um es immer wieder neu gewandt greifbar plastisch uns vorzuzaubern. Ohne die geringste Ermüdung kann man die ganze Folge wie ein zusammenhängendes Werk genießen; bei einigen wenigen fällt sie allerdings auch hier in ihren alten Fehler, ihre überkühnen Bilder und gelehrten Anspielungen, doch verschwinden diese in dem Reichthum und der Fülle des Schönen, welches dieser Blüthenkranz bietet.

Schon das innere Erlebniß dieser Liebe, welches die Sonette und Briefe uns widerspiegeln, war seltsam und reich an Wundern; doch sollten sich der Verbindung der beiden Menschen auch äußerlich erstaunliche Hindernisse und Widerwärtigkeiten entgegenstellen. Elizabeth Barrett war das älteste von elf Kindern, ihre Mutter hatte sie früh verloren und ihr Vater war einer jener in England nicht so seltenen autokratischen Familientyrannen, die den Willen als solchen in ihrer Familie repräsentiren. So lange er keinen, auch nicht den geringsten Widerspruch erfuhr, liebte er seine Kinder auf seine Art, ja auf Elizabeth war er sogar sehr stolz, sie war der Schmuck und die Freude seines Lebens. Aber alles dauerte nur so lange, als sie völlig fügsam war. Elizabeth wußte aus Erfahrungen mit ihrer Schwester, daß er in dem Wunsche aller seiner Kinder, Söhne wie Töchter, sich zu verheirathen, geradezu eine Revolte sah, er machte die furchtbarsten Scenen, sobald nur davon die Rede war. Nachdem Elizabeth nach schweren inneren Kämpfen den Bewerbungen Brownings nachgegeben hatte, erwachte ihr Wunsch zu leben und gesund zu werden mit aller Energie, die Aerzte riethen ihr, den Winter 1845/1846 in Italien zuzubringen, da ein erneuter Winter in dem neblig kalten Londoner Klima ihr Ruin schien. Aber schon dieser Wunsch scheiterte an dem Eigensinn des Vaters, der es ihr unter Androhung seines höchsten Zornes verbot, sein Haus zu verlassen. Das löste sie zuerst von dem Vater, an dem sie bisher mit ihrem ganzen liebebedürftigen Herzen gehangen hatte; sie versprach Browning, ihm im nächsten Herbste zu folgen, wenn ihre Krankheit es erlaube. Die Energie ihrer Liebe und sein Lebensmuth erhielten sie aufrecht, und der bornirte Eigensinn des Vaters trieb diese beiden Menschen, die an sich so wenig Neigung zu abenteuerlicher Romantik hatten, zu der romantischsten Verbindung. Da die öffentliche Ehe mit Einwilligung des Vaters unmöglich war, so mußte sie heimlich geschlossen werden. Elizabeths Schwestern wußten zwar von der Verlobung, aber auch sie wurden absichtlich mit dem letzten Schritt nicht vertraut gemacht, um sie dem Zorn des Vaters nicht auszusetzen. Am 12. September 1846 fand die heimliche Trauung statt, und wenige Tage darauf in einer Stunde, als die Hausgenossen alle bei der Mittagsmahlzeit waren, verließ Elizabeth heimlich, nur von ihrem geliebten Hunde Flush, der in ihren Gedichten und Briefen eine so große Rolle spielt, und einer treuen Dienerin begleitet, das Vaterhaus, dessen

Schwelle sie nie mehr betreten sollte. Trotz aller Bitten und immer wieder erneuter Versuche blieb dieser wunderliche Vater unversöhnt und starb, ohne seine Tochter wiedergesehen oder sein Enkelkind begrüßt zu haben.

Robert und Elizabeth aber strebten Italien zu, das sie nach glücklich überstandener Reise durch Frankreich erreichten und das für Mrs. Browning nun lebenslang zur Heimath werden sollte.

Keiner der Freunde — und alle waren vorher im Dunkel gelassen — glaubte an ein wirkliches Gelingen des Experimentes, aber Jeder, der sie wiedersah, fand nicht nur eine Besserung, sondern eine völlige Umwandlung in ihr. Gewiß war dies ein Triumph der Liebe, sie hatte sie dem Leben wiedergegeben, und nach zwei Jahren krönte die Geburt eines Sohnes ihr theuer erkauftes und dafür mit seltener Beständigkeit genossenes Glück.

Die ersten Jahre ihrer Ehe waren für Beide nicht sonderlich fruchtbar, es war, als ob die Lösung einer langen Spannung sich nun nur in dem Glücksgefühl des Beisammenseins ausleben wollte. „Das Glück ist dem Schaffen doch weniger günstig, als ich dachte“, schreibt Elizabeth selbst, aber sie wie Browning bereiteten sich in dieser Stille und Ruhe zu ihren Meisterwerken vor. In den ersten fünfziger Jahren sehen wir die Dichterin ihre Zeit zwischen den Mutterpflichten für ihren kleinen Sohn und ihrem Roman in Versen in zwölf Büchern „Aurora Leigh“ theilen. Es ist das reifste ihrer Werke, und das, in dem sie ihre höchsten Ueberzeugungen über Kunst und Leben niedergelegt hat, so sagt sie uns selbst in der Widmung dieses Werkes. Aurora Leigh ist der Name der Heldin dieses biographischen Gedichtes. Die Form der Novelle in Versen ist eine uralte, in England seit den Tagen Chaucers immer wieder angewandte und neu belebte Form. Gerade in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, da Wordsworth die Dichtung zu den Stoffen des realen täglichen Lebens zurückführte, erhielt sie eine reiche Ausbildung besonders als Selbsterzählung, die bei Tennyson wieder eine stark romantische Färbung und von Browning, wie wir noch sehen werden, eine ganz neue originelle Gestaltung erhielt. Elizabeth Browning geht in ihrem Werke über die Grenzen der Novelle hinaus, sie macht das psychologische Entwicklungsbild ihrer Heldin gleichsam zum Träger der großen Probleme des Lebens, die sie, wie mit ihr die ganze Zeit, auf das Allerlebhafteste beschäftigen: Kunst und soziale Arbeit. In diesen Zielen ist das

Werk unserer Dichterin vielleicht am ehesten mit Wordsworths „Excursion“ zu vergleichen; aber ganz anders hat sie verstanden, das rein menschliche Interesse an der Handlung, die Spannung, mit der wir das Schicksal der Heldin verfolgen, mit der Reflexion zu einem künstlerischen Ganzen zu verbinden, während Wordsworth mit absichtlicher Gleichgiltigkeit von einer eigentlichen Entwicklung der Handlung absieht und jedes persönliche Interesse bei Seite setzt. Die Kunst und die soziale Arbeit begannen damals, am Ende der ersten Hälfte des Jahrhunderts, sich wie zwei selbständige Mächte drohend, fast feindlich gegenüberzustehen. Carlyle hatte eben mit seinen sozialen Lehren und Forderungen das Volk, und besonders die Klassen der Besitzenden, aufgerüttelt, überall begann man, direkt oder indirekt von ihm beeinflußt, an eine Reform des sozialen Lebens zu denken. Und Carlyle, er der Freund so vieler Dichter von Goethe bis zu Tennyson und den Brownings, hatte im Eifer seines Amtes als Rufer im Streite das Wort ausgesprochen, das man ihm damals zu oft nachsprach: „Unsere Generation braucht keine Sänger, sie braucht Arbeiter.“ Elizabeth Browning hatte schon in einem früheren Briefe an den Freund geantwortet: „Song is work and also the condition of work.“ Und daß sie das widerspruchsvolle Wesen Carlyles in seinem tiefsten Grunde begriff, das beweist ein Brief an Browning, in dem sie ihn den „großen Lehrer des Zeitalters, Deinen und meinen“ nennt. „Er füllt das Amt des Dichters aus, indem er die Menschheit zu ihren Grundlagen zurückführt und dadurch die Konvention der Stunde zerstört. Das ist — genau gesagt — das Amt des Dichters — und dies hat er auf sich genommen und mit umfassenderem Verständniß vielleicht — wenigstens für unsere Zeit — als wenn er sich im „Sang gegeben“ hätte.“

Und Elizabeth Browning hatte ein Recht, sich „eine Schülerin Carlyles, die früh zu seinen Füßen gesessen hat“, zu nennen, da sie selbst aus ihrer verdunkelten Krankenstube mit lebhaftem Interesse den Bewegungen ihrer Zeit gefolgt war. Schon in ihren frühen Gedichtsammlungen finden sich Gedichte, die von ihrem regen Interesse zeugen, soziale Gedichte, in denen die Leiden der Fabrikkinder, wie in „The Cry of the Children“ (Kinderthränen), besungen werden oder wo sie den großen Erdenjammer, der sich heute kraß im Gegensatz zu der Macht des Kapitals zeigt, wie „The Cry of the Human“ (Thränen der Menschheit), Gedichte, die in ihrem tiefen Pathos an Ada Negri,

die moderne italienische Dichterin, erinnern. Solch ein Ton aber war in der damaligen englischen Dichtung ganz neu. Im Grunde hätte Carlyle nach seiner eigenen Definition der Arbeit, die Alles umschließt, was über die persönlichen egoistischen Zwecke hinausführt, solchen „song“ für „work“ erklären müssen, aber Carlyle schießt ja gern mit der heftigen Ausdrucksweise seiner Forderungen über das Ziel hinaus. Unmittelbar auf ihn, gleichsam als ein Weiterführer und Ergänzer seiner Lehren, folgte Ruskin, der es als seine Lebensarbeit ansah, die soziale Arbeit und die Kunst im weitesten Sinne miteinander zu durchdringen und beide gegenseitig zu befruchten.

Vor Ruskin aber hat schon Elizabeth Browning diesen Gedanken zum Leitmotiv ihres großen Werkes gemacht. In den beiden Helden Aurora und ihrem Vetter Romney stellt sie zwei ursprünglich rücksichtslose Vertreter dieser beiden Richtungen einander gegenüber. Aurora ist eine geborene Künstlerin mit den höchsten Ansprüchen an die Kunst; in der anmuthvollen Schilderung ihrer Jugend sehen wir Elizabeth selbst, wie sie unter ihren Büchern aufwächst und aus den Büchern ihre Welt sich aufbaut. Auf das Eifrigste tritt sie dafür ein, Kindern ihren Weg durch die Bücher selbst finden zu lassen, sie nicht durch Nützlichkeitsprinzipien einzuengen, denn wir dürfen nicht ungroßmüthig sein, selbst nicht gegen ein Buch, und fragen, wie weit nützt es dir; gerade ein Kindergemüth aber weiß sich seinen Honig selbst herauszusuchen. Sie spricht harte Worte über die Erziehung eines englischen Mädchens zu einem „accomplished girl“, und diese ersten Kapitel enthalten goldene Winke für die Erziehung. Aurora Leigh ist die ersten dreizehn Jahre ihres Lebens in italienischer Freiheit aufgewachsen, um so stärker wirkt nun der Gegensatz der englischen Prüderie und Konvention. Romney liebt Aurora, bei der unbewußt auf dem Seelengrunde die gleiche Neigung schlummert. Romney selbst aber hat von Jugend auf ganz der sozialen Arbeit gelebt und glaubt kein höheres Lebensziel zu kennen; in aller seiner edlen Güte sieht er mit Verachtung auf das Versemachen und besonders das Frauendichten herab, er nimmt es als ganz selbstverständlich an, daß Aurora diese Spielerei lassen wird, wenn er sie zur Mitarbeiterin an seinem großen Lebenswerke wirbt. Diese Werbescene im dritten Buch gehört zu den Perlen des Werkes. Aurora tritt als Künstlerin und Mensch ihm siegreich gegenüber, ob sie etwas leisten kann, wird

sich erst zeigen, aber die Kunst ist ihr das Höchste, ihr müsse sie leben, und wenn sie scheitere, so könne dies nur in ihrem Dienste sein. Und der ganze Stolz der Persönlichkeit im Weibe bricht in den Worten hervor:

„O, Ihr vergeßt zu sehr,
Daß jedes Wesen, männlich oder weiblich,
Verantwortlich in Handlung und Gedanken
Wie in Geburt und Tod für sich muß stehen."

Sie schlägt seine Hand aus und erst lange Arbeit auf beiden Seiten bringt sie zu der Einsicht, daß beide im Verein zusammen wirken müssen; erst Enttäuschung und Verkennung edelster Absicht auf der einen Seite und manches Straucheln auf dem Wege zu der hohen Kunst und die Einsamkeit, die der Priesterin immer beschieden, führen sie Beide zuletzt zusammen.

Auf diesem Wege berührt Elizabeth alle Fragen der Kunst, die sie im innersten bewegen, und was besonders das große Verdienst des Buches ist, auch die heikelsten sozialen Schäden. Heute sind wir gewöhnt, in der Dichtkunst den Schleier auch von den dunkelsten Schlupfwinkeln menschlichen Elends gezogen zu sehen, damals aber galt es noch für eine ungeheure, ja unerlaubte Kühnheit, mit ungeschminkter Sprache das Laster der großen Städte, die traurige Lage ihrer Tausenden von verlorenen Frauen zu schildern und auch bei jenen Parias die eigene Schuld und das unverschuldete Leiden zu scheiden und zu verstehen. Aurora Leigh ist viel zu wenig gekannt in Deutschland, es ist ein Werk, das an Gedankentiefe und Schönheit den besten unserer Zeit an der Seite stehen darf.

1855 wird Aurora Leigh veröffentlicht, sie hat hier auf der Höhe ihres Schaffens und Könnens ihre ganze Seele in ihr Werk gegossen; um so merkwürdiger ist es, daß in diesem Buche ein Interessenkreis garnicht gestreift ist, der ihren Briefen nach die Dichterin damals heftiger bewegte als irgend ein anderer: Der Spiritismus. Der Mesmerismus, jene Ausbeutung des Magnetismus und der Hypnose für das Geistersehen, stand in jenen Jahren in höchster Blüthe, eine Reihe hervorragender Männer und Frauen hatten sich nach Swedenborgs Vorgang eine Art Philosophie und Wissenschaft zurechtgezimmert und das Tischrücken, jene seltsame hölzerne Verbindung mit den Geistern, war an der Tagesordnung. Ausgestorben ist die Bewegung ja heute durchaus nicht, aber sie ist doch glücklicher Weise in Mißkredit

gerathen, damals aber ging der große Strom der Gläubigen von Amerika aus und ergoß sich mit Vorliebe nach Italien. Elizabeth Browning hatte, wie wir wissen, von je eine starke Neigung zu der mystischen Seite des Christenthums. Ihre sensible Natur, die schon in der äußeren Erscheinung etwas Unirdisches an sich hatte, die langen Jahre ihres Lebens, wie es in einem der schönen Sonette heißt, die sie mit Schatten, statt mit Männern und Frauen gelebt hatte, Alles trug dazu bei, daß sie kaum einer starken geistigen Anstrengung bedurfte, um zu glauben, daß die Geister, die ihre Phantasie immer um sie geschaffen, nun auch wirklich sie umschwebten und so das Jenseits in das Diesseits hereinrage; und über dieser für sie beglückenden Erkenntniß nahm sie all das Absurde mit in den Kauf und suchte durch allerlei Erklärungen ihm die Spitze abzubrechen.

Es war dies die einzige tiefer gehende Meinungsverschiedenheit mit ihrem Gatten, der sich stets in der Reserve hielt und erklärte, er würde nie den Berichten anderer, nur seinen eigenen Augen trauen. Noch zu Lebzeiten seiner Gattin wurde eines der vornehmsten Medien der Zeit, ein gewisser Home, als Betrüger entlarvt; Elizabeth selbst scheint es in den Grundfesten ihres Glaubens nicht erschüttert zu haben. Browning aber nahm sich diesen Fall zum Muster, um in einem langen Monolog den inneren Seelenzustand eines solchen, durch die Leichtgläubigkeit seiner Umgebung, geradezu in die Betrügerlaufbahn gestoßenen Menschen zu schildern. Das Gedicht ist wohl erst nach dem Tode der Gattin geschrieben, es erschien jedenfalls erst 1864 in den „Dramatis Personae“.

Wir müssen hier zur Entlastung der Dichterin genau im Auge behalten, daß wir uns in den fünfziger Jahren des 19. Jahrhunderts befinden, in der gleichen Zeit, da in Deutschland der größte philosophische Kopf, Schopenhauer, mit eben derselben Zähigkeit an die absurdesten Auswüchse des Spiritismus glaubte und eine eigene Abhandlung zu seiner Vertheidigung schrieb; interessant ist nur, wie die schwärmerische Christin und der verbissene Atheist auf entgegengesetzten Wegen zur gleichen Erklärung der Erscheinung kamen. Elizabeth Browning erklärt den Tod als nichts weiter, als das Abziehen eines Kleides, keine größere Veränderung, als sie etwa durch die Pubertät oder eine große Gemüthserfahrung in uns hervorgebracht werde, das Geistige aber lebe als Individualität fort und zwar mit allen persönlichen Eigenschaften, daher die vielen thörichten Geister, die zitirt werden. Bei Schopenhauer

tritt das Lebensprinzip nach dem Tode in den großen Weltwillen, wie er ihn lehrt, zurück, dieser Weltwille hat an sich keine Intelligenz, sondern nur den Willen zu leben; wenn nun ein Stück dieses Weltwillens ohne Körper im Spiritismus in unseren Wahrnehmungskreis tritt, so leiht er sich hierzu eine fremde Intelligenz und zwar die des Mediums. Ein lehrreiches Beispiel, wie der Mensch für eine Glaubenssache aus sich heraus eine Erklärung schafft und dann glaubt, nach allgemein giltigen Gesetzen zu schließen. Bei Elizabeth Browning geht dieser spiritistische Mystizismus eng zusammen mit ihrer wachsenden Abneigung gegen das christliche Dogma, wie es sich ihr namentlich in ihren heimischen insularen Sekten zeigte. Auch darin war sie eine Schülerin Carlyles, der gleich ihr immer von Neuem predigte, daß das Christenthum sich über die Kirche zur reinen Menschlichkeit ausleben müsse, um seine höchste Sittlichkeit wirksam zu machen; auch mit Browning fühlte sie sich hierin wieder auf gleichem Boden.

Diese Anschauung hängt bei Elizabeth Browning wieder zusammen mit ihrer kosmopolitischen Gesinnung; wie das Christenthum über die Kirche, so hofft sie auch, daß die Menschen sich über ihre nationale Beschränkung hinaus entwickeln müssen — ein Irrthum, wenn auch ein edler, wie die Entwicklung heute auf beiden Gebieten zeigt. Diese kosmopolitische Gesinnung wurde bei ihr um so stärker, je länger sie in Italien fern von England lebte. „Ich liebe Freiheit und Gerechtigkeit mehr als das Land Shaksperes oder Platos“, ruft sie aus, und sie erlebte die Jahre 1848 bis 1860 in Italien, d. h. die Zeit, in der dieses Land, das sie so liebte, das ihr selbst die Befreiung von Krankheit und Schranken aller Art gebracht hatte, um Freiheit und Gerechtigkeit kämpfte. Diesem Kampfe hat sie mit immer wachsender Leidenschaft zugeschaut und ihm das Beste, was sie hatte, ihre Kunst geweiht, die letzte Periode ihres Schaffens ist fast ausschließlich von ihrer politischen Dichtung ausgefüllt. Gleich den ersten vergeblichen Kämpfen des Jahres 1848 hat sie dichterischen Ausdruck geliehen. Sie nennt dies Gedicht charakteristisch „Casa Guidi Windows“, von dem Fenster ihres Hauses in Florenz schaut sie der ersten hoffnungsvollen Bewegung zu, noch ist es nicht, wie später, eine zehrende Leidenschaft für sie, noch ist sie nur sympathische Zuschauerin, noch kann sie sich beruhigen bei dem Gesang eines Kindes unter ihrem Fenster, der ihr zum Refrain ihres Gedichtes dient, „o bella libertà, o bella“. Es sollte anders kommen, an

dem politischen Himmel ging ihr ein Stern auf: Napoleon III. Nicht hier ist der Ort irgend einer geschichtlichen Klärung seiner Verdienste oder seiner Motive für die Rolle, die er gleich von Beginn in den italienischen Angelegenheiten spielte. Den Italienern kam er als Erlöser von der verhaßten österreichischen Herrschaft, und wo empfand man das mehr als in Florenz! Bei Elizabeth Browning kam hinzu eine von frühester Jugend stammende Bewunderung des französischen Volkes und seiner Kultur, die sich in ihren Briefen, in Aurora Leigh, in ihren Sonetten an George Sand wiederholt ausspricht. Mit Freuden und wachsendem Jubel begrüßte sie nun den Retter, den Freiheitbringer ihres geliebten Italien gerade aus diesem Volke, ihre Bewunderung für Napoleon wuchs sich immer mehr zur abgöttischen Liebe aus.

Auch Browning hat später einmal seine Ansichten über Napoleon dichterisch ausgesprochen. Nach dem Kriege 1870, in dem er gewiß ganz im Sinne der Elizabeth Browning lebhaft für die Franzosen Partei nahm, hat er in einem langen Gedichte Napoleon unter dem seltsamen Pseudonym eines Prinzen von Hohenstiel-Schwangau eine Lebensbeichte ablegen lassen. Nach seiner Weise läßt Browning ihn in einem Monologe seine sozialen und politischen Ziele erklären. Ein interessantes, aber schwer verständliches Werk, in dem Napoleon sich selbst als den Bewahrer und Retter, „the salvator of society“, darstellt.

Wenn auch Napoleons geschichtliche Stellung in diesem Gedichte in seltsamem Lichte steht, so sind doch weder Schwächen noch Fehler unterdrückt; Elizabeth aber versucht alles zu seinem Besten zu kehren, und so tief ist sie auch für seinen Nachruhm besorgt, daß sie in einem warm und edel geschriebenen Briefe ihn um seiner selbst, um seiner Größe willen bittet, Viktor Hugo aus der Verbannung zurückzurufen. Der Brief ist nicht abgesandt worden, wahrscheinlich haben Gatte und Freunde ihr doch die Zwecklosigkeit klar gemacht.

Als dann aber die Jahre 1858 bis 1860 kamen, waren das Schicksal Italiens und Napoleons Ruhm Hauptinteresse ihres Lebens. Ihre Briefe sprechen nur von ihrer Hoffnung, ihrer Furcht; mit tiefer Bitterkeit gegen ihre Heimath erfüllt sie Englands Verhalten gegen Italien, mit rücksichtsloser Kühnheit spricht sie dies nicht nur in ihren Briefen, sondern auch in dem Cyklus „Gedichte vor dem Kongreß“ aus. Elizabeth wurzelt ganz anders fest in Italien wie ihr Gatte, von dem sie sagt, daß sein Patriotismus

mit dem Grade der Entfernung wüchse. Ganz wie Byron hatte sie einst nach einem Besuche in England, dessen Nebel und dessen „cant“ sie jedes Mal mit Schauern erfüllte, ausgerufen: „O, mein England, das ich so liebe — das ich so hasse.“ Auch sie war einer von den freiwillig verbannten großen Dichtern des Insellandes; sie aber war nicht wie Byron und Shelley durch die Feindseligkeit des Publikums vertrieben worden, im Gegentheil man hatte ihre Gedichte und auch Aurora Leigh mit großer Begeisterung aufgenommen; denn wenig konnte es sie anfechten, daß man in altjüngferlichen Kreisen sich über die freie Sprache dieses Buches entsetzte. Erst jetzt, als diese politischen Gedichte erschienen, brach der Unwille los — England wollte sich nicht die Wahrheit sagen lassen, empfand zudem mit Recht die leidenschaftliche Uebertreibung des Vorwurfs. Heute, wo die politischen Leidenschaften schweigen, können wir mit reinerem Genuß als damals die tiefe Schönheit und den hinreißenden Ernst dieser mit dem Herzblut geschriebenen politischen Gedichte genießen. — Sie waren wahrhaft mit ihrem Herzblut geschrieben — und die zarte Frau hat sich daran verblutet, die ersten Symptome der letzten Krankheit zeigten sich nach der großen Enttäuschung von Villa Franca, sie erholte sich wieder, aber sie selbst erzählt, wie sie von politischen Träumen verfolgt wurde, und die Nervosität, mit der sie die politischen Ereignisse in ihren Briefen verfolgte, zeigt, wie zehrend das an ihr nagte. Ihr letzter Brief vom 7. Juni 1861 erzählt tief erschüttert von Cavours Tode und wenige Tage darauf schlief sie in den Armen ihres Gatten ein. „Beautiful“ war ihr letztes Wort auf die Frage, wie es ihr gehe; wie ein Hauch war dieses Leben hingegangen, das mit aller seiner Leidenschaft doch immer nur wenig dieser Erde angehört hatte.

Italien aber darf stolz darauf sein, daß diese Frau ihm das Gastrecht so groß und theuer bezahlt hat. Und kein Geringerer als Tommaseo verfaßte die Inschrift, die heute Casa Guidi schmückt, das Haus in Florenz, in dem sie ihr Heim gefunden hatte; kein einfaches Elogium sind die Worte, mit denen er der Dichterin huldigte: „Hier schrieb und starb Elizabeth Barrett Browning, die mit einem weiblichen Herzen das Wissen eines Gelehrten und den Geist eines Dichters verband, und die mit ihren Versen eine goldene Kette um Italien und England schlang. Das dankbare Florenz weiht ihr diesen Stein 1861.“

Die Bedeutung humanistischer Bildung für den Juristen.

Von

Dr. Konrat Weymann.

Die Entscheidung ist bereits getroffen; die Zulassung der Abiturienten von Realgymnasien und Ober-Realschulen zum juristischen Studium steht fest. Dessenungeachtet ist es auch jetzt keine müßige Betrachtung, welche Schulart für die Vorbereitung auf dies Studium die geeignetste sei. Schon um der Eltern willen nicht, die ihren Söhnen auch, oder gar in erster Linie den Zugang zur Richterlaufbahn eröffnen wollen. Ich möchte, auf Grund meiner Erfahrung als Richter, einen Gesichtspunkt hervorheben, der aus dem innersten Wesen der richterlichen Aufgaben abgeleitet ist und doch in der Erörterung nicht mit der Bestimmtheit betont worden ist, die ihm nach seiner Bedeutung zukommt. Er ist nämlich meiner Auffassung nach der bedeutsamste aller überhaupt in Betracht kommenden Gesichtspunkte und führt zu der Anschauung, daß von einer Verschiebung der Vorbildung im Sinne stärkerer Betonung der mathematisch-naturwissenschaftlichen und der neusprachlichen Stoffe eine unerwünschte, der Aufgabe der Rechtsprechung nicht förderliche Zunahme des dialektisch-formalistischen Moments in der Rechtsprechung erwartet werden muß.

Der landläufigen, auch unter den Juristen selbst weitverbreiteten, sogar wohl überwiegenden Auffassung erscheinen Rechtswissenschaft und Rechtsprechung als das ausschließliche Herrschaftsgebiet des Verstandes, der logischen Unterscheidung und Schlußfolgerung. Klare und scharfe Auffassung der gegebenen Begriffe, scharfsinnige Ableitung der in ihnen liegenden Folgerungen, das scheinen die Aufgaben des Juristen, und demgemäß scheint der Jurist für seinen Beruf am besten geeignet und vollständig vorgebildet — natürlich

von der nothwendigen Summe positiver Kenntnisse abgesehen —, der das höchste Maß von dialektischer Schärfe besitzt.

Diese wie gesagt sehr verbreitete Meinung theile ich nicht, und ich bin der Meinung, daß sie nicht selten die Quelle theils von einzelnen Mißgriffen der Rechtsprechung, theils von einer schiefen Richtung ganzer Gedankenreihen in ihr ist. Ich verkenne nicht, daß dialektische Schärfe ein kostbares Gut, nämlich das werthvollste Handwerkszeug, für den Juristen ist, aber ich behaupte, daß sie oft und weit überschätzt wird, und bestreite, daß sie genügt, um ihren Besitzer zum guten Juristen zu machen. Es giebt für den Richter tausend Fragen, in denen die schärfste Dialektik nicht zum Ziele führt, in denen nur eine unmittelbare Fühlung mit den wirthschaftlichen, sozialen, sittlichen Elementen des Volkslebens zu einem gesunden Urtheil verhelfen. Man kann kein guter Jurist sein, ohne ein Charakter zu sein, ohne starke und lebendige sittliche Anschauungen und eine geschlossene Weltanschauung zu besitzen.

Der Werth der Logik für den Juristen wird überschätzt. Es giebt zunächst eine ganze Reihe von Fragen, deren Beantwortung die Logik zwar durch Beschaffung von Material vorbereiten, aber nicht geben kann. Die Begründung, welche Gesetzentwürfen bei ihrer Einbringung beigegeben zu werden pflegt, ist ein anerkannt werthvolles Material für die Auslegung. Wieweit reicht aber im einzelnen Fall Werth und Autorität dieses Materials, wenn Begründung und Gesetzestext sich nicht absolut genau decken? Wieweit kann der Inhalt der Begründung als angeeignet von den verschiedenen gesetzgebenden Faktoren gelten? Welchen Werth haben die von einzelnen Parlamentsmitgliedern geäußerten abweichenden Auffassungen? Wieweit ist der Gedankengang der Begründung berührt worden durch gewisse Aenderungen des Gesetzes, welche sich nicht unmittelbar auf diesen Gedankengang bezogen, aber doch eine mittelbare Beziehung zu ihm haben? Jeder, der sich mit derartigen Auslegungsfragen auseinanderzusetzen gehabt hat, weiß, daß man für ihre Beantwortung diesen oder jenen logischen Grund geltend machen, daß man aber fast niemals einen logischen Beweis erbringen kann, welcher schlüssig genug wäre, um jeden scharf logisch denkenden Menschen zur Anerkennung zu zwingen. Die Entscheidung wird nicht von der Logik, sondern von der aus möglichst unmittelbarer Anschauung aller Verhältnisse gewonnenen inneren Ueberzeugung getroffen.

Oder: eine allgemein anerkannte Art der Gesetzesauslegung sind die ausdehnende und die einschränkende Auslegung, beide im engeren und im weiteren Sinne genommen. Die Erstere erklärt: „Der Gesetzgeber hat den engeren Ausdruck gewählt, aber er hat sich im Ausdruck vergriffen; der weitere Begriff schwebte ihm vor. Dieser Begriff, nicht der engere Ausdruck, ist der Inhalt des Gesetzes." Oder weitergehend: „Der Gesetzgeber hat sich nicht im Ausdruck vergriffen, ihm schwebte in der That nur der engere Begriff vor; aber der Grundgedanke, aus welchem er an diesen Begriff diesen Rechtssatz knüpfte, war allgemeiner Natur, und wenn er sich dieses Grundgedankens, nicht nur der einzelnen Erscheinungsform desselben, bewußt gewesen wäre, würde er den Rechtssatz weiter gefaßt haben. Der weitere Grundgedanke, nicht der engere Begriff, ist der Inhalt des Gesetzes." So sind die Schlußformen der ausdehnenden und, entsprechend umgekehrt, der einschränkenden Auslegung. Die Schlußformen lassen sich leicht logisch nachprüfen; wer die Voraussetzung zugiebt, dem kann man den Schluß aufzwingen; aber für die Richtigkeit der Voraussetzung einen logisch zwingenden Beweis zu führen, ist fast immer unmöglich. „Man darf nicht am Buchstaben haften", sagt der Eine. „Man darf nichts ins Gesetz hineinlegen, was nicht darin steht", der Andere. „Unzweifelhaft würde der Gesetzgeber den allgemeineren Begriff eingesetzt haben, wenn er ihn sich klar gemacht hätte." „Aber der Gesetzgeber würde den allgemeineren Begriff vielleicht nur in abgeschwächter Gestalt zum Gesetz erhoben haben, und ob er gerade diese Folgerung gezogen haben würde, ist mir nicht sicher." So streiten sie miteinander; die Waffen, die sie führen, sind logischer Natur, aber der die Waffen führt, das ist nicht die Logik, sondern die Vorstellung von dem, was im einzelnen Falle gerecht, oder was nützlich ist, oder die allgemeine Grundrichtung der Persönlichkeit zu mehr erhaltender oder mehr fortbildender Beurtheilung.

Dasselbe gilt von dem ganzen ungeheuren Gebiete der Beweiswürdigung. Auch da regiert als Herrscher die persönliche Anschauung und Auffassung von den Lebensverhältnissen, und die Logik leistet, wo sie überhaupt eine Aufgabe hat, nur Hilfsdienste. Was sich bestimmte Personen von einem bestimmten sittlichen, geistigen, sozialen, wirthschaftlichen Gepräge bei bestimmten Worten oder Handlungen gedacht haben, wie sie sich verhalten haben würden, wenn gewisse Thatumstände nicht vorgelegen hätten; wieweit der

Zeuge, der vor mir steht, einen glaubwürdigen Eindruck macht; wieweit seine Aussage vermuthlich durch bewußtes oder unbewußtes eigenes Interesse, durch das geistige u. s. w. Niveau seines Standes, durch mangelhafte Fähigkeit der Beobachtung u. s. w. beeinflußt werden: alle diese Fragen zu beantworten kann der scharfsinnigste Dialektiker außer Stande, und ein Mann von viel geringerer dialektischer Schärfe wohl befähigt sein, weil es sich eben nicht um Fragen der Logik handelt; ja es ist nicht undenkbar, daß über solche Dinge ein scharf logisch denkender Mensch die verbohrtesten Ansichten hat.

Aber wir müssen weitergehen und der Logik auf ihrem eigensten Gebiete, nämlich dem Gebiete der dialektischen Begriffsarbeit, die Zuständigkeit einschränken. Auch auf ihm ist die Dialektik nicht allmächtig. Die wissenschaftliche Begriffsbildung ist Stückwerk; die juristische ist es in erhöhtem Maße, weil sie es unternimmt, eine schlechterdings unerschöpfliche und unablässig sich wandelnde Fülle von Lebensverhältnissen und Thatbeständen in Formeln zu fassen. Daraus ergiebt sich, daß unvermeidbar bei der Fassung von Rechtsbegriffen und Rechtssätzen die Abfasser häufig unbewußt von Voraussetzungen ausgehen, die nur ihnen, oder nur einer gewissen Gruppe von Volksgenossen, sei diese Gruppe nun durch Merkmale der Bildung, der gesellschaftlichen Stellung, der politischen oder ethischen Ueberzeugung bezeichnet, gemeinsam sind. Wer seinem geistigen Bestande gemäß diese Voraussetzungen nicht theilt, verwendet denselben Begriff bezw. Rechtssatz in einem etwas anderen Sinne, ohne daß er sich dieser Abweichung bewußt, oder gar mit wissenschaftlicher Klarheit bewußt zu sein brauchte. Und zwar gilt das auch für solche Begriffe, die nicht in irgend einer Weise durch den Inhalt der Weltanschauung bestimmt werden. Ich habe erlebt, daß zwei Juristen von unzweifelhafter Gewandtheit und Schärfe des juristischen Denkens sich über eine rein formale Frage des Prozeßrechts nicht nur nicht verständigen, ja nicht einmal verstehen konnten. Dergleichen Beobachtungen kann jeder, der den Berathungen von Richterkollegien aufmerksam zu folgen gewohnt ist, alle Tage machen; sie werden um so häufiger, je mehr sich die Erörterung auf einem Boden bewegt, auf welchem die sittlichen und ähnliche mit dem persönlichen Leben verknüpfte Anschauungen sich auswirken.

Zu dieser angeborenen Mangelhaftigkeit der Begriffe kommt aber ferner, daß auch die Begriffe, wiederum die Rechtsbegriffe in

besonderem Maße, sich entwickeln wie alles Organische; daß sie unter Umständen alt werden, absterben und sterben. In grauer Vorzeit war es eine streng logische Folgerung aus dem Begriff der patria potestas, daß der Vater über Leben und Tod seines Hauskindes verfügen konnte; es kam die Zeit, da man anfing die zwingende Kraft des Schlusses drückend zu empfinden, anzuzweifeln, zu bestreiten, bis sie eines Tages beseitigt war. Bei jedem Gliede einer Schlußkette, und sei sie noch so kunstvoll ausgearbeitet, kann ein kreuzender Gesichtspunkt dazu zwingen, aus einem anscheinend einheitlichen Thatbestand durch Unterscheidung, Einfügung einer neuen Voraussetzung einen engeren Thatbestand zu gesonderter Behandlung herauszuschälen. Fast alle organische Fortentwicklung des Rechts vollzieht sich auf diesem Wege. Aber fast immer, wo solche Unterscheidungen durch die Entwicklung der Lebensverhältnisse heraufgeführt werden, wird der Gegensatz zwischen dem Begriff und den Bedürfnissen des Lebens zuerst nur dunkel geahnt, dann erst allmählich empfunden, um schließlich angeschaut und zum begrifflichen Gegensatz ausgeprägt zu werden; und in solchen Entwicklungsperioden ist es selbst dem schärfsten Juristen häufig zunächst nicht möglich, seine Stellungnahme in voller dialektischer Schärfe zu begründen. Nun befinden sich aber thatsächlich unsere Verhältnisse durchweg im Flusse; nur daß allerdings, je tiefer wir hinunterdringen, desto unmerklicher die Entwicklung ist.

Ich möchte an einem Beispiel nachweisen, daß es auch bei praktisch hochbedeutsamen, alle Tage sich darbietenden Fragen häufig schlechterdings unmöglich ist, auf rein logischem Wege die Wahrheit zu finden.

Eduard Bernstein ist vor einiger Zeit nach Deutschland zurückgekehrt. Er war vor einer langen Reihe von Jahren wegen eines politischen Vergehens zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt worden, und hatte sich der Strafvollstreckung durch die Flucht ins Ausland entzogen; er war dort gesichert, weil nach den bestehenden Verträgen seine Auslieferung nicht verlangt werden konnte. Die Frist für die Verjährung der Strafvollstreckung würde längst abgelaufen gewesen sein, wenn nicht die Staatsanwaltschaft jedesmal vor ihrem Ablauf eine Steckbrieferneuerung erlassen und dadurch den Fristlauf immer von Neuem unterbrochen und den Beginn einer neuen Verjährungsfrist von der gleichen Dauer wie die erste bewirkt hätte. Neuerdings ist die Steckbrieferneuerung unterlassen, dadurch der Fristablauf herbeigeführt und dem Flüchtling die Heimkehr ermöglicht worden.

So haben die Zeitungen berichtet. Vielleicht hat sich mancher besinnliche Leser gefragt, ob denn die Staatsanwaltschaft die Verjährung beliebig oft und schon dadurch unterbrechen könne, daß sie einen Steckbrief erläßt, der gegen einen in sicherer Unerreichbarkeit lebenden Mann gerichtet ist und deshalb im Wesentlichen den Werth eines Selbstgesprächs hat; ob sie Möglichkeit hat, auf diese Weise die Vorschriften über Strafverjährung rein nach ihrem Ermessen in jedem einzelnen Fall außer Wirksamkeit zu setzen. Die Frage ist wohl der Erwägung werth. Sie wird verschieden beantwortet. „Jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung" der Vollstreckungsbehörde unterbricht den Lauf der Verjährung nach § 72 des Strafgesetzbuchs. Was heißt „auf Vollstreckung der Strafe gerichtet"? Nach der herrschenden und in der Praxis geltenden Meinung ist darunter jede Handlung zu verstehen, welche den auf Vollstreckung gerichteten Willen der Behörde zum öffentlichen Ausdruck bringt und begrifflich, abstrakt betrachtet, geeignet ist, die Vollstreckung herbeizuführen. Eine andere Auffassung dagegen sagt, eine Handlung könne nur dann als „auf Vollstreckung gerichtet" bezeichnet werden, wenn sie unter den jeweils bestehenden Verhältnissen des einzelnen Falles geeignet sei, den beabsichtigten Erfolg herbeizuführen; eine von vornherein offenbar erfolglose Handlung erfülle den gesetzlichen Begriff ebenso wenig, wie man einen Lufthieb als eine auf die Tödtung eines Abwesenden gerichtete Handlung bezeichnen könne; deshalb sei der Erlaß eines Steckbriefes zur Unterbrechung der Verjährung nur geeignet, wenn diese Handlung den jeweilig vorliegenden Umständen des einzelnen Falles nach wirklich den Erfolg haben könne, die Vollstreckung herbeizuführen, d. h. wenn der Gesuchte sich im Machtbereich der zu seiner Ergreifung verpflichteten oder wenigstens befugten Behörden befinde, oder doch eine konkrete Wahrscheinlichkeit oder doch Möglichkeit seiner demnächstigen Rückkehr in diesen Bereich vorliege. Und man fügt hinzu, daß das Rechtsgebilde der Verjährung seines Inhaltes nahezu gänzlich entleert werde, wenn man eine von vornherein unzweifelhaft und nothwendig erfolglose Erklärung trotz der unveränderten Aussicht auf Erfolglosigkeit immer wiederhole und immer wieder mit der weittragenden Wirkung ausstatte, die Verjährung zu unterbrechen.

Welche Auffassung hat Recht? Es ist nicht schwer, sich für die eine oder die andere Auffassung zu entscheiden; aber um so schwerer, ja meines Erachtens rein unmöglich ist es, die Richtigkeit

der gewählten so zweifellos nachzuweisen, daß man berechtigt wäre zu sagen, es könne Niemand bei logischem Denken zu einer anderen Auffassung kommen. Die Mehrdeutigkeit des Ausdruckes „auf die Vollstreckung gerichtet" ist durch die schärfste Dialektik nicht aus der Welt zu schaffen; und so lange sie besteht, werden sich immer beide Auslegungen logisch rechtfertigen lassen.

Die Beispiele gleicher Art lassen sich leicht häufen. Und zwar, was ich besonders betone, sind es nicht nur die großen grundsätzlichen Fragen, in denen das letzte Wort nicht von der Logik, sondern von der auf die Anschauung der Lebensverhältnisse gegründeten praktisch-ethischen Ueberzeugung gesprochen wird. Ich bin durch meine Beobachtungen als Mitglied eines Kollegialgerichts — und ich habe diesen Beobachtungen einige Sorgfalt gewidmet — zu der Ueberzeugung gekommen, daß sogar für die weit überwiegende Mehrzahl aller überhaupt streitigen Fragen das Gleiche gilt. Man wird dessen häufig nicht unmittelbar inne, wenn man nicht besonders darauf achtet, weil man in der Regel nicht genöthigt ist und häufig auch keine Zeit hat, sich über die Elemente der Urtheilsbildung klar zu werden, und weil außerdem die praktisch-ethischen Elemente immer die Neigung haben, sich als den feststehenden, gegebenen Inhalt des Begriffs darzustellen, um dessen Auslegung es sich handelt, also scheinbar logische Beweisgründe sind, während thatsächlich in so und so vielen Fällen die Logik nichts vermag als zu sagen: dieser Begriff kann so, er kann auch so gefaßt werden; faßt man ihn so, dann ergiebt sich daraus zwingend das und das; faßt man ihn anders, so ergiebt sich ebenso zwingend jenes; ob er aber so oder so gefaßt werden muß, das kann nur abgeleitet werden aus der Anschauung der vom Gesetzgeber verfolgten Zwecke, oder wo seine Zwecke nicht sicher nachweisbar sind, aus der Anschauung dessen, was für das Volksleben heilsam oder nothwendig ist. Und diese Anschauung ist kein Produkt der Logik. Die Logik kann nicht ursprüngliche Werthurtheile schaffen; sie kann sie nur begründen und präzisiren und allenfalls Werthurtheile aus anderen Werthurtheilen ableiten.

Diese Betrachtungsweise ist so sehr begründet, daß ich glaube, man würde nicht im Stande sein, mir irgend ein juristisches Lehrbuch aus irgend einer juristischen Disziplin vorzulegen, aus dem ich nicht auf hundert Seiten den Nachweis der Behauptung führen könnte. Das gilt selbst für die formalen Disziplinen, wie Prozeßrecht, Grundbuchrecht und dergleichen, wenn auch für sie selbst-

verständlich in geringerem Maße. Ich greife ein Beispiel aus dem Prozeßrecht heraus. Gegen die Versäumung der Rechtsmittelfristen wird die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gewährt, wenn die Versäumung durch „Naturereignisse oder andere unabwendbare Zufälle" herbeigeführt worden. Was heißt unabwendbar? Ein gewandter Berliner Anwalt kann vieles abwenden, was ein hinterpommerscher Ackerknecht nicht abwenden kann. Muß ein rein objektiver, oder ein rein subjektiver, oder ein mittlerer Standpunkt eingenommen werden? Gelten für die Anwendung der sozialpolitischen Gesetze, die es fast ausschließlich mit geschäftsunkundigen Berechtigten zu thun haben, schlechterdings die gleichen Gesichtspunkte wie für den Zivilprozeß? Wer giebt mir hierauf eine so zwingend logisch begründete Antwort, daß er berechtigt wäre, jede andere Anschauung als unlogisch zu bezeichnen? Niemand vermag es. Das logische Denken kann für sich allein unbedingt gesicherte Ergebnisse nur soweit liefern, wie es mit absolut gesicherten, absolut eindeutigen Voraussetzungen arbeitet; weiter nicht. Aus dieser beschränkten Verwerthbarkeit und inneren Unzulänglichkeit der juristischen Begriffe — fast aller Rechtsbegriffe ohne Ausnahme und der fundamentalsten am meisten — ergiebt sich, daß eine vernünftige, innerlich wahre und lebenskräftige Rechtsauslegung und Rechtsanwendung nicht gedacht werden kann ohne eine fortgesetzte Kontrole der Rechtsbegriffe an den Lebensverhältnissen, aus denen sie abgezogen und auf die zu wirken sie berechnet sind. Solche Kontrole aber setzt einmal die Kenntniß und sodann eine verständnißvolle Würdigung der Lebensverhältnisse voraus. Und unter Würdigung ist nicht etwa nur wirthschaftliches Urtheil zu verstehen. Für das Strafrecht ist ja klar, daß es durch und durch auf dem Boden sittlicher Gedanken ruht; aber wer das Privatrecht kennt, der weiß, daß es ebenso, auch das reine Vermögensrecht, durchzogen ist von den Ausläufern sittlicher Gesichtspunkte; daß man überall auf sie trifft, wo man in die Tiefe gräbt. Der Laie glaubt gar nicht, wie sehr auch im Vermögensrecht die Idee der Gerechtigkeit sich an jedem Punkte durchzusetzen strebt. Wer sich davon überzeugen will, dem empfehle ich, einmal den polemischen Erörterungen in einem von Dernburgs größeren Werken aufmerksam nachzugehen. Da wird ganz klar, wie unausgesetzt eine sich vertiefende Rechtswissenschaft mit sittlichen und praktischen Anschauungen arbeiten muß, und wie sehr deshalb die Auslegung auf Schritt und Tritt bestimmt wird durch die allgemeine Denkweise, die

Weltanschauung, schließlich die Persönlichkeit des Auslegenden. Daß Heinrich Dernburg heute die Führung der juristischen Jugend hat, das beruht unzweifelhaft darauf, daß auch von seiner Jurisprudenz der Zauber einer reichen, klaren, lebensfrischen Persönlichkeit ausgeht.

Und weil die Dinge so liegen, weil bei der unvermeidlichen Unzulänglichkeit aller juristischen Begriffe und der Wandelbarkeit der ihnen unterworfenen Lebensverhältnisse das innere persönliche Leben des Richters eine so bedeutende Rolle spielt, oder wenigstens spielen soll und kann, sage ich aus innerster Ueberzeugung: Wenn von zwei Juristen der eine ein Mann von durchschnittlicher dialektischer Begabung ist, aber eine von gesunder, tiefgründiger Welt- und Lebensanschauung und praktischem Sinn erfüllte Persönlichkeit, so halte ich den für einen tausendmal besseren Juristen als den anderen, der mit messerscharfer Logik die Welt der Begriffe beherrscht, aber keinen Maßstab hat für den inneren Werth der sittlichen Güter, mit deren Regelung und Vertheilung das Recht an jedem Punkte, auch das Vermögensrecht allerorten, zu thun hat.

Ich möchte das nicht aussprechen, ohne mich gegen den Vorwurf zu sichern, ich redete einer vornehmlich auf Gefühle gebauten Rechtsanwendung das Wort. Das liegt mir fern. Ich bin mir ganz klar darüber, daß der in meinen Bahnen wandelnde Jurist besondere Veranlassung hat, sich fortgesetzt das äußerste erreichbare Maß von verstandesmäßiger Klarheit darüber zu verschaffen, wie weit seine Rechtsauslegung mit der logischen Verwerthung feststehender Begriffe arbeitet, und wie weit er bei Begriffen, die logisch die Möglichkeit verschiedener Auslegungen eröffnen, praktisch-ethische Gesichtspunkte verwendet, sowie, welche logischen Konsequenzen sich aus der von diesen Gesichtspunkten beherrschten Bestimmung der einzelnen Begriffe ergeben. Eine solche Kontrole ist allerdings nothwendig. Aber sie allein macht nicht selig; der Jurist lebt nicht von Begriffen allein; wichtiger ist die Kontrole der Begriffe an den Lebensverhältnissen.

Diese Auffassung wird viel Widerspruch finden. Die Ueberschätzung der Logik auf juristischem Gebiete ist keine isolirte Erscheinung; meiner Auffassung nach ist die Ueberschätzung der Logik kennzeichnend für das geistige Leben unseres Volkes überhaupt. Die Neigung zum Grübeln, zum begrifflichen Erfassen und Formuliren der Dinge, die Neigung zur Bildung selbständiger Urtheile und die Freude an eigen erarbeitetem geistigen Besitze erklären die



Ueberschätzung, die mehr oder minder bewußt zu der Auffassung verführt, als könne ein dialektisch streng geschulter Kopf bei dem nöthigen Wissen auf jedem Gebiete des geistigen Lebens zur Erkenntniß der Wahrheit vordringen. Daher kommt die nicht erfreuliche Erscheinung, daß die meisten Menschen, die einen für ihre Auffassung überzeugenden Beweis geführt haben, der Meinung sind, nun sei die Sache endgiltig für jeden denkenden Kopf aufgeklärt; und wer nun noch nicht überzeugt sei, der sei ein Dummkopf oder ein verblendeter Rechthaber; daher die Hitzigkeit, mit der so häufig die Diskussion geführt wird, und die der sicherste Weg ist, um an einander vorbei zu denken; daher die häßliche unvornehme Schärfe, die auch der wissenschaftlichen Erörterung nicht selten ihren Reiz, wenn nicht gar einen Theil ihres sachlichen Werthes nimmt. So seltsam es klingt: dem ideenreichsten Volke der Welt werden nicht selten die Ideen verdeckt durch die Begriffe, die doch nur die Gefäße für den viel edleren Inhalt der Ideen sind; es ist, als wohne den Begriffen eine hypnotisirende Kraft inne.

Nun, wenn die logische Schärfe nur ein Theil des für den Juristen erforderlichen Rüstzeugs ist, wenn das Wichtigere, was ihm noth thut, die Gabe ist eines aufgeschlossenen liebevollen Auges für den praktischen und sittlichen Sinn der zahllosen Lebensverhältnisse, die das Recht unmittelbar oder mittelbar berührt, was folgt daraus für die Vorbildung des Juristen?

Zunächst offenbar dies, daß für ihn die Beschäftigung mit mathematisch-naturwissenschaftlichen Stoffen nur einen durchaus bedingten Werth hat. Sie schult das logische Denken, soweit es sich auf die Beziehungen innerhalb der unbelebten Welt richtet; in dieser Beziehung wird das, was das Gymnasium leistet, als ausreichend gelten dürfen, zumal da die logische Schulung, welche die grammatikalischen Studien verleihen, für den Juristen, der sich mit der Regelung menschlicher, von Menschengeist erfüllter Lebensverhältnisse beschäftigt, sicher von viel erheblicherem Werthe ist. — Außer der logischen Schulung geben die exakten Fächer eine Summe von positiven Kenntnissen. Die werden unter Umständen dem Juristen recht nützlich sein, und ich bin allerdings der Meinung, daß das Gymnasium in dieser Beziehung zu wenig leistet — so habe ich z. B. von Chemie auf der Schule nicht eine Andeutung gehört —; aber überschätzen darf man den Werth des von den nicht-humanistischen Schulen gebotenen Mehr an Stoff dieser Art für den Juristen nicht. In der unendlichen Mannigfaltigkeit der

Lebensverhältnisse, die sich vor dem Richter ausbreiten, spielt denn doch das technische Moment eine viel zu geringe Rolle, und wer an sich die Fähigkeit hat, sich in technische Probleme einzuarbeiten, der wird bei ernstem Willen auch mit Gymnasialbildung diesen Stoff zu bemeistern wissen.

Was die neueren Sprachen anlangt, so wird im Französischen auf unseren Gymnasien wohl sicher so viel gelehrt, wie nöthig ist, um den Bildungswerth der Sprache in grammatikalischer Beziehung sich im Wesentlichen anzueignen und französische Bücher zu lesen. Daß der Gymnasialabiturient nicht befähigt ist, eine gewandte Unterhaltung in französischer Sprache zu führen, wird man, soweit die Vorbildung des Juristen für seinen Beruf in Frage steht, als unerheblich bezeichnen können. Das Englische wird auf den Gymnasien entweder überhaupt nicht oder nur in geringem Umfange betrieben. Ich halte das für einen praktischen Mangel; aber einmal kann dieser Mangel in verhältnißmäßig kurzer Zeit ausgeglichen werden, und dann ist es ein Mangel eigentlich nur für den, der die Sprache für Verkehr oder Lesen anwenden will. Zu beidem ist der Jurist nicht mehr als jeder andere gebildete Mensch veranlaßt; denn die Berührungen zwischen deutscher und englischer Rechtswissenschaft sind gering. Der innere Bildungswerth der englischen Sprache an sich aber ist, dem Wortschatze wie der grammatikalischen Durchbildung nach, wohl schwerlich derart, daß man sagen dürfte, der, der die englische Sprache nicht kennt, sei ceteris paribus weniger gebildet als der Inhaber dieser Kenntniß. Damit soll natürlich nicht geleugnet werden, daß die Schätze der englischen Literatur einen eigenartigen und hohen Bildungswerth haben, und daß dem, der sie besitzt, ein besonderer Bildungsgrad zuzugestehen ist; aber soweit die Uebermittelung dieser Werthe für das Gymnasium überhaupt in Frage kommt, stehen durchweg gute Uebersetzungen zur Verfügung.

Hiernach würde ich glauben, daß die nicht-humanistischen Schulen jedenfalls keinen spezifischen Werth als Vorschulen des Juristen haben. Nun fragt es sich, ob den Gymnasien ein solcher spezifischer Werth eignet. Diese Frage würde ich, wenn auch mit einigen Vorbehalten, bestimmt bejahen unter den Gesichtspunkten, die sich aus dem oben dargelegten Wesen der richterlichen Thätigkeit ergeben.

Dabei sehe ich das Wesen der humanistischen Bildung nicht in erster Linie in der Berührung mit der klassischen Philologie.

Allerdings ist deren Werth meines Erachtens nicht gering zu schätzen, und vor Allem würde ich nie zugeben, daß die geistige Schulung, welche durch eindringende Durcharbeitung einer so klar gegliederten und folgerichtig aufgebauten Sprache wie der lateinischen erworben wird, ersetzt werden könnte durch anhaltende Beschäftigung mit den exakten Wissenschaften. Wer sich an den letzteren geschult hat, wird zwar eine gewisse Befähigung haben, überhaupt die Begriffe scharf zu umreißen und klar durchzudenken; aber die Handhabung derjenigen Begriffe, welche den Inhalt geistigen Lebens zu fassen suchen, setzt eben mehr als scharfe Auffassung, sie setzt eine innere Vertrautheit mit dem Inhalte der anzuwendenden Begriffe voraus. Ein scharfsinniger Mathematiker ist nicht schon als solcher ein berufener Ausleger fremder Geisteswerke, auch wenn er ihre Sprache beherrscht.

Aber die Hauptsache ist auch nicht die sprachlich-formale Schulung, die auf dem Gymnasium gewonnen wird, sondern die Uebermittlung materieller Kulturgüter, die sich durch die Beschäftigung mit dem Inhalte der Klassiker und der Geschichte der klassischen Völker vollzieht. Dadurch wird der Jüngling nahegebracht der Fülle von Problemen, die den nach seiner Bestimmung fragenden Geist je und je beschäftigt haben; der Mannigfaltigkeit der Wege, auf denen Wahrheit und Glück gesucht, und der Ideale, in denen sie gefunden worden sind; der Stärke und zugleich der Bedingtheit der idealen Mächte, deren Ringen miteinander den Kern der Weltgeschichte ausmacht; der Bedeutung des Persönlichen im Geschichtlichen; der Erkenntniß der Imponderabilien und ihres entscheidenden Werthes; dem Verständniß für die Beschränktheit alles menschlichen Erkennens. Gerade diese beiden letzten Punkte, das Verständniß für die Imponderabilien und für die Schranken des Erkennens zumal auf geistigem Gebiete, gehören meines Erachtens zu den werthvollsten Errungenschaften der humanistischen Bildung.

Wieweit nun die verschiedenen Gattungen höherer Schulen solchen echt humanistischen Bildungsstoff zu übermitteln vermögen, kann ich freilich nicht beurtheilen. Das erreichbare Ideal ist meines Erachtens auch in dem Gymnasium, soweit ich es kenne, nicht erreicht. Wenn ich nach meiner persönlichen, 20 Jahre zurückliegenden Erfahrung urtheile, so habe ich die bestimmte Meinung, daß, was die klassische Geisteswelt angeht, das humanistische Element durch das philologisch-klassizistische überwuchert worden ist. Ich habe auf dem Gymnasium

von Plato nur zwei Dialoge, von Sophokles nur ein oder zwei Dramen, von Aeschylos, Euripides, Thukydides, Plutarch, Aristoteles nichts gelesen. Und gerade Plato enthält für einen begeisterungsfähigen und ernst arbeitenden jungen Mann so wundervolle, mit Herrschaftsmacht begabte Gedanken, daß er eine unbedingt beherrschende Stellung haben müßte. Wenn ich mir auf der anderen Seite die unglaubliche Gründlichkeit vergegenwärtige, mit der wir Homer, Xenophon u. a. m. traktirt haben, so kann ich nur beklagen, daß uns von dem edlen Inhalt der griechischen Literatur verhältnißmäßig so sehr wenig und von der allerdings auch edlen sprachlichen Form so sehr viel geboten worden ist. Ich habe guten, theilweise vorzüglichen griechischen Unterricht gehabt, einen lebhaften Eindruck von dem feinsinnigen Leben und der Schönheit der griechischen Sprache empfangen; die Textkritik, mit der Sophokles behandelt wurde, war Künstlerarbeit und hat unsere helle Bewunderung erregt; aber wenn ich gegen die Kenntniß der griechischen Sprache eintauschen könnte die vertiefte Kenntniß des griechischen Geisteslebens, die mit demselben Zeitaufwand durch Lektüre guter Uebersetzungen zu erreichen gewesen sein würde, ich würde nicht einen Augenblick zögern. Gegen diese Auffassung wird häufig eingewendet, daß man einem Schriftwerk seine Sprache nicht ausziehen könne wie ein Kleid; die Auseinandersetzung mit diesem Einwurf würde hier zu weit führen; ich beschränke mich auf die Bemerkung, daß ich mich von seiner Beweiskraft nicht habe überzeugen können; ich glaube, daß wir einen über unsere Verhältnisse hinausgehenden Luxus treiben und uns gleichzeitig unnöthige und unerfreuliche Einschränkungen auferlegen, indem wir die Griechen auf dem Gymnasium nur griechisch lesen.

Also das Gymnasium ist nicht ohne Weiteres mein Ideal. Andererseits kenne ich nicht genügend das Maß von humanistischer Bildung, welches die beiden anderen Gattungen von höheren Schulen durch die Lektüre antiker Schriftsteller in Uebersetzungen und der deutschen Klassiker vermitteln.

Aber ich glaube, es ist schon etwas Wesentliches gewonnen, wenn man sich klar macht, daß die humanistische Bildung einen unentbehrlichen spezifischen Bildungswerth für den Juristen hat, und daß mathematisch-naturwissenschaftliche Bildungselemente gänzlich außer Stande sind die humanistischen zu ersetzen. Denn das ist in der That das Ergebniß der Betrachtung. Nur die humanistische Bildung kann — insoweit

wie das überhaupt die äußere Einwirkung auf den Geist vermag — jene beiden Eigenschaften wecken, von denen wir sahen, daß sie für den Juristen unerläßlich sind: einerseits das Auge für den inneren Sinn der Lebensverhältnisse, für die ethischen Lebensmächte, die sich im Recht auswirken, für die wahren Bedürfnisse des Volkslebens, denen das Recht dienen soll, und andererseits die echte Bescheidenheit, die sich, wie der Grenzen des menschlichen Erkennens überhaupt, so auch der begrenzten Zuverlässigkeit des eigenen Denkens stets bewußt zu bleiben sucht. Ich kenne einen Juristen, der es sich zum festen Gesetz gemacht hat, jedesmal wenn er überstimmt worden ist, auch wenn er seiner Sache ganz sicher zu sein und den Fehler in der gegnerischen Anschauung zu erkennen glaubt, doch sich zu sagen pflegt: „Da meine Beweisgründe nicht überzeugt haben, wird es gut sein, sie noch einmal durchzuprüfen." Das ist eine fruchtbare Denkweise für den Juristen.

Die mathematisch-naturwissenschaftliche Schulbildung kann keines von Beiden gewähren. Auch jene Bescheidenheit des Denkens nicht. Denn wenn auch die Naturforschung geeignet sein mag, dem Forscher die ganze Größe des Ignoramus zu offenbaren — dem Schüler offenbart sie umgekehrt die imponirende Sicherheit, mit der das exakte Denken seine Schlüsse aufbaut.

Und deshalb glaube ich, müssen wir sagen: wir können der humanistischen Vorbildung schlechterdings nicht entbehren, wenn wir Juristen erziehen wollen, die da nicht nur trefflich verstehen mit Worten und Begriffen ein System zu bereiten, sondern auch, um mit Carlyles wundervollem Wort zu sprechen, „liebevoll in die Welt hineinsehen" und daraus die Lebenskraft für ihre geistige Arbeit saugen. Wer unsere Rechtsprechung kennt, weiß, daß wir es wahrhaftig nöthig haben, nicht die Anleitung zu solcher Denkweise aufzugeben zu Gunsten einer vorwiegend in und von Begriffen lebenden, den imponderablen Lebensmächten abgekehrten Anschauungsweise.

Und daß die sprachlichen Nachhilfekurse und -Prüfungen in dieser Beziehung ganz bedeutungslos sind, braucht nicht bewiesen zu werden, denn es liegt auf der Hand.

Kunst und Kirche.

Der neue für die Dauer errichtete Kunstpalast der Düsseldorfer Ausstellung birgt eine deutsch-nationale und eine geschichtliche Kunstausstellung von Gegenständen im Wesentlichen kirchlicher Herkunft.

Dergleichen „retrospektive“ Ausstellungen sind öfter gemacht worden. Doch waren dort hauptsächlich kunstgewerbliche Gegenstände vertreten. Die bedeutenderen Zweige der monumentalen Kunst, Architektur, Malerei und Plastik fehlten.

Hier aber ist Kunst gegen Kunst gesetzt worden,*) hier hat man das Publikum vor die Entscheidung gestellt, vor die Wahl, was ihm mehr zusage, Vergangenheit oder Gegenwart. Sie wollen als Kunstwerke angesprochen sein, diese ehrwürdigen Schreine und Grabmäler. Sie wollen noch heute als solche wirken und im Beschauer die Empfindung erwecken, daß die Zeit ausschließlich kirchlicher Kunst doch nicht so unproduktiv, nicht so finster war, wie man wohl sie hinzustellen sich erdreistet hat. Sie sollen zeigen, wie Großes die Kunst — wohl verstanden die Kunst — der gottgewollten Hüterin des Glaubens, der heiligen Kirche, verdankt.

So wenigstens sprach bei der Einweihung der leider zu früh verstorbene, hochbedeutende Erzbischof von Köln, dessen mächtigem Einfluß die Ausstellung viel verdankt.

Die Worte weckten sofort zwei Gedanken: Was hat die Kirche denn für die Kunst geleistet? War das aus kirchlichem Ideenkreis Entsprungene und von ihm ausschließlich Beherrschte „Kunst“ im heutigen Sinn? Und dann: Steht dies Bestreben, der mittelalterlichen Kirche Wirken ins rechte Licht zu setzen, nicht mit anderen Thatsachen der letzten Jahre in unmittelbarem Zusammenhang?

Die zweite Frage beantworten wir zuerst, sie ist die einfachere. Wir brauchen nur an die neuen Bestrebungen der Kirche, sich auf allen geistigen und wissenschaftlichen Gebieten zu bethätigen, zu denken. Das böse Wort von der geistigen Rückständigkeit der

---

*) Vergl. die Einleitung Schnütgens zum Katalog der Ausstellung.

Katholiken soll widerlegt, es soll bewiesen werden, daß wahre Wissenschaft auch von strengen Katholiken gepflegt werden kann. Die Kirche will wieder eine Kulturmacht werden, auch auf den höheren Gebieten menschlichen Strebens. Katholischer Geist soll in der sozialen und zivilen Legislatur lebendig werden. Eine neue katholische Wissenschaft soll erstehen, freier als die alte dogmatisch gebundene. Es ist schon zu ernsten Zusammenstößen mit Rom gekommen. Wer vermag mit Sicherheit zu sagen, wohin die Entwicklung steuert!

Für uns kann es keinem Zweifel unterliegen, daß alle diese Anläufe — Namen werden absichtlich nicht genannt, — eben nur Anläufe bleiben werden. Sie sind interessant, aber nichts weiter.

Eine ungebundene katholische Wissenschaft ist unmöglich. Wenn auch Leo XIII. die Archive öffnet und die Welt einladet zum Studium ihrer Schätze, die Wiederherstellung des Index schließt die Wissenschaft wieder ein. Stahlhart klingen die Worte der Bulle „officiorum ac munerum“ vom 25. Januar 1897.

In dieser Auffassung werden wir bestärkt durch einen Blick auf das Verhältniß von Kunst und Kirche, durch den Versuch also, die erste der oben gestellten Fragen zu beantworten. Die Geschichte wird uns lehren, daß die Kirche eine selbständige Kunst nicht kennt, daß sie allzeit Aeußerungen individuellen Kunstlebens unterdrückt hat. Um es deutlicher zu sagen: Wie vor dem ewigen Richter jede menschliche Kreatur sündig ist, wie jede Handlung unter dem Fluche der Sünde steht und nur bestehen kann durch die Vermittlung, durch die Heiligung der Kirche, so ist eine Kunst, die vom Menschen ausgehend zum Menschen spricht, für die Kirche höchstens eine Verirrung. Nur solange sie den Intentionen der Kirche gerecht wird, solange sie den Interessen des Kirchendienstes dient, solange kann sie von der Kirche geduldet und gefördert werden. Die Kunst kann nur der Kirche genehm sein, solange sie in ihrem Ideenkreis sich bewegt. Daraus folgt aber unmittelbar, daß jeder andere Ideenkreis ausgeschlossen ist. Freude am Menschen, am Irdischen, am Individuum als solchem kennt die kirchliche Kunst nicht. Leid und Freud der sündigen Einzelkreatur hat mit kirchlich geförderter Kunst nichts zu thun. Das Ausleben einer künstlerischen Individualität ist der „korrekten“ Kirche immer unverständlich gewesen. (Wir werden auf „inkorrekte“ Vertreter der Kirche noch zu sprechen kommen.)

Bis hierher ist kurz nur von Kunst und Kirche die Rede

gewesen. Die hergebrachte Eintheilung der Gebiete der Kunst in Baukunst, Plastik und Malerei werden im Späteren auseinander zu halten sein, denn sie sind gerade in ihrem Verhältniß zur Kirche durchaus verschieden.

Das Christenthum fand eine moralisch zwar verfallene, künstlerisch aber im eminentesten Sinn durchgebildete Kulturwelt vor. Es ist vom höchsten Interesse zu sehen, wie die christlichen Künstler zu den einzelnen Zweigen künstlerischen Schaffens sich verhielten, und die Gründe aufzusuchen, warum der kirchliche Geist hier neu schaffend auftrat und da mehr passiv blieb.

Die Architekturformen der Antike hat das junge Christenthum mit seiner Gefühlsinnigkeit und Stärke verhältnißmäßig schnell sich zu eigen gemacht. Die Umwandlung der Basilika in das Gotteshaus ist mit großer Energie vorgenommen worden. Man hat auch wohl gesagt, das Christenthum habe den klassischen Tempel nur nach innen gedreht; früher Säulen nach außen und innen leblose Wände, jetzt im Innern ein Säulenwald und nach außen die ernste, ruhig gegliederte Fläche. Das mag ein Paradoxon sein, charakteristisch aber bleibt es für das Verhältniß des Christenthums zur Architektur. Hier hat es wirklich Großes geschaffen, und zwar qua ecclesia, mit sich und der hierarchischen Idee übereinstimmend. Denn die Architektur ist eine unpersönliche Kunst, am Material hangend und an äußeren Umständen. Nur langsam vermag sich eine Individualität durchzusetzen. Die konstruktiven Fortschritte sind naturgemäß selten. Eine große, allumfassende Geistesbewegung nur vermag den Architekturstil zu ändern. Der Meister tritt hinter dem Werk zurück. Der Bauherr überlebt ihn, denn die materiellen Mittel sind zu gewaltig, als daß der, der sie gab, verschwinden könnte. Darum sind unsere Kenntnisse der persönlichen Schicksale der großen Baumeister des Mittelalters so gering. Selbst mächtige Individualitäten wie Ulrich von Ensingen sind uns nur andeutungsweise klar. Der Baumeister stand in des Bauherrn Dienst, er wurde gelöhnt, er war nicht mehr als ein höherer Handwerker. Der Ruhmbegriff der Renaissance war noch nicht da. Es giebt keine „berühmten" Architekten im deutschen Mittelalter. Die Baukunst kann man nur politisch begreifen, sie ist immer der Ausdruck realer Machtverhältnisse gewesen. Die aus der antiken Basilika gewordene romanische Kirche erinnert immer an die Ueberlieferung des Alterthums. Die deutschen Kaisergeschlechter in ihrer Kraft bauten romanisch. Als die deutsche Kaisermacht zerbrach, als

der Pontifex das geistliche Schwert über das weltliche stellte, fand ein neuer Stil von Nordfrankreich her in Deutschland Eingang. Die Gothik ist der Stil kirchlicher Allmacht. Man kann es mystischen Aesthetikern, wie Dursch überlassen, Analogien zwischen dem hierarchisch-kirchlichen Geist des Mittelalters und den himmelanstrebenden Formen der Gothik zu suchen. Das jedenfalls ist klar, die Gothik drückt den Gesammtinhalt des von der Kirche souverän beherrschten geistigen Lebens im Mittelalter am besten aus. Das hat man in neuester Zeit auch wohl gefühlt. Der moderne Katholizismus baut gothisch, rein romanische Kirchen sind selten, theilweise sogar im Widerstreit gegen die kirchliche Aufsichtsbehörde von den Gemeinden durchgesetzt. In diesem Zusammenhang sei die Thatsache erwähnt, daß Lord Palmerston sich gegen den gothischen Stil bei Erbauung eines Ministerialgebäudes erklärte mit der Begründung, die Gothik sei eine „Erfindung der Jesuiten“. So lächerlich das ist, politisch war die Ansicht nicht ganz ohne Berechtigung. Die spezifisch katholischen Maler*) — von den Nazarenern an — empfinden und schaffen in dem strengen, der Individualität feindlichen Stil der Gothik. Logik ist das Charakteristikum des gothischen Stils, Logik um jeden Preis — genau so wie bei der Scholastik. Der Dom zu Köln hat mich immer wie ein versteinertes scholastisches Korollarium angemuthet. Hier ist die Individualität ausgeschlossen, vom Grundriß an bis zur Kreuzblume, eins aus dem andern, eins im andern. Der Kölner Dom — besonders die Westseite — hat ebenso wenig eine Lücke, wie das katholische Moralsystem. Ganz anders der Dom in Ulm. Hier ist noch etwas vom Individuum zu spüren. Die Regel ist noch nicht erreicht. Sollte nicht aber wahre Schönheit im S t r e b e n nach der Regel bestehen? Sollte nicht das E r r e i c h e n der Regel gleich Ausdruckslosigkeit sein? — Die gothische Kirchenform hat in Deutschland lange geherrscht. Nach ihr trat ein Durcheinander ein. Die italienische Renaissance hat maßgebenden Einfluß im deutschen Kirchenbau nie gewinnen können, und die Reformation hat einen eigenen Stil zu erzeugen nicht vermocht.

*) Ich kann mir nicht versagen, eine Definition der „Nazarener“ hierher zu setzen, die ich zufällig in einer im Jahre 1834 erschienenen Satire des Advokaten Detmold über „Kunstkennerschaft“ finde:

„Nazarener nennt man die Maler, welche, von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß die Religion die alleinige Basis der Kunst sei, um die Kunst zu ihrer früheren Blüthe zurückzuführen, ihre Bilder im Geschmack jener religiösen Zeiten malen und die, was ihnen an Kunst und Studium abgeht, durch Frömmigkeit oder wenigstens durch Katholizismus zu ersetzen suchen.“



Warum hat die Renaissance in Deutschland den Kirchenbau nicht erobert? Der Antworten werden sich viele finden lassen. Eine hat sich mir immer aufgedrängt. Das deutsche Kirchenthum hat eine Renaissancezeit in kultureller Beziehung, wie sie Rom zur dauernden Bewunderung der Welt erlebt hat, nie gehabt. Wo in Rom die Antike glänzend heraufstieg, überall neues Leben spendend in Kunst und Wissenschaft, aber auch echt christlichen Geist vernichtend, unchristlich in Form und Inhalt, da begann in Deutschland schon das Murren gegen die kirchlichen Mißbräuche. Die deutsche Nation hatte zu viel unter der Kirche gelitten, um an ihrer augenblicklichen heidnischen Verklärung mitarbeiten zu können. Das kirchliche Leben Deutschlands hat den Sonnenglanz der päpstlichen Mediceer nicht gesehen. Tiefes Grübeln, geistige Kämpfe erschütternder Größe bereiteten sich vor, der Kirche entstand auf rein kirchlichem Gebiet der Feind. Der aber vermochte nicht, seinen Geistesinhalt in Bauten darzustellen. Die evangelische Individualität hat architektonischen Ausdruck nie erfahren. So gehen der deutschen Kirchenbaugeschichte Episoden ab, wie sie die der Renaissance in Italien so viele aufweist; wer kennt nicht die Vorgeschichte des Florentiner Doms, wer wüßte nicht, wie Raffael und Michel Angelo ihr Bestes zum Bau von St. Peter gethan. Das Aufeinanderstoßen der einzelnen Künstlerindividualitäten ist ein Schauspiel von höchstem Reiz. Aber vergessen wir nie, es war nur möglich unter Päpsten der Renaissance, unter Julius II. und Leo X., Männern, die mit den modernen Päpsten des rehabilitirten Katholizismus nur die Würde der Stellung gemeinsam hatten. Das waren die oben erwähnten „inkorrekten“ Vertreter der Kirche. Die deutsche Kirche, nie so verweltlicht wie die römische, hätte solche Künstlerindividualitäten nicht geduldet. Und doch ist unendlich Großes geleistet worden.

Soll nun die Wiederbelebung der alten Form im Stande sein, sich durchzusetzen und zugleich der Kirche neue Einflußgebiete zu erobern? Hat diese Absicht, die der architektur-geschichtlichen Ausstellung zu Grunde liegt, Aussicht auf Erfolg?

Wir glauben es nicht. Man wird die alten Formen in prächtiger Zusammenstellung mit Bewunderung wiedersehen. Ihr Geist aber wird nicht wieder lebendig werden, denn er widerstrebt in jedem Einzelnen der modernen Auffassung. Seit die Renaissance den Einzelnen in die Mitte des Kosmos gestellt hat, ist der Einfluß

einer sich selbst getreuen katholischen Kirche auf die Architektur erloschen und wird nie wieder werden.

Ebenso wie er erlosch und nie wieder wurde bei der Malerei.

Die Kölner Malerschule noch war durchaus kirchlich. Die Individuen traten wenig heraus, hie und da aber paradiren die Auftraggeber. Die großen Meister standen im Wesentlichen nur technisch über ihren Zeitgenossen. Alle malten himmlisch verklärte Wesen, überirdisch anzusehen, auf Goldgrund dahinschwebend. Es waren gemalte Ideen, keine Individuen. Das war kirchliche Kunst, von der Kirche ausgegangen und auf sie hinweisend. Tafel- und Schildermalerei herrschte noch vor. Die Malerei hatte die Fesseln der Architektur noch nicht abgestreift.

Ganz langsam wurde das anders. Ueber die Träger des großen Namens van Eyck, über Martin Schongauer hinweg eilen wir zu Dürer, dem größten deutschen Maler. Was sehen wir? Der Einfluß der Kirche, der in Nürnberg, der stolzen Reichsstadt, immer schwach gewesen war, erlischt ganz. Hier fand die Reformation günstigen Boden. Dürer als einer der Ersten wendet sich von der alten Kirche ab. Seine Kunst war individuell, er war Raffael kongenial, wie sich denn die beiden Giganten brieflich auch näher getreten sind. Es klingt wundersam, wenn (1515) Dürer schreibt, Raffael habe ihm eine Aktzeichnung geschickt, „ihm sein hand zu weisen". „Das ist so recht im Geist der Renaissance gesprochen", sagt Thausing. Und wir fügen bei, damit war die Loslösung Dürers von der alten Kunstauffassung ausgesprochen. Das persönliche Moment des Schaffens und das Gefühl für den persönlichen Ruhm hatte sich dem großen Deutschen erschlossen.

Die Abwendung von der alten Kirche und Dürers weitere Entwicklung als Künstler sind untrennbar. Die herkömmlichen Formen abstreifend, schuf er allgemein menschlich packende Werke, wie die großen Meister der Renaissance.

Durchaus in antikatholischer Richtung bewegt sich Lukas Cranach, an Genie mit Dürer zwar nicht vergleichbar, doch von großer Bedeutung. Auch Hans Holbein ist Anhänger der Reformation.

So zeigt auch die Entwicklung der deutschen Malerei, soweit sie hier gestreift worden ist, die Richtigkeit der aufgestellten These: Die Kirche hegt und pflegt die Kunst, solange sie ihr dient, solange sie als Darstellerin einer Idee, nämlich der hierarchisch-katholischen, eine Selbständigkeit nicht anstrebt. Aber nur in dieser liegt die Höhe jeder Kunst. Darum überall da, wo ein Maler

dauernd Großes schuf, war er in seinen Auffassungen vom Standpunkt der katholischen Kirche abgegangen.

Auch die gerechteste Würdigung der „Nazarener“ wird dieses harte Urtheil kaum umstoßen. Die heutige Zeit weiß in Wahrheit nichts mehr von den Zeichnungen des Cornelius, von seinen „philosophischen Doktordissertationen“, wie er selbst sagte, und Steinles Fresken im Kölner Museum schlagen einen dem modernen Deutschen verständlichen Ton sicher nicht mehr an. Es war eine Malerschule, man interessirt sich historisch und politisch für sie, mehr nicht. Sie malten nicht sich selbst, nicht was ihresgleichen. Dauernd Lebendiges konnte so nie entstehen.

Bei der plastischen Kunst ist die Erscheinung am augenfälligsten. Gegenüber der vom reichsten individuellen Leben getragenen antiken Plastik sind die Leistungen christlicher Kunst nicht zu nennen. Die christliche Auffassung hatte die antike Einheit von Geist und Körper zerstört, das „sündige Fleisch“ in seiner Nacktheit darzustellen widerstrebte dem christlichen Künstler, der Plastik wurde ihr eigentliches Bewegungsgebiet, das Nackte, genommen. Eine Maria im „Gewande“ der Mediceischen Venus muthet uns wie Gotteslästerung an. Erst die Zeiten der Renaissance haben die Darstellung des Nackten wieder möglich gemacht. Erst als der spezifisch kirchliche Ideenkreis verblaßt war und dem allgemein menschlichen Platz gemacht hatte, wurde eine freiere Entwicklung der Bildnerei möglich.

Fassen wir zusammen: die Kirche hat Verdienste und wirklich gedeihlichen Einfluß nur auf dem Gebiete der Architektur, weil da die Unterdrückung oder doch das Zurücktreten der Person des Künstlers möglich war. Malerei und Plastik haben ihre Höhen erklommen ohne die Kirche, ja im Widerspruch zu ihr.

Der nur für Deutschland versuchte Abriß bedarf für Italien einiger Erklärung.

Dem Deutschen liegt es nahe einzuwenden, die großen Renaissance-Künstler hätten doch unter päpstlicher Aegide gearbeitet, da müsse doch eine innere Beziehung zur Kirche bestanden haben. Dem ist nun nicht so. Die Päpste der Renaissance waren glänzende weltliche Herren, die Religion der Renaissance war — wie das von Burckhardt und anderen des öfteren gesagt ist — fröhliches Heidenthum. Es war ein „glanzvoll-unheimliches Wiederaufwachen des klassischen Ideals, der vornehmen Werthungsweise aller Dinge“, wie Nietzsche sagt. Plato und Cicero waren die Heiligen, Jupiter optimus maximus war an Stelle des eifernden Jaweh getreten.

Die Zeit aber dauerte nicht lange, nur zu bald setzte die Gegenreformation ein, nur zu bald verdeckte man Michel Angelos Nacktheiten und aller grübelnde Kunstverstand, alles „historische Denken" der Neuzeit hat den Gegensatz zwischen den Herren des Renaissancerom und ihren Nachfolgern nicht zu verdecken vermocht.

An Stelle der naiv-sinnlichen reinen Menschlichkeit der großen Renaissancemaler trat die ekstatische Heiligenmalerei, die theilweise in grauenhafter Realistik das Leiden ihrer Helden zur Darstellung brachte. Ein geistvoller Schriftsteller hat gesagt, manches Bild jener Zeit der Gegenreformation muthe an wie gemaltes jesuitisches Exerzitium. Der Ausspruch kann als haltlos kaum bezeichnet werden. Denn an den Namen der societas Jesu knüpft sich in der That jene Um- oder besser Rückwandlung der Malerei und Plastik. Auch die Architektur hat unter ihr gelitten; wer den „Jesuitenstil" kennt, wird in ihm unschwer dasselbe Grundmotiv erkennen. Die Kirche war eben wieder geworden, was sie war.

Die Fortschritte in Dingen der Kunst vollziehen sich ohne die Kirche, zum großen Theil in scharfem Widerspruch zu ihr. Wo der moderne Individualismus einmal zu hoch sich aufbäumt, da sucht die Kirche und ihre Partei nach den Gewaltmitteln der Gesetzgebung, und nur mit Mühe gelang es den furchtbaren Fehler zu vermeiden, den eine „lex Heinze" uns gebracht hätte. Für unsere Zwecke hier aber genügt es festzustellen, daß moderne individuelle Kunst und katholische Kirche im Widerspruch stehen.

Aller Fortschritt der Kunst beruht heute auf der Persönlichkeit. Die Schranken der Autorität, die das Mittelalter um jeden Einzelnen legte, sind geschwunden, der Künstler arbeitet nicht mehr für die Kirche oder in maiorem Dei gloriam.*) L'art pour l'art ist das Schlagwort, Kunst ist sich Selbstzweck!

Es wird sich also aus den glänzenden Trümmern mittelalterlich-kirchlicher Pracht ein Zuwachs kultureller Macht für die heutige Kirche nicht ergeben. Der historisch Gebildete wird bewundernd schauen. Wer ohne geschichtliche Schulung durchs Leben geht, wird verständnißlos vorbeieilen, denn die ernsten stilisirten Gesichter der alten Schreinheiligen sagen ihm nichts mehr. Der Erfolg, den der Erzbischof erhoffte, wird nicht eintreten.

Düsseldorf, April 1902. V. E. D.

---

*) Aber auch nicht in maiorem status gloriam!

Der Bundesrath.

Von

Werner Rosenberg,
Staatsanwalt in Straßburg i. Elsaß.

In der Literatur des deutschen Staatsrechts wird fast allgemein anerkannt, daß der Bundesrath im Deutschen Reiche eine bevorzugte Stellung vor allen übrigen Reichsorganen einnimmt: Derselbe soll die Gesammtheit der verbündeten Regierungen vertreten, welche angeblich Träger der Staatsgewalt im Deutschen Reiche ist.*)

Aus dieser Theorie, die sich auf Aussprüche des Fürsten Bismarck**) und anderer Staatsmänner***), sowie des Reichsgerichts†) berufen kann, werden von verschiedenen Schriftstellern zahlreiche und wichtige Folgesätze abgeleitet:

1. Der Bundesrath ist das „höchste" Organ im Reiche††), das „oberste" Organ†††), das „ordentliche" Organ*†), das „Hauptorgan"**†), das „Zentralorgan"***†).

---

*) Vgl. Zorn: „Das Staatsrecht des Deutschen Reiches" 2. Aufl. (1895), Bd. I. S. 90, 92, 150, 413.
Georg Meyer: „Lehrbuch des deutschen Staatsrechts" 5. Aufl. (1899). S. 383—385, 523.
M. Seydel: „Der deutsche Bundesrath" in dem Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft, herausgegeben von v. Holtzendorff und Brentano, Neue Folge, dritter Jahrgang (1879). S. 284.
M. v. Seydel: „Kommentar zur Verfassungsurkunde für das Deutsche Reich" 2. Aufl. (1897). S. 124, 141.
Laband: „Das Staatsrecht des Deutschen Reiches" 4. Aufl. (1901). Bd. II. S. 29.
Arndt: „Das Staatsrecht des Deutschen Reiches" (1901). S. 88, 114.

**) Vgl. z. B. die Reichstagsverhandlungen vom 27. März 1879, sten. Bericht S. 669, wo Fürst Bismarck den Bundesrath als „die Gesammtvertretung des wirklichen Souveräns im Bunde" und als „die Souveränetät in ihrer korporativen Vertretung" bezeichnete.

***) Vgl. z. B. die Rede des Staatssekretärs von Schelling in der Reichstagssitzung vom 10. April 1886, sten. Bericht S. 2028, und die Rede des Staatssekretärs Graf Posadowsky in der Reichstagssitzung vom 28. Januar 1902.

†) Entscheidungen des Reichsgerichtes in Strafsachen Bd. 7, S. 384.

††) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 169.

†††) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 150, 153; v. Seydel: Kommentar S. 141.

*†) v. Seydel: Kommentar S. 124; Seydel: „Der Bundesrath" S. 284.

**†) Kliemke: „Die staatsrechtliche Natur und Stellung des Bundesrathes" (1894) S. 32, 53.

***†) v. Gerber: „Grundzüge des deutschen Staatsrechtes" 3. Aufl. (1880), S. 255; v. Rönne: „Das Verfassungsrecht des Deutschen Reiches" (1872), S. 148.

2. Der Bundesrath hat die „Vermuthung der Zuständigkeit“ in allen Reichsangelegenheiten für sich: „Was ihm nicht ausdrücklich entzogen ist, steht ihm zu“.*)

3. Der Bundesrath ist das „Gesetzgebungsorgan“ des Reichs**), und zwar das „einzige“ Organ der Gesetzgebung, der „alleinige“ Gesetzgeber***).

4. Der Bundesrath ist das „Verordnungsorgan“ des Reichs.†)

5. Der Bundesrath ist das „Gesammtministerium“ des Reichs.††)

6. Der Bundesrath ist das „oberste Gericht“ des Reichs†††).

7. Der Bundesrath ist das „höchste Regierungsorgan“ des Reichs*†), das höchste „Regierungskollegium“**†), der „oberste Chef der Regierung“***†).

Diese Lehren der Juristen nun stehen sowohl mit den Vorschriften des positiven Rechts als mit offenkundigen Thatsachen in einem merkwürdigen Widerspruch. In Wirklichkeit ist der Bundesrath weder das höchste Organ noch das Hauptorgan des Deutschen Reichs; derselbe ist weder der oberste Gesetzgeber, noch der oberste Richter, noch der oberste Minister, noch der oberste Chef der Reichsregierung. Der Bundesrath wird überall verdunkelt und verdrängt durch den Glanz und die Macht des Kaiserthums. Wir besitzen eine kaiserliche Marine, kaiserliche Truppen — in Afrika und China —, kaiserliche Behörden und kaiserliche Beamte. Von bundesräthlichen Kriegsschiffen, Matrosen, Soldaten, Offizieren, Behörden und Beamten ist noch nie und nirgends die Rede gewesen. Dem Kaiserthum ist die Landesregierung von Elsaß-Lothringen und die Regierung der Schutzgebiete, die Leitung ver Reichseisenbahnen und die Leitung der Reichsbank zugefallen, obwohl die Reichsverfassung diese Verwaltungszweige gar nicht erwähnt. Die Reichs-

*) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 169; v. Seydel: Kommentar S. 69 und 141; Seydel: „Der Bundesrath“ S. 284; Georg Meyer: Staatsrecht, § 121 S. 385.

**) Laband: Staatsrecht 4. Aufl., Bd. I S. 232; Arndt: Staatsrecht S. 107.

***) Kliemke S. 39; Seydel: „Der Bundesrath“ S. 285.

†) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 174, 486; Arndt: Staatsrecht S. 107.

††) Rümelin: „Die Scheidung der Funktionen im Staatsleben und der Bundesstaat“ in der Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft, Bd. 40 (Jahrgang 1884), S. 645 Anmerkung.

†††) Arndt: Staatsrecht, S. 107, 109; Kliemke S. 53.

*†) Rümelin: S. 645.

**†) v. Gerber: Grundzüge S. 255; v. Rönne: „Verfassungsrecht des Deutschen Reiches“ S. 148; Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 153.

***†) Kliemke S. 53.



verfassung kennt auch kein Begnadigungsrecht des Kaisers; durch verschiedene Spezialvorschriften ist inzwischen ein solches Begnadigungsrecht geschaffen worden*). Zahlreiche preußische Staatsverträge — Militärkonventionen, Gerichtskonventionen, Postverträge, Eisenbahngemeinschaften, der Accessions-Vertrag mit Waldeck — haben die Machtbefugnisse des Kaiserthums zwar nicht formell, aber materiell weit über den Rahmen der Reichsverfassung hinaus ausgedehnt. Auch das Gewohnheitsrecht hat dazu beigetragen, den Kreis der kaiserlichen Machtbefugnisse zu erweitern. Kraft Gewohnheitsrechts besitzt heute der Kaiser die Initiative zu Gesetzentwürfen, von welcher kein Wort in der Reichsverfassung steht**).

Arndt und Andere behaupten, der Kaiser könne nur in seiner Eigenschaft als König von Preußen Anträge im Bundesrath stellen; ob diese Anträge als kaiserliche oder als preußische bezeichnet würden, sei unerheblich***). Diese Ansicht kann indessen nicht als richtig anerkannt werden. Es ist nicht gleichgiltig, ob ein Gesetzentwurf von einem einzigen Minister, dem Reichskanzler, oder von einem ganzen Ministerkollegium, dem preußischen Staatsministerium, vorbereitet und im Bundesrath eingebracht wird. Die praktische Bedeutung der kaiserlichen Initiative kommt besonders dann zur Geltung, wenn der Reichskanzler nicht gleichzeitig Präsident des preußischen Staatsministeriums ist. Nach der Theorie Arndts hätte der Reichskanzler 1873 während der Ministerpräsidentschaft des Grafen Roon und 1892 bis 1894 während der Ministerpräsidentschaft des Grafen Eulenburg bei allen von ihm eingebrachten Gesetzentwürfen stets die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums einholen müssen, bevor er dieselben als „preußische" dem Bundesrath vorlegen konnte. —

Die Macht und der Einfluß des Kaiserthums sind also seit dreißig Jahren beständig gewachsen, wie dies Naumann in seinem Buche „Demokratie und Kaiserthum" treffend geschildert hat.†)

Auch in denjenigen Fällen, in denen die verbündeten Regierungen gemeinsam berathen und beschließen, ist der Bundesrath keineswegs immer das zu ihrer Vertretung berufene Organ. Schon im alten deutschen Bunde ist der Bundestag vielfach umgangen und bei Seite geschoben worden, wenn wichtige Haupt- und Staats-

*) Laband: Staatsrecht 4. Aufl., Bd. III S. 489—490.
**) Hänel: „Die organisatorische Entwicklung der deutschen Reichsverfassung" (1880). S. 42.
***) Arndt: Staatsrecht S. 178.
†) Fr. Naumann: „Demokratie und Kaiserthum" (1900). S. 160, 164.

Aktionen stattfanden. Beispiele sind die Karlsbader Beschlüsse von 1819, die Wiener und Dresdener Konferenzen von 1834 und 1850, der Frankfurter Fürstentag 1863. Ganz in derselben Weise wird auch im neuen Reiche der Bundesrath öfter umgangen und durch spezielle Ministerkonferenzen ersetzt, wenn besonders wichtige Fragen zu verhandeln und entscheiden sind. Die Berathungen über die Reichsfinanzreform, welche 1878 gepflogen wurden, fanden nicht innerhalb des Bundesrathes statt; die deutschen Finanzminister traten am 5. August 1878 zu einer vertraulichen Besprechung und Verständigung in Heidelberg zusammen. Im Jahre 1901 wurde die Vorberathung des neuen Zolltarifs ebenfalls dem Bundesrath entzogen. Am 4. Juni 1901 versammelten sich die Minister von Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, Baden und Hessen zu freien Konferenzen in Berlin. Erst nachdem die Vertreter dieser größeren Bundesstaaten sich geeinigt hatten, wurde der Bundesrath, „der Repräsentant der souveränen Reichsgewalt“, in rein formaler Weise mit dem von der Majorität bereits vorher vereinbarten Entwurfe befaßt!

Bei diesem Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, zwischen Doktrin und Wirklichkeit erscheint die Frage berechtigt, ob die herrschende Ansicht von der Stellung des Bundesraths nicht einen Fehler enthält. In der folgenden Abhandlung soll der Nachweis versucht werden, daß die Lehre, welche den Bundesrath für den höchsten, ordentlichen oder einzigen Vertreter der souveränen Reichsgewalt erklärt, mit allen ihren Folgesätzen unrichtig ist.

II.

Der Satz, daß der Bundesrath den Träger der souveränen Reichsgewalt vertritt, ist richtig, wenn man die politische Stellung des Bundesraths in das Auge faßt. Politisch ist der Bundesrath Vertreter der verbündeten Regierungen in demselben Sinne, wie der Reichstag Vertreter des deutschen Volkes ist. Dagegen ist es unrichtig, aus dieser politischen Stellung des Bundesraths juristische Schlüsse zu ziehen. Zwischen dem deutschen Volke und dem Reichstag besteht zweifellos kein Rechtsverhältniß. Obwohl Art. 28 der Reichsverfassung bestimmt, daß die Mitglieder des Reichstags Vertreter des gesammten Volkes sind, kann der Reichstag weder als Bevollmächtigter noch als Beauftragter des gesammten deutschen Volkes im juristischen Sinne bezeichnet werden. Ebenso besteht kein Rechtsverhältniß zwischen der Gesammtheit der verbündeten

Regierungen und dem Bundesrath, sondern nur ein Rechtsverhältniß zwischen jeder einzelnen Bundesregierung und ihrem Bundesraths-Bevollmächtigten. Die Gesammtheit der verbündeten Regierungen ist keine Korporation des öffentlichen Rechts, wie sie Zorn und Geffcken nennen*); sie besitzt keine besonderen Herrschaftsrechte, welche verschieden wären von den Rechten des Reichs. Die Gesammtheit der verbündeten Regierungen ist überhaupt keine rechtlich organisirte Einheit, kein Rechtssubjekt; sie hat keine eigenen Rechte, keine Rechte, die ihr im eigenen Namen zustehen; sie kann daher auch Niemand zur Ausübung ihrer eigenen Rechte Vollmacht oder Auftrag ertheilen. Die Rechte, welche der Gesammtheit der verbündeten Regierungen zustehen, sind identisch mit den Rechten, welche der Gesammtheit der verbündeten Staaten zustehen. Subjekt oder Träger aller Rechte der souveränen Reichsgewalt ist nicht die Gesammtheit der verbündeten Regierungen, sondern die Gesammtheit der verbündeten Staaten**); nur als gesetzliche Stellvertreter ihrer Staaten kommen die Regierungen in Betracht. Es fehlt nun jeder Beweis dafür, daß die gesetzlichen Vertreter der verbündeten Staaten ihren Willen nicht selbst erklären können, sondern wieder einen neuen gesetzlichen Vertreter — sei es ein Willen, sei es in der Erklärung des Willens — nöthig haben und daß der Bundesrath dieser „gesetzliche Vertreter der gesetzlichen Vertreter“ ist!

Wir gelangen also zu folgendem Resultat: Träger der souveränen Reichsgewalt ist die Gesammtheit der verbündeten deutschen Staaten; allgemeiner Stellvertreter dieser Träger ist die Gesammtheit der verbündeten deutschen Regierungen; spezielle Vertreter dieser allgemeinen Stellvertreter sind die drei unmittelbaren***) Reichsorgane: Kaiser, Bundesrath und Reichstag, welche sämmtlich ihre Rechte „im Namen des Reichs“ ausüben. Der Umfang ihrer speziellen Vertretungsbefugniß wird durch die Reichsverfassung bestimmt.

Diese theoretischen Betrachtungen würden allein schon ausreichen, um die herrschende Legende von der bevorzugten Stellung des Bundesraths zu zerstören. Zu denselben kommt aber noch ein weiterer Umstand hinzu, der in der Regel vollständig übersehen

---

*) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 92; Geffcken: „Die Verfassung des Deutschen Reichs“ (1901). S. 43, 44.

**) Laband: 4. Aufl. Bd. I S. 91—92.

***) Jellinek: „Gesetz und Verordnung“ (1887) S. 206.

wird: Der Bundesrath kann schon deshalb nicht Generalbevollmächtigter oder Generalmandatar der Gesammtheit der verbündeten Regierungen sein, weil es Fälle giebt, in welchen ein Theil der verbündeten Regierungen von der Abstimmung im Bundesrath verfassungsmäßig ausgeschlossen ist. Artikel 7 Absatz 4 der Reichsverfassung schreibt vor: „Bei der Beschlußfassung über eine Angelegenheit, welche nach den Bestimmungen dieser Verfassung nicht dem ganzen Reiche gemeinschaftlich ist, werden die Stimmen nur derjenigen Bundesstaaten gezählt, welchen die Angelegenheit gemeinschaftlich ist."

Nach dieser Vorschrift können die Vertreter von Bayern, Württemberg und Baden im Bundesrath nicht mitstimmen, wenn über die Biersteuer verhandelt wird; die Vertreter von Bayern und Württemberg sind ferner nicht stimmberechtigt, wenn Angelegenheiten der Post- und Telegraphen-Verwaltung auf der Tagesordnung stehen; der Vertreter Bayerns endlich hat kein Stimmrecht, wenn über die Materien des Immobiliar-Versicherungswesens, der Heimaths- und Niederlassungs-Verhältnisse, sowie des Eisenbahnwesens Beschluß gefaßt wird.*)

In zahlreichen wichtigen Fällen also vertritt der Bundesrath nicht die Gesammtheit der verbündeten Regierungen, sondern nur einen Theil derselben; er repräsentirt in diesen Fällen nicht den ganzen Reichskörper, sondern einen Rumpf, dem wichtige Glieder fehlen. Der Vertreter eines Theiles der verbündeten Regierungen und eines Theiles des Reichsgebiets kann nicht gesetzlicher oder verfassungsmäßiger Vertreter der gesammten Reichsgewalt sein, weil dieselbe eine einheitliche und untheilbare Gewalt ist.

III.

Der Satz, daß der Bundesrath das höchste und oberste Organ des Deutschen Reiches ist, kann einen doppelten Sinn haben. Er kann das Rangverhältniß zwischen dem Bundesrath und den übrigen Reichsorganen bezeichnen; er kann ferner das rechtliche Verhältniß ausdrücken, das zwischen dem Bundesrath und anderen Reichsorganen besteht. Daß der Bundesrath nicht im Range dem Kaiser vorgeht, ist so selbstverständlich, daß kein weiterer Beweis hierfür nöthig erscheint. Der Kaiser hat schon in seiner Eigenschaft als König von Preußen gleichen Rang mit dem Herrscher jeder europäi-

*) Laband: Staatsrecht, Bd. I S. 228; Seydel: Kommentar S. 148 Arndt: Staatsrecht S. 95.

schen Großmacht. Ein Gesandtenkollegium kann in Bezug auf Rangverhältnisse überhaupt nicht mit ihm konkurriren, am wenigsten ein Gesandtenkollegium, welches fast zum dritten Theil aus Unterthanen und Beamten des Kaisers besteht und dessen Vorsitzender vom Kaiser ernannt wird. Von einer rechtlichen Ueberordnung des Bundesraths über den Kaiser kann ebensowenig die Rede sein. Der Bundesrath kann nur dann sich versammeln, wenn er vom Kaiser berufen wird; er muß seine Berathungen unterbrechen und einstellen, wenn er vom Kaiser vertagt bezw. geschlossen wird (Art. 12 R. G.). Der Kaiser steht in voller Unabhängigkeit neben dem Bundesrath; seine Anordnungen können vom Bundesrath weder geändert noch aufgehoben werden.

Auch als ordentliches Organ der Reichsgewalt kann der Bundesrath nicht bezeichnet werden. Es ist absolut unverständlich, weshalb der Kaiser nicht ebenso ein ordentliches Organ des Reiches sein soll, wie der Bundesrath. Zu den ordentlichen Rechten und Pflichten der Reichsgewalt gehört doch zweifellos der internationale Verkehr, der Oberbefehl über Heer und Flotte, die Leitung der Geschäfte in allen Zweigen der unmittelbaren Reichsverwaltung. Auf allen diesen Gebieten — den wichtigsten des ganzen Staatslebens — ist jede Einmischung des Bundesraths in die Thätigkeit des Kaisers und seiner Organe ausgeschlossen; gleichwohl soll der Bundesrath das ordentliche Organ der Reichsgewalt — ja sogar das Haupt- und Zentralorgan — auf diesen Gebieten sein!

IV.

Der Satz, daß die Zuständigkeit des Bundesraths auf allen Gebieten der Reichskompetenz zu vermuthen sei, entbehrt jeder Begründung. Es ist gar nicht nothwendig, daß in jedem Staate ein Zentral-Organ für diejenigen Rechte der Staatsgewalt besteht, die nicht ausdrücklich anderen Organen übertragen sind. In den deutschen Monarchien gilt allerdings der Grundsatz, daß der Landesherr die gesammte Staatsgewalt in seiner Person vereinigt und nur in Ausübung derselben beschränkt werden kann. Dieser schon in Artikel 57 der Wiener Schlußakte anerkannte und seitdem in vielen Landesverfassungen wiederholte Satz ist indessen ein Produkt der historischen Entwicklung in den deutschen Territorien und kann nicht ohne Weiteres auf andere Staatsgebilde ausgedehnt werden, die auf ganz verschiedener historischer Grundlage beruhen. In den freien Städten Hamburg und Bremen besteht keine Rechts-

vermuthung zu Gunsten des Senats; vielmehr ist zu einem staatlichen Akte im Zweifel die Mitwirkung beider Verfassungsorgane — Senat und Bürgerschaft — erforderlich.*) Auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat weder der Präsident, noch der Kongreß, noch das Oberbundesgericht die Vermuthung der Zuständigkeit für sich. „Jeder dieser drei Regierungsfaktoren hat unzweifelhaft nur diejenigen Befugnisse, welche ihm in der Verfassung verliehen sind".**)

Aus dem Begriff des höchsten, obersten, ordentlichen Organs, des Haupt- oder Zentral-Organs kann also die angebliche allgemeine Zuständigkeit des Bundesraths nicht hergeleitet werden. Die einzige Thatsache, auf welche dieselbe theoretisch gestützt werden kann, ist eine Aeußerung, welche der Staatssekretär von Schelling in der Reichstagssitzung vom 10. April 1886 gemacht hat:

> „Träger der Souveränetätsrechte im Reiche sind die verbündeten Regierungen; sie haben daher auch an den Schutzgebieten des Reichs die aus der Souveränetät fließenden Rechte erworben und der Bundesrath als das kollektive Organ der sämmtlichen deutschen Souveräne und freien Städte ist berufen, für die Schutzgebiete nicht bloß bei der Gesetzgebung mitzuwirken, sondern auch die sonstigen, bei den verbündeten Regierungen ruhenden Hoheitsrechte wahrzunehmen".***)

Bei Würdigung dieser Aeußerung ist zu berücksichtigen, daß der Staatssekretär von Schelling nicht eine wissenschaftliche Theorie entwickeln, sondern einen bestimmten politischen Erfolg erreichen wollte — nämlich die unveränderte Annahme des von der Regierung vorgelegten Gesetzentwurfs über die Rechtsverhältnisse in den deutschen Schutzgebieten. In diesen Schutzgebieten sollten nach der Regierungsvorlage die Rechte des Kaisers vermehrt, die Rechte des Bundesraths und des Reichstags dagegen vermindert werden. Gegenüber den vom Centrum geäußerten föderalistischen und parti-

---

*) Georg Meyer: Staatsrecht, § 119 S. 377; Sievers: „Das Staatsrecht der freien Hansestadt Bremen" in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 3, zweiter Halbband, Abth. 3 S. 71; Wolffson: „Das Staatsrecht der freien und Hansestadt Hamburg" in Marquardsens Handbuch, Bd. 3, zweiter Halbband, Abth. 3 S. 11.

**) von Holst: „Das Staatsrecht der Vereinigten Staaten von Nordamerika" in Marquardsens Handbuch des öff. Rechts, 4. Band, 1. Halbband, 3. Abth. (1885) S. 38.

***) Sten. Ber. S. 2028.

kularistischen Bedenken verfolgte der Staatssekretär die Taktik, theoretisch die streitigen Rechte des Bundesraths voll und ganz anzuerkennen, praktisch aber die Beschränkung derselben zu befürworten. Uebrigens ist sofort aus der Mitte des Reichstags von dem Abg. Hänel energischer Protest gegen die von dem Staatssekretär vorgetragene Theorie erhoben worden.*) Von einer Uebereinstimmung der gesetzgebenden Faktoren in dieser Frage kann also keine Rede sein.

Der Grundsatz, daß die Zuständigkeit des Bundesraths auf allen Gebieten der Reichskompetenz zu vermuthen sei, hat nicht bloß theoretische, sondern auch praktische Bedeutung. Nach dieser Lehre würde in Art. 43, 45 und 54, Absatz 2 der Reichsverfassung, in welchem dem „Reiche" gewisse Befugnisse beigelegt werden, der Bundesrath das zu ihrer Ausübung berufene Organ sein. Demgemäß erklären auch Arndt**) und Zorn***) den Bundesrath für berechtigt, die in den genannten Artikeln bezeichneten Materien im Verordnungswege zu regeln. Artikel 43 und 45 der Reichsverfassung gewähren indessen dem Bundesrathe kein Reichsverordnungsrecht, wie ich in meiner Abhandlung über „die staatsrechtliche Stellung der Reichseisenbahnen"†) näher dargelegt habe. Erst eine langjährige Uebung der deutschen Gerichte und Verwaltungsbehörden hat ein Reichsgewohnheitsrecht geschaffen, durch welches die Eisenbahn-Verordnungen des Bundesraths die Kraft und Wirkung reichsrechtlicher Normen erlangt haben. Auf Grund des Artikel 54, Absatz 2 R. V. hat der Bundesrath eine Schiffsvermessungs-Verordnung erlassen, deren Giltigkeit in der Theorie sehr bestritten ist.††) Auch in diesem Falle ist anzunehmen, daß nur die gesetzgebenden Faktoren des Reiches befugt sind, gemeines Recht für das ganze Reichsgebiet zu schaffen. Der Bundesrath allein hat keine Befugniß gehabt, eine unmittelbar verbindliche Rechtsverordnung zu erlassen. Erst durch langjährige Uebung hat ein Reichsgewohnheitsrecht sich gebildet, kraft dessen heute die Schiffsvermessungs-Ordnung als Reichsgesetz im materiellen Sinne gilt.

---

*) Reichstagssitzung vom 10. April 1886, sten. Ber. S. 2028.

**) Arndt: Staatsrecht S. 254, 309, 312.

***) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 485.

†) Annalen des Deutschen Reichs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirthschaft, Bd. 35 (1902), Heft 1 S. 12—15.

††) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. III S. 189, Anm. 3; Hänel: „Studien zum Deutschen Staatsrecht", Theil II, Heft 1 S. 84—85; v. Seydel: Kommentar S. 304; Zorn: Staatsrecht, Bd. II S. 877.

V.

Der Bundesrath soll der Gesetzgeber des Reiches sein, weil er angeblich das Recht der Sanktion besitzt*) und das Recht der Sanktion soll darin bestehen, daß der Bundesrath den Gesetzbefehl erläßt.**) Dieser fast allgemein gebilligten Theorie steht zunächst die Thatsache entgegen, daß die Reichsverfassung das Institut der Sanktion überhaupt nicht kennt. In dem Text der Verfassung ist weder von der Sanktion noch von dem Gesetzesbefehl die Rede. Die herrschende Meinung sucht dieses Bedenken dadurch zu entkräften, daß sie behauptet, das Stillschweigen der Verfassung über die Existenz des erwähnten Rechtsinstituts habe gar keine Bedeutung; die Sanktion der Reichsgesetze durch den Bundesrath sei „dermaßen selbstverständlich, daß die Reichsverfassung diesen Satz nicht auszusprechen brauchte".***) Allein mit solchen Argumenten läßt sich Alles beweisen. Mit demselben Recht könnten die Anhänger der herrschenden Ansicht auch behaupten, daß im Deutschen Reiche der Grundsatz der Volkssouveränetät bestehe†) oder daß die Rechte des Kaisers von Gottes Gnaden herrührten††), die Rechte der Bundesstaaten dagegen vom Reiche abgeleitet seien†††), denn alle diese Sätze sind für ihre Vertheidiger dermaßen „selbstverständlich", daß die Reichsverfassung sie gar nicht auszusprechen braucht!

Gegen die herrschende Theorie spricht ferner der Umstand, daß der Wortlaut der Reichsgesetze niemals einen Befehl des Bundesraths, dagegen fast immer einen Befehl des Kaisers enthält. Die beständig wiederkehrende Eingangsformel der Reichsgesetze lautet: „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen ꝛc., verordnen im Namen des Reichs, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags, was folgt". Allein auch über diese Schwierigkeit gleitet die herrschende Meinung sehr leicht hinweg, indem sie behauptet, die Eingangsformel gebe dem Vorgang, durch welchen ein Reichsgesetz zu Stande komme,

---

*) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. II S. 30; Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 173, 413; Arndt: Staatsrecht S. 107, 183; v. Seydel: Kommentar S. 117.

**) Laband: Staatsrecht, Bd. II S. 4, 9.

***) v. Seydel: Kommentar S. 117; Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. II S. 30, Anm. 1.

†) Vgl. die Programme der Volkspartei und der Sozialdemokratie bei Fr. Naumann „Demokratie und Kaiserthum" S. 34—36.

††) Geffcken: „Die Verfassung des Deutschen Reichs" S. 45.

†††) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 80, 84.

„keinen völlig getreuen Ausdruck“*), der Widerspruch zwischen Praxis und Theorie sei nur ein „scheinbarer“.**) Diese wohlklingenden Redewendungen können indessen die entscheidende Thatsache nicht verhüllen, daß fast alle Reichsgesetze die amtliche Feststellung enthalten: „Der Bundesrath hat zugestimmt und der Kaiser befiehlt!“

Die dritte Klippe, welche die herrschende Theorie zu überwinden hat, ist der Umstand, daß es Reichsgesetze giebt, welche überhaupt keinen Gesetzesbefehl enthalten — weder einen Befehl des Bundesraths, noch einen Befehl des Kaisers — und welche trotzdem giltig sind. Die Staatsverträge des Deutschen Reichs werden ohne jede Eingangsformel im Reichsgesetzblatt verkündigt. Die Verhandlungen des Bundesraths sind nicht öffentlich; die Beschlüsse desselben werden nicht öffentlich verkündet. Das Publikum kann höchstens durch unkontrolirbare Zeitungsberichte erfahren, ob der Bundesrath sich überhaupt mit einem Staatsvertrage beschäftigt hat; trotzdem soll der geheime Befehl des Bundesraths den Rechtsgrund für die allgemeine Verbindlichkeit der im Reichsgesetzblatt abgedruckten Staatsverträge bilden!

Die herrschende Theorie über die Sanktion der Reichsgesetze beruht auf dem Kardinalfehler, daß sie die Vorschriften, welche Artikel 2 und 5 der Reichsverfassung über die Reichsgesetzgebung enthalten, auf Reichsgesetze im materiellen Sinne bezieht, während die genannten Vorschriften lediglich den Erlaß von Reichsgesetzen im formellen Sinne regeln. Das Reichsgericht hat bereits wiederholt entschieden, Reichsgesetze im Sinne der Art. 2 und 5 R. V. seien nur solche „legislatorische Akte, die mit Zustimmung des Bundesraths und des Reichstags vom Kaiser ausgefertigt und verkündigt werden“.***)

Bei Gesetzen im formellen Sinne ist der Erlaß eines Gesetzesbefehls kein nothwendiges Erforderniß und kein wesentliches Begriffsmerkmal. Formelle Gesetze brauchen keinen Befehl — kein Gebot oder Verbot — zu enthalten, sie können auch eine Erlaubniß, Ermächtigung oder Genehmigung enthalten; ja, sie brauchen überhaupt keinen juristischen Inhalt zu haben; sie können auch in allgemeinen, philosophischen und religiösen Aussprüchen bestehen. Be-

*) Laband: 4. Aufl., Bd. II S. 31.
**) Arndt: Staatsrecht S. 184.
***) Vgl. Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Bd. 40 S. 76, Bd. 48 S. 85.

sonders zahlreiche Beispiele liefern in dieser Beziehung die verschiedenen Verfassungen der französischen Revolutionszeit. Art. 123 der französischen Konstitution vom 24. Juni 1793 — der sogenannten „Jakobiner-Verfassung" — lautet z. B.: „La République française honore la loyauté, le courage, la vieillesse, la piété filiale, le malheur. Elle remet le dépôt de sa constitution sous la garde de toutes les vertus." Die „déclaration des droits et des devoirs de l'homme et du citoyen", welche den Eingang zu der Konstitution vom 5. fructidor III — der sogenannten „Direktorial-Verfassung", bildet — enthält unter den „devoirs" in Art. 4 folgenden Satz: „Nul n'est bon citoyen, s'il n'est bon fils, bon père, bon frère, bon ami, bon époux".

Auch für den Erlaß von Gesetzen im materiellen Sinne ist die Sanktion kein nothwendiges Erforderniß. Es giebt zahlreiche republikanische Verfassungen, in denen das Institut der Sanktion völlig unbekannt ist, z. B. die Verfassung der Vereinigten Staaten von Nordamerika, die Verfassung der Schweizer Eidgenossenschaft, die Verfassungen der Hansestädte.*)

Es giebt ferner keine einzige Verfassung, in welcher Sanktion „Erlaß des Gesetzesbefehls" bedeutet. Für die vorliegende Untersuchung kommen nur die französischen Verfassungen, die belgische und die preußische Verfassung in Betracht, weil dieselben die historische Wurzel für die heutige Bestimmung des Artikel 5 der Reichsverfassung enthalten. In jeder dieser Verfassungen bedeutet Sanktion „Zustimmung" oder „Genehmigung", aber nicht „Erlaß des Gesetzesbefehls".

Die erste französische Verfassungsurkunde vom 3.—14. September 1791 enthält in dem Kapitel: „De la sanction royale" (Titel 3, Kapitel 3, Sektion 3) die Vorschrift „Les décrets du corps législatif sont présentés au roi, qui peut refuser son consentement". In der französischen Doktrin herrscht nur eine Stimme darüber, daß Sanktion und „consentement" identische Begriffe sind. Eine abweichende Ansicht existirt gar nicht.**)

Auch im belgischen Recht wird unter „Sanktion" stets nur

*) Vgl. meine Abhandlung „Die Sanktion der Reichsgesetze" in Hirths: „Annalen des Deutschen Reichs", Bd. 33 (1900) S. 585—587.

**) Vgl. Batbie: Traité théorique et practique de droit public et administratif Bd. I (1862) S. 37: „La sanction est l'acte par lequel le chef du pouvoir exécutif adhère à la loi et la promulgation celui par lequel il la déclare exécutoire".



Genehmigung des Gesetzesvorschlags (approbation) und niemals Erlaß des Gesetzesbefehls (promulgation) verstanden.*)

Der Wortlaut der preußischen Verfassung (Art. 62) spricht zweifellos dafür, daß der König und die Kammern auf dem Gebiet der Gesetzgebung als gleichberechtigte Faktoren zusammen wirken sollen. Zu demselben Resultat führt auch die Entstehungsgeschichte des genannten Artikels. Art. 55 des von der Verfassungskommission der preußischen Nationalversammlung ausgearbeiteten Entwurfs hatte folgenden Wortlaut:

„Die gesetzgebende Gewalt wird gemeinschaftlich durch den König und durch zwei Kammern ausgeübt.

Die Uebereinstimmung des Königs und beider Kammern ist zu jedem Gesetz erforderlich.

Wird jedoch ein Gesetzesvorschlag unverändert von beiden Kammern zum dritten Male angenommen, so erhält er durch die dritte Annahme Gesetzeskraft".**)

In den Motiven zu Art. 55 dieses Verfassungsentwurfs ist gesagt: „Die Mehrheit des Verfassungsausschusses erblickte in der gleichen Konkurrenz der Krone bei der Gesetzgebung einen Fundamentalsatz der konstitutionellen Monarchie und verwarf darum den Vorschlag, dem Könige überhaupt nur ein Veto einzuräumen. Es wurde indessen zur Vermeidung jeder dauernden Kollision zwischen der Krone und der Volksvertretung für nothwendig erachtet, die Genehmigung der ersteren nach dreimaliger unveränderter Annahme eines Gesetzesvorschlages stillschweigend vorauszusetzen".***) Das plenum der Nationalversammlung ist bei seiner Berathung des Verfassungsentwurfs nur bis zu Art. 4 gelangt und sodann aufgelöst worden. Die beiden ersten Sätze des zitirten Artikels 55 sind jedoch unverändert in die oktroyirte Verfassung vom 5. Dezember 1848 (Art. 60), sowie in die revidirte Verfassung vom 31. Januar 1850 übergegangen.

---

*) A. Giron: Le droit public de la Belgique (1884) S. 110: „Lorsqu'une proposition de loi a été votée par les chambres législatives il faut qu'elle reçoive l'approbation royale pour acquérir force de loi. Cette approbation s'appelle sanction" . . . . . S. 111 „Il ne suffit pas qu'un projet de loi soit sanctionné pour être exécutoire. Il faut, en outre la promulgation c'est-à-dire — l'ordre donné par le roi de publier la loi et de l'exécuter".

**) Verhandlungen der konstituirenden Versammlung für Preußen (Verlag von Karl Schultze, Berlin 1848), Bd III S. 1540.

***) Entwurf der Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat nebst den Motiven (Verlag von W. Möser und Kühn, Berlin 1848).

In der Literatur des preußischen Staatsrechts wird anerkannt, daß die Sanktion eines Gesetzes in der Ertheilung der königlichen Genehmigung besteht.*) Erst vor Kurzem hat Fleischmann eine Abhandlung: „Der Weg der Gesetzgebung in Preußen" veröffentlicht, in welcher ebenfalls eingeräumt wird, daß der Ausdruck „Uebereinstimmung" des Königs und beider Kammern in Art. 62 nichts Anderes bedeutet als „Zustimmung".**) Fleischmann will gleichwohl aus dem Allgemeinen Landrecht und aus Art. 45 der preußischen Verfassung ein Recht des Königs zum Erlasse des Gesetzesbefehls herleiten***), aber mit Unrecht. Die Verfassung vom 31. Januar 1850 hat zweifellos die Materie der Gesetzgebung in erschöpfender Weise regeln wollen; die von Fleischmann erwähnte Vorschrift des Allgemeinen Landrechts ist also durch die Verfassungsurkunde aufgehoben und ersetzt worden; Art. 45 spricht nicht von Gesetzentwürfen, sondern von fertigen, gemäß Art. 62 zu Stande gekommenen Gesetzen.

Die Anhänger der herrschenden Theorie legen besonderes Gewicht auf die Thatsache, daß der Bundesrath zwei Mal über genau denselben Gesetzentwurf beschließt, wenn der Reichstag eine Gesetzesvorlage des Bundesraths unverändert annimmt.†) In diesen Fällen soll der erste Beschluß des Bundesraths die Zustimmung, der zweite Beschluß desselben die Sanktion enthalten. Die Vertreter der herrschenden Lehre übersehen jedoch den Umstand, daß eine solche wiederholte Beschlußfassung des Bundesraths über denselben Gesetzentwurf auch bei elsaß-lothringischen Gesetzen stattfindet, bei denen der Bundesrath gemäß § 1 des Reichsgesetzes vom 2. Mai 1877 mitzuwirken hat. Bei diesen Landesgesetzen für Elsaß-Lothringen aber steht die Sanktion unbestritten nicht dem Bundesrath, sondern dem Kaiser zu.††) Es ist kein Grund ersichtlich, warum der zweite Beschluß des Bundesraths über den Entwurf eines Reichsgesetzes ein Befehl sein soll, während der zweite Beschluß des Bundesraths über den Entwurf eines Landesgesetzes zweifellos nur eine Einwilligung ist.

Die mehrfache Beschlußfassung des Bundesraths über dieselbe

*) v. Rönne: „Das Staatsrecht der preußischen Monarchie", 4. Aufl. (1881), Bd. I S. 390; v. Schulze-Gävernitz: „Das preußische Staatsrecht", 2. Aufl. (1890), Bd. II S. 21.

**) Heft I der Abhandlungen aus dem Staats- und Verwaltungsrecht, herausgegeben von Brie (1898) S. 57.

***) S. 58.

†) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. II S. 30.

††) Laband: Bd. II S. 252.

unveränderte Gesetzesvorlage ist natürlich nicht sinnlos; sie erklärt sich aber in ganz anderer Weise. Auf dem Gebiet der Gesetzgebung hat der Bundesrath zwei verschiedene Klassen von Funktionen: diejenigen eines Ministeriums und diejenigen einer gesetzgebenden Versammlung (im Sinne der § 105 und 197 des Strafgesetzbuchs). Zu der ersten Klasse gehört die Vorbereitung und Ausarbeitung von Gesetzentwürfen; zu der zweiten Klasse gehört die Beschlußfassung über fertige Gesetzentwürfe. Der erste Beschluß des Bundesraths enthält die Entscheidung, ob ein Gesetzesvorschlag dem Reichstag überhaupt vorgelegt werden soll; der zweite Beschluß enthält die Entscheidung, ob ein vom Reichstag angenommener Gesetzesvorschlag Gesetz werden soll. Zwischen der ersten und zweiten Beschlußfassung können die Verhältnisse sich geändert haben, insbesondere kann die Kritik, welche der Entwurf im Reichstage, in der Tagespresse, in Fachzeitschriften oder durch Interessenvertretungen erfahren hat, dem Bundesrathe Veranlassung geben, seine eigene Vorlage nochmals zu prüfen und umzuarbeiten, selbst wenn sie im Reichstage die Majorität erlangt haben sollte.

VI.

Gemäß Art. 7 Ziffer 2 der Reichsverfassung beschließt der Bundesrath „über die zur Ausführung der Reichsgesetze erforderlichen allgemeinen Verwaltungsvorschriften und Einrichtungen, sofern nicht durch Reichsgesetz etwas Anderes bestimmt ist.“ Weit über den Rahmen dieser Vorschrift hinaus geht Arndt, welcher dem Bundesrathe die Befugniß beilegt, nicht bloß Verordnungen zur Ausführung von Reichsgesetzen, sondern auch Verordnungen zur Ausführung der Reichsverfassung zu erlassen.*) Diese Ansicht, welcher jede Grundlage im positiven Recht fehlt, ist bereits von Hänel in treffender Weise widerlegt worden. Derselbe führt aus, daß die Einzelstaaten auch auf denjenigen Gebieten, welche nach Art. 4 R. V. der Gesetzgebung des Reiches unterliegen, das Recht der Landesgesetzgebung behalten haben; dieses Recht der Einzelstaaten würde illusorisch sein, wenn der Bundesrath jede der in Art. 4 erwähnten Materien im Wege der Rechtsverordnung regeln könnte.**)

Die Ansicht von Zorn, daß der Bundesrath ein selbständiges Reichsverordnungsrecht besitze***), wird schon durch den klaren Wort-

*) Arndt: Staatsrecht S. 202.
**) Hänel: Deutsches Staatsrecht (1892) S. 276.
***) Zorn: Staatsrecht, Bd. I S. 485—486.

laut des Art. 7 Ziffer 2 der Reichsverfassung widerlegt; diese Vorschrift würde gänzlich überflüssig sein, wenn der Bundesrath ipso jure befugt wäre, Reichsverordnungen zu erlassen.

Ueber die Frage, was unter dem Begriff „Verwaltungsvorschriften" in Artikel 7 Ziffer 2 zu verstehen sei, ist eine heftige literarische Fehde entbrannt. Arndt hat in zahlreichen Abhandlungen den Standpunkt vertreten, Verwaltungsvorschriften im Sinne des genannten Verfassungsartikels seien nicht solche Vorschriften, welche nur für die Verwaltung gelten, sondern solche Vorschriften, welche von der Verwaltung aufgestellt werden.*) Laband und Andere dagegen vertheidigen die Ansicht, in Artikel 7 Ziffer 2 bedeute „Verwaltungsvorschrift" das Gegentheil von „Rechtsvorschrift"; der Bundesrath könne auf Grund des Art. 7 Ziffer 2 nur Verwaltungs-Verordnungen erlassen; zum Erlasse von Rechtsverordnungen bedürfe er einer speziellen reichsgesetzlichen Delegation.**)

Bei Prüfung dieser Streitfrage ist davon auszugehen, daß in Artikel 38 Ziffer 1 der norddeutschen Bundesverfassung und der Reichsverfassung das Wort „Verwaltungsvorschrift" unzweifelhaft den von Arndt behaupteten Sinn hat***). Artikel 7 Ziffer 2 der Reichsverfassung ist aus Artikel 37 Ziffer 2 der Norddeutschen Bundesverfassung wörtlich übernommen. Es fehlt nun jeder Beweis dafür, daß die Urheber der Norddeutschen Bundesverfassung in zwei unmittelbar auf einander folgenden Artikeln desselben Kapitels — Art. 37 und 38 des Abschnitts VI „Zoll- und Handelswesen" demselben Ausdruck „Verwaltungsvorschrift" eine verschiedene Bedeutung geben wollten; die Vermuthung spricht vielmehr dafür, daß sie diesen Ausdruck beide Male in demselben Sinne gebraucht haben. Ebenso fehlt jeder Beweis dafür, daß bei Aenderung der Art. 7 und 37 im Jahre 1871 auch die Bedeutung des Worts „Verwaltungsvorschrift" geändert werden sollte.

In einem Urtheil vom 26. März 1901 hat das Reichsgericht anerkannt, daß die Begriffe „Verwaltungsvorschrift" und „Rechtsnorm" keine absoluten Gegensätze sind, da auch Anweisungen für die Verwaltungsbehörden den Charakter von Rechtsnormen haben können.†) Die Ansicht von Arndt über die Auslegung des Wortes

---

*) **Arndt**: Staatsrecht S. 200; Zeitschrift für die gesammte Strafrechtswissenschaft (herausgegeben von v. Liszt und Lilienthal), Bd. 22 S. 378.
) **Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. II S. 84—89.
***) **Laband**: Staatsrecht, Bd. II S. 87.
†) Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Bd. 48 S. 85.

„Verwaltungsvorschrift" in Art. 7 Ziffer 2 muß also als zutreffend angesehen werden.

Das Recht des Bundesraths zum Erlaß von Reichsverordnungen ist an zwei verschiedene Voraussetzungen geknüpft:

1. Die Materie, welche durch die Verordnung geregelt werden soll, muß Gegenstand eines Reichsgesetzes sein.

2. Das Reichsgesetz darf die Materie nicht erschöpft haben, auch nicht den Erlaß der Ausführungs-Verordnung einem anderen Organe übertragen haben.

Bei dieser beschränkten Kompetenz zum Erlaß von Reichsverordnungen kann der Bundesrath nicht als „das" Veordnungsorgan des Reichs par excellence bezeichnet werden.

VII.

Als Gesammtministerium des Reichs kann der Bundesrath schon deshalb nicht betrachtet werden, weil er weder eine Instanz über den Verwaltungsbehörden des Reichs noch eine vorgesetzte Dienstbehörde für die einzelnen Reichsbeamten ist. Der Bundesrath ist keine Instanz über den Verwaltungsbehörden des Reichs, denn er kann die von den letzteren getroffenen Verfügungen weder ändern noch aufheben. Der Bundesrath ist auch keine vorgesetzte Dienstbehörde für die einzelnen Reichsbeamten; er kann denselben weder spezielle Dienstbefehle ertheilen, noch — abgesehen von dem Falle des Art. 7 Ziffer 2 R. V. — generelle Dienstanweisungen an sie erlassen. —

Zweifellos besitzt der Bundesrath auch richterliche Funktionen. Gemäß § 7 Ziffer 3 der Reichsverfassung ist er ein Verwaltungsgerichtshof, welcher Streitigkeiten zwischen dem Reich und einzelnen Bundesstaaten über die Ausführung von Reichsgesetzen und Reichsverordnungen zu entscheiden hat.*) Der Bundesrath ist ferner ein völkerrechtliches Schiedsgericht: Nach Art. 76 Absatz 1 R. V. hat er Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten, sofern dieselben nicht privatrechtlicher Natur sind, zu „erledigen." Der Bundesrath ist auch eine Vergleichsbehörde, welche in den Fällen des Art. 76 Absatz 2 Streitigkeiten verschiedener Verfassungsorgane desselben Bundesstaates „gütlich ausgleichen" soll. Endlich ist der Bundesrath Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten in Elsaß-Lothringen. Das französische Verwaltungsrecht, welches noch heute

*) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. I S. 237.

im Reichslande gilt, kennt ein eigenartiges Rechtsmittel: den „appel comme d'abus". Derselbe steht bei Uebergriffen der kirchlichen Behörden in das Gebiet der Staatsgewalt, sowie bei Uebergriffen der weltlichen Behörden in das Gebiet der geistlichen Gewalt jedem Betheiligten zu.*) Zur Entscheidung über das genannte Rechtsmittel ist der französische Staatsrath zuständig, an dessen Stelle für Elsaß-Lothringen der Bundesrath getreten ist.**)

Dagegen ist es vollständig unrichtig, den Bundesrath als „obersten Richter" zu bezeichnen, wie dies von Arndt und Kliemke geschieht. Nach allgemeinem Sprachgebrauch ist der oberste Richter derjenige, welcher im Instanzenzuge am höchsten steht, dessen Entscheidung die Kraft hat, die Richtersprüche der unteren Instanzen aufzuheben und zu ersetzen. Der Bundesrath nun ist gar keine höchste Instanz über den Zivil- und Militärgerichten; seine Kompetenz liegt auf ganz anderen Gebieten als die Kompetenz der Zivil- und Militärgerichte. Die Entscheidungen, welche der Bundesrath gemäß Artikel 7 Ziffer 3 und Artikel 19 der Verfassung fällt, sind nur für die streitenden Parteien — Reich und Einzelstaat — verbindlich, nicht aber für die Gerichte, welche nach § 1 des Gerichtsverfassungsgesetzes nur dem Gesetz unterworfen sind.***)

Ganz unhaltbar endlich ist die Behauptung, daß der Bundesrath „das eigentliche Regierungskollegium, der oberste Chef der Regierung" sei. Der Bundesrath hat keinen unmittelbaren diplomatischen Verkehr mit fremden Staaten. Er kann Gesandte weder absenden noch empfangen, auch keine Staatsverträge — z. B. Schutz- und Trutz-Bündnisse; Garantie- und Neutralitäts-Verträge — abschließen. Die Zustimmung des Bundesraths zur Kriegserklärung, welche nach Art. 11 Absatz 2 R. V. erforderlich ist, ist kein natürliches Recht des Bundesraths, welches aus seiner Stellung als Organ der verbündeten Regierungen mit Nothwendigkeit zu folgern wäre. Im Norddeutschen Bunde stand das Recht der Kriegserklärung ausschließlich dem Präsidium zu; erst durch die Versailler Verträge hat der Bundesrath eine Mitwirkung bei der Erklärung von Angriffskriegen erhalten. Der Bundesrath hat ferner keine Verfügung über die Machtmittel des Reichs. Heer und Flotte,

---

*) Otto Mayer: Theorie des französischen Verwaltungsrechts (1886), S. 512—516.

**) § 9 des elsaß-lothr. Gesetzes betr. die Einrichtung der Verwaltung vom 30. Dezember 1871.

***) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. I S. 239; Arndt: Staatsrecht S. 109—110.

Reichsbehörden und Reichsbeamte sind nicht dem Bundesrathe, sondern dem Kaiser Gehorsam schuldig. Die wichtigsten Reichsbeamten — der Reichskanzler und seine Stellvertreter, die Botschafter und Gesandten, der Statthalter und der Staatssekretär für Elsaß-Lothringen — werden vom Kaiser nach freiem Ermessen, ohne vorherige Befragung des Bundesraths, ernannt. Der Bundesrath hat nicht einmal das Recht, sich aus eigener Initiative zu versammeln; er muß erst eine Berufung des Kaisers abwarten. Auch die Zeitdauer seiner Thätigkeit darf der Bundesrath nicht selbst bestimmen; nach Art. 12 R. V. kann er gegen seinen Willen vom Kaiser vertagt und geschlossen werden. Dieses verfassungsmäßige Recht des Kaisers ist natürlich nicht dadurch beseitigt, daß der Bundesrath thatsächlich seit dem Jahre 1883 eine ständige Versammlung geworden ist.*)

Dem Bundesrath fehlen also zwei wesentliche und unentbehrliche Eigenschaften, welche jede regierende Körperschaft besitzen muß:

1. das Recht, zu befehlen,
2. die Macht, die Befolgung seiner Befehle zu erzwingen.

VIII.

Die richtige Erkenntniß der staatsrechtlichen Stellung des Bundesraths wird durch die Thatsache erschwert, daß derselbe zu gleicher Zeit zwei verschiedene Klassen von Befugnissen besitzt:

1. einen Antheil an der gesetzgebenden Gewalt,
2. einen Antheil an der vollziehenden Gewalt.

Letzterer besteht wieder in einem Antheil an der Regierung und in einem Antheil an der Verwaltung. Der Bundesrath hat sowohl einen Theil derjenigen Befugnisse, welche in Deutschland herkömmlich den Landesherren zustehen, als einen Theil derjenigen Befugnisse, welche in Deutschland herkömmlich durch die Minister ausgeübt werden. Die Reichsgewalt ist zweifellos eine einheitliche und untheilbare Gewalt. Sie kann nicht in eine gesetzgebende und eine vollziehende Gewalt, in eine Regierungs- und eine Ministerial-Gewalt zerlegt und zerrissen werden. Dieser allgemein anerkannte Grundsatz schließt jedoch die Thatsache nicht aus, daß die Ausübung der einheitlichen Reichsgewalt getheilt und verschiedenen koordinirten Organen übertragen ist.

Der Bundesrath ist nun zunächst eine „gesetzgebende Kör-

*) v. Seydel: Kommentar S. 168.



perschaft"*), eine Korporation, deren Aufgabe die Theilnahme an der Gesetzgebung ist, und zwar nicht eine Volksvertretung, sondern eine Staatenvertretung**), ein Staatenhaus wie die Staatenhäuser der Frankfurter Reichsverfassung und der Erfurter Unionsverfassung, wie der Senat in den Vereinigten Staaten von Nordamerika und der Ständerath in der Schweiz. Der einzige Unterschied zwischen dem Bundesrath und den genannten Staatenhäusern besteht darin, daß die Mitglieder des Bundesraths an die Aufträge der von ihnen vertretenen Staaten gebunden sind, die Mitglieder der anderen Staatenhäuser dagegen nicht.***) Weder für den juristischen Begriff eines Staatenhauses, noch für den juristischen Begriff einer Volksvertretung ist die rechtliche Unabhängigkeit der Mitglieder und die Freiheit ihrer Abstimmung ein nothwendiges und wesentliches Erforderniß. Der Grundsatz unserer modernen Verfassungen, daß die Mitglieder der parlamentarischen Körperschaften nach ihrer freien Ueberzeugung stimmen und an Instruktionen nicht gebunden sind, ist noch sehr jungen Datums. Bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts war es allgemein üblich, daß ständische Korporationen ihren Vertretern auf den Landtagen bindende Anweisungen ertheilten.†) Als 1789 die Reichsstände in Frankreich einberufen wurden, gaben alle Wahlkollegien ihren Abgeordneten bestimmte Aufträge und Beschwerden mit. Endlich kennt die Geschichte wenigstens ein Staatenhaus, dessen Mitglieder ebenfalls an Instruktionen gebunden waren, nämlich den Regensburger Reichstag des alten Reichs. Das Römische Reich Deutscher Nation war von 1648—1806 ein „Staatenstaat", ein Gesammtstaat, dessen Mitglieder ebenfalls Staaten waren, denn durch den Westfälischen Frieden waren die deutschen Territorien zu völkerrechtlichen Rechtssubjekten d. h. zu Staaten erhoben worden.††)

*) Vgl. § 105 und 197 des Strafgesetzbuchs.

**) Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 7 S. 383.

***) Reichsverfassung vom 16. April 1871 Art. 7 Absatz 3.
Frankfurter Reichsverfassung vom 28. März 1849 § 96.
Entwürfe der Erfurter Unionsverfassung § 94.
v. Holst: „Das Staatsrecht der Vereinigten Staaten von Nordamerika" in Marquardsens Handbuch des öffentlichen Rechts, Bd. 4, erster Halbband, Abth. 3 (1885) S. 43.
v. Orelli: „Das Staatsrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft" in Marquardsens Handbuch des öff. Rechts, Bd. 4, erster Halbband, Abth. 2 (1885) S. 28.

†) Friedrich Wilhelm Unger: „Geschichte der deutschen Landstände" Theil II (1834) S. 437.

††) Hermann Schulze: „Lehrbuch des deutschen Staatsrechts", Bd. I (1881) S. 51. — Derselbe: „Einleitung in das deutsche Staatsrecht" (1867) S. 215.

Der Regensburger Reichstag war weder eine Vertretung des deutschen **Volkes**, noch eine Vertretung der deutschen **Stände**, sondern eine Vertretung der deutschen **Staaten**: „Die Reichsstandschaft haftete nicht an der Person des Landesherrn, auch nicht an der regierenden Familie, sondern war **kraft ihres dinglichen Charakters** auf das Land radizirt.*) Der alte Reichstag gehörte also genau derselben juristischen Kategorie an, wie der heutige Bundesrath**), wenn auch der thatsächliche Unterschied zwischen beiden Institutionen natürlich sehr groß ist.

Der Bundesrath ist also ein Staatenhaus; als solches hat ihn der Abg. Planck schon in der Sitzung des Norddeutschen Reichstags vom 28. März 1867 bezeichnet.***) Der Bundesrath ist jedoch nicht ausschließlich ein Staatenhaus; er ist nicht auf die Rechte beschränkt, welche auch dem anderen gesetzgebenden Körper des Reichs — dem Reichstage — zustehen. Er besitzt vielmehr ein Mitregierungsrecht, genau ebenso wie der alte Regensburger Reichstag ein coimperium besessen hat.†) Zu den Regierungsrechten des Bundesraths gehören besonders folgende Rechte:

1. die Beschlußfassung über die dem Reichstag zu machenden Vorlagen (Artikel 7 Ziffer 1 R. V.), welche nicht bloß in Gesetzentwürfen, sondern auch in Denkschriften, Weißbüchern, Verträgen, Verwaltungsberichten, Rechnungs-Nachweisungen u. s. w. bestehen können,††)

2. die Beschlußfassung über diejenigen Beschlüsse des Reichstags, welche andere Gegenstände als Gesetzentwürfe betreffen, z. B. Wünsche des Reichstags, Ueberweisung von Petitionen u. s. w. (Art. 7 Ziffer 1, Art. 23 R. V.). Ueber Reichstagsbeschlüsse, welche Gesetzesvorlagen betreffen, hat der Bundesrath schon als Organ der Gesetzgebung zu beschließen,

3. die Beschlußfassung über Auflösung des Reichstags (Art. 24 R. V.),

4. die Zustimmung zum Abschluß gewisser Staatsverträge (Art. 11 Absatz 3 R. V.),

---

*) **Hermann Schulze**: Lehrbuch S. 56, Einleitung S. 235.

) **Laband: Staatsrecht 4. Aufl., Bd. I S. 216; **Robert von Mohl**: „Das deutsche Reichsstaatsrecht" (1873) S. 230; **Gierke**: Deutsche Zeit- und Streitfragen, Bd. 3, Heft 35 S. 26; **Geffcken**: S. 60.

***) Sten. Bericht S. 426.

†) **H. Schulze**: Lehrbuch, Bd. I S. 52; Einleitung S. 216.

††) **v. Seydel**: Kommentar S. 138.

5. die Zustimmung zur Erklärung von Angriffskriegen (Art. 11 Absatz 2 R. V.),

6. die Beschlußfassung über die Exekution gegen Bundesglieder (Art. 19 R. V.),

7. die Erledigung von Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern (Art. 76 R. V.),

8. die Hülfe bei Justizverweigerung (Art. 77 R. V.),

9. das Wahlrecht oder bindende Vorschlagsrecht bei Ernennung bestimmter Klassen von Reichsbeamten*),

10. die Zustimmung zu gewissen kaiserlichen Verordnungen.**)

Endlich besitzt der Bundesrath eine Reihe von Befugnissen, welche in den deutschen Einzelstaaten zur Kompetenz der Minister gehören. Zu diesen Ministerial-Befugnissen des Bundesraths gehören namentlich folgende Rechte:

1. die Vorbereituug von Gesetzentwürfen (Art. 7 Ziffer 1 R. V.),

2. der Erlaß von Ausführungs-Verordnungen (Art. 7 Ziffer 2 R. V.),

3. die Entscheidung zweifelhafter oder bestrittener Rechtsfragen durch Verwaltungsverfügungen, welche zwar nicht für die Gerichte, aber für die Verwaltungsbehörden maßgebend sind***),

4. der Anspruch auf Gehör im Reichstage (Art. 9 R. V.), welcher dem Anspruch der preußischen Minister auf Gehör in den preußischen Kammern vollkommen analog ist (Art. 60 der preußischen Verfassung),

5. die gutachtliche Aeußerung von Bundesraths-Ausschüssen bei der Besetzung gewisser Beamtenstellen (Art. 36 u. 56 R. V.),

6. die Zustimmung zu gewissen Verordnungen des Reichskanzlers,†)

7. die Erledigung zahlreicher Verwaltungsgeschäfte, welche durch Spezialgesetze dem Bundesrathe oder seinen Ausschüssen zugewiesen sind. Beispiele bieten das Bürgerliche Gesetzbuch (§ 22, 23, 44, 80, 1807, Ziffer 4), das Handelsgesetzbuch (§ 180), das Reichsbeamtengesetz (§ 39, 51, 52, 66), das Bankgesetz (§ 36, 44, Ziffer 7, 44) und das Unfallversicherungsgesetz (§ 20, 33).

Diese Ministerial-Befugnisse des Bundesraths sind neben der

*) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. I S. 240.
**) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. II S. 90 Anmerkung 1.
***) Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Bd. 12 S. 44 und in Zivilsachen, Bd. 11 S. 72.
†) Laband: Staatsrecht, 4. Aufl., Bd. II S. 93 Anm. 1.

begreiflichen Abneigung des Reichskanzlers, „sich durch ein Kollegium an das Gängelband nehmen zu lassen"*), die Ursache, daß die wiederholten Bestrebungen auf Errichtung verantwortlicher Reichsministerien bis jetzt gescheitert sind.

In der Reichstagssitzung vom 16. April 1869, in welcher Graf Münster und Twesten verantwortliche Bundesministerien für auswärtige Angelegenheiten, Finanzen, Krieg, Marine, Handel und Verkehrswesen gefordert hatten, führte der Bundeskanzler Graf Bismarck aus: Für die Stellung eines verantwortlichen Bundesministeriums sei nur eine schmale Basis übrig; ein weiteres Gebiet, auf dem diese Verantwortlichkeit praktisch geübt werden könne, wäre nur durch „Einschränkung des Gebiets des Bundesraths" herzustellen; der Antrag Twesten und Genossen beabsichtige also eine „Schmälerung der Rechte des Bundesraths".**)

Genau dieselbe Ansicht ist auch von anderen sachverständigen Politikern und Staatsmännern entwickelt worden. In der Reichstagssitzung vom 16. April 1869 behauptete der Abg. von Blanckenburg, die künftigen Bundesminister würden entweder „den Bundesrath vollständig absorbiren" oder sie würden lächerliche Figuren sein, die nichts zu verantworten hätten.***)

Der bayerische Minister von Pfretzschner äußerte in der Reichstagssitzung vom 5. März 1878: „Die königl. bayerische Regierung würde in der Einführung des Instituts der Reichsministerien eine Institution erblicken, welche nur geeignet wäre, die Rechte und die Stellung des Bundesraths, wie solche in der Verfassung verbürgt sind, abzuschwächen und allmählich immer mehr in den Hintergrund zu drücken.†)

In der gleichen Sitzung erklärte der württembergische Minister von Mittnacht: „Nach Ansicht der Württembergischen Regierung wird der Bundesrath niemals einer Vorlage zustimmen können, die sich auf die Organisation von selbständigen verantwortlichen Reichsministerien beschränkt, ohne zugleich die Rechte der im Bundesrath vertretenen Regierungen in ausreichender Weise zu verbriefen."††)

Noch schärfer und bestimmter als die erwähnten Minister formulirte der Abg. Windthorst seine partikularistischen Bedenken

*) Reichstagssitzung vom 16. April 1869, sten. Ber. S. 403.
**) Sten. Ber. S. 402.
***) Sten. Ber. S. 396.
†) Sten. Ber. S. 326.
††) Sten. Ber. S. 336.

gegen die geplante Aenderung dahin: „Die Reichsministerien werden den Bundesrath nothwendig vernichten.“*)

In der preußischen Denkschrift vom 5. April 1884, welche gegen die Forderung der deutsch-freisinnigen Partei auf gesetzliche Organisation eines verantwortlichen Reichsministeriums gerichtet war, ist ebenfalls gesagt: „Die Einrichtung verantwortlicher Ministerien im Deutschen Reiche ist nicht anders möglich als auf Kosten der Summe von vertragsmäßigen Rechten, welche die verbündeten Regierungen gegenwärtig im Bundesrathe üben.“**)

Alle diese Zitate enthalten das Anerkenntniß, daß der Bundesrath gegenwärtig gewisse ministerielle Funktionen erfüllt, welche durch Einrichtung besonderer Reichsministerien beschränkt oder gänzlich aufgehoben würden.

Was nun das Werthverhältniß betrifft, in welchem die verschiedenen Rechte des Bundesraths zu einander stehen, so kann es keinem Zweifel unterliegen, daß die wichtigste und bedeutendste Funktion des Bundesraths seine Theilnahme an der Gesetzgebung ist***) und daß neben derselben die Regierungs- und Minister-Befugnisse des Bundesraths nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Wir gelangen also zu dem Resultat: Der Bundesrath ist ein Staatenhaus, welches nicht bloß mit einem Antheil an der Gesetzgebung, sondern auch mit einzelnen Regierungs-Befugnissen und ministeriellen Funktionen ausgestattet ist.

---

*) Reichstagsitzung vom 5. März 1878, sten. Ber. S. 340.
**) v. Seydel: Kommentar S. 185.
***) Laband: Staatsrecht 4. Aufl., Bd. I S. 232.

Das Ruhestandsrecht im höheren Militärdienst.

Von

Vize-Admiral a. D. **Hoffmann** in Baden-Baden.

Von Zeit zu Zeit entspinnt sich im Reichstage eine Debatte über das Verfahren bei der Verabschiedung der Offiziere des Heeres, anknüpfend an den Hinweis auf die steigende Belastung des Pensionsfonds. Die parlamentarische Unterhaltung verläuft stets in gleichartiger Weise bedeutungslos: In längeren Reden werden Uebelstände aufgedeckt und Beschwerden vorgebracht, die an sich eine Widerlegung nicht erfahren. Der Kriegsminister hält die Erklärung aufrecht: „Was geschieht, geschieht im Interesse der Wehrkraft des Vaterlandes", worauf aus der Mitte des Hauses eine begütigende Schlußbetrachtung folgt des Inhalts: „Wir mischen uns grundsätzlich nicht darein."

Von Zeit zu Zeit erscheint eine Broschüre über die Lage der inaktiven Offiziere, die in der Tagespresse in wohlwollenden Besprechungen nachklingt. Der Werth solcher Schriften bleibt durch die typische Abneigung der Verfasser, ihre Namen zu nennen, ein begrenzter. Trotzdem wird man nicht umhin können, solchen freimüthigen Betrachtungen, wie sie in einer jüngst erschienenen Schrift „Das Ende der Offizierlaufbahn"*) enthalten sind, ernste Bedeutung zuzuerkennen.

Aus diesen Reichstagserörterungen und Preßerzeugnissen, mag man darüber urtheilen wie man wolle, folgt eines unwiderleglich: es liegt ein Mißstand vor, ein Problem, dem Regierung, Parlament, öffentliche Meinung gern aus dem Wege gehen, weil die Frage eine recht schwierige ist. Gleichwohl wird man sich auf die Dauer der Nothwendigkeit, Wandel zu schaffen, nicht verschließen können. Es handelt sich nicht um eine ausschließlich innere Angelegenheit des Heeres. Es kommen hier nationale Interessen in Betracht, die die Wehrkraft gar nicht berühren. Es tritt ferner eine Lücke im deutschen Staatsrecht hervor, die der neueren Ent-

---

*) Das Ende der Offizierlaufbahn. Freimüthige Betrachtungen eines alten Offiziers über die Verabschiedungen. Von G. Berlin, R. Felix.

wicklung unseres Staatslebens nicht entspricht. Vor das Forum der Oeffentlichkeit gehört das Thema von der Versorgung der inaktiven Offiziere schon deshalb, weil die gesetzgebenden Faktoren sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben werden. Die Mißstände, welche im Folgenden besprochen werden sollen, sind durch die Gesetzgebung verschuldet und können nur durch die Gesetzgebung behoben werden.

Der höhere Militärdienst ist ein Lebensberuf, und der Offizier ist im juristischen Sinne Staatsbeamter. Diese Voraussetzungen bilden die Grundlage für die Gesetzgebung und für die Rechte und Pflichten der Offiziere.

Dementsprechend besagen die Motive zum Militärpensionsgesetz, daß die Regelung der Pensionsverhältnisse der Offiziere in Uebereinstimmung mit denen der Beamten durchgeführt werden soll, soweit es die besonderen militärischen Verhältnisse gestatten. Diese besonderen militärischen Verhältnisse haben aber im Gesetz keinen Ausdruck gefunden. Man wird nicht fehl gehen, wenn man sagt: das Militärpensionsgesetz ist von Juristen nach den Grundsätzen des deutschen Staatsrechts aufgestellt. Die militärische Mitarbeit ist von dem Bestreben geleitet gewesen, dem Offizier alle Vortheile zu sichern, welche dem Beamten zugedacht waren, andrerseits aber die besonderen militärischen Verhältnisse der Beurtheilung der gesetzgebenden Faktoren vorzuenthalten. Auf solche Weise ist ein für militärische Verhältnisse unzureichendes Gesetz zu Stande gekommen. Um dies zu erweisen, ist es erforderlich, die bezüglichen Gesetzesstellen des Militärpensionsgesetzes (M. P. G.) und des Reichsbeamtengesetzes (R. B. G.) auszugsweise einander gegenüber zu stellen:

M. P. G.	R. B. G.
§ 2. Jeder Offizier .... erhält eine lebenslängliche Pension, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes unfähig geworden ist und deshalb verabschiedet wird.	§ 34. Jeder Beamte ... erhält eine lebenslängliche Pension, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren in Folge eines körperlichen Gebrechens oder wegen Schwäche seiner körperlichen oder geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amspflichten dauernd unfähig ist und deshalb in den Ruhestand versetzt wird.

§ 27. Offiziere, welche Ansprüche auf Pension erheben und noch nicht das 60. Lebensjahr zurückgelegt haben, sind verpflichtet, ihre Invalidität nachzuweisen. Hierzu ist namentlich auch die Erklärung der unmittelbaren Vorgesetzten erforderlich, daß sie nach pflichtmäßigem Ermessen den die Pensionirung Nachsuchenden für unfähig zur Fortsetzung des aktiven Dienstes halten pp.

§ 53. Zum Erweise der Dienstunfähigkeit eines seine Versetzung in den Ruhestand nachsuchenden Reichsbeamten ist die Erklärung der demselben unmittelbar vorgesetzten Dienstbehörde erforderlich, daß sie nach pflichtmäßigem Ermessen den Beamten für unfähig hält, seine Amtspflichteu ferner zu erfüllen pp.

§ 34 a. Bei denjenigen aus dem Dienst scheidenden Beamten, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, ist eingetretene Dienstunfähigkeit nicht Vorbedingung des Anspruchs auf Pension.

Vergleicht man beide Gesetze und giebt zu, daß Invalidität dasselbe bedeutet, was in § 34 R. B. G. ausführlicher gesagt ist, so wird man finden, daß die Voraussetzungen für die Pensionirung von Offizieren und Beamten gesetzlich die gleichen sind. Nur der Anspruch auf Pension ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit tritt bei den Offizieren um fünf Jahre früher ein.

Wie ist es nun möglich, daß so viele rüstige Männer als pensionirte Offiziere vorhanden sind? Fast könnte man versucht sein, anzunehmen, daß die Klausel des 60. Lebensjahres durch eine Gesetzes-Novelle um 20 Jahre vor verlegt ist. Das ist aber nicht der Fall. Das Gesetz befindet sich dem Wortlaut nach in Kraft. Es entspricht aber nicht den besonderen militärischen Verhältnissen. —

Die Verabschiedung der Offiziere ist Kommando-Angelegenheit, die Versorgung der Verabschiedeten ist Verwaltungssache. Von der obersten Kommandogewalt wird es im rein militärischen Interesse für nothwendig gehalten, für die einzelnen militärischen Rangstufen durchschnittliche Altersgrenzen im Allgemeinen aufrecht zu erhalten. Demgemäß besteht die Praxis, daß alljährlich eine entsprechende Anzahl von Offizieren verschiedenster Grade aus verschiedensten Ursachen von der Zentralstelle aus auf dem Dienstwege veranlaßt werden, ihren Abschied

nachzusuchen. Das ist ein Recht der Kommandogewalt. Den Anspruch auf Pension zu erheben, ist Sache des Betroffenen. Es liegt aber nahe, daß der Befehl, der das Ausscheiden des Offiziers einleitet, die Unterlage für eine militärische Bescheinigung bietet, daß der den Abschied Nachsuchende unfähig zur Fortsetzung des aktiven Dienstes ist. Thatsächlich besteht also ein Zwiespalt zwischen den militärischen Forderungen der Kommandogewalt und den unzureichenden Voraussetzungen des Gesetzes, welcher durch einen Dienstbefehl überbrückt wird. Dieser Zwiespalt ist hervorgerufen durch die Aufrechterhaltung eines staatsrechtlichen Prinzips im Militärpensionsgesetz, das den militärischen Anforderungen nicht entspricht. Das Bedürfniß der Heeresorganisation geht dahin, einen großen Prozentsatz aktiver Offiziere im Alter zwischen vierzig und sechzig Jahren auszuscheiden. Diesem Bedürfniß kommt das Gesetz nicht entgegen.

Die Heeresorganisation sieht vor, daß die Klasse der Subaltern-Offiziere ausschließlich mit Aspiranten für die höheren Stellen besetzt ist. Dagegen ist die Klasse der Subaltern-Beamten wesentlich von Personen ausgefüllt, die in dieser Klasse ihre Laufbahn abschließen. Gesetzlich tritt das hervor durch die Einrichtung der Dienstalterstufen der Beamten, die bei den Offizieren nicht vorgesehen sind. Diese Organisation legt dem Staat die Verpflichtung auf, den Leutnants das Aufrücken in diejenigen Dienstgrade zu ermöglichen, die im höheren Militärdienst eine Lebensstellung eröffnen, das heißt die Klassen vom Hauptmann aufwärts. Es muß also auf die Schaffung von Vakanzen nach anderen Grundsätzen Bedacht genommen werden, als im höheren Beamtenthum, für das der Staat nur soviel Anwärter anstellt, als er für etatsmäßige Stellen voraussichtlich braucht. Aber auch abgesehen von der nothwendigen Rücksicht auf den Nachschub der die subalternen Offizierklassen füllenden Aspiranten für den höheren Militärdienst bedingen die besonderen Anforderungen an den Dienst der Offiziere in den verschiedenen Graden frühzeitiges Ausscheiden eines noch dienstfähigen Theils derselben. Auch wenn die Leutnantsstellen mit einem Personal besetzt wären, das in diesen Stellen dem Abschluß seiner Laufbahn entgegen sieht, würde sich die Nothwendigkeit ergeben, dem Uebertritt der Offiziere in den Ruhestand eine andere Rechtsgrundlage zu geben als dem der Beamten. Die Geeignetheit für die Dienstverrichtungen nicht des Leutnants allein, sondern auch

der Hauptleute und Stabsoffiziere nimmt mit höherem Lebensalter in dem Maße ab, wie sie für höhere Stellungen wächst. Für jene erheischt der Militärdienst neben unmittelbarem Einwirken auf die jugendlichen Elemente des Soldatenstandes mehr körperliche Anstrengung — für diese kommt in erhöhtem Maße Autorität den gereiften Elementen gegenüber und Erfahrung in Betracht. Das Alles trifft bei den Beamten, in ähnlichem Grade nach dem Lebensalter abgestuft, nicht zu.

Das sind die Gründe, welche die Tendenz: für die Pensionirung der Offiziere dieselben Grundsätze in Anwendung zu bringen wie für die Beamten, unzulänglich erscheinen lassen. Die Jugend als treibendes Element und das Lebensalter, beides ist in seiner Bedeutung für das militärische Leben von der Gesetzgebung nicht genügend gewürdigt worden. Die Unterscheidung, daß der bedingungslose Pensionsanspruch für den Offizier fünf Jahre früher beginnt als bei dem Beamten, ist praktisch gänzlich bedeutungslos. Sie giebt aber Zeugniß davon, daß man sich der Verschiedenheit der Verhältnisse wohl bewußt ist, man hat ihr nur nicht Rechnung zu tragen verstanden.

In der Praxis klammert man sich an das Auskunftsmittel, den Begriff der Dienstfähigkeit möglichst einzuengen, und kommt dadurch zu unhaltbaren Begriffen. Unter Berücksichtigung aller dienstlichen und außerdienstlichen, körperlichen und geistigen Momente eine feine Abstufung der Dienstfähigkeit eines gesunden, im rüstigen Mannesalter stehenden Offiziers wahrnehmen zu wollen, um darauf hin eine Voraussetzung des Pensionsanspruchs, wie das Gesetz verlangt, festzustellen — ein solches Vorgehen muß zu Widersprüchen führen.

Aber ist denn für die Pensionirung unter allen Umständen Dienstunfähigkeit erforderlich? Es ist sehr merkwürdig, daß es darüber an einer bündigen Gesetzesbestimmung fehlt. Es herrscht hier eine völlige Unklarheit.*) Das Reichsbeamtengesetz sieht für gewisse Beamten-Kategorien die einstweilige Versetzung in den Ruhestand vor unter Gewährung eines Wartegeldes gleich dem Höchstbetrage der dem Gehalt entsprechenden Pension (3/4 des Gehalts). Ein derartiges Dispositions-Verhältniß besteht für

*) Der Abgeordnete Lieber, der in juristischen Dingen nicht sehr firm war, sagte in einer Sitzung im Februar 1897 mit gewohnter Emphase: „**Wir** wollen nicht den wiederholt von uns aufs Bestimmteste präzisirten Grundsatz verleugnen, daß die Offizierpensionirung Sache der allerhöchsten Kommandogewalt ist.“ Es sollte wohl heißen Offizierverabschiedung.

Offiziere nicht. Die „Versetzung zu den Offizieren von der Armee" ist in § 19 M. P. G. als solches Dispositionsverhältniß aufgefaßt. Aber daß Offiziere oder Beamte vorübergehend Gehalt beziehen ohne zum Dienst herangezogen zu werden, ist ein hier nicht in Betracht kommender Ausnahme-Zustand, der bei Umbildung von Behörden, Neuformirung von Truppentheilen ꝛc. vorkommt. Inaktivitätsgehälter giebt es seit 1837 in der Armee nicht mehr, und die Stellung zur Disposition erfolgt ausnahmlos unter Gewährung der gesetzlichen, d. h. unter Voraussetzung der Dienstunfähigkeit den Dienstjahren entsprechenden Pension.

Daß der Offizier gegen seinen Willen in den Ruhestand versetzt werden kann, ohne zur Fortsetzung des aktiven Dienstes unfähig geworden zu sein, wird, wie es scheint, allseitig zugegeben. Wenn schon eine solche Versetzung bei Beamten für nothwendig gehalten wird, „wegen der Nothwendigkeit einer fortdauernden Uebereinstimmung in prinzipiellen Ansichten mit der leitenden Autorität", so argumentirt man, wie viel mehr muß das für den Offizier gelten. Die öffentliche Meinung, die liberale Presse nicht zum Wenigsten, fordert, daß Offiziere, welche ihre Dienststellung kompromittiren, unnachsichtlich entfernt werden sollen. Aber was sagt das Gesetz? Sollen solche Offiziere ohne Recht und ohne Versorgung bleiben? —

An Offiziere oder Beamte Pensionen im Gnadenwege zu bewilligen ist nicht angängig. Wohl aber wird es für *zulässig* erachtet, einen gegen seinen Willen aus nicht strafrechtlichen Gründen in den Ruhestand versetzten Offizier eine Pension zu bewilligen, sofern diese Versetzung als Stellung zur Disposition erfolgt. Diesen Grundsatz erwähnt, Laband im Staatsrecht des deutschen Reichs (4. Auflage Bd. IV S. 196) und stützt denselben durch Hinweis auf § 5 M. P. G., welcher lautet: Wird außer dem in § 2 bezeichneten Falle ein Offizier vor Vollendung des zehnten Dienstjahres dienstunfähig und deshalb verabschiedet *oder zur Disposition gestellt*, so kann demselben eine Pension entweder auf bestimmte Zeit oder lebenslänglich bewilligt werden." Die hervorgehobene Stelle wird also in dem Sinne interpretirt, als wenn sie selbständig lautete: „*oder wird ein Offizier zur Disposition gestellt.*" Aber warum findet sich dieser Satz, wenn ihm solche allgemeine Bedeutung zukommt, nicht im § 2 des Gesetzes? In § 5 erscheint er gewissermaßen eingeschmuggelt. Wenn nun Offiziere jederzeit mit *Pension* zur Disposition gestellt werden können, warum wird

nicht unter Hinweis darauf jede Einmischung des Reichstages kurz abgewiesen, wie das stets bei Kronrechten geschieht? Warum die ausweichenden Erklärungen? Warum überläßt man es dem Führer des Zentrums, zum Schutze der Gerechtsame der Kommandogewalt einzutreten? Immer aber bleibt noch der Zweifel bestehen, in wie weit ein so in den Ruhestand versetzter Offizier Ansprüche zu erheben berechtigt ist. Muß er sich auch mit Pension auf bestimmte Zeit begnügen? Bedarf es bei der Verabschiedung des zur Disposition gestellten Offiziers einer erneuten Regelung seiner Versorgung?

Wir gelangen somit zu dem Resultat:

a) daß das Recht der Kommandogewalt, Offiziere nicht nur ihrer Dienststellung zu entheben, sondern zu entlassen, unbegrenzt ist, —

b) daß Ansprüche auf Pension nur für Invaliden und solche, die das 60. Lebensjahr vollendet haben, gesetzlich vorgesehen sind, —

c) daß Gewährung von Pensionen nach den Sätzen des M. P. G. an alle entlassenen Offiziere nicht angefochten wird, —

d) daß die Stellung zur Disposition mit Pension und die Abschiedsbewilligung nur äußerlich verschiedene Formen der Entlassung bedeuten.

Es besteht also ein Gemisch von diskretionären Gewalten und Gesetzgebung, das — wenn auch Niemand vorerst daran rühren mag — auf die Dauer im modernen Rechtsstaat unhaltbar ist. Denn ein solches System diskreditirt diejenigen Einrichtungen, die es stützen soll. Der Gegensatz zwischen den Garantien, mit denen die Stellung der Beamten umgeben wird, und den Auszeichnungen, welche die Stellung der Offiziere zu heben bestimmt sind, ist zu augenfällig, als daß er nicht eine Rückwirkung auf das Ansehen des Standes ausüben muß.

Es handelt sich hier nicht sowohl um die materielle Lage der frühzeitig Verabschiedeten — auch diese wird einer ernsten Berücksichtigung bedürfen —, als vielmehr in erster Linie um die legale Grundlage des Ruhestandsrechts der Offiziere. Welches sind die Gründe, die eine klare gesetzliche Regelung dieser Verhältnisse bisher verhindert haben? Sicherlich die Aussichtslosigkeit der Verständigung zwischen den gesetzgebenden Faktoren, eine so weit gehende Vollmacht, wie sie die Kommandogewalt für erforderlich hält, gesetzlich festzulegen. In England und Frankreich sind für die militärischen Chargen Altersgrenzen fixirt, über welche hinaus kein

Offizier in Dienst belassen werden kann. Ein solches System erscheint der deutschen Heeresleistung zu schematisch, sie will in diesen Dingen freie Hand behalten. Dazu kommt die Erwägung, daß eine schematische Festlegung die finanzielle Lage der inaktiven Offiziere nicht verbessern würde. Man muß zugeben, daß in dem Rahmen des herrschenden Systems Alles geschieht, was dazu beitragen kann, dem Einzelnen möglichst hohe Bezüge zuzuwenden. Die Auslegung des Gesetzes ist im Allgemeinen eine äußerst wohlwollende. Da nun keine Gesetzgebung die bittere Nothwendigkeit aus der Welt schaffen kann, Offiziere in den Ruhestand zu versetzen, die noch dienstfähig sind, so läßt man den Dingen ihren Lauf. Es bleibt bei der Theorie: Voraussetzung für den Anspruch auf Pension ist die Untauglichkeit zur Fortsetzung des Dienstes oder das Lebensalter von mehr als 60 Jahren. Es bleibt bei der Praxis: Verabschiedung nach Bedarf.

Es kann nicht oft genug vor der Oeffentlichkeit auf die mißliche Lage der in den Ruhestand versetzten Offiziere hingewiesen werden. Die schon erwähnte Schrift „Das Ende der Offizierlaufbahn" verdient von allen denen eingehend studirt zu werden, welche sich, ohne selbst dem Offizierstande anzugehören, über die Aussichten ihrer Söhne oder Schwiegersöhne in der Armee orientiren wollen. Das Ende der Offizierlaufbahn fällt der Regel nach in ein Lebensalter, in welchem in allen anderen höheren Berufen die Erwerbsthätigkeit ihren Höhepunkt zu erreichen pflegt, um dann Jahrzehnte lang auf dieser Höhe zu verbleiben. Beim Offizier aber besteht dieser Höhepunkt im besten Fall darin, daß er eine Pension erdient hat, die ihn, falls er seine Söhne ins Kadettenkorps schickt, vor Mangel schützt. „Daß er seinem Berufe entrissen und zum Müßiggang gezwungen wird", sagt die erwähnte Brochüre, „das ist sein Unglück, größer noch als die wirthschaftliche Nothlage.... Es handelt sich nicht um gescheiterte Existenzen, wenngleich das Ende der Offizierlaufbahn für alle, die es nicht mindestens zum General bringen, ihrer verhältnißmäßigen Jugend halber den äußeren Anschein des Scheiterns im Beruf allerdings bietet. Es ist wohl das härteste, was es für den anständigen Mann giebt, bei voller Rüstigkeit zur Arbeitslosigkeit verdammt zu sein. Vergessen wir nicht, daß es sich um Arbeit, um nutzbringende Arbeit handelt, nicht um leere Beschäftigung. . . ." —

Wie kann nun dieser anerkannte Uebelstand gemildert werden? Wenn die Zahl der als Aspiranten für höhere Stellen einge-

stellten Subalternoffiziere nicht eingeschränkt werden kann im Verhältniß zur Zahl der höheren Offiziere, so bietet sich das Mittel, die Offiziere in den hohen und höchsten Stellungen so kurze Zeit wie möglich zu belassen, um recht viele diese Stellungen mit einer auskömmlichen Pension passiren zu lassen. Ich glaube, dies geschieht in solchem Maße als sich nur irgend mit dem Interesse des Dienstes vereinigen läßt. Ein anderes Mittel wird darin gefunden, die unteren Grade mit Offizieren zu füllen, die nicht darauf angewiesen sind in der Offizierlaufbahn ihren Lebensberuf zu finden, sondern die der Ehre wegen vorübergehend ihre Dienste der Armee widmen. Leider giebt es nicht viele solche Leute. Die Fiktion, daß man durch Staatssubvention einen Stand kräftigen müsse, der dem Staat Offiziere liefert, etwa — wie in neuester Zeit oft betont — durch Begünstigung der Fideikommisse und Steigerung der Kornzölle den Großgrundbesitz — diese Fiktion ist nicht aufrecht zu erhalten. Es liegt weder im Interesse der Wehrkraft, noch ist sie darauf angewiesen, die Offiziere aus umgrenzten, zu diesem Zweck zu begünstigenden Klassen zu ergänzen. Der Zustrom zur Offizierlaufbahn aus den hochgebildeten und unabhängigen Klassen der Nation ist stark genug. Aber immer weitere Kreise kommen unausbleiblich mit dem Offizierstande in Berührung, immer mehr werden die Anforderungen an den Bildungsgrad der Offizieraspiranten gesteigert. Da macht sich immer dringender das Bedürfniß geltend nach einer anderweitigen Regelung des Uebertritts in den Ruhestand auf gegenwärtig nicht ausreichend vorhandener gesetzlicher Grundlage. Und zwar nach zwei Richtungen:

1. Versetzung in den Ruhestand mit Wartegeld für diejenigen frühzeitig verabschiedeten Offiziere, welche sich auch weiter zur Verfügung der Militärbehörden halten sollen.

2. Pensionirung ohne Nachweis der Invalidität und weitere Erleichterung des Uebertritts in einen anderen Beruf für diejenigen, welche ihre Beziehungen zur Armee gänzlich lösen wollen, nach Erreichung eines für jeden Dienstgrad festzusetzenden Lebensalters.

Die Versetzung in den Ruhestand mit Wartegeld entspricht der einstweiligen Versetzung in den Ruhestand, wie sie bei den politischen und Konsular-Beamten gesetzlich vorgesehen ist. Diese Beamten beziehen, wenn sie in den Ruhestand treten, stets den Höchstbetrag der Pension ihrer Dienststellung, vorausgesetzt, daß diese den Betrag von 9000 Mark nicht übersteigt. Offiziere des Heeres dagegen, wenn sie nicht bis zum Generalleutnant aufsteigen,

erreichen kaum jemals den Höchstbetrag der Pension ihres Grades. Daß die Armee einer Kategorie inaktiver Offiziere bedarf, die sich verpflichten, noch weiter zur Verfügung der Heeresverwaltung zu bleiben, ist bekannt. „Die Kategorie der zur Disposition gestellten Offiziere", schreibt der Reichskanzler unterm 28. Mai 1871, „hat sich dadurch gebildet, daß es ein Erforderniß ist, bei eintretenden besonderen Ereignissen, besonders bei Mobilmachungen, eine große Zahl von inaktiven Offizieren bei den stellvertretenden Stäben, bei den Ersatz- und Besatzungstruppen, bei dem Etappen- und Lazarethwesen u. s. w. zu verwenden. Diese Offiziere müssen aus der allgemeinen Zahl der pensionirten Offiziere ausgesondert werden, weil die Behörden ihre Brauchbarkeit kontroliren müssen und weil sie selbst auch ihre Verhältnisse derartig zu ordnen haben, daß sie beim Eintritt der Mobilmachung für die Einstellung bereit sind."*) Diese Darlegung enthält die Begründung für den obigen Vorschlag 1. Gegenwärtig appellirt man an das Standesbewußtsein der verabschiedeten Offiziere, ohne irgendwelche Gegenleistung sich in der vorbezeichneten Art bereit zu halten. Die Stellung zur Disposition aber wird ausgesprochen, entweder als eine bevorzugte Form der Verabschiedung (bei Generalen u. s. w.) oder beim Uebertritt in diejenigen Stellen des aktiven Dienstes, die auf den Pensionsfonds übernommen sind und mit denen behufs Fortbezugs des chargenmäßigen Einkommens eine Zulage aus dem Heeresetat verbunden ist. Dadurch, daß es eine Kategorie zur Disposition gestellter Offiziere im Sinne obiger Erklärung nicht mehr giebt, ist die Heeresleitung darauf angewiesen, die verabschiedeten Offiziere thunlichst an sich zu fesseln. Will man aber im Interesse des Gemeinwohls den vorbehaltlos ausscheidenden Offizieren den Uebertritt in freie Berufsarten in noch zu erörternder Weise möglichst erleichtern und begehrenswerth machen, so gewinnt die Schaffung eines Dispositionsverhältnisses auf veränderter Grundlage, d. h. nach Analogie des Dispositionsverhältnisses der einstweilig in den Ruhestand versetzten Beamten, wieder erhöhte Bedeutung.

Der entscheidende Schritt nun in der Richtung, die verabschiedeten Offiziere in anderen Berufsarten zum Nutzen des nationalen Wohlstandes ganz allgemein mehr als bisher produktiv verwendbar zu machen, würde sein ein Gesetz, welches den Uebertritt in den Ruhestand ohne die Voraussetzung der Dienstunfähigkeit zum Gegenstande hat.

*) Drucksachen des Reichtages 1871.



Eine Pensionirung ohne die Voraussetzung der Unbrauchbarkeit, oder gar ein Recht auf Pension ohne solche Voraussetzung steht nun allerdings mit dem Staatsdienerrecht, wie es sich in Deutschland entwickelt hat, in bösem Widerspruch. Selbst das Recht auf den freiwilligen Austritt aus dem Dienstverhältniß unter Aufgabe aller Rechte wird nur bedingt zugestanden (d. h. staatsrechtlich den Beamten zwar entgegen dem Preußischen Landrecht zuerkannt, aber den Offizieren immer noch abgesprochen). Für den Anspruch auf Pension aber gilt prinzipiell die dauernde Unfähigkeit zur Erfüllung der Dienstpflichten. „Hätte der Staatsdiener ein Recht, die Pensionirung zu verlangen", sagt H. Rehm, „so könnte es kommen, daß der Staat um den Dienst noch hinreichend arbeitsfähiger Diener gebracht würde".*)

In Konsequenz dieser Rechtsanschauung ist das Prinzip der Altersgrenzen, welches in der Militärpensions-Gesetzgebung anderer Länder adoptirt ist, in Deutschland nicht zur Anwendung gekommen. Man hat vor der Nennung einer Altersgrenze in der Reichsgesetzgebung eine merkwürdige Scheu getragen. Nach dem ersten Entwurf bestimmte § 28 M. P. G., daß eine Dienstzeit von vierzig Jahren vom Nachweise der Invalidität befreit. Der Reichstag änderte diese Bestimmung dahin, daß das zurückgelegte 60. Lebensjahr in Stelle der 40jährigen Dienstzeit diese Wirkung ausübe. Trotzdem sehen die Motive zum R. B. G. ein Jahr später von der Gewährung eines Altersrechts auf Pensionirung ausdrücklich deßhalb ab, „weil einem wirklich altersschwach gewordenen Beamten die gewünschte Quieszirung ohnehin nie versagt werden wird." Ein Recht auf Pensionirung wurde damals also fast ängstlich abgewehrt.

Aber nachdem nun einmal das 60. Lebensjahr im M. P. G. vom Nachweise der Invalidität gesetzlich befreit, so ist nicht einzusehen, weshalb man dabei stehen bleiben soll. Wenn alle Welt darüber einig ist, daß ein durchaus gesunder Mann von 45 Jahren zu alt zum Hauptmann ist, warum setzt man für ihn das Lebensalter des freiwilligen Austritts (denn das bedeutet doch praktisch das Gesetz) auf 60 Jahre fest?

Das Für und Wider in Bezug auf obligatorische Altersgrenzen für die einzelnen Dienstgrade der Offiziere soll hier nicht erörtert werden. Die Einführung solcher halte ich für entbehrlich. Die Machtbefugniß der Kommandogewalt, den Offizier auch gegen

*) H. Rehm „Die rechtliche Natur des Staatsdienstes nach deutschem Staatsrecht" in Hirths Annalen 1885.

seinen Willen und bei voller Dienstfähigkeit in den Ruhestand zu versetzen, besteht und wird als nothwendig anerkannt. Eine Anstellung auf Lebenszeit im Sinne des Beamtenrechts ist für den Offizier nicht zu konstatiren. Demgegenüber muß es als gerechtfertigt erscheinen, auch ein Recht auf freiwilligen Uebertritt in den Ruhestand mit Pension ohne den Nachweis der Dienstunfähigkeit unter gewissen Voraussetzungen — d. h. bei einem für jeden Dienstgrad festzusetzenden Lebensalter — gesetzlich vorzusehen.

Man wird einwenden, daß eine solche Form praktisch ohne Belang sei, da ja der Nachweis der Dienstunfähigkeit bei der milden Handhabung des Gesetzes nicht schwer fällt. Aber eine solche Gesetzesbestimmung wandelt das ganze Verabschiedungsverfahren und stellt es auf legale Basis.*) Auch für den, der genöthigt wird, seine Verabschiedung nachzusuchen.

Es kommt hier noch wesentlich ein gewichtiges öffentliches Interesse in Betracht: die laxe Handhabung des Nachweises der Invalidität ist ein schwerwiegender Uebelstand in einem Lande, welches die Fürsorge für alle Erwerbsunfähigen zu einer Aufgabe des Staats gemacht hat. Ebenso wie jetzt Offiziere zum Zweck der Pensionsgewährung als dienstunfähig bezeichnet werden, weil man sie außer Verwendung setzen will zu Gunsten des jungen Nachwuchses, ebenso ist der Fall denkbar, daß man Arbeiter zum Zweck der Zubilligung einer Invalidenrente als erwerbsunfähig bezeichnet in Zeiten, wo es an Arbeitsgelegenheit fehlt und die Arbeiterschaft auf Kosten der Allgemeinheit befriedigt werden soll. Daß die Fürsorgeeinrichtungen für Offiziere und Beamte hier eine Präcedenz schaffen, muß streng vermieden werden. Darum ist die Gewährung einer Pension auf Antrag ohne Nachweis der Invalidität als ein Recht, das aus dem Verhältniß des Staatsdienstes als eines Vertragsverhältnisses folgt, gesetzlich festzulegen in scharfer Unterscheidung von der allgemeinen Fürsorgepflicht des Staats für die erwerbsunfähigen Staatsangehörigen.

*) Es ist keineswegs gleichgültig, sondern für jeden feinfühligen und selbstbewußten Mann peinlich, sich vor die Alternative gestellt zu sehen, entweder auf seine Pension zu verzichten oder sich als dienstunfähig bezeichnen zu lassen. Daß weite Kreise hierfür ein Verständniß haben, beweist die Gesetzesnovelle vom 21. April 1886, die den Pensionsanspruch des 65jährigen Beamten (§ 34a R. B. G.) nachträglich in das Reichsbeamtengesetz hineingebracht hat mit der Motivirung, daß dem betagten Beamten die Möglichkeit gewährt werden soll, auch ohne Anerkenntniß seiner Dienstunfähigkeit seine Pensionirung zu beantragen. (Vergl. Pieper: „Das Reichsbeamtengesetz und seine Ergänzungen.")

Ein solches Recht ist an sich nichts Unerhörtes. Es besteht in der englischen Armee und Marine. Neben einer Altersgrenze, über welche hinaus Niemand im Dienst belassen werden darf, ist dort eine frühere freiwillige Altersgrenze für jeden Dienstgrad vorgesehen.

Allerdings gewinnt dieses Recht auf Pension ohne Invalidität erst seine ganze praktische Bedeutung durch die Möglichkeit, einen Theil der zuständigen Pension unter gewissen Voraussetzungen in eine Kapitalszahlung umzuwandeln. Die Ablösung — Kommutirung — eines Theils der Pension ist eine Einrichtung, die sich in Deutschland meines Wissens nirgends findet. Sie wird auf viele bureaukratische Bedenken stoßen. Ihre Tendenz wird nicht in Einklang befunden werden mit dem herkömmlichen Prinzip der patriarchalischen Fürsorge und Ueberwachung, die man dem verabschiedeten Offizier zuwendet.

Der Zweck der Kapitalszahlung läuft darauf hinaus, dem Verabschiedeten in erhöhtem Maße den Uebertritt ins bürgerliche Leben zu erleichtern. In Stelle einer Pension, von der er weder leben noch sterben kann, erhält er ein Kapital, das ihn in den Stand setzt, an einem gewerblichen Unternehmen sich zu betheiligen, in den Kolonien sein Heil zu versuchen, oder einige Studienjahre sorgenfrei zu verbringen, um mit einem reellen Fonds von Kenntnissen ein neues Leben zu beginnen. Ein kleines Kapital regt den Unternehmungsgeist an, der Kapitalist ist überall willkommen. Eine beschränkte Pension dagegen lähmt die Thatkraft, der Pensionär wird ungern geduldet. Dabei ist wesentlich, daß die Ablösung eines Pensionsbetrages nicht bei der Pensionirung selbst, sondern später jeder Zeit beantragt werden darf.

Ich kann mir denken, daß eine solche Kapitalsgewährung nicht nur dem Wirklichen Geheimen Finanzrath, sondern auch manchem Königlich Preußischen Militär als eine gefährliche Neuerung erscheinen mag. Geht doch das Streben vielmehr dahin, den verabschiedeten Offizier auch weiter die Ehren des Standes als einen Theil seiner Bezüge ansehen zu lassen, ihn dem Staat zu erhalten durch Titel und Uniform, Standesaufsicht und Ehrengericht. Demgegenüber wird hier eine Ermunterung zu gänzlicher Standesemanzipation angeregt. Aber diese Einrichtung ist nichts Unerhörtes. Sie besteht in England und man macht dort in ausgiebiger Weise davon Gebrauch. (Siehe Anmerkung am Schluß.) Die Zulässigkeit ergiebt sich aus der Theorie, daß durch den Staatsdienst nicht nur ein laufendes Einkommen, sondern auch eine sich ansammelnde Rücklage

für spätere Versorgung erworben wird. Die Einrichtung einer Kapitalzahlung in Stelle einer Pension ist international vielfach da üblich, wo Ausländer im Staatsdienst fungiren. Wenn es — wie im Militärdienst — in Frage kommt, noch schaffenskräftige rüstige Personen aus ihrem Lebensberuf ausscheiden zu lassen, so hat die Kapitalszahlung unleugbare national-ökonomische Vorzüge. Wenn ein Major oder Hauptmann dadurch, daß er auf einen Theil seiner Pension verzichtet, ein Kapital von 20000 Mark in die Hand bekommen kann, so ist das ein ganz anderer Antrieb seine Arbeitskraft produktiv nutzbar zu machen, als von einer monatlich zahlbaren Pension von jährlich 3000 Mark sich durchzuschlagen. Man wird dem Deutschen nicht das Armuthszeugniß ausstellen wollen, daß er ein Kapital schlechter zu nutzen verstehe, als der Engländer.

Ich fasse meine Vorschläge dahin zusammen: Um die rechtliche Stellung der in den Ruhestand tretenden Offiziere zu verbessern ist eine Ergänzung des Militärpensionsgesetzes nach drei Richtungen erforderlich.

1. Befugniß der Heeresleitung in etatsmäßig festzustellenden Grenzen Offiziere unter Stellung zur Disposition mit einem Wartegeld von 3/4 des Diensteinkommens (bis zum Höchstbetrage von 9000 Mark) in den Ruhestand zu versetzen.

2. Berechtigung der Offiziere vom Hauptmann aufwärts, sofern sie das 40. Lebensjahr (bezw. in höheren Dienstgraden ein höheres Alter) überschritten haben, die Verabschiedung mit der gesetzlichen Pension zu beantragen ohne Nachweis der Invalidität.

3. Zulässigkeit der Kapitalabfindung in Stelle der Pensionirung (Kommutirung eines Theils der Pension) auf Antrag nach besonderen Vorschriften. —

Solche Gesetzesvorschriften können nicht die Härten aus der Welt schaffen, die mit dem Ausscheiden aus dem militärischen Beruf in schaffensfreudigem Alter für die Offiziere verknüpft sind. Aber sie sind geeignet, den Uebergang der aktiven Offiziere in den Ruhestand auf eine legale Basis dem Rechtsbewußtsein entsprechend zu heben, das Ansehen der pensionirten Offiziere zu erhöhen und ihre Arbeitskraft mehr als bisher der Nation produktiv zu erhalten.

Die vorstehenden Erörterungen lassen eine empfindliche Lücke Es fehlt die statistische Unterlage, um die finanzielle Tragweite zu übersehen. Mehrausgaben erwachsen aus den Wartegeldern, die an Stelle von Pensionen treten bei frühzeitigem Uebertritt in den

Ruhestand. Minderausgaben dagegen sind zu erwarten, wenn der Uebertritt in andere Berufe erleichtert wird für diejenigen Offiziere, welche nach Lebensalter und Dienstgrad sich sagen müssen, daß ihre Aussichten im militärischen Leben gering sind. Die damit offenbar schwindende Rücksicht, möglichst viele Offiziere in hohe Stellungen aufrücken zu lassen behufs einträglicherer Ruheversorgung, ist ein wesentlicher Gewinn. Naturgemäß können sich Vorschläge solcher Art nur auf Grund unzugänglichen amtlichen Materials zu brauchbaren Entwürfen verdichten.

Die deutschen Staatsrechtslehrer betonen, daß Deutschland vermöge seines Staatsdiener-Rechts die Heimath eines unvergleichlich hochstehenden Beamtenthums geworden sei. Mögen sie darauf hinwirken, daß die Lücke in der Gesetzgebung, welche ich hier nachgewiesen zu haben glaube, ausgefüllt werde.

Wenn sich der Staatsdienst in Deutschland bisher unabhängig von fremdländischem Einfluß aus deutscher Rechtsauffassung herausgebildet hat (ich zitire hier H. Rehm), so ist das kein Grund, bewährte fremdländische Einrichtungen abzulehnen. Das deutsche Staatsdiener-Recht muß auch in Bezug auf den höheren Militärdienst zu einem der neueren Entwicklung des gesammten Staatslebens entsprechenden gestaltet werden.

Ich habe es im Vorstehenden vermieden, Organisationsfragen zu berühren. Wenn ich Einrichtungen der englischen Marine erwähnt habe, so hat das mit Organisation nichts zu thun. Ich kann jedoch nicht umhin, in Bezug auf die Marine eine deutsche Organisationsfrage wenigstens zu streifen. Ich stelle die Zusammensetzung des Seeoffizierkorps der englischen Marine 1901 derjenigen des deutschen Flottengesetzes für 1920 gegenüber.

Englische Marine 1901		Deutsche Marine 1920	
Admirals . . . . Captains . . . . Commanders, incl. Staff.-Cpt. u. Cmd. (33) . . .	630*)	Admirale . . . . Kapitäne z. See . . . . Fregatten- und Korvetten-Kapitäne	358**)
Lieutenants	1184	Kapitänleutnants und Oberleutnants z. See	1102
Sublieutenants	**350**	Leutnants z. See	**628**

*) Nach Rangliste Oktober 1901 davon unbeschäftigt: 117 das sind 17%.
**) Nach Anlage III. der Flottengesetzes-Novelle davon unbeschäftigt: 73 das sind 20% (Hälfte der Reserve-Schlachtflotte, Ausland-Ablösung, 5% Zuschlag).

[illegible]

Anmerkung.

Auszug aus den Bestimmungen der englischen Admiralität vom 15. März 1889 [illegible] (commutation of pensions).

1. Ablösbar (commutable) sind [illegible] aller Offiziere, Deckoffiziere und [illegible] lagen für Wunden ꝛc., auch wenn der Empfänger [illegible] Dienst verbleibt.)

2. Kein Offizier darf eine Pension [illegible] Alter für freiwilligen Uebertritt in den [illegible]

3. Kein Offizier darf mehr als die Hälfte seiner Pension [illegible] lösen. In jedem Falle muß ihm eine Pension von [illegible] mindestens 80 Lstr. verbleiben.

4. Anträge auf Pensionsablösung gehen [illegible] gabe des Pensionsbetrages — nicht Kapitals — [illegible] Diese hat freies Ermessen, ob dem Antrage [illegible] soll. Insbesondere werden Anträge [illegible] böswilligen Verlassens der Familie [illegible] oder in ähnlichen Fällen.

5. Genehmigte Anträge [illegible] stellung einer besonderen Behörde (commutation board), [illegible] Erhebungen anstellt, wie sie bei den [illegible] sind, über Gesundheit und Lebensweise des [illegible] kann auch eine ärztliche Untersuchung [illegible]

Hiernach wird der Antragsteller einer [illegible] indem seinem Lebensalter im Falle eines [illegible] hinzugerechnet werden. Diese Feststellungen [illegible] unterbreitet, das die zu gewährende [illegible] der Antragsteller mit dieser Feststellung [illegible] seinen Antrag zurückgeben.

Ist der [illegible]

[illegible]

6. Die Ablösungssumme beträgt für je 100 Lstr. Jahrespension (auszüglich):

Lebensalter (Festgesetzte Altersklasse)	Einmal zahlbares Kapital
40	1338 £ 17 sh 1 d
45	1255 „ 16 „ 8 „
50	1145 „ 7 „ 3 „
55	1030 „ 7 „ 0 „
60	919 „ 16 „ 0 „

7. Offiziere des Ruhestandes, die ihre Pension kommutirt haben, werden nur dann in der Rangliste weiter geführt, wenn sie alljährlich der Admiralität schriftlich angeben, daß sie noch leben.

Lebensalter des freiwilligen Uebertritts in den Ruhestand (age for optional retirement).

Lieutenant (Armeerang Hauptmann-Major)	40
Commander (Armeerang Oberstleutnant)	45
Captain (Armeerang Regiments-Kommandeur)	50
Rear-Admiral (Armeerang Generalmajor)	55

Die Philosophie auf den höheren Schulen.

Von

Ferdinand Jakob Schmidt.

Ob und wie der Unterricht in der Philosophie für die höheren Lehranstalten nutzbar zu machen sei, ist gegenwärtig wiederum eine viel erörterte Frage. Es gab ja einmal eine Zeit, wo die philosophische Propädeutik noch einen festen Lehrgegenstand der Prima bildete, aber schon die preußischen Lehrpläne vom Jahre 1882 enthalten die Klage, daß die Lehrbefähigung zu diesem Unterricht verhältnißmäßig selten sei, und die Behörde stellte daher diesen Betrieb „dem Ermessen des einzelnen Direktors mit den dazu geeigneten Lehrern anheim". In der folgenden Zeit muß es aber damit immer noch schlimmer geworden sein, denn in den Lehrplänen vom Jahre 1891 ist von einer selbständigen Behandlung dieses Gegenstandes überhaupt nicht mehr die Rede. Freunde der Philosophie haben dieses Verfahren der Unterrichtsbehörde als eine Unterlassungssünde angerechnet, aber mit Unrecht; denn diese war nach der Lage der Dinge gar nicht im Stande, anders zu handeln. Wie hätte die Behörde für ein Fach eintreten können, das unter dem vorherrschenden Betriebe inzwischen allmählich alle öffentliche Bedeutung und jede allgemeinere Theilnahme verloren hatte.

Die wirkliche Philosophie wird heut nur noch im Verborgenen von einem kleinen Häuflein gepflegt. Die herrschende Richtung aber, die in der Literatur und in der Oeffentlichkeit das Wort führt, hat den wahrhaft philosophischen Geist immer mehr erstickt. Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß unter dieser Richtung der psychologische Positivismus zu verstehen ist. Unbillig wäre es freilich, wollte man diesem Positivismus, der sich bald empirische Psychologie, bald Psychophysik oder physiologische Psychologie nennt, seine mannigfachen Verdienste streitig machen; auch soll die Berechtigung und Bedeutung dieses

Wissenschaftszweiges in keiner Weise in Frage gestellt werden, aber das war die gefährliche Selbsttäuschung, daß diese Psychologistik sich selber für Philosophie ausgab und dieses Gebiet ihrerseits usurpirte. Die verhängnißvolle Folge davon war, daß die Philosophie selber und damit ein wesentliches und unentbehrliches Gebiet alles höheren geistigen Lebens in unserem Volke nahezu völlig verkümmerte.

Wir werden die Gründe dafür noch anzugeben haben. Aber, daß es soweit gekommen ist und zwar unter der Herrschaft des psychologischen Positivismus, diese Thatsache muß als solche zuerst ins Auge gefaßt werden. Es ist geradezu erschreckend, welcher Tiefstand auf dem Gebiete des philosophischen Denkens in unserem Kulturleben eingetreten ist, und diese Gefahr ist den Meisten nur deshalb noch nicht zum Bewußtsein gekommen, weil sie nach dem Stande ihrer heutigen Bildung gar nicht ahnen, wo die wahre Ursache so mancher Verwüstungen unseres geistigen Lebens zu suchen ist. Ich begrüße es daher, daß Prof. Rehmke (Greifswald) in Bezug hierauf einmal mannhaft die ungeschminkte Wahrheit ausgesprochen hat in seinem jüngsten Aufsatz über philosophische Propädeutik (Monatsschrift für höhere Schulen). Daselbst heißt es: „Die letzten dreißig, ja vierzig Jahre des 19. Jahrhunderts haben so manche Klage über den Niedergang des philosophischen Studiums auf den Universitäten hören müssen. War der augenblickliche Stand der Philosophie daran schuld? Oder lag es an den vermehrten Anforderungen, welche die besonderen Fachstudien an den Einzelnen stellten? Oder lenkte die Gegenwart das Interesse und die Aufmerksamkeit dringend und zwingend auf anderes, zwar auch außerhalb des eigentlichen Fachstudiums liegendes, Wissenswerthe? Wie auch die Antwort auf diese Frage fallen mag — wir wollen sie hier unerörtert lassen — an der Thatsache des Rückganges des philosophischen Studiums ist nicht zu zweifeln, selbst dann nicht, wenn auch, und dies vielleicht gar nicht selten, noch heute manch ein Professor der Philosophie seinen Hörsaal mit Zuhörern gefüllt sieht, denn eine tiefgehende, über Doktor- und Staatsprüfnng hinaus nachhaltige Wirkung auf den Einzelnen wird auch er nur selten zu verzeichnen haben. Dieser Umschwung in der Stellungnahme zum philosophischen Studium zeichnet sich deutlich in unseren höheren Schulen und ihren Lehrkörpern ab. Ich meine nicht weit vom Ziel zu treffen mit der Behauptung, daß mit nicht gar vielen Ausnahmen unsere heutigen, auf Uni-

versitäten gebildeten Lehrer von den philosophischen Problemen, der Geschichte ihrer Lösungen und dem gegenwärtigen Stande wenig wissen und sich demzufolge auch gar nicht oder doch herzlich wenig noch um Philosophie kümmern. Ich beklage dies aufs Tiefste, nicht nur um der philosophischen Wissenschaft selber willen, die gar manchen bedeutenden Förderers somit verlustig gegangen ist und geht, sondern auch um der höheren Schule und ihrer Schüler willen, die eben der Philosophie gar zu sehr entrückt werden, wenn die Lehrerschaft selber der Philosophie nicht nahe geblieben ist." — Unter diesen Umständen mußte es geradezu als geboten erscheinen, daß die Behörde 1891 auf den philosophischen Unterricht in den höheren Schulen verzichtete. Wenn gleichwohl heut sich eine stärkere Bewegung kund giebt, die philosophische Propädeutik wiederum einzuführen, obwohl das wirkliche Studium der Philosophie noch immer nur in geringem Maße gepflegt wird, so müssen inzwischen innere Gründe triebkräftig geworden sein, die einer eingehenden Untersuchung bedürfen.

Hierbei handelt es sich für uns darum, nicht diese oder jene Meinung darüber zum Ausdruck zu bringen, sondern den prinzipiellen Standpunkt ausfindig zu machen, von dem aus diese Frage beurtheilt werden muß. Es wird dabei auf die Prüfung folgender drei Kardinalpunkte ankommen: 1. wodurch unterscheidet sich philosophische Erkenntniß von aller anderen Erkenntniß überhaupt; 2. unter welchen Umständen ist es nothwendig, den Unterricht in der Philosophie bereits auf den höheren Schulen einzuleiten und 3. welcher Weg ist dabei der zweckmäßigste?

I.

Es ist eine sehr bemerkenswerthe Thatsache, daß unter der Vorherrschaft des positivistischen Geistes das klare Verständniß für die spezifische Aufgabe derjenigen Erkenntnißart, welche als die *philosophische* bezeichnet wird, völlig verloren gegangen ist. Trotz der nachdrücklichen Warnung Kants, die Grenzen der Wissenschaften nicht willkürlich in einander laufen zu lassen, herrscht heut in dieser Beziehung eine Verwirrung ohne Gleichen; mit der Verkümmerung des philosophischen Denkens hat auch die strenge Schulung nach dieser Seite hin aufgehört, und die Fähigkeit, ein philosophisches Problem rein und sicher abzugrenzen, gehört heut zu den größten Seltenheiten. Nehmen wir zum Beispiel die ethische Literatur, so giebt es nur äußerst wenige Arbeiten, in denen das philosophische

Problem dieser Disziplin streng von dem empirischen geschieden ist. Nachdem die positivistischen und psychologistischen Wortführer einmal dekretirt haben, daß die Ethik eine ausschließlich empirische Wissenschaft sei, hat das Verständniß dafür aufgehört, daß es etwas durchaus anderes ist, das unveränderliche Wesen des sittlichen Seins als solches zu begreifen und andererseits die biologischen und kulturellen Bedingungen der fortschreitenden Verlebendigung dieses Wesens in der geschichtlichen Entwicklung festzustellen. Und wo die Oberflächlichkeit am größten ist, da wird flugs das Dogma aufgestellt, daß alles Wesen eben nur aus der Entwicklung seines Erscheinungsdaseins zu ermitteln und rein an sich selber nicht faßbar sei. Worin die philosophische Aufgabe der Ethik besteht, ist daher kaum noch dem Namen nach bekannt, und ein seichter Relativismus herrscht in unserer Zeit an allen Ecken und Enden.

Wollen wir nun wissen, um welches Problem es sich in der philosophischen Erkenntniß handelt, so dürfen wir meines Erachtens nicht so verfahren, daß wir zu den zahlreichen Definitionen des Begriffs „Philosophie" abermals eine neue hinzufügen; denn als solche würde diese Worterklärung dem Streit genau so ausgesetzt sein wie die früheren. Demgegenüber glauben wir nur so zu einem entscheidenden Ergebniß gelangen zu können, daß wir entgegen dem bisherigen Verfahren statt von dem Namen vielmehr von dem sachlichen Befunde ausgehen.

Soviel Streit auch sonst unter den Philosophen herrscht, so dürfte doch darüber im Wesentlichen Einigkeit herrschen, daß alle Wissenschaft überhaupt es mit der Erkenntniß des Seienden zu thun habe. Der Begriff des Seins blieb schwankend, aber zum mindesten seit Kant sind die wirklichen Forscher auch darüber einig, daß dieses für die wissenschaftliche Erkenntniß in Betracht kommende Sein kein transszendentes sein könne, sondern daß es einerseits in der Erfahrung irgendwie gegeben sein muß, und daß die darauf gerichtete Erkenntniß andererseits durch Erfahrung wiederum bestätigt werden müsse. Mag es immerhin eine auf das Transszendente gehende Spekulation geben, so hat diese doch seit der „Kritik der reinen Vernunft" innerhalb der strengen Wissenschaft keine Stätte mehr. Es ist ein unumstößlicher Satz, daß die Wissenschaft auf die Erkenntniß des Erfahrungsseins eingeschränkt ist.

Da nun dieses Erfahrungssein sich uns als ein einheitlicher Zusammenhang von mannigfachen äußeren und inneren Be-

stimmungen darstellt, so muß es naturgemäß zwei verschiedene Erkenntnißarten geben, durch deren Vereinigung wir erst eine zureichende Einsicht in das Wesen und die Natur dieses einheitlichen Zusammenhanges gewinnen. Einerseits nämlich muß sich die Forschung lediglich auf den Unterschied der einzeln unterscheidbaren Erfahrungsbestimmungen und auf ihre gesetzmäßige Beziehung zu einander, soweit sie eben verschieden sind, richten; andererseits muß es umgekehrt eine Untersuchung geben, die von allen diesen Unterschieden absieht und nur die eine, ihnen allen gemeinsame, ewige und unveränderliche Bestimmtheit, kurz das Wesen des ganzen Erfahrungsseins zu ergreifen und festzustellen sucht. Indem auf Grund jener ersten Erkenntnißart vornehmlich die mannigfaltige Bestimmung des Erfahrungsganzen, d. h. seine Natur zum Gegenstande der Untersuchung gemacht wird, wird unter Anwendung einer Abstraktion von dem Gemeinsamen die anorganische Natur von der organischen und innerhalb dieser wiederum die beseelte von der unbeseelten u. s. w. in fortschreitender Differenzirung unterschieden; andererseits, indem jene zweite Erkenntnißart nicht nur die spezifischen Unterschiede zwischen Stein und Pflanze, zwischen Thier und Mensch, sondern sogar den zwischen allen Einzelerscheinungen überhaupt unberücksichtigt läßt und nur nach dem fragt, was dem Erfahrungsganzen durchgängig gemein ist, wird auf diesem Wege die reine Einheit dieses Erfahrungsganzen gesucht.

Diejenige Wissenschaft nun, die auf die Unterscheidung der Wahrnehmungsthatsachen und ihre gesetzmäßige Verknüpfung geht, heißt eben deswegen, weil sie es mit einzeln unterscheidbaren Erfahrungsthatsachen zu thun hat, empirische Wissenschaft. Ehe es eine solche im strengen Sinne gab, war die Unterscheidung des Wahrnehmungszusammenhanges und die Beobachtung gewisser Regelmäßigkeiten in ihm schon bis zu einer nicht unbeträchtlichen Höhe gediehen. Aber das Alles war doch nur zusammenhangsloses, noch nicht sicher begründetes Wissen und noch keine Wissenschaft. Von ihrem Beginn kann erst die Rede sein, seitdem die Frage nach der Einheit des Erfahrungsseins aufgeworfen wird; denn erst aus der Erkenntniß dieser alldurchdringenden und allumfassenden Erfahrungseinheit ist die Begründung der besonderen Einheitsverknüpfungen in den empirisch unterscheidbaren Vorgängen möglich. Diese Wissenschaft nun, welche es mit der letzten und höchsten Einheit des Erfahrungsseins überhaupt zu thun hat und ohne

die es Wissenschaft im strengen Sinn überhaupt nicht geben kann, hat man seit Alters her **Philosophie** genannt.

Wie man also auch immer über das, was dieser oder jener Philosophie nennt, urtheilen mag, so kann doch jedenfalls nicht geleugnet werden, daß es im Unterschied von den empirischen Wissenschaften eine Forschungsart geben muß, welche auf die Ergründung der allen einzelnen Erfahrungsvorgängen gemeinsam zu Grunde liegenden und innewohnenden Einheit gerichtet sein muß. Hat es also die empirische Wissenschaft mit den einzeln unterscheidbaren Bestimmungen des Erfahrungszusammenhanges zu thun, so geht jene Erkenntnißart vielmehr auf die gleichmäßige Einheitlichkeit dieses Zusammenhanges an sich. Gesteht man nun diesem Forschungszweige den Namen Philosophie zu, so ist es klar, daß es ohne diese keine empirische Wissenschaft im strengen Sinne geben könne. Denn soweit die letztere sich auch durch fortschreitende Unterscheidung der Sondergebiete differenziren mag, so ist es doch die Aufgabe aller dieser Sonderwissenschaften, den einheitlichen, gesetzmäßigen Zusammenhang in jedem spezifisch abgegrenzten Untersuchungsfeld für sich festzustellen; seine Begründung aber hat jedes dieser einheitlichen Gesetze nur in der Einheit des nächst höheren und allgemeineren Erfahrungsgebietes und so fort bis hinauf zu der allumfassenden und jeden Unterschied unter sich begreifenden reinen Erfahrungseinheit. Ist die Feststellung dieser letzten und höchsten Einheit aber die Aufgabe der Philosophie, so folgt daraus, daß alle wissenschaftliche Begründung letzthin in dieser ihre Wurzel hat.

Die Wissenschaft in ihrer Vollendung gedacht, ist ein systematisches Ganze von Erkenntnissen, in dem sich die speziellen Erfahrungseinheiten als Differenzierungen der allgemeinen darstellen. Zur Herstellung dieses Systems müssen sowohl die **Philosophie als die Wissenschaft der reinen und allgemeinen Erfahrungseinheit**, wie auch die empirischen Wissenschaften als diejenigen der speziellen Erfahrungseinheiten oder Erfahrungsgesetze zusammenwirken. Die Philosophie hat die Grundlage, die empirischen Wissenschaften, die Aus- und Durchführung des einheitlichen Wissenschaftssystems zu liefern. Wird einer dieser beiden Faktoren ausdrücklich vernachlässigt, so muß dadurch der systematische Ausbau der Wissenschaft nothwendig in Frage gestellt werden. Empirisches Wissen ohne ein festes philosophisches Fundament hört auf, Wissenschaft zu sein; Philosophie ohne Beziehung zu dem Erfahrungsganzen wird leere Begriffsspekulation.

In einer solchen wissenschaftlichen Krise, in der es sich um die Vernachlässigung des einen dieser Faktoren handelt, befinden wir uns gegenwärtig. Dadurch daß der sogenannte Positivismus bei uns das geistige Leben beherrscht, ist der wissenschaftliche Geist Schritt für Schritt zurückgegangen, und wenn dieser Gefahr nicht bald ein Damm gesetzt wird, so geräth das geistige Leben unseres Volkes in das Hintertreffen. Denn indem der Positivismus seine Doktrin für Philosophie ausgab und öffentlich zur Herrschaft brachte, ist die wirkliche Philosophie dadurch erstickt worden und damit die Pflege derjenigen Erkenntnißart, ohne die auf die Dauer kein wissenschaftlicher Fortschritt möglich ist. Maschinen und Kanonen können wohl auch ohnedem noch fernerhin genügend erfunden und gebaut werden, aber unser inneres Leben muß immer mehr verarmen und damit schließlich auch die Kraft zu äußerem Thun.

Die ganze Unfähigkeit des *Positivismus*, philosophisch zu denken, zeigt sich in der methodischen Tendenz, aus der *Philosophie eine empirische Wissenschaft* machen zu wollen. Und wie fremd dieses Bestreben im Grunde unserem Volksgeiste ist, zeigt sich am deutlichsten darin, daß diese Pseudophilosophie nicht auf deutschem Boden gewachsen ist, sondern daß sie künstlich aus Frankreich und England importirt worden ist. In zwei verschiedenen Hauptformen ist daher auch jene Tendenz hervorgetreten. Der *französische oder encyklopädische Positivismus* glaubt nach dem Vorgange Comtes die Philosophie dadurch zu einer empirischen Wissenschaft machen zu können, daß er ihr zwar selbst jedes eigene und ursprüngliche Forschungsgebiet abspricht, daß er ihr dagegen die sekundäre Aufgabe zuweist, die Forschungsergebnisse der übrigen empirischen Wissenschaften zu einem System zusammenzufassen. Seichter ist niemals philosophirt worden als hier trotz allen Prunkes mit biologischen und soziologischen, mathematischen und physiologischen Einzelkenntnissen. Infolge des Mangels jeglicher Erkenntnißkritik sah Comte gar nicht, daß keine einzige empirische Wissenschaft möglich ist, ohne sich bereits fundamentaler philosophischer Begriffe wie Substanz, Kausalität u. s. w. von vornherein zu bedienen, und noch trauriger ist der Irrthum, daß er glaubt, durch Verallgemeinerung und Zusammenfassung von Einzelerkenntnissen als solchen zu einem System gelangen zu können. Wer in diesem Punkt von Kant nicht gelernt hat, dem ist nicht zu helfen, aber der sollte sich billigerweise auch alles Mitredens in diesen Dingen enthalten. Um so bedauerlicher aber ist es, daß auch

bei uns eine so oberflächliche Auffassung von der encyklopädischen Aufgabe der Philosophie sich hat Geltung verschaffen können, wenn auch zugestanden werden muß, daß diese Ansicht nicht solche Verbreitung gefunden hat wie der englische Positivismus. Diesen wollen wir als Psychologismus bezeichnen. Er hat mit dem Französischen die gemeinsame Tendenz, die Philosophie zur empirischen Wissenschaft machen zu wollen. Aber er will dies dadurch erreichen, daß er die Psychologie zur Grundwissenschaft der Philosophie macht, und daß er diese selbst auf empirischen Boden stellt. Vorangegangen auf diesem Wege sind Locke und Hume, aber erst der englische Positivismus des neunzehnten Jahrhunderts hat diese Richtung bis in alle ihre Konsequenzen verfolgt. Wohl hat bei uns Fechner die Psychophysik selbständig begründet, aber die Zurückführung aller philosophischen Erkenntniß auf psychologische und physiologische Empirie ist doch erst seit dem Eindringen des englischen Einflusses zum Schlachtruf geworden. Um diese Auffassung an einem Beispiel klarzulegen, wollen wir die grundlegende Ansicht des angesehensten unter den gegenwärtigen Psychologen wörtlich anführen. Nachdem dieser Forscher in seinem Grundriß der Psychologie (3. Aufl. S. 3) davon gesprochen hat, daß der Standpunkt der Naturwissenschaft der der mittelbaren Erfahrung, derjenige der Psychologie dagegen die unmittelbare Erfahrung sei, fährt er fort: „Die so entspringende Aufgabe der Psychologie als einer allgemeinen, der Naturwissenschaft koordinirten und sie ergänzenden empirischen Wissenschaft findet ihre Bestätigung in der Betrachtungsweise der sämmtlichen Geisteswissenschaften, denen die Psychologie als Grundlage (!) dient. Alle diese Wissenschaften, Philologie, Geschichte, Staats- und Gesellschaftslehre haben zu ihrem Inhalt die unmittelbare Erfahrung, wie sie durch die Wechselwirkung der Objekte mit erkennenden und handelnden Subjekten bestimmt wird. Alle Geisteswissenschaften bedienen sich daher nicht der Abstraktionen und der hypothetischen Hilfsbegriffe der Naturwissenschaft, sondern die Vorstellungsobjekte und die sie begleitenden subjektiven Regungen gelten ihnen als unmittelbare Wirklichkeit, und sie suchen die einzelnen Bestandtheile dieser Wirklichkeit aus ihrem wechselseitigen Zusammenhang zu erklären. Dies Verfahren der psychologischen Interpretation in den einzelnen Geisteswissenschaften muß demnach auch das Verfahren der Psychologie selbst sein, wie es durch ihren Gegenstand, die unmittelbare Wirklichkeit der Erfahrung, gefordert wird." In diesen Worten

haben wir die Haupttendenz des psychologischen Positivismus aufs Deutlichste ausgesprochen, nämlich 1. die Psychologie eine empirische Wissenschaft, und 2. diese empirische Psychologie die Grundwissenschaft — die bis dahin die Philosophie war — aller Geisteswissenschaften.

Gegenüber der Gefahr dieses immer weiter um sich greifenden und den wissenschaftlichen Geist verflachenden empirischen Dogmatismus, der sich bereits auch in der Geschichtswissenschaft, der Jurisprudenz, der Pädagogik und sogar in der Theologie eingenistet hat, hilft kein Leisetreten mehr, und es muß einmal rund heraus gesagt werden: die gegenwärtig herrschende Annahme, daß die empirische Psychologie die philosophische Grundlage aller Geisteswissenschaften sei, ist der schwerste Irrthum, der jemals den Geist deutscher Wissenschaft verdunkelt hat.

Man verstehe mich nicht falsch. Nicht darin liegt der Dogmatismus, daß die Psychologie ernsthaft und mit nachdrücklicher Energie zu einer empirischen Wissenschaft gemacht worden ist — was übrigens nicht erst im neunzehnten Jahrhundert geschehen ist —, sondern darin, daß man unbekümmert um den festen Bestand wissenschaftlicher Erkenntniß eine empirische Disziplin zur Grundlage, d. h. zur philosophischen Grundwissenschaft aller Geisteswissenschaften machen will. Gerade das Umgekehrte hätte geschehen müssen. Nämlich sobald die Psychologie auf Grund der Erzeugung einer sicheren Methode ihrer Natur gemäß dahin gelangt war, sich als empirische Disziplin zu konstituiren, mußte sie damit unbedingt alle Ansprüche aufgeben, noch als zur Philosophie gehörig, d. h. als Zweig der Grundwissenschaft, betrachtet zu werden. Aber hier hat unbewußt eine Verschleierung stattgefunden. Es gab einst eine Zeit, in der die Psychologie allerdings zum festen Bestande der philosophischen Disziplinen gehörte; das war jedoch nicht die empirische, sondern die rationale Psychologie. Aber seit der Auflösung der Metaphysik alten Stiles hat diese rationale Psychologie ihren Todesstoß empfangen und ist seit Kant durch die Erkenntnißkritik ersetzt worden. In Folge dessen hatten die nachkantischen Psychologen völlig Recht, wenn sie der Psychologie nunmehr nur noch einen ausschließlich empirischen Charakter zuerkannten, aber damit war doch in aller Welt nicht gesagt, daß jetzt auch dieses empirisch gewordene Fach noch zur Philosophie gehört, weil ehemals eine Psychologie ganz anderer Art dazu

gehört hatte. Hätten diese sich ausschließenden Arten der psychologischen Forschung wenigstens noch denselben Gegenstand der Untersuchung, aber nicht das einmal ist der Fall, denn die „Seele“ der rationalen Psychologie war ganz etwas Anderes, als was in der empirischen noch immer so genannt wird. So bleibt nichts gemeinsam als der Name „Psychologie“, der diese beiden entgegengesetzten Forschungsarten verbindet, und unter diesem Deckmantel ist die empirische an Stelle der inzwischen verschwundenen rationalen Psychologie in das Gebiet der Philosophie eingedrungen. Es hat auch hier nichts genutzt, daß bereits Kant auf das Schlagendste den Nachweis geführt hat, die empirische Psychologie könne nie und nimmer zur Philosophie gerechnet werden, und zwar eben deswegen nicht, weil sie gerade auf die der philosophischen entgegengesetzten Erkenntnißart gegründet ist.

Dieses Eindringen des psychologischen Positivismus in die Philosophie hat aber die bedenkliche Wirkung gehabt, daß dadurch jene der empirischen gegenüberstehende und die Möglichkeit aller strengen Wissenschaft bedingende Erkenntnißart, welche wir eben die philosophische nennen, zum größten Schaden des wissenschaftlichen Geistes ganz verdrängt worden ist. Denn eben dadurch, daß die Psychologie als Grundwissenschaft hingestellt wurde, ist alle Forschung nur gerichtet worden auf die Fixirung der einzelnen, veränderlichen, vergänglichen und relativen Bestimmungsunterschiede des Erfahrungsdaseins. Dagegen ist der Blick und das Verständniß verloren gegangen für das Eine, Dauernde, Konstante und durch keine empirischen Unterschiede Antastbare in dem einheitlichen Erfahrungssein. Es waren die klassischen Tage der Philosophie, als Kant dieser philosophischen Erkenntnißart das feste Fundament zu geben versucht hatte. Nach dem Stande der Dinge hat er freilich kein vollkommenes und abgeschlossenes Werk hinterlassen, aber damit hat er eben den kommenden Geschlechtern ein theures Erbe überantwortet, das sie in dem ganzen Umfange hätten nutzbar machen sollen. Wenn irgendwo, so hätte daher hier das Wort gelten müssen: „was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“, aber davon ist schon seit Dezennien im Großen und Ganzen nicht mehr die Rede. Den Epigonen ist das Verständniß für die fruchtbaren Probleme der Kantischen Philosophie verloren gegangen, und die psychologischen Interpreten vermögen ihre Tragweite gar nicht mehr zu überblicken. Wie viel leichter, simpler und anschaulicher ist da Alles, wenn man

von der empirischen Psychologie ausgeht. Gewiß! aber die Einsicht in die Tiefe und Bedeutung des Lebens ist auch darüber immer geringer geworden. Es ist ein geradezu beschämendes Zeugniß für uns Nachfahren, daß die so fruchtbaren Anfänge Kants keine genuine Fortbildung erfahren haben, sondern daß wir uns heut wohlgemuth auf den seichten Bahnen des französischen und englischen Positivismus bewegen.

Es ist die allerhöchste Zeit, daß sich der Geist unseres Volkes wieder auf sich selbst besinnt und sich der Lösung derjenigen Aufgaben zuwendet, die ihm im Besonderen zugefallen sind. Das von den Vätern so verheißungsvoll begonnene Werk muß wieder aufgenommen werden, wenn wir unserer eigensten Bestimmung nicht untreu werden wollen. Die Bewältigung der Empirie und auch der psychologischen Empirie theilen wir mit den übrigen Kulturnationen, aber in der Schöpfung der „Kritischen Philosophie" ist es zu Tage getreten, daß wir allein und allen voran berufen sind, in der philosophischen Erkenntnißart die Menschheit ein Stück vorwärts zu bringen. Zu diesem Zweck müssen wir uns vor allen Dingen wieder von dem Wahn befreien, daß die einzige Erkenntnißart die empirische sei und im Zusammenhang damit, daß die empirische Psychologie die Grundlage aller Geisteswissenschaften, d. h. Philosophie sei. Wir müssen vielmehr von Neuem einsehen lernen, daß nur diejenige eine Grundwissenschaft sein könne, welche es nicht mit dem empirisch Veränderlichen zu thun hat, sondern gerade umgekehrt mit dem, was trotz der Mannigfaltigkeit der wechselnden Bestimmungsunterschiede das Konstante und Bedingende in dem Erfahrungszusammenhange ist. Um das zu erkennen, dazu gehört freilich eine ganz andere Schulung des Geistes, als sie für die empirische Forschung erforderlich ist. Diese philosophische Schulung steht im diametralen Gegensatz zu aller psychologischen, wie sie gegenwärtig betrieben wird, und da das, was man heut Philosophie nennt, im Wesentlichen empirische Psychologie ist, so giebt es jetzt Philosophie im strengen Sinne überhaupt nicht. Die Folge davon ist, daß alle philosophischen Disziplinen, Logik, Ethik, Aesthetik u. s. w. einem oberflächlichen psychologischen Relativismus verfallen sind. Denn weil der Psychologismus mit seiner Methode keine festen ethischen und logischen Prinzipien zu ermitteln im Stande ist, darum verkündet er schnellbereit, daß es überhaupt keine gäbe, und daß eben alle menschliche Erkenntniß nur von relativer Giltigkeit sei. Eben diese Lehre ist die allergrößte

Gefahr für die Erziehung unseres Volkslebens, und sie kann daher nicht energisch genug bekämpft werden.

Um aus diesem Sumpf wieder herauszukommen, dazu ist der erste Schritt die reinliche Trennung der empirischen Psychologie von der Philosophie. Denn erst, wenn diese Scheidung vollzogen ist, werden die philosophisch beanlagten Köpfe wieder auf den richtigen Weg gelangen und sich von dem falsch angebrachten Empirismus befreien. Nur so können jene Probleme wieder aufgenommen werden, welche unserer Erkenntniß und unserem Handeln die in allen Veränderungen feste Grundlage gewähren. Man gebe der Empirie, was der Empirie ist, aber man lasse auch der Philosophie, was der Philosophie ist.

Wir haben somit aus der Sache selbst festgestellt, daß es im Gegensatz zu allen empirischen Erkenntnißproblemen eigenthümlich andere gebe, die als philosophische bezeichnet werden, und deren Eigenart es ist, innerhalb der veränderlichen Bestimmungsmannigfaltigkeit des einheitlichen Erfahrungszusammenhanges seine durchgängig gemeinsame und konstante Bestimmtheit festzustellen. Wir haben ferner darauf hingewiesen, daß alle empirischen Differenzirungen der Erfahrungsbestimmungen nur auf Grund jener konstanten Erfahrungsbedingungen zureichend begriffen und gesetzmäßig festgelegt werden können, und daß daher nur die Philosophie und nicht irgend eine empirische Disziplin oberste Grundwissenschaft sein könne. Für das Faktum, daß die Pflege dieser Grundwissenschaft gegenwärtig ganz vernachlässigt werde, haben wir endlich drittens als Grund aufgezeigt, daß die empirische Psychologie die Vorherrschaft auf dem philosophischen Gebiet usurpirt hat und damit die Lösung der wahrhaft philosophischen, aller Empirie entgegengesetzten Probleme hintenanhält. Daraus aber ergab sich dann, daß der philosophische Geist in unserem Volke nur mit der Loslösung von der positivistischen Pseudophilosophie wieder erstarken könne, und daß er die Bearbeitung der obersten Grundprobleme aller Wissenschaft überhaupt wieder da aufnehmen müsse, wo sie ehedem fallengelassen wurde.

II.

Mit der Beantwortung der Frage, worin das Wesen der philosophischen Erkenntnißart im Unterschied von der empirischen besteht, haben wir uns nun zugleich den Weg gebahnt zur Beantwortung des zweiten Punktes, unter welchen Umständen es noth-

wendig sei, den Unterricht in der Philosophie bereits auf der Schule zu beginnen. Wir stellen dabei den Satz voran, daß es das leitende Prinzip alles höheren Unterrichts sein muß, an einem zweckmäßig ausgewählten Stoff die harmonische Entwicklung aller derjenigen geistigen Kräfte in dem Individuum zur Entfaltung zu bringen, die zur Erzeugung des gegebenen Kulturzustandes wirksam gewesen sind. Damit gewinnen wir zugleich eine natürliche Grenzscheide zwischen Schule und Universität, welche da liegt, wo die bloße Aneignung dieser Kraftbethätigung in die Erlernung der selbständigen Weiterbildung übergeht.

Wenden wir nun dieses Prinzip auf unsere vorhergehende Erörterung an, so ergiebt sich daraus, daß zum Zweck einer solchen harmonischen Kraftentwicklung in gleicher Weise sowohl die Ausbildung der empirischen, als der philosophischen Erkenntnißart gepflegt werden müsse. Ein Unterricht, der nur auf die Verlebendigung derjenigen Kräfte ginge, aus welchen das erreichte Verständniß der empirischen Erfahrungserkenntniß hervorgegangen ist, würde nothwendig die Vereinseitigung und Verkrüppelung der jugendlichen Seele zur Folge haben. Nach dem zuvor Erörterten ist es geradezu selbstverständlich, daß der Blick der Seele nicht nur geöffnet werden müsse für den sinnlich wahrnehmbaren Unterschied der veränderlichen Erfahrungsbestimmungen und ihre gesetzmäßige Beziehung, sondern zugleich auch für die einheitliche, unveränderliche und durchgängig gemeinsame Seinsbestimmtheit als der konstituirenden Bedingung aller Erkenntniß überhaupt. Da nämlich beide Erkenntnißarten erst in ihrer gegenseitigen Durchdringung das Wesen und die Natur des uns gegebenen Erfahrungsseins erschließen, so muß die Vernachlässigung einer von beiden Arten auf jeden Fall zu groben Verirrungen und zu ungesunden Zuständen führen. Demnach ist es also erforderlich, daß sich die Ausbildung dieser beiden Erkenntnißarten auf jeder Stufe die Wage hält, die Sorge dafür ist die wesentlichste Aufgabe bei der Herstellung der Lehrpläne und bei der Handhabung des Unterrichts.

Damit ist aber noch nicht gesagt, daß auch die Philosophie als solche mit ihren spezifischen Problemen nothwendig auf der Schule schon gelehrt werden müsse; denn in dem eben Gesagten handelt es sich doch mehr um die philosophische Art der Unterrichtsbethätigung als um die Philosophie selbst. Ob nun auch die Einführung in die Philosophie selbst bereits auf der Schule begonnen werden müsse, hängt von weiteren Umständen ab. Es

handelt sich dabei um die Frage, ob die strenge Differenzirung der beiden Erkenntnißarten, der empirischen und der philosophischen, schon auf der Schule zum Bewußtsein gebracht werden muß.

Dazu lag bis etwa in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts keine unbedingte Veranlassung vor. Aus zwei Gründen nicht. Bis dahin nämlich stand auf den Gymnasien der klassische Unterricht im Mittelpunkt des Betriebes, und dieser bildete ein nicht so bald wieder zu erreichendes Mittel, um die harmonische Ausbildung aller geistigen Kräfte durch die Bekanntmachung mit der Gesamtkultur des Alterthums ins Leben zu rufen, indem das, worin die empirische Erkenntniß hierbei zu kurz kam, daneben durch den Unterricht in den Naturwissenschaften, der Erdkunde u. s. w. ergänzt wurde. Dazu kam zweitens noch, daß bis dahin wirklich noch die Möglichkeit für die Studirenden gegeben war, sich auf der Universität die zu allem Wissenschaftsbetrieb nothwendigen Kenntnisse in der Philosophie anzueignen. — Das ist heut anders geworden. Infolge der Uebermacht der auf die empirische Erkenntniß gerichteten Bestrebungen hat der Unterricht in den antiken Sprachen seine beherrschende Stellung auf den Schulen eingebüßt, und andererseits stellt auch das Studium auf der Universität so hohe Anforderungen an die Erwerbung von spezifischer Detailkenntniß, daß für den Theologen und Juristen, für den Philologen und Historiker, und geschweige erst für den Mediziner eine gründliche Ausbildung in der Philosophie kaum mehr möglich ist.

Daß wir uns damit in einer geistigen Krise sehr gefährlicher Art befinden, wird schwerlich geleugnet werden können. Was ist da zu thun? Die Antwort ist, daß unter diesen Umständen die Einführung in die Philosophie auf den höheren Lehranstalten geradezu eine Nothwendigkeit geworden ist. Wenn wir von dem Religionsunterricht absehen, so ist freilich noch der Unterricht im Deutschen und bis zu einem gewissen Grade der in der Mathematik geeignet, um auch fernerhin die Ausbildung der philosophischen Erkenntnißart bei den Schülern zu pflegen. Aber das genügt nicht mehr; deswegen nicht, weil die anderen Disziplinen, dem gegenwärtigen Wissenschaftsbetriebe folgend, sich so ausschließlich auf das bloß Empirische in ihren Forschungsgebieten gestellt haben, daß dieser strengen Absonderung gegenüber nur durch den Unterricht in der Philosophie selber das Gleichgewicht gehalten werden kann. Was durch den Rückgang der klassischen Studien dem Schulunterricht an philosophischem Geist verloren ge-

gangen ist, muß durch die Einführung in die Philosophie ersetzt werden.

Wie es gegenwärtig ist, wächst derjenige Theil der Nation, welcher dereinst zur geistigen Führung berufen ist, durch Schule und Universität hindurch heran, ohne eine strenge Ausbildung derjenigen geistigen Kraft zu erfahren, welcher die Einsicht in die grundlegende Einheit und Ordnung des geistigen Lebens entspringt. Allerdings müssen ja wenigstens die zukünftigen Theologen und Schulmänner nach wie vor philosophische Kollegien hören und auch im Staatsexamen darüber Rechenschaft ablegen; aber was nützt das, wenn in dem gegenwärtigen Betriebe dieses Faches selber gar nicht die Philosophie als solche, sondern die Psychologie, also nicht die auf das Einheitlich-allgemeine, sondern das Veränderlich-empirische gehende Erkenntnißart gepflegt wird. Was daneben noch an Geschichte der Philosophie und formaler Logik in Betracht kommt, ändert an der Sachlage wenig, weil in der Behandlung jener das historisch-philologische Moment vorherrscht, diese aber auch bereits in den Umkreis der psychologischen, also empirischen Disziplinen eingerechnet worden ist. Kann man sich da noch wundern, daß unserem höheren Unterrichtsbetriebe auf der Schule wie auf der Universität heut die Kraft der inneren Einheit und damit das vorzüglichste Mittel für die ernst-männliche Zucht der Gemüther entschwunden ist. Es ist hart, aber nicht unzutreffend, wenn gesagt worden ist, daß unter diesem Einfluß aus der stolzen universitas literarum immer mehr eine zwar äußerlich reichere, innerlich aber armselige specialitas geworden ist. Die Folgen davon aber gewahren wir nur allzu deutlich in der roh materiellen Zuspitzung der Interessenkämpfe, wie sie gegenwärtig an der Tagesordnung sind. Zwar nicht das ist das Bedenkliche, daß in diesen sozialen Kämpfen das Prinzip der Nützlichkeit überhaupt vorangestellt wird, wohl aber der Umstand, daß bei all diesen Bestrebungen nicht mehr der gemeinsame Nutzen des Gesammtstaates das Ausschlaggebende ist, sondern der selbstische Nutzen der Individuen und der mannigfaltigen Interessenverbände. Es ist nicht bloß den Proletariern, sondern mindestens ebenso den besitzenden Gesellschaftsklassen der Sinn dafür verloren gegangen, daß wir mit unserer Person zu allererst dem gemeinsamen Ganzen zu dienen haben und nur, soweit es sich damit verträgt, unserem individuellen Interesse. Selbstverständlich haben zur Entstehung dieser bedenklichen Erscheinungen auch noch viele andere Ursachen mitgewirkt, aber die

schwerwiegendste ist doch die, daß unter der einseitigen Vorherrschaft der Empirie unserem Leben überhaupt das grundlegende Verständniß für die allumfassende Einheit des Seins wie des Handelns entschwunden ist.

Auch Diejenigen, die sich gegen dieses Treiben stemmen, können heut wenig machen; es muß erst wieder ein anderer Geist in unserem Volke großgezogen werden. Unser Leben muß wieder verinnerlicht und vereinheitlicht werden. Die empirische Forschung und damit auch die empirische Psychologie soll in keiner Weise beeinträchtigt werden, da das Wohl unseres natürlichen Lebens an die fortschreitende Erkenntniß des Einzelnen und Veränderlichen gebunden ist. Bekämpft werden muß nur die Ansicht, daß unser Leben allein in diesen empirischen Bestrebungen aufzugehen habe; nicht um der Theorie willen, sondern weil uns die von diesem Gedanken beherrschte Entwicklung täglich klarer zeigt, daß unser Leben auf diesem Wege das Opfer einer unseligen Zersplitterung wird und die Kraft des inneren Zusammenhanges verliert. Demgegenüber muß aus dem heutigen Stande der Erkenntniß heraus wieder die Einsicht erweckt werden, daß alle Lebensbethätigung nur dann gesund ist, wenn sie durchdrungen und getragen ist von dem unmittelbaren Bewußtsein der über alle empirischen Unterschiede hinausliegenden höheren Lebenseinheit, so daß sie von dieser Maß und Bestimmung empfängt.

Das war eben die grandiose Wirkung der unterrichtlichen Beschäftigung mit den Alterthumsstudien, daß aus dieser wie von selbst die Ueberzeugung erwuchs, nicht in dem Umkreis der empirischen Errungenschaften als solchen liege letzthin die Bedeutung eines Volkes, sondern in der Art, wie diese empirische Lebensentfaltung von der darin zu Tage tretenden tieferen Idee einer durchgängigen Einheit beherrscht wird. Was uns im Besonderen die Schöpfung des hellenischen Geistes so fundamental macht, ist doch die Thatsache, daß eine solche Idee von diesem Volke zum ersten Mal als Ergebniß reiner Erkenntniß und zwar in der Form der allbeherrschenden Vernunfteinheit ans Licht gestellt wurde. Indem aber das ganze Leben des hellenischen Volkes schließlich von dieser Idee unmittelbar ergriffen und durchtränkt wurde, sind aus diesem Geiste heraus auf den verschiedenen Gebieten jene bewunderungswürdigen Leistungen geboren worden, die noch heut wie diejenigen keines anderen Volkes den Stempel der Vollendung tragen. Und weil eben alle diese Werke, mögen sie nun philo-

sophischer oder poetischer, historischer oder rhetorischer Natur sein, letzthin immer zu demselben Quell zurückführen, so mußte auch unserer Jugend aus der gründlichen Beschäftigung mit jedem dieser Erzeugnisse jene geistige Kraft immer lebendiger werden, vermittelst derer die Hellenen auf ihre Art die Einheit und den Zusammenhang des gesammten Daseins ergriffen und schöpferisch dargestellt haben.

Da aber mit dem Vordringen des empirischen Geistes in unserem Zeitalter das Verständniß für diese Bedeutung der Alterthumsstudien zunehmend verdunkelt worden ist, so daß auf das Drängen von jener Seite aus der Unterricht in diesem Gegenstand immer mehr beschränkt wurde, so muß eben ein anderes Unterrichtsmittel an diese Stelle treten, um jene geistige Kraft wieder lebendig zu machen, die gegenüber der empirischen Differenzirung das Verständniß für die tiefere Einheit des Daseins erzeugt. Ist es nun also nicht mehr möglich, dies auf historischem Wege, eben auf der Grundlage der hellenischen Kultur, zu erreichen, so müssen wir es auf systematischem Wege bewerkstelligen, und das vermag allein der Unterricht in der Philosophie. Geschieht dies aber in dem angegebenen Sinn, so wird damit thatsächlich ein neues Stadium deutscher Geistesgeschichte eröffnet. Denn während wir uns so lange unter der Macht der eigenartigen Vernunftidee, wie sie aus dem hellenischen Geist hervorgegangen ist, befunden haben, hat sich diese Fassung der Einheitsidee, auch wie sie in der neueren Philosophie weitergebildet worden ist, den gesteigerten Anforderungen des modernen Geisteslebens gegenüber inzwischen als zu eng bewiesen.*) Es ist dies auch der innere Grund, daß die klassischen Studien zurückgedrängt zu werden vermochten, und daß die Empirie auf dem philosophischen Gebiet über den nachwirkenden hellenischen Rationalismus den Sieg gewann. In Folge dessen muß, wenn es gelingt, die wahre philosophische Erkenntnißart bei uns wieder zu erwecken, dieser systematische Betrieb zu einer dem Stande unseres Lebens entsprechenden Vertiefung jener Einheitsidee führen, und es muß so, wenn anders wir unserer Aufgabe gewachsen sind, sich ein Fortschritt über den antiken und romanischen Geist hinaus nunmehr durch den germanischen vollziehen.

*) In welcher Beziehung dies der Fall ist, kann hier nicht weiter auseinandergesetzt werden; ich habe dies in meinem Buch „Grundzüge der konstitutiven Erfahrungsphilosophie“ (Berlin, B. Behrs Verl. 1901) gethan.



Aus alledem dürfte mit Sicherheit hervorgehen, daß wir bei dem gegenwärtigen Stande unseres Unterrichtswesens die Einführung der Philosophie in die höheren Schulen nicht länger hinausschieben dürfen, wenn wir nicht die Lösung der höchsten Aufgabe, die unserem Volke in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit zugefallen ist, allmählich ganz vernachlässigen wollen. Es muß die Kraft dazu bereits auf der Schule geweckt werden, auf daß der Student auch in allen Einzelstudien diesen Geist wiederum zu bethätigen lerne.

III.

Wenn es also nach alledem unausbleiblich ist, daß die Philosophie wiederum zu einem festen Unterrichtsgegenstande der höheren Schulen gemacht wird, so ist nunmehr die schwierige Frage zu beantworten, wie das geschehen soll. Eins ist jedenfalls sicher, daß man unter dem Unterricht in diesem Gegenstande nicht eine dürftige, einstündige Unterweisung der Oberprimaner in den unergiebigsten Gebieten der formalen oder scholastischen Logik verstehen darf. Denn erstens würde damit die Erweckung der philosophischen Erkenntnißart nicht erreicht werden, weil es sich hierbei nur um die Operation mit ganz ausgeleerten Verstandesformen handelt, die den jugendlichen Geist völlig kalt lassen, und dann würde ein solcher Unterricht den Sinn für philosophische Erkenntniß nur noch mehr abstumpfen, als dies ohnedem bereits der Fall ist. Wer sich dieser Art des Philosophieunterrichtes in der obersten Gymnasialklasse noch erinnert, wie man lediglich mit der Unterweisung in den Urtheilsumkehrungen und syllogistischen Schlußformen abgemartert wurde, den wird noch heut ein leichtes Gruseln überkommen. Aber während zu dieser öden Paukerei die Lehrfähigkeit meistens noch ausreichte, wurde man über die wichtigsten Denkgesetze, wie die des Widerspruchs, der Identität, des ausgeschlossenen Dritten u. s. w. nur auf das Allerdürftigste und Oberflächlichste unterrichtet, weil zu ihrer Behandlung eben eine tiefere Kenntniß der Philosophie erforderlich ist. Das Entscheidende aber ist, daß die formale Logik der abstrakteste Theil der ganzen theoretischen Philosophie ist, und daß eben deswegen mit ihr auf der Schule nicht der Anfang gemacht werden kann.

Völlig verfehlt wäre es aber nun erst, wenn man es hierbei auf eine Einführung in die empirische Psychologie absehen wollte. Eben deswegen haben wir uns vorher der dornenvollen Pflicht

entledigt, darauf hinzuweisen, daß diese Disziplin überhaupt nicht in die Philosophie gehört, sondern viel eher mit der Physik oder der Physiologie verbunden zu werden verdient. Und deshalb würde auch mit dem Unterricht in diesem Gegenstande gar nicht das erreicht werden, was mit der Einführung der Philosophie in den Schulbetrieb erreicht werden soll, nämlich die Lebendigmachung der aller empirischen gegenüberstehenden Erkenntnißart, die eben als solche die philosophische heißt. Darum soll ja gerade, wie wir uns zu erweisen bemüht haben, durch den Unterricht in der Philosophie selber der übermäßigen Ausdehnung des empirischen Unterrichtsbetriebes ein Damm entgegengesetzt werden, damit unser geistiges Leben nicht noch mehr in völliger Einseitigkeit verkümmere. Würde man also in diesem Fall die Einleitung in die empirische Psychologie als Schulgegenstand wählen, nur deshalb, weil diese Disziplin gegenwärtig fälschlich zur Philosophie gerechnet wird, so würde man thatsächlich den Bock zum Gärtner setzen. Was an Bemerkungen, Definitionen und Eintheilungen seelischer Vorgänge und Zustände zu geben ist und worin der einzige Berührungspunkt der empirischen Psychologie mit der Philosophie besteht, muß unter diesen Umständen durchaus von philosophischer Seite aus faßbar gemacht werden, wogegen die empirische Beobachtung der subjektiven Wahrnehmungs-, Gefühls- und Willensprozesse schlechterdings nicht in die Schule gehört.

Einen sehr bemerkenswerthen Vorschlag macht nun Professor Rehmke in seiner oben angeführten Abhandlung. Er kommt darin zu folgendem Ergebniß: „Auf die Vorführung der grundlegenden Fragen kommt es in dem Philosophieunterricht für die Primaner unserer höheren Schulen an, und was leistet dieser Forderung auf der Geistesstufe des Primaners wohl besser Genüge, als der Unterricht in der Geschichte der Philosophie? In diesem Gewande muß meines Erachtens der Philosophieunterricht vor die Prima treten. In der Geschichte der Philosophie rollt sich ja die ganze Musterkarte der philosophischen Probleme allmählich vor den Augen des Primaners auf. Soweit vom philosophischen Unterricht als einem anschaulichen überhaupt zu reden ist, kann vor Allem der Unterricht in der Geschichte der Philosophie einer sein. Die Fragen treten dem Primaner da entgegen in Fleisch und Blut, er erfährt unmittelbar, daß es die Wirklichkeit ist, welche diese Fragen gebiert, er sieht es vor sich, daß von jeher Alle, die dem Sein und dem Leben einen Sinn abzwingen wollten,

um die Beantwortung dieser Fragen sich bemühen mußten, und er verfolgt dieses in fortschreitender Entwicklung begriffene Bemühen bis in unsere Zeit hinein mit dem klaren Bewußtsein, daß diese Probleme dem heutigen Menschen sich ebenso aufdrängen, wie der früheren Zeit, denn es sind Fragen nicht der grauen Theorie, sondern der ewig grünen Wirklichkeit." So plausibel nun anscheinend dieser Vorschlag ist und so sehr ich mich sonst den Ausführungen Rehmkes anzuschließen vermag, so sehe ich mich doch genöthigt, diesem Vorschlag entgegenzutreten. Die Geschichte einer Wissenschaft kann in dem Unterricht wohl gestreift werden, aber als solche gehört sie nicht in die Schule. Es ist vollauf genug, daß der Schüler mit derjenigen Fassung der Probleme bekannt gemacht wird, die bis zur Gegenwart in immer reinlicherer Abgrenzung gelungen ist. Ich wenigstens vermag nicht einzusehen, was es beispielsweise für Nutzen hat, wenn der Schüler sich die Beweise der geometrischen Lehrsätze in der schwerfälligen Euklidischen Form aneignen soll, statt daß er mit der präzisen Darstellungsweise der gegenwärtigen Mathematik bekannt gemacht wird. Oder wer würde dazu rathen, wenn es sich um die Einführung in die höhere Mathematik handelt, diese in der Geschichte ihrer Erfindung und allmählichen Entwicklung zu geben? Wenn auch zugegeben werden soll, daß es sich mit der Geschichte der Philosophie nicht ganz so verhält wie mit derjenigen der übrigen Wissenschaften, so muß doch andererseits bedacht werden, daß die Geschichte dieser Wissenschaft von allen am wenigsten einen einheitlichen Fortschritt der Methode aufweist und schon deshalb für die Schule nicht recht geeignet ist. Dazu kommt noch, daß gerade das, was auf der Schule durch den Philosophieunterricht erstrebt werden soll, nämlich die unmittelbare Erweckung der philosophischen Erkenntnißart, aus der objektiven Behandlung der Geschichte dieses Gegenstandes nicht erwartet werden kann, weil der gegenwärtige Stand dieser geschichtlichen Entwicklung geradezu die Auflösung und Unterdrückung jener Erkenntnißart durch die Empirie zeigt. So interessant und lebendig sich daher auch der Unterricht in der Geschichte der Philosophie gestalten läßt, so muß er doch als solcher aus diesen Gründen als für die Schule nicht geeignet abgelehnt werden, wenn auch damit nicht geleugnet werden soll, daß gelegentlich geschichtliche Hinweise von dem größten Nutzen sein werden.

Auch hier muß meiner Ansicht nach die Frage aus dem sachlichen Befunde heraus entschieden werden. Wenn es sich in der

Schule, wie gezeigt, um die Erweckung und Kräftigung der philosophischen Erkenntnißart handelt, so muß diese durch die Einführung in diejenigen Probleme erzeugt werden, von deren Fassung auch heut noch alle philosophische Forschung, gleichgiltig ob zustimmend oder ablehnend, weiterbildend oder umbildend thatsächlich auszugehen gezwungen ist. Indem der Schüler in diesen Stand der Probleme eingeführt wird, wird dadurch wirklich jene philosophische Denkweise erweckt, der die Fassung und der Lösungsversuch jener Kernfragen entsprungen ist, und es wird ihm damit die Grundlage gegeben, von der aus später alle selbständige Prüfung zu erfolgen hat. Das ist in Wahrheit die Aufgabe, die eine höhere Schule in dem wissenschaftlichen Unterricht zu erfüllen hat, und damit ist zugleich Maß und Ziel gesetzt für die schulmäßige Unterrichtsbehandlung. Auch ist die Schule damit dem Streit der Parteien entzogen, indem sie sich nicht auf die Erörterung des pro oder contra einläßt, sondern nur objektiv den Befund darstellt, von dem alle diese Auseinandersetzungen ausgehen.

Welche Philosophie ist das aber, die heut noch diese allgemeine Bedeutung für uns hat? Wenn jeder darüber zu urtheilen Befugte einmal ganz von seiner besonderen Auffassung absieht und die Sachlage rein objektiv zu beurtheilen sucht, so wird es kaum einem Zweifel unterliegen, daß diesen Anspruch allein unter allen die Kantische Philosophie beanspruchen darf. Ich behaupte selbst, daß heut schwerlich jemand, selbst unter den sogenannten orthodoxen Kantianern, den ganzen Kant in Anspruch nehmen wird. Sogar die strengsten Anhänger dieses Philosophen sind doch in dem einen oder anderen Punkte über ihn hinausgegangen, und daher handelt es sich hierbei auch nur um die Hauptgedanken, nicht um die Ausführung im Einzelnen. Das aber muß mit allem Nachdruck behauptet werden, daß sich auch heut noch kein philosophisches Werk eine tiefergehende Wirkung erobern kann, das sich nicht ernstlich und überzeugend in dem einen oder andern Sinn mit der Problemstellung Kants und ihrer Behandlungsart auseinandergesetzt hat. Selbst die berühmtesten Philosophen der nachkantischen Zeit, Fichte und Schelling, Schleiermacher und Hegel, Herbart und Schopenhauer, sind doch alle dem Schicksal nicht entgangen, daß die Tage ihres Ruhms dahinsanken, und daß man dann immer wieder auf Kant zurückgriff. Und wenn nicht alles trügt, so sind gegenwärtig auch die Tage des Positivismus gezählt; schon ist ihm das „Gewogen und zu leicht befunden" mit Flammenschrift an die Wand

gezeichnet, und es wird abermals geschehen, daß die Philosophie auf den Pfaden Kant's zurückerobert wird. Liegt es aber so, dann ist damit naturgemäß die Aufgabe für den Philosophieunterricht in der Schule gestellt, sie lautet: Einführung in die kritische Philosophie Kants.

Es braucht nicht erst gesagt zu werden, daß es sich dabei nicht um eine Lektüre der drei kritischen Hauptschriften selber handeln kann. Denn das läge weit über den Horizont der Schule hinaus, und dazu würde sich auch niemals die genügende Anzahl geeigneter Lehrer finden. Selbstverständlich ist die Ausführung jenes Vorschlags nur möglich, wenn von einem gründlichen Kenner der Kantischen Philosophie ein Lehrbuch geschaffen wird, das die Grundgedanken des erkenntnißtheoretischen, ethischen und ästhetisch-teleologischen Kriticismus genau im Kantischen Sinne, aber in freier, klarer und möglichst kurzer Fassung zur Darstellung bringt. Ich denke dabei etwa an eine solche Darstellung, wie sie August Stadler für die Kritik der reinen Vernunft in seiner gründlichen Arbeit „Grundsätze der reinen Erkenntnißtheorie in der Kantischen Philosophie" gegeben hat; nur müßte die Ausführung für die Schüler bei derselben objektiven Gründlichkeit noch freier und einfacher sein. Wird ein solches Lehrbuch geschaffen, so müßte der philosophische Unterricht in der Schule sich auf dieser Grundlage mit dem größten und in seiner Wirkung kaum abwägbaren Nutzen gestalten. Ich wüßte nichts, was auf dem Gebiete der reinen Erkenntniß den Geist der Schüler so zu vertiefen im Stande wäre, und es könnte gewiß nicht ausbleiben, daß unter dieser männlichen Zucht der Gedanken den Universitätsstudien und dem ferneren Leben überhaupt ein reicher Segen erwüchse. Der zur geistigen Führung berufene Theil der Nation würde wieder zum Nutzen Aller philosophisch denken lernen und nun nicht mehr bloß in der Anlehnung an die hellenische Geistesart, sondern aus dem eigenen Innern des deutschen Wesens heraus.

Wir haben damit, so gut wir es vermochten, die anfangs gestellten Fragen beantwortet. Mögen diese Auseinandersetzungen auch an ihrem Theile dazu beitragen, den unphilosophischen und daher einseitigen und trivialen Geisteszustand in unserem Volke überwinden zu helfen. Wie uns Meister Ludwig Uhland gesungen hat, ist die deutsche Poesie vor Zeiten in einen tiefen Dornröschenschlaf versunken; heut ist die Philosophie dem Spindelstich erlegen. Wo ist der Königssohn, der sie wieder wach küßt?

Ethische Fragen und Folgerungen im Anschluß an Goethe.

Von

Prof. Lic. Adolf Metz.

Man darf getrost behaupten, daß der Schlüssel zu Goethes Persönlichkeit im Religiösen liegt. Seine ganze Lebensführung ist Religion und aus Religion zu erklären. Daß damit nicht an die pünktliche Befolgung der Vorschriften einer bestimmten Religionsgemeinschaft oder an das exakte Bekenntniß ihrer Lehrformeln gedacht sei, braucht nicht erst gesagt zu werden. Ebenso wenig braucht aber bewiesen zu werden, daß Goethes Leben geführt ist aus dem beständigen Bewußtsein seiner inneren Stellung zum Ganzen des Lebens, zu jener durch keine Erfahrung gegebenen, nur im Gedanken zu ahnenden Einheit, die hinter dem Vielen der Erscheinungen steht als ihr Grund und Hintergrund. Wie Goethe sich unausgesetzt über sein Verhältniß zu diesem unbekannten Eins zu orientiren bemüht war, darüber geben alle seine Aeußerungen in dichterischen wie in wissenschaftlichen Werken, in Briefen und Gesprächen einen fortlaufenden Aufschluß. Dabei hat er über das Wesen der Religion das Tiefinnigste gesagt, was je gesagt wurde, und was man nur aus dem innersten Bewegtsein von diesen Fragen sagen kann.

„In unsres Busens Reine wogt ein Streben,
Sich einem Höhern, Reinern, Unbekannten
Aus Dankbarkeit freiwillig hinzugeben,
Enträthselnd sich den ewig Ungenannten:
Wir heißen's Frommsein."

In diesen herrlichen Versen der „Elegie" ist der psychologische Thatbestand der Religion mit absoluter Vollständigkeit angegeben: Religion ist Höhepunkt unseres Lebensgefühls; sie ist Stimmung der Dankbarkeit und Fortstreben nach Reinheit und Vollendung; die Vollendung erhofft das fromme Gemüth durch Theilnahme an

dem Dasein eines vollendeten Wesens, welches ist, was wir sein möchten. Dieses Wesen nennen wir Gott und setzen Gott mit uns gleichartig. Sofort zeigt sich aber auch die Zwiespältigkeit des religiösen Bewußtseins: Gott, aus subjektiver Nöthigung gedacht, kann an keinem Punkte unserer gewöhnlichen Erfahrung gegeben sein, und doch sind wir genöthigt, ihn als ein Objektives mit der Welt unserer gewöhnlichen Erfahrung zu verbinden, weil sonst keine Erhebung zu ihm, keine Wirkung von ihm auf uns denkbar wäre. Der Ewig-Ungenannte, obwohl kein mögliches Objekt unserer Erfahrung, ist doch ein nothwendiges Ziel unserer Forschung; wir müssen ihn uns enträthseln, das heißt eben: im Zusammenhang mit der Welt unserer Erfahrung denken.

Hier entsteht darum die Frage: wie hat Goethe sich ihn enträthselt? War er Deist, Theist, Pantheist? Als Antwort kommt uns der Brief an Jacobi vom 6. Januar 1813 zu Hilfe: „Ich für mich kann, bei den mannigfaltigen Richtungen meines Wesens, nicht an Einer Denkweise genug haben. Als Dichter und Künstler bin ich Polytheist, Pantheist hingegen als Naturforscher, und eins so entschieden als das andere. Bedarf ich eines Gottes für meine Persönlichkeit, als sittlicher Mensch, so ist auch dafür schon gesorgt. Die himmlischen und irdischen Dinge sind ein so weites Reich, daß die Organe aller Wesen zusammen es nur erfassen mögen." Drei ursprüngliche Vorstellungsweisen über die Gottheit erkennt Goethe an: Polytheismus, Pantheismus, Theismus; der Deismus als ein späteres Kompromiß scheidet aus. Aber es sind eben auch nur Vorstellungsweisen; als solche sind sie unter sich gleichwerthig und nur durch das menschliche Bedürfniß, das sie ausdrücken und dem sie dienen, unterschieden, — je nachdem nämlich das Göttliche mit der Phantasie, mit dem Verstande oder mit dem Herzen gesucht wird. Von diesem dreifachen Bedürfniß ausgehend, suchen sie das unfaßbare Wesen in eine faßbare Form zu bringen und dadurch auch das im Busen wogende Gefühl der Hingebung deutlicher, unterscheidbarer, bewußter zu machen. Einen objektiven Erkenntnißwerth haben sie nicht, Name ist „nur Rauch und Schall". Wo die Namen für Wesenheiten genommen werden, entsteht Streit. In einem universalen Geiste, wie Goethes, der alle menschlichen Triebe und Bedürfnisse in sich fühlt oder nachbildet, vereinigen und ergänzen sie sich. Wie ernst es Goethe mit seiner Aeußerung war, beweisen die Benennungen des Göttlichen, die er in den verschiedenen Richtungen seines Schaffens anwendet: als Dichter meist

den Pluralis „Götter", als Forscher eine abstrakte Bezeichnung, und wo der Greis mit seiner Umgebung über die sittlichen Verhältnisse des Menschenlebens spricht, bedient er sich entschieden und durchgehends der religiösen Bezeichnung, des artikellosen „Gott".

Dennoch ist die Frage nicht abzuweisen, in welcher von den drei Vorstellungsweisen sich Goethes Grundstellung am eigentlichsten ausdrücke. Welches Bedürfniß war ihm das dringendste? Er selbst antwortet: das nach Wahrheit! Die Wahrheit nennt er in der „Zueignung" seine Muse und noch im Alter seine Geliebte*), in ihr liegt das Unterscheidende seiner Dichtung. Ihm ist die Dichtung Aeußerungsform der Wahrheit, der Weg des Findens ist die Forschung. Darum hängen ihm Dichten und Forschen innig zusammen. Nun haben Polytheismus und Theismus das gemeinsam, daß sie das Göttliche in die Form der Persönlichkeit einschließen, die uns nur im menschlichen Einzeldasein gegeben ist; beide gehen also über die Grenzen der Erfahrung und somit der Forschung hinaus. Der Pantheismus hingegen macht vor diesen Grenzen halt; er läßt das göttliche Wesen als Problem stehen und begnügt sich, innerhalb der Natur, d. h. innerhalb des Erfahrungsgebietes, die Wirkungsweise Gottes aufzusuchen. Wo daher Goethe nicht bildlich, sondern eigentlich, sozusagen unter Verantwortlichkeit seines wissenschaftlichen Gewissens, redet, da hat er für das Göttliche die pantheistische Formel: „die Gott-Natur".**) In den Noten zum Divan nennt er Gott einmal geradezu „das unpersönliche Wesen, das Alles durchdringt." Er verbindet auch beide, wie in der Aeußerung: „Ich glaubte an Gott und die Natur und an den Sieg des Edlen über das Schlechte."***) Die Natur ist Gott und Gott ist die Natur.

Goethe ist aber weit entfernt von der bornirten Meinung, daß wir mit Wörtern wie Kraft, Stoff, Aether, Evolution das schaffende Wesen ausgeschöpft hätten. Er setzt nicht nur unserem Naturerkennen eine subjektive Grenze, sondern scheidet auch in der Natur selbst prinzipiell „ein Zugängliches und ein Unzugängliches"; sie behalte immer „etwas Problematisches hinter sich, welches zu

*) Vergl. das Gedicht „Immer Mädchen". Hempel II, S. 291.

**) Bei Betrachtung von Schillers Schädel. — Kore. (Hempel III, 190. II, 199).

***) Eckermann, 4. Januar 1824. — Wanderjahre, Buch III, Kap. 15. (Hempel XVIII, 411.) — Brief an Lavater 9. August 1782: „Ich bin still und verschweige, was mir Gott und die Natur offenbart" 2c.

ergründen die menschlichen Fähigkeiten nicht ausreichen."*) Und er selbst bescheidet sich zuletzt mit dem „schönsten Glück des denkenden Menschen: Das Erforschliche erforscht zu haben und das Unerforschliche ruhig zu verehren."**) Will man nun das Erforschliche Natur und das Unerforschliche Gott nennen, so wäre also Gott ein Tieferes hinter der Natur, das aber nicht anders als in der Form der Natur wirkt, zu dem die Natur sich verhält als das Mittel, durch das es sich auswirkt, darstellt, offenbart. Goethe wagt einmal das Wort: Gott habe ein Pferd nur auf dieser Stufe und im Zusammenhang mit allen vorangehenden Stufen machen können. Aber dem Erdgeist weist er im Faust doch die Aufgabe zu, „der Gottheit lebendiges Kleid" zu weben, im Sinne des späteren Wortes***):

Wie Natur im Vielgebilde
Einen Gott nur offenbart —.

Ihm war darum die Erforschung der Natur der einzig gangbare Weg zur Erkenntniß Gottes†); denn in seiner Anschauung sind die Naturgesetze die Gesetze des göttlichen Lebens und Handelns selbst. „Da ist die Nothwendigkeit, da ist Gott!" ruft er in Rom. Alles ist Gott, und alles ist Natur.

Das ist Goethes Spinozismus, nur daß er das starre Sein dieses Systems durch den Herderschen Begriff des Werdens, der Entwicklung erweicht. So gelangte seine Naturbetrachtung einerseits schon zur Vorausnahme der darwinistischen Grundanschauung, andererseits begegnete sie sich von selbst mit der Naturphilosophie Schellings, mit deren Urheber Goethe eine Zeitlang sogar in die engste Gemeinschaft des Mittheilens und Arbeitens trat.††)

Auch der Mensch steht ihm nicht über, sondern innerhalb der Natur. „Die Natur", sagt er einmal†††), „um zum Menschen zu gelangen, führt ein langes Präludium von Wesen und Gestalten auf, denen noch gar viel zum Menschen fehlt"; und folgerichtig ein andermal*†): „Wer weiß, ob nicht der ganze Mensch wieder ein

*) Eckermann, 11. April 1827. (Vergl. Goethes Unterhalt. mit v. Müller, S. 193.)
**) Sprüche in Prosa Nr. 1019. (Hempel XIX.)
***) Künstler-Lied. (Hempel II, 201.)
†) Briefe an Jacobi vom 9. Juni 1785 und 5. Mai 1786.
††) Margarethe Platt, der Goethe-Schelling'sche Plan eines philosophischen Naturgedichts. — Bd. 106 der Jahrb., S. 44 ff.
†††) Mit Riemer, 23. November 1806. (Goethes Gespräche v. Biedermann II, 114.)
*†) Mit Falk, 14. Juni 1809. (Biedermann II, 263.)



Wurf nach einem höheren Ziele ist.“ (Danach könnte man in seinem Sinne den Menschen das Uebertier nennen, das seinerseits auf den Uebermenschen hinauswiese.) Und so hat Schiller Goethe verstanden in dem berühmten Brief vom 23. August 1794: „Von der einfachen Organisation steigen Sie, Schritt vor Schritt, zu der mehr verwickelten hinauf, um endlich die verwickeltste von allen, den Menschen, genetisch aus den Materialien des ganzen Naturgebäudes zu erbauen. Dadurch, daß Sie ihn der Natur gleichsam nacherschaffen, suchen Sie in seine verborgene Technik einzudringen.“ — Das heißt doch deutlich: Der Mensch ist nicht von oben, sondern von unten zu erklären; er gehört nicht einem Jenseits, sondern dem Diesseits an, die Erde hat ihn hervorgebracht und die Erde ist seine Heimath. Und das gilt nicht nur von dem Bau seines Körpers, sondern auch von der geistigen und seelischen Ausrüstung, mit der er ins Leben tritt, jener eigenthümlichen Mischung und Spannung der inneren Kräfte, die wir seine Individualität nennen. Auch sie ist, durch Vererbung und Ueberlieferung, ein Erzeugniß des allgemeinen Ganges des großen Naturmechanismus. Das ist der Sinn jener drei berühmten Zahmen Xenien über die Originalität, deren Inhalt sich dahin zusammenfassen läßt: Jeder ist die Wiederholung dessen, was seine Voreltern schon waren. Womit zu vergleichen das Wort der Iphigenie (V. 355): „Denn es erzeugt nicht gleich ein Haus den Helden noch das Ungeheuer. Erst eine Reihe Guter oder Böser bringt das Entsetzen, bringt die Freude der Welt hervor.“ Diese ererbte und angeborene Individualität wird, in Wechselwirkung mit den Gesetzen des äußeren Makrokosmos, das eherne Gesetz, das den Lebensgang und das Handeln jedes Einzelnen unweigerlich bestimmt:

„Nach ewigen, ehernen großen Gesetzen
Müssen wir alle unseres Daseins
Kreise vollenden.“ (Das Göttliche.)

Oder:

„Wie an dem Tag, der Dich der Welt verliehen,
Die Sonne stand zum Gruße der Planeten,
Bist alsobald und fort und fort gediehen
Nach dem Gesetz, wonach Du angetreten.“ (Urworte.)

Fast wörtlich so zu Eckermann (12. Mai 1825): „Jeder geht in der aufsteigenden Linie seiner Entwicklung fort, so wie er angefangen.“

In dieser Anschauung ist für die menschliche **Freiheit**, diese zufällige Kausalität des Einzelnen, kein Platz. Der Mensch, von innen bestimmt, von außen begrenzt, steht völlig innerhalb der allgemeinen Kausalität der Natur, die durch ihn hindurchgeht, wie durch alles Existirende. Schiller hat daher das rechte Wort gebraucht, wenn er von der verborgenen inneren „Technik" redet. „Uebrigens bekommt es uns ganz wohl", schreibt Goethe selbst an Schiller, „daß wir mehr an Natur als an Freiheit glauben und die Freiheit, sobald sie sich ja einmal aufdringt, geschwind als Natur traktiren" (15. Juli 1803). Zu Eckermann thut er die Aeußerung: „Sobald wir dem Menschen die Freiheit zugestehen, ist es um die Allwissenheit Gottes gethan" (15. Oktober 1825). Und auf seine Amtsführung zurückschauend: „Ich nahm alle Zustände der Personen, meine Kollegen z. B., durchaus real, als gegebene, einmal fixirte Naturwesen, die nicht anders handeln können, als sie handeln."

Hier haben wir das Wort, das in Kürze alles sagt: der Mensch ist ein **Naturwesen**.

Aus dieser Grundanschauung ziehen wir schon hier folgende ethischen Vorbegriffe:

1. Ist der Mensch ein Produkt der Erde und auf ihr so zu sagen beheimathet, so liegt auch seine Lebensaufgabe auf der Erde, im Diesseits.

2. Ein Naturwesen hat Funktionen, nicht Pflichten. Der Mensch als Naturwesen hat keinen anderen Lebenszweck, als die Funktionen, die in seiner Natur liegen, auszuüben.

3. Diese Funktionen sind aber entwicklungsfähig, das heißt: durch ihre Ausübung wird der Mensch zu höheren, d. i. zusammengesetzteren, Funktionen befähigt, durch welche die in seinem Wesen liegenden Möglichkeiten in immer weiterem Umfang und mit wachsender Kraft hervortreten. Indem er diese auf seine Nachkommen wieder vererbt, entsteht eine mehr oder weniger gemeinsame Entwicklung der Menschheit, die wir Kultur nennen. Das Lebensziel des Einzelnen muß sein, sich der allgemeinen Kulturgüter theilhaftig zu machen und sie durch eigene Thätigkeit zu vermehren; dieses Bestreben nennen wir Bildung.

4. Kultur, Bildung, Sittlichkeit sind Wechselbegriffe, sie bedeuten dasselbe.*)

*) Vergl. Sprüche i. Pr., Hempel XIX, Nr. 41.

II.

Wie gestaltet sich auf Grund dieser Vorbegriffe das Bild der menschlichen Lebensführung im Einzelnen?

Daß der Lebenszweck im Irdischen beschlossen sei, beweisen wir zunächst aus den beiden Fauststellen:

I, V. 1306. Das Drüben kann mich wenig kümmern;
Schlägst du erst diese Welt zu Trümmern,
Die andere mag danach entsteh'n.
Aus dieser Erde quillen meine Freuden,
Und diese Sonne scheinet meinen Leiden.
Kann ich mich erst von ihnen scheiden,
Dann mag, was kann und will, geschehn . . .

II, 5. Akt, V. 383. Der Erdenkreis ist mir genug bekannt.
Nach drüben ist die Aussicht uns verrannt.
Thor, wer dorthin die Augen blinzend richtet,
Sich über Wolken seines Gleichen dichtet!
Er stehe fest und sehe hier sich um,
Dem Tüchtigen ist diese Welt nicht stumm.
Was braucht er in die Ewigkeit zu schweifen?
Was er erkennt, läßt sich ergreifen!

Und dazu das Gedicht „Menschengefühl" (gedruckt 1815):

Ach, ihr Götter, große Götter
In dem weiten Himmel droben!
Gäbet Ihr uns auf der Erde
Festen Sinn und guten Muth:
O wir ließen Euch, Ihr Guten,
Euren weiten Himmel droben!

Diese drei Zeugnisse umfassen das Leben Goethes von der Jugend bis zum Greisenalter und dürfen als der untrügliche Ausdruck seiner Lebensauffassung gelten.

Es ist aber zu bemerken: Faust sagt nur, das Drüben kümmert mich nicht, die Aussicht dahin ist uns verrannt. Das ist noch keine Leugnung des Drüben. In seinem Alter bezeugt Goethe sogar oft und nachdrücklich seinen Glauben an ein persönliches Fortleben nach dem Tode. Aber er hegt ihn als ein persönliches Gut, als ein „Glück", das er nicht entbehren möchte, keineswegs als etwas objektiv Feststehendes, Beweisbares. Er lehnt es daher ab, aus einer willkürlichen Vorstellung von einem Drüben Grundsätze für das diesseitige Handeln herzuleiten und begnügt sich vielmehr, diese aus dem, was „erkennbar" ist — das sind aber

die Dinge der Erde — zu entnehmen. „Ein tüchtiger Mensch läßt die künftige Welt auf sich beruhen und ist thätig und nützlich in dieser" — das ist hierüber sein letztes Wort.*)

Ist nun der Lebenszweck ein diesseitiger, so folgt zunächst, im Unterschied von der christlichen Auffassung, die größere Bedeutung und stärkere Betonung des sinnlichen Lebens. Jesus sagt: „Aergert dich dein rechtes Auge, so reiß' es aus und wirf es von dir" (Matth. 5, 29), und: „Es giebt Menschen, die sich um des Reiches Gottes willen verschneiden" (Matth. 19, 12). In eine ganz andere Welt blicken wir, wenn wir in den „Wanderjahren" das Wort lesen: „Der am längsten sich erhält, hat auch etwas geleistet" (2. Buch Kap. 12).**) Gesundheit, Kraft, Schönheit des Leibes sind Lebenszwecke an sich. Fausts Uebel werden daher geleitet, daß sein „übereiltes" Streben „der Erde Freuden übersprang" (I, V. 1504 f.). Der Inhalt des Lebens wird im „Prometheus" dahin zusammengefaßt: „Zu leiden, zu weinen, zu genießen und zu freuen sich." Und ähnlich wollen in „Iphigenie" (V. 567) die Götter den Sterblichen „ihres eigenen, ewigen Himmels mitgenießendes fröhliches Anschau'n eine Weile gönnen und lassen." Endlich in den Venezianischen Epigrammen (Nr. 34) fehlt unter den „fünf natürlichen Dingen", die der Dichter von den Göttern verlangt — freundliche Wohnung, leidlich zu essen, gut zu trinken, geziemende Kleidung, Freunde vertraulich zu schwatzen — auch nicht „ein Liebchen des Nachts, das mich von Herzen begehrt."

Ihr Recht haben die sinnlichen Freuden eben als Funktionen vorhandener Kräfte. Aber sind sie auch erstrebenswerthe Zwecke an sich, so doch nicht der Zweck. Sie sind vielmehr von der Natur selbst den geistigen Kräften — Phantasie, Intellekt, Wille — als Basis untergeordnet. An diesem höheren Zweck findet ihr Gebrauch seine Grenze. Und so sehen wir schon den Leipziger Studenten in seinen Liedern und Idyllen an dieser Grenze zwischen sinnlichem und geistigem Thun sinnend herumtasten. In der Funktion der geistigen Kräfte kommt jedenfalls der spezifisch menschliche Lebenszweck erst zum Vorschein. Aber während die sinnlichen Kräfte unmittelbar von der Natur mittelst der Triebe in Bewegung gesetzt werden, sind die geistigen nur als Anlage gegeben, wir müssen sie, als Menschen, zur Funktion erst entwickeln.

*) Eckermann, 25. Februar 1824.

**) Vergl. ebenda die Novelle „Der Mann von fünfzig Jahren."



Dies geschieht durch die Erziehung, deren bester Theil die Selbsterziehung ist. Die Fähigkeit dazu liegt im Intellekt und Willen vor. Die Entwicklung der Kräfte führt zur Entwicklung der Persönlichkeit, und die vollendete Persönlichkeit wird sich ihrer selbst und ihrer unzerstörbaren Eigenart im Gebrauch ihrer Kräfte mit Freuden bewußt, sie genießt ihrer selbst „in Himmelsglanz und -klarheit.“ Und das ist nun das Ziel, das Goethe dem Menschen steckt: Selbstgenuß durch Vollendung der Persönlichkeit.

Diese Idee ist an sich nicht neu; sie erhält aber ihre besondere Goethesche Bestimmtheit dadurch, daß Goethe uns für die Ausbildung der Persönlichkeit entschieden auf die objektive Welt verweist. Es giebt nämlich auch einen Selbstgenuß durch ungezügelte Einbildung und willkürliche Spekulation. Diesen Weg gehen Werther, Egmont, Eduard, Tasso: sie alle stellen sich die Welt so vor, daß die natürliche Individualität dabei scheinbar mühelosen Spielraum nach allen Seiten erhält. Allein da diese Vorstellung nicht nach dem Maße der Wirklichkeit, sondern a priori nach subjektiven Wünschen gebildet ist, so führt sie zu „travers“, zu falschen Stellungen zur Welt, darum zur Willkür in deren Behandlung und endlich zum Scheitern. Die Urform dieses Fehlers erblickt Goethe in der mißverständlichen Forderung: γνῶθι σαυτόν — sofern damit die bloße Vertiefung in sich, ein Nachdenken über sich und Bespiegeln seiner selbst angerathen und zur Fundquelle der Lebensmaximen gemacht werden soll. Er läßt das Wort nur gelten, sofern die Selbsterkenntniß den Weg nimmt über die Welterkenntniß und durch Vergleichen und Handeln zwar nicht das Wesen des Ich ergrübelt, wohl aber seine Bezüge zur Außenwelt mit Wahrheit erfaßt.*) Denn das Subjekt kann nichts aus sich selbst holen, es kann nur an der Außenwelt sich erfassen und sich füllen. Darum: „Jedes tüchtige Bestreben wendet sich aus dem Innern hinaus in die Welt!“**)

Das Objekt erfassen wir aber auf dem Wege der aufmerksamen Beobachtung durch die Sinne, die gesteigert wird zur wissen-

*) v. Müller, Unterhaltungen 8. März 1824. — Vergl. Sprichwörtlich (Hempel II, 338), Zahme Xenien (Hempel III, 258): „Niemand wird sich selber kennen“ u. s. w. — Vergl. Wanderj., Betrachtungen (Sprüche i. Pr. Nr. 2): „Wie kann man sich selbst kennen lernen? Durch Betrachten niemals, wohl aber durch Handeln.“ — Tasso, V. 1237—1243 u. V. 3420: „Vergleiche dich! Erkenne was du bist!“ — Sprüche i. Pr., Hempel Nr. 456 u. ö.

**) Eckermann, 29. Januar 1826.

schaftlichen Forschung, und auf dem Wege des Handelns. Beides muß Hand in Hand gehen:

„Nach fröhlichem Erkenntniß
Erfolge rasche That" — *)

Vorbedingung des Erfolges auf beiden Wegen ist die „Reinheit". Sie ist diejenige Verfassung der Seele, wo diese frei ist von leidenschaftlichen Stimmungen, selbstischen Wünschen, eigensinnigen Launen, aber auch von überlieferten Schulmeinungen.**) Die Seele steht da ganz allein dem Objekt gegenüber und ist nichts als dessen treuer Spiegel. Man erinnert sich von der italienischen Reise des oft wiederkehrenden Ausdrucks: „Ich bin ganz rein!" Das hat natürlich nichts zu thun mit dem „Selig sind, die reines Herzens sind", sondern ist zusammenzuhalten mit dem andern Wort der Bergpredigt: „Wenn dein Auge einfältig ist, wird dein ganzer Leib licht sein." Reinheit, Einfalt, Aufrichtigkeit gegenüber der Welt ist die Grundbedingung richtiger Erkenntniß der Welt und darum richtiger Entwicklung an der Welt.

Diese hat drei Stufen.

Die erste ist die Stufe der „reinen Dumpfheit".***) Die Dumpfheit ist nichts anderes als der „dunkle Drang", der aus unseren Neigungen entsteht, die ihrerseits die Vorgefühle unserer Kräfte sind. „Unsere Wünsche sind Vorgefühle der Fähigkeiten, die in uns liegen, Vorboten desjenigen, was wir zu leisten im Stande sein werden."†) Aus den dumpf gefühlten Kräften erwächst das Streben und der erste tastende Versuch, sie am Objekt spielen zu lassen. Da dieser aber noch nicht von der Einsicht, weder in das Gesetz des Dinges, noch in die Art und das Maß unserer Kräfte, geleitet wird, so ist das Tasten nothwendig mit Irrthum verbunden. „Es irrt der Mensch, so lang' er strebt." Ist aber das

*) Zahme Xenien (Hempel II, 351).

**) Eckermann, 18. Mai 1824; „Sobald man in der Wissenschaft einer gewissen beschränkten Konfession angehört, ist sogleich unbefangene treue Auffassung dahin . . . Die Weltanschauung aller solcher in einer einzigen ausschließlichen Richtung befangener Theoretiker hat ihre Unschuld verloren, und die Objekte erscheinen nicht mehr in ihrer natürlichen Reinheit."

***) Brief an Lavater, 30. August 1776:

Du hast für uns das rechte Maß getroffen,
In reine Dumpfheit uns gehüllt,
Daß wir, von Lebenskraft erfüllt,
In holder Gegenwart der lieben Zukunft hoffen.

(Später verändert in „Einschränkung". Hempel I, 65.)

†) Dichtung und Wahrheit, 9. Buch.

Streben nur rein, das heißt ehrlich darauf gerichtet, den Willen der Natur mit uns, wie er sich in unserer inneren Ausstattung bekundet, zu erfüllen, so wird eben diese Ausstattung uns ein sicherer Führer aus dem Irrthum, weil sie uns jedes Mal untrüglich anzeigt, was unserem tiefsten Wesen zuwider und was ihm gemäß ist. „Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange bleibt sich des rechten Weges wohl bewußt."

Die zweite Stufe ist die der „Entsagung". Aus unseren Irrthümern erwächst zunächst die Einsicht in die nothwendigen Begrenzungen unserer Kräfte und Triebe durch die objektive Welt. Wir erkennen die Nothwendigkeit und lernen die Kunst der Selbstbeschränkung, durch die allein der beständige Konflikt mit dem Objekt vermieden und der Bestand und das Gelingen des Lebens verbürgt werden kann. Entsagung nennt sie Goethe in den Wanderjahren, denn man entsagt dem unbedingten Trieb, um durch Ausgleichung des Triebes mit dem Objekt die möglichst große Summe gelingender Bethätigung zu erreichen. Man könnte sie mit dem Darwinschen Ausdruck auch (bewußte) Anpassung nennen. Sie ist das eigentliche Wesen, die Grundform der Bildung, wie Goethe einmal zu Eckermann sagt: „Es kommt im Leben nur darauf an, daß man sich beherrschen lerne." Ihre Grenze hat aber diese Tugend an der Einsicht, daß auch die eigene Individualität unter den objektiven Kräften als Kraft zu erhalten und geltend zu machen ist, und in diesem Sinne läßt sich das Wort heranziehen: „Nur die Lumpe (die sich keines Werthes bewußt sind) sind bescheiden.*)

Sobald nun die Erkenntniß der objektiven Welt und an ihr die des eigenen Vermögens erworben ist, beginnt der Aufbau des Lebens nicht mehr aus Drang, sonder aus bewußter Einsicht. Das Leben wird fortan nicht ein Werk des Zufalls, sondern ein gewolltes, nach Ideen zu schaffendes Kunstwerk. Dies ist die dritte und höchste Stufe, die der freien Selbstbestimmung, dies Wort in dem hier allein möglichen Sinne genommen, daß das Naturgesetz der eigenen Individualität erkannt ist und ihm freie Bahn

*) Eckermann, 4. Januar 1824: „Lobte man mich, so sollte ich das nicht in freudigem Selbstgefühl als einen schuldigen Tribut hinnehmen, sondern man erwartete von mir irgend eine bescheidene Phrase ... Das aber widerstrebte meiner Natur, und ich hätte müssen ein elender Lump sein, wenn ich so hätte heucheln wollen. — Vergl. „Rechenschaft" (Hempel I, 88):

„Nur die Lumpe sind bescheiden,
Brave freuen sich der That."

geschaffen wird, sowohl fremder Einwirkung als auch den eigenen niederen Trieben gegenüber. Wer nicht durch diese drei Stufen bis zur höchsten hindurchgeht, der bleibt eine „problematische Natur", d. h. eine solche, die „keiner Lage gewachsen ist und der keine genug thut". Solche Menschen werden, weil sie „sich und die Welt verkennen", mit der Gegenwart nie fertig und verzehren daher das Leben, das ihnen „keine Resultate giebt", in Sehnsucht nach Zukünftigem oder Klage über Vergangenes. „Weil die Menschen die Gegenwart nicht zu würdigen, zu beleben wüßten, schmachteten sie so nach einer besseren Zukunft, kokettirten sie so mit der Vergangenheit."*) Unter diesem Gesichtspunkt beurtheilt Goethe z. B. die Romantik, die er als das Kranke dem Klassischen als dem Gesunden gegenüber stellt.**) Denn die Alten „hatten nicht nur große Gedanken, sondern konnten sie auch hinstellen"; ihr Wollen und ihr Können gingen in einander auf, sie wurden mit dem Leben, mit der Gegenwart fertig.

Diese Eintheilung der Lebensentwicklung erinnert an die drei Stufen, durch welche Wolfram v. Eschenbach seinen Parzifal hindurchführt: tumpheit, zwîvel, saelde. Aber auch Goethes eignes Leben gliedert sich sehr deutlich danach: die Dumpfheit in dem genialen Drang der Jugendperiode; die Entsagung in der zehnjährigen Amtsperiode in Weimar, während welcher er mit bewundernswürdiger, täglich geübter Kraft den dichterischen Trieb niederhält, um auf dem Umwege der Pflichterfüllung und der Forschung zur Wahrheit des Lebens vorzudringen; endlich die bewußte Lebensgestaltung nach dem erkannten eigenen Naturgesetz seit der Rückkehr aus Italien.***) In der Dichtung hat er denselben Gang zweimal dargestellt: im Wilhelm Meister, wo die letzte Stufe jedoch unausgeführt geblieben ist, und im Faust, dessen bewußte Epoche mit dem 4. Akt des zweiten Theils, nach Abschluß der Helena-Episode, einsetzt.

Mit Recht vergleicht Richard Meyer diese Durchbildung des Menschen mit der Entwicklung der Pflanze „vom Keime bis zur reifsten und reinsten Form". Der Keim — das ist die Naturausstattung, die besondere Mischung der Anlagen, welche das unterscheidende Wesen des Individuums ausmacht.*) Die reife Form —

*) v. Müller, Unterh. 7. September 1827.
**) Sprüche i. Pr. Nr. 602. — Eckermann, 2. April 1829.
***) Die Wendung angedeutet in dem Brief an Karl August vom 17. März 1788: „Ich darf wohl sagen" u. s. w.



das ist die zur vollen Funktion entwickelte Anlage. Sie ist der Charakter oder die Persönlichkeit (im engeren Sinne). „Charakter im Großen und Kleinen ist, daß der Mensch demjenigen eine stete Folge giebt, dessen er sich fähig fühlt"*), mit anderen Worten eben die Entfaltung der Anlagen zur einheitlichen, zusammenhängenden und stetigen Wirkung, in welcher ein Mensch immer als ein und derselbige erscheint. Sie ist kein willkürliches Thun, sondern ein Thun aus der inneren Gesetzmäßigkeit des eigenen Wesens — darum dem stillen Wachsthum der Pflanze wohl vergleichbar — worin ein Mensch den von der Natur in ihm vorgebildeten Zweck, seine Idee, erfüllt und so sich vollendet. Auf dem Charakter, nicht auf den Künsten des Talents, beruhen die Wirkungen, die der Mensch hervorbringt, z. B. der Schriftsteller beim Publikum**), wie es in den Zahmen Xenien***) heißt:

„Es gilt, man stelle sich, wie man will,
Doch endlich die Person."

Und auf diesem persönlichen Selbstsein, auf der bewußten, sich thätig behauptenden, unzerstörbaren Eigenart beruht denn die eigentliche Lebensfreude.

„Was habt ihr denn aber, was euch erfreut,
Als eure liebe Persönlichkeit,
Sie sei auch, wie sie sei?"

Und so im Divan†):

„Volk und Knecht und Ueberwinder
Sie gestehn zu jeder Zeit:
Höchstes Glück der Erdenkinder
Sei nur die Persönlichkeit."

Ihr gilt jener „Stolz auf sich selbst und herzliches Behagen", die der junge wie der alte Goethe als ein natürliches Menschenrecht verkündet — bis herab zum Behagen an der eigenen körperlichen Gestalt. Und hier gewinnen wir die Bestimmung des höchsten Gutes, welches das Ziel und der Lohn alles Strebens, also der höchste Lebenszweck sein muß: Selbstgenuß der Persönlichkeit!

---

*) Vergl. Goethe zu Δαίμων in den Urworten: „Der Dämon bedeutet hier die nothwendige, bei der Geburt unmittelbar ausgesprochene, begrenzte Individualität der Person, das Charakteristische, wodurch sich der Einzelne von jedem Anderen bei noch so großer Aehnlichkeit unterscheidet."

**) Sprüche i. Pr. Nr. 587.

***) Eckermann, 30. März 1824. — **) Z. X. Nr. 122 („Man mäkelt").

†) Buch Suleika, Nr. 21.

Das ist auch der Sinn von Faust's Wette mit Mephistopheles. Dieser will ihn dazu bringen, daß er sich an die Welt verliere, sein Wesen in einzelnen Erregungen verzettele; mit zerstreutem Genuß will er ihn um seine Persönlichkeit betrügen. Faust aber lehnt den Genuß ab und fordert nur den Wechsel. „Schmerz und Genuß, Gelingen und Verdruß“ sollen an seiner Persönlichkeit ununterbrochen vorübergehen, damit sich diese in den Gegensätzen als die eine und selbige rastlos bethätige und in der Bethätigung sich genieße.

Aber der Mensch ist das ζῷον πολιτικόν. In dem Gedicht „das Göttliche“ findet Goethe das Unterscheidende des Menschen in der Fähigkeit, eine organisirte Gemeinschaft zu bilden:

„Er allein darf . . .
Alles Irrende, Schweifende
Nützlich verbinden.“

Geschichtlich finden wir ihn in der That immer als Glied einer Gemeinschaft, ja diese allein ist es, die seinem Thun und Streben einen Tummelplatz schafft. Zwei Fragen werfen sich da von selbst auf: Wie stellt sich der Lebenszweck des Einzelnen in Bezug auf die übergeordnete Gemeinschaft (Staat, Volk, Menschheit)? Wie in Bezug auf die ihm gleichgeordneten Glieder der Gemeinschaft (Mitbürger, Volksgenossen, Nebenmenschen)? Oder genügt auch hier die Zweckbestimmung: Selbstgenuß? Und bedeutet dieser ein Steckenbleiben im Egoismus? —

Wie Goethe über die erstere Beziehung denkt, hat er oft und mit voller Bestimmtheit ausgesprochen. Man könnte seine Meinung in den Satz zusammenfassen: Ein Jeder sorge für sich, und so gedeiht das Ganze. Wir lassen dafür drei Stellen reden.

Im „Bürgergeneral“ heißt es am Schluß: „Bei sich fange Jeder an, und er wird viel zu thun finden. Er benutze die friedliche Zeit, die uns gegönnt ist; er verschaffe sich und den Seinigen einen rechtmäßigen Vortheil, so wird er dem Ganzen Vortheil bringen.“

Zu Eckermann (20. Oktober 1830): „Ich dächte, Jeder müßte bei sich anfangen und zunächst sein eigenes Glück machen, woraus denn zuletzt das Glück des Ganzen unfehlbar entstehen wird . . . Meine Hauptlehre ist vorläufig die: Der Vater sorge für sein

Haus, der Handwerker für seine Kunden, der Geistliche für gegenseitige Liebe, und die Polizei störe die Freude nicht."*)

Und unter den Zahmen Xenien lautet eine (Nr. 524):

„Ein Jeder kehre vor seiner Thür,
Und rein ist jedes Stadtquartier.
Ein Jeder übe sein' Lektion,
So wird es gut im Rathe stohn."

Goethe erkennt danach keine besonderen Pflichten gegen die Gemeinschaft an. Das soziale Glück entwickelt sich ihm aus dem Einzelglück, und dieses entspringt ihm aus der Bethätigung der individuellen Fähigkeiten und dem daraus resultirenden Genuß seiner selbst. Die Ausbildung der Persönlichkeit ist ihm die eine große Grundpflicht. Wer sie erfüllt, der trägt eben dadurch seinen Theil für das Ganze bei. Diese Auffassung setzt eigentlich eine Art prästabilirter Harmonie der Begabungen voraus: die Natur bringt diese hervor, wir haben sie nur zu gebrauchen und das Uebrige der Natur zu überlassen. Das ist dem Goetheschen Glauben an die Natur völlig gemäß.

Und doch werden in den Wanderjahren Folgerungen gezogen, welche auf besondere Zwecke des Individuums für die Allgemeinheit hinweisen. In der pädagogischen Provinz erscheint es als eine Angelegenheit des Staates, die Begabungen zu erforschen und auszubilden, um für jede Stelle des öffentlichen Dienstes die geeigneten Kräfte zu haben. Dort lesen wir auch den Grundsatz: „Daß ein Mensch etwas ganz entschieden verstehe, vorzüglich leiste, wie nicht leicht ein Anderer in der nächsten Umgebung, darauf kommt es an." Demgemäß entschließt sich Wilhelm endlich, Wundarzt zu werden, weil in der Auswanderergesellschaft, der er angehört, diese Stelle noch nicht besetzt ist, und die wilde Hummel Philine wird noch eine unübertreffliche Schneiderin. Goethe äußerte — lesen wir bei Riemer**) — „daß die Männer zum Dienen, die Weiber zu Müttern gezogen werden müßten." Das deutet nicht sowohl auf zusammenstimmende Einzelentwicklung, als vielmehr geradezu auf einseitige Ausbildung von Spezialitäten,

*) Vergl. ebenda vom 25. Februar 1824: „Das Vernünftigste ist immer, daß jeder sein Metier treibe, wozu er geboren ist und was er gelernt hat, und daß er den Anderen nicht hindere, das seinige zu thun ꝛc."

**) Biedermann, Gespräche II, 273.

wobei nicht die eigene Persönlichkeit, sondern die Bedürfnisse der Gemeinschaft den Zweck hergeben.

Auch Faust erreicht die höchste Stufe durch gemeinnützige, also dienende Thätigkeit, wobei es dem ehemaligen Professor nicht in der Wiege gesungen war, daß er einmal als Deichbauer und Kolonisator im Großen enden würde. Ist Faust damit von seinem Naturgesetz abgewichen? — Von ihm gilt, was Goethe bei Eckermann*) über die Entelechie sagt: „Ist die Entelechie mächtiger Art, wie es bei allen genialen Naturen der Fall ist, so wird sie ... ihr Vorrecht einer ewigen Jugend fortwährend geltend zu machen suchen. Daher kommt es denn, daß wir bei vorzüglich begabten Menschen auch während ihres Alters immer noch frische Epochen besonderer Produktivität wahrnehmen; es scheint bei ihnen immer wieder eine temporäre Verjüngung einzutreten, und das ist es, was ich eine wiederholte Pubertät nennen möchte." — Die Entelechie Fausts ist nun aber die der Menschheit selbst, und darum muß sie den ganzen Umfang des Menschenlebens in wiederholten Pubertäten ausmessen. Nachdem sie den Kreislauf der Idee vollendet, muß sie den der That ergreifen, weil Idee und That die beiden Pole des menschlichen Gesammtlebens sind. Der Faust enthält darum noch nicht die vorbildliche Forderung, daß jede persönliche Entwicklung in die That ausklingen müsse. Am Ende von Goethes Leben steht auch nicht die That, sondern die Betrachtung. Er hat seine Periode der That in den Jahren von 1776 bis 1786 gehabt; sie war ihm aber nicht Ziel, sondern Mittel der Entwicklung, und er hat sich von ihr ausdrücklich wieder auf das Gebiet der Idee zurückgezogen**), um sich nicht mehr davon weglocken zu lassen. Aber das Gemeinnützige theilt er doch mit Faust. Wie er schon auf der Höhe seines Lebens sang:

„Für And're wächst in mir das edle Gut,
Ich kann und will das Pfund nicht mehr vergraben.
Warum sucht' ich den Weg so mühevoll,
Wenn ich ihn nicht den Brüdern zeigen soll?" —

so hat er im Alter das entschiedene Bewußtsein, daß er durch „Betrachtung und Mittheilung"***) ebenso der Gemeinschaft diene, wie etwa Faust durch seine That. Sein Dienst ist eben die Thätigkeit

*) 11. März 1823.
**) Vergl. den oben angeführten Brief an seinen Herzog v. 17. März 1788.
***) Noten z. Divan, Einl. (Hempel IV, 229).

in Wissenschaft und Kunst*); denen, die noch anderes von ihm verlangten, hält er entgegen:

„Hätte Gott mich anders gewollt,
So hätt' er mich anders gebaut." **)

Führen wir die gemeinnützige Richtung auf Liebe zurück, so verstehen wir die Formel, in die er die Güter seines Alters zusammenfaßt:

„Mir bleibt genug! Es bleibt Idee und Liebe!" ***)

Für Faust würde sich die Formel nach dem Gesagten erweitern in: Idee und That und Liebe.

Obwohl aber hiernach der Dienst an der Gemeinschaft als die wahre Bestimmung des Mannes erscheint, so tritt doch bei Faust auf dem Gipfel seines gemeinnützigen Schaffens der Gesichtspunkt des Genießens sogleich wieder hervor:

„Im Vorgefühl von solchem hohen Glück
Genieß' ich jetzt den höchsten Augenblick!"

Und wer wollte leugnen, daß Goethe, der Greis, in der Mittheilung an Andere nicht den höchsten Genuß seiner selbst gefunden habe?

Wie vereinigen sich also die beiden Zwecke: Genuß und Dienst? — Offenbar denkt Goethe es so, daß beides zusammenfallen, daß eins mit dem Anderen und durch das Andere erreicht werden muß. Wie das zu machen, zeigen die Wanderjahre: die Bewahrung der Individualität muß für ihre Verwendung in der Gemeinschaft die oberste Bedingung bleiben; kein Glied darf zu anderen Zwecken gebraucht werden, als wozu Natur und Bildung es bestimmt haben. Wird diese Bedingung eingehalten, so wird an den Aufgaben, die die Gemeinschaft stellt, der Einzelne seine Kräfte üben und so einerseits den persönlichen Lebenszweck erreichen, mit ihm zugleich aber den der Gemeinschaft. Die Arbeit, die frei aus dem Innern geleistet wird, führt zu Behagen und Genuß; und die zweckvolle Einfügung in den Organismus des Ganzen führt zum größtmög-

*) „Auch ich soll gottgegebne Kraft
Nicht ungenutzt verlieren
Und will in Kunst und Wissenschaft,
Wie immer protestiren."
(Dem 31. Oktober 1817. Hempel II, 266.)

**) Z. Xenien Nr. 120 (v. L.). Vergl. Eckermann 4. Januar 1824. „Man ... wollte mich immer anders, als es Gott gefallen hatte, mich zu machen."

***) Divan, B. IV, Nr. 13. (Hempel IV, S. 68.)



lichen Maß von Gelingen. Wer dagegen von jener Bedingung abweicht, seinen Beruf z. B. nach fremdem Willen oder bloß zum Geldverdienen wählt, dem wird nicht nur das Gelingen fehlen, sondern er entwürdigt auch die Persönlichkeit; denn solches Thun ist von der Nothwendigkeit der Natur entfernt und darum ohne Gott. Alles, was nicht aus der Persönlichkeit kommt — könnte man nach einem Bibelworte sagen — ist Sünde!

In dieser Beziehung verdient ein Selbstzeugniß Goethes über seine Amtsführung angeführt zu werden: daß er seine Untergebenen stets so behandelt habe, daß sie das Gefühl behielten, doch auch Menschen zu sein. Es enthält eine Kritik der heute bei uns üblichen Ueberspannung des Staatsbegriffs, wo es darauf abgesehen zu sein scheint, durch Uebermaß der Arbeit und eine die Selbstachtung verletzende Behandlung Behagen und Genuß im Staatsdiener zu zerstören, er müßte denn ein Glied jener Kaste sein, die für das opferreiche Studium unserer akademischen Schlag- und Trinksitten ein verbrieftes Recht sich erwirbt, die Ehren des Staates einzuheimsen und das Fett des Landes zu essen — und den „Anderen" das Leben im Vaterlande zu verekeln.

Was endlich die Beziehung des Menschen zum einzelnen Mitmenschen anlangt, so treffen wir Goethes Ethik am Genauesten, wenn wir die des Christenthums einfach einschieben.

Die Grundlage alles ethischen Verhaltens ist die Wahrheit oder die Wahrhaftigkeit. Wenn das Neue Testament den Teufel den Vater der Lüge nennt, so lesen wir bei Goethe: „Alle Gesetze und Sittenregeln lassen sich auf eine zurückführen, auf die Wahrheit."*) Wenn ferner im Christenthum die Liebe des Gesetzes Erfüllung heißt, so beklagt Goethe den, „der sich Menschenhaß aus der Fülle der Liebe trank"; so räth er: „Wonach soll man am Ende trachten? — Die Welt zu kennen und nicht zu verachten!" — und schärft ein: „besonders keinen Menschen hassen!"

Das Nichthassen und Nichtverachten könnte aber auch Bequemlichkeit und Scheu vor bitteren Gefühlen sein. Daß es hier positiv gemeint ist, als Forderung des Gegentheils, als Empfehlung von Achtung und Liebe, beweist z. B. das „Lebensregel" überschriebene Gedicht. An der Spitze steht zwar zunächst die Aufforderung: „Mußt Dich am eig'nen Thun ergetzen!" Aber sie wird sogleich

*) v. Müller, Unterh. 28. März 1819. — Noten z. Divan (Hempel IV, 240).



ergänzt durch die andere: „Was Andere thun, das wirst Du schätzen!“ — Mißgunst, deren Formel lautet:

„Wenn wir And're gelten lassen,
Müssen wir uns nicht entadeln?“ —

wird im Divan (Buch des Unmuths) als der nationale Fehler der Deutschen gegeißelt. Sich selbst vertheidigt der Dichter gegen diesen ihm gemachten Vorwurf:

„Ich Egoist! — Wenn ich's nicht besser wüßte!
Der Neid, das ist der Egoiste!
Und was ich auch für Wege geloffen,
Auf'm Neidpfad habt ihr mich nie betroffen.“

Also gelten lassen und freudig anerkennen, was ein Anderer leistet, was ihm als Erfolg zu Theil wird, das ist der „Adel“ des Menschen. Von der freudigen Zustimmung ist dann nur ein Schritt bis zur helfenden That; denn wer sich freut, wo er einen Anderen den Daseinszweck erreichen sieht, der wird auch aufgelegt sein, ihm zu dessen Erreichung mitzuwirken. Liegt aber hierin der Adel, d. h. der eigentliche Werth des Menschen, so muß edel zu sein, einem Jeden als die Krönung des eigenen Lebens vorschweben, weil er erst darin als Mensch sich vollendet. In dem Gedicht „Das Göttliche“ lesen wir darum die Aufforderung hierzu in einer doppelten Form, nicht nur: „Der edle Mensch sei hilfreich und gut“ — ein identischer Satz! — sondern auch: „Edel sei der Mensch, (das heißt) hilfreich und gut!“ Das ist aber nichts Anderes als die christliche Forderung der Nächstenliebe. Und zum christlichen Begriff fehlt auch nicht das christliche Wort:

„Wer recht will thun, immer und mit Lust,
Der hege wahre Lieb' in Sinn und Brust.“*)

Oder in den Wanderjahren:

„Und dein Streben, sei's in Liebe,
Und dein Leben sei die That!“

Und so in den Aeußerungen seines Alters auf Schritt und Tritt: aus der Liebe fließt alles positive Wirken, aus der Liebe allein fließt sogar alles Verstehen und richtige Urtheilen. Denn „Mißgunst und Haß beschränken den Beobachter auf die Oberfläche, selbst wenn Scharfsinn sich zu ihnen gesellt; verschwistert sich dieser hingegen mit Wohlwollen und Liebe, so durchdringt er die

*) Sprichwörtlich Nr. 121.

Welt und den Menschen, ja er kann hoffen, zum Allerhöchsten (zu Gott) zu gelangen."*) — Goethe weiß, daß alles Denken in letzter Linie aus der „Gesinnung" fließt. Darum haben wir in diesen Aeußerungen nicht kahle Reflexionen des Alters, sondern die theoretischen Niederschläge seiner Lebenspraxis zu erblicken. „Das ganze Geheimniß, warum Goethe, wo er ist, unentbehrlich ist, das ist seine wahre Liebe gegen die Menschen, mit denen er lebt" — so schreibt Merck am 8. August 1778. Und das ganze Leben dieses „singulären" Menschen steht unter dem Entschluß: „grenzenlos uneigennützig zu sein."

III.

Hier ist denn überhaupt die Frage nach dem Verhältniß zum Christenthum aufzuwerfen.

Das Christenthum leitet die ethischen Forderungen aus dem höheren Ursprung des Menschen her. Der Mensch kommt von jenseits, von Gott; dort ist seine Heimath, der er wieder zustrebt. Sein irdischer Aufenthalt ist ein Gefangensein in der Fremde, ein Durchgang auf dem Wege von Oben wieder nach Oben. Mit Gott gleiches Wesens, hat er hinieden die Aufgabe, ein überweltliches, göttliches Leben in den Bedingungen der Erde zu verwirklichen; sein Ideal ist die naturfreie Geistigkeit Gottes selbst. Daß ein gotthaftes Wesen überhaupt in den irdischen Bedingungen steht, ist eigentlich ein Widerspruch, und das christliche Denken hat sich von Anfang an vergeblich bemüht, ihn aufzulösen. Die katholische Kirche hat alsbald auf eine Lösung verzichtet und sich begnügt, den Schluß zu ziehen, daß der Mensch sich schon hier frei machen müsse von der Erde. Ihre Ethik wird dadurch naturfeindlich und das Mönchthum das katholische Ideal der Sittlichkeit. Die Reformation aber sah in der Weltflucht eine Auflehnung gegen Gott, der den Menschen in die irdischen Bedingungen gestellt hat. Sie suchte die Lösung, indem sie das Erdenleben unter dem pädagogischen Gesichtspunkt auffaßte, als eine von Gott verordnete Uebungs- und Prüfungszeit. Ihr Ideal ist der in der Welt thätige, aber nicht an die Welt sich hingebende Mensch, der in allem irdischen Treiben das Bewußtsein der höheren Würde bewahrt, wie das gefangene Königskind in der Sklaverei. Am Weltleben soll das geistige Bewußtsein als an seinem Gegen-

*) Sprüche i. Pr. Nr. 245.

satz nur deutlicher werden, der geistliche Wille am Widerstand sich üben und stählen, so daß „denen, die Gott lieben, alle Dinge zum besten dienen müssen“. Nicht Flucht aus der Welt, sondern Gebrauch der Welt für die Zwecke des Geistes, für das Reich Gottes, ist hier die Losung.

Beiden Anschauungen gegenüber, die übrigens im Urchristenthum noch ungetrennt nebeneinander lagen, hat Goethe — oder vielmehr hat sich in Goethe die Anschauung des Hellenismus erneuert, dem der Mensch, wie es der einfache Augenschein lehrte, ein Kind und Bürger dieser Welt war, mit der Heimath im Diesseits. Die ersten Christen schieden sich einst bewußt von den Hellenen als denjenigen, „die keine Hoffnung (auf ein jenseitiges Leben) haben“. Wenn nun Goethe sich auf der Mittagshöhe seines Lebens zu einem „entschiedenen Heidenthum“ bekennt, so ist das nicht bloß Ablehnung eines dogmatisirten Christenthums, es ist die Ablehnung der Grundanschauung, auf der das Christenthum ruht. „Sauge den Erdsaft!“ so ruft man sich in seinem Weimarer Kreise zu; man rühmt sich des „Erdgeruchs“, mit dem man besuchende Freunde entläßt.*)

Auf diesem Boden wird das Ideal nicht vom Himmel herabgeholt oder auch nur droben am Himmel befestigt (Kant), sondern in der „holden Gegenwart“ wird es gefunden. Die Erde ist das Reich Gottes, sie bereitet nicht erst darauf vor; sie ist es durch den Werth, den der Mensch ihr verleiht aus der natürlichen Fülle seiner inneren Kräfte:

„Willst du dich deines Werthes freuen,
So mußt der Welt du Werth verleihen.“

Dieser Hellenismus war in der Renaissance schon einmal wieder durchgebrochen und ist neuerdings von Nietzsche zur Grundlage der „Ethik“ gemacht. Aber während sie dort und hier praktisch und theoretisch in die Herrenmoral ausmündet, in den brutalen Egoismus des Starken, der seine Ueberlegenheit genießt auf Kosten der Schwachen, hat Goethe in seinen Hellenismus den ganzen Ertrag der christlichen Entwicklung aufgenommen, keine ihrer ethischen Errungenschaften preisgegeben. Ist das nur eine liebenswürdige Inkonsequenz oder ist es auch innerlich in seiner Weltanschauung begründet? — Ich glaube, das Letztere ist der Fall. Goethe hat auch als „Heide“ das Christenthum geachtet, sowohl als persönlich geniale That wie als allgemein menschliche Ent-

*) Brief an Frau v. Stein, August 1777.

wicklungsphase. Auch das Christenthum gehört unter die natürlichen Funktionen des Menschengeistes und gilt ihm in seiner Art als ein Höchstes, das nicht mehr überboten werden kann, als eine Errungenschaft, die nicht wieder verloren gehen kann, nachdem sie einmal hervorgetreten ist. Mit vollem Recht! Denn gilt der Satz, den wir in Dichtung und Wahrheit lesen: daß die Menschheit zusammen erst der wahre Mensch ist, so muß ja der positive Ertrag aller vorausgehenden Entwicklungsphasen der Menschheit in allen folgenden aufbewahrt und fruchtbar werden. Neben das Schönheitsideal der Griechen, das Staatsideal des imperium Romanum, das Wahrheitsideal der modernen Wissenschaft tritt daher in bleibender Geltung das Sittlichkeitsideal des Christenthums. Goethe muß es gerade vom naturalistischen Standpunkte aus konserviren als eine Kulturerrungenschaft der Menschheit. Der Widerstreit betrifft nicht sowohl den Inhalt als die Herleitung des Ideals. Die supranaturalistische sagt: es ist von Gott den Menschen offenbart; die naturalistische: es ist aus dem natürlichen Menschen entwickelt. Indessen die verschiedene Herleitung muß doch auch in der Fassung des Einzelnen zu bemerkenswerthen Abweichungen führen. Die wichtigsten derselben seien unter den folgenden Gesichtspunkten zusammengefaßt.

1. Der Ursprung des Sittlichen. — Auf Eckermanns Frage, wie das Sittliche in die Welt gekommen, erwiderte Goethe (1. April 1827): „Durch Gott selber, wie alles andere Gute. Es ist kein Produkt menschlicher Reflexion, sondern es ist angeschaffene und angeborene schöne Natur. Es ist mehr oder weniger den Menschen im allgemeinen angeschaffen, im hohen Grade aber einzelnen ganz vorzüglich begabten Gemüthern. Diese haben durch große Thaten oder Lehren ihr göttliches Innere offenbart, welches sodann durch die Schönheit seiner Erscheinung die Liebe der Menschen ergriff und zur Verehrung und Nacheiferung gewaltig fortzog.“ — In dieser Aeußerung befremdet zunächst der Schein einer supranaturalistischen Erklärung, sofern Gott selbst das Sittliche in die Welt gebracht haben soll; aber er verschwindet alsbald bei näherem Zusehen. Denn der Gegensatz ist nicht: Gott oder die Natur, sondern: Natur oder Reflexion. So sehr der Ausdruck der üblichen Redeweise der Frömmigkeit (entsprechend der frommen Stimmung des Greises) angeglichen ist: die gleichwerthige Nebeneinanderstellung „angeschaffen“ (von Gott) und „angeboren“ (von Natur) beweist, daß Goethe keine Linie von seinem sonstigen Wege abgewichen ist.

daß er auch hier Gott und die Natur in Eins geschaut hat. Eben als geschichtliches Produkt der menschlichen Natur ist das Sittliche Gabe Gottes, denn Gott wirkt in der Form der Natur. So fällt denn aller Nachdruck auf das Wort „angeborene Natur", und es wird behauptet, daß das Sittliche die gesetzmäßige Entfaltung einer allgemein menschlichen Naturanlage sei. Diese Anlage erscheint hier als ein Letztes für unsere Erkenntniß, als eine Thatsache, über die wir nicht zurückgehen, die wir nicht weiter ableiten können. Nur die Frage des geschichtlichen Fortgangs kann aufgeworfen werden, und diese beantwortet Goethe ebenfalls in völliger Uebereinstimmung mit seinen Ansichten über geschichtliche Entwicklung überhaupt. Er läßt das Sittliche zuerst in einzelnen spezifisch veranlagten genialen Menschen zur Deutlichkeit des Bewußtseins aufleuchten und erst von da aus, auf Grund der gleichartigen Veranlagung aller, zu allen Menschen als Norm hindurchdringen und Allgemeingiltigkeit erlangen. Erst dabei tritt, neben dem unwillkürlichen Zug der Natur, auch die Reflexion durch „Erfahrung und Weisheit" in Thätigkeit: jene betrifft die Wirkungen des Sittlich-Guten auf das allgemeine und besondere Glück, diese registrirt die Erfahrungen, bringt sie auf allgemeine Formeln und bildet das Sittliche zur mittheilbaren wissenschaftlichen Lehre um. (Ebenda.) Ursprünglich, im Genie, ist es ganz Natur: schöne Natur nennt es Goethe, und er denkt dabei an Gestalten wie die schöne Seele der Bekenntnisse oder Iphigenie — Gestalten, in denen der Wille zu leben von Hause aus eins ist mit dem Willen zum Guten. Mag man diese Erklärung wissenschaftlich genügend finden oder nicht: worauf es hier ankam, das ist, daß Goethe deutlich das Sittliche als eine Naturfunktion des menschlichen Geistes ansieht, die durch die Reibung des allgemeinen Kulturganges in Bewegung gesetzt und erhalten wird.

2. Der Begriff der Pflicht. — Die Pflicht, im gewöhnlichen Sinne als absolute metaphysische Forderung, als kategorischer Imperativ gefaßt, findet in diesem Zusammenhang keinen Raum. Weder Werther noch Eduard gehen nach einem metaphysischen Sittengesetz, das durch Strafe auf verletzte Forderungen reagirt, zu Grunde, sondern an dem inneren Widerspruch, daß sie als Glieder einer bestehenden Kulturwelt leben und doch ihre Individualtriebe nicht in deren Formen binden wollen; man könnte sagen: aus Mangel an Anpassung an die Entwicklungsstufe, der sie angehören. Goethes Ethik kennt anstatt der Forderungen nur Kräfte

und Ziele, das heißt Thatsachen der Natur und Thatsachen der Kultur. Lehrbar sind nur die Ziele und allenfalls die Wege, auf denen sie erreicht werden. Sache der Erziehung ist es, die Kräfte auf sie zu richten, d. h.: einmal das Gefühl zu gewöhnen, jene Ziele als Lebenswerthe (als Güter) zu empfinden, und sodann den Willen zu üben, die zu ihnen führenden Wege zu gehen. Die Ethik wäre demnach im Wesentlichen Güter- und Erziehungslehre, die Pflicht findet nur als pädagogischer Hilfsbegriff eine Stelle.

3. Gut und Böse. — Auch diese Begriffe verlieren ihren absoluten metaphysischen Inhalt und kommen nur als Entwicklungsprodukte in Betracht. Hat doch auch das Christenthum einen absoluten Begriff des Guten nicht gefunden. Es hat nur die Ueberzeugung allgemein gemacht, daß die oberste Angelegenheit des Menschen sein müsse, gut zu werden; was aber das Gute sei, ist eine offene Frage geblieben. Zwar hat es das Gute identifizirt mit dem offenbarten Wesen Gottes, und so kam es zu der obersten Forderung der Geistigkeit, denn mit Geist benennt es das Wesen Gottes. Der Inhalt aber auch dieser Forderung blieb unbestimmt; es ließ sich ihr nur der negative Inhalt abgewinnen: Verneinung des Gegentheils, also Bekämpfung der Sinnlichkeit; und in Folge dessen hat das christliche Tugendideal, auch abgesehen vom Mönchthum, bis heute vorwiegend diesen negativen, asketischen Charakter bewahrt. Der positive Inhalt des Ideals kam von außen. Denn die Forderung der Nächstenliebe ist nichts Anderes als eine Anleihe bei der weltlichen Sittlichkeit. Sie geht zurück auf das Gefühl der Einheit und Zusammengehörigkeit aller Menschen, das aus der fortschreitenden Differenzirung aller menschlichen Thätigkeiten und der dadurch bedingten tausendfachen Verzweigung gegenseitiger Bedürftigkeit entspringt. Dieses Ergebniß wurde dann — ganz wie Goethe oben die Entwicklung des Sittlichen beschrieb — zunächst in einem genial-frommen Gemüth rein empfunden und als Forderung Gottes absolut gesetzt, gewann darauf in der von ihm gestifteten religiösen Gemeinschaft soziale Geltung und kehrte endlich zur weltlichen Gemeinschaft zurück, auf deren Boden seine Anfänge erwachsen waren. Heute ist es Bestandtheil der geltenden Sittlichkeit auch da, wo man von seiner ausschließlich christlichen Formulirung nichts mehr wissen will.

Aber auch innerhalb der christlichen Kirche — wie sehr blieb der Begriff des Guten von der jeweiligen Entwicklung abhängig! Sklaverei und Leibeigenschaft wurden unbefangen weiter geführt,

obwohl sie dem christlichen Prinzip schnurstracks widersprechen. Die despotische Willkür eines Einzelnen wurde als göttliche Ordnung verkündigt; noch Luther hat mit der Theorie vom passiven Gehorsam der Selbstvertheidigung des jungen Protestantismus die beste Schlagkraft genommen. Man sieht: auch das Christenthum ruht nicht auf absoluten Prinzipien, sondern steht innerhalb der natürlichen Entwicklung des menschlichen Geistes. Und wenn gefragt wird: was ist gut? — so können wir nur antworten: eben diese Entwicklung ist das Gute, oder was dasselbe ist: die Kultur ist das Gute, weil sie die Entfaltung des Menschenwesens ist. Denn der Geist der Menschheit offenbart sich in ihrer Geschichte, er lebt nicht in einer einzelnen That oder Denkformel. Ist nun die Kultur das Objektiv-Gute, so ist das Subjektiv-Gute die Einfügung des Einzelnen in ihren Gang. Da aber die Gesammtentwicklung nichts als die Resultante der Thätigkeit aller Einzelnen ist, so giebt es für den Einzelnen gar keinen anderen Weg, sich einzufügen, als die Entfaltung seiner Eigenkräfte. Und so gewinnt man, je nachdem man vom Allgemeinen oder vom Besonderen ausgeht, als Maxime des guten Handelns entweder die Formel: Einfügung in die Gesammtentwicklung, aber mit Bewahrung der Eigenart, oder: Entfaltung der Eigenart, aber im Hinblick auf das Ganze. Beides ist dasselbe. Wir finden es ausgesprochen in zwei Sätzen, die wir in Dichtung und Wahrheit lesen: „Das Rechte ist ein für allemal das, was dem Menschen gemäß ist" — d. h. an dieser Stelle: dem *einzelnen* Menschen, der getrost dem Fingerzeig der Natur in ihm folgen soll. Der andere ist der schon angeführte Satz: „Daß die ganze Menschheit zusammengenommen erst der wahre Mensch ist" — woraus folgt, daß das dem Einzelnen Gemäße seine Grenze und Richtschnur finden muß an dem, was der *Menschheit* gemäß ist. Widersprechen kann sich beides nicht, weil es doch die eine und selbige Natur ist, die sich in allen Einzelformen durchsetzt.

Hiermit ist der dritte der oben aufgestellten ethischen Vorbegriffe bestätigt. Die Kultur ist das höchste Gut und das Bildungsstreben ist die Sittlichkeit des Einzelnen. Ihm ordnen sich die positiven Religionen unter als Mittel zum Zwecke. „Frömmigkeit" (heißt es in den Betrachtungen der Wanderjahre) „ist kein Zweck, sondern ein Mittel, um durch die reinste Gemüthsruhe zur höchsten Kultur zu gelangen. Deswegen läßt sich bemerken, daß

diejenigen, welche Frömmigkeit als Zweck und Ziel aufstecken, meistens Heuchler werden."*)

Durch diese Goethesche Auffassung ist nun vor Allem das Negative im Tugendideal des Christenthums überwunden. Sittlichkeit besteht nicht im Vermeiden und Unterlassen, sondern im Thun und Hervorbringen aus der inneren Fülle und Tüchtigkeit. Der Begriff einer produktiven Sittlichkeit ist damit aufgestellt. Zugleich ist dieser Begriff aus seiner engen Sondersphäre befreit und auf alle menschlichen Thätigkeiten ausgedehnt, denn nunmehr fällt Alles, was aus menschlicher Tüchtigkeit hervorgeht, in seinen Bereich: die Sittlichkeit des Künstlers ist die Pflege seiner Kunst, die des Forschers die Hingabe an das Wahrheitsideal, und so vom Techniker, vom Staatsmann u. s. w. Wollte aber auch der Dieb sagen, die Meisterschaft in der Diebskunst sei seine Sittlichkeit, so wäre zu erwidern, daß die Grenzbestimmung in dem Gesagten bereits enthalten ist. Die Thätigkeit des Diebes fügt sich eben nicht in die Gesammtentwicklung ein, sie ist verneinend, aufs Zerstören, nicht aufs Schaffen gerichtet, und darum gilt hier Goethes Wort: „Es kommt nicht darauf an, daß eingerissen, sondern daß etwas aufgebaut werde, woran die Menschheit reine Freude habe." Die Grundform aller sittlichen Gesinnung und Thätigkeit bleibt sonach die Hingabe des Persönlichen an das Allgemeine, dessen Bestandtheil es selbst ist. Dies ist der Idealismus, der in der Ueberwindung der Eigensucht, aber Betonung der Eigenart seine charakteristische Annäherung und zugleich Entfernung vom christlichen Tugendideal hat, dieses sowohl bestätigend als bereichernd.

Was ist aber das Böse? Es ist die Verneinung der Entwicklung, ihre Störung und Hemmung. Der Teufel stellt sich dem Faust vor als der Geist, der „stets verneint", dessen „Element" die Zerstörung ist. Ist das Böse in dieser Form auch unter Menschen anzutreffen? Tolstoi sagt einmal, daß selbst der tiefst gesunkene Mensch sich die Welt in Gedanken immer noch so aufbaue, daß dabei seine, wie immer verworfene Lebensweise eine nothwendige Stelle ausfülle, also noch unter dem Gesichtspunkt des Guten erscheine. Er sagt das mit Bezug auf eine öffentliche Dirne; Schillers Karl Moor wäre ein weiteres Beispiel. Dagegen Franz Moor, Jago, auch Marinelli sind dichterische Gestaltungen

---

*) Vergl. Z. X. Nr. 489. 490 (v. L.).



des radikalen Bösen, aber ihre Wahrheit und Möglichkeit wird angezweifelt. Goethe hat solche Gestalten nicht gebildet, seine Weltanschauung schließt sie aus. Wo lebendige Kräfte sind, da streben sie von selbst nach Entfaltung zu positiver Leistung, die Zerstörung kann nur vorübergehendes Mittel zum Zweck sein: Wegräumung von Hindernissen der Selbstentfaltung. Am menschlichen Thun wird darum das Zerstören immer nur die Kehrseite des positiven Strebens sein, wie es in der Shakspere-Rede von 1773 heißt: „Das Böse ist die andere Seite vom Guten."*) Es ist im Grunde immer nur ein Uebergang und Durchgang, nichts für sich Bestehendes, daher auch in der Dichtung nicht rein, sondern nur mit seinem zugehörigen Guten zusammen darzustellen. So versteht es sich, warum in den Noten zum Divan die Tugenden der Araber einmal „die Blüthen ihrer Fehler" genannt werden, und wie der junge Goethe an Lavater schreiben konnte (22. Februar 1776): „Alle Deine Ideale sollen mich nicht irre machen, wahr zu sein und gut und böse wie die Natur." Zwei Grundformen des menschlich Bösen werden bei Goethe namhaft gemacht: 1. der Irrthum, der sich unvermeidlich an das Streben ansetzt, durch dieses selbst aber auch überwunden wird; 2. „Fehler der Individualität", worunter man alles, von bloßen Temperamentsfehlern bis zur disharmonischen Begabung und zu wirklichen Defekten der Natur, verstehen kann. Da sie von der Natur gesetzt sind, so können sie nicht ausgemerzt, nur in ihren Aeußerungen gemildert werden. Daher sagt Goethe von ihnen: „Die moralische Weltordnung gebe sie Jedem zu und nach, darüber möge Jeder mit sich selbst fertig werden und bestrafe sich dafür auch selber.**) Vielleicht ist in diesem Zusammenhange die räthselhafte Zahme Xenie zu verstehen:

„Was nennst du denn Sünde?
Wie Jedermann,
Wo ich finde,
Daß man's nicht lassen kann."

Das will doch sagen, die Sünde sei ein unvermeidliches Nebenprodukt der menschlichen Natur, eine Folge ihrer Beschränktheit und Unvollkommenheit.

---

*) Vergl. v. Müller, Unterh. 29. April 1818: „Alles Böse komme eigentlich nur aus Irrthum oder Trägheit; es gebe kein radikales, ursprüngliches Böse, so wenig der Schatten ein positives Etwas sei."

**) v. Müller, Unterh. 28. März 1819.

Ueberhaupt lehnt Goethe es ab, die Menschen nach den Kategorien Gut und Böse einzutheilen. Für seine Gesammtansicht finde ich den locus classicus in einer Stelle der Guten Weiber: „Warum denn immer bös und gut? Müssen wir nicht mit uns selbst, so wie mit Anderen vorlieb nehmen, wie die Natur uns hat hervorbringen mögen, und wie sich Jeder allenfalls durch eine mögliche Bildung besser zieht?" — Die sittlichen Unterschiede sind im Grunde Naturunterschiede, der Mensch ist das Produkt der inneren und der äußeren Möglichkeiten, das Sittliche hat die Form der Bildung.

4. Menschenwerth. — Die Frage ist hier, ob das menschliche Individuum einen nur vorübergehenden Weltwerth hat oder einen bleibenden unbedingten Werth. Adolf Harnack hat das Neue des Christenthums mit Recht in dem grundlegenden Gedanken von dem unendlichen Werthe jeder einzelnen Menschenseele gefunden.*) Wesentlich von der Stellung zu diesem Gedanken hängt es ab, ob eine Welt- und Lebensanschauung noch christlich genannt werden kann. Wie stellt sich Goethe dazu? — Wir erinnern uns, daß die Natur ihren Werth darin hat, daß sie der Mechanismus ist, durch den das Göttliche sich auswirkt, offenbart. Der Werth des Menschen überhaupt liegt dann darin, daß er in diesem Mechanismus die vollkommenste Form ist. Er ist der eigentliche Offenbarer Gottes, auf den die Natur hinstrebt**), und so bestimmt sich der individuelle Werth des einzelnen Menschen danach, wie weit er sich zu einem tauglichen Werkzeug der göttlichen Selbstoffenbarung gebildet hat. Das geschieht durch die Entwicklung zur Persönlichkeit im Goetheschen Sinne, durch die er „ein Vorbild jener geahneten Wesen" wird — in der religiösen Sprache das „Ebenbild Gottes".

Aber jede irdische Form, auch die höchste, ist der Zeit unterworfen. Sie entsteht und vergeht, und nirgends haftet die Vermuthung, daß gewisse Einzelformen oder ganze Gruppen derselben dem Gesetze der Zeit entwachsen könnten. Wesentlich ist nur ihre unendliche Folge, aber in keine ergießt sich das Göttliche rein und ganz, keine kann darum mit der göttlichen Substanz selbst jemals identisch werden und absoluten Werth gewinnen. Nur an ihrer Stelle bringt sie in den Grenzen von Raum und Zeit das ewige

---

*) Das Wesen des Christenthums: vierte Vorlesung S. 43 f.

**) „Der Mensch ist das erste Gespräch, das die Natur mit Gott führt." (Zu Falk, s. Biedermann IV, 340).

Sein vorübergehend zur Erscheinung, dann versinkt sie wieder in das Meer, aus dem sie aufgestiegen war:

„Uns hebt die Welle,
Verschlingt die Welle,
Und wir versinken.“

Demselben Gesetz muß der Mensch als Naturwesen unterworfen sein, und so scheint auch für ihn kein anderer als ein bedingter Zeitwerth übrig zu bleiben.

Das war unstreitig der Standpunkt von Goethes mittleren Jahren. Es ist der Standpunkt des Forschers, des Spinozisten, der die Einzelwesen als vorübergehende Zustände (Modi) der göttlichen Substanz begreift. Aber dann macht sich eine Wendung bemerklich. „Der Greis wird sich immer zum Mystizismus bekennen.“ Der Jüngling, der sich den Platz an der Sonne noch erobern will, muß kämpfen gegen die Lebensmächte, die er vorfindet, die sich als bleibende behaupten möchten; gegen sie ist er geneigt, das πάντα ῥεῖ zum Kampfruf zu erheben. Aber es kommt die Zeit, wo der Kampf hinter ihm liegt; er ist selbst in die Stellung der Autoritäten eingerückt, er hat einen geistigen Gehalt erworben, der ihm nun feststeht, der ihm diejenige Lösung der Lebensräthsel giebt, die ihm zusagt und genügt. Diesen Gehalt ist er jetzt geneigt, als bleibende Wahrheit anzusehen und das Ankämpfen einer neuen Jugend gegen ihn als Kampf gegen die Wahrheit selbst aufzufassen. Hier wäre also in ihm doch ein bleibender Gehalt, ein substantielles Göttliche gegeben, dem absoluter Werth zukäme. Jetzt hören wir darum Bekenntnisse wie dieses:

„Nichts vom Vergänglichen, wie's auch geschah,
Uns zu verewigen sind wir ja da!“

Sich zu verewigen — das heißt: das Göttliche nicht nur vorübergehend als Modus, sondern bleibend in der Form der Persönlichkeit darstellen. Dem Menschen wird damit die Aufgabe und Fähigkeit zugeschrieben, sich aus einem vergänglichen Naturwesen von bedingtem Werthe zu einem unzerstörbaren Geistwesen von absolutem Werthe zu entwickeln. Der Weg dazu ist der oben beschriebene der Selbstbildung, den uns Faust veranschaulicht. Durch alle irdischen Zustände hindurchgehend, ohne sich einem einzelnen hinzugeben, erhebt er sich aus ihnen allen zur Idee und zum Gefühl des Ganzen, das er als die Vereinigung der Gegensätze begreift und dessen Bedingungen er sein Handeln unterwirft. Das aber

ist eben der Standpunkt der Gottheit und ist „das Göttliche“ im Menschen.*) Der von der Idee und dem Gefühl des Ganzen erfüllte Mensch — er ist als Persönlichkeit eins geworden mit Gott und theilt dessen Ewigkeit. Von ihm heißt es: „Wer immer strebend (d. h. wie Faust an seiner Bildung arbeitend) sich bemüht, den können wir (von der Vergänglichkeit) erlösen“, der geht in die Form der Ewigkeit ein. Und so im Divan:

> „Ob ich Ird'sches denk' und sinne,
> Das gereicht zu höherem Gewinne:
> Mit dem Staube nicht der Geist zerstoben,
> Dringet, in sich selbst gedrängt, nach oben.“

Am irdischen Thun und Sinnen faßt der Geist sich als ein davon verschiedenes, für sich seiendes Wesen zusammen und trennt endlich auch sein Schicksal von dem alles Irdischen. So knüpft sich an die Idee der gottgewordenen Persönlichkeit die Ueberzeugung von unserer geistigen Unzerstörbarkeit und Fortdauer nach dem Tode. Aber so wäre zur höchsten Form menschlichen Daseins der Weg nur den wenigen Auserwählten offen, bei denen die inneren und äußeren Bedingungen geistiger Bildung glücklich zusammentreffen? Das wäre ein unchristlicher Aristokratismus der Bildung, der die Unterschiede der Erde auch in den Himmel übertrüge — wenn wir nicht in demselben Faust auch das Wort läsen: „Nicht nur Verdienst, auch Treue wahrt uns die Person!“ Wer nicht auf eignem Weg zur Idee und zum Gefühl des Ganzen gelangen kann, der gewinnt Theil daran durch gläubigen Anschluß an ein Persönlichkeitsideal, das ihm in bestimmten Menschen erscheint.**) Nur wer in beschränkter Selbstsucht auf dem Standpunkt des Naturwesens beharrt, bleibt Eigenthum der Elemente. Dadurch wird der Menschenwerth aus dem Intellektuellen wieder in die Gesinnung verlegt und allen zugänglich gemacht. Und so endet Goethes Sinnen doch endlich in dem Hafen christlicher Ewigkeitshoffnung. Nur der Unterschied bleibt noch bestehen: was im Christenthum Wiederherstellung eines Urzustandes ist — Wiedergewinnung eines verlorenen Paradieses, Wiederherstellung der Ebenbildlichkeit Gottes — das erscheint bei Goethe als das Endergebniß einer von niederen zu höheren Zuständen hinaufführenden Entwicklung. Indeß der Unterschied ist unwesentlich und verwischt sich bei zunehmendem Alter, wie wir sehen werden, immer mehr.

*) Vergl. die Gedichte: „Grenzen der Menschheit“ und „das Göttliche“.
**) Vergl. auch v. Loeper z. d. St. (II. Faust, 3. Akt, V. 1497).



Die Frage drängt sich aber auf, ob Goethe überhaupt nach seinen Voraussetzungen zur Annahme einer persönlichen Fortdauer berechtigt sei. Ihm selbst konnte die Schwäche seiner Aufstellung am wenigsten verborgen bleiben. In den Zahmen Xenien beantwortet er daher die Frage nach seinen Gründen mit einer Neckerei:

„Der Hauptgrund liegt darin,
Daß wir sie nicht entbehren können."

Gegen v. Müller äußert er 1823: „Es sei einem denkenden Wesen durchaus unmöglich, sich ein Nichtsein, ein Aufhören des Denkens und Lebens zu denken; insofern trage jeder den Beweis der Unsterblichkeit in sich selbst und ganz unwillkürlich. Aber sobald man objektiv aus sich heraustreten wolle, sobald man dogmatisch eine persönliche Fortdauer nachweisen, begreifen wolle, jene innere Wahrnehmung philisterhaft ausstaffire, so verliere man sich in Widersprüche." Und demgemäß 1824 zu Eckermann: „Ich möchte keineswegs das Glück entbehren, an eine künftige Fortdauer zu glauben, ja ich möchte mit Lorenzo v. Medici sagen, daß alle diejenigen auch für dieses Leben todt sind, die kein anderes hoffen." Der Glaube an eine künftige Fortdauer ist ihm also eine innere Selbstwahrnehmung des Geistes oder, wie die frühere Philosophie sagte, eine Thatsache des Bewußtseins und als solche von unmittelbarer Gewißheit und eines objektiven Beweises weder fähig noch bedürftig. Als eine besondere Form dieser unmittelbaren Gewißheit läßt er auch „religiöse Zusagen" gelten; aber jede Art von Beweis, sei es aus einer kirchlichen „Legende"*), sei es aus philosophischen Sätzen, lehnt er entschieden ab. Indessen ein solches unmittelbares Wissen, das doch wieder auf die „angeborene Idee" oder die platonische Rückerinnerung führt, ist ein höchst fragwürdiges Beweismittel; Goethe selbst ist ja sonst mit Kant der Ueberzeugung, daß alles unser Wissen aus der Erfahrung stamme. So nöthigt ihn denn doch die Natur der Sache, nach kräftigeren logischen Stützen zu suchen. Eine solche findet er einmal, wie oben, in der (psychologischen) Unmöglichkeit, sich ein „Nichtsein" (d. h. sich selbst als nichtseiend) zu denken. Ein andermal (1829) stützt er sich auf den „Begriff der Thätigkeit" und

*) Eckermann, 4. Februar 1829. Vergl. damit an Lavater, 9. August 1782: „Mich würde eine vernehmliche Stimme vom Himmel nicht überzeugen, daß das Wasser brennt und das Feuer löscht, daß ein Weib ohne Mann gebiert und daß ein Todter aufersteht, vielmehr halte ich dieses für Lästerungen gegen den großen Gott und seine Offenbarung in der Natur."



wagt den Satz: „Wenn ich bis an mein Ende rastlos wirke, so ist die Natur verpflichtet, mir eine andere Form des Daseins anzuweisen, wenn die jetzige meinem Geist nicht ferner auszuhalten vermag.“*) Ein befremdliches Wort aus dem Munde dessen, der einst an Spinoza am meisten den Satz bewunderte: „Wer Gott liebt, darf nicht fordern, daß Gott ihn wieder liebe!“ Indessen wir dürfen diese Aeußerungen mehr als gelegentliche Gedankenspiele betrachten. Vollkommen ernst aber ist es gemeint, wenn er in seinen letzten Lebensjahren auf den Aristotelischen Begriff der Entelechie und den damit gleichgesetzten Leibnizischen der Monade zurückgreift. Dies geschieht zuerst, so viel ich sehe, 1827 in einem Briefe an Zelter; aber die Ausdrucksweise zeigt, daß ihm die Vorstellung bereits fest zu eigen geworden war.

Danach ist die menschliche Seele eine für sich bestehende Ur- und Grundkraft (Monade, Entelechie). „Die Hartnäckigkeit des Individuums, und daß der Mensch abschüttelt, was ihm nicht gemäß ist, ist mir ein Beweis, daß so etwas existire.“**) Als solche ist sie „ein Stück Ewigkeit“. Sie hat das „Vorrecht einer ewigen Jugend“, und „die paar Jahre, die sie mit dem Körper verbunden ist, machen sie nicht alt“.***) Es giebt „große (mächtige)“ und „geringe“ Entelechien, und von diesem Unterschied hängt das Maß ihrer Produktivität während ihrer „körperlichen Verdüsterung“ ab. Mit ihrer Ewigkeit — aber auch „weil die Natur die Entelechie nicht entbehren kann“ — ist ihre unvergängliche Fortdauer ohne Weiteres gegeben. Fortdauer ist Fortwirken: „Unser Geist ist ein Wesen ganz unzerstörbarer Natur, es ist ein Fortwirkendes von Ewigkeit zu Ewigkeit.“†) Und zwar denkt sich Goethe das Fortwirken als eine analoge Fortsetzung derjenigen Thätigkeiten, „in denen wir uns hier schon erprobt haben“, mit „Erinnerung und Nachgefühl des Rechten und Guten, was wir hier schon gewollt und geleistet“,††) also mit Kontinuität des Bewußtseins, aber unter Verlust des Dunklen, Negativen — des „fremd- und fremden“ Stoffes, der sich im Erdenleben unserem Geiste andrängt: ein Fortleben in „verklärter“ intellektueller und sittlicher Geistigkeit. Der uranfängliche Unterschied der Entelechien bleibt freilich: „Wir

*) Eckermann, 4. Februar 1829.
**) Eckermann, 3. März 1830.
***) Eckermann, 11. März 1828.
†) Eckermann, 2. Mai 1824.
††) An Zelter, 19. März 1827.

sind nicht Alle auf gleiche Weise unsterblich, und um sich künftig als große Entelechie zu manifestiren, muß man auch eine sein."*)

Unstreitig wird mit Hilfe der Entelechie die Unzerstörbarkeit des menschlichen Geistes ohne Mühe erreicht. Aber es wird doch nichts gewonnen, als was am Anfang als Einlage ins Spiel gegeben war. Die unzerstörbare Monade kann nicht anders als immer unzerstörbar sein: das ist ein identisches Urtheil. Mit dem trotzigen Selbstbewußtsein der jugendlichen Genieperiode steht die Monadenlehre in einer gewissen inneren Verwandtschaft, das ist nicht zu leugnen. Aber in der Naturauffassung Goethes, wie sie sich inzwischen herausbildete, ist diese Lehre ein völlig unorganischer Bestandtheil, der ihren Zusammenhang sprengt. Man kann nicht das Individuelle zugleich mit Spinoza als Modus und mit Leibniz als Substanz betrachten. Goethe hat auch nicht etwa im Ganzen das System gewechselt, sondern er hat die Monadenlehre nur auf den menschlichen Geist angewendet, und auch da nur in Verbindung mit dem Unsterblichkeitsproblem. Die Frage, ob sie selbst hier ihren Zweck erfüllt, muß aber verneint werden. Wenn die Verbindung der Monade mit dem Körper wirklich, wie Goethe es nennt, ihre körperliche „Verdüsterung" ist, was kann der Tod und die künftige Fortdauer anders sein als die Aufhebung der Verdüsterung und Rückkehr in den ersten Zustand der Reinheit? Man sieht aber dann nicht, wie die Erlebnisse aus dem verdüsterten Zustande die Monade dauernd bereichern und ihr Wesen sogar erhöhen könnten; alles von da Mitgebrachte müßte vielmehr umgekehrt als fortdauernde Trübung gelten. Es wird sonach zwar die Unzerstörbarkeit erreicht, aber die Entwicklungsfähigkeit geopfert, auf der doch die Goethesche Ethik ganz aufgebaut ist. Und nun soll sogar die analoge Fortsetzung der irdischen Thätigkeiten den Inhalt des künftigen Lebens ausmachen! Wie das zu denken, ist auch mit Hilfe der Monade nicht deutlich zu machen. Goethe erwartet es daher in jenem Briefe an Zelter kurzer Hand als ein Geschenk des persönlichen Gottes. Damit verläßt er denn das Gebiet des wissenschaftlichen Denkens ganz und begiebt sich auf das der Religion, wo freilich die Monadenlehre erst recht entbehrlich wird. Goethe hat, wie gesagt, den persönlichen Gottesbegriff immer als eine der drei nothwendigen Vorstellungsarten festgehalten, aber früher auch immer daran, daß Gott nur in der Form der Natur

*) Eckermann, 1. September 1829.

wirke. Später ist er sogar bereit, im sogenannten Zufall ein unmittelbares Eingreifen der göttlichen Allmacht zu erkennen, durch das sie ihre Zwecke auf Erden immer wieder herstelle.*) Schreckt er so vor der Einführung des Wunderbegriffs in die Naturbetrachtung nicht mehr zurück, so hat es freilich weiter keine Schwierigkeit, selbst den ganzen Himmel der Verheißung von dem gnädigen Gotte sich schenken zu lassen.

Nach Allem müssen wir sagen: Goethe hat das Problem der menschlichen Unsterblichkeit nicht weiter gefördert; er hat es da gelassen, wo es schon die Ahnung kindlicher Völker liegen ließ. Weil wir uns selbst nicht wegdenken können, den menschlichen Körper aber verfallen sehen, dichten wir uns eine Fortdauer ohne den Körper; und weil wir die Vorstellung anderer Thätigkeiten nicht haben, als die hier geübten, aber durch den Körper vermittelten, schmücken wir jene Fortdauer mit diesen selben Thätigkeiten, obwohl ihre Möglichkeit beim Fehlen der körperlichen Vermittlung unbegreiflich ist. So thut es das 11. Buch der Odyssee, so entsteht die germanische Walhalla und das arabische Paradies, und nach demselben Gesetz baut sich Goethe sein künftiges Leben aus als ein Paradies des Forschers.**)

Man kann dabei nicht mehr nach den logischen Gründen, sondern muß vielmehr nach den psychologischen Motiven fragen. In derjenigen Lebensperiode, in der der Dichter seine persönlichen Ueberzeugungen seinem wissenschaftlichen Erkennen unterwarf, hat seine Naturanschauung weder für absoluten Werth noch für unsterbliche Dauer des Individuums Raum. Im Alter aber, wo das Gefühl von der Grenze alles Erkennens entschiedener hervortrat und die Unterscheidung zwischen dem Zugänglichen und dem Unzugänglichen in der Natur Macht gewann, wo er die „Erforschung des Erforschlichen" jüngeren Kräften überließ und sich mehr und mehr auf die „ruhige Verehrung des Unerforschlichen" zurückzog, da trat die Versenkung in die eigene Geistestiefe allmählich an die Stelle der nach außen gerichteten Aufmerksamkeit, die frommen Stimmungen der Knabenzeit erwachten wieder, und so entstand jenes gesättigte Daseinsgefühl,

*) Schon 1807 am 25. November zu Riemer gesprochen.

**) „Ich muß gestehen, ich wüßte auch nichts mit der ewigen Seligkeit anzufangen, wenn sie mir nicht neue Aufgaben und Schwierigkeiten zu besiegen böte. Aber dafür ist wohl gesorgt, wir dürfen nur die Planeten und Sonnen anblicken, da wird es auch Nüsse genug zu knacken geben." (Bei Biedermann, Gespräche V, 142, mitgetheilt aus v. Müllers Unterhaltungen vom 26. Januar 1825. Die Stelle fehlt in der 2. Aufl. der Unterhaltungen 1898).

das die Bibel als Frieden Gottes, der Dichter der Zahmen Xenien als „ew'ge Ruh' in Gott dem Herrn" preist. Der lange, mühevolle Weg der irdischen Vermittlungen, unter denen die geistige Persönlichkeit erwachsen war, entzog sich dem Blick, der im Genuß der freien Höhe schwelgte, wo der Geist seine eigene Lebensluft athmete und die Verbindung mit dem Göttlichen an keinerlei Vermittlung mehr geknüpft erschien. Hier durfte er endlich, im unmittelbaren Selbstgefühl des Geistes, sich in Gedanken von der Natur emanzipiren und diese Emanzipation rückwärts schauend sogar auf seinen Ursprung ausdehnen.*) Daß in diesem Zusammenhang der Gedanke der Unsterblichkeit wachsendes Gewicht erlangte, war natürlich. Die psychologischen Motive aber liegen in der zunehmenden Scheu des Greises, im nahenden Tode seine reichgeschmückte Persönlichkeit, den Ertrag eines langen „wohlangewandten" Lebens dranzugeben, und er ergreift deshalb aus dem geschichtlichen Arsenal des menschlichen Denkens diejenigen Begriffsformen, welche den Bestand der Persönlichkeit sicher zu stellen schienen. Die strenge Folgerichtigkeit seines eigenen wissenschaftlichen Denkens tritt dagegen zurück; jetzt ist er eher bereit, sie nach den in ihm erwachsenen persönlichen Ueberzeugungen zu korrigiren. Und so hat er wirklich einen förmlichen Widerruf freiwillig geleistet. Den früheren Versen:

„Das Ew'ge regt sich fort in allen;
Denn Alles muß in Nichts zerfallen,
Wenn es im Sein beharren soll" —

setzte er 1829 sein „Vermächtniß" entgegen:

„Kein Wesen kann in Nichts zerfallen!
Das Ew'ge regt sich fort in allen,
Am Sein erhalte Dich beglückt!"

Solch eklektisches Verfahren ist wohl das Recht**) des Dichters, der grundsätzlich das Gute zu nehmen pflegte, wo es sich ihm darbot. Aber seine Gedanken verlieren eben dadurch den Anspruch auf philosophische Geltung, sie treten in den Rang der dichterischen Vision und jenes μυθολογεῖσθαι — Fabulirens, Phantasiespiels — mit dem Sokrates im Phädon an seinem letzten Lebenstage sich

---

*) v. Müller, Unterh. 29. April 1818: „Das Vermögen, jedes Sinnliche zu veredeln und auch den todtesten Stoff durch Vermählung mit der Idee zu beleben, ist die schönste Bürgschaft unseres übersinnlichen Ursprungs u. s. w."

**) Vergl. das Gedicht „Bildung" (Hempel III, 217).

erquickt und für die bevorstehende Reise ins unbekannte Land sich stärkt.

Sehen wir aber von diesen Stimmungen des Greisenalters ab, so müssen wir sagen, daß der Gedanke einer naturfreien Geistigkeit in der Konsequenz von Goethes Weltanschauung nicht liegt. Sie kennt nur den naturgebundenen Geist. Ist selbst Gottes Schaffen an die Bedingungen der Natur gebunden, ist vielmehr die Natur die Form des göttlichen Schaffens selbst: wie will der Mensch sich von ihren Bedingungen jemals befreien? Trotz Goethe verbleibt es daher bei jener Beurtheilung des Menschenlebens, welche die Gedichte aussprechen: es ist eine zeitliche Welle im zeitlosen Sein, eingeengt, bedingt und getragen von allen anderen ihresgleichen; in dieser Wellendauer ist alles beschlossen, was den sogenannten Lebenswerth ausmacht, und der ist die bewußte, zeitlich begrenzte Theilnahme am Leben des Ganzen. Sie zerlegt sich: in die Erfahrung dessen, was das Leben im Einzelnen sei, durch den Wechsel der Zustände von Lust und Leid; in die Wahrnehmung und Abbildung der Lebensformen in Wissenschaft und Kunst; und zuletzt und zuhöchst in die Wahrnehmung der Gebundenheit alles Einzeldaseins im Ganzen, die, im Gefühl erfaßt, Religion wird. Das bleibt das Höchste, auch wenn keine ewige Dauer daraus folgt und das Individuum sich begnügen muß mit jener Unsterblichkeit, die in der fortzeugenden Nachwirkung seines Thuns auf Erden liegt. Mit diesem nicht absoluten, sondern beschränkten Lebenswerth hat wenigstens Goethe auf der Höhe seines Denkens und Dichtens sich beschieden, und seine Selbstbescheidung war ohne Groll oder trübsinnigen Weltschmerz. Sie war vielmehr verbunden mit freudiger Bejahung des Lebens und mit der selbstlosen dienenden Hingabe an die Aufgabe der Menschheit: zu arbeiten, daß der Geist Gottes Gestalt gewinne in ihrer Geschichte. Das mag vielleicht nicht genügen, um Goethes Weltanschauung den christlichen Namen beizulegen; aber es muß genügen, um sein Leben ein frommes zu nennen. Das Bekenntniß dieser Frömmigkeit lautet: „Ich glaube an Gott und die Natur und an den Sieg des Edlen über das Schlechte“; ihr Gottesdienst ist der Kampf, der den Sieg vorbereitet, „damit der Tag dem Edlen endlich komme.“ Mehr als irgend ein Neuerer hat Goethe diesen Gottesdienst geübt:

„Denn ich bin ein Mensch gewesen,
Und das heißt ein Kämpfer sein.“



Er hat als der erste sein Leben ganz auf die Grundlage der modernen Bildung gestellt, und er hat das unsterbliche Verdienst, daß er den Feingehalt der christlichen Sittlichkeit in die moderne Bildung hinübergerettet, den Bruch zwischen diesen beiden obersten Lebensmächten verhütet hat, wenn auch die Grundformel seiner Ethik etwas anders lautet, als die der christlichen, nämlich nicht: Erlösung von der Natur, sondern: Veredlung des Natürlichen durch Ueberhöhung von innen heraus.

Notizen und Besprechungen.

Literatur.

Jörn Uhl.

In diesem Jahre ist uns Deutschen ein neuer Dichter geschenkt worden. Es ist Gustav Frenssen, der bisher Pastor in Hemme, einem holsteinischen Dorfe, gewesen ist. Das Werk, durch das der Name Frenssen aus dem Dunkel und der Enge des Landpastorats in die weite und hohe Welt des Ruhmes gehoben worden ist, ist ein Roman: „Jörn Uhl".*) Dieses Buch wird mit dem Schwergehalt seines goldenen Werthes auf der ganzen literarischen Produktion unserer gefeierten Modedichter schwer lasten. Wir werden in der literarischen Saison des kommenden Winters im Theater sitzen, wir werden der wilden Jagd nach dem Erfolg zuschauen, wir werden vielleicht auch für eine Stunde oder für einen Abend ergriffen werden. Aber wir werden schließlich doch sagen: Was soll das alles, dieses grelle Blendwerk der weltstädtischen Theaterfeuilletonisten! Was gut und edel ist in unserer Seele, hat keinen Theil daran. Wir kennen Besseres, wir kennen etwas, das um vieles tiefer und wahrer, schlichter und doch größer ist, wir kennen das Buch von Jörn Uhl. Es ist keine Uebertreibung, sondern wohlüberlegte Wahrheit, wenn ich sage: Es ist in dem neuen Deutschen Reich, seit 1870, kein Werk gedichtet worden, das diesem Roman des Pastors Frenssen an geistiger Größe und an poetischem Gehalt zur Seite gesetzt werden dürfte.

„Jörn Uhl" ist nicht des Dichters Erstlingswerk. Vorhergegangen sind die Romane „Die Sandgräfin"**) und „Die drei Getreuen".***) Ich muß bekennen, daß ich aus bloßer Kenntniß der „Sandgräfin" heraus nicht zu dem Urtheil gekommen wäre, daß derselbe Mann einmal ein Buch wie den „Jörn Uhl" schreiben und damit in die Reihe der ersten deutschen Dichter treten würde. Ich habe über dieses Erstlingswerk auch nichts Besonderes zu sagen. Es interessirt mehr um des Dichters der späteren Werke, als um seiner selbst willen. Es ist selbstverständlich ein B[illegible]k voll Talent,

*) Vierunddreißigstes Tausend, G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung in Berlin, 1902. Preis: 5 M.

**) Dritte Auflage, bei Grote in Berlin, 1902.

***) Zehntes Tausend, bei Grote in Berlin, 1902.

enthält im Einzelnen manches Schöne und läßt hier und da einen Ton leise vernehmen, der sich dann später zu vollem Klange ausgewachsen hat. Die Beurtheilung der „Sandgräfin“ mag sich an des Verfassers eigenem Urtheil erschöpfen, das er in einem kleinen Vorwort also niedergelegt hat: „Er ist seitdem ein gut Stück weitergekommen, hat langsamer gehen und deutlicher sehen gelernt. Aber wenn er einmal wieder in dies Buch sieht, wird ihm nicht leid thun, was er geschrieben hat. Er wird sich freuen, daß er's so fröhlich niederschrieb, und wird sich wundern, daß er damals so Vieles und so Buntes gesehen hat.“

Ganz anders steht es um „Die drei Getreuen“. Das Buch ist ein Vorläufer des „Jörn Uhl“. Die Art der Weltanschauung und die Weise der Darstellung läßt bereits Frenssens Eigenthümlichkeit deutlich hervortreten. „Die drei Getreuen“ sind Andrees und Franz Strandiger und Heim Heiderieter, deren Lebensschicksale von der Zeit der Knabenspiele und Knabenträume bis zu den Tagen gereifter Männlichkeit vorgeführt werden. Der Knaben Hoffnungen sind groß und ihre Träume überschwänglich. Aber aus den Hoffnungen und Träumen wird nichts. Das Leben führt sie auf engen Wegen zu näherem und kleinerem Ziel. „Es war nichts mit dem Lorbeer, nichts mit dem Geldsack, nichts mit dem Orden. Das Leben hat jedem von ihnen eine Last aufgelegt. Aber sie sind nicht mürrisch und mißtrauisch, wie viele sind. Sie stehen nicht müßig und lassen andere rathen und thaten, wie viele thun.“ Ganz besonders gerathen ist die Charakterzeichnung Heims aus dem Bauerngeschlecht der Heiderieter, die die Eigenschaft haben, „fein und faul“ zu sein, die halb Bauern und halb Künstler sind. Hervorzuheben ist die Episode, in der die Leute vom Eschenwinkel beschließen, nach Amerika auszuwandern.

Bevor ich versuchen werde, das Meisterwerk „Jörn Uhl“ von einigen allgemeinen Gesichtspunkten aus zu charakterisiren, will ich sagen, worum es sich in dem Roman handelt. Doch es wäre zwecklos, eine genaue Inhaltsangabe zu geben. Gewiß geschieht auf den 535 eng gedruckten Seiten und in den 29 Kapiteln des Buches vielerlei. Aber die Hauptsache bleibt doch, wie es geschieht, und das läßt sich nicht nacherzählen. Jörn also ist ein etwas spät geborener Sproß des Bauerngeschlechts, das seit Generationen den großen Uhlenhof besitzt. Sein Vater und seine älteren Brüder aber vergeuden das väterliche Erbe in Hoffahrt, Spiel und Trunk und belasten den Hof über und über mit Schulden. Sie enden schließlich in Schmach und Sünde. Jörn, der Spätling, ist ein nachdenklicher Knabe, den es vielleicht mehr zu den Büchern als zum Pfluge zieht. „Er sah mit neugierigen Augen in die Welt und hatte eine wachsende Liebe zu den Büchern, besonders zu solchen, welche eine feste, klare Erkenntniß überliefern, später auch wohl zu solchen, die nüchterne, bedächtige Grübeleien enthielten. Er sagte damals zu Fiete (seinem Spielgenossen): Ich will die ganze Welt verstehen. Und er hat in seinem Leben wirklich ein gut Theil davon verstanden.“ Er ist in seinem Leben schließ-

lich auch zu den Büchern gelangt, aber spät erst. Zunächst stellte ihn das Schicksal hinter den Pflug. In einer Mischung von Pflichtbewußtsein und Bauernstolz kann es schon der Knabe nicht ertragen, wie der Uhlenhof, der größer ist als manches Rittergut, vom Vater und von den Brüdern vernachlässigt wird. Er beginnt früh, sich um Haus und Feld zu kümmern. Er arbeitet als ein Knecht auf seiner Väter Grund und Boden. Dennoch vermag er das Unheil, die durch väterlichen und brüderlichen Leichtsinn immer steigende Verschuldung nicht abzuwenden. Es stellt sich schließlich heraus, daß der Hof über den Werth belastet ist. Nun könnten die Uhlen betteln gehen, wenn nicht ein kluger Gläubiger dem jungen Jörn die schwerste und heilloseste Last aufbürdete. Jörn soll nämlich den Hof behalten und sehen, die Schulden herauszuwirthschaften. So glaubt der kluge Gläubiger am besten auf seine Kosten zu kommen. Jörn ist stolz darauf, in jungen Jahren Herr des Uhlenhofes zu werden und setzt alle Kraft daran, die Schulden abzuwälzen. Nur noch Mühe und Arbeit ist hinfort jede Stunde seines Lebens. Und schließlich ist doch die Mühe und Arbeit vieler Jahre umsonst. Es kommt der Tag, an dem Jörn den Konkurs anmelden muß. Es ist nach Jahren Jörns erster Freudentag. Denn nun wird er die furchtbare Last los, die ihn beinahe zu einem finsteren und harten Menschen gemacht hätte. Er erklärt dem Amtsvorsteher, einem ruhigen und verständigen Manne, „er hätte lange genug schwere Sorgen und Schulden getragen; es sei ihm zehn Jahre lang gewesen, als hätte er Schweres auf dem Gewissen, als hätte er ein Brett vor der Brust gehabt, auf dem groß und deutlich stände: Dieser Mensch hat viele Schulden. Wie verdammt und verflucht sei er sich vorgekommen. Nun aber sei ihm leicht und froh ums Herz. Der Amtsvorsteher lächelte über diesen Jörn Uhl, mit dem sich sonst kaum ein Wort hatte reden lassen, der aber nun, da seine Sache ganz verloren war, so frei und selbstbewußt redete.“ Nun wendet sich Jörn, mit Unterstützung eines alten Freundes, seiner alten Liebe, den Büchern und der Wissenschaft zu. Er wird Techniker, und seine Arbeit bis zum Lebensabend ist nun Bauen, Graben und Messen. In diesem Beruf wäre er ein glücklicher Mann, wenn nicht doch noch die Schatten der Vergangenheit die Hälfte seines Glückes trübten. „Mir wird immer sein, als wenn an meinem Leben etwas zerrissen ist“, meint er zu seinem Freunde Heim Heiderieter, dem Bauern und Dichter, den wir schon als einen der drei Getreuen kennen gelernt haben. Aber Heim Heiderieter ist nicht umsonst Dichter und versteht sich auf Menschenschicksal: „Sieh mal, wenn du die gute, kluge Fürsorge deiner Mutter gehabt hättest und wärest so eben und glatt in die Naturwissenschaften gerathen: dann, meinst du, wäre dein Leben richtiger verlaufen. Nun ist da, wie du ganz richtig sagst, ein Bruch. Du hast so das Gefühl, als wärst du früher einmal, vor Jahren, falsch gefahren und führest nun noch auf einem Nebenwege und sähest die rechte Straße, die du fahren solltest, von ferne: Aber ich sage dir, Jörn, du kannst alle ernsten Menschen fragen, es ist in jedem Menschen-

leben etwas, was nicht stimmt. Und weißt du, warum? Wenn es genau stimmen würde, würde es dünn klingen, Jörn; und wenn wir so gehen würden, wie Mutter gern wollte, würden wir glatt und platt werden, Jörn. Wir müssen alle in Sandwege hinein, Jörn, damit die Geschichte Fülle und Tiefe bekommt."

Neben diesem Lebensschicksal erleidet Jörn auch sein Liebesschicksal. Er heirathet in jungen Jahren aus reiner Liebe das „Großmädchen" seines Hofes, Lena Tarn. Lena stirbt aber bei der Geburt ihres ersten Kindes. Nach acht Jahren etwa heirathet Jörn zum zweiten Male, Lisbeth Junker, die Lehrerstochter, die in den Kinderjahren seine Spielgefährtin gewesen ist. Jörn wird zum zweiten Male ein glücklicher Gatte, wie er es auch mit Lena Tarn gewesen ist. Auf Lisbeths Frage, ob sie auch glücklich mit einander sein und bleiben werden, giebt Jörn diese schöne und anmuthige Antwort: „Kein Zweifel!" sagte er. „Siehst du, wir wissen beide, wen wir heirathen, daß es ein Heiliger nicht ist; und wir haben die Absicht, Jeden in seiner Haut und seiner Art zu lassen. Daran gehen so viele Ehen in die Brüche, daß Einer den Anderen drängen und zwingen will, zu denken und zu thun wie er selbst. Ich meine im Gegentheil, man muß den Anderen in seinem Eigenen, wenn es nicht gar zu unklug ist, bestärken, damit man doch einen ganzen Menschen neben sich hat, einen runden, ganzen Menschen. Was sagen sie? Eiche und Epheu? Tasse und Untertasse, was? Bett und Unterbett, nicht? Ach, die Dummheit! Sondern sie sollen nebeneinander stehen wie ein paar gleiche, gute Bäume — nur daß der Mann an der Windseite stehen soll — das ist alles." Darauf bemerkt Lisbeth: „Wie klug du darüber redest!" „Nun, ich habe es mit Lena Tarn versucht. Die war ein Eisenkopf. Ich auch. Und es ging fein." Schweigend dachten sie an die Todte." Und dann reden sie weiter von ihr. Man möge die Stelle nachlesen, Seite 500. Es ist doch gewiß ein heikles Thema, Lisbeth mit Jörn über die todte Lena reden zu lassen. Wie zartfühlig und innig ist doch dieser Dichter und wie sind es auch seine Menschen! Und wie wahr und natürlich sind sie stets!

Auch das Kriegsschicksal hat Jörn zu erleiden. Er zieht 1870 mit ins Feld. Charakteristisch für den Dichter ist es, wie er seinen Helden diesen Krieg erleben läßt. Frenssen denkt gar nicht daran, eins der üblichen grell gemalten Schlachtengemälde zu entwerfen. Da ist keine Spur von dem ärgerlichen Hurrahpatriotismus zu finden. Jörn ist Artillerieunteroffizier und kommt mit seiner Batterie einmal ins Feuer, bei Gravelotte. Wir bekommen nun nicht etwa ein Schlachtenpanorama aufgerollt. Wir erfahren nur, was Jörn mit seiner Batterie erlebt, mit seinen Offizieren und Kameraden. Nicht darauf kommt es dem Dichter an, zu zeigen, was jene Schlacht für das Heer, den Krieg und das Volk bedeutet, sondern was in ihr, gewissermaßen in einem Winkel des Schlachtfeldes, die Seele des Unteroffiziers Jörn Uhl erleidet. In Frenssens Dichtung und Phantasie spielt der Krieg vom Jahre 1870 überhaupt eine

große Rolle. In der „Sandgräfin“ und auch in den „Drei Getreuen“ übt er, wenn auch nur mittelbar, seine Wirkung aus. Dieser Krieg ist für Frenssen der Anfangspunkt unseres nationalen Lebens, aber auch die Ursache, die über viele einzelnen Menschenkinder schweres und unauslöschliches Leid gebracht hat. Der Krieg bringt dem Einzelnen viel Jammer, dem Volk aber verleiht er Kraft und Größe. Wundervoll sind die paar Zeilen, in denen Frenssen die Stimmung beim Kriegsausbruch schildert: „Es war im Juli in der Heuernte; da flog ein Gerücht von Völkerunruhe und Krieg durch das Land. Und das Land und die Menschen hoben die Sinne und horchten mit Gier auf das dumpfe Rauschen und Tosen. Die Volksseele zog den Lärm in sich. Denn es war da eine alte, stille, lange schon schlafende Hoffnung, die konnte nun erfüllt werden; und es war da ein alter Streit, eine lange Reihe von alten, bösen Klagen und Prozessen, die konnten nun geschlichtet werden. Der einzelne Mensch dachte an diese Dinge nicht; der einzelne Mensch war in Sorge und Noth und sah mit Bangen, was da in der Ferne wühlte und toste. Aber in der gewaltigen Volksseele, einem Ding ohne Raum und Zeit, ohne Vergessen und Sterben, wühlten und grübelten diese Gedanken einer alten Vergangenheit und einer Hoffnung, mit der sie wohl tausend Jahre schwanger ging.“ So kann nur ein großer Dichter schreiben, der der leibhaftige Ausdruck der Volksseele ist. Es wirkt wie ein Wunder, daß in unseren Tagen noch ein solcher Dichter möglich ist. Das Wunder empfinden wir wohl besonders, wir Alle, die wir in den eisernen Fesseln der großen Städte liegen.

* * *

Ich habe bisher berichtet, wovon Frenssen erzählt, in stofflicher Hinsicht. Ich will jetzt die Frage aufwerfen: Wie erzählt er? Welche künstlerischen Mittel handhabt er? Man hat seine Manier zu der Raabes in Vergleich gestellt. Ich vermag nicht zu finden, was die Beiden mit einander gemein haben könnten. Sowohl die Art zu erzählen, als auch die Weise, die Welt aufzufassen, ist bei Beiden doch grundverschieden. Auch Gottfried Keller darf man nicht zum Vergleich heranziehen. Man muß viel weiter zurückgehen, wenn man überhaupt den Dichter des „Jörn Uhl“ durch Nennung anderer Namen charakterisiren will. Manches Mal kommt einem ganz unwillkürlich der Name Homer über die Lippen. Es finden sich Vergleiche, die aus dem griechischen Werke abgeschrieben sein könnten. Ich will eine kurze Probe hersetzen. Es heißt einmal von Jörn Uhl in einer bestimmten Situation: „Im selben Augenblick war er, wie mit einem gewaltigen Sprunge, aus den Träumen heraus; er ballte beide Hände. Er rang kurz mit der Unentschlossenheit der Jugend, mit der Schüchternheit, welche die langjährige Unterdrückung im Vaterhaus ihm aufgezwungen hatte. In einem Augenblick, in auffahrendem Zorn, hatte der Mann in ihm die Stunde seiner Geburt. So wird ein gutes, junges Pferd, das in Träumen, mit hängendem Kopf am Waldrand steht, vom plötzlichen Axt=

schlag, der im Walde widerhallt, aufgeschreckt, und ist lauter Leben und lauter Auge." Die ersten Worte des ganzen Romans verkündigen ganz subjektiv: „Wir wollen in diesem Buche von Mühe und Arbeit reden." Auch Homer beginnt sein Epos in subjektiver Form: „Nenne mir, Muse, den Mann, der viel Leid erduldet hat, nachdem" usw. Mit Homer hat unser Dichter es auch gemeinsam, daß in seinem Werke die Episoden das bei weitem Köstlichste sind. Es giebt im „Jörn Uhl" vier Episoden. Jene Episode, die auf Seite 120 anhebt und von „eines Landmannes Tochter" handelt; die Liebesgeschichte der Sanddeern Telse Dierk, auf Seite 153 beginnend; die Verlobungsgeschichte der Lehrerstochter und des jungen Buren, der nach der alten Heimat kommt, sich eine Frau zu suchen, Seite 239 ff.; endlich die von Heim Heiderieter erzählte Geschichte des sogenannten Bootsmanns, die meinem Geschmacke nach den Vergleich mit den ersten drei Episoden nicht aushält. Diese drei Episoden aber gehören unstreitig zum Köstlichsten, was in deutscher Sprache geschrieben und gedichtet ist. Die erste Episode ist auch stilistisch von untadeligster Meisterhaftigkeit, womit nicht gesagt sein soll, daß auch nur eine Seite in dem Buche schlecht geschrieben ist.

Ich habe selbstverständlich nicht die Absicht, das Werk unseres Dichters in eine strenge Parallele zur Homerischen Schöpfung zu setzen. Die Nennung des Homerischen Namens ist in gewissem Sinne nur ein symbolischer Ausdruck der Bewunderung, von der ich für die Dichtung des Holsteinischen Pastors erfüllt bin. Im Uebrigen sind trotz mancher Aehnlichkeiten der unterscheidenden Merkmale genug. Deutsch wird niemals griechisch sein. Und deutsch ist Frenssens Dichtung in jeder Zeile. Die Kraft und Eigenthümlichkeit der deutschen Dichtung liegt nicht in der gegenständlichen Darstellung, in der plastischen Objektivirung, sondern im lyrischen Erguß und in der Betonung und Herausarbeitung der seelischen Bewegung. Unsere Volkssagen haben selten rein epischen Charakter; sie sind meistens voll lyrischer Stimmung und haben etwas Balladenhaftes. Diese Eigenschaft ist auch für Frenssens Werk eigenthümlich. Die erste Gestalt, die der Dichter uns vor Augen stellt, ist Wieten Penn, die schicksalserfahrene Großmagd auf dem Uhlenhof, die ein helles Gesicht hat und sich auf's Wahrsagen versteht. Mit Wietens Hellsichtigkeit ist von vornherein ein Grundakkord des Ganzen angeschlagen, der immer weiter von Kapitel zu Kapitel mitklingt. Von einem Dichter, der, wie Frenssen, so tief im Volk seiner Heimath wurzelt, ist es ganz selbstverständlich, daß die Wunderwelt der heimathlichen Sage seine Phantasie befruchtet hat. Manche Stellen des Buches lesen sich, wie wenn ein fahrender Sänger aus alter deutscher Zeit die Seele des Volkes sprechen läßt. Das Bewundernswertheste ist, daß Frenssen gerade Verhältnisse der Gegenwart zu erzählen weiß, als ob er Märchen erzählte. Und dabei thut er den Dingen keine Gewalt an; er färbt sie nicht schön. Er ist durch und durch Realist, der seine Augen den Greuelthaten der Menschen keineswegs verschließt. Man denke z. B.

daran, wie er das Treiben des Klaus Uhl und seiner älteren Söhne uns deutlich vor Augen stellt! Er schrickt selbst nicht davor zurück, Vater und Söhne in ihrer sittlichen Verwilderung aneinander gerathen zu lassen. Auch Jörn Uhl ist keineswegs nur der Duldende, ohne Haß und Härte. Ohne Mitleid und ohne Liebe verweigert er dem verkommenen Bruder, der sich erhängt hat, das Begräbniß und legt ihm nur den Strick in den elenden Sarg. Es giebt eben im Leben eine Grenze der Fähigkeit und der Verpflichtung, zu dulden und zu verzeihen. Es hat keinen Sinn, sich schlechten Menschen zu opfern, wenn es feststeht, daß ihnen doch kein Opfer helfen kann.

Wenn aber Frenssen auch das Harte und Grauenvolle so zu erzählen weiß, daß es uns schließlich doch nicht als eine Last in der Seele liegen bleibt, wenn auch dann, wenn die Wege des Menschen durch die Nacht gehen, immer noch Sternenschimmer hineinleuchtet, so glaube ich den Grund dafür in dem Christenthum des Dichters finden zu dürfen. Man kann von dem Christenthum eine verschiedene Auffassung haben. Man kann über das Verhältniß, in dem Gott zur Welt steht, dieser und jener Ansicht sein. Man kann z. B. das Menschenleben, wie es sich hier auf Erden abzuwickeln bestimmt ist, auch als Christ tragisch und pessimistisch werthen. Frenssen ist offenbar dieser Ansicht nicht. Es ist im Grunde ein fröhliches Christenthum, das er vertritt. Damit soll nicht gesagt sein, daß der Christ eitel Freude und Wonne schon auf Erden und in irdischen Dingen findet. Demüthig sein und Vertrauen haben — das ist es, was das Glück des Christen ausmacht. Und das auch ist es, warum Jörn Uhl niemals ein ganz unglücklicher, verzweiflungsvoller Mann gewesen ist, so viel er auch zwischen Sorgen und Särgen hindurch mußte. Es ist wie ein Glaubensbekenntniß, was Jörn Uhl zum Schlusse seinem alten Freunde Thieß als die Erfahrung seines schicksalvollen Lebens auseinandersetzt: „Früher, als ich noch sehr jung war, da meinte ich, es könnten einem nur zwei Dinge gegenübertreten, nämlich solche, die sich biegen lassen und solche, die sich brechen lassen. Nachher, in den traurigen Jahren, habe ich gemerkt, daß es noch eine dritte Sorte von Dingen giebt. Die stehen einen Augenblick oder auch Jahre lang vor einem als ein wildes, schwarzes, überstarkes Ungeheuer, das seine fürchterliche Tatze mit den todten, weißen Krallen gehoben hat. Was soll man nun dagegen thun? Bei Seite biegen, schmeicheln, lügen? Hat keinen Sinn. Da steht es, dicht vor Dir! Und es ist irre, Thieß! Es hat keinen Verstand; es ist ein grausig wüstes Wesen. Darauf loshauen? Hat keinen Sinn; es ist viel stärker als Du. Also . . . was bleibt gegenüber solchem Ungeheuer, solchem übergroßen Schicksal noch übrig? Nur eins. Man muß zu ihm sagen: Ob du mich sterben oder leben läßt, ob du mich und was ich lieb habe, frißt oder nicht, ob du durch dein ewiges Drohen und den Anblick deiner Tatze mir den Verstand verwirrst oder nicht, ganz wie es dir paßt: aber das sage ich

dir: beides geschieht im Namen Gottes, von dem ich fest traue, daß seine Sache — das ist das Gute — in mir und überall siegen wird."

Dieser Glaube daran, daß Alles, was so geschieht, auch all das Traurige, das man erlebt, einen guten Zweck hat und daß Sinn darin liegt, dieser Glaube giebt dem dichterischen Schaffen Frenssens nicht nur Licht und Kraft und Tiefe, geistige Größe, sondern er bedingt auch die Form des Kunstwerks. Eine solche Weltauffassung — möchte ich meinen — führt zu epischer Weltdarstellung, zum Roman. Die epische Dichtung setzt beim Dichter Beschaulichkeit voraus. Beschauliche Menschen sind niemals unglückliche Menschen, tragische Charaktere. Neigen sie von Natur oder durch Erfahrung doch zum Pessimismus, so ergiebt sich ihnen als Ausweg der Humor, wie es das Beispiel Wilhelm Raabes beweist. Frenssen bedarf dieses Auswegs nicht. Sein Glaube an Gott bedingt seinen Glauben an das Gute in der Menschenwelt, so daß alle Wege zu gutem Ende führen müssen. Eine Tragödie ergiebt sich naturgemäß von solchem Standpunkte aus nicht. Ich bin in der That der Ansicht, daß für die epische Dichtung und somit auch für den Roman der gute Schluß aus inneren Gründen am meisten naturgemäß ist.

Ich habe eben die Bemerkung gemacht, daß Frenssen auf den Humor als Ausweg zwischen Beschaulichkeit und Pessimismus nicht angewiesen sei. Man wird mir aber vielleicht eine Reihe von Stellen im „Jörn Uhl" entgegenhalten wollen, die von anmuthigster Heiterkeit erfüllt sind. Ich möchte aber dennoch unserem Dichter weniger Humor als „Schelmerei" zuerkennen, die er sich noch aus glücklicher Jugendzeit ins Mannesalter hinübergenommen hat. In seinem Roman spricht er selber einmal von einem „Schelmen", der einem Freiersmann zur Braut verholfen hat. „Dieser Menschenfreund war ein Student der Theologie aus der nahen Marsch, eines Handwerkers Sohn, der als ein lebensfrisches Gemüth und ein Kind aus dem Volke und bestimmt, mitten im Volke zu stehen, mit seinen Kameraden aus der Volksschule Freundschaft und Umgang fortsetzte und mit ihnen die allbekannten Wege ging, wie junge Leute sie lieben. Obwohl er in dieser Gesellschaft manche fröhliche Nacht erlebt hat und manchen Ritt in der Nacht auf geliehenem Bauerngaul zu Tanz gemacht hat und manchem Mädchen in die lustigen Augen gesehen, ist er doch — Gottes Wunder — keine Schande seines Standes geworden." Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß dieser Schelm und Menschenfreund Gustav Frenssen selber gewesen ist. Und da ich von der Persönlichkeit unseres Dichters — abgesehen von seiner Pastorswürde — gar nichts weiß, habe ich wenigstens dieses kleine und bescheidene und doch mit echter Dichterkraft gar nicht so wenig sagende Selbstbildniß aus der Jugendzeit hersetzen wollen.

Max Lorenz.



Wort und Bedeutung in Goethes Sprache. Von Ewald A. Boucke. Berlin (E. Felber) 1901. 338 S. 8°.

Ein grundgescheidtes Buch, auf dessen lange und breite Wirkung man sich freuen darf. Zwar könnte, sagt der Verfasser, ein Deutschamerikaner oder Niederländer zu Ann Arbor, Michigan, S. 147, es zu weit ausgeholt erscheinen, zu sprachlichen Erläuterungen nach so breiter Basis zu suchen, aber die Intensität der Wortbedeutung steigt und fällt mit der Höhe der Gesammtkultur, im kollektiven und individuellen Sinne. Auch empfehle es sich bei der Betrachtung eines Lebensbildes, wie Goethes, von Zeit zu Zeit etwas zurückzutreten, um die Gesammtproportionen nicht aus den Augen zu verlieren, und dann wieder die Einzelheiten aus größerer Nähe zu analysiren.

Es ist damit ausgesprochen, worin der außerordentliche Reiz solcher eindringlichen „Wortklaubereien“, wie der Bildungspöbel es nennt, besteht, nämlich darin, daß aufgewiesen wird, wie der typische Wortschatz unseres großen Dichters und gewaltigen Menschenbilders zum klaren Spiegel seiner Denkweise, seiner tiefsten Ueberzeugungen und Gesinnungen tauge.

Bekanntlich hat Goethe einmal für sich den Ruhm in Anspruch genommen, auch eine Art Blücher für die lieben Deutschen geworden zu sein, die er von Philisternetzen frei gemacht habe — wollte Gott, es wäre so! — wie jener von den „Franzen“. Mit welchem Rechte wenigstens diese Tendenz Goethe sich bezeugen durfte, kann nichts bündiger und klärlicher dorthun, als die Betrachtung seiner Sprache, voraus der individuell-idiotischen Neubildungen oder Umprägungen, und nichts wäre auch dem heutigen Poeten so nütz und noth, als daran zu lernen, sich liebend daran aufzuerbauen. Hat es doch der kritische Schulmeister fast schon dahin gebracht, den Dichter auf den lumpigen heutigen „Sprachgebrauch“, die gedankenlose Allgemeinverständlichkeit des Vortrags festzulegen. Wie tief dabei unser Bildungsniveau gesunken ist, zeigt uns jede tägliche Zeitungslektüre fast zum Erschrecken. Das darf so nicht fortgehen. Nicht, als ob ich den schriftstellerischen Nachwuchs nun auf die Sprache Goethes, seine Idiotismen und Prägnanzen festnageln möchte. Bewahre! Und zum Glück auch läßt sich der Ton Goethe nicht so leicht imitiren, wie etwa der Ton Heine. Also lernen sollen sie daran, nicht nachmachen, nichts unzerkaut und unverdaut wieder von sich geben. Dazu kann das Buch des trefflichen Goetheforschers ganz vorzügliche Dienste leisten.

Wir dürfen heut in der Thatsache, daß die Gebildeten, genauer die Bildungsfähigen und Bildungsbedürftigen nicht allein unserer deutschen Zeitgenossen, vielmehr fast der ganzen Erde, sich die Bekanntschaft und Aneignung Goethes angelegen sein lassen, den größten Erfolg des germanischen Geistes erblicken, den die Geschichte zu verzeichnen hat.

Im allereigentlichsten Sinne, den Rückert ausdeutet, ein neuer Brahma ist er geworden.*)

Boucke sagt, er hätte seinem Buche den Untertitel geben können: „Goethes Denkweise im Spiegel seines typischen Wortschatzes". Ich hoffe zeigen zu können, daß das schicklich der Obertitel hätte sein dürfen.

Der Verfasser, aufs Wirksamste von Victor Hehns „Gedanken über Goethe" angeregt, knüpft bescheiden an frühere Beiträge zur Bedeutungslehre an, von denen hier genannt seien P. Knauth, Von Goethes Sprache und Stil im Alter, Leipzig 1894 (dazu Rich. M. Meyers Besprechung in der „D. Litt. Ztg." 1894 Sp. 1229), Rich. M. Meyer, Studien zu Goethes Wortgebrauch. Archiv f. d. Studium der neueren Sprachen, Otto Harnack, Goethe in der Epoche seiner Vollendung, O. Pniower, Zu Goethes Wortgebrauch im G. Jhrb. 19, 229—247, Rud. Steiner, Goethes Weltanschauung (1897). Selbstverständlich ist das D. Wörterbuch treu — fleißig benutzt, und da vorzugsweise die Beiträge R. Hildebrands. Statistisch bedeutsam ist, daß zu den etwa zwanzig bisher erkannten prägnanten Goetheworten jetzt über fünfzig weitere hinzukamen.

Als „die Zentralsonne in Goethes Ideenwelt" bezeichnet Boucke das Wort tüchtig. Goethes Umschreibung des Begriffes klassisch, im Gegensatz zu romantisch, war „gesund und tüchtig", und „gesund an Leib und Seele" ist sein höchstes Lob, das er spendet. Das nach seiner Auffassung Krankhafte der Romantik schien dem dezidirten Gegenwartsmenschen in der unproduktiven Sehnsucht nach dem Vergangenen und Fernen zu beruhen. Ob damit der Romantik endgiltig gerecht geworden sei, mag hier auf sich beruhen, ebenso, wie die immer einseitigere Forderung des Antiken, als des angeblich einzig und allein Klassischen. Wenn aber als Synonyma zu „tüchtig" S. 17 „resolut" und „derb" aufgewiesen werden, so hätte meines Erachtens ein Blick auf die Herkunft der Wörter „tüchtig" und „derb" nicht geschadet, da sich dann fast ihre Identität ergeben hätte, insofern „tüchtig" auf taugen und Tugend, „derb" auf das Bedürfniß, den Bedarf, weist, wie denn auch der S. 297 zitirte „derbe geistvolle Mann" in heutiger Sprache genau dasselbe besagte, wie „ein geistvoller Biedermann, denn unser „bieder" ist eben „biderbe", d. i. was man bedarf, das Brauchbare, Tüchtige, Nütz — und Nöthige, das bei dem Derben ist. Die heutige Betonung „bieder" statt „biderb" ist neuhochdeutsche Verderbniß. So wäre also die Goethische Formel „derb und tüchtig" streng genommen eine allitterirende Verdoppelung wie „stets und ständig" u. A., und man kann sagen, was uns heut als abgegriffen — generell vorkommt, das ist in diesem Falle von Goethe nicht sowohl individuell weiter entwickelt — was ein leitender Gesichtspunkt unseres Buches ist — als vielmehr in seinem ursprünglichen sprachlichen Werthe erkannt

*) S. Weisheit des Brahmanen, Buch X, 51.
Was sagt Brumann Aham? Es saget: Sagend Ich
Und davon, o Brahman, gekürzt nennt Brahma sich.



und festgehalten; die Sprache selber hatte es eben von allem Anfang her gerade so gemeint. Winckelmann und Zelter sind Typen für dieses „Derb-tüchtige" das auch gelegentlich „Derbständig" heißt.

Wir treten an eine andere Gruppe heran, die mehr die sittliche Lebensführung umspannt, und begegnen einer zweiten „Zentralsonne", wenn man so sagen dürfte, dem Begriff der „Beschränkung". Ich empfehle dringend, die feinen Ausführungen des Verfassers zu lesen, auf die hier nur gedeutet werden kann.

Zu „gemäß" würde ich anmerken, daß, was von Hermann gilt:

„Was er begehrte, das war ihm gemäß" sich auch so ausdrücken ließe „dem war er gewachsen", er konnte es „erlangen", „fassen", „begreifen", alles Wörter, deren sinnliche Grundbedeutung, so handgreiflich sie daliegt, den modernen Menschen zu wenig kümmert. Ja wahrhaftig, von Goethen sollte man lernen, den klugen Worten in die Augen zu schauen.

„Wie einst das (Goethen übrigens verhaßte) „Erkenne Dich selbst" über dem Tempel zu Delphi, so steht das Gebot „Beschränke Dich selbst" über dem Eingang zu dem Tempel Goethischer Welt- und Lebensweisheit geschrieben." (Später liebte Goethe dafür „bedingen", bedingt und unbedingt zu setzen.)

In dem merkwürdigen Alterniren oder doch Nebeneinanderwohnen der zwei Seelen in einer Brust, dem phantasiebelebten genialen Drange ins Weite, Unbedingte, und der Erkenntniß der Nothwendigkeit, sich selber Schranken zu setzen, liegt, dünkt mich, auch die Erklärung dafür, daß nicht erst der ältere Goethe, sondern schon der Goethe der Weimarer Frühzeit, einen Stich ins Pedantische zu gewinnen scheint, während Schiller durchschnittlich als jugendlicher anmuthet. Goethe stellt absichtlich mehr und mehr die „beschränkten Zustände" dar, der Geschäftsmann Antonio (der Geheimrath Goethe) kanzelt den Tasso (den Dichter Goethe) ab, daß es eine Art hat. Gewiß ist richtig, beschränkt sein ist philisterhaft, nicht sich beschränken, leichtsinnig, aber wir nennen doch den Leichtsinn der Jugend hold, liebenswürdig, den Ernst des Geschäfts- und Weltmenschen nur weise, und Mancher entbehrte am Dichter gern solche Weltweisheit. Das wäre freilich nicht nach dem Herzen Bouckes.

Warum sollte es (s. S. 40) nicht statthaft sein, die Kunst im Sinne des Dichters geradezu als eine gesteigerte oder potenzirte Natur zu definiren.*)

Ein äußerst fruchtbarer Gesichtspunkt für die Würdigung des sittlich-großen Menschen Goethe wird gewonnen in der sehr schön aufgezeigten euphemistischen Tendenz der Sprache Goethes. Neben „trefflich" ist eins der häufigsten Attribute „heiter". Es ist interessant, den Bedeutungswechsel dieses Wortes seit Goethe zu verfolgen. Hatte es bei diesem, wie

*) Das schnurrige Goethische Fremdwort „kohobirte Natur" läßt Boucke mit Recht hier aus dem Spiele.

„rein“, eine Nuance ins feierlich Religiöse, wie er denn von „heiterer Entsagung“ reden mochte, und war ihm „allgemeine Heiterkeit“ bei der Geburt eines Prinzen der Ausdruck für die herzliche Mitfreude der Landeskinder an dem Erleben des Regentenhauses, so würde es heute, Dank dem Stenographenstile, nur noch als „schallendes Gelächter auf allen Bänken des Hauses“ besagen. Was Goethe „falsche Richtungen“ oder Tendenzen genannt hat, bezeichnete ihm auch das dilettirende Bemühen, selbst das eigene, lange geübte, in der bildenden Kunst, das nur Kraftvergeudung ist, wenn die Naturanlage fehlt.*) Es ist ein botanischer Ausdruck, der vielfache Anwendung auf Kunst und Wissenschaft, besonders jedoch auf das sittliche Leben zuließ. Es wäre gewiß im Sinne Goethes, und ist die Moral der „Lehrjahre“, wenn man das bekannte Wort docendo discimus in errando discimus abänderte.

Kraftvergeudung bedeutete Goethen aber auch die falsche Richtung der Romantik auf Vergangenheit oder Zukunft. Darin sah der Gegenwartsmensch ein Zeichen von Unproduktivität.

Die Epoche des Sturmes und Dranges heißt ihm „die fordernde“. Er wußte, das anmaßliche Fordern fördere noch nicht, dazu braucht es des Bestrebens, des rastlosen Bemühens. Als Typus für diese falschen Strebungen galt Goethen die jüngere Romantik, und der Vorwurf des „transzendirens“ ist einer der geläufigsten bei ihm. Ein weiterer Ausdruck des Steigerungsprinzips ist das Wort „leidenschaftlich“, das kaum als Schelte in Goethes Munde gemeint war, so sehr liebte er das Aufregende eines erhöhten Zustandes. Ja selbst das Wort „frech“ ist nicht generell scheltend, wie S. 74 gesagt war; die alte Sprache wußte nichts davon und ihrem Gebrauch bequemte sich auch Goethe an, was S. 77 ganz richtig erkannt ist.

In der sittlichen Gruppe S. 81 fgd. steht der Begriff des „Reinen“ voran. Er bezeichnet das Uninteressirte, was um der Sache selbst willen gethan wird, ohne Nebenabsichten und Hintergedanken der Selbstsucht, nennt Goethe rein. Wir erwähnten vorher das Oxymoron — Goethe liebt dergleichen — „heitere Entsagung“. Noch prägnanter ist der „reine Egoismus“ der eben nicht Egoismus im gemeinen Sinne sein soll, sondern uninteressirte Behauptung der Persönlichkeit, des höchsten Gutes der Menschenkinder. Das heißt auch wohl „reine Selbstheit“ (S. 91). Es meint das „Allen Gewalten zum Trotz sich erhalten“ der Arie der Fee Sonna. (Hempel 1, 55.)

Wie Goethen das Wort nicht ein konventioneller Zahlpfennig ist, so auch nicht Jedermanns Sache, seine Werthe scharf zu bestimmen. Natürlich sind daher die Taxirungen schwankend, und wir Alle in der großen Goethegemeinde haben unsere Affektionswerthe.

*) S. 60 ist in der zitirten Briefstelle an Schiller 7. April 1798 von dem baldigen Aufzehren „der kleinen Portion der idealischen Ingredienzien“ die Rede, aus der der Setzerteufel eine kleine Person gemacht hat.



Am leichtesten entbehrten wir die ungemeine Masse bequemer Füllworte. Mit Fug spricht Boucke von der „entwickelten Terminologie der Indifferenz“.

Der Dichter rühmt seine Unabhängigkeit, aber daß sie so weit gehe, wie Boucke will (S. 115), ihn auch der Duldung zu überheben, steht ganz gewiß nicht in dem Worte (Hempel 3, 259):

Verfahre ruhig, still,
Brauchst Dich nicht anzupassen;
Nur wer was gelten will,
Muß and're gelten lassen.

Goethe gehörte doch bei aller reinen Entsagung gewiß nicht zu den Naturen, die das gelten wollen für nichts achteten, um in behaglicher Nullität dahinzuleben. Ich verstehe das „nur“ als Einwurf: Du brauchst Dich ja nicht anzupassen, den Forderungen der Masse Dich zu akkommodiren, bedenke jedoch dabei, daß wer selber gelten will, auch andere muß gelten lassen.*)

Um noch einmal auf „das Reine“ und womöglich damit „ins Reine“ zu kommen, möchte ich mir hier einen kleinen Exkurs gestatten. Es läßt sich nämlich hierbei wie auch sonst zeigen und sollte sich von selbst verstehen, daß dieser Terminus der „Reinheit“ im Sinne von Freiheit von Manier, Absichtlichkeit, Nebenzwecken oder secondi fini, doch nicht erst von Goethen brauchte geprägt zu werden, daß er „in der Luft“ der Zeit schon lag. Wo W. Heinse in dem merkwürdigen Musikroman „Hildegard von Hohenfels“**), 2. Theil S. 178 die trefflichen Bemerkungen über Sallust und Tacitus vortragen läßt, heißt es:

„Beym Tacitus leuchtet schon Manier hervor, Sallust ist ganz rein, wie die Bildsäulen Alexanders von Lysipp“. So von Pergolesis Orfeo S. 193 das bewundernde Wort: „Welcher voll und rein fühlende Nerve von Musik!“

„Nett, rein und richtig begleiten“, hätte auch Goethe sagen können. Auch der bei Goethen so mächtige Begriff der „inneren Form“ muß wohl als ein solcher in der Luft fliegender bezeichnet werden, bis etwa sich er-

*) Häufiger, als nothwendig wäre, empfehlen unsere Dichter dieses lässige laisser faire. So z. B. auch Fr. Rückert in der Weisheit des Brahmanen IX, 41:

Laß and're gelten und Dich lassen and're gelten:
Das ist viel besser als einander niederschelten.

Ganz schön, aber wir wären doch dafür, daß um den Preis, daß er die Unkunst auch gelten lasse, keiner die eigene Geltung erkaufen dürfe. Was liegt denn überhaupt am gelten? Ich würde vorschlagen, statt „das ist viel besser“ zu setzen: „das ist bequemer“.

**) Der Inselverlag erwirbt sich ein Verdienst durch die schöne von K. Schüddekopf besorgte Neuausgabe der Werke Heinses, der Goethes allergefährlichster Konkurrent hätte werden können, wenn er mehr Goethische Selbstzucht gekannt hätte.

gäbe, daß doch der Eine ihn vom Andern oder jeder von Beiden ihn von einem Dritten entlehnt habe.*)

Der Gebrauch des Wortes „läßlich", der S. 115 erörtert wird, hat wohl in der Heimathsprache des Dichters seine Wurzel. Aehnlich braucht Rückert, auch ein Franke aus Schweinfurt, das Wort lässig für bequem. Dieser sehnt sich (in Berlin) nach seinem lieben Neuseß und

Aus dem häßlichen Stutzerfrack
Zu der läßlichen Gärtnerjack'.

Wer so wie Goethe aus freiem Drange wie ex officio um Alles und Jedes sich zu kümmern hatte, der bedarf zur Selbstbehauptung eines starken Zusatzes dessen, was wir den „Kehrmichnichtdran" nennen. Das spiegelt sich in der hochentwickelten „Terminologie der Indifferenz" (vergl. S. 112 f.). Zum Abschließen eines lästig werdenden Gespräches diente ihm wohl ein „Das ist ja sehr schön".

Man hat gezählt, daß der Terminus „Neigung" allein in den Wahlverwandtschaften sechzig Mal begegne. Die Auffassung des Sittlichen selbst scheint mehr und mehr in das Grau der Kantischen Pflichtenlehre überzugehen; unsittlich ist der Mangel an Selbstbeschränkung, Subordination an sich schon sittlich, der aus ihr heraustretende schon unmoralisch, wogegen wir freilich auf so manches Durchbrechen dieser Schranken hinzuweisen haben. In höherem Sinne sittlich ist das Genialische, es überhöht das bloß Sittliche, wie das einfach Gute das vom Dichter doch geforderte Edle (Edel sei der Mensch). Man darf sagen, wenn die Gegensätze Tasso und Antonio wieder die zwei Seelen in der einen Brust bedeuten, parallel dem Faust und Mephistopheles, so scheine in des Dichters persönlicher Haltung in Weimar mehr und mehr die negative Nuance herausgekehrt worden zu sein. Die Urkunden für diese Wandelung liegen in den Briefen und Zettelchen an die Stein.**)

In der „geistigen Gruppe" (S. 123 f.) wird von Boucke fruchtbar der Begriff des „Wahren" entwickelt. „Das Wahre muß gleich genutzt werden, sonst ist es nicht da" (Sprüche in Pr. 928). Das hängt mit der hohen Schätzung dessen zusammen, was Goethe das Aperçu nannte.

Stereotype Wendungen sind „Wirkung in die Ferne", auch wohl „heitere Wirkung in die Ferne", bei ungestörter Kontemplation und Vermeidung der „Gegenwart", die doch auch „derb, rein, ganz wahr" sein kann. Der „Ferne" gesellt sich der recht spezifisch Goethische Begriff der „Folge".

Sehr hübsch ist die Ausführung über die gespenstermäßige Wirkung der Goethischen Kunst, das Vergangene im Gegenwärtigen und dieses wie

*) „Liebe und Geist ist eins und dasselbe unter verschiedenen Namen", lesen wir eben wieder im „Ardinghello", Bd. IV, 130 der prachtvollen Insel-Ausgabe. Das ist ganz im Sinne Goethes gesagt. Und schon Dante wußte:
Amore e cor gentile sono una cosa.

**) Neuerdings von Jul. Wahle herausgegeben.



ein Vergangenes in eins zu sehen. „Alle Liebe bezieht sich auf Gegenwart.“

Eine seltsame, immerhin geistreiche Verkennung passirt dem Verfasser, wenn er in dem bekannten Gedichte „Gegenwart“ (Hempel I, 40: Alles kündet dich an!) eine Feier der Gegenwart Gottes zu erkennen glaubt. Es gehört ganz in den Suleikacyklus, wie denn Mariana von Willemer das Original mit der wichtigen Variante des Textes in der dritten Strophe besaß:

Singst du dem himmlischen Dom,

statt

„Wenn du im Tanze dich regst.“

Als Hymnus auf die Sonne dürfte man das Gedicht wohl allenfalls fassen, da ja das „tönende Licht“ eine Goethen geläufige Formel ist, aber die Sonne ist eben selber Symbol der thätigen Liebe und der Geliebten selbst.*) Nach dem Abdrucke bei Creizenach ist es am „13. März, Abends zehn Uhr“ niedergeschrieben, aber sicherlich nicht 1813, sondern erst 1815, was sich aus Goethes Briefe vom 26. Oktober 1815 (Crz. S. 69 oben) deutlich ergiebt. Danach war es zuerst Suleika, die nach dem jüdischen Kalender datirt hatte, was nun Goethe seinerseits mit dem aus dem Divan gehobenen Gedichte that: „Im Jahr der Welten“ u. s. w.

Zu der S. 145 f. behandelten Gruppe „Verhältniß — Theilnahme — Förderung — Wohlwollen — würde man gern noch „Mitarbeit“ gestellt sehen. Die negative Gruppe dreht sich um den Begriff des „Falschen“ als Achse (S. 155 f.).

Der Verfasser bietet einige Zusätze zu R. Meyers Rubrik „Dumpf, Dumpfheit“.**) Eine Weiterwirkung der positiven Nuance der Dumpfheit wäre vielleicht nicht unschicklich in dem Parsifal-Ideal Wagners, dem „reinen Thoren“ zu erblicken gewesen und man wäre dabei auf die ursprüngliche, von der Sprache selbst gewollte Gleichung: dumpf=dumm und tumb=jung geführt worden. Goethe zwar wird es nicht gewußt haben, daß sprachlich Dumpfheit nichts anderes ist als Jugenddrang, wie Alter mit wîsheit identisch sei, aber sachlich traf er's. Nebenbei mag erinnert sein, „stumpf“ und „stumm“ sind genau in demselben Identitäts- und Differenzirungsverhältnisse (S. 160 Anm.).

Zu S. 148 bemerke ich, geärgert hat sich Goethe doch schwer über die Aufnahme des Werther, besonders über „das Berliner rc. Hunde-

*) Wie in G.s Tagebüchern das Zeichen ☉ die Stein bedeutet.

**) Auch Rückert ist der Gebrauch des Wortes nicht fremd, z. B. Weish. d. Brahm., Buch VII Nr. 90, wo „dumpfer Sinn“ für den thierischen Instinkt gebraucht ist, während an anderer Stelle Dumpfheit dem Sinn gegenübergestellt ist, wie Herbheit der Milde. (V, 49). S. 159 umschreibt Boucke nicht übel das Wort mit „etwa tiefgefühltes, stammelnd ausgedrücktes. Mit den zum Ueberdruß häufigen Läßlichkeiten „artig“ und ähnlichen wollen wir uns nicht aufhalten.

zeug"! (s. J. G. 3, 71 in dem Briefe an Gustchen Stolberg vom 6. März 1875).

Die Klage über das vermißte Echo empfänglicher Menschen, welcher deutsche Dichter hätte sie nicht ausgesprochen? Hatte Goethe, was auch Platens Trost war, schon zur Wertherzeit (an Kestner) das Publikum als „eine Heerd Schwein"*) erkannt (J. G. 3, 45 und G. Jhrb. II, 475), so wirkt doch des alten Herren Aeußerung, literarische Einwirkungen blieben mehr und mehr unbekannt (s. G. Jhrb. XXII S. 33, an Conta) um so schmerzvoller, als man sich eingebildet hatte, Goethen, den Siebzigjährigen, als Alleinherrscher auf dem deutschen Parnaß zu betrachten. „In der Jugend, lesen wir dort, erringt man sich, durch persönliche Zudringlichkeit und leidenschaftliches Vorlesen, erfreulichen Beyfall, das Alter trennt uns nach und nach von empfänglichen Menschen, selten kehrt ein Klang und Ton, den man aussendet, lebhaft und ergötzlich zurück." Der Dichter sandte gleichzeitig die letzten Bogen der „Zahmen Xenien" an den bewährten Freund, deren Ueberschrift eigentlich eine contradictio in adjecto enthalte.

Im September 1816, fast genau vier Jahre vorher, hatte Goethe geschrieben: „Das Rechte ist immer sich selbst gleich, unbedingt und ewig. Daß aber die Zeit es anerkennte und, was sehr Noth thäte, zu ihren vielfach bedrängten Zwecken es nutzte, das ist ein anderes**), dessen auch selbst die Götter nicht Herr zu seyn scheinen."

Wie die „Dumpfheit", an deren Stelle im Alter auch wohl die „Dunkelheit" tritt (z. B. 36, 244 „eine kleine" Druckschrift zeugt noch heute von unserer damaligen fruchtbaren Dunkelheit) oder Dumpfsinn (so G. Jhrb. 3, 692) (Ich trage noch nach: 10. März 1777, bei Funck S. 75, 23: „Die garstige Selbstgefälligkeit ohne Drang und Fülle und Dumpfheit.") — so ward für den alten Dichter „trüb" und „die Trübe" ein viel gebrauchter terminus. Galt ihm doch die Trübe als ein Urphänomen, dessen Wichtigkeit für seine Theorie der Farben bekannt ist. Es ist etymologisch interessant, daß unser Wort blau, für das die Lateiner eigentlich kein Wort, kein genaues Deckwort haben, weshalb mittellateinische Chronisten Truppen mit blauen Waffenröcken in armis blaueis marschiren lassen, dem lateinischen pallidus entspricht, und die pallida mors mag Goethen vorgeschwebt haben, wenn er das Sterben als das Erblassen des letzten Abendrothes, des Seelenlichtes, bezeichnet. Die Italiener haben zwar das französische bleu als blù aufgenommen, gebrauchen jedoch zumeist

*) Es ist am Ende, auch bei weniger stumpfsinnigen Nationen, nie viel anders gewesen. Doch wollen wir unsern Sack voll Würdigungen des lieben Publikums, des ineptum ingens monstrum hier lieber nicht ausschütten, denn es ist empfindlich und sehr verhätschelt.

**) Vielleicht hatte ihm vorgeschwebt, was er an anderer Stelle zitirt, das apologische Sprichwort: Das ist ein anderer Krebs, sagte der Teufel, da hatte er seine Großmutter in der Reuse gefangen. S. auch Höfer 8. Aufl. S. 185 Nr. 1934, wozu sich noch Dähnert, Plattd. W.-B. S. 252 stellt.

eine ganze Skala homerischer, sinnfälliger Varianten, celeste, ceruleo, azzurro, turchino, livido.

Wir übergehen die Lieblingswörter „absurd" (S. 170), „abstrus", „wunderlich", „problematisch", „fratzenhaft", „null" (eine nulle Epoche) deuten flüchtig auf die hübsche Erörterung der „Wohlwollenden" und der „Mißwollenden", zu denen Böttiger, Kotzebue, und leider, wie sich immer deutlicher zeigt, Herder gehören*) — wir werden es bald bei näherer Betrachtung der Briefe Jean Pauls an seine Gattin und Freund Christian Otto noch viel klarer erkennen — und empfehlen besonders die übersichtliche Tabelle (180), endlich die nützliche Rekapitulation (186 bis 189).

Bevor wir an den theoretischen Theil des Werkes treten, mag uns noch die Bemerkung einen Augenblick aufhalten, der Goethische Wortschatz der Prosa sei (1806) längst in Rubriken erstarrt gewesen und der Stil habe seine Geschmeidigkeit verloren gehabt, als der poetische Stil immer noch in hohem Maße, ja erstaunlich entwicklungsfähig war. Wir wollen und können hier nicht untersuchen, welchen Antheil an der letzteren Thatsache die Gewöhnung Goethes gehabt haben möge, mit allen poetischen Entwürfen haushälterisch umzugehen (gemäß seinem guten Rezept „Aeltestes bewahrt mit Treue") nur die Zustimmung im Allgemeinen zu diesem scheinbar harten und pietätlosen Urtheil dürfen wir nicht unterdrücken. Ja, sollten wir nach stilistisch-ästhetischen Maßstäben messen, so würde der Altersepoche Goethes, die nach der sittlichen Seite so Herrliches zeitigte, seine eigene, so oft begegnende Formel „wunderlich"**) zukommen. Wie viel ganz seltsam Knorriges hat z. B. Goethe sogar noch in den Divan gepackt, von den letzten Partien des zweiten Fausts ganz zu geschweigen. Doch ehe mir ein Anderer zuvorkomme, will ich mir selber den Einwand machen: es handelt sich dabei auch um Strophen, die dastehen, wie mit dem schwersten Schmiedehammer zusammengeschweißt, an denen die Kunst des Ciseleurs verloren wäre, die aber das alte carmina pangere und unser „Verse schmieden" im eigentlichsten Sinne rechtfertigen. Im Allgemeinen wird wohl gelten dürfen, man hatte ihn und er hatte sich gewöhnt, zu glauben, Alles was er biete und wie er es biete, unter dem doch gefährlichen Einflusse des Diktirens, sei eo ipso klassisch. Es gehört mit zu dem Fluche der Berühmtheit, der Alleinherrschaft.

Wir wollten noch einen Blick auf das „Theoretische" werfen (S. 190 bis zu Ende). Dem Verfasser kam es darauf an, die Resultate der Semasiologie, d. i. der Lehre von der Bedeutung der Wörter, unter möglichster Scheidung des generellen und des in unserem Falle wichtigeren

*) Die wahrhaft vornehme Gesinnung Goethes gegen sie ist S. 179 mit Fug betont.

**) Ich erinnere daran, daß das Wort an sich zunächst gar keinen Tadel ausspricht, wie denn die alte Sprache den allmächtigen Gott als den „Wunderaere" zu bezeichnen kein Bedenken trug. Und seine Werke sind uns „zu wunderlich und zu hoch."



individuellen Prozesses des Bedeutungswandels, also einer philologischen Arbeit, zu verbinden mit der Literaturwissenschaft, um daraus Licht auf die Erkenntniß der Künstler-Individualität fallen zu lassen. Längst sprach man ja von Wortbedeutungen „im Sinne" sagen wir z. B. Spinozas, Leibnitzens, Kants, Hegels u. A. „Wie aber heute Philologie und Literaturwissenschaft überhaupt mit immer mehr Bewußtsein in einander arbeiten, so dürfte sich auch der Versuch lohnen, die Resultate der Semasiologie für die literarhistorische Forschung zu verwerthen." (S. 192.) Man muß sich also bewußt sein, damit an die Grenze dessen gelangt zu sein, was scheinbar persönliche Willkür, im Grunde jedoch nur Idiosynkrasie, eben Individualität ist, die ihren eigenen Gesetzen gemäß handeln muß. Gewiß ist das die Aufgabe und so kann man sogar wagen, zu fixiren, wie Goethe gewisse allerheutigste Begriffe, z. B. etwa Nietzsches, würde ausgeprägt oder umschrieben haben, was nicht denkbar wäre, handelte es sich dabei um Willkür. Goethe hat, behaupte ich, kein einziges Wort eigentlich gemacht, und man sollte es überhaupt nicht, wie die naseweisen Modernsten pflegen. Worte, lebendige Worte einer ausgebildeten lange gewachsenen Sprache, lassen sich verkennen, mißbrauchen, verdrehen, aber sie lassen sich nicht todtschlagen und so denn auch nicht machen.*) Wir können historisch ihr Wachsthum, ihre Kinder und Kindeskinder, ihre Ausartung und oft ihren Abgang verfolgen. Ich wiederhole, was ich im Eingang gesagt, daß mir der „Versuch" Bouckes, den ich als eine höchst werthvolle Vorarbeit zu einem dereinstigen „Goethe-Wörterbuche", mit dem man sich jedoch Zeit lassen mag, betrachte, aller Ehren werth gilt. So sind hier höchst interessant die Ausführungen über Goethes Eulogismus. Wenn jedoch S. 197 gesagt wird, dieser Eulogismus werde in Betreff des Freundes Jean Paul um so verdächtiger", wenn man sich an Goethes herbe Kritiken über Jean Paul aus den neunziger Jahren erinnere, so muß ich erinnern, daß es dessen gar nicht bedarf, um hier gar nichts „verdächtig" zu finden. Man braucht nur in den von Boucke selber angezogenen Noten zum Divan eine Seite weiter**) zu lesen, um den ganzen Eulogismus als boshafte Ironie zu erkennen, in der Schranke natürlich, innerhalb der Goethe überall boshaft hätte sein können. Man sagt sich zunächst: „Das ist ja auffallend wohlwollend", bald aber „ach so!" Das ironische Wort „dieser Freund" hätte eine besondere Erörterung unter den Prägnanzen verdient. Ich glaube, man darf annehmen, daß eben die Erfahrungen an Jean Paul und an der unglaublichen Beliebtheit

*) Das deutsche Lexikon weiß, wenn wir von der Kunstsprache Hegels u. A. absehen, von einem merkwürdigen Homunkulusworte, der Erfindung eines Chemikers und Physikers, van Helmont in Brüssel, gest. 1644, das sich durchsetzte. Es ist das Wort Gas, das sich durch fast internationale klangvolle Einsilbigkeit, aber auch die beabsichtigte Anlehnung an das lateinisch-griechische chaos der gelehrten Welt sogleich empfahl.

**) Nämlich Hempel 4, 289 unten.

dieses Ingeniums für Goethen Veranlassung geworden sei, sich so sorgsam in die Theorie des Abstrusen, des Strebens ins Formlose einzubohren. Wir verdanken ihm jedoch die nützliche „Bepfählung“ dieser Gefilde der Unkunst. Es sind Warnungstafeln, daran deutlich zu lesen steht: „Vorsicht! Verbotener Weg!“

Aber es ist eine Freude, auch von diesen philologischen Tifteleien aus „die einzigartige Vitalität dieses literarischen Mikrokosmos“ Goethe aufs Neue zu bestaunen.*)

Ueber manches Einzelne mag man anderer Meinung sein, es vielleicht nicht so hoch ausgezeichnet haben, wie Boucke thut (z. B. das Wort „flügelmännisch“ oder „holzschnittartig“ u. A.). Aber es hat wohl auch sein Gutes in einer Zeit, da der deutsche Prosastil, dank dem lieben Zeitungswesen, das tiefste Niveau der Unbildlichkeit und Schustermäßigkeit erreicht zu haben scheint.

Unter den „Ursachen des Wandels“ werden in der Sprache Goethes besonders abgehandelt — andeutungsweise, versteht sich — Einfachheit, Gedrängtheit, Euphemismus, Intensität, Konkretisirung, Typik. Ein allerdings entsetzliches Beispiel des Amts- und Geschäftsstiles war durch Burkhardt (s. G. Jhrb. VI, 344) für die Nachwelt gerettet. Zum Eulogismus rechnet Boucke abstrus für verrückt, transzendiren für überspannt sein. Scheltende Epitheta, heißt es, überwiegen weitaus die lobenden (etwa weil sich für Goethen das Gute von selbst versteht?) Goethe selbst zählte 141 der ersteren und nur 24 der letzteren auf (S. 206). Zu der intensiven Nutzbarmachung des Wortvorraths gehört die Komposition mit „un“, wobei ich das merkwürdige „Unbild“ vermisse, das Goethe sowohl im Sinne von widerwärtige Fratze, Mißbildung, nimmt, denn Bild gilt ihm fast gleichwerthig mit Ideal, als zugleich im Sinne von „Unbilde“ Ungerechtigkeit, Schade, Verwüstung. So heißen in einer prachtvollen Vorstellung an Carl August die Wildschweine des Ettersburger Sauparks „dieses Unbild.“**)

Mit Recht bewundert Boucke (217) die merkwürdige Einheit des Wortgebrauches in Poesie und Prosa. Bei andern Dichtern handle es sich mehr oder minder bloß um rhetorischen Aufputz in Versen, dessen sie sich in ihrer Prosa enthalten, und zwar, setze ich hinzu, weil sie ihn für stilwidrig ausgeben. Für Goethen existirte jedoch eine solche Kluft zwischen Poesie als „schöner Redekunst“ und Prosa überhaupt nicht. Goethe geht also über die „konventionelle Prägnanz“ des sogenannten poetischen Wortvorraths ganz unbekümmert hinaus. Das ist wohl so, aber das Wort „Aar“ — ich weiß nicht, ob Goethe es absichtlich gemieden hat — würde

*) Wir empfehlen unsern Freunden vom Allg. D. Sprachverein die eben zitirte Stelle S. 198.

**) „Ungeschöpf“ ist S. 209 verzeichnet.



ich nicht als „scheinlebiges Wolkengebild" verdonnern, da man doch wissen kann, daß „Adler" eben nichts anderes besagt, als der Edelaar oder der „adliche Aar".*) Auch gegen die dialektische Wandlung des Löwen in den Leuen sollte man toleranter sein. Daß damit der Dichter noch lange nicht gemacht ist, weiß man wohl allgemein. Voll zustimmen wir jedoch dem Satze Bouckes, daß das echt Poetische der Probe der Auflösung in Prosa Stand zu halten vermag.

Man hat die Anschaulichkeit oder „sinnliche Kraft" in des Dichters Rede stets gepriesen. Aus der gut getroffenen Beispielsammlung S. 223 bis 234 sei hier nur auf die beliebte Wendung „ins Enge ziehen" gedeutet (226). Der naturwissenschaftliche Gegensatz der Herzthätigkeit, der Systole und Diastole, spielt eine große Rolle dabei.

Von Wieland sagt Goethe „Er konnte sich nicht enthalten . . . sich eine außerweltliche Welt . . . nach seiner Weise aufzuerbauen und darzustellen" (s. 229). Ich weise dabei abermals auf Divan IV, 9 „lernet wie die Lieb' erbaut" und den Vulgatatext 1. Corr. 8, 1: scientia inflat, charitas vero aedificat.

Der Verfasser vertritt nicht die herkömmliche Schablone der Epochen in der Entwicklung des Dichters. Goethe sei ein höchst komplexes Naturgebilde. Gewiß, aber gleichwohl dürfen wir auf gewisse Epochen nicht verzichten, ich will nur beispielsweise sagen: der Goethe vor und der nach der italienischen Reise, ist das wirklich noch derselbe Mann? Ich glaube, wir machen da aus der Noth eine Tugend, wenn wir uns einbilden, den ganzen Goethe als eine fertige Einheit zu schauen. Die Noth liegt in Goethes Arbeitsmethode, die immer sammelnd, immer sichtend, Neuestes an treu bewahrtes Aeltestes anzuknüpfen nöthigte. Welcher historisch verfahrende Mensch vermöchte einzusehen, wie Chronologie dem Verständniß schädlich werden sollte? Es ist schlimm genug, daß wir sie urkundlich noch immer zu wenig fixiren können. Zeit und Ort sind das Alpha und das Omega aller Historie. Wäre das nicht, so bliebe am Ende die rein lexikalische Behandlung solcher Dinge rathsam, die „heilsame alphabetische Ordnung", wie Jakob Grimm sagte. Da muß freilich alles einmal unter die Finger gerathen, aber wer ertrüge hier solche heillose Verzettelung? Nehmen wir inzwischen die hübschen Proben der Goethischen Typik dankbar mit, die uns zum Theil in Anlehnung an Victor Hehns köstliche Bemerkungen zu Hermann und Dorothea dargereicht werden.**)

*) Dabei fällt uns ein, daß unserm alten Kaiser Wilhelm der „Hohenzollernaar" allerdings äußerst widerwärtig war.

**) Das Modewort des Weimarischen Kreises Misel und das vb. miseln, ist meines Erachtens nicht richtig erklärt: mit „Mäuschen" hat es nichts zu thun, es ist vielmehr migella = damigella frz. demoiselle, aus lat. dominicilla.

Auch das Frankfurtische Schwänchen ist nicht erklärt. „Schwan" ist nichts anderes, als der St. Johann (frz. Jouan, span. Juan spr. Chuan).

Sprachtheoretisches streift Goethe, wie S. 260 fgd. zutreffend gelehrt wird, nur gelegentlich. Das eigentlich Philologische ließ ihn gleichgiltig, er hatte „keine grammatische Ader in sich.“ Möchte das der heutige Goethephilolog auch mit dem Seufzer „leider!“ bestätigen, so halte er sich entschädigt durch des Dichters tausendmal werthvolleren genialen sprachschöpferischen Instinkt und sicheren Takt.

Beherzigenswerth sind 280 fgd. die Proben für was Goethe „affirmativen Purismus“ genannt hat. Ueber „Goethe und das Fremdwort“ möchte ich mir selber eine kleine Diatribe vorbehalten.

Weimar, Ende Juli 1902. Franz Sandvoß (Xanthippus).

Kunst.

Wilhelm Bode: Florentiner Bildhauer der Renaissance. (Berlin, Cassierer 1902).

Wilhelm Bode hat seinen zahlreichen, die Geschichte der italienischen Plastik neu fundamentirenden Arbeiten einen neuen stattlichen Band hinzugefügt, in welchem ältere Aufsätze aus dem „Jahrbuch der preußischen Kunstsammlungen“ u. A. mit neuen Beiträgen vereinigt worden sind. Die einzelnen Aufsätze behandeln Donatello als Architekt und Dekorator, die Madonnendarstellung bei den florentiner Bildnern der Renaissance, die Madonnenreliefs Donatellos in ihren Originalen und in Nachbildungen seiner Mitarbeiter und Nachahmer, Luca della Robbia, Desiderios Marmorrelief der Madonna in der Sammlung Dreyfus zu Paris und seine Beziehung zu Donatello und Michelangelo, Desiderio da Settignano und Franzesco Laurana als Portraitbildhauer und die wahre Büste der Marietta Strozzi, Portraits von Knaben aus vornehmen florentiner Familien in Quattrocentobüsten des jungen Christus und Johannes, Versuche der Ausbildung des Genre und des Putto in der florentiner Plastik des Quattrocento, Bertoldo di Giovanni, Jugendwerke Michelangelos und ihre Beziehungen zu des Künstlers Lehrern und Vorgängern, eine Gruppe der Beweinung Christi von Giovanni della Robbia und der Einfluß des Savonarola auf die Entwicklung der Kunst in Florenz.

Es bezeichnet zunächst das Abschiedsmahl oder den letzten Abschiedstrunk (einen mit Sankt Johannes Segen, dem besten Tropfen des Kellers, verehren). St. Johanns Mantel ist die Flasche, die man wohl noch auf die Fahrt mitgiebt. Daraus weiter alles das, was wir von der Reise, von Festen den Kindern mitbringen oder als Kosthäppchen nachbarlich reichen. Das genüge auch zur Erklärung von Divan IX, 16. Goethe selber hat das wohl nicht gewußt und erst von Suleika, dem guten Schenken des Schenkenbuchs, gelernt.

Schon dies Inhaltsverzeichniß zeigt, wie viele und wie brennende Fragen in dem Buch behandelt werden. Die Forschung ist noch nicht so weit gediehen, um heute schon eine zusammenhängende Darstellung der Quattrocentoplastik in Italien vorzulegen. Bodes Text zu dem großen, bei Bruckmann erscheinenden Abbildungswerk: Die Renaissanceskulptur Toskanas, das sich seiner Vollendung nähert, kann auch nur ein vorläufiger Abschluß sein, der das Material festlegt und einordnet — freilich die wichtigste Vorarbeit, auf der sich alles Spätere aufzubauen hat. Wir verdanken Bodes stupender Vertrautheit mit dem Kunstbesitz aller Länder und dem Kunsthandel eine ungemeine Bereicherung des Materials; kein schottisches Schloß, keine amerikanische Villa, keine französische Dorfkirche, kein polnischer Edelsitz ist so versteckt, um seinem Auge zu entgehen. Auch das neue Buch bringt viel neues Material und bildet vieles Seltene zum ersten Mal ab. Bode geht in berechtigtem Stolz meist von den Stücken der ihm unterstellten Sammlung aus, die er zu einer Zeit noch zusammengebracht hat, wo die Welt schon weggegeben schien und die er trotzdem auf ein Niveau gestellt hat, daß sie mit den Sammlungen des South Kensington Museums und des Louvre getrost den Vergleich aushalten kann. Für das Studium der Quattrocentoplastik ist Berlin jetzt, abgesehen vom Bargello, der wichtigste Platz. Der Cinquecento ist freilich nicht so gut vertreten; das liegt am Charakter des heutigen Kunstmarktes, aber auch an dem persönlichen Geschmack der Zeit und Bodes selber, der ein erklärter Fanatiker des Quattrocento ist. Es darf als besonders glückliches Zusammentreffen bezeichnet werden, daß der neue Ordinarius für Kunstgeschichte an der Berliner Universität ein ausgesprochener Anwalt des Cinquecento ist.

Mit Wölfflin setzt sich Bodes Buch mehrfach auseinander; die alte Streitfrage über den Giovannino Michelangelos im Berliner Museum wird wieder aufgerollt. Sie ist dadurch wieder in Fluß gekommen, daß Wölfflin einen neuen Namen: Girolomo Santacroce aus Neapel vorgeschlagen hat. Auch mich hat diese neue Taufe nicht überzeugt; aber sie hätte doch wohl, wie auch die übrigen Einwände Wölfflins, eine ausführlichere Auseinandersetzung verdient. Nach meiner Ansicht haben übrigens beide Forscher ebenso wie Hencke das Motiv des Giovannino nicht richtig gedeutet. Der jugendliche Täufer hat, soviel ich sehe, kein Ziegenhörnchen in der Hand, in das er Honig hätte tröpfeln lassen; Honig wird geschleudert und tröpfelt nicht. Zudem wäre die Manipulation unnöthig umständlich, namentlich bei diesem Wüstenjüngling, der nur das Allernothwendigste bei sich hat. Der Täufer führt vielmehr eine Heuschrecke zum Munde, die noch lebendig ist; er will ihr den Kopf abbeißen (wie es heute noch vielfach in der Campagna geschieht) und sein Gesicht spiegelt die seltsame Mischung von Lust und Widerstreben angesichts des zappelnden Tieres. Bei dieser Erklärung, die der biblischen Tradition von „Heuschrecken und wildem Honig“ wörtlich folgt, erklärt sich auch die Bewegung des linken Armes viel besser; er war

nicht gehoben und hat sich nun gesenkt, sondern er wird die Honigwabe gleich zum Munde führen, gewissermaßen als Dessert nach dem Genuß der etwas zweifelhaften Fleischspeise. Die Deutung des Motivs ist nicht unwichtig für die Frage nach dem Künstler. Mir scheint, es erklärt sich auf diese Weise manches ungezwungener und geht auf eine Auffassung los, welche der des in Rom entstandenen Bacchus von Michelangelo nahe verwandt ist.

Eine zweite Debatte mit Wölfflin führt ein Madonnenrelief der Sammlung Dreyfus in Paris herauf, welches Bode unbedingt als Quattrocentoarbeit, als ein Werk Desiderios ansieht, das zwischen Donatello und Michelangelos frühester Arbeit, der sog. Madonna an der Treppe in ganz eigenartiger Weise vermittelt. Wölfflin dagegen will in diesem Stück und ähnlichen Arbeiten Kompositionen des XVI. Jahrhunderts nach Michelangelo sehen. Es handelt sich dabei weniger um Taufen, als um prinzipielle Fragen. Ich glaube, die Begriffe von den Grenzen des Quattrocento, namentlich bei dem bis ins Barock reichenden Donatello, können garnicht weit genug gefaßt werden. Alle Elemente der „hohen Kunst" sind in jener primitiveren Stufe schon in nuce da; ja, Donatello z. B. greift oft bis zu hundert Jahren voraus. Ein höchst interessantes Marmorrelief dieses Künstlers bei Quincy A. Shaw in Boston, das Bode bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal publizirt, muß die Streitfrage wohl zu Gunsten Bodes entscheiden.

Dies Relief in Boston zeigt eine Eigenthümlichkeit, welche uns weiterführt. Die Madonna sitzt seitlich auf Wolken, aber ohne Thron und gewissermaßen auf der Wolkenerde. An diesem „Widerspruch" stieß sich Donatello nicht. Sollte es dann so seltsam sein, daß Luca della Robbia eine auf untergeschlagenen Beinen hockende Madonna auf Wolken setzt? Das ist Marcel Reymonds Haupteinwand gegen die Authentizität des bekannten Oxforder Tondos, das der so vorsichtige und kenntnißreiche Sammler Drury Fortnum erworben hat und welches mit seinem Datum 1428 die allerfrüheste Arbeit Lucas repräsentirt. Reymond hat in Bezug auf die Robbia eine besonders unglückliche Hand verrathen; er giebt und nimmt regelmäßig an falscher Stelle. Wer die Evangelisten der Pazzikapelle spät ansetzt, der sollte es drangeben, hier mitzureden. Bode hat ihn etwas stark gezaust, und in manchem geben wir auch Reymond Recht. Aber wir verstehen es, wenn der Mann, der neben Allan Marquart am meisten für die Wiederentdeckung Lucas gethan und der Berliner Sammlung diese einzige Gruppe von Luca-Werken zugeführt hat, bei Reymonds Nonchalance, namentlich den Berliner Stücken gegenüber, nervös wird.

Es mag bei dieser Gelegenheit einmal ausgesprochen werden, wie wenig Dienste die Franzosen heute der kunsthistorischen Arbeit leisten. Ausnahmen wie Courajod, Müntz, Bertaux zugegeben; aber i. A. redet dort der Polyhistor öfter als Forscher. Ein so offenkundig dem Baldovinetti

gehörendes Bild wie die entzückende Madonna, die Madame Rothschild dem Louvre geschenkt hat, wird mit Ausdauer immer wieder als Piero della Francesco verherrlicht, obwohl Baldovinettis Namen durchaus nicht weniger vornehm ist. So wird auch jetzt wieder in der neugegründeten Zeitschrift „Les arts“ versucht, all das umzustürzen, was Bode über Francesco Laurana zusammengetragen hat; A. Michel, Müntz und der nun in ein Londoner Geschäft eingetretene Molinier formuliren sauber ihre Zweifel, ohne etwas an die Stelle zu setzen. Solche Arbeit fördert nicht. Man kann zugeben, daß über die Desiderio und Laurana zugeschriebenen Büsten noch nicht das letzte Wort gesprochen worden ist; und wir wußten, längst bevor diese französischen Artikel erschienen, daß der Altar Lauranas in Avignon und andere südfranzösische Arbeiten von ihm mit den bekannten acht Büsten nicht ohne weiteres zusammengehen. Trotzdem bleiben Bodes Untersuchungen über den Dalmatischen Künstler, der in Urbino, Neapel, Palermo und Südfrankreich gearbeitet hat, grundlegend und können durch bloße Zweifel nicht erschüttert werden.

Die ersten Aufsätze behandeln vorwiegend den Großmeister des Quattrocento, Donatello, der durch Bodes Aufsatz „Donatello als Architekt und Dekorateur“ ein neues, schärferes Profil erhalten hat. Gerade augenblicklich debattirt man in Italien wieder eifrig über die Nische Donatellos an Or San Michele, die heute Verrocchios Thomasgruppe birgt. Die Italiener wollen diese Arbeit durchaus ins Jahr 1463 rücken, während Bode und Fabriczy an dem Jahr 1423 festhalten. Auch bei dieser Debatte verrathen die Italiener einmal wieder, daß es ihnen an Wissen fehlt, daß sie immer nur das Einzelne ins Auge fassen, das doch kein scharfes Urtheil zuläßt. Wer dem von Padua nach Florenz zurückgekehrten greisen Donatello dies Tabernakel zutraut, der hat vom Gang der Quattrocentoplastik zwischen 1420 und 1460 eine äußerst schwache Vorstellung. Auch Bodes Hinweis auf Masaccios Trinitätsfresko in San Maria novella (um 1425), das doch sicher von Donatello abhängig ist, sollte ernsthafter von den italienischen Forschern berücksichtigt werden. Bei der Gelegenheit möchte ich auf eine umgekehrte Beziehung Masaccios zu Donatello hinweisen, welche noch nicht beobachtet wurde. Masaccio hat 1426 für Pisa ein Altarbild gemalt, dessen Predellen das Berliner Museum besitzt, dessen Mitte aber verloren ist; Vasari beschreibt diese als Madonna auf dem Thron, an dessen Stufen musizirende Engel stehen. Dies in Venedig so beliebte Motiv ist damals in Florenz äußerst selten. Donatello kam 1427 nach Pisa und hat dort Masaccios Altar gesehen; es liegt nahe, die ganz ähnliche Komposition Donatellos, von der sich ein Stucco im South Kensington-Museum und ein zweiter, etwas abweichender bei Dr. Weißbach in Berlin erhalten hat, als eine Nachbildung von Masaccios Bild anzusehen.

Ausländische Forscher in Italien und Frankreich haben es oft getadelt, daß Bode zu leicht Namen gebe, auch da, wo die letzte Sicherheit fehle.

Namentlich finde man den Namen Donatello und Luca della Robbia zu oft in der Berliner Sammlung. Gewiß deuten diese kurzen Aufschriften unter den Originalen oft mehr die Richtung an als den speziellen Künstler; der Katalog läßt sich deutlich darüber aus. Wir brauchen Namen; und ich halte einen ungenauen Namen noch immer für besser als gar keinen. Wie öde wirkt der ewige Zettel: école italienne XV siècle im Louvre! Viele kühne Taufen Bodes haben sich in überraschender Weise bestätigt. Es gehört Muth dazu, eine stilistische Ueberzeugung, auch ohne Archivfunde klar zu formuliren. Dadurch bekommt eine Sammlung einen persönlichen Charakter, sodaß sie nicht ein Magazin bleibt, sondern sich zu der Höhe eines Bekenntnisses erhebt.

P. Schubring.

Politische Korrespondenz.

Aus den Ostseeprovinzen.

Die Stadtverordneten von Dorpat haben am 12. Juni d. J. die „Blumenstraße“ in ihrer Stadt zum Gedächtniß an das fünfzigste Jahr seit dem Tode des russischen Dichters Wassily Shukowski in „Shukowskistraße“ umbenannt. Diese Ehrung des russischen Dichters ist auf Veranlassung der gegenwärtig russischen Universitätsverwaltung erfolgt. Man nimmt eben jede Gelegenheit wahr, um den Unterdrückten den Stempel der Unterdrücker zu verleihen! Besonders beliebt sind dazu Erinnerungstage an russische Dichter. Shukowski wurde in diesem Jahr in allen baltischen Schulen ostentativ gefeiert. Vor einigen Jahren geschah dasselbe mit dem Namen des russischen Dichters Puschkin. Damit hatte es freilich noch eine besondere Bewandtniß. In den Ostseeprovinzen wurden mit dem Mutterlande zugleich damals überall Goethefeiern veranstaltet. Man brauchte daher zum wenigsten in den russischen Schulen ein entsprechendes Gegengewicht. Das war immerhin vom Standpunkt der russischen Unterrichtsverwaltung erklärlich. Warum aber die Stadtverordneten von Riga so weit gingen, eine neue Straße „Puschkin-Boulevard“ zu nennen, scheint weniger verständlich.

Loyalitätseifer ist zwar eine allgemeine deutsche Eigenschaft, den Balten kann man ihn aber weniger nachsagen, dazu haben sie zuviel Selbstbewußtsein. Manchmal vielleicht mehr, als gerade geboten ist. Dagegen haben sie eine andere Eigenschaft. Sie hören das Gras wachsen! So baut die Stadt Riga jetzt ein schönes zweites Stadttheater für russische Aufführungen, obgleich der russische Klub in seinem Lokal ein kleines Theater schon besitzt, das von der Stadt subventionirt wird. Es heißt eben: man wollte das deutsche Stadttheater dadurch auch für die Zukunft sicherstellen, daß man einer etwaigen Forderung der Russen nach einem eigenen Theater „zuvorkommt“. Das war doch wohl unnützer Uebereifer, zumal die Finanzlage der Stadt gar keine so glänzende ist. Solche Wünsche zu erfüllen, kommt man immer noch zeitig genug!

Hinsichtlich der Straßennamen bot der am Rigaer Strande belegene Badeort Majorenhof ein anderes Bild. Dort hatte der Polizeimeister — nebenbei bemerkt, ein Deutscher — in Ermangelung einer entsprechenden

Kommunalvertretung, von sich, aus eigener Machtvollkommenheit, im offiziellen Puschkintaumel und besonders noch, nachdem der russische Landwirthschaftsminister den Badeort mit seinem Besuch beehrt hatte, die Hauptverkehrsstraße, die „Johmenstraße", in „Puschkinstraße" umgetauft. Der Badeort Majorenhof befindet sich aber auf privatem Grund und Boden, und zwar gehört dieser zum Fideikommiß Nurmhusen in der Nachbarprovinz Kurland. Der Besitzer dieses Fideikommisses, ein Freiherr von Fircks, nahm keinen Anstand, obgleich er nicht nur baltische, sondern als Großgrundbesitzer sogar russische Ehrenämter bekleidet, gegen den Polizeimeister wegen Ausübung unbefugter Handlungen auf fremdem Grund und Boden klagbar zu werden. Und das Gericht entschied zu Gunsten des Klägers. Die Straßenschilder mit dem Namen „Puschkin" mußten nach Jahr und Tag wieder entfernt werden!

Man kann ja freilich „nationale" Kämpfe um Straßen- und Ortsnamen, wie sie jetzt in Ungarn vor sich gehen, gleich wie den Streit um Schilder und Embleme von der lächerlichen Seite auffassen. Der Polizeimeister Wlassowsky, eine Russifizirungskreatur echt asiatischen Kalibers — der sich übrigens als Moskauer Polizeimeister durch die bekannten Krönungsvorgänge, wo Hunderte von Menschen erdrückt wurden, den Hals brach —, ließ in Riga dem vergoldeten Adler über der Thür eines der ältesten Gasthäuser, dem Hotel zum „Goldenen Adler", einen „zweiten" Kopf anmachen, weil der russische Adler zwei Köpfe hat und der einköpfige Adler ihm ein hochverrätherisches Abzeichen „preußischer" Gesinnung zu sein schien Das war gewiß komisch, zumal das corpus delicti jahrelang über der Hausthür an der Großen Alexanderstraße, gegenüber dem Hotel Frankfurt a. M., zu sehen war, und mit dem schief angesetzten zweiten Kopf die Spottsucht der Vorübergehenden herausforderte!

Die im Ganzen jovial angelegten Balten lachen daher über solche und ähnliche Kampfmittel, und bei dem Galgenhumor, der sich nachgerade bei ihnen doch auch eingestellt hat, werfen sie der in den Gegnern erwachten nationalen „Bestie" ab und zu auch einen Nageknochen vor. So kann man das mit den freiwillig dem russischen Sprachschatz entnommenen Straßennamen sich theilweise jedenfalls erklären. Als vor etwa anderthalb Dezennien ein Gedenktag des russischen Dichters Gontscharow gefeiert wurde und die kommende Russifizirung bereits ihre ersten Schatten vorauswarf, da war man noch so naiv, eine Straße gleichfalls in einem Badeort, in Dubbeln, nach diesem Dichter zu benennen und glaubte damit allen Ernstes einen Beweis grenzenloser Loyalität gegenüber der Regierung, Sympathie für die russischen Dichter und wer weiß was, erbracht zu haben, durch die man die rabiate russische Presse endgiltig befriedigt hatte. Mögen politische Naivität mit einer gewissen Ulkstimmung zusammen dabei wirksam gewesen sein. Aber Alles hat seine Zeit. Damals war eine solche Stimmung, aus der heraus man handelte, zu entschuldigen. Heute geht es den Deutschen ans Leben. Und wenn in den alten deutschen Städten der baltischen

Provinzen nach und nach eine Straße nach der andern russische Dichternamen erhalten sollte, so würde das allerdings nicht des komischen Beigeschmacks entbehren, aber doch auch seine ernste Kehrseite haben. Die Balten meinen, solche Aeußerlichkeiten thun nichts zur Sache. Sie müssen aber nach und nach lernen, auch mit äußeren Mitteln ihren nationalen Kampf zu unterstützen und nicht in vornehmer, geistiger Ueberhebung auf ihre sittlichen Lebenskräfte, auf die Ueberlegenheit ihrer Kultur pochen. Es sind heut zu Tage nicht nur minderwerthige Völker, die das, was ihnen an geistig-sittlicher Kraft im ehrlichen nationalen Wettbewerb der Völker fehlt, durch brutale Gewaltmittel zu ersetzen suchen. Die Balten können sich hier ein Beispiel an dem lieben Mutterlande nehmen, wo von sittlichen Lebenskräften im nationalen Wettkampf auch nicht mehr die Rede ist! Aber das ist es eben, die Balten sind immer mehr und mehr abgesperrt worden vom Mutterlande, so daß sie in der Entwicklung mit demselben nicht gleichen Schritt gehalten haben. Sie sind zurückgeblieben, stehengeblieben auf dem Standpunkt des antiquirten Deutschthums, das noch kraft seiner Lebenskräfte überall zu siegen, überall zur Herrenrolle berufen zu sein wähnte, wo es nur hinkam!

Doch kehren wir nach Dorpat und seiner neuen „Shukowskistraße“ zurück. Obgleich die Stadtverordneten Dorpats es in der Hand hatten, der Anregung der Universitätsverwaltung auch keine Folge zu leisten, so befand sich Dorpat bezüglich seiner Straßentaufe immerhin in einer anderen Lage als Riga. Dorpat ist nämlich die einzige baltische Stadt, die wirklich in Beziehung gestanden hat zu demjenigen russischen Dichter, den sie in gedachter Art ehren sollte. Shukowski hat in den Jahren 1815 und 1816 in Dorpat und zwar in der Blumenstraße gewohnt. Und, was noch mehr ist, er war ein warmer Freund des baltischen Deutschthums. Viel will das Letztere freilich insoweit auch nicht sagen, als Shukowski überhaupt mehr Deutscher als Russe war.

Shukowski ist ein russischer Dichter gewesen, der aus der Schule der deutschen Romantik hervorgegangen war. Er hat fast alle namhaften deutschen Dichter, Schiller, Goethe, Bürger, Wieland, Herder, sogar Hebels alemannische Gedichte, ins Russische übersetzt. Und was er selbst gedichtet hat, verrieth seine deutschen Lehrmeister. Es heißt von ihm*): „Trotz unbestreitbaren Formentalents war ihm nicht verliehen, aus dem Vollen zu schöpfen, dem Volksgeist Rußlands wirklich nahe zu kommen; seine weiblich empfindende Natur ließ sich daran genügen, den Impulsen Größerer zu folgen und seiner Nation die Schätze fremder, vornehmlich deutscher Dichter zu vermitteln.“ Shukowski hat einen großen Theil seines Lebens in Deutschland und in Livland verbracht. Er hat eine Deutsche zur Frau gehabt, war in Stuttgart dem Pietismus ergeben, kurzum er hatte, wie die meisten russischen Schriftsteller, die an den unlösbaren Widersprüchen

*) Neue Bilder aus der Petersburger Gesellschaft. 1874. Seite 125.



Kommunalvertretung, von sich, aus eigener Machtvollkommenheit, im offiziellen
Puschkintaumel und besonders noch, nachdem der russische Landwirthschafts-
minister den Badeort mit seinem Besuch beehrt hatte, die Hauptverkehrs-
straße, die „Johmenstraße“, in „Puschkinstraße“ umgetauft. Der Badeort
Majorenhof befindet sich aber auf privatem Grund und Boden, und zw
gehört dieser zum Fideikommiß Nurmhusen in der Nachbarprovinz Kur-
land. Der Besitzer dieses Fideikommisses, ein Freiherr von Fircks, n
keinen Anstand, obgleich er nicht nur baltische, sondern als Großgrund-
besitzer sogar russische Ehrenämter bekleidet, gegen den Polizeimeister w
Ausübung unbefugter Handlungen auf fremdem Grund und Boden k
zu werden. Und das Gericht entschied zu Gunsten des Klägers
Straßenschilder mit dem Namen „Puschkin“ mußten nach Jahr u
wieder entfernt werden!

Man kann ja freilich „nationale“ Kämpfe um Straßen-
namen, wie sie jetzt in Ungarn vor sich gehen, gleich wie den
Schilder und Embleme von der lächerlichen Seite auffassen.
meister Wlassowsky, eine Russifizirungskreatur echt asiatischer
der sich übrigens als Moskauer Polizeimeister durch die bekannten
vorgänge, wo Hunderte von Menschen erdrückt wurden, den
ließ in Riga dem vergoldeten Adler über der Thür eines
Gasthäuser, dem Hotel zum „Goldenen Adler“, einen
anmachen, weil der russische Adler zwei Köpfe hat und der
ihm ein hochverrätherisches Abzeichen „preußischer“ Gesinnung
Das war gewiß komisch, zumal das corpus delicti jah
Hausthür an der Großen Alexanderstraße, gegenüber dem
furt a. M., zu sehen war, und mit dem schief angesetzten
Spottsucht der Vorübergehenden herausforderte!

Die im Ganzen jovial angelegten Balten lachen dabei
ähnliche Kampfmittel, und bei dem Galgenhumor, der
ihnen doch auch eingestellt hat, werfen sie der in den
nationalen „Bestie“ ab und zu auch einen Nagelnoch
man das mit den freiwillig dem russischen Sprach
Straßennamen sich theilweise jedenfalls erklären.
Dezennien ein Gedenktag des russischen Dichters
wurde und die kommende Russifizirung bereits
auswarf, da war man noch so naiv, ein
Badeort, in Dubbeln, nach diesem Dichter
allen Ernstes einen Beweis grenzenl
Sympathie für die russischen
durch die man die rabiate
politische Naivität mit eine
gewesen sein. Aber Alles
aus der heraus man b
ans Leben. Und

jedes mit dem Namen
dann wäre es allerdings
eiger baltischer Romantik,
ntiker zugleich für immer
davon, und dessen Namen,
erglüht war, soll im Tode
das war doch das Motiv
Dorpat!

alten Dorpat untergegangen,
mit dem Dorpat, wie es sich
liefert ein Russe, dem Namen
Deutscher, Herr Eugen Degen
nnsschrift vergleichende Betrach-
deutschen Studentenleben,
Jahren, also mit Beginn der
ühlen und Denken nach vollständig
Eindrücke, die das ihm bis dahin
in jeder Beziehung auf ihn gemacht
ngen in Dorpat erscheinen ihm mit
ren Gardinen als „Komfort" gegen-
müthlichen Räumen russischer Studenten-
Tischchen, auf die man beim Schreiben
und höchst primitiven Schlafstellen und
in die Zahl der akademischen Bürger
reichung der akademischen Gesetze imponirt
nur gewohnt war, Vorschriften zu sehen,
etwas „verboten", während nach der in
lichen Universitätsverfassung dem Studenten
wurden. Die russischen Studenten, die
die meist schon in sehr hohen Semestern
erschiedenen russischen Hochschulen wegen der
worden waren — fühlten sich in einem
Male in der Athmosphäre reiner
gen Degen. Gegenüber den „wohlgenährten",
Studenten in ihren ordentlichen Anzügen und
die Zuzügler aus Moskau, Kiew, Kasan
nervösen Gesichtern, dem nicht immer ge-
ausgenähten oder auch einfachen sogenannten
erkennen. Nach einiger Zeit paßten die meisten
sich der „europäischen Norm" auch in ihrer
nicht lange, schreibt unser Berichterstatter —
irgend einer russischen Universität wälzt sich
jacken, hohen Stiefeln und herausfordernden

des russischen Lebens gescheitert sind (Turgenjew), im Auslande erst das Gleichgewicht seiner geistigen und sittlichen Kräfte wiedergefunden. Erst wenn ein solcher Russe seinem Wesen nach Deutscher geworden ist, wird er wieder ganz zum Russen: d. h. er wird loyal und stolz auf sein Vaterland, das er nur vom Hörensagen kennt! Shukowski gehört einer der heutigen Denkungsweise in Rußland so vollständig entgegengesetzten Zeit an, daß die heutige russische Gesellschaft ihn weder kennt noch versteht. Wenn ihm daher in keiner russischen Stadt ein Denkmal gesetzt worden ist, so hat er ein solches in Dorpat verdient. Aber diejenigen Russen, die an der Spitze der Universität stehen, haben die deutsche Stadt zu demüthigen geglaubt, indem sie sie zwangen, den russischen Dichter zu ehren. Sie kannten eben weder Dorpat noch Shukowski, der sich im Grabe umdrehen würde, wenn er die heutige Wirthschaft in seinem geliebten Dorpat sähe!

Ueber Shukowskis Aufenthalt in Dorpat ist der oben zitirten Quelle nachstehende Schilderung zu entnehmen:

„Fast ein Jahr lebte der russische Dichter in der kleinen, romantisch gelegenen deutschen Universitätsstadt am Embach. Uns, die wir inmitten des Kampfes nationaler Gegensätze leben, die zwischen Deutschen und Slaven mit besonderer Erbitterung ausgefochten werden, uns weht es wie aus einer anderen Welt an, wenn wir hören, daß der Russe Shukowski und seine Familie sich dem Zauber des deutschen akademischen Lebens in der kleinen livländischen Stadt alsbald begeistert hingaben und deren Freuden mit vollen Zügen schlürften. Erst im Jahre 1802 begründet, stand die Dorpater Hochschule damals in den Jahren glücklichster Jugend. Professoren, Studenten und Bürger lebten in seliger Verschollenheit ein idyllisches Leben, das durch keinen Zwiespalt zerrissen, keine gouvernementale Bevormundungssucht gehemmt war. Der damalige Rektor Parrot, ein intimer Freund Alexander I., führte das Szepter eines liebevollen Patriarchen, der der Jugend ihr volles Recht ließ und seiner Würde nichts zu vergeben glaubte, wenn er in die Reihen seiner lebenslustigen Schüler herabstieg und im Bunde mit ihnen das „Gaudeamus“ anstimmte. Die meist aus Deutschland eingewanderten Professoren waren gemüthliche alte Herren, die es mit der Wissenschaft nicht allzu streng nahmen und gelegentlich fünf gerade sein ließen; in der Jugend aber lebte ein übersprudelnder Frohsinn, der es verstand, von Grund aus das Leben zu genießen und sich dabei unverwüstliche Frische zu erhalten. Daß die wenigen in Dorpat studirenden Russen in einer deutschen Universität deutsche Studenten waren, verstand sich bei der glücklichen Naivität der Zeit von selbst. Ihnen schloß sich auch der zweiunddreißigjährige Dichter an, der bald auf keinem Kommers fehlte, im Kreise der Professoren über deutsche Philosophie und Literatur diskutirte, den Syndikus der Universität, von der Borg, seine Gedichte ins Deutsche übertragen ließ, und in den Kreisen der Adelsfamilien, die in Dorpat den Winter verbrachten, ein gern gesehener Gast war, mit dem man seelenvergnügt tanzte, musizirte und Komödie spielte.“

Wenn man diese lebenswarme Schilderung unter jedes mit dem Namen Shukowski versehene Straßenschild setzen könnte, dann wäre es allerdings ein Denkmal zur Erinnerung an ein Zeitalter lebendiger baltischer Romantik, das mit dem ersten und letzten russischen Romantiker zugleich für immer begraben ist! So aber — weiß Niemand was davon, und dessen Namen, der für deutsches Wesen in warmer Liebe einst erglüht war, soll im Tode dazu dienen, dieses Wesen zu ersticken. Denn das war doch das Motiv zum Antrage der Universitätsverwaltung zu Dorpat!

Aber nicht nur die Romantik ist mit dem alten Dorpat untergegangen, sondern ein Stück deutscher Kulturwelt mit dem Dorpat, wie es sich bis zur Russifizirung entwickelt hatte. Soeben liefert ein Russe, dem Namen nach zu urtheilen, allerdings ein russifizirter Deutscher, Herr Eugen Degen aus Südrußland, in einer russischen Monatsschrift vergleichende Betrachtungen zwischen dem russischen und deutschen Studentenleben, wie es sich in Dorpat in den neunziger Jahren, also mit Beginn der Russifizirung entwickelt hatte. Seinem Fühlen und Denken nach vollständig Russe, schildert Herr Degen die ersten Eindrücke, die das ihm bis dahin offenbar fremd gebliebene Deutschthum in jeder Beziehung auf ihn gemacht hatte. Schon die Studentenwohnungen in Dorpat erscheinen ihm mit ihrem saubern Meublement und ihren Gardinen als „Komfort" gegenüber den gewohnten kahlen und ungemüthlichen Räumen russischer Studentenwohnungen mit zwei wackeligen Tischchen, auf die man beim Schreiben kaum die Ellbogen stützen konnte, und höchst primitiven Schlafstellen und Sitzgelegenheiten. Die Aufnahme in die Zahl der akademischen Bürger mittels Handschlages und die Ausreichung der akademischen Gesetze imponirt ihm, da er als russischer Student nur gewohnt war, Vorschriften zu sehen, die zu etwas „verpflichteten" oder etwas „verboten", während nach der in Dorpat noch bestehenden deutschen Universitätsverfassung dem Studenten auch gewisse „Rechte" ertheilt wurden. Die russischen Studenten, die damals nach Dorpat kamen, und die meist schon in sehr hohen Semestern standen, nachdem sie von verschiedenen russischen Hochschulen wegen der bekannten „Unruhen" entfernt worden waren — fühlten sich in einem Dorpater Kolleg zum „ersten Male in der Athmosphäre reiner Wissenschaft" berichtet Eugen Degen. Gegenüber den „wohlgenährten", „rothwangigen" deutschen Studenten in ihren ordentlichen Anzügen und hartgeplätteten Kragen waren die Zuzügler aus Moskau, Kiew, Kasan mit ihren mageren, bleichen, nervösen Gesichtern, dem nicht immer gekämmten Haar, in ihren weichen ausgenähten oder auch einfachen sogenannten russischen Hemden leicht zu erkennen. Nach einiger Zeit paßten die meisten dieser russischen Studenten sich der „europäischen Norm" auch in ihrer Kleidung an. Aber es dauert nicht lange, schreibt unser Berichterstatter — und: nach den „Unruhen" in irgend einer russischen Universität wälzt sich wieder eine Welle von Lederjacken, hohen Stiefeln und herausfordernden

Frisuren heran, doch vollzieht sich schon nach einiger Zeit der Prozeß der Europäisirung.

Wichtiger ist es, was der Verfasser über das Verhältniß der russischen Studenten zu den deutschen sagt; „Von unserer Seite war eigentlich kein nationaler Antagonismus vorhanden. Viele ihrer Charakterzüge (der deutschen) waren uns allerdings fremd, manche Eigenschaften ihres corporellen Lebens erschienen uns komisch und roh; aber ein unmittelbares Gefühl der Feindschaft hatten wir weder der ganzen Masse, noch auch dem einzelnen Individuum gegenüber, während sich von ihrer Seite ein blinder Haß uns gegenüber, ohne Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften des Einzelnen, fühlbar machte. In uns haßte man vor Allem die Vertreter desjenigen Prinzips, das die örtlichen Eigenthümlichkeiten mit Nivellirung bedrohte, während man doch, auch schon bei oberflächlicher Beobachtung, sehen mußte, daß die russischen Studenten mit der dortigen Politik am allerwenigsten zu thun hatten und in keiner Weise Eroberungsgelüste an den Tag legten.“ Diese Darstellung mag für eine gewisse Zeit richtig gewesen sein, wo die russischen Studenten der baltischen Frage ganz gleichgiltig gegenüber standen und an den baltischen Verhältnissen jedenfalls gar nicht zu rütteln wagten. Nachher wurde das anders, wie der Verfasser selbst schildert. Er führt aber zuerst noch Folgendes aus: „Es ist anzunehmen, daß der nationale Gegensatz durch die Standesunterschiede noch bedeutend verschärft wurde: die deutsche Jugend in Dorpat wahrte, wie überall in Deutschland, enge materielle, kulturelle und geistige Beziehungen zu ihrem angeborenen Milieu, d. h. der Landaristokratie und der wohlhabenden städtischen Bürgerschaft, während die russischen Studenten, wie überall in Rußland, von unbedeutender Herkunft und ihren Anschauungen und ihrer materiellen Lage nach durchaus demokratisch gesinnt waren. Natürlich kann man nicht behaupten, daß alle deutschen Studenten über stattliche Geldmittel verfügten; viele lebten sehr bescheiden, doch gab es unter ihnen keine Armuth; alle hatten ein bestimmtes Budget, über das sie nicht hinausgingen. „Wer über seine Mittel lebt, verdient keine Achtung“ — das ist das weise Prinzip derer, für die das tägliche Sattwerden nicht ein über das Budget hinausgehender Luxus ist!“

Nach dieser durchaus zutreffenden Schilderung des sozialen Unterschiedes, der noch heute die große Scheidewand zwischen Deutschen und Russen bildet, — der Deutsche ist eben in Rußland nirgends Proletarier — und dem genügenden Hinweis darauf, daß dieser proletarierhafte Charakter der russischen Studenten sie in die Arme des Sozialismus treibt, fährt er an anderer Stelle fort, ihr Verhältniß zur baltischen Frage zu erörtern. Er schreibt: „Wir russischen Studenten sahen auf die Einrichtungen während des alten deutschen Regimes nicht durch die rosa Brille: weder die aristokratischen Agrarier noch das städtische Bürgerthum flößten uns besondere Sympathien ein. Doch verstanden wir besser als alle Anderen die

Vorzüge der deutschen Kultur zu schätzen; wir konnten es nicht vergessen, daß wir unsere Freiheiten und die Möglichkeit, unsere wissenschaftliche Ausbildung zu vollenden, der deutschen Universität verdankten. Diejenigen, welche etwas von der Mittelschule in den baltischen Provinzen wußten, betrachteten mit einem gewissen Neid den Unterschied zwischen den wirklich erzieherisch wirkenden baltischen Institutionen und unseren Gymnasien vom Tolstoi-Deljanowschen Typus. Wir wußten auch, wie sehr die Elementarbildung unter der lettischen und esthnischen Bevölkerung verbreitet war. Ist diese Erscheinung auch nicht ein direktes Verdienst der Deutschen (Wer hat denn den Letten und Esthen die Schulen gegeben?), so war sie doch aufs Engste mit dem alten Regime verknüpft. Wir standen den Deutschen so fern, zwischen ihnen und uns gab es so viele Differenzen in Anschauungen und Sitte, daß wir in keiner Weise Mitgefühl mit ihnen äußern konnten und wollten. Das erwartete auch Niemand von uns, und es hätte auch allen nur geschadet. Dagegen galt aber die allerkorrekteste Neutralität unter uns für eine Pflicht und war schon ganz traditionell geworden, wobei der deutschen Sprache und dem örtlichen Heimathsgefühl volle Achtung entgegengebracht wurde."

Nun kommt aber der Umschwung. Der Verfasser schreibt weiter: „So erschien uns denn das Auftreten eines Kameraden durchaus unerhört, welcher auf einem Abend russischer Studenten, welcher zufällig mit der Umbenennung Dorparts in Jurjew zusammenfiel, ganz unerwarteter Weise mit einem schallenden Toast auf das „neue Jurjew" hervorplatzte. . . . Ein solcher Ausfall hätte in früherer Zeit, wenn er überhaupt vorgekommen wäre, momentanen und allgemeinen Protest hervorgerufen und wäre als Erguß eines Betrunkenen angesehen worden. Jetzt aber war der herrschende Ton in der russischen Studentenschaft ein so weit anderer geworden, daß eine ganze Gruppe von Studenten sich dem merkwürdigen Toast begeistert anschloß, der größte Theil ganz gleichgiltig blieb und die einzelnen Protestrufe gar keinen Eindruck machten. Dieser Veränderung im Charakter der russischen Studentenschaft in Dorpat war schon ein allmähliches Sinken des wissenschaftlichen Niveaus der Universität vorangegangen. Unter den deutschen Professoren früherer Zeiten konnte man wohl viele dem eigentlichen Leben fern stehende, hinter ihrer Zeit zurückgebliebene, engherzige Pedanten und kleinliche Buchstabenfresser finden, doch war ihr einziges Interesse, ihr einziger Lebensinhalt die Wissenschaft — mochten sie sie noch so eng auffassen. Diejenigen Elemente, die sie jetzt ersetzen sollten, hatten meistentheils mit der Wissenschaft wenig gemein . . . ." So wird hier der russische Berichterstatter, der der baltischen Frage eigentlich kühl bis ans Herz gegenübersteht, auf Grund der gemachten Erfahrungen zum Lobredner der deutschen Periode Dorpats. Noch drastischer tritt die Anerkennung deutschen Wesens in dem Lob der akademischen Freiheit nach deutschen Begriffen hervor. Unser Verfasser berichtet weiter darüber, daß die russische Studentenschaft Dorpats fast ausschließlich aus den „unruhigen" Elementen

der russischen Universitäten sich rekrutirte, und daß der Gedanke nahe lag, daß diese Elemente auch in Dorpat bei der ersten Gelegenheit zu einem stürmischen Ausbruch treiben würden — doch, der zündende Funke fehlte eben gerade in Dorpat. „Wenn die Universitäts- oder die Polizeiobrigkeit von uns verlangt hätte, — schreibt unser Berichterstatter — daß wir ruhig blieben, uns unsere Zusammenkünfte verboten oder andere Maßregeln gegen uns ergriffen hätte, dann hätten sich wahrscheinlich die Dorpater (russischen) Studenten weder besser noch schlechter als alle anderen erwiesen. Die Obrigkeit dachte aber auch gar nicht daran, uns irgend eine Veranlassung dazu zu geben, sie ignorirte vielmehr vollständig unseren aufgeregten Zustand, und ich bin ganz überzeugt davon, daß während wir die Nächte durch im Schweiße unseres Angesichts unsere rednerische Begabung entwickelten, der Prorektor ruhig den Schlaf des Gerechten schlief oder über seinen dickleibigen Büchern saß. Von uns aus die Obrigkeit mit irgend welchen Forderungen zu bestürmen, hatten wir gar keine Ursache, denn wir besaßen alles das, was unsere Kommilitonen auf anderen Universitäten in ihren kühnsten Träumen nicht erhoffen durften!"

Es sind die Gegensätze von Europa und Asien, die sich hier in diesem kleinen Bilde über die Vorgänge in Dorpat widerspiegeln. Wie leicht wären die russischen Studenten zu bändigen gewesen, wenn man, statt das alte deutsche Dorpat mit seiner akademischen Freiheit zu vernichten, von ihm gelernt hätte, die russische Jugend menschenwürdig zu behandeln! Allein die nationalen Gegensätze dienten hier nur zum Vorwande, um mit der akademischen Freiheit auch jede Spur von bürgerlicher Freiheit und Selbständigkeit zu zerstören! Man haßt die Deutschen theilweise gewiß wegen ihrer Ueberlegenheit auf allen Gebieten, aber hauptsächlich deswegen, weil sie sich jene unveräußerlichen Lebenskräfte sittlicher Freiheit bewahrt haben, durch die sie ihre Mission im Osten allein zu erfüllen vermochten! Der Zarismus aber braucht Sklaven! Von Memel bis Port Arthur soll nur ein Leichenfeld sein!

Nachdem das bewährte, in sich gefestigte deutsche Schulwesen in den baltischen Provinzen einmal von Grund aus vernichtet worden ist, muthet man jetzt der Bevölkerung zu, alle die Experimente, die seit jeher mit der russischen Mittelschule besonders gemacht werden, auch an ihrem Leibe zu erfahren. Es kostet ja nur eine verdorbene Schulgeneration mehr! Wie viele solcher Generationen sind seit der Russifizirung im Jahre 1889 schon geopfert worden. Gewiß mag der Wettstreit zwischen klassischer und Realbildung sich auch anderswo abspielen, aber auch in anderer Weise als in Rußland, wo nicht abgeklärte Meinungen den Ausschlag geben, sondern bureaukratische Willkür. So kam es, daß die Reform der Mittelschulen eigentlich in den letzten Dezennien nie von der Tagesordnung in Rußland schwand. Bald triumphirte die eine, bald die andere Richtung. Jetzt ist nun endlich, nachdem ein deutscher Altphilologe das russische Kultus-

ministerium übernommen hat, das unter Wannowsky begonnene Werk der Reform zum wenigsten zum vorläufigen Abschluß gebracht worden. Es handelt sich dabei aber wieder nur um ein Interimistikum für das Schuljahr 1902/1903, wobei jedoch dem Kultusminister das Recht gewährt wird, nach Ablauf dieses Schuljahres, nach seinem Ermessen die Zahl der Lehrstunden in jedem Fach und ihre Vertheilung nach den Klassen, bis zur Einführung der „neuen Statuten" zu verändern. Es ist also kein Ruhepunkt in der russischen Schulreform abzusehen. Die im gegenwärtig bestätigten Statut verschiedenen Gymnasien verschiedener Lehrbezirke gewährte Ausnahmestellung hinsichtlich der allgemeinen Beschränkung des Unterrichts im Griechischen, ist nur geeignet, die Verwirrung in den Ansprüchen an die Universitätsvorbildung zu erhöhen.

Der deutschen Sprache ist in den unteren Gymnasial- und Realschulklassen ein ziemlich bedeutender Raum gewährt worden. Daß der Unterricht jedoch im Deutschen ein obligatorischer geworden ist, hat natürlich in der russischen Presse, Angesichts der gewünschten Bevorzugung des Französischen, etwas arg verschnupft. Nur das Organ des Fürsten Uchtomski ist sehr warm für das Deutsche eingetreten, und zwar führt dasselbe unter verschiedenen Gründen dafür auch folgende an: Die Kenntniß der deutschen Sprache ist für jeden Russen wichtiger als die der französischen, weil, trotz der bestehenden Freundschaft mit den Franzosen, mit den Deutschen eine größere Interessengemeinschaft besteht — sowohl mit denen, die innerhalb der Grenzen des russischen Reichs leben, als auch mit den allernächsten Nachbaren. Ferner wird auf die Bedeutung der deutschen Wissenschaft, und auch auf die leichtere Beschaffung der Lehrkräfte aus den Ostseeprovinzen hingewiesen. Was die Bedeutung der deutschen Wissenschaft, für Rußland betrifft, so wird dieselbe sehr instruktiv veranschaulicht durch die von den Professoren der Moskauer Universität empfohlenen Bücher. Für das Lehrjahr 1899 bis 1900 haben die circa 200 Universitätslehrer 1548 Lehrbücher empfohlen. Von diesen sind 470 oder 31 Prozent in deutscher Sprache abgefaßt, wenn man aber die aus dem Deutschen angefertigten Uebersetzungen hinzurechnet, so steigt die Gesammtzahl der empfohlenen deutschen Werke auf 700 oder 47 Prozent, während französische Originalwerke und Uebersetzungen nur in der Gesammtzahl von 190 bezw. 240 oder 12 bezw. 16 Prozent empfohlen worden sind.

Die Abhängigkeit Rußlands vom Deutschthum ist viel zu groß, als daß die in den Ostseeprovinzen eingeschlagene Vernichtungspolitik gegenüber deutscher Sprache und deutschem Wesen nicht zu einer Reaktion im Reich führen sollte. Vorläufig haben die Balten noch nichts davon. Staatsrechtlich sind sie um ihr gutes Recht gebracht worden, ihre Kinder selbst zu erziehen und zu bilden. Es bleibt aber eine zu beachtende Thatsache, daß im russischen Reich ca. 2 Millionen Deutsche leben, denen nach der letzten Volkszählung ca. 4 Millionen evangelischer Letten, Esthen und

Finnen affilirt sind, die auf derselben Kulturgrundlage stehen und dieselbe Bedeutung in Rußland haben wie die Deutschen. Diese 6 Millionen Deutscher oder Halbdeutscher leben auch nicht so zerstreut im Riesenreich, daß ihre Kräfte sich etwa zersplittern, sondern sie bilden in bestimmten Landstrichen eine ziemlich kompakte Masse der Bevölkerung, die diesen Landstrichen jedenfalls die Eigenheit ihres Charakters gegeben hat. Das nationale Russenthum — denn von anderen Nationalitäten im russischen Reiche muß in einem derartigen Wettkampf, wie er sich hier abspielt, abgesehen werden — vermag nicht die 6 Millionen Protestanten und auch nicht einmal die 2 Millionen Deutsche zu absorbiren. Es ist gar nicht in der Lage, dieselbe Zahl an thatkräftiger Intelligenz und kultureller Leistungsfähigkeit den Deutschen allein entgegenzustellen. Man braucht nur die Listen der höchsten Staatsbeamten, der Regimentskommandeure, der Führer in Krieg und Frieden zu lesen, um über das Vorwiegen deutscher Namen zu staunen, trotzdem man seit einer Reihe von Jahren die Deutschen nicht mehr so unbefangen aufsteigen läßt in der Beamtenkarriere wie früher. Aber es hilft nichts, sie dringen doch vor vermöge ihrer größeren Leistungsfähigkeit.

Sieht es nicht wie eine Ironie des Schicksals aus, daß, je größer die Hilflosigkeit der Regierung im Innern wächst, desto mehr Deutsche auf die höchsten Posten gestellt werden: Graf Lambsdorff, v. Witte, Dr. Sänger und v. Plehwe. Das ist der Personalbestand fast der ganzen russischen Regierung. Freilich sind diese Herren mehr oder weniger verrußt, zum wenigsten einige von ihnen. Allein es steckt doch immer deutsche Kraft in ihnen Allen, die ihnen den Vorzug geschaffen hat, die höchste Stufe im Staatsdienst zu erklimmen. Nun darf man doch aber ja nicht glauben, daß ein guter Staatsdiener in Rußland durchaus sein Volksthum verleugnen muß. Man ist gerade bei uns im Reich mit diesem vorschnellen Urtheil sehr leicht bei der Hand, wo man etwas oberflächlich und nach der Schablone zu urtheilen sich gewöhnt hat. Seit die Regierung die Russifizirung der Ostseeprovinzen zu ihrem Programm gemacht, hält man es im Deutschen Reich vielfach für inopportun vom „Deutschthum“ in Rußland überhaupt noch zu sprechen. Aus lauter „Rücksicht“ wurde der älteste Johanniterritter, der livländische Gutsbesitzer von Löwis of Menar, als er im vorigen Jahr gestorben war, in den Berliner Zeitungen der „russische“ Johanniter genannt, obgleich es nur deutsche Johanniter giebt und der Adel der baltischen Provinzen bis jetzt doch noch nicht seine deutsche Nationalität verleugnet hat. Professor Ernst von Bergmann, hieß es ebenso in dem Bericht einer namhaften Berliner Zeitung, stammt eigentlich aus „Ostpreußen“ und war nur durch Zufall nach „Rußland verschlagen“, dabei ist es männiglich bekannt, daß Professor von Bergmann einer alteingesessenen livländischen Familie angehört. Es giebt viele derartige Fälle, wo das Deutschthum der baltischen Provinzen oder auch das in Rußland aus übereifriger Rücksichtnahme auf die vermeintliche offizielle Strömung

unterschlagen wird. Die russische Presse macht es, freilich aus anderen Gründen, ebenso mit solchen Russen, die keine Russen sind. So brachten die russischen Zeitungen höchst mysteriöse Berichte über die Abstammung des Herrn von Plehwe „aus dem Westen“, verschwiegen dabei aber, daß der Großvater des gegenwärtigen Ministers des Innern als ehemaliger preußischer Offizier aus Ostpreußen nach Russisch-Polen eingewandert war. Das mag der russischen Presse peinlich erschienen sein, aber unsere Presse hat doch keinen Grund, sich der Balten zu schämen!

In Petersburg gehört jedenfalls ein namhafter Theil der höchsten Regierungs- und Gesellschaftskreise offiziell und ostentativ dem Deutschthum wie dem Protestantismus an. Weder der eine noch der andere braucht dort verleugnet zu werden, und man läßt sich nicht im Geringsten irre machen durch die alberne Lehre von der sprachlichen oder kirchlichen Staatseinheit im Zeitalter der größten Verkehrsentwicklung und der mannigfaltigsten nationalen Verschiebungen. Die sibirische Eisenbahn droht Rußland mit Chinesen zu überfluthen, und die „Nowoje Wremja“ fürchtet wiederum von dieser Bahn, daß sie nur die deutschen Interessen fördern würde. Ja, wer kann das voraussehen, welche Gestaltungen die nächste Zeit in Bezug auf das nationale Durcheinander der Menschen und Völker hervorbringen wird! Es ist rein, als würden die Völker im Gefühl ihrer Hilflosigkeit gegenüber dieser Bewegung, an deren Anfang wir uns erst befinden, auf dieses gegenseitige Abschließungssystem verfallen sein. Wir sehen die „slavische Gefahr“ in Gestalt der sich im Deutschen Reich verbreitenden polnischen Arbeiter und Dienstboten. Die Russen sehen die „germanische Woge“ über sie hereinbrechen in Gestalt der deutschen Intelligenz, des deutschen Unternehmerthums und Kapitals, das fortwährend über die Grenzen des Reichs herüberströmt und die schon vorhandenen Positionen der Deutschen befestigt. Erst jüngst fordern die russischen Zeitungen wiederum ein förmliches Verbot hinsichtlich des Gütererwerbes durch Deutsche in Polen und Südrußland!

Ob daher die Minister oder andere Beamte in Rußland ganz oder halb russifizirt sind, oder ob sie gute Deutsche geblieben sind, was vor Ausbruch des Nationalitätenhaders allerdings mit größerer Unbefangenheit geschehen konnte — die Russen haben doch das Gefühl, daß es immer dieselben Deutschen sind, die ihnen den Platz in der Sonne streitig machen. Als Kultusminister Dr. Sänger und als Kurator des Dorpater Lehrbezirks Dr. Schwarz, beide Herren gründlich durchgebildete deutsche Altphilologen, das ist doch eigentlich mehr, als ein deutsch-evangelischer Apostat, wie Herr „Sabler“, der als Gehilfe des Oberprokureurs des „Allerheiligsten Synods“, Herrn Pobedonoszew, die Schleppe nachträgt, vertragen kann! Dieser Herr Sabler ist nämlich soeben in Riga gewesen, wo er mit Hilfe neukreirter „wunderthätiger“ Heiligenbilder das erste russische Kloster eingeweiht hat. Das sind die Gegensätze in Rußland! Hier ist eine Aussöhnung nicht möglich! Solch ein Kultusministerium war zu ideal! Darum

spricht man bereits von Sängers Rücktritt, und Schwarz ist bereits zum Kurator des Warschauer Lehrbezirks ernannt worden. Sein Nachfolger für den Dorpater Lehrbezirk ist ein Herr Iswolski geworden. Er ist ein unbeschriebenes Blatt Papier, aber der Bruder des bekannten russischen Spezialgesandten am Vatikan, der die Aufgabe sich zutraute, den Papst für die russische Polenpolitik zu gewinnen. Wenn der soeben in Riga sein Amt angetretene Kurator die diplomatische Geschmeidigkeit seines Bruders besitzt, werden die Balten nicht viel Freude an ihm erleben. Er kommt jedenfalls aus einer schlimmen Schule: aus Kiew, wo er Gehilfe des dortigen Lehrbezirkskurators war. Offenbar ist Herr Schwarz der Russifizirungsidee nicht im gewünschten Maße zu Diensten gewesen, und sollen jetzt die Zügel wieder strammer angezogen werden. Herr Iswolski hat im Kiewschen Lehrbezirk mit Polen und deutschen Kolonisten, Katholiken und Unirten umzugehen gelernt. v. L.

Die Kaiser-Zusammenkunft in Reval. Der Fall Löhning.

Die Frage der Handelsverträge steht auf dem alten Fleck, obgleich die Reichstags-Kommission, diätarisch besoldet, die erste Lesung des Zoll-Tarifs beendet hat; denn für die Erledigung der wirklichen Fragen, um die es sich handelt, bedeutet diese Kommissionsberathung garnichts. Wichtiger wäre schon, was in Reval zwischen den beiden Kaisern und ihren Staatsmännern besprochen worden ist, wenn man wüßte, was die Russen zugesagt haben. Offiziös verlautet, man habe sich dahin geeinigt, unter allen Umständen einen Zollkrieg zu vermeiden und einen modus vivendi zu finden. Von deutscher Seite heißt das, die Regierung wird über die Sätze ihrer Vorlage nicht hinausgehen — aber das ist nichts Neues, das hat Jeder, der es wissen wollte, längst gewußt. Haben aber die Russen wirklich ihrerseits zugesagt, die Sätze dieser Vorlage anzunehmen? Es wäre eine ungeheure Konzession — so lange man nicht weiß, wo die Gegenkonzession steckt. Sollte sie wirklich darin bestehen, daß man das deutsche Publikum seine Ersparnisse in russischen Anlehen anlegen läßt, obgleich die Gefahr besteht, daß die russischen Finanzen in absehbarer Zeit zusammenbrechen?

Viel mehr als für das Auf-der-Stelle-treten des Handelsvertrags-Problems hat sich die öffentliche Meinung interessirt und erregt über den neuesten Zwischenfall in den Ostmarken, die Pensionirung des Provinzial-Steuerdirektors Löhning in Posen, weil er sich mit der Tochter eines Subalternbeamten verlobt hatte.

Die Sache erschien zunächst ganz unglaublich, umsomehr, als die beiden betheiligten hohen Beamten, der Finanzminister von Rheinbaben und der Oberpräsident von Bitter, keineswegs feudale Kastengläubige, sondern modern denkende Menschen, man dürfte sagen, aufgeklärte Konservative sind, aber Alles, was von der gegnerischen Seite zu der eigenen Darstellung

des Herrn Löhning veröffentlicht worden ist, hat diese nur bestätigt. Man muß sich ganz in das Milieu einer Mittelstadt versetzen, um den Vorgang psychologisch zu begreifen. Der 58jährige Provinzial-Steuerdirektor, dem eine längst erwachsene Tochter erster Ehe den Haushalt führt, verlobt sich mit einem 23jährigen jungen Mädchen, einer vielnachgeschauten Schönheit, die aber bisher, gemäß dem Stande ihrer Familie, nicht in der Gesellschaft verkehrt hat. Das ist etwas zu reden für das liebe, junge Volk, und die alten Weiber beiderlei Geschlechts wissen sich vor Aufregung gar nicht zu fassen. Diese junge Dame soll nicht bloß in die Gesellschaft eintreten, sondern sogar „Chefeuse" werden und repräsentiren? Darf man sich das gefallen lassen? Und was hat „der an der Schwelle des Greisenalters stehende" Provinzial-Steuerdirektor überhaupt noch einmal zu heirathen? Und wenn schon, da er freilich noch flott tanzt und Schlittschuh läuft, konnte er sich nicht eine höhere Tochter in reiferen Jahren nehmen?

So weit könnte das Geschichtchen sich allenthalben abspielen, wo die Gesellschaft sich fast ausschließlich aus hohen Beamten- und Militärfamilien zusammensetzt, wie z. B. auch in Koblenz. Nun aber hat die Posener Gesellschaft noch ihren besonderen Charakter, sie ist getheilt. Die große Mehrzahl der höheren Beamten hat längst erkannt, daß der Hakatismus eine Verirrung ist und das Deutschthum in Posen ruinirt. Diese Majorität aber wird terrorisirt durch die Minorität der Hakatisten, die sich auf den national erregten Fanatismus der öffentlichen Meinung in Deutschland stützt. Der Provinzial-Steuerdirektor, überdies Katholik, gehört nun zu den Antihakatisten; der Parteigeist mischt sich in die Sache und benutzt die alte Waffe der Denunziation und der Zuträgerei mit solcher Wucht, daß der Minister und der Oberpräsident, die beide ihre Vertrauensmänner unter den Hakatisten haben, sich übertäuben lassen und auf den „Bräutigam der Feldwebelstochter" einen solchen moralischen Druck ausüben, daß er endlich seine Pensionirung beantragt.

Preußen hat zahllose hohe Beamte, deren Väter Subaltern- oder sogar Unterbeamte waren; es hat einen genialen Finanzminister gehabt, Rother, der selbst Feldwebel (Wachtmeister) gewesen war. Auch Ehen recht hochgestellter Herren mit Töchtern aus Klein-Familien sind garnicht so selten. Dieser „Fall Löhning" war eben nur möglich in Posen, wo die Bosheit des Parteigeistes alles Leben und Dasein mit ihrem Gifte durchdringt.

Wie so oft, ist es auch hier der an sich unbedeutende Zwischenfall, der die Krankheit zur Erscheinung bringt. Es ist überaus lehrreich, an ihnen zu studiren, welch ein moralisches Verderbniß der Hakatismus in unser Volk trägt und wie verfehlt zugleich diese Politik ist.

Durch massenhaftes Hineinsetzen von deutschen Beamten hat man geglaubt, das Deutschthum in den Ostmarken stärken zu können, und der Herr Ministerpräsident hat selbst in feierlicher Weise ermahnt, vom Kastengeist zu lassen und sich mit dem dortigen Deutschthum zu vereinigen. Jetzt hat er die Quittung für diese fromme Ermahnung. Was habe ich damals

gelacht, als unter dem tosenden Beifall der nationalen Presse verkündet wurde, das Deutschthum in den kleinen posenschen Städten solle dadurch gestärkt werden, daß Garnisonen hineingelegt würden! Mit wem sollen die Offiziersfamilien denn in Schrimm und Wreschen verkehren? Nun, die Herren Leutnants sind ja jetzt eindringlich genug verwarnt, sich nicht mit den Bürgertöchtern einzulassen. Es würde ihnen übel bekommen; sie mögen unter sich tanzen, Kommerzienraths-Töchter giebt es da nicht.

Offizierkorps und Beamtenthum werden, da sie selbst in sich hierarchisch aufgebaut sind, stets etwas Exklusives haben, das man wohl mäßigen, aber nicht aufheben kann. Deshalb ist es ein ganz vergebliches Beginnen, durch Beamteneinschiebung die Nationalität einer Landschaft beeinflussen zu wollen. Selbst die Hoffnung, durch den Konsum der Beamten die deutsche Geschäftswelt zu stützen, ist illusorisch; eine Anzahl von Jahren setzt es sich wohl durch, daß nur bei Konnationalen gekauft wird: auf die Dauer siegt doch das Geschäft, das am billigsten liefert und am besten.

Die deutsche Kolonisation in den Ostmarken steht, wie einer ihrer eifrigsten Freunde (Dr. H. Böttger) es jüngst ausgedrückt hat, „hinter einem großen Fiasko und vor großer momentaner Rathlosigkeit; die deutsche Schule hat den Polonismus nicht eingeschränkt, sondern befördert; der soziale Zusammenschluß der Deutschen in den Ostmarken ist eine Illusion: bei weitem schlimmer aber als alle politischen Mißerfolge ist und bleibt doch die moralische Fäulniß, die der Hakatismus um sich verbreitet und den Fall Löhning zu Tage gebracht hat.

Da ist in erster Linie die Haltung, die die speziell hakatistische Presse in diesem Falle beobachtet hat: konnte es etwas Ekelhafteres geben, als die Art, wie eine Anzahl dieser Blätter, die Ehe- und Familienverhältnisse ehrenhafter Menschen in die Oeffentlichkeit zerrten und begeiferten!

Gerechtigkeit hat bisher für eine unerschütterliche Tugend der preußischen Verwaltung gegolten. Herr Löhning theilt in seinem Rundschreiben mit, daß einer seiner Räthe es fertig gebracht habe, als Motiv für Ablehnung eines Gesuchs bei der höheren Instanz anzugeben, daß der Petent ein Pole sei.

Am Allerschlimmsten aber ist offenbar das von den Hakatisten großgezogene Spionage- und Denunzirsystem. In der „Germania“ war jüngst eine Erinnerung an den Staatssekretär von Stephan veröffentlicht, wonach dieser schon geklagt hat über die ganz nichtigen „nationalen“ Denunziationen, mit denen seine Beamten im Posenschen verfolgt würden. Ich selber habe es am eigenen Leibe erfahren, wie Herr Harden vor Gericht aussagte, der Sekretär des Ostmarken-Vereins sei immer wieder zu ihm gekommen mit der Bitte, dies und jenes (Verleumderische) über mich zu schreiben. Alles aber wird übertroffen durch das, was wir jetzt an Herrn Löhning erlebt haben.

Herr Löhning ist Gegner des Hakatismus und hat daraus kein Hehl gemacht. Der Oberpräsident von Bitter aber hat ihm ausdrücklich ver-

sichert, daß das nicht der Grund seines Sturzes sei und die offiziösen Verlautbarungen, die aus dem Oberpräsidium inspirirt sind, sind auch dabei geblieben, daß es der subalterne gesellschaftliche Verkehr und die Verlobung des Provinzial-Steuerdirektors gewesen sei, die ihn unmöglich gemacht hätten. Ganz umgekehrt versichern aber die in Berlin gespeisten Offiziösen, daß es das „taktlose" Verhalten des Herrn Löhning in der Polenfrage gewesen sei, was seinen vorgesetzten Minister genöthigt habe, ihn zur Pensionirung zu veranlassen.

Dieser Widerspruch ist gar nicht anders zu erklären, als daß hinter dem Rücken des Oberpräsidenten eine geheime hakatistische Spionage in Posen existirt, die ihre unterirdischen Gänge bis in die Ministerien hat. Der Fanatismus ist eben zu allen Zeiten gleich und erzeugt dieselben Früchte: wie in der Inquisition und im Jesuitenorden zur größeren Ehre Gottes jede Niedertracht für erlaubt galt, so soll jetzt für die nationale Idee jedes Mittel recht sein. Denn man beachte wohl, die angeblichen Beschuldigungen sind Herrn Löhning nicht vorgehalten, sie sind ihm nicht mitgetheilt, es ist ihm nicht die Möglichkeit einer Vertheidigung oder Widerlegung gewährt worden — ja, es ist ihm sogar gar nicht der wahre, sondern ein ganz anderer Grund als die Ursache seiner Mißliebigkeit mitgetheilt worden. Auf keine Weise kommt man darum herum, daß hier ein Denunziationssystem dunkelster Art vorliegt. Entweder es ist überhaupt nicht wahr, daß Herr Löhning seines antihakatistischen Verhaltens wegen in Pension geschickt worden ist — oder die Kenntniß dieses seines angeblichen Verhaltens beruht auf einer geheimen Spionage und Angeberei, von der selbst der Oberpräsident, sein unmittelbarer Vorgesetzter, nichts erfahren hat.

Ich denke, unser ganzes Beamtenthum hat das höchste Interesse, hier die Wahrheit zu erfahren und auch genau zu erfahren, was es denn für „Taktlosigkeiten" gewesen sind, die dem Provinzial-Steuer-Direktor zum Verbrechen gerechnet worden sind. Rudolf Gneist hat einmal vor vielen Jahren prophezeit, daß der Parlamentarismus unser Beamtenthum ruiniren werde. Soll es wirklich dahin kommen? Nach Allem, was bisher verlautet hat, liegt nichts vor, als daß Herr Löhning in Privat-Gesprächen seine politischen Ansichten geäußert hat. Die hakatistischen Blätter, die ihm das zum Verbrechen anrechnen, verlangen also, daß Beamte selbst privatim keine eigenen Ansichten mehr haben dürfen: eine um so unanständigere Ansicht von unserem Beamtenthum, als bekanntlich die Auffassungen der hohen Staatsregierung in der Polenfrage in den letzten Dezennien mehrfach stark gewechselt haben, und um so verhängnißvoller, als unbestritten die große Mehrzahl der höheren Beamten in Posen die heute herrschenden Auffassungen nicht billigt.

Wer ist also der eigentlich Schuldige in diesem peinlichen Falle Löhning? Es sind nicht der Minister von Rheinbaben und der Oberpräsident von Bitter, es ist nicht der Kastengeist der Bureaukratie, es sind nicht einmal so sehr

die mehr oder weniger unbekannten Persönlichkeiten, von denen die Denunziationen ausgegangen sind, sondern es ist der Hakatismus als Prinzip, es ist das System, das dem Bruchtheil eines großen Volksthums mit Gewalt die Bildung in seiner eigenen Sprache verbieten will und, da sich dies als unausführbar erweist, zu immer böseren und gemeineren Mitteln greift und die sittlichen Begriffe selbst bei sonst ehrenhaften Persönlichkeiten trübt und verdunkelt.

Mögen die vielen angesehenen Männer, die aus reiner nationaler Gesinnung dem Ostmarkenverein beigetreten sind, erkennen, auf welche Bahn sie gerathen sind und wohl die sittliche Verantwortung erwägen, die sie unserem Volke gegenüber zu tragen haben, wenn das Treiben in unseren Ostmarken so weiter geht wie bisher. Der Fall Carnap, das Martyrium der Schulkinder, das Gnesener Urtheil, die Gymnasiasten-Prozesse, der Fall Löhning sind die Wegzeichen, wohin der Hakatismus die sittlichen Begriffe des deutschen Volkes führt!

20. 8. 02. D.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

Assmanns Geschichte des Mittelalters von 375—1517, III. Abthlg. 1. Lfg. M. 12,—. Braunschweig, Friedr. Vieweg & Sohn.
Benz, Friedrich. Der Mensch. 2 Bände. München, Lyrik-Verlag.
—,— Präludium, zur Tragödie vom Mann und Weib. München, Lyrik-Verlag.
—,— Mazurka. München, Wilhelm Kromer, Kunstverlag.
Braun, D. Th. — Zur Frage der engeren Vereinigung der deutschen evangelischen Landeskirchen. (68 S.) M. 1,20. Berlin, E. S. Mittler & Sohn.
Dalago, C. — Wintertage und Anderes. Preis M. 2,25. Leipzig, Hermann Dege.
Deutsche Arbeit, Monatsschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Heft 10/11. München, Prag, G. D. W. Callwey.
Drews, Dr. Arthur. — Schellings Münchener Vorlesungen: Zur Geschichte der neueren Philosophie und Darstellung des philosophischen Empirismus. M. 4,60. Leipzig, Dürrsche Buchhandlung.
Grass-Klanin, L. v. — Naturgeschichte des menschlichen Verkehrslebens. (240 S.) M. 6 —. Berlin, Paul Parey.
Jahresbericht der Handelskammer Graudenz für 1901. Graudenz, Gust. Böthe's Buchdruckerei.
Jahres-Bericht der Handelskammer zu Köln für 1901. Köln, M. Du Mont-Schauberg.
Lask, Dr. E. — Fichtes Idealismus und die Geschichte. M. 6. Tübingen und Leipzig, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck..
The Monist — a quarterly Magazine devoted to the Philosophy of Science. Editor Dr. Paul Carus. 50 cts. Chicago: The open court publishing Co.
Pasig, Paul. — Goethe in Ilmenau. Weimar, Huschke's Hofbuchhandlung.
Schroeder, Otto. — Vom papiernen Stil. (102 S.) Leipzig, B. G. Teubner.
Seeck, Otto. — Geschichte des Untergangs der antiken Welt. Anhang zum zweiten Bande. M. 3. Berlin, Franz Siemenroth.
Schubring, Paul. — Unter dem Campanile von San Marco. M. 1,20. Halle a. S., Gebauer-Schwetschke.
Schuh, A. — Römisches Kriegswesen. Mährisch-Weisskirchen, Genossenschafts-Buchdruckerei.
Szczepanski, Paul von. — Sie emanzipirt sich. Geh. M. 2,—, geb. M. 3,—. Leipzig, Georg Wigand.
Traub, G. — Materialien zum Verständniss und zur Kritik des katholischen Sozialismus. (128 S.) M. 1,50. München, J. F Lehmann.
Trowitsch's Kalender. Verbesserter und Alter Kalender für 1903. Jubiläums-Jahrgang. Berlin, Trowitsch & Sohn.
Willkommengruss der Gemeinde Gabelsbach an die erlauchte Goethe-Gesellschaft am 25. Mai 1902. Weimar, A. Huschke Nachf.
Wolynski, A. L. — Die russische Literatur der Gegenwart. Moderne Essays zur Kunst und Literatur. Heft 20. 50 Pf. Berlin, Gose & Tetzlaff.
Zabel, Rudolf. — Deutschland in China. Geh. M. 7,50, geb. M. 9,—. Leipzig, Georg Wigand.
Zerbst, Max. — Bewegung! Grundlage einer neuen Weltanschauung. (60 S.) Dresden, Karl Lingner.
Zweigert. — Die Verwaltung der Stadt Essen im 19. Jahrhundert. (600 S.) Erster Band. Essen, G. D. Baedeker.

September 1902. Einhundertundneunter Band. Heft III.

Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben
von
Hans Delbrück.



Inhalt:

Erscheint jeden Monat.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter.
Preis vierteljährlich 6 M. — Einzelheft 2 M. 50 Pf.

Berlin
Verlag von Georg Stilke
1902.

Politische Korrespondenz.

Ueber die Bände 1—25, 26—50, 51—70, 71—100 sind sachlich und alphabetisch geordnete General-Register erschienen. Das soeben ausgegebene Heft über die Bände 71—100 (1893 bis Juni 1900) ist von unserer Verlagsbuchhandlung zum Preise von 1 M. zu beziehen.




OBER SALZBRUNN.
Schutzmarke.
Seit 1601
medicinisch bekannt.
Salzbrunner
Oberbrunnen
OBER SALZBRUNN.
Schutzmarke.
Seit 1601
medicinisch bekannt.
Aerztlich empfohlen bei Erkrankungen der Athmungsorgane, bei Magen- u. Darmkatarrh, bei Leberkrankheiten, bei Nieren- u. Blasenleiden, Gicht u. Diabetes. Niederlagen in allen Mineralwasserhandlungen u. Apotheken.
Versand der Fürstlichen Mineralwasser von Ober-Salzbrunn
Furbach & Strieboll
Echt nur, wenn der Flaschenverschluss diese Schutzmarke trägt.

Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben

von

Hans Delbrück.

Einhundertundzehnter Band.

Oktober bis Dezember 1902.



Berlin
Verlag von Georg Stilke.
1902.

Inhaltsverzeichniß

des

110. Bandes der „Preußischen Jahrbücher".

Aufsätze.

Besprochene Werke.

Politische Korrespondenz.

Trust oder Kartell?

Von

Hjalmar Schacht.

Die Oberflächlichkeit, durch welche sich das Gros der deutschen Presse auszeichnet, läßt es begreiflich erscheinen, daß in vielen liberalen wie konservativen Blättern die Angriffe auf das Kartellwesen und den Kartellgedanken sich mit der gleichen Kritiklosigkeit und Einförmigkeit wiederholen. Für die Entwicklung des deutschen Wirthschaftslebens ist die Kartellfrage eine so brennende, daß man sich von allen Seiten bemühen sollte, den Kern der Kartellfrage klar zu stellen und an seiner Lösung zu arbeiten.

Die Thatsache, daß der Kartellgedanke gerade im letzten Jahrzehnt, in einer Blüthe wirthschaftlichen Aufschwunges, praktisch außerordentlich an Boden gewonnen hat, und ferner die Thatsache, daß der Kartellgedanke in neuester Zeit nicht mehr lediglich innerhalb einzelner Industriegruppen sich verwirklicht, sondern durch die ganze Industrie hindurch geschlossen und organisirt auftritt, müßte uns die Gewißheit von der Berechtigung des Kartellgedankens geben. Die angeführten Thatsachen erklären es auch, daß gegenüber den Angriffen auf die Kartelle aus den Kreisen der kartellirten Industrien heraus neuerdings lebhafte Versuche gemacht werden, den Kartellgedanken und seine Verwirklichung durch die deutschen Kartelle zu vertheidigen. Dies ist in letzter Zeit namentlich geschehen durch eine Reihe von Aufsätzen des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Bueck und ganz neuerdings durch eine kleine Broschüre von Steinmann-Bucher*), einem Schriftsteller, dem man gerade auf dem Gebiete des Kartellwesens in Deutschland die beste Sachkenntniß und die längste Erfahrung bisher beimaß. Die genannten Veröffentlichungen fallen zeitlich

*) Der Ausbau des Kartellwesens. Berlin 1902.

ungefähr zusammen mit dem Inslebentreten des Verbandes deutscher Kartelle, der sich an den Zentralverband Deutscher Industrieller angegliedert hat.

Die leitenden Gedanken, welche unsere Kartellführer bewegen, lassen sich in zwei Punkte zusammenfassen. Einmal hätten die Syndikate und Kartelle die Aufgabe, die großen wirthschaftlichen Schwankungen und Absatzkrisen einzudämmen, ja ganz zu verhindern. „Die Kartelle und Syndikate“, so führte Herr Bueck bei der Kartellkonferenz am 9. April 1902 aus, seien schon gegenwärtig erfolgreich bestrebt, „die Produktion dem Verbrauch anzupassen, die Preise in ein richtiges Verhältniß zu den Selbstkosten zu bringen, und so den Bestand der Betriebe und damit den Arbeitern dauernde, gleichmäßige und lohnende Beschäftigung zu sichern.“

Der zweite Gesichtspunkt betrifft die amerikanische Gefahr. „Nicht die Monroe-Doktrin“, sagt Steinmann-Bucher, „nicht der Dingleytarif bilden die amerikanische Gefahr, sondern die Trusts“, in welchen er die „Organisation der amerikanischen Industrie zu großen monopolistischen Unternehmungen“ erblickt. „Darum“, so schließt er, „wird die Zukunft unserer Ausfuhr nicht allein davon abhängen, welche Handelsverträge wir abschließen, sondern auch davon, ob die deutsche Industrie im Stande ist, sich innerlich so fest zu fügen (sc. durch Kartelle), daß sie den Kampf mit den amerikanischen Trusts bestehen kann.“

Beseitigung der Krisen und Stärkung der deutschen Industrie gegen den ausländischen Wettbewerb sind die beiden Ziele des Kartellwesens, treffliche erstrebenswerthe Ziele. Verweilen wir zuerst einmal bei dem letzteren.

Die amerikanischen Trusts sind es, in denen die Ursache für die Stärke der heutigen amerikanischen Industrie erblickt wird. Sie werden gleichsam als das Vorbild für die deutsche Kartellbewegung hingestellt. Da ist es erfreulich, daß durch die umfassenden Untersuchungen der amerikanischen Industrial Commission uns ein umfangreiches Material aus Sachverständigenvernehmungen über das Wesen der Trusts an die Hand gegeben ist. Einer der besten gegenwärtigen Nationalökonomen der Vereinigten Staaten, Professor Jenks, hat in seiner Schrift „The Trust Problem“*) die Hauptergebnisse dieser Sachverständigenvernehmungen zusammengestellt. Er giebt uns eine genaue Schilderung über die Methoden,

*) New-York 1900.



wie sich ein Trust aus einer Reihe von einzelnen Gesellschaften zu bilden pflegt. Ursprünglich gaben die einzelnen Aktieninhaber der Unternehmungen, die sich zu dem Trust zusammenschließen wollten, einer Anzahl von Trustleitern (Trustees), sieben oder neun an der Zahl, die Vollmacht, ihre Antheile nach ihrem Ermessen zu vertreten, indem sie ihnen die Aktien übertrugen. Die Trustleiter gaben dafür an die Aktieninhaber übertragbare Trustzertifikate aus, und auf Grund dieser Zertifikate wurde der Gewinn vertheilt. Die Trustleiter erhielten somit die Macht, die Geschicke jeder der einzelnen Gesellschaften nach gemeinsamen Grundsätzen zu lenken. Durch gerichtliche Entscheidung wurde diese Art der Trustbildung für ungesetzlich erklärt, und die Trusts dadurch gezwungen, eine neue Form der Vereinheitlichung zu schaffen. Dies geschah, indem die Zertifikatinhaber zu Aktieninhabern einer neuen Gesellschaft gemacht wurden, welche sämmtliche Anlagen der bisherigen Einzelunternehmungen als Eigenthum übernahm. Eine Reihe von Trusts haben sich eine etwas veränderte Organisation gegeben, aber die geschilderte Form ist im Grunde typisch und kennzeichnet den Charakter des amerikanischen Trustwesens. Dieser Charakter ist in der Hauptsache der, daß eine große Zahl, womöglich *alle* gleichartigen Betriebe unter eine einheitliche Leitung gebracht werden. Der amerikanische Trust repräsentirt demgemäß keinen wesentlich anderen ökonomischen Zustand, als ihn eine Reihe von Großbetrieben in Deutschland darstellen. Wenn die Hamburg-Amerika-Linie, unsere größte Schifffahrtsgesellschaft, im Laufe der Zeit eine Reihe von kleineren Gesellschaften und Privatunternehmungen des Schifffahrtsbetriebes nach und nach in sich aufgesogen hat, so ist das nur ein durch die Zeitfolge vom amerikanischen Trust sich unterscheidender Vorgang. Das Nacheinander bei der Hamburg-Amerika-Linie wird bei dem amerikanischen Trust zu einem Nebeneinander. Aehnliche Vorgänge wie bei der Hamburg-Amerika-Linie finden wir in Deutschland freilich weniger in der Industrie, als vielmehr noch im Bankwesen, wo der Konzentrationsprozeß gerade in den letzten Jahren erhebliche Fortschritte gemacht hat. Der Trust ist also nichts Anderes als eine vorgeschrittene Form des kapitalistischen Großbetriebes.

Freilich diese Form des Großbetriebes hat gewisse Kennzeichen, die sich bei den deutschen konzentrirten Unternehmungen heute in der That noch nicht finden, Kennzeichen *monopolistischer* Art. Dadurch, daß die Konzentration der Betriebe gleichzeitig erfolgt,

werden in der Regel *alle* Betriebe zusammen vereinigt, während in Deutschland in Folge des Nacheinander mehrere Konzentrationsbetriebe in einer Branche entstanden sind. Dabei darf allerdings daran erinnert werden, daß auch in den Vereinigten Staaten in der Eisenindustrie nicht sogleich sich ein einzelner Trust, sondern zunächst mehrere Trusts bildeten, und es erst in jüngster Zeit gelang, diese Trusts wieder zu einem gemeinsamen Trust, dem gewaltigen Stahltrust, zusammenzuschließen. Im Allgemeinen aber wird man sagen können, daß die bedeutend weiter vorgeschrittene Betriebskonzentration in den Vereinigten Staaten zu einer monopolistischen Stellung der Trusts geführt hat, die namentlich in Bezug auf die Preise von Wichtigkeit ist.

Ein anderes Charakteristikum der amerikanischen Trusts darf nicht außer Acht gelassen werden. Konzentrationsbestrebungen vermögen sich nach zwei Richtungen hin zu erstrecken, einmal *horizontal*, d. h. innerhalb einer Branche werden sämmtliche Gleichartiges fabrizirende Betriebe zusammengefaßt, oder *vertikal*, d. h. es werden alle Betriebe zusammengefaßt, welche sich mit der Gewinnung und Verarbeitung der gleichen Stoffe vom Rohprodukt bis zum Fertigfabrikat befassen. Der Vorgang wird dabei in der Regel der sein, daß zunächst die horizontale Vertrustung vor sich geht und danach aus den horizontalen Trusts der vertikale Trust entsteht. Eine vertikale Konzentration ohne vorhergehende horizontale Vertrustung führt nicht immer sofort zu eigentlichen Trusts, sondern nur zu kombinirten Großbetrieben, wie wir sie in der deutschen Industrie schon vielfach haben, so vor Allem in der Eisenbranche, wo es Werke giebt, die ihre eigenen Kohlenzechen und Erzgruben haben, selber verhütten, das Eisen walzen, gießen und weiterverarbeiten. Eine solche vertikale Konzentration ohne Vertrustung führt nicht immer zum Monopol, sondern vermag im Gegentheil zu scharfen Konkurrenzkämpfen zwischen mehreren solcher *Kombinationsbetriebe* zu führen. Selbstverständlich ist es nicht ausgeschlossen, daß aus allen Kombinationsbetrieben ein und derselben Branche auch schließlich ein Trust entsteht. Die amerikanischen Trusts nun stellen sich dar als Kombinationen sowohl vertikal als horizontal zusammengefaßter Betriebe.

Vergleichen wir mit diesen amerikanischen Trusts das deutsche Kartellwesen, so finden wir, daß der Kartellgedanke in Deutschland ganz anders verwirklicht ist als in Amerika. Ausgeprägte Trusts im amerikanischen Sinne haben wir in Deutschland nicht. Nicht

als ob lediglich die Rechtsform des Trusts uns fehlte, auch seine ökonomischen Merkmale finden wir bei unseren deutschen Kartellen nicht. Das deutsche Kartell stellt sich dar als eine Vereinigung gleichartiger Unternehmungen ein und derselben Branche, welche über Preis, Absatz, Produktionsumfang und Aehnliches gemeinsame Verabredungen treffen. Das deutsche Kartell ist demnach nicht eine Betriebskonzentration, sondern eine Koalition von Betrieben. Der fundamentale Unterschied zwischen deutschem Kartell und amerikanischem Trust liegt darin, daß der Trust fortlaufend seine sämmtlichen Fabrikationsanlagen und sonstigen Etablissements von einheitlicher Stelle aus verwaltet und dirigirt, während die einzelnen Etablissements des Kartells nur in einzelnen Theilen ihres Betriebes durch einen Vertrag an gewisse Normen gebunden sind, im Uebrigen aber jedes seine eigene Leitung behält. Welches von beiden das festere ökonomische Gefüge ist, Trust oder Kartell, ist danach leicht zu ermessen.

Auch in der Erreichung ihres wirthschaftlichen Effektes sind Trust und Kartell von einander grundverschieden. Was die Aufgabe des amerikanischen Trusts ist, ist zwar nirgend mit Worten angegeben, läßt sich aber sehr leicht dahin zusammenfassen: Möglichste Verbilligung und Ausdehnung der Produktion und möglichste systematische Eroberung der Absatzgebiete im Inland und Ausland; dieses Ziel wird erreicht durch die höchste Form des kapitalistischen Großbetriebes mit ihrem monopolistischen Charakter. Die Aufgabe des deutschen Kartells wird nach den bereits angeführten Worten des Herrn Bueck anders dargestellt, nämlich: Die Produktion dem Verbrauch anzupassen und die Preise in ein richtiges Verhältniß zu den Selbstkosten zu bringen. Von Ausdehnung und Verbilligung der Produktion und von der Eroberung der Absatzgebiete ist in diesem Programm nichts enthalten.

Wie die Ziele, so sind auch die Mittel zu ihrer Erreichung bei Trust und Kartell ganz verschieden. Der Trust sucht sein Ziel zu erreichen wie jeder Großbetrieb durch die ökonomische Konzentration in der Fabrikation und in der Verwaltung. Es sind die auf die möglichste Höhe getriebenen Vortheile des Großbetriebes, welche beim Trust zu einer ständigen Verbesserung und Verbilligung der Produktion führen. Durch die in Allem durchgeführte Zentralisation werden zahlreiche Arbeitskräfte für neue Thätigkeit frei. Veraltete Maschinen werden durch neue ersetzt, wenig rentable Anlagen werden ausgemerzt, die neuesten Fabrikationsmethoden,

Maschinen und Patente werden ausprobirt und eingeführt. Anders das Kartell. Steinmann-Bucher stellt als erstes in Betracht kommendes Mittel zur Erreichung der Ziele der Kartelle „eine der Wirklichkeit möglichst nahe kommende Beurtheilung des Marktes, der Absatzverhältnisse, der Aufnahmefähigkeit und deren Bewegung“ hin. Bezeichnend ist, wie Steinmann-Bucher das deutsche Kohlensyndikat schildert. Er erwähnt das Kohlensyndikat zunächst als ein Beispiel guter Orientirung über die Lage der Absatzverhältnisse und meint, es könne „bis zu einem gewissen Grade den Industriebetrieb regulirend beeinflussen, dadurch, daß es — die Marktlage vorsichtig abwägend — Förderung und Preis der Kohle bestimmt, ähnlich wie die Diskontopolitik der Reichsbank auf den Geldmarkt einzuwirken versucht.“

Sehen wir uns die bisherige Thätigkeit der deutschen Kartelle an, so müssen wir gestehen, daß dieselben im Allgemeinen von einer richtigen rechtzeitigen Beurtheilung der Marktlage noch recht weit entfernt sind. Die mangelnde Kenntniß auf diesem Gebiete geht so weit, daß eines unserer bedeutendsten Syndikate, das Druckpapiersyndikat, in den letzten Monaten mit einer Produktionseinschränkung von 40 Prozent gearbeitet hat. Man vergegenwärtige sich, was für eine Brachlegung der nationalen Produktion eine solche Einschränkung bedeutet. Aber sie wird für nothwendig gehalten, damit nicht durch ein größeres Angebot der Preis des Produktes sinkt. Und darin liegt denn nun die ganze Weisheit der heutigen Kartelle. Ihr Bestreben ist, die Preise des Produktes mindestens immer so hoch zu halten, daß ein genügender Unternehmergewinn verbleibt, und für diesen Zweck werden alle Mittel ausersonnen. Mit einem gewissen Schrecken müssen wir sehen, daß auch die neueste Organisationsbewegung unter den Kartellen im Grunde nur dem einen Zweck dienen soll, „wirksamere Machtmittel zu schaffen“, wie Steinmann-Bucher sagt, nicht aber „nur belehrend“ zu wirken.

Auch der amerikanische Trust wird zweifellos seine monopolistische Machtstellung dazu ausnützen, seinen Unternehmergewinn in erster Linie zu sichern. Aber dies ist nicht sein erstes und einziges Ziel, und er sucht es nicht zu erreichen lediglich auf dem Wege der Preispolitik oder durch gewaltsame Produktionseinschränkungen. Und so sehen wir in der That aus den Schilderungen von Jenks, daß die Vernehmungen der Industrial Commission durchaus nicht immer ein Steigen der Preise infolge der Trusts,

sondern im Gegentheil fast durchweg ein Sinken derselben konstatirt haben. Das erste Ziel der Trusts bleibt die Verbesserung der Produktion, mit welcher die Verbilligung Hand in Hand geht. Das Kartell sucht die Preise in ein richtiges Verhältniß zu den Selbstkosten zu bringen, es paßt die Produktion dem Verbrauch an; der Trust sucht die Selbstkosten zu erniedrigen und durch Herabsetzung der Preise den Verbrauch auszudehnen. Wo ist da die richtige Wirthschaftspolitik?

Wie steht denn das Kartell zur Herabsetzung der Selbstkosten? Die Produktion wird durch das Kartell durchaus nicht verbilligt. Das Kartell ermangelt aller Vortheile des kapitalistischen Großbetriebes. Es ist nichts als eine gegenseitige Gewinnversicherungsgesellschaft, es trägt einen zünftlerischen Charakter. Ja, das Kartell hat nicht nur keinen fördernden Einfluß auf die Entwicklung der Produktion, es erschwert vielmehr sogar diese Fortentwicklung. Der einzelne Unternehmer wird durch seine Zugehörigkeit zum Kartell in keiner Weise zur Verbesserung seines Betriebes veranlaßt. Sein Gewinn wird ihm durch seine Zugehörigkeit zum Kartell garantirt, seine Produktion ist meistens kontingentirt, wozu also da sich wirthschaftlich und produktionstechnisch anstrengen, wozu neue Maschinen erproben und einstellen, wozu neue Patente und Fabrikationsmethoden studiren? Der einzelne dem Kartell angehörige Industrielle wird durch das Kartell zum Stillstand verleitet. Durch diese stillstehenden und damit rückständigen Kartellmitglieder wird aber auch das Niveau derjenigen Kartellmitglieder herabgedrückt, welche etwa noch nach technischem Fortschritt streben. Ist Jemand einmal mit einem bestimmten Produktionsantheil in das Kartell eingetreten, so wird er bei kontingentirter Produktion, wie sie die meisten Kartelle haben, von einer Ausdehnung seiner Produktionsmöglichkeiten keinen Vortheil haben. Einer Ausdehnung seines Kontingentes aber werden sich die technisch rückständigen Fabrikanten widersetzen. Die kleineren und rückständigeren Betriebe aber werden im Kartell in der Regel das Gros bilden. Aus ihrer Mitte wird am ehesten der Wunsch nach einem Kartell laut werden, denn sie sind die ersten, welche bei freier Konkurrenz geschädigt werden. Die großen kräftigen, produktionstechnisch hochstehenden Betriebe sehen wir deshalb auch so oft sich bei der Bildung eines Kartells im Hintergrunde halten. Sie treten dem Kartell in der Regel nur ungern bei, weil sie wissen, daß das

Produktionsniveau innerhalb des Kartells stets durch die rückständigsten Betriebe desselben bestimmt wird.

Das eine Ziel der Kartellpolitik, die Stärkung der deutschen Industrie gegenüber dem ausländischen Wettbewerb, wird durch die Kartelle also am allerwenigsten erreicht, während die amerikanischen Trusts in der That eine enorme Stärkung der amerikanischen Produktion bedeuten und sich mehr und mehr zu einer Gefahr für das deutsche Wirthschaftsleben auswachsen. Wie steht es aber mit der anderen Aufgabe, der Verhinderung von Krisen? Haben die Kartelle in Deutschland vermocht, Krisen zu verhindern? Bisher nicht. Wir brauchen im gegenwärtigen Rahmen dieser Frage nicht näher nachzugehen. Die Vertheidiger der Kartelle behaupten, daß dieselben durch ihre Preispolitik die letzte Krisis wenigstens gemildert haben, während über einzelne Kartelle Thatsachen angeführt werden, welche beweisen, daß wenigstens eine Reihe von Industriezweigen durch die ihr aufgenöthigten langfristigen Lieferungskontrakte zu hohen Preisen die Krisis wesentlich verschärft empfinden mußte. Eines nur muß hier festgehalten werden, daß die krisenmildernde Wirkung sicherlich nur den kartellirten Industrien selber zu Gute gekommen ist. Die nicht kartellirten Industrien aber, welche als Abnehmer auf die Kartelle angewiesen sind, kommen für die krisenmildernde Wirkung zum mindesten erst in zweiter Linie in Frage. In jedem Falle würden sie bei Nichtbestehen der Kartelle die von ihnen gebrauchten Vorfabrikate billiger haben beziehen können und schon dadurch würde die Wirkung der Krisis für sie wenigstens zu einem Theile paralysirt worden sein.

Jedenfalls ist die krisemildernde Wirkung der Kartelle, wenn eine solche überhaupt vorhanden ist, nur eine sehr partielle. Vollständiger vermag diese Wirkung der Trust auszuüben, und zwar der vertikale Trust. Der vertikale Trust, welcher eine ganze Industrie vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat umfaßt, vermag die Unternehmergewinne, welche sonst auf die einzelnen Industriestufen ungleich entfallen würden, untereinander auszugleichen. Es schadet beim Trust nichts, wenn einmal eine Produktionsstufe eine Zeit lang ohne Gewinn arbeitet. Stände diese Industriestufe außerhalb des Trusts als einzelne Gruppe da, so würde sich ein solcher Zustand als Krisis offenbaren, innerhalb des Trusts aber ist dies nicht der Fall. Die einzelnen Industriestufen, welche im Trust vereinigt sind, beseitigen das Risiko der

Krise zu einem großen Theile dadurch, daß sie unter einander dauernde Lieferungs- und Abnahmeverträge haben. Es tritt hier innerhalb der Industrie bis zu einem gewissen Grade ein Zustand ein, wie wir ihn in der Wirthschaftsgeschichte im Stadium der geschlossenen Hauswirthschaft finden, wo alle Mitglieder dieser Wirthschaft ihre Bedürfnisse gegenseitig befriedigen. Beim Trust ist dies natürlich nur bis zu einem gewissen Grade der Fall, da die Frage des Verbrauchs der letzten fabrizirten Artikel immer die ausschlaggebende bleibt. Aber hieraus wird auch wieder klar, daß die Aufgabe des Trusts in viel höherem Maße darauf ausgeht und darauf ausgehen muß, den Verbrauch auszudehnen, was aber nicht durch höhere Preise geschehen kann, und deshalb zu einer klugen Preispolitik nothwendiger Weise führen muß.

Ein vertikales Kartell besitzen wir in Deutschland bisher überhaupt noch nicht, ein solches Kartell würde gleichbedeutend mit einem Trust sein. Es ist überaus charakteristisch, daß in allerjüngster Zeit in Deutschland Versuche gemacht werden, vertikale Kartellformen zu schaffen. In Frankfurt a. M. ist kürzlich eine Vereinigung von Vertretern der verschiedenen Produktionsstufen innerhalb der Textilindustrie zusammengetreten, welche ein solches Ziel verfolgt. Die Versammlnng führte einen Beschluß auf Schaffung einer Zentralstelle herbei, die sich möglichst aus den einzelnen wirthschaftlichen Verbänden der Textilindustrie zusammensetzen sollte. Vertreten waren sämmtliche Zweige der Textilindustrie: Spinnerei, Weberei und Weiterveredelung. Und die Vertreter der einzelnen Gruppen, welche sich sonst auf das Schärfste zu bekämpfen pflegten, erkannten hier die Nothwendigkeit an, daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, um in gemeinsamem Vorgehen die drückende Lage der Textilindustrie zu bessern. Wenn auch in Folge der zollpolitischen Gegensätze einstweilen die Weiterverfolgung des in Aussicht genommenen Zieles ausgesetzt worden ist, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß man in erneuten Verhandlungen sich zunächst über ein gemeinsames Vorgehen im Export einigen wird. Es ist möglich, daß dieser Versuch, der hier gemacht ist, für die Entwicklung des Trustwesens in Deutschland von grundlegender Bedeutung ist.

Eines muß mit aller Schärfe hervorgehoben werden. In dem Rahmen des heutigen Kartellwesens in Deutschland wird die Fertigindustrie ihre Rechnung nicht finden. Ein Kartell in der Weise. wie es die deutschen Rohstoff- und Halbzeugindustrien

besitzen, vermag die Fertigindustrie nicht zu bilden, dazu sind die von ihr erzeugten Artikel viel zu verschiedenartig, ihre Produktionsmethoden viel zu ungleich. In einem Trust dagegen hat auch die Fertigindustrie ihren vollen Platz.

Betrachten wir lediglich die wirthschaftliche Seite der Frage, so leuchten die Mängel, welche das Kartellwesen gegenüber dem Trustwesen hat, klar ein. Damit ist uns auch der Weg vorgezeichnet, den wir in Deutschland zu gehen haben. Erfreulicher Weise scheint in den Artikeln und Veröffentlichungen, welche von den Vertheidigern der Kartelle in letzter Zeit publizirt sind, das Bewußtsein von diesen Mängeln vorhanden zu sein. Es liegt so etwas wie ein leiser Selbstvorwurf in ihnen. Man scheint sich doch hier und da bewußt geworden zu sein in Kartellkreisen, daß man mit dem anvertrauten Pfunde schlecht gewuchert hat. So kommt es, daß es mehr und mehr durchschimmert, wie man sehnsüchtig nach den amerikanischen Trusts hinüberäugelt, und es klingt wie ein verhaltener Seufzer: Wenn wir doch auch so weit wären! Ja es scheint zuweilen durch, als ob wirklich bei Vielen das ehrliche Bestreben vorhanden wäre, die Kartellentwicklung Deutschlands in Bahnen zu lenken, welche zu den Errungenschaften und Erfolgen der Trusts führen. Hat man einmal in der deutschen Industrie erkannt, welche Mängel das Kartellwesen und welche Vorzüge das Trustwesen hat, so wäre es ja auch merkwürdig, wenn nicht unsere Industriellen eine Entwicklung anstreben sollten, die zur Stärkung der nationalen Produktion und nicht bloß zur Garantie des Unternehmergewinnes führt. Hier wie überall wird es der Fall sein, daß die klugen und weitblickenden Köpfe das wirklich nationale Interesse gegenüber der egoistischen Selbstgenügsamkeit der trägen Masse wahrnehmen und durchsetzen. Wir haben wahrlich in Deutschland Männer genug, die befähigt wären, an die Spitze von Trusts zu treten und dieselben in ökonomisch vollendeter und gleichzeitig echt nationaler Weise zu leiten. An Morgans und Schwabs wird in Deutschland kein Mangel sein!

Einstweilen besteht in Deutschland, nicht wie in den Vereinigten Staaten von Amerika, ein Trustproblem, die Frage lautet nicht: Wie korrigiren wir Kartelle und Trusts im Interesse der Allgemeinheit? Sondern die Frage lautet: Wie organisiren wir unsere Produktion? In Trusts oder in Kartellen? Die Antwort ist aus unseren bisherigen Ausführungen klar, sie lautet: Die deutsche Industrie darf ihre Entwicklung nicht weiter

nehmen zu den Kartellen, sondern sie muß sie nehmen zu den Trusts.

Soweit die wirthschaftliche Seite der Frage. Nicht minder wichtig aber ist die soziale. In den Vereinigten Staaten von Amerika, wo daß Problem „Trust oder Kartell?“ längst gelöst ist, hat sich nunmehr ein Trustproblem gezeigt, an dessen Lösung noch gearbeitet werden soll. Die Trusts haben eine Reihe von Schäden gezeitigt, theils allgemeiner, theils spezieller Art. Unter den speziellen verstehen wir die verschiedenen Auswüchse, welche sich bei der Gründung der Trusts zeigten. Unter ihnen steht in erster Linie die vielfach enorme Ueberkapitalisirung der Trusts, d. h. die Ausgabe durch reale Werthe nicht gedeckter Trustantheilscheine, ferner die ungerechtfertigt hohen Profite, welche die Trustgründer und Finanziers einstecken, die Spekulationen der leitenden Trustdirektoren in Antheilscheinen und anderes mehr. Diese speziellen Mängel des amerikanischen Trustwesens können wir einstweilen unberücksichtigt lassen. Es wird unsere Aufgabe sein, späterhin diese Fehler genau zu studiren, um sie bei Gründung deutscher Trusts nach Möglichkeit zu vermeiden. Hier gehen uns vor Allem die sozialen Wirkungen der Trusts an.

Diese sozialen Wirkungen werden von Manchen als so gefahrbringend erachtet, daß sich die Meinung herausgebildet hat, es wäre besser, auf die produktiven Fortschritte der Trusts zu verzichten, um nicht ihre sozialen Gefahren mit in den Kauf nehmen zu müssen. Die Anhäufung so kolossaler Produktionsmachtmittel in den Händen Weniger müsse, so heißt es, zu immer größerer Abhängigkeit der Massen der arbeitenden Bevölkerung von einigen wenigen Produktionsleitern führen, die Arbeitslöhne müßten gedrückt werden, die politische und soziale Stellung der breiten Bevölkerungsschichten werde durch die Trusts außerordentlich gefährdet.

Zunächst sei darauf hingewiesen, daß, wenn diese Bedenken durchschlagend sein sollen, sie es in viel höherem Grade gegenüber den Kartellen sind als gegenüber den Trusts. Die Entwicklung des Kartellwesens in Deutschland in den letzten Jahren hat gezeigt, daß in der That die Kartelle sich vielfach als Trutzburgen gegen die arbeitenden Klassen erwiesen haben, und es ist in dieser Hinsicht bedauerlich, daß der Ruf zum Zusammenschluß der einzelnen Kartelle in Deutschland von derselben Stelle ausgegangen ist, welche bisher an der Spitze des Kampfes gegen alle Sozialreform gestanden hat, dem Zentralverband Deutscher Industrieller. Lohn-

herabsetzungen, Verkürzung der Arbeitszeit mit entsprechendem Lohnausfall, Aussperrungen und dergl. sind bei unseren deutschen Kartellen nicht selten. Von den Trusts hingegen haben die Sachverständigenvernehmungen ergeben, daß bei nahezu allen Trusts die Löhne nach dem Eintritt der Vertrustung hinaufgesetzt worden sind und daß die Trusts in der Regel den Arbeiterorganisationen gegenüber sich nicht feindlich verhalten. Die Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten werden in der Regel von den Trusts anerkannt, wie denn überhaupt jede freie Organisation in Amerika ihre Anerkennung findet. In Deutschland aber sind die Kartelle von jeher die Feinde der Gewerkschaften gewesen und haben sie in den meisten Fällen als zur Verhandlung gleichberechtigte Faktoren nicht anerkannt. Indessen ist es selbstverständlich, daß auch der Trust eine größere Macht über die Arbeiter hat als der Einzelbetrieb und es wird nothwendig sein, sich nach Mitteln umzuschauen, welche etwaigen sozialen Uebergriffen der Trusts ein Paroli bieten können. Wir wollen drei solcher Mittel ins Auge fassen.

Das erste ist die Koalition der Arbeiter. Den Arbeitern ist ein unbedingtes und unbegrenztes Recht auf Zusammenschluß zu gewähren. Alle Versuche, in das Koalitionsrecht der Arbeiter einzugreifen, müssen vom Staat energisch zurückgewiesen werden. Ist es den Arbeitern möglich, auf diese Weise eine machtvolle Organisation zu schaffen, so wird es ihnen leichter werden, zu befriedigenden Verhandlungen mit den Trusts über alle Arbeitsverhältnisse zu gelangen. Ja, unter solchen Umständen wird es den Arbeitern lieber sein, mit einigen großen impersonellen Trusts zu verhandeln, als mit einer Unzahl von kleinen Unternehmern, da in ersterem Falle sich die Verhandlungen weit glatter abspielen werden als in letzterem.

Es hat sich gezeigt, daß das soziale Verantwortlichkeitsgefühl weit größer ist bei nicht physischen Personen als bei persönlichen Unternehmungen, und die Geschichte der amerikanischen Trusts hat gelehrt, daß die Trusts ganz von selbst den Arbeitern Rechte eingeräumt haben, ohne dadurch eine Schädigung ihres Betriebes erfahren zu haben. Dank der außerordentlichen Produktionsersparniß, welche der Trust macht, ist er im Stande, für Arbeitslöhne und für sozialpolitische Aufgaben gegenüber seinen Arbeitern weit mehr aufzuwenden als dieses den Kartellen möglich ist. Das Kartell sieht in dem Arbeiter stets nur das theuere Produktionsmittel, welches seine Produktionskosten belastet und damit den Unter-

nehmergewinn schmälert, der Trust hingegen sieht in dem Arbeiter seinen thatkräftigsten Mitarbeiter, der ihm hilft, die Produktion zu verbilligen, den Absatz auszudehnen und damit den Unternehmergewinn wiederum zu steigern, an dem der Arbeiter selbst auf dem Umweg über den Arbeitslohn seinerseits Theil zu nehmen berechtigt ist.

Das zweite Moment ist ein ökonomisches, nämlich der Umstand, daß mit der Vertrustung der Industrie eine theilweise Vergesellschaftung des Kapitals vor sich geht, indem das Trustkapital in der Form von Shares und Bonds durch die Bevölkerung zu rinnen im Stande ist und nach den bisherigen Erfahrungen auch wirklich rinnt. Eduard Bernstein hat in letzter Zeit unter Beibringung von Zahlenmaterial aus englischen Verhältnissen darauf hingewiesen, wie außerordentlich günstig durch eine derartige Entwicklung die Einkommensvertheilung beeinflußt wird. Er hat angeführt, wie von fünf großen britischen Brauereien die Aktien und Obligationen sich zusammen auf etwa 27 000 Personen vertheilen. Anschließend hieran schreibt Bernstein in seiner kleinen Schrift „Die heutige Einkommensbewegung und die Aufgabe der Volkswirthschaft“ *): Diese Brauereien haben vielleicht bei ihrer Gründung und im Laufe ihrer Entwicklung einige hundert kleinere und mittlere Brauereien theils angekauft, theils einfach bei Seite geschoben. Wer also die Statistik nur der Brauereien nachliest, der findet eine große Konzentration, eine Abnahme der Zahl der Unternehmungen. Daß aber die Zahl derjenigen, die aus dem Ertrage des Braugewerbes größere Einkommen beziehen, zur selben Zeit nicht nur nicht abgenommen hat, sondern noch gewachsen ist, zeigt die vorerwähnte Zahl der Vertheilung des Aktienkapitals und der Obligationen. „Dadurch wird ein immer größerer Theil der Bevölkerung an der Produktion selbst interessirt und erhält wenigstens einen theilweisen Einfluß auf die Produktion.“ Bernstein glaubt nun allerdings nicht, daß diese Ausbreitung des Wohlstandes nach unten hin so weit fortschreiten werde, um die sozialistische Aenderung unserer Wirthschaftsordnung überflüssig zu machen. Er glaubt vielmehr, daß in den Bestrebungen, die Profitrate nicht weiter sinken zu lassen, ein starkes Gegengewicht gegen die Ausdehnung des Wohlstandes nach unten hin gegeben sei. „Solche Kräfte, sagt er, die Profitrate künstlich auf einer

*) Berlin 1902.

gegebenen Höhe zu halten, sind vor Allem die kapitalistischen Trusts und Syndikate." Bernstein vergißt dabei, daß, wenn die Antheilscheine an der Produktion sich in der Bevölkerung vertheilen, der zugehörige Antheil des Profits nachfolgt. Zweitens sieht er aber auch nicht den Unterschied, der sich zwischen Trust einerseits und Kartell andererseits aufthut. Gewiß suchen wohl beide die Profitrate hochzuhalten, aber das Kartell sucht dies zu erreichen durch künstliche Preisfestsetzungen, der Trust aber durch bessere und billigere Produktion, welche der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Wenn deshalb Bernstein schreibt: „In dem Augenblicke aber, wo das Kapital durch Syndikate die Konkurrenz aufhebt und sich eine zunftartige Daseinsform giebt, und zwar zunftartig im Sinne der verfallenden, reaktionären, den Fortschritt hemmenden Zunft, hebt es darnach einen der Hauptfaktoren seiner geschichtlichen Existenzberechtigung wieder auf. Gerade das, was das Syndikat sich zum Ziel setzt, spricht dem Kapitalismus geschichtlich das Todesurtheil", so trifft dieses lediglich die Kartelle, nicht aber die Trusts. Glaubt Bernstein also, daß die Kartellentwicklung unserer Tage den Sozialismus nothwendig mache, so ist das unrichtig, sie zeigt uns lediglich, daß diese Kartellentwicklung eine verkehrte ist und daß wir zu einer Trustentwicklung fortschreiten müssen.

Betrachtet man eine solche Entwicklung, so ist die Möglichkeit sehr gut denkbar, daß Arbeiterorganisationen durch kollektive Erwerbung von Trustantheilscheinen auf die Verwendung des Kapitals direkten Einfluß erhalten. Jedenfalls aber ist diese Entwicklung eine für den Arbeiter weit günstigere, als wenn das Kapital im Privatbesitz einzelner Großindustrieller und ihrer Familien bleibt.

Das dritte und ausschlaggebende Moment ist ein rein politisches und liegt in dem allgemeinen gleichen Stimmrecht. Wir sehen schon heute in Amerika die Erscheinung, daß die Trusts schon deshalb ein gutes Einvernehmen mit ihren Arbeitern anstreben, damit nicht einmal auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechts die politische Gesetzgebung sich scharf gegen die Trusts wenden könnte.

In der That dürfen wir in Deutschland angesichts der glänzenden ökonomischen Erfolge der Trusts uns nicht verheimlichen, welch eine ungeheure und stets wachsende Erregung sich in der amerikanischen Bevölkerung gegen die Trusts geltend macht. Das Bemerkenswerthe dabei ist, daß diese Erregung nicht immer hervorgerufen ist durch

die Lohn- und Preispolitik der Trusts, sondern in erster Linie durch das lastende Gefühl, daß hier innerhalb des Staatswesens Organisationen entstanden sind, die die Grundlagen des Staatswesens aus eigener Macht heraus nach ihrem Willen zu verändern in der Lage sind. Der Amerikaner, der allen gesetzlichen Eingriffen in die private Thätigkeit abhold ist, sieht hier, wohin eine solche Politik führen kann, die bei voller Freiheit des Individuums doch eine große Zahl von Menschen in direkte Abhängigkeit kapitalistischer Organisationen bringt.

Ein Beispiel aus der jüngsten Zeit mag dies illustriren. In einer Stadt der Vereinigten Staaten von etwa 40 000 Einwohnern hat der Stahltrust eines seiner Werke, von dessen Arbeit circa 25 000 Einwohner der Stadt mehr oder weniger unmittelbar abhängig sind. Die Arbeiter des Werkes proklamirten, um bessere Lohnbedingungen zu erlangen, die auf dem Wege der Verhandlungen nicht zu erreichen waren, den Ausstand. Und da kommunalpolitisch die Stadt von der numerisch ausschlaggebenden Arbeiterbevölkerung beherrscht wurde, so konnten die Ausständigen auf die stillschweigende Unterstützung des städtischen Bürgermeisters, der von ihnen gewählt war, rechnen. Derselbe that auch sein Möglichstes, um den Arbeitern zu helfen und sorgte u. A. dafür, daß, als seitens der Fabrikleitung Polizeimannschaften erbeten wurden, dieselben außerhalb der Stadt waren, so daß die Fabrikleitung nicht in der Lage war, einige Ausschreitungen der Ausständischen zu verhindern. Als nun in diesem Stadium der Fabrikleiter, Mitglied des Trustdirektoriums, von einem Journalisten interviewt wurde, machte er seinem Zorn über dieses Verhalten des Stadtoberhauptes Luft und äußerte u. A., wenn die städtischen Behörden nicht Ordre parirten, so würde der Trust eben einfach das ganze Werk aus der Stadt fortnehmen, und die 25 000 Menschen, welche von dem Werk abhängig seien, könnten dann zusehen, wo sie blieben. Dieses Wort wurde bekannt und verursachte eine ungeheure Erregung. Da gab es also einen Menschen im freien Amerika, der über das Schicksal einer ganzen Stadt von 25 000 seiner gleichberechtigten Mitbürger entscheiden konnte. Und wenn auch das Trustdirektorium mit der Mißbilligung dieses Ausspruches ihres Kollegen nicht zurückhielt, so war doch die Möglichkeit ganz deutlich vor Augen gerückt, daß der Trust einmal so vorgehen könne, wie es jener Fabrikleiter im Zorn ausgesprochen.

Diese Geschichte ist außerordentlich lehrreich. Sie zeigt einmal, daß, wenn es nicht gelingen würde, Abwehrmittel gegen solche Uebergriffe der Trusts zu finden, jene vielleicht Recht haben, welche sagen: Dann lieber keinen Trust. Und sie zeigt andererseits, daß es nicht genügt, die politische Herrschaft in den Kommunen zu haben, um den Trusts zu begegnen, sondern daß die Machtmittel des ganzen Staates angewandt werden müssen, um die Trusts in Schranken zu halten. Wie weit dies in den Vereinigten Staaten möglich ist, braucht uns nicht zu tangiren. Für uns ist die Frage lediglich die: Würde der deutsche Staat im Stande sein, solchen Auswüchsen der Trusts zu begegnen? Die Antwort darf hier zuversichtlich lauten.

Der Staat hat in Deutschland nicht nur ganz andere politische Machtmittel als in den Vereinigten Staaten, er hat auch ganz andere ökonomische Machtfaktoren in Händen. Die völlig zersplitterte und unter den einzelnen Staaten differirende innerpolitische Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten in den Vereinigten Staaten trifft für Deutschland nicht zu. Bewahren wir in Deutschland das allgemeine gleiche Stimmrecht, so wird es nicht schwer fallen, durch reichsgesetzliche Maßnahmen Uebergriffe der Trusts zu verhindern. Eine fortschreitende Sozialpolitik, eine die nicht physischen Personen entsprechend heranziehende Steuerpolitik, eine den Bedürfnissen praktisch angepaßte Verkehrspolitik, eine vernünftige Zollpolitik und vieles dergleichen mehr sind wirksame Mittel, um etwaigen Uebergriffen der Trusts von vornherein die Spitze abzubrechen. Ein besonders glücklicher Umstand ist dabei namentlich der staatliche Besitz der Verkehrsmittel, Eisenbahnen und Kanäle. Auch in Amerika würden die Trusts sich nicht schrankenlos haben entwickeln können, wenn der Staat einheitlich wenigstens über die Verkehrsmittel verfügte. Die völlige Ohnmacht allein der zentralen Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten, in politischer wie ökonomischer Hinsicht, haben die Auswüchse der Trusts ermöglicht. In Deutschland werden wir im Stande sein, dank unserer großen zentralen Staatsgewalt, die Trusts in einer für die Allgemeinheit förderlichen Weise zu reguliren.

Steht somit den sozialen Gefahren der Trusts Deutschland verhältnißmäßig günstig gegenüber, so dürfen wir uns umsoweniger abhalten lassen, die ökonomischen Vortheile der Trusts uns zu eigen zu machen, d. h. an die Stelle der Kartells die Trusts zu setzen.

Diese Entwicklung kann natürlich positiv durch Staatsmaßnahmen nicht gefördert werden, sondern muß den industriellen Führern überlassen bleiben. Wohl aber kann der Staat negativ den Boden für eine Trustentwicklung bereiten, indem er gegen die schädlichen Kartelle vorgeht.

Kartell bedeutet Stillstand und Rückschritt der Produktion, bedeutet Schwächung im internationalen Konkurrenzkampfe, bedeutet Stärkung antisozialer Bestrebungen, erhöhte Einseitigkeit in der Vertheilung des Wohlstandes; Trust bedeutet Fortschritt der Produktion, Stärkung im internationalen Wettbewerb, vielseitigere Vertheilung des Einkommens. Die sozialen Mängel des Trusts sind durch politische Maßnahmen zu korrigiren.

Lassen wir einmal die engherzigen Krämer aus dem Spiele, welche lediglich selbstsüchtige Gewinnpolitik treiben wollen, und fassen wir nur das Ziel derer ins Auge, die sich aufrichtig sorgen um die wirthschaftliche Zukunft des deutschen Volkes und die nichts dringender herbeisehnen, als eine Stärkung der deutschen Produktion im Kampfe gegen die amerikanische Konkurrenz: welcher ist ihr Weg?

Sie müssen den heute eingeschlagenen Weg der Kartellirung verlassen, sie müssen Mittel und Wege ersinnen, Organisationen zu schaffen, die den Trusts ähnlich sind, die eine einheitliche Produktionsleitung großen Stiles ermöglichen, geleitet nicht allein von privatwirthschaftlichen, sondern von nationalwirthschaftlichen Gesichtspunkten. Die heutige Kartellpolitik der Exportprämien ist eine Maßnahme, die auf die Dauer nicht bestehen kann. Sie untergräbt die natürlichen Grundlagen der Produktion. Technischer Fortschritt und die Ausnutzung aller ökonomischen Vortheile des Großbetriebes ist es, was uns noththut. Es scheint in Deutschland leider wenig bekannt zu sein, daß die Kartelle, die wir in Deutschland haben, in den Vereinigten Staaten eine längst überwundene Sache sind; denn gegeben hat es solche Kartelle in den Vereinigten Staaten sehr wohl, sie führen dort den Namen „Pools“ und hatten noch vor anderthalb Jahrzehnten keine geringe Verbreitung. Jenks schildert als Beispiel eines solchen Pools das Kartell der Whiskeyfabrikanten. Dasselbe arbeitete genau wie ein deutsches Kartell. Um die lebhafte Konkurrenz zwischen den einzelnen Fabrikanten aufzuheben, wurde hier ausgemacht, wie viel

jeder Fabrikant im Jahre fabriziren sollte. Auch Exportprämien zahlte dieses Whiskeykartell. Einzelne solche Kartelle mit Produktionskontingentirungen und Preisverabredungen existiren noch heute in den Vereinigten Staaten. Aber man hat die Unzulänglichkeit dieser Gebilde sehr bald eingesehen und an ihre Stelle die Trusts gesetzt.

Wenn heute die Kartelle untereinander in Deutschland in Verbindung treten, so liegt der Wunsch nahe, daß sie nicht zu einer Befestigung der Kartelle in ihrer heutigen Organisation führen, sondern daß sie die Kartelle aus ihrer heutigen Unvollkommenheit zu einer trustartigen Wirthschaftsform hindurchführe. Sollte dies nicht möglich sein oder sollte etwa der Wunsch hierzu nicht vorhanden sein, bezw. sich nicht Geltung verschaffen können, so müßte man das im Interesse der nationalen Produktion auf das Tiefste beklagen.

Eine Dichterehe.

Von

Marie Gothein.

II.

Robert Browning.

Der Gatte hatte mit dem Tode dieser zarten Frau alles verloren, was seine tiefste menschliche Persönlichkeit berührte, es schloß sich in seinem Innern eine Quelle, die höchstens noch für den Sohn, den sie ihm ließ, offen stand. Er lebte noch achtundzwanzig Jahre, um im unermüdlichen Schaffen seine größten Werke zu vollenden, aber etwas von Heimathlosigkeit ist ihm eigen, trotzdem er es erlebte, in seiner Heimath als großer Dichter und Liebling der Gesellschaft gefeiert zu werden, trotzdem er nach dem Tode seiner Frau in London sich niederließ und halb wider seinen Willen dort blieb, trotzdem man noch zu seinen Lebzeiten eine Gesellschaft gründete, deren Mitglieder sich seine Apostel nannten und es sich angelegen sein ließen, seine Lehre der Welt zu vermitteln. Er nahm alles hin, vergalt es mit Freundlichkeit, Güte und Freundschaft — und blieb doch im Innern ein Einsamer, dem es nur einmal in seinem Leben vergönnt gewesen war, sich ganz einem Mitwesen aufzuschließen. Browning bewunderte seine Gattin auch als Dichterin aufs Höchste, es war kaum eine poetische Uebertreibung, wenn er in einem seiner Gedichte von ihr sagt:

> „Der liebste Dichter, den ich je gekannt,
> Der beste, liebste, größeste für mich.“

Was er an ihr so hoch schätzte, das war die leichte Schaffenskraft, die stete Bereitschaft für den Dichterflug, und daß sie, die so abgeschlossen von der Welt lebte, einen so weiten Blick hatte. „Die einfache Wahrheit“, schreibt er 10 Jahre nach ihrem Tode an eine Freundin, „ist, daß sie der Poet war und ich im Vergleiche mit

ihr „the clever person“, — denke an ihre begrenzte Erfahrung in allen Dingen, und was sie daraus machte.“ So hoch auch Elizabeths Dichtung steht, so überschätzt hier Browning selbst doch etwas das Temperament im Verhältniß zum Geschaffenen, zur Leistung, nach der allein wir Nachlebenden und Genießenden einen Dichter beurtheilen werden; so reich an Tiefe und Schönheit auch der Dichterin Werke sind, sie selbst hat am besten erkannt, daß sein Geist ein königlicher war, daß er ein Führer und Pfadfinder in dem Reiche der Dichtkunst war, ein Platz, auf den sie niemals Anspruch erhoben hat.

Browning hatte im Jahre 1832 als Zwanzigjähriger seine Wirksamkeit als Dichter begonnen, in denselben Jahren, als der Tod unter den großen Geistern deutscher und englischer Zunge eine reiche Ernte hielt, wo innerhalb weniger Jahre in Deutschland Stein, Niebuhr, Schleiermacher, Hegel und Goethe ihre Augen schlossen, wo in England Scott, George Crabbe, Coleridge, Charles Lamb hingerafft wurden, nachdem schon im Jahrzehnt vorher die jugendliche Generation von Keats, Shelley und Byron gestorben war. Von den eigentlichen Gründern der romantischen Bewegung blieb fast nur noch Wordsworth zurück als ein Veteran seiner Generation. Ihm erkannte seine Zeit willig den Ruhmestitel zu, daß er die Dichtkunst befreit hatte von der Konvention des XVIII. Jahrhunderts und sie zurückgeführt hatte zur Natur, er hatte sie gelehrt, wieder mit eigenen Augen zu sehen und mit eigener Sprache auszusprechen, was man innerlich empfand. Die Natur war ihm keine todte Masse und kein Speicher für poetische Bilder, sondern ein geistiges Lebewesen, von gleichen Lebenswellen durchfluthet wie die menschliche Seele. Der Mensch selbst war für Wordsworth nur ein Stück dieser Natur, und ihm, dem da konnte

„die niedrigste der Blumen geben
Gedanken, die zu tief für Thränen liegen“

war der Mensch nur gleichsam die Hülle, das Gefäß für diese Gedanken und Empfindungen; der Mensch als Individuum, als konkretes Wesen hingegen drohte bei ihm unterzugehen, oder trat doch zum Mindesten in seiner Dichtung stark zurück.

Der Fortschritt der Seelengeschichte der Menschheit aber bewegt sich in Wellenbewegungen, und die Ideale, die eine Generation sich mit Kämpfen errungen hat, sieht schon die nächste als courante Münze an und die folgende greift leicht zurück zu denen der Vor-

väter. Die vielgeschmähten Klassizisten hatten einst um Pope geschaart erklärt: „Es giebt nur ein wahres Thema für die Dichtkunst und das ist der Mensch“, die Romantiker hatten hiergegen, wie gegen Alles, was zum Kanon des gehaßten Klassizismus gehörte, protestirt. Jetzt erstand in dem jungen Browning ein Dichter, der bereit war, mit seiner ganzen Lebensarbeit diesen alten Satz zu vertheidigen.

Allerdings war es ein ganz anderer Mensch, den Browning in seiner Dichtung schildert, als der zwar geistreiche, aber einseitige, in Konvention erstarrte Mensch der klassizistischen Dichtung. Auch selbst da, wo die englische Literatur des XVIII. Jahrhunderts sich frei machte von dem Regelzwang des Klassizismus und wie im Roman und der Sittenschilderung Ansätze zu individualistischer Gestaltung zeigte, schafft sie Typen, d. h. Träger einer oder mehrerer Haupteigenschaften, die sich an geeigneter Stelle in Handlung umsetzen; von solchen festumrissenen Linien abzuweichen, würde für jene Zeit einem Verzeichnen des Bildes gleichgekommen sein; alle diese Eigenschaften sind fest umgrenzt, so komplizirt auch die Handlung und Situationsschilderung sein mochte. Die Menschen sind daher einfach; einheitlich nannte man das. Solche Typen schildert nicht nur das ganze XVIII. Jahrhundert, nein, auch die Dichtung Scotts, Byrons, ja aller Romantiker schafft nach dieser Richtschnur ihre Gestalten.

Mit dieser Tradition in erster Linie bricht Browning. Für ihn ist der Mensch nicht nur nicht ein einfaches Wesen, sondern schon die einfachste Handlung, die er vollbringt, setzt ein höchst komplizirtes Zusammenwirken verschiedenster Empfindungen voraus. Und uns einen Einblick zu gestatten in das vielfarbige Gebilde, welches wir Seele nennen, das ist das Lebenswerk dieses zielbewußten Dichters. Von dem ersten Werke an, das er noch unsicher und stammelnd hervorbrachte, bis zu seinem letzten, das an dem gleichen Tage erschien, an dem der Achtundsiebzigjährige seinen letzten Athemzug that, ist er auf dieser einen Bahn fortgeschritten, ohne sich durch äußere Einflüsse irgend welcher Art ablenken zu lassen. Schon in der Vorrede zu einem seiner frühesten Werke, zum Paracelsus, spricht er dies aus: „Dies Werk ist ein Versuch, die gewöhnliche Methode der Schriftsteller umzukehren, deren Ziel es ist, irgend ein Phänomen der Seele oder die Leidenschaften durch die Wirkung von Personen und Ereignissen hervorzubringen, ich im Gegentheil, anstatt durch eine äußere Maschinerie von Geschehnissen die Krisis zu schaffen

und zu entwickeln, suche möglichst genau die Stimmung selbst in ihrer Entstehung und ihrem Fortschritt zu schildern . . ."

Browning brachte zu diesem Werke zwei unumgängliche Eigenschaften mit, einmal eine seltene Fähigkeit, sich alle Gebiete des menschlichen Geistes zu eigen zu machen, und seine Kenntnisse wie seine scharfe Beobachtung der Welt in einem wunderbaren Gedächtniß aufzubewahren, und sodann die Fähigkeit, sich in die geheimsten Falten eines fremden Geistes zu versetzen, ja gleichsam sich selbst in ihn zu verwandeln; darin ist er vielleicht bei aller Verschiedenheit ihrer Ausdrucksmittel nur mit Shakspere zu vergleichen. Und mit diesem Großen theilt er auch die überschwengliche Vielseitigkeit, die Fülle der Individualitäten, die er geschaffen hat: so reich auch das Leben ist, das sich in Handlung äußert, reicher ist doch das, welches sich in der Seele des Menschen abspielt; eine Handlung kann der andern gleich sehen, niemals aber die Seele eines Menschen der eines andern. Um uns in diese verborgenen Kräfte der Seele hineinzuführen, wählt der Dichter das rein dramatische Ausdrucksmittel des Monologes und des Dialoges; von dieser Form ist er nur sehr selten abgewichen und auch dann meist nur scheinbar. Wie sehr er selbst diesen Weg für den einzig richtigen hält, das zeigt die Verachtung, mit der er über die Novellendichter in einem Briefe an Elizabeth urtheilt: „Was für leichte Arbeit doch diese Novellisten haben! ein dramatischer Dichter muß Dir für seine Männer und Frauen Liebe und Bewunderung erwecken — sie müssen selbst Alles thun und sagen, was zu sehen und zu hören ist — es wirklich vor Deinem Angesicht thun, in Deine Ohren sagen, und es steht völlig in Deiner Macht, zu benennen und zu charakterisiren, was so gesagt und gethan wird und daher zu loben oder zu tadeln, und wenn Du es nicht selbst bemerkst, so steht kein Autor neben Dir, um es Dir zu sagen. Diese Novellisten aber, mit einem Federstrich, der Wendung einer Phrase, vollbringen sie das Wunder —".

War nun aber Browning ein dramatischer Dichter? Diese Frage ist zu oft aufgeworfen und bedingt verneint worden, als daß man sie nicht näher beleuchten müßte. Browning selbst hat sich immer dafür gehalten; das beweisen unumwundene Aussprüche, das beweisen die Titel seiner Werke „Dramatic Idyls", „Dramatic Lyrics", „Dramatis Personae" ꝛc. Wenn wir unter dramatisch das verstehen, was Browning eben in seinem Briefe so bezeichnet hat, also das dramatische Ausdrucksmittel der direkten

Rede, und hinzufügen, daß hierdurch eine Begebenheit uns unmittelbar vorgeführt wird, so daß sie sich ohne Nachhülfe der Schilderung vor uns abspielt, dann ist Browning ohne Zweifel durchaus ein dramatischer Dichter. Doch wir fassen den Begriff des Dramatischen auch enger und verstehen darunter das Bühnendrama, d. h. die Vertheilung einer in sich abgeschlossenen Handlung in einem gewissen Verhältniß auf eine Gruppe von Personen im Dialog.

Es ist gewiß bemerkenswerth, daß es in Brownings Schaffen zwar eine Periode gegeben hat, in der er ganz überwiegend sich dem eigentlichen Drama zugewandt hat, daß es aber einer äußeren Anregung bedurfte, um ihn dazu zu bringen, und daß es vielleicht auch ein äußerer Einfluß war, der sein Interesse völlig davon abwandte. Der damals berühmte englische Schauspieler Macrady bat den Dichter, ihm ein Stück zu schreiben, da er scharfsichtig Brownings dramatische Begabung bemerkt hatte. Es schien für jene Zeit fast selbstverständlich, einen historischen Stoff zu wählen, und nach einigem Schwanken beschloß Browning, das Schicksal Straffords zu schildern, jenes Ministers Karls I., der sich der Strömung, die Karls Untergang anbahnt, entgegenwirft und seine treue Anhänglichkeit an den wankelmüthigen Monarchen mit dem Tode büßt.

Browning mußte jedoch bald nach den ersten Versuchen einsehen, daß die historischen Stoffe ihm nicht gut lagen. Schon in der Vorrede zu Strafford hatte er betont, daß er nicht „character in action“, sondern „action in character“ schildern wolle; er hat hierin mit einem Schlagworte das Wesen seines Dramas im Gegensatz zu der Tradition der englischen Bühne von der Renaissance her bezeichnet. Diese will durch die Handlung uns Einblick und Verständniß ihrer Charaktere eröffnen, während Browning auch hier uns den Seelenvorgang selbst, seine Motive und Kämpfe zeigen will, dem die Handlung nur als letzte sich nach außen hin offenbarende Konsequenz folgt. Eine verwickelte politische Intrigue wird aber einer solchen Behandlungsweise starke Hindernisse entgegenstellen, so daß diese Intrigue selbst wirr oder unklar erscheint.

Nach den ersten Versuchen wendet sich Browning denn entschlossen von der Historie ab, um erst in dem merkwürdigen Drama „Pippa Passes“ („Pippa geht vorüber“) seine ganze Eigenart zu offenbaren. Pippa Passes eröffnet den Reigen der „Bells and Pomegranates“, acht Nummern einer Reihenfolge sehr verschiedenartiger Gedichte, die in den Jahren 1841—1846 als einzelne Flug-

blätter erschienen. Den seltsamen Titel „Glocken und Granatäpfel" erklärt Browning am knappsten in einem Briefe an Elizabeth Browning. Sie selbst hatte an das jüdische Priesterkleid, das mit Glocken und Granatäpfeln geziert war, erinnert und erhielt darauf als Antwort: „Die Rabbiner machen Glocken und Granatäpfel zu Symbolen für Nutzen und Vergnügen, Poesie und Prosa, Gesang und Predigt".

Pippa passes bricht völlig mit aller dramatischen Tradition. Elizabeth Barrett spricht das Wesen dieses Dramas am besten in einem ihrer Briefe aus. „Du hast", schreibt sie, „ein weites Gebiet umfaßt, von jenen hohen fernen Tönen des Mystizismus, die jenseits der Persönlichkeit liegen bis zum dramatischen Erfassen des Individuums in schroffer Naturwahrheit (gruff with nature)". Zum ersten Male ist hier vielleicht das Wort mystisch in unserem modern-dramatischen Sinne gebraucht, nicht in dem romantischen Sinne, wie es Byron für seine Dramen, Coleridge und andere für ihre Balladen brauchten, nicht als das sichtbare Hineinragen des Uebersinnlichen in das Menschenleben, sondern als eine psychologische Unterströmung, als ein „jenseits der Persönlichkeit" liegendes Ahnungsvermögen. Wir sind heute durch Maeterlinck und seine Schule mit solchen Vorgängen und der Möglichkeit ihrer Darstellung auf der Bühne vertraut. Mit der Gestalt des kleinen Seidenwebermädchens Pippa aus dem venezianischen Flecken Asolo nahm aber Browning solche psychologische Offenbarung um ein halbes Jahrhundert voraus.

Das Stück besteht aus vier dramatischen Bildern, die untereinander in gar keinem stofflichen Zusammenhang stehen und von denen nur das letzte eine Beziehung auf Pippas Leben hat. Pippa feiert ihren einzigen Feiertag im Jahre, den Neujahrstag, an dem sie singend durch die Straßen zieht und vor den Häusern der vier, wie sie glaubt, glücklichsten Menschen von Asolo, sich in ihr Schicksal, wie sie es sich ausmalt, hineindenkt. Alle diese Menschen aber stehen vor schicksalsschweren Entschlüssen, auf deren letzte Wendung der Gesang der kleinen Pippa, die draußen vorüber zieht, einen entscheidenden Einfluß ausübt. Ahnungslos, halb wie ein Sendling Gottes, halb wie eine Somnambule, die unter dem Einflusse fremden Schicksals handelt, erscheint sie uns. Ihre Gestalt umschlingt wie mit einem Bande die vier Bruchstücke von Menschenleben, in die auch wir nur im Vorübergehen einen Blick haben werfen dürfen. Was uns der Dichter aber zu schauen erlaubt, sind

keine Thaten, nicht Handlung, nur ein Stück Menschenseele in ihrem eigenthümlichen Schwanken zwischen scheinbar freiem Willen und scheinbarer Bestimmbarkeit von außen, beides nur Faktoren, um den eigentlichen Grund, das Wesen der Seele zum Vorschein zu bringen. Die Szene schließt jedes Mal mit dem Fassen eines Entschlusses, ob die That gelingt und welch weitere Folgen sie für die Handelnden haben könnte, interessirt den Dichter nicht weiter.

Am deutlichsten tritt dies vielleicht in dem dritten der Bilder zu Tage: Luigi, ein begeisterter italienischer Patriot, theilt seiner Mutter seine Absicht mit, den Kaiser von Oesterreich zu ermorden, er fühlt, daß dies seinem inneren Rufe folgen heißt. Die Mutter, die den einzigen Sohn über alles liebt, sucht ihn begreiflicher Weise mit allen Mitteln der Ueberredung zum Bleiben zu bewegen, schon scheint es ihr zu gelingen, da singt draußen die kleine wandernde Pippa ein Lied vom guten König, dem gerechten Richter, den die Götter lieben, daß selbst die Schlange vor seinem Richterstuhl zurückweicht. Da springt Luigi auf: „jetzt aber sitzt die Schlange selbst auf dem Thron, sie heißt es zertreten;“ die Mutter kann ihn nicht mehr halten. Die Häscher waren ihm auf der Spur, für jetzt entgeht er durch sein Fortgehen ihren Schlingen. Die That selbst aber und ihre Folgen bleiben für uns im Dunkeln.

Es liegt hierin gewiß eine Schwäche von Brownings Dichtung. Das intensive Interesse, daß er an den inneren Vorgängen nimmt, läßt Browning manchmal den Werth der That als produktives psychologisches Element unterschätzen. Wir würden heute nicht so ohne Weiteres die Möglichkeit, ein solches Stück wie „Pippa Passes“ auch auf die Bühne zu bringen, ablehnen, wie es in den Tagen seiner Entstehung geschah. Doch selbst die anderen Dramen Brownings, die nicht so radikal mit aller Bühnentradition brachen, waren für das Publikum jener Tage verloren. Browning übersprang in seinen Stücken eine ganze Periode der Entwicklung des Dramas: die Periode des Realismus, in der der Mensch als ein Produkt seiner lebensbildenden Kräfte, seiner Ahnen, seiner Umgebung, seiner Erziehung dargestellt wird; dort wird er aus seinem Milieu heraus erklärt, um ein Wort zu gebrauchen, das heute schon mehr als abgegriffen ist, aber für jene Periode so treffend wirkte. Erst nachdem die Dichtung es gelernt hat, von außen nach innen das Seelenbild eines Menschen zu verstehen, wagt sie es wieder, auch unabhängig davon die Seelenkräfte gegeneinander spielen zu lassen

— ein Ziel, das aber schon Browning mit vollem Bewußtsein in seinen Dramen verfolgt hat.

Der Dramatiker aber empfindet es stärker wie jeder andere Dichter, wenn die Zeit, für die er schreibt, ihn ablehnt. Das in erster Linie erklärt die Kürze dieser Dramenperiode. Das letzte Drama, das Browning verfaßte, nannte er „In a Balcony“. Nur eine Szene, nur drei handelnde Personen bietet es, das Stück ist abgerundeter, geschlossener wie die meisten andern, es fehlt die Handlung nicht, sie ist mit Spannung durchgeführt; was uns aber interessirt, ist doch wieder die blitzartige Beleuchtung der Tiefen der Seelen, die uns hier in wenigen Stunden, in denen die Handlung sich abspielt, gegeben wird.

Norbert und Constanze treffen sich, wie schon so oft, heimlich als Liebespaar auf dem Balkon. Heute aber, wie Norbert will, zum letzten Male heimlich. Er ist Minister der Königin, heute giebt ihm seine Herrin ein Fest, um seine Erfolge in ihren Diensten zu krönen und heute will er als Lohn die Hand der Geliebten, ihrer jungen Verwandten, erbitten. Constanze aber, die für den Ausgang fürchtet, nur Eifersucht bei der Königin voraussetzt, und daher Ablehnung, Verbannung und Armuth im Gefolge sieht, bestimmt den Geliebten, gegen sein besseres Wissen der Königin mit List die Zustimmung abzuschmeicheln. Er soll ihr vorspiegeln, daß er eigentlich sie liebe, seine Wünsche aber nie so hoch zu erheben wage und daher als eine Art Ersatz um die Hand ihrer Verwandten bitte. Die Königin aber, eine alternde, einsame, nach Liebe hungernde Frau hört aus Allem nur das Eine, daß ein Mann hier zuerst von Liebe zu ihr spricht. Plötzlich erwacht in ihr die lebenslang unterdrückte Leidenschaft. Constanze wählt sie zur Vertrauten, mit all der Besinnungslosigkeit und hinreißenden Kraft einer spät erwachten Liebe vertraut sie ihr, daß sie allen Schranken zum Trotz Norbert zu ihrem Gatten erheben wolle. Constanze, aufs Aeußerste bestürzt, sieht keinen Ausweg, um den Geliebten zu retten, als auf ihn zu verzichten und ihm so wenigstens einen Thron zu sichern. Seine einfache Natur aber verschmäht, auf dieses Spiel einzugehen, er klärt die Königin selbst auf; — die tödtlich beleidigte Frau verläßt schweigend das Paar. In wenigen Minuten, das wissen die Zurückbleibenden, drängt sich für sie noch Leben und Liebe zusammen. Die Musik des Festes verstummt plötzlich und die Häscher erscheinen.

Mit wenigen Strichen sind diese drei Charaktere lebensvoll

herausgehoben, der Hauptaccent liegt auf der leidenschaftlichen Beichte der Königin an Constanze. Sie ist wie Norbert eine durchaus gerade Natur, keineswegs ein Königin-Elizabeth-Charakter, den Constanze in ihr wittert, während diese selbst ein schwer faßbares Wesen ist, das mit seiner Unfähigkeit, das Leben einfach zu nehmen, allein diese Seelenintrigue herbeigeführt hat. Sie ist ein echtes Kind der Hofintriguenluft, in der sie aufgewachsen ist, und nur eines ist echt an ihr, ihre Liebe zu Norbert.

„In a Balcony“ ist das einzige Drama, das Browning während seiner Ehe geschrieben hat. Seine Gattin hat selbst wohl bei der völligen Abwendung von dieser Kunstgattung Einfluß auf Browning geübt. Sie hatte eine starke Abneigung gegen das Bühnendrama ihrer Tage. Schon in einem früheren Briefe schreibt sie ihm, „daß sie nicht begreifen könne, wie er es vertrage, seine Werke der großen Mühle des modernen Schauspielhauses anzuvertrauen, wo sie zwischen den Zähnen der gemeinen Schauspieler zermalmt würden ...“ „Es ist das Theater, das die Dinge herabzieht, das moderne Theater, in dem wir keinen Altar mehr sehen.“ Und ebenso ablehnend spricht sie sich auch in Aurora Leigh aus. Gewiß beförderte sie damit nur einen Prozeß, der sich in Brownings Schaffen schon langsam selbst vollzog, die Rückkehr zum Monolog, von dem er ausgegangen war und den er auch während der Dramenperiode nicht ganz vernachlässigt hatte.

Mit diesem Monolog hat Browning sich eine ganz eigene dichterische Form geschaffen. Er ist bei ihm nie eine Ichnovelle, oder eine Reihe von Selbstgesprächen in Art von Tagebuchaufzeichnungen, wie seine Frau ihn liebte und wie besonders Tennyson ihn vielfach angewandt hat. Doch unterscheidet sich sein Monolog, obgleich er nie erzählt, sondern durchaus dramatisch, unmittelbar den Seelenzustand wiedergiebt, auch auf das Wesentlichste von dem Monolog des Dramas Elizabethanischer Tradition. Dort ist der Monolog ein lautes Denken, er dient als künstlerischer Nothbehelf, um dem Publikum innere Vorgänge eines Charakters klar zu machen, die sich nicht im Dialog und nicht im Fortgang der Handlung ausdrücken lassen. Selbst Shakspere läßt daher seine Personen oft Dinge im Monolog sagen, die sie allein zu sich selbst nie sagen würden, sondern die für das Publikum bestimmt sind. Browning dagegen schafft sich vor Allem eine Situation, in der die Seele sich zur Selbstoffenbarung drängt. Seine Monologe sind insgesammt Mittheilungen an eine stumme Person, die für uns meist durchaus

körperhaft ist. Gerade im Erfassen dieses fruchtbaren Momentes für die Seelenoffenbarung ist Brownings Kunst groß. Bald auf dem Sterbebette, bald am Beichtstuhle schließt sich die Seele auf; bald ist es die heftige Spannung vor einem großen Ereignisse, bald die Last unerträglicher Erinnerung oder das plötzliche Bewußtsein, daß das Leben gescheitert sei, das die Zunge löst, hier ist es der behagliche Ausdruck beim Glase Wein, dort der Schrei der Verzweiflung. Immer aber weiß der Dichter uns begreiflich zu machen, daß gerade in dieser Stunde diese Seele sich aussprechen mußte.

Schon das erste Jugendwerk „Pauline" verräth die Sicherheit, mit der Browning nach dem Instrumente griff, auf dem er all sein Bestes, was er zu geben hatte, gespielt hat. Pauline ist ein Bruchstück, geplant war ein großes umfassendes Werk, in dem er augenscheinlich schon eine ganze Reihe psychologischer Bilder in dramatischem Kontrast plante. Er selbst sagt davon: „Nur dieser Fetzen blieb von dem stattlichen Baum des Lebens, der in meinem Thoren-Paradies erwuchs." Pauline ist die stumme Person, die spät gefundene Geliebte, in deren Ohr mit fiebernder Hast der Sprecher mit seiner letzten Lebenshoffnung seine Beichte stammelt, die Beichte eines Lebens, das immer mehr wollte als vollbrachte, und an seinen eigenen Idealen scheiterte. Man hat immer wieder dieses Gedicht autobiographisch fassen wollen, trotzdem der alte Browning, als er zögernd den Neudruck zugab, abwehrend erklärte, daß es wie alle seine anderen Werke rein dramatisch sei, d. h. nichts als Aeußerungen imaginärer Personen. Doch geht man vielleicht soweit nicht ganz fehl mit dieser Behauptung, als wir in diesem Jugendwerke mehr von Brownings Persönlichkeit erfahren, wie in späteren. Wir erkennen seine literarischen Lehrmeister, an denen er seinen Stil modelt, er spricht seine Bewunderung direkt aus, so besonders für Shelley wie in der prachtvollen Stelle, wo er ihn als Sonnenwanderer (sun-treader) feiert.

Nicht mit Unrecht hat Browning hier, wie auch noch in anderen Gedichten, den Titel nach der stummen Person gewählt, sie ist durchaus wichtig und nothwendig, denn wie solch eine Seelenoffenbarung momentan ist, so ist sie auch bedingt durch die Umgebung und den Zuhörer, und nicht immer hören wir in solch einer Beichte unverschleierte Wahrheit; weil der Dichter ganz in seinen Personen redet, so ist das Bild oft sophistisch gefärbt, denn selbst

in solchen Stunden innerer Einkehr kann der Mensch noch ein Schauspieler vor sich selbst sein.

Browning ist nicht der erste gewesen, der komplizirte Charaktere geschildert hat, wer wollte das den Hamlet und Faust gegenüber behaupten, aber Browning richtete sein Augenmerk zuerst auf Charaktere, an denen die Dichter bisher gleichgiltig vorübergegangen waren, die weder durch ihre Thaten noch durch die Situation, in der sie uns erscheinen, interessant sind, und doch durch das eigenartige Bild ihrer Seelenkräfte fesseln. Browning hat selten gewaltige, die Geschicke der Menschen beherrschende Charaktere geschildert, unter seinen zahlreichen historischen und Künstlergestalten sind es nicht die auf der Höhe wandelnden, vom Erfolg gekrönten Eroberer, die ihn anziehen, er folgt vielmehr am liebsten den unbekannteren Gestalten, die auf Seitenwegen wandeln. Die vom Erfolg gekrönte That ist ja nur der letzte Ausdruck einer langen Kette von inneren Seelenzuständen, die oft bei jenen Stiefkindern des Glückes weit merkwürdiger sind. Keiner hat wie Browning das Pathos der Enttäuschung geschildert; man könnte für Brownings Gestalten das Goethesche Wort „es irrt der Mensch, so lang er strebt“ umdrehen in „es strebt der Mensch so lang er irrt.“

Solche Gedankengänge hatten einst den jungen Browning zu der Wahl seiner frühen Helden Paracelsus und Sordello geführt. Er hatte sich nicht abschrecken lassen von dem Zerrbild, das die Nachwelt von Paracelsus, diesem merkwürdigen, oft geschmähten und verkannten Pfadfinder der Wissenschaft, aufbewahrt hatte. Er versenkte sich in die Masse seiner Werke, in denen sich Mystizismus und klares naturwissenschaftliches Erkennen so seltsam mischten. Und nach diesen hat er dann eine Faustnatur geschaffen, einen Menschen, der zuerst und zu heftig an den Brüsten der Natur sog, für den Erkennen und Wissen das Höchste ist, der die Menschen mit Gewalt zu sich heraufziehen will und ihnen darum erliegen muß; um so mehr erliegen mußte, da bei ihm in dem Streit zwischen Liebe und Erkenntniß die zweite immer den Sieg davon trägt.

Das Gedicht enthält eine Fülle von Schönheit, aber schon für dieses Werk stellt der Dichter an seinen Leser die Forderung seltener Konzentration. Brownings Dichtung ist keine Erholungspoesie, sie verlangt ein Studium, das sie aber reichlich belohnt. Er sagt selbst, daß er niemals eine Dichtung hervorgebracht habe, die einem Müssigen als Ersatz für eine Zigarre oder ein Dominospiel gelten könne.

Die stärksten Anforderungen an ein aufmerksames Studium macht Browning in dem Werke, das ihn unmittelbar nach Paracelsus beschäftigte, in „Sordello“. Auch dieser eine Gestalt, welche die Nachwelt in widersprechenden, schwer vereinbaren Zügen aufbewahrt hat. Erst in neuester Zeit haben die Forscher ein klareres Licht auf den Troubadour Sordello geworfen, dessen Dante in der göttlichen Komödie als des Landsmannes seines Führers Vergil gedenkt. Brownings Sordello leidet nur noch in weit stärkerem Maße unter dem Fehler seiner historischen Stücke. Das Hauptinteresse liegt auch hier in dem „psychologischen Epos“, der Seelenentwicklung des Dichters Sordello, wie Browning ihn geschaffen hat, der an dem Zwiespalt des denkenden, grübelnden Dichters und des Mannes der That — und für beides fühlt er die Befähigung — zu Grunde geht. Browning hat sich selbst mit einem solchen Eifer in die verwickelte politische Geschichte jener Zeit der Kämpfe der Guelfen und Ghibellinen versenkt, daß er nun mit Anspielungen und Parenthesen ein gleiches Verständniß bei seinen Lesern glaubt voraussetzen zu können, so daß die Klage, dieses Werk gehöre zu den schwer lesbaren, wohl berechtigt ist.

Und nicht nur in seinen Jugendwerken, durch seine ganze Schaffenszeit bleibt ihm die Vorliebe für die Vorläufer des hellen Lichtes in Kunst und Wissenschaft, alle seine historischen Gestalten stehen abseits, weit überstrahlt von glänzenderen Siegern. Nicht Mozart hat er gewählt, um ihm Worte des tiefsten Kunsterkennens in den Mund zu legen, sondern den Abbé Vogler, den Lehrer Webers. Browning selbst war Musiker, der für die Technik des Komponisten volles Verständniß besaß. Keiner hat es ihm wohl nachgemacht, das Wesen der Fuge dichterisch zu verherrlichen, wie er dies in „Master Huges of Saxe-Gotha“ versucht; ein Gegenstück dazu ist „A Toccata of Galuppi“. Galuppi ist ein wenig bekannter venezianischer Meister, dessen Werke ihm ein Bild des farbenprächtigen leichtherzigen Venedig des XVIII. Jahrhunderts vorzauberten, wunderbar geben hier Sprache und Versmaß die leichte venezianische Musik mit einer ernsten Unterstimmung wieder.

Ein andermal wieder reizt ihn ein „Pictor Ignotus“ oder „Das Begräbniß eines namenlosen Gelehrten“, um aus ihren Werken die dunklen Seelenvorgänge der einst lebenden herauszulesen. Und später, im Jahre 1887, veröffentlicht er einen ganzen Band von „Gesprächen mit Leuten von Bedeutung in ihrer Zeit“, von denen man außer von Mandeville, dem Erzähler der Bienenfabel, und

Lairesse, dem Maler und Kritiker, sehr dankbar erst durch eine historische Notiz erfährt, welche Bedeutung sie in ihrer Zeit gehabt haben.

Von größerer Wichtigkeit aber noch, als diese wirklichen historischen Gestalten, sind jene Charaktere, in denen es Browning verstanden hat, in einem Individuum das Empfinden ganzer Zeiten oder Volksschichten zu offenbaren. Am tiefsten hat Browning hier die Renaissancezeit erfaßt, vielleicht weil damals die Persönlichkeit sich besonders reich und originell entfalten konnte. Meisterhaft sind solche Gedichte, wie „der Bischof, der sein Grabmal in St. Praxedis' Kirche bestellt." An sein Sterbebett hat der vornehme Priester seine Nepoten versammelt, ihr Anblick ruft ihm die schöne Mutter seiner Söhne ins Gedächtniß, er fühlt etwas wie Reue, eine Stimmung der Beichte kommt über ihn, aber schnell drängt etwas Anderes sich vor: die Frage um sein Grabmal. Gekämpft hat er, um eine Nische in St. Praxedis' Kirche zu erhalten, nun hat er sie dort, von wo aus er das Grabmal seines Nebenbuhlers überschauen kann, allen seinen Reichthum, alle seine Villen will er den Söhnen hinterlassen, wenn sie sein Grabmal in edelsten Formen vom edelsten Material errichten wollen, besser und edler als das von Gandolfo, seinem Nebenbuhler, der ihn auch beneidet hat um die Schönheit ihrer Mutter.

Dies gleiche feine Empfinden für die formale Schönheit der Kunst, verbunden mit einer erstaunlichen moralischen Gleichgiltigkeit, ja Abgestumpftheit enthüllt ein anderes Gedicht „My Last Duchess" betitelt. In seiner Galerie vor dem Bilde seiner ersten Frau, das eine Meisterhand gemalt hat und das selten nur Gästen gezeigt wird, erzählt der Herzog dem Vermittler einer zweiten Ehe die Geschichte dieser ersten Gefährtin seines Lebens. Ein seltener Liebreiz, wie ihn der Meister dort festgehalten, habe sie geschmückt, aber diesen Liebreiz habe sie für alle Welt gehabt, ein Lächeln für jede Freude, in welcher Gestalt sie ihr auch entgegengetreten sei; er, der Gatte aber, habe es für sich allein beanspruchen wollen und eines Tages habe er den Befehl gegeben, daß dieses Lächeln für immer verstummen solle. Er zieht den Vorhang zu, erkundigt sich höflich nach den Bedingungen der neuen Ehe und macht den Besucher beim Herausgehen auf einige Perlen seiner Galerie aufmerksam.

In einem anderen Gedicht „Im Laboratorium" führt uns der Dichter in die krankhaft erregte Giftmischerzeit unter dem ancien

régime. Im Laboratorium erscheint die elegante Dame, sie ist tödtlich beleidigt und weiß, daß, während sie hier in dem unheimlichen, staubigen, schwarzen Raume weilt, der ungetreue Geliebte mit seiner neuen Freundin auf des Königs Ball tanzt und Beide ihrer spottend glauben, daß sie mit Thränen ihr Unglück benetze. Doch ihre haßerfüllten Augen folgen den Bewegungen des Alten, der das braut, was die verhaßte Nebenbuhlerin bald um Schönheit und Leben bringen soll, das tödtliche Gift.

Eine unerschöpfliche Fülle von Gestalten, in denen allen echtes Lebensblut pulsirt, umdrängen uns, wenn wir des Dichters Werk überschauen. Browning steht seinen Charakteren wie einem Kunstwerke gegenüber, das um so vollendeter wirkt, je mehr es sich organisch aus sich heraus entwickelt, die vollkommensten sind für ihn die Charaktere, die ihre eingeborenen Kräfte frei von jedem Hemmniß, entwickeln können. Darum gilt ihm als höchstes Gesetz der eigenen Persönlichkeit nachzuleben, und als Todsünde an ihr zu freveln.

Nie müde wird er, diese eine große Wahrheit zu predigen. In der Lebensbeichte von „Andrea del Sarto“ entschleiert sich uns eine Seele, die sich selbst untreu geworden ist; in einer Zwielichtstunde überkommt ihn die furchtbare Einsicht. Aus Liebe zu dem schönen putzsüchtigen Weibe hat er seine Kunst, die seine Persönlichkeit ausmacht, zu Boden getreten, er sieht das Alles nur zu klar, sieht, daß ihm sein Weib nicht einmal treu ist und doch ist jede Umkehr zn spät, da er sich selbst verloren hat. Der entlaufene Mönch „Fra Filippo Lippi“ aber, der mit einer Nonne lebt und den Wein liebt, so daß er von einem Bekannten in wenig erfreulichem Zustande auf der Straße gefunden wird — er that Recht, dieses Leben sich zu ertrotzen — denn nur so kann er der gebundenen Kunst der Zeit freiere Bahnen weisen und seine Bestimmung ganz ausfüllen. Gerade diese beiden Gedichte sind vollendete Probestücke für Brownings Kunst, uns im Monolog die innerste Seele einer Individualität zu erschließen.

Wie sehr der Dichter seinen Charakteren an sich jenseits von Gut und Böse gegenübersteht, das zeigt uns seine Behandlung einer seltsamen florentinischen Erzählung: „Die Statue und die Büste“. Auf Piazza Annunziata in Florenz steht eine Reiterstatue, das Antlitz nach einem Palastfenster gerichtet, an dem vordem eine Büste gestanden haben soll. Einst heißt es, soll der junge und kühne Großherzog Ferdinand an dem Fenster einer jungen schönen Frau vorübergeritten

sein, die Liebe zündete in Beider Seelen und Beide beschließen, ihrem Rufe zu folgen und gemeinsam zu fliehen. Aber eine gewisse Trägheit, Unentschlossenheit, vielleicht auch etwas konventionelle Furcht, lassen sie die That aufschieben, immer auf ein Morgen hoffen, bis die Stunde versäumt ist, das Leben entflieht. Hätten sie die Stunde benutzt — ihr Ziel war ein Verbrechen, aber ein größeres begingen sie, als sie das Leben in innerer Unwahrheit so vergeudeten.

Ein ähnlicher Gedanke liegt dem Gedichte „Too Late“ zu Grunde: der Tod hat dem Sprecher die Frau entrissen, die nie sein Eigen war, die einem Anderen gefolgt war; ihr Nein war für ihn wie ein großer Stein gewesen, den ein böser Dämon seinem der Freude zufließenden Lebensbächlein in den Weg geworfen, damals hatte er ruhig zugesehen, wie nur ein kleines Rinnsal noch um den Block herumgeflossen, ihm schmeichelte die Hoffnung, daß ein Erdbeben den Stein von seinem Platze schleudern könnte — nun erst, wo das Furchtbare zu spät ihm entgegentritt, weiß er, er hätte handeln müssen, und wäre es mit Gewalt gewesen; denn die Todte weiß jetzt, daß Niemand sie geliebt hat, nicht der Gatte, der elegante Reime auf ihren Tod macht, nicht die Welt, nur er allein, der jetzt wenigstens ihr zu folgen weiß, wenn auch zu spät für hier, um dort ganz seiner Liebe zu leben, seinem „summum jus“. Man hat Browning oft vorgeworfen, daß er immer nur letzte Akte seiner Tragödien schriebe, aber ist es nicht eine eigene hohe Kunst, in einem kurzen Monologe uns Menschen-Schicksal und Schuld mit so leuchtender Klarheit zu schildern, daß sie uns zum eigenen lebendigen Erlebniß werden? Und der Dichter versteht es, die Leidenschaft, die das tiefste Innere erschüttert, nach außen gehalten darzustellen, das Bild eines Mannes zu geben, der innerlich bebend schluchzt und doch die Thränen verhält.

Es ist bezeichnend, daß Brownings Poesie jede Sentimentalität fehlt; so oft er auch Resignation und Abschied der Liebe geschildert hat, niemals finden wir ein Schwelgen im Gefühl, im Genusse des Schmerzes, der sich allein im Mittelpunkte fühlt. Selbst der Reue, wo er sie für sein Seelenbild braucht, nimmt er das Lähmende durch die Einsicht in das Unabänderliche. Nur einmal hat er die Reue als Hauptinhalt eines Seelenbildes in ihrer ganzen quälenden Gewalt geschildert, in dem Gedichte „Martin Relph“, jenem Alten, der an jedem 1. Mai auf dem Hügel den Vorübergehenden seine Geschichte erzählt, wie er

von Eifersucht verblendet, die Ursache des Todes der Geliebten geworden sei; der Alte erzählt das Erlebniß mit allem Sophismus der Selbsttäuschung, mit der immer wieder erneuten Hoffnung, daß er selbst, oder der Hörer ihn von dem furchtbaren Vorwurf freisprechen könnten.

Brownings Dichtung ist durchaus kraftvoll; auch in seinen Frauengestalten zeigt sich das, wir finden in ihnen die gleichen Züge wie bei seinen Männern, es sind Alles ausgeprägte Individuen. Sie interessiren den Dichter durchaus nicht nur in ihrem Verhältniß und ihrem Werthe für den Mann, sie stehen auch nicht so stark im Vordergrunde wie in anderen modernen Dichtungen, aber überall sind es festumrissene und dem Mann gleichwerthige Persönlichkeiten; man hat sehr richtig von Browning gesagt, daß er der einzige neuere englische Dichter ist, der Frauen schildert, ohne sie zu idealisiren oder sie herabzuziehen.

Hieraus erklärt sich ein eigenthümlicher Zug von Brownings Liebesdichtung: die Einsicht von der Wandelbarkeit der Leidenschaft; nicht Leichtsinn lehrt seine Männer und Frauen diese Einsicht, sondern die Achtung vor der eigenen Persönlichkeit und der des Anderen. „Unendlich ist die Leidenschaft, aber dem endlichen Herzen bleibt nur der Schmerz der Sehnsucht", heißt es in dem Gedichte „Zwei in der Campagna". Hier ist dieser Gedanke am klarsten ausgesprochen und wird unterstützt durch die Schilderung der Campagna, wo Roms Geist, seit die ewige Stadt starb, wandelt und jetzt die Natur ganz ihren eigenen Willen hat, wo Schweigen und Leidenschaft, Freude und Friede, ein Leben voll Wunder wie im Spiele hervorbringen, ein Meisterstück von Brownings Naturschilderung, die selten nur um ihrer selbst willen da ist und doch mit wenigen Zügen immer das innerste Wesen einer Landschaft heraushebt.

Es ist schwer, Brownings Schaffen in Perioden einzutheilen, wir können höchstens von Gruppen seiner Werke sprechen, die sich zeitlich zusammenschließen; so setzt nach den ersten längeren Jugendwerken die Periode der Dramen ein, die allerdings schon von den ersten Sammlungen der kurzen Monologstudien unterbrochen wird, denen dann bis zum Erscheinen von „Dramatis Personae" i. J. 1864 ausschließlich die Thätigkeit des Dichters gehört und zu denen er auch später wieder zurückkehrt. Die nächsten zehn Jahre aber zwischen 1865 und 1875 schafft er Gedichte, in denen er, ohne seine

Methode im Geringsten zu ändern, sich wieder wie in seinen Jugendwerken weit umfassenden großen Stoffen zuwendet.

An der Spitze dieser Reihe steht das Werk, das man wohl als sein „standard work" ansehen kann, dem Umfange nach sein größtes und nach vielen Seiten auch sein bedeutendstes, „The Ring and the Book". Browning nimmt zu der Fabel, dem Geschehniß in seinen Gedichten eine ganz besondere Stellung ein. Er ist nie ein Erzähler und giebt sie uns niemals unmittelbar, sondern reflektirt von dem Seelenspiegel seiner Helden; wie diese die Ereignisse ansahen, nach ihrem Augenpunkte gemodelt werden sie uns vorgeführt. Nach dieser Richtung bietet „Der Ring und das Buch" das Facit und die Probe auf die Rechnung seiner Kunst. Das Werk besteht aus 12 Büchern, von denen uns zehn in Einzelmonologen die gleiche Geschichte zehnmal erzählen. Das erste Buch ist eine Einleitung, die sich mit Auffindung der Fabel beschäftigt, und das letzte rechtfertigt den Titel des Buches. Diese Fabel ist eine an sich nicht sehr merkwürdige Mordgeschichte, die Browning einst für wenige Soldi bei einem Antiquar in Florenz erstand, sie erzählt, wie eine junge Frau, die ihrem brutalen Gatten entlaufen und zu ihren Eltern zurückgekehrt war, von diesem sammt dem alten Paare ermordet wurde. Der siebzehnjährigen Pompilia hatte ein junger Priester bei der Flucht geholfen. Sie war als dreizehnjähriges Kind von den reichen Eltern dem adligen Schwiegersohne angetraut, da die Alten sich von dem Glanze des Namens auch für ihr Leben Vortheile versprochen hatten. Sie hatten sich getäuscht, das finstere Herrenhaus war auch ihnen ein Gefängniß. Da entdeckte die Frau ihrem Gatten, daß Pompilia nur ein untergeschobenes Kind sei; Beide verlassen das Haus und der Alte will nun die Mitgift nicht herausgeben. Unterdeß litt die arme Pompilia, von allen Seiten im Stich gelassen, fürchterlich unter den Mißhandlungen ihres jetzt doppelt grausamen Gatten. Als sie sich Mutter fühlte, fürchtete sie für ihr und ihres Kindes Leben und fand den Muth, mit Hilfe des Priesters, ihres einzigen Vertrauten, zu entfliehen. Es gelang, aber nur wenig Wochen konnte sie die Seligkeit, ihren Säugling an der Brust zu halten, geuießen, da traf sie das Verhängniß.

Dies, nur wenig mehr ausgeführt, fand Browning in dem vergriffenen, kleinen gelben Büchlein. Er machte kein Drama daraus, in dem er die Handlung auf eine Reihe von Personen vertheilte, aber doch schuf er sich zehn Akteure, zehn Darsteller,

von denen jeder für sich von seinem Standpunkte aus dem Hörer die Geschichte berichtet. Die ersten drei Monologe werden von drei Vertretern des unbetheiligten Publikums gesprochen; der erste tritt für den beleidigten Ehemann ein, der zweite nimmt mit romantischer Schwärmerei Partei für die schöne, junge Pompilia, die sterbend im Hospital liegt. Der dritte gehört der skeptischen höheren Gesellschaft an; halb mitleidig, halb verachtend sieht er auf den Skandal der niederen Kreise herab. Mit dem nächsten Buche reihen sich die drei Hauptpersonen an. Der Mörder, Graf Guido hält seine Vertheidigungsrede vor Gericht, er ist verschlagen und klug und kämpft für sein Leben, seine Rede ist ein Gemisch von Sophismus, lauernder Grausamkeit und Gemeinheit. Nach ihm spricht ebenfalls vor Gericht Giuseppe Caponsacchi, der junge Priester, voll glühender Beredtsamkeit; es gilt, sich und das junge Weib zu vertheidigen, er weiß, daß ihre beiden Seelen rein sind, daß er nicht anders konnte, als ihr helfen. Ob er sie liebt, wie sollte er ein solch Liebe und Schutz bedürftiges Wesen, halb Kind halb Weib, nicht lieben — doch nur zuletzt giebt ihm die Sehnsucht, die Sterbende noch einmal zu sehen, Worte voll hinreißender Leidenschaft in den Mund. Und nun Pompilia selbst, sie liegt auf dem Siechbett, den sicheren Tod vor Augen, ihr bleibt noch der Athem zur Beichte, es ist ein halbes Stammeln, ein Kindergeplauder einer weltfremden Seele, und doch tief erschütternd in seiner zarten, schluchzenden Beredtsamkeit. Selbst Browning hat kaum zum zweiten Male etwas von so rührender Größe geschaffen wie den Charakter Pompilias. Die beiden nächsten Bücher gehören den gerichtlichen Vertheidigern der beiden Parteien, das eine ein Glanzstück von Advokaten-Beredtsamkeit, das andere fast eine Burleske. Nach ihnen spricht der Papst, ihm steht die letzte Entscheidung zu, sie lautet auf Tod des Mörders; nächst „Pompilia" das bedeutendste der Bücher, voll tiefer Gedanken und gewaltiger Bilder und Gleichnisse. Zum Schluß erhält noch einmal der Verurtheilte das Wort; hier hat Browning das interessanteste seiner Seelenbilder entworfen, gerade im Gegensatz zu der früheren Vertheidigungsrede Graf Guidos; dort versteckt sich Angst und Feigheit hinter einem möglichst sicheren Auftreten, einer brutalen Außenseite, hier sehen wir einen fortwährenden Wechsel der Stimmung, von winselnder Todesfurcht zu jammernden Bitten um nichts als das Leben, von Frechheit und Trotz zu völliger Zerknirschung.

„Du bist ein toller Kerl", hatte damals Carlyle dem Freunde

zugerufen, „aus einer Zeitungsnotiz machst Du ein großes Werk.“ Das war Spott und Bewunderung gemischt; gewiß wird das Gigantische des künstlerischen Gedankens, der in diesem Werke zur Ausführung kam, dem einheitlichen Genusse im Wege stehen, doch giebt es wohl kein Werk der neueren englischen Literatur, das so das Studium verdiente und es mit so reichen Zinsen lohnte.

„The Ring and the Book“ ist das Werk, das Browning über die unerträgliche Leere der ersten Zeit nach dem Tode seiner Gattin forthalf, ihr hat er dies große Werk gewidmet, in wunderbaren, tiefempfundenen Blankversen von musikalischer Schönheit und rein lyrischem Klange; wer diese Widmungsverse liest, wird nicht den Vorwurf der Härte, der der Browningschen Poesie immer gemacht wird, aufrecht erhalten können. Brownings Gedankenreichthum bekundet sich auch in der Form der Behandlung des Verses. Erstaunlich ist es, wie Browning in einem Werke, wie das eben besprochene, den Blankvers für seine Zwecke der individuellen Rede vom spöttischen Plauderton bis zum emphatischen Schwung und Pathos verschieden zu behandeln versteht, und wie er ihn ebenso der weichsten lyrischen Empfindung anpaßt. „Brownings Vers ist rauh und herb in ebendemselben Maße wie seine Sprache dunkel und unverständlich ist“, ein solcher Vorwurf ist, wie schon Swinburne in seinem Aufsatze über Chapman nachgewiesen hat, nur ein Ausdruck für die Ungeduld des flüchtigen Lesers. Brownings Fehler ist nicht Dunkelheit, sondern eine zu große Ueberfülle der Gedanken; wie Swinburne sagt: mit einer zu glänzenden Intelligenz selbst ausgestattet, macht er es dem Leser oft schwer, ihm ebenso schnell zu folgen; und der Vers, der diesem Ueberreichthum sich anpassen soll, wird oft gedrängt und abrupt. Ueber welch eine musikalische Schönheit aber auch Browning verfügt, das zeigen die rein lyrischen Gedichte, Lieder in unserem Sinne, die in seinen größeren Werken von Paracelsus an eingestreut sind oder als Prologe und Epiloge seinen großen Sammlungen beigefügt wurden. Alle Töne sind hier angeschlagen, einfache Volkslieder, Balladen, reflektirte Stimmungsbilder und Liebeslieder.

Allerdings erreichte auch in diesen Liedern Browning nicht die leicht verständliche Klangschönheit eines Tennyson, seines großen Rivalen in der Dichtkunst des 19. Jahrhunderts. Tennyson hat seine beispiellose Popularität in erster Linie der Fähigkeit zu danken, daß er Gedanken und Empfindungen, die von allen verstanden und erlebt sind, in Worten von reicher musikalischer Schönheit auszu-

drücken wußte. Er galt und gilt noch jetzt vielen als der eigentliche Repräsentant seiner Zeit, und wenn man die „Vielen" in der weiten Ebne als die maßgebenden Zeitgenossen eines Dichters ansieht, so hat man wohl Recht damit. Browning ist gewiß erst spät von seiner Zeit verstanden worden, aber mit seiner Dichtung reiht er sich den Geistern an, welche die Träger des Fortschritts für ihre Zeit waren und für nachlebende Generationen doch als die eigentlichen Vertreter ihrer Zeit gelten werden. Browning begann in den dreißiger Jahren, in einer Zeit zu dichten, als sich in dem englischen Volke überall ein neues Leben zu regen begann, noch halb unbewußt und wirr, aber kräftig, wie bei jemand, der aus langem Schlafe erwacht. Es mußte ein Ende gemacht werden mit der langen Zeit des Schlendrians, die als Reaktion nach den Stürmen der Revolution eingesetzt hatte. Es herrschte bisher auf allen Gebieten, in Politik, Religion und sozialem Leben ein gefährlicher Grundsatz von Leben und Lebenlassen, nur nichts dem Anderen thun, damit man selbst in seinen Kreisen nicht gestört werde. Nur wenn es einmal galt, einen großen, selbständigen, unbequemen Charakter auszustoßen, dann brach ein Sturm los, so als Byron und Shelley vertrieben wurden. Das mußte dann immer mehr den Sieg der Flachheit und Mittelmäßigkeit bedeuten.

In diese unbewegte Atmosphäre fuhr damals wie ein Sturmwind von Norden her Carlyles Stimme hinein; er rüttelte die Geister aus ihrem Halbschlaf; und wenn sie auch vorgaben, ihn nicht zu hören, die angenehme Ruhe war doch gestört und überall begann der Ruf nach Reform. Carlyle ist nun zwar nicht verantwortlich zu machen für alle Reformen auf politischem und religiösem Gebiete, er hat beide oft genug leidenschaftlich bekämpft, selbst die soziale Arbeit, zu der er doch zuerst gerufen, war ihm nicht immer recht, aber alle diese Bewegungen waren gleiche Symptome des neu erwachten Lebens, einer Besinnung auf sich selbst. Mochte auch Newman in Oxford sich rückwärts der alten Kirche zuwenden und Carlyle den „Exodus from Houndsditch" die Loslösung von allem veralteten Dogma predigen, beide wandten sich gegen die gleiche verknöcherte Herrschaft des todten Buchstabens. Solch eine Bewegung aber schuf Individuen, Naturen im Goethischen Sinne. Und welch ein Dichter hätte wie Browning Naturen zu schildern verstandern.

Und wenn Carlyle lehrt, daß das Heil der Menschheit nur in der Selbstentäußerung läge, in der Arbeit, die über das Individuum

hinausführe, so befindet er sich doch nur scheinbar im Widerspruch mit Brownings Theorie von dem „summum jus“ der Persönlichkeit. Denn Carlyle wendet sich nur gegen den schwächlichen unfruchtbaren Egoismus, der sich in Sentimentalität und Sebstbeschauung verliert. Jedes Ziel, das der Mensch sich setzt, führt ihn über sich, d. h. über seine Unfruchtbarkeit hinaus und jedes Streben nach diesem Ziel ist Arbeit nach Carlylescher Definition, jeder Arbeiter aber ist auf dem Wege, ein Held zu werden. Gewiß pflichtet Brownings ganze Dichtung und Weltanschauung dieser Schlußfolgerung bei. Carlyles persönliche Stellung zu Browning ist nicht durchweg klar: während er privatim mit ihm auf freundschaftlichstem Fuße stand und, was bei Carlyle gewiß keine konventionelle Phrase war, aufs höchste Brownings Dichtung billigte und nach seinen eignen Worten von ihm unter allen Lebenden für das englische Volk am meisten erwartete, blieb eine öffentliche Anerkennung des Dichters aus, ja Browning selbst war doch ein wenig innerlich gekränkt, als Froude's umfassendes Werk über Carlyles erschien, und er dort kaum genannt wurde. Wahrscheinlich lagen hier persönliche Einflüsse vor; Jane Carlyle, immer sehr entschieden in Liebe und Haß, hatte eine ausgesprochene Abneigung gegen Browning, in die sie augenscheinlich auch ihren nahen Freund Froude hineingezogen hat. Wie dem auch sei, Browning und Carlyle sind doch Brüder eines Geistes, der tiefste Grund ihrer Weltanschauung war der gleiche. Beide waren Kämpfernaturen, und der unerschütterliche Optimismus, dem beide huldigten, war ein Optimismus des Kampfes, an dem nichts von Weichheit und Flachheit zu spüren, der stahlhart ist. Das Leiden erkennt Browning als eine Nothwendigkeit an, als ein Hinderniß, das dem lebenden Menschen sich in den Weg stellt, um überwunden zu werden, ohne welches das Leben kein Ziel, „keine Freuden, keine Helden, keine Heiligen“ hätte. In diesem Optimismus spricht am unmittelbarsten Brownings eigenste Persönlichkeit zu uns, während er diese sonst mit scheuer Prüderie vor allen Augen verhüllen möchte.

Diese Weltanschauung giebt seiner Erscheinung eine so eigenthümliche Kraft und seinem Alter eine seltene Wärme, Heiterkeit und Jugendfrische. Sie hat ihm bis zuletzt seine Dichterkraft erhalten; die letzte Nachricht, die ein Lächeln auf dem Antlitz des Sterbenden hervorrief, war die, daß sein letzter Band Gedichte, der eine Reihe seiner schönsten Liebeslieder enthält, zur Veröffentlichung bereit sei an dem Tage, an dem die Trauernachricht

seines Todes von Venedig aus England erreichte, wurde dies Vermächtniß der Welt übergeben und einen edleren Nachruf kann sich ein Dichter nicht selbst halten als mit diesem Werke, das mit dem Epilog schließt:

Wenn um Mitternacht, zu stiller Schlafensstunde,
Deine Träume frei entfliehn,
Werden sie, wo, todtumstrickt nach Thorenglauben,
Der dich liebte, den du liebtest, ruht, voll Mitleid
Zu ihm ziehn?
So geliebt sein, so zu lieben und verkannt doch.
Was zu schaffen auf der Welt
Hatt' ich mit den Trägen, Narren, Feigen?
Daß ich ziellos, hilflos, hoffnungslos zu jenen
Mich gesellt?
Der nie rückwärts sah, nein vorwärts stürmte, glaubend,
Daß die Wolken doch vergehn,
Daß nie Unrecht ob dem Rechte triumphire,
Daß man schläft zu wachen, fällt, um besser kämpfend
Aufzusteh'n.
Drum zu Mittag, in dem Kampf der Männerarbeit
Grüß ihn unsichtbar von dir!
Heiß die Brust voran, wie sich's gehört ihn stemmen,
Ruf ihm „Streb und lebe, eil zum Kampfe immer
Dort wie hier!"

Das Lutherbild in der katholischen Geschichtschreibung.

Von

Karl Trost.

Zu den Grundlehren der katholischen Kirche gehört der Satz, daß die gläubige Annahme der von Gott geoffenbarten, von der Kirche vorgestellten Wahrheit eine unabweisbare Pflicht ist. Es ist also in deutlichen Worten gesagt: entweder richtest Du Dein ganzes Denken, Fühlen und Wollen nach dem von der Kirche sanktionirten Schema ein oder die Kirche erklärt Dich für einen Menschen, der sich gegen Gottes Gebot auflehnt, der mit frevlem Muthe seinen eigenen Willen an die Stelle des göttlichen setzt. Demnach ist es auch vom Gesichtspunkt der Logik aus nicht zu beanstanden, wenn strenggläubige katholische Schriftsteller die großen Denker, welche über die höchsten Menschheitsfragen ein selbständiges Urtheil zu gewinnen strebten, als schwarze Verbrecherseelen brandmarken. Der Prager Professor O. Willmann sagt in seiner Geschichte des Idealismus von Spinoza: „Der Kern seines tractatus theol. pol. ist die Ausrottung der Religion durch die von radikalen Aufklärern gegängelte Staatsgewalt. Spinozas Biographen versichern uns in aufdringlicher Weise, daß sein Privatleben tadellos gewesen sei, wobei sie das richtige Gefühl leiten mag, daß wir bei seiner Verbrechermoral auch ein schändliches Leben erwarten dürfen.“ Von Kant urtheilt derselbe Willmann, einer der hervorragendsten Vertreter der katholischen „Philosophie“, er sei „ein Prädikant des Umsturzes von Glaube, Sitte und Wissenschaft“, also ein Zerstörer alles dessen, was den höheren Werth des Menschen ausmacht. Wenn schon von Philosophen, die sich des direkten Angriffs auf die Glaubensformeln der Kirche enthielten, in dieser Tonart gesprochen wird, was werden wir erst zu erwarten haben, wenn „Glaubensneuerer“ in Frage kommen, die, wie Luther oder Calvin, Millionen von Gläubigen dem heil. Stuhl abwendig gemacht haben?

Die Last der Schmutz- und Schimpfreden, die von katholischer Seite auf das Andenken der Reformatoren abgeladen worden sind und noch täglich abgeladen werden, ist wahrlich keine geringe, indeß bei näherem Zusehen bemerken wir, daß in katholischen Schriften geschichtlichen Inhalts, die nicht für geistliche Schulen und Seminarien, sondern für einen weiteren Kreis gebildeter Leser bestimmt sind, namentlich der lutherischen Reformation ein steigendes Verständniß, ja vielfache Anerkennung entgegengebracht wird. Ursachen verschiedener Art haben zusammengewirkt, um da, wo früher nur tödtlicher Haß und finsterer Fanatismus das Wort führte, einem Streben nach Gerechtigkeit den Boden zu bereiten. Insbesondere kommt hier in Betracht das immer stärkere Ueberwiegen der nationalen Sympathien über die religiösen. Das durchschlagende Moment aber ist, daß alle moderner Bildung irgendwie zugänglichen Gesellschaftskreise sich der dogmatischen Betrachtungsweise geschichtlicher Dinge mehr und mehr entwöhnen und der historischen zuwenden. Die ganze Entwicklung unserer Zeit mit all den gewaltigen Veränderungen und Umgestaltungen, die sie hervorgebracht, drängt dem besonnener Urtheilenden die Einsicht auf, daß man mit einem absprechenden: gut oder schlecht, wahr oder falsch dem Verständniß der Dinge nicht näher kommt, sondern daß diese zunächst aus den Bedingungen der Zeit, der sie entstammen, ihre Deutung und Würdigung erhalten müssen.

Für katholisch-gläubige Schriftsteller ist es indeß außerordentlich schwierig, bei der Beurtheilung geschichtlicher Ereignisse von der dogmatischen Auffassungsweise zur rein historischen durchzudringen, mit Bezug auf religiöse und kirchliche Dinge sogar ganz unmöglich. Die kirchliche Lehre kennt nur absolute Werthungen. Was mit dieser Lehre und ihren Geboten übereinstimmt, ist als wahr und gut zu betrachten, immer, überall, unter allen Umständen; was von ihr abweicht oder gar ihr widerspricht, ist unwahr, schlecht und verderblich. Der erste katholische Schriftsteller, der, wenn auch keineswegs in wohlwollender Absicht, so doch mit ernstem Sinn den Versuch machte, das Positive im Lutherthum vom historischen Standpunkt aus zu begreifen und zu würdigen, ist Ignaz Döllinger in seinem 1846—1848 erschienenen dreibändigen Werk: „Die Reformation, ihre innere Entwicklung und ihre Wirkungen im Umfang des lutherischen Bekenntnisses“. Zu Anfang des Jahres 1851 erschien dann noch ein kurzer Essay: „Luther“, vom Verfasser selbst als Skizze bezeichnet, die er aber mit viel Sorg-

falt ausgearbeitet habe. Döllinger besitzt in vollem Maße die dem Historiker unerläßliche Fähigkeit, das Wesentliche und Folgenschwere aus der Menge des Unwesentlichen und Bedeutungslosen herauszufinden. Er erkennt, daß die Seelenkämpfe, in denen der junge Doktor Martinus sich einen neuen Glauben errang, — daß diese inneren Kämpfe und Siege es gewesen sind, welche der deutschen Reformation Richtung und Inhalt gegeben haben. „Ehe noch der Ablaßstreit begann", sagt Döllinger, „hatte Luther sich von der bisherigen Theologie und der allgemeinen Lehre der Kirche in einem Punkte entfernt, der neben dem Dogma von der Person Christi der wichtigste im ganzen kirchlichen Lehrgebäude ist und über die Auffassung und Gestaltung des ganzen praktisch-christlichen Lebens entscheidet — im Dogma von der Rechtfertigung des Menschen. Der Keim, aus welchem sein ganzes nachheriges System hervorwuchs, war bereits in den Jahren 1515 und 1516 bei ihm entwickelt, und seine Doktrin, wie er sie an der Universität vortrug, hatte bereits Anstoß und Veranlassung gegeben, von einer neuen, auf Irrwegen befindlichen Theologia zu reden; er selber aber war freilich noch nicht einmal der nächsten und unabweisbarsten Konsequenzen, die sich aus seiner Vorstellung ergaben, sich bewußt geworden."

Für jeden psychologisch tiefer Blickenden und ohne Befangenheit Urtheilenden wird eben durch diesen einfachen thatsächlichen Hinweis Döllingers klar ins Licht gestellt, wie das Werk Luthers von allem Anfang an mit dem Stempel des Genius gekennzeichnet war. Namentlich der letzte Satz, der auf das Unbewußte als die Werkstätte hinweist, wo die Waffe geschmiedet wurde für die größte Befreiungsthat, die jemals der Menschheit gelungen ist, erinnert lebhaft an die Aeußerungen Goethes, in welchen dieser von dem Drängen und Treiben des „dämonischen Geistes" in seinem Innern eine Vorstellung zu geben sucht. Wenn Luther der nächsten Konsequenzen seiner Vorstellung von der Rechtfertigung sich unbewußt blieb, so ist dies der deutlichste Beweis, daß es sich bei diesem über die Gestaltung des ganzen praktisch-christlichen Lebens entscheidenden Gedanken nicht um das Ergebniß eifrig gepflegter theologischer Dialektik handelte, sondern um ein großes inneres Erlebniß, das dann Tausende und aber Tausende nacherlebt haben. Von diesem Vorgang im Herzen des Genius hatte Döllinger kaum eine Ahnung. Sein Blick blieb auf die „Irrlehre" des theologischen Dozenten geheftet, die er aus dem „peinigenden und trost-

loſen Geiſteszuſtand", in dem ſich Luther dazumal befunden habe, zu erklären und einigermaßen zu entſchuldigen ſucht.

Und nun kommt die ſophiſtiſche Sinnverdrehung, die mehr als drei Jahrhunderte lang von den katholiſchen Theologen oder theologiſirenden Geſchichtſchreibern unermüdlich wiederholt worden iſt mit dem Erfolg, daß in den Augen des katholiſchen Volkes die Vorſtellung von dem poſitiven Sinn und Inhalt der lutheriſchen Reformation nicht nur entſtellt, ſondern unmittelbar in ihr Gegentheil verkehrt worden iſt. Luther, durchaus ein Mann der lebensfreudigen That, leugnete die Gottwohlgefälligkeit aller „Werke" der Askeſe, der Selbſtpeinigung, der zweckloſen Abnegation und der myſtiſchen Träumerei; er verwarf den Roſenkranz, das Knierutſchen, das Anſchreien der Heiligen, das methodiſche Hungern und alle dergleichen Uebungen, die von der Kirche als „gute Werke" par excellence geſtempelt waren; er legte allen Nachdruck auf die Rechtfertigung, d. h. auf das raſtloſe ſittliche Streben, das aber allerdings, in Anbetracht der menſchlichen Schwäche einerſeits und der über alles Menſchliche weit erhabenen göttlichen Reinheit und Heiligkeit andererſeits, niemals zu dem Ziele führen könne, auf das alles religiöſe Sehnen gerichtet iſt: zur Vereinigung mit Gott. Verzweiflung war das Loos des Menſchen, der mit allen ſeinen Kräften Gott ſuchte, der nur in Gott ſeine Ruhe finden konnte, wenn ſich ihm nicht als Rettung in der äußerſten Seelennoth der Glaube darbot, daß durch den Opfertod Chriſti die Kluft, die den endlichen und ſündhaften Menſchen von dem Allheiligen und Unendlichen ſcheidet, für den auf die Wirkſamkeit dieſes Sühnetodes gläubig Vertrauenden vollkommen ausgefüllt ſei. Luther glaubte und war bereit zu ſterben für dieſen Glauben, daß kein irdiſches Werk, und entſpräche es noch ſo ſehr den Vorſchriften des Geſetzes, den Menſchen zu Gott erheben könne, wenn nicht die Gnade von oben der menſchlichen Unzulänglichkeit zu Hilfe komme. Dieſem proteſtantiſchen Glauben hat ſpäter Goethe in jenen wundervollen, beim Tode Fauſts vom Himmel her geſprochenen Worten Ausdruck verliehen:

Wer immer ſtrebend ſich bemüht,
Den können wir erlöſen.
Und hat an ihm die Liebe gar
Von oben Theil genommen,
Begegnet ihm die ſelige Schaar
Mit herzlichem Willkommen.

Eine neue Wahrheit, die ins Volk dringen will, kann des rhetorischen Nachdrucks, der in der Paradoxie liegt, nicht wohl entrathen. Luther hat mit dem triumphirenden Selbstgefühl des Helden, der das Jahrhundert in die Schranken fordert, von diesem rednerischen Mittel vielleicht über Gebühr Gebrauch gemacht und die Antithese zwischen der Rechtfertigung durch den Glauben und der durch Werke zu erwerbenden Gerechtigkeit in provozirender Weise verschärft. Jedenfalls haben seine Feinde aus einzelnen derartigen Aeußerungen Anlaß genommen, ihm die Behauptung unterzuschieben, daß „der Mensch nicht durch Anstrengung, durch die Arbeit der Buße und Besserung, sondern auf die leichteste und bequemste Weise, durch einen bloßen Akt des gläubigen Annehmens und sich Zurechnens vor Gott gerecht und seines ewigen Heils gewiß werde.“ Daß ein sonst so trefflicher und ehrenwerther Mann wie Ignaz Döllinger in diesen Ton einstimmte, könnte Wunder nehmen. Das Staunen wird schwinden, sobald man sich klar hält, daß Döllinger in Luther eben nur den Theologen sah, der am katholischen Dogma rüttelte und ein neues Dogma aufstellte. In den Augen des strenggläubigen Katholiken erscheint solches Beginnen als ein Verbrechen, das keinen Pardon zuläßt, und als eine Gefahr, die mit allen Mitteln abzuwehren heilige Pflicht ist.

Das Grundprinzip des Protestantismus ist sittliche und religiöse Selbstbestimmung, das Wesen der katholischen Kirche ist begriffen in dem Wort: Autorität. Im Katholizismus ist die Religion nicht die Befriedigung subjektiven Empfindens; er hat einen objektiven Inhalt, er umschließt ein System von Wahrheiten, welche Antwort geben auf die höchsten und letzten Fragen. Sprechen wir vom Prinzip des Katholizismus, so ist darunter zu verstehen die Anerkennung der Kirche als der von Christus gestifteten, in der Menschheit wirkenden Heilsanstalt und insbesondere die Anerkennung des kirchlichen Lehramts zur Bewahrung der von Gott geoffenbarten und in der Kirche hinterlegten Heilswahrheiten. Mit der Aufrechterhaltung dieses Prinzips, welches dem der historischen Betrachtungsweise geschichtlicher Dinge diametral entgegengesetzt ist, steht und fällt der Katholizismus. Die Kirche verkündet absolute Wahrheit und nimmt für sich absolute Autorität in Anspruch, — am Absoluten läßt sich nicht mäkeln.

Wie bringt es nun aber der sogenannte liberale Katholizismus, der neuerdings für seine Bestrebungen die Formel einer Versöh-

nung der katholischen Weltanschauung mit der modernen Kultur aufgestellt hat, — wie bringt dieser katholische Liberalismus es fertig, der Reformation und dem von der Kirche tausendmal verfluchten Ketzer Luther allerhand anerkennende Worte zu widmen? Zunächst durch Vertuschung und Verflachung der Gegensätze. In dem bekannten Buch des Professors Ehrhard, „Der Katholizismus und das zwanzigste Jahrhundert" wird zwar immer wieder betont, daß in dem „extremen Subjektivismus" der Reformatoren Luther und Zwingli die eigentliche materia peccans gegeben sei, welche den Umsturz der objektiven kirchlichen Institutionen bewirkte; indessen, sagt Ehrhard, in Folge der Verschiedenheit des Inhalts der religiösen Grundgedanken hat die Reformation verschiedene Formen angenommen, deren hauptsächlichste sich in zwei Gruppen zertheilen lassen, eine kirchenbildende und eine kirchenzerstörende. Die erste Gruppe umfaßt das Lutherthum, den Zwinglianismus und den Calvinismus. Weil diese drei Formen der Glaubensneuerung, im Gegensatz zu den Schwarmgeistern verschiedenster Art, doch wieder eine religiöse Ordnung und Autorität herstellten, kann man praktisch über das Prinzip des Subjektivismus, aus dem die Auflehnung gegen den überlieferten Glauben hervorging, hinwegsehen und das Gute anerkennen, was die Reformationskirchen trotz ihres autoritätfeindlichen Ursprungs an sich haben mögen. Ausgehend von dieser Betrachtungsweise kommt Ehrhard zu folgender Würdigung des Reformationswerkes und der Persönlichkeit Luthers. „Der Grundzug des Lutherthums", sagt er, „war praktisch-religiöser Subjektivismus. Luther ging nicht von einer bewußten Kritik der kirchlichen Lehren und Institutionen aus; sein Kampf gegen die katholische Kirche war die Konsequenz seiner Stellungnahme zur großen religiösen Frage nach dem persönlichen Verhältniß des Menschen zu Gott in ihrer Zuspitzung auf die Gewißheit des Heilsbesitzes. Die Antwort darauf fand er unter dem Einfluß seines ungesunden, unharmonischen (recte: Wahrheit verlangenden, tiefgründigen) inneren religiösen Lebens, der Unzufriedenheit mit der herrschenden kirchlichen Frömmigkeit und ihren Aeußerungen, der Abwendung von der verknöcherten Scholastik, endlich des einseitigen Studiums der deutschen Mystiker, des hl. Augustin und besonders der heiligen Schrift, unter deren Büchern er die Psalmen und die Paulusbriefe bevorzugte, in der Rechtfertigung durch den Glauben ohne die Werke, wodurch die Gewißheit des Heilsbesitzes unmittelbar gegeben ist. Diese Ant-

wort, die zum Materialprinzip des Protestantismus geworden ist, drängte wegen ihres Widerspruches mit der kirchlichen Vergangenheit zur Behauptung der alleinigen Autorität der heiligen Schrift, die sich später zum Formalprinzip des Protestantismus verdichtete. Zur Ausbildung eines innerlich einheitlichen Religionssystems ist er nicht gekommen; er hat genug Grundanschauungen des Katholizismus beibehalten, um von den liberalen Protestanten der Gegenwart als Führer und religiöse Autorität direkt abgelehnt zu werden."

Als Döllinger im Jahre 1850 seine Lutherskizze entwarf, stand an der Spitze des kontinentalen Protestantismus Friedrich Wilhelm IV., ein Halbtheolog, der immer wieder der Versuchung erlag, auch Angelegenheiten, die nach protestantischer Anschauung rein staatlicher Natur sind, kirchlichen Gesichtspunkten zu unterwerfen. Kein Wunder, wenn sich unter solchen Umständen die Kontroverse über den eigentlichen Sinn und die innere Berechtigung des Reformationswerkes innerhalb des beschränktesten Horizontes abspielte. Kein Wunder auch, wenn dabei von einem Verständniß für die historische Nothwendigkeit der konservativen sowohl wie der fortschrittlichen Richtung im religiösen Kulturprozeß der Westarier gar nicht die Rede sein konnte. Die großen politischen Ereignisse der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts haben neue, außerordentlich erweiterte Horizonte geschaffen, denen gegenüber sich die Maßstäbe der früheren geistigen Kleinstaaterei als ganz unzulänglich erweisen. Mit vollem Recht will Ehrhard ein bedeutsames Zeichen der Zeit darin erblicken, daß in einer Wiener Studentenversammlung, die nach Tausenden zählte und deren erdrückende Mehrheit Söhne katholischer Familien waren, die Worte: „Wir Deutschen haben nur drei große Namen, Luther, Goethe und Bismarck" mit brausendem, lang anhaltendem Jubel aufgenommen wurden. Das germanische Rassegefühl ist lebendig geworden und damit auch Abneigung gegen Alles, was in unserem nationalen Leben als undeutsch empfunden wird. Wie unklar immer an sich das Verlangen nach einer „germanischen Religion" sein mag, immerhin trägt das Auftreten dieser Forderung dazu bei, die Aufmerksamkeit auf die Thatsache zu lenken, daß Luthers Werk nicht bloß eine Reform des religiösen Lebens, sondern ganz wesentlich eine Erweckung und Erneuerung des nationalen Geistes der Deutschen gewesen ist. Auch in der katholischen Geschichtschreibung kann man nicht umhin, das Lutherthum im Zusammenhang mit dem ganzen

Zeitalter der Reformation zu erfassen und in allen seinen Beziehungen zum politischen, zum nationalen und allgemein kulturellen Leben des deutschen Volkes darzustellen.

Die Kräfte, sagt Ehrhard, denen die Reformation als Gesammterscheinung ihren thatsächlichen Erfolg zu verdanken hatte, lassen sich auf vier zurückführen: die religiös-kirchliche, die nationale, die politische und endlich die allgemein kulturelle. Die religiös-kirchliche bietet der Betrachtung eine doppelte Seite. Nach der negativen Seite war es die mangelhafte Vertretung des katholischen Gedankens durch die konkreten Organe der Kirche, welche den Reformideen in den breiten Schichten des Volkes den Boden bereitete. Lange vor Luther rief man nach einer allgemeinen Reform der Kirche an Haupt und Gliedern, und da die Konzilien sich unfähig zeigten, diesem Verlangen zu genügen, so verbreitete sich in immer weiteren Schichten eine radikale Stimmung. Die lutherische Reform gewann die ernsteren Geister durch Hervorkehren des Wesenhaften in der Religion. „Die Auffassung, daß Glaube und h. Schrift höher stehen, als die vielfältigen Frömmigkeitsäußerungen, mußte Jedermann einleuchten." Nach diesem Satz, der beinahe wie eine unbedingte Anerkennung der sittlich-religiösen Ueberlegenheit des Lutherthums klingt, wird, wie um den Katholiken nun auch eine Genugthuung zu geben, die alte, uns schon von Döllinger her bekannte Insinuation hinzugefügt, daß Luthers Lehre sich der Masse empfohlen habe durch Herabstimmung des christlichen Lebensideals. Der Bequemlichkeit in der Religion sei die Lehre von dem alleinseligmachenden Glauben weit entgegengekommen, während die von der alten Kirche geforderten Werke unter Umständen hohe Anforderungen an den thatkräftigen Willen stellten.

Die zweite, die nationale Kraft lag in dem Gegensatze des germanischen Geistes zu dem romanischen und römischen, sowie in dem Streben nach kirchlicher Selbständigkeit. Es unterliegt keinem Zweifel, sagt Ehrhard, daß, wie alle übrigen Anlagen der verschiedenen Völker, so auch die religiöse ein eigenthümliches nationales Gepräge besitzt, das auf die Verwirklichung des christlichen Lebens nicht ohne Einwirkung bleiben konnte. Die Germanen erhielten das Christenthum durch die Vermittlung der christlichen Römer und geriethen dadurch in eine intensive kirchliche und kulturelle Abhängigkeit von Rom. Je mehr aber der Kulturstand sich hob, desto schärfer trat die Eigenthümlichkeit der religiösen Sinnesart

der Germanen zu Tage. Mit Luther trat das nationale Bewußtsein in einen wesentlichen Gegensatz zur katholischen Kirche. Er brachte seinen Unwillen gegen Rom in seiner drastischen Weise immer wieder zum Ausdruck; er drang auf nationale Kirchenbildung, auf nationale Kultussprache, und dieser nationale Geist hat den Protestantismus von Anfang an beherrscht. Deutsche Theologie, deutsche Kirche, deutsches Christenthum, der Ultramontanismus als Erbfeind des Deutschthums, das waren damals und sind noch heute die Schlagwörter, die immer wieder die auseinanderstrebenden protestantischen Kreise einigen und gegen den gemeinsamen Feind zum gemeinsamen Kampf führen.

Die nationale Bewegung hätte indessen nicht genügt, um die kirchliche Revolution des 16. Jahrhunderts ins Werk zu setzen, wenn nicht die politische Lage in hohem Maße fördernd hinzugetreten wäre. Seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts war in Deutschland eine starke partikularistische Bewegung im Gange, als deren Träger die deutschen Fürsten und die freien Städte mehr und mehr hervortraten. Unter der Regierung Kaiser Karls V. verschlechterten sich die politischen Verhältnisse in hohem Grade. Den Bestrebungen der Fürsten kam die lutherische Reformpartei weit entgegen. Die Annahme und Vertheidigung des Lutherthums bedeuteten zugleich die Ausübung des Rechts selbständiger Entscheidung, die Unabhängigkeit von der kaiserlichen Gewalt, die Vermehrung der territorialen Macht. Sie bedeuteten aber auch die Vermehrung des fürstlichen Reichthums; denn die Kirchengüter wurden von den Reformatoren den Fürsten und freien Städten zugesprochen. So trat die lutherische Reform in einen innigen Bund mit realen Mächten, die bereit waren, mit dem materiellen Schwert ihren Sieg zu fördern.

Bei Erwähnung des vierten dem Sieg der Reformation günstigen Moments, der damaligen kulturellen Zustände, kommt Professor Ehrhard wiederum auf Luther zu sprechen, indem er sagt: Ein weiteres Element lag in der Persönlichkeit der Reformatoren selbst, an deren Spitze Luther einhergeht. So sehr man ihr Werk beklagen muß, es kann nicht geleugnet werden, daß sie große Ziele verfolgten mit erstaunlicher Energie und unter Anwendung gerade jener Mittel, welche zur Erreichung ihrer Zwecke am besten geeignet waren: Einflußnahme auf das Volk, volksthümliche Sprache und volksthümlicher Ton, Verbindung mit den realen Mächten. Diese

Vorzüge finden sich bei den Anhängern der alten Kirche vielfach nicht, gerade dort nicht, wo sie am nothwendigsten waren, bei den deutschen Bischöfen.

Man wird schwerlich sagen können, daß in diesen Aeußerungen über den Reformator und das Werk der Reformation irgend etwas Gehässiges sich bemerkbar mache. Dieselbe Anerkennung verdienen aber so ziemlich alle während der letzten Jahre erschienenen, aus der Feder katholischer Schriftsteller herrührenden geschichtlichen Darstellungen aus dem Reformationszeitalter. Es lohnt der Mühe, sich nach den besonderen Gründen dieser Hinneigung zur Objektivität näher umzusehen. Besonnene, durch wissenschaftliches Streben und politische Einsicht hervorragende Katholiken — vor Andern muß hier Freiherr von Hertling genannt werden — haben erkannt, daß der Katholizismus, wenn er wieder als soziale Macht ersten Ranges sich seinen Platz erobern wolle, vor Allem den Vorwurf der geistigen Rückständigkeit und Kulturfeindlichkeit zu entkräften suchen müsse. Daher ein eifriges Bemühen, namentlich auf den Gebieten des Staatsrechts, der Politik und der Geschichte mit den besten wissenschaftlichen Leistungen der Protestanten in Wettbewerb zu treten. Die wissenschaftliche Ebenbürtigkeit ist den kirchentreuen Katholiken bisher vornehmlich aus dem Grunde bestritten worden, weil ihre geistige Bewegungsfreiheit durch äußere Rücksichten auf die kirchliche Autorität und die Vorurtheile der blinden Volksmasse in einer den Begriff der Wissenschaft aufhebenden Weise gehemmt und eingeengt sei. Wir haben hier nicht die Frage zu erörtern, inwieweit und auf welchen Gebieten die Denk- und Redefreiheit der Katholiken eine eingeschränkte bleiben muß, da die Kirche, ihrem Prinzip gemäß, keine Erörterung von Fragen gestatten kann, die sie ein für allemal und endgiltig beantwortet hat, — hier kam es nur darauf an, auf den Einfluß hinzuweisen, den das Streben nach wissenschaftlicher Ebenbürtigkeit auf Geist und Tonart der katholischen Geschichtsliteratur ausüben muß. Im Wesen der römisch-katholischen Kirche ist es auch begründet, daß politische Konstellationen von historischer Tragweite und Bedeutung sich im Geist der von ihr beeinflußten Literatur viel rascher und stärker bemerkbar machen als anderswo. Die parlamentarische Stellung des Zentrums in Deutschland, das Ueberschäumen des deutschnationalen Geistes in Oesterreich erheischen gebieterisch von Allen, die das Interesse der katholischen Kirche in verständiger Weise

wahrnehmen wollen, mit peinlicher Vorsicht jede Aeußerung zu vermeiden, welche die staatliche oder nationale Gemeinbürgschaft stören und schwächen könnte.

Dieser konziliatorische Geist und das Streben nach Objektivität tritt besonders deutlich in den Ergänzungen hervor, welche das bekannte Janssensche Geschichtswerk durch eine Reihe geschichtlicher Monographien erfährt, welche unter der Leitung des Innsbrucker Professors Ludwig Pastor erscheinen. In allen diesen Schriften tritt die Tendenz in den Vordergrund, den Nachweis zu liefern, daß die katholische Kirche Deutschlands zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts keineswegs in dem Maße ihrer hohen Aufgabe entfremdet und zur Erfüllung ihres göttlichen Amtes unfähig gewesen sei, wie das häufig angenommen wird. Nicht bloß viele fromme und gelehrte Männer, sondern auch eine Anzahl wahrhaft reformatorischer Geister konnte die Kirche die Ihrigen nennen. Wenn es sich bloß darum gehandelt hätte, die unter den Geistlichen eingerissene Sittenlosigkeit durch strenge Zuchtmaßregeln zu beseitigen und eine Anzahl schreiender Mißstände in der Einrichtung und Verwaltung der Kirche abzustellen, so war vielleicht die Möglichkeit vorhanden, ein Reformwerk durchzuführen, durch welches der kirchlichen Sezession vorgebeugt und die Glaubenseinheit erhalten wurde. Aber die einzige, gerade von katholischen Geschichtschreibern, wie Döllinger, Ehrhard u. A., hervorgehobene Thatsache, daß die Reformation Luthers nicht von einer Kritik kirchlicher Lehren oder Einrichtungen ausging, sondern anhub mit dem Bekenntniß zu einer ganz neuen Auffassung des Verhältnisses, in welchem der endliche Mensch zu Gott, dem Unendlichen und Allheiligen, steht, — diese Thatsache beweist, daß keine wie immer geartete Reform, die das **Prinzip** der römischen Kirche unangetastet gelassen hätte, dem deutschen Geist und Gemüth hätte genügen können. Das Auftreten Luthers war das Signal zu einer großen Befreiung zunächst des deutschen Geistes, einer Befreiung, die nicht länger hintangehalten werden durfte, wenn der deutsche Geist nicht durch die Fremdherrschaft der damaligen Kirche gänzlich unterdrückt und erstickt werden sollte. Luther, sagt Goethe mit ebenso schlichtem als treffendem Wort, hat uns geistig erst auf unsere eigenen Füße gestellt. Daß jeder Fortschritt der Menschheit, jede geschichtliche Errungenschaft auf der anderen Seite auch eine Einbuße zur Folge hat, ist heute ein Axiom der historischen Wissenschaft. Wir brauchen uns also nicht weiter beirren zu lassen durch die von katholischer Seite

immerfort wiederholte Aufzählung der Schädigungen, welche unser nationales Leben durch den gewaltsamen Bruch mit der kirchlichen Vergangenheit erfahren hat. Ebenso wenig wie wir zu erschrecken brauchen vor dem Gemälde des Untergangs von Religion und Christenthum, den, nach der Ansicht katholischer Kirchenhistoriker, die weitere Entwicklung und konsequente Anwendung des protestantischen Prinzips nothwendig nach sich ziehen müsse. Eben die auf protestantischem Boden herangereifte philosophische Einsicht in die Natur des Menschen belehrt uns, daß der Kern unseres Wesens Wille ist. Und was einmal im Willen, im Herzen und Gemüthe des Menschen sich geoffenbart hat, das ist unzerstörbar und wird als Drang und Trieb in veränderten Verbindungen und Erscheinungsformen stets wiederkehren. Die Religion wird nicht untergehen. Wohl aber könnte sie bei immer mehr um sich greifendem und einseitigem Walten des kritischen und subjektivistischen Geistes in ihrer Wirksamkeit als sittliche Macht und in ihrem Einfluß auf die Gesunderhaltung des Volkslebens in bedauerlicher Weise beschränkt und zurückgedrängt werden. Dieser Gefahr entgegenzuwirken erscheint als unerläßliche Pflicht für Jeden, der ein Verständniß besitzt für die Unermeßlichkeit des Schadens, den eine weitere Entfremdung von christlicher Lebenswahrheit für unser Volksthum im Gefolge haben müßte. Nach Rom zu pilgern haben wir aber darum doch nicht nöthig.

Die russischen Universitäten in ihrem Zusammenhange mit Rußlands Politik.

Von

Arnold Diezmann.

Wie alles, was das heutige Rußland zu einem modernen Staate macht, in seinen Anfängen auf Peter den Großen zurückgeht, so ist auch die Gründung von weltlichen höheren Lehranstalten einer Anregung seines gewaltigen Geistes und eisenfesten Willens zu verdanken. Da aber die Anregungen, die er gab, zu zahlreich und zu gewaltsam waren, um schon in den ersten Jahrzehnten überall Früchte zu zeitigen, hat es auch bei den russischen Hochschulen noch lange gedauert, bis sie ihren Namen einigermaßen verdienten und ihren westeuropäischen Schwestern als ebenbürtig an die Seite treten konnten. Wir haben in ihnen Gebilde, die noch nicht 100, zum Theil kaum 50 Jahre alt sind, und nur die Moskauer Universität darf auf eine Lebenszeit von fast 150 Jahren zurückblicken. Durchmustern wir die kurze Geschichte der russischen Hochschulen, so bietet sich uns ein reiches Spiegelbild russischer, ja europäischer politischer Geschichte dar, und wir gewinnen dazu noch manchen nicht uninteressanten kulturgeschichtlichen Zug. Seit Peter der Große das alte moskauische Großfürstenthum in ein russisches Kaiserreich umgewandelt und in das Getriebe des europäischen Staatensystems eingefügt hat, hat selbst eine gelegentliche Abschließungspolitik den geistigen Zusammenhang nicht mehr lockern können, sondern was in Europa in konservativer oder liberaler Richtung geschah, wirkte und wirkt noch heutzutage mittelbar oder unmittelbar auf die Entschlüsse der russischen Regierung ein und bestimmt ganz besonders ihre Maßnahmen bei der Ordnung des höheren Bildungswesens, durch das sie sich die für Staat und Gesellschaft nöthigen Kräfte, die Stützen und Träger des ganzen

Riesenbaues zu gewinnen sucht. Da Rußland außerdem eine unbeschränkte Monarchie ist, kommt in ihm die persönliche Stellung des jeweiligen Monarchen in allen Fragen der Gesetzgebung und Verwaltung weit mehr als in einem konstitutionellen Staate zur Geltung. Sein Verhältniß zu den politischen und kulturellen Errungenschaften der europäischen Völkerfamilie, seine Vorliebe für die eine oder andere Nation kann leichter und ungehinderter als in jedem anderen Lande einschneidende gesetzgeberische Maßregeln nach sich ziehen. Daher ist die Kontinuität der Entwicklung in Rußland viel weniger gesichert als anderswo. Steht auch die allgemeine Richtung im Großen und Ganzen fest — sie ist durch die vielseitigen Bedürfnisse des Reiches ausreichend vorgeschrieben — so giebt es doch fortwährend Sprünge. Man wird immer wieder daran irre, was man ein Jahrzehnt oder ein ganzes Menschenalter hindurch gethan und für richtig gehalten hat; man bricht ab, baut von Neuem, reißt wieder ein und kommt auf diese Weise nur langsam vorwärts. Hierin zeigt sich neben den durch die wechselnden Monarchen hervorgerufenen Schwankungen der zweite Faktor, der in der russischen Regierung als charakteristisch hervortritt: die kulturelle Ahnenlosigkeit der Gesellschaft, aus der die Kaiser ihre Rathgeber und zahllosen ausführenden Organe zu nehmen genöthigt sind. Hundert Jahre sind in der Geschichte eines Volkes keine lange Frist und können nur dann mehr ins Gewicht fallen, wenn die ganze Zeit hindurch eifrig und ohne Seitensprünge, ohne schädliche „Extratouren" in derselben Richtung gearbeitet worden ist. Andernfalls können 100 Jahre nur 30 ruhigen Jahren gleichgesetzt werden, wenn man nicht gar schließlich beim Ausgangspunkt angelangt ist und gar nichts erreicht hat. Da es nun in Rußland an solchen monarchischen Schwankungen sowohl im 18. als auch im 19. Jahrhundert nicht gefehlt hat, da die eben sich bilden wollende Tradition immer wieder durch einen festen Griff von oben unterbrochen worden ist, hat sich noch immer nicht in der maßgebenden Gesellschaft eine communis opinio gebildet, der sich der Einzelne unbewußt anpaßt und die er dann, einerlei wo er wirkt, zur Geltung zu bringen bestrebt ist. Während bei uns, und noch mehr in England und Frankreich, über viele Fragen kein Streit mehr herrscht, Konservative und Liberale eine erfreuliche, bisweilen auch unerfreuliche Uebereinstimmung zeigen und nur über das täglich emportauchende Neue die Klingen mit einander kreuzen, steht in Rußland bisher noch nichts wirklich fest, sondern im Fühlen

und Denken, im Wollen und Handeln gewahrt man ein krauses Durcheinander, eine innere Unsicherheit und Unselbständigkeit, die sich bisweilen in ehrlich-naiver, bisweilen in jungenhaft-selbstzufriedener Weise äußert. So haben wir ein Schwanken von oben und ein Schwanken von unten: es zeigt sich in allen Gebieten des öffentlichen Lebens, es zeigt sich auch in der Behandlung und Entwicklung der russischen Universitäten. Geht doch das Schwanken so weit, daß manche namhafte russische Gelehrte nicht zu entscheiden wagen, ob man in den letzten 30 Jahren im Hochschulwesen und überhaupt in der Schulbildung Fortschritte oder Rückschritte gemacht habe, und neigen sich viele in ihrem Urtheil dahin, daß der Rückschritt den Fortschritt überwiege und man überhaupt nicht weiter gekommen sei.

Betrachten wir nun in großen Zügen die russischen Universitäten in ihrer Entstehung und ihrem Weiterleben bis auf unsere Zeit. Ins Leben gerufen sind sie durch die Regierung als staatliche höhere Lehranstalten, die in erster Linie den Interessen des Staates und nur sehr in zweiter Linie den Interessen der Bildung und Wissenschaft zu dienen berufen waren. Ihre zweite Bestimmung wurde zu Zeiten mehr betont, zu Zeiten ganz ausgemerzt, je nachdem, welcher Wind oben wehte. Niemals hat man sie als freie, vom Staat unterstützte Genossenschaften hingestellt und als solche der eigenen Entwicklung überlassen, sondern hat auf sie fortdauernd einen Regen von Reglements herabströmen lassen, der mitunter wie ein Hagel niederprasselte, wenn im Schoße der Regierung der milde Südwestwind wieder einmal vom rauhen Nordost abgelöst wurde. Aber auch wenn das Regiment liberal war, hat man immer eifrig regiert und es an den eingehendsten Einzelvorschriften nicht fehlen lassen, selbst in Dingen, die sich ihrer Natur nach jeder festen Regelung entziehen. Zwar Peter der Große dachte anders und erkannte mit scharfem Blick, daß Freiheit die unumgängliche Lebensluft jeder höheren Bildung ist. Als er die Regierung übernahm, fand er in seinem Reiche zwei höhere Lehranstalten vor. In der damaligen Grenzstadt Kiew bestand schon seit geraumer Zeit eine Akademie, die in ihrem Lehrbetriebe nach dem Muster der polnischen Jesuitenkollegien eingerichtet war und ihren Zöglingen eine gewisse Kenntniß der Philosophie und Rhetorik, der kirchenslavischen, griechischen und lateinischen Sprache sowie der griechisch-orthodoxen Theologie vermittelte. Die Lehrmethode war selbstverständlich rein scholastisch, die Lehrer theils

Kleriker, theils Laien, die ganze Anstalt sollte wesentlich kirchlichen Interessen dienen, obwohl sie von Vielen besucht wurde, die sich nicht dem geistlichen Berufe zu widmen gedachten. Daneben bestand in Moskau, der Hauptstadt des Reiches, als Ableger der Kiewschen Quasi-Hochschule die unlängst gegründete „slavo-gräko-lateinische Akademie“, die denselben Lehrgang besaß wie ihr Kiewsches Vorbild, nur Kirchenrecht und bürgerliches Recht hinzugefügt hatte, aber noch ausschließlicher Dienerin des rechten Glaubens zu sein berufen war. Peters älterer Bruder und Vorgänger auf dem Throne, der Zar Feodor, wollte sie sogar ausdrücklich mit der Aufsicht über die Reinheit des Glaubens betraut wissen, und verschiedene Wissenszweige wurden nur von Mönchen vorgetragen. Mittelschulen gab es überhaupt nicht, außer den Priesterseminaren, die ganz in den Händen der Geistlichkeit die zukünftigen Diener der Kirche heranzubilden hatten. Das geringe Bildungsbedürfniß der höheren Gesellschaft — und als solche kam nur der höhere Adel in Betracht — wurde durch einige von Ausländern unterhaltene Privatschulen, wie die Anstalt des Deutschen Ernst Glück, ausreichend befriedigt. Peter beschloß hierin Wandel zu schaffen. Anfangs gewahren wir einige unsichere Tastversuche, dann aber ein durchaus zielbewußtes und richtiges Vorgehen.

Er dachte zunächst an eine Reihe technisch-militärischer Schulen, die das Reich mittelbar wirthschaftlich auf eigene Füße stellen sollten. Mathematik, Kriegswissenschaft, Marinewesen und Ingenieurkunde sollten die Grundlage des Wissens bilden, das er von denjenigen Unterthanen forderte, die er zu seinen und seiner Nachfolger Handlangern bestimmte. Daneben förderte er mit besonderem Eifer die Schaffung einer ausgedehnten Uebersetzungsliteratur, die der neuen russischen Gesellschaft, wie er sie sich dachte, die nöthige geistige Nahrung bieten konnte. Selbst wählte er die betreffenden Werke aus, leitete und verfolgte die ganze Arbeit und beschränkte sich dabei nicht auf die von ihm sonst bevorzugte Technik und Naturwissenschaft, sondern ließ auch eine Menge geschichtlicher, geographischer und politischer Werke, darunter Pufendorf, Justus Lipsius und Hugo Grotius, ins Russische übertragen. Die Aufnahmefähigkeit des Publikums überschätzte er freilich, denn es sammelte sich allmählich in dem Büchermagazin der Moskauer Synodaldruckerei eine solche Menge unverkäuflicher Bücher an, daß sie unter den Kaiserinnen Elisabeth und Katharina II. zu Hunderten, ja Tausenden vernichtet werden mußten. Wie ernst er es dabei

mit der Wahrheit nahm und wie wenig kleinlich er dachte, erhellt daraus, daß er in heftigen Zorn gerieth, als er wahrnahm, daß der Uebersetzer von Pufendorfs Einleitung in die europäische Staatengeschichte des Verfassers Ausführungen über die Sklaverei und die Grausamkeit der Moskowiter unterdrückt hatte. Da die Mehrzahl der von Peter geplanten neuen Lehranstalten aus Mangel an Lehrern und Schülern nicht zu Stande kam oder nach kurzem Bestehen einging, wandte er gegen Ende seiner Regierung sein Augenmerk einem anderen Unternehmen zu, durch das er schneller und sicherer sein Ziel — die Schaffung einer gebildeten russischen Gesellschaft — zu erreichen hoffte. Eine Akademie der Wissenschaften mit dem nöthigen Unterbau sollte in der neuen Hauptstadt Petersburg erstehen und nicht nur auf die Wissenschaft selbst, sondern auch auf sein russisches Volk befruchtend wirken. Er trat in Verbindung mit Leibniz und Wolf, den Häuptern der deutschen Wissenschaft, und ließ sich von ihnen eingehende Gutachten erstatten. Interessant ist, daß Leibniz dabei vor Allem die Nothwendigkeit eines gelehrten Kollegiums von Forschern für Rußland betonte, während der praktischere und mehr im Lehramt stehende Wolf mit Recht darauf hinwies, daß es sehr schwierig sein würde, namhafte Gelehrte zur Uebersiedelung nach Petersburg zu bestimmen, daß die Akademie auf jeden Fall in der Luft schweben würde, und die Errichtung einer Universität den Vorzug verdiene, die dem Lande in einiger Zeit eigene Gelehrte und eigene Forscher liefern könnte. Peter entschied sich für einen Kompromiß der beiden Anschauungen, ließ dabei aber von seinem Vorhaben, auch für die Technik und Kunst etwas zu thun, nicht ab. Im vorletzten Jahre seiner Regierung, 1724, hatten sich seine Gedanken so weit geklärt, daß er sich endgiltig dahin aussprach, in seiner Akademie nicht nur ein gelehrtes Kollegium, sondern auch gleichzeitig eine Universität und ein Gymnasium ins Leben zu rufen. Die Verbindung der drei verschiedenen Anstalten sollte aber nur zeitweilig sein. In seinem Erlasse betonte er treffend, daß das eigentliche Ziel der Akademie zwar die Förderung der Wissenschaften und Künste sei, daß diese aber in der Bevölkerung nicht so bald Boden finden würden; daß eine selbständige Universität zunächst ebenfalls der rechten Grundlage entbehren würde, so lange Gymnasien und Seminare fehlten, ohne die man von einer Hochschule keinen wirklichen Nutzen erwarten dürfe. Daher die Verbindung der drei Anstalten zu einem Ganzen. Daneben sollten bei der Akademie besondere Klassen für

angehende Künstler und Kunsthandwerker errichtet werden, aber mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß, sobald die nöthigen Mittelschulen errichtet seien und ihre Frucht getragen hätten, die Akademie eine völlig selbständige Anstalt werden und das Gymnasium sammt den Künsten besonders organisirt werden sollte. Das Statut der neuen Akademie, wie es noch von Peter entworfen, aber niemals eingeführt wurde, zeigt, welche Achtung er, der herrschgewaltige Despot, der Wissenschaft entgegentrug. Ausdrücklich sagt er, daß diejenigen Jünglinge, die sich dem Studium widmen wollten, in keiner Weise in ihrem Vorhaben gestört oder eingeengt werden dürften, daß die Wissenschaft keinerlei Gewalt oder Zwang vertrüge, sondern die Freiheit liebe. Daher gestatte er allen wißbegierigen Inländern und Ausländern den freien Besuch der in der akademischen Universität einzurichtenden Vorlesungen. Die Akademiker sollten also gleichzeitig Professoren sein, wurden aber, um ihnen die nöthige Zeit zu wissenschaftlichen Forschungen zu lassen, nur zu vier wöchentlichen Vorlesungen verpflichtet, die alle gratis sein sollten. Die drei Sektionen, in die die Akademie zerfiel: die mathematische (Mathematik, Astronomie, Geographie und Mechanik), die naturwissenschaftliche (Physik, Chemie, Botanik, Anatomie und Physiologie) und historische sollten ebenso viel Fakultäten an der akademischen Universität entsprechen. Die Akademiker resp. Professoren waren natürlich alle aus dem Auslande, besonders Deutschland, zu berufen; in der ersten Zeit außerdem noch die Studenten, da genügend vorbereitete russische Jünglinge fehlten. Man suchte also eine Anzahl deutscher Studenten durch Gewährung reicher Stipendien willig zu machen, ihre Studien an der neuen Petersburger Universität, an der auch der übliche lateinische Lehrvortrag herrschte, zu beenden, sich dabei der russischen Sprache zu bemeistern und dann als Lehrer am akademischen Gymnasium oder in anderer Stellung in russische Dienste zu treten. Jedem Professor wurden zwei besondere Studenten zugewiesen, die zu zukünftigen Gelehrten herangebildet werden sollten. In Zukunft sollte dann das akademische Gymnasium die nöthigen Zuhörer liefern und so allmählich eine eigene russische Bildungsschicht geschaffen werden. Das Gymnasium umfaßte die üblichen Disziplinen: Russisch als Unterrichtssprache, Latein und Deutsch — nach Möglichkeit auch Griechisch, Französisch und Italienisch —, ferner Mathematik, Geschichte und Geographie.

Peters Plan stieß bei seiner Verwirklichung schon wenige Jahre

nach seinem Tode auf arge Hindernisse, deren endgiltige Beseitigung erst fast nach einem Jahrhundert gelang. Daher war man um die Wende des 18. Jahrhunderts lange nicht so weit gekommen, wie Peter selbst gehofft und erwartet hatte. Je nach den Herrschern oder Herrscherinnen wechselte die Politik der Regierung der Akademie und Universität, ja überhaupt der europäischen Bildung gegenüber und ließ es nicht zu stetiger Entwicklung kommen. Die von Peter gezogenen Grundlinien wagte man freilich nicht anzutasten und war schließlich immer wieder genöthigt, auf sie zurückzugreifen. Sie empfahlen sich von selbst durch ihre Folgerichtigkeit und Zweckmäßigkeit als die allein brauchbaren und drängten sich auch den Gegnern des petrinischen Regierungssystems unwiderstehlich auf, da die Bedürfnisse des Reiches das Vorhandensein einer intelligenten, gebildeten Klasse gebieterisch verlangten. Es ist schon im Märzhefte der „Preußischen Jahrbücher“ ausgeführt worden, daß der Ausbau eines Schulwesens für ein ungebildetes Volk immer von oben beginnt und zu beginnen hat, nicht von unten, daß also Peter der Große im Rechte war, als er zunächst eine Akademie der Wissenschaften nebst Universität begründete und die niederen Schultypen erst später folgen lassen wollte. Das so beliebte Bild von dem Dache und den Grundmauern paßt hier nicht, sondern die gebildete Gesellschaft ist immer die Lehrmeisterin der großen Masse und die Universität zu Zeiten weit mehr Grundmauer als die Allen zugängliche Volksschule.

Peters Nachfolgerin, seine Gemahlin Katharina I., setzte in pietätvoller Weise das Werk ihres Mannes fort. Die nöthigen Berufungen von Akademikern und Studenten — zukünftigen Lehrmeistern — fanden statt, und in kurzer Zeit war ein stattlicher Stab von Gelehrten in Petersburg versammelt, der ungesäumt an die Arbeit ging. Entsprechend den Intentionen ihres Gatten befreite Katharina die Akademie von jeder Unterordnung unter irgend eine Regierungsbehörde, gab den Gelehrten volle Freiheit und unterstellte ihre Körperschaft unmittelbar sich selbst, als der allerhöchsten Protektorin der jungen Schöpfung. Bei der Auswahl der Akademiker bewiesen der erste Präsident Blumentrost und der Kanzleirath Schuhmacher, beides Mitarbeiter Peters des Großen, eine recht glückliche Hand, besonders bei der Besetzung der mathematischen und naturwissenschaftlichen Sektion. Wir nennen unter den ersten Akademikern: Bilfinger, die Brüder Bernoulli, Delisle, Euler, Hermann, Leonhardt und Leutmann — die Namen zeigen

die Herkunft der Männer genugsam an — und schon 1733 konnte Daniel Bernoulli, nachdem er Rußland verlassen hatte, an Euler schreiben, daß sich in der gelehrten Welt eine starke Nachfrage nach den Publikationen der Petersburger Akademie bemerkbar mache und man daher mit der Drucklegung nicht zögern dürfe. Auch das akademische Gymnasium nahm einen erfreulichen Anfang. In den ersten fünf Jahren seines Bestehens wies es bereits 342 Schüler auf, von denen 123 nichtrussische, meist deutsche Namen trugen, also Kinder von Ausländern oder baltischen Deutschen waren, aber doch 219 dem russischen Volke angehörten, darunter 38 Träger bekannter Namen wie Buturlin und Nowossilzow. Man durfte annehmen, daß sich die Universität bald mit eigenen Studenten bevölkern würde. Aber nicht lange dauerte dieser erste frische Ansatz. Katharina starb schon nach zwei Jahren, der Thron fiel an Peters minderjährigen Enkel, Peter II., des unglücklichen Alexis Sohn, der sich ganz in den Händen der altrussisch gesinnten Fürsten Dolgoruki befand. Der Hof siedelte für einige Jahre nach Moskau über, Petersburg wurde verlassen und die Akademie, die kaum entstanden war, ihres Schutzes beraubt und vor eine schwere Krisis gestellt. Es folgten Jahrzehnte, wo man mit der Akademie und der akademischen Universität nichts Rechtes anzufangen wußte. Sie waren einmal da, und aufzuheben wagte man sie nicht, aus Scheu vor dem Andenken des großen Herrschers, aber man sah sie mit scheelen Augen an und ließ sie nicht zur rechten Entfaltung kommen. Weniger litten unter dieser unfreundlichen Behandlung die Naturwissenschaften, deren unpolitischer Charakter die direkten Interessen des Staates nicht berührte, als die unglückliche historische Sektion, die sich immer wieder neue Maßregelungen gefallen lassen mußte, wenn die Regierung die geschichtliche Wahrheit nicht glaubte vertragen zu können. Auf die Stimmung der Bevölkerung wurde gleich nach Katharinas Tode ängstlich Rücksicht genommen, und als die Akademie für das Jahr 1728 durch den Mathematiker Meier einen Kalender herausgeben ließ, in dem die herkömmlichen Prophezeiungen als unwissenschaftlich fortgelassen waren, wurde der Unwille darüber so groß, daß man nicht gegen den Strom zu schwimmen wagte und in Zukunft den ganzen Ballast von Vorhersagungen mitzuführen beschloß. Ja sogar die Naturwissenschaften hatten bisweilen einen schweren Stand, da die griechisch-orthodoxe Kirche noch an dem Ptolemäischen System festhielt und von Kopernikus und Keppler nichts wissen wollte. 1728 erschien in

französischer Sprache eine Untersuchung des Akademikers Delisle über die Bewegung der Erde um die Sonne, aber der Kanzleirath Schuhmacher, der die äußeren Geschäfte der Akademie besorgte, wagte es nicht, die entsprechende russische Ausgabe ohne Genehmigung des heiligen Synods, der höchsten kirchlichen Behörde, erscheinen zu lassen.

Die wirkliche Reaktion begann aber erst, als der Hof 1730 mit der Thronbesteigung der Kaiserin Anna nach Petersburg zurückkehrte und alle maßgebenden Regierungsinstanzen wieder in der Newa-Residenz versammelt waren. Sie wurde noch stärker, als 1741 nach dem kurzem Zwischenspiel der nominellen Regierung des minderjährigen Iwan VI., Prinzen von Braunschweig-Wolfenbüttel, Peters Tochter Elisabeth die Zügel ergriff. Somit können die drei Jahrzehnte bis zur Thronbesteigung Katharinas II. von uns als einheitlicher Zeitabschnitt behandelt werden. Es war eine Zeit, nicht sowohl der Reaktion des Altrussenthums gegen die bereits begonnene Europäisirung des Reiches, obwohl es unter Elisabeth auch an solchen Stimmen nicht fehlte, sondern wir gewahren theils zwecklose, rein despotische Willkür, theils entschlossenen Widerstand gegen jede freiheitliche Regung, die das ganze Staatsgebäude hätte erschüttern können. Man war gegen die höhere europäische Bildung, soweit sie die Grundlagen des Staates, die Autokratie und die griechische Kirche, auch nur im entferntesten anzutasten schien, ließ sie sich aber sonst als oberflächlichen Schliff gefallen. Da konnte es nicht ausbleiben, daß die Akademie besonders verdächtig erschien. Obgleich uns nun hier nicht sowohl die Akademie als die erste Petersburger Universität interessirt, so seien doch, da sich beide von einander in dieser Zeit nicht trennen lassen, einige Einzelheiten mitgetheilt. Sie beleuchten die Schwierigkeiten, mit denen die Männer zu kämpfen hatten, die nach dem Willen Peters in Rußland als Forscher und Lehrer die Wissenschaft fördern sollten. Peters freiheitliches Statut wurde bei Seite gelegt, die Akademie dem Senate, der obersten Staatsbehörde — einzelne Ministerien gab es noch nicht — unterstellt und der maßgebende Einfluß der mit professionellen Beamten besetzten Akademiekanzlei zugesprochen. Diese wurde aus einem ausführenden Organe des gelehrten Kollegiums zum eigentlich maßgebenden Faktor für die ganze Anstalt. Dies machte sich bald fühlbar. Als die Akademie 1734 den Senat um Erlaubniß bat, Quellen zur russischen Geschichte herausgeben zu dürfen, überwies der Senat das Gesuch dem heiligen Synod zur Begutachtung.

Dieser beeilte sich natürlich, sein Veto dagegen einzulegen, mit der Begründung: die Akademie habe den Einfall, allerhand Geschichten drucken lassen zu wollen, doch sei es ganz überflüssig, dafür Papier und sonstige Mittel zu verschwenden, da in besagten Büchern offenbare Lügen geschrieben ständen. Im Jahre darauf erfolgte ein Erlaß des neuen Chefs der Akademie, des Freiherrn von Korff, den die Kaiserin Anna aus Kurland mitgebracht hatte, wonach den Mitgliedern nur solche Rußland betreffende Mittheilungen ins Ausland gestattet wurden, die vorher mit Erlaubniß der Regierung in Rußland erschienen waren. Da aber der Begriff des Staatsgeheimnisses sehr weit gefaßt wurde und die Erlaubniß fast nie zu erlangen war, so bedeutete das eine völlige Lahmlegung der Akademie, soweit sie über die allerabstrakteste Mathematik hinausging. Als der Akademiker Müller 1745/46 nach langen Reisen eine Karte Sibiriens entwerfen wollte, wurde ihm sein ganzes Material fortgenommen und er selbst eingehend wegen seiner etwaigen geheimen Nebenabsichten verhört. Schon vorher, im Jahre 1738, war Pufendorfs Einleitung in die europäische Staatengeschichte, auf deren genauer Uebersetzung noch Peter der Große bestanden hatte, ganz verboten worden. Weitere Bücherverbote regneten, und mit dem Staatsgeheimniß wurde ein immer eifrigerer Kult getrieben. Schlözer erzählt, daß er noch 1763 in einem Petersburger Kaufmannshause auf seine Frage, warum im Frühling dieses Jahres soviel weniger Hanf im Hafen gelöscht worden sei, wobei er die Zahlen angab, die ängstliche Antwort erhielt, mit solchen statistischen Angaben vorsichtig zu sein. Im Falle einer Denunziation könne Schlözer gezwungen werden, seinen Gewährsmann zu nennen, und der könne dadurch unglücklich werden. — Unter Elisabeth kam noch die nationale Reaktion hinzu. Als derselbe Müller 1749 seine Arbeit über den Ursprung der Russen abschloß, wo er ihren skandinavischen Ursprung nachzuweisen suchte, von den Raubzügen der „Russen" und der Eroberung des Dnjeprbeckens durch sie handelte, sowie gleichzeitig der kirchlichen Legende entgegentrat, wonach der Apostel Andreas an der Stätte des späteren Kiew den heidnischen Slaven das Evangelium gepredigt hätte — er behauptete, die Besiedelung des Kiewschen Gebietes durch Slaven habe weit später stattgefunden —, erhob sich ein Sturm der Entrüstung, und die Kanzlei der Akademie verfügte auf den Antrag von Lomonossow und Kraschenineikow, zwei Mitgliedern der Akademie russischer Nationalität, Müllers Abhandlung

als unverträglich mit der nationalen Würde zu vernichten. Müller hatte als Historiker überhaupt am meisten zu leiden. Als er z. B. einmal einem russischen Bekannten ein Heft zeigte, in dem er Mittheilungen ausländischer Schriftsteller über Rußland gesammelt hatte, unter Anderm auch Bemerkungen darüber, welchen Erniedrigungen sich die russischen Fürsten ehemals vor ihren tatarischen Oberherren unterziehen mußten, hielt es der Russe für seine Pflicht, Müller wegen Majestätsbeleidigung zu denunziren. Es gab eine lange Untersuchung, die zum Glück ohne schlimme Folgen für den Angeschuldigten verlief. — Aber noch andere Enttäuschungen harrten der ausländischen Gelehrten, die dem Rufe nach Petersburg gefolgt waren. Das Gehalt wurde ihnen während der Zeit der Reaktion so unregelmäßig ausgezahlt, daß sie genöthigt waren, durch Ertheilung von Privatunterricht oder andere Arbeiten sich ihren Unterhalt zu erwerben. Das Günstigste war noch, wenn sie in irgend welche Behörden „kommandirt" wurden, aber oft wurden sie auch dazu mißbraucht, Launen des Hofes oder der Machthaber zu befriedigen. Euler, Daniel Bernoulli und Leutmann erhielten 1732 den Auftrag, die Frage zu studiren, wie die berühmte große Glocke in Moskau wieder gehoben werden könnte. Dem Juristen Beckenstein wurde zugemuthet, Wappen zu zeichnen, Junker sollte für Hoffeste Gedichte verfertigen, Stähelin für Maskeraden allegorische Figuren komponiren u. s. w. Unter Anna machte der allmächtige Biron seinen französischen Hauslehrer kurzer Hand zum Akademiker. Peters Intentionen waren völlig vergessen. Da war es kein Wunder, wenn die enttäuschten Gelehrten jede Gelegenheit benutzten, um Rußland den Rücken zu kehren und sich der verlassenen Heimath wieder zuzuwenden. 1741 ging Euler fort, 1747 Delisle, andere waren schon vor ihnen davongegangen, weitere folgten, und die neuen Berufungen blieben meist erfolglos. Niemand hatte mehr Lust nach Petersburg zu gehen, und Lomonossow, dem trotz seines starken Nationalgefühls, das bisweilen an Chauvinismus streifte, das Wohl der Akademie als gelehrter Anstalt am Herzen lag — war er ja doch selbst in Deutschland gebildet — klagte darüber, daß man in zehn Fällen eine abschlägige Antwort erhalten hätte und das wissenschaftliche Niveau der Akademie tief gesunken sei. Um die freigewordenen Stellen zu besetzen, griff man zu sehr mittelmäßigen Kräften und füllte die Akademie mit frisch herangebildeten Russen, die aber nur zum Theil den gehegten Erwartungen entsprachen.

Unter solchen Verhältnissen konnte die akademische Universität zu keiner rechten Blüthe kommen, sondern vegetirte kümmerlich dahin. Wenn wir von den ersten aus Deutschland berufenen Studenten absehen, die vielfach wieder heimkehrten oder sich in Rußland verliefen, war sie zur Ergänzung ihres Stammes von festen Zuhörern lediglich auf das akademische Gymnasium angewiesen. Dieses war aber nach dem ersten Aufflackern jungen Lebens in eine Periode dauernden Tiefstandes eingetreten. Die Uebersiedelung des Hofes nach Moskau beim Regierungsantritt Peters II. entzog ihm viele Schüler, und je mehr sich die Gunst der Machthaber von Peters Schöpfung abwandte, desto mehr machten sich die alten ständischen Vorurtheile, die Peters Machtwille zurückgedrängt hatte, von neuem geltend. Der Adel verwahrte sich dagegen, seine Söhne mit Knaben, die der „Gemeinheit" entstammten, auf derselben Schulbank zu wissen. Sein Bildungsbedürfniß befriedigte er nach wie vor durch ausländische Hauslehrer und in Pensionaten, die in der Residenz von verschiedenen Ausländern unterhalten wurden, oder in dem neugegründeten adligen Kadettenkorps, das schon wenige Jahre nach seinem Entstehen überfüllt war. Dazu kam, daß Moskau damals weit mehr als heute trotz der neuen Hauptstadt an der Newa der Mittelpunkt des großrussischen Adels war, während Kiew für die kleinrussischen Edelleute seine alte Anziehungskraft ausübte. Beide Gruppen begnügten sich mit der Bildung, die in den beiden alten halbgeistlichen Akademien nach der Väter Weise dargeboten wurde, und in Moskau hielten es selbst die stolzesten Edelleute nicht unter ihrer Würde, ihre Söhne am Unterricht in der slavo-gräko-lateinischen Akademie Theil nehmen zu lassen, wo sie fast unter sich waren. Denn die bürgerlichen Kleriker, die auch zur „Gemeinheit" gehörten, besuchten meist nur das Priesterseminar, ein abgeschwächtes Gymnasium, und traten dann sofort in den Dienst der Kirche ein. So kam es, daß die Moskauer Akademie im Jahre 1738 mit einem Male 158 neue adlige Zuhörer erhielt, darunter Träger der glänzendsten Namen, während Peters Universität leer stand. Um das Gymnasium und damit die Hochschule nicht ganz auf den Aussterbeetat gesetzt zu sehen, war man wiederholt genöthigt, Knaben und Jünglinge aus den Priesterseminaren zu pressen. Aber auch sie waren aus der „Gemeinheit", und die Universität blieb ohne allen Einfluß auf die maßgebende Gesellschaft. Des Präsidenten Korff Vorschlag 1735, an der Universität

ein besonderes Institut für dreißig adlige Jünglinge zu errichten und im Gymnasium die adligen und gemeinen Schüler im Unterricht von einander zu trennen, blieb unausgeführt, da bei den Machthabern zu wenig Interesse dafür bestand, die widerwillig geduldete petrinische Schöpfung durch derartige Mittel der maßgebenden Gesellschaft annehmbarer zu machen. Universität und Gymnasium vegetirten dahin. Als 1763 Katharina zur Regierung kam, waren nur siebzehn Studenten vorhanden, und als zwei Jahre darauf zwei Knaben von sehr „mittelmäßigem" Adel, die Gebrüder Chwostów, das Gymnasium bezogen, begrüßte der von Katharina ernannte Präsident der Akademie, Graf Wladimir Orlow, ihren Eintritt mit besonderer Freude. Aber seine Freude war leider verfrüht, denn beide Brüder wandten sich nicht der Universität zu, sondern traten ins Militär, ergriffen also die Laufbahn, die damals und auch später nicht nur in Rußland als die eines adligen Mannes allein würdige galt. Bei dieser Sachlage gewährt die Mittheilung von Einzelheiten aus dem Leben dieser ersten russischen Hochschule, so charakteristisch und ergötzlich sie zum Theil sind, und so wackere Männer, meist Nichtrussen, aber auch Russen, an ihr mitunter wirkten, kein besonderes Interesse. Wir begnügen uns mit der Bemerkung, daß die Vorlesungen in verschiedenen Fächern aus Mangel an Zuhörern und auch aus Mangel an Lehrern wiederholt ruhten, daß man hin und wieder kleine Mittelchen anwandte, um der Universität etwas Leben einzuhauchen, aber vergeblich. Unter Katharina II. ließ man schließlich die akademischen Vorlesungen als überflüssig ganz eingehen, und Peters Universität hörte auf zu bestehen. Ihre Abhängigkeit von der Akademie, die Feindschaft gegen diese, die mangelnde Unterstützung von Seiten der Regierung gegenüber dem Publikum und nicht zum wenigsten das Fehlen einer vom Hofe unabhängigen sozial gesicherten Gesellschaft, die auch dem Bildungswesen sein Gepräge hätte geben können, ließen den Versuch des großen Reformators gescheitert erscheinen. Und doch war er nicht gescheitert, sondern, wie sich richtige politische Gedanken schließlich doch durchringen, wenn auch in anderer Gestaltung und an anderer Stelle, als ihr erster Urheber gedacht und gewollt hatte, so sollte auch Peters Absicht, seinem Reiche eine lebensfähige Hochschule zu schenken, zwar nicht in Petersburg, wohl aber in der alten Hauptstadt Moskau fast ein Menschenalter nach seinem Tode ihre endliche Verwirklichung finden.

Denn wenn auch die Akademie in Petersburg nebst der akademi-

schen Universität keine wirkliche Förderung erfuhr, bleibt es doch ein Verdienst der Regierung der Kaiserin Elisabeth, daß sie den Bildungsbestrebungen, die in Moskau spontan hervortraten, nicht hindernd entgegentrat, sondern ihnen die nöthige Unterstützung zu Theil werden ließ. Die Verhältnisse waren eben trotz der Reaktion so weit gediehen, daß man nicht mehr umkehren und einer wirklichen Hochschule nicht mehr entrathen konnte. Moskau war aber in der That geeignet, ihr eine sicherere Heimstätte zu bieten als die Newa-Residenz, wo das höfische und militärische Interesse alle übrigen überwucherte, wo außer zahlreichen Ausländern und Abenteurern nur solche Elemente der russischen Gesellschaft und insbesondere des russischen Adels ihren Wohnsitz aufgeschlagen hatten, die irgendwie im höheren Hof-, Militär- oder Verwaltungsdienste ein gutes Fortkommen zu finden hofften. In Moskau gab es von Alters her eine unabhängige Aristokratie und eine wohlhabende Kaufmannschaft, ein wirkliches Bürgerthum, deren Glieder nicht abgeneigt waren, die nun doch einmal in Rußland unwiderstehlich eingedrungene höhere Bildung sich zu eigen zu machen, ohne sich dabei ausschließlich von Erwägungen platter Nützlichkeit leiten zu lassen. Der Gedanke, in Moskau eine Universität nach dem Muster der verkümmerten Petersburger ins Leben zu rufen, tauchte auf und fand bei der Regierung bereitwilliges Entgegenkommen. Wir sehen daraus, daß die unter Elisabeth herrschende altrussische Reaktion nur cum grano salis zu verstehen ist, daß man sich zwar gegen die freiheitlichen Regungen, denen Peter unbefangen gegenüber stand, mit aller Macht stemmte, aber durchaus nicht gesonnen war, die Lebensinteressen des Staates und Volkes diesen Bestrebungen in unverständiger Weise zum Opfer zu bringen. Es mußte noch lange Zeit vergehen, bis man in Rußland bei diesem Tiefstande staatsmännischer Erkenntniß angelangt war. Lomonossow schreibt sich das Verdienst zu, zuerst in Moskau die Gründung einer Universität angeregt zu haben, doch haben wir als ihren eigentlichen Vater den Grafen J. Schuwalow zu betrachten, dessen mächtigem Einflusse vor allem das Gelingen des Werkes zu danken war. Im Jahre 1754 wurde die Errichtung der Hochschule im Prinzip beschlossen und am 12./23. Januar 1755 erschien der betreffende kaiserliche Ukas. Die Universität wurde dem Senate unterstellt und erhielt in der Person des Grafen Schuwalow ihren ersten Kurator. Als nothwendigen Unterbau erhielt sie ein Doppelgymnasium mit getrennten Klassen für adlige und „gemeine" Zög-

linge. Das war Angesichts der bestehenden ständischen Vorurtheile eine nothwendige und, wie sich zeigte, durchaus zweckmäßige Maßregel. Die Universität sollte drei Fakultäten umfassen: eine juristische, medizinische und philosophische mit im Ganzen zehn Professoren. Von der heutigen Spezialisirung der Wissenschaft war man damals auch in Deutschland weit entfernt, und von einer theologischen Fakultät konnte in Rußland nicht die Rede sein, da es eine theologische Wissenschaft nicht gab, sondern der Klerus in den Priesterseminaren und allenfalls in den beiden geistlichen Akademien zu Kiew und Moskau, von den übrigen Ständen streng geschieden, seine scholastische Ausbildung fand. Die Lehrfreiheit wurde freilich, entsprechend der Zeitströmung, stark beschränkt und den Professoren vorgeschrieben, sich in ihrer Vorlesung streng an bestimmte Lehrbücher zu halten, deren Auswahl vorher vom Kurator bestätigt werden mußte. Auf diese Weise sollten philosophische und auch naturhistorische Theorien ferngehalten werden, von denen man eine Schwächung des rechten Unterthanengehorsams und des Kirchenglaubens befürchtete. Denn die Geistlichkeit konnte sich noch immer nicht mit Kopernikus und Newton befreunden, und der heilige Synod wandte sich gar 1756, also ein Jahr nach der Gründung der Universität, mit der „kniefälligen" Bitte an die Kaiserin, die Veröffentlichung und den Druck aller Bücher zu verbieten, in denen von einer Mehrheit von Welten und anderen Dingen die Rede sei, die zum Naturalismus und zur Gottlosigkeit führten.

Die Universität trat 1755/56 ins Leben, kann also, wie oben angedeutet, in wenigen Jahren auf ein 150jähriges ununterbrochenes Bestehen zurückblicken. Bei der ersten Besetzung der Lehrstühle konnte die Petersburger Akademie mitwirken, indem sie zwei ihrer ehemaligen Zöglinge, Barssow und Popowski, abgeben konnte. Die übrigen Stellen wurden mit Ausländern besetzt. Wir nennen unter ihnen den Philosophen Schaden aus Tübingen, den Juristen Dilthey, der in Innsbruck, Straßburg und Wien seine Studien gemacht hatte, den Mediziner Kersten, der während der ersten Jahre alle medizinischen Disziplinen allein vertrat. Hauptberather der Regierung bei der Berufung der Professoren war der unermüdliche Müller, der trotz aller Widerwärtigkeiten treu und geduldig bei der Petersburger Akademie aushielt und auch alle administrativen Aufträge, mit denen er oft betraut wurde, gewissenhaft ausführte. Später verschrieb er noch aus Deutschland den Historiker Kellner, den Literarhistoriker Reichel, den Rechtsphilosophen Langer und den

Mathematiker Rost. So kam diese erste russische Universität, die lebensfähig blieb, wesentlich durch deutsche Hilfe zu Stande, und es dauerte noch Jahrzehnte, bis die Thätigkeit der deutschen Lehrmeister soweit gewirkt hatte, daß man von Anleihen im Auslande absehen konnte. Die Vortragssprache an der Moskauer Hochschule sollte nach dem Statut Lateinisch oder Russisch sein, doch wurden je nach der Vorbildung und den Sprachkenntnissen der Studenten auch Deutsch und Französisch zugelassen. Universität und Gymnasium hatten anfänglich natürlich mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die verrottete Finanzwirthschaft, die unter Kaiserin Elisabeth herrschte, brachte es mit sich, daß, wie in Petersburg bei der Akademie, Professoren und Lehrer ihr Gehalt oft Monate lang nicht ausgezahlt erhielten, sich nach gewinnbringender Nebenbeschäftigung umzusehen genöthigt waren, oder sich gar, wie Popowski und Dilthey, in ihrem Grame dem Trunke ergaben. — Auch die Eltern konnten sich nur schwer daran gewöhnen, daß die Abgabe der Kinder ins Gymasium ihnen die Pflicht auferlegte, die Kinder regelmäßig lernen zu lassen: sie brachten sie oft nur deswegen in der Schule unter, um sie vor zu frühem Eintritt in den Staatsdienst zu bewahren, der für alle Adligen obligatorisch war, und behielten sie dann ruhig zu Hause. So mußten schon 1760 nicht weniger als siebzig Schüler und Studenten wegen völliger Abwesenheit mit Ausschluß bestraft werden. Und dennoch ging es langsam vorwärts. Die beiden Gymnasien zählten in demselben Jahre 1760 schon 118 Schüler und konnten schon Studenten liefern. Während die ersten Zuhörer aus der geistlichen Akademie und den Abiturienten der Priesterseminare entnommen waren, hatte man 1758 schon fünfzehn Studenten, die ihre Bildung im Gymnasium abgeschlossen hatten, 1760 schon dreißig, und Graf Schuwalow konnte an die Gründung von Gymnasien in anderen Städten, die nach Moskau gravitirten, denken: 1758 entstand ein Doppelgymnasium (für adlige und „gemeine" Schüler) in der alten Tartarenhauptstadt Kasan an der Wolga und zählte 1759 schon 111 Zöglinge. Waren die lateinischen Kenntnisse der jungen Studenten oft auch recht mangelhaft und auch ihr sonstiges Wissen sehr lückenhaft, so war doch der Ansatz zu einer gedeihlichen Entwicklung da. Den besonderen Ansprüchen des Adels kam die Regierung dadurch entgegen, daß sie Edelleuten, die ihre Studien mit Erfolg absolvirt hatten, gleich beim Eintritt in den Zivildienst den Rang von Oberoffizieren gewährte. Dadurch wurde freilich beim Adel die

Neigung verstärkt, seinen Söhnen Gymnasial- und Universitätsbildung zu Theil werden zu lassen, aber es fanden sich nur sehr wenige, die geneigt waren, sich dem unerfreulichen Lehrerberufe zu widmen, und im Jahre 1777, als Katharina II. schon längst auf dem Throne saß, mußte die Universität auf eine Anfrage des Senats erklären, daß sie keinerlei Lehramtskandidaten namhaft machen könne.

Somit haben wir zum Schluß der mehr als drei Jahrzehnte, die in der russischen Geschichte als die erste Zeit der Reaktion seit Peter dem Großen gekennzeichnet sind, folgendes Bild: In Petersburg, wo der Boden besonders ungünstig war, hat die Akademie der Wissenschaften mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen und ist in ihrem Niveau tief herabgedrückt; die Universität und das Gymnasium sind im Erlöschen, aber dafür gewahren wir in Moskau den Anfang neuen Lebens und eine gewisse Fortsetzung der petrinischen Traditionen.

Es folgten fast drei Jahrzehnte, in denen in Rußland wieder Westwind wehte, die Regierung unserer Landsmännin, der Kaiserin Katharina II. Man machte einen tüchtigen Schritt vorwärts im Geiste Peters, bis die Furcht vor der werbenden Kraft der revolutionären Ideen von 1789 die Kaiserin in ein anderes Fahrwasser trieb. Aber einstweilen war man davon weit entfernt. Katharina, geistig angeregt und gründlich belesen, berauschte ihren Geist an den Gedanken, die damals von Frankreich aus ihren Siegeszug durch die Welt antraten, und schwärmte für Voltaire, Montesquieu, d'Alembert, Diderot und Helvetius. Die neuen Gedanken hatten ja noch nirgends bis in ihre letzten Schlußfolgerungen hinein praktische Anwendungen gefunden und schienen niemandem gefährlich. Diderot wurde von ihr sogar eingeladen, seine Encyklopädie in Rußland herauszugeben, und d'Alembert sollte die Erziehung des Thronfolgers, des jungen Großfürsten Paul, übernehmen. Ihre vertraute Freundin, die Fürstin Daschkow, die später an die Spitze der Akademie gestellt wurde, theilte ihren Enthusiasmus. Da können wir uns nicht wundern, wenn die Kaiserin in einem Erlasse über die Freiheit des Wortes, der nachher umredigirt werden mußte, verhältnißmäßig radikalen Theorien das Wort redete. Sie verlangte äußerste Vorsicht beim Verbote von Büchern, damit der Geist der Unterthanen keinen unnützen Druck verspüre, wodurch nur die Unwissenheit gefördert und die Gaben der Menschen von fruchtbarer Thätigkeit gewaltsam zurückgehalten würden. Die

Unterstützung der Uebersetzungsliteratur, die auch unter Anna und Elisabeth nicht geruht, sondern sich nur unverfänglichen Stoffen, wie Romanen, zugewandt hatte, ließ sie sich besonders angelegen sein. Schon 1735 hatte der Freiherr von Korff bei der Akademie eine besondere „russische Versammlung" zur Ausbildung der russischen Schriftsprache, die noch sehr primitiv war, und zur Anfertigung von Uebersetzungen errichtet, doch war die „Versammlung" 1743 wegen der Ungunst der Zeiten eingegangen. Katharina ordnete 1768 die Gründung einer besonderen Kommission für Uebersetzung ausländischer Werke an und warf für sie einen Etat aus ihrer Privatschatulle aus. Es begann jetzt eine systematischere Arbeit. Nicht nur die griechischen und lateinischen Klassiker, sondern auch alle namhafteren französischen und englischen Schriftsteller wurden dem russischen Publikum zugänglich gemacht, und die Kaiserin verschmähte es nicht, sich selbst an diesem Werke zu betheiligen, indem sie von Marmontels Belisar, der als ein Protest gegen jede Unduldsamkeit galt, allerhöchst selbst das neunte Kapitel übersetzte, worin jede autokratische Willkür schonungslos verurtheilt und die Herrschaft des Gesetzes als allein berechtigt hingestellt wurde. Die Uebersetzung des Belisar war bezeichnender Weise dem Metropoliten Gabriel gewidmet. Bis zum Jahre 1780 hatte die Kommission jährlich im Durchschnitt vierzehn Werke übersetzt. Da der Fürstin Daschkow das Tempo zu langsam war, wurde 1783 auf ihren Vorschlag bei der Akademie eine besondere russische Klasse, die „russische Akademie" errichtet, reichlich ausgestattet und mit der Sache betraut. In demselben Jahre wurde auch die Gründung von Druckereien, die bis dahin Vorrecht des Staates gewesen war, allen Unterthanen freigegeben und damit der privaten Initiative auf dem Gebiete des Buchdruckes und der Buchmacherei freie Bahn gebrochen. Nun schossen die Uebersetzungen wie die Pilze hervor, und bis zum Schlusse des Jahrhunderts war wohl das Wesentliche von dem, was Europas Völker in der Literatur hervorgebracht hatten, dem russischen Publikum erschlossen und konnte langsam als Ferment weiter wirken. Originale Leistungen durfte man noch nicht erwarten, und von ihnen war auch nicht die Rede.

Die veränderten Zeitverhältnisse mußten auch der Moskauer Universität und den Gymnasien zu Gute kommen. Zwar machte man nicht so schnelle Fortschritte, wie manche Dränger wünschten, da die Hauptaufmerksamkeit der Regierung damals wie heute auf die auswärtige Politik gerichtet war und die Mittel zur Befriedigung

von Kulturbedürfnissen nicht sehr reichlich flossen. Dazu kam, daß gerade unter Katharina der aristokratische Charakter der Bildung weit mehr als unter Peter betont wurde. Sie war es ja, die der alten Selbstverwaltung in dem östlichen Kleinrußland, wo noch immer der gewählte Hetmann an der Spitze des Landes stand, ein Ende bereitete, die freien kleinrussischen Bauern an die Scholle fesselte und zu Leibeigenen machte. Aufklärung sollte herrschen, aber nur für den Adel, der als der einzige herrschende Stand hingestellt wurde. Daher waren seine Bildungsbedürfnisse besonders zu befriedigen. Die richteten sich aber nicht auf öffentliche Schulen, sondern verlangten nur nach entsprechender geistiger Speise, wie sie besonders in der französischen Literatur dargeboten wurde. Dieser Forderung kam Katharinas Regierung auf das Bereitwilligste entgegen. So bildete sich für den wohlhabenderen Adel immer mehr die schon früher entwickelte Sitte aus, ihre Kinder zu Hause von französischen oder deutschen Hauslehrern oder in ausländischen Pensionaten zu erziehen und dann die eigene Weiterbildung dem freien Ermessen der Jugend zu überlassen. Man kann nicht leugnen, daß diese völlige Unterrichtsfreiheit bisweilen gute Früchte trug und den Typus des geistig angeregten, französisch gebildeten russischen Aristokraten schuf, der zwar kein sehr gründliches spezielles Wissen besaß, aber in der Causerie ein Meister war. Die Bildungsforderungen, die der Hof an den Adel stellte, verhüteten jedes Zurücksinken in die alte Barbarei.

Was sollten da öffentliche Schulen? Erst in der zweiten Hälfte von Katharinas Regierung kam man zur Erkenntniß, daß dieser Weg, der die Bildung einem kleinen Kreis von Wohlhabenden überließ, dem vergrößerten Reiche auf die Dauer nicht die nöthigen geistigen Kräfte liefern konnte und entschloß sich, zu einer gewissen Verdickung der aristokratischen Bildungsschicht nach unten hin zu schreiten. 1786, also noch vor der französischen Revolution, trat in Petersburg eine Schulkonferenz zusammen, um über praktische Maßregeln schlüssig zu werden. In der Konferenz war viel davon die Rede, daß auch der Bürger- und Bauernstand zum Heile des Reiches auf eine gewisse Bildung Anspruch hätte, und man beschloß, in den größeren Städten sogenannte Hauptschulen und daneben eine Reihe von niederen Schulen zu errichten, die allen Ständen in gleicher Weise offen stehen sollten. Da die Regierung die nöthigen Mittel bereitstellte, konnte man das Reich allmählich mit einem Netze von Schulen überziehen. Im Jahre 1796 zählte

man bereits 316 Schulen mit 17 341 Lernenden. Natürlich war nur ein Theil der Anstalten im abgelaufenen Jahrzehnt gegründet worden, denn in die ganze Zahl sind auch die zahlreichen Schulen mit eingeschlossen, die in den baltischen Provinzen und dem halbpolnischen Westrußland und Lithauen von Alters her bestanden. Immerhin fand ein Wachsthum statt. Um Lehrer für die neuen Schulen zu beschaffen, wurde in Petersburg, wo seit der Schließung der akademischen Universität eine höhere öffentliche Lehranstalt nicht mehr bestand, ein „pädagogisches Gymnasium" errichtet, dessen erste Studenten wieder einmal der geistlichen Akademie und den Priesterseminaren entnommen werden mußten. So war die griechisch-russische Kirche auch damals noch, trotz ihres geistigen Tiefstandes, der Quell, auf den man immer wieder zurückgriff, wenn man eigene Lehrmeister im Schulfache brauchte. Man dachte freilich im Jahre 1786 auch weiter zu kommen. Kühne Projekte wurden geschmiedet. Die kleinrussischen Vertreter in der Schulkommission forderten eine Universität in Kiew oder Perejáslaw, einer Kreisstadt im Poltawaschen, die einst Mittelpunkt eines selbständigen Fürstenthums gewesen war; Katharina selbst dachte an Hochschulen in ihrer Neugründung Jekaterinoslaw am unteren Dnjepr, in Tschernigow, Pleskau und Pensa. Doch kam nichts davon zur Ausführung, da die fortwährenden Kriege und politischen Transaktionen die Geldkräfte und Energie des Staates allzu sehr in Anspruch nahmen, auch Universitäten der maßgebenden aristokratischen Gesellschaft entbehrlich schienen. Ebenso wurde nichts aus der geplanten Annäherung der geistlichen Schulen an die weltlichen und der Errichtung einer theologischen Fakultät an der Moskauer Universität. Bis auf den heutigen Tag ist dieser Gedanke nicht wieder aufgenommen worden, sondern es ist bei der alten Ordnung geblieben, wonach der russische Weltklerus in besonderen Priesterseminaren — geistlichen Mittelschulen — seine Ausbildung findet, sich in der Regel mit dieser Bildung begnügt und nur selten eine der bestehenden besonderen geistlichen Akademien bezieht. Die Fähigsten unter den Studenten der Akademien entziehen sich dabei dem Priesterberufe und suchen anderweitig, meist als Gymnasiallehrer, ihr Fortkommen. Immerhin geschah unter Katharina auch einiges Praktische zur Heranbildung von künftigen Hochschullehrern. In beträchtlicher Zahl wurden fähige junge Leute, die in Rußland vorgebildet waren, auf Staatskosten nach Deutschland und in andere Länder des Auslandes gesandt, um dort ihre Studien fortzusetzen.

und dann als Professoren und Lehrer in der Heimath zu wirken. In Leipzig waren 1766 bis 1770 allein 15 Russen, darunter der später in Rußland sehr bekannt gewordene Radischtschew, der in seiner „Reise von Petersburg nach Moskau" die Rückständigkeit der russischen Verhältnisse mit bewunderungswürdiger Offenheit besprach und — besprechen durfte. Die von ihm verfaßte Lebensbeschreibung seines Studienfreundes Uschaków ist ein interessantes Denkmal der Stimmungen und Bestrebungen, die damals in den besten Köpfen Rußlands herrschten. Auch die junge Göttinger Hochschule, die sofort frisch und ohne den Ballast scholastischer Ueberlieferung einsetzte, wurde von der russischen Regierung besonders bevorzugt. In demselben Jahre 1766 wurden 5 Stipendiaten dahin geschickt, weilten dort bis 1772 und ließen sich, abgesehen von Heyne und Michaelis, besonders von dem Historiker Gatterer, beeinflussen, dessen stete Berücksichtigung des inneren Lebens der Völker ihnen eine neue Welt erschloß.

Sonst studirten damals Russen noch in Glasgow und Upsala, in Königsberg, Kiel und Straßburg. Letztere Universität zählte 1785 bis 1787 unter ihren Studenten nicht weniger als 44 russische Staatsangehörige mit den Balten. Das mußte schließlich wirken. Die akademische Universität hatte man freilich eingehen lassen, ebenso die Akademie von der Fürsorge für Kunst und Handwerk entbunden, aber sie dafür ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben, von der Herrschaft der Kanzlei befreit und die unter Elisabeth aufgehobene selbständige historische Sektion wiederhergestellt — die historischen Vorlesungen hatten nach vorgeschriebenen Lehrbüchern ihren Fortgang genommen — besondere Förderung erfuhr sie jedoch nicht. Umsomehr kümmerte man sich um die Moskauer Universität. Obgleich man freilich der direkten Anleihen beim Auslande nicht entrathen konnte, z. B. an Dilthey's Stelle 1782 Bause aus Leipzig berief, sich den Juristen Schneider und den Historiker Wigand verschrieb, so nahm die Zahl der russischen Professoren doch so zu, daß die russische Vortragssprache als Regel eingeführt wurde, bei der Universität verschiedene gelehrte Gesellschaften entstanden, an denen sich auch das Publikum lebhaft betheiligte, und die Zahl der Studenten durch verstärkten Zustrom aus den vermehrten Gymnasien bedeutend zunahm. 1787 zählten die Moskauer Gymnasien schon 1010 Schüler und die Universität 82 Studenten mit gymnasialer Vorbildung, wenngleich der Schulbesuch an Regelmäßigkeit noch viel zu wünschen übrig ließ und die Verleihung des Offizierdegens

an fleißige Studenten manchen als Lockspeise dienen mußte. Aber mit der Regelmäßigkeit ist es auch heute, nach mehr als einem Jahrhundert, nicht zum Besten bestellt, und die Schule, soweit sie ernst ist, zu einem beständigen Kampfe mit der Nachlässigkeit der Eltern gezwungen, die einen gelegentlichen Schulbesuch von Seiten ihrer Kinder oft genug für völlig ausreichend halten. Um den Adligen den Besuch der Universität noch mundgerechter zu machen, wurde an ihr 1779 ein besonderes adliges Internat errichtet. Anfangs sollte es nur zwölf Alumnen zählen, doch kam es einem wirklichen Bedürfniß entgegen, eben weil es die adligen Studenten von den übrigen isolirte, und wuchs sich allmählich zu einer Art Paralleluniversität aus, die mit der eigentlichen Hochschule in Wettbewerb trat.

Besonders fruchtbar war für Moskau der Einfluß der Glasgower Schule, deren Hauptvertreter Fergusson, Adam Smith, Hume und Blakstone damals wirkten und ihre russischen Zuhörer faszinirten. Tretjaków und Desnitzki, vom Grafen Schuwalow nach Glasgow geschickt, kehrten 1767 von dort zurück und eröffneten im folgenden Jahre ihre Lehrthätigkeit an der Moskauer Universität. Blakstones historische Methode hatten sie sich dermaßen zu eigen gemacht, daß Tretjaków, als er den Lehrauftrag für römisches Recht und Naturrecht im strengen Anschluß an das Lehrbuch von Heineccius erhielt, sich nicht in Fesseln schlagen ließ, sondern von der vorgeschriebenen rein dogmatischen Darlegung immer wieder geheime Abstecher ins Gebiet der geschichtlichen Entwicklung unternahm. Desnitzki übersetzte sogar auf allerhöchsten Befehl 1780—82 seines verehrten Lehrers dreibändigen Kommentar zu Englands Gesetzen ins Russische. — Die Göttinger Schule fand unter den Russen selbst weniger bedeutende Vertreter, doch verdient der feinsinnige Philologe und Aesthetiker Mellmann, der auf besondere Empfehlung Heynes 1786 als Direktor des akademischen Gymnasiums nach Moskau berufen wurde und auch später mit Erfolg an der Universität wirkte, ehrenvolle Erwähnung, umsomehr, als er nach neun Jahren ein Opfer der Reaktion wurde, die in den letzten Jahren von Katharinas Regierung wieder Oberwasser bekam.

Denn dem Westwinde, der durch das Reich wehte, war keine dauernde Herrschaft beschieden. Die alternde Kaiserin und ihre Rathgeber, erschreckt durch das Wüthen der französischen Revolution, erkannten die praktischen Folgen, zu denen das Liebäugeln mit den Ideen der „Aufklärung" führte, sahen, daß in Frankreich Monarchie

und Aristokratie, die sich demselben Liebäugeln hingegeben hatten, aufs Blutgerüst gekommen waren, und beschlossen, die Geister, die sie selbst gerufen hatten, durch Repressivmaßregeln zu bannen. Radischtschew wurde für seine „Reise von Petersburg nach Moskau", die Jahre lang unbeanstandet geblieben war, nachträglich gemaßregelt. Von den französischen Ereignissen durfte nur im Tone der Verurtheilung die Rede sein, die privaten Druckereien wurden wieder unterdrückt, die Einfuhr ausländischer Bücher beschränkt und in Petersburg, Moskau, Riga, Odessa und beim Radziwilowschen Zollamte an der österreichischen Grenze besondere Zensurbehörden errichtet. Der höhere Klerus, der mit wenigen Ausnahmen dem freiheitlichen Zuge niemals hold gewesen war, durfte wieder triumphiren. Die vorhergegangenen Jahrzehnte waren bekanntlich auch an Deutschlands Hochschulen eine Zeit gewesen, wo der Kampf um alte und neue Autoritäten besonders lebhaft hin und her wogte und auch Kant einmal vergeblich in Halle und Göttingen nach einem Verleger und Drucker suchte. Derselbe Kampf fand auch in dem kulturell von Westeuropa und besonders Deutschland abhängigen Rußland seinen Widerklang. Beide Richtungen, die konservative und liberale, um die üblichen verbrauchten Schlagwörter anzuwenden, waren auch unter Rußlands Gelehrten, Ausländern wie Russen, vertreten und prallten gelegentlich aufeinander, wobei die Geistlichkeit das Feuer nach Kräften schürte. So war es in Moskau 1769, als der junge Extraordinarius für Mathematik und Philosophie, Anitschkow, zur Erlangung des Ordinariates eine Abhandlung mit Thesen über den „Ursprung der natürlichen Theologie" einreichte. Barssow, Dilthey, Kersten, Langer und Reichel verwahrten sich sofort gegen die radikalen Aufstellungen des Verfassers, und Reichel machte es ihm besonders zum Vorwurfe, daß er sich von dem Materialisten Lucrez habe bethören und zu einem Schweine aus der Heerde Epikurs machen lassen. Anitschkow mußte seine Dissertation umdrucken, um den Anschauungen seiner Rezensenten gerecht zu werden. Aber das half ihm wenig. Der Erzbischof Ambrosius von Moskau, der von der Sache gehört hatte, wandte sich an den heiligen Synod mit einer Eingabe, worin er unter Berufung auf die Pflicht der Erzhirten, dafür zu sorgen, daß schädlicher Aberglaube nicht entstände, sondern rechtzeitig im Keime unterdrückt werde, auf die bevorstehende Promotion an der Moskauer Universität und die schädliche Richtung des Anitschkow hinwies, dessen Arbeit „gegen das ganze Christenthum gerichtet sei, die heilige

Schrift, die göttlichen Wunder, Paradies, Hölle und Teufel leugne, sie mit sogenannten natürlichen oder niemals dagewesenen Dingen vergleiche, sowie Moses, Simson und David heidnischen Göttern an die Seite stelle; zur Begründung seiner Aufstellungen sich aber auf Lucretius, den gottlosen Nachtreter Epikurs, und den abscheulichen Petronius berufe." Es ist bezeichnend für die freiere Richtung, die damals schon zur Herrschaft gelangen wollte, daß der Synod zwar den Senat bat, der Universität die Drucklegung derartiger Dissertationen, sowie den Professoren das Halten so grundstürzender Vorlesungen zu untersagen, aber doch der Behauptung des Erzbischofs, daß Anitschkows Arbeit wirklich so gefährliche Angriffe enthielte, den Glauben versagte. Der Oberprokureur des Synods aber, ein weltlicher Beamter, der bekanntlich auch jetzt noch die entscheidende Stimme im Kollegium hat, protestirte gegen die Entscheidung der geistlichen Behörde, erklärte den Angriff des Ambrosius für völlig ungerechtfertigt und erreichte es, daß die ganze Angelegenheit fallen gelassen wurde und Anitschkow, der in der That gar nicht so gefährlich war, im Jahre 1771 ordentlicher Professor werden konnte.

Weit schlimmer erging es 1795 seinem Kollegen, dem Göttinger Mellmann, als der Wind schon umgeschlagen war und steif aus Nordosten blies. Einige unvorsichtige rationalistische Aeußerungen über das Verhältniß von Religion und Philosophie und über die Nothwendigkeit, die Religion mit den Forderungen der Vernunft in Einklang zu bringen, Aeußerungen, die er in einem Gespräche mit dem Moskauer Metropoliten Platón gethan hatte, sollten ihm zum Verderben gereichen. Der Professor Tschebotaréw, der bald darauf mit dem Metropoliten zusammengetroffen war, brachte die Sache im Verein mit dem ebenfalls korrekt gesinnten Schaden vor die Universitätskonferenz und die beiden Kuratoren. Tschebotaréw und der Kurator Cheraskow fungirten als Ankläger, wiesen darauf hin, daß den Professoren die Erörterung religiöser Fragen überhaupt untersagt sei, und erzielten einen Beschluß, durch den Mellmann einstweilen suspendirt und aus Moskau ausgewiesen wurde. Ergreifend ist die Vertheidigungsschrift des Mannes, in der er seinen Lebens- und Bildungslauf darlegte und sich als überzeugten Anhänger der damals in Rußland noch ganz unbekannten Kantischen Philosophie bekannte. Die Zumuthung des Kurators, in Zukunft seine „Irrthümer" nicht mehr zu verbreiten, wies er mit Entschiedenheit zurück und nahm die Folgen seiner Ueberzeugung mann-

haft auf sich. Zu weiterer Verantwortung nach Petersburg entboten, wurde er für geistig gestört und unfähig erklärt, ein Lehramt zu bekleiden. Er wurde aus Rußland ausgewiesen, über die Memel auf preußischen Boden befördert und starb während der Weiterreise in die Heimath in der Nähe von Königsberg, erst 31 Jahre alt. — Wie sehr der Wind umgeschlagen war, erhellt auch daraus, daß 1796 auf allerhöchsten Befehl zwölf der fähigsten Moskauer Studenten, die Regierungsstipendien bezogen, zur Verwendung im Staatsdienste nach Petersburg berufen wurden, wo der Stadtkommandant Graf Araktschejew, der später unter Alexander I. zu so trauriger Berühmtheit gelangte, sie in elenden subalternen Schreiberstellungen unter der Obhut eines alten Korporals traurig verkommen ließ. So endigte Katharinas Regierung für die russische „Volksaufklärung“ mit einem ziemlich schrillen Mißklange.

Die Regierung ihres Sohnes und Nachfolgers, Kaiser Pauls, ist in ihrem Wesen ausreichend bekannt. Pauls nicht immer klarer Geist machte aus der militärischen und administrativen Bekämpfung der französischen Revolution, ja jeder wirklichen oder angeblichen revolutionären Regung einen förmlichen Kultus. Um sein Reich vor der allgemeinen revolutionären Verseuchung zu bewahren, erließ er die strengsten Verordnungen. Die schon von seiner Mutter befohlene Schließung aller privaten Druckereien wurde unter ihm völlig durchgeführt, die Zahl der Bücherzensoren angemessen vermehrt und die Vorschriften für sie verschärft. Nur solche Bücher sollten erscheinen dürfen, in denen nichts gegen das göttliche Gesetz, die Grundlagen des Staates und den Wohlanstand enthalten sei. Dabei sollten auch diejenigen Personen, die sich ungeeignete Bücher verschrieben, zur Verantwortung gezogen werden. 1799 wurde der Bezug aller Bücher, auch wissenschaftlichen Inhalts, in denen die Jahreszählung der französischen Republik angewandt war, untersagt und im Jahre darauf die Einfuhr ausländischer Bücher überhaupt verboten. Das war allerdings die einfachste Maßregel. Eine Ausnahme wurde nur für Bücher in tungusischer Sprache gemacht, die für den Gottesdienst der sibirischen Buräten nothwendig waren. 1798 wurde allen russischen Unterthanen, Russen wie Balten, das Studium an ausländischen Universitäten ebenfalls untersagt und alle, die sich im Auslande aufhielten, zurückgerufen. Damit sollte auch jede persönliche Berührung mit dem aufrührerischen Gifte unmöglich gemacht werden. Bekanntlich führte dieser Befehl Pauls zur Gründung der Dorpater Universität. Denn da er in den

baltischen Deutschen mit Recht einen festen Punkt in der Erscheinungen Flucht sah und insbesondere den konservativ gesinnten baltischen Ritterschaften sehr gewogen war, gestattete er ihnen, um sie nicht von jeder Bildung abzusperren, die Errichtung einer eigenen deutschen Universität an einem ihnen selbst geeignet erscheinenden Orte. Die Ritterschaften, die längst auf Grund der mit Peter abgeschlossenen Kapitulation eine deutsche Universität beansprucht hatten, entschieden sich für Dorpat, den Sitz der ehemaligen schwedischen oder vielmehr Schwedisirungsuniversität Gustav Adolfs. So trat die Dorpater Hochschule — nach Pauls Tode — 1802 ins Leben und durfte 90 Jahre lang wirken, bis sie der Russifizirung zum Opfer fiel und sogar ihren alten Namen einbüßte. Von diesem einen Lichtblicke abgesehen, der aber nur auf die baltischen Herzogthümer, wie man damals sagte, nicht auf das eigentliche Rußland fiel, waren die Jahre Pauls für die Moskauer Universität wie für die Petersburger Akademie eine Zeit scheuer Angst, und nur solche Stimmen durften sich an die Oeffentlichkeit wagen, die es fertig brachten, die Politik des Kaisers offen zu preisen. Das that z. B. 1799 der Moskauer Professor Heym bei der Feier des kaiserlichen Namenstages in der Universität in seiner deutschen Aktusrede über die Lage der Wissenschaften in Rußland unter dem Schutze Kaiser Pauls I. Er pries Rußland glücklich, wo die Wissenschaft durch verständige Einschränkungen von der Alles verderbenden Seuche der überall auftretenden Irrlehre bewahrt werde. Ganz mag der Redner mit seinem Herzen doch nicht bei der Sache gewesen sein.

Pauls Tod und Alexanders Thronbesteigung wurden mit Jubel begrüßt. Wie mit Naturgewalt trat der Rückschlag ein, und auf die Jahre der Reaktion folgte jetzt über ein Dutzend Jahre ruhiger Arbeit. Die Jahre Alexanders I. von 1801—1815 sind wohl die fruchtbarsten in der Geschichte des russischen Bildungswesens und sind in ihrem Ernste selbst von der humanistischen Schulreform des Ministers Tolstoi 1870 nicht übertroffen worden. Im feinfühligen Verständniß dafür, daß der Schule nicht sowohl eingehende Reglements als lebendige Menschen noth thun, sind diese Jahre sogar unerreicht geblieben. Die neue Regierung begann damit, daß der junge Kaiser wenige Tage nach seiner Thronbesteigung, „im Interesse der Verbreitung der Wissenschaften und Künste“ das Büchereinfuhrverbot seines Vaters aufhob und den freien Druck von Büchern und Zeitschriften im ganzen Reiche wieder gestattete. Die

drei Jahre darauf erlassene liberale Zensurordnung von 1804 gestattete die bescheidene Erörterung öffentlicher Fragen und verbot sogar den Zensoren ausdrücklich, Gedanken und Worte der Verfasser böswillig zu interpretiren. Daß wieder einmal Frühlingswehen durch das Reich ging, sieht man aus den freimüthigen Gutachten, die der Regierung bei der Vorberathung der Zensurordnung erstattet wurden. Adam Smiths großes Werk über die Ursachen des Reichthums der Völker wurde im Auftrage der Regierung ins Russische übersetzt. Andere Werke, in denen Fragen des modernen Staatslebens behandelt waren, folgten. Seit die französische Revolution von Napoleon bezwungen war, hatte die Furcht vor ihr aufgehört, man hatte sich mit der Neuordnung Europas, durch die die russischen Interessen nicht direkt berührt wurden, ausgesöhnt, paktirte mit Napoleon und glaubte an seinem Beispiele zu sehen, daß eine gewisse Förderung der modernen Bildung und sogar moderner Verwaltungsformen mit den Grundsätzen der Autokratie recht wohl verträglich wäre. Die reiche gesetzgeberische Arbeit, die in diesen Jahren in Rußland geleistet wurde, fällt außerhalb des Rahmens unserer Aufgabe, aber die neue Erkenntniß brach sich auch darin Bahn, daß mit der Gründung von Universitäten, ohne die die Mittelschulen in der Luft schweben mußten, endlich Ernst gemacht wurde. Vor allem wurde die Akademie der Wissenschaften, die unter Katharina nur oberflächliche Unterstützung erfahren hatte, dann aber während eines Jahrzehntes heilloser Reaktion in völlige Verwahrlosung gerathen war, wieder zur gebührenden Höhe emporgehoben. Die vielen Lücken in den Reihen der Mitglieder wurden durch zahlreiche Berufungen aus Deutschland gefüllt, besonders die historische Klasse endlich vollständig besetzt und ein neues liberales Statut 1803 erlassen, worin die Akademie als rein gelehrte Körperschaft ohne praktische Nebenzwecke hingestellt wurde. Sie erhielt Selbstverwaltung, und das akademische Gymnasium, das noch immer bestand, freilich nur fünfzig Schüler zählte, deren Leistungen noch dazu trostlos waren, wurde endlich ganz aufgehoben. — Darauf wurde ein ganzes System von Bildungsanstalten für das ganze Reich aufgestellt: Universitäten und Gymnasien für den regierenden Stand oder diejenigen, welche in diesen Stand eintreten wollten, ferner Kreis- und Volksschulen für den gewöhnlichen Bürger- und Kleinbürgerstand, daneben höhere Gymnasien, Lyceen und Handelsschulen. Um auch den Adel endlich von der regellosen Privatbildung abzuhalten und durch gemeinsamen Schulbesuch — soweit

er sich nicht der Offizierslaufbahn zuwandte — den anderen Ständen zu nähern, wurde auf den Rath des Ministers Speranski, Alexanders Hauptrathgebers in den Fragen der inneren Politik, 1809 die Erlangung der verschiedenen Rangstufen im Staatsdienste an den Nachweis eines bestimmten Bildungszensus geknüpft, der nur in den öffentlichen Lehranstalten zu erlangen war. Die Maßregel schuf ihrem Urheber viele Feinde in den Kreisen des Geburts- und Beamtenadels, ist aber bis heute in Kraft geblieben und hat nach einigen Rückschlägen ihren Zweck völlig erreicht. Das Vorurtheil des Adels gegen die öffentlichen Schulen ist endlich gebrochen, wenngleich es noch einige privilegirte Lehranstalten, wie das Petersburger Lyceum, giebt, wo „man" unter sich ist. Aber auch in diesen Schulen wird der Unterricht von Staatswegen ertheilt. — Gymnasien wurden in beträchtlicher Zahl gegründet, resp. die von der Katharinaschen Schulkommission ins Leben gerufenen Hauptschulen in Gymnasien umgewandelt. Entsprechend dem encyklopädisch-dilettantischen Zuge, der damals in der höheren russischen Bildungsschicht herrschte, bekamen die neuen Schulen einen Charakter, der recht nach dem Grundsatze **non multum sed multa** geformt war. Denn gelehrt werden sollte in den Gymnasien außer Russisch, Latein, Deutsch und Französich noch Mathematik, Physik, Chemie, Philosophie (Logik, Psychologie, allgemeine Grammatik und Ethik), Geographie, Naturgeschichte, russische und allgemeine Geschichte, politische Oekonomie und Statistik, Natur- und Volksrecht, Aesthetik, endlich Elemente der Handelswissenschaften und Technologie. Man meinte es gut, aber verstand es noch nicht besser und wußte am wenigsten den Zweck der Mittelschule vom Zwecke der Hochschule zu unterscheiden. Die richtige Erkenntniß gelangte übrigens bald zum Siege, denn schon 1811 wurden in den Petersburger Gymnasien auf den Vorschlag des Kurators, des Grafen Uwarow, die encyklopädischen Fächer beschränkt und dafür die Hauptfächer, besonders Latein, verstärkt. 1819 wurde die Reform auf alle Gymnasien des Reiches ausgedehnt. Auch wurde der griechische Unterricht eingeführt. Da es aber an Lehrern noch fehlte, wurde 1826, um das vorauszunehmen, davon abgesehen, das Griechische obligatorisch zu machen, sondern man beschloß auf den verständigen Vorschlag desselben Grafen Uwarow, mit der allmählichen Einführung des griechischen Unterrichts nur nach Maßgabe der vorhandenen Lehrkräfte vorzugehen. —

Um für die Gymnasien die nöthigen Lehrer zu haben, waren

aber Hochschulen nöthig, und mit deren Gründung machte man endlich Ernst. Von der Eröffnung der Dorpater Universität war schon die Rede. Da aber Dorpat trotz seiner Lage innerhalb der Grenzen des russischen Reiches, ebenso wie die Schweizer Hochschulen, am allgemeinen deutschen Geistesleben theilnahm und in diesem Sinne eine geistige Provinz Deutschlands bildete, hat es für unsere Darstellung auszuscheiden. Ebenso kam die von Polen übernommene Wilnasche Universität nicht in Betracht. Denn Westrußland galt wie Lithauen als polnisches Land, und die Herrschaft der polnischen Sprache wurde nicht angetastet. Die Polen bildeten nach damaliger Anschauung die Mehrheit der Bevölkerung, da die klein- und weißrussischen Bauern als Leibeigene und die zahlreichen Juden als Fremdlinge erst recht nicht in Frage kamen. Sonst gab es damals in Rußland nur die eine Universität in Moskau und das Lehrergymnasium in Petersburg. Letzteres war ganz verwahrlost und fast leer. Um es aufs Neue zu füllen und die nöthigen Lehramtskandidaten zu beschaffen, machte man wiederum eine Anleihe bei dem Klerus und beförderte eine Anzahl Abiturienten der Priesterseminare in das „pädagogische Hauptinstitut", wie es fortan genannt wurde. Außerdem wurde aber die Gründung von vollständigen Universitäten in Petersburg, Charkow und Kasan beschlossen und wirklich durchgeführt; weitere Universitäten wurden in Kiew, Tobolsk und Ustjug-Weliki (im nördlichen Großrußland beim Zusammenflusse der Ssuchona und des Jug, der beiden Quellflüsse der Dwina) in Aussicht genommen. Das war aber zunächst Zukunftsmusik. Kasan und Charkow traten sofort ins Leben, Petersburg etwas später, Kiew erst 1834 unter Nikolaus I. nach der Niederwerfung des polnischen Aufstandes und der Schließung der beiden polnischen Hochschulen, der Universität in Wilna und des unter Alexander I. gegründeten Lyceums in Kremenetz in Wolhynien. An Stelle von Tobolsk ist weit später erst unter Alexander III. die noch nicht vollendete Universität Tomsk getreten, während man von dem nördlichen Großrußland ganz abgesehen und unter Alexander II. 1865 in Odessa, der Hauptstadt des südlichen Neurußlands, eine Universität errichtet hat. So ist das unter Alexander I. entworfene Programm ausgeführt, freilich wieder viel langsamer, als seine Rathgeber sich gedacht hatten. Die Unstetigkeit der Entwicklung ließ es ebenso wenig wie im achtzehnten Jahrhundert zu einem rascheren Vorschreiten kommen.

Unter Alexander I. bekam das russische Bildungswesen endlich

ein besonderes Organ, das mit seiner Leitung betraut wurde. Der Senat hörte auf, oberste Regierungsinstanz für alle Ressorts zu sein, und besondere Ministerien wurden 1802 eingerichtet, darunter das Ministerium der „Volksaufklärung", das seinen liberalen Namen trotz der auch später wiederholt einsetzenden Reaktion bis heute bewahrt hat. Eine der ersten Handlungen des neuen Ministeriums war 1804 der Erlaß eines sehr liberalen Universitätsstatutes. Die Universitäten erhielten völlige Autonomie, eigene Zensur, das Recht, ohne jede Beschränkung ausländische Bücher zu beziehen; ja die Universitätskuratoren sollten, um nur ja nicht zu stören, nicht an Ort und Stelle, sondern als ständige Glieder der Oberschulverwaltung in Petersburg residiren. Als Ideal schwebte den Vätern des Entwurfes Göttingen vor, und zwei deutsche Gelehrte, Brandes und Meiners, hatten bei ihm Gevatter gestanden. Das ganze Reich wurde in Lehrbezirke getheilt, mit je einer Universitätsstadt als Mittelpunkt, und den Professorenkollegien sogar die Aufsicht über alle Schulen des Bezirkes übertragen. Das war für sie freilich eine sehr zeitraubende Nebenbeschäftigung, aber da leidlich sachverständige Männer sonst nicht vorhanden waren, blieb der Regierung nichts anderes übrig, als die Hochschullehrer mit dieser Aufgabe zu betrauen. Bestimmte Studienpläne für die einzelnen Fächer wurden nicht festgesetzt, sondern auch ihre Aufstellung den Professorenkollegien der einzelnen Universitäten überlassen. Kurz, wir sehen ein kindliches Vertrauen in die Objektivität und Sachkunde der zünftigen Gelehrten, wie es selbst in Deutschland nicht zu Tage trat und in dem absolutistischen Rußland doppelt seltsam berühren mußte. Aber Rußland war und ist seit Peter dem Großen das Land der Gegensätze.

In die Moskauer Universität zog schnell neues Leben ein. Da verschiedene Lehrstühle unbesetzt waren, ihre Zahl auch durch das neue Statut eine bedeutende Vermehrung erfahren hatte, waren wieder Berufungen aus Deutschland nöthig. Christian Schlözer, Augusts Sohn, trat als erster Lehrer der politischen Oekonomie in Moskau ein; aus Göttingen wurde der Philosoph Bule berufen, der sich durch eine Reihe von Veröffentlichungen einen geachteten Namen erworben hatte, freilich in Moskau, durch zahllose Lehraufträge und Redaktionsgeschäfte überhäuft, nicht dieselbe Produktivität entwickeln konnte. Es kamen noch Grellmann, Mathäi, Reinhardt, der in Köln Professor gewesen war, Stelzer und Andere. Von den Russen, die man ebenfalls, soweit sie vor-

handen waren, heranzuziehen suchte, war der in Göttingen und Paris gebildete Jurist Zwetájew wohl der bedeutendste. Der Kurator der Universität, Geheimrath Murawjew, der Vater des bekannten Dekabristen, ließ ihr jede Förderung angedeihen und schenkte ihr sogar seine reiche Privatbibliothek. Ernste Rückschläge traten in Moskau nicht mehr ein; die Verhältnisse festigten sich immer mehr, und auch die Zahl der Studenten blieb im Steigen. Bis zum Jahre 1812 waren schon 215 vorhanden, 1822 mit den freien Zuhörern 693, und 1825, zur Zeit von Alexanders Tod, gar 876.

Die Gründung der Charkowschen Universität bereitete auch keine besonderen Schwierigkeiten. Ihr. erster Kurator, der feingebildete polnische Graf Sewerin Potocki, gab sich große Mühe, auswärtige Größen heranzuziehen — sogar Friedrich August Wolf erhielt einen Ruf nach Charkow — und es gelang wirklich, ganz achtbare Männer für die neue Hochschule zu gewinnen. Wir nennen darunter: Umlauf, Ballin-de-Ballu, Schad (von Goethe empfohlen), Reith, Jakob, Schnauber, Hamperle, Lang. — Weniger leicht war es, Leute willig zu machen, in das ferne, unwirthliche Kasan zu ziehen. Auch schien es, daß die verfügbaren Vorräthe auf dem deutschen Gelehrtenmarkt durch die zahlreichen Berufungen nach Rußland erschöpft waren. Es fanden sich zwar noch einige, die bereit waren, in den fernen Osten zu ziehen, aber die meisten Stellen mußten mit Russen besetzt werden, die man aus der Zahl der Kasanschen Gymnasiallehrer oder sonst woher nahm, und die ihrer Stellung nur selten gewachsen waren. Kasan ist auch bis jetzt als Universitätsstadt im Hintertreffen geblieben. Da das Professorenkollegium etwas minderwerthig zusammengesetzt war, sah man trotz des Statutes davon ab, dieser Hochschule volle Selbstverwaltung zu gewähren, sondern ließ den Kurator walten. Der waltete aber mitunter recht summarisch, indem er keinerlei Spezialisirung in der Wissenschaft anerkannte, sondern ruhig dem Professor der alten Literaturgeschichte den Vortrag der Mathematik oder umgekehrt übertrug.

In Petersburg zog sich die Gründung einer Universität noch mehr als zehn Jahre hin. Zuerst ging man an den Ausbau des pädagogischen Institutes. Ein Dutzend Jünglinge wurde 1808 mit einer sehr ausführlichen Instruktion, die eingehende Studienwinke enthielt, ausgesandt, um zuerst zwei Jahre in Heidelberg und Göttingen zu studiren, dann im Laufe eines dritten Jahres die

Hauptkulturstätten des übrigen Europa zu bereisen und sich dann der Regierung zur Verfügung zu stellen. So gewann man nach einigen Jahren brauchbare Lehrkräfte, konnte das Institut derart erweitern, daß es 1816 an eine Universität erinnerte und 1819 in eine solche umgewandelt werden konnte. Dies Jahr ist also als das eigentliche Geburtsjahr der Petersburger Hochschule zu betrachten; es hatte demnach fast ein volles Jahrhundert gedauert, bis Peters Plan endlich verwirklicht werden konnte. So viel kostbare Zeit war über den Schwankungen der Regierungspolitik dahingegangen. Die Universität erhielt dieselben drei Fakultäten, die sich im Institut gebildet hatten, eine juristisch-philosophische, physikomathematische und historisch-philologische. Eine medizinische ist auch später nicht entstanden, sondern das Kriegsministerium errichtete später zur Heranbildung von Militärärzten eine besondere militär-medizinische Akademie, die noch jetzt besteht und dem Kriegsminister unterstellt ist. Dafür erhielt die Universität in der Folge eine besondere Fakultät für orientalische Sprachen für die Anwärter des Konsulatsdienstes. In der Petersburger Universität bestand von Anfang an der größere Theil der Professoren aus Russen — man hatte schon eigene Leute — doch waren auch Ausländer darunter, zum Theil Westslaven aus Oesterreich, zum Theil Deutsche, unter letzteren namentlich der Statistiker Hermann, der Jahre lang eine Zierde erst des Institutes und dann der Universität war, bis er der erneuten Reaktion zum Opfer fiel.

Denn nicht lange dauerte der hoffnungsreiche Aufschwung. Der Wind schlug wieder einmal um und warf die Entwicklung um Jahrzehnte zurück. Die Jahre der Befreiungskriege waren für Alexander I., wie er selbst sagte, eine Zeit innerer Erleuchtung, er gerieth unter den Einfluß der bekannten Baronin v. Krüdener, in Deutschland folgten das Wartburgfest und Kotzebues Ermordung; die Angst vor der Revolution erwachte von Neuem, es kam zu den Karlsbader Beschlüssen, den Kongressen von Troppau und Laibach, und der russische Staatskanzler Nesselrode schloß sich rückhaltlos der Metternichschen Politik an. Man begann das Gebäude, das man eben errichtet hatte, wieder abzutragen. In bewegten Worten klagte Graf Uwarow, der Kurator der Petersburger Universität, dem Freiherrn vom Stein, sein Leid. Aber es half nichts: die Reaktion setzte von Neuem ein. Die Universitäten galten als verdächtig, wie in Deutschland, und man ging ihnen zu Leibe. Der Fürst Galitzin wurde 1816 Unterrichtsminister, unterstellte die mißliebigen

Anstalten ganz den Kuratoren und ernannte zu solchen nur eifrige Anhänger der neuen konservativen Richtung. Am schärfsten ging der Kasansche Kurator Magnitzki vor. Sein Vorschlag, die Universität ganz aufzuheben, fand freilich beim Kaiser kein Gehör, aber es wurde ihm anheimgestellt, sie auf den rechten Weg zu bringen. Er verwandelte sie bald in eine Art Kloster mit der strammen Zucht der Jesuitenkollegien. Die Frömmigkeit oder das, was man darunter verstand, gab den Ausschlag, das römische Recht wurde durch das byzantinische ersetzt, die Geschichte der russischen Literatur in eine Geschichte der kirchlichen Beredsamkeit verwandelt. Längst zugelassene Lehrbücher wurden durch andere, zum Theil durch eigens geschaffene Konspekte ersetzt. Die Universität erhielt neben dem Rektor noch einen Direktor aus der Beamtenhierarchie als eigentlichen Befehlshaber, ein Institut, das dann auch auf die übrigen Universitäten ausgedehnt wurde, der Professor Ssolnzew wurde auf Grund von Kollegienheften, die man seinen Zuhörern abgenommen hatte, zur Verantwortung gezogen und abgesetzt, weil er sich in der Darstellung des Naturrechtes an Kants Kritik der praktischen Vernunft und nicht an die Bibel gehalten hätte, wie es die Instruktion vorschrieb. Sogar Mathematik und Medizin konnten nur mit großer Vorsicht vorgetragen werden, die Geologie wurde als gottlose Wissenschaft ganz gestrichen und dafür ein besonderer Lehrstuhl zur Widerlegung des Konstitutionalismus errichtet. Die Professoren wurden willkürlich zwischen den verschiedenen Lehrstühlen hin- und hergeschoben, oder aber, da sich Anwärter nicht mehr finden ließen, einem Professor der Vortrag von sechs verschiedenen Wissenszweigen übertragen. Als 1826, also schon unter Nikolaus I., eine Revision der Universität durch einen gebildeten General stattfand, konnte nur ihr völliger Verfall festgestellt werden: Professoren und Studenten hatten sich zum großen Theil verlaufen. Magnitzki kam übrigens für andere Schandthaten in die wohlverdiente Verbannung.

Etwas glimpflicher, obwohl schlimm genug, ging es in Charkow zu. Der Kurator Karnéjew entzog der Universität das Recht, sich den Rektor und die Dekane zu wählen, machte ebenfalls die „Frömmigkeit" zum alleinigen Maßstabe bei der Beurtheilung der Professoren, setzte mehrere von ihnen ab, darunter Schad als Anhänger Kants und den Mathematiker Ossipowitsch, verfügte im Einverständniß mit dem Minister, daß die Professoren vor Beginn jedes Semesters genau gedruckte Konspekte ihrer Vorlesungen ein-

zureichen hätten und erst nach deren Bestätigung durch den Minister ihre Lehrthätigkeit eröffnen dürften, und erreichte durch diese Maßregeln, daß schließlich von 28 Professoren nur noch acht übrig waren und die Studenten sich ebenfalls verlaufen hatten.

Großen Eifer zeigte auch der Petersburger Kurator Runitsch. Nachdem er 1821 den Professor Kunizyn wegen eines Werkes über Naturrecht abgesetzt hatte, begann er einen richtigen Feldzug gegen alle philosophischen und historischen Wissenschaften, durch die das Christenthum erschüttert und die Jugend mit verderblichen Ideen erfüllt wurde. Seine ersten Opfer waren Hermann und dessen Schüler Arssénjew, dann der Philosoph Halitsch, der Historiker Raupach (aus Halle), ebenso der Rektor Balugianski, ein Westslave aus Wien. Fünf weitere Professoren schieden ebenfalls aus, suchten sich eine andere Thätigkeit oder kehrten, soweit sie Ausländer waren, in die Heimath zurück; die vielen freien Stellen wurden mit mangelhaften Lückenbüßern besetzt, und als Fürst Galitzin 1824 aus dem Ministerium schied und dem alten, ebenfalls reaktionären Admiral Schischkow Platz machte, mußte sogar dieser zugestehen, daß die Universität desorganisirt sei und man unter dem Deckmantel des Christenthums nur Heuchelei und Dunkelmännerei verbreitet habe. — Am besten kam noch die Moskauer Universität weg, wo der Kurator weniger scharf ins Zeug ging und es daher nicht zu wirklichen Katastrophen kam.

Für die Heranbildung zukünftiger Professoren geschah in dieser trüben Zeit natürlich nichts, die Berufungen aus Deutschland unterließ man und stellte ebenso die Aussendung junger Kandidaten ins Ausland ganz ein, um nicht neues atheistisches Gift dem Körper des Reiches zuzuführen. So fehlte es an jedem Nachwuchs. Unter diesen Umständen ging es natürlich auch mit den Gymnasien nicht vorwärts. Während die 54 Gymnasien des Reiches 1808 schon 409 Lehrende und 5569 Lernende, also durchschnittlich 100 Schüler gezählt hatten, war deren Zahl bis zum Todesjahre Alexanders I. nur um etwa 2000 gestiegen. Die reaktionär geleiteten Universitäten zeigten eine so geringe Anziehungskraft, daß die oberen Klassen vieler Gymnasien fast leer standen, indem die Eltern ihre Kinder praktischen Berufen zuzuführen vorzogen. Da in Folge dessen die Universitäten ebenfalls leer standen, fehlte es wieder an Lehrern für die Gymnasien, und man kam aus dem circulus vitiosus nicht heraus. Den adligen Vorurtheilen kam man wieder dadurch entgegen, daß man das nur für Edelleute bestimmte

Lyceum in Zarskoje-Sseló bei Petersburg sehr begünstigte, beim pädagogischen Institut und später bei der Universität ein adliges Internat errichtete und ebenfalls begünstigte, ja 1818 dem adligen Internate an der Moskauer Universität in gleicher Weise Hochschulrechte verlieh. In Charkow und Kasan forderte der Adel dieselbe Berücksichtigung seiner berechtigten Eigenthümlichkeiten. So ging diese Periode zu Ende. Man hatte eine Anzahl Kadres geschaffen, aber das Leben, das man in ihnen wachrufen wollte, wieder erstickt. Alexanders Regierung, die unter so verheißungsvollen Auspizien begonnen hatte, endete mit einem Mißklange wie die Regierung seiner Großmutter Katharina, nur war der Mißklang noch schriller, da diesmal bei der Reaktion klerikale Tendenzen überwogen hatten. Klerikale Reaktion ist bekanntlich immer härter als weltliche.

Dem neuen Herrscher stand eine schwere Aufgabe bevor. Es ist nicht leicht, die eigenartig geschlossene Persönlichkeit Kaiser Nikolaus I. auf eine einfache Formel zu bringen. Mit einem Schlagworte wie „Tyrann" oder „beschränkter Kopf" ist sie nicht erschöpft. Gewiß war Nikolaus ein Mann der Reaktion, aber er hat auch Positives für das Reich geschaffen und mit den Mitteln nicht gekargt, wenn es galt, nothwendige Staatsbedürfnisse zu befriedigen. Klerikalen Velleitäten war er abhold und machte daher dem maßgebenden Einflusse der Popen ein Ende. Erst seinem Enkel Alexander III. war es vorbehalten, die Geistlichkeit wieder schier zum ersten Stande des Reiches zu machen. Nikolaus wollte die Revolution von Rußland fernhalten — hatte er doch erst nach Niederwerfung eines gefährlichen Militäraufstandes den Thron besteigen können und brach nicht lange darnach die Revolution in Russisch-Polen aus — aber wenigstens vor 1848 hat er sich von den Maßregeln ferngehalten, die wie sinnloses Wüthen aussahen. Daß der russische Staat für seine Zwecke eine genügende Zahl gebildeter Beamten bedurfte, daß auch Aerzte nicht zu entbehren waren, daran hat er nie gezweifelt und daher die Schulen und Universitäten nicht so verkümmern lassen, wie es unter seinem Vorgänger und Bruder geschehen war. So können wir die erste Zeit seiner Regierung eher eine Periode des Schaffens nennen. Die mystisch-pietistische Reaktion, die in Wahrheit ein Brett vor den Augen hatte, hörte auf, die politische Reaktion blieb, hielt sich aber in gleicher Weise entfernt von dem Toben Pauls I., wie von dem überwiegend frivolen und gedankenlosen Regime der Kaiserinnen

Anna und Elisabeth. Die Reaktion war jetzt staatsmännischer. Die ersten Jahre der neuen Regierung waren durch die Aburtheilung der Dekabristen, den türkischen Krieg und polnischen Aufstand so in Anspruch genommen, daß einschneidende Maßregeln im Ministerium der Volksaufklärung zunächst ausblieben. Die Politik der Reaktion wurde fortgesetzt, nur daß man ihre Hauptstützen, wie Runitsch und Magnitzki, fallen ließ. Der von der vorigen Regierung übernommene Unterrichtsminister Schischkow erließ sogar unter dem Eindrucke des Dekabristenaufstandes das berüchtigte Zensurreglement von 1826, auf Grund dessen man, wie ein Zensor sagte, sogar das „Vater unser" zu einer jakobinischen Proklamation umdeuten und als solche verbieten konnte. 1827 wurde wiederum eingeschärft, bei den in eine Lehranstalt Eintretenden ihre voraussichtliche zukünftige Lebensstellung im Auge zu haben und in die Universitäten nur Mitglieder derjenigen Stände aufzunehmen, die persönliche Freiheit genossen. Personen bäuerlichen Standes sollten nur in den Kirchspiels- oder höchstens Kreisschulen Aufnahme finden, Söhne von Kaufleuten und Handwerkern vorzugsweise in letzteren, während die Gymnasien und Universitäten den Söhnen von Edelleuten und Beamten offen stehen sollten. Hier war klar und unmißverständlich ausgedrückt, was früher Vielen vorgeschwebt hatte. Der Adel sollte in seiner führenden Stellung erhalten bleiben, aber auch mit dem unentbehrlichen Maß von Bildung ausgerüstet werden, um seiner Stellung gewachsen zu sein. Das allzu zahlreiche Eindringen in den regierenden Stand sollte eingeschränkt werden, um seiner Aufsaugungsfähigkeit nicht zu viel zuzumuthen und ihm den Charakter einer europäischen Aristokratie zu bewahren. Das sind Grundsätze, die man nicht nur als negativ, sondern auch, wenn man die Verhältnisse berücksichtigt und selbst von Doktrinarismus frei ist, als positiv bezeichnen darf. Durch adlige Internate bei den Gymnasien suchte man den Adel mehr und mehr in letztere hineinzuziehen. Denn bildungsfeindlich um jeden Preis war man nicht, wie man es auch unter Anna und Elisabeth nicht gewesen war; Bildung sollte sein, aber nur einem beschränkten Kreise zu Theil werden und nicht die Grundfesten des Staates, so wie man sie verstand, bedrohen. Der erste Minister der Volksaufklärung, den Nikolaus I. 1828 nach Schischkows Abgang ernannte, der kurländische Edelmann Fürst Lieven war durchaus nicht ein bildungsfeindlicher Reaktionär, sondern schaffte sofort einige Erleichterung, indem er die Zensurordnung von 1826 milderte. Den Zensoren

wurde zur Pflicht gemacht, sich keine Oberleitung der Literatur anzumaßen und böswillige Unterstellungen zu unterlassen. Um dem Lehrer- und Professorenmangel, der einen riesigen Umfang angenommen hatte, zu steuern, stellte man das pädagogische Hauptinstitut wieder her. Füllen konnte man es freilich nur durch eine neue Anleihe bei den Priesterseminaren, die wieder einmal einen Theil ihrer Zöglinge hergeben mußten; ja, um möglichst bald wenigstens einige Professoren zu schaffen, wurden 1828 je sechs Studenten der Petersburger und Moskauer geistlichen Akademie ausgewählt, die sich nach vorläufigem Studium an den heimatlichen Universitäten zu ihrer weiteren Ausbildung ins Ausland begeben sollten, in dasselbe Ausland, das 10 Jahre lang verpönt gewesen war. In demselben Jahre wurde beschlossen, die deutsche Universität, die man besaß, mehr auszunutzen. In Dorpat wurde ein besonderes Institut zur Ausbildung von Professoren errichtet und hat dort 10 Jahre lang bestanden. Von den 30 jungen Kandidaten, die man im Laufe der Zeit hinschickte, sind in der That 22 Professoren hervorgegangen, darunter Pirogów, Rußlands berühmtester Chirurge. Ebenso wurde die fürchterliche Prüfungsprozedur, der sich alle Aspiranten für einen Lehrstuhl unterziehen mußten, zwar nicht abgeschafft aber in zahlreichen einzelnen Fällen erlassen. Nach der Ordnung mußte sich jeder angehende Kandidat, der sich der akademischen Laufbahn widmen wollte, nach bestandener Staatsprüfung dem sogenannten Magisterexamen unterziehen, einer verschärften Prüfung aus sämmtlichen Fakultätsfächern in mehreren Sitzungen der versammelten Fakultät, darauf eine Dissertation einreichen und über sie disputiren. Der Magistergrad gab ihm dann das Recht, Extraordinarius oder sogenannter Adjunkt zu werden. Wollte man weiter kommen, so mußte man zunächst das Doktorexamen erdulden, eine nochmalige Prüfung aus sämmtlichen Fakultätsfächern, darauf eine zweite umfangreichere Dissertation als zweites „Buch" einreichen und nach deren Annahme über sie disputiren. Erst dann galt man als geaichter Gelehrter und konnte auf seinen Lorbeeren ausruhen. In der ersten Zeit von Nikolaus' Regierung verkürzte man das Verfahren, indem man die aus dem Auslande heimgekehrten jungen Leute gleich zum Doktorexamen zuließ und eine Disputation nur über eingereichte Thesen verlangte. Ja in Kasan und Charkow ernannte man sogar Personen, die ihre ganze Ausbildung nur im pädagogischen Hauptinstitut er-

fahren und sich durch Fleiß und Fähigkeiten hervorgethan hatten, gleich zu Professoren.

Es geschah aber noch mehr. Nachdem in Folge des polnischen Aufstandes strenge Maßregeln gegen das polnische Uebergewicht in Westrußland nöthig geworden waren, wurde eine allmähliche Rückrussifizirung resp. Moskowitisirung des Landes ernsthaft in Angriff genommen. Das eigentliche Kongreßpolen blieb bis zu dem erneuten Aufstande von 1863 von dieser Maßregel unberührt. Die alte polnische Universität in Wilna wurde aufgehoben, ebenso das polnische Lyceum in Kremenetz, aber es wurde für Ersatz gesorgt, indem Nikolaus in der überwiegend russischen Stadt Kiew eine neue russische Universität 1834 ins Leben rief, die Stadt auch mit anderen Bildungsanstalten reichlich ausstattete. Als sich darauf nach den ersten Uebergangsjahren das Interesse der Regierung mehr und mehr dem russischen Bildungswesen zuwandte, kam es 1835 zum Erlaß eines neuen Universitätsstatutes. Von dem alten Statut von 1804 war nichts mehr übrig, sondern es war durch einen Wust von repressiven Bestimmungen ersetzt, die sich vielfach widersprachen und für die einzelnen Universitäten ganz verschieden lauteten. Wenn wir daran denken, daß der Geist polizeilicher Reaktion damals ganz Europa durchzog und auch den deutschen Hochschulen manche Leiden auferlegte, so müssen wir anerkennen, daß das Universitätsstatut Kaiser Nikolaus verhältnißmäßig liberal ausfiel. Die Universitäten erhielten das Recht zurück, sich selbst zu ergänzen, den Direktor und die Dekane selbst zu wählen, wurden von dem Zensurzwange befreit und wurden dadurch wesentlich entlastet, daß ihnen die Schulverwaltung genommen wurde. Da man in Rußland bei jeder reaktionären Niederreißung nicht bei dem Nullpunkte anlangen konnte, sondern immer irgend etwas stehen lassen mußte, war in den 30 Jahren die Zahl der gebildeten und leidlich sachverständigen Leute thatsächlich so weit gestiegen, daß man erwarten durfte, auch außerhalb der Professorenkollegien die für die Schulverwaltung nöthigen Kräfte zu finden. Ganz so weit war man freilich noch nicht, aber etwas weiter war man immerhin gekommen. Die persönlichen Anschauungen des Kaisers gaben sich in dem neuen Universitätsstatut besonders darin zu erkennen, daß in ihm viel von der moralischen Beschaffenheit und der „äußeren Erziehung" der Studenten die Rede war. Auch weiterhin erfolgten Verordnungen, die sich sogar auf die Haartracht der Musensöhne

bezogen, und 1840 wurde verfügt, daß zur Fernhaltung junger Leute niedriger Abkunft, die keinerlei äußere Erziehung genossen hätten, alle um die Immatrikulation Nachsuchenden sich persönlich bei dem Kurator zu melden hätten, der dann nach Rücksprache mit dem Rektor unter einem passenden Vorwande alle Diejenigen zurückweisen solle, bei denen der Mangel äußerer Erziehung nicht durch besondere Begabung wettgemacht würde. Die Entwicklung der Verstandesfähigkeiten sei zwar an sich nützlich, müsse aber immer mit der zukünftigen bürgerlichen Stellung im Einklang stehen. Bei dem allgemeinen Bildungsdrange, der immer mehr zunehme, sei es Zeit, dafür Sorge zu tragen, daß die ständische Ordnung durch ihn nicht erschüttert würde, daß das Verlangen jugendlicher Köpfe nach überflüssigen Kenntnissen nicht zu unterstützen sei, nach Kenntnissen, deren praktische Bethätigung oft nicht den gehegten Erwartungen entspreche, sondern Eltern und Jünglingen schwere Enttäuschungen bereite. Aber wenn wir von diesen Lächerlichkeiten absehen, die übrigens gar nicht so lächerlich waren, wie sie uns jetzt scheinen, bedeutete die neue Universitätsordnung einen großen Fortschritt. Eine größere Spezialisirung wurde durchgeführt, im Ganzen 53 Lehrstühle für jede Universität festgesetzt und dem Hin- und Herschieben der Professoren innerhalb der einzelnen Fakultätsfächer ein Ende bereitet. Die juristische Fakultät wurde erst jetzt zu einer juristischen, indem die eigentlichen rechtswissenschaftlichen Fächer verstärkt und die vielen propädeutischen — philosophischen und historischen — eingeschränkt wurden. Mit dem alten Uebel, dem Lehrermangel, hatten die Universitäten freilich auch fernerhin zu kämpfen, aber der ist auch jetzt noch nicht ganz beseitigt; da aber die Sache selbst von der Regierung ernst genommen wurde, Zuchtlosigkeit und Lässigkeit bei Professoren und Studenten nicht statthaft waren, war die Regierung Kaiser Nikolaus', von den letzten Jahren abgesehen, für Rußland eine Zeit, wo in den Universitäten und ebenso in den Gymnasien nach Kräften fleißig gearbeitet wurde. Ohne diese Vorarbeit wären die großen Fortschritte nicht zu erklären, die das Land später in den sechziger und siebziger Jahren unter Alexander II. machte.

Doch durfte auch in der Regierung Kaiser Nikolaus' zum Schluß der unvermeidliche Mißklang nicht fehlen. Nach dem wahrlich nicht liberalen, aber ausreichend verständigen Anfange wurde bei ihm seit der großen Revolution von 1848 die Furcht vor dem finsteren Geiste des Aufruhrs zur firen Idee. Der Regen von schützenden

Verordnungen, der niemals aufgehört hatte, wurde jetzt besonders dicht. Die Zensurquälereien begannen von Neuem, ja man suchte sogar wissenschaftliche Streitfragen durch zensorische Edikte zu lösen, indem z. B. 1852 verboten wurde, sich der Ansicht des Akademikers Krug anzuschließen, wonach die Gründung des russischen Reiches durch Rurik nicht 862, sondern 852 erfolgt wäre. Eine Reihe von weiteren Verfügungen betraf ausdrücklich die Universitäten und unterband ihnen jede Lebensader. Daß sie das Recht der Rektorwahl verloren und zu Rektoren Leute ernannt wurden, die ganz außerhalb des Kollegiums standen, war noch das Wenigste. Im März 1848 wurde allen Angestellten im Ressort des Ministeriums der Volksaufklärung, also auch allen Professoren, das Reisen ins Ausland gänzlich untersagt. Im April wurde für jede Universität die Zahl der Studenten, soweit sie nicht Regierungsstipendien bezogen, auf 300 festgesetzt. Man sollte mit der Aufnahme neu eintretender junger Leute so lange innehalten, bis die Normalzahl erreicht sei. Die Maßregel rief natürlich, obgleich sie auf die medizinische Fakultät nicht ausgedehnt werden konnte, ein rapides Sinken der Frequenz aller Universitäten hervor. Das fernere Verbot, Professoren aus dem Auslande zu berufen, traf besonders empfindlich die deutsche Hochschule in Dorpat. In den russischen hatte man seit dem Ende Alexanders I. das Berufungsrecht nur noch selten ausgeübt und mit eignen Kräften auszukommen gesucht. Die ausschließlich russische Vortragssprache war auch schon unter Alexander vorgeschrieben worden. — Die Zensurfreiheit wurde für die Universitäten wie auch für die Akademie der Wissenschaften beschränkt, obgleich sich sogar der reaktionäre Minister Fürst Schirinski-Schichmatow dagegen aussprach. Ja man unterzog die einzelnen Disziplinen auf ihre Gefährlichkeit hin einer scharfen Prüfung, ganz wie zur Zeit der Reaktion unter dem Mystiker Alexander. Das europäische Staatsrecht wurde als verdächtig 1849 aus dem Studienplane gestrichen, von der Philosophie ließ man nur die Logik und Psychologie übrig und übertrug ihren Vortrag den Universitätspopen, die als „Professoren der Theologie“ auch zum Professorenkollegium gerechnet wurden. Mit der Aufsicht über diese „Philosophie“ wurde die kirchliche Obrigkeit betraut. Die Professoren wurden wiederum verpflichtet, vor Beginn jedes akademischen Jahres genaue Programme ihrer Vorlesungen mit vollständiger Angabe aller bei ihrer Ausarbeitung benutzten Werke einzureichen, gleichzeitig wurde ihnen zur Pflicht gemacht, zwar

ihre Leistungen auf der gebührenden wissenschaftlichen Höhe zu halten, aber auch in den Programmen nichts zu verheimlichen, was mit der Lehre der griechischen Kirche, der bestehenden Regierungsform und dem Geiste der Staatseinrichtungen nicht in Einklang stände. Den Dekanen wurde vorgeschrieben, die Vorlesungen der Professoren ihrer Fakultät häufig zu besuchen und die geringste Abweichung vom Programme, auch wenn sie an sich unschädlich sei, zur Kenntniß des Rektors zu bringen. Letzterer sollte seinerseits wieder dieselbe Kontrole über die Dekane ausüben. So waren die Wissenschaft und ihre Pflanzstätten gegen Ende von Nikolaus' Regierung in enge spanische Stiefel geschnürt und konnten kaum athmen. Daß man auch in den Gymnasien durch Erhöhung des Schulgeldes und andere Maßregeln den Zuzug ungeeignet erscheinender Elemente fernzuhalten suchte und sogar die einzelnen Lehrgegenstände auf ihre Staatsgefährlichkeit hin prüfte, versteht sich von selbst. Als dem Minister Fürst Schirinski-Schichmatow 1851 bedeutet wurde, daß Seine Majestät den griechischen Unterricht für überflüssig hielte, beeilte er sich zu erklären, daß zwar nur in 45 Gymnasien von 74 griechischer Unterricht stattfinde, daß er aber in der That entbehrlich sei. Er wurde auch abgeschafft und der lateinische so weit beschränkt, daß die Schriftstellerlektüre unmöglich wurde. Der Grund war, daß die Bekanntschaft mit heidnischen und noch dazu republikanischen Autoren in den jugendlichen Köpfen Verwirrung anrichten könne, und aus demselben Grunde wurde die griechische und römische Geschichte bis Augustus aus dem Lehrplane fast ganz gestrichen. Als Ersatz wurden Naturgeschichte in weiterem Umfange und Gesetzeskunde eingeführt, zwei Disziplinen, die für harmlos galten, merkwürdiger Weise auch die Naturgeschichte. Das Sinken des Niveaus der Gymnasien übte natürlich bald einen Rückschlag auf die Universitäten aus und zog auch sie herunter. Wie wenig man in Rußland aus der Vergangenheit lernt und wie wenig die Geschichte die Lehrmeisterin der Völker ist, ersieht man daraus, daß trotz der üblen Erfahrungen der fünfziger Jahre der Unterrichtsminister Wannowski im Jahre 1901 denselben Schwabenstreich begangen hat wie sein Vorgänger Schirinski ein halbes Jahrhundert früher. So endete auch Nikolaus I. fast dreißigjährige Regierung mit einer Erschütterung der Universitäten und des gesammten Bildungswesens, aber es war doch schon so viel geschaffen worden, daß man aus der geistigen Verschrumpfung

verhältnißmäßig leicht herauskam, als der Wind endlich wieder umschlug.

Nikolaus schied aus dem Leben, und sein Nachfolger Alexander II. ließ die Wetterfahne sofort umstellen. Ueber 20 Jahre dauerte nun die Herrschaft des Südwestwindes und brachte das Niveau der russischen Bildung erklecklich in die Höhe. Dauernde Herrschaft war ihm freilich auch diesmal nicht beschieden. Alle die Beschränkungen, durch die Nikolaus sein eigenes Universitätsstatut außer Kraft gesetzt hatte, wurden allmählich auf dem Verordnungswege wieder beseitigt, und, um eine generelle Neuordnung herbeizuführen, 1863 ein neues Statut erlassen, das die Stellung der Universitäten dauernd festlegen sollte. Die Universitäten erhielten eine größere Freiheit, als ihnen jemals in Deutschland gewährt worden ist, indem ihnen z. B. nicht nur das Vorschlagsrecht, sondern das alleinige Wahlrecht zur Besetzung der Lehrstühle bewilligt wurde. Der Erwählte unterlag nur der ministeriellen Bestätigung, und diese hatte zu erfolgen, wenn gegen den Kandidaten nichts Strafrechtliches vorlag. Sie erfolgte auch immer. Alexanders Reformthätigkeit ist so bekannt, daß sie hier nicht im Einzelnen geschildert zu werden braucht. Sie umfaßte in gleicher Weise die Provinzial-, Gemeinde- und Stadtverwaltung, die Justiz, Schule und Presse. Ueberall wurde mit dem System der polizeilichen Bevormundung gebrochen und die ständischen Schranken beseitigt. Lehranstalten entstanden in großer Zahl, zwei neue russische Universitäten wurden in Odessa und Warschau eröffnet, zur endgiltigen Beseitigung des Lehrermangels in Petersburg und Njeschin besondere historisch-philologische Institute errichtet und, um das Niveau der Schulen zu heben, noch vor der Wiederherstellung des humanistischen Gymnasiums, die erst 1870 erfolgte, als provisorische Maßregel eine von den Professoren selbst abzuhaltende Eintrittsprüfung in die Universität angeordnet. Da das Lernbedürfniß der Bevölkerung nicht mehr gewaltsam verkürzt, sondern durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht sogar unterstützt wurde, so stieg die Zahl der Schüler und Studenten in rapider Weise; damit stieg auch die Zahl derjenigen, welche bereit waren, sich dem Professorenberufe zu widmen; und da die Regierung mit pekuniären Unterstützungen und der Gewährung von Reisestipendien nicht kargte, war man nach einer Reihe von Jahren soweit, daß alle Lehrstühle mit eigenen Kräften entweder fest besetzt waren oder doch in Gestalt

von Privatdozenten oder Stipendiaten sichere Anwärter in Aussicht hatten. Optimisten sahen die Zukunft Rußlands in rosigem Lichte; das Dogma, daß sich die Völker im 19. Jahrhundert viel schneller als früher entwickelten, fand viele Anhänger, und an die Möglichkeit eines Rückschlages wollte Niemand glauben. Er blieb aber dennoch nicht aus, sondern begann wie mit Naturnothwendigkeit noch unter der Regierung Alexanders II. und nahm wegen der unter ihm und durch ihn herbeigeführten Entfesselung der Volksinstinkte eine eigenartige und besonders bedenkliche Färbung an. Alexander wurde an seinen Idealen irre und schwankte zwischen Furcht und Hoffnung hin und her, fast so wie seine Urgroßmutter Katharina und sein Onkel Alexander I. Freiheit hatte er gewährt, aber das Gebotene, obwohl Anfangs mit Dankbarkeit aufgenommen, genügte den Heißspornen nicht mehr. Die Hoffnung, Rußland doch noch in eine konstitutionelle Monarchie oder gar in eine Republik umgewandelt zu sehen, fand neue Nahrung und entfachte schon in den sechziger Jahren, besonders aber nach dem türkischen Kriege, eine revolutionäre Propaganda, die der Regierung viel zu schaffen machte. Das doktrinäre Rezept des Liberalismus, das ganz auf dem Glauben an die unbedingte Tugendhaftigkeit der menschlichen Natur beruht, schien zu versagen und in den Thatsachen nicht die erwünschte Bestätigung zu finden. Noch Alexander selbst nahm einen Theil seiner früheren Zugeständnisse zurück, indem er die in- und ausländische Zensur wieder verschärfte, die provinzielle und städtische Selbstverwaltung beschränkte und den Einfluß des zünftigen Beamtenthums verstärkte. Eine Revision des liberalen Universitätsstatutes von 1863 wurde gleichfalls noch unter ihm angeregt, sogar schon mit den Vorarbeiten begonnen; doch ließ er es nicht dazu kommen, wie er auch an dem humanistischen Gymnasium festhielt und dem Drängen der Massen, die nach größerer Erleichterung in den Bildungsansprüchen verlangten, ein entschiedenes non possumus entgegensetzte. Tragisch sind seine letzten Jahre, wo er zwischen Diktatur und Konstitution schwankte und zu keinem festen Enschlusse kam. Tragisch war auch sein Ende: er fiel als Opfer eines nicht nur ruchlosen, sondern auch politisch unklugen Mordes.

Nun erfolgte der Rückschlag, und Rußlands Progressisten hatten unter Alexander III. wieder vollauf Zeit, die Wirkungen des kalten Nordostwindes zu verspüren. Mit eiserner Faust bändigte Alexander die drohende Revolution, dezimirte durch Galgen und Sibirien die Reihen der Nihilisten, daß ihre spärlichen Reste nicht mehr wahr-

nehmbar waren, aber er tödtete auch jedes geistige Leben. Staatsmann genug, um die Nothwendigkeit einer einheitlichen Regierung einzusehen und selbst durchzuführen, erklärte er wie sein Großvater Nikolaus I. jedem Liberalismus den Krieg.

Allen besseren Elementen der russischen Gesellschaft legte sich seine Regierung von Anfang an wie ein schwerer Alb auf die Brust. Bei dem allmählichen Abbruch der Reformarbeit seines Vaters mußten die Universitäten auch bald an die Reihe kommen. Diesmal begann man aber nicht mit einzelnen Durchlöcherungen des bestehenden Rechtszustandes, sondern machte gleich reinen Tisch. Im Jahre 1884 wurde ein neues, freilich hübsch verklausulirtes, aber durch und durch reaktionäres Universitätsstatut erlassen, das noch jetzt zu Recht besteht. Es war eine Rückkehr zu den Grundsätzen der strengeren Zeit Nikolaus I. Die Universitäten verloren jeden Schein von Selbstverwaltung und wurden in allen Fragen den Kuratoren unterstellt. Letztere wurden wieder die eigentlichen Leiter der Hochschulen und hatten alle Angelegenheiten entweder selbst zu entscheiden oder dem Minister zur endgültigen Beschlußfassung zu unterbreiten. Die Universitäten verloren nicht nur das Recht, den Rektor und die Dekane zu wählen, sondern ihnen wurde auch die Professorenwahl entzogen. Die Professoren und sogar die Privatdozenten, soweit sie einen Lehrauftrag erhielten, wurden vom Minister direkt und ohne jedes Einvernehmen mit den Universitäten ernannt. Die Staatsprüfungen, die immer den Universitäten gehört hatten — andere als Staatsprüfungen kennt Rußland nicht — wurden ihnen genommen und besonderen Prüfungskommissionen übertragen, in denen der von auswärts geschickte, mit reichem Honorar ausgestattete Vorsitzende die ausschlaggebende Stellung erhielt. Vor Beginn jedes Semesters waren wieder die geplanten Vorlesungsverzeichnisse durch den Kurator dem Minister zur Bestätigung einzureichen, und jede nachträgliche Abweichung untersagt. Die Studienordnung wurde auf das Genaueste reglementirt und dem Rektor und den Dekanen das Hospitiren bei den Kollegen und deren Kontrolirung zur Pflicht gemacht. Die Studenten wurden wieder, wie unter Nikolaus I., in Uniform gesteckt und jeder Versuch von Vereinsbildung verfolgt. Die Philosophie wurde ebenfalls auf Logik und Psychologie beschränkt, deren Vortrag allerdings nicht den Popen, sondern den Professoren der Philosophie überlassen. Da die Zensur gleichzeitig verschärft wurde und selbst wissenschaftliche Werke dem Richtbeil des Zensors verfielen, war

der spanische Stiefel, in den eingeschnürt zu werden der Wissenschaft in Rußland nun einmal von Zeit zu Zeit beschieden ist, aufs Neue zu seinem Rechte gekommen. Man kann nicht sagen, daß die ministerielle Besetzung der Lehrstühle immer das Ziel verfehlte, aber sie mußte im Verein mit dem allgemeinen Drucke dasselbe Streberthum groß ziehen, das sich auch während der vorangegangenen Reaktionen bei einem Theil des Professorenstandes bemerkbar gemacht hatte. Ja es kam dahin, daß das Ministerium für bestechlich galt und die Behauptung, man könne fette Lehrstühle, besonders medizinische, zu bestimmten Taxen käuflich erwerben, allgemeinen Glauben fand. Ein Sinken des Bildungsniveaus brauchte noch nicht die nothwendige Folge des neuen Regimes zu sein, so lange man an dem Gymnasium nicht rüttelte. Es trat aber doch ein, da mit der obrigkeitlichen Bevormundung eine ganz neue Erscheinung, ein weichliches Zurückweichen vor den Forderungen der halbgebildeten Massen, Hand in Hand ging. Im Märzhefte dieser Jahrbücher ist dies wichtige Zeichen der Zeit schon behandelt worden. Die möglichste Milde bei allen Prüfungen wurde zum Grundsatze erhoben. Die Aufgabe der Direktoren und Klassenlehrer an den Gymnasien, der Kommissionspräsidenten und Examinatoren an den Universitäten schien nur noch in der Sorge dafür zu bestehen, daß alle Prüflinge das Examen beständen. Daß sich das nicht nur die Jugend, sondern auch die gewissenlosen und faulen Lehrer und Professoren, die in Rußland nicht so selten sind, zu Nutze machten, war nur natürlich. Bald riß eine frivole Auffassung von Wissen und Wissenschaft bei Lehrenden und Lernenden ein, die verderblich wirkte, und gegen die sich die ernsten Leute vergebens stemmten. Die Anforderungen wurden immer mehr herabgesetzt und sind jetzt, da Nikolaus II. diesen Liberalismus seines Vaters fortsetzte, fast auf Null gesunken. So ist die Unwissenheit gegen die siebziger und den Anfang der achtziger Jahre erstaunlich gestiegen, und das moralische Niveau der Professorenschaft bedeutend verschlechtert. Manche paktirten, wie es schon früher geschehen war, mit der herrschenden Richtung, andere gaben jede Hoffnung auf Besserung auf, verzweifelten sowohl an dem konservativen, als an dem liberalen Rezepte und sahen einem etwaigen Umschlagen des Windes mit dumpfer Gleichgiltigkeit entgegen. Daß aber doch die alexandrinische Zeit ein gewisses Schamgefühl erzeugt hatte, zeigte sich darin, daß die Byzantiner und bedingungslosen Skeptiker sich mit ihren Ueberzeugungen nur selten offen hervorwagten.

Die Besten verloren den Muth nicht, sondern hofften, daß nach Alexanders III. Tode trotz allem wieder Westwind wehen würde. Bisher sind ihre Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen. Die Geschichte wiederholt sich wohl insofern, als gleiche Ursachen unter gleichen Bedingungen gleiche Wirkungen erzeugen, aber die Bedingungen sind selten dieselben, und diesmal versagte die Hauptbedingung. Als 1894 Alexander III. starb und Nikolaus II. den Thron der Holstein-Gottorp bestieg, schien es Anfangs, daß sich das oft bewährte Gesetz vom Umschlagen des Windes bewahrheiten würde. Es bewahrheitete sich aber nicht, sondern die erstaunten Unterthanen gewahrten einen beständigen Zickzackkurs, an den man in Rußland bisher nicht gewöhnt war. Es wurde der Versuch gemacht, gleichzeitig den Wind aus Nordost und Südwest blasen zu lassen, gleichzeitig konservativ und liberal zu regieren, so wie man in Rußland diese Begriffe verstand; man richtete damit nur eine heillose Verwirrung an und ebnete der neu einsetzenden revolutionären Propaganda den Boden. Die Stellung der Regierung zum Bildungswesen, die immer ein Barometer für Rußlands innere Politik gewesen ist, hat in den bald 8 Jahren der neuen Regierung durchaus dem aufgekommenen Schwanken entsprochen. Mit der einen Hand schlug man, mit der anderen Hand streichelte man. Die Parteikämpfe werden in Rußland nicht im Parlamente, das nicht vorhanden ist, sondern zwischen den einzelnen Ministerien ausgefochten. Der eine Minister regiert „konservativ", der andere „liberal", und im Unterrichtsministerium, dessen Inhaber rasch wechselten, wurde das System mehrfach geändert und blieb sich nur in Einem gleich, in der Herabsetzung der Forderungen. Was die nächsten Jahre bringen werden, vermag niemand zu sagen. Es kann links kommen, es kann auch rechts kommen. Die administrativen Maßregelungen von Professoren, die in der letzten Zeit häufig stattgefunden haben, können fortgesetzt, aber auch wieder aufgegeben werden. Niemand weiß, woran er ist, und am wenigsten wissen es die Universitäten. Der Erlaß eines neuen Universitätsstatutes, der in jeder längeren Regierung fällig zu sein scheint, ist in Aussicht gestellt, aber wie es ausfallen wird, hängt von unberechenbaren Zufälligkeiten ab. Die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß man es zum dritten Male seit Pauls I. Tode mit dem liberalen Rezepte versuchen wird, daß man gleichfalls bemüht sein wird, das wissenschaftliche und moralische Niveau der Universitäten zu heben; da aber die ernste Auffassung von der Würde der Wissen-

schaft und der nothwendigen Bildungszucht sich sobald nicht einstellen wird und dahin gerichtete Bestrebungen, mit denen sich der neue Minister gewiß identifiziren wird, an maßgebender und maßgebendster Stelle schwerlich auf viel Verständniß rechnen können, so ist ein schnelles Fortschreiten ausgeschlossen. Im Gegentheil, nachdem das ausgehende stolze 19te Jahrhundert eine Reaktion wie unter Alexander III. gezeitigt hat, ist kaum daran zu zweifeln, daß nach weiteren 20—30 Jahren wiederum der Wind umschlägt und einen großen Theil dessen, was vielleicht in der nächsten Zukunft geschaffen werden wird, mit sich fortreißt. Dann kann der Kreislauf weiter gehen.

Wir sind am Ende. Bedenken wir die bunten Schicksale, die die russischen Universitäten in noch nicht zwei, ja eigentlich nur in einem Jahrhundert erduldet haben, so darf niemand erwarten, daß sie sich auf derselben Höhe, wie die westeuropäischen, besonders deutschen Hochschulen, ihr Vorbild, befinden. Sie haben ihr Vorbild nicht erreichen können, haben es nicht erreicht und werden es nicht sobald erreichen, es sei denn, daß wir selbst anfangen wollten, die Grundlage unserer eigenen Bildung zu untergraben. Am weitesten haben es die Russen bisher in der Mathematik und der Naturwissenschaft (die Medizin mit eingeschlossen) gebracht. Das erklärt sich aber weniger durch eine besondere Begabung für diese Wissenschaften, eine Begabung, die von sachkundiger Seite bestritten wird, als dadurch, daß die genannten Disziplinen die politische Gesinnung der Unterthanen nicht direkt zu beeinflussen schienen und daher weniger unter Vielregiererei und reaktionären Bestrebungen zu leiden hatten. Desto mehr mußte die Wissenschaft von den menschlichen Dingen leiden, ihr wurden immer wieder Zügel angelegt, an ihr wurde beständig herumgemodelt, und wirkliche Daseinsberechtigung hat sie sich noch nicht erkämpft. So sind Jurisprudenz und Staatswissenschaften, Geschichte und Philologie bis heute in Rußland ganz unselbständig und die Universitäten außer Stande, sich den nöthigen, wissenschaftlich geschulten Nachwuchs selbst heranzubilden. Diese Erkenntniß ist allgemein und zeigt sich auch darin, daß fast niemand in Rußland Professor wird, wenn er nicht seine entscheidenden Studien im Auslande, besonders in Deutschland, gemacht hat. Das gilt auch von den Mathematikern und Naturforschern, sowie von den theoretischen Medizinern. Ebenso ist man in Rußland noch weit davon entfernt, über ein reichliches Kontingent von Privatdozenten zu verfügen und

die jederzeitige passende Ergänzung des bestehenden Stammes von Hochschullehrern gesichert zu sehen. Ohne Regierungsunterstützung fast in jedem einzelnen Falle wäre die russische Professorenschaft, von den Klinikern abgesehen, zum Aussterben verurtheilt. Die Armuth der Bevölkerung, die in schroffem Gegensatze zu dem scheinbaren Reichthum des Staates steht, bringt es mit sich, daß die Mehrzahl der Studenten und gerade derjenigen, die sich wissenschaftlich anregen lassen, mit völliger Mittellosigkeit zu kämpfen hat. Nur ein Regierungsstipendium kann dem jungen Anwärter über die Zeit hinweghelfen, bis er nach beendigtem Universitätsstudium die Magisterprüfung abgelegt hat. Nur ein weiteres Stipendium ermöglicht es ihm, seine Studien im Auslande zu vollenden und sich als Privatdozent zu habilitiren. Nur eine dritte und letzte Regierungsunterstützung setzt ihn in den Stand, über die Zeit der Privatdozentur hinwegzukommen und seine Magisterdissertation, ein umfangreicheres Buch, zu Ende zu bringen und nach erfolgter Promotion Extraordinarius zu werden. Erst dann ist er finanziell einigermaßen sein eigener Herr, kann im Laufe einiger Jahre seine Doktorarbeit verfassen und nach abermaliger Promotion, die oft mit großen Widerwärtigkeiten verknüpft ist, als Doktor auf ein Ordinariat rechnen und dann bei spärlichem Gehalt, wogegen unsere Gehälter geradezu reichlich sind, den Dienst der Wissenschaft fortsetzen, wenn er nicht schon flügellahm geworden ist. In diesen Verhältnissen ist eine Aenderung zum Besseren selbst in 100 Jahren nicht zu erwarten, da jeder Gedanke an eine Steigerung des Volkswohlstandes in Rußland ganz ausgeschlossen ist. Wenn keine innere oder äußere Katastrophe eintritt, ist bei dem redlichen Streben, das viele beseelt, ein langsames Vorwärtskommen mit Sicherheit anzunehmen, ein langsames, da auch in Zukunft immer wieder der Nordostwind einsetzen und in den mächtigen Masseninstinkten keinen Widerstand finden wird, aber doch ein Vorwärtskommen, da auch der ärgste Sturm nicht alles Geschaffene bis auf den Grund umstürzen kann. Rußlands Abstand vom übrigen Europa wird nicht sobald ausgeglichen sein.

Reinkes „Einleitung in die theoretische Biologie." *)

Von

Prof. Dr. **Arthur Drews** (Karlsruhe).

In seinem Buch „Die Welt als That" (1899, 2. Aufl. 1901) hatte der Kieler Botaniker Reinke einen überaus gelungenen Versuch gemacht, die Grundfragen der modernen Naturwissenschaft von einem höheren philosophischen Gesichtspunkte aus zu behandeln, und dabei besonders auch der organischen Natur und dem Problem des Lebens eine eingehende Untersuchung gewidmet. Er hatte gezeigt, daß das Leben und der Organismus aus rein mechanischen Prinzipien nicht zu begreifen sind und zur Erklärung der bezüglichen Thatsachen die Hypothese überenergetischer, die mechanisch sich bethätigenden Kräfte oder Energien richtender und lenkender Kräfte aufgestellt, die er eben deshalb als Dominanten im Unterschiede von den Energien bezeichnet hatte. In seinem neuesten Werke, der „Einleitung in die theoretische Biologie" unternimmt er es nun, die dort mehr populär gehaltenen Ausführungen nach der wissenschaftlichen Seite hin zu vertiefen, sie an der Hand der bezüglichen Thatsachen genauer zu begründen und damit die Grundzüge einer theoretischen Biologie als einer zusammenhängenden Theorie des Lebens zu liefern, die bisher noch so gut wie gar nicht in Angriff genommen ist.

Ein solches Unternehmen setzte eine größere Bekanntschaft auch mit der philosophischen Literatur des Gegenstandes voraus, als sie sonst wohl bei einem modernen Biologen anzutreffen ist. Und in der That hat Reinke nicht verfehlt, durch das Studium der wichtigsten einschlägigen Werke seine eigene Kenntniß der biologischen Thatsachen nach der allgemeinen Seite hin zu erweitern. Er hat sich nicht damit begnügt, sich über die Gebiete der Thierphysiologie,

---

*) Berlin, Verlag von Gebrüder Paetel 1901. 637 S.

der Thierchemie und thierischen Zellenlehre der wichtigen Hilfe eines Claude Bernard, eines Bunge und Wilson zu versichern, sondern sich auch in die neuesten Schriften über Naturphilosophie versenkt und was an ihnen brauchbar erschien, in sein eigenes Werk hineingearbeitet. Wenn ich selbst es war, der Reinke in meiner Besprechung seiner „Welt als That" (in den Preuß. Jahrb. XCVII, Heft I) auf Eduard v. Hartmann hinwies, so ist dies nicht vergeblich gewesen. Reinke hat die „Philosophie des Unbewußten" studirt, ein Werk, das von den Heutigen mehr getadelt als gelesen zu werden pflegt, und sich durch die warme Anerkennung der naturphilosophischen Partien desselben, wie er sie zuerst in der Vorrede zur zweiten Auflage seiner „Welt als That" ausgesprochen hat, den Ruhm gesichert, als der erste unter den modernen Naturforschern die Bedeutung Hartmanns als Biologen erkannt und anerkannt zu haben. Unter allen Namen, die Reinke in seinem neuesten Werke anführt, tritt denn auch keiner so häufig auf, wie derjenige des genannten Philosophen, und es spricht für den letzteren sowohl wie auch für Reinke, daß dieser sich zu den weitaus meisten Punkten der naturphilosophischen Ansichten Hartmanns zustimmend verhält. Aber auch mit Wundts „System der Philosophie" hat Reinke sich inzwischen bekannt gemacht, freilich ohne, wie er selbst gesteht, dadurch wesentlich gefördert zu werden. Derjenige unter den zeitgenössischen Philosophen, der gerade wegen seiner Stellung zur Naturwissenschaft am meisten geschätzt zu werden pflegt, hat den Naturforscher Reinke in wichtigen theoretischen Fragen nicht befriedigt und mehrfach seinen lebhaften Widerspruch herausgefordert. Er wirft ihm vor, hinsichtlich gewisser Fundamentalprobleme des Lebens so willkürliche und phantastische Aufstellungen gemacht zu haben, daß diese an die schlimmsten Zeiten der alten überwundenen Naturphilosophie erinnern, und dieses Urtheil über Wundt als Naturphilosophen würde womöglich noch schärfer ausgefallen sein, wenn Reinke sich nicht durch gewisse Aeußerungen Wundts hätte dazu verleiten lassen, ihm die Annahme einer objektiven Zweckmäßigkeit zuzuschreiben, während Wundts Theorie der sog. „Heterogonie der Zwecke" doch gerade im Gegentheil ein Versuch ist, die objektive Teleologie zu eliminiren.

Reinkes eigene Absicht nämlich geht wesentlich darauf aus, die Annahme einer objektiven Naturzweckmäßigkeit als unumgänglich für die biologische Betrachtung nachzuweisen. Die Analyse des Lebens führt zwar zu einem System physikalisch-

chemischer Vorgänge, aber sie lehrt uns auch, daß das Leben in diesen Vorgängen nicht restlos aufgeht. Wie ein Klavier, ein Orchestrion, obwohl es Töne, Melodien harmonisch erklingen läßt, doch nur aus elementaren Mechanismen zusammengesetzt ist, so auch der Organismus. Aber die Eigenart der Arbeit und die Anordnung dieser Mechanismen ist es, die den Organismus auszeichnet; diese aber bedeuten mehr als eine bloße Summe von Elementarprozessen. Gewiß hängt der lebende Zustand der Zelle auch von der Konfiguration und der Bewegung des protoplasmatischen Systems ab, allein er hängt nicht bloß von ihnen ab, sondern es kommt bei den organischen Prozessen noch ein Plus, ein Mehr zu den mechanischen Vorgängen hinzu, wodurch dieselben erst ihre Eigenart erhalten. Vorgänge, wie die Fortpflanzung, die Ernährung, das Wachsthum u. s. w., sind aus rein mechanischen Prozessen nicht erklärbar. Dem Nachweis dieser Thatsachen ist der größte Theil des Reinkeschen Werkes gewidmet. Wer eine zusammenhängende Behandlung der hierher gehörigen Fragen vom neuesten Standpunkte der Wissenschaft aus sucht, der kann also nunmehr bei Reinke alles Wissenswerthe beisammen finden, und dieser Nachweis ist so schlagend für jeden, der überzeugt sein will, daß die zum Ueberdrusse oft von naturwissenschaftlichen Dilettanten wiederholte Behauptung, in der Natur gehe alles rein mechanisch zu, sich heute als ein naiver Anachronismus darstellt.

Welches ist denn nun aber das Prinzip, wodurch die mechanischen Vorgänge der unorganischen Natur zu organischen erhoben werden, und wodurch sich der Prozeß des Lebens von den unorganischen Prozessen unterscheidet? Reinke wiederholt hier seine Dominantentheorie und sucht den Begriff des organisirenden Prinzips in möglichst scharfer Weise von demjenigen der mechanisch wirkenden Kräfte abzusondern. Die letzteren sind Kräfte, welche Arbeit leisten und ein bestimmtes energetisches Aequivalent besitzen; sie heißen deshalb Energien. Die Dominanten dagegen leisten keine mechanische Arbeit, sondern weisen dieser nur den Weg. Sie richten, lenken und transformiren, sie konzentriren, zertheilen und reguliren die Energie, aber niemals können sie sich selbst in Energie umwandeln. Sie sind daher zwar gesetzmäßig wirkende Kräfte, aber Kräfte, die jedes energetischen Aequivalentes ermangeln, und welche daher selbst nicht energetische, sondern nur überenergetische Kräfte heißen können. Von ihnen hängt die harmonische Abstimmung und das geordnete Wirken der Energien im Organismus ab, aber freilich

bedürfen sie der Energien, um vermittelst ihrer Arbeit zu leisten; wie die Energien die Größe einer Bewegung im Organismus, so bestimmen die Dominanten deren Richtung. Dominanten zwingen in der Pflanze die Atome unorganischer Verbindungen, sich zu Kohlehydraten und Eiweißstoffen zusammenzufügen, wie es der Chemiker thut bei seinen Synthesen, durch welche zahllose neue Kohlenstoffverbindungen hergestellt wurden, die niemals in der leblosen Natur von selbst hätten entstehen können. So sind die Dominanten in ihrer Thätigkeit dem Orgelspieler, die Energien dem Bälgetreter zu vergleichen, durch deren Zusammenwirken erst die Harmonie eines Tonstückes möglich wird; aber in demselben Sinne, wie die Musik nicht vom Bälgetreter, sondern vom Spieler herrührt, in demselben Sinne müssen auch die Dominanten als die wesentlichen Ursachen der organischen Vorgänge angesehen werden. Freilich haben wir von den Dominanten nicht, wie von den Energien, eine unmittelbare Kenntniß, sondern erschließen ihre Existenz nur sowohl aus der energetischen Thätigkeit des Organismus, wie auch aus seinem morphologischen Verhalten, weil die bloßen Energien nicht einmal im Stande sind, den einfachen Vorgang der Zelltheilung zu erklären. Trotzdem machen doch gerade sie das Wesen des Organismus aus, dessen inneres, unveräußerliches Eigenthum sie bilden, während die Energie dem Organismus von außen zugeführt wird. Die Dominanten entwickeln sich lediglich im Innern eines Organismus und vergehen mit dem letzteren. Sie sind jene „inneren Ursachen" des Wachsthums und der Gestaltung, deren die Physiologie niemals zu entrathen vermochte. Wenn in der Anpassung die Gestalt und Funktion der Pflanzen und Thiere durch energetische Einwirkung der Außenwelt beeinflußt werden, so sind es Dominanten des Organismus, die als regulirendes Prinzip den äußeren Reiz in der Veränderung des Organismus zur Geltung bringen. Was wir aktive Anpassung der Organismen im Gegensatze zu ihrem passiven Angepaßtsein an die äußeren Lebensbedingungen nennen, das ist Thätigkeit der Dominanten, und zwar der von Reinke sog. „Gestaltungsdominanten", welche vermittelst der Energie die Form der Thiere und Pflanzen erzeugen.

Mit alledem erweisen sich die Dominanten als zweckmäßig wirkende Kräfte, als Träger der Finalität im Organismus. Zweckmäßige Wirksamkeit setzt aber Intelligenz voraus; folglich sind die Dominanten intelligente Kräfte. Nun ist aber alle bewußte Intelligenz an die Existenz eines materiellen Substrats gebunden, das in seiner

höchsten Ausbildung als Gehirn sich darstellt. Also werden wir die Dominanten, welche selbst dies Substrat oder vielmehr die dasselbe konstituirende Anordnung der Energien erst zu Stande bringen und bedingen, als unbewußt intelligente Kräfte bezeichnen müssen. Als solche unbewußt in den Organismen sich auswirkenden intelligenten Kräfte sind die Dominanten mit den Seelen der Organismen identisch; und da nun in jedem Organismus nicht bloß eine einzige, sondern, entsprechend seiner vielheitlichen Gliederung in über- und untergeordnete Individualitätsstufen, eine Mannigfaltigkeit von Dominanten, als innere Gliederung seiner höchsten Zentral- oder Generaldominante, wirksam ist, so nöthigt die Konsequenz des Gedankens dazu, auch die Generaldominanten der verschiedenen Organismen als Unterdominanten einer höchsten absoluten Dominante, der Universaldominante des Weltalls, anzusehen, und diese als die absolute Vernunft, als kosmische Vernunft oder unbewußte Weltseele aufzufassen, in welcher der irdische Stufenbau von Dominanten seinen höchsten transzendenten Abschluß findet.

Diese Auffassung des organisirenden Prinzips als der auf die Organismen bezogenen Funktionen der unbewußten Weltvernunft, die damit zugleich individualisirt und eingeschränkt wird, diese Deutung des Lebens als eines einheitlichen Stromes einer unbewußt teleologischen Wirksamkeit stimmt in ihren Grundzügen durchaus mit der Ansicht überein, wie seit Aristoteles alle tieferen Denker sie vertreten haben. Mit ihr hat auch die moderne Naturwissenschaft den Anschluß an die vergessenen Traditionen der früheren metaphysischen Spekulation wieder erreicht und haben die Paracelsisch-van Helmontsche Auffassung des Archon, der Blumenbachsche Bildungstrieb und die Lebenskraft eines Kant und Schelling ihre Erneuerung vom Standpunkte der modernen Naturerkenntniß aus und in einer dem heutigen Stande des Wissens entsprechenden Gestalt gefunden. Insbesondere ist, worauf ich in meiner Besprechung des früheren Reinkeschen Werkes hingewiesen hatte, durch sie auch Hartmanns so bitter angefeindete und von den Naturforschern so gründlich verspottete Auffassung des Organischen gerechtfertigt; denn Reinkes Dominanten stimmen durchaus mit Hartmanns zu den mechanischen Faktoren des Naturgeschehens „hinzukommenden" Funktionen oder dem unbewußten organisirenden Prinzip zusammen. Um so nöthiger erscheint es, bei dieser Gelegenheit auf denjenigen Punkt hinzuweisen, wodurch sich Reinkes Auffassung von derjenigen Hartmanns unterscheidet, zumal derselbe nach meiner Ansicht nicht als eine Ver-

besserung der bisher vorgetragenen Auffassung angesehen werden kann, ja, geeignet ist, die ganze Dominantenlehre zu kompromittiren und bei Naturforschern wie bei Philosophen gleichermaßen in Verruf zu bringen.

Schon in seinem Werke „Die Welt als That" hatte Reinke in einem eigenen Kapitel die „Maschinentheorie der Organismen" behandelt, wonach alle Leistungen der letzteren, wie bei den Maschinen, von der bloßen Konfiguration ihrer Theile abhängen. Er hatte von einem unsichtbaren Werkmeister, einem Dämon, gesprochen, den menschliche Intelligenz in die Maschinen hineingethan habe, und in diesem Sinne die Maschinen als durchgeistigt und beseelt hingestellt. Er hatte schon hier den Ausdruck von „Dominanten der Maschinen" gebraucht, die „Maschinenstruktur" der Organismen als deren wesentlichen Unterschied von den unorganischen Gebilden angegeben und die Struktur mit dem immanenten Dominantensystem der Organismen identifizirt. Indessen hatte er doch hier den prinzipiellen Unterschied der Organismen von den Maschinen noch so stark betont und die Auffassung der Dominanten als überenergetischer metaphysischer Potenzen noch so entschieden in den Vordergrund gerückt, daß man zweifeln konnte, inwieweit die Annahme einer Maschinentheorie der Organismen von Reinke wirklich ernst gemeint war und die darauf bezüglichen Aeußerungen nicht bloß in Folge einer gewissen Ungenauigkeit der Ausdrucksweise zu Gunsten jener Theorie gedeutet werden konnten.

Näher hatte sich Reinke hierüber sodann in seinem Vortrage „Ueber die in den Organismen wirksamen Kräfte" erklärt, die er im Jahre 1901 bei Gelegenheit der Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte zu Hamburg gehalten hatte. Hier war die Maschinentheorie mit solcher Bestimmtheit für die einzige Lösung der Frage nach dem organisirenden Prinzip hingestellt und das überenergetische Prinzip der Dominanten so ausdrücklich mit den Maschinenbedingungen eines maschinellen Systems identifizirt, daß die frühere Auffassung der Dominanten daneben völlig in den Hintergrund trat, ja, der Eindruck hervorgerufen wurde, daß Reinke sie überhaupt gänzlich aufgegeben habe und zu einer rein naturwissenschaftlichen, d. h. mechanischen, Auffassung des organischen Geschehens zurückgekehrt sei. Immerhin konnte man hier noch glauben, nur die Bedingungen, unter denen der Vortrag gehalten wurde, hätten ihn zu dieser Stellung veranlaßt und die Rücksichtnahme auf seine naturwissenschaftlichen Zuhörer die Einschränkung

der Dominantenlehre auf die Lehre von der Maschinenstruktur der Organismen bewirkt. Leider zeigt nun die „Einleitung in die theoretische Biologie", daß es nicht eine bloße Akkommodation an den gewöhnlichen Gedankenkreis seiner Zuhörer war, wenn Reinke die Konfiguration ihres maschinellen Systems an die Stelle der einstigen Lebenskraft bei den Organismen zu setzen versuchte, ja, die Dominanten geradezu selbst als Funktionen der Organisation hinstellte, sondern daß er thatsächlich mit dieser Auffassungsweise erst den wahren Ausdruck für das Wesen der Dominanten erfaßt zu haben meint.

Es ist nämlich nicht anders: neben der oben skizzirten Auffassung der Dominanten läuft in seinem neuesten Werke eine andere Auffassung des organisirenden Prinzips nebenher, wonach nicht etwa eine besondere Kraft, sondern lediglich eine besondere Form und Struktur der organisirten Wesen die Grundlage alles Lebens bildet. Nach ihr ist der Grund für die Zweckmäßigkeit bei Pflanzen und Thieren in ihrer Konfiguration, d. h. in der eigenartigen Anordnung und Lage ihrer Moleküle und Atome, zu suchen, so wie der Grund für die Zweckmäßigkeit der Maschinen in deren Konfiguration gegeben ist, und die Elementarmechanismen, aus denen jeder höhere Organismus zusammengesetzt ist, in ihrer besonderen Gruppirung und Verknüpfung werden selbst geradezu als das Wesen des Organischen bezeichnet. „Das Wesen der Organisation", sagt Reinke in diesem Sinne, „besteht in einer spezifischen Struktur des Organismus und in spezifischen Bewegungen des durch jene Struktur bedingten mechanischen Apparates, die durch gesetzmäßig geordnete Kräfte unterhalten werden." Dabei sinken alsdann die Dominanten, die vorher als das herrschende Prinzip der im Organismus sich auswirkenden Energien erschienen, zu bloßen Maschinenbedingungen herab und gerathen selbst in die Abhängigkeit von der maschinellen Anordnung der Energien. Genauer sollen freilich nur die sogenannten „Arbeitsdominanten" den Dominanten der Maschinen unmittelbar zu vergleichen sein, d. h. diejenigen Dominanten, welche die Arbeit in schon vorhandenen Organismen verrichten, die früher erwähnten „Gestaltungsdominanten" dagegen weit über die Thätigkeit der Maschinen hinausgehen, sofern sie selbst die Organismen erst zu Stande bringen. Da jedoch der unmittelbare Grund des Daseins aller Dominanten in der Struktur des Organismus liegt und die Konfiguration seiner Theile es sein soll, deren Wirkung auf die Energien durch den Begriff der Dominanten ausgedrückt wird, so

folgt, daß auch die Gestaltungsdominanten auf der eigenartigen Konfiguration des organischen Systems beruhen.

Es leuchtet ein, daß diese zweite Auffassung mit der früher entwickelten Ansicht über die Dominanten nicht übereinstimmt, und wenn sie neben dieser, wie schon erwähnt wurde, nebenher läuft, ja, mehr als dies, sich mit ihr verschlingt, sodaß oft in einem und demselben Satze beide entgegengesetzten Auffassungen durch einander laufen, so wird natürlich die Klarheit der Darstellungsweise durch diese Vermengung schwer geschädigt. Es kann aber auch kein Zweifel sein, daß eine unmittelbare Vereinigung der beiden Ansichten nicht möglich ist, da beide einander in der entschiedensten Weise widersprechen. Nach der früher gekennzeichneten Ansicht Reinkes sind die Dominanten das Prius und das ursächliche Prinzip der Organismen; nach der nunmehr skizzirten Ansicht dagegen sind sie das Posterius und eine bloße Funktion der Maschinenbedingungen des Organismus. Dort erschienen sie als aktive Funktionen, welche die Energien in ihren Dienst nehmen und vermittelst ihrer den Organismus seinen Lebensbedingungen gemäß ausgestalten und lebendig erhalten. Hier sinken sie zu passiven Funktionen herab, deren Wirksamkeit ganz und gar von der Anordnung der den Organismus konstituirenden Energien abhängt. Dort waren die Dominanten überenergetische intelligente Kräfte, und sofern die Naturwissenschaft als solche es lediglich mit dem mechanischen Spiel der Energien, als den Elementen der Materie, zu thun hat, überempirische metaphysische Potenzen. Hier sind sie überhaupt keine Kräfte, sondern bloße Summationseffekte aus der komplizirten Wirksamkeit der maschinenmäßig angeordneten Energien. Daß Reinke sie trotzdem für Kräfte erklärt, ja, an der überenergetischen Beschaffenheit der letzteren auch jetzt noch festhält, das ist nur aus einer beständigen Verwechselung der früheren mit der jetzigen Theorie begreiflich, bringt aber seine ganze biologische Anschauung dermaßen in Verwirrung, daß es unmöglich ist, ihr zuzustimmen.

Oder sollten wirklich die Maschinenbedingungen eines materiellen Systems besondere Kräfte sein, die selbständig eine Wirkung auf die Energien auszuüben vermöchten, sollten sie wirklich etwas Anderes sein, als die Energien in ihrer spezifischen Anordnung selbst? Wenn sie aber eben nur das Letztere sind, wie kann man alsdann noch im Ernste behaupten, daß die Energien durch ihre bloße Anordnung im Raum überenergetische Leistungen vollziehen könnten? Es ist ja gerade die Behauptung des Materialismus,

den Reinke mit Recht verwirft, daß bloße Energien intelligente Leistungen zu Tage fördern könnten, es ist Materialismus, zu glauben, daß die Zweckmäßigkeit eine bloße Funktion der Komplizirtheit eines maschinellen Systems sein könnte. Gerade Reinke hat diese Ansicht, wie sie z. B. auch von Bütschli in seinem Vortrag über „Mechanismus und Vitalismus“ vertreten wird, mit aller Entschiedenheit bekämpft. Gerade er hat mit Recht hervorgehoben, „daß um so mehr Veranlassung für uns vorliegt, die Wirksamkeit ordnender Dominanten zuzugeben, je komplizirter der Stoffwechsel ist.“ Wie kann er aber dann den Grund der Dominanten in einer für uns nicht erkennbaren Struktur des Zellenleibes suchen wollen, da diese doch sicherlich nichts Anderes sein kann, als eben nur eine spezifische Anordnung und räumliche Vertheilung der Energien?

Von den Gestaltungsdominanten steht es jedenfalls fest, daß sie nicht, wie Reinke meint, das Posterius, sondern vielmehr das Prius der maschinellen Struktur sein müssen; denn diese soll ja erst durch sie zu Stande kommen, und es ist eine reine Konsequenzmacherei, wenn Reinke auch sie von der Konfiguration des Organismus, d. h. von der Anordnung seiner Energien, abhängen läßt. Aber auch die von Reinke sogenannten Arbeitsdominanten sind wirkliche Dominanten, die Energien beherrschende und regulirende Kräfte nur, wenn sie nicht von diesen abhängig sind und mit den Maschinenbedingungen der Organismen zusammenfallen, sondern selbst die Bedingungen jener sind, die vermittelst ihrer die immanenten Zwecke des Organismus verwirklichen; so aber besteht kein sachlicher Grund, sie von den Gestaltungsdominanten zu unterscheiden. Was Reinke Arbeitsdominanten nennt, nämlich das bloße maschinelle Funktioniren der Struktur, das sind gar keine Dominanten, keine aktiven Kräfte, sondern passive Wirkungen der Anordnung der Energien in der organischen Maschine, am wenigsten aber sind es überenergetische Kräfte von intelligenter Beschaffenheit, weil die Struktur, wovon sie abhängen, durchaus nur ein System von Energien darstellt. Es ist anerkennenswerth, daß Reinke die Konsequenz besitzt, nicht bloß gewissen anorganischen Gebilden, wie dem Kalkspath wegen seines Brechungsvermögens, nichtenergetische Kräfte zuzuschreiben, sondern auch den gewöhnlichen Maschinen, da sie Arbeitsdominanten in dem angegebenen Sinne haben, eine immanente unbewußte Intelligenz, eine Maschinenseele beizulegen und jene als durchgeistigte Wesen aufzufassen. Indessen die

Absurdität der Behauptung widerlegt schon die Voraussetzung, als deren Konsequenz sie erscheint. Hätte Reinke Recht, daß die Maschinen beseelte durchgeistigte Wesen seien, so wäre unverständlich, weshalb er sich dann so entschieden gegen die Annahme des Mechanismus sträubt, daß es möglich sein müsse, Organismen im Laboratorium herzustellen. Denn wenn der Mensch im Stande wäre, seine eigene Intelligenz und damit Dominanten gleichsam in die Maschinen hineinzutragen, so daß sie nun den letzteren als immanenter Besitz angehören, welcher Unterschied bestände dann noch zwischen einem Organismus und einem Automaten, der irgend eine organische Form besitzt?

In Wahrheit hat die Maschine gar keine eigene Intelligenz und keine Seele, sondern spiegelt sie in der passiven Angepaßtheit an ihren Zweck nur die transzendente Intelligenz ihres Erfinders und Erbauers wieder. Folglich kann sie auch als solche keine Dominanten haben, und folglich kann auch der Organismus, wenn er nichts weiter als eine Maschine ist und alle seine Funktionen nur von der passiven Angepaßtheit seiner Struktur an seinen Lebenszweck abhängen, nur entweder das äußerliche Produkt eines transzendenten Schöpfers, oder aber das bloße Werk der Energien sein, die sich darin durch einen Zufall gerade in dieser bestimmten Form zusammengefunden haben. Da Reinke diese letztere Auffassung, diejenige des Materialismus, ausdrücklich bekämpft, so bleibt ihm bei seiner zweiten Auffassung der Dominanten gar nichts Anderes übrig, als seine Dominantenhypothese überhaupt fallen zu lassen, der populären theistischen Ansicht zuzustimmen und damit auf alle naturwissenschaftliche und philosophische Erklärung der organischen Prozesse zu verzichten.

Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß Reinke mit seiner Annahme einer Maschinenstruktur des Organismus, die alle organischen Vorgänge aus der bloßen Konfiguration der den Organismus konstituirenden Bestandtheile leitet, unter den heutigen Naturforschern keineswegs allein steht. Seit der Materialismus in seiner Unfähigkeit, die organischen Vorgänge zu erklären, mehr und mehr durchschaut ist und die Ansicht, daß bloße chemische und physikalische Prozesse ausreichen, um das Wesen des Organischen verständlich zu machen, bei den Biologen immer weniger Anklang findet, hat die Aufmerksamkeit der letzteren sich immer mehr von den stofflichen Erscheinungen ab und der Form der Organismen zugewandt, um in ihr den Grund des Lebens zu erkennen. Man

hat angefangen, sich wieder der alten Lehre des Aristoteles zu erinnern, wonach die Form es ist, welche die organischen von den unorganischen Gebilden unterscheidet, und den materialistischen Mechanismus durch eine vitalistische Anschauungsweise zu überwinden versucht, die ein besonderes Prinzip des Lebens von formaler oder formirender Beschaffenheit als bedingenden und lenkenden Faktor der stofflichen Vorgänge im Organismus annimmt. Dies Prinzip aber soll nach der gewöhnlichen Ansicht der Naturforscher die Maschinenstruktur des Protoplasma sein, als die Form, durch welche alle im Organismus verlaufenden energetischen Prozesse letzten Endes bedingt sind. Hat doch diese Auffassung den Vorzug, daß sie die Grenzen der räumlichen Materialität, womit allein es die Naturwissenschaft zu thun hat, nicht überschreitet, indem sie die eigenthümliche Beschaffenheit der organischen Prozesse auf ein System räumlich-zeitlicher Faktoren zurückführt, und hält sie sich doch damit innerhalb der Grenzen des naturwissenschaftlichen Mechanismus, sodaß sie sich ihren Anhängern zugleich als eine Art Synthese zwischen der früheren Annahme einer Lebenskraft und der mechanistischen Auffassung der organischen Vorgänge darstellt. Männer von Rang und Namen, wie der Entwicklungsmechaniker Roux, die Physiologen und Botaniker Hertwig, Driesch (in seinen früheren Schriften), Wiesner und Pfeffer huldigen dieser Ansicht, ja sie haben, wie Roux und Pfeffer, sogar versucht, sich eine bestimmte Vorstellung derjenigen maschinellen Systeme zu machen, von welchen die organischen Vorgänge abhängen. Soweit er also seine Dominanten im Sinne einer Maschinenstruktur der organischen Gebilde auffaßt, hat Reinke vor diesen Forschern nichts voraus als nur den Namen, womit er die Effekte der maschinellen Struktur bezeichnet.

Nun kann nicht wohl bezweifelt werden, daß die Anordnung der verschiedenen Theile des Organismus, sowie ihre besondere Beschaffenheit, wie z. B. die Zusammensetzung der Zelle aus Kern, Plasma, Körnchen, Chlorophyll u. s. w., für den Lebensprozeß von höchster Wichtigkeit sind und der Ablauf der Energien, sowie die Art und Form ihrer Umwandlung durch sie in der That bis ins Einzelnste bedingt ist. Eine ganz andere Frage dagegen ist es, ob die maschinelle Struktur als solche ausreicht, um die Lebensthätigkeit zu erklären, und dies wird man nach wie vor bezweifeln müssen. Gewiß, wenn einmal eine bestimmte maschinelle Struktur eines organischen Gebildes gegeben ist, so müssen auf Grund derselben die Energien, sowie sie in das Innere dieser Maschine hinein-

gelangt sind, sich dem Zwange ihrer Gesetzmäßigkeit fügen und in einheitlicher Weise zu dem durch die Anordnung ihrer Bestandtheile vorgeschriebenen Ziel zusammenwirken, sowie die ganze Arbeitsleistung einer Maschine bis ins Kleinste durch die Anordnung ihrer Theile bedingt ist. Allein die Frage ist, wie ein solcher Bedingungskomplex maschinenartig funktionirender Gebilde entstehen kann, und dieses kann auch nach modern vitalistischer Anschauungsweise niemals aus bloßen Energien zu Stande kommen.

Die Theorie der Maschinenstruktur erklärt mithin gerade dasjenige nicht, was erklärt werden soll, nämlich eben diese Maschinenstruktur selbst. Sie setzt die letztere voraus und hat es nun natürlich leicht, zu zeigen, daß alle organischen Prozesse durch die maschinelle Beschaffenheit des organischen Systems bedingt sind. Nicht darum aber handelt es sich bei der Frage nach dem Wesen des Organischen, inwiefern die physikochemischen Vorgänge durch die Organisation bedingt sind, sondern darum, ob und inwiefern die Organisation durch die physikochemischen Vorgänge bedingt ist. Nicht damit ist der Mechanismus überwunden, daß in der Maschinenstruktur des Protoplasma der wesentliche Unterschied der organischen von den unorganischen Gebilden aufgezeigt wird, sondern damit, daß gezeigt wird, wie die bloßen physikalischen und chemischen Energien die eigenthümliche Konfiguration oder die Maschinenstruktur der Lebewesen nicht zu Stande bringen können. Reinke und die Neovitalisten thun das Letztere, fallen dann aber doch hinterher wieder in den Mechanismus zurück, indem sie die Struktur in ihrer mechanisch-maschinellen Wirksamkeit für das Wesen des Organismus erklären. Damit ist aber doch im Grunde nichts gewonnen, denn wir wollten wissen, worin das Wesen der Organisation beruht, und die Antwort der Neovitalisten lautet: in der Organisation. Das ist gerade so logisch nnd gerade so viel werth, als wenn die Anhänger der Korpuskulartheorie in der Physik auf die Frage nach dem Wesen des Körpers antworten, es beruhe auf den Korpuskeln, d. h. auf den Körperchen, welche den Körper zusammensetzen. Durch die Organisation unterscheiden sich ja eben die Organismen von den Gebilden der unorganischen Natur sowohl wie von den organischen Substanzen, die der Chemiker im Laboratorium herstellt. Dies Unterscheidungsmerkmal selbst für die zureichende Ursache der organischen Prozesse ausgeben, das heißt nicht den Organismus erklären, sondern das zu Erklärende selbst als Erklärung angeben.

Es ist somit durchaus keine Ueberwindung des Materialismus und kein Vitalismus, wenn Reinke das Leben auf eine besondere Organisation des Stoffes zurückführt. Ein solcher Irrthum ist nur dadurch erklärlich, daß Reinke die Konfiguration der Theile eines Organismus als ein nichtenergetisches Moment betrachtet, das kausal wirkt, ohne mechanische Arbeit zu leisten, anstatt einzusehen, daß die Konfiguration als solche niemals etwas Anderes sein kann als die bloße räumliche Anordnung der Energien und an und für sich gar keine Wirkung ausübt, außer durch die energetischen Faktoren, worauf sie beruht. Das aber ist eben die Ansicht des Materialismus, daß er alles Geschehen in der Welt auf die bloße Wirksamkeit der Energien oder auf die Kräfte der unorganischen Natur zurückführt. Denn diese hören ja dadurch nicht auf, bloß mechanisch wirksame Kräfte zu sein, daß sie zu konstituirenden Momenten eines Organismus werden. Es ist der gemeinsame Fehler aller neueren Versuche der Biologen, die sich gegen den Mechanismus kehren, daß sie zwar die Möglichkeit bestreiten, aus bloß physikalisch-chemischen Faktoren das Wesen des Organischen zu begreifen, trotzdem aber in der Wirklichkeit nicht aufhören, die Energien in ihrer maschinellen Anordnung und als Elemente der Konfiguration für den letzten Erklärungsgrund des Organischen anzusehen. Diese Neovitalisten haben ganz recht, die Form für das wesentliche Prinzip des Organismus anzusehen und den Inhalt, das mechanische Spiel der Energien, als letzten Endes durch sie bedingt aufzufassen. Da sie jedoch, als Naturforscher, außer Stande sind, sich über die sinnliche Erscheinung zu erheben und, vom Standpunkte der letzteren aus betrachtet, die maschinelle Struktur allerdings dasjenige ist, wodurch die energetischen Prozesse bedingt sind, so kommen sie dazu, in ihrer Maschinentheorie des Organismus die Lösung des Räthsels zu erblicken, ohne zu bemerken, daß sie damit im Grunde nichts gethan haben, als daß sie sich mit ihrer Erklärung im Kreise drehten. Die Biologen mögen mit Reinke sagen, es sei nicht ihre Aufgabe, über den Umkreis der Beobachtung hinauszugehen und das hinter den zweckmäßig konstruirten Lebewesen stehende organisirende Prinzip zum Gegenstande ihrer Untersuchung zu machen, weil dieses in der Erfahrung nicht vorkommt. Aber dann dürfen sie auch nicht sich und uns einreden wollen, als ob sie das Leben *erklären*, als ob sie überhaupt etwas Anderes als höchstens eine bloße *Beschreibung* der Lebensvorgänge liefern könnten, dann dürfen sie vor Allem auch nicht meinen, mit ihrer Hervorhebung der Abhängigkeit der Lebens-

prozesse von der Organisation den Materialismus und Mechanismus überwunden und eine höhere Auffassung der organischen Prozesse angebahnt zu haben. So lange die Neovitalisten in diesem Wahn befangen sind, wird es ihnen nie gelingen, ihre Gegner, die Mechanisten, von dem höheren Werthe ihrer Anschauung zu überzeugen, so lange werden sie dem Vorwurf nicht entgehen können, daß sie eine bloße Beschreibung für eine Erklärung ausgeben, und wird ihnen der Mechanismus dadurch wissenschaftlich stets überlegen sein, daß er wenigstens eine wirkliche Erklärung anstrebt.

Wenn nun also die (sichtbare) Form oder die maschinelle Struktur eines Organismus nicht Erklärungsgrund des letzteren sein kann, sondern selbst gerade dasjenige ist, was erklärt werden soll, so kann der wahre Erklärungsgrund desselben nur hinter jener sichtbaren Form in einem Prinzip gesucht werden, das aller Phänomenalität entrückt und damit auch ein überenergetisches Prinzip ist. Und wenn dies Prinzip gleichfalls formaler Art im Gegensatze zu den inhaltlichen Faktoren der Energien und ihrer sinnlichen Erscheinungsweise sein soll, so kann es nur in einer übersinnlichen Form gesucht werden, wodurch die sichtbare Form bestimmt wird. Die sichtbare Form oder die maschinelle Struktur des Organismus ist gar keine ursprünglich wirkende und schöpferische, sondern gewirkte Form (forma formata), kann daher auch nicht Grund des Lebens sein. Der schöpferische Grund des Lebens dagegen ist gestaltende oder formirende Form (forma formans) und als solche auch die Ursache und das Prius der maschinellen Struktur. Erst durch die Annahme einer solchen jenseitigen Form, eines überenergetischen formirenden Prinzips, wird der Mechanismus zum Vitalismus im eigentlichen Sinne, denn erst damit ist das Leben als ein selbständiges Prinzip anerkannt, das sich wesentlich von den mechanischen Vorgängen der anorganischen Natur unterscheidet. Hingegen ist es ein Mißbrauch jenes Wortes und ein unwissenschaftlicher Rückfall in den Standpunkt des Mechanismus, den sie doch gerade überwinden wollen, wenn Reinke, Hertwig und die übrigen Vertreter des Neovitalismus die Lebenserscheinungen durch die bloße maschinelle Struktur bedingt sein lassen. Immer wieder sehen wir die modernen Neovitalisten bestrebt, ein höheres, den Energien übergeordnetes Prinzip zu gewinnen, um die organische Wirksamkeit der letzteren verständlich zu machen, und immer wieder zieht die Furcht, mit einer solchen Auffassung die Grenzen der Naturwissenschaft zu überschreiten, sie in den Materialismus herab, wonach

es am Ende doch bloße Energien und ihre Anordnung im Raume sind, welche auch die organischen Erscheinungen zu Stande bringen. Immer wieder sehen wir sie ringen nach der formirenden Form, und immer wieder verleitet sie ihr naturwissenschaftliches Vorurtheil dazu, die forma formans mit der forma formata zu verwechseln. Es ist geradezu das tragische Verhängniß Reinkes, daß er in seinen Dominanten als überenergetischen metaphysischen Prinzipien das wahre Prinzip des Lebens, die gesuchte forma formans, thatsächlich besitzt, und trotzdem als Naturforscher nicht davon loskommt, sie gegen die formirte Form, die maschinelle Struktur der Organismen, einzutauschen, die gar kein Prinzip ist, und den Schein eines solchen nur dadurch erlangt, daß Reinke sie mit dem ersteren verwechselt, aus Furcht, mit dem metaphysischen Prinzip der Dominanten in die alte Theorie der Lebenskraft zurückzufallen.

Nun bestand aber doch nicht darin der Mangel der Lebenskraft, daß sie ein überenergetisches, teleologisches Prinzip war, sondern darin, daß sie nach der Meinung ihrer Anhänger in den Organismen wirken sollte, ohne Betheiligung der physikalischen und chemischen Energien. Nicht, daß sie ein metaphysisches und kein naturwissenschaftliches Prinzip war, machte die Lebenskraft auch für die Naturforscher mit Recht unannehmbar, sondern der Umstand, daß ihre Wirksamkeit jeden Antheil der Naturwissenschaft an der Erklärung der organischen Prozesse überhaupt ausschließen und überflüssig machen, daß die Lebenskraft, bestimmter ausgedrückt, die physikalischen und chemischen Energien außer Spiel setzen sollte, verbot es dem Naturforscher, sich zu einer Hypothese zu bekennen, die seinen eigenen Untersuchungen ohne nähere Prüfung Grenzen setzte. Denn die Annahme der mechanischen Erklärbarkeit des Naturgeschehens ist die Voraussetzung der Naturwissenschaft, ohne welche alle ihre Bemühungen ihren Sinn einbüßen. Diese Voraussetzung wurde aber auch durch eine solche Auffassung der Lebenskraft aufgehoben, welche die metaphysische Beschaffenheit derselben leugnete und sie als physikalische Energie den übrigen Energien an die Seite stellte. Beruht doch der Mechanismus des Naturgeschehens darauf, daß es Zentralkräfte sind, welche das letztere zu Stande bringen, da nur solche Kräfte, deren Wirkungslinien, nach rückwärts verlängert, sich in einem und demselben Punkte schneiden, eine bestimmte Lokalisation im Raume haben können, wie die mechanische Wirksamkeit dies erfordert. Die Lebenskraft dagegen, wenn es eine solche giebt, kann keine Zentralkraft, also auch keine

physikalische Kraft und folglich den übrigen physikalischen und chemischen Kräften auch nicht koordinirt sein. Wird sie trotzdem für eine solche angesehen, so widerspricht sie dem Gesetz von der Erhaltung der Energie, ohne welches von einer konsequenten Durchführung des mechanischen Gesichtspunktes nicht die Rede sein kann.

Die Entdeckung des Erhaltungsgesetzes und der Thatsache, daß auch die Energien der unorganischen Natur sich gleichfalls an den organischen Vorgängen betheiligen, waren es, welche der Lebenskraft den Boden unteraus zogen und dem Mechanismus auch auf dem Gebiete der Physiologie und Biologie zum Siege verhalfen. Indessen hat schon Liebig gesagt: „Ebensowenig wie die Naturphilosophen von damals den Beweis liefern konnten, daß ihre Lebenskraft Alles mache, ebensowenig können die Materialisten von gestern den Beweis führen, daß die unorganischen Kräfte es thun und für sich ausreichen, den Organismus hervorzubringen. Die Wahrheit liegt in der Mitte, die sich über die Einseitigkeit erhebt und ein formbildendes Prinzip in und mit den chemischen und physikalischen Kräften für das organische Leben anerkennt." Diese mittlere Auffassung ist aber gerade diejenige, die auch Reinke im Grunde selbst vertritt. Nach ihr ist jede Lebenserscheinung das Produkt zweier ganz verschiedener Faktoren, der chemischen und physikalischen Energien, welche die Sichtbarkeit, die Außenseite und gleichsam das Substrat oder die Unterlage der organischen Prozesse bilden, und der überenergetischen teleologisch bestimmten und darum intelligenten Dominanten, die sich der Energien nur als der Mittel bedienen, um ihre Zwecke zu erreichen. Nur die ersteren in ihrer rein mechanischen Wirksamkeit sind Gegenstand der Naturwissenschaft, deren Aufgabe alsdann beendet ist, wenn es ihr gelungen ist, die mechanische Bedingtheit eines Naturvorganges nachzuweisen. Allein so wenig ein Vorgang schon erklärt ist, wenn erst die unerläßlichen Bedingungen seines Zustandekommens aufgedeckt sind, so wenig kann die Naturwissenschaft den Anspruch erheben, einen Vorgang überhaupt vollständig erklären zu können, da gerade die eigentlichen Ursachen desselben bei den Lebenserscheinungen jedenfalls in den überenergetischen Dominanten liegen, die nicht in den Erklärungsbereich der Naturwissenschaft hineinfallen, sondern einer Untersuchung ihrer letzten Prinzipien, d. h. der Naturphilosophie, vorbehalten bleiben.

So hat der naturwissenschaftliche Mechanismus recht, daß alle Naturvorgänge mechanisch zu erklären sind, und alle vitalistischen Erklärungsversuche vom Standpunkte der Naturwissenschaft aus

als unwissenschaftlich abzuweisen. Allein ebenso hat der Vitalismus recht, die rein mechanische Betrachtungsweise für unzulänglich zur Erklärung der organischen Vorgänge anzusehen und im Namen der Wissenschaft überhaupt ein Hinausgehen über den Mechanismus zu fordern. Beide bezichtigen sich gegenseitig mit Recht der Unwissenschaftlichkeit, sofern der Vitalismus ein außernaturwissenschaftliches Prinzip, wie die Lebenskraft, in die Naturwissenschaft hineinträgt, der Mechanismus sein naturwissenschaftliches Prinzip zum absoluten, auch für die Philosophie giltigen überspannt. Ihr Unrecht besteht nur darin, nicht einzusehen, daß die Giltigkeit ihrer beiderseitigen Prinzipien eben nur eine relative ist und daß es nur auf den Standpunkt ankommt, von dem aus man den Gegenstand betrachtet. Der methodologische Grundfehler des heutigen Vitalismus, in Folge wovon er in der näheren Ausführung seines Prinzips doch immer wieder in den Materialismus zurückfällt, besteht darin, daß er sein naturphilosophisches Prinzip der Lebenskraft für ein naturwissenschaftliches ansieht und darum bemüht ist, ihm eine materielle Grundlage zu verschaffen, mag er diese nun in einer Maschinenstruktur oder in sonst irgend einem stofflichen Prinzip suchen. Auf der andern Seite fehlen aber auch die Mechanisten darin, daß sie die Berechtigung des Vitalismus überhaupt bestreiten, weil die Lebenskraft, als überenergetisches Prinzip, in die Naturwissenschaft allerdings nicht hineingehört. Denn dabei ist vorausgesetzt, daß nur die Naturwissenschaft eine wirkliche Erklärung der betreffenden Erscheinungen liefern könne und daß eine andere als eine rein mechanische Erklärung keine wissenschaftliche Erklärung sei. Diese Voraussetzung hat aber selbst wiederum nur dann einen Sinn, wenn die Alleinberechtigung der mechanischen Erklärungsweise feststeht, und dies kann nur vom materialistischen Standpunkt aus behauptet werden. Der Materialismus aber ist gar kein naturwissenschaftliches Prinzip, sondern ebenfalls eine philosophische Weltanschauung, und so geräth der Mechanismus bei seiner Bestreitung des Vitalismus ganz ebenso, ohne es zu wollen, in die Philosophie hinein, wie dieser bei seinem Bestreben, die Lebenskraft materiell zu fixiren, in die Naturwissenschaft hineingeräth, und beide scheitern daran, daß sie die Grenzen ihres eigenen Gebietes in unphilosophischer Blindheit überschreiten.

Die Lebenskraft als naturphilosophisches Prinzip — das sind die Reinkeschen Dominanten, so wie er sie früher aufgefaßt hatte. Sie sind eine Hypothese, deren wir bedürfen, um das Wesen des

Organischen zu erklären, nachdem sich herausgestellt hat, daß dieses aus bloßen Energien nicht begreiflich und daß auch die maschinelle Struktur nicht diejenige Form ist, worauf das Wesen des Organischen im Unterschiede von den unorganischen Gebilden beruht, und es kann hiergegen kein Einwand sein, daß die Naturwissenschaft als solche nicht im Stande ist, ihr Dasein unmittelbar aufzuzeigen. Denn die Naturwissenschaft hat es, wie gesagt, nur mit den Energien und ihrer rein mechanischen Gesetzmäßigkeit zu thun; die Dominanten dagegen sind überenergetische dynamische Prinzipien, von deren Wirksamkeit die spezifische Beschaffenheit der mechanischen Vorgänge selbst bedingt ist. Die Naturwissenschaft betrachtet auch den Organismus nur als Mechanismus; denn das ist recht eigentlich ihre Aufgabe, die Allgiltigkeit der mechanischen Betrachtung zu bewähren. Daß jedoch die Allgiltigkeit des Mechanismus noch nichts für dessen Alleingiltigkeit beweist, das zeigt eben die Unmöglichkeit, aus bloß mechanischen Prozessen der unorganischen Natur das Wesen des Organischen zu begreifen. Für den Naturforscher ist auch der Organismus nur eine Maschine, deren Leistungen er aus ihrer Struktur, aus der Anordnung ihrer verschiedenen Theile zu erkennen sucht. Allein eben weil er eine Maschine ist, Maschinen sich aber nicht von selbst aus dem bloßen Mechanismus der Energien gebildet haben können, muß es Dominanten geben, durch deren Wirksamkeit die Energien in die Form des maschinellen Apparats gebracht sind.

Nur sofern auch diese Dominanten der organischen Maschine angehören, ihr immanent sind und ihr Wesen ausmachen, kann man sagen, daß der Organismus eine Maschine ist, die sich aus sich selbst heraus, durch ihre eigene innere Kraft gestaltet hat und sich durch diese ihre Selbstgestaltung prinzipiell von allen sonstigen Maschinen unterscheidet. Die gewöhnliche Maschine hat die Ursache ihrer Entstehung außer sich, den Konstrukteur, der von ihr selbst verschieden ist und ihre einzelnen Theile nach einem bestimmten Plane in äußerlicher Weise herstellt und zusammenfügt. Die organische Maschine dagegen ist die sichtbare Erscheinung eines in ihr sich auswirkenden unsichtbaren Wesens, dessen ganze Bethätigung darin besteht, die materiellen Energien maschinengemäß zu formen und sie dadurch in bestimmte Bahnen ihrer Umsetzung zu lenken. Die Organisation also, d. h. die maschinelle Struktur, ist das Prius der im Organismus verlaufenden energetischen Prozesse; aber die Funktion ist das Prius ihres Organismus, indem

alle organischen Funktionen oder von der Organisation bedingten energetischen Prozesse durch und durch von den Dominanten abhängig sind, welche eben jene Organisation gestaltet haben.

Indem sich hierbei das Dominantensystem eines jeden Organismus auf eine bestimmte organische Struktur bezieht, sich auf sie stützt und nach ihr richtet, so zwar, daß sie die in ihr gegebenen und vorbereiteten maschinellen Auslösungen für ihre eigene Wirksamkeit benutzt und sich in der Regel nur vermittelst ihrer zur Erscheinung bringt, so kann man in diesem Sinne allerdings behaupten, daß die Dominanten von der Struktur abhängig seien und daß eine bestimmte Art von Struktur Bedingung sei für eine bestimmte Wirksamkeit der Dominanten. Allein dieser Sinn wird in sein Gegentheil verkehrt und die aktive Funktion der Dominanten zu einer passiven Maschinenfunktion, zu einer bloßen Wirkung bestimmt angeordneter Energien herabgedrückt, wenn man, wie Reinke, die Abhängigkeit der Dominanten von der Maschinenstruktur des Organismus dahin versteht, daß die letztere das Prius und das bestimmende Prinzip der Dominantenfunktion und diese mithin nichts Anderes als das bloße maschinelle Funktioniren der Struktur bedeute. Auch die organische Struktur, welche die Dominanten vorfinden und worauf sie sich beziehen, ist nur das passive Ergebniß früherer aktiver Dominanten, und das Bildungspotential einer bestimmten Zelle, wie Reinke die in der Keimzelle gegebenen dynamischen Anlagen nennt, auf deren Wirksamkeit die Entwicklung beruht, ist so wenig eine bloße Funktion ihres maschinellen Apparates, daß es vielmehr die letztere nur als Werkzeug benutzt, um nach Maßgabe seiner Beschaffenheit die Entwicklung eines organischen Typus zu vollziehen. Das geht u. A. schon daraus hervor, daß es keineswegs in absoluter Weise an die Beschaffenheit des maschinellen Apparates gebunden ist, sondern diesen unter Umständen, wo es nöthig scheint, sogar über seine bisherige Gestalt und Leistungsfähigkeit hinausführt.

Es wird hiernach Reinke nichts Anderes übrig bleiben, als sich für eine der beiden Auffassungen zu entscheiden, wie er sie über die Dominanten aufgestellt hat, und daraufhin seine bisherige Ansicht zu revidiren. Entscheidet er sich für diejenige Auffassung, wonach die Dominanten mit der Maschinenstruktur zusammenfallen und von dieser abhängig sind, so bleibt er damit zwar innerhalb des naturwissenschaftlichen Gebietes stehen, allein er streicht zugleich auch alles Eigenthümliche, wodurch sich seine Ansicht von derjenigen

der übrigen Neovitalisten unterscheidet, und wodurch er diesen überlegen ist, ohne dafür etwas Anderes einzutauschen, als den bloßen Schein einer Erklärung des Wesens des Organischen. Uebrigens kann auch die Maschinentheorie des Organismus durch die jüngsten Arbeiten von Driesch als abgethan betrachtet werden. Macht sich Reinke dagegen von der Verwechselung der Dominanten mit der Maschinenstruktur des Organismus frei, gewinnt er es über sich, die metaphysische Auffassung der Dominanten genauer durchzuarbeiten, dann hört er damit zwar auf, Naturforscher im eigentlichen Sinne des Wortes zu sein und tritt er auf das Gebiet der Naturphilosophie hinüber, allein er entrückt damit zugleich auch seine Auffassung allen denjenigen Einwänden, die ihr jetzt — und mit Recht — von mechanistischer Seite, wie z. B. von Bütschli, gemacht worden sind und wird er sich den Ruhm gewinnen, als der erste Naturforscher eine wirklich philosophische Auffassung des Lebens angebahnt zu haben. So wie jetzt sein Standpunkt zwischen zwei einander widersprechenden Auffassungen schillert, kann er weder die Naturforscher, noch die Philosophen befriedigen und bleibt er in jeder Beziehung eine Halbheit, über welche die Wissenschaft alsbald zur Tagesordnung übergehen wird.

Handel und Oeffentlichkeit der Presse in Hamburg.

Von

Dr. Ernst Baasch,
Bibliothekar der Commerz-Bibliothek in Hamburg.

Der Handel gilt im Allgemeinen als Verfechter möglichster Publizität, und bis zu einem gewissen Grade ist er das auch. Freiheit des Handels und Freiheit der Preßöffentlichkeit sind Zwillingsschwestern. Aber nicht immer ist das so gewesen; diese beiden Schwestern haben zeitweise in einem sehr schroffen Gegensatz zu einander gestanden; und da, wo man die Freiheit des Handels als unabänderliches Dogma anerkannte, bestritt man lange der Oeffentlichkeit das Recht auf diese Freiheit.

Von einem Verhältniß zwischen Handel und Zeitungspresse konnte erst die Rede sein, nachdem die letztere das Gebiet des Handels in ihren Bereich einbezogen hatte. Das ist in Deutschland erst in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts geschehen. Die sogenannten Intelligenz- oder Anzeigeblätter, die um jene Zeit aus Frankreich nach Deutschland verpflanzt wurden, enthalten Anzeigen über Angelegenheiten des Handels.

Dieser für die Geschichte des Handels wie für diejenige der Presse bedeutsame Fortschritt ist in der Literatur der Zeitgenossen nicht unbeachtet geblieben. In seinem bekannten Buch „Zeitungs-Lust und Nutz" (Hamburg 1697*) widmet Caspar von Stieler einen ganzen Abschnitt dem Thema „Von der Zeitungen Nothwendigkeit und Nutzbarkeit bey der Kauffmanschaft." Handelsleute, so meint er, könnten Zeitungen „unmüglich missen, wollen sie anders Handel und Wandel ohne Verlust fortsetzen und sich mit ihrer Nachlässigkeit im Schreiben und Forschen nach der Wahren Lauf und Kauf nicht selber in Lichten stehen." Aus den Zeitungen erfahre der Kaufmann die Preise der Waaren, ob die Fahrt zu

*) Vergl. über dieses Prutz, Geschichte des deutschen Journalismus I, 30 ff.

Wasser und zu Lande sicher sei oder nicht, ob die Häfen offen oder geschlossen, die Flotten aus Indien ꝛc. angekommen, was sie gebracht u. s. w.

Zeigt sich schon hier eine klare Erkenntniß von dem Werth der Zeitungen für den Kaufmann, so ist der einige Jahrzehnte später schreibende Marperger noch tiefer in diese Materie eingedrungen; er urtheilt schon skeptischer. In seinem „Getreuer und geschickter Handelsmann" (Nürnberg und Leipzig 1715) S. 241 empfiehlt er den Handlungsdienern, die „Avisen" zu lesen, da solche Lektüre den Verstand schärfe und die Kenntnisse in Politik, Geographie u. s. w. vermehre. In einer späteren Schrift „Anleitung zum rechten Verstand und nutzbarer Lesung allerhand sowohl gedruckter als geschriebener — — — Zeitungen oder Avisen ꝛc." (1726) berührt Marperger aber nicht nur den Nutzen, den der Kaufmann aus Zeitungen ziehen könne, sondern weist auch hin auf die Mißbräuche, die das Zeitungswesen in sich berge, auf die „ungegründeten Relationes", die fingirten Nachrichten, die zur Irreführung des Publikums aus Gründen des Eigennutzes in die Zeitungen gebracht würden.

Diese von dem ebenso vielerfahrenen wie vielschreibenden Marperger gerügten Uebelstände im kommerziellen Nachrichtenwesen seiner Zeit leiten uns zurück auf die im Anfang unserer Darlegung gemachte Bemerkung über die Abneigung des Handelsstandes gegenüber der publizistischen Oeffentlichkeit; und es dürfte von Interesse sein, zu untersuchen, wie früher sich in unserer ersten Handelsstadt, in Hamburg, das Verhältniß zwischen Handel und Presse gestaltet hat.

Hamburg ist die erste deutsche Stadt gewesen, die ein eigentliches Anzeigen- und Intelligenzblatt gehabt hat. Im Jahre 1673 entstand hier der „Relations-Courier", nach dem Herausgeber auch Wieringsche Zeitung genannt.*) Der Erfolg dieses Blattes schuf ihm bald Nachfolger, doch hat der „Relations-Courier" diese alle überlebt.

Acht Jahre vor der Gründung dieses Blattes (1665) war die

*) Ueber die älteren hamburgischen Zeitungen vergl. Lappenberg, Zur Geschichte d. Buchdruckerkunst in Hamburg (1840) S. LXXV f.; dann Kowalewski in Zeitschr. d. Ver. f. hamb. Gesch. X, 273 ff. Mit Vorsicht zu benutzen ist Salomon, Geschichte des deutsch. Zeitungswesens I. (1900); J. G. Büsch nennt er einen „Historiker", der ein „Lehrbuch der allgemeinen Geschichte" geschrieben habe (S. 146), durch das er sich „einen geachteten Namen machte" u. A. m



Kommerzdeputation geschaffen worden. Damit hatte die Kaufmannschaft eine korporative Vertretung erhalten; nun erst war sie in den Stand gesetzt, ihre gemeinsamen Interessen nach außen geltend zu machen. Die Vertretung des Handelsstandes fand bald Gelegenheit, zu den Handelsnachrichten der Presse Stellung zu nehmen.

Das erste Zeugniß einer Klage des Handelsvorstandes über eine Preßstimme findet sich am 26. Juli 1682; die Deputation machte den Rath darauf aufmerksam, daß der „Advisen-Macher", wahrscheinlich Wieringen, jüngst in seinen „Advisen" spezifizirt habe, wieviel Fische jeder Grönlandfahrer auf dem Walfischfang gefangen habe. „Weil nun solches große Augen gebe, insonderheit bey Ihro Mayst. von Dennemark", so möge dem „Advisen-Macher" in Zukunft derartiges zu drucken untersagt werden. Nun unterlagen die Zeitungen damals einer Zensur, die freilich hauptsächlich von politischen Gesichtspunkten geleitet war, und der Rath erließ deshalb gegen jene Veröffentlichung ein Verbot.

In diesem Falle sprach ohne Zweifel ein öffentliches, handelspolitisches Interesse für die Geheimhaltung jener Zahlen; der König von Dänemark sah die Grönlandfahrt der Fremden schon lange mit scheelen Augen an und verfolgte bald darauf insbesondere die hamburgische Grönlandfahrt mit allerlei Chikanen.

Ebenso kann man es begreifen, wenn im Dezember 1713 die Kommerzdeputirten sich über den Advisenschreiber Bene, den Herausgeber des „Relations-Courier", beschwerten; er hatte schon zweimal die Notiz aufgenommen, daß hamburgische Schiffe mit holländischen und englischen Päffen in Genua und Irland angekommen wären. Daß hamburgische Schiffe in Kriegszeiten sich fremder Päffe bedienten, kam ja vor und war bei den unruhigen Zeiten kaum zu vermeiden,*) blieb aber immer ein gefährliches Unternehmen und brauchte nicht an die große Glocke gehängt zu werden; der Rath verwies deshalb dem Bene, „daß er von den Schiffen so Präjudizirliches weggeschrieben".

Schon minder verständlich erscheint es uns, wenn im Frühjahr 1721 sich verschiedene Kaufleute über Bene beklagten, weil er eine Notiz aus Lissabon gebracht, nach der die Flotte von Bahia abgefahren und 20 000 Kisten Zucker und 25 000 Rollen Tabak eingenommen habe. Von den Kaufleuten wurde diese Mittheilung

*) Vergl. meine Convoyschiffahrt und Convoywesen (Hamburg 1896) S. 330 ff.

bezeichnet als „zum Praejudice des allgemeinen Commercii" gereichend; die Kommerz-Deputirten hielten solche Notizen für unzulässig und setzten durch, daß dem Herausgeber derartige Veröffentlichungen ernstlich verboten wurden.

Die Opposition gegen diese und ähnliche Zeitungsmeldungen entsprang offenbar dem Gedanken, daß die allgemeine Kenntniß solcher spezifizirten Waarenzufuhren dem einzelnen Kaufmann schädlich sei. Mochte der einzelne Kaufmann durch seine privaten Quellen solche Mittheilungen erhalten und seine Berechnungen darauf begründen; der Gesammtheit der Kaufmannschaft, insbesondere aber dem konsumirenden Privatpublikum, dem Käufer in der Nachbarschaft und im Inlande waren, so meinte man, derartige Mittheilungen um so eher vorzuenthalten, als sie, schon an sich unkontrolirbar, überdies von vielen Leuten mißverstanden, falsch gedeutet wurden. Dadurch konnte auf die Preise ein Einfluß ausgeübt werden, der mit den Thatsachen nicht in Einklang stand, jedenfalls dem Interesse des hamburgischen Importeurs widersprach.

Diese Auffassung, roh und primitiv, wie sie jetzt erscheinen mag, entspricht den primitiven Verkehrsverhältnissen, dem unentwickelten Nachrichtendienst, der rohen Handelstechnik jener Tage. Es konnte damals noch ein Kaufmann Handelsnachrichten allgemeiner Art erhalten, die anderen Kaufleuten an demselben Platze erst viel später zugingen; die private Handelskorrespondenz spielte gegenüber dem öffentlichen Nachrichtendienst noch eine weit überlegene Rolle. Was wir also jetzt lächerliche Geheimnißkrämerei nennen würden, das war damals eine Waffe im privat- und volkswirthschaftlichen Kampfe. Und bei Weitem nicht die schlechteste Waffe; denn sie richtete sich ja auch gegen falsche Nachrichten. Da man aber, wenn solche Nachrichten kamen, schwer unterscheiden konnte, ob sie falsch oder richtig waren, so ist es begreiflich, daß gegen die Verbreitung aller Handelsnachrichten durch die Presse große Abneigung herrschte.

Dabei muß betont werden, daß bei dieser der Presse gegenüber abweisenden Haltung von bildungsfeindlichen Tendenzen nicht die Rede sein kann. Ueber diesen Vorwurf war die hamburgische Kaufmannschaft erhaben; ihr Vorstand legte im Jahre 1735 den Grund zu der noch heute bestehenden Kommerzbibliothek, indem er beschloß, „einige dem Commercio sehr nützliche Bücher, als allerhand Commercien-Traktate 2c. von Zeiten Caroli Magni bis hierher" anzuschaffen. Die Art, wie dieser Beschluß zur Ausführung

gebracht wurde, hat gelehrt, daß bei ihm nicht nur rein praktische Motive maßgebend gewesen sind. Während der ganzen preßfeindlichen Periode in der Wirksamkeit der Kommerzdeputation ist das ideale Interesse dieser Korporation für die Bibliothek nie erlahmt. Rein praktischer Art waren dagegen die Erwägungen, die zu der Stellungnahme gegenüber der Presse und den gelegentlichen oder periodischen kaufmännischen Veröffentlichungen führten.

So verstehen wir es, wenn noch lange Zeit hindurch es an Beschwerden über die Zeitungen nicht fehlte. Bald klagten die Kommerzdeputirten, wie im August 1748, über die „Zeitungsschreiber", die „verschiedene der Handlung höchst nachtheilige und an sich unwahre Dinge ihren Zeitungen einfließen lassen"; so habe in der Grundschen Zeitung (dem jetzigen „Korrespondent") kürzlich eine Meldung aus Paris gestanden, nach der der Zucker dort von 28 auf 17 Sous das Pfund gefallen sei; solche Dinge gereichten „der ohnedem genug gedrückten hiesigen Handlung zum größten Nachtheile"; bald erregten Ankündigungen von Auktionen Anstoß, wie die im „Relations-Courier" im Juni 1725: „Denen, so daran gelegen, dienet nachrichtlich, daß über 14 Tagen eine starke Parthey Frantz-Brantwein im öffentlichen Ausruf zu alle Preisen stehet verkauft zu werden; wovon wenig Tage vorher in diese Zeitung weitere Declaration geschehen soll." An sich war gegen diese Anzeige kaum etwas einzuwenden; nur die so frühe Ankündigung wurde gerügt, da die Preise dadurch gedrückt wurden.*)

Wie es aber die Tendenz des Handels war, kommerzielle Zeitungsnachrichten auf das allergeringste Maß herabzudrücken, so lag es in der Natur der Presse, die Oeffentlichkeit möglichst auszudehnen. Die Kommerzdeputirten fanden es von Zeit zu Zeit stets wieder angemessen, die Zeitungen in ihre Schranken zurückzuweisen. Ein hochw. Rath, so mahnten sie am 8. Oktober 1762, möge nicht gestatten, daß „Handlungs-Sachen in den hiesigen Gazzetten eingerückt würden, weil dieses nicht den geringsten Nutzen haben könnte"; es entständen daraus nur „allerhand voreilige Bewegungen, die dem Commercio keineswegs zuträglich wären."

Gerade in jener Zeit vermehrte sich die Zahl der regelmäßig erscheinenden hamburgischen Zeitungen; der Ansturm der Preß-Oeffentlichkeit wider die sie umgebenden Schranken nahm an Stärke

*) Ueber die damaligen hamburgischen Auktionen und den Kampf gegen sie vergl. meine Forschungen z. Hamb. Handelsgeschichte III S. 75 ff. (1902).



zu. Mitte der sechziger Jahre mehrten sich die Bestrebungen, Waarenpreise und Einfuhrlisten zu veröffentlichen.

Die maßgebenden Handelskreise waren diesen Bestrebungen in hohem Grade abhold. Gegen die Verbreitung von Nachrichten über die Einfuhren hatte man sich schon früher wiederholt ereifert. Bereits im März 1689 wurde den Kommerzdeputirten geklagt, daß die Schreiber auf dem Zoll die Kontentzettel über die angekommenen Waaren nicht geheim hielten, sondern den Mäklern und Anderen zeigten. Im Jahre 1695 ertönte dieselbe Klage: gegen Trinkgeld gebe man jedem Makler die Kontentzettel. Im Frühjahr 1704 beschäftigte sich der Ehrb. Kaufmann mit dieser Angelegenheit. Trotz aller Maßregeln und Verbote wird das Geheimniß der Kontentzettel nie ganz bewahrt worden sein.

Hierbei handelte es sich weniger um eine für das Publikum bestimmte Veröffentlichung als um widerrechtliche Indiskretionen von Beamten in der Verwahrung amtlicher Papiere zu eigennütziger Verwendung seitens einzelner Interessenten. Nun, in den 1760er Jahren, gab sich das Bestreben kund, wirkliche Kontentenlisten zu veröffentlichen und dem Gesammtpublikum, vornehmlich natürlich dem Kaufmannsstande, zugänglich zu machen. Ein Geheimniß waren die Kontenten schon lange nicht mehr; beim Zoll konnte man sie ungehindert abschreiben oder abschreiben lassen. Eine Verbreitung durch den Druck lag nahe.

Im September 1764 wandte sich zuerst der Rathsbuchdrucker an die Kommerzdeputation und bat um die Erlaubniß, Kontenten zu drucken. Am 7. September beschlossen aber die Deputirten: „es sollte beym Alten bleiben, indem sich verschiedene Leute damit ernähreten, auch es nicht gut seyn würde, wenn die Contenten noch publiker, als sie bereits wären, gemacht würden."

Thatsächlich griff die Verbreitung der Kontenten, der Einfuhrlisten immer mehr um sich. Seit dem Januar 1765 wurden in Lübeck „Hamburger Commertz-Nachrichten" von dem Drucker Joh. Nicol. Green gedruckt und zweimal wöchentlich herausgegeben. Sie sind nichts Anderes als Verzeichnisse der See- und Landeinfuhren Hamburgs und beruhen, wie wenige Jahre später Leisching*) erklärte, auf einem in Hamburg „um einen hohen Preis" verkauften Manuskript. Sie fanden eine weite Verbreitung.

*) Ueber diesen vergl. Hamb. Schriftstellerlexikon IV. 414 f.

Das einzige mir bekannte noch vorhandene Exemplar*), das noch dazu nicht ganz vollständig ist, reicht bis Ende 1768.

Infolge dieser Veröffentlichung und da auch auf privatem Wege Kontentlisten ihren Weg ins Inland fanden, war an eine Unterdrückung solcher Publikationen eigentlich nicht zu denken. Das Gescheiteste wäre vielleicht eine vollständige amtliche Veröffentlichung gewesen. Das widersprach aber den im Hamburgischen Handelsstande maßgebenden Anschauungen. Im Februar 1767 regte der Rath an, ob es nicht thunlich sei, den Addreß-Comtoir-Nachrichten, die im Jahre vorher gegründet waren, zu gestatten, die Kontentlisten, da sie ja doch in Lübeck veröffentlicht würden, gleichfalls aufzunehmen; auch über die Zulässigkeit des Druckes der Waarenpreise, die in jener Zeit vielfach veröffentlicht wurden, wünschte der Rath Auskunft von den Kommerzdeputirten.

Nun fanden die Waarenpreise schon seit 1736 in dem amtlichen Preiscourant**) öffentliche Verbreitung. Immerhin zirkulirte aber dieser nur in einem engeren Kreise der Interessenten; die weite Oeffentlichkeit kannte ihn wenig. Dieser Publikation eine weitere Verbreitung durch die Zeitungen zu geben, konnte der Wille der Kaufmannschaft nicht sein. Der Preiscourant enthielt nur Großhandelspreise, die naturgemäß geringer waren als die Detailpreise. Der kleine Konsument, der jene Preise las, konnte dadurch verführt werden, beim Krämer nur den Großhandelspreis zahlen zu wollen. Aus diesen und ähnlichen Gründen riethen die Kommerzdeputirten von der Aufnahme der Preise in die Zeitungen ab; nur die Kornpreise wollten sie zulassen, da diese doch schon in der Altonaischen Zeitung bekannt gemacht würden.

Gegen den Abdruck der Kontenten erklärten sich die Deputirten, wie schon früher, auch jetzt noch sehr entschieden; sie hielten es für wünschenswerth, die Abschrift und Ausgabe am Zoll ganz zu verbieten, und erinnerten an die früheren Beschwerden in dieser Beziehung; wäre man damals, so meinten sie, hierin schärfer vorgegangen, „so würde der hiesige Handel ohne allen Zweifel besser floriren, weil eben die nach alle Oerter versandt werdende Content-Zetteln dem ganzen Teutschen Reiche und insbesondere Brandenburg eine Anweisung gegeben, woher die Waaren aus der ersten

---

*) In der Kommerzbibliothek zu Hamburg.

**) Die Geschichte des hamburgischen Preiscourants siehe in meinen Forschungen III.

Hand zu ziehen sind." Daher komme denn auch der Verfall der hiesigen Spedition.

Etwas Wahres ist ja gewiß hieran; die Verbreitung der hamburgischen Waaren-Einfuhrlisten hat den binnenländischen Kaufmann dem ausländischen Produzenten näher gebracht. Fraglich war es aber, ob der Weg der künstlichen Verheimlichung und Unterdrückung der richtige war, den Schaden wieder einzubringen.

Vorläufig fanden die Kommerzdeputirten es für angemessen, die Addreß-Comtoir-Nachrichten und die von demselben Verleger herausgegebene „Hamburgische Neue Zeitung" schärfer als bisher zu kontroliren; sie beschlossen, jene Blätter auf ihrem Bureau zu halten, um auf sie Acht zu geben und eventuelle Verstöße beim Rathe anzuzeigen.

Doch wurde allmählich das Verfahren der Deputirten in dieser Beziehung unsicherer. Sowohl die Rücksicht auf die vielen von der Anfertigung der Kontentlisten lebenden Leute, wie auch die Ueberzeugung, daß manche Kaufleute das gänzliche Eingehen jener Listen ungern sehen würden, bewog im April 1769 die Kommerzdeputirten, die „Abschaffung der Kontenten" aus dem Verzeichniß der „rückständigen Sachen" zu streichen.

Damit war die Sache aber noch nicht erledigt. Vorzüglich die Versendung der Kontentlisten ins Binnenland erregte noch oftmals Aergerniß. Selbst mancher binnenländische Großkaufmann nahm an dieser Versendung Anstoß. Der Altadjungirte Poppe mußte, als er im Herbst 1769 in Dresden war, dort die bittersten Vorwürfe entgegennehmen, daß man in Hamburg die auswärtigen Waarenpreise, die hamburgischen Waaren-Einfuhrlisten und Namen der Kaufleute, die die Waaren empfingen, öffentlich drucken und verbreiten ließ, „wodurch in Deutschland die Handlung noch mehr verdorben und den allerkleinsten Krämern Wege, die sie noch nicht wüßten, gezeiget würden." Bei dieser Gelegenheit ergab sich, daß die Herausgeber der Addreß-Comtoir-Nachrichten, die jene Veröffentlichungen betrieben, sogar die „unverschämte Dreistigkeit" hatten, den nach auswärts gesandten Exemplaren ihrer Zeitung Blätter beizulegen, die den Vermerk trugen:

„Einen nicht geringen Vorzug und Vortheil für auswärtige Kaufleute erhalten diese Addreß-Comtoir-Nachrichten durch die Kontenten 2c."

Ja, sie fügten sogar die falsche Mittheilung hinzu: „diese Kontenten kosten hier jährlich 20 à 30 Rthlr."

Poppe schloß seine Klage mit den Worten: „Was Auswärtige sich für hohe Begriffe von unseren Gesetzen und Verfassungen machen müssen, wenn sie hören, daß hier keine öffentlichen Blätter ohne Zensur können gedruckt und ausgegeben werden, aber gleichwohl verbotene heimlich weggegeben, und wie dergleichen Betrieb andere Zeitungs-Verleger zu noch größeren Folgen anreizen kann, darüber bin ich nicht im Stande zu urtheilen."

Der gemeinsame Verleger der Addreß-Comtoir-Nachrichten und Hamb. Neuen Zeitung — auch dieser machte man jene Vorwürfe — versprach nun freilich, keine Kontenten mehr drucken und versenden zu wollen. Doch wurde dies Versprechen schlecht gehalten; bald kamen aus Dresden wieder Abdrücke von hamburgischen Kontentlisten, die jenen Zeitungen beigelegt waren. Hierauf erfolgte am 5. September 1770 ein Rathsdekret, das dem Verleger bei schwerer Strafe verbot, „sowohl überhaupt irgend andere Blätter nach auswärtigen Orten zu verschicken, als welche hieselbst die Censur passirt, als insonderheit die Content-Zettel weder zu hiesigem noch fremden Gebrauch abzudrucken."

Die genaue Befolgung dieses Dekrets würde den Verleger jener Zeitungen schwer geschädigt haben. Er hatte zu dem Druck der Kontentlisten gegriffen, um seine Blätter zu erhalten. Auch behauptete er, daß das 1769 erfolgte Eingehen der früher in Lübeck gedruckten Kontenten zurückzuführen sei auf die Konkurrenz, die er ihnen mit seinen Listen bereitet habe. Und nicht ganz mit Unrecht konnte er darauf hinweisen, daß jeder Bürger in Hamburg und Altona solche Listen drucken und seinen Korrespondenten zuschicken lassen könne, wie es mit den schriftlichen Listen täglich geschehe; ihm aber als Zeitungsverleger solle das nicht erlaubt sein.

Es dauerte auch nicht lange, und gegen das Rathsverbot wurde wieder gefehlt. Im März 1773 lag ein Brief aus Sachsen vor, in dem auf Grund von ins Inland gesandten hamburgischen Kontentlisten direkte Waarenbestellungen beim Importeur mit Umgehung des Kommissionärs gemacht wurden. Bald darauf zeigte sich, daß die Adreß-Comtoir-Nachrichten sogar in Hamburg selbst die Kontentlisten verbreiteten. Ja, man entdeckte in dieser Zeitung Waarenpreise, die nicht mit den offiziellen des Preiscourants übereinstimmten, sondern niedriger als jene waren. Jener „macht", so klagte die Kommerzdeputation im Februar 1774, „dadurch zum wahren Schaden hiesiger Börse die Auswärtigen irre, die nicht allemal die Preis-Couranten, wohl aber die beregten Nach-

richten lesen, sodann in Folge derselben für einen zu niedrigen Preis die Waaren verlangen und, wenn sie solche nicht dafür erhalten können, sich von hier wegwenden."

Auch der privilegirte Courszettel war bald vor jener Zeitung nicht mehr sicher; sie druckte ihn nach. Die Zuckerpreise aber fanden sich in ihr so tief herabgesetzt wieder, daß nach der Meinung der Kommerzdeputirten „die hiesigen Zucker-Raffinadeurs nicht dabey bestehen können."

Dem wiederholten Drängen des Vorstandes der Kaufmannschaft konnte sich der Senat schließlich nicht entziehen; er schritt offenbar nur ungern ein. Erst am 7. Februar 1776, nachdem eine Druckerei auch in Altona gedruckte Kontentlisten öffentlich verkauft hatte und der Addreß-Comtoir-Nachrichten handelsgefährliches Treiben immer ungenirter geworden war, ließ der Rath dem Verleger erklären, daß Er nicht Willens sei, „einem solchen zudringlichen und seinem Befehle schnurstracks zuwiderlaufenden Unternehmen länger nachzusehen." Der Verleger wurde in eine Geldstrafe genommen, das Verbot erneuert und eventuell mit dem Verlust des Privilegs gedroht. Die Strafe wurde ihm zwar nachträglich erlassen, das Gesuch um Fortdauer des Druckes und Ausgabe der Kontentzettel aber abgeschlagen. Auch der Wittwe Tramburg wurde der Verkauf und Vertrieb von Waarenverzeichnissen verboten.

Nichtsdestoweniger hörten die Addreß-Comtoir-Nachrichten nicht auf, den Kaufleuten Anlaß zu Beschwerden zu geben. Schon im Oktober 1776 machte sich die Zeitung wieder des Vergehens schuldig, die in einer Thee-Auktion erzielten Preise mitzutheilen.

Auch der „Correspondent" nahm an diesem verwerflichen Treiben theil; im August 1772 brachte er eine Notiz aus Archangel, es sei dort im Fluß genug Wasser, und alle Kornschiffe könnten deshalb gut laden. Diese Meldung, deren thatsächlicher Inhalt übrigens bestritten wurde, veranlaßte die Kommerzdeputirten zu einer Beschwerde, „weil man durch eine solche falsche Nachricht nur das Korn noch mehr im Preise herunterzusetzen und dadurch dem Kornhandel zu schaden getrachtet".

Zu einem weiteren Fortschritt in der Unterdrückung kommerzieller Zeitungsnachrichten führte eine Notiz, die sich im September 1778 in den hamburgischen Zeitungen fand; darnach sollten in Lissabon auf einem Schiffe 7000 Kisten Rohzucker angekommen und der Preis dieses Artikels in London dadurch um 15 Prozent

gefallen sein. Auf Veranlassung einer Beschwerde mehrerer angesehener Kaufleute legte die Kommerzdeputation dem Senat die Schädlichkeit solcher Nachrichten dar: „Die Zeitungsschreiber sind gewohnt, alle Nachrichten, die sie nur erhalten können, in die Zeitungen einzurücken, um das Publikum desto mehr zu unterhalten und dadurch den Absatz ihrer Blätter zu vermehren. Sie sind dabey nicht um die Zuverlässigkeit der Nachrichten bekümmert, indem sie dasjenige, welches sie in der einen Zeitung als eine Wahrheit anmelden, in der darauf folgenden Zeitung widerrufen."

Hierauf erfolgte ein Senatsdekret, das den Zeitungen befahl, keine Nachrichten über Steigen und Fallen der Waarenpreise, überhaupt aber keine Handlungsartikel einzurücken. Auch in Altona hatte der Senat den Erlaß eines gleichen Verbots ausgewirkt.

Das Verbot, überhaupt keine Handlungsartikel aufzunehmen, war eine Verschärfung des Vorgehens gegen die Presse. In Wirklichkeit wurde es nicht so schlimm. Auf alle „Raisonnements", wie die Kommerzdeputation es wünschte, haben vorzüglich die Addreß-Comtoir-Nachrichten nicht verzichtet. Die Deputation meinte es aber sehr ernst; sie beschloß, ihrerseits die Kontrole über die Zeitungen strenger zu handhaben; auf Kosten der Deputation sollte jedem Deputirten noch 4 Jahre nach seinem Austritt von jeder der hier herauskommenden 4 Zeitungen je 1 Exemplar zugestellt werden.

Diese Praxis hat lange bestanden. Nun wurde scharf aufgepaßt, und wenn dem die Zensur ausübenden Syndikus des Senats einmal ein Vergehen der Zeitungen entgangen war, verfehlte die Kommerzdeputation nicht, eine nachträgliche Rüge zu veranlassen.

Man ging noch weiter. Auch gegen lediglich orientirende, Verkehrserleichterungen bezweckende Veröffentlichungen wurde eine Abneigung kundgegeben, die heute kaum mehr verständlich ist. So legte um diese Zeit ein gewisser J. A. Mannes dem Senat und den Kommerzdeputirten den Plan vor, einen „Allgemeinen Anzeiger der Namen hiesiger Gelehrten, Kaufleute und Künstler 2c." zu veröffentlichen. Solche Verzeichnisse und Adreßlisten bestanden schon in vielen Städten; und Mannes wünschte nur ein ausschließliches Privileg auf 6 Jahre gegen Zahlung einer jährlichen Gebühr. So harmlos dies Unternehmen zu sein schien, zu einer Zeit, wo man noch meinte, durch möglichste Geheimhaltung aller Dinge den Handel an sich fesseln zu können, schien es höchst ver-

dächtig. Die Kommerzdeputation bat im März 1780 den Senat, Er möge die Ausgabe eines solchen Verzeichnisses „zum Besten der hiesigen Handlung unterdrücken"; dem Handel werde es kaum nützen, ihm im Gegentheil schädlich sein, „weil die hiesige Handlung zu sehr dadurch würde decouvrirt, und weil mancher Kaufmann dadurch aus seiner jetzigen Situation würde gesetzet werden."

Mannes verzichtete darauf auf sein Unternehmen. Nicht lange nachher, 1782, erschien der erste „Hamburger Kaufmanns-Almanach", der die Namen der Kaufleute mit Angabe ihrer Comtoire und Bankkonten enthielt; die Branchen der einzelnen Kaufleute sind nicht angegeben. Dieser Almanach erschien alljährlich bis 1788 und wurde seitens der Kommerzdeputation nicht angefochten. Ebensowenig wurde gegen das 1787 zuerst veröffentlichte „Neue Hamb. Adreßbuch", das in der ersten Zeit im Wesentlichen nur ein Verzeichniß der Kauf- und Geschäftsleute war, Einspruch erhoben.

Im Allgemeinen beharrte die Kaufmannschaft doch auf ihrer ablehnenden Haltung gegenüber selbständigen Aeußerungen der Presse in Handelsangelegenheiten. Und wenn auch die Kommerzdeputation beim Senat nicht immer unbeschränktes Entgegenkommen in dieser Frage fand, grundsätzlich stand auch der Senat auf demselben Standpunkt; das Verbot betreffend die Aufnahme von Handelsartikeln wurde sogar erneuert.

Wie feindlich sich die Kaufmannschaft noch immer gegen detaillirte Handelsnachrichten verhielt, zeigt eine Beschwerde, die 21 angesehene Kaufmannshäuser am 11. April 1781 der Kommerzdeputation einreichten. Die Veranlassung dazu gaben einige Mittheilungen in den Adreß-Comtoir-Nachrichten; so brachte ein Artikel aus Livorno ein Verzeichniß der Ladungen von zwei dort aufgebrachten holländischen Schiffen; und ein Verzeichniß der von Gallipoli abgefahrenen Schiffe enthielt genaue Angaben über die Bestimmungsplätze, die Quantitäten von Oel, die sie gebracht u. s. w. Nach der Ansicht der Beschwerdeführer gehörten solche Nachrichten nicht in öffentliche Zeitungen; jene Mittheilungen erhielten auch sie, die Kaufleute, von ihren Korrespondenten, und sie hätten dafür Portokosten zu tragen. „Es ist dem Publico zu nichts nütze und verursacht für uns vielleicht eine schädliche und unbedachtsame Concurrenz." Eine solche geschriebene Nachricht brauche nicht gedruckt und „dem Käufer, der uns unser Oel wieder abkauft, eben nicht zu seiner nötigen Wissenschaft bekannt zu werden." Die weite

Verbreitung der hamburgischen Zeitungen bewirke es, daß der entfernteste Krämer aus einer solchen Mittheilung erfahre, wieviel apulisches Oel in 3—4 Monaten in Hamburg ankommen werde; „seine freyen Ordres werden eingeschränkter, weil ihm vielleicht die ankommende Quantität zu groß deuchte; und so gehts bey vielen anderen Fällen, mehrentheils zum Nachtheil der Handlung."

Daß solche Berichte diesem oder jenem Kaufmann manche brauchbare Nachricht liefern mochten, war den Kaufleuten ja wohl bewußt; im Allgemeinen erblickten sie aber in den Handelsartikeln der politischen Zeitungen nichts als „eine reichhaltige Quelle für den Zeitungsschreiber, sein Blatt anzufüllen; die dadurch in seine Zeitung gebrachte Mannichfaltigkeit unterhält zuverlässig manchen Leser angenehmer als die trockenen, simplen, politischen Berichte."

Gerade um jene Zeit des amerikanischen Krieges häuften sich in den hamburgischen Zeitungen die Handelsberichte, Mittheilungen über Prisen, deren Ladungen und Verkäufe; diesen Mittheilungen schrieb die Kommerzdeputation es zu, daß der Handel der Stadt von der an sich so guten Konjunktur nicht die Vortheile gehabt habe, die zu erwarten gewesen. Die thatsächliche Berechtigung dieser Behauptung läßt sich ja schwer nachweisen; es ist aber unwahrscheinlich, daß in jenen Ausschreitungen der Presse der Hauptgrund für die geringe Ausnutzung der günstigen Geschäftslage bestanden hat.

Allmählich beginnt jetzt eine mildere Auffassung über die Handelsnachrichten Platz zu greifen; auf jene Beschwerde, die die Kommerzdeputirten dem Senat warm ans Herz legten, ertheilte er keine Antwort. Die Klagen über die Presse nahmen ab. Die Artikel selbst verschwinden nicht; in den Addreß-Comtoir-Nachrichten finden sich in den 1780er Jahren deren eine ganze Reihe, nicht nur Artikel theoretischen, sondern auch Nachrichten praktisch-aktuellen Charakters.

Klar zeigte sich aber nicht nur die Unmöglichkeit, sondern auch die Nutzlosigkeit, die früher bewiesene Strenge gegen solche Nachrichten ferner einzuhalten. Gerade in diesem Jahrzehnt erhob sich die praktisch-handelswissenschaftliche Literatur in Deutschland zu hoher Blüthe. In Hamburg selbst veröffentlichten seit 1784 J. G. Büsch und C. D. Ebeling ihre „Handlungsbibliothek." Beide waren überdies eifrige Mitarbeiter der Addreß-Comtoir-Nachrichten. Schon vorher, 1781, begann J. C. Sinapius eine kaufmännische Wochenschrift, „Das Contoirblatt", herauszugeben,

das freilich bald wieder einging und praktisch wenig Bedeutung hatte. Durch eine ganze Reihe ähnlicher periodischer Veröffentlichungen machte seit 1782 J. C. Schedel sich verdient. Von besonderer Bedeutung war ferner die seit 1784 in Gotha erscheinende „Handlungszeitung, oder Wöchentliche Nachrichten von Handel, Manufakturwesen und Oekonomie“, herausgegeben von J. A. Hildt. Neben Artikeln handelsgeschichtlichen, handelsgeographischen und statistischen Charakters brachte diese Wochenschrift umfassende Nachrichten rein praktischer Art, Preisnotirungen von Waaren, Wechseln und Staatspapieren.

Solchen Nachrichten und ihrer Verbreitung durch die Presse war man in Hamburg bisher ja ganz besonders feindlich gesinnt gewesen. Dieser Standpunkt grundsätzlicher Abneigung ließ sich schwer mehr vertheidigen gegenüber vollendeten Thatsachen und zu einer Zeit, wo von allen Seiten die Presse auf allgemeine Verbreitung kommerzieller Tagesnachrichten hinstrebte.

So begegnete auch die regelmäßige Veröffentlichung von Kontentlisten außerhalb der Zeitungen, die nun erfolgte, einer Aufnahme bei der Kaufmannschaft und ihrem Vorstande, die sich gegen früher sehr erheblich unterscheidet. Im Januar 1791 widmete M. A. Köncke der Kommerzdeputation seine „Specification der im Jahr 1790 an Hamburg gebrachten Waaren und Güter.“ Es war dies eine Zusammenfassung der Register der wöchentlich von ihm herausgegebenen Kontentlisten. Diese „Specification“, die also erst nach Abschluß des Jahres erscheinen konnte, bedeutete einen wesentlichen Fortschritt. Verbesserungsbedürftig war diese Veröffentlichung gewiß; die einfache, alphabetisch geordnete Aufzählung der einzelnen Waareneingänge war immerhin nur eine sehr primitive, ihre Grundlage für statistische Zwecke kaum brauchbar; auch thatsächliche Irrthümer kamen ohne Zweifel vor.

Ganz unangefochten blieb diese Publikation nicht; als im Oktober 1792 sich in ihr einmal die ganz richtige Mittheilung fand, daß auf einmal 1 200 000 Pfund Kaffee in Hamburg angekommen seien, stellte der Senator Westphalen der Kommerzdeputation vor, daß nach seiner Ansicht solche Mittheilung „dem hiesigen Commercio schädlich wäre, weil, wenn solche den Fremden bekannt würde, selbige daraus folgern könnten, daß nun der Caffee hier wohlfeiler werden müßte.“ Von einer Unterdrückung dieser Listen, wie der Senator sie vorschlug, wollte aber die Kommerzdeputation jetzt nichts mehr wissen. Sie leugnete nicht, daß die Bekannt-

machung der Kontenten die von dem Senator vermuthete Wirkung haben werde, andererseits aber, so erklärte der Präses, werde sie auch den Erfolg haben, die Fremden auf den Gedanken zu bringen, daß sie bei so ansehnlicher Zufuhr den Kaffee in Hamburg billiger als in Frankreich erhalten könnten.

Diese Antwort stellt ohne Zweifel einen nicht geringen Fortschritt in der Entwickelung der Auffassung von der Presse, wie sie der Kaufmannschaft und ihrem Vorstande innewohnte, dar; zugleich spiegelt sich aber in dieser Antwort die reifere allgemeine wirthschaftliche Anschauung wieder, die im letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts unter den für die Stadt so überaus günstigen Konjunkturen in Hamburg allmählich immer mehr maßgebend wurde.

Jede amtliche Beziehung zu den Kontentlisten lehnte man aber auch später ab; im Juni 1795 wurde dem Herausgeber gerathen, das Stadtwappen von seinen Listen zu entfernen. Und gelegentlich brach auch wieder eine geradezu ungünstige Stimmung durch; als im Jahre 1795 zwei Kontentenschreiber die Kommerzdeputation um Unterstützung zum Behuf der Erlangung der Materialien für ihre Listen baten, wurde „ihr Gesuch in einer der Handlung ohnehin so nachtheiligen Sache“ rundweg abgeschlagen.

Nun gab es ja freilich Fälle, in denen die Veröffentlichung von Ein- und Ausfuhren offenbar schädlich war. So beschwerten sich im Jahre 1791 einige nach Jütland handelnde Kaufleute, daß die Kontentlisten die von Jütland eingeführten rohen Kuhhäute und Kalbfelle angäben; die Ausfuhr dieser Artikel aus Jütland war verboten, und die Versender konnten durch solche Veröffentlichungen in arge Verlegenheit kommen. Das waren aber immerhin Ausnahmen; und wer mit verbotenen Dingen sich einläßt, muß stets das Licht der Oeffentlichkeit scheuen.

Auch die Zeitungen brachten auf dem kommerziellen Gebiete um jene Zeit eine Neuerung. Die „Priv. wöchentl. Gemeinnützigen Nachrichten von u. für Hamburg“ begannen bald, nachdem sie 1792 ins Leben gerufen waren, mit Veröffentlichungen über die Fallissemente; die Addreß-Comtoir-Nachrichten folgten bald diesem Beispiel. Solche Falliten-Designationen hatten bisher nur im Kreise der Interessenten zirkulirt. Gegen die Verbreitung durch die Zeitungen erhob sich schon im Sommer 1793 Opposition, der sich die Kommerzdeputation anschloß. Namentlich, so stellte sie dem Senat vor, werde dadurch der Kredit jüngerer Kaufleute geschmälert werden, da ihre Verluste bei Fallissementen Anderer nun öffentlich

bekannt würden; die auswärtigen Geschäftsfreunde entzögen dann, ohne selbst im Stande zu sein, die Aussichten der Konkurse zu beurtheilen, jenen Kaufleuten ihr Vertrauen.

Diese Bedenken waren nicht ganz unberechtigt, und es wurde vom Senat verfügt, daß bei hiesigen Fallissementen nur der Name des Falliten und die Summe des Fallissements von den Zeitungen aufgenommen werden dürfe.

Ueberhaupt war man gegen die Zeitungen noch immer sehr viel strenger als gegen reinfachliche Preßerzeugnisse und reinfachliche Mittheilungen, wie sie z. B. die Kontentlisten darstellten. In dem unruhigen letzten Dezennium des 18. Jahrhunderts fanden ja die Zeitungen genug Stoff zu mehr oder weniger sensationellen Mittheilungen. Die Kommerzdeputation hatte aber ein scharfes Auge auf dasjenige, was in solchen Veröffentlichungen nach ihrer Ansicht Hamburg, d. h. dem hamburgischen Handel schaden konnte. Sie verfolgte deshalb auch viele Zeitungsäußerungen, die direkt mit dem Handel nichts zu thun hatten. Wenn Leute, die den Waffen der Alliirten gegen Frankreich wohl wollten, als „Uebelgesinnte" bezeichnet wurden, so wurde das ebenso getadelt, wie die Bemerkung, die den Verhandlungen des Konvents hinzugefügt wurde, „daß dort nichts als Unwahrheiten vorgetragen werden." Solche und ähnliche Glossen zu den Thatsachen seien, so meinten die Kommerzdeputirten, überflüssig. „Wer verlangt von dem Zeitungsschreiber Vorreden zu seinen Berichten, da er nur diese mitzutheilen berufen ist?" Sie baten den Senat in ihrem Bericht vom 19. Mai 1794 deshalb, er möge „die unbehutsame Schreibseligkeit der hamburgischen Zeitungsschreiber der weisen Leitung der Zensur nachdrücklichst anempfehlen."

Im nächsten Jahrzehnt fand man weniger Anlaß, sich über die Zeitungsäußerungen in Handelssachen zu beklagen. Das im Juli 1805 zuerst erfolgte Erscheinen der „Börsenhalle" erregte keinen Widerspruch; das Blatt brachte freilich zunächst nur Wechselcourse, Assekuranzprämien, Waarenpreise, Schiffsnachrichten und einige sonstige Handelsnachrichten ohne jeden Kommentar.

Während der französischen Zeit hatte die Presse es natürlich nicht leicht. Ihr Hauptgebiet, die Politik, unterlag einer Kontrole, die weit schärfer war, als man bisher schon gewohnt war. Ende März 1811 mußte auch der „Relations-Courier", das alte Anzeigenblatt, das dem Handelsstande lange treu gedient, sein Erscheinen einstellen. Das Blatt hatte früher den Kaufleuten, wie wir sahen,

viel Kummer bereitet. Jetzt, wo es einging, fand es gerechtere Würdigung. Die Kommerzdeputirten reichten am 1. April dem provisorischen Munizipalrath eine Vorstellung ein, in der sie für das fernere Bestehen des Blattes eintraten: „Seit anderthalb Jahrhunderten hat dieses nützliche Blatt seinen ursprünglichen Zweck, die Börse von den täglichen Vorfällen des hiesigen Handels so zeitig als möglich zu unterrichten, mit gewissenhafter Sorgfalt erfüllt. Die ganze Einrichtung desselben war auf den Nutzen und die Bequemlichkeit des Handels berechnet. Da sie erst des Abends erschien, so konnten die Anzeigen von Auktionen und anderen Vorfällen, die des Morgens vorkamen, noch nämlichen Tages bekannt gemacht werden. — Man war daran gewohnt, die Handels-Nachrichten in dieser Zeitung zu suchen — —.“ Niemals habe man über Verspätungen zu klagen gehabt. „Aus diesen Gründen würde es in der That für die ganze Börse eine angenehme Nachricht seyn und zugleich der Handlung selbst zum wesentlichen Nutzen gereichen, wenn die fernere Beibehaltung dieser Zeitung als Handelszeitung unserer Stadt, mit etwaniger Ausschließung aller politischen Artikel, zu erlangen seyn möchte“.

Dieser warme Nachruf und die Anerkennung des Werthes eines kaufmännischen Anzeigenblattes finden allerdings wohl ihre Erklärung in der Bedeutungslosigkeit und Harmlosigkeit, der der „Relations-Courier“ schon seit geraumer Zeit anheimgefallen war. Die „Addreß-Comtoir-Nachrichten“ hatten ihm viel Abbruch gethan. Den Franzosen mußte aber selbst der „Relations-Courier“ zum Opfer fallen; nur im Mai 1813 ist er während des kurzen Freiheitsintermezzos noch einmal in 9 Nummern wieder aufgelebt.

Nach der Wiederherstellung der alten Verfassung und Freiheit läßt sich ein Fortschritt in der Beurtheilung, die die Handelspresse genoß, vorläufig nicht erkennen. Was zunächst die Kontentlisten betrifft, so hatte man bisher nur Waaren-Einfuhrlisten gedruckt; sie wurden auch ferner fortgesetzt. Im Herbst 1817 meldeten sich nun, unabhängig von einander, zwei Unternehmer, die Waaren-Ausfuhrlisten veröffentlichen wollten. Die Kommerzdeputirten hielten solche Listen aber für „viel mehr schädlich als nützlich“, bezweifelten ihren Werth für die Börse, da die Makler doch immer wüßten, was vorräthig sei, und meinten, eine solche Veröffentlichung müsse in einzelnen Fällen schädlich werden, weil „Andere immer mehr oder weniger daraus abnehmen können, wohin eine Waare geht“. Auch sei zu berücksichtigen, „daß man sodann durch eine Vergleichung

der Ein- und Ausfuhrlisten den Ertrag unserer Zölle leicht nachzurechnen im Stande seyn würde." Das ist also noch ganz der Standpunkt, der im 18. Jahrhundert für die Kommerzdeputirten maßgebend gewesen war, der Standpunkt der Geheimnißkrämerei. Die Ausfuhrlisten wurden nicht gestattet; noch 1821 wurde ein abermaliges Gesuch abgelehnt.

Gegen Handelsnachrichten verhielt man sich ebenso. Als in der Abendzeitung, d. h. der „Börsenhalle", sich im September 1820 einmal eine Notiz fand, die geeignet schien, das Zutrauen zum Courszettel zu erschüttern, wurde der Herausgeber verwarnt und zu dem Versprechen veranlaßt, „künftig solche Nachrichten nicht so bestimmt in sein Blatt aufzunehmen." Und im April 1823 mußte derselbe Herausgeber auf erfolgte Beschwerde geloben, in sein Blatt keine Preise über *verkaufte* Waaren aufzunehmen.

Die Zeitungsberichte und Artikel über Waarenverkäufe, den Waarenmarkt u. dergl. häuften sich in diesem Jahrzehnt wieder. Obwohl man schon in dem letzten Dezennium des vergangenen Jahrhunderts weit abgehärteter hiergegen gewesen war, zeigte man nun plötzlich wieder eine stärkere Empfindlichkeit. Eine von 133 angesehenen Firmen und Kaufleuten am 12. September 1827 den Kommerzdeputirten überreichte Eingabe führte bittere Klage über die Waarenberichte der Zeitungen. Diese aus den Preiscouranten einiger Makler zusammengestellten Berichte seien nicht nur oft sehr einseitig, sondern häufig ganz unrichtig, da der Makler nur über die Verkäufe und Käufe berichten könne, die er vermittelt habe, und das, was er auf Mittheilungen anderer Makler hin berichte, oft von der Wahrheit abweiche. Auch beruhten die Berichte meist nur auf Verkäufen von großem Umfange; „nachdem nun die hiesigen Zeitungen so allgemein verbreitet sind, daß man Exemplare davon in den unbedeutendsten Landstädten findet, so werden die kleinsten Waarenhändler und Krämer von diesen Geschäften in Kenntniß gesetzt und machen bei ihren direkten *kleinen* Bestellungen auf eben dieselben Preise Anspruch, zu welchen nur *große* Parthien aus erster Hand verkauft sind." Umgekehrt würden in jenen Berichten auch oft kleine Verkäufe genannt, die für größere Partien zu denselben Preisen nicht zu bewerkstelligen seien; dadurch entständen ähnliche Mißhelligkeiten.

Ebenso wenig wollten die Kaufleute wissen von den Berichten aus fremden Plätzen, die von den hamburgischen Blättern gebracht wurden; „sie dienten zum Nachtheil unserer Börse"; namentlich



auf die englischen Berichte, die auf dem Londoner Preiscourant beruhten, zielte diese Beschwerde, da letzterer oft Notirungen enthalte, die den Berichten der ersten und unterrichtetsten Häuser widersprächen.

Der Antrag der Kaufleute ging darauf, daß Handelsberichte, wie die gedachten, in den hiesigen Zeitungen nicht weiter zu dulden seien. Die Kommerzdeputation schloß sich dem Senat gegenüber diesem Antrage an; doch empfahl sie hinsichtlich jener Berichte eine unterschiedliche Behandlung, je nachdem sie den hamburgischen Markt oder auswärtige Handelszustände betrafen. Erstere wollte sie, wie schon früher, nicht zulassen; man dürfe nicht mehr dulden, daß die Preise aus dem Preiscourant nachgedruckt würden; und sonstige Handelsberichte seien für den hiesigen Kaufmann nicht nur „ohne Nutzen, sondern im höchsten Grade nachtheilig". Es könne „uns ganz gleichgültig seyn, ob die Hamburger Zeitungen im Auslande gelesen werden oder nicht"; es könne „uns aber nicht gleichgültig seyn, ob dem hiesigen Commissionair seine Geschäfte erschwert oder erleichtert werden." Für ein Verbot der Berichte über fremde Märkte wurde dagegen die dringende Nothwendigkeit bezweifelt; doch hätten die Zeitungsschreiber bei dem Wiederabdruck bereits veröffentlichter Artikel zu bleiben und namentlich jedes Raisonnement, das den hiesigen Markt beeinflussen könne, zu unterlassen.

Auch hier also sehen wir, daß die Handelspresse von der Kaufmannschaft noch sehr wenig günstig beurtheilt und behandelt wurde; die Argumente unterscheiden sich kaum von denen des 18. Jahrhunderts.

Weniger rigoros zeigte sich der Senat. Im Allgemeinen, so eröffnete er am 28. November den Kommerzdeputirten, sei auch er der Ansicht, daß in den hiesigen Zeitungen über Handelsverhältnisse manches publizirt werde, was für die Kaufmannschaft nicht ohne Nachtheil oder ihr doch unbequem sei. Doch würde es zu weit führen, wollte man das Alles aus den Zeitungen verbannen. Vieles würde dann sicher durch andere deutsche Blätter zur Kenntniß des handelnden Publikums gelangen. Nicht alle vor 50 Jahren vielleicht zweckmäßigen Verfügungen seien noch der jetzigen Handelslage und sonstigen Verhältnissen angemessen. Es sei nicht thunlich, alle Nachrichten über den hiesigen Markt aus den Zeitungen zu entfernen. Dagegen erscheine es zweckmäßig, „den von unbefugten und oft nur von eigenem Interesse geleiteten Scribenten ausgehenden Raisonnements, wodurch nur Verwirrung

und Streitigkeiten veranlaßt würden, ein Ende zu machen." Der Wiederabdruck raisonnirender Artikel über fremde Märkte sei aber zu erlauben.

Den Zeitungsprivilegirten wurde somit befohlen, „sich auf den Abdruck der lediglich Preisnotirungen und andere, kein Raisonnement enthaltenden, auch unter Autorität publizirten Data über auswärtige Handelsmärkte und über den hiesigen Markt zu beschränken, auch raisonnirende Handelsberichte über fremde Märkte nur insofern aufzunehmen, als dieselben bereits in anderen öffentlichen Blättern abgedruckt worden seyen, sich dagegen der Publizirung aller weitern, etwa aus Privat-Mittheilungen entnommenen raisonnirenden Artikel über auswärtige Märkte, rücksichtlich des hiesigen Marktes aber der Einrückung aller und jeder raisonnirender Artikel gänzlich und zwar bey Geldstrafe oder Verlust der Vergünstigung, überall Handelsnachrichten in ihre Blätter aufnehmen zu dürfen, zu enthalten."

Wenn dies nun auch milder als der Antrag der Kommerzdeputirten klingt, so war es immerhin noch streng genug. Thatsächlich wurde es aber nicht so schlimm. Die raisonnirenden Marktberichte ließen sich schwer vollständig unterdrücken. Wiederholt wurden Klagen darüber laut. Namentlich die „Addreß-Comtoir-Nachrichten", jetzt vereinigt mit der „Neuen Zeitung", gaben zu Beschwerden Anlaß. Der Herausgeber dieses Blattes legte diesem Marktberichte bei, die entgegen der im November 1827 vom Senat getroffenen Anordnung, zum Theil auf anderen Quellen als dem hamburgischen amtlichen Preiscourant beruhten. Solchen Veröffentlichungen folgte regelmäßig ein Verbot durch den Senat.

Allmählich gewann aber auch innerhalb der Kaufmannschaft und ihres Vorstandes eine mildere Auffassung das Uebergewicht. Wohl beklagten noch im Januar 1834 sich 24 Handlungshäuser über die detaillirten Berichte, die die „Wöchentl. Gemeinnützigen Nachrichten" über den hamburgischen Waarenmarkt brachten; aber es wurde doch schon zugegeben, daß „Oeffentlichkeit, auf Thatsachen begründet, zu den Erfordernissen der Zeit gehören mag", und nur die Einseitigkeit jener Berichte und der Schein der Authentizität, den sie sich gäben, getadelt. Die Kommerzdeputation aber lieh schon dieser Klage weniger Gehör, als sie es früher zu thun pflegte; und auch manche andere in jener Zeit an die Deputation gelangenden Anträge ähnlicher Art führten zu keinen weiteren Folgen.

Aber noch eine Beschwerde mehrerer angesehener Firmen aus dem September 1839 über Berichte in der „Börsenhalle", „welche, aller Gründlichkeit entbehrend, dennoch ein ausführliches Raisonnement über die Hauptartikel des hiesigen Handels geben", wurde von der Kommerzdeputation gebilligt und mit dem Hinweis auf das Dekret vom 28. November 1827 dem Senat überreicht.

Hier ungefähr haben wir die Grenze zu setzen für die Auffassung, die im Allgemeinen bisher der Kaufmannschaft wie den Kommerzdeputirten auf dem Gebiete der Handelspresse eigenthümlich war. Im Jahre 1840 veröffentlichte der Protokollist der Kommerzdeputirten, Adolph Soetbeer, sein Buch „Ueber Hamburgs Handel". In der Einleitung bemerkt er, daß „der Vorwurf einer nutz- und grundlosen Geheimnißkrämerei, welche Hamburg in allen seinen Handelsverhältnissen beobachte", begründet geschienen habe. Die Publikationen Soetbeers wie die Bemühungen der Kommerzdeputirten, eine ordentliche amtliche hamburgische Handelsstatistik zu begründen, zeigen klar, daß die Geheimnißkrämerei, soweit sie amtlich zum Prinzip erhoben war, nunmehr ein Ende hatte.

Auch weiterhin ist es ja noch vorgekommen, daß gewisse Veröffentlichungen dem Interesse Hamburgs nicht zu entsprechen und deshalb Abänderungen zu erfordern schienen. So rügten die Kommerzdeputirten es 1840, daß die Herausgeber der Einfuhrlisten die Harburger Kaufleute neben den hiesigen aufführten, „wodurch das Ausland immer mehr in dem Wahn bestärkt wird, als seyen beide Städte so gut wie ein Platz." Und 1841 wurde es getadelt, daß eine Zeitung eine in Auktion gebrachte Waare als schlecht bezeichnet hatte. Geradezu unrichtige Mittheilungen wurden mit Recht verfolgt; dem Herausgeber der Einfuhrlisten wurde 1841 erklärt, daß die Kommerzdeputirten, „das von ihm eingeschlagene Verfahren, die absichtliche Publizirung falscher Nachrichten, durchaus mißbillige"; „absichtliche und wissentliche Auslassungen oder Entstellungen bei der Redaktion der Einfuhrlisten, selbst wenn sie auf den Wunsch der Betheiligten geschehen", wurden als unzulässig bezeichnet.

Weiter ging man aber nicht; an eine Unterdrückung der Einfuhrlisten dachte Niemand; dem Herausgeber wurde allerdings verboten, den Titel eines „Privilegirten" zu führen; behördlich autorisirt und verpflichtet wurde er doch.

Ueberhaupt forderten die allgemeinen Zeitumstände, die wirth-

schaftliche Lage der Stadt, die Fortschritte und Umwälzungen der Verkehrstechnik eine positive Annäherung des Handels an die Presse, die direkte Ausnutzung der Preßöffentlichkeit für das Handelsinteresse. Bei einer Erörterung in der Kommerzdeputation am 3. Mai 1847 wurde anerkannt, „daß eine bessere Besprechung und Vertretung der hamburgischen Handelsverhältnisse und Interessen, als gegenwärtig durch das Organ der „Börsenhalle" stattfinde, durchaus wünschenswerth erscheinen und auch von Seiten der Kommerzdeputation zu befördern sein werde."

Dies bedeutet den Wendepunkt in den offiziellen Beziehungen zwischen Handel und Presse in Hamburg. Sie entsprechen seitdem dem allgemein üblichen Verhältniß zwischen der Presse und einem wichtigen Berufsstande. Wie der Handel der Presse entgegenkam, so hat auch diese allmählich immer mehr Verständniß für die richtige Vertretung der Interessen des Handels bewiesen. Die einst feindlichen Schwestern haben sich vertragen und gegenseitig schätzen gelernt.

Notizen und Besprechungen.

Kunst.

Klingers „Beethoven“.

Ich bin mit Bedenken nach Wien gekommen und vor den Klinger getreten. Meine Bedenken stammten aus den Lobberichten der Zeitungen.

Man wird sich wohl erinnern, was im Haupttheil der langen Berichte die Zeilen füllen mußte, eine Aufzählung der verschiedenen Materialien, die der Künstler verwendet hat. Auf die Autorität des Zeus von Phidias hin war ausgemacht, daß dies etwas Großes und Hervorragendes sein müsse. Als ob der Gedanke, eine Bildsäule aus verschiedenen Bestandtheilen zusammenzusetzen, an sich überhaupt ein künstlerischer wäre. Noch dazu in der Form, wie ihn Klinger aufgenommen hat. Und nun gar unter dem Schlagwort von der Echtheit der Materialien. Ich kann mir darunter etwas vorstellen, wenn von Echtheit der Materialien die Rede ist in dem Falle, daß der Künstler den Gegensatz des fließenden Gewandes zum festen Körper durch entsprechend verschiedenartige Materialien markiren will. Was es aber mit dem Echtheitsideal zu thun hat, wenn der Torso eines menschlichen Oberkörpers in weißem Marmor an den Torso eines Unterkörpers in farbigem Marmor geschraubt wird und darunter wieder ein paar Füße in weißem Stein —, das konnte ich nicht erkennen. Ich sah hier nur Schwierigkeiten und Probleme. Nun wurde aber gar noch von der Monumentalität des Bildwerkes gesprochen und in harmloser Verschlingung damit der reiche Ideengehalt betont, darunter solche Einfälle wie der mit dem Adler. Als ob nicht in alldem ebenso viele Schwierigkeiten wären. Schien nicht alles vielmehr auf malerische und genrehafte Behandlung als auf Monumentalität hinzuweisen?

Ein anderes Blatt, und noch dazu ein Münchener Fachblatt, berichtete gar, daß „der kraftvolle nackte Oberkörper“ „in einem Thronsessel aus ziselirter Bronze sitzend“ hervorstrebe. Ein sitzender Oberkörper ist mir bisher noch nicht vorgekommen, aber wenn, abgesehen davon, Klinger dem Beethoven einen kraftvollen Oberkörper gab, so hatte er sein Hauptproblem sehr gewaltsam erledigt. Indessen die Berichterstattung legte sogar Werth auf diese Beobachtung, denn sie sprach auch noch weiterhin mit Hervor=

hebung von den „wuchtig markigen Zügen“ und dem „kampfesstarken Leib“. Einen Beethoven mit einem „kampfesstarken Leib“! Auch hier ist das eigentliche Problem hinweggelobt und hier sogar fast schon hinweggelogen. Denn selbst die zumeist nicht sehr günstigen Photographien ließen erkennen, daß es Klinger garnicht eingefallen war, die Geschmacklosigkeit zu begehen, einen „Giganten der Erkenntniß“, wie der Bericht wahllos weiterlobte, als Giganten des Körpers darzustellen.

Die Berichterstattung schloß viel einfacher: Hat Klinger einen männlichen Körper nackt dargestellt und hat er das gut gemacht — wie bei Klinger selbstverständlich —, so muß er ihn gewaltig und kraftvoll dargestellt haben, ergo hat er ihn gewaltig und kraftvoll dargestellt. Hätte es sich um ein Mädchen gehandelt, so wäre sie als „reizvolle zarte Jungfrau“ dargestellt, die derselbe Bericht aus gleichen Gründen denn auch in den Klimtschen Akten gesehen hat.

Hat aber Klinger gewagt, uns den schlaffen Körper eines Mannes zu zeigen, dessen Bedeutung auf geistigem Gebiete lag, so hat er freilich ein Aeußerstes gewagt, denn bisher waren ja noch die meisten Geisteshelden in wallendem Kostüm eingeführt und so, daß man Heldenleiber darunter vermuthen durfte, Klinger aber reißt seinem Beethoven gar noch auf Kosten der Natürlichkeit das Kleid herunter, als wollte er sagen: Sehet, es ist keine monumentale Gestalt noch Schöne an ihm. Aber ist dies möglich? Kann man die Unmonumentalität monumental darstellen?

Also ich war nach den lobenden Berichten — nur solche habe ich gesehen — und selbst den Abbildungen mit großen Bedenken nach Wien gegangen. Ich will gleich gestehen, daß sich diese Bedenken vor dem Werke selbst nicht gelegt haben. Aber es ist etwas Anderes unter dem langen Anschauen mächtiger in mir geworden. Ich bin zu keiner Entscheidung und zu keinem Urtheil gekommen, aber zu einem Eindruck, den ich nicht wieder losgeworden bin. Zu dem Eindruck, ich hätte einer künstlerischen Prophetie gegenüber gestanden. Der Prophetie auf eine neue Art von Monumentalität für Geschlechter, welche anders und geistiger empfinden als die Geschlechter, die uns den Begriff der Monumentalität geschaffen haben. Eine große Form in einfacher Führung gemeistert, erweckt auch in uns noch und wird weiter erwecken den Eindruck des Erhabenen. Aber es sind nicht Größen und Werthe unseres Lebens und Fühlens, unseres Denkens und Wollens, die in ihrer Erhabenheit vor uns hingestellt werden durch solche Werke. Sie hängen mit dem, worin wir Verehrungswürdiges sehen, nur noch allegorisch zusammen. Wir gehen hinaus aus uns, indem wir im Colleone das Erhabene sehen. Der Zeit, die ihn schuf, war die Verehrung der körperlichen Kraft, der wilden Tapferkeit noch gegenwärtiges Empfinden. Daß Goethe schön von Gestalt war, ist ein Glückszufall, wie wir uns viele solche Zufälle wünschen, hat aber mit seiner wirklichen Größe wenig zu thun. Jedenfalls war Beethoven es nicht. Der Künstler, der die schöne Gestalt Goethes monumental ausnutzt, ist historisch in seinem

Rechte; ob er es auch rein künstlerisch ist, bleibt fraglich. Nun jedenfalls in dem Klingerschen Werke sitzt vor uns ein Mensch ohne Gestalt und Schöne. Aber von dem Gesicht her, dem zusammengepreßten Mund, den fernen fremden Augen weht es wie ein breiter Schauer von Geistesleben. Die über den Knieen geballten Fäuste drücken die angestrengteste Konzentrirtheit aus — wie wir ja häufig von weiten Gedanken- oder Phantasiefahrten rückkehrend an der allgemeinen Lösung der Muskeln fühlen, wie stark wir unwillkürlich alle Körperkräfte in Dienst genommen hatten. Dazu diese wunderbaren Köpfe im Rücken an der Stuhllehne: verkörperte Stimmen unsichtbarer Mächte. Endlich der Adler, der vor der Wucht und Gewalt des auf ihn eindringenden Ungeheuren zurückschreckt. In dem Allen lebt irgend etwas Geistiges von kolossaler Macht, Größe und schließlich auch Einfachheit. Dieses Unausgesprochene nun, das das ganze Werk einhüllt, ist das eigentlich Monumentale.

Diese geistige Monumentalität beherrscht für meinen Eindruck so stark das Ganze, daß alles, was Bedenken machte, sich mir allmählich darin auflöste. Der nackt dargestellte unmonumentale Körper — er fordert Vergleiche heraus, die er durch sich selbst nicht ausfüllen kann und verstärkt dadurch das über sich selbst Hinausweisende. Die unverständig gepriesene Verschiedenheit der Materialien — wo alles so sehr vom Materialen, Körperlichen ablenkt, kann auch das nicht stören; ja, vielleicht kann man sagen: wie der entkleidete Körper in der Schlaffheit seiner Formen auf das Geistige hinlenkt, als auf das, worin die Gewalt und Größe zu suchen sei, ähnlich die Verschiedenheit des Materials auf das, was die Einheit abgiebt.

Hierher gehört nun auch die Massenhaftigkeit von geistreichen Beziehungen, die wir bei Begas „Einfälle“ nennen würden. Der Beethoven ist geradezu umsponnen von einem Netz von Ideen, Symbolen, Allegorien. Aber sind es schon an sich eben keine Einzel„einfälle“, sondern tiefe, zum Theil schwermüthige Spekulationen, so werden sie für den, welchen die innere Monumentalität des Werkes ergriffen hat, zu einem Sturm von leidenschaftlichen Empfindungen, die alle in das Geistige als in das Wichtige und Wesentliche drängen. Dadurch verstärken sie wieder jenes unausgesprochene Große, das um den Kopf des Beethoven ist, und so wirken sie in der That wie ein Postament, das bestimmt ist, das Große der Figur, die es trägt, höher zu heben, in seiner Eigenart zu zeigen und zum Ausdruck zu bringen.

Klinger hat nun den weiteren Schritt gethan, dieses Große und Starke, das von dem Kopf seines Beethoven ausgeht, gewissermaßen im Raum zu fixiren: der Adler, der erschreckt auf das horcht, was von dort oben her auf ihn eindringt. Diese Korrespondenz zweier seelischer Stimmungen hat nun freilich für unsere am Bisherigen geschulte Vorstellung etwas fast Genrehaftes und jedenfalls Malerisches. Diesen Eindruck hatte ich aus den Abbildungen durchaus, wozu übrigens die Verzeichnungen der

photographischen Linse das Ihrige hinzugaben. Vor dem Werke selbst hat, soviel ich mir bewußt bin, dieser Bann zwischen dem Haupte des Sitzenden und dem Adler, wesentlich dazu gewirkt, die Empfindung der inneren Macht, der geistigen Monumentalität in mir zu erwecken. Ich sage: „soviel ich mir bewußt bin“, denn allerdings haben wir ja, je länger je mehr, verlernt uns unseres wirklichen Erlebens bewußt zu werden. Wir werden uns bewußt, was wir erleben sollen, höchstens wollen, aber nicht was wir erleben. Im richtigen Kulturmenschen ist das Bewußtsein aus einem Diener zu einem Herrn des Erlebens geworden. Das ist ja der Grund der Rathlosigkeit, mit der wir allem Neuen gegenüberstehen, fanatisch in Ablehnung oder Anerkennung. Wir lassen es nicht in uns wirken, um uns dann klar zu werden, was es in uns wirkte, sondern wir werden uns bewußt, was es nach den Prinzipien, die wir uns angeeignet haben, wirken muß, dann suchen wir diese Wirkungen zu erleben — und wer mit Eifer sucht, findet ja auch meist. Es ist nun immer eine Freude, anderen Fehler nachzuweisen, über die man selbst hinaus ist, und ich würde mir das herzlich gerne gönnen; indessen es handelt sich hier um eine Phase der Gesammtentwicklung, die alle durchmachen, auch die, welche sich sträuben. Seit Jahrhunderten ist das angebahnt, ich wünschte, wir ständen jenseit des Gipfels. Alles, was der einzelne kann, ist: vorsichtig sein, wenn er von seinen Eindrücken oder Erlebnissen spricht. Wir wissen garnicht, was für Eindrücke wir haben und was wir erleben; und die meisten, die erzwingen möchten, es zu wissen, fließen in Sentimentalitäten und Phrasen auseinander, oder gehen — im besseren Fall — in Tüfteleien und in Pessimismus unter. Es läßt sich also nur sagen: ich glaube, daß der Adler den Eindruck der geistigen Monumentalität wecken oder verstärken hilft. Wie man Sturm darstellt durch gebeugte Bäume, gepeitschte Wellen, kurz durch sichtbare Wirkungen dieser nicht sichtbaren Größe, so hat hier Klinger den Ausdruck des Gesichtes unterstützt dadurch, daß er die Wirkung der von ihm ausgehenden geistigen Macht auf diesen Adler, dieses Thier der Inspiration, diesen Vermittler zwischen Endlichem und Unendlichem, zeigte.

Ich glaube, wir werden uns genöthigt sehen, auf den Klingerschen Beethoven hin unsere Urtheile über das Genrehafte und Malerische in der neueren Skulptur zu revidiren. Der Beethoven giebt die Möglichkeit, in jener Richtung auf das Genrehafte ein Moment zu ahnen, das besser verstanden, vorwärts führen könnte — und eben bei Klinger vorwärts geführt hat — während wir bisher nichts als Verfall darin sahen: den Verfall der echten monumentalen Kunst.

Es ist nun zweifellos, daß in der genrehaften Skulptur eine Auflösung der monumentalen Kunstprinzipien liegt, und daß ihre Werke, an der alten Kunst gemessen, kleinlich und hoffnungslos unkünstlerisch wirkten. Fraglich dagegen scheint mir, ob es unter solchen Umständen Wege nach rückwärts giebt, ob der Versuch aus einer „Verfall“zeit nach rückwärts wieder herauszukommen, Erfolg haben kann. Unser Hauptfeind bei der

Erwägung dieser Frage ist der Formalismus, der für alle Entwicklung seine meist sehr oberflächlichen „ewigen“ Gesetze aus der bisherigen Geschichte bereit hat, besonders wenn diese Gesetze dann auch noch mythologische Größen geworden sind. Eine solche mythologische Größe ist die ganz formalistische Vorstellung von Jugend, Alter und Tod der Völker oder der einzelnen geistigen Entwickelungen, in unserem Falle der monumentalen Kunst. Es ist lehrreich, glaube ich, sich das Problem klar zu machen, das hinter die mythologische Vorstellung von „Verfall“ oder „Alter“ versteckt wird.

Das eigentliche geistige Leben schreitet mit ungeheurer Beweglichkeit fort, während die großen Werke und die starken Formen starr und unschmiegsam stehen zu bleiben streben. Dieselben Werke und Formen, deren Wirksamkeit als Vorbilder oder Einrichtungen, „Schulen“, Prinzipien den geistigen Fortschritt schuf, stellen sich ihm hindernd entgegen, sobald er neue Werke und Formen schaffen will, um sein Kulturniveau zur Grundlage für die Weiterentwicklung zu machen.

Natürlich, daß an diesen Versuchen zunächst nur auffällt, daß sie nicht mehr mit der Sicherheit der großen alten Werke entworfen sind, daß sie als Ganzes betrachtet tiefer stehen, nicht dasselbe Können zeigen. Das ist auch alles wahr; wenigstens in den meisten Fällen. Die neuen Bedürfnisse haben sich durchgesetzt, aber die Möglichkeiten, ihnen nachzukommen, sind noch ungeprüft, die Fähigkeiten ungeübt, der Genius, der sich ihrer bemächtigen wird, noch ungeboren, — denn der Genius wird nie eher geboren, als bis die Zeit erfüllet ward. Dazu kommt, daß viele in solchen „Verfall“zeiten den Verfall an sich zum Grundsatz machen, das Abbrechen, die Ungebundenheit. Es tauchen in Unmassen Leute auf, die in der Sonderbarkeit als solcher das Neue, das Große sehen, die sich in Willkürlichkeiten erschöpfen, statt schöpferisch zu wirken. Dazu: daß gerade die tieferen Geister einfach ohne Gelegenheit bleiben, sich zu bewähren. Die Kompromißler werden groß. Wer bekommt heute Aufträge auf Monumente, als wer das geistige Element nur soweit wirken läßt, daß die starre Monumentalität im alten Sinne bis zur geistreichen Pose herunter kommt und keine strenge Geistigkeit an ihre Stelle tritt! Das ist freilich wirklich und wahrhaftig Verfallskunst. Die davon zurückgeschreckt werden, drängen ins Alte zurück, in das man nicht zurück kann. Kurz man sieht, diese „Verfall“-zeiten haben alle Aussicht, in einen wirklichen Verfall überzugehen. Das aber liegt nicht an einem mythologischen Alterszustand, den es für Völker nicht giebt, sondern darin, daß es naturgemäß schwerer ist, in erhöhter Kultur neue Wege zu finden, als eine Kultur mit neuem Material zu schaffen. Man muß da in zwei Fronten kämpfen, rückwärts abbrechen, vorwärts bauen. Und in solcher Lage nun ist eben diese Vorstellung vom Alter und Tod mit der Massensuggestion, die sie auszuüben vermag, der lähmendste geistige Faktor, der hinzutreten kann. Gewiß, gegen den Tod giebt es keinen Weg nach vorwärts; da giebt es nur einen ins Leben

zurück, ein gewaltsames Festhalten an dem, was war und ist. Obwohl die tieferen Geister selbst da stets gemeint haben, daß der rechte Weg eher durch den Tod hindurch als durch ein ängstlich zurückgerufenes und umklammertes Leben geht. Wer also solche Vergleiche braucht, soll sie wenigstens in einem großen Sinne durchführen.

Ein Wagniß ist das Neue immer, und die Zustimmung zu ihm auch. Man kann nicht irgend welche Auskunftbureaus fragen, in irgend einem Bädiker nachsehen oder gar die Wissenschaft entscheiden lassen. Man muß es mit dem Propheten wagen oder ihm das Wagniß weigern. Findet er die Zukunft nicht, die er gesehen hat, so war er für die „Geschichte" ein falscher Prophet, wenigstens für die Geschichte der nächsten armseligen Jahrhunderte. Darum braucht er noch nicht überhaupt ein falscher Prophet zu sein. Das tiefe unerforschte Hinterland der Geschichte kennt ja noch keiner. Mancher taucht nach fünfhundert, nach tausend Jahren wieder auf aus der langen Verborgenheit. So lange kannst du mit deiner Anerkennung nicht warten.

Nun, ich wollte nur sagen: dem Klingerschen Beethoven gegenüber haben wir es mit einer Prophetie zu thun, über die es keine objektiven Instanzen giebt. An der alten Kultur gemessen, ist er ein vollständiges Verfallsdokument. Wird er eine neue Kunst einleiten? Wird er eine geistige Monumentalität geben? Das sind alles Machtfragen.

Wer nun geneigt ist, mit mir die Prophetie dieses Beethoven stärker zu empfinden als die Schwierigkeiten, die er in sich birgt, der wird auch über jenes Netz von Ideen sich noch mehr Klarheit verschaffen mögen, das um den Beethoven gezogen ist.

Vor Allem ist Folgendes zu betonen:

Es ist verhältnißmäßig unwichtig, ob wir dieselben Ideen noch einmal denken, welche zufällig der Bildhauer selbst gedacht haben mag. Seine Aufgabe war gar nicht, irgend einen bestimmten Gedanken oder Gedankengang allegorisch, symbolisch oder sonst wie klar darzustellen, wenn ihm auch einer vorgeschwebt haben wird. Seine Aufgabe in diesen Reliefdarstellungen am Thronsitz war, den Beschauer in tiefe und schwere Gedanken zu ziehen, um so diese geistgesättigte Atmosphäre zu verstärken und zu erhalten, in der allein sein Beethoven Monumentalität hat.

Und auch hierbei ist nun das Wichtigste, das künstlerische Problem zu empfinden, das gelöst werden mußte. „Er legt das ungeheure Material der Menschheitsentwicklung seinem Helden zu Füßen." Sehr schön. Aber ist das nicht eigentlich eine Schrulle? Ist denn wirklich eine solche „Tischkasteneintheilung" etwas so Preisenswerthes? So trieben wir auf der Schule Kunst! „Einer der größten Dichter aller Zeiten ist unstreitig Johann Wolfgang Goethe oder Shakspere. Eines seiner bedeutendsten Werke ist der Egmont oder der Faust. Wohl keine Szene darin ist mit solcher Meisterschaft durchgeführt, wie diejenige, in welcher dies und das geschieht" — je nach Thema. Was hat denn das „ungeheure Material der

Menschheitsentwicklung" gerade mit Beethoven im Besonderen zu thun? War auch dieser Stuhl Beethovens etwa als eine Art Entoutcas gedacht, auf den nachher auch Goethe oder Klopstock gesetzt werden kann? Hier ist doch erst das Problem berührt. Das Problem nämlich, daß die Darstellungen, wenn sie den Zweck erfüllen sollten, von dem wir sprachen, letzte Fragen der Menschheit zu erwägen allerdings irgendwie zwingen mußten und daß doch andrerseits der Beethoven starke innere Beziehungen dazu haben mußte, — inhaltlichere als die, daß er auf diesem Stuhle sitzt.

Nur auf diese Beziehungen möchte ich noch zu sprechen kommen. Dabei ist vor allen Dingen darauf zu achten, daß der Apostel, der vom Kreuze her kommend die Venus fortweist — Beethoven selbst ist. Es ist aber dieser Beethoven-Petrus (=Johannes ist wahrscheinlich gewollt, aber der Beethoventypus geht uns in Wirklichkeit nur mit Petrus zusammen) feindlich dargestellt gegen die Gestalten, in welchen am Fuße des Denkmals die Skulptur im Sinne der Formenschönheit zu starkem Ausdruck kommt. Es scheint mir nicht zufällig zu sein, daß sie sämmtlich eben nicht nur in ihrer Formenschöne, sondern zugleich in dem sie verzehrenden geistigen Ungenügen dargestellt sind: Adam und Eva, Tantalus und eine Tantalide, Venus zurückschreckend vor dem, was von oben herabrauscht. Dort oben aber ist die neue geistige Welt, dargestellt durch ihr entscheidendstes Erlebniß, die Entstehung der Geistreligion, die von jeher — und wohl mit Recht — als äußerster Gegensatz und zugleich herbste Kritik des antiken Schönheitsideals beurtheilt worden ist. Diese Darstellung ist denn auch fast wie eine Zeichnung behandelt. Man weiß, daß Klinger die Zeichnung als die geistigste unter den bildenden Künsten charakterisirt hat. Noch geistiger aber als selbst diese späte Kunst, — die intimste, seelischste aller Künste, welche in der neuen geistigeren Welt herrschend wurden, ist die Musik. Wie die asketischsten schönheitfeindlichsten Richtungen der christlichen Religion doch diese Kunst nicht verbannt, sondern vielmehr zum Ersatz für alle andern genommen haben, so hat Schopenhauer sie fast zur Klang gewordenen Seele der Welt gemacht; Wagner mit ihm; und Klinger hat hier stark Schopenhauer-Wagnersche Einflüsse erfahren.

A. Bonus.

Literatur.

Buddenbrooks. Verfall einer Familie. Roman von Thomas Mann Verlag von S. Fischer, Berlin 1901.

Die Buddenbrooks sind ein Lübecker Patrizierhaus, dessen Geschichte uns in zwei Bänden von zusammen mehr als tausend Seiten erzählt wird. Der Roman beginnt mit Ereignissen im Jahre 1835 und schließt mit Vorfällen aus dem Ende der siebziger Jahre. Man hat nun wohl die Vorstellung, — ich wenigstens habe diese Vorstellung von vornherein gehabt — daß uns die Geschichte des Geschlechts der Buddenbrooks als typischer Fall

vorgeführt werden würde auf dem Hintergrunde der Entwicklung Lübecks und des Deutschen Reichs. Diese Annahme aber ist im großen Ganzen falsch. Vom Zollverein z. B. wird hin und wieder gesprochen, die Kriege von 1864, 1866 und 1870 werden flüchtig erwähnt, am flüchtigsten der von 1870. Wie aber im Zusammenhang mit diesen kriegerischen Ereignissen die ganze wirthschaftliche Lage der Stadt Lübeck und in Folge dessen etwa auch die Position dieses und jenes Patriziergeschlechtes sich verschiebt, das wird nicht dargestellt. Das hat der Verfasser augenscheinlich auch gar nicht darstellen wollen, in ähnlicher Weise etwa, wie Franz Adam Beyerlein den Verfall einer Leipziger Kleinbürgerfamilie in seinem Roman „Das graue Leben" zur Darstellung gebracht hat. Warum verfällt die Familie Buddenbrook? Auch nachdem ich den ganzen Roman gelesen habe, vermag ich es nicht zu sagen. Gewiß liegen eine große Zahl von Anlässen vor; aber es sind äußere Anlässe, Zufälligkeiten; es sind nicht Gründe mit inneren Nothwendigkeiten. Der Begriff des „Entwicklungsgeschichtlichen" ist auf diesen Roman nicht anzuwenden. Der alte Johannes Buddenbrook, dessen Bildungsideal noch in der Epoche Voltaires liegt — seine Frau, Antoinette, ist eine geborene Duchamps — hinterläßt seinem Sohne Jean — als Chef des Hauses später auch Johann genannt — das Geschäft in vollster Blüthe. Dieser zweite Johann hat vier Kinder: Thomas, Christian, Klara und Antonie. Klara heirathet einen Pastor in Riga und stirbt kinderlos an Gehirntuberkulose. Die Mitgift — mit dem mütterlichen Erbtheil 127 000 Mark — verbleibt nach dem letzten Wunsche der Sterbenden dem Gatten. Christian ist ein Taugenichts, dessen Sinn mehr aufs Theater und dessen Damen, als aufs kaufmännische Geschäft gerichtet ist. Er läßt sich niemals etwas Besonderes zu Schulden kommen, er verschwendet auch nicht mehr Geld, als worauf er Anspruch hat; er endet schließlich in einer Heil-anstalt für Geisteskranke. Ruinirt hat er die Buddenbrooks nicht. Antonie wird von ihrer Familie rechtzeitig und standesgemäß nach Hamburg an einen Kaufmann Grünlich verheirathet und erhält die im Hause Buddenbrook traditionell übliche Mitgift von 80 000 Mark. Bald stellt es sich heraus, daß Herr Grünlich ein Schwindler ist, ein Bankerotteur. Antonie wird geschieden und kehrt ins Elternhaus zurück, mit einem Töchterchen Erika, aber ohne die 80 000 Mark. Der Verlust ist empfindlich, aber er läßt sich ertragen. Aergerlicher ist es für die Reputation des Hauses Buddenbrook, eine geschiedene Frau in der Familie zu haben. Aber schuld ist Niemand daran. Der Vater Johann Buddenbrook hatte über Herrn Grünlich sorgfältige Erkundigungen eingezogen und die besten Auskünfte erhalten. Der Fall ist eben ein Unglück, ein fataler Zufall, für den Niemand verantwortlich ist. Die separirte Frau Grünlich heirathet wieder, begleitet vom Segen ihres Bruders Thomas, der inzwischen, nach des Vaters Tode, Chef des Hauses geworden ist. Sie heirathet nach München, einen Hopfenhändler Namens Permaneder und bekommt 51 000 Mark als Mitgift. Herr Permaneder aber, Typus eines Münchener Bierphilisters, setzt sich mit

dieser Mitgift zur Ruhe und kränkt aufs Tiefste den Ehrgeiz der geborenen Buddenbrook, die fürs „Vornehme“ ist und Herrn Permaneder als großen Kaufherrn sehen möchte. Schließlich verläßt Frau Antonie ihren zweiten Gemahl, unter mehr komischen als gewichtigen Umständen, und kehrt zum zweiten Male mit ihrer Tochter Erika ins Vaterhaus zurück. Die Ehe wird wieder geschieden, doch giebt der herzensgute Herr Permaneder ganz freiwillig die 51 000 Mark Mitgift zurück. Das Haus Buddenbrook erleidet also keinen materiellen Verlust, sondern nur eine weitere Einbuße an Reputation. Das Unglück der Mutter setzt sich in der Tochter fort. Erika heirathet einen Direktor der Lübecker Feuerversicherungs-Gesellschaft, einen anscheinend sehr strebsamen, geschäftstüchtigen und zukunftsreichen Mann. Dieser Herr Weinschenk aber kommt ins Gefängniß, weil er nämlich zu Gunsten seiner und zu Ungunsten anderer Versicherungs-Gesellschaften Rückverträge abgeschlossen hatte, aber immer ein bischen zu spät, wenn es schon gebrannt hatte. Die Richter wollten sich nicht überzeugen lassen, daß dergleichen zu den „Usancen“ des Versicherungswesens gehöre. Bleibt Thomas, der Chef des Hauses. Er ist ein untadeliger Ehrenmann und ein gediegener Geschäftsmann, reich an Initiative, eine „Persönlichkeit“. Er heirathet aus Liebe und mit Glück, denn er erwirbt durch seine Heirath dem Geschäft eine Baarmitgift von 300 000 Mark. Mit ihm kommt das Haus Buddenbrook zum Höhepunkt seiner Bedeutung und seines Ansehens. Denn er wird Senator und die „rechte Hand“ des regierenden Bürgermeisters. Und doch stellt es sich im Lauf der Jahre heraus, daß auch in Thomas irgendetwas morsch ist. Er fällt, bei äußerer Untadeligkeit, in sich zusammen und schließlich stirbt er in verhältnißmäßig noch jungen Jahren eines geradezu albernen Todes. Sein Sohn Johann, dem Leben von der Geburtsstunde an nicht gewachsen, kommt nie dazu, das väterliche Erbe anzutreten. Er stirbt schon als Sekundaner am Typhus. Seine Mutter, die verwittwete Frau Senator Buddenbrook, kehrt zu ihrem Vater nach Amsterdam zurück. In Lübeck bleibt als hauptsächlichste und so gut wie einzige Repräsentantin des einst so glanzvollen Patrizierhauses Frau Antonie geb. Buddenbrook gesch. Grünlich gesch. Permaneder. Sie selber aber beliebt sich also zu nennen: A. Permaneder-Buddenbrook, Wittwe. So endete das Haus Buddenbrook nicht nur im Unglück, sondern auch noch in der Lächerlichkeit.

Und ich frage nun wieder: Woran sind Buddenbrooks zu Grunde gegangen? Ich finde diesen Grund noch immer nicht, ich finde ihn wenigstens nicht so, daß ich ihn klipp und klar in einer Redewendung angeben könnte. Es liegt bei den Personen des Romans unstreitig eine psychologische Dekadenz vor. Aber wie kommt es dazu? Diese Dekadenz läßt sich übrigens von Anbeginn bei Thomas auch garnicht voraussehen. Niemand kann ahnen, daß dieser junge, unternehmungslustige Chef in verhältnißmäßig frühen Jahren morsch in sich zusammenbrechen wird. Es findet unstreitig im Geschlecht der Buddenbrooks auch eine psychologische

Entwicklung von einem naiven Objektivismus der Persönlichkeit zu einem gewissen sensitiven Subjektivismus statt. Christian hat es in diesem Subjektivismus am weitesten gebracht. Aber auch Thomas ist in Wahrheit keineswegs völlig frei davon. Man vergleiche — um das zu erkennen — nur die Art, wie das metaphysische und religiöse Bedürfniß bei ihm sich äußert und wie es bei seinem Vater billige Befriedigung findet! Insofern trägt die psychologische Entwicklung der Buddenbrooks allerdings doch auch allgemeinen und zeitpsychologischen Charakter. Schließlich könnte man vielleicht auch annehmen, daß Thomas Mann den „Verfall einer Familie“ überhaupt garnicht „begründen“, sondern einfach eine Geschichte erzählen wollte, wie sie sich zugetragen hat.

Im großen Ganzen fehlt es dem Roman trotz seiner tausend Seiten oder gerade wegen seiner tausend Seiten an Wucht und Kraft. In allem Einzelnen aber haben wir es mit einem ganz vorzüglichen und wohlgelungenen Kunstwerk zu thun. Dem ganzen Gewebe fehlt der „rothe Faden“. Die einzelnen Theile aber sind von eindringlichster und lebensvollster Wirkung. Die organische Entwicklung des Ganzen und der Charaktere läßt oft den inneren und untrennbaren Zusammenhang vermissen; momentweise und für sich aber tritt jede Gestalt in vollendeter Plastik vor Augen. Das beste Beispiel ist Thomas. Wie und warum er so geworden ist, wird nicht unzweideutig klar. Wie er aber äußerlich und innerlich beschaffen ist, als er aus der Senatssitzung zum Zahnarzt eilt, ihm hier ein morscher Zahn abgebrochen wird und er dann, vom Zahnarzt kommend, mit einem Wirbel im Hirn todt auf die schmutzige Straße fällt — das gelangt zu größter Anschaulichkeit. Die Gestalt dieses Thomas begreift man; sie sitzt sozusagen in den Gliedern. Am besten gelingen dem Verfasser seine Gestalten immer im ersten Moment ihres Auftretens. Ich fasse mein Urtheil über dieses in jeder Zeile interessante Buch also zusammen: Ein Meister der Skizze hat einen Roman von tausend Seiten geschrieben.

Max Lorenz.

Nationalökonomie.

Die Schiffbauindustrie in Deutschland und im Auslande. Unter Benutzung amtlichen Materials herausgegeben von Tjard Schwarz, Marine-Oberbaurath, und Dr. Ernst von Halle, Universitäts-Professor. Erster Band: Der Weltschiffbau; XIII, 295 Seiten, 5 Schiffstafeln. Zweiter Band: Der deutsche Schiffbau; 309 Seiten, 17 Werftpläne. Berlin 1902, Mittler & Sohn; 20 Mk.

Wenn man die Entwicklung, die der deutsche Außenhandel in den letzten Jahrzehnten genommen hat, in ihren großen Zügen sich klarmacht, so ist es die auffälligste Erscheinung neben der steigenden Einfuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten, daß die Ausfuhr gerade in solchen Artikeln

mächtig angewachsen ist, deren Herstellung eine hohe technische und wissenschaftliche Vorbildung bei den leitenden Persönlichkeiten, eine gesteigerte Leistungsfähigkeit bei den ausführenden Arbeitern voraussetzt; Chemikalien, komplizirte Maschinen, nicht die Massenausfuhrartikel der Textilindustrie sind es, in denen Deutschland in so kurzer Zeit dem englischen Handel auf dem Weltmarkt den Rang abgelaufen hat. Schon diese Bewegung, wie sie aus den Handelsstatistiken und den Handelsberichten der wichtigeren Länder hervortritt — die Konsulatsberichte sind übrigens vielfach besser als ihr Ruf und jedenfalls für die Wissenschaft meist durchaus brauchbar, den starren Zahlen der Statistik Leben, Anschaulichkeit einzuflößen, wenn man nur die Berichte der Konsuln mehrerer Länder nebeneinander benutzt — schon diese Bewegung läßt ahnen, auf welchem Gebiet voraussichtlich die Zukunft des deutschen Industrielebens liegt; aus der Ahnung kann aber, da die industrielle Thätigkeit sich nicht im Außenhandel erschöpft, eine Erkenntniß nur werden, wenn wenigstens die wichtigeren Gewerbezweige in ihren Existenzbedingungen untersucht und mit den verwandten Industrien anderer Länder verglichen werden — eine Aufgabe, zu deren Lösung soviel technische Einzelkenntniß gehört, daß der Volkswirthschaftler Ersprießliches nur leisten kann, wenn er sich in dauernder Fühlung mit den Fachkreisen hält.

Eine Untersuchung dieser Art liegt hier vor, so umfassend und so eindringend, wie sie noch keinem andern Gewerbezweig gewidmet ist. Der Marinetechniker und der Volkswirthschaftler haben sich hier zusammengethan, ein Handbuch der gesammten Schiffbauindustrie der Welt herzustellen, zu erforschen, worin die Eigenheiten der größeren Werften der verschiedenen Länder bestehen, worauf ihre Konkurrenzfähigkeit sich gründet. Und vorbildlich haben sie ihre Aufgabe gelöst: Gestützt auf eine umfassende Sachkenntniß, die auf ausgedehnten Reisen in Deutschland, England und Nordamerika gewonnen worden ist, unterstützt von den ausländischen Vertretern des Reichs-Marine-Amts, dessen Anregung die Arbeit ihre Entstehung verdankt, haben die Verfasser alle Maßnahmen der industriellen Organisation und der staatlichen Politik in den Kreis ihrer Erörterung gezogen; mit maßvollem Urtheil werden Vorzüge und Schattenseiten der in- und ausländischen Organisation besprochen.

Von allgemeinerem Interesse ist natürlich der erste Theil, der den Vergleich für die wichtigeren Schiffbauländer bringt, während der zweite Band den deutschen Schiffbau in seine Einzelheiten hinein verfolgt. Die Unterabschnitte behandeln im ersten Theil: die Grundzüge der Entwicklung des Weltschiffbaues und der Welthandelsflotte im 19. Jahrhundert, die Werften der Hauptschiffbauländer und die allgemeinen Veranstaltungen zur Förderung des Schiffbaues; im zweiten Theil: die geschichtliche Entwicklung des deutschen Schiffbaues, seine Lage um die Jahrhundertwende, das Schiffbaumaterial, die Hilfsgewerbe und endlich den Geschäftsbetrieb der Werften.

Im ersten Unterabschnitt wird zuerst der Unterschied dargelegt, der

zwischen dem handwerksmäßigen Holzschiffbaubetrieb früherer Zeiten und der heutigen Eisenschiffswerft als industriellem Großunternehmen besteht; dann wird die technische und zahlenmäßige Entwicklung der Welthandelsflotte vom alten Holzschiff über den schnellsegelnden Klipper zum modernen Stahldampfer vorgeführt und schließlich die Schiffbaupolitik der Hauptstaaten erörtert. In diesem letzten Theil bietet sich die Gelegenheit, unanfechtbar die immer wiederholten Behauptungen der englischen und französischen Schifffahrtskreise zu widerlegen: was in Deutschland von Staatswegen für die Handelsmarine gethan wird, ist geradezu verschwindend gegenüber den Aufwendungen, die England und Frankreich durch Gewährung von Postsubventionen, Schifffahrtsprämien und Schiffbaugeldern sowie indirekt durch Erschwerung des Ankaufs fremdgebauter Schiffe ihrer Schifffahrt und ihrem Schiffbau zufließen lassen. In diesem Abschnitt findet sich andererseits eine thatsächliche Unrichtigkeit, die zwar an sich nicht bedeutend ist und das Gesammturtheil über die Schifffahrtspolitik nicht ändert, deren Ursprung aber bezeichnend ist für die Art, wie jetzt in England Propaganda für Schifffahrtssubsidien gemacht wird. Es wird nämlich behauptet, auch Holland zahle Postsubventionen an eine bestimmte Anzahl von Linien; und in der That führt an der als Quelle bezeichneten Stelle des englischen Berichtes über die Schifffahrtssubsidienfrage der Vertreter des britischen Handelsamtes dies an, angeblich auf Grund einer amtlichen Auskunft der niederländischen Regierung. Diese Auskunft ist an einer andern Stelle (commercial reports 1900 Nr. 4) veröffentlicht und giebt den thatsächlich bestehenden Zustand richtig wieder; danach werden aber keine festen Postsubventionen gezahlt, sondern nur für die wirklich geleisteten Beförderungsdienste vertragsmäßig nach dem Gewicht der Postsendungen berechnete Gebühren, die sich zudem unter dem Weltpostvereinssatz halten, also von den Postsubventionen sich wesentlich unterscheiden, wie auch in der englischen Untersuchung für die gleichartigen Leistungen der englischen Postverwaltung stets der gegensätzliche Charakter betont wird. Aber in die Stimmungsmache paßt es natürlich besser hinein, wenn möglichst viel Länder angeführt werden, in denen staatliche Subventionen üblich seien; vielleicht unbewußt ist dadurch hier sogar die Aussage eines Beamten beeinflußt worden, obwohl doch sonst derartige Referate in englischen Enqueten mustergiltig objektiv zu sein pflegen.

Für die allgemeine Frage, die an die Spitze dieser Besprechung gestellt ist, bietet der zweite Unterabschnitt wichtiges Material; darin bestätigt sich die dort aufgestellte Vermuthung. Denn einerseits wird aus den Einzelausführungen der Schluß gezogen, daß die deutsche Schiffbauindustrie in der Lieferung von Qualitätswaare den englischen Werften ebenbürtig zur Seite zu stellen sei, und andererseits wird als ihr besonderer Vorzug die Schulung der Unternehmer und Techniker bezeichnet; hierin übertrifft sie auch die amerikanischen Werften, die sich ihrerseits durch die weitgehende Verwendung maschineller Einrichtungen auszeichnen, eine Verwendung die

in England noch arg im Rückstande, in Deutschland aber dem amerikanischen Vorbild bereits sehr nahe gebracht ist. England zehrt noch von dem Vortheil, der in der altüberkommenen Geschicklichkeit der Handarbeiter liegt, und stützt seine zahlenmäßig große Leistung hauptsächlich auf den Bau von Trampdampfern, die nach festen Typen auf Vorrath, nicht erst auf Bestellung hergestellt werden; doch hat auch Deutschland bereits sich diesem Spezialzweig des Schiffbaus zugewandt und andererseits vielleicht nicht unbegründete Aussicht, mit Hilfe einer gesunden Sozialgesetzgebung und Arbeiterfürsorge die Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern, die in England sich schon abgespielt haben und wieder bevorstehen, die in Amerika an der Tagesordnung sind, zu vermeiden und dann in der Gesammtorganisation den ersten Platz einzunehmen. Schon jetzt sind es, da die staatlichen Maßnahmen hinter denen der Konkurrenzländer zurückbleiben und da im Bezug des Rohmaterials keine Vortheile, eher Schwierigkeiten vorliegen, die Vorzüge seiner Leitung, die den deutschen Schiffbau in der kurzen Spanne von etwa $1^1/_2$ Jahrzehnten zu der achtunggebietenden Höhe emporgehoben haben.

Dasselbe gilt nach den Ausführungen der Verfasser von den Hilfsindustrien. Auf diesem Gebiet „beschränkt sich Englands Ueberlegenheit allmählich darauf, daß es bisweilen eine Walze oder eine große Scheere oder Lochmaschine rascher und billiger zu liefern im Stande ist, weil man gewisse Typen in Massenfabrikation herstellt und auf Vorrath baut; in leichteren Maschinen ist die amerikanische Industrie nach jeder Richtung schon wesentlich im Vordergrund, sodaß man in England angesichts der technischen Ueberlegenheit dieser Fabrikate theilweise die Konkurrenz einzustellen beginnt; ebenso haben in Deutschland einzelne Fabrikanten hier schon solche Fortschritte erzielt, daß man zwar heute noch manche schwere englische Maschine auf deutschen, französischen und amerikanischen Werften, aber auch schon leichte deutsche und amerikanische Maschinen in englischen und französischen Werften und Fittingsfabriken erblickt." Leichte Maschinen sind aber solche, bei denen der Arbeitswerth am Gesammtwerth einen ungleich größeren Antheil hat als der Materialwerth.

K. Wiedenfeld.

Ueber Kartelle. Von Dr. Josef Grunzel, Leipzig. Verlag von Duncker & Humblot, 1902. VIII und 330 Seiten. Preis 6,80 Mk.

Nicht nur ein falsches, sondern ein gefährliches Buch. Es giebt kaum etwas Bedenklicheres, als wenn Jemand über eine anerkanntermaßen noch völlig im Fluß befindliche Frage mit wissenschaftlicher Autorität eine Lehrmeinung zu stabiliren sucht, welche anerkannte Mängel leugnet und einen Zustand als trefflich hinzustellen sucht, von dem Jeder weiß, daß er nur eine Uebergangsstufe sein kann.

Von dem Kartellwesen weiß heute kaum einer, sei er Wissenschaftler



oder Praktiker, zuverlässig zu sagen, wohin es uns führen wird. Was bisher darüber veröffentlicht ist, sind Studien, Skizzen, Anregungen, alle darauf berechnet, die öffentliche Meinung zur intensiven Beachtung des Kartellwesens anzuhalten und zu einer schließlichen Lösung der Kartellfrage zu führen. Und in einem solchen Augenblick präsentirt uns der Verfasser ein Lehrbuch über Kartelle. Mit emsigem Fleiß hat er alles Material, Zeitungsausschnitte, Protokolle, Jahresberichte u. s. w. gesammelt, alles in Kästchen und Fächer rubrizirt und nun das Ganze zu einem Buch von 330 Seiten zusammengeklebt und geschrieben. Wir wissen jetzt ganz genau, wie viele Arten und Unterarten von Kartellen es giebt, wie viele Möglichkeiten sich nach dieser und jener Richtung eröffnen, und unschwer wird der Verfasser im Stande sein, jedes neu auftauchende Kartell in eines der Fächer hineinzuwerfen und zu registriren. Gestützt auf diese Schubkästen tritt das Buch mit einer gewissen Prätension auf. Schon im Vorwort faßt der Verfasser das Resultat seiner Registrirungen dahin zusammen, daß die Kartelle als solche — also nicht bloß einige derselben — eine durchaus berechtigte und nothwendige Organisationsform der modernen Volkswirthschaft sind. Wie sollte auch der Verfasser zu einem anderen Resultat kommen, da ihm der stattliche Inhalt seiner Kästchen den philosophischen Satz ad oculos zu demonstriren scheint: Was ist, ist vernünftig. Und so handelt es sich für ihn nur noch darum, die Meinung aller derer, welche glauben, daß auch leider manches sozial- und wirthschaftspolitisch Unvernünftige besteht, auf Grund seiner Zettelnotizen als irrig hinzustellen.

Grunzel geht davon aus, die Schäden der freien Konkurrenz zu schildern. Er zieht vor Allem die Vertheuerung der Produktion durch die wachsenden Vertriebskosten heran. Eine übermäßige Reklame wird entfaltet, so meint er, nur um ein eingeführtes Fabrikat durch ein anderes gleich- oder minderwerthiges eines anderen Erzeugers zu verdrängen. Auf die Ausstattung der Waaren werde oft mehr verwendet, als die ganze Waare werth sei u. s. w. Welch eine weitsichtige Auffassung des Wirthschaftslebens! Was Grunzel hier schildert, trifft vielleicht für eine Anzahl täglicher Gebrauchsartikel zu, die große Produktion: Kohle, Eisen, Garn, Zucker, Maschinen u. s. w., wird davon garnicht berührt, und diejenige Produktion, wo es zutrifft, vermag sich nicht zu kartelliren. Grunzel geht dann zu einer Definition der Kartelle über. Er stellt sämmtliche bisher gegebenen Kartelldefinitionen zusammen, erörtert eingehend die Frage, ob Einkaufsgenossenschaften Kartelle sind oder nicht, und kommt schließlich zu einer Definition, welche als den Zweck des Kartells die gemeinsame Regelung der Produktion und des Absatzes hinstellt. Bei dieser Definirung verfährt Grunzel so sophistisch, daß er beispielsweise Brentano Unrecht giebt, der die Hochhaltung des Preises als Zweck der Kartelle hinstellt, indem er folgendermaßen argumentirt: Abgesehen davon, daß nicht alle Organisationsformen auf eine Preispolitik abzielen, kann man es auch nicht als Hochhalten des Preises bezeichnen, wenn im Wege des Kartells erreicht wird,

daß die Preise unter die Produktionskosten sinken. Man kann also nach Grunzel die Verhinderung des Sinkens der Preise nicht als Hochhalten bezeichnen! Verstehe das, wer kann! Grunzel vermeidet sorgfältig jedes Zugeständniß, als ob die Kartelle irgendwelche egoistischen Ziele verfolgten. Als die Ursache der Kartellbildung schildert Grunzel regelmäßig die Krisis. Er greift, da er seine Literatur kennt, auf das Beispiel zurück, welches die ganze Literatur durchzieht, nämlich das österreichische Schienenkartell, welches in der That in Zeiten einer Krisis zu Stande gekommen ist. So bezeichnet er das Jahr 1873 als die Geburtsstunde der Kartelle. „Gehetzt von der freien Konkurrenz, war die Produktion allenthalben planlos vorwärts gestürmt, bis sich vor ihr der Abgrund einer beispiellosen Krise eröffnete." Eine mehr als eigenthümliche Auffassung wahrlich, welche die Krisis von 73 auf die freie Konkurrenz zurückführt und die Erlösung in den Kartellen erblickt. Nur schade, daß die Thatsachen das gerade Gegentheil nachweisen. In Deutschland sind die meisten Kartelle nicht in Zeiten der Krisis, sondern in Zeiten der Prosperität entstanden. In Zeiten der Prosperität ist wohl noch kein Kartell kaput gegangen, aber in Zeiten der Krisis ist mehr als eins auseinandergefallen. Sicherlich haben die kleineren Betriebe in Zeiten der Krisis versucht, ein Kartell zu Stande zu bringen, aber in den meisten Fällen sind sie an dem Widerstande der größeren Betriebe, welche sich in Krisenzeiten nur auf Kosten der kleineren halten konnten, gescheitert.

Wir wollen auf den systematischen Inhalt des Grunzelschen Buches garnicht erst weiter eingehen, sondern uns gleich der Kernfrage zuwenden und Grunzels Auffassung über diese kennen lernen. In ihr liegt die Gefahr des ganzen Buches. Grunzel stellt allen Ernstes die Kartelle in ihrer heutigen Form als etwas durchaus erstrebenswerthes und als einen volkswirthschaftlichen Fortschritt hin. Er thut dies sowohl im Gegensatz zur freien Konkurrenz als auch im klar erkannten Gegensatz gegen weiterfortgeschrittene Organisationsformen, namentlich die Trusts. Und er thut dies, obwohl er fast auf jeder Seite seines Buches schlagendes Material gegen die Kartelle vorbringt. „Das Kartell", schreibt Grunzel, „vereinigt die wirthschaftliche Thätigkeit der Mitglieder behufs Regelung von Angebot oder Nachfrage, der Trust absorbirt aber die einzelnen Unternehmungen, um durch Kumulirung des Kapitals und Konzentration der Erzeugung im großen Stile die größte Rentabilität zu erzielen." So richtig diese Unterscheidung ist, so falsch ist der folgende Satz: „Während das Kartell dem ruinösen Konkurrenzkampf einen Damm setzt, um alle oder die meisten der bestehenden Unternehmungen lebensfähig zu erhalten, ist der Trust das Resultat eines bis in seine äußersten Konsequenzen geführten Konkurrenzkampfes, aus dem der Stärkste als Sieger hervorgeht." Durchaus nicht. Der Trust entsteht genau so aus einer freiwilligen Vereinigung der Mitglieder wie das Kartell, und es ist sehr bezeichnend, daß Grunzel an verschiedenen Stellen, wo er die durch Kartellirung erzeugte größere Renta-

bilität beweisen will, als Beispiel nicht etwa Kartelle, sondern, offenbar ganz unwillkürlich, Trusts anführt, so auf Seite 17/18 auf dem Gebiete des Verkehrswesens.

Als Nachtheil der Kartelle erwähnt Grunzel, daß ihre eigentliche Domäne die Großindustrie sei. Er giebt den Grund dafür sehr richtig in der immer größeren Investition von Kapitalien an, welche die Anpassungsfähigkeit der betreffenden Industrie an die jeweilige Marktlage vermindert. In Folge dessen eignet sich für das Kleingewerbe und den Handel das Kartell weit weniger. „Der Kaufmann", sagt Grunzel durchaus zutreffend, „verwendet mehr umlaufendes als fixes Kapital, in Folge dessen braucht er das Kartell weniger, weil er im Falle schlechten Geschäftsganges sein Kapital leicht aus dem Unternehmen herausziehen kann, andererseits kann er das Kartell aber viel schwerer aufrecht erhalten, weil bei jeder Besserung des Geschäftes sofort neues Kapital dem Geschäftszweige zuströmt und die Vereinbarung sprengen kann." An einer anderen Stelle sagt Grunzel wörtlich: „Die Kartellidee krankt meines Erachtens noch am meisten daran, daß sie nicht auf alle Produktionszweige in gleichem Maße anwendbar ist." Nun, beim Trust fällt dieser Nachteil des Kartells fort. Auch solche Betriebe bereiten nach Grunzel, und das ist durchaus zutreffend, Schwierigkeiten für die Kartellirung, welche die gewonnenen Produkte ganz oder zu einem Theile in anderen Betrieben der eigenen Unternehmung verwerthen. „So haben sich beispielsweise", schreibt er, „dem Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat viele der sogenannten Hüttenzechen, welche die Kohle in den eigenen Hüttenwerken verwendeten, nicht angeschlossen." Und weiter: „In der Textilindustrie werden bei Kartellirungen in der Spinnerei jene Unternehmungen schwer zu gewinnen sein, welche zugleich Webereien betreiben und in erster Linie für diese spinnen." Und in seiner Begeisterung für den Nutzen und die wirthschaftlichen Errungenschaften der Kartelle fügt Grunzel hinzu: „Werden aber solche gemischte Unternehmungen außerhalb des Kartells gelassen, so können sich doch zeitweise die von ihnen zum Verkauf kommenden Quantitäten unangenehm fühlbar machen." Wenn es nach Grunzel ginge, so müßte man demnach am liebsten jedem Unternehmer verbieten, gleichzeitig die Erzeugnisse mehrerer Produktionsstufen herzustellen. Mit anderen Worten: Die Vortheile, welche der kombinirte Betrieb bildet, müßten zu Gunsten der Kartellform aufgegeben werden. Schlagender als dieser Vertheidiger der Kartelle hat wohl kaum einer den wirthschaftlichen Nonsens der Kartelle nachgewiesen.

Unter den Vorbedingungen, welche für den Abschluß eines Kartells nothwendig sind, zählt nach Grunzel auch die „Vertretbarkeit" der Artikel, welche darin besteht, daß gleiche Mengen des Artikels unter der Voraussetzung der gleichen Beschaffenheit als gleichwerthig gelten. Und der folgende Satz ist wiederum so charakteristisch, daß ich ihn ganz hierher setzen möchte: „So lange bei einer Waare die Marke der Firma eine Rolle spielt, welche sie erzeugt hat, so lange bei der gleichen Waare feinere

Qualitätsunterschiede vorkommen, welche der individuellen Beurtheilung des Abnehmers unterliegen, so lange jeder Artikel ein Individuum für sich und kein Massengut ist, so lange wird es nicht möglich sein, für die Produkte aller Betriebe einheitliche Normen aufzustellen oder sie gar dem Vertrieb durch eine gemeinsame Verkaufsstelle zu überlassen." Wahrlich höchst bedauerlich, daß das so ist. Glücklicher Weise aber haben die Kartelle einen Ausweg gefunden, indem sie „bestimmte Typen aufstellen, nach denen alle Fabrikanten ihre Erzeugnisse anfertigen müssen, sodaß dann die Qualitätsunterschiede wegfallen." Grunzel weiß Beispiele anzuführen: „Das österreichisch-ungarische Bindfadenkartell hat von allen zu erzeugenden Sorten Qualitätsmuster aufgelegt und alle Theilnehmer verpflichtet, ihre Waaren nur nach diesen Mustern zu erzeugen. Desgleichen hat das österreichisch-ungarische Jutekartell für die zu erzeugenden Jutesäcke bestimmte Typen aufgestellt." Heil dem Alles gleichmachenden Kartelleisten! Je schneller wir diese Bahn der wirthschaftlichen Organisation betreten, um so glücklicher für uns! Die Freiheit wird zwar von der Erde verschwinden, aber Gleichheit und Brüderlichkeit werden ihren Einzug halten.

Bei einem solchen Ausgleich aller individuellen Ansprüche wird es auch nicht schwer fallen, das Problem zu lösen, welches heute nach Grunzel die Hauptaufgabe der „Preis"-Kartelle ist, nämlich „das gerechte Preisniveau" für die kartellirten Artikel innezuhalten. Dieses „gerechte Preisniveau" erinnert unwillkürlich an den ökonomischen Lehrsatz des Bundes der Landwirthe, daß Niemand das Recht hat, einen Artikel billiger zu kaufen, als er im Inlande hergestellt werden kann.

Grunzel leugnet, daß die Kartelle den wirthschaftlichen und technischen Fortschritt in der Produktion hemmen. Er erwartet vielmehr, wie wir vorhin gesehen haben, vom Kartell eine Verbilligung der Produktionskosten. Und nun vergleiche man damit, was er in seinem Abschnitt über die „Reduktions"-Kartelle sagt. „Eine Modalität besteht darin, daß für eine gewisse Zeit in allen kartellirten Etablissements ein gleicher Prozentsatz von Arbeitsmaschinen außer Betrieb gesetzt wird. Es werden beispielsweise 20 Prozent sämmtlicher Spindeln oder Webstühle in jeder Spinnerei oder Weberei versiegelt." Was würden wohl die Leiter der amerikanischen Trusts zu einer solchen Maßregel sagen? Wenn sie die Ueberzeugung hätten, daß dieses Reduktionssystem in Deutschland in größerem Maßstabe durchgeführt wäre, würden sie über die Jämmerlichkeit der deutschen Produktionsleiter spotten und nicht einen Augenblick mehr von der deutschen Konkurrenz auch nur den kleinsten Konkurrenzkampf befürchten. Grunzel geht noch weiter, indem er ausführt: „Es sind jedoch auch große Nachtheile damit verbunden, vor Allem ist die theilweise Außerbetriebsetzung aus technischen Gründen nicht in allen Industrien durchführbar (wirklich schade!), so z. B. nicht in Mühlen, die zur Vermahlung genau bestimmter Quantitäten eingerichtet sind. Ferner muß ein ziemlich komplizirter Kontrollapparat organisirt werden; es müssen eigene Vertrauensmänner bestellt werden, welche von

Fabrik zu Fabrik reisen, die Versiegelung der Maschinen vornehmen, darüber wachen, daß die Siegel respektirt werden u. dergl. Wenn in einer Branche, wie in der Weberei, verschiedene Qualitäten von Waare erzeugt werden und überdies die Mode häufig wechselt, so werden gewöhnlich die versiegelten Stühle freigegeben und dafür andere außer Betrieb gesetzt werden müssen, was natürlich Kosten und Unzukömmlichkeiten mit sich bringt." Und das schreibt der Generalsekretär eines Verbandes von Großindustriellen Hunderte von Jahren, nachdem man das Zunftwesen zum alten Eisen geworfen hat, in einer Zeit, wo der Kampf der Völker gegen einander geführt wird nicht mehr mit Pulver und Blei, sondern mit Maschinen und technischen Erfindungen, er schreibt das, ohne Worte der härtesten Verurtheilung über ein solches System zu finden, ohne den Mitgliedern seines Verbandes klarzumachen, daß sie sich auf dem Wege der Ausschaltung aus dem internationalen Völkerwettstreit befinden, daß eine solche Wirthschaftspolitik für sie den Anfang vom Ende bedeutet. Und das Lächerliche dabei ist, daß der Verfasser von einem solchen System eine Verbilligung der Produktionskosten erwartet.

Ich kann mir nicht versagen, noch ein weiteres Beispiel aus Grunzels Buch anzuführen, welches sich würdig den vorhergehenden anschließt. Grunzel führt aus, daß ein Kartell eine Betriebseinschränkung häufig dadurch durchführen könne, daß es ein Etablissement der Branche kaufe und außer Betrieb setze. Erleichtert werde dies, so meint er, „wenn eine Fabrik der betreffenden Branche durch Konkurs, Elementarschäden u. s. w. außer Betrieb kommt und das Kartell nur noch die Aufgabe hat, zu verhindern, daß die vorhandenen Objekte und Maschinen verkauft und neuerlich der Fabrikation gewidmet werden." Grunzel führt als Beispiel die österreichische Baumwoll-Druckindustrie an. „Die hervorragendsten Firmen der Branchen vereinigen sich zunächst Anfangs 1898, um die in Konkurs gerathene Prag-Smichower Kattun-Manufaktur auf gemeinsame Kosten anzukaufen; die Maschinen wurden als Altmetall oder in das Ausland verkauft." Eine solche Maßregel ist nicht nur Dummheit, sondern geradezu strafwürdiges Verbrechen.

Bei den „Kontingentirungs"-Kartellen gehört nach Grunzel gewöhnlich ein großes Maß von Geschicklichkeit dazu, um den richtigen Schlüssel zur Feststellung der Antheile zu finden. Jeden Augenblick, so heißt es, tauchen Forderungen auf Erhöhung der Antheilziffer auf. Hoffen wir, daß es der festen Organisation der Kartelle gelingen möge, diese vordringlichen Forderungen des wirthschaftlichen Bethätigungstriebes immer kraftvoller in die gebührenden Schranken zurückzuweisen!

Einer der Grundirrthümer Grunzels ist, wie schon erwähnt, der, daß das Kartell lediglich in Folge vorher bestehender Ueberproduktion entstehe. Wenn Grunzel sagt, die Produktion vergrößert sich über den thatsächlichen Bedarf, weil der einzelne Unternehmer die durch den Bedarf gezogene Grenze weder kennt noch einzuhalten willens ist, so ist das durchaus ein-

seitig. Die Produktion vergrößert sich in den allermeisten Fällen deshalb, weil die Technik der Produktion sich vervollkommnet und nun der technisch vorgeschrittene Unternehmer, weil er billiger zu produziren im Stande ist, die Fabrikate des technisch rückständigen Konkurrenten verdrängt, d. h. sie überflüssig macht. Es ist klar, daß beim Kartell zu dieser technischen Vervollkommnung des Einzelnen keine Veranlassung vorliegt. Trotzdem spricht Grunzel den Kartellen das Moment größerer Wirthschaftlichkeit zu. Es erspart, so meint er, überflüssige Frachtkosten. Das ist nicht der Fall. Mir sind eine Reihe von Syndikaten bekannt, welche für alle Fabriken gleichmäßig Mindestfrachtsätze der verkauften Waaren festsetzen, sodaß viele Fabriken zu Frachtsätzen liefern müssen, welche die wirklichen Frachtkosten übersteigen. Solche „Frachtkostenersparniß“ ist doch sicherlich keine Verbilligung der Produktion. Grunzel meint auch, daß durch das Kartell eine zweckmäßige Spezialisirung herbeigeführt werden könne. Thatsächlich ist dies indessen leider nicht der Fall, eine solche Spezialisirung führt zwar regelmäßig der Trust durch, das Kartell aber meistens nicht. Wenn Grunzel ferner meint, daß eine größere Stabilität in der Produktion durch das Kartell erzielt werde, so ist das gleichfalls falsch. Die außerordentlich schwankenden Produktionsziffern der kartellirten Industrie in den letzten Jahren beweisen das Gegentheil. Und wenn eine kartellirte Industrie Produktionseinschränkungen bis zu 40 Prozent vornimmt, so kann man von Stabilität nicht gut reden. Schließlich meint Grunzel, daß sich die nichtleistungsfähigen Betriebe trotz der Kartellirung doch nicht halten könnten, nur vollziehe sich die Auslese successive, nicht sprunghaft und konvulsivisch. Auch das ist falsch. Das Kartell erhält gerade die technisch zurückgebliebenen Betriebe, welche unter dem Druck der freien Konkurrenz vielleicht technisch fortschreiten würden, unter dem Schutz der Kartelle aber hierzu keine Veranlassung finden.

Alles in Allem bietet das Grunzelsche Buch ein schlagendes Beweismaterial für die Schädlichkeit der Kartelle, nicht vom Konsumenten-, sondern vom Produzentenstandpunkt aus. Gegenüber dem Konsumenten ist Grunzels Buch geschrieben mit einem bedauernswerthen Cynismus und aus jener überlegenen Stimmung der beati possidentes heraus. Vom Produzentenstandpunkt aus verräth es den kurzsichtigen Egoismus jener, die nichts missen können, die niemals das Leben einsetzen, um das Leben zu gewinnen.

Dr. Hjalmar Schacht.

Philosophie.

Maurice Maeterlinck „Der begrabene Tempel.“ Autorisirte Ausgabe in das Deutsche übertragen von Friedrich v. Oppeln-Bronikowski. Mit Schmuckleisten und Initialen von Müller-Schoenefeld. Verlegt in Leipzig 1902 bei Eugen Diederichs.

„Unter unserem bewußten Wesen, das der Vernunft und dem Willen unterworfen ist, liegt ein tieferes Dasein, das einestheils in eine Ver-

gangenheit hinabtaucht, welche der Geschichte unerreichbar ist, und andererseits in eine Zukunft, die Jahrtausende nicht erschöpfen werden. Es ist nicht vermessen, zu glauben, daß alle Götter sich in ihm verbergen, und daß die, mit denen wir die Welt und die Planeten bevölkert haben, nach und nach daraus hervorgingen, um ihm einen Namen und eine Gestalt zu geben, die unserer Vorstellungskraft entsprechen. Je klarer der Mensch sehen lernt, je weniger er der Symbole und Bilder bedarf, desto mehr beschränkt er die Zahl dieser Namen und Gestalten. Er spricht schließlich nur noch einen aus, behält nur eine von ihnen übrig und ahnt alsbald schon, daß dieser letzte Name, diese letzte Gestalt auch ihrerseits nur das letzte Bild einer Macht sind, deren Thron sich stets in ihm selbst befand. Dann kehren die Götter zu uns zurück, woher sie gekommen waren, und hier befragen wir sie heutzutage."

In diesen Worten seines neuen philosophischen Werkes ist angedeutet, was Maeterlinck unter dem „Begrabenen Tempel" versteht. Er ist das unbewußte Wesen unseres Selbst, das unter der Oberfläche unseres Bewußtseins bisher verschüttet und verborgen lag, und in dem wir doch allein die eigentliche und letzte Stätte alles unseres Gottesdienstes zu verehren haben, nachdem alle übrigen Götter, die nur aus ihr hervorgegangen waren, in diese Tiefe wiederum zurückgekehrt sind. Bekanntlich bewegen sich die sämmtlichen philosophischen Schriften Maeterlincks um das Zentrum dieses Unbewußten und suchen sich ihm von verschiedenen Seiten aus zu nähern. Auch das vorliegende Werk sucht in ihm die Lösung für das Mysterium der Gerechtigkeit.

Man kennt aus „Weisheit und Schicksal" die wichtige Rolle, welche die Gerechtigkeitsidee im Denken Maeterlincks spielt. In direktem Anschlusse an dieses Werk hatte er schon in den Jahren 1898 und 1899 die ersten drei Kapitel des „Begrabenen Tempels" verfaßt und veröffentlicht. Er beabsichtigte damals, sie mit anderen Erörterungen des gleichen Gegenstandes unter dem Titel „Das Mysterium der Gerechtigkeit" in Buchform herauszugeben und dieses Werk mit einem Ausblick auf den „Bienenstaat" abzuschließen. Denn hier erschien ihm die Gerechtigkeit, die er unter den Menschen vergeblich suchte, in fundamentaler Weise vorhanden zu sein. Indessen schwoll ihm der letztgenannte Stoff bei der Arbeit derartig unter den Fingern an, daß er sich entschließen mußte, ihn zu einem eigenen, in sich geschlossenen Werke ausreifen zu lassen, welches inzwischen im Sommer 1901 unter dem Titel „Das Leben der Bienen" erschienen ist. Jetzt erst kam der Dichter, wie sein Uebersetzer uns mittheilt, auf die Vollendung des unterbrochenen älteren Werkes zurück, indem er von Anfang des Jahres 1902 an zu den bereits vorhandenen Kapiteln über „Das Mysterium der Gerechtigkeit", „Die Entwicklung des Mysteriums" und „Das Reich der Materie" drei weitere Kapitel über „Die Vergangenheit", „Das Glück", „Die Zukunft" hinzufügte, die jedoch eine etwas andere Gesammtrichtung verfolgen als die älteren Theile. Der Titel „Das Mysterium

der Gerechtigkeit" war damit für das Ganze hinfällig geworden und blieb auf den ersten Unterabschnitt beschränkt, zum Ersatze aber wählte er als symbolischen Namen für das, was die beiden Theile des Buches logisch zusammenhielt, die Gesammtbezeichnung „Der begrabene Tempel."

Die Grundfrage des ersten Theiles seines Werkes ist von Maeterlinck sehr klar und bestimmt formulirt. Wenn es keinen Gott als strafenden und belohnenden Richter im Sinne des Theïsmus giebt, giebt es dann wenigstens eine Gerechtigkeit über der von den Menschen geübten, die sich nicht nur in ihren Gesetzen und Gerichten, sondern auch in allen, dem jeweiligen Richterspruch nicht unterstehenden sozialen Beziehungen kundgiebt und gewöhnlich nur durch die öffentliche Meinung, das Vertrauen oder Mißtrauen, die Billigung oder Mißbilligung unserer Mitmenschen geheiligt wird? Lassen sich die dem Menschen oft so unerklärlichen Akte der Moral des Weltalls, die ihn gewissermaßen nöthigen, an das Dasein eines Weltenrichters zu glauben, auf die soziale Gerechtigkeit zurückführen und durch sie erklären? Ist die Weltgeschichte das Weltgericht, und haben wir nichts weiter zu fürchten, oder giebt es noch eine tiefere und dem Irrthum minder unterworfene Gerechtigkeit, die zwar weniger sichtbar, aber allgemeiner, mächtiger und durchgreifender ist?"

Daß es eine solche wirklich giebt, erscheint Maeterlinck unleugbar, auch daß sie unwiderstehlich ist, daß sie das ganze menschliche Dasein umspannt und von einer Weisheit ist, die sich nie irrt noch irreführen läßt. „Aber wo sollen wir diese Gerechtigkeit annehmen, seit wir sie aus dem Himmel vertrieben haben? Wo befindet sie sich, wo waltet sie?" „Kommt sie von außen? Giebt es unabhängig vom Menschen, im Weltall oder in den Dingen, ein unbeugsames, wachsames und untrügliches Moralprinzip? Giebt es mit einem Wort, eine sozusagen mystische Gerechtigkeit? Oder auch: Geht diese Gerechtigkeit vom Menschen aus, ist sie ganz innerlich, auch wenn sie draußen wirkt; oder, um Alles in ein anderes Wort zusammenzufassen: Giebt es nur eine psychologische Gerechtigkeit?" Mit Recht weist Maeterlinck darauf hin, daß diese Fragen keineswegs belanglos sind, „denn der Ort, an dem und von dem aus die Gerechtigkeit wirkt, wenn sie uns Strafe und Lohn zumißt, bedingt ihren Charakter und unsere gesammte Moral." Es ist also durchaus nöthig, sich zwischen den beiden Möglichkeiten zu entscheiden, die allein noch übrig bleiben, wenn man die transcendente Gerechtigkeit der positiven (theïstischen) Religionen abweist, nämlich ob die Gerechtigkeit in der Natur oder ob sie in uns selbst begründet liegt.

Nun ist der Glaube, daß es eine physische Gerechtigkeit giebt, die moralische Ursachen hat, offenbar nicht aufrecht zu erhalten. „Weder der Himmel noch die Erde, weder die Natur noch die Materie, noch der Aether, noch irgend eine der uns bekannten Kräfte — außer denen, die in uns sind — kümmern sich um die Gerechtigkeit oder stehen in einer Beziehung zu unserer Moral, unserem Denken und Wollen. Zwischen der äußeren

Welt und unseren Handlungen giebt es nur einfache Beziehungen von Ursache und Wirkung, die völlig außermoralisch sind, wenn der Ausdruck erlaubt ist.“ Wir können nicht sagen, daß über, um oder unter uns, in unserem Leben oder in unserem anderen Leben, welches das Leben unserer Kinder ist, eine Spur von verborgener Gerechtigkeit zu finden sei. Der Anschein einer solchen Gerechtigkeit, welche die meisten unserer Handlungen belohnt oder bestraft, je nachdem, ob sie sich mit gewissen Gesetzen der Erhaltung der Wesen decken oder nicht, entsteht nur dadurch, daß wir den Kausalitätsprinzipien, denen wir am öftesten begegneten, die Absichten unserer Moral beilegen. Wenn wir trotzdem den Gedanken einer Gerechtigkeit der Dinge nicht fahren lassen, so kann der Grund hierfür nur in der Natur unseres eigenen inneren Wesens liegen. Es ist ja nämlich ganz richtig, daß sich Alles belohnt. Nur nicht dort draußen in der Natur und durch die Logik dieser, sondern im Grunde unseres Herzens und im Bereiche des Menschlichen belohnt sich Alles kraft der Gerechtigkeit, mit der Münze des inneren Glücks und Unglücks.

Man hat das Mysterium der Gerechtigkeit bisher überall gesucht, außer im Menschen. „Es erfüllte die Himmel, belebte die Felsen, die Luft und die Meere, bevölkerte eine unerreichbare Welt. Jetzt sucht man es endlich in seinen luftigen Schlupfwinkeln auf, bringt seinen Wolkenthron zum Wanken, prüft es und treibt es in die Enge, es verflüchtigt sich — und in dem Augenblicke, wo wir glauben, es sei verschwunden, erscheint es wieder und behauptet sich in unserm Herzen.“ So ist es bisher noch jedem Mysterium ergangen. Denn, wie Maeterlinck tiefsinnig bemerkt, „wir werden fast immer zur letzten Zuflucht und eigentlichen Wohnstätte der Mysterien, die wir vernichten wollten. In uns finden sie endlich den sicheren Herd, den sie im ersten Jugendtaumel verlassen hatten, um den Weltraum zu durchstreifen, und in uns müssen wir sie auch wieder aufnehmen und befragen .... und wenn uns das Unbekannte oder Unerkennbare nöthig ist, um unsere Wißbegier zu veredeln, wenn wir des Unendlichen und des Mysteriums bedürfen, um unseren Lebensdrang zu mehren, so verlieren wir keinen Tropfen des Unbekannten oder Unerkennbaren, indem wir den großen Strom endlich in sein ursprüngliches Bett zurückleiten, noch versperren wir uns einen der Wege zum Unendlichen oder schmälern das Anfechtbarste der wirklichen Mysterien um einen Zoll. Was man den Himmel nennt, findet man im Menschenherzen wieder.“

In der Ausführung dieser Gedanken nähert sich Maeterlinck auch hier wieder, wie schon früher in seinen ethischen Ansichten, der Lebensauffassung der späteren Stoiker, eines Epiktet und Marc Aurel, ohne daß es jedoch an dieser Stelle möglich wäre, den vielfach verschlungenen Pfaden seiner Darstellung im Einzelnen weiter nachzugehen. Ist schon die ausschließliche Betonung des abstrakten Begriffes der Gerechtigkeit echt stoisch, so noch mehr die durchgehende Hervorhebung des inneren vor dem äußeren Glücke, das Bemühen, von der festen Basis des eigenen subjektiven Geistes

aus über die Widersprüche des Daseins Herr zu werden, das sittliche Bewußtsein als Quelle des Glückes und Unglückes hinzustellen und die Härten des Lebens durch „Weisheit“ zu überwinden. „Gewiß“, sagt Maeterlinck ganz im Sinne des Stoicismus, „hat das, was wir sagen und thun, großen Einfluß auf unser materielles Glück, aber selbst das materielle Glück genießt der Mensch doch nur mit seinen geistigen Organen dauernd und gründlich. Und darum hat unser Denken noch mehr Belang. Aber worauf es bei der Art und Weise, wie wir die Freuden und Leiden des Lebens aufzunehmen wissen, noch mehr ankommt, das ist der Charakter, die Geistesverfassung, der moralische Zustand, den unser Denken, Thun und Sagen in uns hervorgerufen hat. Hier zeigt sich eine wunderbare Gerechtigkeit, und der Einklang zwischen dem dauernd guten Willen des Herzens und Geistes und dem inneren Glück unserer moralischen Wesenheit ist um so nothwendiger und vollkommener, als dieses Glück nichts Anderes ist als das Antlitz des guten Gedankens und Gefühls, das uns selbst entgegenstrahlt. Hier findet sich thatsächlich jenes geistige und moralische Band zwischen Ursache und Wirkung, das wir in der Außenwelt vergeblich gesucht haben, und in den moralischen Dingen giebt es wirklich eine Gerechtigkeit, die über das im Grunde unseres Bewußtseins lebende Gute und Böse herrscht, wie wir es in den physischen Dingen so sehr gewünscht hatten.“

Der stoische Gedanke des „mit der Natur in Uebereinstimmung Lebens“ findet auch bei Maeterlinck eine eingehende Beachtung aus dem Gesichtspunkte heraus, daß doch die Natur als solche notorisch ungerecht ist und die Uebereinstimmung mit ihr uns folglich selbst zur Ungerechtigkeit verführen müßte. Eine Lösung dieses vermeintlichen Widerspruches vermag jedoch Maeterlinck eigentlich nicht zu geben. Er berührt zwar gelegentlich den Gedanken, daß auch die Natur ihrem Wesen nach vernünftig sei und in dieser objektiven Vernünftigkeit, dieser Uebereinstimmung der äußeren Vernunft der Natur und der inneren Vernunft unseres eigenen Geistes der Widerspruch seine Ausgleichung finden müsse, indessen da er — wohl unter dem Einflusse des modernen Naturalismus — den Gedanken einer objektiven Weltvernunft doch nicht energisch zu ergreifen wagt, einen objektiven Zweck des Weltprozesses, wie es scheint, zum mindesten zweifelhaft findet, „die wahrscheinliche Vergeblichkeit unseres Daseins“ behauptet und die Gerechtigkeit — auch hierin ganz stoisch — mit einer gerechten Vertheilung von Lohn und Strafe, von Glück und Unglück an den Einzelnen identifizirt, so bleibt natürlich der Gegensatz der Natur gegen den Individualeudämonismus bestehen. Hätte Maeterlinck die objektive, den Dingen immanente Vernunft als das gemeinsame Wesen der Natur wie des subjektiven Geistes ergriffen, wie er dies in „Weisheit und Schicksal“ bereits gethan zu haben schien, so hätte er die Gerechtigkeit in der fortschreitenden Realisirung eines vernünftigen Zwecks erblicken müssen, zu welchem sich Natur und bewußter Geist gleichermaßen nur als Mittel

verhalten. Er hätte alsdann erkennen müssen, daß das Wohl des Individuums gleichgiltig ist, wofern nur durch dieses die objektiven Zwecke des Weltprozesses verwirklicht werden. Da er jedoch am Individual-eudämonismus festhält, das Glück des Einzelnen als einzigen Zweck des Weltgeschehens anerkennt und die Gerechtigkeit nur danach bemißt, inwieweit sie dem instinktiven Glücksstreben der Individuen Befriedigung verschafft, so ist er außer Stande, die Sorge der Natur für das Wohl der Gattung mit derjenigen für das Individuum in Einklang zu bringen, stehen Natur und Geist sich bei ihm als zwei feindliche Sphären gegenüber, und gelingt es ihm trotz aller Anstrengung nicht, die vom Einzelnen geforderte Gerechtigkeit mit dessen Stellung zum Naturganzen in Uebereinstimmung zu bringen.

Gerechtigkeit im objektiven Sinne, wie sie Maeterlinck ursprünglich vorschwebt, kann nichts Anderes heißen, als die Uebereinstimmung der Wirklichkeit mit dem Weltzweck und kann nur insofern eine prinzipielle Bedeutung im Weltgeschehen haben, als sie als die objektive Macht und Fähigkeit der Vernunft aufgefaßt wird, ihre Zwecke in der Wirklichkeit durchzusetzen. Maeterlinck dagegen verwechselt die Gerechtigkeit als Weltprinzip, die identisch ist mit der sog. Vorsehung oder dem der Welt immanenten Logos, mit dem jüdischen Gerechtigkeitsbegriffe einer den Thaten des Einzelnen entsprechenden Lohn- und Strafvertheilung und fällt damit in den Theïsmus und seine Widersprüche zurück, die er im Anfang durch die Formulirung seines Grundproblems ja gerade überwinden wollte. Diese Verwechselung zieht sich leider durch das ganze Buch hindurch, macht dessen Ausführungen schillernd und unzulänglich und ist Schuld daran, daß Maeterlinck statt einer wirklichen Lösung seines Problems uns überall nur eine Scheinlösung desselben bietet, die nach keiner Richtung wahrhaft befriedigen kann.

Das ist um so bedauerlicher, als der Dichterphilosoph im Uebrigen gerade durch seinen ausgesprochenen eudämonologischen Pessimismus hätte davor geschützt sein sollen, dem Glück und dem subjektiven Wohlbefinden eine ausschlaggebende Rolle in der Wirklichkeit zuzuschreiben. Er hält es für eine Wahrheit, sogar für „die gewaltigste und gewisseste aller Wahrheiten, daß unser Leben nichtig ist, daß all unser Dichten und Trachten zum Lachen ist, daß unser und unseres Planeten Dasein in der Geschichte des Weltganzen nur ein elender Zufall ist." Er bemerkt, daß das menschliche Leben als Ganzes „etwas recht Trauriges" ist, daß die Menschen in gewisser Hinsicht immer unglücklich erscheinen werden, da sie ewig der Krankheit, der Unbeständigkeit der Materie, dem Tod und Alter ausgesetzt bleiben und daß, wenn man nur das Ende aller Existenzen ansieht, selbst das glücklichste und siegreichste Leben nothwendiger Weise etwas Verhängnißvolles und Elendes hat. Er weiß, wie wenig die Liebe ist, wenn man sie lediglich unter dem eudämonologischen Gesichtspunkt betrachtet, d. h. sie danach beurtheilt, wieviel Lust sie uns verschafft, einen wie geringen Werth

in dieser Hinsicht die Schönheit hat, und wie selbst die Freundschaft und alle übrigen sog. Quellen der Lust in eudämonologischer Beziehung hinter allen unseren Erwartungen zurückbleiben. Ja, er ist auch überzeugt, daß selbst das Glücksgefühl, welches die Gerechtigkeit in uns hervorbringt, nur dunkel und verworren ist und uns nicht einmal zu bewußt werden darf, ohne abstoßend zu wirken und sich selbst zu zerstören. Sollte daraus nicht folgen, daß dies subjektive Glücksgefühl unmöglich der Maßstab der Gerechtigkeit sein kann und daß eine Gerechtigkeit, die kein anderes Resultat als unser eigenes inneres Behagen hat, ein sich selbst widersprechender Begriff ist?

Man erkennt hier wieder einmal, wie nöthig es ist, das axiologische Problem, d. h. die Frage nach dem Werthe des Lebens, bis in seine letzten Konsequenzen durchzudenken und das Uebergewicht der Unlust über die Lust auf allen verschiedenen Gebieten des Daseins nachzuweisen, um mit den letzten Resten einer eudämonologischen Betrachtung aufzuräumen und das Ziel des Lebens ganz wo anders als in der individuellen Eudämonie zu suchen. Daß Maeterlinck die Wahrheit des eudämonologischen Pessimismus zwar anerkennt und doch keinen andern als einen eudämonologischen Gesichtspunkt für die Beurtheilung der Wirklichkeit anzugeben weiß, das ist nur die Folge einer ungenügenden Durcharbeitung des axiologischen Problems und rächt sich bei ihm durch die Art und Weise, wie er immer wieder in den Eudämonismus zurückfällt, aus dem er doch gerade durch die Abweisung des theïstischen Gerechtigkeitsbegriffes hinauszukommen trachtet.

Da Maeterlinck das individuelle Wohl zum Maßstab der Gerechtigkeit macht, so kann er folgerichtig auch das Unbewußte im Menschen oder das Prinzip, welches sich in der Gerechtigkeit bethätigt, und in welchem die Erklärung für unser Glück oder Mißgeschick liegt, nur als ein individuelles Wesen auffassen. Er bezeichnet denn auch dieses transcendentale Subjekt als unser „wirkliches Ich" und ist geneigt, es als solches für unsterblich anzusehen. Damit aber geräth er in den transcendentalen Individualismus eines Hellenbach und Du Prel und nähert sich diesem letztgenannten Standpunkte um so mehr, als er ein offenbares Interesse für den Okkultismus an den Tag legt, wenn er auch vorläufig noch geneigt ist, die seltsamen Erlebnisse mit Somnambulen, worüber er berichtet, auf natürliche Ursachen, nämlich auf die unbewußte Thätigkeit der niederen Gehirntheile, zurückzuführen. Daß die von ihm behauptete Zeit- und Raumlosigkeit des transcendentalen Ich, worin er mit Schopenhauer übereinstimmt, der individuellen Beschaffenheit jenes Unbewußten widerspricht, darüber scheint er sich ebenso wenig klar zu sein, wie er ein deutliches Bewußtsein davon zu haben scheint, daß der transcendental-individualistische Standpunkt der drei letzten Kapitel seines Werkes mit dem Monismus der ersten Kapitel und seinen früheren philosophischen Schriften schlechterdings unvereinbar ist. Was ihm diese Einsicht verhüllt, ist aber offenbar nur die individual-



eudämonistische Auffassung der Gerechtigkeitsidee, die ihn nöthigt, auch die metaphysischen Voraussetzungen der letzteren im individualistischen Sinne zuzuspitzen. Wie freilich eine rein individuell gefaßte Gerechtigkeit überhaupt noch eine solche sein, wie sie die äußeren und inneren Verhältnisse zu Gunsten des Individuums beeinflussen und in Beziehung zum letzteren setzen kann, die... Frage bleibt auch so noch unbeantwortet. Damit aber scheitert die ganze Weltanschauung Maeterlincks an denselben Widersprüchen und Schwierigkeiten, an welchen auch der Stoizismus scheitern mußte. Man versteht es, wenn der Mystiker Maeterlinck — auch hierin in Uebereinstimmung mit der Stoa — nicht selten eine entschiedene Hinneigung zum Agnostizismus zeigt, wenn er, statt eine wirkliche Lösung der von ihm aufgestellten Probleme zu geben, sich an den entscheidenden Stellen auf die Unzulänglichkeit und Mangelhaftigkeit unserer Erkenntniß beruft und das metaphysische Unbewußte mit dem erkenntnißtheoretisch Ungewußten, das seiner selbst unbewußte Prinzip der Dinge mit dem Spencerschen Unbekannten konfundirt. Aber auch sonst ist der Begriff des Unbewußten, um den sich doch alle seine Erörterungen letzten Endes drehen, in dem neuesten Werke Maeterlincks nicht klar bestimmt und schillert nach den verschiedensten Richtungen. Bald ist das Unbewußte eine metaphysische Wesenheit, die allwissend und allmächtig sein soll, was freilich zu ihrer individuellen Beschaffenheit schlecht genug paßt, bald ist es das bloße Unterbewußte, was an sich bewußt ist und nur für unser gewöhnliches Bewußtsein unbewußt ist, bald erscheint es als ein rein physisches Wesen, als materielles Substrat unseres Bewußtseinsinhalts und fällt es mit dem Reflexapparate unseres Organismus zusammen. Maeterlinck unterscheidet also noch nicht zwischen dem absolut Unbewußten und dem relativ, d. h. in Beziehung auf unser Großhirnbewußtsein, Unbewußten, und er unterscheidet gleichfalls noch nicht zwischen diesen beiden Arten eines psychischen Unbewußten und dem physiologischen Unbewußten. Er beschuldigt das allwissende, d. h. das metaphysische absolut, Unbewußte der Unvollkommenheit, Pflichtvergessenheit und Trägheit, weil das physiologische Unbewußte, d. h. der Reflexapparat unseres Organismus oder unser Gehirn, nicht hinreichend auf seine Inspirationen reagirt, und er spricht von einer Entwickelung des Unbewußten, das doch nach seiner eigenen Behauptung außerhalb aller Zeit und folglich auch aller Möglichkeit einer Entwickelung sich befindet.

Es trifft daher in Bezug auf den „Begrabenen Tempel“ auch nicht eigentlich zu, was der Uebersetzer von Maeterlinck in der Vorrede sagt, daß dieser sich der Geistesrichtnng E. v. Hartmanns nähere, so richtig dies auch für die früheren philosophischen Schriften des Dichters ist. Im Gegentheil, vermag ich aus diesem letzten Werke nur ein Abbiegen von dem eingeschlagenen Wege herauszulesen, ohne darin einen Fortschritt in philosophischer Hinsicht erblicken zu können. Es hat den Anschein, als ob der Okkultismus und der englische Positivismus (Spencer) inzwischen auf Maeterlinck eingewirkt und ihn aus seiner Bahn hinausgedrängt haben.

Die Begriffe, die bereits angefangen hatten, sich zu krystallisiren und seiner Weltanschauung eine bestimmtere Gestalt zu verleihen, sind abermals in Fluß gerathen und geben seinem ganzen letzten Werke etwas Schillerndes und Schwankendes. Der Naturalismus der modernen Naturwissenschaft, vielleicht durch das Studium naturwissenschaftlicher Werke im Hinblick auf die Bienenschrift in den näheren Gesichtskreis des Dichters gerückt, hat sich seines Denkens bemächtigt und stört ihm, oft mehr als gut ist, seine metaphysischen Gedankenkreise. Wenn Maeterlinck dieser Richtung folgt, so wird es um den mystischen Zug seines Denkens bald geschehen sein, der bisher gerade einen Hauptreiz seiner Werke ausmachte. Denn der transcendentale Individualismus und Okkultismus wiegen als philosophische Standpunkte doch gar zu leicht, um dauernd ein genügendes Gegengewicht gegen positivistische Verflachung und Veräußerlichung abgeben zu können. Maeterlinck steht vor dem Punkte, wo er sich entscheiden muß, ob er den Grundbegriff seines bisherigen Denkens, den Begriff des Unbewußten, als transcendentales Ichbewußtsein, als Ungewußtes oder wirklich als an sich Unbewußtes im absoluten Sinne auffassen und nach welcher Richtung er seine Weltanschauung näher ausgestalten will. Eine Vereinigung der einander widersprechenden Begriffe, wie der „Begrabene Tempel“ sie unbewußter Weise anstrebt, ist unmöglich und kann auf die Dauer nur dahin führen, die ganze philosophische Weltanschauung Maeterlincks auseinanderzusprengen.

Prof. Dr. Arthur Drews (Karlsruhe).

Max Dessoir: „Geschichte der neueren deutschen Psychologie.“ 1. Bd. Zweite völlig umgearbeitete Auflage. — Berlin, Carl Duncker 1902.

Die Geschichte der neueren deutschen Psychologie von Dessoir erscheint in der völlig umgearbeiteten zweiten Auflage wie ein neues Werk. Der Verfasser berichtet darüber: „Von den Unterschieden der beiden Auflagen ist am auffälligsten die starke Erweiterung des Buches. Sie erklärt sich erstens daraus, daß ich sowohl den Beginn als auch das Ende des Jahrhunderts genauer dargestellt habe als vordem: der erste Band umfaßt jetzt das ganze 18. Jahrhundert, mit Ausnahme der von Kant eingeleiteten Bewegung. Zweitens hat die fortgesetzte Beschäftigung mit den Quellen mich vieles Neue finden lassen, worüber zu berichten ich mich verpflichtet fühlte. Denn es kommt mir darauf an, eine vergessene, aber erinnerungswerthe Stoffmenge wieder nutzbar zu machen, und zwar auch dadurch, daß sie in ihren unbekannten und schwer zugänglichen Theilen nicht völlig verarbeitet (d. h. aufgehoben) dem Leser dargeboten wird.“ Damit hat der Verfasser nun in der That ein eigenartiges, interessantes und auf gründlichen Studien beruhendes Werk geschaffen. Zumal die Eigenartigkeit sowohl in Bezug auf Anordnung als auf Behandlung des Stoffes so stark ist, daß sie anfangs stutzig macht und einiger Gewöhnung an diese

Darstellungsweise bedarf; dafür entschädigt sie aber auch hinterher durch den gebotenen Einblick in die Fülle des herangezogenen Materials und durch die Eröffnung einer Mannigfaltigkeit neuer Gesichtspunkte. Ist das Gebiet der Psychologie durch die fast ausschließlich empirische Behandlungsart in unserer Zeit derart eingeschränkt worden, daß ganze Strecken völlig brach liegen, so ist es das Verdienst des vorliegenden Werkes, wieder einmal reiches Licht auf die ganze Ausdehnung dieses Besitzstandes und auf die Fülle seiner triebkräftigen Gebilde geworfen zu haben. Der Verfasser hat sich nicht damit begnügt, dem gegenwärtig herrschenden Standpunkt gemäß den Entwicklungsgang der beschreibenden und erklärenden empirischen Psychologie (Seelenphysik) darzustellen, sondern er behandelt ebenso eindringlich auch die „Psychosophie"*) (Seelentheologie, rationale Psychologie) und die „Psychognosis" (Seelenkunst, praktische Psychologie).

Die Einleitung des Werkes giebt eine kurze Uebersicht der Entwicklung der Psychologie vom Alterthum bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts. Der erste Abschnitt behandelt sodann „die Begründung der deutschen Psychologie" und macht uns bekannt mit den psychologischen Darstellungen von Leibniz, Tschirnhausen, Thomasius, Wolff nebst denjenigen seiner Anhänger und Gegner, sowie der Eklektiker. Der zweite giebt die Entwicklung der deutschen Erfahrungsseelenlehre von 1750—1800: hier kommen in einzelnen Kapiteln zur Erörterung: die ausländischen Einwirkungen, der kulturgeschichtliche Hintergrund, die Schulpsychologie, die naturwissenschaftliche Psychologie, die Popularpsychologie und die analytische Psychologie. Der dritte Abschnitt bringt alsdann die Fixirung des Bestandes der deutschen Psychologie im 18. Jahrhundert und endlich der vierte ihre Wirkungen im Hinblick auf die Beziehungen zur theoretischen und praktischen Medizin, zur Ethik, Pädagogik und Aesthetik.

Dessoir hat sich keine Mühe verdrießen lassen, auch in den abgelegensten Winkeln der Literatur Nachforschungen anzustellen, um auf alle psychologischen Regungen und Ansichten des 18. Jahrhunderts hinzuweisen. Vieles ist dabei, was heut nur noch kulturgeschichtliches Interesse beanspruchen darf, und rechtfertigt insofern die kursorische Darstellungsweise; manches dagegen, was auch heut noch von Bedeutung ist, hätten wir gern eingehender und mit genauer Feststellung der bleibenden Ergebnisse behandelt gesehen, wie z. B. die Psychologie von Tetens und Lambert, obwohl das Gebotene auch hier bereits eine klare Perspektive eröffnet. Es hätte auch dem von dem Verfasser eingeschlagenen Wege meines Erachtens keinen Eintrag gethan, wenn er den Faden in dem dritten Abschnitt, der von dem Bestande handelt, etwas straffer gespannt hätte; dadurch wäre der wissenschaftliche Befund plastischer hervorgetreten und hätte das Dauernde und Fruchtbare der psychologischen Forschung in diesem Zeitalter

*) Ein bereits bei Fichte vorkommender Terminus, wie auch der Ausdruck Psychognosie früher bereits in etwas anderem Sinn gebraucht wird.



auch der Folgezeit gegenüber auf sein festes Maß gebracht. Das wäre namentlich für die Kantforschung zu wünschen gewesen, für die insbesondere auch die damals gebräuchliche Bedeutung der psychologischen Terminologie noch einer schärferen Bestimmung bedarf. Indessen auch in Bezug auf diesen Punkt verdanken wir der vorliegenden Arbeit manche Winke und Angaben, die der Kundige wohl zu nutzen wissen wird.

Als ein Ganzes genommen, bildet dieser erste Band der Geschichte der neueren Psychologie einen förderlichen Beitrag zur Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts. Wer daher einen tieferen Einblick in die geistige Atmosphäre dieses Zeitalters thun will, wer insbesondere als Forscher, sei es nun als Psychologe oder Philosoph, als Pädagoge oder Historiker, seine Studien auf jene Epoche richtet, sei ausdrücklich auf dieses Werk hingewiesen.

Berlin. Ferdinand Jakob Schmidt.

Pädagogik.

Die deutschen Universitäten und das Universitätsstudium von Friedrich Paulsen. Berlin. Verlag von A. Ascher & Co. 575 Seiten.

Eine so große Rolle die Universitäten im geistigen und auch im öffentlichen, dem politischen Leben des deutschen Volkes spielen, so ist die Literatur über sie doch merkwürdig gering. Ein Ausländer, der sich etwa über Verfassung, Professoren-Ernennung, Lehrmethode an den deutschen Universitäten unterrichten wollte, müßte sehr herumsuchen. In Deutschland selbst haben wir ein wesentliches Bedürfniß nach einer systematischen Schilderung unserer Universitätsverhältnisse bisher nicht gehabt, da der Kreis derjenigen, die darüber Bescheid wissen, ja außerordentlich groß ist, und wer etwas wissen wollte, sich sehr leicht erkundigen konnte. Aber eine solche, rein mündliche Tradition hat doch immer ihre großen Mängel und führt falsche Vorstellungen und Auskünfte mit sich. So hat sich kein Geringerer als der Verfasser der „Geschichte des gelehrten Unterrichts" Professor Friedrich Paulsen selber entschlossen, ein ziemlich umfangreiches Werk zu schreiben, welches in leichter, lesbarer Form auf Grundlage der historischen Entwicklung das gesammte deutsche Universitätswesen darstellt. Das Buch ist der deutschen studirenden Jugend selbst gewidmet und soll die Studenten, die danach Begehr tragen, oder etwa auch ihre Väter, oder Ausländer über Organisation, Wesen und alle etwa auftauchenden Fragen des Universitätslebens informiren. Weiter aber werden auch die Probleme etwaiger Universitätsreformen erörtert, und insofern ist das Buch auch für alle Diejenigen bestimmt, die sich für diese, mit den tiefsten Fragen der Bildung wie der Ethik zusammenhängenden Probleme interessiren. Das Verhältniß von Staat, Kirche und Wissenschaft, Fragen wie die Lehrfreiheit, das Frauenstudium und die

Staatsexamina kommen zur Erörterung. Mir will scheinen, daß dieser doppelte Zweck dem Buche nicht unbedingt förderlich gewesen ist; auf der einen Seite gewinnt ja die Schilderung der bestehenden Verhältnisse außerordentlich in ihrer Frische und wird auch in ihrem Wesen vertieft, indem das Problematische darin nicht unterdrückt, sondern herausgeholt und durchgearbeitet wird. Diese Durcharbeitung aber genügt nicht; die populäre Grundanlage des Werkes schneidet naturgemäß die Erörterungen doch oft ziemlich kurz ab, so daß sie demjenigen, der sie wirklich fassen will, nicht genügen. Wer das deutsche Universitätsleben aus der Praxis kennt, dem bietet das Buch daher nicht soviel Neues und soviel Anregendes, wie man nach der ganzen Anlage, dem Rufe und der Autorität des Verfassers eigentlich erwartet. Das Kapitel über die Lehrfreiheit und ihre Grenzen ist so erschöpfend wie vortrefflich, aber z. B. über das System der Honorarstundung ist kurzweg gesagt, daß nach Ansicht des Verfassers das System des Honorarerlasses den Vorzug verdiene, ohne daß die doch recht erheblichen Gründe, die für jenes System sprechen, vor Allem, daß die Behörden mit der Stundung natürlich viel liberaler umgehen können als mit dem Erlaß, zur Geltung kommen. Eine so fundamentale Frage, wie die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium, wird auf zwei Seiten abgethan.

In allem Wesentlichen steht Paulsen auf dem Standpunkt, die heutige Verfassung und Lehrmethode unserer Universitäten für richtig zu halten und zu vertheidigen. Ein solcher Standpunkt hat niemals etwas Begeisterndes, sondern seiner Natur nach etwas Nüchternes. Denn alles was ist, ist zwar nach Hegel vernünftig, aber auch mangelhaft; so auch die deutschen Universitäten. Ein klarer und kluger Kopf wie Paulsen verkennt das weder, noch vertuscht er es irgendwie; er setzt nur auseinander, daß und weshalb die von dieser oder jener Seite vorgeschlagenen Reformen, indem sie vielleicht ein Uebel heben, andere und viel größere im Gefolge haben würden. Die Reformer selbst sehen das natürlich nicht, und da die Menschen an den gegenwärtigen Zuständen immer die Nachtheile stärker empfinden als die Vortheile, so haben enthusiastische Reformer es immer leicht, Anhänger zu gewinnen. Wer das Bestehende vertheidigt und doch dabei zugiebt, daß es nur relativ gut sei, der ist bald nicht weit davon, im Schlafrock des Philisters zu erscheinen. Paulsen aber und die Vertheidiger des deutschen Universitätswesens überhaupt haben gewisse gute Freunde, die es ihnen bisher noch nicht erlaubt haben, in jenes bequeme Gewand zu schlüpfen, sondern sie zwingen, mit ihrem Flederwisch noch immer recht kräftiglich sowohl zu pariren wie zuzustoßen. Ganz besonders schön sind in dieser Art in Paulsens Buch die Abschnitte „Die Professoren und die Politik" und „Die Aufgabe der Universität für die politische Bildung und das öffentliche Leben". An die Spitze stellt er hier ein Wort von Kant, das da lautet: „Daß Könige philosophiren oder Philosophen Könige werden, ist nicht zu erwarten, aber auch nicht zu wünschen, weil

der Besitz der Gewalt das freie Urtheil der Vernunft unvermeidlich verdirbt. Daß aber Könige oder königliche (sich selbst nach Gleichheitsgesetzen beherrschende) Völker die Klasse der Philosophen nicht schwinden oder verstummen, sondern öffentlich sprechen lassen, ist beiden zur Beleuchtung ihres Geschäfts unentbehrlich, und weil diese Klasse ihrer Natur nach der Rottirung und Klubverbindung unfähig ist, wegen der Nachrede einer Propaganda verdachtlos."

Paulsen selbst sagt darauf weiter: „In den Verhandlungen über die lex Arons wurde dessen Entfernung auch unter dem Gesichtspunkt gefordert, daß die Universität zum Patriotismus erziehen solle. In dem dort gemeinten Sinne wird sie dies nicht als ihre Aufgabe anerkennen können. Sie ist überhaupt nicht Erziehungsanstalt, die Studenten sind nicht Unmündige, sondern Anstalt für wissenschaftliche Forschung und wissenschaftlichen Unterricht; und diesen bietet sie ohne Unterschied Ausländern wie Inländern an. Sofern sie in das geistige Wesen des deutschen Volkes eintaucht und das Verständniß seines geschichtlichen Lebens vertieft, wird man allerdings das Vertrauen haben dürfen, daß sie auch Anhänglichkeit und Liebe zu deutschem Wesen weckt, vielleicht auch von widrigen Eindrücken der Gegenwart befreien hilft. Und das wird in gleicher Weise bei Inländern und Ausländern der Fall sein können; vielleicht darf man sagen: was das deutsche Volk an Liebe im Auslande besitzt, das verdankt es zum größeren Theil seinen Universitäten."

„Dabei werden die Universitäten nie vergessen, daß die Güter, zu deren Pflege sie berufen sind, über die Grenzen der Länder und Nationen übergreifen: die Wahrheit und die Wissenschaft sind ihrer Natur nach Güter der Menschheit, wie sie denn auch durch das Zusammenarbeiten aller Völker, die am geistigen Leben der Menschheit Theil haben, geschaffen sind und noch heute alle Tage gemehrt werden."

„Ein überreizter Nationalismus ist zu einer sehr ernsten Gefahr für alle Völker Europas geworden; sie laufen Gefahr, das Gefühl für die menschlichen Werthe darüber einzubüßen. Auf die Spitze getrieben vernichtet der Nationalismus so gut als der Konfessionalismus das sittliche und selbst das logische Gewissen: gerecht und ungerecht, gut und böse, wahr und unwahr verliert seine Bedeutung; was man, wenn andere es thun, schimpflich und unmenschlich nennt, empfiehlt man in demselben Athemzug dem eigenen Volk einer fremden Nation anzuthun."

„Damit wäre das Letzte und Höchste gesagt, was die Universitäten dem öffentlichen Leben leisten können: sie können in ihrer Gesammtheit etwas wie das öffentliche Gewissen des Volkes in Absicht auf gut und böse in der Politik, der inneren wie der äußeren sein." T.

Theater-Korrespondenz.

Lessing-Theater. Die Kleinbürger. Schauspiel in vier Akten von Maxim Gorki.*) — Der Heerohme. Ein bürgerliches Drama in fünf Akten von Joseph Lauff.

Deutsches Theater: Der Schatzgräber. Bauernkomödie in drei Akten von Carlot Gottfried Reuling.

In der Praxis des Theaterlebens gewöhnt man sich nothgedrungen mehr und mehr daran, von der Werthung eines Bühnenwerkes als „Drama“ abzusehen, insofern mit dieser Bezeichnung der Begriff irgendwelcher Art von „Handlung“ als charakteristisches Merkmal verknüpft sein soll. „Drama“ oder „Schauspiel“ nennt sich heutzutage schließlich alles, was sich in szenischer Form giebt. Gorki selber giebt seinem Werk in etwas aufdringlicher und umständlicher Form zweierlei Bezeichnungen. Er charakterisirt es als „Szenen im Hause Bessjemenows“ und als „Dramatische Skizze in vier Aufzügen“. Ich setze natürlich voraus, daß diese Bezeichnungen nicht auf das Konto des Uebersetzers kommen. Schon diese „Bezeichnungen“ machen einen wenig ursprünglichen, einen gar zu sehr literarischen Eindruck, einen etwas blassen, vom Schreibtisch hergeholten Eindruck. Und ich will dieses Urtheil über das Ganze vorwegnehmen: Maxim Gorki, der natürliche Mensch und göttliche Dichter ist Literat geworden. Bevor ich dieses Urtheil ein wenig näher begründe, will ich erst sagen, worum es sich in den „Kleinbürgern“ handelt.

Es handelt sich um den Gegensatz zwischen Vätern und Söhnen, um den Konflikt zwischen alter und neuer Generation, wie in Hebbels „Maria Magdalena“, um den Familienzwist im Hause des Kleinbürgers Bessjemenow, wie er ähnlich in Hauptmanns „Friedensfest“ auch vorhanden ist. Bessjemenow ist wohlhabender Kleinbürger und Aeltester der Malerzunft. Wir können uns unter ihm also — mutatis mutandis — einen Mann von der sozialen Rangstufe vorstellen, wie sie in seinem Städtchen und zu seiner Zeit Hebbels Meister Anton auch einnimmt. Dieser Bessjemenow und seine Frau Akulina haben an ihre Kinder etwas gewandt, sie haben sie studiren lassen: Peter ist Student und Tatjana ist

*) Die Buchausgabe in deutscher Uebersetzung von August Scholz ist im Verlage von Bruno Cassirer in Berlin erschienen.

Lehrerin. Aber die Bildung der Kinder ist der Eltern und im Besonderen des Vaters Unglück. Der Vater ist und will sein pater familias, im Vollbesitz väterlicher Autoriät. Gesinnungen und Gefühle der Kinder aber vertragen sich nicht mit der kleinbürgerlichen Enge und Dumpfheit, wie sie im Hause Bessjemenow das Leben bestimmen. Die Kinder sind von einem ins Ungewisse und Unendliche fluthenden Drang zu einem Leben von irgend einer besonderen, die Seele erfüllenden und befriedigenden Art erregt, wofür Vater und Mutter kein Verständniß haben, wodurch das Haus des „Aeltesten der Malerzunft" aus seiner gewohnheitsmäßigen Ruhe aufgestört wird, so daß der pater familias in die Klage ausbrechen muß: „Habt Ihr gesehen? Eure Mutter ist ewig in Unruhe um Euch, daß ich Euch ja nichts zu Leide thue. Ich will doch keinem Menschen was zu Leide thun! Ich selbst habe Leid von Euch erfahren, bitteres Leid. In meinem eigenen Hause schleich' ich so vorsichtig umher, als ob auf dem Boden überall Glasscherben umherlägen. Meine alten Freunde haben aufgehört, mich zu besuchen. „Du hast gebildete Kinder", sagen sie, „und wir sind einfache Leute, sie werden sich über uns lustig machen" — und so dergleichen. Und Ihr habt Euch wirklich mehr als einmal über sie lustig gemacht, daß ich aus Scham für Euch erröthet bin. Alle meine Freunde meiden mich, als ob gebildete Kinder eine Pest im Hause wären. Ihr nehmt auf Euren Vater nicht die geringste Rücksicht. Nie habt Ihr für ihn ein freundliches Wort, nie sagt Ihr ihm, was für Gedanken, was für Pläne Euch beschäftigen. Ich bin ein Fremder für Euch. Und dabei liebe ich Euch doch, ja, ich liebe Euch!" Ja, er liebt seine Kinder, der alte Bessjemenow, er liebt sie so, daß er sie bald gern in angesehenen Stellungen versorgt wissen möchte; denn darum hat er ihnen „Bildung" zu Theil werden lassen. Diese Kinder aber, diese ihm unverständlichen, widerspenstigen Kinder wollen nicht „Stellungen", sondern stellen ihre Forderungen an die große Fluth des Lebens, von der sie getragen und emporgehoben sein wollen und deren Andrang sie doch in keiner Weise gewachsen sind. Letzten Endes werden sie bleiben, wo sie geboren sind und werden, wie die Eltern waren. Teterew, der Trinker, Kirchensänger und Lebensweise ist es, der dem alten Bessjemenow diese Zukunft seines Sohnes halb tröstend und halb höhnend vor Augen malt: „Er wird sich nicht weit fortwagen von Dir. Er ist nur vorübergehend mal nach oben gegangen, oder vielmehr — man hat ihn hinaufgezogen. Aber er wird schon wieder herunterkommen. Du wirst sterben — er wird den Stall hier etwas umbauen, wird die Möbel in ihm umstellen und wird leben — wie Du, ebenso ruhig, verständig und behaglich."

Gegenüber diesen Kindern aus dem Hause Bessjemenow mit der unfruchtbaren Sehnsucht in den Seelen stehen ein paar andere Menschen, Thatmenschen, Zukunftsmenschen, Menschen des Lebens und der Freude, deren vorzüglichster Nil ist, der Lokomotivführer, der seiner Lebenszuversicht in den Worten Ausdruck giebt: „Es giebt keinen Fahrplan, der

nicht einmal durch einen neuen ersetzt würde.“ Und endlich sind noch die besten und originellsten Gestalten des Stückes zu erwähnen, der Vogelhändler Pertschichin und der Kirchensänger Teterew, beide „verlorene Leute“, aber freie Menschen, weise Menschen, philosophische Köpfe. Sie trinken sich über das Elend des Lebens hinweg, sie sind „einfach Säufer“, wie es in Rußland so viele giebt. „In unserem lieben Rußland liebt man die Säufer. Die kühnen Menschen, die nach Neuem streben, sind bei uns verhaßt — die Schnapsbrüder aber liebt man.“

Das sind die Menschen, die Gorki aus dem Leben auf die Bühne gestellt hat. Und wenn man Gorkis Werk genießen will, muß man sich daran genügen lassen, diese Menschen, echt russische Menschen mit objektiver Liebe zu betrachten. Es geschieht so gut wie nichts zwischen diesen Menschen. Gewiß: Nil verlobt sich mit Polja, die auch von Teterew geliebt wird und Peter verliebt sich in die junge Wittwe Helene, was den alten Bessjemenows großen Schmerz bereitet. Tatjana macht sogar einen harmlosen Vergiftungsversuch. Aber Alles das geschieht so nebenbei. Alles das ist kein Ereigniß. Es ereignet sich eben nichts in dieser Szenenreihe. Gorki denkt offenbar über das Theater, wie Tatjana: „Alle diese Dramen mit Pistolenschüssen, Wehgeschrei und Schluchzen ärgern mich nur. Das Alles ist so unwahr. Das Leben zerbricht die Menschen geräuschlos, ohne Geschrei ... ohne Thränen . . . ganz unmerklich.“ Tatjana hat offenbar Maeterlincks Aufsatz über die „Tragik des Alltags“ im „Schatz der Armen“ gelesen.

Die literarische Abhängigkeit des Gorkischen Schauspiels ist überhaupt ziemlich stark. Man hat darum gestritten, ob sich das Werk mehr mit Hebbels „Maria Magdalena“ oder mit Hauptmanns „Friedensfest“ vergleichen ließe. Der Vergleich mit Beiden ist möglich. Richtet man nämlich das Augenmerk auf den Kleinbürger Bessjemenow, so ist dessen Situation der des Meisters Anton ähnlich. Die Kinder dagegen haben im Wesen und Wünschen mehr mit denen im „Friedensfest“ gemein. Das ist erklärlich. In Hebbels Drama haben wir den Gegensatz zwischen zünftlerischem und konservativem Patriarchalismus mit dem die Freiheit und Selbständigkeit der Persönlichkeit in sich enthaltenden Individualismus des erstarkenden und aufkommenden Bürgerthums. Im „Friedensfest“ ist jener Individualismus dekadent geworden — verkörpert in der Gestalt des Vaters — und hat sich in den Kindern zum Subjektivismus verfeinert und verkleinert, womit die Auflösung aller Familienbande überhaupt verbunden ist. Im heutigen Rußland trifft ein hypermoderner Subjektivismus der Jugend unmittelbar mit dem Patriarchalismus zusammen. Die Zwischenstufe des liberalen Individualismus fällt aus. Ich bin übrigens der Ansicht, daß Gorki sich wohl in einer gewissen Abhängigkeit vom „Friedensfest“ befindet. Ob er Hebbels Drama überhaupt kennt, scheint mir zweifelhaft.

In noch stärkerer Abhängigkeit aber scheinen mir die „Kleinbürger“ zu Hauptmanns „Einsamen Menschen“ zu stehen. Auch hier haben wir den Gegensatz zwischen alter und neuer Generation. Weniger in den Situationen,

mehr noch in der Stimmung gleichen die „Kleinbürger“ theilweise den „Einsamen Menschen“. Der Stimmungsreiz des Gorkischen Bühnenwerks liegt darin, daß durch das Ganze eine aus der Sehnsucht geborene irre und bange Frage nach dem Sinn, dem Werth und dem Wesen des Lebens zittert. In den Schlußszenen des ersten Aktes kommt sie besonders zum Ausdruck. Da werden Töne angeschlagen, die ganz ebenso zwischen Johannes Vockerath und Anna Mahr erklingen.

Daß Gorki mit seinem Drama „Neuland“ gefunden oder auch nur seine eigene Persönlichkeit weiter entwickelt hätte, vermag ich nicht zu finden. Gorki ist Literat geworden — ich wiederhole die Worte als mein Endurtheil über dieses Bühnenwerk. Max Lorenz.

* * *

Joseph Lauff hat bei dem Publikum des Lessing-Theaters einen starken zum Theil sogar stürmischen Erfolg gehabt. Sein Drama spielt im August des Jahres 1870 in einer kleinen Stadt am Niederrhein. Die nationale Begeisterung des Kriegsjahres hat auch das Persönlichkeitsbewußtsein und den Freiheitsdrang in einem jungen katholischen, zum Priester bestimmten Seminaristen geweckt. Wilhelm Verhage, der Sohn eines Invaliden und Armenhäuslers, ist durch „Wohlthäter“ in die Priesterkarriere gebracht, für die er seiner Natur nach nicht bestimmt ist. Jetzt entflieht er dem Seminar zu Münster und kehrt in seine Heimathstadt zurück. Die junge Freiheit weckt in dem Jüngling eine heiße Liebe zu der ebenso schönen wie reinen Hannecke Mesdag, die den Gespielen der Kindertage längst liebt. Die Beiden erliegen dem Liebesrausch und es kommt zum Aeußersten. Darnach kommt es zur Auseinandersetzung zwischen dem jungen „sündigen“ Seminaristen und dem Dechanten Fridolin van Bebber, dem Geistlichen des Ortes, einem ebenso glaubenseifrigen wie klugen und rücksichtslosen Manne. Wilhelm giebt nicht nach. Der Dechant greift zum letzten Mittel: er offenbart die „Schande“ des schuldigen Liebespaares in der Predigt von der Kanzel herab der ganzen Gemeinde. Was geschieht nun?

Bis hierher ist die Handlung logisch geführt und straff aufgebaut. Das Thema ist bedeutsam, der Konflikt scharf und tief herausgearbeitet. Jetzt aber giebt es in dem logischen Aufbau des Dramas einen Knick, der das Ganze über den Haufen wirft. Statt den Konflikt zwischen dem jungen Kirchenflüchtling und dem die Kirche vertretenden Dechanten bis zur Lösung weiterzuführen, springt Lauff geradezu auf ein anderes Thema über und setzt gewaltsam eine bisherige Nebenfigur in den Vordergrund, als hauptsächlichsten Träger der Handlung: Grades Mesdag, den ehrbaren und charaktervollen Vater Hanneckes. Der alte Mesdag setzt sich zunächst aufs Schroffste mit dem fanatischen Dechanten auseinander. Dann wendet er sich dem schuldigen und „ehrvergessenen“ Liebespaare zu. Er will die Tochter züchtigen, der junge Wilhelm springt dazwischen und wird von dem Alten getödtet. Das Stück ist zu Ende. Das letzte Wort werden die „Assisen“ haben.

Durch den Wechsel des Themas und des „Helden“ hat Lauff selber seinem Werk das Urtheil gesprochen. Dieser Bruch, der gerade in der Mitte das Drama in zwei nicht im mindesten zu einander passende Hälften theilt, ist höchst bedauernswerth. Ich habe mir — aus Interesse an dem Konflikt — die Frage vorgelegt, wie dieser Konflikt in logisch und psychologisch befriedigender Weise hätte zu Ende geführt werden können und bin zu diesem Schluß gekommen: Wilhelm hätte in den Krieg ziehen müssen, nachdem Hannecke vorher sein eheliches Weib geworden ist. Das entspricht auch Wilhelms geäußerter Absicht. Es ist außerdem auch insbesondere das nationale Motiv, was ihm den Priesterstand verleidet. Im Kriege mußte Wilhelm fallen, so daß Hannecke mit ihrem zu erwartenden Kinde zurückbleibt. In der Heimath bleibt sie aber auch im Wirkungsbereich des ebenso klugen wie energischen Dechanten zurück und ist dessen Einfluß ausgesetzt. Dem bedeutenden Manne kann es nicht schwer fallen, das vom Unglück so hart geschlagene, einsame junge Weib wieder in den Bann der Kirche zu ziehen. Es müßte das um so leichter möglich sein, als er ihr den Tod Wilhelms als Gottesgericht darstellen könnte. Der Schluß des Ganzen wäre nun, daß Hannecke das Gelübde ablegt, ihr Kind, wenn es ein Knabe wird, — dem Priesterstande zu weihen. Man wird mir zugeben, daß diese psychologische Entwicklung möglich ist und folgerichtig sein kann. Dieser Schluß aber befriedigt auch die Ansprüche an eine tragische Lösung. Der „Heerohme“ — wie nämlich die jungen Geistlichen in jener Gegend genannt werden: Herr Ohm — ist entschieden schuldig geworden. Die Schuld verlangt Sühne. Er sühnt seine Schuld durch den heldenhaften Schlachtentod. Das junge Weib ist auch „schuldig“. Sie sühnt ihre Schuld objektiv — vom protestantischen Standpunkt aus — durch den geistigen Tod, indem sie dem Bann ihrer Kirche unterliegt. Subjektiv ist das wiederum ihr Trost, der sie das Unglück tragen läßt. Daß sie das zu erwartende Kind dem Priesterstande weiht, womit das Drama wieder an seinem Anfang angekommen wäre und das Ganze seine vestitutio in integrum erführe, muß vom protestantischen Standpunkte aus als tragische Ironie empfunden werden. Der Katholik würde den Schluß natürlich ebenfalls in hohem Maße billigen, nur daß er als Schauspiel werthet, was uns als tragisches Verhängniß erscheint.

Lauffs Vorzüge sind: Er ergreift aus dem Leben und Schicksal der Nation und des Volkes Konflikte von sachlicher Bedeutsamkeit, für die unsere „modernen“ Bühnenliteraten gar kein Auge haben. Er gestaltet seine Bühnenhandlung schlicht und gerade, mit fest zupackender Faust, ohne Bedenklichkeiten, ohne „Finessen“, ohne ausgeklügelte retardirende Momente, ohne ungesunde und gesuchte Effekthaschereien. Diese Geradheit und Ehrlichkeit ist außerordentlich viel werth für den Bühnenschriftsteller und findet sich heutzutage sehr selten. Gerade sie ist der vollgiltigste Beweis für die dramatische Begabung. Fernere Vorzüge: Lauff hat gesundes und vor Allem volksthümliches Empfinden. Dieser ehemalige

Major wurzelt mit Urwüchsigkeit im Volksboden. Das beweisen die Volksszenen und vor Allem eine so prächtige Gestalt, wie Pittje Pittjewitt. Es ist der große Fehler, geradezu der Kapitalfehler unserer ganzen modernen Bühnenkunst, ja unserer ganzen modernen Kunst überhaupt, daß sie Kulturgewächs, Treibhauspflanze ist und im Volksboden keine Wurzeln hat. Beiläufig bemerkt: Weil dem so ist, halte ich auch das ganze, heutzutage so beliebte Gerede von „Kunsterziehung“ und dergleichen für Faselei, worin sich viel Eitelkeit und Selbsttäuschung verbirgt.

Lauffs Fehler sind: Es fehlt ihm augenscheinlich an jener Weltauffassung und Weltstimmung, die dem Dramatiker und im Besonderen dem tragischen Künstler erst die rechte Weihe giebt. An die Stelle jener Weltstimmung treten bei Lauff augenscheinlich Gefühlswallungen, die ihn wohl mit zureichendem Grunde zum Dichten treiben, die aber für das tragische Drama nicht ausreichen. Aus diesem Mangel erklärt sich der Kardinalfehler des in Rede stehenden Stückes, der Bruch in der Mitte. Ferner: Lauffs Charakterauffassung und Charakterdarstellung erscheint uns „Modernen“ äußerlich und oberflächlich. Lauff nämlich charakterisirt individualistisch, aber nicht subjektivistisch. Der Unterschied zwischen dem Individuum und dem Subjekt im modernen Sinne liegt in der Sensitivität und in einer außerordentlichen Verfeinerung des Für-sich-Seins. So wie Lauff seine Individuen hinstellt, können tausend Menschen sein. Wir verlangen Menschen, Charaktere, Seelen: einzig in ihrer Art. Aus Lauffs Charakterdarstellung erklärt sich seine Sprache, die uns unpersönlich, veraltet, konventionell, schwülstig erscheint. Die Worte in den Liebesszenen hält Lauff sicherlich für „poetisch“; in unser Ohr klingen sie wie das geradeste Gegentheil von Poesie, einfach unerträglich. Was ich hier über individualistische und subjektivistische Charakterdarstellung im Vorbeigehen gesagt habe, will ich noch durch ein Beispiel illustriren. Lauff hat die Kühnheit, die lobenswerte Kühnheit, uns das Liebespaar im Moment vor und sofort wieder im Moment nach dem „Sündenfall“ auf die Bühne zu stellen. In der Szene nach dem Fall habe ich immer an ein Bild aus dem Cyklus der „Lebensbilder“ denken müssen, die der Norweger Eduard Munch in der „Secession“ ausgestellt hat. Ich meine das Bild „Nach dem Sündenfall“, das auch das posteriore Moment zeigt. Dieses Bild ist nicht nur viel ergreifender als das, was Lauff bietet; wir empfinden es auch als viel wahrer. Ich will damit übrigens über Eduard Munch kein allgemein giltiges, seine ganze Kunst treffendes Urtheil abgegeben haben. Vieles bei ihm wirkt lächerlich, manches aber doch ergreifend. Ein origineller Kauz bleibt er auf alle Fälle.

Alles in Allem glaube ich über Josef Lauff diese Aussage machen zu dürfen: Er ist ein wirklicher Dichter von ursprünglicher Begabung und kraftvollem Können, dem es aber an jeder ästhetischen Kultur gebricht. Dieses Urtheil läßt Lauffs Vorzüge und Mängel begreiflich erscheinen.

* * *

Der Schatzgräber ist ein etwas dummer Bauer im Odenwald. Dieser Bauer Xaver hat ein reizendes Weibchen, Annemarie. Die beiden jung verheiratheten Leutchen lieben einander mit ganzer junger Liebeslust. Der Bauer hat einen Freund, den Sepp. Der ist ein Filou und ein Schürzenjäger. Er hat ein Auge auf Annemarie geworfen. Es ist nicht das erste Auge, das er auf ein schmuckes Weibchen geworfen hat. Um sie zu gewinnen, um ihre verliebten Sinne auf sich zu ziehen, setzt er Folgendes in Szene: Er redet dem Xaver ein, er könne einen Schatz graben, wenn er eine bestimmte längere Zeit hindurch — keusch lebe, „wie ein Mönch". Xaver geht darauf ein. Der Annemarie bringt der Sepp den Gedanken bei, der Bauer mag sie nicht, weil er bei einem auf dem Hofe dienenden jungen Mädchen für seine Liebe genug fände. Der „Humor" der Bauernkomödie besteht nun darin, daß die Annemarie und der Xaver beide lebensgern „möchten", nur daß Annemarie möchte und darf, während Xaver möchte und nicht darf, weil er den Schatz gräbt und darum „wie ein Mönch" leben muß. Daß schließlich Alles in ergötzlicher Weise ein gutes und „geziemendes" Ende findet, versteht sich von selbst.

Der Leser merkt: Das Thema dieser Bauernkomödie ist derb und saftig. Ich hoffe aber und wünsche, daß er mit mir annehmen wird: es ist nicht obscön. Es dreht sich doch schließlich um eine natürliche Sache, die von der Komödie sehr wohl behandelt werden darf und auch schon früher behandelt worden ist. Die Frage für den literarischen Werth und das ästhetische Urtheil ist nur: Wie hat der Dichter seinen Stoff behandelt? Der Fehler dieser Komödie ist, daß die Szenen — besonders im ersten Akt — zu schleppend vorrücken. In der Behandlung hat im großen Ganzen dem Dichter doch die urwüchsige, Schlag auf Schlag führende Kraft gefehlt, die gerade für einen solchen Stoff von Nöthen ist. Diese Bauernkomödie wirkt langweiliger, als es ihr Stoff erlaubt.

Berlin-Karlhorst, 21. 9. 02. Max Lorenz.

Politische Korrespondenz.

Wirthschaftsleben und Politik.

Als im Januar 1893 der Bund der Landwirthe begründet wurde, geschah es bekanntlich unter der Parole, daß man es machen müsse wie die Sozialdemokraten. „Wir müssen schreien“, hieß es in dem Aufruf, „wir müssen schreien, daß es das ganze Volk hört, daß es bis an die Stufen des Thrones vernommen wird; wir müssen es dahin bringen, daß unsere Herren Landräthe nach oben berichten, in den Kreisen der Landwirthe herrsche die größte Unzufriedenheit, so daß ihre früher so regierungsfreundliche Gesinnung in das Gegentheil umgeschlagen ist.“ „Ich schlage nichts mehr und nichts weniger vor“, hieß es weiter, „als daß wir unter die Sozialdemokraten gehen und ernstlich gegen die Regierung Front machen, ihr zeigen, daß wir nicht gewillt sind, uns weiter so schlecht behandeln zu lassen wie bisher und sie unsere Macht fühlen zu lassen.“

Wenn den Konservativen später einmal dieser Aufruf unbequem wurde, haben sie darauf hingewiesen, daß der Verfasser, ein schlesischer Pächter Namens Ruprecht, keinerlei persönliche Bedeutung beanspruchen könne und man die Partei nicht für jede leidenschaftliche Augenblicks-Aeußerung eines Einzelnen verantwortlich machen dürfe. Diese Vertheidigung ist vollkommen richtig. Um so erstaunlicher aber, wie sehr dieser Herr Ruprecht, der so plötzlich auf der politischen Bühne erschienen und dann wieder so vollständig verschwunden ist, den Nagel auf den Kopf getroffen, d. h. dasjenige ausgesprochen hat, was der Lage und Stimmung entsprach und deshalb thatsächlich das Programm des Jahrzehnts geworden ist. Soeben haben wir es wieder erlebt, wie das offizielle Organ der sächsischen Konservativen genau im Stil, sagen wir des Herrn Ruprecht, sagen wir der Sozialdemokraten, mit der heraufziehenden Revolution und den „krachenden Thronen“ gedroht hat.

Was ist von dieser Art Drohungen zu halten?

Vorweg ist klar, daß es sich um nichts Willkürliches, um die üble Laune oder Leidenschaft einzelner Persönlichkeiten handelt. Gerade, daß eine sonst ganz unbedeutende und nichtige Persönlichkeit ein solches Wort zum ersten Mal aussprechen und damit eine so gewaltige Bewegung wie den Bund der Landwirthe entfesseln konnte, und daß das ominöse Wort,

unterdrückt und abgeleugnet, doch immer wieder aus der Tiefe emportaucht, zeigt, daß hier nichts Gemachtes, sondern eine sehr starke natürliche Kraft am Werke ist.

Es ist die Durchsetzung oder Umsetzung der politischen Parteien durch die Interessen-Gruppen.

Von dem Fabrik-Arbeiterstande hat es angefangen. Indem die Agrarier es nachgemacht haben, haben sie auch sehr schnell und ganz naturgemäß seine Kampfes-Methode und Ausdrucksweise angenommen. Nicht etwa aus Nachahmungstrieb, ebensowenig weil etwa die Sozial-Demokraten auf diesem Wege Erfolge erzielt hätten — denn wo sind diese Erfolge? Die Zahl der Abgeordneten macht's doch nicht, sondern der thatsächliche Einfluß auf Gesetzgebung und Regierung und den hat die Sozialdemokratie bisher noch nicht aufzuweisen. Der Grund vielmehr, daß die Agrarier und Sozial-Demokraten einander so ähnlich geworden sind, liegt in der Natur der Sache, dem Wesen der Interessen-Vertretung. Interessen-Vertretung ist immer extrem. Sie kann garnicht anders sein; wer auf nichts sieht, als auf die Wahrung seines Vortheils, dem ist immer derjenige Vertreter der liebste, der sich als den entschlossensten giebt. Das wird noch dadurch gesteigert, daß die Führer dieser Interessen-Gruppen zugleich ihre angestellten Beamten sind; selbst mit ihrer materiellen Existenz, um sich nicht etwa von anderen ausstechen zu lassen, sind sie daran gebunden, den Vortheil ihrer Auftraggeber bis aufs Aeußerste wahrzunehmen und mit den äußersten Mitteln zu verteidigen.

Stellen wir uns vor, daß unser Reichstag nur noch aus einer Anzahl solcher Interessentengruppen (Arbeiter, Landwirthe, Handwerker, Industrielle, Kaufleute, Beamte) bestehe, so wäre die Möglichkeit, den Staat mit einer solchen Volksvertretung zu regieren, aufgehoben. Keine der Gruppen kann der Natur der Dinge nach die Majorität haben, keine darf, wenn sie nicht Verrath an ihren Auftraggebern üben will, nachgeben. Es bliebe, wenn der Reichstag sich einmal zu solcher Interessenvertretung auswüchse, nichts übrig, als wieder zum Absolutismus zurückzukehren.

Sind wir aber nicht thatsächlich im Reichstage auf dem Wege zur Interessenvertretung? Die Lehre der Sozialdemokraten, daß die sogenannten politischen Parteien thatsächlich nur verkappte Interessenvertretungen seien und immer gewesen seien, daß die Weltgeschichte nichts sei, als das fortwährende Kämpfen der wirthschaftlichen Klassen gegeneinander, diese Lehre hat ja auch außerhalb jener Partei heute nicht wenige Anhänger und die Entwicklung unserer Zeit scheint sie zu bestätigen.

Ich behaupte ganz umgekehrt: die Entwicklung unserer Zeit wird sie, und zwar allernächstens, schlagend widerlegen; es wird sich zeigen, daß politische Parteien doch noch etwas anderes sind als bloße materielle Interessengruppen; es wird sich zeigen, daß diejenigen Parteien, die nichts sein wollen und nichts sind als Interessenvertreter eben deshalb politisch unfähig sind und zu dauernder Nichtigkeit verdammt werden oder zu

Grunde gehen. Es ist vollkommen wahr, daß die materiellen Interessen und die Klassengegensätze ein wesentliches Element der Parteibildung sind und immer gewesen sind. Es ist vollkommen wahr, daß dieses Element in dem heutigen politischen Leben in Deutschland eine besonders große Rolle spielt. Es ist aber nicht wahr, daß damit nur der eigentliche innerste Kern des Parteilebens zu Tage trete, sondern die Erscheinung rührt nur daher, daß zufällig die anderen eigentlich politischen und geistigen Elemente des Parteilebens heute bei uns bis zu einem hohen Grade ausgeglichen sind und deshalb zurücktreten. In dem Augenblick aber, wo sie angerufen werden, werden sie sofort wieder die Führung nehmen und die bloßen Interessenvertreter über den Haufen rennen.

In der „Frankfurter Zeitung" las ich neulich einen ausgezeichnet geschriebenen, sehr beredten Artikel, in dem dargelegt wurde, wie ganz unmöglich es sei, daß die Regierung die Forderungen der Agrarier wirklich bewillige, daß sie schlechterdings auf die Dauer mit ihnen nicht gehen könne, daß es auch gar nicht schwer sei, sie abzuschütteln und daß es deshalb ganz unbegreiflich sei, weshalb die Regierung eine solche unendliche Langmuth gegen diese Partei bewahre und noch gar schön mit ihr thue, um so unbegreiflicher, als ja weder der Kaiser noch Graf Bülow im Herzen so agrarisch gesinnt sind, wie sie handeln.

Die „Frankfurter Zeitung" erweist den „Preuß. Jahrbüchern" öfters die Ehre, sie zu zitiren, in gewisser Beziehung öfter als mir lieb ist; wer sich unbefangen zwischen die Parteien stellt, ist natürlich gerade bei denjenigen, denen er sachlich am nächsten steht, am wenigsten beliebt, da er ihnen zuweilen widersprechen muß; die Gegner aber freuen sich, wenn sie sich einmal auf sein Zeugniß berufen können. Das liegt in der Natur jedes selbständigen, nach Wahrheit und Wahrhaftigkeit ringenden Standpunktes und läßt sich nicht ändern. Nachdem ich nun aber von der „Frankfurter Zeitung" und ihren Gesinnungsgenossen recht häufig als Eideshelfer angerufen worden bin, möchte ich heute daraufhin an diese Redaktionen die Bitte richten, ihren Lesern auch das nicht vorzuenthalten, was ich jetzt sagen werde. Jener Artikel der „Frankfurter Zeitung" schloß, wie gesagt, mit einer völligen Unbegreiflichkeit: Wie ist es nur möglich, daß ein Staatsmann, wie Graf Bülow, einen solchen Fehler begeht? Ich will ihr diese Unbegreiflichkeit erklären: weil die Agrarier dem Kaiser die Möglichkeit geben, die Wehrkraft des Deutschen Reiches zu Lande und zu Wasser auf ihrer Höhe zu erhalten. Ist das wahr, oder ist das nicht wahr? Diese Frage bitte ich die „Frankfurter Zeitung" doch einmal recht eingehend vor ihren Lesern zu untersuchen. Sie mag meine Behauptung widerlegen, wenn sie kann. Ich werde darauf antworten. Aber um das Eine bitte ich noch einmal und mit aller Betonung: sie möge meine Behauptung nicht mit Stillschweigen übergehen und nicht vor ihren Lesern verhehlen.

Nicht die demokratische und freihändlerische Presse allein ist es ja heute, die gegen den Grafen Bülow den Vorwurf erhebt, daß er mit seiner



Langmuth gegen die Agrarier in einen schweren Fehler verfalle, sondern dieser Vorwurf wird jetzt an sehr vielen Stellen laut. Sobald man sich aber erst die richtige Erklärung für diese Politik vergegenwärtigt, erkennt man, daß den Reichskanzler nicht nur kein Vorwurf trifft, sondern daß seine Methode die einzige richtige ist, und daß die unabsehbaren Gefahren, in die wir angeblich dadurch gestürzt werden, gar nicht so sehr wesentlich sind.

Freilich, wer da glaubt, daß die konservative Partei heute nichts weiter sei als der Bund der Landwirthe, dem muß angst und bange werden bei der Verhätschelung, die die Regierung diesem Ungeheuer zu Theil werden läßt. Die Macht des Bundes der Landwirthe ist aber thatsächlich nur Schein; die Landwirthschaft umfaßt heute bekanntlich nur noch 34 Prozent der deutschen Bevölkerung; von diesen 34 Prozent ist ein großer Theil von dem spezifisch agrarischen Interesse getrennt durch Zugehörigkeit zu dem Zentrum, zu den Polen, Dänen, Welfen, Elsässern; vor Allem aber ist es nicht wahr, die historische Erfahrung der Jahrtausende läßt darüber gar keinen Zweifel, daß, sobald die Frage einmal ernsthaft gestellt wird, das materielle Interesse den Vorrang vor der politischen Idee habe. Man lasse sich durch den Lärm der landwirthschaftlichen Volksversammlungen nicht täuschen; in dem Augenblick, wo die Regierung und die konservativen Parteiführer zusammen den Entschluß fassen, sitzen die Herren Dr. Hahn, Dr. Rösicke und Dr. Oertel auf der Straße. Wahrscheinlich wird es nicht so weit kommen. Man muß aber wissen, daß die Möglichkeit dieser Wendung jeden Augenblick gegeben ist, wenn man die Situation und die Taktik der Regierung verstehen und würdigen will. Es war und ist nothwendig, den Agrariern entgegenzukommen so weit wie irgend möglich und sie so gut zu behandeln, wie irgend möglich, weil sie eben nicht bloß agrarische Interessenvertreter sind, sondern auch politisch denken und die Mittel für Heer und Flotte bewilligen; wenn sie aber das Interesse, welches sie vertreten, gar zu sehr auf die Spitze treiben, so ist immer noch möglich, sie mit einigen kräftigen Schlägen wieder zur Besinnung zu bringen. Deshalb und nur deshalb ist die ganze breite Zollverhandlung, mit der Reichstag, Regierung und Presse sich abplagen, nothwendig. Wer da glaubt, diese unendlichen Kommissionssitzungen und die noch bevorstehenden unendlichen Reichstags-Verhandlungen bezweckten das neue deutsche Wirthschaftssystem zu schaffen, der muß allerdings zu dem Ergebniß kommen, daß das Ganze ein Unsinn sei und eine ungeheuerliche Kräfteverschwendung. Denn es ist ganz ausgeschlossen, daß dabei etwas Positives herauskommt. Trotzdem hat Graf Bülow recht, daß er mit nie abreißender Geduld den Faden weiterspinnen läßt. Denn um endlich die unvermeidliche Wendung gegen die Agrarier nehmen zu können, muß er ihnen wirklich erst bis an den Rand des Abgrundes gefolgt sein, so nahe, daß auch der Blödeste sieht, daß nun kein Schritt weiter möglich ist.

Haben die Führer der Konservativen in diesem letzten Augenblick noch

so viel Gewalt über ihre Leute, daß sie sich mit den Angeboten der Regierung zufrieden geben, so haben beide meisterhaft operirt. Die Landwirthschaft hat ihre Zollerhöhungen und behält trotz dieser großen Zuwendungen den Anspruch, unzufrieden zu bleiben und weitere Forderungen zu machen; die Regierung aber hat trotz ihrer agrarischen Bundesfreundschaft die unerläßlichen Lebensbedingungen für die Entwicklung der deutschen Volkswirthschaft durchgesetzt und gerettet. Die Linke aber darf ihre Chronik der Niederlagen um ein neues Blatt bereichern. Der Umstand, daß in diesem Augenblick gerade die Fleischpreise, insbesondere die Preise für das Fleisch des kleinen Mannes, das Schweinefleisch, stark in die Höhe gegangen sind, der für die Wahlagitation der Linken sehr nützlich sein wird, illustrirt dann nur umsomehr ihre Niederlage. Was sind das für Parteien, die nicht einmal, wenn die Natur ihnen in solcher Weise Hilfe bringt, nach oben zu kommen vermögen? Wir haben ja in Deutschland eine kleine Partei, die das demokratische Element der Linken und das nationale und monarchische Element der Rechten in sich zu vereinigen sucht, die National-Sozialen unter Führung des genialen ehemaligen Pfarrers Naumann. Diese kleine Gruppe ist höchst rührig und weiß ihre Wochenschrift „Die Zeit" mit frischem Leben zu erfüllen und immer interessant zu gestalten, viel interessanter als die sogenannten wissenschaftlichen Zeitschriften der Sozialdemokratie. Ob ihr noch einmal ein politischer Erfolg beschieden ist, steht dahin, jedenfalls aber hat sie in diesem Augenblick eine gute Gelegenheit, ihre Ideen an den Mann zu bringen. Die Herren brauchen nur in all die sozialdemokratischen Volksversammlungen zu gehen, wo jetzt über die Fleischnoth geklagt wird und den Leuten zu sagen: „Seht Ihr wohl, das ist Eure Strafe! Die Agrarier haben ihrer Zeit für die Flotte gestimmt, so „gräßlich" sie ihnen war, nun bekommen sie ihren Lohn. Eure Abgeordneten aber haben dagegen gestimmt: dafür müßt Ihr jetzt jedes Pfund Fleisch 20 Pfennige theurer bezahlen."

Wenn es nun aber im letzten Augenblick schließlich doch nicht zu einer Einigung zwischen der Regierung und den Agrariern kommt? Wenn die nächsten Reichstagswahlen unter dem Feldgeschrei des Brot- und Fleischwuchers vor sich gehen, und die Regierung selbst gegen den Bund der Landwirthe kämpft, was dann zur Folge haben würde, daß sie als Verbündete der Linken, sogar der Sozialdemokratie erscheinen würde?

Es giebt Leute, die es heute schon nicht für unmöglich halten, daß aus einem solchen Bündniß eine fruchtbare Politik hervorgehen könnte.

Soweit die Mauserung der Sozialdemokratie auch schon vorgeschritten ist, so glaube ich das doch nicht. Die Kluft zwischen den beiderseitigen Anschauungen ist noch viel zu groß, und namentlich auch die Stimmung dazu auf beiden Seiten noch zu wenig abgemildert. Wir haben ja freilich von einem praktischen Zusammenwirken grundsätzlich diametral-entgegengesetzter Richtungen die stärksten Beispiele vor Augen. Die Agrarier wollen

im Grunde ganz das Entgegengesetzte von dem, was die Regierung heute mit ihrer Weltpolitik anstrebt und drohen auch von Zeit zu Zeit mit der Revolution; trotzdem arbeitet die Regierung ganz gut mit ihnen zusammen. Noch viel stärker, wenn man auf die letzten Prinzipien und die gesammte Weltanschauung sieht, ist der Gegensatz zu den alten „Reichsfeinden", den Ultramontanen; trotzdem beruht die Reichspolitik seit 23 Jahren auf einem abwechselnden Schlagen und Vertragen mit dem Zentrum. Daß das Deutsche Reich mit der Zeit auch mit der Sozialdemokratie auf ein ähnliches Verhältniß kommt, ist höchst wahrscheinlich. Der sozialdemokratische Parteitag, der soeben in München abgehalten wird, ist von einer Harmlosigkeit, daß selbst den schneidigsten Scharfmachern die gewohnte Ableugnung der Mauserung diesmal im Halse stecken geblieben ist. Trotzdem sind wir von einer, wie man sagt, regierungsfähigen Linken noch immer sehr weit entfernt; aber die haben wir auch garnicht nöthig. Das Deutsche Reich ist so fest gefügt, daß es auch der Sozialdemokratie einmal etwas Oberwasser lassen kann, ohne dabei in Gefahr zu gerathen.

Lassen wir einmal einen Reichstag gewählt werden unter dem Zeichen des Konflikts zwischen der Regierung und den agrarischen Konservativen und infolgedessen mit einem großen Erfolg der Linken, insbesondere der Sozialdemokratie: ein solcher Reichstag bestätigt zunächst ein neues System von Handelsverträgen und sichert dadurch die Grundlagen des deutschen Wirthschaftslebens von Neuem für eine längere Periode. Dann erst beginnt die Schwierigkeit, indem dieser Reichstag auf anderen Gebieten unerfüllbare Forderungen aufstellt oder unerläßliche Aufwendungen für Armee und Marine versagt. Die Antwort lautet: Auflösung, und der Sieg der Regierung ist ganz ebenso sicher wie bei den Septennatswahlen im Jahre 1887 und Caprivis Auflösung im Jahre 1893. Alle Drohungen der Agrarier, daß die Landwirthe bei einer solchen Wahl aus Rache für die neuen Handelsverträge sich zurückhalten und dadurch der Linken zu einem neuen Siege verhelfen würden, sind als lächerliche Großsprechereien zu betrachten. Sie wären ernsthaft zu nehmen, wenn es wirklich wahr wäre, daß die Parteien im Grunde nur verkappte Interessentengruppen sind. Das sind sie aber thatsächlich nicht. Es ist ein ehernes und unverbrüchliches historisches Gesetz, daß in den großen politischen Konflikten es zuletzt immer die politischen Momente sind, die den Ausschlag geben und nicht die wirthschaftlichen. Das muß man wissen, daran muß man glauben und danach muß man den Muth haben, zu handeln.

20. 9. 02. D.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

Ber, Eva. — Der Andere. Novelle in Briefen. M. 3,—. Berlin, Gebrüder Paetel.
Brandt, Otto. — Studien zur Wirthschafts- und Verwaltungsgeschichte der Stadt Düsseldorf im 19. Jahrhundert. (436 S.) Düsseldorf, A. Bagel.
Dennert, Oberlehrer Dr. E. — Am Sterbelager des Darwinismus. Kielmanns Verlag. Stuttgart. Eleg. broschirt M. 1,50.
Der deutsche Bauer und die Getreidezölle. (208 S.) Jena, Gustav Fischer.
Die Freude. Ein deutscher Kalender für 1903. M. 1,20. Düsseldorf, K. R. Langewiesche.
Ebbinghaus. — Grundzüge der Psychologie. I. Band. Preis M. 14,—. Leipzig, Veit & Co.
Festgabe zum Deutschen Juristentage. Preis geb. M. 4,—. Berlin, Otto Liebmann.
Festschrift zur Generalversammlung des Deutschen und Oesterr. Alpenvereins in Wiesbaden. Preis 60 Pf. München, Gustav Lammers.
Gerhard, Adele. — Pilgerfahrt. Roman. M. 3,—. Gebrüder Paetel.
Gottschall v. R. — Ariadne. M. 5,—. Berlin, Gebrüder Paetel.
Gurlitt, Dr. Ludwig, Oberlehrer am Gymnasium in Steglitz. — Der Deutsche und sein Vaterland. Politisch-pädagogische Betrachtungen eines Modernen. (Gr. 8⁰. VI, 145 S.) Preis M. 1,20. Berlin, Wiegand & Grieben.
Haake, Paul. — König August der Starke. 80 Pf. München u. Berlin, R. Oldenbourg.
Hardt, Walther. — Geschichte unserer deutschen Kriegsflotte. Geh. 60, geb. 70 Pf. Leipzig, Ed. Peter.
Hengel, Carl v. — Entgöttlichte Seelen. Realistischer Roman. Preis M. 2,—. Zürich, Caesar Schmidt.
Hoensbroech, Graf von. — Deutschland, Monatsschrift für die gesammte Kultur. No. 1, Oktober 1902. Berlin, C. A. Schwetschke & Sohn.
Johannsen, Dr. Johann. — Gegen die Konfessionen. Münchner Politische Schriften I. (198 S.) München, Franz Stein.
Jakobowski, Ludwig. Stumme Welt. Skizzen aus dem Nachlass. Brosch. M. 1,75, geb. M. 2,25. Minden i. W., J. C. C. Bruns.
—,— Ausklang. Neue Gedichte aus dem Nachlass. Brosch. M. 2,50, geb. M. 3,25. Minden i. W., J. C. C. Bruns.
Karding, E. — Straflose vorsätzliche Körperverletzung bei Bewegungsspielen. Freiburg i. Br., C. Trömer.
Kellen, Tony. — Die Noth unserer Schauspielerinnen. M. 2,—. Leipzig, Otto Wigand.
Kindermann, Dr. Carl. — Zwang und Freiheit, ein Generalfaktor im Völkerleben. Bd. III. Jena, Gustav Fischer.
Klaussmann, A. O. — Kaiserreden. Reden u. Erlasse, Briefe u. Telegramme Kaiser Wilhelms II. Ein Charakterbild des deutschen Kaisers. M. 6,—, geb. M. 7,50. Leipzig, J. J. Weber.
Kralik, Dr. R. v. — Angelus Silesius und die christliche Mystik. Preis 50 Pf. Hamm i. W., Breer & Thiemann.
Kühl, Gustav. — Detlev von Lilienkron. Moderne Essays zur Kunst und Literatur. Heft 21. Preis 50 Pf. Berlin, Gose & Tetzlaff.
Lagerlöf, Selma. – Jerusalem. Erzählung. München, Albert Langen.
Langen, Martin. — Geben und Nehmen. Schauspiel in fünf Aufzügen. München, Alb. Langen.
Lehmann, B. — Bodenkredit und Hypothekenbanken. M. 3,—. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.
Lessing, O. E. — Schillers Einfluss auf Grillparzer. Bulletin of the University of Wisconsin No. 54. Madison, Wisconsin.
Lindheimer, Franz. — Karl Roland, Roman in Versen. Geh. M. 2,—, geb. M. 3,—. Berlin, Dr. John Edelheim.
Müller, D. K. — Kirchengeschichte. II. Band. I. Halbband M. 9,60 – geb. M. 10,60. — Tübingen und Leipzig, J. C. B. Mohr.
Oscar, Carl. – „Vom Menschen zum Tyrannen". Drama in vier Akten. — Leipzig, Oswald Mutze.
Petzet, Christian. — Die Blüthezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. M. 2,20. München, J. F. Lehmann.
Raff, Helene. — Modellgeschichten. M. 3,—. Berlin, Gebrüder Paetel.
Riehemann, Dr. J. — Der Humor in den Werken Justus Mösers. (106 S.) Osnabrück, J. G. Kisling.
Scheffler, Karl. — Ludwig von Hofmann. Moderne Essays zur Kunst und Literatur. Heft 22. Preis 50 Pf. Berlin, Gose & Tetzlaff.
Schwager, Friedrich. — Die katholische Mission in Südschantung. Frankfurter zeitgemässe Broschüren. Hamm, Breer & Thiemann.
Schwarz, G. — Papst Leo XIII. vor dem Richterstuhl Christi. Dresden, Friedrich Jacobi.
Schwarz und **Strutz.** — Der Staatshaushalt und die Finanzen Preussens. Bd. I. Ueberschuss-Verwaltung. VIII. und IX. Buch: Die direkten und die indirekten Steuern. Berlin, J. Guttentag.
Statistisches Jahrbuch der Stadt Berlin. Sechsundzwanzigster Jahrgang. Herausgegeben von R. Böckh. (750 S.) Berlin, P. Stankiewicz.
Stahran, J. — Ueber die Nothwendigkeit oder die Nichtnothwendigkeit des Krieges. Preis M. 1,20. Leipzig, A. Wehner.
Vetter, Dr. Ferdinand. — Bern, die Schweiz eine „deutsche Provinz". M. 1,—. Berlin, Hermann Walther.
Waechter, Dr. M. — Die Kleinbahnen in Preussen. M. 5,—. Berlin, Julius Springer.
Wilpert, R. v. — Irmgard oder Weibertreu. Vers-Lustspiel in fünf Aufzügen. Leipzig, Oswald Mutze.
—,— Naladi oder Königswild. Indisches Vers-Drama in fünf Aufzügen. Leipzig, Oswald Mutze.
—,— Der Leibarzt oder Das vergnügte Krankenhaus. Lustspiel in fünf Aufzügen. Leipzig, Oswald Mutze.

Wilpert, R. v. — Im Jungfernstift oder Der gezähmte Widerspenstige. Lustspiel in fünf Aufzügen. Leipzig, Oswald Mutze.
—,— Mongkut oder Die Stiefgrossschwiegermutter. Lustspiel in fünf Aufzügen. Leipzig, Oswald Mutze.
Winckler, H. — Die babylonische Kultur in ihren Beziehungen zur unsrigen. 80 Pf. Leipzig, J. C. Heinrichs.
Wolff. — Michael Kohlhaas. Kritische Ausgabe nach der Handschrift mit Erläuterungen von Prof. Dr. Eugen Wolff. Brosch. M. 1,20, kart. M. 1,90. Minden i. W., J. C. C. Bruns.
Zwymann, Kuno. — Das Georgesche Gedicht. Preis M. 2,50. Berlin, Dr. John Edelheim.

Manuskripte werden erbeten unter der Adresse des Herausgebers, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginirt sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Verantwortlicher Redakteur: Professor Dr. Hans Delbrück,
Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.
Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheen-Strasse 72/74.
Druck. Aktiengesellschaft National-Zeitung, Berlin W., Mauerstr. 86-88.

Staat, Volk und Nation.

Von

Georg Wilhelm Schiele.

Das Wort National ist heute in aller Leute Munde. Man redet von nationalen Pflichten und Rechten, nationaler Erziehung und Vollendung. Das Wort sammelt und trennt politische Parteien. Es ist zur Glaubenslosung, zum Dogma geworden, wie vor hundert Jahren das Wort: Freiheit und Gleichheit. Dies Wort richtet zwischen Gut und Böse. Es wäre im Stande, Kriege und Revolutionen zu rechtfertigen. Es gilt, als wäre es eins von den zehn Geboten.

Um so wunderbarer ist, daß eigentlich keiner das Wort definiren kann. Ist es die Rasse oder die Staatszugehörigkeit oder die Sprache, was den Inhalt des Wortes Nation bestimmt? Jeder denkt darüber anders, was ihn aber nicht hindert, das Wort täglich mit Sicherheit zu gebrauchen. Mancher versucht, es zu verdeutschen mit dem Wort „völkisch", und mancher braucht es fälschlich an Stelle des Wortes staatlich. Sollte es über die Meinung eines so wichtigen Wortes keine Klarheit geben? Es kann nur von Vortheil sein, wenn die nachdenkende Vernunft unser blindes politisches Wollen bei der Hand nimmt. Beim Volke allerdings ist die Politik Sache des Instinkts, aber bei den Führern Aufgabe des Intellekts.

Aber in der Politik haben lange Begriffsableitungen keine Ueberzeugungskraft. Hier giebt es, wie gegenüber dem Kunstwerk, ein Urtheil auf den ersten Blick. Ich will darum meine Erklärung nur einfach hinstellen und sie in ihrer Ausführung für sich selber reden lassen.

Staat, Nation und Volk sind drei Begriffe, die sich keineswegs decken und nicht nur das, es sind auch in der Wirklichkeit drei ganz verschiedene Wesen. Volk und Staat sind Gegensätze. Wenn der Staat die Interessen und Rechte der Allgemeinheit darstellt, so

bleiben bei dem Begriff Volk die Sonderinteressen und Rechte der einzelnen Menschen und Familien, der Ortschaften und Landschaften, der Stände und Korporationen, der Universitäten und Kirchen, Sonderinteressen, die dem Willen des Staates feindlich gesinnt sein können.

Der Begriff Nation faßt Staat und Volk zusammen als Einheit und leugnet ihren inneren Gegensatz. Das Volk ist Nation, wenn es im Staat das Organ seines Willens sieht, und der Staat ist national, wenn er in den Interessen des Volkes seine Aufgabe sieht.

Dies Dreispiel von Begriffen soll im Folgenden ausführlich dargestellt werden.

Heute herrscht in allen Köpfen das Dogma von der Allgewalt des Staates, wie einst in den Köpfen der Griechen und Römer. Der Staat kann Alles und darf Alles. Er kann Alles, den Bäckerjungen den nöthigen Nachtschlaf verschaffen, den Kindern die Elternerziehung ersetzen, er kann dem Arbeitswilligen und dem Arbeitslosen Arbeit verschaffen, er vermag die Industrie, den Landbau und sogar die Sittlichkeit zu stützen und blühen zu machen. Was er kann, das muß er auch und darf er auch. Er darf Alles. Gegen das Gesetz des Staates giebt es kein Recht. Menschenrechte des Einzelnen und der Minoritäten, der ständischen und kirchlichen Organisationen giebt es nicht oder soll es nicht geben. Der Staat braucht vor keinem Recht und keiner Moral Halt zu machen. Sein Vortheil ist sein Recht und ist Recht an und für sich. Es darf nur „Interessen- und Realpolitik" geben. So denkt man jetzt. Aber die Menschen haben nicht immer so vom Staat gedacht.

Im Mittelalter kennt man das Wort Staat kaum. Die innere Politik besteht in immer wiederholter und vermehrter Beschränkung der Hoheitsrechte der königlichen Gewalt durch eine Unzahl öffentlicher Sonderbildungen; Fürstenthümer, Bisthümer, Klöster, Städte, Landschaften, Ritterschaften und Zünfte. Die Gesetze erscheinen nicht als freie Willensäußerungen der Reichsgewalt, sondern als ihr abgedrungene Sonder- und Vorrechte der Einzeltheile.

Angesichts dieser Zersplitterung der nationalen Kraft hat man heute oft geurtheilt, daß das deutsche Volk an einem Mangel staatenbildender Kraft litte, weil es in früheren Jahrhunderten seinen Einheitsstaat nicht zu bauen oder zu erhalten vermocht hat. Aber man könnte auch behaupten, daß gerade in diesen tausendfachen Bildungen und Wiederbildungen von Körperschaften öffentlichen

Rechts, landschaftlichen und städtischen Gemeinwesen, Orden, Ritterschaften und Zünften eine ungeheuere staatenbildende Kraft sich offenbart. Die Kräfte der Nation zersplitterten sich in Einzelbildungen, weil keine große Gefahr erzwang, daß sie zusammengehalten wurden. Was noch Macchiavelli als eine Zierde Deutschlands erschienen ist: Selbständigkeit, Macht und Reichthum der Stände und Städte, wurde nun sein Unglück, seine Schwäche, als die großen Gefahren von außen heraufzogen. Die souveräne Gewalt, der alte Königsmantel des Reichs, war in hundert Fetzen an tausend Eigenthümer zertheilt. Im Mittelalter gab es keinen Unterschied zwischen privatem und öffentlichem Recht. Die Herrschergewalt über Land und Leute konnte vererbt, vertauscht, verkauft werden. Aber sie war nie unumschränkt. Sie fand immer wieder ihre Grenze an den Sonderrechten der untergeordneten Bildungen, die sich einen Theil staatlicher Hoheitsrechte, Gerichtsbarkeit, Besteuerungsrechte oder Freiheiten zu sichern verstanden hatten.

In Frankreich führte durch Vererbung und Eroberung die Entwicklung dazu, daß die Herrschergewalt über Land und Leute, alle Hoheitsrechte über das französische Volk, sich in der Hand eines Königs sammelten. Dieser König verfügte wieder über die ganze Staatsgewalt, deren die deutschen Kaiser sich beraubt sahen. An diesem Beispiel bildete sich der moderne Begriff Staat, im Gegensatz zu dem alten Begriff, der noch in dem Worte Generalstaaten lebt. Das Recht des Oberhauptes dieses Staates ist aus dem alten Lehnsherrenrecht hervorgegangen. Darum erscheint das Herrscherrecht an Land und Leuten wie ein Privateigenthum des Königs, über dessen Verwendung, ob zu seinem Vergnügen oder zum Wohl des Volkes, er Niemand Rechtfertigung schuldig ist. Der Staat gehört ihm, ja sogar an jedem Privateigenthum der Bürger hat er ein Obereigenthum. L'état c'est moi.

Das Beispiel Friedrichs des Großen hat den Staatsbegriff der aufgeklärten Monarchie geschaffen. Nachdem Friedrich Wilhelm I. die Bruchstücke der Staatssouveränität aus den Händen der städtischen und ständischen Korporationen gesammelt und an die Stelle der Mißwirthschaft dieser ständischen Einzelwillen seine Verwaltung des souveränen, aber seiner Verantwortung bewußten Staatswillens gesetzt hatte, war Preußen zum Muster des modernen Staatsbegriffs geworden. Der König der erste Diener des Staates und, wie Friedrich der Große sagt, nicht nur Gott, sondern auch

dem Volke verantwortlich, — aber weil er nur das Staatsinteresse vertritt, von jeder Fessel frei.

Die kleineren deutschen Fürsten waren sowohl von der wirklichen Souveränität, wie von diesem Staatspflichtbewußtsein noch weit entfernt. Wie Mirabeau erzählt, machte die ungeheure Luxusverschuldung der sächsischen Kurfürsten sie von ihren Ständen vollständig abhängig, noch zu der Zeit (1780), wo in Preußen von Ständen nichts mehr zu hören war. Die Kurfürsten mußten von ihren Ständen Geld erbitten, während die preußischen Könige den ihren aus der allgemeinen Landesverwaltung Geld geben konnten. Die meisten Fürsten waren damals in ähnlicher Weise Souverän, wie es heute der Großherzog von Mecklenburg ist, der nur da unumschränkt ist, wo er zugleich Grundeigenthümer ist, in den andern Theilen aber die Grenzen seiner Macht an den Rechten seiner Stände findet. Die wahre Souveränität ihrer Staaten haben diese deutschen Fürsten erst von Napoleon und der französischen Revolution erhalten. Von nun an waren die Hoheitsrechte über Leib und Leben des deutschen Volkes oder sagen wir der deutschen Nation zum Privateigenthum einer Anzahl kleiner Fürsten geworden. Bismarck nannte das die gott- und rechtlose Souveränität der Kleinstaaten. Dieser unmögliche Zustand wurde die Ursache der Revolutionen von 1848 und 1866. Nach letzterer wurden die Hoheitsrechte über die deutsche Nation wieder unter einem Staatswillen gesammelt.

In Frankreich hat hundert Jahre lang nicht der König dem Nutzen des Staates oder des Volkes gedient, sondern das Volk und der Staat hat der Genußsucht und Ruhmsucht des Königs gedient. Dieser Widerspruch zwischen Staatsideal und Staatswirklichkeit, offenkundig geworden in dem unüberwindlichen Defizit, war der politische Ursprung der großen Revolution. Man fand, daß das Königthum dem Staate schlecht gedient habe und räumte es hinweg. Die Allmacht des Staates aber blieb, ja sie wurde noch größer und ist in den nachrömischen Zeiten niemals größer gewesen als im Staatsbegriff der französischen Revolution. Der Staat duldete neben und unter sich keine anderen Volkskörper mehr, weder eine selbständige Kirche, noch geistliche Orden, Klöster, Universitäten, Provinzialvertretungen, Standesorganisationen, Zünfte und Innungen, nicht einmal Koalitionen von Handwerksgesellen zur Verbesserung ihrer Löhne. Die übliche Lehrmeinung vom Staate

sagte, dergleichen seien Staaten im Staate und darum staatsgefährlich. Das Volk wurde in Atome zerschlagen, damit es keinen Willen und keine Kraft habe außer im Staate. Man sprach freilich weniger vom Staate, als vom souveränen Volk und vom Vaterland. Man meint aber immer das Volk in seiner nationalen Gesammtheit, und nach Köpfen gezählt, nicht ein aus Einzelkörperschaften zusammengesetztes Volk, also ein Abstraktum Volk, ein Gespenst, dessen Vertrauter jede Majorität und jeder Machthaber zu sein behauptet. Der Wille dieses abstrakten Volkes ist unhörbar. Er wird hörbar erst im Munde des Staates, d. i. der Majorität oder des Machthabers. Als Staatswille erhebt er den Anspruch auf Allmacht und hat während der Revolution weder vor dem Vermögen der Kirche und anderer öffentlicher Körperschaften noch auch vor dem Eigenthum des Einzelnen Halt gemacht. Das „Vaterland" durfte von seinen Bürgern Alles verlangen. —

Nach diesen Grundsätzen der Revolution hat Napoleon das moderne Frankreich ausgebaut. Die Folgen sind Unfreiheit des Volkes im Innern oder sagen wir Willenlosigkeit der Einzelorgane des Volkes; denn das Volk hat keinen Willen außer dem einen, dem Staatswillen; — und Macht und Schlagkraft des Staates nach außen, ein Staat, worin das Volk nur glücklich sein kann, durch Kraftentfaltung nach außen.

In England ist die Entwicklung anders ausgegangen. Freilich hat es auch dort absolute Könige gegeben. Heinrich VIII. und Elisabeth und Karl waren noch viel despotischer als die Könige der Franzosen. Darauf hat es auch Revolutionen gegeben. Ihr Erfolg ist nicht die Zertrümmerung des alten Staates und die Aufrichtung eines allmächtigen, revolutionären, neuen Staates gewesen, sondern Gesetzgebung zum Schutze der Rechte des Einzelnen und zur Einschränkung der Macht des Staates. Gesetze sind hier nicht der frei verkündete Wille des Staates, sondern verbriefte Rechte des Volkes gegen den Staat. (Man versus state). Kennzeichen des englischen Staates ist, daß es keinen Unterschied zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht giebt, und zwar muß sich nicht das private Interesse vor dem öffentlichen rechtfertigen, sondern im Gegentheil das öffentliche Recht muß sich vor den ordentlichen Gerichten prüfen lassen. Es giebt dort keine Verwaltungsjustiz und die Giltigkeit ministerieller Verordnungen steht bei den bürgerlichen Gerichten. In der inneren Politik dieses Landes hat bisher der Gedanke geherrscht, daß die Rechte der

Bürger gegen den Mißbrauch der Staatsgewalt geschützt werden müssen, daß die Freiheit des einzelnen Bürgers die Hauptsache sei, nicht die Kraft des Gemeinwesens nach außen, eine Politik des Volkes gegen den Staat nicht des Staates für das Volk. Auch jener andere Gedanke, daß in der Kraft des Staates sich ein Volk Schlagkraft nach außen sichert, ist dem englischen Volk nicht fremd, hat sogar oft die verfassungsmäßige Freiheit des Einzelnen stark beschränkt und unterdrückt, aber doch nie die Alleinherrschaft gewonnen. Uns ist es anders gegangen. Darum hat unser Staat das Recht auf allgemeine Wehrpflicht seiner Unterthanen. Den Engländern scheint diese unerträglich. Sie haben sich mit einem Werbeheer begnügt, ihm noch den militärischen Kopf abgeschlagen und einen bürgerlichen darauf gesetzt, damit es den Bürgern ungefährlich sei.

Der Staatsmann, der das moderne Preußen gebaut hat, der Freiherr vom Stein, war von Innen heraus auch kein Freund eines allmächtigen Staatswesens. Er war im wahren und alten Sinne des Wortes liberal. Er traute der von oben befehlenden Weisheit der Minister und Beamten wenig Gutes zu, um so mehr der Einsicht, der Vaterlandsliebe und dem reinen Willen des an den öffentlichen Aufgaben ohne Entgelt mitarbeitenden freien und freimüthigen Bürgers. Er wollte selbständige Kirche, frei sich selbstverwaltende Städte, Landschaften und Stände als willenslebendige Körperschaften und einen König, der nicht bloß die Stimmen seiner Beamten, sondern auch die Stimme der Besten aus dem Volk zu hören bekäme.

Die Ironie der Geschichte hat es gewollt, daß er gerade dem preußischen Staat nach napoleonischem Muster eine schlagkräftige Beamtenverfassung gegeben hat, — nur als Provisorium. Aber indem unter seinem Nachfolger die Verfassung der Stände und Landschaften ausblieb, wurde das Provisorium zum Definitivum und machte den preußischen Staat zu einem Gemeinwesen, das an Allmacht mit dem napoleonischen Frankreich wetteifern kann. Nur die Städteordnung zeigt seinen wahren Willen und erschien darum lange Zeit wie ein Fremdling im preußischen Staatsleben.

Die Noth des preußischen Staates und Volkes zwang diesen Staatsmann, der, wie damals alle bedeutenden Staatsmänner (z. B. Humboldt), das Ideal nicht in einer starken Obergewalt, sondern in der Freiheit des Volkes sah, der überzeugt war, von der Ohnmacht und Unfähigkeit des Staates zur Bevormundung des

Volkes, und im Stande gewesen wäre, dem deutschen Volke eine freisinnige Friedensverfassung zu geben, — zwang ihn, dem preußischen Staate vielmehr eine kräftige Kriegsverfassung zu geben.

Die kurze liberale Aera von 1860 bewies dem liberal gesinnten König Wilhelm, daß eine bequeme Friedensverfassung mit Parlamentsherrschaft und verantwortlichen Ministern und mit dem Geldbeutel der Steuerzahler als Prüfstein von Gut und Böse, nicht zu verantworten sei angesichts der gefährlichen Lage Preußens, daß vielmehr die Schlagkraft des Staates und darum die Freiheit der Krone unentbehrlich für die Zukunft sei. In diesem Konflikt behielt die Krone, wie bekannt, Recht, und darum hat Preußen und Deutschland heute noch die Kriegsverfassung des Staates. Die Krone hat mit ihrer Ansicht auch in den Köpfen ihrer Unterthanen gesiegt.

Allmächtig ist die Ueberzeugung, daß in der Politik es nur ein Ziel giebt, die Schlagkraft des Staates. Wer Heer und Flotte zu kleinern sucht, wer die Macht der Krone beschränken will, wer die Minister dem Parlament verantwortlich haben will, heißt Reichsfeind und Staatsfeind, und dieser Makel ist so schlimm, daß dagegen der Titel Volksfreund gar keinen oder nur einen verrätherischen Klang hat. Man kennt heute keinen Gegensatz mehr von Volk und Staat. Weil die Krone mehrere Menschenalter hindurch mit bewundernswerther Gewissenhaftigkeit und mit dem Einsatz ihrer eigenen Sicherheit die Allmacht des Staates nur zum Besten des Volkes angewandt hat, so hat sie die Herzen und Geister des Volkes gewonnen, sie hat sich im Volk eine Majorität gegen die Vertretung des Volkes, das Parlament, geschaffen, hat die Volksvertretung ins Unrecht gesetzt, hat sie in der Figur des Volksverderbers und Irreführers erscheinen lassen. In England haben Jahrhunderte lang die Könige als leichtsinnige Vergeuder der Volkskraft und das Parlament als Beschützer und Mehrer der Volkskraft gegolten, — ein Glaube, der nur durch die entgegengesetzte Erfahrung mehrerer Generationen umgeändert werden kann. In Preußen und Deutschland gelten die Volksvertretungen als kurzsichtige und unzuverlässige Führer des Volkes, die preußischen Könige und andere Fürsten aber als die wahren Väter und Freunde des Volkes.

Das Vertrauen des deutschen Volkes ist das reiche Erbe der Hohenzollernkaiser. Dies Erbe allein macht es möglich, daß das Reich bei einer so demokratisch gewählten Volksvertretung und

bei einer eigentlich gar nicht monarchischen Spitze doch den Eindruck fast einer absoluten Monarchie macht.

Das Vertrauen des Volkes selbst hat den Unterschied oder die Feindschaft zwischen Staat und Volk aufgehoben. Vom Volk redet man nicht viel, sondern von der Nation. Man sagt von sich nicht, man sei volksfreundlich gesonnen, sondern man sei national gesonnen. In dem Wort Nation liegt die Behauptung der Interessengemeinschaft von Volk und Staat.

Diese Eintracht von Staat und Volk ist heute im Zeitalter der allgemeinen Volksbildung und der allgemeinen Wehrpflicht nur möglich, wenn das Volk in ausgedehntem Maße an der Regierung theilnimmt. Man darf die demokratischen Voraussetzungen in dem Begriff National nicht übersehen. Zu Zeiten der absoluten Monarchie redete Niemand von nationalen Staaten. Es waren schon alle die bunten Völkerschaften Oesterreichs da, aber es gab keinen Sprachenstreit zwischen ihnen. Weil das Volk noch nicht zu Wort gekommen war, so schwiegen auch die Völklein. Wenn auch das Wort Nation schon alt ist und schon von Luther und vor ihm in unserem Sinne gebraucht ist, so ist es doch so recht aktiv erst geworden unter Napoleon III. Der moderne Begriff des nationalen Staates ist zusammengeboren mit dem des demokratischen Staates. Nationale Gesinnung ist offiziell gewordene Demokratie, ist Demokratie unter Glas und Rahmen. Uns Deutschen ist das nicht so einleuchtend, wie etwa den Franzosen und Italienern; denn wir bilden im Deutschen Reich sozusagen eine durch das Verdienst unserer Fürsten hypnotisirte Demokratie. Aber in dieser allgemeinen Fassung gilt der Satz auch für uns: Wenn das Volk zum Staate das Vertrauen hat, daß er ein treuer Pfleger oder auch Geschäftsführer seiner Interessen ist, so nennt es sich Nation. Und wenn der Staat die Ueberzeugung hat, daß das Volk ihm vertraut und folgt, so nennt er sich einen nationalen Staat. So bedeutet das Wort Nation die Eintracht von Staat und Volk.

II.

Der Gegensatz zwischen Volk und Staat schläft aber nur, und auch nicht überall, sondern wacht und ist lebendig, wo das Volk Grund hat, dem Staat zu mißtrauen. Die Gleichung zwischen den Interessen von Staat und Volk geht niemals ohne Rest auf. Auf Seiten des Volkes bleibt immer noch ein Glücksschacht von Wünschen übrig. Ich will nur vorübergehend erinnern an die

Beamtenfeindschaft jedes echten Bauern, an Friedrich Wilhelms Wort vom Racker von Staat, der auf einem Ohre taub ist, und an die Erlebnisse des Bäuerleins, das den König beim Spaziergang mit einer Bittschrift zu überfallen sucht und dreimal von dem verdammten Kerl und Volksfeind, dem Fiskus, in den Graben geworfen wird, in Wahrheit freilich nur vom Adjutanten. — Das sind Volksvorstellungen, worin der „Götze Staat" (Nietzsche) keineswegs als unfehlbare Gottheit erscheint.

Das Volk bildet noch andere Körper als den Staat, nämlich vor Allem die Kirche. Dieser Volkskörper hat seinen vom Staat gesonderten Wunsch und Willen. Er will auch den ganzen Menschen und kann es nicht dulden, wenn der Staat die Gewissen der Einzelnen allein gängeln will. Jeder Katholik, er sei ultramontan oder nicht, ist im Deutschen Reich der Ueberzeugung, daß es keine vollkommene Identität von Volk und Staat giebt. Die katholische Kirche, auch ein staatliches Wesen, aber älter und im Volksgewissen mächtiger, als der, wie sie ihn nennt, heidnische Staat, trifft sich feindlich mit dem Staat, wo es sich um die Erziehung des Volkes handelt, unter Anderem also in der Schule. Auch unter den kirchlich gesinnten Protestanten giebt es Leute, denen die Allgewalt des Staates in Kirche und Schule ein Greuel ist. Es ist mancherlei Verhältniß zwischen Staat und Kirche denkbar, z. B.: Ein mächtiger Staat lenkt eine schwache Kirche nach seinen Zwecken. So ist es in Rußland. Oder eine schwache Kirche sucht bei einem Staate Schutz und Hilfe gegen ihre Verfolger; so die protestantischen Kirchen der Reformation. Oder eine mächtige Kirche verbindet sich mit dem Staat zur Verfolgung ihrer Zwecke. So die katholische Kirche zur Zeit der Gegenreformation. Dies sind Friedensverhältnisse zwischen Staat und Kirche. Es kann aber auch Krieg zwischen beiden sein. Die Geschichte erzählt von dem Jahrhunderte langen Streit zwischen weltlicher und geistlicher Gewalt im Mittelalter, sie erzählt von der grausamen Verfolgung und Vernichtung der Kirche in Frankreich durch die siegreiche Revolution. Die Neuzeit hat den Kulturkampf zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche erlebt. In allen diesen Kämpfen wäre die Kirche ohnmächtig, wenn sie nicht als Verbündeten gegen den Staat das Volk hätte. Sobald der Staat der Kirche zu nahe zu treten scheint, wird unter dem Staate lebendig, was es noch an Volk giebt. In solchen Zeiten kann sogar die katholische Kirche zur Vorkämpferin für Gewissensfreiheit und Volksfreiheit gegen den Staat werden und

ihre Gesetzesvorschläge mit dem Namen Toleranzedikt schmücken. In Oesterreich, wo Staat und Kirche einig sind, sieht das Volk seine Freiheit, vielleicht nicht nur die Glaubensfreiheit, sondern unbewußt auch die politische Freiheit in der protestantischen Kirche. Wo Staat und Kirche einig sind im Druck auf die Gewissen des Volkes, da kann der Druck unerträglich werden, wie der Verzweiflungsschrei beweist, den wir neulich aus Rußland gehört haben.

Es sei mir erlaubt, aus der Rede dieses Mannes*), der über das Verhältniß von Staat und Kirche nicht müßige Philosophie treibt, sondern dem die eigene Noth und die Noth des Volkes die Sätze aus der Seele treibt, nur einige Worte anzuführen: „Bei uns, so sagt man, giebt es Freiheit des Glaubens, nur nicht des Bekenntnisses. Diesen Irrthum, den die Gegner Betrug nennen, sollten die wahren Vertheidiger der Kirche aufdecken. Der Staat sagt: Glaube, was du willst, nur untersteh' dich nicht, vor Andern es auszusprechen. Darf auch die Kirche das sagen? Sie muß vielmehr sagen: Nein, überlaß das mir. Ich überzeuge durch die Klarheit der Wahrheit, ich drohe nicht mit Strafen. Aber soll es denn erlaubt sein, offen von der Orthodoxie abzufallen und Andere zu verführen? Allerdings. Nur das ist Gewissensfreiheit. Vergewaltigung der Gewissen ist Gewissenlosigkeit. Wenn die Kirche zu ungeistlichen Waffen, zum materiellen Zwange greift, so hört sie auf, Kirche zu sein und wird zur staatlichen Organisation, zum Reich dieser Welt und giebt sich dem Schicksal der Reiche dieser Welt preis. Unser gemeinsames Elend ist die Strafe dafür, daß wir die Kirche Gottes mit frevler Hand zu Füßen der eitlen irdischen Gewalt angekettet haben."

In Amerika herrscht ein anderes Verhältniß zwischen Staat und Kirche, nämlich sowohl Freiheit als Schutzlosigkeit der Kirchen. Hier erhebt der Staat auch nicht den Anspruch auf dem Gebiet des Kultus und der Schule mitzuregieren. In Frankreich giebt es eine Vernunftehe zwischen Kirche und Staat, das Konkordat, eine Ehe, die augenblicklich wieder durch Zwist gestört wird, die aber möglicher Weise inniger werden wird gegenüber der beginnenden Evangelisation Frankreichs. Denn glaubenseifrige Sekten erscheinen den Ansprüchen des Staates zuweilen gefährlicher, als die herrschende Kirche.

Die Kirche ist nicht die einzige Volksverkörperung, die sich dem

*) Rede des Adelsmarschalls, gehalten auf einer Missionskonferenz der orthodoxen Staatskirche gegen die Sekten, also gehalten im Lager der Feinde solcher Anschauungen, — eine muthige politische That.



Staate gegenüberstellen kann. Einstmals freilich ging das Leben des Volkes auf in der Kirche. Alle Kultur des Volkes stammte von der Kirche. Aber heute giebt es eine Volksbildung: Glaubenssätze, Ideale, Hoffnungen, Kulturbestrebungen, die dem Volke auch außerhalb der Kirche Selbständigkeit geben, die man im Gegensatz zur kirchlichen die nationale Kultur nennen kann. Sie ist heute die häufigste Zwietrachtsursache von Staat und Volk, der wir uns nun zuwenden.

Wenn unter einem Staat mehrere Völker wohnen, so giebt es keine Nation im Staate, und die vollkommene Einheit zwischen Volk und Staat ist unmöglich. Was ist denn das österreichische Volk? Ein Volk, bestehend aus Völkern, die sich hassen! Und was ist der österreichische Staat? Ein einsamer Kaiser über Völker, aber ohne Volk; daneben einige konstitutionelle Minister, welche aber gezwungen sind, zuweilen gegen die Verfassung zu regieren, und eine Volksvertretung, die nicht die Interessen des Volkes, sondern den Interessenstreit der Völker vertritt.

Wenn dieser Staat versucht, sich nach dem Ideal des nationalen Staates zu bilden, das ist: des demokratisch regierten, zugleich zentralisirten und in allen Verwaltungszweigen allmächtigen Staates, so muß das allerdings zu ewigem Zwist führen. Die Dotation eines slovenischen Gymnasiums oder die Besetzung einer Postdirektorstelle in irgend einem Grenznest wird zu einer Staatsaktion, vermag Minister zu stürzen und lebenswichtige Staatsarbeiten zu hemmen. Dieser Staat, der alles regieren will, als wäre er der Einheitswille eines in sich einigen und der Demokratie fähigen Volkes, sieht unter sich nicht ein einziges, vertrauendes Volk, sondern ein halbes Dutzend Völker, die eifersüchtig einander bewachen, daß keines von ihnen das Szepter dieses mächtigen Staates in die Hand bekomme. Denn bewußt oder unbewußt würde es zum Unterdrücker der andern werden. Jedes Volk verlangt wohl für sich das demokratische Mitregiment, aber mißgönnt es den andern. Darum ist zentralisirte Demokratie hier unmöglich. Wo demokratisch regiert werden soll, da darf es nicht mehrere Völker geben, und wo es mehrere Völker giebt, da darf nicht demokratisch regiert werden.

Ohne einige Freiheit und Mitregiment sind freilich die europäischen Völker nicht mehr zu regieren. In diesem Falle aber darf die Selbstverwaltung des Volkes nicht im Zentrum des Reichs zu Hause sein, sondern in seinen kleinsten Theilen. Der Staat sollte

die kleinsten Volkskörper, städtische Gemeinden und kleine Landschaften oder Kreise mit demokratischen Freiheiten beschenken. Er sollte ihnen die Besetzung der kleinen Beamtenstellen überlassen und sich so zu sagen auf den Stab des Regiments zurückziehen. Vor allem aber sollte er ihnen die Kulturaufgaben übertragen. Wenn die niederen und mittleren Schulen von den Kommunen ganz frei aus eigenen Mitteln so gut wie es eben Kraft und Wille erlauben, verwaltet würden, — der Staat dürfte ihnen dazu Steuerquellen, aber ja keine Geldsummen überlassen — wenn die Schulen je einer Sprache sich zu einem völlig staatsfreien Verwaltungskörper, einer Universität, zusammenthäten, so wäre der Streit um die Sprache und verwandte nationale Werthe vom Marktplatz der großen Staatsinteressen in die wenigen zweisprachigen Kommunen verbannt. Er würde es dort auf die Dauer schwer haben, sich gegen die materiellen Lokalinteressen zu vertheidigen. Man kann ihm auch dort seine Schärfe nehmen, wenn man der Minderheit sichert, was sie zum Leben braucht. Es muß der Grundsatz gelten, daß mehrsprachige Kommunen nicht aus gemeinsamen Geldern Schulen halten dürfen, sondern daß steuerbare Kultusgemeinden diese Aufgaben übernehmen. Ganz zu löschen ist der Streit der Nationen unter einem Staate nicht, aber nur im Zentrum, in einem großen Volksparlament ist er eine Gefahr. Welche wunderbare Mannigfaltigkeit, welch reiches freies Leben wäre möglich, wenn jede Sprache und jede Konfession, Rechtgläubigkeit und Freisinn, Stadt und Land, Vornehm und Gering, wetteiferten in der Erziehung der Jugend und des Volkes.

Giebt der Staat den Völkern eine so freisinnige Selbstverwaltung, so darf er nicht nochmals zwischen sich und diese Volkskörper ein vom Haß zerrissenes Volkshaus stellen. Im Zentrum giebt es kein Volk, sondern nur die Krone und etwa einen Beamtenstaat und ein Ständehaus mit Vertretern der Magistrate. Wenn die Landschaften klein genug geschaffen werden, und wenn sie mit Rechten und Freiheiten so reich ausgestattet werden, daß sie keine nationalen Kleinstaaten gründen könnten, ohne Großes davon zu opfern, so werden sie der Einheit des Reiches nicht gefährlich werden, sondern werden singen, wie im alten Oesterreich: Gott erhalte Franz, den Kaiser.

Dieser Abschnitt ist natürlich nicht geschrieben, um den Oesterreichern eine Verfassung vorzumalen, — sie müssen ja besser wissen, was ihnen noth thut, — sondern um uns Deutschen in einem

Bild, das unsere Leidenschaften nicht erregt, zu zeigen, wie das Dasein mehrerer Nationen im Staate, wenn Friede sein soll, verlangt, daß der Staat Theile des Volkslebens frei giebt.

Gegen Oesterreich gesehen, ist das Deutsche Reich ein nationaler Staat gesunder Konstitution. Aber auch hier giebt es Feindschaft zwischen Volk und Staat. Ein Splitter des Polenvolkes lebt unter unserem Staate und sieht in der Person des Staates die feindliche Nation, während der deutschnationale Staat ihn mit Mißtrauen und im besten Falle als ein nothwendiges Uebel ansieht.

Je mehr der Staat das Lebensinteresse der Nation vertritt, um so feindlicher und gefährlicher erscheint er dem Volkstheil, der nicht zur Nation gehört, der durch Sprache und Religion, durch Ideale der Vergangenheit und Hoffnungen der Zukunft, durch Sitten und Liebhabereien, durch Freundschaft und Verwandtschaft mit fremden Völkern von dem herrschenden Volke, der Nation verschieden ist. Je mehr die Nation, das große deutsche Volk, aus wohlbegründetem Vertrauen seinem Staate erlaubt, es zu gängeln, sein Zuchtmeister und Erzieher zu sein, in der Kirche, in der Schule, in den Rathsstuben und auf den Kasernenhöfen, je mehr es ihm erlaubt, jeden Einzelnen und jeden Menschen ganz für sich zu nehmen, um so unerträglicher wird diese Machtfülle des Staates in den Gegenden, wo Volk und Staat sich feindlich gegenüberstehen.

Wehren sich die fremdnationalen Volkstheile gegen den Staat, so erscheint der im Staat herrschenden Nation dies Beginnen nicht nur staatsfeindlich, sondern hochverrätherisch. Aber zwischen Staatsfeindschaft und Hochverrath giebt es unendliche Zwischenstufen. Es ist ganz unmöglich, daß ein Volk, sofern es überhaupt noch lebendig ist, widerstandslos im fremden Staate verschwände. Sie müßten ja Lumpenhunde sein, wenn sie sich so unversehens entmannen ließen. Aber wenn sie auch wollten, so können sie doch gar nicht. Denn man verlangt Unmögliches von ihnen, nämlich, daß sie so thun sollen, als wären sie Deutsche, die sie doch nicht sind. Sie nehmen nothwendigerweise eine Ausnahmestellung im nationalen Staate ein. Sie wollen und müssen dem Staat ferner stehen. Sowohl ihre Rechte, als ihre Pflichten gegen den nationalen Staat müssen gekürzt werden. Das Leben fremder Völker in diesem Staate muß in irgend einer Form möglich sein. Aufgabe ist, diese Form zu suchen. Jetzt ist das Deutsche Reich noch ein Staat mit nur wenig Fremdtheilen. Aber lebende Staaten bleiben nicht dauernd in der Größe, die sie erreicht haben. Alles Lebendige wandelt sich. Auch

das Deutsche Reich wird in den Stürmen der Zukunft entweder größer oder kleiner werden. Wir hoffen, größer und mächtiger. Darum, wenn einmal das Deutsche Reich gezwungen ist, sich fremde Theile anzugliedern, so müssen wir schon wissen, wie das geschehen kann, ohne den nationalen deutschen Staat zu schädigen.

Es ist durchaus gerechtfertigt, wenn den Polen versagt wird, in ihrer Sprache politische Versammlungen abzuhalten. Politische Rechte, zumal in dem überaus freigebigen Sinn unserer Reichsverfassung gehören nicht unter die Menschenrechte, und können von der Staatsraison, wie gegeben, so genommen werden. Auch im Verkehrswesen kann die fremde Sprache benachtheiligt werden. Das ist nicht mehr Unrecht, als eben in der Politik recht ist. Recht ist, was Frieden schafft, was Völker mit einander leben läßt, Kriege vermeidet, Revolutionen verhindert, Menschenleben erhält und das Menschen nährende Korn nicht zertritt, sondern wie alle Werke des Friedens gedeihen läßt. Unrecht ist, was Unmögliches verlangt, und dadurch die Menschen gegen einander hetzt, sie zur Vertheidigung des Besten, was sie haben, auf die Schanzen oder auf die Barrikaden treibt, Menschenleben und alle Werke des Friedens vernichtet.

Es giebt gewisse Kulturrechte, die in einem europäischen Staate keinem Unterthanen, auch wenn er ein schlechter Staatsbürger wäre, versagt werden dürfen. Dahin gehört, daß der Angeklagte sich in seiner Sprache verantworten darf, und als das Allerwichtigste gehört dahin, daß Eltern ihre Kinder in ihrer Muttersprache unterrichten lassen dürfen und ihnen ihren eigenen religiösen und nationalen Glauben überliefern dürfen.

In Preußen, es scheint mir manchmal unglaublich, aber muß doch wohl wahr sein, wird den Polen der Privatunterricht in ihrer Sprache verboten, und die Kinder werden in einen Religionsunterricht gezwungen, den weder die Kinder, noch die Eltern, noch die Kirche, sondern den nur der Staat will. Kinder, die sich sträuben, sollen zur Zwangserziehung verurtheilt, also den Eltern genommen werden. In den Seelen der Kinder soll der Kampf zwischen Eltern- und Lehrerautorität, zwischen Kirchen- und Staatsautorität ausgefochten werden. Das ist Gewissenszwang und darum wie jener Russe sagt: Gewissenlosigkeit. Dies Wort wird freilich wenig Eindruck machen. Der allgemeine Aberglaube lehrt heute, daß in der Politik jede Humanität Dusel und der nationale Egoismus das einzig Moralische sei, daß es in der Politik nur Machtfragen, aber

keine Rechtfragen giebt, daß die Politik sich nur nach den Interessen, nicht aber nach dem Gewissen zu richten habe. Das ist aber alles nicht wahr. Das Gewissen ist die stärkste Macht im politischen Kämpfen. Der Staat ist ein Gespenst, ein Abstraktum. Es braucht Menschen, um ihn handeln zu machen. Menschen aber haben nur Ausdauer bei einem Werk, wenn sie dabei ein gutes Gewissen haben. Wir, die nächsten Erben der Reformation und der Väter, die um ihrer Gewissensfreiheit willen Jahrhunderte lange Kriege geführt haben, wir sollten doch wissen, daß solche Sachen des Glaubens und meinetwegen auch des Aberglaubens nicht durch Regierungsgewalt ausgemacht werden dürfen und auch nicht ausgemacht werden können. Das gelingt noch nicht einmal in Rußland, geschweige denn in Deutschland. Das polnische Volk glaubt, seinen Kindern soll ein Religionsunterricht aufgezwungen werden, den die Kirche nicht will, sondern der deutschnationale Staat. Das kann sich weder das Volk noch die Kirche gefallen lassen. So ruft der Staat im fremden Volke die Macht gegen sich auf, die älter und mächtiger im Volke ist als er: die Kirche. Allein ist diese gegen den Staat ohnmächtig, aber wenn sie das Volk hinter sich hat, so ist sie allmächtig, und immer hat der Staat dann vergebens gegen sie gefochten. Sie hat die standhaftesten Gewissen für sich, darum muß sie siegen. Wenn der Staat sich die alleinige Herrschaft über die Schule und noch dazu über den Religionsunterricht anmaßt, so treibt er Kirche und Volk zusammen.

Die Herrschaft des Staates in der Schule gilt heute jedem Deutschen als selbstverständlich und ist es doch keineswegs, sondern nur, wo Staat und Volk einig sind, wie bei uns, — anderswo kann sie zur Mißhandlung werden. Seit den Zeiten der Revolution sieht in Frankreich der Staat einen Feind in jeder Schule, die nicht staatlich ist. Nachdem die Orden, die sich bisher mit der Jugenderziehung befaßt hatten, von der revolutionären Regierung vertrieben worden waren, sollte das Volk seine Kinder nur in die Staatsschulen schicken. Das führte zu einem vollständigen Aufhören jedes Unterrichts auf dem Lande für eine geraume Zeit. Die Staatsschulen hatten nicht das Vertrauen des Volkes, daß sie den kirchlichen Schulen gleichwerthig seien. Noch bis heute mißtraut das Volk dem Staat, wenn er sich in die Schule begiebt. Mehr oder weniger ist das auch in den katholischen Gegenden Deutschlands so. Dem protestantischen Durchschnittspreußen ist das unverständlich, ebenso wie es ihm unverständlich ist, wenn der

Staat sich gar nicht um die Schulen kümmert (England, Amerika). Im Mißtrauen der Katholiken sieht er nur unberechtigte Staatsfeindschaft und kirchliche Machtgelüste. Nur der streng kirchliche Protestant weiß sich hierin eins mit den Katholiken (lex Zedlitz). Er sieht ein, daß die Schule dem Staat nicht hilflos gehören darf, daß sie andere und höhere Zwecke als rein politische hat, nämlich religiöse oder vielmehr rein menschliche, daß die Schule dem Volk und nicht dem Staate gehört. Er kennt natürliche Grenzen der Allgewalt des Staates, er kennt Rechte des Volkes auch gegen den Staat.

Dieser Satz, daß es Rechte des Volkes auch gegen den Staat giebt, ist der öffentlichen Meinung schnurstracks zuwider. Wenn man nun gar von einem Rechte polnischer Unterthanen gegen den preußischen Staat reden wollte, statt vom Rechte des preußischen Staates gegen seine Unterthanen, das wäre strafbare Ketzerei. Und doch haben die Polen solche Rechte gegen den preußischen Staat, unveräußerbare, unverwirkbare Kulturrechte, die auch einem besiegten Volk nicht vorenthalten werden können.

Die Schwierigkeit liegt nun in Folgendem: Der allgemeine staatliche Schulzwang ist eine der Grundeigenthümlichkeiten des preußischen Staates. Dieser Grundsatz, worin Volk und Staat seit langer Zeit einig sind, darf nicht um einiger dürftiger Polen willen erschüttert werden.

Es ist auch klar, daß in der preußischen Staats- und Volksschule die Schulsprache überall und grundsätzlich nur deutsch sein kann. Denn sonst würde ja der Schulzwang unter Umständen deutsche Kinder in eine polnische Schule zwingen; es wohnen ja überall Polen und Deutsche durcheinander. Diese Volksschule ist für das deutsche Volk eine Wohlthat, für die Polen aber nicht, eben weil es eine deutsche Schule sein muß. Darum mache man Ausnahmen für die Polen, aber nicht unter dem Paragraphen der Schulsprache, sondern unter dem des Schulzwanges. Erklären die Eltern und der Seelsorger eines Kindes, daß sie den Religionsunterricht in der Volksschule des Staates nicht wünschen, so befreie man das Kind vom Zwang zu diesem Unterricht. Wohlthaten sollen nicht aufgezwungen werden. Kann die Kirche den Unterricht aus eigenen Mitteln ersetzen, um so besser; wenn nicht, so trägt sie die Verantwortung. Der Staat aber sieht sich aus der unerträglichen Lage befreit, daß er im Religionsunterricht Haß gegen seine Ordnung erzieht.

Der Vorschlag, nachzugeben, wird sehr wenig Beifall finden. Der politisirende Philister hat sich so eine Art Katechismus zurecht gemacht, den er zuversichtlich „Bismarck'sche Realpolitik“ nennt, und darin steht geschrieben: Der Staat soll seine Machtinteressen rücksichtslos durchsetzen. Wir sollen hart sein, um unsere nationale Eigenart durchzusetzen. Von Recht und Gewissen steht nichts darin geschrieben. Dieser Katechismus ist aber nur einer für's Volk. Denn vom Möglichen und Unmöglichen steht nichts darin, und das ist doch in der Politik das Wichtigste.

Es ist ein gefährlicher Irrthum zu glauben, die Schneidigkeit könnte in den nationalen Fragen etwas leisten. Worin besteht denn unsere Schneidigkeit? Man ruft nach dem Staat. Der Staat muß und der Staat soll. Vor Allem soll er konsequent sein. Wäre er das gewesen, so stände es heute besser, und wenn er sich nur recht hart von jetzt ab zeigt, so wird schon Alles in Ordnung kommen. So reden Alle. Aber das scheint mir mehr Bequemlichkeit und fauler Zeitvertreib und Selbstbetrug zu sein, diese Schneidigkeit. Ob der Staat bisher etwas mehr Bismarckisch oder mehr Caprivisch gewesen wäre, das hätte herzlich wenig ausgemacht. Denn es ist nicht der Uebermuth, der die Polen mit einem Male vorwärts drängt, sondern, weil sie vorwärts gedrängt werden, ganz ohne ihr Mühen, darum werden sie übermüthig. Es sind wirthschaftliche Ursachen, die das machen; und wenn hier irgend eine Schuld liegt, so liegt sie nicht bei den Polen, sondern bei uns, beim deutschen Volke, das seinen Fuß vom heimathlichen Boden zieht, um bei der Industrie besseren Erwerb zu suchen. Die Noth der Landwirthschaft, verglichen mit dem Blühen der Industrie, macht diese Erscheinung. Diese Wahrheit ist dem Volke unbequem. Viel bequemer ist es, nach dem Staat zu rufen und ihm die Verantwortung aufzuladen.

Aber wer ist denn der Staat? Man redet von ihm, wie von einer Person, und er ist doch nur ein Personifikat, etwas persönlich Gedachtes und Gemachtes. Er kann nicht Menschen gebären, wie die Mutter Volk und kann nicht Zehntausende mit einem instinktiven Willen erfüllen, den sie nicht haben. Er macht nur Verfügungen und zwar gewöhnlich gegen die, die ihnen am wenigsten gehorchen. Man spricht von ihm, als wenn er der bewußte Wille des Volkes wäre, aber er ist nur eine Einrichtung, den Volkswillen, wo einer ist, auszuführen, manchmal auch umgekehrt, ihn zu fesseln.

Der Staat ist nicht das Volk, das ohne ihn seine eigenen Wege geht und oft ganz andere. Wenn auch der Staat das Polenvolk aufhalten will mit Verfügungen, Strafen und Gesetzen, die alle gemeinsam haben, daß sie die Wirklichkeit: das Entstehen eines Polenvolkes leugnen, so kann er es doch nicht, wenn das unbewußte Handeln des deutschen Volkes sich mit dem Polenvolk verbündet, indem es den Platz räumt und nur seinen Popanz zurückläßt, seine ausgehöhlte Haut, den Staat.

Was kann denn der Staat? Das Wirksamste, was er kann, ist, im Momente der Revolution die Polen blutig bestrafen. Aber liegt denn die Gefahr in einer Revolution? Wenn das der Fall wäre, so gäbe es keine Polengefahr. Diesem Augenblick ist der preußische Staat gewachsen. Nein, gerade in der friedlichen Entwicklung liegt die Gefahr, darin daß aus wirthschaftlichen Gründen, der deutsche Arbeiter, Handwerker, Kleinbauer das Land verläßt. Ihnen müssen die Aerzte, Rechtsanwälte und Kaufleute folgen, letztere auch, wenn die Beamten verpflichtet würden, nur bei ihnen und nie beim Polen zu kaufen. Es blieben dann Beamte und Offiziere übrig, nur ein Rest von Volk, wenn überhaupt noch Volk. Was für Regierungsverfügungen könnten wohl an einem solchen Vorgang etwas ändern? Der erzwungene deutsche Religionsunterricht oder das Verbot des Privatunterrichts oder auch die kleinen Garnisonen, oder die deutschen Kasinos, die Museen u. dergl.? Nein, so leichter Hand kann man derartige Völkerverschiebungen nicht aus ihrer Bahn lenken. Es wird schwerere Arbeit und Opfer kosten. Nämlich Aussperren der fremden Arbeiter ohne Ausnahme, agrarische Zoll- und Tarifpolitik, damit die Landwirthe das aushalten, und freisinniges Arbeiter- und Gesinderecht, damit die deutschen Arbeiter gern auf dem Lande bleiben. Hierunter braucht nicht das Hausrecht des Gutsherrn zu leiden. Der Arbeiter muß nur auch sein Haus haben, worin er vom Arbeitsherrn unabhängig ist. Der deutsche Arbeiter verlangt das heute. Er ist aber der unentbehrlichste Mann zur friedlichen Eroberung des Ostens. Mit dem Bauern allein geht es zu langsam. Dieser Kampf zwischen den Polen und dem deutschen Volke kann gewonnen werden nur durch deutsch geborene Menschen, nicht aber durch die Umwandlung der Polen mit Hilfe der Schulen oder der Armee oder der Gerichte oder der Verkehrsmittel.

Ulrich Hegner.

Von

Rudolf Haym.
(Aus seinem Nachlaß herausgegeben.)

Für die heutige deutsche Lesewelt, so vertraut ihr die Dichtungen Gottfried Kellers und Konrad Ferdinand Meyers sind, ist der Name des Schweizer Schriftstellers Ulrich Hegner ein verschollener Name. Allenfalls, daß ein um Reiselektüre Verlegener es einmal mit der in Reclams Universal-Bibliothek abgedruckten „Molkenkur" versucht — um dann doch die altmodische Erzählung bald wieder bei Seite zu schieben. Von unseren deutschen Literaturgeschichten widmen nur einige dem Verfasser der „Molkenkur" und des „Saly" ein paar Zeilen. Die Kunsthistoriker freilich kennen ihn durch seine Biographie Hans Holbeins des Jüngeren, und für die deutsche Literaturforschung bilden seine „Beiträge zur näheren Kenntniß Lavaters" noch immer eine unumgängliche Quelle: im Uebrigen sind seine Persönlichkeit und seine Werke nur bei seinen Landsleuten in höherem Ansehen geblieben, nur in der Schweiz hat es bis in die neuere Zeit an einzelnen ihn angehenden Veröffentlichungen nicht gefehlt. Ernstlicher wird nun von dort her gegenwärtig das Andenken des wackeren Winterthurers erneuert durch das bei Niemeyer in Halle erschienene Buch über ihn von Hedwig Waser*).

Mit gutem Grunde bezeichnet die Verfasserin ihr Werk als ein „Schweizer Kultur- und Charakterbild". Zwar von der literaturgeschichtlichen Bedeutung Hegners geht sie aus. Nur bis zum Ende des 18. Jahrhunderts führt uns bekanntlich Bächtolds Geschichte der deutschen Literatur in der Schweiz. Hier setzt die Schülerin Bächtolds

---

*) Ulrich Hegner, Ein Schweizer Kultur- und Charakterbild von Dr. Hedwig Waser, 1901.

ein. Ihr Buch will eine kleine Strecke des weiteren Weges von Bodmer bis zu Gottfried Keller hin ausfüllen, dem ja Bächtold wieder eine ausführliche biographische Einzeldarstellung gewidmet hat. Allein sie kann uns das durch achtzig Jahre sich erstreckende Leben Hegners nicht ohne den Hintergrund der Schicksale des Landes schildern, mit denen die seinigen sich bald näher, bald entfernter berühren. Und ganz von selbst erweitert sich dann dieses Geschichtsbild zu einem Kulturbilde, so zwar, daß sich dabei naturgemäß vor die politischen und sittlichen Zustände die literarische und die künstlerische Entwickelung der Schweiz in den Vordergrund drängt. Naturgemäß; denn eben schriftstellerische und vor Allem künstlerische Interessen sind es, denen Hegner alle seine Muße, denen er mehr als den von ihm nicht gesuchten, sondern ihn suchenden öffentlichen Geschäften sein Herz zugewandt hat. All' diese, das Leben des einen Mannes bestimmenden Verhältnisse fordern endlich zu Rück- und Vorblicken, zu Vergleichungen, Betrachtungen, Urtheilen, Bekenntnissen auf —: die zuverlässige ist zugleich eine geistvolle, von warmer Antheilnahme und selbständiger Auffassung belebte Erzählung.

Für einen so reichen und mannigfaltigen Inhalt bot sich nun von selbst eine andere Form als die rein gelehrtenmäßige dar. Wollte doch schon Bächtold, trotz der umfassenden Gelehrsamkeit, die durch sein großes Werk überall hindurchblickt, „ein lesbares, manchmal sogar kurzweiliges Buch" schreiben. Ebendies war augenscheinlich auch die Absicht unserer Biographin. Keinen Augenblick zwar verlieren wir den Eindruck, daß wir auf dem sicheren Boden des quellenmäßig Bezeugbaren stehen, und daß alle die Steinchen, welche hier zu einem Denkmal sorgsam zusammengeschoben sind, echte und wohl gesichtete sind. Mit derselben Gründlichkeit, die schon ihr 1894 erschienenes Schriftchen über Lavater — ein Muster unparteiischer Kritik und psychologisch feinsinniger Charakteristik — auszeichnet, hat die Verfasserin auch diesmal ihr reiches Material benutzt, um uns Hegner, den Menschen und Schriftsteller, zu schildern. Aber sie verfährt dabei ohne pedantische oder gar zur Schau getragene Weisheit, vielmehr mit anmuthiger Heiterkeit, mit menschlich-feinfühligem Verständniß für die Stärken wie für die Schwächen ihres Helden. Sie hält den Faden seiner Lebensgeschichte wohl in fester Hand: wie aber das Leben jedes Menschen sich nicht bloß in die Länge erstreckt, sondern, immer Gegenwart, sich in tausenderlei Beziehungen und Zuständen in die Breite dehnt, so weiß auch sie jenen Faden mit anderen Fäden zu umschlingen und zu durchschießen, daß er sich zum

Gewebe ausbreitet. Es geschieht das nicht etwa nach einer gleichmäßig befolgten Regel, sondern nach Liebe und Laune. Ein wissenschaftlicher Beurtheiler, der die mustergiltige Gründlichkeit der rein literaturgeschichtlichen Kapitel bewunderte, könnte sich versucht fühlen, dem Ganzen eine gewisse Lockerheit der Komposition vorzuwerfen. Er würde den einen und anderen Seitenweg abgeschnitten, hie und da die Folge der berührten Themata, der Betrachtungen und Nebenbetrachtungen in eine paragraphenmäßigere Ordnung gebracht wünschen; die Ueberschriften einzelner Kapitel würden ihm zu novellistisch dünken, und am Wenigsten würden so feuilletonistische Einschiebsel wie das Kapitel „Vom Reisen zur Zeit unserer Großväter" nach seinem Geschmacke sein. Er mag damit recht haben, wenn denn durchaus die Grenzen von Wissenschaft und Poesie nicht in einander laufen sollen. Wie innig befreundet die Beiden einander sein können, und wie befruchtend eine poetische Auffassung von Menschen und Dingen gerade auch für die Literaturgeschichte sein kann, dafür ist eben unsere Schrift ein neuer Beweis. Im Geiste der Verfasserin liegt die wissenschaftliche Tendenz gleichsam im Kampf mit der künstlerischen. Aber die Fülle des Stoffes, die Persönlichkeit in ihrer Eigenart und ihrer Verflechtung mit Allem, was sie bedingt und umgiebt, verschafft doch schließlich dem freieren Verfahren den Sieg. Nun sehen wir, wie sie mit poetischer Intuition die Lücken sowohl der unmittelbar redenden Zeugnisse wie der logischen und kunstmäßigen Zergliederung ausfüllt und so erst ein lebendiges Gemälde entwirft. Wenn sie zuerst die schriftstellerische Thätigkeit ihres Helden aus dessen Charakter und Lebensstellung, aus seinen äußeren und inneren Erfahrungen abgeleitet hat, so weiß sie nun rückwärts auch wieder aus seinen schriftstellerischen Aeußerungen Züge zu seinem persönlichen Bilde zu sammeln und in dem Autor den Menschen wiederzufinden. Dem einigermaßen versäumten Manne ist hier nicht bloß sein Recht geworden, sondern die große Gunst ist ihm widerfahren, sowohl in die ehrlichsten wie liebevollsten Hände zu fallen. Unter dies sein Bild, das nur zu treffen, völlig zu treffen, nicht zu schmeicheln sucht, würde er selbst ohne Bedenken seinen Namen gesetzt haben. Am größten aber müßte seine Genugthuung darüber sein, wie künstlerisch zweckmäßig die Malerin ihren Standpunkt gewählt, wie sie ihn mitten in die ihm vertraute heimathliche Umgebung hineingestellt, wie mannigfache Farben sie für diese Umgebung aufgewandt, und wie sie diese Farben mit Licht aus ihrer eigenen Seele leuchten zu machen verstanden hat.

Gleich Anfangs weiß unsere Biographin durch die Schilderung von Hegners Vaterstadt, dem kleinen, den Zürchern unterthänigen Landstädtchen Winterthur, und dem einfachen, aber angesehenen Bürgerhause, aus dem er stammt, den Leser zu fesseln. Ehrliche Liebe, aber ohne Zärtlichkeit, und ebenso ehrliche Frömmigkeit umgiebt den Knaben; seine kleinen Abenteuer, die er selbst erzählt, verrathen einen Zug zum Wunderglauben. Ein kindlicher Beter, findet er sich frühzeitig von Lavater, aber auch von Haller und Klopstock angesprochen, dann von dem Goetheschen Werther erschüttert. Woher kommt ihm der Sinn für die Schönheit der Natur, die schon früh sich meldende Neigung zur Menschenbeobachtung, die Liebe zu allerlei Bildwerken? Ererbt ist letztere nicht; es sei denn, daß die Liebhaberei des Vaters für Mathematik und Philosophie, die dem Sohne fremd war, bei diesem die Richtung auf das Schöne genommen habe. Aber die Verschiedenheit ist größer als das Verwandte. Denn wie nun der Sohn unbefragt für den väterlichen Beruf des Arztes bestimmt und deshalb nach Straßburg geschickt wird, so will ihm das medizinische Studium ganz und gar nicht passen. Ebenso wenig freilich irgend ein anderes. Nicht an allgemeiner Begabung, aber an der Anlage zu fachmännischer Bildung fehlt es ihm. Ein „aus dem Nest gefallener Vogel", verbringt er seine Zeit mit zwecklosem Müßiggang und sehnt sich aus der unbehaglichen Fremde in die Heimath zurück. Er hat selbst später von der „wilden Einsamkeit" seiner Straßburger Zeit gesprochen. In derselben Umgebung, in der kurz vorher der junge Goethe sich vielseitig entwickelte und zum frohen Gefühl aller seiner Kräfte gelangte, blieb der „schwerflüssige, trockene" Schweizer in sich selbst verhüllt und verdüstert. Es ist wirklich zum Theil der uns aus Goethes Leben bekannte Kreis, mit dem sich auch Hegner dort berührte. Durch den jungen Zimmermann wird er mit Lenz bekannt, ohne doch von diesen „schwebenden Geistern" tiefer in die Geniestimmung jener Tage hinübergerissen zu werden; er nimmt davon eben nur das in sich auf, was seiner religiös-sittlichen Natur gemäß war. Schon von Hause aus ein Verehrer Lavaters, wie es auch Zimmermann war, treibt er physiognomische Menschenbeobachtung als einen Sport, mit dem sich seine bei Zeiten begonnene und stets festgehaltene Bilderliebhaberei und Sammelsucht wohl vertrug. Planlos Alles und dilettantisch. Am meisten die nothgedrungen und neigungslos fortgesetzten medizinischen Studien. Mühsam genug erwirbt er endlich — nach einem vorangegangenen Mißerfolg — den medizinischen Doktorhut, um ihn doch alsbald wieder abzulegen. Im

Herbst 1781 in die Heimath zurückgekehrt, entzieht er sich der ihm aufgenöthigten Last, seinem Vater in der ärztlichen Praxis zu helfen, schon im Sommer des folgenden Jahres durch eine Reise nach Deutschland. Wieder heimkommend, findet er den Vater nicht mehr am Leben. Die Medizin ist damit ein für alle Mal abgethan. Seine behäbigen Verhältnisse gestatten ihm, sich sein Leben frei nach eigener Neigung zurechtzuzimmern, und diese Neigung führt ihn fürs Erste ausschließlich dem Studium der Kunst zu. Schon im folgenden Jahre führt er in sein mit allerlei Kunstkram angefülltes Haus eine Frau ein. Es ist der erste Schritt zu wohlthätiger Befestigung und Regelung seines bis dahin unsicher und unklar schwankenden, „einsamen und scheuen" Lebens. In patriarchalischer Stille, ein vornehmer Liebhaber des Schönen, wird er fortan als beneideter Privatmann unter seinen Mitbürgern leben.

Durch seine Herkunft jedoch ist er dem Gemeinwesen seiner Heimath verpflichtet. In der Hegnerschen Familie ist das Amt des Landschreibers der Grafschaft Kyburg erblich; dies Amt fällt ihm jetzt zu: es ist ein zweites Band, ihn fester mit der bürgerlichen Gesellschaft zu verbinden und seinen privaten Liebhabereien, seinem literarisch-künstlerischen Bildungsstreben den Hintergrund einer gemeinnützigen Thätigkeit zu geben. Unsere Biographie entwirft von der Amtsthätigkeit und den Umgangsverhältnissen des trefflichen Landschreibers die anschaulichsten und anmuthigsten Bilder. Wir lernen auf Grund seiner eigenen Schilderungen die Landvögte kennen, unter denen er amtirt. Wir begleiten ihn bei seinem nächtlichen Aufstieg auf die alte Burg, lernen Würde und Bürde seines Amtes schätzen, dem es zwischen der Arbeit auch an Festen und heiteren Auftritten nicht fehlt. Eine reizvolle Episode spielt sich bald zu Anfang seiner Amtsthätigkeit in einem Herzensverhältniß ab. Der kunstvertraute Landschreiber und die schöne Nichte des Landvogtes, die auf Schloß Kyburg seiner Belehrung und Unterhaltung lauscht — ein romantischer Hauch ist da einmal wenigstens durch dies kühle Herz gezogen, ganz leise, und ohne die Treue, die ihn an seine Lebensgefährtin band, anders als in flüchtigem Traum zu verletzen. Nur als ein liebliches Erinnerungsbild ist das, was er hier sah und innerlich erlebte, in seinen beiden novellistischen Erzählungen später wieder aufgetaucht. Es ist dies einer der Punkte, wo die Verfasserin die Dichtung aus der Wirklichkeit und diese aus jener verständnißvoll erläutert.

Neben der öffentlichen Thätigkeit geht nun aber fortwährend.

und zwar bewußter Weise die Arbeit an seiner Selbstbildung einher. Vielmehr die letztere bleibt ihm die Hauptsache. Der Sammler und Betrachter von Kunstsachen ist ebenso ein Sammler und Ordner von Beobachtungen, die er — er kann nicht anders — an Anderen wie an sich selbst macht. Gedanken, Erfahrungen, Lesefrüchte trägt er in eine Sammlung mit dem Titel „Vivitur parvo bene", sowie später in fortlaufende Tagebücher ein. Sein Umgangskreis wird bedeutender. Zu Lavater bildet sich jetzt zuerst ein enger befreundetes Verhältniß, und dem Freunde Lavaters erschließt sich durch dessen Korrespondenzschätze eine weitläufige Gallerie von Menschengestalten. Durch Lavater vermittelt sich auch die Bekanntschaft mit Joh. Georg Müller, dem Bruder des Historikers, dem warmherzigen frommen Verehrer Herders, und diese, in die nun auch der Bruder mit einbezogen wird, gedeiht zu lebenslänglicher Freundschaft. Nicht weniger sind ihm die „Todten, die doch leben", beständige Gesellschafter, Freunde und Lehrer, deren Geister er eben auch kennen lernen muß. Die Winterthurer Stadtbibliothek ordnet und katalogisirt er. Er ist ein Vielleser, der ebenso eifrig die Mystiker wie den Spötter Voltaire liest, sich an die großen Philosophen wagt, aber freilich von diesen immer wieder zu seinem Liebling Montaigne zurückkehrt.

Ein so reiches Bildungsmaterial zu eigener schriftstellerischer Hervorbringung zu verarbeiten, war nun zwar von Hause aus in dem künstlerischen Sinn Hegners der Trieb vorhanden. Aber, wenn auch aus tüchtiger Wurzel emporgesproßt, war er doch ein Stamm, der nur langsam seine Ringe ansetzt und nur spät wenn nicht süße, so doch dauerbare Früchte trägt. So sehr überwog der Beobachtungstrieb, die passive Besonnenheit, die zaudernde Gewissenhaftigkeit seiner Natur, daß es außerordentlicher Erfahrungen und besonderer Anstöße bedurfte, um das Gefäß endlich zum Ueberlaufen zu bringen. Erst durch die Erlebnisse der großen staatlichen und gesellschaftlichen Umwälzung der neunziger Jahre reifte Hegner zum Manne, und nun erst „kam der schaffende Geist über ihn".

Bald genug war dem Beobachter Gelegenheit geboten, an den in die Schweiz versprengten französischen Emigranten seine Studien zu machen. Nicht lange jedoch, und die revolutionäre Bewegung des Nachbarlandes fluthete in einzelnen Wellen auch in die Schweiz hinüber. Zündstoff zu einem Brande war überreichlich vorhanden. Es konnte nicht ausbleiben, daß die Landbevölkerung sich gegen das junkerliche Stadtregiment, insbesondere im Kanton Zürich, auflehnte; und daß hier Wandel geschaffen werden müsse, war dem Gerechtig-

keitssinn Hegners nicht zweifelhaft. Aber auf der Seite der Gerechtigkeit stehend, ist er zugleich ein Gegner nicht bloß der Empörung, sondern alles leidenschaftlich-einseitigen Parteigeistes. So fällt ihm die Rolle des Vermittlers und Beschwichtigers zu: er tritt, nachdem Anfang 1798 die Züricher Regierung sich zur Verkündigung der Freiheit und Einführung einer neuen Verfassung entschlossen, in die provisorische Regierung ein. Seine Berichte über diese Tage zeigen uns den ehrlichen, ruhigen Mann — noch mehr aber sind es vortreffliche Augenblicksbilder der im Ganzen herrschenden widrigen und rathlosen Verwirrung. Dieselbe war aufs Aeußerste gestiegen, als endlich nach dem Falle Berns die Franzosen der Schweiz das Gesetz diktirten und die eine und untheilbare helvetische Republik proklamirten. Da war nun doch wieder Raum zu geordnetem Wirken, und wieder schlägt das Vertrauen durch, das der mäßige Mann sich durch seine bisherige Haltung erworben. Zu mehr als einem Amte vorgeschlagen, wird er in das Kantongericht gewählt und muß sein liebes Winterthur, wo er seine Frau zurückläßt, mit der Hauptstadt vertauschen. Neue reiche Erfahrungen! Die Stellung der Menschen verschoben und zum Theil auf den Kopf gestellt; die früher Regierten zu Regierenden geworden und umgekehrt. Wie viel Wunderliches über Menschenloos und Menschencharaktere hatte der feine Bemerker da wieder in sein Tagebuch einzutragen! Welches Schauspiel das sich jetzt in Zürich entfaltende französische Soldatenwesen! Und dann wieder die wechselnden Kriegsauftritte: jetzt die Oesterreicher Sieger über die Franzosen, jetzt wieder, wenige Monate danach, die Russen von Massena aufs Haupt geschlagen, und beide Male Zürich der Schauplatz der entscheidenden Schläge und der Kriegsgreuel in ihrem Gefolge!

Wir haben indeß hier nicht Kriegsgeschichte und nicht Geschichte der Schweiz zu schreiben. Nur um Hegner ist uns zu thun, und dieser hängt zwischen so viel schwereren Gewichten als ein ganz kleines, das nicht den Ausschlag giebt. Als ein Gewicht nichts desto weniger, welches mitwiegt. Es trifft gewiß vollkommen zu, wenn Lavater über seinen Freund urtheilte, zum Richter sei er recht eigentlich prädestinirt. Er selbst muß dem am Ende zustimmen. Denn als Richter, sagt er, „diene ich der Gerechtigkeit und Ordnung, und das kann ich, sei das Gouvernement deutsch oder französisch". Und in dieser richterlichen Uneigennützigkeit und Neutralität findet er denn sein Genügen. Der Gedanke, daß er doch innerlich mit den großen Dichtern und Denkern vertraut sei, denen er so viel verdankt, tröstet

ihn über die Unbedeutendheit seiner Geschäfte und über den Dilettantismus seiner Geistesarbeiten. „Das Gefühl", so schreibt er, „während ich das Kleine in Treuen verrichte, das Große zu kennen und seiner nicht ganz unwürdig zu sein, macht mein Glück aus."

So war ihm denn die neue Amtsthätigkeit und der Aufenthalt in Zürich zu einer weiteren Schule der Bildung und Selbsterkenntniß geworden. Ergänzt wurde sie vor Allem durch den intimen Umgang mit dem Manne, der schon auf den Jüngling so großen Einfluß geübt hatte. Er war während der drei Jahre seines Züricher Aufenthaltes der Haus- und Tischgenosse Lavaters. In dieser Nähe des Umgangs erst kam das merkwürdige Verhältniß, nachdem es mit Verehrung und Bewunderung begonnen, dann durch mannigfache Phasen hindurchgegangen war, zum Abschluß. Fein und treffend hebt die Verfasserin die unendliche Verschiedenheit der beiden Männer neben den verwandten Zügen ihres Wesens hervor. Wären es nicht unwägbare und ungreifbare Regungen, die das religiöse Innenleben eines Menschen bestimmen, so möchte man an dieser Stelle ein Mehreres von der religiösen Entwickelung des Mannes erfahren, der uns sonst von allen Seiten so vertraut wird; denn wie frommer, sehnsüchtig schwärmerischer Glaube der Mittelpunkt von Lavaters Wesen war, so stand Hegner durch Lavater lange Zeit im Bannkreise dieser frommen Einbildungen, Gefühle und Hoffnungen. Man muß diese zwischen neugieriger Gläubigkeit und zweifelnder Vorsicht schwankenden Zustände in der ausführlichen Darstellung des Waserschen Lavaterbüchleins nachlesen: mehr nur andeutend berührt die vorliegende Biographie diese Periode der Befangenheit in dem Dunstkreis Lavaterscher Wahnvorstellungen. Eine starke religiöse Unterströmung in Hegners Geist, ein Hinausstreben des so ruhig klar in die Welt blickenden Mannes, hinaus auch über den Frieden des Gewissens und die Schönheit von Natur und Kunst, kündigt sich überall an. Kindliche Sehnsucht nach dem Erlöser der Welt, dem in der Christnacht erschienenen Herrn, hat ihm auch das Schönste seiner Lieder eingegeben.

Schon im März 1800 war inzwischen Hegner zum Niederlegen seines Amtes entschlossen. Durch die Uebergriffe der Regierung in die Thätigkeit des Kantonsgerichts, zuletzt auch durch das neue helvetische peinliche Gesetzbuch, war ihm seine Stellung verleidet. Er erbat und erhielt endlich im Januar 1801 seine Entlassung. Als ein gereifter, mit sich selbst einiger Mann ist er aus den Stürmen, die er durchlebt, und der ehrlichen Arbeit, die er gethan, hervor-

gegangen. Aber nicht, wie man vermuthen könnte, um dadurch mehr in die Weltwirksamkeit hineinzuwachsen und sich mehr mit ihr zu befreunden. Alles Erlebte vielmehr hat nur den Kern seiner Persönlichkeit stärker herausgearbeitet. Aeußerlich verwickelt in die aufregendsten Ereignisse, die sein Vaterland von Grund aus umgestalten, hat er nicht aufgehört, Privatmensch zu sein. Der Amtspflichten ledig, ist sein Erstes, daß er eine Reise nach Paris macht; nicht mit dem Drange, die Geschichte der Gegenwart und den Mittelpunkt dieser Geschichte mit politischer Neugier zu studiren —: um Bilder, um Menschen- und Volksbilder und nicht am wenigsten um die Kunstschätze der französischen Hauptstadt ist es ihm zu thun. Einen Ruf in den gesetzgebenden Rath zu Bern hat er ohne Besinnen abgelehnt. Sobald er der Muße wiedergegeben ist und nur einmal die alte Geliebte, seine artistischen und literarischen Studien, wiedergesehen hat, so gehört diesen sein Herz auch wieder ganz. Er vergleicht sich in seinem Streben nach Weltabgeschiedenheit mit Epikur und gesteht seinem Freunde, daß er mit der Zuwendung zu der Schriftstellerei „eine Indolenz für politische Geschäfte bekommen habe, die er schwerlich wieder ablegen könnte".

Ganz freilich war das epikurische Idyll nicht durchzuführen; das hinderte das Ansehen, das der wackere Mann sich durch sein ganzes öffentliches Verhalten bei seinen Mitbürgern erworben hatte. Im Bezirksgericht, im Winterthurer Stadtrath sitzt Hegner. Von 1806 bis 1814 bekleidet er die Stelle eines Friedensrichters, für die ja gewiß kein Anderer so gut paßte, wie „der stille, menschenkluge gute Mann", der seinem Hause die Inschrift „zum Frieden" gegeben hatte. Als endlich gar, nach dem Sturze der Napoleonischen Mediationsverfassung, die Schweiz sich eine neue Bundesakte gab, wurde er noch einmal in den politischen Dienst berufen. Schon vorher Mitglied des großen Rathes, wurde er bei der Neubildung der Zürcher Regierung von seinen Mitbürgern in den jetzt wieder aristokratischer zusammengesetzten engeren Rath gewählt. Wieder bewährte er sich als der Mann der Ausgleichung und des Friedens in der nicht immer friedfertigen Rathsversammlung. Auf kurze Zeit nur. Gingen doch die politischen Gefühle, wie er selbst bekennt, an ihm vorüber, „wie der Herbstnebel Abends über die Wiesen streift" Welchen Werth auch die Freunde auf seine Mitwirkung legten — schon nach einem Jahre gab er seine Stelle im kleinen Rathe auf. Sein öffentliches Leben war abgeschlossen.

Wir haben in dem Bisherigen — dem Inhalt der fünf ersten.

rein biographischen Kapitel unseres Buches — Alles beisammen, was den Schriftsteller Hegner, soweit es sich um individuelle Verhältnisse handelt, verständlich macht. Eine Frucht seiner Revolutionserlebnisse ist die Erzählung „Salys Revolutionstage“. Sein Buch „Auch ich war in Paris“ ist die aus seinen Tagebüchern zusammengestellte Beschreibung der Reise nach Paris, um die sich andere kürzere Beschreibungen seiner Fahrten und Wanderungen herumgruppiren. Dem Geschichtsbilde jener Revolutionserzählung liegt das idyllische Gemälde schweizerischer Natur, natürlicher und gesellschaftlicher Zustände, „Die Molkenkur“, gegenüber. Ein Denkmal seiner Kunstbestrebungen sind neben dem Büchlein über Holbein eine Anzahl kürzerer Künstlerbiographien. Aus seiner langjährigen Vertrautheit endlich mit Lavater entstand ihm, ganz am Schluß seiner literarischen Laufbahn, das Lavaterschriftchen. Sich selbst, seine Zeit und seine Zeitgenossen hat er mit nüchterner Ehrlichkeit, mit bescheidener Empfindung, mit mäßiger, nicht eben hoch über den Boden sich erhebender Phantasie gezeichnet. Gedankenfragmente, Reflexionen und Bekenntnisse hat er in der 1827 von ihm herausgegebenen Sammlung seiner Schriften hinzugefügt. Vervollständigt aber wird das Alles durch die meist viel unmittelbareren Aeußerungen seiner Tagebücher und Briefe, aus denen das Bild des Mannes in ein auch seine Schriften neu beleuchtendes Licht gerückt zu haben, eins der Verdienste der uns vorliegenden Biographie ist.

Es kann nun hier nicht unsere Aufgabe sein, auf die Hegnerschen Schriften im Einzelnen näher einzugehen. Einige Worte nur über die Behandlung, die ihnen in dem Waserschen Buche zu Theil wird. Ueber „Salys Revolutionstage“ zunächst — diesen ersten politischen Roman, der in der Gegenwart und Heimath spielt, nach all den früheren Geschichts- und politischen Romanen, die wie die Wielandschen, Meißnerschen und Feßlerschen den Schauplatz nach dem Orient, nach Griechenland und Rom verlegten — giebt das sechste Kapitel die einsichtigste Rechenschaft. Vortrefflich weist die Verfasserin dem Hegnerschen Werk seinen literarhistorischen Ort an, aufs Sorgfältigste übersetzt sie die Erlebnisse unseres Romanhelden in die wirklichen geschichtlichen Hergänge zurück, sie erläutert Schritt für Schritt die Erzählung, indem sie die mehr oder weniger unbestimmt bezeichneten Orts-, Zeit- und Namensangaben deutet und historisch beglaubigt. Sie bringt endlich mit scharfsinniger Analyse in die Komposition des Ganzen ein und läßt so vor dem Leser das Werk zum zweiten Male

entstehen, so wie es sich im Geiste des Verfassers gebildet hatte. Auch die Mängel der Komposition, einzelnes Verfehlte und minder Gelungene entgeht ihrer erklärenden Betrachtung nicht. Bei alledem überwiegt die Neigung, das Ganze im günstigsten Lichte zu sehen, und hier werden wir in einem Punkte von der Beurtheilerin abweichen dürfen.

Daß die Person des Helden gut gewählt, daß ihre Zeichnung mit konsequenter und glaublicher Charakteristik durchgeführt sei, werden wir nicht zugeben können. In Saly idealisirte Hegner sich selbst. Sich selbst, den Friedfertigen, Parteilosen, der die Weltbühne so gern mit seinem Garten vertauschte, und dem die Welthändel fast nur ein Schauspiel, ein Gegenstand der Neugier oder weiser, philosophischer Betrachtung sind, poetisirte er zu einem Naturkinde, einem bäurischen Holzhauer von gesundem Verstande und herzlicher Empfindung um. Wer vermag an diesen philosophischen Bauern zu glauben? Zu deutlich guckt der Erzähler aus der Maske hervor, und es hilft nicht mehr, wenn sie dann wieder recht geflissentlich vors Gesicht gehalten wird. Manchmal ist der gute Saly denn doch wirklich gar zu einfältig und dann wieder weit über seinen Stand und seine Bildung einsichtig und weise. Man mag den Freiheiten einer Romanerzählung noch so viel zu Gute halten — schon die Freunde des Verfassers empfanden die Unwahrscheinlichkeit, und wir Heutigen empfinden sie noch stärker, daß unser Bäuerlein ein so gutes Gedächtniß für die Reden hat, die er mit anhören muß, und daß der Mutterwitz, mit dem er sie beurtheilt, dem Witz erfahrener Weisheit so ähnlich sieht. Mit Recht bemerkt die den literarischen Zusammenhängen überall so achtsam nachgehende Verfasserin, daß die Figur des Saly noch stark an Hirzels „philosophischen Bauer“ erinnere — allein von „Lienhard und Gertrud“ oder gar von „Uli der Knecht“ sind wir doch noch weit entfernt. Eine Dorfgeschichte sind „Salys Revolutionstage“ nicht, und vollends die Parallele mit dem Saly der Kellerschen Dorfnovelle liegt wirklich ein wenig aus dem Wege.

Von Hegners übrigen Werken hat ein größeres literarisches Interesse nur der Reiseroman „Die Molkenkur“. Hedwig Waser indeß hat es verstanden, auch seinen verschiedenen Reisebeschreibungen allerlei nicht nur biographisch Interessantes und Belehrendes abzugewinnen. Sie entnimmt ihnen zunächst die Materialien zu einer feuilletonistischen Schilderung des Reisens „zur Großväterzeit“. Mit dem, was ihr zu diesem Kulturbilde die Pariser Reise bietet, verbindet sie Mittheilungen über die sonstigen Ausflüge des reiselustigen

Mannes, über seine von ihm selbst beschriebenen Schweizer Wanderungen und Bergbesteigungen. Und sofort reiht sich ihr das Alles in einen größeren Zusammenhang ein: es gliedert sich in die Geschichte der Literatur ein, es wird zu einem Stück Geistesgeschichte. Die Hegnerschen Reiseschriften erhalten ihren Platz in der zeitgenössischen Reiseliteratur überhaupt, neben Robinson Crusoe und Yorik-Sterne, neben den Reisebildern eines Heß, Usteri und anderer Schweizer.

Aus der kunst- und anspruchslosen Aneinanderreihung psychologischer Beobachtungen und Bemerkungen mit zwischengestreuten praktischen Winken, Urtheilen und Vorschlägen, zieht sich nun aber die Reisebeschreibung in die Kunstform des Romans zusammen. Neben die Schilderung historischer Vorgänge, wie wir sie im Saly miterlebten, tritt die abseits von den politischen Begebenheiten liegende Schilderung der schweizerischen Natur, der Denk- und Lebensart der Bewohner des Landes, neben das historische Bild das Genrebild. Besser, als wir es vermöchten, bespricht die Verfasserin im achten Kapitel ihres Buches die „Molkenkur". Ausgezeichnet durch die Prägnanz und Knappheit, mit der darin Charakteristik und Beurtheilung in die durchsichtige Inhaltsangabe verwebt ist, dürfte es leicht das Gelungenste des ganzen Buches sein. Es zeigt uns den Boden und das Klima, woraus dies litterarische Gewächs entsprossen, und läßt uns in das Wachsen desselben selbst einen Blick thun. Anknüpfend an die Schilderung des alten Bodmer von dem altväterisch patriarchalischen Behagen, mit dem er unter den Hirten in Gais zur Kur und Erholung mit seinen Freunden sich vergnügt, verfolgt es die Entwickelung des Naturgefühls und Naturverständnisses in den aufeinander folgenden Generationen und bezeichnet die mittlere Stellung, die Hegner zwischen dem trocknen, blöden Pedantismus der älteren und dem gefühlstrunkenen Enthusiasmus der jüngeren einnimmt.

Sofort ist es derselbe Zug entwicklungsgeschichtlicher und vergleichender Betrachtung, der das von den Kunstbestrebungen und Kunstschriften Hegners handelnde folgende Kapitel auszeichnet. Mit Hegner zugleich machen wir die Bekanntschaft der Schweizer Maler, deren Werke er studirte, deren Leben er beschrieb. Wir werden eingeführt in die „Schweizer Künstlergesellschaft". Wir begleiten deren Mitglieder auf ihren alljährlichen Reisen nach Zofingen und dürfen an ihren dortigen heiter-ernsten Zusammenkünften theilnehmen. Nun erst lernen wir den Mann in seinem eigensten Elemente kennen, als

Dilettanten, als Freund der Kunst und Künstler, den „Aristokraten des 18. Jahrhunderts“, der auf den Krämergeist seiner Heimath schilt und aus dem politischen Treiben sich in das Reich des schönen Scheins flüchtet. Eine solche Flucht zum Schauen einer merkwürdigen Welt, gleichsam einer großen Lebens- und Kunstausstellung, war ja auch seine Reise nach Paris gewesen, eine Erholungs- und zugleich eine Bildungsreise. Sie wird ihm zur Schule des Geschmacks. Die angelernte Bewunderung der Antike als alleiniger Kunstnorm will nicht Stand halten vor seinem „scharfen Schweizerauge“. Eben in Paris, wo, durch David in glänzender Weise vertreten, der Klassizismus in der Malerei noch in höchster Blüthe stand, findet er sich zu dem derben Realismus der Niederländer hingezogen, tritt er, gegenüber dem verallgemeinernden abstrakten Idealismus der Formenschönheit, für die naturwahre, individualisirende Malerei ein. In Paris zuerst wird ihm neben der Poesie der Malerei und dem geistigen Gehalt die Technik der großen Meister wichtig und bleibt seitdem ein Gegenstand seines Studiums. Ein Werk gereiften Geschmackes und mühsamer Forschung schreibt er endlich in späten Jahren seine Biographie Hans Holbeins des Jüngeren. Auch in seinen Kunsturtheilen verräth er dieselbe richterliche Unparteilichkeit und Unbestechlichkeit wie in seinem praktischen Verhalten. Mit offenem Sinn bewundert er die altdeutsche Bau- und Malerkunst und ist doch den Einseitigkeiten der Nazarener abhold. Auf das Verwandte der Hegnerschen Kunsturtheile mit der Richtung, der die Praxis der Schweizer Maler folgte, auf den gemeinsamen realistischen Zug macht die Verfasserin am Schlusse des Kapitels aufmerksam. Sie streift die geschichtliche Entwickelung der Malerei in der Schweiz mit geistvollen Bemerkungen über den wenn auch langsam in dilettantischen Versuchen fortschreitenden Geist schweizerischer Landschafts- und Historienmaler und über die merkwürdige, schon oft hervorgehobene Erscheinung, wie so viele dieser kunstübenden und kunstliebenden Männer halb Dichter halb Maler waren. Sie deutet an, daß erst aus der Verselbständigung der einen und anderen Kunstübung das Höchste habe hervorgehen können. Dieses Höchste charakterisirt sie als die Vermählung realistischer Kraft mit romantischem Geist, wie sie uns in den genialen Farbendichtungen Böcklins entgegentrete.

Dieselbe Vermählung findet sie bei Gottfried Keller. Während aber die Erscheinung des großen Malers geheimnißvoller Entstehung sei, glaubt sie dem Zusammenhange des

Dichters mit der älteren Generation näher kommen zu können. In dieser Absicht giebt sie im X. Kapitel eine zusammenfassende Charakteristik der ganzen Generation, deren bedeutendster Typus eben Hegner ist. Das eigentliche Feld dieser Schriftsteller ist „die einfache Wiedergabe selbstgeschauter Wirklichkeit“ ohne schöpferische Kraft, aber aus freiem Trieb, der Selbstbildung und Selbstdarstellung willen, mit der ehrlichen Absicht, zu lehren, Lebensweisheit zu lehren. Diese Männer — ein David Heß, Martin Usteri u. A. — sind Kleinkünstler und Charakteristiker. Sie schaffen nicht aus dem Ganzen und Vollen, sondern mit individualisirender Treue, aber auch mit individualisirender Aengstlichkeit. Sie verirren sich nicht ins Abstrakte, aber ebenso wenig ist ihnen das Große oder Uebergewöhnliche zugänglich. Alles in Allem sind es Menschen einer Uebergangsperiode. Kein Schweizer, auch Hegner nicht, konnte sich der Nachwirkung der Bodmerschen Anschauungen entziehen. Sie macht sich in seiner Hochschätzung Addisons, Richardsons, überhaupt der Engländer, bemerklich, unter denen ihn freilich Smollet, Fielding und Sterne ganz anders ansprachen als die älteren. Nun fesselt ihn auch Rousseau. Das Geniewesen kommt wohl weniger durch die Straßburger Gesellen als durch den ihm näher verwandten Landsmann, den frommen Menschenseher und Menschensucher Lavater, an ihn. Mehr als Eine Brücke war ihm zur Bewunderung und Anerkennung Goethes geschlagen, seit er zuerst den Werther gelesen. Sich ganz diesem ihm zu vornehmen und zu heidnischen Geiste zu ergeben, war durch die Verschiedenheit ihres Wesens und ihrer Sinnesweise ausgeschlossen. Nicht mit bedingungsloser Bewunderung sah er auf den Meister, aber ihn zu studiren, von ihm zu lernen, hörte er nie auf. Es ist interessant, wie viel kühler sein Verhältniß zu unserem zweiten großen Dichter war. Ihm fehlte das Verständniß für den Dramatiker, und das Rhetorisch-Pathetische stieß den sich gern still haltenden, leidenschaftslos ruhigen Menschenbeobachter ab. Daß das Empfindsame, Süßliche und Gezierte eines Mathisson und Salis unserem nüchtern und ehrlich verständigen Schweizer zuwider war, ist begreiflich. Auch sein Verhältniß aber zu der neupoetischen Schule der Romantiker war überwiegend ein negatives. Dem Mystischen, Geheimnißvollen zwar war in seinem Gemüthsleben ein Platz vorbehalten. Seine weltmännische Skepsis, auf stark religiöser Basis ruhend, vertrug sich damit besser als mit plattem prosaischen Rationalismus. Daß dem warmen Freunde der Kunst die Be-

geisterung wohl that, mit welcher die „Herzensergießungen eines kunstliebenden Klosterbruders“ und „Sternbalds Wanderungen“ Kunst und Künstler verherrlichten, kann uns nicht Wunder nehmen. Das gesammte literarische Gebahren dieser Ultragoethianer jedoch konnte ihm unmöglich zusagen und die große Masse der Produkte der romantischen Poesie fertigt er verdrießlich mit der Censur ab: „Kraut und Rüben der Phantasie und des Humors mit dem Unkraut der Charakterlosigkeit“.

Im Ganzen ist jedenfalls nur sehr wenig Romantik bei Hegner zu spüren, und einen Sprung bedeutet es zuletzt doch auch hier, wenn an den Verfasser des Saly der Dichter des Grünen Heinrich und der Leute von Seldwyla angereiht wird. Schon recht: wie sich Böcklin zu den dilettantischen Schweizer Malern, so verhält sich Gottfried Keller zu dem literarischen Kreise Hegners. Bei dem modernen Maler wie bei dem modernen Dichter hat sich urwüchsig kräftiger Realismus mit dem beweglichsten Spieltrieb der Phantasie, mit echter Romantik zur Harmonie zusammengefunden. Die Konstruktion ist richtig und die Formel ist richtig: während der Basler Maler „die Seele des Romantikers durch die Kraft des Realisten zum Ausdruck zu bringen“ verstand, so ist es umgekehrt das treu aufgefaßte Wirkliche, was der Zürcher Dichter mit Romantik zu umspinnen, das „Alltägliche, Heimische“, was er „mit Märchenduft zu umhauchen vermag“. Allein wie gut wir auch die Bildungsgeschichte des Dichters kennen — seinen Zusammenhang mit der ihm voranliegenden schweizerischen Literatur erkennen wir doch nur in sehr unvollkommener Weise. Wie der Wind den Samenstaub der Pflanzen weithin trägt, so kommt der Same der Poesie von allerwärts her, und wir ergründen nicht, warum er hier todt liegen bleibt und dort aufgeht. Nur einzelne Fußtapfen des Weges, der von Saly zu Martin Salander und von der Molkenkur zu den Leuten von Seldwyla führt, lassen sich nachweisen.

Wie dem aber auch sei —: für unsere Biographie ist es in einem besonderen Sinne charakteristisch, daß in ihr die Kunst eines Gottfried Keller als das Ziel dargestellt wird, dem die Hegnersche Literaturperiode in naturgemäßer Entwickelung zustrebe. Bildet doch einen Hauptreiz des ganzen Buches das spezifisch Schweizerische. Und so ist denn der Dichter, in dem das Schweizerwesen neuerdings seinen bedeutendsten literarischen Ausdruck und eine geradezu klassische Verkörperung gefunden hat, überall in dem Buche gegenwärtig. Seine Kunst liegt der Verfasserin überall im

Sinn; seinem Namen begegnen wir von Seite zu Seite, sei es, daß auf die verwandten oder die gegensätzlichen Züge hingewiesen, sei es, daß zur Belebung der gezeichneten Kultur- und Charakterbilder Striche und Farben aus den Schöpfungen Kellers verwerthet oder endlich gar, daß in die Erzählung, Schilderung und Betrachtung Tropfen seiner etwas schwerflüssigen Lyrik hineingeträufelt werden. Hätte „Meister Gottfried", wie die Verfasserin ihren Liebling nennt, nicht gedichtet, so würde dem Gemälde der Goldgrund fehlen, von dem es sich abhebt und der ihm zugleich seinen verklärendsten Schein giebt. —

Aus der „literarischen Umschau" des zehnten Kapitels lenkt dann der Schluß des Buches wieder mehr zum Biographischen zurück. Die Gestalt Hegners tritt wieder deutlicher aus der Umgebung hervor. Er ist mehr und mehr zu einem, nicht bloß in seiner Heimath, sondern auch in Deutschland bekannten, ja berühmten Autor geworden. Je mehr sich aber der Kreis achtungsvoller Leser vermehrt, desto mehr vermindert sich der seiner persönlichen Freunde. Auch der Schauplatz seines Wirkens verengt sich. In Winterthur lebt er in patriarchalischer Stille, mitten unter seinen Mitbürgern und doch über ihnen stehend, ein Rathgeber für Viele, den Geringen am meisten zugänglich und freundlich, ein Förderer höherer geistiger Interessen. Dem trägen kleinstädtischen Philistersinn gegenüber ist er ein Neuerer — nur allzu ungewöhnlich modern darf die Neuerung nicht sein, sonst schlägt er sich eigensinnig auf die konservative Seite. Und als nun gar zu Anfang der dreißiger Jahre ein neue Unruhe über die Menschen kam, da war er wohl der Stehengebliebene. Kein Wunder, daß er, der „mit Haller und Klopstock angefangen und mit Goethe aufgehört" habe, der schon den Wunderlichkeiten der romantischen Schule mit Kopfschütteln zugesehen, von dem neuesten deutschen Literaturgeist, dem „jungen Deutschland" sich abgestoßen fühlt. Dieser neu aufgekommene Witz dünkt ihn trotz all seiner geistreichen Lebendigkeit an allem Ende geschmackloser als die ehemalige Steifigkeit und Pedanterie, und besonders verhaßt ist ihm „der schöngeistige Berlinische jüdische Galimathias", der Anmaßung für Genie, geistige Frechheit für Freiheit nehme. —

In alle dem ist nun keine Entwickelung mehr. Es ist das Haus zum Frieden und der Mann im Frieden, den uns das letzte Kapitel unserer Biographie zeigt.

Wohl hat er, der Andere so gut zu sehen verstand, es verdient, mit solcher Aufmerksamkeit, zugleich aber mit einer Kunst, die größer

ist als seine eigene, geschildert zu werden. Noch einmal sehen wir ihn im Ganzen und gleichsam von innen her als den Mann des „passiven Fatalismus“, einen Charakter, in dem zwei Naturen sich ausgeglichen oder vielmehr vertragen haben: „ein phlegmatisch-schwerer Untergrund“, über den „ein freier philosophischer und künstlerischer Zug emporstrebt“. Und ebenso sehen wir ihn im charakteristisch Einzelnen, wie er sich von Außen darstellte. Da sitzt er in seiner Studirstube im Lehnstuhl am Schreibtisch mit Hausrock und schwarzem Sammetkäppchen oder auf der Hausbank, seine Pfeife schmauchend. Von seinem Phylax begleitet macht er seine Spaziergänge und erfreut sich an den malerischen Szenen der Natur, erbaut sich an ihrer Herrlichkeit und ihrem Frieden. Wir stellen uns vor, wie dieses Idyll mit seinen fein vertriebenen Lokalfarben in der Schweizer Heimath mit Jubel begrüßt werden muß. So sicher ist Alles gezeichnet. Das Städtchen, seine Landschaft, seine Plätze, Gassen, Häuser und vor Allem das Haus zum Frieden mit dem ehrwürdigen Alten ist so lebendig zur Anschauung gebracht, daß Jung und Alt an dem wohlgetroffenen Bilde seine Freude haben und stolz darauf sein wird. Der Autor Hegner aber, wie sehr er ein Kind seines Landes war, gehört auch uns an, sofern er bewußter Weise den Zusammenhang mit deutscher Sprache und Bildung betont hat. Es bedarf keines schweizerischen Lokalpatriotismus, uns der Kunst zu erfreuen, mit welcher hier sein Bild erneuert worden ist. Wir scheiden von diesem in Poesie und Freude, in Laune und Herzenswärme getauchten Bilde mit der Stimmung, in der dieser Mann des Friedens, fertig und reif, am 4. Januar 1840 die Erde verließ. Nur wie er sich sein Ende fromm, schmerzlos, sanft, voll heitrer Bilder und liebevoller Gedanken in einem ahnungsvollen Traum vorgestellt, nicht die Geschichte seiner letzten Tage und seines Sterbens kennen wir. Sacht und still klingt die Erzählung aus, wie jede gute Biographie sollte.

Klassisches Alterthum und höhere Mädchenschule.

Von

Bernarda v. N . . .

Im Aprilheft dieser Jahrbücher hat bereits Herr Dr. Ferd. Jak. Schmidt Stellung genommen zu dem Plane, „Die Bildungsschätze des klassischen Alterthums in geeigneter Weise der höheren Mädchenschule zu erschließen". Auch bei mir hat dieser Plan ein sehr lebhaftes Interesse erregt, das von meinem Gesichtspunkt als Frau wohl ein doppelt begreifliches ist. Möchte es mir gestattet sein, ihn auch noch meinerseits hier zu beleuchten! Nachdem jene sehr fesselnde Abhandlung schon eine Weile in Händen der Leser ist und somit ohne Zweifel bereits ihre entschiedenste Antheilnahme gewonnen hat, ja, vielleicht in zahlreichen Fällen ihre Ueberzeugung bestimmt haben wird, geht es freilich nicht mehr an, daß ich, um Vorangegangenes unbekümmert, einfach nach meiner eigenen Methode meine Anschauungen entwickele; ich kann sie an dieser Stelle nicht mehr anders zur Darstellung bringen, als in ihrem Verhältniß zu jenem zuerst Gesagten. Theils wird sich dabei Uebereinstimmung, theils Widerstreit ergeben; doch glaube ich darauf rechnen zu dürfen, daß der Herr Verfasser auf keinen Fall diese meine Anpassung an die von ihm eingeschlagene Marschroute als aggressive Polemik beurtheilen werde. Des Weiteren sollen dann noch einige Punkte zur Besprechung kommen, die in seiner Studie nicht herangezogen oder wenigstens nicht ausgeführt sind.

Was zunächst die praktische Entscheidung betrifft, so ist meine Antwort auf die aufgeworfene Frage die gleiche, wie die des Herrn Dr. Schmidt: ein volles und freudiges „Ja". Erst wenn es darauf ankommt, für dieses „Ja" die Gründe näher zu entwickeln, wird es sich zeigen, daß wir an manchen Stellen uns nicht vereinigen können.

Auf e i n e n Grundsatz sind in jener Abhandlung die sämmtlichen Ausführungen aufgebaut. Er lautet: „Das Individuum hat

denselben Bildungsgang durchzumachen, den sein Volksthum als Ganzes durchgemacht hat." Die überzeugende Kraft eines mathematischen Axioms wird für diesen Satz in Anspruch genommen; und wirklich hat er sehr viel Bestechendes — fast möchte man gleich so weit gehen, zu sagen: Einleuchtendes. Läßt man ihn nun vorläufig, so wie er da hingestellt ist, — als Voraussetzung — unangetastet stehen, so wird man aber hierdurch noch keineswegs genöthigt, die Folgerung gleichfalls gelten zu lassen, daß schon seine Anwendung auf den in Rede stehenden Gegenstand genüge, um die Weiterausbreitung des Studiums griechischer Literatur in unserem Vaterland als wünschenswerth zu erkennen. Denn, dieses Alles einmal vorausgesetzt, stehen wir nun erst vor der zweiten Frage: Hat denn wirklich unser Volksthum schon von den Anfängen seines Bildungsganges an in so hohem Grade, wie Herr Dr. Schmidt das annimmt, unter der Einwirkung des Griechenthums gestanden? Diese Frage ist von solchem Belang für die zu treffende praktische Entscheidung, und sie ist zugleich an sich von so großem Interesse, daß es sich wohl verlohnt, sie noch ein zweites Mal eingehend zu erörtern.

„Römische Kultur" wird von Herrn Dr. Schmidt dargestellt als die Grundlage der gesammten deutschen Kultur. Von dieser römischen Kultur aber sagt er, daß sie keineswegs in ihrer primären Gestalt zu uns gelangte; er führt aus, daß sie in der Form einer „neuen Institution der Kultur", in der „Einheit der katholischen Kirche" unserem Volke gebracht worden sei. Ausdrücklich wird diese Kultur-Einheit der katholischen Kirche von ihm definirt, als „eine innige Vermählung von wirklich römischem, von griechischem und von christlichem Geiste". Zwar wird behauptet, keiner der drei Bestandtheile finde sich hier „in seiner ursprünglichen Fassung", sondern nur „in wechselseitiger Durchdringung zu einem neuen, aber in jeder Beziehung sekundären Gebilde". Aber angenommen wird eben doch, es habe in ihrer Mischung das griechische Erbe so viel von seiner authentischen Gestalt, von seiner ursprünglichen Kraft und Wirksamkeit bewahrt, daß es auf die Entwicklung unseres deutschen Geisteslebens wesentlichen und nachhaltigen Einfluß gewinnen konnte.

Mir scheint nun, daß bei der quantitativen Bewerthung der drei Faktoren, die nach dieser Schilderung sich zur Kultur-Einheit der katholischen Kirche verschmolzen haben, gleichwie eine Unterschätzung des christlichen, so eine Ueberschätzung des griechischen Elementes vorliegt. Meine Glaubensüberzeugung, daß die katholische Kirche das christliche Element in seiner Integrität bewahrt hat,

brauche ich nur für die Leser eigens auszusprechen, die nicht schon unter einer früheren Arbeit von mir in diesen Jahrbüchern die Redaktionsanmerkung gelesen haben, in welcher mitgetheilt ist, daß ich Katholikin bin. Weiteres Eingehen auf diese Seite des Urtheils verbietet sich — außer anderen Gründen — schon durch die Grenzen unseres Themas: wir haben hier nur das griechische Element ins Auge zu fassen. Nur d i e Frage haben wir zu behandeln, ob und in wie weit der, ohne Zweifel römische Bestandtheile in sich schließende Bildungskomplex, den die katholische Kirche den Völkern übermittelt hat, auch das Gepräge griechischen Geistes trägt. Hierauf nun möchte ich, als Ergebniß rein persönlicher, selbstgewonnener Erkenntniß, die Antwort geben — und sie begründen —, daß in diesen Bildungskomplex überhaupt nur ein A l l e r g e r i n g st e s von griechischer Wesensart übergegangen ist.

Wenn in Herrn Dr. Schmidt's Abhandlung mit vollem Recht behauptet wird: „Der Beginn der kulturellen Bethätigung unseres Volkes setzt ein mit einem totalen Bruch mit der ganzen vorausgehenden Epoche (um die Zeit ungefähr des Vertrags von Verdun oder von Meersen), und wenn dann weiter ein Bild entworfen wird von dem Zurückweichen germanischer Art vor der machtvoll andringenden Kultur des Römerthums, so möchte ich darauf hinweisen, daß Jahrhunderte vorher — unter dem Kaiserthum — schon einmal Aehnliches in der römischen Welt selbst sich ereignet hatte. Es hat dort ein noch mehr bewußter und gewollter, wenn auch vielleicht nicht ganz so durchgreifender Bruch stattgefunden, mit einer Bildung, die allerdings nicht — wie jenes germanische Sein und Gebahren — eben erst aus der Barbarei sich herauszuheben begann, sondern die eine lange und glänzende Zeit hindurch die unumschränkte Beherrscherin der Geister gewesen, nun aber im Absterben begriffen war und vor den neuen gewaltigen Lebensmächten des Christenthums zurückweichen mußte. Als das Christenthum in die Welt trat, waren schon seit Langem Römerthum und Griechenthum zu einer festgefügten Kultur-Einheit verbunden. Es war eine Kultur-Einheit, in welcher das Römerthum in politischer, das Griechenthum aber in geistiger Beziehung die Vorherrschaft führte. Das Christenthum hat — wenn auch erst nach beharrlichem, andauerndem Ringen — ihr festgefügtes Band gesprengt. Sofort, von seiner ersten Verkündigung im Römerreiche an, befand das Christenthum sich in einem entschiedenen, tiefgehenden Gegensatz gegen das griechische Element dieser Kultur. In diesen Gegensatz wurde das römische Element erst in zweiter

Linie hineingezogen; und zwar geschah dies hauptsächlich durch Umstände, die aus der politischen Konstellation hervorgingen: durch die übergreifenden Majestätsansprüche der Kaiser; des Weiteren dann aber auch noch dadurch, daß sich das Römerthum als Schützer, Vertheidiger und Rächer des ihm so enge verwachsenen Griechenthums aufwarf. Aus diesem Hergang wird es auch erklärlich, daß — trotz aller Leiden, welche das römische Imperium den Christen auferlegt hat — schließlich doch, sobald einmal der Träger der Staatsgewalt eine andere Richtung einschlug, die Aussöhnung mit dem römischen Geiste ohne Schwierigkeit sich vollzog, indessen mit dem griechischen Wesen der Kampf in seiner vollen Energie fortdauerte. Die Aussöhnung zwischen Christenthum und Römerthum ist zu Stande gekommen auf Grund der Preisgabe des Griechenthums durch die Römer. Blieb nun doch, auch nach der offiziellen Preisgabe, das Griechenthum noch mit tausend Fäden und Fasern dem römischen Wesen verwoben, so liegt eben hierin der Grund, weshalb in Staat und Gesellschaft der Kampf der Weltanschauungen so bald nicht zur Ruhe kam. Zuletzt ist auch aus diesem sich lang hinziehenden Kampfe die Kirche als Siegerin hervorgegangen; zur völligen Niederwerfung des Gegners auf dem ganzen von ihr in Anspruch genommenen Gebiet indeß hat sie es nicht zu bringen vermocht. Bis heute ist ein Friedensschluß zwischen christlicher und griechischer Anschauung nicht zu Stande gekommen. Und schwerlich wird jemals zwischen ihnen ein voller Frieden geschlossen werden: Ihr Widerstreit liegt dafür zu tief im innersten Wesen beider begründet.

Das Griechenthum stellt den Menschen auf sich selbst. Es weist ihn darauf hin, aus eigener Kraft und im Gefühl eigener Verantwortung das Höchste zu leisten —: das Höchste innerhalb des Bereiches irdischer Zwecke. Das Christenthum stellt den Menschen auf Gott. In Gott läßt es ihn die Quelle seiner Kraft und die Norm seiner Pflichten erkennen. Es richtet sein Streben — obgleich im deutlichen Bewußtsein menschlich-irdischer Unzulänglichkeit — auf ein unsichtbares, überirdisches Ziel. Das ist zwischen Christenthum und Griechenthum der eine grundlegende, dauernde Gegensatz. Aber nicht er allein, nicht einmal er am bewußtesten und erkennbarsten, ist für die Christen der ersten Jahrhunderte der entscheidende gewesen. Zur Aufrichtung der strengen Scheidewand zwischen christlich Gesinnten und griechisch Gesinnten hat in viel ausgeprägterer Weise der Zustand Anlaß gegeben, in welchem griechisches Geistesleben und griechische Sitte gerade um die Zeit sich befanden, wo das Christen-

thum in die Welt trat. In der That, zurückstoßen mußte die ersten Anhänger des Christenthums und verächtlich mußte ihnen erscheinen — ebenso wie es auch uns beim Rückblick über jene fernen Jahrhunderte erscheint — was dazumal hellenischer Abstammung war, oder hellenischer Bildung, hellenischer Gesittung sich rühmte! Aus der Natur des Griechenthums, wie sie in wenigen Worten vorhin gezeichnet worden ist, wird es vollauf erklärlich, daß der politische Untergang, der die selbständige Kraft des Einzelnen, wie des Gesammtvolkes brach, und das Gefühl der Selbstverantwortung vernichtete, in fast augenblicklicher Folge die moralische Zerstörung und, in weiterem unerbittlich schnellen Rückgang, auch die intellektuelle und die künstlerische nach sich zog. Dies Alles aber war in traurigster Weise in Erfüllung begriffen, als die ersten Christengemeinden sich bildeten; es zog weitere und weitere Kreise, zur Zeit, wo die apostolischen Väter und die christlichen Apologeten, zur Zeit, wo die Kirchenschriftsteller, Kirchenlehrer, Kirchenväter auftraten. Nothwendig mußte in ihnen ein Widerwille sich regen gegen das Schauspiel, das die im Römereich verstreuten, zumal aber die von der Hauptstadt angelockten Griechen ihren Augen boten! Der von keckem Selbstgefühl strotzende, aber auch von edlem Gemeinsinn bewegte athenische Demokrat war herabgesunken zum römischen Parasiten. Zwar verstand er es noch, in die werth- und würdelos gewordenen Reste seiner ehemaligen geistigen Ueberlegenheit sich effektvoll zu drapiren; er verstand es, seinen geistig schwerfälligeren Ueberwinder mit täuschendem Glanz zu blenden; er entpuppte sich jetzt als Meister in der niedrigsten der Künste: der Kunst, „sich unentbehrlich zu machen“. Aber ein schmachvoller Posten blieb es doch, der in der römischen Gesellschaft ihm zufiel! Er war der Witzereißer und die Zielscheibe des Witzes an römischen Prunktafeln; er war der abwechselnd geliebkoste und getretene, aber allzeit beflissene, allzeit seinen Herrn und Gönner an Verworfenheit überbietende Diener eines plumper Prachtentfaltung, plumpen Genüssen, plumpem Laster huldigenden Gebieters. Griechische Unabhängigkeit hatte sich verwandelt in ein Gemisch von Kriecherei und Frechheit. Griechische Kunstliebe sank allmählich mehr und mehr zum Virtuosenthum herab. Griechische Philosophie brachte zwar noch ein System hervor, das für bedeutend gehalten wird: den Neuplatonismus. Aber, mag man seine Bedeutung so hoch anschlagen, wie man will, immer stellt doch in ihm nur die eine Seite des intellektuellen Lebens der Griechen sich dar. Neben dem konstruktiven Denken haben von je Sophistik und Rhetorik

im griechischen Volksthum eine sehr bedeutsame Rolle gespielt. In der Blüthezeit schon nahmen sie einen allzu breiten Raum ein; aber von Jahrhundert zu Jahrhundert ist ihre Macht noch gewachsen. Sie waren in der Zeit der Römerherrschaft die hervorstechendsten Züge des griechischen Geistes, und unter ihrem Einfluß versandete schließlich das gesammte philosophische Gebiet. — Der Römer allerdings war in den Augen der Christengemeinschaft der grausame Tyrann, der sowohl das friedliche Dasein der Familien, den gesicherten Besitz und Gütergenuß des kleinen, zum Widerstand gegen die Beamtenwillkür unfähigen Bürgers, wie auch das innerste und heiligste der individuellen Rechte, das religiöse Leben, schonungslos unter seinen Staatsgedanken zu zwingen strebte. Ausbeutung, Bedrückung, blutige Verfolgung waren die Begriffe, die für sie mit dem römischen Imperium verkettet waren. Trotzdem aber ist die Erinnerung an die einstmalige Größe des Römerthums nie aus ihrer Mitte entschwunden; römischer Muth, römische Festigkeit und Selbstbeherrschung waren den Christen wahlverwandte Tugenden. Die Märtyrer römischen Bluts haben sich auch als Romulus-Söhne gefühlt, wenn sie — die unerschrockenen Kämpen Jesu Christi! — den entsetzlichsten Qualen muthvoll entgegengingen. Zum Mindesten haben ihre Stammesgenossen für sie solches Bewußtsein gehabt; aus den alsbald zu ihrer Verherrlichung entstehenden Hymnen tönt gar deutlich diese Römergesinnung hervor. Der Griechenname aber war in den Augen der Christen gebrandmarkt; unlösbar knüpfte sich an ihn die Vorstellung von Gesinnungslosigkeit und Lasterhaftigkeit. Bei der großen Mehrzahl der Autoren, welche uns die Anschauungen der ersten christlichen Zeit überliefert haben, würde man vergeblich ein wirkliches und eindringendes Verständniß suchen für die ehemalige Größe der Hellenen, für die Hoheit und Würde ihrer früheren Geisteserzeugnisse. Solches Verständniß fehlt, weil damals gerade christliche und griechische Weltanschauung im ersten heftigen Zusammenstoß sich ihres Gegensatzes voll bewußt wurden; es fehlt, weil auch in der heidnischen Welt das lebendige Erfassen des Geistes griechischer Blüthezeit mehr und mehr unterging in gelehrter Spielerei und Kleinigkeitskrämerei; nicht zum Wenigsten aber fehlt es deshalb, weil diese Männer völlig unter dem trostlosen Eindruck der sie umgebenden griechischen Gegenwart stehen.

Immer ist ein gewisser zeitlicher und räumlicher Abstand unerläßliche Vorbedingung für objektive Beurtheilung. Je gewaltiger aber die Geistesbewegungen sind, die, auf einander prallend, sich be-

kämpfen, um so größer muß dieser Abstand sein, damit er ein richtiges Ueberschauen ermögliche. Noch 1300 Jahre später war eine hinlängliche Entfernung nicht erreicht! Als in der Renaissance wiederum Anerkennung der großen Schöpfungen des Griechenthums sich Bahn brach, geschah es in der Form einer Empörung gegen christliche Lebensauffassung; es war ein plötzliches, heftiges Abwerfen einer ganzen Weltanschauung. Jetzt sind wir beinahe zwei Jahrtausende entfernt von jener ersten feindlichen Begegnung, wo das Christenthum noch eine neu in die Welt getretene, mit Haß und Mißtrauen empfangene Macht war und das Griechenthum noch ein wirkliches, konkretes Dasein hatte, nicht — wie heute — nur als Vorstellung existirte. Auch manches Jahrhundert trennt uns bereits von dem Augenblick, wo die, von der christlichen aus allen ihren Positionen zurückgedrängte griechische Lebensauffassung zum ersten Male den ihr entgegengestellten Damm durchbrach, und in übermächtigem Einherfluthen christliches Denken und christliches Empfinden hinwegzuschwemmen drohte. So möchten wir denn jetzt wohl endlich an dem Punkt geschichtlicher Entwicklung angelangt sein, wo eine unbefangene Würdigung griechischen Geistes — nicht eine Verschmelzung mit ihm! — auch dem Christen möglich wird. Solch rein-objektive Beurtheilung aber schon von den frühen kirchlichen Autoren verlangen — nein! das würde gegen diese selbst nicht objektive Gerechtigkeit sein. Wer mitten im Kampfe steht, für den genügt es, daß er den Gegner mit keinen anderen als ehrlichen Waffen bekämpfe (und meines Wissens hat keiner der kirchlichen Autoren gegen diesen Grundsatz gefehlt); mit vollem sympathischen Verständniß den Gegner zu würdigen, das geht im Kampfesgetümmel nicht an! —

Die heidnische Welt hat bis nahezu auf die Tage Konstantins gegen das Christenthum den Vorwurf aufrecht erhalten, daß es eine bildungsfeindliche Sekte sei; ja, selbst nach jener großen Umwälzung haben noch zahlreiche Stimmen ihn wiederholt. Aus allem bisher hier Dargelegten geht hervor, daß dieses Urtheil nicht lediglich ein Ausfluß nörgelnder Bosheit war, daß es sich auch nicht einzig auf die Beobachtung stützte, wie dem Christenthum große Schaaren von Anhängern aus den ärmeren Klassen zuströmten, denen die Bildungsmittel weniger zu Gebote standen, und wie Alle, Gebildete und Ungebildete, mit gleicher Liebe bei ihm Aufnahme fanden. Der zutreffende Kern jener gehässig übertreibenden Behauptung liegt tiefer; er liegt eben in der absichtlichen Stellungnahme des Christen-

thums gegen die herrschende Bildung — die dekadente griechische — und in seiner Abwendung hiermit von den Quellen, aus denen fast ausschließlich damals literarische Bildung geschöpft werden konnte. „Die apostolischen Väter waren große Charaktere“, so urtheilt de Pressensé, „aber keine großen Schriftsteller“. Wer die Akten der Märtyrer, wer Eusebius lesen will, muß zu dieser Lesung die ernste Absicht, in dem einen Fall der Erweiterung seiner Kenntnisse, in dem anderen der Stärkung seiner religiösen Gesinnung, mitbringen, sonst legt er bald das Buch wieder aus der Hand und greift zurück zu einem der Prosa-Schriftsteller der klassischen Epoche. Nicht aber würde er deshalb berechtigt sein, zu urtheilen, es seien diese Schriften verunglückte literarische Unternehmungen, wie die gleichzeitigen schwulstigen Erzeugnisse der heidnischen Rhetoren. Sie sind überhaupt nicht als eigentlich literarische Unternehmungen anzusehen. Ihre Verfasser haben in freiwilligem Verzicht — zugleich allerdings auch durch den hieraus wieder sich ergebenden Mangel an Schulung — sich außerhalb des Kreises gestellt, der für die Literatur (im ästhetischen Sinne) in Betracht kommt.

Allerdings ist beim ersten Aufblühen der Katechetenschule zu Alexandria sofort einer der bedeutendsten ihrer Lehrer — Clemens von Alexandrien — mit Ernst an die Prüfung der Hinterlassenschaft des klassischen Zeitalters herangetreten. Aber gerade bei ihm ist der Ekel und Abscheu vor den Ausschreitungen des griechischen Götterkults und vor der damit verbundenen und nunmehr in krassester Gestalt über die römische Welt sich verbreitenden Unsittlichkeit so groß, daß es ihm ganz unmöglich wird, zu vermuthen, es könnte selbst die Bildung mythologischer Vorstellungen bei den Griechen ursprünglich einem wahren und innerlichen religiösen Bedürfniß entflossen sein, — dem der Griechennatur, ebenso wie der Natur anderer Nationen, innewohnenden frommen Verlangen, das Göttliche sich nahe zu bringen. Thöricht würde sein, wer heutzutage die Schilderungen lesen wollte, die Clemens von jenen Zuständen entwirft. Als er sie schrieb, konnten sie Nutzen bringen, und sie werden zweifellos Vielen genutzt und sie vom Heidenthum abgeschreckt haben —; bei uns Heutigen würden sie die beabsichtigte Wirkung, eine Ekel-Empfindung wachzurufen, allzu vollkommen erreichen, und das wäre für uns eine nutzlose Qual. Wissen aber muß man, daß grauenhafte Zustände bestanden haben, daß Clemens sie kannte und daß er

von dieser Kenntniß bei seiner Beurtheilung des Griechenthums ausging, wenn man seine ganze Stellungnahme verstehen will. Seine Kenntniß der griechischen Literatur ist sehr ausgedehnt (sie ist ja eben alexandrinisches Gelehrtenthum!) und ebenso groß ist seine Gerechtigkeit, das Gute, Wahre und Sittliche in ihr jedesmal da anzuerkennen, wo es ihm in einer seinen Gedankenkreisen homogenen und daher ihm verständlichen Form entgegentritt. Freilich müßte er nun wohl vor einem großen, seltsamen Räthsel stehen: Wie können in einem Volke solche Gegensätze sich zusammenfinden? — So sehr in der That mußte dieses Räthsel sich seiner Betrachtung aufdrängen, daß er vielleicht auch selbständig auf die Lösung verfallen sein würde, die er in seinen Stromata ausführt, — wenn nicht schon die alexandrinischen Juden und die alexandrinischen Griechen selbst ihm beträchtlich auf diesem Wege vorgearbeitet hätten. Auch einer der frühesten christlichen Apologeten, Justin der Märtyrer, hatte auf den gleichen Weg bereits hingedeutet, und es liegt wohl nahe, anzunehmen, daß seine Auffassung Clemens gleichfalls Anknüpfung geboten hat. Besonders aber war es doch der Eklektizismus Alexandriens, namentlich die neu-pythagoräische Lehre, die sich darin gefielen, Vermuthungen vorzubringen, Behauptungen aufzustellen über uralte Beziehungen zwischen orientalischer, insbesondere auch jüdischer Weisheit und der griechischen. Clemens sieht bereits mit voller Ueberzeugung solchen Zusammenhang als historische Thatsache an. Dann aber — von seinen alexandrinischen Vorläufern sich ablösend — kehrt er jene Anschauung gegen die Griechen, indem er nunmehr, wo immer ihm Edles, Hohes und Reines, wo immer ihm Tiefes und Wahres in ihren Schriften begegnet, als Erklärung hierfür auf fremden Ursprung hinweist, namentlich auf Anknüpfung an Moses und die Propheten. Jetzt allerdings hindert ihn nichts mehr, so vielen Gedanken der griechischen Philosophen uneingeschränkte Bewunderung zu zollen (thatsächlich wird ihm ja von manchen Seiten sogar Ueberschätzung der griechischen Philosophie vorgeworfen!) — bewundert er sie doch nur in dem Bewußtsein, das alte Erbgut der Christen, die jüdische Weisheit, in ihnen wiederzufinden! Und weil er in den griechischen Philosophen und Dichtern zwar so vielfach die jüdische Weisheit wiederzufinden glaubt, andererseits aber doch auch gleich wieder stutzen muß, wie seltsam sie unter ihren Händen sich verändert habe, läßt er einmal sogar sich hinreißen, dieses Besitzthum — das einzige werthvolle, das er den Griechen zuerkennt — als Diebstahl und ehe-

brecherischen Besitz zu bezeichnen. Für Alles, worin er die ursprüngliche, unbeeinflußte Natur des Griechenthums wahrzunehmen glaubt, hat er nur Ablehnung und Verurtheilung.

Viel später erst, als die Zeit der Christenverfolgungen zu Ende geht, als die Tage kommen, wo die als Hochverrath behandelte Lehre zur Staatsreligion erhoben wird, kommt bei den Christen nach und nach ein Begehren zum Durchbruch, sich auch persönlich in Gesellschaft und Staat zur Geltung zu bringen; es regt sich der Wunsch, auch ihrerseits mit alledem zu glänzen, wodurch man im Römerreich zu Ansehen, Ehre und Vortheil gelangt. Nun allerdings wird griechische Bildung das Losungswort! Aber was ist unter dieser „griechischen Bildung" zu verstehen? — Wohl ist kaum einer der großen Bischöfe des vierten Jahrhunderts, der nicht bei den heidnischen Rhetoren in der Schule gewesen wäre; zu den Akademien von Cäsarea, Konstantinopel und Athen drängte sich alles, was unter der christlichen Jugend vornehmer Abkunft begabt und strebsam ist; Libanius sieht Schaaren christlicher Jünglinge zu seinen Füßen. . . . Wie sorgfältig aber sind sie bestrebt, ausschließlich die Form in dieser Schule sich anzueignen, griechischen Geist aber zu fliehen, wie eine Pest der Seele! Auf das Ernstlichste richten Alle, die an kirchlich hervorragender Stelle stehen, in diesem Sinne ihre Mahnungen an die Jugend; auf das Allerstrengste ziehen sie auch für sich selbst diese Scheidelinie. Durchaus nur als Ausnahmen können Erscheinungen wie Synesius gelten, der erst im Mannesalter dem Christenthum gewonnene Schüler der Hypatia, der Schöngeist und Dichter, der — selbst nachdem er später Bischof geworden und als solcher in unbedingter Treue an der kirchlichen Gemeinschaft festhielt — doch seinen Traum nicht fahren lassen mochte von der Synthese des Christenthums mit, nicht altgriechischen Anschauungen etwa! aber deren alexandrinischer Umgestaltung, dem Neuplatonismus. Und möchte selbst eine größere Zahl ihm Aehnlicher unter seinen Zeitgenossen aufzufinden sein: sicher bliebe doch, daß nicht *sie* die Träger der katholischen Entwicklung waren, sondern die Athanasius, Chrysostomus, Gregor von Nazianz, Gregor von Nyssa, Basilius, Ambrosius.

Fast wie eine Ironie des Schicksals sieht es sich an, daß diese hochbegabten, großgesinnten Männer, die den Ruhm der Kirche des vierten Jahrhunderts ausmachen, bei ihrem ersten Schritt des Entgegenkommens gegen die zeitgenössische Bildung, Werthloses sich aneignen, indessen sie mit der ganzen Entschiedenheit früherer Zeiten

dabei beharren, den werthvollen Kern dieser Bildung — die Hinterlassenschaft der perikleischen Zeit — ebenso zurückzuweisen, wie alle neu auftauchenden Systeme Alexandriens. Und doch ist's auch wieder bloß eine ganz natürliche Erscheinung, wie sie oft und oftmals im Leben sich abspielt! —: Bedeutende Menschen, starke Naturen, die der ganzen Geistesrichtung der umgebenden Welt sich bewußt und kraftvoll entgegenstellen, die durch die Macht ihrer Persönlichkeit Schaaren von Anhängern auf ihre Seite ziehen, pflegen an die weicher gleitende Unterströmung der Mode sich willenlos hinzugeben. Wann aber hätte je eine Mode so uneingeschränkt, so lang andauernd — und, ach, leider, so unerquicklich! — in der Welt geherrscht, wie der Schwulst, die Pedanterie, die Affektation der griechisch-römischen Rhetoren? Zum Glück haben ja die kirchlichen Schriftsteller mit den schlimmsten stilistischen Ausschreitungen dieser ihrer Lehrer und Vorbilder nicht gewetteifert; ihre Charakterwürde und der Ernst ihrer Themata hat sie davor bewahrt. Viel zu viel aber haben sie doch, leider, in jener Schule gelernt! Viel zu viel für unseren heutigen Geschmack, heißt das! — keineswegs zu viel für die Wirkung auf ihre Zeitgenossen. Und praktisch war ja diese Wirkung das Eine, worauf es ankam. Es ist von den Kirchenvätern ein gewaltiger Einfluß ausgegangen, — ein Einfluß, der selbst heute noch fortwirkt. Die katholische Kirche hält ihr Andenken in dankbarer Verehrung; aber die ästhetische Werthschätzung ihrer Reden und Schriften ist bei uns Heutigen sehr herabgestimmt; wir kämen nicht mehr auf den Gedanken, dem heiligen Johannes Chrysostomus um seiner *stilistischen* Vorzüge willen den Namen „Goldmund" zu geben.

Einen kenne ich allerdings auch unter den Kirchenvätern, bei dem die Einflüsse der Rhetoren-Schule so sehr zurückgetreten sind, daß sie fast nicht mehr störend wirken: der hl. Basilius, Bischof von Cäsarea in Kappadocien. Aber es bedurfte der ganzen Charakter-Besonderheit — anders ausgedrückt: der eigenartigen Heiligkeit dieses Mannes, um auf seinen Stil so weit einzuwirken, daß er dem klassischen einigermaßen nahe gekommen ist. Die ausgeprägtesten Züge seiner Individualität, deren Spuren wir so deutlich in der Bildung seines Stils wiedererkennen, sind: strengste Entsagung und Askese; völliges Zurücktreten des eigenen Ich; eine Selbstbeherrschung und Besonnenheit, durch welche er jederzeit den schwierigsten Verhältnissen sich gewachsen zeigte; ruhige Milde des Urtheils, und, bei aller Klarheit und Festigkeit seiner Glaubensüberzeugung, eine so maßvolle Zurückhaltung im Kampf der theologischen Meinungen, daß

man ihn — den Beharrlichen und Unerschütterlichen! — sogar wiederholt des Paktirens mit den schismatischen Bestrebungen bezichtigt hat. Alle diese Eigenschaften nun, im Bunde mit der glücklichsten geistigen Veranlagung, haben für die Form seiner Werke nur zu knapper Noth das bewirken können, was eine künstlerisch begünstigtere Zeit ihren Kindern umsonst in den Schooß wirft. Auch dauert dieser Einfluß auf seinen Stil nur so lange fort, als Basilius auf seinem eigentlichsten Gebiet — dem religiösen — sich bewegt; seine Briefe an Libanius (deren Echtheit allerdings eine noch immer umstrittene Frage bildet) stehen an zopfiger Verschnörkelung keineswegs hinter denen dieses seines Meisters zurück.

Wenn nun eben dieser Bischof und Kirchenvater eine Anweisung für die christlichen Jünglinge schreibt über das Lesen der heidnischen Schriftsteller, so dürfen wir vermuthen, daß auch hier, in den Urtheilen, die er ausspricht, in den Rathschlägen, die er ertheilt, seine Individualität sich spiegeln wird. Basilius billigt diese Lektüre; er billigt sie als eine Art intellektueller Vorbereitung, als einstweilige Beschäftigung für diejenigen, welche die erforderliche geistige Reife für ein höheres und reineres Studium noch nicht erlangt haben. Wenn er auch hierbei, wie alle seine Zeitgenossen, in erster Linie formale Schulung im Auge hat, so findet doch der ebenso gerecht denkende wie feinfühlige Mann auch inhaltlich hie und da an den klassischen Schriftstellern Einiges zu loben; — d. h. er greift ab und zu einen Einzelausspruch, hier eine philosophische Sentenz, dort einen Vers, dort einen kurzen Thatsachenbericht heraus, den er, für sich allein — nicht im Gedankenzusammenhang des Werks! — als gut und recht anerkennt. Eine bestimmte These, wie bei Clemens von Alexandrien, liegt anscheinend seiner Auswahl nicht zu Grunde; wenigstens ist eine solche nirgends ausgesprochen. Man möchte sagen: er blättert und läßt in Bezug auf das, was ihm des Verweilens werth scheint, von Geschmack, Gefühl und Frömmigkeit sich leiten. Aber unveränderlich trocken und frostig bleibt dennoch sein Ton, auch bei den günstigsten Aeußerungen, zu denen dieser sein Rundblick über die Blüthezeit griechischer Literatur ihn zu bestimmen vermag. Und das bei ihm, der so inniger Wärme fähig ist und dem griechisches Blut in den Adern fließt! Weit ablehnender als die seinige ist die Haltung der Mehrzahl seiner lateinischen Zeitgenossen, so daß unter ihnen Basilius, durch die Zugeständnisse, die er macht, schon beinahe eine Ausnahmestellung einnimmt.

Das Mißverständniß, das für die Geistes-Elite des Christen-

thums sich über alles das legt, was die Geistes-Elite des Griechenthums hinterlassen hat, — dies, von dem nachfolgenden griechischen Pygmäen-Geschlecht verschuldete Mißverständniß — ist eben nicht so leicht auszuräumen! Als gewiß ist allerdings anzunehmen, daß die Kirchenväter auch ohne das Zwischentreten solches Einflusses jene Hinterlassenschaft abgelehnt hätten: denn Christen waren diese Männer in erster Linie, Christen wollten sie sein mit jeder Fiber ihres Wesens! in ihrer Art lag es nicht, mit fremder Anschauungsweise irgend welchen Kompromiß zu schließen. Aber das wenigstens hätte doch nicht ausbleiben können, daß sie in den Schöpfungen der perikleischen Zeit einen der Höhepunkte der Menschheit erkannt hätten.

Oft, wenn man ihre Werke liest und erinnert sich dabei, wie genau die Werke jener Anderen ihnen bekannt waren, wie, bis in die kleinste Einzelheit, diese Literatur ihrem Gedächtniß gegenwärtig war, bildet man sich ein, es müsse im nächsten Augenblick eine verwandte Saite anklingen, man wartet förmlich darauf . . . . Aber immer war's nur ein beinahe Sich-streifen, ohne daß sie wirklich sich berührten, und die Saite klingt nicht. Auch da, wo die spezifischen Lieblingstugenden des Christen von den großen Tragödien-Dichtern verherrlicht werden — die opferwillige Liebe, die jungfräuliche Keuschheit, die Demuth — fühlen sie die verwandte Stimmung nicht heraus.

Hat denn wirklich die perikleische Zeit d i e s e Tugenden verherrlicht? — O ja! Und zwar in einigen von den vollendetsten ihrer Werke! „Nicht mit zu hassen, — mit zu lieben bin ich da!“ spricht die Antigone des Sophokles. Und das Liebeswerk an dem Bruder, dem t o d t e n Bruder, der ihr n i e mehr mit brüderlicher Gegenliebe, mit Herzlichkeit, auch nur mit einem warmen Blick vergelten kann, sie erfüllt es um den Preis ihres eigenen Lebens. In dem Augenblick, wo ihr Dasein, das von Kindestagen an nur Gram und Schmerz gekannt hat, zum ersten Male in bräutlich hellem Hoffnungsscheine vor ihr liegt, giebt sie dies junge Dasein hin, damit dem Bruder die letzte irdische Gabe — seine Todtenspende werde. Daß ein religiöses Motiv mitwirkt, der Gedanke, die Hadesgötter seien es, die dieses Opfer begehren, es v o n ihr begehren, und f ü r ihn begehren, — das macht doch ihre That nicht weniger „fromm“! Und daß der Chor, dem allemal obliegt, den Gedanken und Stimmungen Ausdruck zu verleihen, die in dem Geschehniß beschlossen liegen, daß er nicht Entsetzen kundgiebt, nicht Klage erhebt, als sei dieses

Opfer allzu groß, daß er einzig über Antigone's Gesetzesüberschreitung Sorge ausspricht — „Du schrittst in Deinem Muth zu weit, So stießest Du an Dike's Thron, Den heil'gen, heftig an, mein Kind" —, ist das nicht ein Zeichen, mit welch kühner Sicherheit Sophokles den höchsten sittlichen Gesichtspunkt bei seinen Zuhörern voraussetzte? — Und nun Alceste! Sie, die an Stelle ihres an Leben und Lebensgenuß sich klammernden, selbstsüchtig von Vater, Mutter, Gattin alle Opfer heischenden Gemahls in den Tod geht, scheint sie nicht sogar hinauszuschreiten aus dem Rahmen der sittlichen Idealvorstellung der Griechen? — jener Vorstellung, als deren vollendete Ausprägung wir Antigone erkannten! Von dem Boden jener Zeitanschauung aus, wenn wir uns einmal gründlich und tief in sie hineinversetzt haben, beschleicht uns geradezu ein Mißbehagen bei dem, was wir Alceste thun sehen: das Mißbehagen, das eine räthselhafte Erscheinung mit sich bringt. Wir finden sie nicht recht verständlich, nicht recht aus der Geistesatmosphäre ihrer Epoche heraus zu begreifen. Auf ein überirdisches Motiv gegründet, würde ihre That sofort verständlich werden, indeß die volle Größe ihr bliebe. Aber so? — Was mag denn Euripides vorgeschwebt haben, als er diese Gestalt geschaffen hat? — War etwa Alceste um ein paar Jahrhunderte im Voraus heimlich eine Christin? Doch nein! Das scheint ja uns nur so! Die Kirchenväter haben nichts Derartiges in ihr gespürt.

Ebenso wenig scheinen sie im Hippolytos die jungfräuliche Keuschheit zu erkennen; weil jene Hohe und Liebliche, der sich der Jüngling geweiht hat, die jungfräuliche Artemis ist. — Der Grieche kannte in dem All zwei Elemente, die ihm als göttlich galten. Das Eine: das volle, quellende, warme, ewig in Genuß und Freude und Lust sich erneuende Leben, nannte er Aphrodite. Das Andere: das Herbe, Geheimnißvolle der Natur, der dunkle Zug, durch welchen sie dem Menschen — der doch nur in ihr und durch sie sein Dasein hat — ewig unberührbar bleibt, nannte er Artemis. Ihr war das weiße, kalte Mondlicht heilig, das die vertrautesten Gegenstände so seltsam entrückt, das keinen Keim aus dem Boden zu locken, keine Frucht zu reifen vermag. Wer dieser tiefsten menschenfremdesten Seite der Natur sich nahen will, muß in jungfräulicher Reinheit der Artemis geweiht sein. Er muß einsam, jedem zu engen menschlichen Bande entzogen sein, keines Weibes Gatte, keines Lehrers Schüler. — einzig seiner Gottheit hingegeben. Aber Aphrodite zürnt solch anmaßendem unirdischen Streben. Ist doch ihr das Szepter ver-

liehen über Alles, was Menschenblut in den Adern hat! So entspinnt sich der Kampf. Aphrodite tödtet ihren Gegner; aber seine Festigkeit hat sie nicht zu brechen vermocht. Auf eine alte, tief im Volksglauben wurzelnde Sage ist diese Tragödie aufgebaut. Halbgöttliche Ehren wurden in Griechenland Hippolytos erwiesen. Altäre erhoben sich zu seiner Verherrlichung, und am Hochzeitsmorgen schnitten die jungen Bräute eine Locke ab, sie ihm zum Opfer zu bringen.

Und weibliche Sittsamkeit, wie lieblich ist sie dargestellt in Polyxena! Wie gehalten ist der Schmerz ihres Abschieds, wie geht sie ruhigen, sicheren Schrittes, auf daß nicht rohe Kriegerfäuste sie schleppen mögen, zum Grabe des Achill. Mit stiller Würde, gleich fern von Klage und von Prahlerei, bietet sie dem unvermeidlichen Todesstreich sich dar; im Augenblick, wo sie sterbend niedersinkt, einzig in Schamhaftigkeit besorgt, in ihr Gewand sich zu hüllen.

Alle diese Ausführungen nun wird man vielleicht mir gelten lassen. . . . Aber die Demuth? Nein! von der steht es doch ganz fest, daß die Griechen sie nicht gekannt haben! nicht einmal das Wort hatten sie! — Vielleicht das Wort nicht; mag sein! Aber sie kannten sie doch! Und sie haben sie auf das Lieblichste geschildert. Ich denke dabei nicht an ihre Scheu vor den Göttern, ihre immer wache, immer rege Sorge, ja nicht durch Uebermuth, ja nicht durch ein zu herausforderndes, zu triumphirendes Glücksgefühl den Zorn der Olympier auf sich herabzuziehen. Dieser ausgeprägteste, typisch griechische Zug ist wohl auch unter allen ihr heidnischster. Was sich in ihm ausspricht, ist das Mißtrauen gegen Gewalten, die man als hart, unberechenbar, abgünstig ansieht, denen man dann am eifrigsten dient, wenn man sie am wenigsten liebt, — bis daß einmal urplötzlich die Empörung durchbricht und der Mensch seinen Trotz auch jenem Mächtigsten entgegenstellt! So wüßte ich denn freilich kein Beispiel anzuführen, wo Demuth bei einem Manne von den großen Dramatikern gezeichnet worden ist. Zu weiblicher Lieblichkeit aber gehörte sie nach ihrer Auffassung. Und da ist es auch nicht Aeußeres, was ich meine; nicht die bescheidene Zurückhaltung, nicht die resignirte Unterwürfigkeit dem Manne gegenüber; nein, ganz etwas Anderes! Noch einmal muß ich von Antigone sprechen, um das zu zeigen: Als sie ihren schweren Todesweg geht, nicht stolz und trotzend das Haupt erhoben, sondern mit leisem Klagelied ihren Schmerz einlullend, da sprechen die Männer Theben's, die ihren Muth nicht theilen, die ihr nicht beizuspringen wagen, und die sie doch von

Herzen lieben, ihr Trostesworte zu. Das Herrlichste verkünden sie ihr, was ein Menschenherz kann stolz erglühen lassen: „Groß ist der Ruhm der Geschiednen fürwahr, Halbgöttergeschick zu gewinnen“. In Antigone aber steigt nicht die leiseste Ahnung auf, daß solche Worte auf sie anwendbar sind. „Weh! spottest Du mein?“ ist ihre Antwort. Nichts anderes empfindet sie, als ihren bitteren Todesschmerz, und — hell leuchtend über aller Qual — ihre Pflicht und ihre Liebe.

Demuth bei einem Manne, sagten wir, sei von den Tragikern nicht gezeichnet worden. In der That: das Grübeln, welche „Scheu“ „guter Art“, welche „ein Fluch des Hauses“ sei, ist in keiner ihrer Männergestalten zu so vollkommener Lösung und zu so herrlicher Verkörperung dieser Lösung gelangt. Aber auch bei Zeichnung ihrer Männergestalten beschäftigt kaum eine andere Frage sie so andauernd, wie der Versuch, jene Scheidelinie zu entdecken, jenseits derer nach der einen Seite die Scheu vor den Göttern Frömmigkeit, nach der anderen niedrige Gesinnung ist, und auch die Scheu vor dem Menschen nach der einen Seite Ehrerbietung, Takt und Rücksicht ist, nach der anderen aber Feigheit. Schon dem alten Homer hat dieses Problem immer wieder und wieder zu sinnen gegeben. So vollständig naiv, so ganz und gar allem grüblerischen Nachdenken abgewandt, ist er nun einmal nicht, wie wir Moderen das oft leichthin meinen! Seine spielende Leichtigkeit und seine machtvolle Lebendigkeit des Gestaltens täuscht uns das vor, und außerdem auch die Verschiedenheit der Sitten, die er darstellt, von den unsrigen. In Wahrheit aber sind seine Helden keineswegs nur Kinder spontanen Impulses. Unzählige Male kommt es vor, daß sie „in zweifelnder Seele erwägen“, nicht nur wie sie klug und zweckmäßig, sondern auch wie sie recht und der Sitte gemäß handeln sollen.

Standen wirklich die Männer, die solche Gestalten geschaffen haben, die mit solchen Problemen sich beschäftigten, in ihrer Auffassung so weit, so sehr weit zurück hinter dem Sittlichkeitsideal des Christen? . . . Und dennoch, die Kluft zwischen ihnen blieb unüberbrückbar. Dieser Blüthenflor des griechischen Heidenthums, der dem lieblichsten und köstlichsten des Christenthums so wunderbar ähnlich sieht, ist in Wahrheit doch — das haben die Christen allezeit richtig herausgefühlt — aus ganz verschiedenem Safte getrieben. Die Sittlichkeit des Christenthums wurzelt in der jüdischen. Wie denn überhaupt das Judenthum die Wurzel des Christenthums ist; — eine Wurzel, von der die katholische Kirche zu keiner Zeit sich gelöst hat.

Der enge, feste Zusammenhang ist bei jedem einzelnen der kirchlichen Autoren nachweisbar. Von den großen Geistern der Griechen haben sie die Art von Kenntniß, die man in einer Defensiv-Stellung gewinnen kann; von der Bibel leben sie. Es ist eine ungeheure Fülle von frommer und gelehrter Arbeit, die sie in ihrer Beschäftigung mit dem Alten Testament geleistet haben: Die Kommentare, die textkritischen Untersuchungen; die großen Zusammenstellungen in den verschiedenen Sprachen, wie die Hexapla des Origenes; dann die Uebersetzungen — Itala — Vulgata —, und schließlich die fortlaufende Verwerthung des ganzen sorgsam gehegten Schatzes in der Predigt, in den apologetischen und den Erbauungsschriften. Der Versuch der Alexandriner aber, auch das Höchste und Beste der Hellenen auf diese jüdische Wurzel zurückzuführen, ist durchaus abzulehnen, — einerlei, ob sich auch hie und da für eine Einzelheit vielleicht ein solcher Zusammenhang nachweisen ließe. Gerade in dem unlösbaren historischen Verhältniß des Christenthums zum Judenthum liegt das Entscheidende, das den Christen auf immer von dem Griechen trennt. Größere Gegensätze als Griechenthum und Judenthum haben wohl niemals in der Welt bestanden! — obgleich auch hier es e i n e n Augenblick der Entwicklung giebt, wo die beiden einander nahe zu kommen scheinen:

Auf Lebensgenuß, Lebensfreude gerichtet, aber jederzeit mit einer wenigstens ästhetischen Hinneigung zum Sittlichen, und, bei aller Leidenschaftlichkeit, voller Scheu vor den Verwirrungen, in welche Jener sich stürzt, der über das Maß hinausstrebt, — so war die Charakteranlage der Griechen. Nach und nach führte sie, mit der Vertiefung des Denkens, mit der Vollendung der künstlerischen Anschauung, mit der Vervollkommnung der politischen Einrichtungen zu immer reinerer Ausbildung des sittlichen Elementes. In der perikleischen Zeit war das sittliche Ideal ein sehr hohes; wenn ihm auch freilich — wie das auch sonst ab und zu in der Welt vorzukommen pflegt! — die thatsächliche Wirklichkeit nicht gerade auf das Tadelloseste entsprach.

Den späteren Verfall, in Folge des politischen Niederganges, haben wir bereits im Eingang gezeichnet.

Die Juden waren durch ihre früheste nationale Gewöhnung auf den Begriff der Pflicht hingewiesen. Größtes und Kleinstes war für sie durch bestimmte, unabänderliche Gebote geregelt. Die schreckenvolle Erhabenheit Gottes war der Gedanke, zu dem ihr Geist, wann immer er die Schwingen zu regen versuchte, seinen Aufschwung nahm:

die Furcht Gottes war das ausgeprägteste ihrer Gefühle. Endlich aber kam der Augenblick, wo in die starre Strengheit und düstere Größe ihrer Auffassung Lieblichkeit sich mischte. Er kam, als Einer aufstand unter ihnen, der sie lehrte zu beten: „Vater unser". Er kam, als zu dem Volke, das, fast wie von einer körperlichen Last, sich niedergedrückt fühlte, von dem Propheten-Ausspruch: „Gut ist's dem Manne, wenn er trägt ein Joch, von seiner Jugend an", Jesus die Worte sprach: „Kommet zu mir, die Ihr mühselig und beladen seid, und ich will Euch erquicken; nehmet mein Joch auf Euch; denn mein Joch ist süß und meine Bürde ist leicht."

Indeß . . . als so die früher nur von den Wenigsten und nur im undeutlichen Glanz einer fernen Zukunft erschaute Krönung ihres religiösen Ideals in greifbarer Wirklichkeit ihnen geschenkt wurde, da war die Mehrzahl nicht im Stande, es zu begreifen. Ein letztes und entscheidendes Mal hatte sich die Drohung des Isaias erfüllt, sein: „Höret nur, höret und verstehet nicht; sehet nur, sehet und erkennet nicht!", aber auch seine Verheißung ging nun in entscheidender Weise in Erfüllung, daß von dem Eichbaum, der gefällt werde, ein „heiliger Same" bleiben solle, alles das neu und vollkommener erstehen zu lassen, was schon in der Wesensart jenes Baumes gelegen. Das Judenthum, als Gesammtheit, wendete sich von der Religion ab, die doch als sein eigenstes Eigenthum in die Welt getreten war. Diejenigen, die das von dem Gesammtvolk verschmähte Erbe antraten, die wurden Christen genannt. Das ist die geistige Abstammung der Christen. Im Vergleich zu solch nächster und unmittelbarster Beziehung sind die Berührungspunkte, die zwischen Griechen und Christen bestehen, nur „zufällige" zu nennen. Das gilt von den auf dem Gebiet der Philosophie sich ergebenden — auf die wir noch zurückkommen — ebenso wie von den auf dem Gebiet der Sittlichkeit liegenden, die uns gegenwärtig beschäftigen. In der Verschiedenheit des Ursprungs christlicher und griechisch-heidnischer Sittlichkeit liegt das, trotz aller Aehnlichkeit, innerlich Trennende.

Aus dem Ursprung der griechischen sittlichen Ideale erklärt sich ihr ganzer Zauber; aus dem Ursprung der christlichen erklärt sich ihre ganze Kraft. Dem Griechen war es gegeben, wundervolle Träume zu träumen; und die zweite Gabe noch war ihm verliehen: das sittlich Höchste, das er mit geistigem Auge geschaut, schöpferisch hinzustellen in Lebensfülle, im Schein der vollen Wirklichkeit. Oder, wenn ein ander Mal die lyrische Stimmung ihn beherrscht, anstatt

der dramatischen — jener seelischen Plastik —, dann reißt, wie in den Epinikien Pindar's, der Strom seiner Begeisterung den Hörer fast besinnungslos mit sich fort; nicht minder gut aber weiß er, wie Euripides in so manchen lyrisch bewegten Stellen, in weiche, elegische Stimmung uns hineinschmeichelnd, sein Ideal fast noch höher, noch reiner erscheinen zu lassen, durch die resignirte Klage über — seine Unerreichbarkeit. Anders der Christ! Nicht mit künstlerischem Schein darf er seine Sehnsucht nach dem Vollkommenen betrügen ... Im eigenen Selbst soll er sein Ideal der Verwirklichung entgegenführen. Da aber steht ihm sofort das Böse als eine reale Macht entgegen, die er anerkennen, die er bekämpfen muß. Nicht nur in der umgebenden Welt begegnet er dieser Realität; nein, auch im eigenen Innern. Das ist denn sofort eine Entdeckung, die von Schönheit sehr weit entfernt ist. Wie schwer, bei solchem Widerstand, wird es, das Ideal auszuprägen! Lebendige Menschenseelen sind ein minder gefügiges Material als sechsfüßige Jamben —! Es beginnt nun der Kampf; und alles, was ein Kampf mit sich bringt, an Begeisterung und Heroismus, — an Schwäche und Ermattung, — an Uebertreibung und Fehlgriffen, — das Alles entwickelt sich auch hier. Eines fehlt gänzlich: die ästhetische Harmonie. Denn die Harmonie ist ein Kind des Friedens. Aber auch nur ein Kind der Vorstellung ist sie; nicht ein Kind der thatsächlichen, irdischen Wirklichkeit.

So vollständig aber lebt und webt der Christ in dieser seiner Art, die Dinge anzuschauen, daß er auch in seiner Kunstübung von ihr nicht los kann. Der Grieche stellt — mit wenig Ausnahmen, und die nicht in den höchsten seiner Kunstleistungen! — fertige, in sich geschlossene Individualitäten dar; ja er läßt eben in dieser ihrer Geschlossenheit auch ihr Verhängniß liegen. Der Christ kennt nicht geschlossene Individualitäten; er kennt nur in gährender Entwicklung begriffene Menschenseelen, in denen die Gnade mit dem angeborenen Bösen ringt. Solche Auffassung kann wundervolle Lyrik ergeben; sie hat es schon früher gethan — in den Psalmen, — in den Klageliedern des Jeremias. Plastische Menschenbilder aus ihr zu gestalten, wie Epik und Dramatik sie fordern, dazu bedürfte es einer noch ganz anderen Darstellungskraft, als selbst die griechischen Tragiker sie besaßen. Eine Kraft müßte das sein, das Auseinanderstrebende in Eins zu fassen, das Widerspruchsvolle zu verknüpfen, das Zergliederte lebendig zu machen, wie sie nur ein Einziger jemals in annähernd dem erforderlichen Grade besessen

hat —: Shakspere. Die christliche Kunst des vierten Jahrhunderts nun ist, um dennoch diesen Kampf mit plastischer Lebendigkeit darstellen zu können, auf ein gar eigenthümliches Auskunftsmittel verfallen: Sie personifizirt jene einzelnen Elemente, die im Innersten der Menschenseele im Kampfe liegen, „den Glauben", „die Hoffnung", „die Liebe", „die Sünde" — auch einzelne Laster — und „den Tod" u. A. m. Zuletzt ist dann doch auch noch die Seele selbst vorhanden, als eine von diesen Personen, — unbedingt die wunderlichste unter allen! denn halb ist sie der Schauplatz für den Kampf der übrigen; halb ist sie selbst mitwirkend. Dabei mag nun alles Mögliche herauskommen (und in der That „herausgekommen" sind die geistreichsten Anknüpfungen, die feinsten Apercus!), nur das Eine, das, was in der Kunst das Wesentlichste ist, wird auf diesem Wege niemals sich ergeben: künstlerische Klarheit nämlich und Anschaulichkeit. Um das siebzehnte Jahrhundert hat Calderon sein Genie an diese Kunstgattung verschwendet, die gar nicht eine künstlerisch berechtigte Gattung ist. So großen, mannigfaltigen Reiz seine allegorischen Dramen auch haben, es bleibt doch bestehen, daß sie im innersten Kern, daß sie von ihrer ersten Anlage aus verfehlt sind. Höchst interessant ist es mir nun gewesen, zu sehen, von wo dieser künstlerisch verfehlte Weg seinen Ausgang genommen hat! Eine Vermuthung, die ich gehegt hatte, bestätigte sich mir in dem Augenblick, wo ich erfuhr, daß sein Anfang genau zusammenfällt mit den Anfängen der Menschendarstellung in der christlichen Dichtkunst. In den Bereich der Lyrik fallen ja noch die Loblieder auf die Märtyrer, deren schon Paulin von Nola und nach ihm Prudentius eine große Zahl geschaffen hat; ebenso wie — ohne Vergleichung des künstlerischen Werthes! — die Siegesgesänge Pindar's dem lyrischen Gebiet angehören. Die Umgießungen der Evangelien in Hexameter aber, die mehrfach unternommen wurden, können überhaupt als Dichtung nicht gelten. So ist denn die erste christliche Leistung auf epischem Gebiet: die „Psychomachie" des Prudentius. Gelesen habe ich sie nicht; nur einen Prosa-Auszug; aber ich weiß, daß sie großes Lob geerntet und noch das ganze Mittelalter hindurch — insbesondere auch bei uns in Deutschland — größtes Ansehen genossen hat. Unbestritten ist Prudentius der bedeutendste Dichter, den die christliche Literatur des Römerreichs aufzuweisen hat. Sein Einfluß aber, wie er in der Psychomachie auf Jahrhunderte fortwirkte, ist eben für diese Zukunft ein künstlerisch verhängnißvoller gewesen. Nicht zum geringsten Theile war gerade er es, der nach Form und

Inhalt den griechischen Vorbildern den Zugang zu unserer mittelalterlichen Dichtung verwehrt hat.

Durch vier Jahrhunderte haben wir jetzt eine schnelle Umschau über die Erzeugnisse christlichen Geistes gehalten. Und noch ist keine Silbe gesagt von den ersten und wichtigsten Schriften des Christenthums, von denjenigen, die den Bestand unserer heiligen Bücher ausmachen. Keineswegs habe ich die Besprechung vermeiden wollen! Der heilige und ehrfurchtgebietende Inhalt dieser Schriften allerdings gilt mir als etwas, worüber Unberufene — wie ich es sein würde — sich nicht äußern sollen. Ueber die Form aber habe ich eine Beobachtung auszusprechen, die mir durchaus zu dem vorliegenden Thema zu gehören scheint. Zuvor jedoch sollten in großen Zügen die literarischen Zustände der Entstehungszeit dieser Schriften dargestellt sein; es sollte gezeigt sein, welchen Einfluß die griechische Bildung auf die entstehende christliche gehabt hat. Zweierlei — so sehen wir — ist es gewesen. Erstens, sie hat die Christen anfänglich abgestoßen und vom Streben nach ästhetischer Bildung zurückgeschreckt. Zweitens, sie hat dennoch Einiges von ihren damaligen Fehlern, jedoch nichts von ihren früheren Vorzügen auf die Christen übertragen. Und nunmehr ist es denn an der Zeit, zu sagen, daß diese Einwirkung der Fehler der damaligen herrschenden Literatur sogar in den Episteln des hl. Paulus, dieses großartigsten, gewaltigsten der Apostel, sich geltend macht. Seine Episteln sind überaus schwer zu lesen, nicht einzig wegen der Gedankentiefe, Gedankenfülle und der für uns Christen so entscheidenden Wichtigkeit ihres Inhalts, sondern nicht minder deshalb, weil auch er einen Stil schreibt, wie er den Gepflogenheiten seiner Zeit entspricht. Hat allerdings auch nicht der leiseste Anflug von der Affektation der damaligen griechischen Schriftsteller seine Briefe berühren können, so ist doch anderseits in hohem Grade die gleichzeitig herrschende schwerfällige Gelehrten-Schreibart in sie eingedrungen. Um so hinreißender freilich wirken dann die einzelnen Stellen, in denen man fühlt, daß auch er selbst fortgerissen ist von dem Feuer der in ihm glühenden Begeisterung. Solche Stellen sind jedesmal von großartigster Beredtsamkeit. Aber durch wie Vieles hat man sich erst durchzuarbeiten, bis man zu ihnen gelangt! Durch welch endlos lange Perioden! Durch welche Unzahl eingeschalteter Zwischensätze! —

Diese Episteln aber mit ihren stilistischen Vorzügen und Mängeln sind die Leistung eines Mannes von solcher Geisteskraft und Größe, wie Jahrhunderte seines Gleichen nicht hervorbringen.

Wer wollte behaupten, daß die frühchristliche Zeit den Zweiten, ihm Ebenbürtigen besessen hat?

Und nun findet sich in dieser frühchristlichen Zeit ein Werk von solcher Einfachheit und Klarheit des Stils, von einer so schlichten und anspruchslosen, aber so absoluten Vollendung des Vortrags, daß in Bezug auf die Form (auf d i e s e beschränkt sich durchaus meine Erörterung) selbst die Perikleische Zeit, trotz ihrer rein-sprachlichen Ueberlegenheit, nicht Höherstehendes, ja kaum Ebenbürtiges aufzuweisen hat. — In einem literarischen Werk kann auf mannigfaltige, auf die verschiedenartigste Weise die Form sich bemerkbar machen; der erfreulichste Fall unter diesen wird ohne Zweifel der sein, daß sie durch Schönheit auffalle. Dennoch: das Höchste ist auch solches Auffallen nicht! Wo immer, in Schrift oder Rede, es erreicht ist, den Ausdruck so vollständig — ohne Ueberfülle oder Knappheit — dem Gedanken anzuschmiegen, daß er gar nicht mehr als Ausdruck, als Form bemerkt wird, sondern einzig der Gedanke selbst zur Wirkung kommt, da, und auch nur da, ist Vollkommenheit erreicht. Es giebt einige Werke höchsten tragischen und lyrischen Schwunges, die zu diesem Gipfel sich erheben. Nicht minder erreichen ihn die Dialoge Platos, die an den Verstand sich wenden, ihn beschäftigen, klären, anregen, ohne daß man doch der geringsten Verstandesanstrengung sich bewußt wird. Auf jedem einzelnen Felde des ganzen, weiten literarischen Gebietes (versteht sich, das Wort im ästhetischen Sinne genommen!) sind solche Werke möglich. Schließlich wird aber doch — selbst die Literaturen aller Völker gerechnet — nur eine kleine, erlesene Anzahl festzustellen sein, in denen wirklich die Form zu diesem ihrem verborgenen Triumphe gelangt: daß man über dem Dargestellten s i e vergesse. Im Bereich erzählender Prosa kenne ich nur ein einziges so vollkommenes Werk. Ein Werk ist es, das einen Bericht von Geschehnissen enthält und zugleich die tiefsten Probleme des Geistes und Herzens behandelt. Ich meine kein anderes, als die Gruppe der vier großen Niederschriften des Evangeliums. Die G r u p p e: Mag auch jeder einzelne der vier Berichte in solchem Grade die Eigenart seines *) Verfassers spiegeln, daß er hierdurch scharf und bestimmt sich von den anderen unterscheidet, — die soeben

*) Eine Mehrheit von Verfassern nehmen zahlreiche Exegeten auch für den einzelnen Bericht an; ich habe schon deshalb nicht mit dieser Auffassung mich auseinanderzusetzen, weil sie — bei aller sonstigen großen Bedeutung, die ihr innewohnt — doch für die vorliegende Frage nicht von einschneidender Wichtigkeit ist.



geschilderte gemeinsame Eigenschaft der vier Niederschriften genügt, damit sie dennoch vom literar-ästhetischen Gesichtspunkt als ein einheitliches Ganzes sich darstellen. Ein Ganzes ... in vier ausgesprochenermaßen von verschiedenen Verfassern herrührenden Berichten? In Berichten, die, selbst wenn einer von ihnen eine Erwähnung des Vorhandenseins anderer enthält, dennoch dies Vorhandensein recht wenig zu berücksichtigen scheinen? Die sogar in kleinen Einzelheiten (z. B. von Tag und Stunde) nur mühsam in Einklang gebracht werden können? — Ja! Dennoch ein Ganzes. Weil die vier Berichte von einem einzigen, großen, mächtigen Eindruck ganz erfüllt und getragen sind. Weil der Eindruck der Persönlichkeit Jesu Christi sie solchergestalt erfüllt, wie das nur aus eigener naher Berührung erklärlich wird, nur aus unmittelbarster persönlicher Einwirkung, sei es nun auf den Niederschreibenden selbst, sei es auf diejenigen, von denen der Niederschreibende die große Gesammtheit dessen, was er uns darbietet, empfangen hat. Muß der literarisch geschulte Leser nicht sich sagen, daß vier von verschiedenen Verfassern herrührende Erzählungen unmöglich eine so lebensvolle und dabei so übereinstimmende, so vollkommen von dem einen Bericht zum andern sich ergänzende und abrundende Darstellung einer Persönlichkeit zeichnen könnten, wenn in diesen Erzählungen bloß eine Anzahl von Versuchen vorläge, ein durch Generationen hindurch von liebender Verehrung und schaffender Phantasie nach und nach umgemodeltes Erinnerungsbild in pietätvoller Ausgestaltung festzuhalten? Muß er nicht auch sich sagen, daß solche Erinnerungsbilder zweifellos mit allem pomphaften Schmuck griechischer Rhetorik wären bereichert worden? Wenn die Verfasser der Evangelien komponirt hätten, dann hätten sie — als Kinder ihrer Zeit — ganz und gar anders komponirt. Die Evangelien sind, gleich wie so Vieles in den Propheten, abermals ein Beispiel dafür, wie höchste Kunstwirkung bisweilen unbewußt, ohne das Vorhandensein eigentlicher Kunstabsicht erzielt wird. Nur deshalb haben die Evangelisten den lieblichen, natürlichen, zwanglosen Ton getroffen, weil sie mit eigenen Augen Jesus unter dem Volke wandeln sahen, mit eigenen Ohren Ihn zu dem Volke sprechen hörten oder aber unmittelbar von denen die Schilderung empfingen, die Ihn mit eigenen Augen gesehen, mit eigenen Ohren gehört hatten.

Eine Einwendung läge wohl nahe: die Apokryph-Evangelien. Sie, die Produkte ausmalender Phantasie, treffen doch an manchen Stellen auch den schlichten Ton der Evangelisten. Stellen-

weise allerdings; aber nicht einheitlich. Und in dem Einheitlich gerade liegt das literarisch ausschlaggebende Moment. Für die Stellen aber hatten sie ja auch Vorbilder: eben die Evangelisten selbst! Wenn sie Nachdichtungen waren, dann mußte doch das Erste das Streben sein, den Ton des Originals zu treffen! Das Zweite ist dann das Uebertrumpfen; — und auch daran fehlt es nicht! So bleibt denn von Allem, was aus jener Zeit uns erhalten ist, nur für die vier Evangelien — und etwa noch für die Apostelgeschichte, die aber als Fortsetzung des Lukas-Evangeliums anzusehen ist — die Thatsache bestehen, daß sie Schriften sind, die auch in künstlerischem Sinne als vollendet gelten müssen, und zwar, ohne daß eine Kunstwirkung angestrebt ist, und zu einer Zeit, wo den Griechen die Periode der vollkommenen Kunstschöpfungen bereits weit zurücklag, in einer fernen Vergangenheit.

Da ich nun im Eingang dieses Aufsatzes mich als Katholikin kundgegeben habe, möchte ich, um jedem Mißverständniß vorzubeugen, hier noch ausdrücklich betonen, daß das Vorgebrachte nicht etwa eine Darlegung der katholischen Auffassung vorstellen soll. So unbedingt maßgebend für mich die Lehre der katholischen Kirche ist, so wenig würde ich mich für berufen halten, sie vorzutragen. Nicht Theologie habe ich geredet, nicht einmal Kirchengeschichte, sondern Literatur; meine Ausführungen bewegen sich daher — wie ich denke — nicht auf, sondern neben ihrem Gebiet. Ich muß annehmen, daß die Kirche sich über die literarische Form der Evangelien und Episteln überhaupt nicht geäußert hat. Was ich vorgetragen habe, ist ausschließlich Eigenes und Persönliches. Allerdings habe ich dabei meinen Gedanken noch nicht zu Ende ausgesprochen. Aber auch dieses Letzte, das freilich nicht mehr reinliterarische Beobachtung ist, wird darum noch keineswegs zu theologischer Ausführung; es ist nur einfach ein Bekenntniß meines Glaubens: Ich behauptete, daß die Evangelien weniger das selbständige Werk ihrer Verfasser sind, als der Abglanz der Persönlichkeit Jesu Christi. Meine vollständige Meinung aber ist, daß sie eine nicht bloß menschliche Persönlichkeit spiegeln, sondern einen Abglanz bewahren von Dem, der die Schönheit selbst ist.

Und nun, nachdem ich mich dagegen verwahrt habe, von meinem literarischen Gebiet aus irgendwie in das Gebiet der Theologie übergreifen zu wollen, wozu ich weder das Recht noch die Fähigkeit besitze, muß als Zweites noch betont werden, daß ich ebenso wenig beabsichtige, jetzt zu fachmäßiger philosophischer Erörterung überzugehen.

zu der ich gleichfalls nicht gerüstet bin. Gehörten solche fachmäßige Erörterungen in unser Thema hinein, oder gehörten gar theologisch-philosophische Untersuchungen über etwaige Wechselwirkung zwischen katholischer Theologie und griechischer Philosophie hierher, so hätte ich der Behandlung des Themas fernbleiben müssen. Doch für die Frage nach der Einwirkung des klassischen Griechenthums auf unsere deutsche Entwicklung ist ja die Philosophie nur insoweit heranzuziehen, als sie der klassischen Zeit angehört — womit Neupythagoräer und Neuplatoniker bereits ausscheiden — und in so weit sie typisch hellenisch ist. Das schränkt die Aufgabe gar wesentlich ein. Philosophie ist nicht, wie Kunst und Literatur, ihrem Wesen nach etwas Nationales. Die bleibenden, in den allgemeinen Besitzstand der Menschheit übergehenden Resultate aus der philosophischen Denkarbeit eines Volkes haben ebenso wenig nationalen Charakter, wie die dauernden und weiterwirkenden Ergebnisse seiner Forschung in den Einzel-Wissenschaften, die Entdeckungen und Erfindungen. National können in Bezug auf Philosophie nur zwei Dinge sein: Erstens, die Thatsache der Veranlagung eines Volkes zu philosophischem Denken überhaupt. Zweitens: in den philosophischen Erzeugnissen, die es hervorbringt, das nicht eigentlich philosophische Element, die Einkleidung des Gedankens, die Stimmung, der Vortrag, das Ganze der künstlerischen Ausgestaltung und Darstellung. Von dem eigentlichen Lehrinhalt kommt als national nur ein Theil dessen in Betracht, was ein jedes System nothwendig Falsches mit sich führt. Und auch da ist es wiederum nicht der Theil, der in der Unvollständigkeit menschlichen Denkens an sich, nicht jener, der in dem jeweiligen Entwicklungsstadium des menschlichen Denkens seine Ursache hat, sondern bloß der eine, der eben auf Stimmung, auf Volkscharakter zurückzuführen ist. Um ein einzelnes Beispiel hiervon anzuführen, sei die Behauptung des Plato hierhergesetzt, daß unter den Ideen die der Schönheit die glänzendste und die erkennbarste sei — weit deutlicher erkennbar, als die der Gerechtigkeit —, und daß daher durch den Anblick des Schönen die Seele am tiefsten erregt und am kräftigsten angetrieben werde, das Urbild im Reich des Göttlichen zu suchen. Das ist eine psychologische Beobachtung, die auf sein Volk vollkommen zutrifft — und auch auf Viele aus uns, die gerade um dieser Seelenverwandtschaft willen sich zu den Griechen hingezogen fühlen —; ein allgemeingiltiges Axiom, als welches er es doch ausspricht, ist es durchaus nicht.

Daß nun kein griechisches System als Ganzes, also in der Form,

in welcher sein spezifisch hellenisches Gepräge ihm bliebe, in den ersten Jahrhunderten in den Besitzstand der Kirche übergegangen ist, das ist eine von Niemand bestrittene Thatsache, eine Thatsache, zu trivial eigentlich und selbstverständlich, um der Erwähnung zu bedürfen. Daß aber auch die einzelnen, aus Volkscharakter und Stimmung hervorgehenden Züge, wie überhaupt alle Eigenart griechischen Wesens, damals von den Vertretern der Kirche auf das Entschiedenste abgelehnt worden sind, das ist wohl durch die bisherigen Ausführungen zur Genüge dargethan. Eine Untersuchung, ob in den theologischen Definitionen, welche die Kirche in jener Zeit formulirt hat, Ergebnisse griechischer philosophischer Denkarbeit verwerthet sind, fällt daher, als für unseren Zweck überflüssig, hier weg, weil auf keinen Fall durch solche Verwerthung typisch Hellenisches der klassischen Zeit herübergenommen wäre.

So wenig nun wohl Anlaß zu der Befürchtung vorliegt, daß diese Ausführungen über das, was an einem philosophischen System national ist, was nicht, auf Widerspruch stoßen, möchte ich doch, da ich gerade einen besonders guten Gewährsmann für meine Ansichten habe, nicht unterlassen, die Leser auf ihn aufmerksam zu machen. Im Juliheft 1901 dieser Jahrbücher schreibt Herr Dr. Schmidt: „Goethe schätzte die Systeme des Plato und Aristoteles unter dem Gesichtspunkt der bedeutungsvollen künstlerischen Einheit und Abgeschlossenheit. . . . Schon in seiner Jugendzeit gefiel ihm an den ältesten Männern und Schulen am besten, daß Poesie, Religion und Philosophie ganz in eins zusammenfielen. . . . In dem Schauen und Schaffen dieser hellenischen Denker gewahrte er etwas, das seiner innersten Natur gemäß war und ihn mit der höchsten Bewunderung erfüllte (ihn, den Monisten, bei Plato, dem Dualisten, wie Herr Dr. Schmidt das des Genaueren ausführt); aber was sich ihm so erschloß, war nicht der ganze Plato und nicht der ganze Aristoteles, sondern nur das t y p i s c h H e l l e n i s c h e an ihnen." Doch, wie irrte ich vorhin, als ich von e i n e m guten Gewährsmann sprach! Richtig gezählt sind das doch zweie: Herr Dr. Schmidt und — Goethe selber.

Brauchen wir nun aber um die Einzelergebnisse attischer und gar alexandrinischer Spekulation uns nicht zu kümmern, wenn wir dem Einfluß nachgehen wollen, den das klassische Griechenthum auf die Kultur-Einheit der katholischen Kirche, und durch diese auf unser deutsches Volksthum gewonnen hat, so wird doch eine andere Beobachtung sich alsbald uns aufdrängen. Es ist nicht zu verkennen, daß

ganz im Allgemeinen dem christlich-religiösen Empfinden — der christlichen Vorstellung von Gott — ein philosophischer Zug innewohnt, von dem das Judenthum, diese Wurzel des Christenthums, kaum eine leise Spur besessen hat. In Bezug auf die Vorstellung von Gott weisen jüdischer Glaube und hellenische Spekulation ebenso kontrastirende Gegenbilder auf, wie wir das vorhin schon einmal in Bezug auf die Beweggründe jüdischer und christlicher Sittlichkeit beobachtet haben. Und wieder — wie auch in jenem Falle — hat das Christenthum eine höhere Stellung über beiden inne, darin die Gegensätze sich versöhnen, ohne daß doch diese „Mittelstellung" schon von dem Augenblick an, wo sie eingenommen wird, eine bewußt und beabsichtigt vermittelnde Stellung wäre.

Die alttestamentlichen Juden besitzen den festen, bestimmten Glauben an Dasein und Wirken des e i n e n p e r s ö n l i c h e n Gottes. Aber von der göttlichen Wesenheit erkennen sie nur das, was ganz insbesondere für i h r Volk, für die Leitung i h r e r Geschicke in Betracht kommt; sie bemerken das nur, worauf Moses und die Propheten sie eigens aufzumerken gezwungen haben. So entschieden ihr Gemüth und ihre Phantasie das einmal Bemerkte ergreifen, es entsteht ihnen daraus keinerlei Antrieb, über Weiteres nachzusinnen; — so stark sie subjektiv mit ihren Beziehungen zu Gott beschäftigt sind, so wenig geht diese Beschäftigung jemals über in ein von Subjektivem losgelöstes reines Denken über die Gottheit. Auf entgegengesetztem Wege hat Plato sich dem Göttlichen genähert. Indem er sich klar macht, daß die Welt der Erscheinungen eine Welt der Ideen zur Voraussetzung habe, gelangt er zu dem Begriff von Einem, in dem die Ideen enthalten sind. Zu einem festen, bestimmten Begriff des persönlichen Gottes gelangt er jedoch nicht.

Den Christen ist der von den Juden überkommene Glaube an den persönlichen Gott die e i n e unverrückbar feststehende Grundlage ihrer Religion. Aber schon in dem Augenblick, wo Petrus sich entschloß, den römischen Hauptmann zu Cäsarea aufzusuchen, schon zu der Zeit, wo zu Antiochia die Bekehrten aus den hellenistischen Juden dazu übergingen, den heidnischen Griechen das Evangelium zu verkünden *), mußte ein weiterer, umfassenderer Begriff von Gott, als bisheran die Juden ihn besessen hatten, die Triebfeder solches

*) Beide Ereignisse gehören, dem Bericht der Apostelgeschichte zufolge, den ersten Anfängen der Kirche an, ungefähr gleichzeitig mit der Bekehrung des Saulus, des nachmaligen Weltapostels Paulus, aber bevor er noch im Dienste der Kirche thätig war.



Handelns sein. Wer meine Ueberzeugung von einer göttlichen Stiftung der Kirche theilt, wird das zugeben müssen; nicht minder aber derjenige, der den Versuch unternehmen wollte, den umfassenderen Gottesbegriff, den philosophischeren, universaleren Charakter des Christenthums rein historisch-natürlich zu erklären. Auch wer dieses beabsichtigte, müßte doch nothwendig sich sagen, daß jener, die jüdischen Vorstellungen erweiternde Gottesbegriff bereits in dem Augenblick dem Christenthum eigenthümlich war, in welchem durch den Beginn evangelischer Verkündigung überhaupt erst die praktische Möglichkeit einer Wechselwirkung zwischen Griechenthum und Christenthum eröffnet wurde. Daß es mir im Uebrigen durchaus fernliegt, Herrn Dr. Schmidt den Vertretern dieser Anschauungsweise zuzählen zu wollen, brauche ich wohl kaum eigens auszusprechen! Nur darauf kam es mir an, deutlich hervortreten zu lassen, daß, wie man auch die Sache wenden und betrachten möge, ob man zu den ersten Anfängen der Kirche hinaufsteige, oder ob man durch vier Jahrhunderte abwärts ihre Entwicklung verfolge (versteht sich, ebenso über diese Zeit hinaus! Es schienen mir nur diese vier Jahrhunderte die für die Beurtheilung maßgebenden zu sein), nirgend jene „innige Vermählung" des griechischen Geistes mit dem christlichen wahrnehmbar wird, welche Anlaß geben könnte, das „griechische Element" für „einen der drei Faktoren der Einheit der katholischen Kirche" zu erklären.

Auch die bewußten und beabsichtigten Vermittlungsversuche, die späterhin in der That und zwar in ziemlich reichem Maße, dem Griechenthum gegenüber stattgefunden haben, bewegen sich, soweit ihre Vertreter innerhalb der Kirchengemeinschaft verharren, in durchaus anderer Richtung. Aus den Versuchen einer historischen Verknüpfung von Judenthum und Griechenthum, wie die Neupythagoräer sie ins Auge faßten, aus den Versuchen einer Synthese des Judenthums mit dem Griechenthum, wie die jüdisch-hellenistische Mystik — insbesondere Philo — sie betrieben, haben christliche Denker starke Anregungen davongetragen. Wir haben bereits als einen der frühesten, unter denen die zu wissenschaftlicher Bedeutung gelangten, Clemens von Alexandrien genannt, und seine Stellungnahme kennen gelernt. Sicherlich hat er doch nicht eine Adaptation des Christenthums an die griechische Philosophie versucht! Sein Versuch ging lediglich dahin, auf jenen Bestrebungen fußend, das Judenthum als Brücke zu benutzen, um die Griechen zum Christenthum herüberzuführen. Die Gnostiker aber, die dahin strebten, das

Christenthum der griechischen Philosophie zu adaptiren (d. h. genauer: diese beiden und noch eine Anzahl anderer Elemente in Eins zu mischen!), schieden eben durch diese Bestrebungen aus der Kirchengemeinschaft aus. Zu warnen vor diesem Abweichen von dem kirchlichen Gesammtbewußtsein, ist Clemens' Absicht, wenn er, als Gegenbild zu ihrer Gnosis, die ihm die falsche ist, seine Darstellung des „wahren Gnostikers" entwirft. Aber — bei aller seiner Entschiedenheit nach dieser Richtung hin — wie erscheint doch die Stellungnahme dieses alexandrinischen Griechen gegenüber der griechischen Philosophie noch versöhnlich und entgegenkommend, sobald man sie in Vergleich stellt, z. B. mit der Haltung des Lateiners Tertullian!

Außer allem Zweifel aber wird es für denjenigen stehen, der heute auf jene Zeiten zurückblickt, daß der umfassendere Gottesbegriff, den das Christenthum bereits ehe Christen und Griechen in Berührung kamen, in sich getragen hat, in der Veranlagung der Griechen zu philosophischem Denken geeigneten Nährboden fand, in dem er Wurzel schlagen und auch zu weiterer theoretischer Ausgestaltung gelangen konnte. Mag auch die Frage, ob oder inwieweit hierbei eine Verwerthung von vorhandenen Resultaten griechischer Denkarbeit stattgefunden habe, voll und ganz den kompetenteren fachmäßigen Untersuchungen der Herren Theologen überlassen bleiben, so sind wir doch schon mit Hervorhebung der bloßen Thatsache, daß diese Naturanlage bestand und daß sie als ein geeigneter Nährboden christlicher Spekulation sich erwies, bei dem Punkte angelangt, auf den für unsere Ausführungen alles ankommt. Sofort werden wir nun im Stande sein, das Eine zu benennen, von dem bereits im Eingang gesagt wurde, es sei wirklich aus dem Griechenthum in die Kultureinheit der katholischen Kirche übergegangen. Wurde es an jener Stelle als ein „Allergeringstes" bezeichnet, so ist diese Bezeichnung deshalb gewählt worden, weil es in der That nur ein einzelner Zug ist aus dem ganzen, vollen Reichthum der Griechennatur; weiterhin aber auch deshalb, weil mit Bestimmtheit der Unterschied von dem ausgedrückt werden sollte, was man berechtigt wäre, „eines der drei Elemente der Kultureinheit der katholischen Kirche" und in Folge dessen einen wesentlichen, bedeutsamen Bestandtheil unserer deutschen Kultur zu nennen. Für sich betrachtet, ist es keineswegs etwas Gleichgiltiges oder Geringes:

Ein Volk, das zu philosophischem Denken veranlagt ist und diese Veranlagung lange Zeit hindurch mit leidenschaftlichem Hange

pflegt und vervollkommnet, bildet zunächst seine eigene Sprache so aus, daß sie immer fähiger, immer geeigneter wird, Abstraktes auszudrücken; dann aber wirkt es auf die Völker ein, mit denen es in Berührung kommt. Als Erstes wird durch diesen geistigen Verkehr die Neigung ihnen eingepflanzt, überhaupt mit transszendenten Fragen sich zu beschäftigen. Dann aber werden des Weiteren auch sie zu immer feinerer Ausbildung ihrer Sprache angeregt, um verstehen, um übersetzen zu können. Die Subtilität der Sprache, die zur Voraussetzung wie zur weiteren Folge die Subtilität des Geistes hat, überträgt sich in dieser Weise auf alle Nationen, welche derartiger Ausbildung irgendwie fähig sind. Diese griechische Subtilität ist das Eine, was die katholische Kirche allen Völkern, zu denen sie gekommen ist, aus dem besonderen Besitzstand des Griechenthums übermittelt hat. Ein adäquater Ausdruck gerade für die tiefsten und grundlegenden Glaubensbegriffe wird zwar zu allen Zeiten und unter allen Verhältnissen unmöglich sein; eine annähernde Bezeichnung aber — eine Formulirung der Glaubenslehre — ist vermittelst jener Vervollkommnung der Sprache möglich geworden. Gewiß werden insbesondere wir Katholiken diese den Griechen zu verdankende Schärfung der Geisteswerkzeuge sehr zu schätzen wissen, da gerade auf der Thatsache, daß die Glaubenslehre formulirt worden ist, die Klarheit unseres Glaubensbewußtseins und die Festigkeit unseres kirchlichen Zusammenhaltes beruht. Um so höher werden wir den Gewinn einschätzen, um so freudiger ihn anerkennen, weil diese von den Griechen ausgebildete abstrakte Formelsprache in keiner Weise im kirchlichen Gebrauch die majestätische dichterische Formensprache der Hebräer beeinträchtigt. Tag für Tag ertönen, in eindrucksvollem Wechsel, beide in unserer Lithurgie. Vereint bringen noch heute die beiden die in unserer Kirche lebende religiöse Vorstellung hervor. Und doch — in jeder Hinsicht gut ist nicht leicht ein Geschenk, das die Danaer machen: dieselbe Subtilität von Geist und Sprache ist auch die Quelle gewesen, aus welcher all der endlose, erbitterte Streit theologischer Meinungen geflossen ist, der das erhebende Bild der ersten christlichen Jahrhunderte in trauriger Weise entstellt.

Die Wirkung nun dieses einzigen, dem Griechenthum entnommenen Elementes, können wir thatsächlich in der Kulturentwicklung unseres deutschen Mittelalters gar deutlich verfolgen.

Wenn das Mittelalter verschiedenartigere, widersprechendere Beurtheilung erfährt, als irgend ein anderer Abschnitt der Geschichte, so möchte die Ursache zu nicht geringem Theil in einem Widerspruch zu finden sein, der in dieser Kultur selber steckt! Sehr zutreffend hat Herr Dr. Schmidt hervorgehoben, daß um das 9. Jahrhundert in deutschen Landen ein plötzlicher und gründlicher Bruch stattgefunden hat mit der ganzen vorausgehenden Epoche. In Folge eben der Plötzlichkeit dieses Bruches gewährt unser deutsches Mittelalter nicht das Bild ruhigen, langsam-stätigen Wachsthums, sondern eines ersten gewaltsamen Anstoßes der Entwicklung, dem ruck- und stoßweises Vorwärtsschreiten folgt, vielfach von Stagnation unterbrochen. Schwer mochte es den wohl für das Edle empfänglichen, doch noch ungezügelten Germanen werden, den ethischen Forderungen des Christenthums sich anzubequemen; schwerer war es den harten Sachsenschädeln — und vielen anderen noch! — in die Subtilität jener Geisteskultur sich hineinzufinden, die in Verbindung mit der christlichen Ethik und mit der beglückenden Lehre von der Erlösung ihnen gebracht wurde. Wie es denn aber zu gehen pflegt: das Kulturelement, das ihnen die meisten Schwierigkeiten bereitete, wurde mit der Zeit eben dasjenige, das ihnen am gewaltigsten imponirte! So fremd es sich dem germanischen Wesen erwies, so wenig mit den bisherigen Gewohnheiten deutscher Geistesthätigkeit ihm beizukommen war, so sehr wuchs anderseits der Eifer, es dennoch sich zu eigen zu machen. Das französische Wort „acharnement“ ist das einzige, das genügen will, den anhaltenden, bohrenden Fleiß zu bezeichnen, mit dem zuerst die Klosterschulen und dann weiter die Universitäten in immer subtilere Subtilitäten sich hineinarbeiteten. Den unermüdlich Strebenden ging dann freilich wieder — ohne daß sie's merkten — gerade durch die Angestrengtheit ihres Bemühens, durch ihren eisernen Fleiß, doch jede Aehnlichkeit mit griechischer Art verloren! Der Grieche ist subtil, weil er nicht anders kann, weil sein Geistesauge nun einmal so beschaffen ist! er ist es im Ernst, er ist es im Spiel; — im Ernst aber verliert er auch über der minütiösesten Entdeckung selbst kleinster und feinster Bezügen niemals den Blick für das Ganze und Große. Er verliert nie die Einheitlichkeit und Lebendigkeit der Anschauung, nie den großen Wurf der Darstellung. Subtilität ist eben nur *eine* Seite griechischen Wesens und durchaus nicht die bedeutungsvollste. Keine andere aber als *diese*

hat die katholische Kirche den deutschen Stämmen gebracht, wie auch andere Völker nur diese allein von ihr empfangen haben. Alles andere Werthvolle, was die Kirche den Völkern gebracht hat, ist nicht aus griechischer Wesensart geschöpft; — alles Andere, was sonst das Griechenthum Werthvolles besitzt, hat die Kirche den Völkern nicht gebracht. Nicht als ob wir vermeinten, hiermit einen Mangel der Kirche aufzudecken — es war das ja ihre Aufgabe nicht!

Aber: soll man unter diesen Umständen nun mit Herrn Dr. Schmidt behaupten, weil griechische Kultur ein von Anbeginn an so einflußreiches, wenn auch in nicht ganz reiner Form zur Geltung kommendes Element unserer deutschen Entwicklung gewesen sei, müsse das Vertrautwerden mit ihr auch für unsere heranwachsende Generation gefordert werden? Oder ist es nicht eher richtig zu sagen: Weil die Einwirkung griechischer Kultur den Deutschen während einer langen und wichtigen Periode ihrer Entwicklung nur in so äußerst geringem Maße zu Theil geworden ist, deshalb ist es wünschenswerth, sie ihnen mehr und mehr zuzuführen? Diese letztere Auffassung würde zu dem hinleiten, was ich zu Gunsten des Studiums griechischer Literatur in den höheren Schulen — zunächst einmal allgemein angesehen, den Knaben- und den Mädchenschulen — vorzubringen habe. Wir kämen dahin, dem Satze: „Das Individuum hat denselben Bildungsgang durchzumachen, den sein Volksthum als Ganzes durchgemacht hat", ohne ihn bestreiten zu wollen, doch den anderen, als ausschlaggebender für die uns beschäftigende Frage, an die Seite zu stellen: Es ist dem Individuum auch recht nützlich, in seinem eigenen Bildungsgang das nachzuholen, was im Bildungsgange seines Volkes gefehlt hat.

Jedoch nicht der Nutzen für das Einzelindividuum allein, oder auch nur vorzugsweise für dieses, ist ins Auge zu fassen! Wenn es sich darum handelt, die Richtung zu bestimmen, in welcher die Erziehung einer ganzen Generation sich bewegen soll, dann ist als Wichtigstes in Betracht zu ziehen die Rückwirkung, die, von der Bildung dieser Generation aus, auf die Weiterentwicklung des ganzen Volkes zu erwarten ist. Die Art, wie man erzieht, zu bestimmen, ist allerdings die eigentlichste, die spezifische Aufgabe des Pädagogen, und besser kann ihre Lösung

nicht formulirt werden, als durch Dr. Schmidts Hinweis darauf, daß nationale Eigenart — natürliche, wie gewordene — zu berücksichtigen ist, daß man dem Gang der Entwicklung in seinen großen Zügen nachgehen muß. Der Staatsmann aber hat noch eine ganz andere Frage sich vorzulegen, und auch hierin darf und soll der Pädagog sein Berather sein — deshalb sitzen ja eben Schulmänner in unserem Unterrichtsministerium! Die Frage lautet: Welches sind die Vorzüge, — welches sind die Mängel der bisherigen Entwicklung? und in welcher Richtung ist es wünschenswerth, daß die Weiterentwicklung sich vollziehe? „Unterscheiden, wählen und richten" muß hier die Losung sein; nicht lediglich Festhalten an der historischen Kontinuität. Wirken doch die gleichen Kulturelemente nicht nur auf verschiedene Völker, je nach ihrer natürlichen Veranlagung, verschieden, sondern auch auf das gleiche Volk, je nach der Zeit und den Umständen, unter denen es sie empfängt, und je nach dem harmonisch abgewogenen Gleichgewicht, in dem sie ihm zugeführt werden. Kann es doch auch vorkommen — wie wir das schon in etwa vorhin an dem Einfluß der griechischen Subtilität auf unser Volk gesehen haben — daß an sich höchst werthvolle hie und da einmal eine unerfreuliche Wirkung hervorbringen. Solches mit aufmerksamem Auge zu entdecken, und mit vorsichtiger Hand alsdann ausgleichend, ergänzend, korrigirend einzugreifen, ist die pädagogische und staatsmännische Aufgabe. Es genügt daher nicht, daß die Unterrichts-Verwaltung, es genügt nicht, daß der an ihren Berathungen betheiligte Pädagog die Eigenart seines Volkes kenne und verstehe; das Wichtigste ist, daß er einen Maßstab gewinne, der vergleichende und abwägende Beurtheilung ermöglicht. Nicht darf er deshalb bei dem, was Herr Dr. Schmidt kurz und treffend die Volksbestimmtheit nennt, eine Grenze ziehen, über die hinaus er nicht blicken will, sondern als letztes Ziel über die „Individualbestimmtheit" und die „Volksbestimmtheit" hinaus muß er die „allgemeine Menschheitsbestimmtheit" vor Augen haben. Gewiß soll er nicht durch Ueberspringen der Individualbestimmtheit und der Volksbestimmtheit sie zu erreichen suchen! —: daß ein Volk überhaupt jemals sie ganz und wirklich ergreifen könnte, ist ja ein bloßer Wahn, dessen Verfolgung aber für dieses Volk die Gefahr in sich schließen würde, das zu verlieren, was es an eigenthümlichen Gütern besitzt. Nicht um solche Utopien kann es sich handeln; — der Leitstern aber, der

aus der Ferne die Richtung angiebt, kann doch kein anderer sein, als eben: die allgemein-menschliche Bestimmtheit.

Und so tritt denn unter den Gründen, die für das Studium der Antike auf unseren höheren Schulen sprechen, wieder derjenige obenan, der dem hohen allgemein-menschlichen Werth der griechischen Kultur entnommen ist. Auch Herr Dr. Schmidt läßt diesen Grund gelten; nur hatte er ihm den Rang genommen, der nach meiner Ueberzeugung ihm gebührt. Als zweiten möchte ich dann den von ihm an die Spitze gestellten anführen, den Grund, der in der historischen Kontinuität liegt. Denn — glaube ich auch dargethan zu haben, daß in der anfänglichen Kulturentwicklung unseres deutschen Volkes das griechische Element sehr spärlich vertreten ist, so hat doch schon die humanistische Zeit ein beträchtliches „Mehr" gebracht; besonders aber hat das 18. Jahrhundert (und in ihm in erster Linie Winkelmann und Goethe) uns ein reiferes und volleres Verständniß eröffnet. Der dritte Grund aber liegt in der Thatsache (mag man nun sie mehr auf Naturanlage, oder mehr auf Entwicklung zurückführen!), in der jedenfalls heute vorhandenen Thatsache, daß wir Deutschen so geartet sind, weit mehr als andere Völker gerade aus dem Griechenthum sowohl Befriedigung unserer glücklichen, als auch ein Korrektiv für unsere unglücklichen Anlagen schöpfen zu können. Ist griechische Bildung auch für alle Kulturvölker ein unschätzbares Gut — uns Deutschen ist sie doch unentbehrlicher als Anderen!

Der Wirkung nachzugehen, welche die griechische Bildung bei anders zusammengesetzten Nationalitäten hervorbringt, ist uns hier der Raum versagt. Ein Blick aber auf die Wirkung, welche die Erzeugnisse einer anders gearteten Kultur auf unser Volksgemüth ausüben würden, mag wenigstens in Kürze noch unseren Gedanken verdeutlichen! — Auch Herr Dr. Schmidt hat die Frage aufgeworfen: Sollten wir etwa, anstatt der griechischen Geisteserzeugnisse, die Veden in unseren Studienplan aufnehmen? Er verneint sie aus der Erwägung heraus, daß der Grund der historischen Kontinuität, der ihm der allein ausschlaggebende ist, der indischen Literatur gegenüber eben nicht in Betracht kommen kann. Mein Grund, zu der gleichen Entscheidung zu gelangen, würde hauptsächlich der sein, daß, in Folge der ganzen Art unserer Veranlagung, wie sie nun einmal besteht, für unser Volksthum —

aller Voraussicht nach — ebenso viel Schaden von den Indern zu erwarten wäre, wie Nutzen von den Griechen!

Den Deutschen, den Indern und den Griechen ist eine Anlage — vielleicht die bedeutungsvollste in ihrer ganzen Geistesorganisation! — gemeinsam. Es ist die Neigung, sich in die Geheimnisse des Lebens, in die Räthsel des Daseins sinnend zu vertiefen: die Neigung, philosophirend zu träumen, oder in dichterischen Träumen zu philosophiren. Gleich viel Geistesthätigkeit, gleich viel Inbrunst und leidenschaftliches Sehnen haben die drei Völker an diese Dinge gewendet. Es könnten also die Werke der Inder in gleichem Maße dem Deutschen Befriedigung dieses Triebes gewähren, wie Plato und die Tragiker. Dann aber scheiden sich die Geisteswege. Klarheit und sicheres Empfinden für das rechte Maß bilden in dem griechischen Volksthum jenem Hange gegenüber die glücklichste Einschränkung — und Ergänzung zugleich! Beide fehlen dem Deutschen. Indischer Art verwandt ist seine schrankenlose und dabei nebelhaft verschwommene Phantasie. Die Aufnahmefähigkeit für indische Geisteserzeugnisse würde daher ihm gewiß nicht mangeln; aber, zu welchem Taumel und Rausch, zu welcher Formlosigkeit und Verworrenheit würden, gerade bei dieser Gemeinsamkeit der Veranlagung, Vedas, Vedantas und Uganishaden, Ramayana und Mahabharata ihn führen —! An den Schöpfungen der Griechen aber lernt er — soweit eben ein Deutscher das zu lernen fähig ist! — seine Phantasie im Zügel halten, innerhalb der Grenzen aber, in welchen ihren Gebilden Spielraum gelassen wird, sie zur vollen Deutlichkeit und Klarheit gewöhnen. Sollte nicht schon dies Eine ein großer Segen sein für deutsche junge Männer sowohl, wie für deutsche Mädchen?

Noch eine Geistesrichtung aber giebt es, die bei jedem der drei Völker zu finden ist: die Neigung zum Subtilisiren. In sehr verschiedenem Maße zwar tritt sie bei dem einem und dem anderen hervor, verschieden auch nach Art und Ursprung und verschiedener noch durch die Verbindung, die sie mit anderen Geisteseigenschaften eingeht. Eine starke Wirkung aber hat sie bei allen dreien geübt. Von einem gewissen Uebermaß der Subtilität ist der Grieche, selbst in der klassischen Zeit, nicht freizusprechen. Ein Uebermaß nach der spielerischen Seite hin ist es bei ihm. Geschieht es ihm doch bisweilen unversehens, daß er, verlockt von der Lust an der dialektischen Handhabung der Begriffe, abschweift und des Problems

vergißt, das ihn noch einen Augenblick zuvor mit glühendem Interesse erfüllte —! Nicht so der Deutsche! Ihm ist es mit der seinigen gar bitterer Ernst! Einst, in den Anfängen der geistigen Schulung seines Volkes, hat er die griechische Subtilität mit so staunender, so naiver Bewunderung aufgenommen; er hat dann sie mit solcher Energie — nicht ohne sie sofort ein wenig zu verbilden — sich zu eigen gemacht: nun erwartet er auch von ihr, daß sie ihm Größtes leiste. Er glaubt an sie, wie an einen Talisman, der die verborgensten Schätze aufzuschließen vermag. — Auch dem Inder ist Subtilität ein solcher nur mit heiligstem Ernst zu verwaltender Talisman. Aber nicht als ein Darlehen aus fremder Hand hat er sie empfangen; ihm ist sie eigenster, aus Stammesart erwachsener Besitz. Von Natur aus vereinigt ja dies seltsame Volk der Inder das anscheinend Unvereinbarste: es vereinigt eine bis zur Verschwommenheit gehende Maßlosigkeit der Phantasie mit haarspaltendster Subtilität! Hübsch beisammen fänden wir da gleich unseren angeborenen Fehler mit dem anderen, in unsere nationale Art erst durch fremden Einfluß hineingekommenen. Guter Grund doch wohl, damit wir indischen Geisteserzeugnissen, soweit es um Erziehung — Jugenderziehung, Volkserziehung — sich handelt, in weitem Bogen aus dem Wege gehen —! In vollem, ganzem, allseitig zur Wirkung kommendem Griechenthum aber würde uns noch heute das Heilmittel geboten sein, das von unserer einseitigen Uebertreibung der Subtilität uns ebenso zu befreien vermöchte, wie von dem planlosen Schweifen der Phantasie.

Fremder dem deutschen Wesen würden die schwüle Sinnlichkeit und glühende Leidenschaft der Inder sein. Aber, daß diese ihm fremd sind, das bin ich nun wieder geneigt, als einen Vorzug anzusehen und eine Ergänzung nach dieser Seite hin für ziemlich überflüssig zu erachten. Jedenfalls werden Alle mir darin beipflichten, daß unseren deutschen Mädchen derartige „Vervollkommnung“ nicht zu wünschen ist; — selbst nicht in dem beschränkten Maße, in welchem sie wahrscheinlich dieses Element sich aneignen würden. Die hohe Keuschheit aber, die in den griechischen Tragödien waltet, diese Keuschheit, der zugleich jede Prüderie etwas gänzlich Unbekanntes ist, macht diese Dichterwerke zu einer Geistesnahrung, gleich köstlich und kräftigend für das mädchenhafteste Mädchen, wie für den männlichsten Mann. Keuschheit der Auf-

fassung ist allerdings nicht zu verwechseln mit Harmlosigkeit der Probleme! —: Aengstliche Schranken bei Stellung des Problems, das möchte schon gleich gegen die ersten Grundlagen tragischer Dichtung den denkbar vollkommensten Widerspruch bedeuten! Aus diesem Grunde also werden Mütter und Erzieherinnen immerhin Bedacht zu nehmen haben, daß in Wahl und Reihenfolge die Altersstufe berücksichtigt werde. Erfüllen sie in der Hinsicht ihre Aufgabe, so wird die Lektüre der griechischen Tragiker auf diese nothwendigste und holdeste Eigenschaft ebenso stählend wirken, wie auf alle anderen, die wir unseren deutschen Mädchen wünschen möchten.

Vor Allem aber und vor Allen führe man die Mädchen zu Homer! Kein Anderer kann ihnen solchen Nutzen bringen! Eine ganz andere, ganz neue Art des Lesens müssen ja die Frauen (ob mir wohl die Indiskretion verziehen wird, mit der ich das bekenne?) der Mehrzahl nach erst lernen. Hat Goethe einmal gesagt: „. . . Das Naturell der Frauen ist so nah mit Kunst verwandt!", so wollen wir dem großen Frauenliebling, dem immer Alles verziehen worden ist, auch die kleine Perfidie, die er hierbei im Sinne hatte, großmüthig zu Gute halten —! Aber trauen wollen wir dem Schalk doch nimmer, als hätte er gar einen besonderen Sinn für die Kunst den Frauen damit zusprechen wollen! — Selten genug mag es geschehen, daß ein Mann, der nicht „Literat" von Beruf ist, überhaupt ein Dichterwerk zur Hand nimmt; wenn aber einer sich findet, der es thut, so ist doch auch mit einiger Sicherheit anzunehmen, er werde künstlerischen Genuß darin suchen und finden. Ein normal veranlagter Mann liest, je nach der Natur des Werkes, entweder sachlich auffassend oder künstlerisch genießend. Alle Mädchen, ausnahmslos (in den Ständen, die man die „gebildeten" nennt), lesen Dichterwerke. Wo aber findet sich das Mädchen, das von der künstlerisch-formalen Seite einen irgendwie bedeutenden Eindruck empfängt? Der Regel nach treten Frauen weder rein sachlich auffassend an die einen Werke, noch rein künstlerisch genießend an die anderen. Fast immer neigen sie dazu, in das, was sie lesen, das Element des Persönlichen — ihrer eigenen Persönlichkeit — hineinzumischen. Da sie nun doch einmal im praktischen Leben ein gutes Theilchen selbstloser zu sein pflegen als die Männer, ist es recht seltsam, daß sie in der Dichtung so sehr viel mehr dem eigenen Selbst

nachgehen. Dieses ihr eigenes Selbst hineinversetzen in den Rahmen der Erzählung, sich vorstellen: wie würde ich in der Lage empfunden, gedacht, gesprochen, gehandelt (sollen wir's hinzufügen? — „ausgesehen") haben, das ist es, was durchgehends für die weibliche Jugend den Reiz der Lektüre und vielfach auch der Bühne ausmacht. „Harmloses Getändel", sagt man, „so in der Phantasie Ersatz zu suchen, für die Knappheit, Kargheit, Eintönigkeit des wirklichen Lebens." Das mag schon sein! Aber unendlich schade bleibt doch solcher Mißbrauch! Die von der Kunst beflügelte Phantasie vermag so sehr viel Besseres, Größeres zu leisten! Nicht nur aus unserer kleinen, kärglichen Umgebung uns hinauszutragen vermag sie; nein, auch aus unserem kleinen kärglichen Selbst. — Sollte es nicht ein treffliches erzieherisches Werk sein, unseren Mädchen, die so gut die Pflicht des Selbstvergessens kennen, und so treu sie üben, auch diesen Genuß des Selbstvergessens zu offenbaren? Der Zauberer aber, dem ich's zutraute, dies Werk zu vollbringen, das ist er allein, der wundervolle Alte: Homer. Besser sogar noch, als an seinen griechischen Zeitgenossen, vermag er heute an uns diese seine Zaubermacht zu üben. Ganz gewiß werden Griechen und Griechinnen, den Rhapsoden zuhorchend, auch manches Mal sich selbst an die Stelle der Helden, der Heldinnen gesetzt haben. Wir können das heute nicht mehr. Wir stehen den Zuständen, die Homer darstellt, schon zu ferne, um diese geistige Ummaskirung vornehmen zu können. Daß nun trotzdem die fesselnde Macht seiner Gesänge uns noch ebenso gefangen nimmt, wie jene, daß auch keineswegs das Interesse ein rein formales, geschweige denn, ein bloß technisches geworden ist, daß noch heute seine Erzählungen menschlich warm an unser Herz sprechen, — das ist die Probe, welche die Jahrtausende auf seine Dichterkraft erbracht haben. Den Leser, den Goethe sich wünscht: „Der mich, sich und die Welt vergißt und in dem Buche nur lebt, den hat Homer unfehlbar, so bald er heute überhaupt einen Leser findet. Freilich soll unter „Leser" nicht ein bloß über den Wort- und Satzformen „ochsendes" Knäblein oder Mägdelein verstanden sein! Von dem Mägdlein aber, welches wirklich bei Homer „lesen gelernt" hat, von dem dürfen wir annehmen, daß es nun auch „lesen kann". Wird es nicht allzu bald darauf und nicht allzu sehr mit Backfisch-Romanen gefüttert, so steht zu hoffen, es werde sein ganzes Leben lang nicht mehr „das Lesen verlernen".

Vielleicht wird sogar aus der Einfalt echter Kunstauffassung etwas von Einfalt, Klarheit und Natürlichkeit in des Mädchens eigenes Wesen übergehen, . . . auf daß „das Naturell der Frauen“ nicht mehr „so nah mit Kunst verwandt“ sei! Einfalt, so sagt man, soll ja auch die Blüthe des christlichen sittlichen Strebens sein. Aber der Weg christlicher Jugendübung ist ein langer, mühevoller Weg; — man kann schon alt d'rüber werden, eh' man auf diesem Wege zu ihr gelangt! Und der Jugend gerade steht die Einfalt gar so hübsch! Wäre es da nicht ein prächtiges Auskunftsmittel, daß unsere Mädchen (die Knaben übrigens nicht ausgeschlossen!) sie unterdeß, ganz sachte und unversehens, sich schon ein bischen angewöhnten, beim alten Homer? Durch ihn noch einmal befreit zu werden von den „differenzirten Frauenseelen“, — welch eine Wohlthat wäre das! Soll aber es beschlossen sein „im Rathe der seligen Götter“, daß unsere junge Generation amerikanisch werden muß, dann geben wir ihr doch einen Besitz mit, darin bisweilen die Seele Ruhe und Erholung schöpfen könne: das Bild jener voll Würde und Anmuth im Kreis ihrer weiblichen Befugnisse schaltenden, jener keusch, wie mit schön hinwallendem Schleier, die Stürme des Herzens verhüllenden Frauen, jener Frauen von fürstlicher Haltung, — Penelope, Nausikaa, Alkippe, Andromache.

Vor wenigen Seiten erst haben wir, in eben diesen Ausführungen, bei der Erwähnung Homers, uns dahin ausgesprochen, daß seine Gestalten doch nicht so vollkommen naiv, nicht so aller Reflexion bar seien, wie das mitunter übertreibend angenommen wird. Im Vergleich aber mit der heute herrschenden Selbst-Analysirungs-Wuth, — wie ist da doch Alles, was immer er darstellt, von erquickendster Frische und Ursprünglichkeit!

Ob nun Herr Dr. Schmidt geneigt sein würde, den Einfluß, den Homer gerade auf unsere weibliche Jugend zu üben vermöchte, ebenso hoch anzuschlagen, wie ich das thue, darüber irgend welche Muthmaßungen anzustellen, fehlt es mir an Anhaltspunkten; — wie denn überhaupt Aeußerungen über die Art, wie er die Einwirkung der Griechen insbesondere auf weibliche Erziehung sich denkt, nicht vorliegen. Es scheint, als habe er sich gesagt: Ausbreitung des Studiums griechischer Literatur in unserem Vaterland, ist ganz allgemeinhin wünschenswerth: also, lassen wir auch etwas davon den Mädchen zu Gute kommen, die eben auch ein Theil des deutschen Volkes sind! Auch so ist's ohne Zweifel richtig gedacht!

Ueber diesen einfachen Akt der Gerechtigkeit hinaus aber würde höchst wahrscheinlich der Schritt noch sehr viel weitergehende Folgen nach sich ziehen. Die Rückwirkung auf den Volksgeschmack im Allgemeinen würde sehr bald sich bemerkbar machen. Nicht das nur kommt hierbei in Betracht, daß eine ganze Anzahl von Frauen selbst in der Literatur produktiv thätig sind; weit mehr noch fällt ins Gewicht, daß unsere gesammte von Männern produzirte sogenannte schöne Literatur vorzugsweise für ein weibliches Publikum geschaffen wird. Die Wechselwirkung zwischen dem Schaffenden und dem Genießenden aber ist in allen Literaturperioden von größter Bedeutung gewesen, und wird das alle Zeit sein. Von einer wesentlichen Geschmacksänderung bei den Frauen, und zugleich einem lebhaften, entschiedenen, einhelligen Bekunden ihres Geschmackes würde vielleicht nichts Geringeres zu erwarten sein, als: ein Umschwung in der Geschmacksrichtung unserer deutschen Literatur.

König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution im Lichte neuer Quellen.

Von

Felix Rachfahl.

I.

Bis vor Kurzem ist es in der historischen Wissenschaft die herrschende Meinung gewesen, durch die persönliche Schwäche des Königs, der aus Verzagtheit und Kleinmuth den Kampf gegen seine rebellische Hauptstadt scheute, dem die Erhebung seiner Bürger den Zusammenbruch seiner gesammten Staats- und Weltanschauung bedeutete, sei die energische Niederwerfung der Berliner Märzrevolution verhindert und dadurch diese letztere zum „Siege“ gelangt. Dagegen ist eine veränderte Anschauung neuerdings laut geworden, die das eigenthümliche Verhalten des Königs gegenüber dem Aufstande durch Motive erklären will, die aus seiner deutschen Politik herzuleiten seien. In einer ausführlichen Untersuchung*) habe ich diese Ansicht quellenmäßig zu erweisen, den Zusammenhang der deutschen Politik Friedrich Wilhelms IV. mit seiner Stellung zur Märzrevolution aufzudecken, sowie deren Verlauf im Einzelnen zu schildern unternommen. Nunmehr bin ich in der Lage, durch neue Quellen die Richtigkeit meiner Auffassung bekräftigen zu können; sie bieten zugleich ein unschätzbares Material für die Kenntniß von der Stimmung und vom Auftreten des Königs am 18. und 19. März, sowie von den schweren inneren Konflikten und Wehen, unter denen sich die Entstehung des neuen Preußens, der Bruch mit der altpreußischen Tradition vollzog.

Die neuen Quellen stammen aus dem Geheimen Staatsarchive in Berlin. In seiner monographischen Darstellung der Berliner

*) F. Rachfahl, Deutschland, König Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution. Halle a. S. Max Niemeyer. 1901. Vergl. dazu H. Delbrück in diesen Jahrbüchern 107, 541 ff.

Märzrevolution (1889) hatte Heinrich v. Sybel erklärt, daß die Archive über dieses so bedeutsame Ereigniß der preußischen Geschichte „nur eine spärliche Auskunft“ gäben, und daß „von erheblicher Bedeutung“ im Berliner Archive nur die Papiere des ehemaligen Berliner Stadtrathes Nobiling seien, darunter Auszüge aus einem Manuskripte des Generals v. Prittwitz, der am 18. März den Oberbefehl in Berlin geführt hatte. Da Sybel selbst jene Papiere eingesehen und benutzt hatte, war nicht ohne Weiteres anzunehmen, daß eine archivalische Nachlese nöthig sei und viel zu bieten vermöge; auch lag eine Heranziehung ungedruckten Materials nicht in meiner Absicht, da sich meines Erachtens auf Grund der bekannten Quellen hinreichende Fortschritte in der Behandlung des Problems der Märzrevolution erzielen ließen, so daß in den Grundzügen seine Lösung möglich ward.

Erst die gegen meine Schrift von mehreren Seiten erfolgten Angriffe bestimmten mich zu einer nochmaligen Durchsicht des Berliner Archivs. Ich stieß dabei unter Anderem auf die Nobilingschen Papiere und fand, daß diese für die Kenntniß des Verlaufes der Märzrevolution von ungleich höherer Bedeutung waren, als ihre Benutzung durch Sybel es ahnen ließ. Nur eine oder zwei Stellen daraus hat Sybel herangezogen, so daß man die Manuskripte trotzdem als durchaus „neue Quellen“ bezeichnen darf.

Sie bestehen aus zwei Foliobänden, die vor einer Reihe von Jahren aus dem Nachlasse des Berliner Stadtraths Nobiling für das Geheime Staatsarchiv in Berlin erworben wurden.

Der erste von diesen beiden Bänden (Rep. 94 IV. O. b. 4 Pars 1) enthält eine von Nobiling selbst verfaßte Darstellung der Ereignisse, die sich im Laufe des Jahres 1848 in Berlin abgespielt haben. Nobiling, der als Landwehroffizier dem Heere angehörte, war ein Mann von gemäßigt konstitutioneller Gesinnung. Er hat in den Märztagen eine wichtige Rolle gespielt, indem er beständig bemüht war, eine Vermittelung zwischen der aufgeregten Bürgerschaft einerseits und dem Hofe, sowie der Armee andererseits anzubahnen; dabei kam es ihm zu Statten, daß er in seiner Eigenschaft als Major der Landwehr mit einer Reihe höherer Offiziere persönlich bekannt war. Sein Hauptwunsch war die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr; er meinte, daß mit deren Gewährung die Spannung zwischen Bürgerschaft, Regierung und Militär sofort aufhören, Ruhe und Friede wiederkehren würden. Als am Nachmittage des 19. März die Bürgerbewaffnung erlaubt wurde, war

er es, der ihre Organisation leitete; er übernahm auch in ihr eine Kommandostelle. Wegen seiner vielseitigen Beziehungen ist er eine vortreffliche Quelle sowohl für die Vorgänge im Schlosse, als auch innerhalb der Bürgerschaft; er berichtet nur, was er selbst erlebt und gesehen hat, und ist in dieser Hinsicht unbedingt zuverlässig. Seit dem 20. März führte er ein laufendes Tagebuch; die Ereignisse der vorhergehenden Tage hat er allerdings erst nachträglich aufgezeichnet. Zum Ende des April 1848 erstattete er dem Berliner Magistrate einen Bericht über die Organisation der Bürgerwehr, etwas später auch dem Kommando der damaligen 6. Landwehr-Brigade. Als Prittwitz 1849 aus Schleswig zurückkehrte, forderte er Nobiling auf, ihm einen Bericht über die Vorgänge im März des Vorjahres abzufassen. „Ich leistete“, so erzählt Nobiling, „dem Genüge in zwei Aufsätzen, die dem General so wichtig erschienen, daß er, wie er mir selbst sagte, veranlaßt wurde, Alles von ihm selbst Geschriebene wieder umzuarbeiten. Ferner fanden auch auf seinen Wunsch Konferenzen mit dem Flügeladjutanten Major v. Manteuffel statt, um über gewisse Punkte Aufklärung zu gewinnen. Es wurde dies nicht ohne Schwierigkeit erreicht, hatte jedoch den Erfolg, daß namentlich die am 19. März auf dem Schlosse stattgehabten Verhandlungen der Sache und Zeitfolge nach unwiderleglich festgestellt wurden. Die Richtigkeit meiner Aufzeichnungen hat sich dabei glänzend bewährt.“ Als sich in der Folgezeit Prittwitz mit der Ausarbeitung seiner Memoiren beschäftigte, bat er Nobiling um nähere Auskunft sowohl betreffs der beiden früher bereits gelieferten Aufsätze, als auch bezüglich anderer Angelegenheiten. Nobiling schreibt über die Informationen, die er damals Prittwitz abermals lieferte: „Es ist mir in einer fast wunderbaren Weise gelungen, alles Verlangte zu erledigen durch mündliches Zeugniß der Mithandelnden, sowie durch mancherlei schriftliche interessante Dokumente.“ In einer umfangreichen eigenen Darstellung, eben dem ersten Bande seiner jetzt im Archive befindlichen Papiere, hat Nobiling schließlich alle seine Aufzeichnungen und Erinnerungen zusammengefaßt. Eine vollständige Herausgabe dieses Werkes wäre sehr zu wünschen; sie ist die beste Quellenschilderung der Begebenheiten, die sich in Berlin nicht nur im März, sondern auch in den folgenden Monaten des Jahres 1848 zutrugen, und daher als Korrektur der oft höchst unzuverlässigen Berliner Revolutionschronik von Wolff von höchstem Werthe.

Der zweite Band der Nobilingschen Papiere (Rep. 94 IV

O. b 4 Pars II) enthält Exzerpte aus einer verloren gegangenen Druckschrift des Generals von Prittwitz. Schon sehr früh hat Prittwitz mit der Niederschrift seiner Erlebnisse im März 1848 begonnen; wissen wir doch, daß er schon im Jahre 1849 seine Aufzeichnungen nach denen Nobilings korrigirte; demselben Zwecke dienten die erwähnten gemeinsamen Konferenzen, zu denen Manteuffel hinzugezogen wurde. Zur Rechtfertigung seines Verhaltens in den kritischen Tagen wandte er sich an die Oeffentlichkeit, zunächst jedoch nicht selbst. Er veranlaßte den Oberst von Schulz zur Ausarbeitung einer Schrift über die Berliner Märzrevolution; er hat ihm dabei unzweifelhaft das bereits gesammelte Material zur Verfügung gestellt oder doch wenigstens dafür gesorgt, daß ihm befreundete Personen, die jene Tage als Mitbetheiligte durchlebt hatten, Schulz mit ihren Informationen unterstützten. So hat Schulz die Mittheilungen Manteuffels und Nobilings verwerthen können; auch Leopold von Gerlach scheint ihm als Gewährsmann gedient zu haben.*) Nobiling berichtet von dem Schulzschen Buche: „Im Sommer 1850 machte mich der General v. Prittwitz aufmerksam, daß binnen Kurzem eine Schrift in dieser Beziehung (nämlich bezüglich der Märztage) erscheinen würde. Wohl das erste Exemplar der „Berliner Märztage, vom militärischen Standpunkt aus geschildert", kam in meine Hand, und mit dem größten Erstaunen las ich dasselbe. Durch den Oberst Schulz war die Vertheidigung der Maßregeln des Generals v. Prittwitz nicht nur sehr ungeschickt geführt, sondern es wurde auch zugleich der Graf von Arnim in einer unnützen und unwahren Weise angegriffen. Ich eilte auf der Stelle zum General und theilte ihm meine Meinung ganz offen mit, deren Richtigkeit durch die Gegenschrift des Grafen v. Arnim sehr bald Bestätigung fand. Auch ich mußte mich durch die Art und Weise, wie in der Schultzschen Schrift meiner gedacht wurde, verletzt finden, und umsomehr, als dieselbe wesentlich auf meine Mittheilungen begründet war. Meine Erklärung in der Wehrzeitung wurde wenigstens in der zweiten Auflage der Schrift abgedruckt."

Sei es nun, daß Prittwitz die Rechtfertigung seines Verhaltens, wie sie in der Schultzschen Schrift versucht worden war, nicht geschickt, oder daß er sie nicht ausführlich genug erachtete, er beschloß nunmehr, selbst vor die Oeffentlichkeit zu treten. Nachdem er ver-

*) Vergl. Rachfahl, Deutschland u. s. w. S. 160 Anm. 1.

abschiedet worden war, beschäftigte er sich mit der Ausarbeitung seiner Memoiren, und zwar insbesondere bezüglich der Märzrevolution. Er benutzte dazu nicht nur die vorhandene gedruckte Literatur, so die Wolffsche Revolutionschronik, sowie die verschiedenen im Drucke vorliegenden Erklärungen des früheren Ministers von Bodelschwingh, sowie des Grafen Arnim; er wandte sich auch abermals an eine Reihe von Personen, die damals an den Ereignissen, sei es als Mithandelnde oder Augenzeugen, betheiligt waren, und ersuchte diese um Niederschrift ihrer Erinnerungen. Der große Quellenwerth der Darstellung der Märztage, die Prittwitz nunmehr verfaßte, besteht darin, daß er in seine Schrift diese Aufzeichnungen zum großen Theile wörtlich aufnahm. Von bürgerlicher Seite finden sich Berichte des Oberbürgermeisters Krausnick, des Stadtsyndikus Moewes sowie Nobilings, von Seiten des Hofes und Militärs ein Brief des Prinzen von Preußen an die Kaiserin von Rußland, ferner Berichte einiger Herren aus der Umgebung desselben Prinzen, des Grafen von Königsmark und des damaligen Hauptmanns von Bergh, weiterhin der Generäle von Rauch und von Gerlach, sowie des damaligen Rittmeisters von Manteuffel, des späteren Feldmarschalls, der als Adjutant des Prinzen Albrecht beständig in der Nähe des Königs geweilt hatte. Als Frucht dieses Sammel- und Autorenfleißes ließ Prittwitz im Jahre 1854 ein 58 Bogen starkes Buch drucken; doch wurde die ganze Auflage, ehe sie zur Ausgabe gelangte, sei es auf höhere Weisung, sei es, weil Prittwitz im letzten Momente von Bedenken erfüllt wurde, eingestampft. Sybel versichert, es sei ihm nicht gelungen, ein etwa verschont gebliebenes Exemplar zu entdecken.

So wäre denn die ganze wichtige Quelle, als die uns das Prittwitzsche Buch ohne Zweifel erscheinen muß, spurlos verschwunden, wenn uns nicht ein glücklicher Zufall einige Reste davon gerettet hätte. Ehe Prittwitz sein Manuskript in den Druck gab, überließ er es Nobiling zur Einsicht, und dieser unterzog es einem sehr gründlichen Studium. Er exzerpirte es nämlich, und zwar in der Weise, daß er die Berichte über die wichtigsten Begebenheiten, insbesondere die Relationen der Eingeweihten über die Vorgänge im Schlosse, wörtlich abschrieb und mit einem fortlaufenden Kommentare versah, in dem er theils sein abweichendes politisches Urtheil, theils seine Ausstellungen an der sachlichen Richtigkeit der Angaben von Prittwitz und seinen Gewährsmännern zum Ausdrucke brachte. Sowohl in Ansehung des Thatsächlichen als auch für das historisch-

politische Urtheil sind diese Bemerkungen*) nicht ohne Interesse. Es spiegelt sich in ihnen die Ansicht wieder, die Nobiling von der Bedeutung der Ereignisse hegte, und sie liefert uns werthvolle Fingerzeige für die Auffassung, unter welcher der Historiker jene Vorgänge zu betrachten hat, indem er freilich die Urtheile Nobilings, insofern sie einseitig und parteiisch gefällt sind, auf das rechte Maß reduziren muß. Die Nobilingschen Auszüge aus dem Prittwitzschen Buche umfassen mit den eingestreuten eigenen Bemerkungen Nobilings 137 Foliofeiten; schon dieses ihres Umfanges halber ist ihre vollständige Wiedergabe für uns unthunlich; nur das Bedeutsamste aus ihnen soll im Folgenden veröffentlicht werden.

Der zweite Band der Nobilingschen Papiere enthält nicht allein die Exzerpte aus Prittwitz, sondern auch einige andere Stücke. Es folgen nämlich als Anlagen einige zum Theil als Manuskript gedruckte und schwer zugängliche Schreiben und Erklärungen des Grafen Arnim-Boytzenburg, des Generals von Prittwitz, des Ministers von Bodelschwingh, des Obersten von Schulz, ferner eine Relation des Fürsten Wilhelm Radziwill für den General von Prittwitz**), sowie endlich Auszüge aus den Memoiren des Polizeipräsidenten von Minutoli. Im Jahre 1850 hatte dieser eine Broschüre als Manuskript unter dem Titel „Erinnerungen aus meinem Leben" drucken lassen. Er schickte sie Nobiling mit der Bitte zu, ihm ganz offen seine Meinung darüber auszusprechen. Nobiling erwiderte ihm, daß die Veröffentlichung der Schrift seinem Interesse höchst nachtheilig sein könnte; denn Minutoli betrieb eben damals seine Wiederaufnahme in den Staatsdienst. Er überzeugte sich von der Richtigkeit der Warnungen Nobilings und ließ seine Schrift bis auf wenige Exemplare einstampfen, die er vertheilte. „Dennoch glaube ich", bemerkt Nobiling, „durch die Mittheilung des mir gebliebenen Exemplars an wichtige Personen einigen Einfluß auf die dann erfolgte Wiederanstellung des Präsidenten gehabt zu haben."

In der folgenden Quellenveröffentlichung nun sind Mittheilungen nicht nur aus dem Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte, sondern auch aus den Papieren Nobilings überhaupt enthalten.

*) Sie sind in der nachfolgenden Veröffentlichung dadurch kenntlich gemacht, daß sie — in Uebereinstimmung mit dem Manuskripte — in runden Klammern eingefügt wiedergegeben sind.

**) Eine Notiz daraus ist verwerthet in Sybels Aufsatze „Aus den Berliner Märztagen 1848" in „Vorträge und Abhandlungen". München 1897. S. 247.

nach dem Gange der Begebenheiten gruppirt und durch einen kurzen überleitenden Text mit einander verbunden. Die weitaus meisten sind dem Wortlaute nach wiedergegeben; es ist dies äußerlich dadurch kenntlich gemacht, daß sie in Anführungszeichen gesetzt sind. Bei weitläufigen Partien konnte nur eine Inhaltsangabe erfolgen. Die gesperrt gedruckten Stellen sind im Manuskripte unterstrichen; Nobiling hat ihnen also eine erhöhte Bedeutung beigemessen. Der Leser wird sich überzeugen, daß es sich bei den Nobilingschen Papieren um eine Quelle ersten Ranges handelt. Sie gewähren uns ein inhaltsreiches und anschauliches Bild von dem Hergange der Dinge; wir können jetzt an ihrer Hand nach authentischen Nachrichten das Auftreten des Königs fast von Stunde zu Stunde verfolgen; die darüber schwebende Kontroverse dürfte jetzt als endgültig entschieden zu betrachten sein.

Aus den Papieren des Stadtraths Nobiling.

I.

Bis zum 18. März.

Der Eingang der Nobilingschen Exzerpte aus dem verlorenen Buche von Prittwitz ist bemerkenswerth nicht sowohl wegen der darin enthaltenen thatsächlichen Angaben, als vielmehr wegen der Urtheile, die Prittwitz darin über den König und einige hohe Militärs aus der Umgebung des Königs fällt; sie sind zugleich typisch für die Stimmung, von der ein großer Theil des Heeres bereits vor 1848 und nach dem März 1848 fast die gesammte Armee gegen den Herrscher erfüllt war:

„Schilderung der Zustände unter Friedrich Wilhelm III. Beurtheilung des Königs [Friedrich Wilhelms IV.]. Sehr scharf. Parallele mit Friedrich Wilhelm II . . . Des Königs unmilitärische Formen und das Schwanken in seinem Willen. (Viel zu hart und ungerecht beurtheilt.) Anekdote vom russischen General Grünwald, als bei einer Besichtigung der Garde-Landwehr der König nach dem Präsentiren vergaß, das Schultern zu befehlen, und sofort die Glieder öffnen ließ. (Warum traten die Kommandirenden nicht ein?) Grünwalds Aeußerung: man müßte den König abhalten, so zu besichtigen, sonst ginge Alles in Grund und Boden verloren.

„Urtheil über den General von Boyen. (Theils gerecht, theils ungerecht; denn der König und Boyen wußten sehr gut, was sie wollten, fanden nur kein Verständniß vor; Uebertreibungen müssen

allerdings zugestanden werden.) Nach einer Mittheilung des Kriegsministers von Witzleben habe die Abneigung Friedrich Wilhelms III. gegen Boyen darin gelegen, daß Boyen denselben im Jahre 1815 zu Paris mit den neuen Formationen der Armee gewissermaßen überrumpelt habe. Der König soll die Aeußerung gethan haben, Boyen habe ihm die Armee verdorben.

„Urtheil über den General von Neumann. Seine Unfähigkeit als Geschäftsmann mit dem Könige theilend, soll er eine liberale Ansicht in militärischen Dingen hegen, welche aus seinem Verhältniß zu den leichten Truppen und seiner Vorliebe für die Formation der Kompagnie-Kolonnen hergeleitet wird. Faulheit und Sorglosigkeit werden ihm vorgeworfen. . ."

Ueber die militärischen Vorbereitungen und sonstigen Maßregeln, die auf die Kunde von der Februarrevolution hin in Preußen seitens der Regierung getroffen wurden, berichtet das Nobilingsche Exzerpt aus dem Buche Prittwitz':

„Verhältnis des Gouvernements und des Befehlshabers des Garde-Korps. Als nach dem Tode des Herzogs Carl von Mecklenburg dem Prinzen von Preußen der Oberbefehl des Garde-Korps zufiel, wollte der König denselben nicht in Konflikt mit den Bürgern bringen und ernannte daher einen Gouverneur in der Person des Generals von Müffling. Dessen Geschäftskreis. Während der Krankheit des Kommandanten Generals von Ditfurth im Jahre 1847 wurde der General von Prittwitz dem Gouverneur zur Hilfe zugetheilt . . .

„Es wird zugestanden, daß die Königliche Regierung schon seit 1847 daran gearbeitet habe, Deutschland in einem einheitlicheren Sinne umzugestalten. Durch Herrn von Radowitz wird eine Uebereinkunft in dieser Beziehung zu Wien am 10. März abgeschlossen.

„Zusammenziehen zweier Divisionen zu Koblenz und Halle, um möglichen Anforderungen deutscher Mächte entgegenzukommen.

„Schilderung der mangelhaften militärischen Streitkräfte. Das Einziehen der Kriegsreserven wird befohlen für das 8. Armeekorps am 29. Februar, für das 7. Korps, sowie für 18., 19., 24., 31. und 32. Regiment am 3. März.

„Offiziere, die in vertraulichen Sendungen an verschiedene deutsche Höfe abgeordnet sind, berichten von der gegen Preußen gerichteten öffentlichen Stimmung und der Bedeutung und Stärke

derselben. General von Schack kann in Karlsruhe nur heimlich und bei Nacht empfangen werden.

„General von Pfuel am 2. März zum Gouverneur von Berlin ernannt. Am 4. des Monats fertigte die Garde-Artillerie Munition für ihre bespannten Geschütze an. Dieselbe in drei Kartätschwagen verpackt, wird im neuen Laboratorium aufgestellt.

„Am 6. März erklärt das Kriegsministerium außer Stand zu sein, die Besatzung von Berlin zu verstärken.

„Am 3. März überbringt Major von Schoeler eine Kabinets-Ordre, wonach dem General von Prittwitz die selbständige Ausführung der vom Kommandanten General von Ditfurth[1]) ausgehenden Maßnahmen übertragen wird!!!

„Am Nachmittage ging General von Prittwitz, um gegen einen solchen Nonsens Vorstellungen zu machen, zum General von Neumann, wo sich der neue Kriegsminister von Rohr befand. Prittwitz machte darauf aufmerksam, daß Volksbewegungen jetzt leicht von größerem Umfange sein könnten, eine doppelte Befehlsführung daher sehr nachtheilig sein müßte. Zum größten Aerger des Ministers warf er die Frage auf: Wer von Beiden entscheiden solle, wenn etwa die Räumung der Stadt nöthig würde.

„Es gelang dem General v. Prittwitz nicht, die Herren zu überzeugen, doch ließ er, da die Ernennung des Generals von Pfuel bevorstand,[2]) die Sache auf sich beruhen.

„General von Ditfurth reichte darauf am 4. März sein Abschiedsgesuch ein und erhielt eine eigenhändige Kabinetsordre:

„„Sie haben meine Anordnungen wegen etwaiger Ruhestörung völlig mißverstanden, Mein bester Ditfurth! in Sonderheit den Ausdruck von General von Prittwitz selbständiger Leitung Ihrer Anordnungen. Unter seiner Selbständigkeit verstehe ich

1. das [sic!] aus persönlicher Rücksicht auf die hohe Stellung des kommandirenden Generals des Garde-Corps das General-Commando ex nexu gestellt (wird),
2. daß General-Lieutenant von Prittwitz außer der ihm untergeordneten Infanterie der Garnison auch die Kavallerie, Artillerie ꝛc. unter seinen Befehl bekommt.

[1]) In Vertretung des Gouverneurs. Die Ernennung des neuen Gouverneurs (von Pfuel) war wohl noch nicht bekannt gegeben; jedenfalls hatte dieser seine Stellung noch nicht angetreten.

[2]) Vergl. die vorige Anm.



Nach oben hin, also zur Kommandantur, bleibt das durch die Kabinetsordre von 1838[3]) festgestellte Verhältniß unangetastet.

So ist jede gerechte Klage über Verletzung Ihrer Stellung nach Meiner Ueberzeugung unmöglich, und erwarte Ich durch Sie, bester Ditfurth (sollte unseliger Weise die Gelegenheit eintreten) das Vertrauen, welches Mich bewog, Ihnen Ihren wichtigen Posten anzuvertrauen, gerechtfertigt zu sehen.

Berlin den 4. März 1848.

gez. Friedrich Wilhelm.““

„Noch hierdurch nicht beruhigt, zog General von Ditfurth nochmals Erkundigungen ein, betrachtete sich dann aber als der alleinige und unverantwortliche Befehlshaber, und entwarf eine sehr einseitige Instruktion.

„Am 5. März forderte der Prinz von Preußen den General von Prittwitz auf, ihm seine Ansichten der Lage vom militärischen Standpunkte aus vorzulegen. Der General legt dar (in einer sehr verständigen Weise), daß solche Dispositionen nicht im Voraus zu entwerfen seien, und war dafür, von vornherein keine große Truppenmacht in Stellungen anzuhäufen, weil dadurch nur Volksbewegungen entständen . . .

„Als am 7. März die erste Volksversammlung stattfand, wollte General von Prittwitz Klarheit über seine Stellung erlangen und sprach darüber mit dem Prinzen von Preußen und dem General von Rauch, worauf der Erste ihn in das Kabinet des Königs einführte, wo die Generäle von Thiele, von Rohr,

[3]) Das Verhältniß zwischen dem Gouverneur, dem Stadtkommandanten und dem kommandirenden General des Gardekorps war ungefähr folgendes: Der Gouverneur, der die oberste Militärbehörde für Berlin war, war mit der Fürsorge für die militärischen Maßregeln zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung beauftragt: insoweit es in dieser Hinsicht erforderlich war, hatten die Truppen der Garnison seinen Anordnungen Folge zu leisten. Der Stadtkommandant war der Stellvertreter des Gouverneurs und hatte dessen Aufträge zu vollziehen. Wenngleich die Truppen der Garnison, falls es die Erhaltung der öffentlichen Sicherheit bedingte, dem Gouverneur zur Verfügung stehen sollten, so wurde doch der kommandirende General des Gardekorps deshalb nicht dem Gouverneur untergeordnet, und dieser letztere hatte seinerseits die Verpflichtung, falls er direkte Befehle an die Truppen erließ, den Kommandeur des Gardekorps unverzüglich davon in Kenntniß zu setzen.

von Neumann, der Minister von Bodelschwingh und noch einige andere Personen gegenwärtig waren.

„General von Prittwitz erklärte sein Verhältniß zum Kommandanten für ein ganz unhaltbares. Dagegen sprachen die Herren von Rohr und von Thiele und erklärten das obgedachte Verhältniß dem eines Divisionskommandeurs analog; Ersterer machte noch Vorwürfe wegen der neulichen hypothetischen Aeußerung über Räumung der Stadt.

„Der König, dem die Wichtigkeit der Sache nicht entging, erklärte schließlich:

„„Wenn es zu ernsten Auftritten kommen sollte, würde er den General von Ditfurth nach dem Schlosse bescheiden und in seinem Kabinet festhalten, damit General von Prittwitz freie Hand behalte, zu thun, was er für nöthig erachte.““

„(Zu diesem höchst charakteristischen Auftritt gehört noch die Schilderung, welche mir Herr von Minutoli gemacht hat über einen in Gegenwart des Königs und des Prinzen von Preußen durchgesprochenen Zwist der Generale von Ditfurth und von Prittwitz, welchen zu schlichten weder dem Könige noch dem später zur Intervention aufgeforderten Prinzen von Preußen gelang.) . . .

„Charakteristik des Generals v. Pfuel, daß derselbe genial und fähig sei, lichtvolle Gedanken nicht allein aufzustellen, sondern auch auszuführen, dagegen unfähig, nur Stunden lang demselben Gegenstand seine Aufmerksamkeit zu widmen. „„Es war bekannt, daß er alles Mögliche, nur nicht Soldat war, insofern man mit diesem Ausdruck einen Mann bezeichnen will, der die ihm unterstehenden Truppen, ihre Wünsche und ihre Bedürfnisse kennt, denselben Theilnahme und Forsorge widmet, mit den bestehenden Vorschriften bekannt ist, ihre Ausführung überwacht und überhaupt einen nachhaltigen Einfluß auf das innere Leben derselben sowie auf den dienstlichen Geschäftsbetrieb ausübt.““

„(Alles sehr wahr und doch Preußisch einseitig.)

„General von Prittwitz, weil der neue General weder die Truppen, noch auch die örtlichen Verhältnisse kannte, betrachtete sich gewissermaßen als Adjutanten desselben, um doch so etwas zu wirken. Prittwitz glaubte zu bemerken, daß Pfuel der Meinung war, „„man müsse den von den neuen Ideen erhitzten Gemüthern nicht schroff entgegentreten, sondern sie durch geeignete Mittel nach möglichst unschädlichen Richtungen ableiten (vernünftig ausgeführt, sehr wahr!!), deshalb die Truppen so wenig als möglich zeigen

und erst einen wirklichen Angriff, d. h. mit der Waffe, abwarten und dann erst rücksichtslos einschreiten.""

„Die Folge wird lehren, daß dieser Plan an der Macht der Ereignisse, ferner an persönlichen Einflüssen und endlich an der Eigenthümlichkeit des Gouverneurs scheiterte." — —

Ueber die Verhältnisse in der Berliner Bürgerschaft und die ersten Bewegungen in der Stadt finden wir in den Aufzeichnungen Nobilings, eines in dieser Hinsicht gewiß kompetenten Zeugen, wenngleich sein Urtheil im Einzelnen nicht immer zutrifft, folgende Ausführungen:[4])

„Es gab in Berlin zwei extreme Parteien, beide an Zahl verhältnißmäßig klein und an Einfluß sehr verschieden.

„Die eine, durch die Richtung der Zeit getragen, versuchte auf die freisinnigsten Institutionen loszusteuern. Es waren sozialistische und demokratische Prinzipien vertreten, bei einigen Fanatikern vielleicht auch schon ein republikanischer Anflug im Hintergrunde. Ein moralischer oder theoretischer Einfluß von Frankreich aus mag vorhanden gewesen sein; dagegen ist es nur eine Phantasie, daß irgend eine reale Unterstützung stattgefunden habe. Eine Art von materiellem Anhalt mag in einem Theil des Handwerker-Vereins dagewesen sein. Ebenso giebt es in jeder Stadt unter den unteren Schichten der Bevölkerung immer eine Masse von Menschen, die zu Allem zu brauchen sind.

„Die andere Partei, klein aber mächtig, sah in dem Nachgeben gegen die Forderungen der Zeit oder in dem Gewähren überhaupt den Untergang des Staates oder ihrer eigenen Interessen. Das Publikum war bemüht, diese Partei zu personifiziren, gewiß mehrfach ganz unrichtig.

„Die unermeßliche Mehrzahl des Volkes in allen möglichen Schattirungen politischer Meinung oder Erkenntniß war von jenen Parteien gleich weit entfernt und hatte das vollste Vertrauen zum Könige und seiner Regierung, eine allgemeine Mißstimmung gegen einige der nächsten Rathgeber des Königs abgerechnet.

[4]) Sie finden sich in einer zusammenfassenden Schilderung und Charakteristik des Zustandes in der Stadt bis zum 19. März; wir lassen zur besseren Uebersicht über seine gesammte Auffassung bald seine an dieser Stelle geäußerten Bemerkungen über den Ausbruch und den Verlauf des Kampfes am 18. März folgen.

„Als nun auch in Berlin die Geister wach wurden, da mußte die Staatsregierung wissen, was sie wollte, entweder die strengsten Maßregeln anordnen, selbst Belagerungszustand, oder aber sich dem ganzen Volke gegenüber offen erklären. Nur die Hälfte dessen, was die Proklamation vom 18. März enthielt, welche ungehört und folgenlos verhallte, hätte eine Woche oder zuletzt nur vierundzwanzig Stunden früher Alles beschwichtigt und die späteren traurigen Folgen verhindert.

„Statt dessen war man bemüht, die schlimmen Elemente, deren Zahl kaum Hunderte betrug, mitten in einer Bevölkerung von mehr als 400 000 Seelen zu bekriegen. Hierdurch bewirkte man nicht nur die größte Erbitterung aller Volksklassen, weil bei solchen Gelegenheiten nicht nur durch unglückliche Zufälle, sondern aus ganz einfachen und natürlichen Gründen fast allein die Unschuldigen zu leiden haben, sondern es mußte ein Gleiches bei den aufs Aeußerste angestrengten Truppen der Fall sein, die dann mit mehr Leidenschaft als Besonnenheit zu Werke gingen.

„Vielleicht durch Ausschreitungen nicht allein der einen oben genannten Partei war es am 18. März zu einer Art von Kampf gekommen, und ein Widerstand, wenn auch großentheils nur passiver Natur, fand in ganz Berlin statt.

„Nach zwölf Stunden war man [am 19. März] zur Besinnung gekommen und von allen Seiten suchte man eine Beschwichtigung herbeizuführen.

„Die erfahrensten Offiziere erkannten an, daß auf die begonnene Weise kein Ende herbeigeführt werden könne. Von der bürgerlichen Seite wurde durch eine Reihenfolge von Deputationen, geistliche und weltliche, immer von Neuem darzuthun versucht, die Regierung sei im Unrecht, der Kampf wäre provozirt, die Ruhe würde sofort hergestellt werden, wenn die Truppen zurückgezogen würden.

„Unbedingt gegen die Einstellung der Feindseligkeiten waren damals nur solche, welche die Sachlage nicht kannten, oder einseitige Phantasten[5]), die in dem Fortsetzen derselben den Sieg ihrer politischen Ansichten erwarteten.

„Kein Besonnener konnte übrigens daran zweifeln, daß nur ein moralisches Gewicht den etwas schwachen Betrieb der Feindseligkeiten und nachher die Einstellung derselben bewirkt hat und

[5]) Mit dieser Bezeichnung belegt Nobiling für gewöhnlich die Anhänger der altpreußischen Partei.

nicht etwa der sogenannte Barrikadenkampf. Ebenso mochte auch wohl der Blick auf die politischen Verhältnisse maßgebend geworden sein. Der Gang, welchen die Regierung für Preußen und Deutschland einzuschlagen im Begriff stand, war von solcher Wichtigkeit, daß der Berliner Krawall nur wie ein Tropfen Wasser am Eimer dagegen angesehen werden konnte, und es als eine schlechte Einleitung zu dem erschien, was man dem Gesammt-Vaterlande zu bieten im Begriff war.

„Nur ein Grund, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen und durchzuführen, konnte sein, wenn die Regierung Alles am gestrigen Tage Ausgesprochene und Verheißene — was wohl verstanden durch das alte Ministerium geschehen war — zurückzunehmen beabsichtigt hätte.

„Wollte man dies nicht, dann mußte man sich mit der Herstellung des Friedens beschäftigen und vor Allem sich die Sachlage klar machen, ob man eine Revolution gegen sich hatte, das heißt, ob sich die Berliner Bevölkerung im Ganzen oder der Mehrzahl nach in einem solchen Stadium befand. Dabei mußte man sehr bald zu der Ueberzeugung gelangen, daß dies nicht der Fall war." . . .

Dem schroffen Vorgehen des Militärs in den Tumulten bis zum 16. März schreibt Nobiling — allerdings einseitig — die Schuld am Ausbruche des Aufstandes am 18. März zu. Sicher ist, daß die Abneigung und der Haß, der die Berliner Bürgerschaft gegen das Militär erfüllte, eben diese am Nachmittage des 18. März auf die Barrikaden getrieben oder wenigstens zu einer die Barrikadenkämpfer begünstigenden Haltung bestimmt hat. Die Antipathie der Berliner gegen das Militär war nicht erst eben damals plötzlich erwachsen[6]; sie wurde auch von den radikal-demokratisch gesinnten Elementen der Bevölkerung geflissentlich genährt, um möglichst die gesammte Bürgerschaft mit sich fortreißen zu können.

Zur Erhöhung der Erbitterung, die im Bürgerthum gegen das Militär vorherrschte, trug insbesondere ein Krawall bei, der sich am Nachmittage des 16. März Unter den Linden beim Opernhause erhob und mit dem Tode einiger Unschuldigen endigte. Aus den Nobilingschen Aufzeichnungen erfahren wir, daß die Veranlassung

[6]) Nobiling äußert sich über ihre Entstehung gelegentlich: „So ist es faktisch, daß die unglücklichen Ereignisse vom 3. August 1835 den Grund zu einer Mißstimmung gegen die Garnison gelegt haben, die nicht wieder erlöscht ist."

dazu der Bezirksvorsteher und Fuhrherr Wolff aus der Mittelstraße gab. Wolff, ein taktloser Mann, fing, an der Spitze einer der sogenannten „Schutzkommissionen" stehend (es waren dies unbewaffnete Bürger, durch Stab und Binde kenntlich, die mit Genehmigung des Ministers des Innern für die Aufrechterhaltung der Ruhe sorgen sollten, um die Herbeiziehung von Truppen im Falle von Volksexzessen nach Möglichkeit zu vermeiden), unnütze und sehr grobe Händel mit der Volksmenge an. Er wurde von dieser deshalb sehr arg bedrängt und traf im Kastanienwäldchen den mit einer Hälfte seiner Kompagnie nach dem Palais des Prinzen von Preußen marschirenden Hauptmann von Cosel. Er forderte den Hauptmann auf, gegen seine Bedränger einzuschreiten. Cosel gab seinem Ersuchen Gehör und trieb den Haufen, der den Wolff insultirte, in die bei dem schönen Wetter von Spaziergängern wimmelnde Straße Unter den Linden. „Von allen Seiten", so erzählt Nobiling weiter, „wird einstimmig angegeben, daß Herr v. Cosel mehrere Schwenkungen machen ließ, daß dann getrommelt und nach verschiedenen Seiten hin gefeuert worden sei, welch letzteres schon daraus hervorgeht, daß die Getroffenen sich am Prinzessinnen-Palais befanden, während feststeht, daß Kugeln in der Schloßapotheke eingeschlagen sind. Die Menschenmenge gerieth in eine unbeschreibliche Verwirrung und lief nach allen Seiten durcheinander. Diejenigen, welche sich gegen die Wache wandten, wurden dadurch geschützt, wie denn überhaupt eine Menge von Zeugen die Humanität des wachthabenden Offiziers bekundete, aber ganz im Gegensatze zum Benehmen des Herrn von Cosel. Derselbe war unmittelbar nach dem Feuergeben zu seiner Bestimmung abmarschirt." In einer Anmerkung zu seinen Exzerpten aus dem Prittwitzschen Buche notirt Nobiling, Prittwitz habe ihm später in einem Briefe ausdrücklich zugestanden, daß er das Benehmen des Hauptmanns von Cosel am 16. März gemißbilligt habe.[7] — —

Ueber die Stimmung, die im Offizierkorps herrschte, unterrichten uns einige Angaben von Nobiling und Prittwitz. Es geht aus ihnen hervor, wie sehr man in den militärischen Kreisen mit der neuen Wendung unzufrieden war, die die preußische Politik

[7] Nach diesem Berichte ist meine Darstellung dieser Szene („Deutschland" u. s. w. S. 132) zu berichtigen. Von einer „Bedrohung der Hauptwache" bei dieser Gelegenheit kann keine Rede sein.



in jenen Tagen nahm, und welche Differenzen zwischen den obersten Truppenführern bestanden. Nobiling berichtet vom 17. März:

„Am Nachmittage begab ich mich auf das Schloß und merkte hier wohl, daß ein politischer Schritt im Gange war. Man sprach von verschiedenen Personen, welche ein neues Ministerium bilden würden. Nur Wenige glaubten darin ein Heil zu finden, die Meisten meinten, es sei dies der Anfang vom Ende. Einige erklärten ohne Scheu, nun sei es mit Preußen völlig vorbei. Eigenthümlich war es, daß diese Unterhaltungen ganz laut und offen geschahen und durch jüngere Offiziere gewiß allen ihren Kameraden zu Ohren kamen.“ Um den Gouverneur aufzusuchen, begab sich Nobiling darauf in die Kommandantur: „In dem Vorzimmer, wo alle Adjutanten des Garde-Korps versammelt waren, und wo ich einige Zeit verweilte, herrschten wiederum Ansichten, die unglaublich erscheinen mußten, eine Befangenheit über die politischen Interessen unseres Vaterlandes, die wahrhaft unerhört war. Man kannte nur militärische Rücksichten und fürchtete von einer jeden Aenderung, sie mochte sein, welche sie wollte, eine Benachtheiligung: genug, nichts als Egoismus. Dabei wurde solche Vornehmheit gezeigt, daß man mir kaum einen Stuhl anbot. . . . Ich begab mich daher bald in das Zimmer der Generale, wo dann doch eine ernstere Ansicht vorherrschend war. Alle drei Herren [Pfuel, Ditfurth, Prittwitz] dachten gewiß ganz verschieden über die augenblicklichen Verhältnisse; allein ein unbehagliches Gefühl über das Schwankende in den Maßnahmen und über das, was zu erwarten sei, hatten sie sämmtlich gemein.“ Nobiling vertrat vor ihnen die Ansicht, „die Regierung müsse Konzessionen machen“.

„Der General von Prittwitz“, so fährt Nobiling wörtlich fort, „fragte mich: „„Was wollen Sie denn eigentlich für Konzessionen?““

„Ich erwiderte, es käme gar nicht darauf an Was, sondern daß überhaupt etwas geschähe. „„Geben Sie““ — setzte ich im Scherze hinzu — „„das Tabakrauchen auf der Straße frei.““[8])

„„Ist denn das nicht erlaubt?““ fragte der General ganz ebenso, „„ich habe immer geraucht.““

„„Ja, das ist es eben““ — replizirte ich — „„Sie haben immer geraucht, aber Andere sind arretirt worden.““ — —

---

[8]) In der That ist diese Forderung später laut geworden. Vergl. W. von Siemens Lebenserinnerungen S. 27.



Für die zwischen den drei Generälen obwaltenden Meinungsverschiedenheiten, sowie für die Haltung des Prinzen von Preußen bieten Belege einige Exzerpte, die Nobiling aus dem Abschnitte des Prittwitzschen Buches über den 13. März gemacht hat. Sie lauten:

„Der Gouverneur [Pfuel], wahrscheinlich um sich frischen Gemüthes und unbefangenen Geistes zu erhalten, bekümmert sich nicht um die Details . . .

„Die Generale von Ditfurth und von Prittwitz sind täglich auf der Kommandantur und wiederholt sich diese Geduldsprobe bis inklusive 17. März täglich." Prittwitz schildert, wie diese Unannehmlichkeiten noch dadurch vermehrt würden, daß die Generale durch Personen belästigt wurden, die fabelhafte Nachrichten brachten oder guten Rath ertheilen wollten, und bemerkt dabei vom Prinzen von Preußen: „Die gespannteste Aufmerksamkeit auf die Sache selbst, sowie die regste Theilnahme an dem Ergehen und Benehmen der Truppen ließ den Prinzen von Preußen hierbei in die erste Reihe treten, sodaß die vielfältigen Sendungen seiner Adjutanten auf der Kommandantur recht unbequem wurden." In der Darstellung der Tumulte vom 15. März findet Prittwitz, daß „der Gouverneur und die Truppen übergedulbig gewesen sind", — eine Ansicht, die Nobiling entschieden bestreitet, die aber vom Prinzen von Preußen vollauf getheilt wurde. Bekanntlich ist es am 15. März zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Gouverneur v. Pfuel, da des letzteren Vorgehen jenem nicht scharf genug erschien, öffentlich zu einem heftigen Auftritte gekommen.[9]) Prittwitz berichtet über die dadurch und das ganze Verhalten des Prinzen gegen diesen erregte Verstimmung (wörtlich bei Nobiling aus Prittwitz):

„Fügen wir hinzu, daß der Prinz von Preußen es nicht über sich gewinnen konnte, bei den Bewegungen dieser Tage eine völlig passive Rolle zu übernehmen, daß er hin und wieder in der Nähe des Schlosses, wenn auch nur als Zuschauer[10]) zu Pferde erschien, so glauben wir damit eine . . . Ursache der immer deutlicher gegen ihn auftretenden Mißstimmung zu bezeichnen. . . . Die ganz offen vorgefallene Expektoration zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Gouverneur soll das Ihrige dazu beigetragen haben, den Prinzen verhaßt zu machen."

[9]) Er ist erzählt „Deutschland" u. s. w. S. 130. Anm. 1.

[10]) Darüber ist er am 15. allerdings erheblich hinausgegangen, indem er eigenmächtig in die Befehlsführung einzugreifen versuchte. Vergl. dazu auch Canitz, Denkschriften II. 1888. S. 180.

Blickt schon durch Prittwitz' Auslassungen eine gewisse Mißbilligung des Verhaltens des Prinzen hindurch, so werden wir durch eine Aufzeichnung des Fürsten Radziwill belehrt, daß auch sonst in dem Kreise Derjenigen, die dem Prinzen nahe standen, die Meinung bestand, der Prinz trete mehr hervor, als es mit seiner hohen Stellung vereinbar sei. Radziwill erzählt:

„Am 18. Mittags war derselbe [Radziwill spricht von sich in der dritten Person] von Torgau nach vorläufiger Uebernahme seines Divisions-Kommandos nach Berlin zurückgekehrt und erhielt ein Billet des Generals von Gerlach, der ihn dringend zu sprechen verlangte. Der Fürst erwiderte, der General möge ihn bei ihrer „Bresche" erwarten. (So wurde eine Lücke in der Grenzmauer zwischen Beider Gärten genannt.)

„Der General bat den Fürsten auf das Angelegentlichste, bei seiner Geltung und bei seinem Einflusse auf den Prinzen von Preußen denselben dahin zu vermögen, daß bei allen Ereignissen, die heute eintreten könnten, der Prinz sich jeder Einmischung enthielte.

„Der Fürst, dazu bereit, fuhr nach dem Palais des Prinzen; da aber dieser schon auf dem Schlosse sich befand, begab er sich ebenfalls dahin . . ." — —

Noch hielt sich die Bewegung in Berlin innerhalb mäßiger Grenzen. Die Zahl der radikalgesinnten Elemente war nicht gerade groß, und ihre Agitationen waren wirklich gefahrdrohend nur dann, wenn es ihnen gelang, die zwischen Militär und Bürgerschaft bestehende Spannung zu verschärfen und dadurch die Bürgerschaft zu unbesonnenen Schritten zu verleiten. In den Berichten des Polizeipräsidenten von Minutoli wurde jedoch die Größe und Gefahr der Bewegung bei Weitem übertrieben; allerdings fanden sie an der maßgebenden Stelle, im Ministerium des Innern und der Polizei, und selbst beim Könige, keinen rechten Glauben. Die Berichte von Prittwitz, Nobiling und Minutoli selbst geben uns darüber neue Aufschlüsse.

Aus den Nobilingschen Exzerpten aus dem Buche von Prittwitz erfahren wir, daß am 13. März beim Gouvernement ein Schreiben Minutolis einging: es werde voraussichtlich an dem heutigen Tage zu einem Zusammenstoße mit den Arbeitern kommen, da „die Haltung dieser Klasse eine entschieden freche und herausfordernde zu sein scheint"; daher sei neben anderen Maßnahmen die Besetzung des Königlichen Schlosses und Bereithaltung von Kavallerie nöthig.

Prittwitz charakterisirt diese Meldung Minutolis mit den Worten: „Eine völlig militärische Disposition, aber nichts Polizeiliches darin“, wozu Nobiling hinzufügt: „Aber ein wichtiges Dokument für die phantastische Art und Weise, mit welcher der Polizeipräsident die Dinge behandelte und den hohen Personen eine Revolution vorspiegelte.“ Am 17. März äußerte Minutoli, daß am folgenden Morgen die Revolution ausbrechen würde; Prittwitz erklärt dazu, daß Jedermann damals davon überzeugt gewesen sei, während Nobiling diese Alarmnachricht mit Recht als „nichts als Rodomontade“ bezeichnet.

In meiner Darstellung der Berliner Märzrevolution hatte ich ausgeführt, daß die Nachricht von einem für den 18. März geplanten Hauptschlage der Revolution, nämlich von einem Attentate auf das Schloß und auf die Person des Königs, sich in Wahrheit darauf reduzire, daß in einer Volksversammlung unter der Leitung eines gewissen Dr. Woeniger am 17. März der Beschluß gefaßt wurde, dem Könige seitens der Schutzkommission eine Massenpetition vornehmlich betreffend die Zurückziehung des Militärs, die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr und die Einberufung des vereinigten Landtages zu überreichen.[11]) Diese Annahme wird durch die folgenden Ausführungen Nobilings vollauf bestätigt:

„[Minutoli] brachte allerlei theils wunderliche, theils Schreckensgeschichten vor: Zuvörderst wäre Rutenberg[12]) verschwunden, was höchst bedenklich sei; dann sollte am folgenden Tage gewiß eine Revolution ausbrechen. Endlich hatte man herausgebracht, daß Woeniger beabsichtige, eine Monstredeputation zum anderen Morgen zusammenzubringen, um weiß Gott Alles vom Könige zu ertrotzen. Natürlich wurde dies als höchst bedenklich angesehen, und Woeniger sollte verhaftet werden, war aber in seiner Wohnung nicht zu finden. Nun ist es aber bestimmt, daß das ganze Woenigersche Projekt sich darauf beschränkte, dieselben Bitten und

[11]) Vergl. „Deutschland“ u. s. w. S. 309 ff., Exkurs I: Ueber den angeblichen Plan eines Anschlages auf das Berliner Schloß am 18. März 1848.

[12]) Vergl. über Rutenberg die folgenden Mittheilungen von Nobiling: „Wer nun den Dr. Rutenberg, den jetzigen Redakteur der „Staatszeitung“, nur oberflächlich kennt, der wird wissen, daß derselbe ein guter Familienvater und ein ehrliches Haus, wie man so zu sagen pflegt, ist, aber nicht eine Spur von Verschwörer. Seine Haupteigenschaft ist eine Stentorstimme, von welcher er damals gewiß guten Gebrauch gemacht hat.“



Wünsche dem Könige darzulegen, welche von den Kommunalbehörden schon seit einigen Wochen diskutirt waren, und die nicht halb so weit gingen, als das, was vom Könige und dem alten Ministerium zu verleihen schon gestern (17. März) beschlossen war. Genug, die ganze Sache war damals nichts als eine Lückenbüßerei, um die Zeit hinzubringen und die Verlegenheit, in der man sich befand, zu verbergen. Später sind alle diese Umstände mit großem Lärm hervorgesucht und abgehandelt worden, um die Revolution nachzuweisen."

Es geschah dies zuerst in einem von Bodelschwingh Ende März 1848 verfaßten Schreiben an den Geheimrath Fallenstein in Heidelberg[13]); wie aber in Wahrheit Bodelschwingh in jenen Tagen selbst die Sache ansah, darüber läßt eine ganze Reihe von Aufzeichnungen keinen Zweifel.

In seinen oben (S. 6) erwähnten „Erinnerungen" beschwert sich Minutoli auf das Bitterste darüber, daß Bodelschwingh seinen Mittheilungen über die in der Stadt herrschende Erregung zu wenig Gewicht beigelegt habe. Als einen Beweis dafür, wie sehr Bodelschwingh die Bewegung von Anfang an unterschätzt habe, erzählt Minutoli, der Minister hätte zuerst die Volksversammlungen vom 7. und 9. März verbieten wollen, schließlich jedoch erwogen, daß es angemessener erscheine, die Sache der öffentlichen Kritik zu überlassen, als ihr durch Zwangsmaßregeln ein allzu großes Gewicht beizulegen und Gewalt zu provoziren; am Abende des 9. März sei Bodelschwingh sogar selbst unter den Zelten gewesen und habe dort aus eigener Veranlassung den früher ertheilten Verhaftsbefehl wider die Verfasser der sogenannten Löwenadresse[14]) zurückgenommen. Noch am 12. März habe sich Bodelschwingh über die Natur und über den Umfang der Berliner Bewegung getäuscht: „er hatte mir verboten, Seiner Majestät Mittheilungen von den sich häufenden bedenklichen Indizien zu machen, da er annahm, daß ich die Sache für schlimmer hielte, als sie in Wahrheit wäre." Am 15. und 16. März habe dann wohl Bodelschwingh unter dem Eindrucke der Krawalle dieser Tage die Sachlage ernster aufgefaßt; als aber am 17. Alles still blieb, habe er sich wieder beruhigt, und noch am 18. März Mittags um 1 Uhr habe Bodelschwingh ihm im Vorzimmer des Königs gesagt, „daß ich [Minutoli] doch Unrecht gehabt, als ich an dem-

[13]) Bei Diest, Meine Erlebnisse im Jahre 1848 S. 19.

[14]) Vergl. Wolff-Gompertz, Revolutionschronik S. 12 ff.

selben Morgen für diesen Tag eine blutige Demonstration vorhergesagt habe; denn statt derselben höre man nur den Jubel des Volkes. Als ich ihm erwiderte, daß ich nur gekommen sei, um ihm und in seiner Gegenwart dem Könige zu sagen, daß trotz jenes Jubels meiner Ueberzeugung nach der beabsichtigte blutige Konflikt heute leider doch stattfinden würde, — führte er mich zwar mit Widerstreben und ungläubig lächelnd in das Kabinet des Königs, bemerkte jedoch nach meinem Vortrage, daß ich unnöthige Besorgnisse hege, worauf der König sich belobend über meine bis dahin bewiesene Thätigkeit und Anstrengung äußerte, jedoch mit den Worten schloß: „„Nur Eins, lieber Minutoli, kann ich nicht unbemerkt lassen, Sie sehen immer zu schwarz.““ [15])

Mit der Schilderung, die Minutoli von der Haltung Bodelschwinghs und von seiner Ansicht betreffend die Sachlage giebt, stimmt überein diejenige Robilings. Robiling erblickte von Anfang an in der Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr das beste Mittel zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe. Er wollte Bodelschwingh diesem Ansinnen geneigt stimmen, und dieser empfing ihn am 16. März Nachmittags 5 Uhr in Audienz. Zu Robilings größter Ueberraschung stellte ihm Bodelschwingh die Frage: „„Warum haben

[15]) An einer andern Stelle erzählt Minutoli ausführlich, wie er von Bodelschwingh den Auftrag erhalten habe, die von Woeniger geplante Demonstration der Schutzkommissionen durch Verhandlung mit den städtischen Behörden zu verhindern (Bodelschwingh fürchtete, daß eine derartige Demonstration den König von der Unterzeichnung des Patentes betreffend die beschleunigte Einberufung des Vereinigten Landtages abhalten könnte, damit er nicht dem Anscheine verfalle, als habe er aus Furcht Konzessionen gemacht), und wie er sich dieser Aufgabe erledigt habe: er habe nämlich die städtischen Behörden bestimmt, dafür Sorge zu tragen, daß sich nicht die gesammten Schutzkommissionen, sondern nur eine Deputation von drei Magistratsmitgliedern und vier Stadtverordneten im Schlosse einstellten. Minutoli war freilich derart von dem revolutionären Charakter des Woenigerschen Demonstrationsprojektes überzeugt, daß er nicht meinte, die Urheber dieses Planes würden sich mit dem Ersatzmittel einer gemischten Deputation der städtischen Kollegien zufrieden geben. Scheinbar gab ja der Ausbruch des Aufstandes am Nachmittage des 18. März den Befürchtungen Minutolis Recht: in Wirklichkeit besteht indeß zwischen dem Vorhaben Woenigers und dem Ausbruche des Aufstandes nicht der geringste Zusammenhang. Immerhin hatte es jetzt den Anschein, als sei Minutolis Prophezeiung erfüllt, und der König und Bodelschwingh glaubten jetzt selbst an ihre Richtigkeit, nachdem sie sie früher mit Recht bezweifelt hatten.

die Kommunalbehörden nicht sofort eine bewaffnete Schutzmannschaft verlangt?"" Er fügte hinzu, „daß von seiner Seite nicht die geringste Schwierigkeit in den Weg gelegt sein würde, da er wohl einsähe, daß die Schutzmänner sich selbst die nöthige Autorität schaffen müßten." Im Fortgange des Gesprächs machte Nobiling den Minister auf die bedenkliche Stimmung im Volke aufmerksam: das Vertrauen auf die Regierung, ja sogar die unbedingte Treue und Ehrfurcht gegen das Königshaus sei geschwunden; alle Wohlmeinenden ohne Ausnahme hegten die Ansicht, „das, was noch irgend zu retten sei, müsse augenblicklich gerettet werden."

„Der Minister gab", so fährt Nobiling wörtlich fort, „eine Aufregung zu, wollte sie aber einestheils nicht für so allgemein halten, besonders nicht in den Kern des Volkes eingedrungen; sie würde vielmehr nur von einer kleinen Partei genährt und unterhalten, welche die Massen für ihre Zwecke ausbeuten wolle. Er müsse noch einmal sagen, daß eine besondere politische Verstimmung in der besitzenden Bürgerschaft nicht vorhanden sein könne. Bedenklich sei es allerdings, daß in diesen Tagen der Aufregung gar keine Vergehen gegen das Eigenthum vorgekommen seien, wenn auch die große Masse politisch nicht gefährlich wäre . . .

„Ich erlaubte mir darauf zu erwidern: Seine Exzellenz möge sich um Alles in der Welt nicht dem Gedanken hingeben, daß die allgemeine Aufregung nicht vorhanden oder nur erkünstelt sei. Gerade im Bürgerstande in allen seinen Abstufungen sei durch die Maßnahmen der Regierung eine große Verstimmung eingekehrt, und das alte Vertrauen sei völlig in Mißtrauen umgewandelt. Wenn sich diese Unzufriedenheit nicht in verständiger, klarer Weise Luft mache, wenn die verschiedensten und ungehörigsten Ansichten und Wünsche eingemengt würden, z. B. wenn das Religiöse in die politische Frage hineingezogen würde, so läge das an der geringen politischen Ausbildung des Bürgerstandes . . ."

Nobiling verwies darauf, daß die Berliner Kommunalbehörden schon vor Jahr und Tag mit Einstimmigkeit gegen die Maßnahmen der Regierung in religiöser Hinsicht protestirt hatten. „Der Minister unterbrach mich hierbei mit besonderer Lebhaftigkeit, indem er ausrief: „„Wenn ich Ihnen Alles zugebe, so ist dies nicht richtig, hier sind die Kommunalbehörden nicht der Ausdruck der Mehrzahl des Volkes gewesen.""

„Ich entgegnete darauf ebenso entschieden, daß diese meine Meinung auf die sicherste Wahrnehmung gegründet sei. Gerade

hierin habe eine ganz unerwartete Erscheinung stattgefunden, indem bei anscheinend ganz rationaler Richtung oder Gleichgiltigkeit sich ein protestantisches Bewußtsein von ganz überraschender Stärke herausgestellt habe. Die Maßnahmen des geistlichen Ministeriums würden, wie man sehr gut wisse, auch in vielen höheren Kreisen nicht gebilligt, und gerade in dem Bürgerstande sei dadurch schon seit ein paar Jahren Mißtrauen und die höchste Gereiztheit hervorgerufen."

Das Gespräch nahm darauf eine Wendung nach der politischen Seite hin. Nobiling erzählt Bodelschwingh, es sei heute im Magistratskollegium der Antrag gestellt worden, den König um die Entlassung der mißliebigen Minister Eichhorn und Thiele zu bitten; der Antrag sei jedoch mit zwölf gegen zwölf Stimmen gefallen, wobei die Stimme des Oberbürgermeisters, als des Vorsitzenden, den Ausschlag für die Ablehnung gegeben habe. Zu Nobilings abermaligem Erstaunen nahm der Minister die Sache ohne alles Befremden auf und sagte ganz ruhig, „daß es ja sehr gut gewesen wäre, wenn der Magistrat den gedachten Schritt gethan hätte"; als Nobiling weiter von der Nothwendigkeit einer durchgreifenden Reform sprach, erwiderte Bodelschwingh:

„„Seien Sie unbesorgt, es wird Alles geschehen, was man nur irgend wünschen kann. Ja, ich sage Ihnen, es wird mehr geschehen, als Sie irgend erwarten.

„„Nach den Wiener Ereignissen werden Sie selbst einsehen, — geht es auch hier nicht so weiter. — Die Männer werden dem neuen System nicht im Wege stehen, und auch ich gewiß nicht.""

„Als ich darauf erwiderte", so schließt Nobiling seinen Bericht über diese denkwürdige Audienz, „daß die allgemeine Stimme nur gegen die Herren von Thiele und Eichhorn gerichtet sei, fiel mir der Minister ins Wort und rief aus: „„Nein! Nein! Nehmen Sie auch meine Person hinzu!"" . . .

„Der Minister entließ mich mit der Versicherung, daß das zu Gewährende in der kürzesten Zeit erfolgen würde.

„Als ich Herrn von Bodelschwingh im Jahre 1849 bei Gelegenheit der Kaiserdeputation im Hotel du Nord bei dem alten Arndt wiedersah und ihn an diese Unterredung erinnerte, war er wieder Feuer und Flamme, sprach sich sehr entschieden über die damalige wie heutige Unentschlossenheit des Königs aus, über den Grafen Arnim und die militärischerseits begangenen Fehler . . .

„Ganz kurze Zeit nachher erfolgten seinerseits die bekannten Aeußerungen in der Kammer über die Märzereignisse, die im vollständigen Widerspruch mit dem oben Angeführten standen."

Man erkennt aus den eben angeführten Zeugnissen, welches Gewicht den späteren Bemühungen Bodelschwinghs beizumessen ist, das Patent vom 18. März als durch den Schrecken vor der Revolution abgedrungen hinzustellen. War ich durch Kombination schon früher zu dem Ergebnisse gelangt, daß Bodelschwingh in diesem Punkte in der Folgezeit die Wahrheit zu verschleiern suchte, so erscheint es jetzt als über allen Zweifel erhaben, daß sich die späteren Aeußerungen Bodelschwinghs über die Märzrevolution keineswegs mit der Ansicht decken, die er damals von der Lage der Dinge hegte. Ich habe dafür im Archiv noch manche Belege gefunden, von denen ich hier zwei wiedergebe, beide aus den Prittwitz-Nobilingschen Exzerpten:

„Die bekannte Aeußerung, welche Bodelschwingh dem russischen Gesandten Meyendorff gemacht habe, er könne getrost nach Petersburg schreiben, in Berlin sei die Sache abgemacht, welche Bodelschwingh später entschieden in Abrede gestellt hat, will der General von Benckendorff als in seiner Gegenwart gethan gehört haben" . . .[16])

„Die Neue Preußische Zeitung vom 19. Januar 1849[17]) sagt: der Minister von Bodelschwingh sei durch viele Meldungen zur Ueberzeugung gelangt, daß, nachdem Oesterreich gefallen wäre, man Preußen, den letzten Hort Deutschlands (was heißt das?? [Anm. Nobilings]), demüthigen wolle. Er glaube nicht, den Gang der Begebenheiten meistern zu können, unsere tapfere Armee würde aber ihrer Herr werden, wenn man ihre Kräfte gebrauchen wolle."

Diese Auslassung kommentirt Nobiling mit den Worten:

„Ist augenscheinlich falsch und hinterher gemacht, steht in vollstem Widerspruche mit dem damaligen Reden und Handeln des Ministers, stimmt aber dagegen mit den Ansichten überein, welche im Jahre 1849 über die sogenannte Revolution verbreitet worden sind." — —

---

[16]) Vergl. dazu L. von Gerlach, Denkwürdigkeiten 1, 266 und R. Koser, Histor. Zeitschr. 83, S. 76 Anm. 4. Durch das oben mitgetheilte Zeugniß erscheint es jetzt als unzweifelhaft festgestellt, daß Bodelschwingh die später von ihm desavouirte Aeußerung thatsächlich gethan hat.

[17]) Gemeint ist der von Bodelschwingh selbst „Im November 1848" verfaßte Aufsatz, neu abgedruckt bei Diest, a. O. S. 28.

Ueber die Haltung des Königs und über die Vorgänge im Schlosse vor dem Mittage des 18. März geben wir aus dem Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte folgende Berichte:

Aufzeichnung von Prittwitz.

„Kurze Zeit nach den Märztagen sollte der damalige Rittmeister von Manteuffel, Adjutant des Prinzen Albrecht, nach Petersburg geschickt werden. Der König befahl demselben hierbei, dem Kaiser die volle Wahrheit zu sagen. Während des Gespräches hierüber führte der König noch an, daß er bereits am 14. März den Ministern gesagt habe: „„Es ist nothwendig, daß ich Berlin verlasse; die ganze Bewegung ist dahin gerichtet, mich zu falschen Maßregeln und Konzessionen zu bringen; befinde ich mich in Potsdam, so habe ich Ruhe und Zeit, alles Erforderliche in Ueberlegung zu nehmen, und die Berliner Emissaire haben einen Stich ins Wasser gethan, wenn sie die Stadt zum Aufstande bringen. Meine Person ist das allein Entscheidende, und sie muß deshalb von dem Heerde der Bewegungen entfernt sein."" Der König fuhr fort: „„Die Minister hätten darauf angedeutet, daß dieser Vorschlag wie eine Art Feigheit aussähe, und so hörten natürlich von meiner Seite alle weiteren Raisonnements auf, und ich blieb in Berlin, aber das ist der erste Fehler in der Behandlung der ganzen Angelegenheit gewesen.""

„Da wir [Prittwitz] unsererseits Seine Majestät, was Tag, Ort und Stunde betrifft, nicht für einen klassischen Geschichtserzähler halten, so müssen wir unentschieden lassen, ob die Flugschrift signatura temporis Recht oder Unrecht hat, wenn sie diese Absicht dem Könige erst am 16. März beilegt."[18])

Aufzeichnung des Hauptmanns von Bergh.[19])
(Zum 18. März):

„Es geht daraus hervor, daß der Fürst Lynar den Prinzen (von Preußen) hatte bewegen wollen, Konzessionen zu machen, wogegen von Bergh nur im Festhalten (woran denn??) Heil und Rettung habe sehen wollen.

[18]) In ähnlicher Weise hat sich der König Gerlach gegenüber ausgesprochen, doch diesem gegenüber den 15. oder 16. als den Tag bezeichnet, an dem er Berlin verlassen wollte (vergl. Gerlach I, 133). Also scheint Prittwitz mit seinem Widerspruche gegen das im Texte angegebene Datum Recht zu haben. Vergl. auch „Deutschland" u. s. w. S. 172.

[19]) Die oben im Texte befindliche verkürzte Fassung des Berichtes von Berghs rührt, wie in ähnlichen Fällen, von Nobiling her.

„General von Wussow habe ferner auf die Frage von Berghs, wie der Prinz am Rheine empfangen werden würde, geantwortet: Es komme ganz darauf an, ob der Prinz umfassende Bewilligungen mitbrächte. Geschähe dies nicht, so möchte derselbe lieber fortbleiben. Jetzt gilt es vor Allem, die Zeichen der Zeit zu verstehen, solch eine Bewegung sei nicht durch Bajonette niederzuhalten. Wähle man dagegen das rechte Wort, so würde Preußen sofort an der Spitze stehen.

„Auf den Einwand von Berghs, ob er glaube, daß in jetziger Zeit durch Konzessionen etwas zu erreichen sei, erwiderte der General, er sei erst seit wenigen Stunden in Berlin und habe dennoch bereits die Ueberzeugung gewonnen, daß hier eine seltsame Verblendung herrsche, und daß er mit seinen abweichenden Ansichten vielfach Anstoß erregen werde; indeß würden alle die, welche sich dem rollenden Rade entgegenwerfen wollten, wie Rohr zerknickt oder zermalmt werden. Seine Hoffnung sei auf den König gestellt, den er entschlossen gefunden habe, trotz allen Widerspruchs die eigenen Wege zu gehen.

„Major von Vincke, mit dem Fürsten von Hohenlohe aus Schlesien angekommen, habe ebenfalls auf den Prinzen [von Preußen] eingedrängt, der ihm Ruhe! Ruhe! Ruhe! entgegenrief, worauf Vincke in das Palais eintrat und zur Frau Prinzessin eilte . . .

„Der Fürst Lichnowski hatte mich [Bergh] aufgesucht, um den Prinzen von Preußen zu sprechen, und hatte eine Proklamation drucken lassen, welche, mit fetter Schrift gedruckt, die Ueberschrift trug: „„Es lebe der konstitutionelle Kaiser!""

„Der Fürst, der überaus aufgeregt war, wurde sehr derb zurückgewiesen."

Aufzeichnung des Rittmeisters von Manteuffel zum Mittage des 18. März (wörtlich):

„Als der König die Zusicherungen gegeben hatte, waren in der Halle, bis auf wenige Ausnahmen, alle Gesichter freudestrahlend. „„Jetzt ist eine neue Aera angebrochen; der König hat sich an die Spitze von Deutschland gestellt!"" 2c. 2c.

„Erinnerlich ist mir nur, daß der Minister Graf Stolberg mir krampfhaft die Hand drückte und der Ober-Stallmeister von Brandenstein sehr schwarz sah. Der König trat auf den Balkon!

„General von Tümpling fragte mich, weshalb ich so ernst aussähe? Ich antwortete, es würde mir schwer, vom Hause Hohenzollern Abschied zu nehmen. Der General erwiderte, er begriffe mich nicht, Preußen habe ja alles erreicht 2c. 2c. Ich entgegnete: Wenn ein König der Emeute Konzessionen mache, so koste das die Krone, und die Monarchie ginge zu Grunde. Der General sagte darauf: auf die Art sei mit mir nicht zu sprechen.

„Ich ging zum Prinzen Albrecht von Preußen in das Palais des Prinzen von Preußen 2c.

„Ich halte die Aeußerung der in der Halle des Schlosses versammelten Personen und speziell die Worte der Generale von Pfuel und von Tümpling, sowie den krampfhaften Händedruck des Grafen Stolberg für wichtig, weil sie bezeichnen, daß die ganze Umgebung des Königs in Illusionen befangen oder bereits in ihrem Innern geknickt war, ehe der Kampf selbst begann. Als dies geschah, lebten die wenigen Letzteren [d. h. die altpreußische Partei] zwar wieder auf, die Ersteren handelten aber fortwährend unter dem Eindrucke, daß wo möglich Vermittlungen stattfinden müßten, um die Träume vom Vormittage nicht zu gefährden. Dieser letzteren Stimmung schreibe ich zum großen Theile die Haltung vieler Personen und die Rathschläge zu, welche dem Könige gegeben wurden, und in ihnen allein sehe ich den Grund zu der Theilnahme, welche einzelnen Deputationen in den Vorzimmern gezeigt wurde.“

II.

Ausbruch und Verlauf des Barrikadenkampfes am Nachmittag und Abend des 18. März.

Ueber den Tumult auf dem Schloßplatze und den Ausbruch des Barrikadenkampfes geben wir hier einige Aufzeichnungen, und zwar zunächst ein Exzerpt Nobilings aus dem Prittwitzschen Buche:

„General von Pfuel mischte sich in die Volksmenge, dieselbe zu beschwichtigen suchend, und begab sich darauf in seine Wohnung. Deshalb (und weil, wie es scheint, die Reaktionspartei einen Zusammenstoß wünschte) wurde General von Prittwitz[20]) zum Truppenbefehlshaber ernannt und erhielt vom Könige den Befehl, dem Skandal auf dem Schloßplatze (von einem solchen erzählt und weiß Niemand [?]) ein Ende zu machen, durch Herumreiten mit der

[20]) Prittwitz befand sich gerade in der Kommandantur.

Kavallerie im Schritt. Der General gehorchte und glaubte, aufsteigende Bedenken unterdrücken zu müssen.

„(Aus einer Anmerkung geht hervor, daß General von Rauch, Graf Stolberg und Graf Alvensleben, welcher Letztere die Ernennung des Generals von Prittwitz durchgesetzt hatte, ein Einschreiten wollten).“

Aus dem weiteren Berichte des Generals von Prittwitz ist zu entnehmen, daß das Anrücken der drei Kompagnien des Kaiser Franz-Grenadier-Regimentes, die zur Unterstützung der von Prittwitz geführten Dragoner aus dem Portale Nr. II des Schlosses debouchirten, ohne Wissen und Willen des Generals erfolgte. Das Erscheinen der Infanterie war Prittwitz sehr unangenehm; er gab seinen Unwillen darüber durch Zuwinken mit der Hand zu erkennen; darauf wurde ihm vom Volke ein Hurrah gebracht. — —

Von dem Schützenzuge der ersten Kompagnie des Kaiser Franz-Regimentes fielen aus Versehen jene Schüsse, die bei den Berlinern den irrigen Glauben erweckten, es werde auf sie geschossen, sie in die höchste Wuth und Erbitterung versetzten und so das Signal zum Ausbruche des Aufstandes gaben. Darüber und über die näheren Umstände, sowie über den Verlauf des Barrikadenkampfes orientiren uns die Mittheilungen Minutolis und Nobilings, von denen wir die des Ersteren hier wörtlich anführen:

[Minutoli]: „Man hat mir den Vorwurf gemacht, daß man Tausende von französischen oder polnischen Emissairen in Berlin geduldet und solche nicht vor dem 18. März ausgewiesen hätte, da durch diese allein der längst und vollständig vorbereitete Barrikadenkampf geleitet worden wäre. Hierauf bemerke ich, daß allerdings viele Fremde, und namentlich Polen, damals in Berlin sich aufhielten. Die Fremden-Controlle in den Gasthöfen wurde mit Strenge gehandhabt. Revolutionsmacher wohnen aber nicht in Hotels, sondern in Kneipen, bei Studenten, Handlungscommis und liederlichen Dirnen, und polizeiliche oder außeramtliche Meldungen über dergleichen verdächtige Fremde habe ich nicht erhalten; eine entsprechende Besichtigung der kleinen meublirten Wohnungen war in Ermangelung des dazu nothwendigen Beamtenpersonales unausführbar. Mit den wegen des Polen-Prozesses anwesenden Polen sollte in Folge hoher Verwendung mit großer Schonung verfahren werden . . .

„Wenn auch von den anwesenden Fremden eine Anzahl, namentlich Polen, sich beim Kampfe betheiligt haben, so bestreite

ich, bis daß der Gegenbeweis bis zur Wahrscheinlichkeit geführt sein wird, daß Tausende oder viele Hunderte von Franzosen und Polen, um einen Straßenkampf zu organisiren, nach Berlin gekommen sind.[21]) Ich zweifele, daß die französische Revolution viele deutschsprechende Franzosen nach Berlin gespieen hatte, ebenso wie ich zweifle, daß sich das Berliner Volk bei solchen Veranlassungen von Ausländern leiten lassen wird, welche der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Ebenso gehört es in den Bereich der Mährchen, daß in der Breiten- und Königstraße die Wände der Häuser schon vor dem Kampfe durchgeschlagen, die Treppen mit Rasenstücken belegt, die Häuser abgedeckt und die Böden mit Steinen angefüllt gewesen wären[22]), weil darüber von den gutgesinnten Hausbewohnern oder Nachbarn mir doch irgend eine Nachricht zugekommen sein würde, umsomehr, da seit dem 13. März von Tage zu Tage die Aengstlichkeit des einen Theiles der Bewohner Berlins mit der Erbitterung des andern Theiles in gleichem Maße zugenommen hatte.

„Die verhängnißvollen Schüsse, von denen ich annahm, daß sie aus dem beim Portale des Schlosses Nr. I aufgestellten Volkshaufen gefallen wären, ergaben sich nach der Wahrnehmung der Prinzen von Preußen und Carl und durch die Aussage der betreffenden Soldaten aus Militärgewehren absichtlich[23]) entladen und sind von einem Theile Böswilliger als ein unerwartetes Signal

[21]) Zur Unterstützung dieser Ausführungen Minutolis geben wir hier die folgende Stelle aus Nobilings eigenen Papieren wieder: „Dieselben (die Polen) verlangten am 20. März Nachmittags zu ihrer Bewaffnung 60, sage sechzig Säbel, schwerlich weniger, als Personen vorhanden waren. Später als die sogenannte Polnische Legion sich durch Leute aus anderen Provinzen verstärkte, die es übrigens angemessen fanden, auf ihrer Wache deutsch und nicht polnisch zu sprechen, verlangte und erhielt man noch 80 Säbel, also im Ganzen 140 ... Die Zahl der am 20. März in Berlin befindlichen waffenfähigen Polen betrug daher höchstens 60 Mann, wobei noch überdies die aus dem Gefängniß Entlassenen, wie z. B. Mieroslawski, mitgerechnet sind. Und diese hätten eine Revolution in Berlin hervorgebracht!" Minutolis eigene Angaben im Texte sind übrigens die beste Widerlegung der alarmirenden Meldungen über ausländische Emissäre und über Attentatspläne gegen das Schloß, die Minutoli in den Märztagen selbst erstattete.

[22]) Vergl. „Deutschland" u. s. w. Nr. 136 f., wo ich mich in demselben Sinne ausgesprochen habe.

[23]) Hier liegt ein offenbarer Schreibfehler vor; es muß natürlich heißen: unabsichtlich.

benutzt worden, um den Ruf nach Verrath durch die Stadt zu verbreiten. Diese Niederträchtigkeit hat damals meiner Ansicht nach allerdings in der Verabredung einer kleinen Zahl Böswilliger, aber nicht in einem großartig angelegten Verschwörungsplan gelegen. Die schnelle Verbreitung des Gerüchtes und die sich daran knüpfenden Folgen erklären sich allein durch das seit dem 12. täglich genährte Mißtrauen und durch die aufs Höchste gestiegene beklagenswerthe gegenseitige Erbitterung zwischen Militär und Zivil und endlich durch die aufgeregten, durch die Nachrichten aus dem Westen, ganz besonders durch die Kunde von Wien wahrhaft elektrisirten Massen. An dieser Erbitterung hatten beide Theile Schuld. Auf der einen Seite war man mißtrauisch und beklagte sich über Mißhandlungen und Verwundungen, die angeblich aus Uebermuth hervorgegangen, auf der anderen Seite waren die Truppen durch das stete Konsigniren ermüdet und durch fortgesetzte Neckereien gereizt."

Die vorstehende Schilderung Minutolis von dem plötzlichen Ausbruche des Aufstandes unter dem Eindrucke des Ingrimms, von dem die Berliner Bürgerschaft gegen das Militär erfüllt war, wird bestätigt und ergänzt durch die Erinnerungen Nobilings. Nobiling beschreibt die Haltung der in der Nähe des Schlosses versammelten Menge, unmittelbar nachdem die erwähnten Schüsse gefallen waren. Die Wuth der hier anwesenden Bürger war so groß, daß sie sich, wiewohl unbewaffnet, am liebsten sogleich auf das Militär gestürzt hätten. Nobiling griff vermittelnd zwischen ihnen und dem unter den Befehlen des Major von Falkenstein und des Hauptmann von Plessen stehenden Militär ein. „Es war dies ein schwerer Moment für mich; allein ich bilde mir ein, etwas Besonderes damit geleistet zu haben. Nach beiderseitigem Zeugnisse würde ohne mein Einschreiten hier schon ein Zusammenstoß, und zwar in der furchtbarsten Weise, stattgefunden haben. Die Wuth der unbewaffneten Bürger war unbeschreiblich; sie waren drauf und dran, mit den Händen in die Gewehre zu greifen. Unter ihnen befanden sich keine solche Gestalten, wie sie ein paar Stunden später zu sehen waren. Alle gehörten den besten Ständen an; die Mehrzahl war eben erst als Schutzmänner thätig gewesen. Noch jetzt kenne ich viele von ihnen als ruhige, friedliche Männer und ausgezeichnete Bürger, einige sind Mitstifter des Treubundes." Nachdem Nobiling hier die Ruhe einigermaßen hergestellt hatte, begab er sich in den kleinen Schloßhof; hier war eben ein Handwagen mit Abzügen des Patentes betreffs beschleunigter Einberufung des Vereinigten Land-

tages angelangt. Die Proklamation wurde vertheilt und vorgelesen. „Das laute Verlesen ergriff alle mächtig; Mehrere, u. A. der General von Etzel, weinten vor Freude. Alle glaubten die Bestimmung Preußens, Deutschland zu sich heranzuziehen, die Politik nicht allein des heutigen Tages, sondern des großen Kurfürsten und des großen Friedrich würde nun erfüllt werden. Vierundzwanzig Stunden früher, und unser Stern stand hoch am Himmel.

„Diese Begeisterung währte indessen nicht lange. Es erschienen Männer und Deputationen aus den verschiedensten Stadtgegenden und schilderten die Folgen des unglücklichen Ereignisses der vorigen Stunde. In der Stadt glaubte man sich verrathen; die Bürger selbst wollten zu ihrem Schutze Barrikaden bauen; auf das Dringendste wurde um die Zurücknahme der Soldaten von den Straßen in die Kasernen gebeten.

„Die Zahl und Autorität dieser Männer aus allen Klassen wuchs immer mehr an; sie gingen in ununterbrochener Folge zum Könige hinauf, ohne ihren Zweck zu erreichen. Auch ich ging einmal mit und unterstützte das Gesuch nach Kräften. Die für mich persönlich sehr gnädige Antwort war aber auch, daß dem Ermessen der Generale alles Weitere überlassen bleiben müsse.“ [24])

Nobiling erzählt nun weiter, wie er zu den Barrikaden an der Ecke der Post- und Königstraße ging, um hier durch Verlesung der königlichen Proklamation Frieden zu stiften. Die Leiter der meist aus Arbeitern bestehenden Barrikadenkämpfer gehörten den höheren Ständen an. Nobiling las die Proklamation vor, fand jedoch keinen Glauben. Man rief ihm zu, „ich müßte doch selbst einsehen, nachdem alle Tage Bürgerblut geflossen sei, wie solle man nun einer Proklamation trauen! Als ich aber nicht abließ, wurden mir die Blätter entrissen und mit Füßen getreten. Man packte mich an und wollte mich [sc. von der Barrikade] herunterreißen. Da traten aber meine Freunde, die Arbeiter, ins Mittel und machten mich frei, fuhren aber dann ruhig fort im Aufreißen des Steinpflasters. Ein noch heute angesehener und sehr reicher Bürger legte seine Büchse auf mich an. Man warnte mich, und ich rief

[24]) Man kann nach diesem Bescheide, den der König Nobiling ertheilte, den Werth der Erzählung bemessen, es habe dem Könige jeder Befehl zum militärischen Vorgehen mit Mühe und Noth abgedrängt werden müssen. Meinecke (Histor. Zeitschrift S. 43 f.) hat neuerdings in diesem Punkte die Tradition zu retten versucht; wir werden darauf an anderer Stelle antworten.



aus: „„Laßt ihn zum Teufel schießen."" Da kam ein Arbeiter und schlug ihm die Büchse ziemlich unsanft vom Kopfe.

„Am 8. April spät Abends im Schloßhofe trat ein Mann der Bürgerwehr zu mir heran und gab sich unter vielen Entschuldigungen als der zu erkennen, welcher am 18. mich habe erschießen wollen. Da damals der Glauben an Emissaire aufgetaucht war, sagte ich, ich bäte ihn als eine Genugthuung die Sache dem General von Aschoff zu erzählen. Dies geschah, und setzte er dem General auseinander, wie er damals ganz von Sinnen gewesen sei."

Nicht besser erging es Nobiling mit Beschwichtigungsversuchen, die er darnach bei der Barrikade am Cöllnischen Rathhause anstellte. Alles war von der Kunde, Hunderte von Bürgern seien auf dem Schloßplatze getödtet und verwundet worden, ganz fanatisirt. „Mein Widerspruch als Augenzeuge wurde mit Drohungen und Verwünschungen zu nichte gemacht. Und dies geschah an einem Orte, der nur einige Hundert Schritte vom Schloßplatz entfernt war." Aehnliche erfolglose Versuche zur Beruhigung der Volksmassen unternahmen der designirte Ministerpräsident Graf Arnim zu Pferde, der Polizeipräsident von Minutoli und der Geheime Legationsrath Heinrich von Arnim. Nobiling hebt ausdrücklich hervor, er habe sowohl bei den Barrikaden auf der Königstraße, als auch bei der am Cöllnischen Rathhause „auch nicht einen Laut vernommen, der auf einen politischen Gedanken hätte schließen lassen", d. h. die Tendenz des Aufstandes war unmittelbar nicht politischer Natur, sondern lediglich gegen das Militär gerichtet. Nobiling begab sich nunmehr nach dem Schloßhofe zurück. „Auf dem Schloßplatze fand ich den Gouverneur von Pfuel, dem ich berichten wollte. Derselbe erwiderte mir aber, daß ihm der Befehl genommen sei, was übrigens ganz gerechtfertigt erschien, da der sonst so bedeutende Mann körperlich wenigstens nicht mehr fähig schien, ein solches Kommando zu führen." In dem Kampfe, der sich Nachmittags in der Königstadt abspielte, wurden circa 100 Gefangene gemacht, meist zerlumpte Gestalten. Sie wurden nach dem Schloßhofe gebracht. „Das Aussehen und die Beschaffenheit dieser Gefangenen hatte insofern einen folgenschweren Einfluß, als sowohl der König, der sie sah, wie auch die anderen im Schlosse anwesenden höheren Personen die ganze Bewegung nach diesen Gefangenen abzumessen schienen." Durch die Poststraße bei der Nicolaikirche vorbei, wo einige Barrikaden standen, die nicht von Bedeutung und von Vertheidigern durchaus entblößt waren, gelangte Nobiling

alsdann in die Probststraße. „Es herrschte eine große Erbitterung unter den Bürgern und Bewohnern der Straße, die von jüdischen und christlichen aber heimischen Enragés noch mehr angefacht wurde." Auch hier erwies sich Nobilings Parlamentiren als vergeblich. Am Abend begab sich Nobiling nach dem Rathhause auf der Königstraße. wo sich der folgende für die Legende von der Anwesenheit französischer Emissaire bemerkenswerthe Vorfall ereignete:

„Während ich mich hier befand, ward von einem Posten ein Mensch aufgegriffen, der nur französisch sprach, — für die erbitterten Grenadiere genügend, ihn sofort niederstoßen zu wollen, was ich denn doch verhinderte. Der Hauptmann von St. Paul vernahm ihn selbst, und sagte er aus, er sei Friseur und hätte geglaubt, da jetzt alles ruhig wäre, in das Haus seines Herrn zurückkehren zu können. Bei der Durchsuchung fand sich nicht das geringste Verdächtige; überhaupt erschien der Mensch, der in einem Frack gekleidet war, nichts weniger als gefährlich.

„Es geschah ihm natürlich kein Leides, doch wurde er nach dem Schlosse geschickt und ist der einzige Franzose, welcher in der Liste der Gefangenen figurirt. Die Märztage vom militärischen Standpunkte (des Obersten von Schulz) referiren falsch, daß dieser Franzose im Cöllnischen Rathhause gefangen worden ei."[25]) — —

Ueber die Vorgänge, die sich am Nachmittage des 18. März im Schlosse abspielten, enthält das Prittwitz-Nobilingsche Manuskript reichhaltige Angaben, und zwar zunächst über die verschiedenen Deputationen, die den König um Zurückziehung des gegen die Barrikaden vorgeschickten Militärs baten. Um 3 Uhr Nachmittags erschienen der Rektor und die Dekane der Universität, darunter der Physiker Magnus, in Amtstracht, um beim Könige eben dieses Gesuch vorzutragen. Prittwitz bemerkt, etwas Näheres über die Verhandlungen mit ihnen nicht zu wissen.[26]) Im Laufe des Nachmittags hatten sich der Kaufmann Eschwege und andere Mitglieder der benachbarten Schutzkommissionen in der Wohnung des Oberbürgermeisters Krausnick eingestellt, um diesen zu ersuchen, den

[25]) Darnach ist meine Bemerkung in „Deutschland" u. s. w. S. 124 Anm. 3 („Ein, wie es scheint, sicherer Fall eines fremden Revolutionärs) zu korrigiren.

[26]) Vergl. dazu ebd. S. 155.

König um Abzug der Truppen zu bitten, da die Schutzkommissionen im Stande sein würden, allein die Ruhe aufrecht zu erhalten. Krausnick erklärte sich dazu bereit und forderte sie auf, ihrerseits nach Kräften ihre Pflicht zu thun. In Begleitung einiger anderer Mitglieder der städtischen Kollegien, des Stadtverordnetenvorstehers Fournier, sowie der Stadtverordneten Schäffer und Schauß begab sich der Oberbürgermeister nach dem Schlosse. Sie erhielten Audienz in der Vorhalle, in der sogenannten Bibliothek; hier waren der König und die königlichen Prinzen mit ihrer unmittelbaren Umgebung versammelt. Prittwitz setzt den Zeitpunkt dieser Audienz auf circa 5 Uhr; Nobiling wendet dagegen ein, es müsse früher gewesen sein. Prittwitz giebt den Inhalt der Verhandlungen und die Rede, die der König dabei hielt, nach den Berichten dreier Augenzeugen, nämlich des damaligen Rittmeisters von Manteuffel, des Hauptmanns von Bergh und des Oberbürgermeisters Krausnick, wieder. Der Manteuffelsche Bericht ist im Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte wörtlich enthalten; er lautet:

„Die Deputation bestand aus ungefähr fünf oder sechs Personen und wurde in der Bibliothek empfangen, die wie gewöhnlich von einer Unzahl nicht dahin gehöriger Leute angefüllt war. Sie hatte in einem ziemlich impertinenten Tone über das Benehmen der Truppen auf dem Schloßplatze geklagt und die sofortige Zurückziehung derselben verlangt.

„Der König wies Klage und Forderung bestimmt zurück und sagte dann: Die Herren möchten sich die Verhältnisse klar machen und sie mit Ruhe und Vernunft betrachten. Es handele sich gar nicht um die Ereignisse des heutigen Tages allein, man müsse weiter zurückgehen. Seit dem Ausbruche der Revolution in Paris sei eine fieberhafte Stimmung in allen Gemüthern, man möchte fast sagen, es läge etwas Contagieuses in der Sache; die ruhigsten Leute verlören den klaren Blick, so auch jetzt in Preußen.

„Der König fuhr dann fort: „„Während Ich in den wichtigsten Entschlüssen über die Zukunft Preußens und Deutschlands beschäftigt bin, zieht man Mich durch Nebendinge fortwährend ab. So habe Ich gerade jetzt die wichtigsten Vorbereitungen zu dem Fürstenkongresse zu treffen, der in Dresden stattfinden soll, weil er in Potsdam nicht mehr zulässig ist,[27]) und seit heute Vormittag läßt

[27]) Das ist natürlich eine Verwechselung im Manuskripte; der Kongreß wurde vielmehr von Dresden nach Potsdam verlegt.



man Mir keinen Augenblick Zeit dazu; es ist wirklich, um die Geduld zu verlieren. Endlich bin Ich so weit gelangt, die Grundzüge des Ueberganges zu dem Konstitutionalismus proklamiren zu können, und kaum habe Ich das gethan, so wird es nur um so ärger.

„„Ich will Ihnen sagen, wie alles gekommen ist. Nachdem Meine Proklamation veröffentlicht worden war, haben Meine Bürger den Schloßplatz angefüllt und verlangt, Mich zu sehen. Ich bin auf den Balkon getreten, habe ihren Dank entgegengenommen und sie aufgefordert, ruhig nach Hause zu gehen. Willig haben sie dies gethan. Ein halbe Stunde darauf war der Platz wieder voller Menschen, und dieselbe Szene wiederholte sich; auch hier ist man Meinem Wunsche sogleich nachgekommen und ruhig nach Hause gegangen. Nun hat sich aber der Platz von Neuem gefüllt und diesmal mit ganz anderen Gestalten. Keine Bürger, keine dankbaren Gesichter waren zu sehen, sondern ein tobender Pöbelhaufe war da, der ohne alle Veranlassung das Gebrüll „Militär zurück!“ erhob; in das Schloß hat man mit Gewalt eindringen wollen, und nur dadurch, daß Meine Soldaten die Eingänge gefüllt und mit Ruhe dem Andrängen Widerstand geleistet, ist den gröbsten Exzessen vorgebeugt worden.

„Der Zustand war aber nicht länger zu dulden, und Ich habe daher befohlen, daß eine Schwadron Dragoner im Schritt und mit eingestecktem Gewehr den Schloßplatz säubern solle. Dies ist geschehen, aber die Massen sind von Neuem vorgedrungen, und so ist Infanterie aus dem Schloßportale gegangen und hat ein Spalier gezogen. Ich habe Selbst gesehen, wie die Truppen dies mit der größten Ruhe und Ordnung ausgeführt haben.

„„Durch einen Zufall sind aber zwei Gewehre losgegangen, und darauf ist plötzlich Alles mit dem Rufe „Verrath! Verrath!“ fortgestürzt, und wie mit einem Zauberschlage ist die Stadt mit Barrikaden angefüllt gewesen. Ich habe sogleich untersuchen lassen, ob Jemand durch die Schüsse verwundet worden wäre, und habe zu meiner Freude gehört, daß dies nicht der Fall gewesen ist.““

„Hier unterbrach Herr Schauß den König und sagte in patzigem Tone: das sei nicht richtig, es seien mehrere Leute getödtet und verwundet.

„Der König wandte sich streng mit folgenden Worten zu dem Sprecher: „„Herr Schauß, wie können Sie sich unterstehen, Mir zu widersprechen, wenn Ich Ihnen erkläre, daß Ich mit eigenen

Augen die Sache gesehen. Sie sind schon heute früh, als die Deputation der Stadverordneten bei Mir war, unpassend aufgetreten. Als Ich die Versicherung aussprach, Ich wolle eine Konstitution verleihen, verlangten Sie die näheren Bedingungen zu wissen oder Garantien zu haben, und in Meiner Liebe zum Frieden und in dem Wunsche, im Einverständniß mit Meiner Residenzstadt Berlin zu handeln, habe Ich das Unpassende Ihrer Aeußerung übersehen und habe vielleicht den politischen Fehler begangen, der Deputation den Entwurf Meiner Proklamation verlesen zu lassen, und jetzt unterstehen Sie sich wieder, mir zu widersprechen.

„„Meine Herren! Machen Sie sich doch die Verhältnisse klar. Seit 8 Tagen ist Berlin mit Emissairen angefüllt. Ein Herr Rutenberg leitet die ganze Verschwörung.““

(Anmerkung des Rittmeisters von Manteuffel: Der p. Rutenberg ist mir am 14. oder 15. März von dem Polizeipräsidenten von Minotuli ebenfalls als Hauptleiter der Verschwörung genannt worden, als ich denselben im Auftrage des Prinzen Albrecht über die Lage der Verhältnisse befragen mußte, — und am 17. März Vormittags sagte der Polizeipräsident in der Halle des Königs: „„Es ist alles ruhig, aber Rutenberg ist verschwunden, und das ist wichtig. Ich will gleich fort und ihn aufsuchen.““[28])

„„Täglich hat man Mir berichtet, wie man sich bestrebt, Meine Bürger von Mir zu trennen und gegen Mich aufzuhetzen.

„„Ich habe gleich nach dem Fallen der beiden Schüsse ein großes Plakat durch die Straßen tragen und die Sache als ein Mißverständniß erklären lassen; aber es ist alles vergebens; man will gewaltsam einen Kampf herbeiführen. Lassen Sie sich doch nicht von diesem Rutenberg oder von diesen Emissairen verleiten. Unser Interesse ist ja ganz gemeinschaftlich; gegen die Ruhe und den Wohlstand Berlins ist das Wirken der Emissaire ebenso gerichtet, als gegen Mich!““

„Hier unterbrach Herr Schauß den König abermals mit den Worten: „„Es sind keine Emissaire in Berlin!““

„Der König apostrophirte denselben in festem Tone und sagte: „„Herr Schauß; Sie wissen doch so gut als Ich, daß Emissaire das Volk aufhetzen, und wenn Sie behaupten, daß dies nicht der Fall ist, so gehören Sie selbst zu diesen Emissairen.““

---

[28]) Vergl. oben S. 282, Anm. 12.



„Bei diesen Worten stürzte Schauß ohnmächtig zu Boden. Ihre Königliche Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen nahm sich seiner gnädig an, reichte ihm ein Riechfläschchen und äußerte einige ungehaltene Worte gegen den in der Nähe stehenden Hauptmann von Bergh.

„Seine Majestät der König fuhren, ohne dem Hinstürzen des v. Schauß die geringste Aufmerksamkeit zu widmen, ruhig in ihrer Rede fort und äußerten: „„Nachdem das Plakat und alle Versuche, das Mißverständniß aufzuklären, ohne allen Anklang geblieben sind, hat man begonnen, aus den Häusern der Burgstraße auf Meine Truppen zu schießen. Ich habe dies mit eigenen Augen gesehen, und Sie verlangen nun, daß Ich Meine Truppen zurückziehen soll!

„„Erinnern Sie sich, Meine Herren, was man alles verlangt hat, und was Ich alles nachgegeben habe. Auf dem Vereinigten Landtage verlangte man die Periodizität; Ich habe sie bewilligt. — Man verlangte die freie Presse; Ich habe sie gegeben. — Man verlangte eine Konstitution; Ich habe sie proklamirt. — Bei jeder dieser Bitten hat man Mir zugeschworen, es wäre das Einzige, was man wünsche, und jeder Bewilligung ist eine neue Forderung gefolgt. Jetzt verlangt man den Rückzug Meiner Truppen; und was wird man dann verlangen? Ich müßte nicht recht klug sein.

„„Meine Herren! Ich bitte Sie nochmals recht herzlich, öffnen Sie doch Ihre Augen, um zu sehen! Sie sprechen im Namen der Berliner Bürgerschaft und lassen sich mißbrauchen, die Forderungen von Aufrührern an Mich zu bringen.““

„Hier unterbrach einer der Herren Seine Majestät und sagte: „„Wir sprechen allerdings im Namen der Bürger Berlins, und wenn Ew. Majestät nicht die Gnade haben, unsern gerechten Bitten nachzugeben, so wird die ganze Stadt Partei ergreifen.““

„Der König erwiderte hierauf mit erhöhter Stimme: „„Ich will's nicht glauben, daß Meine Vaterstadt Berlin gegen ihren König aufstehen kann. Wenn sie es aber thut, so sind die Bürger Berlins Rebellen und werden als solche behandelt werden. Glauben Sie nicht, Meine Herren, daß Ich gesonnen bin, das Beispiel der meisten deutschen Fürsten nachzuahmen, und Meine Ehre und drei Viertheile Meiner Krone gegen die Straßen-Emeute zu verlieren.““

„Mit diesen Worten entließ der König die Deputation.“ [Bis hierher Manteuffel.]

Was die beiden anderen Berichte betrifft, die Prittwitz über diese Audienz mittheilt, so bemerkt Nobiling von dem des Haupt-

manns von Bergh, daß er im Wesentlichen mit dem Manteuffelschen übereinstimme, während der Krausnicksche davon namentlich hinsichtlich des Benehmens von Schauß abweiche. Nobiling meint, wer Schauß und die anderen Herren der Deputation kenne, werde von vornherein davon überzeugt sein, daß sie sich dem Könige gegenüber „weder patzig noch impertinent" betragen konnten: die Deputation habe sich freilich vielleicht nicht ganz klar und verständig gezeigt, insbesondere dem Könige gegenüber nicht zum Ausdruck gebracht, daß es sich nicht um neue Bewilligungen handle. Aus der Relation des Hauptmanns von Bergh erfahren wir noch, welcher Art die Bemerkung war, die die Prinzessin von Preußen, als Schauß zusammenbrach, zu Herrn von Bergh machte. Sie sagte zu ihm in ziemlicher Hast, „man solle nur zuerst die Prinzen Carl und Albrecht fortschaffen — was sich vermuthlich darauf bezog, daß Letztere durch eine ungeduldige Aeußerung die Rede der Deputation unterbrochen hatten, worauf sich der König umwandte und es ihnen mit den Worten verwies, daß, so lange er da sei, Niemand außer ihm das Wort zu nehmen habe." Noch ein zweites Mal wandte sich die Prinzessin zu Bergh und sagte ihm, „jetzt gelte es nicht dazustehen oder dem Prinzen nach dem Munde zu reden, sondern die Treue durch die That zu beweisen und nicht zu heucheln, wie ich dies stets gethan. Dies kam alles so unerwartet und stand so wenig in irgendwelcher Verbindung zu dem, was hier vorgegangen, daß ich in meiner tiefen Verlegenheit nur erwidern konnte, ich wisse nicht, wie ich zu solchen Vorwürfen käme, vielleicht aber werde bald der Fall eintreten, mein Leben für den Prinzen zu lassen, und würde ich dies mit Freuden thun. — Die Prinzessin war offenbar wie im Fieber und wußte nicht, was sie that." — —

Ueber die weiteren Vorgänge auf dem Schlosse am Nachmittag des 18. März fügen wir hier drei Berichte ein. Wir geben sie wieder in der Fassung des Nobilingschen Exzerpts.

a) Relation des Generals von Prittwitz:
„Weiteres auf dem Schlosse.

„Der König besichtigte die Truppen auf den Schloßhöfen, woran ihn der Graf von Arnim vergeblich sich bemüht hatte, zurückzuhalten.

„Es war eine Deputation unter Vortritt des Bischofs Neander erschienen, welche der König bei dieser Gelegenheit im Zwischenportal empfing. Dieselbe erlangte einen dreistündigen Aufschub

für den Angriff auf die Barrikade in der Nähe des cöllnischen Rathhauses unter der Bedingung, daß dieselbe niedergerissen, sowie die dreifarbige Fahne an dem d'Heureusischen Hause entfernt würde.[29])

„Als etwas weniger Bekanntes wird dabei angeführt, daß die ganze Deputation garnichts zur Erfüllung des Königlichen Willens gethan, sondern sich auf Umwegen still nach Hause begeben habe.

„Der General von Prittwitz stattet dem Könige Rapport ab und erhält die vollständige Billigung seines Planes, sich nur eines Theiles der Stadt zu bemächtigen und die Wirkung abzuwarten, welche dies auf die Bewohner ausüben würde."

b) Relation des Generals von Rauch.

„Während dieser militärischen Vorgänge war das alte Schloß nicht zu erkennen und gewährte ein höchst trauriges Bild, da die größte Aufregung und Verwirrung daselbst herrschte.

„Die Prinzessin von Preußen war in sehr aufgeregter Stimmung, im Gegensatze zu der Königin, die unendlich litt, aber mit wahrer Seelengröße ruhig und still litt.

„Ebenso war der Prinz von Lichnowsky da, mit dem der König sehr viel verkehrte."

c) Relation des Rittmeisters von Manteuffel.

„Von einflußreichen Personen wurde die Meinung ausgesprochen, der König müsse sich nach Potsdam begeben, dagegen sahen Viele, unter Anderen von Manteuffel selbst, etwas Ehrloses und Schändendes darin und sprachen dies in vorlauter Weise aus.

„Der Minister von Thile wies sie in ihr Verhältniß zurück, und Herr von Manteuffel führt, wie er sagt, zur eigenen Buße an, daß er geäußert habe: Der König sei der Nachfolger Friedrichs des Großen, und dieser würde nimmermehr fortgehen.

„General von Thile erwiderte hierauf: „„Bleiben Sie doch mit Ihren Gefühlsreden fort; erstens weiß kein Mensch, was Friedrich der Große in solchem Falle gethan haben würde, zweitens kann der König sehr gut der Nachfolger sein, ohne deshalb Friedrich der Große selbst zu sein. Die Verhältnisse sind sehr ernst, und es ist erforderlich, Maßnahmen gegen Berlin zu ergreifen, die unter den Augen des Königs auszuführen nicht einmal passend sein

---

[29]) Vergl. Rachfahl, Deutschland u. s. w. S. 147 Anm. 2.

würden, und zu denen das Herz des Königs nicht gemacht ist, sie unter seinen Augen ausführen zu lassen. Wie Alles steht, und wie die Individualität des Königs beschaffen ist, muß derselbe fort und dem kommandirenden General Befehl geben, selbständig und auf seine Verantwortlichkeit unter jeder Bedingung Berlin zur Ordnung zu bringen.""

In dem Berichte Manteuffels folgt nun ein Passus, aus welchem erhellt, daß der König entschlossen war, dem Rathe Thiles zu folgen, daß jedoch in Rücksicht auf das Befinden der Königin die Reise aufgegeben werden mußte. — —

Von großer Wichtigkeit für die Erkenntniß der Motive, die den König in seiner Haltung gegenüber dem Aufstande bestimmten, ist eine von Nobiling glossirte Aufzeichnung Manteuffels:

„Ich will die am 19. Vormittags in der Stadt noch herrschende Erbitterung nicht bestreiten, ich halte es aber für einen wesentlichen Punkt zur Beurtheilung des ganzen Verhältnisses, die Veranlassung näher zu betrachten, welche den Zustand in der Stadt, wie er am 19. Vormittags geschildert ist, möglich gemacht hat.

„Ich bin der Ansicht, daß der Unternehmungsgeist der Verschwörer, und sie saßen mitunter hoch! am 18. Abends gebrochen war.[30]) Die Leiter des Aufstandes hatten nämlich das Gelingen ihres Unternehmens auf zwei Hoffnungen gesetzt:

1. der König werde sich nicht entschließen können, Blut vergießen zu lassen;
2. die Truppen würden nicht gegen das Volk kämpfen.

„Als diese beiden Voraussetzungen fehlgeschlagen waren, gaben die Verschwörer selbst ihre Sache verloren, denn an einen Sieg im Kampfe haben sie nicht gedacht.

„Bewußt oder unbewußt hat ihnen eine Gesellschaft von Oppositionsmitgliedern des Vereinigten Landtages in die Hände gearbeitet. Diese Leute fühlten, daß, wenn der König siegreich aus dem Kampfe hervorgehe, ihre Staatstheorien und persönlichen Ambitionen wohl vorläufig beseitigt wären.

„Diese Gesellschaft soll im Hotel de Russie oder bei Meinhardt

---

[30]) Eine werthvolle Bestätigung meiner Ansicht, daß der bald zu erwähnende Bericht des Generals von Prittwitz vor dem Könige die Gefahr der Fortdauer des Kampfes übertrieb.

getagt und eine Annäherung an den König gesucht haben; in diesem Sinne soll Vincke abgeordnet sein.[31])

„So wurde erreicht, daß der König die Sache nicht mehr militärisch und als Straßen-Emeute auffaßte, sondern als eine politische Frage behandeln zu müssen glaubte. Dies ist nach meiner Ansicht das innere Motiv, welches den König zu seiner Ansprache „„An meine lieben Berliner!““ bewogen hat, und diese Ansprache hat wiederum den Leitern der Straßen-Emeute die Ueberzeugung gegeben, man beginne oben zu schwanken, hat ihren Unternehmungsgeist wieder angefacht und sie auf den Gedanken gebracht, das Volk von Neuem aufzureizen, um durch eine künstliche Erbitterung nach obenhin zu imponiren. Wäre die Ansprache des Königs nicht gekommen, bin ich der Ueberzeugung, daß am 19. Mittags die Furcht jegliche Erbitterung des Volkes überwunden haben würde.“

Dazu bemerkt Nobiling:

„Soviel Unsinn und Unwahrheit als Worte; so spricht ein Phantast, der die Gemächer des Schlosses nicht verlassen hatte. So war die Ansicht einer Partei, welche schon damals mehr russisch als preußisch jeder Veränderung nach „Vorwärts““ entgegentrat, die ihre Hoffnung auf den Kampf gesetzt hatte, um dadurch die angekündigten politischen Maßnahmen rückgängig zu machen, die den ausgebrochenen Kampf durch Aufhetzen am 16. und 18. hervorgerufen hatte, die es zuließ, daß in der Nacht vom 18. zum 19. im Schloßhofe in die mit Wehrlosen angefüllten Schloßkeller hineingeschossen wurde; welche nachher sehr kleinlaut waren, allenfalls bis auf Herrn von Manteuffel, dessen Schreiben an mich, als ich ihm 1850 die erwähnte politische Richtung auf den Kopf zugesagt hatte, charakteristisch genug ist.

„Es ist eine lächerliche Behauptung, daß durch die Proklamation [sc. „An meine lieben Berliner“] eine neue Erbitterung hervorgerufen worden ist, da dieselbe nur in der nächsten Umgebung des Schlosses ausgegeben wurde. Erst spät am Tage ist dieselbe der Beurtheilung unterworfen worden.“ — —

Ueber die von Manteuffel erwähnte Audienz Vinckes am Abende des 18. März finden sich in dem Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte Berichte von Manteuffel selbst, vom General von Gerlach und vom Hauptmann von Bergh. Theils sind sie bereits bekannt, Theils

[31]) Vergl. dazu Raveaux in Kolatscheks, Deutsche Monatsschrift I, 412 ff.

enthalten sie nichts Neues. Aus dem Berichte Manteuffels ist hervorzuheben, daß Vincke dem Könige erklärt habe, „die Truppen griffen nicht mehr aus Eifer, wie anfänglich, an, sie wären lau": daran habe Vincke die Frage geknüpft: „Was dann?"

Prittwitz bemerkt dazu (wörtlich):

„Daß das Gespräch mit Herrn von Vincke leider Gottes Einfluß gehabt haben kann, daß Seine Majestät in dem Nichtzerreißen des von Vincke, als er seine Lügen über die Truppen aussprach, vielleicht nicht den angeborenen oder eingewurzelten Respekt vor der königlichen Gegenwart, sondern in dem Schweigen der Umgebung sogar eine Bestätigung ihrer Angabe gefunden haben kann, — das wage ich nicht abzuleugnen.

„Unrichtig ist es aber, daß der König nach der Vinckeschen Unterredung Niemanden mehr gesprochen hat, denn es wurde noch soupirt, und erst 1 oder 1½ Stunde nach jener Unterredung zogen sich Seine Majestät in ihr neues Kabinet mit dem Grafen Stolberg zurück." [32]) — —

Um Mitternacht wurde Prittwitz zur Berichterstattung in das Kabinet des Königs erfordert. Seine eigene Relation darüber ist von Nobiling wörtlich wiedergegeben und glossirt worden:

„Der General meldete, daß seinem früheren Plane gemäß ein bestimmter Stadttheil eingenommen sei und das Fehlende noch in der Nacht besetzt werden würde.

„(Ist insofern nicht ganz richtig[33]), als der General mir etwa um 11 Uhr sagte, daß er von jedem Vordringen abstehen würde, wobei zu bemerken ist, daß allein die Königstraße militärisch besetzt war, die Parallel- und Seitenstraßen großentheils gar nicht oder doch nur temporär okkupirt wurden.)"

„Der General sei der Ansicht, daß der Eindruck, den diese Maßregel nothwendig auf die Bevölkerung hervorbringen müsse, abzuwarten sei.

---

[32]) Dadurch werden meine Zeitermittelungen in „Deutschland" u. s. w. S. 161 Anm. 2 bestätigt.

[33]) In der That schoben die Truppen noch nach Mitternacht in der Gegend des Dönhoffsplatzes ihre Stellungen kämpfend vor. Die eingeklammerten Stellen rühren, wie überall, von Nobiling her. Sybel hat zwar den Bericht von Prittwitz abgedruckt (Abhandl. und Vorträge S. 245 ff.), doch ohne die für dessen Beurtheilung interessanten Bemerkungen Nobilings; deshalb wiederholen wir hier das Ganze.



„(Dies ist die wahre und gewiß sehr verständige Ansicht des Generals; nur fehlte, was über seinen Gesichtskreis hinauslag, das Element einer Vermittlung und eines Klarmachen dessen, was man gegenseitig eigentlich wollte. Dies abzuhelfen, erließ der König seine Proklamation, die an sich von der Vernunft gerechtfertigt war, aber in der Art, wie sie publizirt wurde, nur zu Mißdeutungen Veranlassung geben konnte, und, da weder eine Behörde noch Personen einschritten, zu nichts führen konnte.)

„Sollte der Eindruck nicht stark genug sein, um die Stadt zur Unterwerfung zu bringen, so unterläge es keinem Zweifel, daß die eingenommene Stellung mehrere Tage lang behauptet oder vertheidigt werden könne, umsomehr, als bei einem Gefechte in der Stadt die Vertheidigung viel leichter als der Angriff sei, auch bei dem Gegner weder Ordnung noch Uebereinstimmung herrsche.

„Dagegen halte sich der General nicht stark genug, sollte die Aufregung länger als einige Tage ausdauern, die ganze Stadt, Straße um Straße zu nehmen, und zwar aus dem Grunde, weil die Erfahrung bereits gelehrt habe, daß ein siegreiches Vorgehen mit Angriffskolonnen nicht ausreiche, sondern diesen stets zahlreiche soutiens als Reserven gestellt werden müßten, um den Wiederaufbau der Barrikaden und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten im Rücken der vordringenden Truppen zu verhindern. Dazu reiche bei der Ausdehnung von Berlin die Zahl der vorhandenen Streitkräfte nicht aus. Für diesen kaum zu erwartenden Fall beabsichtige der General daher, die Truppen aus der Stadt zu ziehen, diese eng einzuschließen und allenfalls an einigen Orten zu bewerfen.

„(So vernünftig dies Alles vom militärischen Standpunkt genannt werden muß, so war dieser Standpunkt aber kein vernünftiger. Es herrschte die unglückliche Illusion vor, durchaus batailliren zu müssen. Man betrachtete vielleicht die Sache wie ein Manöver, nach dessen Beendigung Alles vergeben war, und wunderte sich hinterher, daß die ganze Volksmenge dies nicht anerkennen wollte.)

„Um sich deutlicher zu machen, nahm der General auf das Urtheil französischer Generale Bezug, führte Maisons Urtheil über Marschall Marmont im Jahre 1830 an. Er suchte zu entwickeln, weshalb der Rath richtig erscheine. Gelänge es nicht, während der ersten beiden Tage eines Aufstandes sich zum Herrn der Stadt zu machen, so sei es dann besser, die Garnison herauszuziehen, und zu einer engen Blokade verwenden.

„Er wies darauf hin, wie die Aufständischen, in ihrer Defensive durch die Oertlichkeiten und die genaue Lokalkenntniß so ungeheuer begünstigt, durch tagelange Gefechte sich an das Feuer gewöhnen, in ganz kurzer Zeit dahin gelangen könnten, die Truppen nicht mehr zu fürchten, während diese die entgegenstehenden vielfachen Hindernisse nicht ohne Schwierigkeiten und Anstrengungen zu nehmen vermöchten. Ginge diese Furcht oder dieses Ansehen einmal verloren, so würde die den Truppen allerdings noch verbleibende Ordnung und das übereinstimmende Wirken derselben doch einen schweren Stand gegen die unendliche wenn auch ungeregelte Uebermacht haben. Ferner wurde der voraussichtlichen Wirkung einer strengen Blockade gedacht.

„Der General war sich sehr wohl bewußt, daß in dem angenommenen Falle die Vorräthe des Zeughauses, der Schatz im Schlosse, die Bank, die Seehandlung u. s. w. gefährdet werden könnten, er fühlte daher gar keine Eile, die Stadt zu verlassen, ging auch eben deshalb auf eine im Voraus bindende Zustimmung nicht ein und berührte nur beiläufig, daß, den allerschlimmsten Fall angenommen, die Nacht vom 19. bis 20. März der früheste Zeitpunkt zur Ausführung eines solchen Planes sein möchte.

„Allerdings dachte der General nicht an eine andere Lage der Dinge als die, welche sich durch die Gefechte gebildet hatte, d. h. den entschiedenen Kriegszustand und die daraus folgende auch räumliche Absonderung der streitenden Parteien, und ebenso nicht an eine Rückkehr zu dem fünf Tage lang bestandenen Zwitterzustande.

„Seine Majestät der König schien es vermeiden zu wollen, auf eine gründliche und umständliche Erörterung dieser Ansichten einzugehen. Der Wunsch des Königs, weitere Gefechte und das damit verbundene Blutvergießen vermieden zu sehen, blickte indeß aus den Aeußerungen des Königs hervor, wenngleich er nicht deutlich ausgesprochen wurde.

„Schließlich beschloß und befahl der König nur im Allgemeinen, daß der oft bezeichnete Theil der Stadt gehalten und vertheidigt, darüber hinausgehende Eroberungen aber nicht gemacht werden sollten.

„Hierauf wurde der General verabschiedet, dabei fielen demselben zwei Dinge auf, einmal die überaus gnädige und freundliche Weise, mit welcher ihm eine „Gute Nacht“ und „Wohl zu schlafen!“ gewünscht wurde, — zweitens die umständliche und bequeme Art,

mit welcher Seine Majestät sich an den Schreibtisch setzten, die der Stiefel und Strümpfe entkleideten Füße einem mit Pelz wohlversehenen Fußsacke übergebend, um anscheinend noch eine längere schriftliche Arbeit zu unternehmen.

„Daß für diese Nacht aus dem „„Wohl zu schlafen““ nichts werden würde, das wußte der General mit Bestimmtheit; daß der König aber eine in ihren Wirkungen so verhängnißvolle Ansprache schreiben würde, davon hatte er keine Ahnung!

„(Offenbar der wichtigste Theil des ganzen Memorials. Klar und deutlich ist die Anschauung des Generals vom militärischen Standpunkte, aber auch nicht eine Ader vom Staatsmännischen und von der politischen Stellung Preußens, welche der König doch auch im Auge haben mußte. Wer nicht banausisch bornirt ist, muß den Schlüssel zur Proklamation hierin finden. Ein Fortführen der Feindseligkeiten war, wie der Anfang derselben, nur dadurch gerechtfertigt, wenn Alles zurückgenommen würde, was ins Leben zu führen der König heute Morgen beschlossen hatte. Allerdings wollte dies die kleine aber mächtige Partei, und darnach sind die übrigen Aeußerungen Manteuffels und Konsorten zu beurtheilen.)“ — —

Während nunmehr der König die berühmte Proklamation „An Meine lieben Berliner!“ niederschrieb, versammelte Prittwitz die höheren Offiziere um sich (2 Uhr Nachts), um ihnen die militärischen Dispositionen für den nächsten Tag mitzutheilen; die von ihm dabei getroffenen Anordnungen waren bereits zum Theil dazu bestimmt, die von ihm befürwortete Zernirung der Stadt einzuleiten.[34]) Von Interesse für die Haltung der Truppen ist bei dem darauf bezüglichen Passus des Nobiling-Prittwitzschen Manuskriptes die Mittheilung von Prittwitz: um Mitternacht seien das zweite und das Füsilierbataillon des Leibregiments im Schlosse angelangt; Prittwitz habe sich überzeugt, daß das zweite Bataillon nicht für das Straßengefecht geeignet sei; er habe es daher im Schlosse zurückbleiben lassen und nur das halbe Füsilierbataillon nach dem köllnischen Rathhause entsendet. Das Füsilierbataillon des zweiten Garderegiments habe den Befehl erhalten, das erste Bataillon des zweiten Regimentes in der Friedrichstraße abzulösen. „Letzteres „„sehr

[34]) Vergl. „Deutschland“ u. s. w. S. 177



schwach kommandirte"" Bataillon", so führt Prittwitz aus, „war der Aufgabe, welche ihm gestellt gewesen war, nicht gewachsen und durch die überstandenen bedeutenden (??) Gefechte „„kopfscheu"" geworden, wollte nicht mehr recht anbeißen und erhielt den Befehl, die Gefangenen nach Charlottenburg zu transportiren." Nobiling scheint diese Andeutung einer unsicheren Haltung des genannten Truppentheils zu bezweifeln, indem er hinzufügt: „Dennoch ist von diesem Bataillon die bekannte Behandlung der Gefangenen ausgegangen." Aber auch Manteuffel berichtet: „Bereits am 18. Abends erzählte mir General von Neumann im tiefsten Vertrauen, daß einzelne Truppentheile, namentlich das erste Bataillon des zweiten Regiments, abfielen. Auf meine Antwort, daß dies eine falsche Meldung sei, und daß, wenn sie wahr wäre, dies erst recht ein Grund sein müßte, um so fester zu bleiben, erwiderte er mir, ich hätte ganz recht, möchte aber davon nichts weiter sagen. Sollte der General dies Vertrauen noch vielen anderen Personen geschenkt haben, so lasse ich dahingestellt, ob er stets auf denselben Unglauben gestoßen sein wird."

Ueber die Ausgabe der Dispositionen für den 19. März ist bei Prittwitz-Nobiling zu lesen:

„Die höheren Führer wurden von dem General von Prittwitz zusammengerufen und ihnen aufgegeben, keine Befehle von anderen Personen, welche ihnen in übelverstandenem Eifer überbracht würden, anzunehmen.

„Die Kavallerie erhielt den Befehl, die Stadt zu verlassen, sich mit der Potsdamer Kavallerie zu vereinigen und die Stadt einzuschließen. Nur das zweite Gardeulanenregiment und die Gardes du Corps blieben zur Dienstleistung zurück."

(Schluß folgt.)

Bilder aus der russischen Kirche.

Von

Richard Wagner.

Die Religionen sind mit Strömen zu vergleichen, welche, durchsichtig und klar an ihrer Quelle, immer trüber und schlammiger werden, je weiter sie sich von ihrem Ursprung entfernen und Nebenelemente in sich aufnehmen.

Seht jenen armen russischen Soldaten! Müde und hungrig vom langen Marsche, verrichtet er erst sein Gebet, bevor er die kärgliche Speise zu sich nimmt und die Ruhe sucht. Er zieht ein kleines Heiligenbild aus der Tasche, spuckt darauf und wischt es ab mit dem Aermel seines Rockes. Dann setzt er es nieder auf die Erde und kniet hin davor und bekreuzigt sich und küßt es in frommer Andacht.

Oder tretet mit mir in eine der „sorok sorokow", der vierzig mal vierzig düstern, bildergeschmückten russischen Kirchen Moskaus. Wenn nicht schon die Kleidung die Standesunterschiede der Anwesenden bezeichnete, wir würden diesen Unterschied kennen lernen an der Art und Weise, wie ein Jeder sein Kreuz schlägt.

Betrachten wir zunächst jenen vornehmen Herrn, der vor dem wunderthätigen Kasanschen Muttergottesbilde stehen bleibt, sich leicht verbeugt und andeutungsweise bekreuzigt. Ins Deutsche übersetzt, würde die Mienensprache dieses Herrn etwa folgendermaßen lauten: „Ich weiß, daß dies Alles nur frommer Unsinn ist; aber man darf dem Volke kein Aergerniß geben, sonst geht alles Ansehen verloren. Würde das Volk sich länger für uns plagen, wenn es den Anweisungen nicht mehr traute, die wir ihm auf die Freuden des Himmels ausstellen lassen?"

Nun seht jenen kaftanbekleideten, feisten moskowitischen Kaufmann! Im Bewußtsein seiner Millionen Rubel, die er sein Eigen nennt, trotzdem er weder schreiben noch lesen kann, geht er ver-

schmitzten Blickes und sicheren Schrittes auf den Priester los, um seine Seele von den Schachersünden der vergangenen Woche befreien zu können. Er kennt den Priester und weiß, daß ein gutes Stück Geld bei diesem eine gute Stätte findet. Darum geht er so sicher, in dem Bewußtsein, die ganze Sündenrechnung in Bausch und Bogen abmachen zu können. Und wenn die Absolution vorüber ist, stellt er sich vor das wunderthätige Heiligenbild hin und schlägt so gewaltige Kreuze, daß vor dieser Arbeit auch die letzten Skrupel seiner Seele verschwinden.

Betrachtet jetzt jenen armen Bauern in seinem Schafpelz. Weil er im Winter auf dem Lande verhungern würde, ist er für diese Zeit in die Stadt gekommen, wie es Sitte ist, um in den Fabriken zu arbeiten, wo er zwar herzlich geringen Lohn erhält, aber sich doch so durchhungern kann. Demüthig schleicht er zur Pforte der Kirche hinein und sieht sich scheu um in den weihrauchdurchwölkten Hallen. Es ist des Glanzes, der Pracht zu viel für den armen Schelm. „Gott!“ denkt er, „was ist doch Väterchen Zar für ein gnädiger Herr, daß er so schöne Kirchen bauen läßt für uns arme Teufel! Gott segne den Kaiser!“ Und dann schleicht er schüchtern auf irgend ein Heiligenbild los, wo der goldene Grund und die braune Farbe am grellsten kontrastiren, und wirft sich nieder davor und schlägt mit der Stirn auf den Boden, daß die langen Haare ihm weit übers Gesicht fallen, und er müht sich so ab mit Körperverbeugen und riesigem Kreuzschlagen, bis er nicht mehr kann vor Erschöpfung. Je ärmer der Mensch in Rußland ist, desto größer ist gewöhnlich das Kreuz, das er schlägt — und trägt.

Gerade das arme Volk, der Bauer, kleine Handwerker und Kaufmann, hat das Kreuz Christi lieb. Ueberhaupt, trotz seines großen Aberglaubens, ist das russische Volk ein tief religiöses. Gewiß, das Christenthum hat hauptsächlich, oder auch fast nur da eingewirkt, wo der russische Volkscharakter bereits ihm verwandte Züge trug. Unter sämmtlichen zeitgenössischen Völkern sind die Russen dasjenige, bei welchem man am häufigsten die dem Christenthum günstigen Stimmungen und die Tugenden vorfindet, welche aus dem Christenthum eine unter allen andern Religionen einzig dastehende Religion gemacht haben: nämlich Nächstenliebe, Demuth, Mitgefühl mit der Armuth und die Neigung, sich für Andere aufzuopfern.

Hier hat das Christenthum veredelnd eingewirkt. Und auch sonst vielfach, wo es tief primitiv aussieht, findet man hinter der

durch Unwissenheit und Tradition entstellten und verdunkelten Religion das religiöse Gefühl in seiner edelsten Form, und der christliche Geist erscheint in einer Innigkeit und Reinheit, wie man ihn bei den sogenannten niederen Klassen der meisten westlichen Staaten vergebens suchen würde.

Ein Beispiel, wie die russische Gastlichkeit durch das Wort Christi: „Wer einen dieser Geringsten aufnimmt, der nimmt mich auf?“ praktisch weiter gebildet wurde. Beim einfachen Russen wird am Mittagstische ein Platz für den Herrn frei gelassen, und wenn ein armer Pilger oder Bettler zu der Zeit kommt, wird es als selbstverständlich angesehen, daß er sich an diesen Platz setzt, und es wird ihm alle die Ehre erwiesen, die man Christus persönlich erwiesen hätte.

Was den russischen Bauern, der noch bis vor 41 Jahren in der Leibeigenschaft schmachten mußte, in dem traurigen Leben, das dieser Stand seit Jahrhunderten geführt, immer aufrecht erhalten hat, ist sein felsenfester Glaube an eine bessere Welt gewesen, wo er belohnt werden wird für alles, was er hinieden ausgestanden. Hart und mühselig war die Existenz unter dem väterlichen Szepter der Zaren, selten und zweifelhaft die Freuden, welche ein solches Leben diesem Volke von Leibeigenen geboten hatte. Bedrückt von der ganzen Last eines der schwersten sozialen Gebäude, und ohne daß sich vor seinem Auge eine freie Perspektive öffnete, war der Russe um so mehr geneigt, einen Ausblick auf den Himmel zu suchen. Er sehnte sich nach einer gütigen Welt, in der er eine Zuflucht fände für alle Zeiten. Und diese sicherte ihm allein die Religion, d. h. für ihn seine Kirche. So wurde sein etwas russifizirter griechisch-katholischer Glaube sein schönster Trost und ist es auch noch geblieben.

Die Religion der Versöhnung hat den Russen zu einem noch versöhnlicheren, friedfertigen Menschen gemacht. Es giebt kaum ein friedfertigeres Volk als das russische, und doch weiß die Geschichte, wissen auch heute die Zeitungen so viel von Grausamkeit, Wildheit und Roheit zu erzählen, daß leicht irrige Vorstellungen entstehen können. Ein auf den ersten Blick unlösbarer Widerspruch, der bei näherer Betrachtung zu lösen ist. Ein aufgeregtes Volk ist unberechenbar in seinen Handlungen, und je länger man es in der Finsterniß gehalten hat, desto unsicherer tappt es umher beim ersten Hereinbrechen des Lichtes. Die Liebenswürdigkeit der Franzosen ist sprichwörtlich und ist es geblieben auch nach den Greueln ihrer

großen Revolution. In den Ausbrüchen ihrer Leidenschaften sind sich alle Völker an bestialischer Wildheit mehr oder weniger gleich. Die großen Unterschiede fangen erst an, wo die Bestie im Menschen aufgehört. Man kann deshalb den Grundzug eines Volkes in seinem Charakter nicht kennen lernen, wenn, wie jetzt in vielen Gouvernements Rußlands, der Aufruhr in den Straßen getobt hat, sondern wie das Volk sich in Friedenszeiten, im gewöhnlichen Leben, bei der Arbeit und an Feiertagen, im Hause und auf den Märkten offenbart, und hier zeigt der russische Volkscharakter überall ein so friedliches, fast kindliches Gesicht, wie dergleichen kaum bei anderen europäischen Völkern zu finden ist. Zwar machen auch die Italiener auf dem Lande oft den Eindruck von großen Kindern, aber doch in ganz anderer Weise als die russischen Bauern, bei denen man, wenn sie sich geben, wie sie sind, nie einen Dolch in der Tasche vermuthet. Der Italiener ist nüchtern und mäßig in seiner Lebensweise, er trinkt seinen Wein mit Wasser vermischt und verdünnt, und doch treibt sein heißes Blut ihn leicht zu gefährlichen Händeln, denen der echte Russe so fern bleibt, wie dem Gedanken, ein starkes Getränk mit Wasser abzuschwächen. Ueberhaupt ein betrunkener Russe! Alle vorhandenen wilden Triebe sind eingeschläfert. Je mehr der Russe trinkt, desto zärtlicher wird er, und die Thränen kommen ihm vor Rührung in die Augen. In solchen Momenten ist kein Mensch, und sei es sein schlimmster Feind, vor seinen Umarmungen sicher. Er möchte Jedem um den Hals fallen, der ihm beim Nachhausegehen in den Weg kommt. Betrunkene Russen küssen sich einander ab, geben sich gegenseitig zärtliche Namen und schwanken umher mit vergnügtem Gesicht und dann wiederum tief traurig, über die Schlechtigkeit dieser Welt und ihre eigene Sündhaftigkeit stöhnend und auch bittere Thränen vergießend, bis sie lallend am Wege liegen bleiben.

In Rußland scheinen, ähnlich seinen träge dahinfließenden Gewässern, die Jahrhunderte langsamer vorüberzugehen, und für die Masse dauert das Mittelalter noch heute fort, obgleich das Leben in den Städten, namentlich in den Fabrikgegenden, bereits ganz oder fast modern ist. Luther lebt aber noch für Rußland in seinem Kloster und die große Masse des Volkes ist noch im 15. Jahrhundert stehen geblieben, um nicht zu sagen im 13. Wenn man mitten in einem Zuge von Pilgern durch die Thore in das Kloster des heiligen Sergius bei Moskau eingetreten, oder zwischen langen Reihen von Bettlern in die Katakomben des Höhlenklosters von

Kiew hinabgestiegen ist, erscheint einem unser Mittelalter verständlicher, verständlich vor Allem darin, daß damals der Glaube an das Uebernatürliche noch das gesammte Volksleben beherrschte und naive und plumpe Ketzerei die Zuflucht für die kühnsten Geister gewesen war. Trotzdem macht der gewöhnliche Russe, mag er noch so fromm sein, nicht den Eindruck eines Christen, weil sein Christenthum zu sehr mit heidnischen Gedanken vermengt ist. Obgleich es dem Christenthum gelungen ist, die Namen und das Andenken der heidnischen Götter aus der russischen Seele zu verwischen, so ist doch unter christlicher Hülle sogar der Geist des Polytheismus beibehalten. Zumal die alten niederen Gottheiten sind nicht verschwunden. In zehn Jahrhunderten hat das Christenthum weder den Wodianeoi, den Wassergeist, einen Greis mit aufgedunsenem Gesicht und langen triefenden Haaren, der die Flüsse bewohnt und sich namentlich unweit der Mühlen aufhält, beseitigen können, noch die Russalki, eine Art slavischer Sirenen oder Najaden, deren Haut wie Silber glänzt, deren Locken und Flechten von schilfgrüner Farbe sein sollen und die Jünglinge auf den Grund der Gewässer hinabziehen. Trotz des Christenthums treibt der Läschy noch sein Unwesen. Er ist der Dämon des Waldes, ein neckischer Kobold oder Haingott mit Bocksbeinen, der die Wanderer vom rechten Pfade fortlockt. Und auch der Domowoi, der Hausgeist, dessen Platz vorzugsweise der Ofen ist, existirt nach wie vor im Leben des Volkes.

Und der Polytheismus lebt in der russischen Kirche noch mehr als bei der römisch-katholischen Kirche weiter fort in dem Heiligenkult. Die alten slavischen Götzen verschwanden doch nur dadurch vom russischen Erdboden, daß sie die Gewänder christlicher Heiligen anlegten, namentlich dadurch, daß ihre Attribute den Engeln und Propheten des alten Testamentes übertragen wurden. Der slavische Jupiter, Perun, der Gott des Blitzes, dessen Standbilder bei der Bekehrung des Volkes zum Christenthum in den Dnjepr und Wolkow geworfen wurden, ist in der Gestalt des Elias wieder auf die Altäre erhoben. Der nach der im alten Testament überlieferten Sage gen Himmel getragene Prophet Israels wurde der Nachfolger des Donnergottes der alten Russen. Wenn es donnert, dann rollt der Wagen des Propheten, der außer dem Blitz auch den Sturm und den Hagel beherrscht, über die Wolken. Eine Geschichte aus dem Gouvernement Jaroslaw schildert ihn, wie er die Ernte eines Bauern vernichtet, weil dieser Bauer den Nikolaus verehrte, ohne das Fest des heiligen Elias zu begehen.

Nikolaus ist jetzt der mächtigste und am meisten angerufene unter allen russischen Heiligen, welcher auch derjenige ist, der Gott im Weltregiment folgen wird, wenn Gott alt geworden ist. Nikolaus hat die verschiedensten Pflichten zu erfüllen: unter seinem Schutze stehen wie in der römischen Kirche die Kinder, die Matrosen und die Pilger, und alle Nothleidenden beten zu ihm. Im Gegensatz zu dem oft unfreundlichen und strafenden Elias ist Nikolaus der in jeder Hinsicht gütige, dienstfertige und hilfreiche Heilige. Daher bemerken wir auch allerorten, wo Russen weilen, seinen Kultus in erster Linie; daher kommt es, daß die heidnischen Wotjaken und und Ostjaken ihn kurzweg den russischen Gott nennen. Im europäischen wie im asiatischen Rußland erkennen mehrere offiziell zum Christenthum bekehrte finnisch-türkische Stämme kaum einen anderen Gott an als den heiligen Nikolaus. Beschränkt sich doch die ganze Religion der Tschuwaschen an der Wolga auf Pilgerfahrten, die man zu seinen überall äußerst zahlreichen Heiligthümern unternimmt. Als einmal zwei Russen in heftigen Streit ausbrachen, ob Nikolaus oder Christus der oberste Gott wäre, ereiferten sie sich so sehr, daß der Streit in die größte Schlägerei ausartete, wobei der, der den heiligen Nikolaus in Schutz nahm, den Christusverehrer todt schlug.

Die Art, mit welcher der Russe seine Heiligen verehrt, die Meinung, die er von ihrer Macht, ihrem Schutzvermögen und ihrem Zorn besitzt, ist völlig heidnisch. Er fürchtet sich vor ihrer Rache und hütet sich ängstlich, ihre Eigenliebe zu verletzen. Das ist auch der Hauptgrund, warum Rußland in der Kalenderrechnung dreizehn Tage zurückbleibt. Jeder Tag ist einem oder mehreren Heiligen geweiht. Sollte ein Heiliger auch nur auf ein Jahr der ihm an diesem Tage zukommenden Verehrung beraubt werden, so würde der Russe ein Opfer seines Zornes werden. Die Regierung kann keinen Machtspruch sprechen, oder sie hat die Revolution.

Der Aberglaube ist tief eingewurzelt. Bei jeder öffentlichen oder privaten Nothlage, sobald Krankheit, Hungersnoth oder Epidemien auftreten, nimmt der Muschik jedenfalls seine Zuflucht zu der Wissenschaft des Magiers oder der erprobten Erfahrung der Zauberin, „der klugen Frau". In manchen Dörfern läßt der Bauer seinen Acker regelmäßig alle Jahr durch den Hexenmeister weihen, nachdem vorher der Priester der Kirche ihn eingesegnet und mit Weihwasser besprengt hat, und erfüllt so alle Förmlichkeiten nach beiden Seiten hin.

In Sibirien und einigen Gegenden des Nordens erheben die Zauberer sogar eine Art Zehnten dafür, daß sie die Ortschaften vor Krankheiten und Viehseuchen behüten. Wenn es gilt, dem Wüthen der Rinderpest Einhalt zu thun, sieht man selbst im Mittelpunkte des Reiches, also in den Gouvernements um Moskau herum, die ländliche Bevölkerung zu den Riten ihrer Ahnen zurückkehren. Während die Männer in den Behausungen bleiben, unternehmen die Weiber eine nächtliche Prozession, bei der sie halbnackt einhergehen. An der Spitze des Zuges werden die Heiligenbilder getragen, welche so ein Bindeglied zwischen der Kirche und den alten heidnischen Zeremonien abgeben. Junge Mädchen ziehen, vor den Pflug gespannt, rings um das Dorf eine tiefe Furche, vor der die Seuche, wenn bei dem geheimnißvollen Werke die rechten Beschwörungen gesprochen werden, umkehren muß. Ein andermal wird die Krankheit, durch eine Strohpuppe personifizirt, im Flusse ertränkt, auch wohl mit einem Hunde oder einer Katze zusammen begraben oder feierlich verbrannt; es ist sogar vorgekommen, daß im Zentrum Rußlands Bauern zur Zeit einer Epidemie ihren Geistlichen gezwungen haben, in voller Amtstracht einen solchen Strohmann genau nach kirchlichem Ritus zu beerdigen.

In den Augen manches Bauern sind die Vorgänge in der Kirche beim Gottesdienst nichts weiter als Zaubereien, die nur mit größerer Feierlichkeit betrieben würden, und seine eigenen Gebete hält er für Beschwörungen, die ihn vor wirklichen und eingebildeten Gefahren zu schützen geeignet sind. Nach der Meinung mancher Bauern ist der Priester vor allem der beste Kenner der heiligen Formeln und himmlischen Zaubersprüche. Christus selbst gilt ihnen gewissermaßen als der mächtigste und sanfteste unter den Zauberern, über denen allen Gott als der oberste steht. So erklären sich auch die Jahrhunderte langen Streitigkeiten über die Schreibung des Namens Jesus, ob er Jesus oder Jsus heißt. Es war das mit ein Hauptgrund, daß 1666 fast die Hälfte aller Russen von der Staatskirche abfiel und eine eigene Sekte bildete, zu der noch jetzt circa 15 Millionen gehören. Im Laufe der Jahrhunderte war nämlich das e in Jesus wie i ausgesprochen worden, und als wieder die richtige Sprech- und Schreibweise eingeführt werden sollte, sahen diese Leute die Aenderung des Namens Jsus in Jesus für eine Veränderung von Jesu Person selber an und erklärten die Staatskirche als vom rechten orthodoxen Glauben abgefallen und dem Teufel verfallen.

Im Dorf ist Feuer ausgebrochen und droht das ganze Dorf einzuäschern; sind doch die Häuser sowohl auf dem Lande, als auch fast in allen Städten aus Holz gebaut. Aber Keiner denkt daran, das Feuer durch Wasser zu löschen. Die populäre Einbildungskraft sieht darin eine von Gott kommende Züchtigung für ihre Sünden, wogegen kein anderes Mittel helfen kann als Beten und wunderthätige Heiligen- und Muttergottesbilder. Deshalb strömen sie in die Kirche oder holen aus derselben die Heiligenbilder heraus und flehen inbrünstig, daß ihnen ihre schweren Sünden vergeben werden möchten und die wunderthätigen Bilder dem Feuer Halt gebieten. Wegen dieser Anschauung begegnet die Einrichtung der Feuerversicherung einem großen Hinderniß. Von fatalistischem Zweifel geleitet, macht sich der alte Landmann Gewissensbisse, daß er sich vor einem vom Himmel gesandten Uebel schützen solle, und es widerstrebt ihm, sich mit Geld Schutz gegen den Zorn von oben zu erkaufen.

Wir wollen zum Schluß noch zu einem russischen Gottesdienste gehen. Die Gemeinde ist nicht selbst aktiv betheiligt, sie hat nur zuzuhören. Der gemeine Mann muß sich begnügen, die an den in der Kirche selbst aufgestellten Verkaufstischen erstandenen Kerzen vor den Heiligenbildern verbrennen zu lassen, das Zeichen des Kreuzes zu schlagen und sich zu verneigen, wobei er immer dieselbe Formel: „Herr, erbarme dich!“ stöhnend wiederholt. Da es in den Kirchen keine Bänke und Stühle giebt, verrichtet der Russe seine Gebete stehend. Die Frömmsten knieen nieder und werfen sich in regelmäßigen Zwischenräumen auf die Erde, fahren dann mit großer Behendigkeit empor und berühren bald aufs Neue den Boden. Die wiederholten Ehrfurchtsbezeugungen erinnern an diejenigen, welche der Leibeigene ehedem an seinen Herrn verschwendete, wie auch jetzt noch vielfach vom gewöhnlichen Russen dem in Moskau gesalbten Zaren, allerdings auch nur dem gesalbten, ähnliche Huldigungen erwiesen werden. In einer russischen Kirche wird ein Fremder durch das ihn umgebende beständige Hin- und Herwiegen der Menge fast schwindlich gemacht. Dies Gebahren erinnert sehr an die Art, wie die Muhamedaner ihre Gebete verrichten, bei denen sich der Gläubige ebenfalls nach bestimmten Vorschriften verneigt und niederwirft.

Der Gottesdienst besteht in der zwei bis drei Stunden dauernden Liturgie in slavonischer Sprache, die gewöhnlich mit imposanter Würde vorgetragen wird. Selbst in den Dorfkirchen tragen die

meisten Popen, oft gerade die unwissendsten und am wenigsten mäßigen, am Altar eine wahrhaft hohepriesterliche Majestät zur Schau. Stattliches Aussehen, regelmäßige Züge, langes, wallendes Haar und eine schöne Stimme, das sind die Eigenschaften, die man bei dem Geistlichen am meisten schätzt. Sonst kann der Pope ein schlechter Kerl, meinetwegen auch beständig betrunken sein. Wenn der Dorfpope es an den Wochentagen gar zu arg treibt, sperren ihn die Bauern am Sonnabend ein, damit er beim Gottesdienst nüchtern ist und die Liturgie würdig vortragen kann. Und während sie sonst den Geistlichen nicht sehr achten, ja vielfach verachten und vor ihm ausspeien, wenn sie ihm begegnen, oder umkehren, wenn ihnen bei einem wichtigen Vorhaben der Pope entgegen kommt, so zollen sie ihm doch, sobald er das Priestergewand anhat, gern und willig die ihm schuldige Ehre. Und der Pope weiß auch eine imponirende Würde zu zeigen.

Die Liturgie ist eine Art geheiligter Theatervorstellung, eine Art Drama. Durch die verschiedenen Handlungen, die der Priester dabei verrichtet, werden die verschiedenen Thaten Gottes von der Erschaffung der Welt bis zum Tode Christi dargestellt. Einzelne Theile dieses Dramas sind wunderbar schön und tief erbaulich. Man kann es den Russen nachfühlen, wie sie hierbei tief innerlich ergriffen werden. Gewiß sind die einzelnen symbolischen Handlungen nicht immer so einfach zu verstehen, dessenungeachtet nimmt das Volk den lebhaftesten Antheil an dem Jubel und an der Traurigkeit, die ihm vorgeführt werden, freut sich und weint mit seiner Kirche.

Notizen und Besprechungen.

Offiziers-Pensionirung.

Der im Septemberheft der „Jahrbücher" erschienene Aufsatz: „Das Ruhestandsrecht im höheren Militärdienst" hat eine für den Verfasser höchst lehrreiche Aufnahme gefunden, die ein kurzes Nachwort erwünscht macht. Der Aufsatz war geschrieben ohne Fühlung mit den Kreisen, denen eine Aenderung des Pensionsgesetzes zu Gute kommen soll, und ohne Kenntniß der Absichten der Reichsregierung in Bezug auf Aenderung des bestehenden Gesetzes.

1. Nicht auf Bereitstellung höherer Mittel zielten die Ausführungen des Verfassers ab, sondern „auf anderweitige Regelung des Uebertritts in den Ruhestand auf gegenwärtig nicht ausreichend vorhandener gesetzlicher Grundlage? Soweit sich nun aus Stimmen der Presse, privaten Zuschriften und mündlichen Mittheilungen erkennen läßt, wird hierfür zur Zeit ein Bedürfniß kaum empfunden. Ganz überwiegend erwartet man das Heil von höheren Pensionssätzen — abgesehen von Stimmen, die erhöhte Schulbildung nicht für den Beruf, sondern für erhöhte Erwerbsfähigkeit nach dem Austritt empfehlen.

Mit Sicherheit läßt sich aber durch Erhöhung der Pensionssätze nur die Lage bereits Verabschiedeter (durch ein Gesetz mit rückwirkender Kraft) verbessern. Für noch zu Verabschiedende ist nicht nothwendig eine Verbesserung damit verknüpft. Die Möglichkeit, höhere Pensionssätze frühzeitiger zu erdienen, könnte auch den Effekt haben, daß die Pensionirungen in jüngeren Jahren zahlreicher werden — an sich vielleicht kein Fehler — aber immerhin eine Schraube ohne Ende.

2. Unerwartete Aufnahme hat der Vorschlag gefunden, die Stellung zur Disposition analog der Einrichtung zu gestalten, die unter der Bezeichnung „einstweilige Versetzung in den Ruhestand" bei den politischen und Konsulatsbeamten gesetzlich vorgesehen ist. In der „Münchener Allgemeinen Zeitung" vom 24. September wird auf die Schwierigkeit hingewiesen, die bei der Beurtheilung der Vorgesetzten entstehen müßte, „ob ein ausscheidender Offizier für a. D. oder nur für z. D. zu begutachten sei." Hieraus geht hervor, daß der Vorschlag nicht nach der ihm zu Grunde

liegenden Tendenz — Schaffung einer rechtlichen Basis — gewürdigt ist. Die anzustrebende rechtliche Basis wird folgende Fassung zum Ausdruck bringen: „Ein Offizier, der weder zur Fortsetzung des aktiven Militärdienstes unfähig geworden ist (§ 2 M. P. G.), noch seinem Lebensalter nach die Berechtigung hat, seine Verabschiedung mit Pension nachzusuchen (Vorschlag 2), auch nicht aus strafrechtlichen Gründen Dienstentlassung verwirkt hat (Mil.-Straf-G.-B.), bezieht, wenn er in den Ruhestand versetzt wird, das gesetzliche (analog dem für politische Beamte festzusetzende) Wartegeld." Es wird sich herausstellen, daß eine erhebliche Mehraufwendung für Versorgung inaktiver Offiziere daraus nicht resultirt. Die Versorgung in z. D.-Stellen mit Zulagen ist schon jetzt sehr erheblich. Ueberdies bedeutet der Zusatz in Vorschlag 1 des Aufsatzes „in etatsmäßig festzusetzenden Grenzen", daß die Heeresleitung in die Lage versetzt wird, den Bedarf an Stellen z. D. festzustellen und zu begründen, was an der Hand der vorliegenden Erfahrungen keinerlei Schwierigkeiten machen kann.

3. Die Voraussicht: daß manchem Militär eine Kapitalsgewährung an Stelle der Pension als eine gefährliche Neuerung erscheinen werde, ist in vollem Maße eingetroffen. Unheil für die Berechtigten wird befürchtet. Eine überraschende Abneigung gegen die Zumuthung, sich an einem gewinnbringenden Unternehmen thätig zu betheiligen, hat sich kundgegeben. Fast scheint es, als gelte Uebernahme von Lotterie-Kollektionen (Preußen) oder Tabaks-Verschleiß (Frankreich) für anmuthender als unabhängig produktive Bethätigung. Es sei daher darauf hingewiesen, daß der Vorschlag der Zulässigkeit einer Kapitalsabfindung ausdrücklich von dem Zusatz begleitet war: „Es ist wesentlich, daß eine solche nicht bei der Pensionirung, sondern später jeder Zeit beantragt werden kann." Sie soll Niemandem nahegelegt oder gar aufgedrungen werden.

Niemand wird im Grunde ernstlich bestreiten können, daß der bestehende Zustand auf die Dauer unhaltbar ist. Aber man wird damit rechnen müssen, daß die Empfindung dafür erst noch in weiteren Kreisen lebendig werden muß, um sich mit unwiderstehlicher Kraft Geltung zu schaffen.

Hoffmann.

Geschichte.

Selbstanzeige.

Erinnerungen, Aufsätze und Reden. Von Hans Delbrück. Verlag von Georg Stilke. ca. 550 Seiten. Preis 3 Mk.

Nachdem ich im Jahre 1887 eine kleine Sammlung „Historische und Politische Aufsätze" herausgegeben, lege ich jetzt eine zweite Sammlung vor, der ich wegen des starken persönlichen Elements, das in mehreren von ihnen vorwaltet, den Titel „Erinnerungen, Aufsätze und Reden" gegeben habe. In der Mehrzahl sind es unveränderte Neudrucke, hier und da mit

Zusätzen versehen oder durch Nachträge vermehrt, die bei wesentlicher Bedeutung besonders kenntlich gemacht sind. Aus mehreren Arbeiten zusammengezogen und ganz neu bearbeitet ist der „Ursprung des Siebenjährigen Krieges“, wesentlich verändert auch „Das Geheimniß der Napoleonischen Politik im Jahre 1870“. Die meisten Stücke sind in den „Preußischen Jahrbüchern“, einige auch anderswo, an nicht mehr zugänglichen Stellen, erschienen. Die Sammlung, chronologisch geordnet, enthält:

Das Generalstabswerk über den deutsch-dänischen Krieg.
Langensalza und Vogel von Falckenstein.
Düppel und Alsen.
Persönliche Erinnerungen an den Kaiser Friedrich und sein Haus.
Das Tagebuch Kaiser Friedrichs.
Die Ideen Steins über deutsche Verfassung.
Gustav Freytag über Kaiser Friedrich.
Die Regierung Friedrich Wilhelms IV.
Die Anfänge des Bismarckschen Ministeriums.
Die Fortführung des Sybelschen Werkes.
Briefwechsel eines Theoretikers und eines Praktikers über Arbeiterorganisation und Streiks.
Die Beschießung von Paris.
Rede bei der Feier des Geburtstages des Fürsten Bismarck. 1892.
Die gute alte Zeit.
General von Gerlach.
General Wolseley über Napoleon, Wellington und Gneisenau.
Der Ursprung des Siebenjährigen Krieges.
Eine sozialdemokratische Denkschrift.
Eine zweite sozialdemokratische Denkschrift.
Die Sozialdemokratie in der großen französischen Revolution.
Das Geheimniß der Napoleonischen Politik im Jahre 1870.
Die Jubelfeier der Errichtung des Reiches.
Hermann Walther †.
Die Arbeitslosigkeit und das Recht auf Arbeit.
Kaiser Wilhelm I. und seine Bedeutung für Handel und Industrie.
Deutschland und der Ultramontanismus.
Das Wilhelms-Denkmal.
Constantin Rößler.
Fürst Bismarck in der Weltgeschichte.
Das Programm der „Preußischen Jahrbücher“.
Zukunftskrieg und Zukunftsfriede.
Russisch-Polen.
Moltke.
Die glücklichste Partei.
Erzherzog Karl.
Kaiserin Friedrich.

Ich benutze die Publikation dieser Sammlung zugleich, um ein buchhändlerisches Experiment machen zu lassen. Im Jahrgang 1886 Bd. 58 der „Preußischen Jahrbücher" steht ein Aufsatz des Bremenser Rechtsanwalts Leop. H. Müller, in dem unser Verlagsrecht einer einschneidenden Kritik unterzogen wird. Um Schriftstellern und Verlegern den Lohn ihrer Arbeit zu sichern, wird von Herrn Müller ausgeführt, schützt unser Recht sie gegen Nachdruck und verleiht ihnen dadurch auf ihre Publikation ein Monopol. Jeder Monopol-Inhaber sucht naturgemäß seinen Gewinn nicht sowohl durch Massen-Vertrieb, als durch einen möglichst hohen Preis zu erlangen; Bücher sind deshalb viel theurer als es nöthig wäre. Das ist ein großer Uebelstand, denn, wenn es schon für den Schriftsteller viel angenehmer ist, weit verbreitet zu sein, auch wenn der klingende Lohn seiner Arbeit derselbe bleibt, so ist es für das Lese- und Bildungsbedürfniß des Volkes von ganz entscheidender Bedeutung, wie theuer oder wie billig es seine Bücher kaufen muß. Für gewisse sehr populäre Werke haben sich ja deshalb die ganz billigen Volksausgaben eingebürgert und erreichen bei einem minimalen Preise sehr große Erfolge. Für neue Werke und für Werke schwereren, wissenschaftlichen Inhalts ist der Weg der eigentlichen Volksausgabe aber verschlossen, und einen mittleren Weg einzuschlagen, scheint dem deutschen Buchhandel offenbar nicht rathsam, da es immer zweifelhaft bleibt, ob ein größerer Absatz eine wirklich wesentliche Herabsetzung des Preises wieder wett macht. Um eine wirklich wesentliche Herabsetzung des Preises aber handelt es sich. Wenn ein Buch, das nach gewöhnlicher Berechnung 10 Mark kosten würde, für 7 Mark verkauft wird, so wird der Absatz sich schwerlich so steigern, daß es den Ausfall deckt. Die Frage ist, was man erreichen würde, wenn man Bücher, die jetzt 10 Mark kosten, auf 3—4 Mark herabsetzte. Das Lesebedürfniß in unserm Volk auch für schwerere wissenschaftliche Lektüre ist offenbar in stetem Steigen; die Volksbibliotheken werden im Lauf der nächsten Generation eine große Bedeutung gewinnen. Da ist es gewiß ein recht wesentliches Moment, wie groß die Mittel sind, die für die Gründung solcher Bibliotheken angelegt werden müssen.

Diese Betrachtungen haben mir immer sehr eingeleuchtet und ein Buch wie die vorliegenden „Erinnerungen, Aufsätze und Reden", dürfte jetzt für einen Versuch ganz wohl geeignet erscheinen. Es darf nicht auf so breite Massen rechnen, um eine Volsausgabe zu rechtfertigen, aber immerhin ist der Leserkreis, für den es bestimmt ist, doch schon recht zahlreich. Nach dem üblichen Satz wird ein solches Buch von einigen 30 Bogen zum Ladenpreise von 9—10 Mark verkauft; ich habe nun veranlaßt, daß der Verkaufspreis auf 3 Mark festgesetzt worden ist. Nach den Berechnungen, die mir von meinem Herrn Verleger vorgelegt worden sind, genügt bei einem solchen Preise selbst der vollständige Verkauf einer Auflage von 1000 Exemplaren, wie sie bei derartigen Werken üblich ist, noch nicht, die Kosten zu decken. Wir haben deshalb die zweite Auflage gleich mitdrucken

lassen, und erst wenn auch von dieser ein erheblicher Theil abgesetzt ist, werden die reinen Herstellungskosten wieder eingebracht sein. Wer sich für die Frage interessirt, Schriftsteller, Verleger und Lesewelt, mag also daran, ob und wann die zweite Auflage oder etwa gar noch mehr erscheint, erkennen, ob das Experiment gelungen ist und Nachahmung verdient.

Delbrück.

Eine neue Biographie von David Friedrich Strauß.

Von

Dr. Heinrich Künkler.

David Friedrich Strauß. Sein Leben und seine Schriften unter Heranziehung seiner Briefe dargestellt von Karl Harräus. Leipzig 1901, Hermann Seemann Nachf. (IV u. 408 Seiten.)

Dem vor drei Jahren erschienenen Buche von Samuel Eck über D. F. Strauß ist im vorigen Jahr ein weiteres von Karl Harräus nachgefolgt, ohne Zweifel ein Beweis dafür, daß „der Verfasser des Lebens Jesu" sich noch lebhafter Antheilnahme unserer Zeit erfreut. Ich habe das Eckische Buch im 101. Band der „Preußischen Jahrbücher" (Juliheft von 1900) S. 100—142 in ziemlich ausführlicher Weise besprochen und will hieran eine Anzeige des Buches von Harräus anschließen, bei der ich mich jedoch, einem Wunsche des Herrn Herausgebers der „Jahrbücher" folgend, kürzer fassen werde.

Der Verfasser hat das reiche Material nahezu vollständig gesammelt; in der Aufzählung der zahlreichen Schriften über Strauß' letztes Werk („Der alte und der neue Glaube") vermissen wir nur eine bedeutende Kundgebung, nämlich das erst 1876 bei F. W. Grunow in Leipzig erschienene Buch von Constantin Rößler: „Das Deutsche Reich und die kirchliche Frage", welches so ziemlich das Bemerkenswertheste enthält, was gegen Strauß geltend gemacht worden ist. Der Standpunkt von Harräus ist der eines positiven Theologen, und von diesem Standpunkt ist Strauß' Leben konsequent mit einer Mischung von Anerkennung und Widerspruch so unbefangen als möglich mit vollkommener Beherrschung des Stoffes übersichtlich und durchsichtig dargestellt; der Verfasser berichtet oft mit den Worten von Strauß und auch von Anderen, was durchaus kein Nachtheil ist.

Das Buch enthält Einiges, was den meisten Lesern und selbst genauen Kennern von Strauß neu sein wird. Dahin zu rechnen ist der zuerst in der von Wislicenus herausgegebenen Zeitschrift „Reform", dann als Sonderabdruck (Halle 1848 bei Kümmel & Knapp) erschienene Aufsatz „Der politische und der theologische Liberalismus", welcher darum von besonderem Interesse ist, weil er eine Polemik gegen den von Strauß sonst so sehr geschätzten Gervinus enthält. Von gleichem Interesse sind einige politische

Artikel aus dem Frühjahr 1848 im Stuttgarter „Beobachter“ und im „Schwäbischen Merkur“, von denen uns Harräus auf Seite 201 f. kurze Auszüge giebt, indem er mit Recht sagt, daß „Einiges aus diesen Zeitungsbeiträgen, die durchweg klare Einsicht, in Einzelnem selbst bewundernswerthes Voraussehen bekunden, herausgehoben zu werden verdient.“

Die Biographie zerfällt in 5 Abtheilungen mit den Ueberschriften: 1. Die Vorgeschichte. 2. Theologisch-kritische Arbeiten, erste Reihe. 3. Lebensbilder. 4. Theologisch-kritische Arbeiten, zweite Reihe. 5. Der Niedergang.

In dem kurzen Vorwort berührt der Verfasser bereits eine der wichtigsten der für Strauß in Betracht kommenden Fragen, indem er sagt, „Strauß habe seine wissenschaftliche Laufbahn als Schüler Hegels begonnen und als Vertreter der monistischen Naturphilosophie abgeschlossen, seinen Standpunkt also sehr beträchtlich verschoben.“ Sollten die Gegensätze in Straußens wissenschaftlicher Entwicklung wirklich so groß sein? Ich hege die umgekehrte Ansicht und habe diese in meinen früheren Aufsätzen über Strauß*) zur Geltung zu bringen, namentlich darzuthun gesucht, daß zwischen seinen beiden größten Werken dogmatischen Inhalts, der „Christlichen Glaubenslehre“ von 1840/41 und dem „alten und dem neuen Glauben“ von 1872, von Einzelheiten abgesehen, kein wesentlicher Gegensatz besteht, bin auch der Auffassung entgegengetreten, daß Strauß am Ende seines Lebens Materialist geworden sei, allerdings mit dem Zugeständniß, daß er sich hierin in starkem Widerspruch mit seiner eigenen Erklärung befand, wie denn sein letztes Werk überhaupt reich an Widersprüchen ist. Einen Mann, der noch kurz vor seinem Tode die Zeilen schrieb:

„Unser geistiges Verkehren
Kann der morsche Leib nur stören;
Leichter, wenn wir ihn verneinen,
Werden sich die Seelen einen“

kann man nicht schlechthin einen Materialisten nennen.

Ich bin nun erfreut, in dieser Frage neuerdings einen Bundesgenossen gefunden zu haben an dem Verfasser der kleinen Schrift: „David Friedrich Strauß' philosophischer Entwicklungsgang und Stellung zum Materialismus. Inauguraldissertation von August Wandt“ (Münster 1902). Dr. Wandt bestreitet in seiner Dissertation aufs Entschiedenste, daß Strauß schließlich Materialist geworden sei, wie er dies schon vorher mit bestem Erfolg gethan hatte, als er die Preisaufgabe löste, welche eine Darstellung des philosophischen Entwicklungsganges von D. F. Strauß mit besonderer Rücksicht auf die Frage forderte, ob sein letztes Werk als eine natürliche Folge aus seiner „Christlichen Glaubenslehre“ oder als ein Abfall vom Hegelichen System zu betrachten sei.

Schon bei seiner Kritik von Strauß' „Christlicher Glaubenslehre“ von

*) Zum Gedächtniß an D. F. Strauß. Fünf kleine Aufsätze von Dr. H. Künsler. Wiesbaden, J. F. Bergmann. 1898.



1840/41 spricht sich Harräus über den Pantheismus in einer Weise aus, der wir nicht beizustimmen vermögen. Harräus meint, „die pantheistische Lehre leugne alle menschliche Selbstbestimmung, also alle Sittlichkeit" (S. 156). Das ist in dieser Allgemeinheit nicht richtig. Auch Harnack erklärt in seinem „Wesen des Christenthums" eine Ethik auf dem Boden des Monismus einfach für unmöglich. Die Sittlichkeit und die gesammte Weltordnung dürfte aber von dem Standpunkt des Pantheismus nicht schwerer oder, wenn man lieber will, ebenso schwer zu begreifen sein, wie von dem des christlichen Glaubens. Woher stammen die ewigen Gesetze der Sittlichkeit? Das ist eine Frage, die schon die Dichter und Weisen des alten Griechenlands beschäftigt hat. Sophokles läßt Antigone sagen: Die ungeschriebenen und festen göttlichen Gesetze sind nicht von heute noch von gestern, sondern sie leben ewig, und Niemand weiß, von wannen sie kamen. Da könnte Strauß am Ende doch Recht haben, daß die Gesetze der Sittlichkeit, die Pflichten gegen sich selbst und Andere aus dem eigenen Wesen des Menschen abzuleiten sind. — Wir können weder von Harnack noch von Harräus annehmen, daß sie den Pantheismus dem Atheismus gleichstellen und ihn mit Heine für einen „verschämten Atheismus" halten, da zwischen beiden ein himmelweiter Unterschied besteht: dem Pantheisten ist Alles von Gott erfüllt, dem Atheisten nichts. Und mit Recht hat man von einem frommen Pantheismus gesprochen; könnte man auch von einem frommen Atheismus reden? Und giebt es ein herrlicheres Buch, als die Ethik Spinozas, des „heiligen Spinoza", um mit Goethe und Schleiermacher zu reden, die alle Erscheinungen sub specie aeternitatis betrachtet und in dem amor Dei intellectualis gipfelt? Schleiermacher vor Allen, dem „Gott und Welt nur zwei Werthe für dieselbe Sache" waren, würde sich gegen die Gleichstellung des Pantheismus mit dem Atheismus verwahren, und nicht bloß Schleiermacher. Die ältere Generation, die noch den trefflichen Gervinus gekannt hat, erinnert sich gern daran, daß er Theodor Parker gerade deshalb so verehrte, weil dieser sogar in seinen Predigten seinen Pantheismus nicht zu verbergen pflegte. Angesichts solcher Thatsachen dürfte man über die Bedeutung des Pantheismus doch nachdenklich werden. Das Göttliche und Ideale ist nicht transzendent über dem Weltlichen schwebend, sondern in ihm, man muß es nur zu suchen und zu finden wissen. Wie sagt Hegel? „Darauf kommt es an, in dem Scheine des Zeitlichen und Vorübergehenden die Substanz, die immanent, und das Ewige, das gegenwärtig ist, zu erkennen." Und Strauß schließt seine Dogmatik mit dem Satz Schleiermachers: „Mitten in der Endlichkeit Eins zu werden mit dem Unendlichen, und ewig zu sein in jedem Augenblick." Das ist echter Pantheismus.

Wie weit Strauß in seiner letzten Schrift von diesem Standpunkt abgewichen, wie weit er wirklich Materialist geworden, das ist eine Frage, die stets verschieden beantwortet werden wird, je nachdem man sich an die verschiedenen Aeußerungen von Strauß hält. Harräus spricht darüber

Seite 356 ff., wie wir glauben, zum Mindesten in einseitiger Weise. S. 357 sagt er, vom Pantheismus zum Atheismus und zum Materialismus sei nur ein Schritt, und S. 379 identifizirt er geradezu Antichristenthum und Atheismus bei Strauß. Es fehlt hier an Platz, näher darauf einzugehen; wir begnügen uns damit, zu wiederholen, daß Strauß sich in starken Widersprüchen mit sich selbst befindet.

Vom Pantheismus war Friedrich Vischer ganz ebenso erfüllt, wie Strauß. Gerade seine Abhandlung über den „alten und den neuen Glauben" im 6. Heft der neuen kritischen Gänge von 1873 liefert einen Beweis hierfür und enthält nichts weniger als eine Absage an seinen alten Freund, wie man irrthümlicher Weise gemeint hat: wer dies annimmt, muß den Aufsatz nicht recht gelesen haben. Vischer erklärt sich hier (S. 217 f.) ganz wie früher ausdrücklich und aufs Entschiedenste für den Monismus und gegen den Dualismus und macht an dem „alten und neuen Glauben" nur die Ausstellung, daß das Buch mehrfache Lücken enthalte und tieferer Begründung ermangele (S. 218 f.), zu dem kritischen „am heftigsten angegriffenen" Theil spricht er seine ungetheilte Zustimmung (S. 205. 227) und sogar seine Ansicht aus, daß ihm Strauß in gewissem Sinne nicht weit genug gegangen sei (S. 206).*) Besonders zu beachten sind noch die trefflichen Worte über den Glauben an eine gerechte Weltordnung S. XI und 208 f., die mit Strauß nicht nur nicht in Widerspruch stehen, sondern mit den von Harräus auf S. 300 aus der Vorrede zum Leben Jesu von 1864 S. XVII entnommenen Anführungen über „den Glauben, daß es eine geistige und sittliche Macht ist, welche die Welt beherrscht", zum Theil wörtlich übereinstimmen. Alles Ideale ist im Grunde Glaube, und es war ein Fortschritt von Strauß, nicht ein Schritt abwärts, daß er seine letzte Schrift den alten und den neuen Glauben nannte und damit seine frühere, namentlich in der „Glaubenslehre" vertretene Auffassung verlassen hat, wonach die Wissenden einen unüberbrückbaren Gegensatz zu den Glaubenden bilden sollten.

---

*) Bestätigt wird das oben Gesagte durch Zellers Worte am Schluß der „Ausgewählten Briefe von D. F. Strauß" (S. 586): „Geht aber schon aus dieser Abhandlung selbst (in den neuen kritischen Gängen Heft 6, s. oben!) hervor, wie fern es Vischer lag, sich mit derselben von dem alten Freund und Kampfgenossen lossagen zu wollen, so erhellt dies noch deutlicher aus zwei Aeußerungen nach Strauß' Tod: der Anzeige von Reuschles der Erinnerung an Strauß gewidmeter Schrift (Altes und Neues 3. Heft S. 181 ff.), besonders aber den schönen und warmen Worten, mit denen er 1884 die Enthüllung der Gedenktafel an Strauß' Geburtshaus begleitet. (Altes und Neues, N. F., S. 225 ff.)"

Es erscheint durchaus geboten, hierauf hinzuweisen, um eine Sagenbildung in Betreff des Verhältnisses von Vischer zu Strauß nicht aufkommen zu lassen, zu deren Förderung die Bemerkung von Harräus auf S. 373, daß Vischer nun doch öffentlich gegen Strauß Stellung genommen habe, nur beitragen kann. Daß Vischer als Gegner Strauß gegenübertreten wolle, war eine Annahme Rapps (s. Strauß' Brief vom 30. Januar 1873, S. 545 der Briefsammlung), aber eine ganz falsche.



Strauß' letzte Schrift ist diejenige, um welche sich heutzutage ebenso unser Interesse konzentrirt, wie dies in früheren Jahren mit dem „Leben Jesu" der Fall war. Der Verfasser des Lebens Jesu und des alten und neuen Glaubens hat aber auch auf anderen Gebieten eine hervorragende Thätigkeit entwickelt, vornehmlich in historischen und literarischen Biographien und Lebensbildern, sowie in kleineren Arbeiten mannigfachsten, insbesondere ästhetischen, aber auch politischen Inhalts. Wir bedauern, der lichtvollen Darstellung hier nicht näher treten zu können, die uns Harräus hiervon giebt, wir müssen uns damit begnügen, ihm unsere Anerkennung und Zustimmung auszusprechen, die wir seiner Besprechung von Strauß' Leistungen auf diesen Gebieten schuldig sind. Um nur eins zu nennen: die Analyse von Strauß' politischer Satire aus dem Jahr 1847 „Der Romantiker auf dem Throne der Cäsaren" S. 192 ff. läßt nichts zu wünschen und rechtfertigt das Urtheil, daß diese kleine Schrift, „an der sowohl die Gelehrsamkeit als der Scharfsinn und die Feinheit der Darstellung zu bewundern ist", „zu dem Geistreichsten und Interessantesten gerechnet zu werden pflegt, was Strauß geschrieben hat."

Nicht minder anzuerkennen ist die Hervorhebung der Grundzüge von Strauß' Persönlichkeit, die ein tiefes und sympathisches Verständniß derselben bekundet. Harräus spricht u. A. von Strauß' zartem Empfinden (S. 35 u. 366*), sodann von seinem Widerwillen gegen bloß polemisches Schreiben (S. 102 u. 106), womit er den Beweis liefert, daß er Strauß genauer kennt, als die meisten Beurtheiler; denn Strauß war von Hause aus eine positive Natur. „Strauß im Verkehr mit anderen Menschen, insbesondere mit seinen Freunden", würde ein interessantes Kapitel abgeben. Unser Verfasser streift dasselbe an einigen Stellen. Sehr zu beachten ist sein maßvolles Urtheil (S. 231), dem wir durchaus zustimmen, über Strauß' Zerwürfniß mit Ludwig Steub bei Gelegenheit von dessen Rezension über das „Lebens- und Charakterbild Märklins": „Steub hatte gewiß durch unpassendes, ja unbegreifliches Benehmen den Bruch verschuldet. Auf Strauß' Seite aber begegnen wir diesmal, wie so oft, jenen Eigenschaften, welche viel dazu beigetragen haben, sein Leben in mancher Hinsicht zu vereinsamen und zu veröden."

Damit ist in erster Linie Strauß' Reizbarkeit (vergl. S. 366) gemeint, die seine Feinfühligkeit leicht in Empfindlichkeit übergehen ließ. Wie im Verkehr mit seinen Freunden, spielte diese unzweifelhaft auch in seiner Ehe eine große Rolle.

Es ist unmöglich für einen Biographen, an diesem für jeden Menschen

---

*) Außer den oben angeführten Stellen ist für diese Seite von Strauß' Wesen Harräus' Bemerkung auf S. 344 sehr bezeichnend: „Vischer stand selbst noch nach den Tagen von Sedan und Paris, wenn auch nicht mit dem Verstande, so doch mit dem Herzen zu Oesterreich, und es bedurfte der ganzen Feinheit die wir an den hierher gehörigen Strauß'schen Briefen bewundern, um in dem Politiker den persönlichen Freund nicht zu verletzen."



so wichtigen und oft entscheidenden Lebensabschnitt stillschweigend vorüberzugehen. Harräus bespricht Strauß' Ehe im 15. Kapitel seines Buchs in ziemlich ausführlicher Weise, ohne zu einem bestimmten Endurtheil zu gelangen. Es ergeht ihm damit, wie allen Anderen, die darüber geschrieben haben, seine Darstellung enthält Lücken und muß solche enthalten, weil ihm die Totalität der Verhältnisse ebenso wenig bekannt ist, wie Anderen; namentlich ein sehr wesentlicher Faktor ist ganz unberührt geblieben. Ich fühle mich nicht berufen zu dem Versuch, diese Lücken ausfüllen zu wollen, möchte aber das Eine bemerken, daß meines Erachtens die Mittheilung der vollen Wahrheit von berufener Seite, die sich noch immer sowohl in großen wie in kleinen Verhältnissen als das Richtigste und Zweckmäßigste erwiesen hat, auch hier zu wünschen wäre. Ganz falsch aber ist es, bloße Andeutungen zu geben, wie dies durch die Veröffentlichung von Strauß' Brief an Vischer vom 16. August 1846 in der von Zeller herausgegebenen Briefsammlung (Nr. 174 S. 189) geschehen ist: entweder mehr oder weniger! Bei dem bis jetzt vorliegenden Material scheint mir eine Hauptfrage die Werthschätzung der Aussprüche der Frau Kauffmann zu sein, welche Hausrath einfach die vortreffliche Frau Kauffmann nennt, wogegen sie von Harräus hier als nicht unparteiisch und theilweise sogar als entschieden ungerecht angesehen wird (S. 170, vergl. auch S. 177).

Für verpflichtet halte ich mich, zur Ergänzung meiner früheren Aeußerungen über Strauß' eheliches Verhältniß (s. meine fünf Aufsätze über Strauß S. 4, 36 f., 66 ff. und meinen Aufsatz über Eck S. 118 f.) hier auszusprechen, daß mir die Persönlichkeit der Frau Agnese Strauß-Schebest nach Briefen von ihr, die mir zur Einsichtnahme angeboten wurden, bedeutender erscheint, als nach dem Eindruck, den man aus ihrer Selbstbiographie („Aus dem Leben einer Künstlerin. Von Agnese Schebest." Stuttgart 1857) gewinnt. Die Briefe enthalten eine Fülle von Geist und Gemüth und ein Brief sehr zu beachtende Gedanken über Strauß' Leben Jesu von 1864.

Im letzten Kapitel seines Buchs kommt Harräus, nachdem er einen Ueberblick über Strauß' Lebensgang und innere Entwicklung gegeben und ihn als Theolog, Philosoph und Historiker gewürdigt hat, auf seine Bedeutung als Schriftsteller zu sprechen und stimmt dem Urtheil Rümelins bei, der von Strauß sagt, daß er „als Meister der Sprache und Darstellung, sowohl im ernsten Schritt der Wissenschaft, wie in dem leichteren Geplänkel kleinerer Ausführungen, in der Erzählung und im Urtheil seinesgleichen in unserer ganzen Literatur sucht." Danach war Strauß auch kein bloßes „Formtalent", wie man hier und da wohl gemeint hat.

Mit am schönsten erweisen sich Strauß' „schriftstellerische Tugenden" in den beiden Zugaben zu dem „alten und neuen Glauben", „Von unseren großen Dichtern" und „Von unseren großen Musikern", und wir sind erfreut, bei Harräus der Anerkennung zu begegnen, daß diese „dem Leser einen fast vollkommenen, reinen Genuß gewähren, wie sie zum Schönsten

gehören, was Strauß als Kunstkenner überhaupt geschrieben hat" (S. 360). Zumal bei Mozart und Goethe ging Strauß das Herz auf, denn diese beiden waren seine größten Lieblinge. Zu dem, was Steub hierüber Goethe anbelangend in anziehender Weise aus Strauß' Aufenthalt in München im Jahre 1849 berichtet (S. 221 bei Harräus), sei es dem Verfasser dieser Anzeige gestattet, als Abschluß eine Strauß-Anekdote anzufügen, welche für die Leser ebenso interessant sein dürfte, wie sie für ihren Urheber charakteristisch war. Es war im Winter 1856/57 während Strauß' Aufenthalt in Heidelberg. Strauß pflegte in einer abendlichen Stunde die damalige Wirthschaft zum „Stern" in der Haspelgasse unweit des Neckars zu besuchen, wo er angemessene und angenehme Gesellschaft fand, u. A. den damaligen Universitätsprofessor, späteren badischen Staatsminister Jolly. Die Unterhaltung drehte sich sehr häufig um Goethe, und Strauß wurde vielfach gedrängt, eine Biographie Goethes zu schreiben und an die Stelle des nicht lange vorher erschienenen seichten Buches von Lewes etwas Gediegeneres zu setzen. Die Rede kam auch auf „die Wahlverwandtschaften" und Jolly bemängelte es, daß Goethe im Alter von 58 Jahren sich noch einmal verliebt habe (in Minna Herzlieb). „Das war sein Beruf", ertönte Strauß' prompte Antwort darauf. Strauß schien selbst Freude zu haben an diesem seinen Ausspruch; denn er fragte mich später einmal, ob ich mich noch an diese kleine Szene erinnere, was natürlich der Fall war.

Wie schade ist es doch, daß wir aus seiner Feder nicht ein Leben Goethes bekommen haben! ein Bedauern, das von Harräus nicht nur getheilt, sondern auf die übrigen Hauptvertreter unserer zweiten klassischen Literaturperiode ausgedehnt wird.

Philosophie.

Grundzüge der konstitutiven Erfahrungsphilosophie als Theorie des immanenten Erfahrungsmonismus. Von Dr. Ferdinand Jacob Schmidt. Berlin, Behr's Verlag. 252 S.

Die Erkenntnißtheorie — das unterliegt wohl keinem Zweifel — ist in Folge ihres einseitigen Ausgehens von dem empirischen Einzelbewußtsein in eine subjektivistische Sackgasse gerathen, aus der sie die raffinirtesten Künste der Immanenzphilosophen nicht in den lebendigen Strom objektiver Realität zurückzuführen vermögen. Jemehr nun das philosophische — oder oft auch nur pseudo-philosophische — Interesse vor dieser Resultatlosigkeit in empirisch-psychologische oder historisch-kritische Untersuchungen flüchtet, um so größere Theilnahme verdient es, wenn wieder einmal das erkenntniß-theoretische Grundproblem von einem wirklich philosophischen Kopf von neuen Gesichtspunkten aus in Angriff genommen und eine systematische Grundlegung der theoretischen und praktischen Philosophie zu leisten versucht wird.

Ein solches Unternehmen liegt in F. J. Schmidts „Grundzügen der konstitutiven Erfahrungsphilosophie“ vor uns.

Der Verfasser geht davon aus, daß die Philosophie nicht die individuellen Erkenntnißfunktionen zum Ausgangspunkt nehmen dürfe, sondern die Einheit des gegebenen Erfahrungszusammenhanges überhaupt; Aufgabe der Philosophie sei es, die konstituirenden allgemeinen Bedingungen dieses Erfahrungszusammenhanges aufzudecken. Die subjektive Erfahrung (als Denken, Wollen, Empfinden, Wahrnehmen) wird darnach nur als differenzirte Funktion der einheitlichen allgemeinen Erfahrungsfunktion angenommen. Die Zeit sei gekommen, wo man sich von der hellenischen, genauer: der attischen Metaphysik, die das abendländische Denken bis Kant hin und darüber hinaus beherrscht habe, losmachen müsse. Diese Metaphysik mit ihrem ausgesprochenen Dualismus ist in der That attischen Ursprungs. Die Vorsokratiker wandelten andere Bahnen; ihr Ziel war die Entdeckung eines einzigen umfassenden Seinsprinzips; erst mit Sokrates erscheint das Bewußtsein als Ausgangspunkt; anstatt nach immanenten Seinsprinzipien fragt Sokrates nach Denkprinzipien und findet die objektive Nothwendigkeit allein im Begriff. Diese Philosophie kann freilich auch nicht umhin, mit der sinnlichen Wahrnehmung zu beginnen; indessen wird diese doch in ihrer Veränderlichkeit und Vergänglichkeit gegenüber der Konstanz des Begriffs als zufällig und sekundär, als bloße δόξα behandelt, und so entsteht nothwendig der Dualismus zwischen Zufälligem und Nothwendigem, d. h. zwischen Sinnlichkeit und Vernunft, Wahrnehmen und Denken, Materiellem und Ideellem, Welt und Gott.

Wenn nun freilich der Verfasser behauptet, daß uns dieser Dualismus (der ja vom Platonismus aus auch in die Dogmenbildung der christlichen Religion eingedrungen ist) im tiefsten Kern fremdartig sei, so muß dem doch widersprochen werden. Sicherlich ist dieser Dualismus kein Letztes, bei dem wir uns endgiltig beruhigen können; aber er widerspricht durchaus nicht, wie Schmidt meint, unserem ursprünglichen Erfahrungsbewußtsein: dieses beginnt vielmehr gerade nothwendiger Weise mit dem Dualismus, während das monistische Einigungsstreben schon die Differenz mit ihrer Unruhe und Unbefriedigtheit voraussetzt. Und nicht nur in der individuellen, auch in der generellen Entwicklung ist dies der Fall; die großen philosophischen Epochen der neueren Zeit setzen schöpferisch kräftig mit dem Dualismus ein, auf den dann erst die monistischen Einigungsversuche folgen; so setzt Spinoza den cartesianischen Dualismus voraus, und Hegel den kantischen. Die Wahrheit ist also, daß sowohl Dualismus wie Monismus nothwendig in unserem Denken begründet sind; daß wir freilich endgiltige Befriedigung nur in einer monistischen Auffassung finden können, welche jedoch die Gegensätze des Dualismus nicht einfach ignoriren oder als fremdartig bei Seite schieben darf, sondern als die Spannung und Bewegung wach erhaltenden Momente des Absoluten anerkennen muß. —

Für diese von Attika ausgehende dualistische Metaphysik hat nun

Schmidt den Namen „Psychologismus" in Bereitschaft, den er natürlich nicht mit Psychologie verwechselt wissen will. Die Psychologie ist eine empirische Einzelwissenschaft, der Psychologismus dagegen nach Schmidts Definition diejenige Richtung der Philosophie selber, „welche die Möglichkeit untersucht, von dem individuellen Bewußtsein über dieses hinaus zu den obersten Prinzipien des Seins und Denkens zu gelangen". Und zwar unterscheidet Schmidt einen subjektiven und einen spekulativen Psychologismus. Unter jenem versteht er die subjektivistische Skepsis der Sophisten, und hierfür wird das Wort wohl ohne Bedenken als zutreffend angenommen werden können; der spekulative Psychologismus dagegen soll jene Richtung der Metaphysik bezeichnen, welche die Philosophiegeschichte bisher mit dem Namen Rationalismus belegt hat, und hier dürfte die Berechtigung einer solchen Bezeichnung nicht ohne Weiteres einleuchten. Ausschlaggebend für die gemeinsame Benennung der beiden so entgegengesetzten Richtungen ist für Schmidt die bei beiden vorhandene „psychologistische" Prämisse, wonach die menschliche Erfahrung lediglich subjektiver, individueller Natur sei; während nun aber die Sophistik sich dabei beruhige und die Subjektivität aller Erfahrung behaupte, die damit dann zur bloßen Meinung herabsinkt, strebe gerade der „spekulative" Psychologismus über diesen Ausgangspunkt, eben wegen seiner Zufälligkeit, hinaus zu einer höheren Instanz, nämlich zur Vernunft und ihrer Gesetzmäßigkeit, die ihm allein objektive Giltigkeit zu verheißen scheint. Es ist klar, was den Verfasser dazu veranlaßt, diese letztere Richtung nicht nach ihrem positiven rationalistischen Wesenskern zu bezeichnen, sondern nach ihrem zugestandenermaßen sekundären Ausgangspunkt: er will möglichst scharf den Punkt hervorheben, in dem sich diese Richtung von seiner eigenen unterscheidet, und das ist nicht die antiskeptische Ueberzeugung, daß es allgemeingiltige Erkenntnisse giebt; hierin stimmen vielmehr beide bei aller Abweichung in der Methode überein; der Punkt der Differenz ist vielmehr die erkenntnißtheoretische Bewerthung der empirischen Erfahrung des individuellen Bewußtseins. Für den Rationalismus ist diese Erfahrung nur zufällig und sekundär; in der Auffassung des Verfassers dagegen ist sie ein spezifischer Fall einer allgemeinen Erfahrungseinheit, aus der sie ableitbar ist und ihre objektive Giltigkeit empfängt.

Den Höhepunkt jener alten, die ganze abendländische Metaphysik beherrschenden Richtung erblickt nun der Verfasser in Kant, dessen Philosophie indessen einen Januskopf trage; das nach rückwärts schauende Haupt sei das „dogmatische" kopernikanische Aperçu, daß die Erfahrung sich nach unseren subjektiven apriorischen Funktionen richte und ihr allein unter dieser Voraussetzung Allgemeingültigkeit und Nothwendigkeit zugesprochen werden könne. Also gerade den Gedanken, der von unseren Kantianern wohl ohne Ausnahme als der unerschütterliche Eckpfeiler alles Philosophirens betrachtet wird, erklärt Schmidt für den rückständigen! Mit Begeisterung dagegen wendet er sich der Weltkonzeption Goethes zu; wäh-

rend in der versinkenden Weltanschauung das Zentrum in der Einheit des Selbstbewußtseins liegt, ist in der „morgenschön am Horizont emportauchenden" das Ganze der Natur der Standpunkt, von dem aus der Blick auf das Einzelne fällt (S. 81). Der philosophischen Erfassung und Begründung dieses Standpunktes, die Goethe vermißte und die zu leisten auch nicht seines Amtes war, widmet nun der Verfasser den systematischen Theil seines Werkes, der auf den — übrigens nicht nur inhaltlich anregend, sondern auch formell interessant geschriebenen historisch-kritischen Theil folgt.

Was versteht nun Schmidt unter einem allgemeinen Erfahrungszusammenhang, von dem jeder individuelle nur ein spezieller Fall sein soll? Als kritisch geschulter Denker kann er natürlich Erfahrung nicht ohne das Korrelat eines Bewußtseins annehmen, dem allgemeinen Erfahrungszusammenhang muß also ein allgemeiner Bewußtseinszusammenhang entsprechen oder korrekter: Die Gesammtheit des Gegebenen ist dieses allgemeine Erfahrungsbewußtsein selber. Bewußtsein überhaupt und Ich- oder Selbstbewußtsein sind demnach nicht dasselbe; der Ausgangspunkt darf weder einseitig das Objekt, noch das Subjekt, sondern muß das einheitliche ungeschiedene Ganze äußerer und innerer Erfahrung sein. Schmidt erwartet hier natürlich sogleich die Einwände des Materialisten und des „Psychologisten"; ersterer behauptet: das Gegebene ist nichts als die raumerfüllende Materie einschließlich unseres Körpers; letzterer: das Gegebene ist unser subjektiver Bewußtseinsinhalt. Der Materialist ist leicht zurückzuweisen: Alles Gegebene ist in der That nur als Bewußtsein gegeben; weit schwieriger widerlegbar ist, wie Schmidt sehr wohl erkennt, der psychologistische Standpunkt, dessen Irrthum darin bestehen soll, den Begriff des „Bewußtseins" mit individuellem Bewußtsein zu identifiziren. Um in diesem entscheidenden Punkte jedem Mißverständniß vorzubeugen, will ich hier des Verfassers eigene Worte hinzusetzen, mit denen er seinen Standpunkt dem Psychologismus gegenüber vertheidigt. „Es ist wahr" — das räumt er zunächst der subjektivistischen Auffassung ein — „eben weil wir als Menschen Individuen sind, kann uns auch Alles, was uns gegeben wird, immer nur in Verbindung mit unserem individuellen Erfahrungsbewußtsein gegeben werden. Aber wenngleich diese Verbindung nothwendig ist, so ist doch damit keineswegs ausgemacht, daß das so Verbundene nun auch eben nur individueller Natur sei. Vielmehr geht aus der Thatsache, daß der uns gegebene Erfahrungszusammenhang nicht bloß unsere individuellen Bewußtseinszustände, sondern, wenn auch in abnehmender Deutlichkeit, einen ins Unendliche gehenden Zusammenhang darstellt, klar hervor, daß unsere Bewußtseinssphäre eben nicht nur individuelles Bewußtsein ist, sondern daß dieses an ein allgemeines Erfahrungsbewußtsein gebunden und dadurch gesetzmäßig bestimmt ist. Denn nur so ist es zu erklären, daß die unseren individuellen Bewußtseinszustand verändernden Erfahrungsbestimmungen nicht nur subjektiv-innerlich, sondern vermittelst der zu Grunde liegenden Bestimmtheit des allgemeinen Er-

fahrungsbewußtseins zugleich objektiv-außerindividuell vorgestellt werden Darauf also wird es ankommen, daß wir aus der Gegebenheit des allgemeinen Erfahrungszusammenhanges diese mit unserem individuellen Bewußtsein verbundene Bestimmtheit des Erfahrungsbewußtseins überhaupt ermitteln und so die Prinzipien aller besonderen Naturgesetze in ihrer nothwendigen Allgemeingültigkeit feststellen."

Wenn ich den Verfasser hier nicht völlig mißverstehe, so will er die Subjektivität des zufälligen, beliebigen individuellen Bewußtseins überwinden durch den Begriff eines Bewußtseins überhaupt; dann aber sehe ich nicht ein, wie er seine Differenz von Kant als so groß hinstellen kann, wie er es thatsächlich thut.

Sucht Kant nicht auch die konstituirenden Bedingungen der Erfahrung, die er Kategorien nennt, und zwar aller möglichen Erfahrung, d. h. also doch nicht der Erfahrung dieses oder jenes individuellen Bewußtseins, sondern eines Bewußtseins überhaupt?

Freilich sind der Abweichungen von Kant in wichtigen Punkten nicht wenige; so z. B. faßt Schmidt das Verhältniß des Begriffs der Veränderung zur Zeit gerade umgekehrt als Kant, d. h. also die Veränderung als das primäre, die nicht aus der Zeitvorstellung erst ableitbar ist. Auch erblickt er in der Zeit selber nicht bloß eine reine Anschauung, sondern eine Funktion, als welche sie das Mannigfaltige (d. h. also der Wahrnehmungen) als Veränderung eines Identischen (d. h. also des Bewußtseins) der Form nach einheitlich verknüpft.

Da es mir darauf ankam, einige der leitenden Grundgedanken des Buches ausführlicher zu behandeln, so muß ich darauf verzichten, auf den reichen Inhalt der systematischen Ausgestaltung einzugehen, in den sich niemand ohne Nutzen und Anregung vertiefen wird, auch wenn er dessen Gedankengängen nicht überall zustimmen kann. Zum Schluß gestatte mir der Verfasser noch eine Bemerkung: Wäre im historisch-kritischen Theil nicht die Gelegenheit gewesen, derjenigen Richtung, die ebenfalls, wenn auch auf spekulativ-metaphysischem Wege bestrebt ist, von einer Identität des Subjektiven und Objektiven auszugehen, eine gerechtere Würdigung zu Theil werden zu lassen, als dies unter dem Hochdruck naturwissenschaftlicher Ueberhebung bisher der Fall gewesen ist? Während Schmidt die von Albert Lange an Sokrates als einem „Reaktionär im schlimmsten Sinne des Wortes" geübte Kritik mit treffenden Worten zurückweist, hat er für Hegel nur die von demselben Lange in Kurs gesetzten Wendungen, wie: Begriffsdichtung, die Wirklichkeit phantastisch überfliegende Spekulation, Rückfall in vorkantischen Dogmatismus in Bereitschaft. In Wahrheit hat Hegel an die Stelle des „dogmatischen" kopernikanischen Aperçus Kants, welches das Ansich der Dinge zu einem von den Kategorien verlassenen „formlosen Klumpen" macht, die Lehre von der im objektiven Sein und subjektiven Denken an und für sich identischen Vernunft gesetzt. Diese Lehre macht die Welt begreiflich, indem sie das Subjekt zugleich aus seiner

Isolirtheit erlöst; sie ist kein Rückfall in Vorkantianismus, sondern eine konsequente Weiterbildung der Vernunftkritik und Auflösung ihrer Widersprüche; sie ist keine Begriffsdichtung, denn sie erfindet keine Monaden, und sie überfliegt auch die Wirklichkeit nicht phantastisch, sondern giebt nur den allgemeinsten Rahmen für alle mögliche Erfahrung ab: und zwar ist dieser Rahmen kein totes, starres Gerippe, sondern eine lebendige Dialektik innerlich organisch zusammenhängender und ineinander übergehender Begriffe, die, weit entfernt von allem Schematismus, die Erfahrung weder antizipiren noch gar überflüssig machen, sondern sie nur vor der einseitigen Fassung in starre Reflexionsbegriffe bewahren und eine wahrhafte Weltkonzeption sub specie aeterni ermöglichen sollen.

Daß unser Verfasser einer solchen lebendigen Dialektik garnicht so fern steht, beweist seine Behandlung der Begriffe Diskretion der Wahrnehmung in einem kontinuirlichen Bewußtsein, Veränderlichkeit in der Substanz und vieler anderer, die der philosophisch interessirte Leser schon selber finden wird. — Dr. Joh. Schubert.

Pädagogik.

Zwei akademische Proteste für die Gymnasialbildung.

Hermann Fischer, Der Neuhumanismus in der Deutschen Literatur. Rektoratsrede. Tübingen (H. Laupp'sche Buchhandlung) 1902. 31 S. Oktav.

Martin von Schanz, Die neue Universität und die neue Mittelschule. Akademische Festrede. Würzburg (A. Stubers Verlag) 1902. 52 S. Großoktav.

Die beiden Schriften, deren Titel hier genannt sind, stimmen darin überein, daß ihre Verfasser von dem hohen Werthe der gymnasialen Bildung durchdrungen sind, daß sie eine Gefahr für deren Bestand in der neuesten Wendung der preußischen Schulpolitik erblicken und dem gegenüber die Ueberzeugung zu begründen und zu verbreiten suchen, daß ein so kostbares Gut unserem Volke erhalten bleiben müsse. Fischer deutet diesen Zusammenhang nur am Ende seiner Rede an; deren eigentlicher Inhalt ist ohne Beziehung auf aktuelle Fragen, rein historisch. In kurzen Zügen und doch so recht aus dem Vollen arbeitend, schildert der Verfasser die Bewegung, durch welche im letzten Drittel des achtzehnten Jahrhunderts griechische Kunst und Literatur eine herrschende Stellung im deutschen Geistesleben gewann. Winckelmann, Herder, Goethe, Schiller werden, nach dem was sie gewollt und was sie erreicht haben, gewürdigt, dazu zwei dem heutigen Kreise der Literaturfreunde weniger vertraute, Heinze und Hölderlin, für deren Verständniß und gerechte Beurtheilung im Vorbeigehen Treffendes und Wirksames gesagt wird. Das Hauptgewicht der Ausführungen des Verfassers liegt aber in der Stellung, die er zu der Frage einnimmt, ob

und in welcher Weise die Werke der Griechen für die Schöpfungen moderner und im Besonderen deutscher Kunst und Poesie als vorbildlich zu gelten haben. Er erinnert an Herders Warnung vor direktem Nachahmen: „Nicht die Schriften und Formen der Alten sollen nachgeahmt werden; ihr Geist soll angeeignet und mit dem modernen, deutschen Geist vermählt werden!" Auf Baukunst angewandt würde dies beispielsweise bedeuten, daß das alte Museum und die Börse in Berlin viel größeres Verdienst haben als die Nationalgalerie, weil sie Elemente alter Architektur in freier Verbindung und selbständiger, einem neuen Zwecke angepaßte Verwendung zeigen, während dort die fertige Form eines antiken Gotteshauses herübergenommen und einer Bestimmung dienstbar gemacht ist, zu der sie nicht paßt. Von ähnlicher Art ist auf dem Gebiete der Literatur ein Doppelbeispiel, das Fischer anführt: Goethes Achilleis nennt er „ein schwächliches Produkt anempfindender Kunst", wogegen der Dichter in Hermann und Dorothea mit um so größerem Glücke gezeigt habe, wie schön es sei „Homeride zu sein, auch nur als letzter". Auch hier steht organische Umbildung und lebendige Verwerthung antiker Formelemente der unmittelbaren Nachahmung gegenüber, die offenbar den Dichter selbst wenig befriedigt hat; sein Sang von Achill ist ein kleines Fragment geblieben. Daß im Ganzen er sowohl wie Schiller im Verlauf ihrer gemeinsamen Entwickelung dahin gekommen sind, die Anlehnung an griechische Muster zu übertreiben, erkennt der Verfasser ausdrücklich an; von der Braut von Messina sagt er: „ein glänzender Versuch; aber kein Unglück, daß er nur das eine Mal gemacht worden ist". Damit ist aber der ursprüngliche Gedanke, für den Winckelmann gewirkt hatte, daß das Griechenthum das Maß aller Dinge sei, nicht aufgegeben; in geändertem Sinne und neuer Wendung wird er weiterleben. Vollkommen richtig urtheilt Fischer zum Schluß: „Es ist dem heutigen Beschauer leicht, zu erkennen, wie viel Einseitiges in jener Griechenverehrung lag; aber wehe uns, wenn wir den Blick dafür verlieren sollten, wie viel Wahres, Großes, Ewiges in ihr war!"

Mitten in den Kampf um praktische Aufgaben, um Fragen der Organisation des Unterrichtswesens versetzt uns die Rede des Würzburger Rektors. Sie behandelt in erster Linie das Verhältniß der verschiedenen Hochschulen zu einander. Der Verfasser verfolgt die Geschichte der landwirthschaftlichen und forstwissenschaftlichen Akademien in Deutschland, der Institute für Thierheilkunde, und zeigt, wie sie alle die Tendenz haben sich einer Universität anzugliedern. Den Grund sieht er darin (S. 4), daß die Disziplinen, welche auf den Fachschulen betrieben werden, sich in folgerichtiger Entwickelung zur Form strenger Wissenschaftlichkeit durchringen und dann naturgemäß den Anschluß an einen größeren Organismus zu gewinnen suchen. Er billigt daher das Streben sowie dessen bisherige Resultate. Aber ist wirklich die wissenschaftliche Vertiefung jener zunächst praktischen Disziplinen der entscheidende oder gar der einzige Grund gewesen, weshalb deren Vertreter die Verbindung mit der Universität

wünschten? Lag nicht in dem hohen Ansehen der ehrwürdigen alten Hochschulen Anlaß genug, daß jüngere Lehranstalten, die ebenfalls das Ziel verfolgen, erwachsene junge Leute auf einen wichtigen Beruf vorzubereiten, das Verlangen empfanden, an jener Vorzugstellung und anerkannten Vornehmheit Antheil zu haben? Daß diese äußere Rücksicht stark mitgewirkt hat, wird man bei nüchterner Beurtheilung nicht bestreiten können; in welcher Weise und in welchem Verhältniß sich mit ihr Erwägungen sachlicher Art, wie Schanz sie ausschließlich voraussetzt, verbunden haben, müßte von Fall zu Fall geprüft werden. Daß er mit seinem unbedingten Eintreten für die Vereinigung mit der Universität nicht auf richtigem Wege ist, geht schon aus der Stellung hervor, zu der er dadurch konsequenter Weise den kaufmännischen Hochschulen gegenüber geführt wird (S. 7 f.). Er verwirft sie — und muß sie verwerfen — als „Verirrungen", als „krankhafte Schöpfungen", als Produkte „einer durchaus krankhaften Absplitterung." Und dazu gehören doch, ja werden von ihm ausdrücklich mit genannt, so fröhlich aufblühende Institute wie die in Frankfurt a. M. und Köln, in denen sich bürgerliche Tüchtigkeit und eine aufs Allgemeine und Höhere gerichtete Auffassung praktischer Berufsarbeit hoffnungsvoll bethätigen.

Anders als bei den bisher besprochenen Anstalten hat sich die Hinneigung zur Universität im Allgemeinen bei den vorzugsweise so genannten technischen Hochschulen geäußert. Sie waren an Umfang wie an mannigfaltigem Inhalt reich genug, um auf die Anlehnung an eine ältere Schwesteranstalt stolz verzichten und dafür die Forderung erheben zu können, daß sie selbst einen der Universität ähnlichen, in sich vollendeten Organismus darstellten. Nur darin verrieth sich ein Mangel an Selbstbewußtsein, daß sie meinten, ihre innere Gleichwerthigkeit bedürfe in den Augen des Publikums eines äußeren Zeichens; und dazu sei nichts geeigneter, als die Herübernahme der bei den Universitäten seit Jahrhunderten herkömmlichen Doktor-Promotion. Der Standpunkt, den Schanz einnimmt, wird am deutlichsten durch die Art charakterisirt, wie er hier urtheilt. Die Einführung des „Dr. ing.", eine Maßregel, bei der doch die menschliche Schwäche der Eitelkeit eine sehr erkennbare Rolle gespielt hat*), begrüßt er freudig als „thatsächlichen Beweis" dafür, daß „die technische Hochschule die wissenschaftliche Seite als ein wesentliches Moment des Lehrbetriebs konstituirt" habe (S. 10). Den eben hierauf gegründeten Anspruch aber, daß das Polytechnikum eine der Universität ebenbürtige, nur ihrerseits durchaus moderne Hochschule sei, lehnt er ab und möchte es mit der Gesammtheit seiner Fächer als eine neue Fakultät dem alten akademischen Körper einfügen. Freilich kann er sich für diesen Vorschlag

*) Vergl. unsere früheren Ausführungen in diesen Jahrbüchern Bd. 98, 1899, S. 347 f., wo namentlich darauf hingewiesen wurde, daß aus den Kreisen der wirklichen Ingenieure recht gewichtige Stimmen gegen die bloß nachahmende Neuerung laut geworden waren.



auf das Votum eines namhaften Lehrers einer technischen Hochschule, des Geh. Regierungsrathes Riedler in Charlottenburg*), berufen; wichtiger sind doch die Gründe, die er von sich aus für die Verschmelzung beider Anstalten geltend macht. Sie liegen theils auf der einen, theils auf der anderen Seite.

Was die Universitäten betrifft, so klagt Schanz (S. 14), daß „ein bedeutendes Stück unseres Kulturlebens ihnen fremd geblieben, daß die Wunder der Mechanik, die unser ganzes Dasein von Grund aus umgestaltet haben, nicht ihr Werk“ seien; dem entspreche es, daß das Interesse und die Bewunderung der Nation heute mehr den technischen Hochschulen zugewandt erscheine. In dieser Beobachtung liegt etwas Richtiges: der Platz, den die Universitäten und die von ihnen gepflegte Wissenschaft in dem öffentlichen Leben der Nation einnehmen, ist zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts merkbar weniger bedeutend, als er zu Anfang des neunzehnten war. Aber es hieße geradezu ihren Bankerott erklären, wenn man die Gunst des Publikums und einen größeren Antheil an der geistigen Bewegung der Zeit ihnen dadurch wieder zu verschaffen suchen wollte, daß die technischen Hochschulen, die in erfolgreichem Wettbewerb beides für sich gewonnen haben, ihrer äußeren Selbständigkeit beraubt und den älteren Schwesteranstalten einverleibt werden. Vielmehr müssen die Wissenschaften, deren Trägerin die Universität ist, von sich aus versuchen, wie sie aufs Neue stärkeren Einfluß auf das geistige Leben auch der ihnen ferner stehenden Kreise ausüben können. In dieser Richtung sind erfreuliche Anfänge bereits gemacht. Bücher wie Harnacks „Wesen des Christenthums“ und Wilamowitz' Uebersetzungen griechischer Tragödien, Veranstaltungen wie die Berliner Hochschulkurse oder, was Schanz selber erwähnt, das von Geheimrath Klein in Göttingen gegründete physikalisch-technische Institut werden zur Herstellung eines regeren Wechselverkehrs und Gedankenaustausches zwischen Universität und Leben sicher mehr beitragen als ein gewaltsamer, rein äußerlicher Eingriff, durch den an dem inneren Zustande gar nichts gebessert, nur die Benennung verschoben werden würde.

Besser begründet erscheint der Theil der Erwägungen des Verfassers, der von der Seite der technischen Lehranstalten ausgeht. Auch wer einen praktischen Beruf anders als handwerksmäßig ausüben will, bedarf heute gewisser Kenntnisse in Rechtswissenschaft und Verwaltungslehre; sehr zu wünschen ist für seine Studienzeit die Theilnahme an allgemein bildenden Vorlesungen geschichtlichen, literarischen, philosophischen Inhalts. Für beide Zwecke könnte natürlich durch die von Schanz empfohlene Verbindung mit der Universität gesorgt werden; aber dies ist doch nicht das einzige Mittel. Wo Universität und Fachhochschule an einem Orte neben einander bestehen, wird durch die alte Einrichtung, daß die Studenten jeder der beiden An-

*) Es sei gestattet auf die Kritik hinzuweisen, die Riedlers Ausführungen seinerzeit in diesen Jahrbüchern gefunden haben, eben an der schon in der vorigen Anmerkung angeführten Stelle.



stalten auch zum Hören an der andern berechtigt sind, dasselbe erreicht. In der glücklichen Lage, sich dieses Wechselverhältniß zu Nutze zu machen, ist noch jetzt die technische Hochschule in München; für die Berliner ist es durch die Auswanderung nach Charlottenburg zerstört worden. Doch da handelt es sich um eine Anstalt, die groß und entwickelt genug ist, um alle, auch die höchsten und feinsten, geistigen Bedürfnisse ihrer Zuhörer selbst zu befriedigen. Und das Gleiche kann doch wohl allgemein von den technischen Hochschulen gefordert werden; was der Verfasser gegen die in dieser Beziehung vielfach geübte Sparsamkeit sagt (S. 12), seine Klagen über ein Arbeiten mit geborgten Kräften zweiten und dritten Ranges sind gewiß berechtigt. Auch der künftige Architekt, der Ingenieur, der Maschinenbauer haben Anspruch darauf, einmal von dem vollen Strome wissenschaftlichen Lebens, der ihr Zeitalter durchzieht, berührt und ergriffen zu werden. Dafür aber reicht es nicht aus, daß sie irgendwelche Vorlesungen über Geschichte, Philosophie, Literatur hören können, sondern solche Männer müssen zu ihnen sprechen, die selbst auf der Höhe der Forschung stehen. Die technischen Hochschulen und die Regierungen, von denen sie erhalten werden, sollten eine Ehrenpflicht darin sehen, daß ihre Studenten in dieser Hinsicht nicht schlechter versorgt werden als die der Universitäten. Wenn es denn wirklich, zumal im Anfang, öfter vorkommt, daß ein Gelehrter, der sich am Polytechnikum ausgezeichnet hat, nicht ungern dem Ruf an eine Universität folgt, was schadet das? Es war doch der Gedankenkreis der technischen Wissenschaften, innerhalb dessen er zuerst seine Kräfte entwickeln und bethätigen konnte. Und vielleicht findet einmal ein Jüngerer, ein Vertreter einer neuen Richtung, die noch nach Anerkennung ringt, an der modernen Hochschule eher seinen Platz als an der altehrwürdigen, die sich als Hüterin wissenschaftlicher Tradition fühlt.

Dies alles gilt freilich nur für Institute, die so groß und vielseitig sind wie die technischen Hochschulen. Daß die kleineren Schwesteranstalten — für Forstwesen, Thierheilkunde, Landwirthschaft, Bergbau — in anderer Lage sind, wurde schon erwähnt. Für sie wird es aus praktischen Rücksichten in der That oft das Beste sein, den Anschluß an eine Universität zu suchen, weil die eigenen Mittel nicht reich genug sind, um die allgemeinen Wissenschaften mit vollwerthigen Lehrkräften auszustatten. Im Grunde aber erfordert jeder einzelne Fall seine eigene Beurtheilung. Wenn der Verfasser (S. 15 f.) eine Reihe von Beispielen anführt, in denen mit einer Universität technische Abtheilungen verbunden sind, so kann damit eine prinzipielle Forderung um so weniger begründet werden, als die Beispiele alle dem Ausland angehören. Andererseits ist es recht wohl denkbar, daß etwas Aehnliches hier oder dort, wo die Verhältnisse dazu angethan sind, sich auch bei uns als zweckmäßig erweisen wird. Vielleicht trifft dies für einen Fall zu, der eben jetzt zur Berathung steht und dem Würzburger Professor begreiflicherweise besonders am Herzen liegt (S. 17 f.), für die Frage nämlich, ob eine in Bayern zu gründende zweite technische

Hochschule nach Nürnberg gelegt oder mit der Universität Würzburg vereinigt werden soll. Darüber mitzureden maßen wir uns nicht an; unsere Absicht war nur, hier wie überall, der grundsätzlichen Uniformirung zu widersprechen.

Die Bedenken gegen das vom Verfasser aufgestellte Programm müßten noch stärker betont werden, wenn er recht hätte mit dem Satze: „Die einheitliche Gestaltung des Hochschulunterrichts hat zur Folge eine einheitliche gelehrte Mittelschule." Scheinbar ist das konsequent gedacht; thatsächlich würde ja aber an der Mannigfaltigkeit der Fächer, die studirt werden, durch ihre Vereinigung in den Abtheilungen eines alle umfassenden Lehrinstitutes nichts geändert werden. Und schon jetzt bestehen innerhalb der Universität Unterschiede der geistigen Richtung, die so groß sind, daß sie wohl die Frage rechtfertigen, ob eine und dieselbe Vorbildung für alle Zweige des Studiums gleich sehr die beste ist. Jener Satz hat für uns nur insofern Bedeutung, als er den Uebergang zum zweiten Theil der ganzen Rede vermittelt, dem Kampfe gegen die von der preußischen Regierung ausgesprochene und in der Durchführung begonnene Gleichstellung der drei Arten höherer Schulen. Schanz sieht darin einen „wuchtigen Schlag", der „gegen die altbewährte klassische Grundlage der höheren Bildung" geführt wird, und der ihn „mit dem tiefsten Kummer erfüllt" (S. 26). — Daß die Heilsamkeit, ja Nothwendigkeit jener Maßregel außerhalb Preußens, wo die bei uns durch das Gymnasialmonopol erzeugten Uebelstände großentheils unbekannt waren, nicht ohne Weiteres erkannt wird, ist begreiflich. Aber von bedenklichem Kopfschütteln zu ausgesprochener Verwerfung ist noch ein weiter Weg, den ein gewissenhafter Beurtheiler nicht gehen wird, ohne die Gründe geprüft zu haben, die zu dem ihn befremdenden Beschluß geführt haben. Wenn in den Berathungen des Deutschen Gymnasial-Vereins in Braunschweig zu Pfingsten 1900, in den Verhandlungen der amtlichen Berliner Konferenz im Juni desselben Jahres Irrthümer mitgewirkt und Schaden gestiftet haben, möge man sie nachweisen. Das thut der Verfasser nicht, macht auch nicht den kleinsten Versuch dazu. Er hat, wie es scheint, überhaupt nicht Kenntniß genommen von der Thatsache, daß es die überzeugtesten Freunde und berufene Vertreter des Gymnasiums gewesen sind, welche die Aufhebung seiner äußeren Privilegien durchgesetzt haben. So ficht er gegen Windmühlen, indem er eine schulpolitische Partei und eine Unterrichtsverwaltung, die den ernstesten Willen haben die Gymnasialbildung neu zu beleben, wie Feinde behandelt, gegen die man dieses Gut schützen müsse.

Unter diesen Umständen ist eine Verständigung kaum möglich; sie soll hier auch nicht noch einmal versucht werden. Schanz fragt entrüstet: „läßt sich ein Jurist denken ohne alle Kenntniß des römischen Rechtes? (S. 20) — als ob es nicht schon jetzt und gerade in Folge der durch das Monopol verdünnten Gymnasialbildung eine Menge von Juristen gebe, die gar nicht daran denken, eine Kenntniß des römischen Rechtes aus den Quellen zu schöpfen! Er fordert für das Studium der Thierheilkunde dieselbe Vor-

bereitung wie für das der menschlichen (S. 6), also die Absolvirung eines vollen Gymnasiums mit Latein und Griechisch, und bedenkt nicht, daß durch solche ohne inneren Zwang hochgeschraubte Forderungen nur scheinbar und höchstens einmal vorübergehend das einzelne Fach gehoben, in Wahrheit und auf die Dauer das allgemeine Bildungsniveau heruntergedrückt wird. Das meiste, was der Verfasser vorbringt, sind Bedenken, die oft gehört und oft widerlegt worden sind; nur ein Vorschlag ist, so viel mir bekannt, neu, und freilich von fundamentaler Bedeutung. Um ihn zu würdigen, muß ein wenig weiter zurückgegriffen werden.

„Die alten Sprachen und ihre Literaturen allein führen uns zu den Wurzeln unseres Kulturlebens zurück": so Schanz (S. 22), unzweifelhaft richtig. Dasselbe war die Ueberzeugung von Johannes Schulze, der im zweiten Drittel des neunzehnten Jahrhunderts das höhere Schulwesen in Preußen zu organisiren hatte. Er wünschte, daß Alle, die in einem wichtigen öffentlichen Berufe thätig sein wollten, an dieser Geistesbildung Antheil hätten; und um diesen Anspruch durchführen zu können, mußte er in dem Lehrplan des Gymnasiums eine Reihe neuer Fächer als nothwendige festsetzen, so daß jeder künftige Berufszweig schon auf der zum Studium vorbereitenden Schule zu seinem Rechte kam. In diesem encyklopädischen Charakter des Gymnasialunterrichtes lag der Ursprung alles Uebels: indem die Nebenfächer weiter wuchsen, wurde den alten Sprachen immer mehr Luft und Licht genommen; endlich war ihr Betrieb so weit eingeschränkt und unwirksam gemacht, daß der Zusammenhang mit „den Wurzeln unseres Kulturlebens", eben weil man ihn für Alle hatte erzwingen wollen, für Alle verloren zu gehen drohte. — Schulzes Zeitgenosse in Bayern und sein ausgesprochener Gegner war Friedrich Thiersch. Seinem einsichtigen Wirken hatten es die bayerischen Gymnasien zu danken, daß ihr Lehrplan nicht ebenso bunt wurde wie der preußische, daß in ihnen der humanistische Geist treuer gewahrt blieb; mittelbar ihm hatte es Preußen zu danken, daß im Frühjahr 1900, als uns eine neue Zurückdrängung der alten Sprachen drohte, der Vergleich mit dem bayerischen Schulwesen ein starkes Gewicht zu Gunsten der klassischen Bildung in die Waagschale werfen konnte. Und was empfiehlt nun Schanz für die Schulen seines engeren Vaterlandes? Um die Gymnasialbildung als unerläßlich für alle Berufsstudien aufrecht zu erhalten, will er (S. 24, 48 f.) das Lateinische am Gymnasium einschränken, das Französische verstärken, als obligatorische Fächer Englisch (die vierte fremde Sprache), Chemie und in den sechs oberen Klassen Zeichnen hinzufügen. Das heißt mit anderen Worten: die verkehrte Schulpolitik, die von Johannes Schulze inaugurirt war und die in ihrer weiteren Entwicklung bis nahe an den Zusammenbruch aller klassischen Bildung geführt hat, soll in dem Augenblick, wo man in Preußen den Fehler erkennt und einlenkt, auf einen anderen deutschen Staat übertragen werden.

Und warum das alles? Im Grunde doch aus keiner anderen Ursache

als aus Kleinmuth. Der Verfasser fürchtet, daß, wenn der Zwang zum Besuche des Gymnasiums aufhöre, es bald überhaupt keine Eltern mehr geben werde, die ihre Söhne „mit dem unnöthigen Ballast des Griechischen und Lateinischen“ würden beladen wollen (S. 19 f.). Ist wirklich die innere Kraft des klassischen Alterthums so gering, daß es als Element unseres Geisteslebens abdanken muß, wenn ihm die von der staatlichen Gewalt entlehnten äußeren Stützen entzogen werden? Vielmehr ist dies nun die Aufgabe, die uns Philologen, am Gymnasium wie an der Universität, obliegt, die inmitten aller modernen Zivilisation ungeschwächte Kraft der altklassischen Bildung durch die That zu bewähren. Für den Erfolg ist mir — wirkliche Freiheit des Wettkampfes, die wir zunächst erringen müssen, vorausgesetzt — nicht bange. Und ähnlich scheint doch schließlich, von den beiden Gelehrten deren Aeußerungen hier besprochen wurden, Hermann Fischer zu denken. Bescheidener zugleich und stolzer als der kritiklose Angriff des Anderen klingt sein Bekenntniß (S. 26): „Wir wollen die Ergebnisse der modernen Bildungsbestrebungen abwarten; der Humanist kann für das Wohl seines Volkes fürchten, für seine eigene Sache nicht.“

Düsseldorf, im September 1902. Paul Cauer.

* * *

Nachwort der Redaktion. Obgleich sachlich in allem Wesentlichen mit dem Vorstehenden einverstanden, möchte ich doch den Worten des verehrten Herrn Mitarbeiters einige Sätze hinzufügen, weil der Ton es ist, der die Musik macht, und ich diesen Ton wesentlich anders greifen möchte. Gewiß ist es richtig, daß wir nicht nach einer Uniformirung der Bildungsanstalten streben sollen und daß vielerlei praktische Rücksichten und Erwägungen in Betracht kommen, wenn die Frage auftaucht, wo eine höhere technische Lehranstalt angelegt werden soll. Aber diese praktischen Rücksichten verhindern nicht, es mit aller Energie auszusprechen, daß prinzipiell das einzig Richtige der Anschluß an eine Universität ist. Unsere Polytechniken sind bereits zu groß und zu weit entwickelt, um sie noch nachträglich mit den Universitäten zusammenzuschweißen; wo aber bei den kleineren Anstalten, Thierarzneikunde, Bergbau, Forstwesen ꝛc. die Frage auftaucht, muß man mit Entschiedenheit dafür eintreten. Die kleine Schrift von Schanz hat sich ein hohes Verdienst dadurch erworben, daß sie zum ersten Mal die Gründe für diese Vereinigung klar und sicher herausgearbeitet hat. Wer da glaubt, daß man für unsere Techniker genug thue, wenn man für ihre technische Bildung sorge, der möge dafür eintreten, daß das neue bayerische Polytechnikum nach Nürnberg kommt, denn es ist kein Zweifel, daß in dieser großen aufblühenden Industriestadt junge Techniker mancherlei lernen und mancherlei Anregung empfangen können. Wer aber weiß, welche Bedeutung es für unser ganzes Kulturdasein hat, daß auch unsern Technikern die Möglichkeit geboten wird, einmal ganz in dem Strom der allgemeinen menschlichen Bildung

unterzutauchen, der muß dafür eintreten, daß die technische Hochschule an eine allgemeine Hochschule angeschlossen wird, daß sie also nicht nach Nürnberg, sondern nach Würzburg kommt. Daß große Polytechniken, wenn nur die genügenden Mittel aufgewandt werden, selber in der Lage sind, für die allgemeine Bildung durch Anstellung von Professoren der Philosophie, der Literatur und Geschichte zu sorgen, ist eine Illusion. Erstens ist mit diesen drei Professuren die allgemeine Bildung nicht erschöpft, sondern es kann an einer Universität auch sehr wohl ein Professor der Theologie, der Philologie, der Geographie, der Nationalökonomie sein, der sie repräsentirt, ferner aber, und gerade das hat Schanz schlagend dargethan, werden die technischen Lehranstalten für die Fächer der allgemeinen Bildung nur in ganz seltenen Ausnahmefällen die Kräfte ersten Ranges haben. Mit der Aufwendung größerer Geldmittel ist da nur sehr wenig zu machen, die wirklich bedeutenden Lehrer, die immer zugleich bedeutende Forscher sind, werden stets an diejenigen Anstalten streben, wo sie nicht bloß als Vertreter von Nebenfächern gelten, also an die Universitäten. Gerade in Kollegien, die der lernbegierige Jüngling zu seiner allgemeinen Bildung hört, ist es noch wichtiger als bei den Fachkollegien, daß nicht bloß Durchschnittslehrer, sondern hervorragende Persönlichkeiten auf dem Katheder stehen; nur sehr selten oder nur vorübergehend werden die technischen Hochschulen solcher Lehrer für die allgemeinen Fächer habhaft werden können: deshalb Zusammenschluß. Historisch Gegebenes, praktische Rücksichten mögen die allgemeine Durchführung dieses Grundsatzes verhindern, Uniformität ist ja im Bildungswesen überhaupt kein erstrebenswerthes Ziel, aber das Prinzip, um das es sich handelt, muß deshalb nur umsomehr und mit umso größerer Energie ausgesprochen und festgehalten werden.

Delbrück.

Harry Schmitt, Schuldirektor und Stadtrath: **Frauenbewegung und Mädchenschulreform.** Untersuchungen und Vorschläge zur Förderung der Frauenbildungsfrage. Erster Band V und 318 Seiten. Zweiter Band VII und 408 Seiten, 8⁰. Berlin 1903. Verlag der Hofbuchhandlung von Karl Siegismund.

Ein breit und systematisch angelegtes Werk. Der Verfasser ist eine im Berliner Schulleben hervorragende Persönlichkeit, und es erscheint fast wunderbar, wie ein Mann, auf dem die Leitung einer großen Schule und ein städtisches Amt ruhen, die Zeit zur Zusammentragung eines so weitschichtigen Materials gefunden hat, wie es hier dargeboten wird. Der ganze erste Band ist lediglich der systematische Unterbau für den Hauptzweck des Ganzen: die Kritik der heutigen höheren Mädchenschule und das Reformprogramm des Autors.

Schmitt entwickelt zunächst seine Auffassung vom Wesen der modernen

Frauenbewegung, indem er sie in jedem Falle als Symptom eines vorhandenen Uebels, als eine Reaktionserscheinung gegen die Unnatürlichkeit der Lage faßt, in der sich die Frauen unserer „oberen“ Stände unzweifelhaft zum größeren Theil befinden. Diese Auffassung zeichnet sich durch ein ebenso warmes und treffsicheres Verständniß für die wirklichen Wurzeln des Uebels aus, wie durch scharfe, mitunter sehr ausführlich vorgetragene Zurückweisung der hysterischen Velleïtäten unserer modernen weiblichen Jakobiner, für die der Begriff Mann gleichbedeutend ist mit Uebelwollen, Feindseligkeit und Tyrannei. Sehr richtig wird die Grenzlinie zwischen Recht und Unrecht in der Frauenbewegung da gezogen, wo aus dem Kampf der Frau um das Recht, sich gleich dem Manne als ein vollwerthiges menschliches Individuum zu entwickeln — ein Kampf gegen die von der Natur einmal gesetzte Differenzirung der Geschlechter wird. „Die enragirtesten Gleichmacherinnen meinen, die heut vorhandene intellektuelle und gesellschaftliche Ungleichheit zwischen Mann und Weib sei von Natur gar nicht vorhanden gewesen — diese Verschiedenheiten seien nur durch eine gänzlich irregeleitete Menschheitsentwicklung erst geschaffen worden und müßten je eher, je besser wieder verschwinden. Sie verschwinden zu machen, sei das große, das höchste und letzte Ziel der Frauenbewegung.“ In der That: hier fängt die Tollheit an. Der durch Natur und Geschichte differenzirte d. h. verfeinerte und entwickelte menschliche Doppeltypus Mann — Weib soll auf die barbarische, man möchte sagen vormenschliche Stufe der relativen Gleichartigkeit zurückgeschraubt werden!

Die Frau hat ein Recht auf volle Entwicklung ihrer Persönlichkeit, weil sie nur unter dieser Voraussetzung einerseits der Nothwendigkeit, unter Umständen selbst zu erwerben, selbst einen Beruf zu wählen, ruhig ins Auge sehen kann, andererseits vor der neu erwachten, besseren Erkenntniß ihrer ideal-sittlichen Rechte und Pflichten mit gutem Gewissen bestehen kann. Dies etwa ist die Summe des ersten Bandes. Die heutige höhere Mädchenschule gewährt weder für das praktische noch für das ideale Ziel eine ausreichende Bildung; sie muß daher in geeigneter Weise reformirt werden. Das ist das Thema des zweiten Bandes. Seinen Ausführungen kann ich durchweg um so rückhaltloser beipflichten, als ich selbst zehn Jahre lang an der harten Speise gekaut habe, „höhere“ Schülerinnen unter den ebenso mangelhaften wie sachunverständigen und antiquirten Voraussetzungen der letzten ministeriellen „Bestimmungen über das Mädchenschulwesen ꝛc.“ zu unterrichten — Bestimmungen, die, soweit sie die bestehende Unzulänglichkeit auf diesem Gebiet nicht bloß kodifizirten, sie noch verschlimmerten.

Es entspricht der rücksichtslos auf die Wirklichkeit der Dinge losgehenden praktischen Offenheit des Verfassers, wenn er auch diejenigen Hemmungen des Erziehungs- und Unterrichtserfolges bei unserer weiblichen Jugend scharf beleuchtet, die vom Kinde selbst als einem Produkt des oftmals sittlich angefaulten Elternhauses und von der unzureichenden Vor-

bildung der Lehrerschaft an den Mädchenschulen ausgehen; den eigentlichen Kern aber bildet die schlagende Kritik der geltenden Regulative über den Schulaufbau selbst und über den Lehrstoff. Der den höheren Mädchenschulen vom Staate als Gegenstand des Unterrichts zugewiesene Wissensstoff ist an sich, vom Standpunkte der ihr moralisches Recht auf freie Geistesentwickelung fordernden Frau aus betrachtet, unzulänglich; zu seiner faktischen Aneignung ist überdies noch eine gleichfalls absolut ungenügende Zeitspanne (9 Schuljahre) zugewiesen. Das ist die kurze Summe der Kritik Schmitts, die Jeder, der in dieser unerfreulichsten aller bestehenden Schulfragen eigene Erfahrungen gesammelt hat, mit ihm unterschreiben wird. Der Verfasser führt seine Doppelthese ausführlich an den einzelnen Unterrichtsfächern (Religion, Deutsch, fremde Sprachen, Rechnen, Geschichte, Erdkunde, Naturwissenschaften, technische Fächer) durch. Auch auf diese Spezialgebiete wird ihm der vorurtheilsfreie Leser mit Zustimmung folgen.

Was soll geschehen, um Wandel zu schaffen? Im Wesentlichen wird vorgeschlagen: Umwandlung der bestehenden Mädchenschulen in neunklassige Realschulen und Aufsetzung einer dreiklassigen Oberstufe — also Organisation als Oberrealschule — für die besten und bewährtesten unter den vorhandenen Anstalten. Zwischen Real- und Oberrealschule wird ein „Uebergangsjahr“ eingeschoben. Dieses Uebergangsjahr ist aber nicht etwa gedacht als organisches Bindeglied zwischen Ober- und Unterstufe, sondern vermöge des ihm zugewiesenen Unterrichtsstoffes ist es einerseits praktische Vorbereitung der jungen Mädchen auf ihren dereinstigen, sei es draußen erwerbenden, sei es häuslichen und Mutterberuf, andererseits aber auch ein Faktor der Ausgleichung und Abspannung in dem kritischen Entwickelungsalter der reifenden Jungfräulichkeit. Richtig verstanden und glücklich durchgeführt kann dieses Uebergangsjahr, das natürlich für den größten Theil der lernenden Mädchen den Abschluß ihrer Schulzeit bedeuten würde, ohne Zweifel ein sehr fruchtbarer Fortschritt unserer weiblichen Pädagogik werden.

Diese Mädchenschulreform bedingt natürlich eine entsprechende Umwandlung in der Heranbildung der Lehrkräfte. Das Kapitel unserer Lehrerinnenseminare ist ja vom Standpunkt der menschenwürdigen Ausbildung des Aktivvermögens weiblicher Geistesentwickelung mindestens ebenso traurig, wie die — lucus a non lucendo — sogenannte „höhere“ Mädchenschule selbst. Dafür können die, die heute als Leidende in dem vorgeschriebenen Betrieb drin stecken, nichts; sowenig wie die Vorsteher und Vorsteherinnen der existirenden Mädchenschulen für das Elend ihres Unterrichts. Es muß aber anders werden! Und dazu bedeutet das Schmittsche Buch unzweifelhaft einen kräftigen Anstoß.

Paul Rohrbach.

Literatur.

Zwei Frauenbücher.

Die Emanzipationsbewegung der Frauen unserer Zeit hat zwei Seiten. Einerseits handelt es sich um die öffentlich-rechtliche Stellung der Frauen. Was in der Hinsicht geredet, geschrieben und gefordert wird, ist allgemein bekannt. Die Frauenrechtlerinnen verstehen sich auf den nöthigen agitatorischen Lärm. Die andere Seite der Frauenbewegung wird viel weniger beachtet, obgleich sie von ungleich größerer Bedeutsamkeit ist. Es handelt sich nämlich um die psychologischen Folgen der Frauenemanzipation, um eine etwaige Umbildung und Entwicklung der Frauenseele. Wenn die Frau nach Auflösung der ursprünglichen Hauswirthschaft, deren Leiterin sie gewesen ist, in Folge der technischen und industriellen Entwicklung aus dem Hause auf den Markt des öffentlichen Lebens gedrängt, wenn sie wirthschaftlich selbständig wird, dann muß das auch von gewissen Folgen für ihre individuelle Charakterbildung begleitet sein. Ich bin weit entfernt von der Ansicht, daß die ökonomische Grundlage es ist, wodurch die Prozesse des geistigen Lebens bedingt und bestimmt werden. Wohl aber glaube ich, daß materielle und ideelle Vorgänge in der Welt durch ein geheimnißvolles Gesetz gegenseitiger Bedingtheit sich im Parallelismus entwickeln. Die aus der Veränderung der Wirthschaftsordnung zu erklärende Frauenbewegung, die sich auf die öffentlich-rechtliche Stellung der Frau bezieht, hat ihr psychologisches Seitenstück in der Emanzipation der Frauenseele. Diese Emanzipation muß schließlich auch eine veränderte Stellung der Frau als spezifisch weiblichen Wesens zum Manne zur Folge haben. Die Psychologie des Geschlechtsverhältnisses kommt in Frage. Und hierin liegt eigentlich das viel zu wenig beachtete Hauptstück der „Frauenfrage", die an dieser Stelle und letzten Endes in ganz anderem Sinne eine „Männerfrage" wird, als man es gelegentlich schon mit ein bischen Scherz und Spott bemerkt hat.

Es sind zwei von Frauen geschriebene Romane, die mir zu diesen einleitenden Bemerkungen Anlaß geben. Und ich will diese Romane hier zur Anzeige bringen — nicht, weil sie als große Kunstwerke unsere Literatur bereicherten — sondern weil es sich in ihnen um die Emanzipation der Frauenseele handelt und weil sie als Zeichen der Zeit beachtenswerth sind.

In den „Dilettanten des Lasters" (Verlag von Hermann Seemann Nachf. in Leipzig) führt C. Eysell-Kilburger (Frau Viktor Blüthgen) ein paar Mädchen vor, die mit Ernst und Liebe und nicht ohne Erfolg durch fleißige Arbeit sich eine selbständige soziale Stellung in der Gesellschaft errungen haben. Wirthschaftlich sind sie frei wie nur ein Mann frei sein kann. Aber wie ist es mit ihrem spezifischen Frauenschicksale bestellt? Wie stehen sie als Weib zum Manne? „Wenn man diese Mädchen untereinander sprechen hörte, mußte man glauben, daß sie in alle Tiefen der Sünde und der Leidenschaften untergetaucht seien, während in Wirklichkeit

ihr angestrengtes Berufsleben ihnen nicht die Zeit für Abschweifungen ließ. Bei den meisten waren durch die Ueberanstrengung des Körpers von Jugend auf die Sinne gar nicht recht zu Worte gekommen, nur die Phantasie spielte, sie rächte sich für die Kasteiung des Körpers, indem sie mit doppelt leuchtenden Farben malte.“ Diese Mädchen also, sozial frei und sexuell unfrei, sind Halbnaturen, Zwittergeschöpfe. Eine von ihnen, eine ziemlich berühmte Klaviervirtuosin, wagt es, aus reinster und leidenschaftlichster Liebe sich einem Manne hinzugeben, der auch sie liebt, ohne daß eine Heirath aus bestimmten äußeren Umständen möglich wäre. Sie erfährt, daß sie nicht die erste ist, die von jener genialen Persönlichkeit geliebt wird und auch kaum die letzte bleiben dürfte. Da flieht sie vor dem Geliebten und sinkt in die Verborgenheit. Sie scheiterte nicht etwa an der „Schlechtigkeit“ des Mannes. Sicherlich will die Verfasserin auch nicht die männliche Untreue als Regel hinstellen und zum Prinzip erheben. Der Fall ist gar nicht moralischer, sondern psychologischer Natur. Er soll bedeuten: Für den Mann ist die Liebe eine rein persönliche Angelegenheit, die er nicht als das Hauptstück seines Lebens werthet; den Sinn und Werth dieses Lebens sieht er vielmehr in seiner Arbeit für die Welt. Dem Weibe dagegen erscheint die Liebe noch immer als der Inbegriff und der Sinn des Lebens; die Liebe ist das Leben. Welcher tiefere Sinn wohnt dann aber der freigesetzten Frauenarbeit inne, wenn sie das Frauenleben nicht wirklich auszufüllen vermag? Der Zwitterzustand der sozial frei gewordenen und sexuell noch gebundenen Frau ist tragisches Frauenschicksal in unserer noch unfertigen Uebergangszeit.

Wie ist eine Schlichtung dieses Konfliktes im Sinne vorgeschrittensten „Frauenrechts“ denkbar?

Darauf giebt die auch durch sozialwissenschaftliche Arbeiten bekannt gewordene **Adele Gerhard** in ihrem Roman „**Pilgerfahrt**“ (Verlag von Gebr. Paetel in Berlin; 4 Mk.) eine ebenso bemerkenswerthe wie radikale Antwort. Die erfolgreiche Schriftstellerin Magdalena Witt verlobt sich mit dem Ingenieur Rumann, in dem sie den ihrer entwickelten Persönlichkeit ebenbürtigen Lebensgefährten gefunden zu haben glaubt. Sie löst — unter allererschwerendsten Umständen, auf deren Darlegung ich hier nicht eingehe — dieses Verlöbniß, weil sie sich in dem Charakter Rumanns getäuscht hat. Er sollte ihr Gefährte sein: sie entdeckt aber seine Herren- und Herrschernatur. „Und doch war ihr, als sei etwas Elementares, Machtvolles, etwas wie ein starkes, wildes Thier in das Zimmer hineingedrungen — etwas, das sich nicht übersehen ließ — etwas, von dem ein Strom ungebändigter Leidenschaftlichkeit ausging — trotz der Haltung des Gentleman, der vornehm gelassenen Art! Das war Alles erzwungen, erkämpft — und dahinter lauerte etwas Anderes — niedergezähmt — aber bereit, jeden Augenblick hervorzubrechen.“ Sie scheidet also von Rumann, um schließlich einen anderen Mann, den Arzt Hartung, zu heirathen. Also wird seines Wesens Art charakterisirt: „Und wie sie in sein schönes, liebe-

volles Gesicht blickte, stieg ein reines und beglückendes Bild vor ihr auf: ein kleines Kinderantlitz durfte sie schauen, und es trug seine regelmäßigen Züge, hatte seinen Ausdruck ruhiger Güte." Das also ist das letzte Ideal der emanzipirten, voll entwickelten weiblichen Persönlichkeit: der feminine Mann und ein Menschengeschlecht, dessen Antlitz weibliche Züge trägt.

Man kann sich diesem „Ideal" gegenüber, wenn man es so kraß hingestellt sieht, mit Hohn und Spott abfinden wollen. Und der Fall hat doch seine sehr bedenkliche Seite. Ich werfe nämlich die Frage auf: Finden sich nicht wirklich schon in der Totalität unseres ganzen modernen Lebens weibliche Züge? Wenn im politischen Leben an Stelle der nationalen und rein politischen Fragen die sozialen in den Vordergrund getreten sind, wenn in der Geschichtswissenschaft Kriegs- und Staatengeschichte „unmodern" geworden und durch sozialpsychologische Auffassungen verdrängt ist, wenn die Philosophie der Naturwissenschaft den Platz geräumt hat, wenn in der Kunst der rezeptive Naturalismus an Stelle des von innen aus sich heraus zeugungsfähigen Idealismus getreten ist — sind das nicht alles Zeichen dafür, daß in der Seele der Zeit eine Abkehr vom Männlichen zum Weiblichen stattgefunden hat? Und noch eins: Man vergleiche einmal die Köpfe eines Schiller und Hegel mit denen Gerhart Hauptmanns oder Virchows — sind nicht an Stelle der männlichen Züge weibliche auch im Männerantlitz getreten? Endlich noch ein Einzelfall — er klingt fast wie ein Scherz und ist doch nicht ohne jede Bedeutung: Bezeichnet man nicht ganz allgemein und unwillkürlich sogar eine bestimmte und bekannte politische Gruppe regelmäßig, wenn auch ein bischen spöttisch, mit dem Beiwort „weiblich" und ist es nicht charakteristisch, daß dieser „weibliche" Freisinn, die „Freisinnige Vereinigung" in gewissem Sinne es wirklich für sich in Anspruch nehmen darf, gewissermaßen die Vertretung „der Moderne" in der Politik zu sein, wenn man den Begriff „die Moderne" aus der Kunst in die Politik übertragen darf? Ich begnüge mich damit, diese Fragen aufzuwerfen und sie dem Nachdenken des Lesers zu überliefern. Max Lorenz.

Das Waltharilied, ein Heldensang aus dem 10. Jahrhundert, im Versmaße der Urschrift übersetzt und erläutert von Hermann Althof. Größere Ausgabe mit authentischen Abbildungen. VI und 226 S. gr. 8⁰. Dieterich'scher Verlag (Theodor Weicher) in Leipzig. Preis brosch. 4,50 Mark, geb. 5,50 Mark.

Von den Dichtungen unseres Alterthums, die mittelhochdeutschen eingeschlossen, ist nach R. Kögels Urtheil der Waltharius die einzige, die heute noch wirklich populär ist. Tausende erfreuen sich daran, denen selbst Werke wie das Nibelungenlied kein aufrichtiges Interesse abgewinnen können. So ist es denn erklärlich, daß zahlreiche Uebersetzer (wie G. Schwab, K. Simrock, V. v. Scheffel) sich die Aufgabe gestellt haben, weiteren Kreisen das Verständniß der herrlichen Dichtung zu eröffnen. Ueber die an eine

Waltharius-Uebersetzung zu stellenden Ansprüche urtheilt W. Golther in der Deutschen Literaturzeitung, 1902, Nr. 22: „Je mehr die Erkenntniß durchdringt, daß das Lied in Form und Inhalt Ekkehards Eigenthum ist, desto mehr muß die Uebersetzung der Vorlage folgen. Althofs Uebertragung („Sammlung Göschen" Nr. 46, 2. Aufl. 1900) taugt am besten, dem Laien eine Vorstellung von Waltharius zu geben.

Während die genannte Ausgabe der Althofschen Verdeutschung besonders den Zwecken der Schule dienen will, ist die neue, größere Bearbeitung dazu bestimmt, eine eingehendere Kenntniß des Liedes und der Sage von Walther und Hildegunde zu vermitteln. Nachdem der Verfasser zunächst die deutsche Volkspoesie im frühen Mittelalter und das Verhältniß der Geistlichkeit zu derselben einer Betrachtung unterzogen hat, führt er uns nach der Wiege des Walthariliedes, der ehrwürdigen Abtei St. Gallen, und schildert deren Bedeutung für die Literatur. Das folgende Kapitel beschäftigt sich mit der Person des Dichters, sowie mit der literarischen und ästhetischen Bedeutung seines Werkes. S. 61—109 enthalten Geralds Widmung und die hexametrische Uebersetzung des Walthariliedes in zwölf Abenteuern, der ausführliche Erläuterungen folgen, die besonders über die bei der Lektüre des Epos in Frage kommenden deutschen Alterthümer mannigfacher Art belehren. Sodann wird die weitere Verbreitung und Bearbeitung der Walthersage behandelt und das Verhältniß Ekkehards zu seiner Vorlage erörtert, worauf dem Leser in Wort und Bild der Schauplatz der Kämpfe Walthers im Wasgenwalde vor Augen geführt wird. Inhalt und Ausstattung machen das Buch besonders als Geschenk für Freunde der deutschen Literatur und als Prämie für reifere Schüler geeignet.

Theater-Korrespondenz.

Deutsches Theater: Monna Vanna, Schauspiel in drei Aufzügen von Maurice Maeterlinck. Deutsch von Friedrich von Oppeln-Bronikowski.

Kleines Theater (Schall und Rauch): Rausch. Tragikomödie in vier Akten (acht Szenen) von August Strindberg. Deutsch von Emil Schering.

Lessing-Theater: Kaltwasser. Lustspiel in drei Aufzügen von Ludwig Fulda.

Maurice Maeterlincks neue Dichtung hat mich in einen tiefen Zwiespalt gestürzt. Es hat natürlich wenig zu bedeuten, daß die Tageskritik ohne Skrupel das Werk als ein Meisterwerk gepriesen und nebenbei mit journalistischer Fixigkeit kreuzfidel festgestellt hat, daß mit Maeterlinck eine Wandlung „zu einer freundlicheren Weltauffassung“ vor sich gegangen sei. Ich sehe die journalistischen Biedermänner ordentlich vor mir, wie sie dem Herrn Maeterlinck zu seinem neuen Optimismus gratulirend die Hand schütteln, als ob es mit dem Optimismus oder Pessimismus nur so eine Kleinigkeit wäre. Was weiß der moderne Zeitungsschreiber von philosophischen Problemen oder gar von dem inneren Erleben philosophischer Probleme! Was kommt es darauf an, daß eigentlich die ganze Welt verwandelt ist, wenn in einem dichterischen Meisterwerk — das doch, wie jedes Kunstwerk, ein Abbild der Welt sein und eine Deutung des Weltsinnes geben muß — der Optimismus an Stelle des früher vom Dichter zum Ausdruck gebrachten Pessimismus getreten ist! Und wenn die Herren Journalisten schon wirklich von der Bedeutung des spezifisch philosophischen Problems keine Ahnung haben, als „Kritiker“ sollten sie doch wenigstens wissen, daß ein solches Dichtwerk, wie dieses Maeterlincks, das einen tragischen Fall mit glücklichem Ausgang zur Behandlung bringt, die ganze bisherige Aesthetik des Tragischen über den Haufen wirft. Man kann wirklich erbittert werden über diese skrupellosen Hurrahkritiker des Optimismus, denen allerdings der Entschuldigungsgrund zur Seite steht, daß sie zu dem Zweck in Sold genommen sind, den Abonnenten beim Morgenkaffee in angenehme Tagesstimmung zu versetzen und daß eben darum der Optimismus des Zeitungsschreibers gar keine Frage der Weltanschauung, sondern ein Betriebsmittel des Gewerbes ist.

Also: Maurice Maeterlincks neue Dichtung hat mich in einen tiefen Zwiespalt gestürzt. Ich werde dem Leser diesen Zwiespalt vorführen, indem ich eine doppelseitige Analyse des Dramas gebe.

Das Stück spielt in und vor Pisa am Ende des fünfzehnten Jahrhunderts. Pisa ist von einem unter Leitung des Feldhauptmanns Prinzivalli stehenden Heer der Florentiner belagert und vermag sich keinen Tag länger zu halten. Die Belagerten sterben am Hunger. Der Kommandant von Pisa, Guido Colonna, sieht kein anderes Mittel, als daß die noch waffenfähigen Männer in einem letzten Verzweiflungskampfe fallen, oder daß die Stadt dem Feinde übergeben wird. Da kehrt Guidos greiser Vater, Marco Colonna, aus Prinzivallis Lager zurück und bringt ein Rettungsmittel. Lange zögert er, das Ungeheure zu nennen. Er redet hin und her und schrickt immer wieder zurück, das Wort vor seinem Sohne über die Lippen zu bringen. Endlich theilt er Prinzivallis Forderung mit: Die Stadt soll gerettet sein, wenn in kommender Nacht Guidos tugendreine Gattin Giovanna sich zu ihm ins Lager begeben wolle — nackt, nur mit ihrem Mantel bekleidet und bereit, bis zum Morgen bei Prinzivalli zu verweilen. Guido Colonna rast ob des frechen Angebots. Der greise Marco räth, das Opfer Giovannas für das Leben von Tausenden zu bringen. Der Sohn droht, den Vater in den tiefsten Kerker zu werfen, damit Niemand in Pisa nur ein Wort des schmachvollen Vorschlags vernehme. Marco erklärt, dem Rath der Stadt vom Verlangen Prinzivallis bereits Mittheilung gemacht zu haben. Höhnend bezweifelt der tobende Guido nicht, daß die alten Krämerseelen ohne Bedenken Giovanna zum Opfer ihrer Tugend und Ehre verdammen werden. Er irrt. Die Signoria hat es abgelehnt, zu entscheiden. Die Entscheidung und damit Rettung oder Untergang der Stadt soll allein bei Giovanna bleiben. Guido bezweifelt keinen Augenblick den Entschluß seines reinen Weibes. Marco erklärt, sie habe sich noch garnicht entschieden. Da erscheint Giovanna. Sie soll sogleich — verlangt der Gatte — dem alten, greisen, in seiner Greisenhaftigkeit feige und närrisch gewordenen Manne die gebührende Antwort geben. „Mein Vater, ich werde heute Abend gehen", so entscheidet schlicht und fest Giovanna. Guido zweifelt an ihrer Liebe. Sie versichert, ihn treu und innig zu lieben — und doch will sie heute Abend gehen — nackt, nur in ihren Mantel gehüllt, um morgen früh wiederzukehren. „Vater, Du kanntest sie besser als ich!" — ruft Guido verzweiflungsvoll am Schlusse des ersten Aktes.

Giovanna geht, nach ihrer Erklärung, „weil man in Pisa Hungers stirbt und morgen noch viel schneller sterben würde." Aus weiblichem Mitleid also bringt sie das Opfer ihrer weiblichen Ehre und damit ihrer Persönlichkeit. Mitleid und Opferwilligkeit sind Kardinaltugenden der weiblichen Seele: die unbefleckte Reinheit aber macht das Wesen des Weibes aus. Indem Giovanna durch die Verhältnisse in einen Zwiespalt zwischen Handeln und Sein gedrängt wird, indem ihre weibliche Mensch-

lichkeit und ihre weibliche Persönlichkeit in Konflikt zu einandergesetzt werden, wird sie eine echt tragische Gestalt — bestimmt zum Untergang.

Der zweite Akt spielt Nachts in Prinzivallis Zelt. Der florentinische Feldhauptmann ist nicht Florentiner von Geburt, dem Adel der Stadt entsprossen. Er ist dunkler Herkunft, ein Fremdling, ein Abenteurer, der im Kriege sein Glück gemacht hat. Und schon ist der Moment da, in dem er von der Höhe seines Glückes stürzen soll. Trivulzio, ein Florentiner Staatsmann, in dessen genialer Seele der Staatsgedanke übermächtig lebendig ist, hat erkannt, daß der Fremdling und Abenteurer an der Spitze der Heeresmacht schließlich eine Gefahr für den Staatsbestand werden müsse. Darum hat er dafür gesorgt, daß der Florentiner Senat dieser Gefahr vorbeuge. Mag Prinzivalli als Sieger oder Besiegter nach Florenz zurückkehren — auf alle Fälle ist ihm der Tod gewiß. Für die Zukunft hat Prinzivalli nichts mehr vom Leben zu erwarten, nur noch für diese Nacht — vom Weibe. Zu diesem Manne tritt Nachts ins Zelt Giovanna — nackt, nur in ihren Mantel gehüllt. Prinzivalli steht vor ihr, in seligem Anschauen versunken. Er enthüllt sie nicht, er berührt sie nicht. Er redet zu ihr mit zarten Worten. Er erzählt ihr, daß er sie schon seit vielen Jahren gekannt habe, als Kind in Venedig — damals war er zwölf, sie acht Jahre. Und nie hat er sie vergessen, immer geliebt. „In einer Liebe, die so standhaft ist, wie Eure, liegt etwas Heiliges, das auch die kälteste und tugendhafteste Frau beirren kann" — entgegnet ihm Giovanna. Aber doch versichert sie auch: „Meine Liebe zu Guido ist minder seltsam, als die, welche Ihr zu empfinden meint, aber gewiß ist sie gleichmäßiger, treuer und beständiger. Es ist die Liebe, die das Schicksal mir bestimmt hat; ich war nicht blind, als ich sie annahm; ich werde keine andere haben; und wenn sie einer bricht, ich werde es nicht sein." Schließlich aber kann es doch nicht verborgen bleiben, daß sie Prinzivalli liebt — mit einer heiligen, frommen, seligen Liebe, wie er sie. Aber Beider Liebe bleibt rein. Er berührt die Frau nicht, die Nachts zu ihm ins Zelt getreten ist — nackt, nur in ihren Mantel gehüllt. Er folgt ihr nach Pisa. Er muß ihr folgen, er muß bei dem Feinde vor dem Tode, den ihm die Freunde bereiten, Zuflucht suchen. Denn in jener Nacht noch wird ihm gemeldet, daß schon Häscher aus Florenz da wären, die ihn fesseln und dem Todesurtheil überliefern sollten.

In diesem zweiten Akte zeigt sich also, daß Giovanna keine tragische Gestalt ist, die dem Untergang geweiht wäre. Wir haben eine schöne und reine Frau vor uns, die das Unglück gehabt hat, sich über das Wesen ihrer Liebe zu ihrem Gatten zu täuschen, weil sie die wahre Liebe gar nicht kennen gelernt hat und die dann das Glück findet, das Wunder jener wahren und seligen Liebe doch noch in sich zu erleben. Der Fall kann ja psychologisch wahr sein und poetisch sehr schön gestaltet werden. Aber der tiefe Sinn geht ihm ab. Es ist kein Fall, der zum Wesen und Sinn der Welt gehörte; es ist also kein tragischer und dramatischer Fall. Ja,

es ist sogar dem Sinne nach ein etwas gewöhnlicher Fall, nämlich der bekannte der sogenannten unverstandenen Frau. Vielleicht aber wird der Fall doch noch zu tragischer Höhe gehoben, wenn Giovanna im dritten Akt mit Prinzivalli vor den Gatten tritt.

Dieser dritte Akt wirkt, für sich allein außerhalb des Zusammenhangs betrachtet, außerordentlich und bringt auch eine sehr bedeutsame gedankliche Vertiefung. Dieser Akt enthält wirklich eine Tragödie. Giovanna also kehrt mit Prinzivalli in die Stadt zurück und wird vom Volke, das ihr Blumen auf den Weg streut, als Retterin aus Todesnoth mit unbeschreiblichem Jubel empfangen. Nur Guido Colonna wendet sich von der vermeintlich Geschändeten ab. Vanna versichert, daß Prinzivalli sie nicht berührt habe. Guido glaubt ihr nicht. Vanna wiederholt die Versicherung immer wieder: „Höre mich an, sag' ich Dir! Ich habe nie gelogen; doch heute sage ich die tiefste Wahrheit, die man nur einmal sagt, die Wahrheit, die tödtet oder lebendig macht. Höre mich an, Guido, und schaue mich auch an in dieser Stunde, wenn Du mich bisher noch nicht gesehen hast; sie ist die erste und die einzige, wo Du mich lieben kannst, wie ich geliebt sein will. Ich spreche jetzt im Namen unseres Ehelebens, im Namen alles dessen, was ich bin und was Du mir bist. Sei fähig, das Unglaubliche zu glauben. Dieser Mann hat mich nicht angerührt." Guido vermag nicht, das Unglaubliche zu glauben. Er vermag das nicht für Wahrheit zu halten, denn die Wahrheit „müßte doch ans Menschliche reichen!" Guido ruft alles Volk herbei, das eben noch Giovannas Weg mit Blumen bestreut hatte und fragt, ob Jemand sei, der Giovannas Worten Glauben schenken könne. Nur der alte Marco meldet sich und Niemand sonst. Guido besteht auf seiner „Wahrheit". Er will sie mit Gewalt erzwingen. Er befiehlt, Prinzivalli in den Kerker zu werfen, durch Foltern zum Geständniß zu bringen und zu Tode zu martern. Da eilt Giovanna zu Prinzivallis Rettung herbei. Man hat ihr die Wahrheit nicht geglaubt, so wird man ihr denn die Lüge glauben. Sie erklärt, sie habe gelogen, aus Scham und zur Rache. Wohl habe Prinzivalli sie berührt, mit wilder, ekelhafter, gemeiner Liebe. Im Liebesbett habe sie ihn tödten wollen, aber er habe es verhindert und sie um so mehr geschändet. Da habe sie beschlossen, ihn mit List zum Tode zu führen. Sie habe ihm Liebe geheuchelt und er habe ihrer Lüge geglaubt. „Er glaubte meinem Lächeln. Ach, die Männer sind Thoren! Es ist recht und billig, daß sie betrogen werden! Sie beten die Lüge an! Wenn man ihnen das Leben zeigt, so glauben sie, es sei der Tod! Und bietet man ihnen den Tod, so halten sie ihn für das Leben!" Prinzivalli habe ihrer Lüge so sehr geglaubt, daß er ihr nach Pisa gefolgt sei. Aus Scham habe sie Anfangs verleugnen wollen, wie sehr er sie geschändet habe. Sie wollte allein ihre Rechnung mit ihm erledigen, indem sie ihn in tiefster Kerkereinsamkeit langsam zu Tode quäle. Auch jetzt bitte sie, man möge ihr allein Prinzivalli überlassen, ihr die Schlüssel seines Kerkers geben, sie

wolle seine grausame Kerkermeisterin sein. Die so spricht, die mit solcher Lüge das Menschliche im Weibe um des Geschlechtlichen willen entweiht, der glaubt das Volk und der glaubt der Gemahl. Die vorher, treu ihrer Natur, die reinste und heilige Wahrheit geredet hatte, vermochte keinen Glauben zu finden. Und das nun ist das echt Tragische des Falles, in dem der Wahnsinn der Welt zum Ausdruck kommt, daß in diesem Leben Wahrheit Lüge und Lüge Wahrheit wird; das ist das Gesetz des ganz gemeinen Menschlichen, an dem gerade das Hehrste und Heiligste scheitern muß. Es ist ein tragisches Schicksal, das Giovanna erleidet.

Es stimmt aufs Genaueste mit dem Schicksal überein, das Mariamne in Hebbels Drama erleidet. Auch Herodes vermag die wahre Natur seines Weibes nicht zu begreifen. Auch er mißtraut ihrer Reinheit und Wahrhaftigkeit. Auch ihm erscheint sie anders, als sie ist. Auch Mariamne darf ihr wahres und eigentliches Leben nicht leben. Sie lebt also in Wahrheit garnicht, das heißt: sie setzt sich — gleich Giovanna — ihrem wahren Wesen nach nicht durch. Genau wie Mariamne könnte auch Giovanna klagen:

Das Leben ist
In mir erloschen, ich bin längst nur noch
Ein Mittelding vom Menschen und vom Schatten
Und fass' es kaum, daß ich noch sterben kann.

Am Ende ergiebt sich aber doch ein fundamentaler Unterschied zwischen dem Werk Hebbels und dem Maeterlincks. Mariamne nämlich muß in den Tod gehen. Giovannas tragisches Mariamne-Schicksal aber nimmt ein glückliches Ende, und somit ist es gar nicht tragisch. Giovanna findet das Glück ihres Lebens durch ihre Vereinigung mit Prinzivalli, dem sie durch List und Lüge das Leben rettet. Und dieser Schluß ist vom Standpunkte alles dessen, was wir bisher als tragisch angesehen haben, ein ungeheuerlicher Schluß. Dieser Schluß nimmt — im Sinne der bisherigen Philosophie des Tragischen — dem ganzen Stück jede tragische und dramatische Bedeutung. Wir haben hier kein Abbild der Welt mehr, nicht mehr die Deutung eines Lebensgesetzes, sondern nur noch ein in Hinsicht auf poetische Stellen allerdings hoch qualifizirtes Bühnenstück, in dem die nackte Frau im schwarzen Mantel ihre spannende und rührende Rolle spielt und ihren Erfolg erzielt, indem sie zugleich die Sinne und die Seelen der Zuschauer erregt.

Der Maeterlinck-Interpret, Herr von Oppeln-Bronikowski, berichtet im „Tag“ vom 8. Oktober, daß der Dichter ursprünglich einen anderen Schluß geplant hatte. „Vanna stürzte sich, um Prinzivalli zu retten und die Wahrheit ihrer Behauptung zu erhärten, das Treppenhaus hinunter, und als sie sterbend in Guidos Armen lag, glaubte er ihr — zu spät.“ Nun — dieser Schluß wäre in der That der logischere Ausgang eines tragisch angelegten Dramas gewesen. Die Wahrheit, die im Leben sich nicht durch-

zusetzen vermag, wäre durch den Tod lebendig geworden. Und doch wäre auch so das Drama noch keine echte Tragödie gewesen. Gesetzt der Fall, Guido hätte seiner Gattin im Leben oder im Tode geglaubt, so setzte damit ein neuer Konflikt zur Entscheidung ein, nämlich der zwischen Liebe und Treue. Entzieht sich Giovanna durch den Tod diesem Konflikt, so löst sie ihn nicht im Sinne des Tragischen, wie ich den Begriff allein gelten lasse. Die Lösung eines tragischen Konfliktes beruht nämlich nicht darauf, daß ein menschliches Einzelschicksal sich subjektiv erfüllt, sondern daß durch den Tod des tragischen Helden das Prinzip einer höheren Lebensführung mit Allgemeingiltigkeit zum Leben erweckt wird. Der tragische Tod muß immer Leben gebären. Der Fall träte beim Tode Giovannas nicht ein. Sie wäre höchstens eine tragische Heldin im gemeinsten und unzureichendsten Sinne des Tragischen, indem sie nämlich eine „Schuld" — die Liebe zu Prinzivalli — mit dem Tode büßte. Ich vermag aber diesen Schulmeisterbegriff des Tragischen keinesfalls anzuerkennen. — — —

So scheint es also, daß ich Maeterlincks neue Dichtung verwerfe. Ja, ich habe sie verworfen, als ich sie im „Deutschen Theater" gesehen hatte. Aber ich konnte mich nicht dabei beruhigen, daß ein Maeterlinck ein Drama von so unzureichender innerer Logik und solchem flachen Optimismus in der Gestaltung des Menschenschicksals geschrieben haben sollte. Ich bin von dem Tiefsinn der früheren Dichtungen entzückt gewesen. Ich konnte mich unmöglich zu dem Glauben entschließen, daß der Tiefsinn von „Pelleas und Melisande" so schnell zu der Flachheit dieser „Monna Vanna" entartet sei. Und ich erinnerte mich der tiefgreifenden Würdigung, die Arthur Drews dem Dichter=Philosophen in den „Jahrbüchern" wiederholt hat zu Theil werden lassen. Es wollte mir verstandesgemäß nicht einleuchten, daß ein Mann wie Maeterlinck so schnell so flach werden könnte. Wer verurtheilt, muß doch nach den Motiven des zu Verurtheilenden forschen. Ich vermochte solche zureichenden Motive nicht zu finden. Und dann endlich — und das war das Entscheidende — konnte ich mich der Wirkung eines ganz bestimmten Bildes nicht entziehen, von dem wir nur ganz flüchtig hören und das wir nur in unserer Phantasie sehen dürfen. Ein Licht hoch oben auf dem Campanile zu Pisa sollte Prinzivalli das Zeichen geben, daß Giovanna ihren Gang angetreten hat. Und dieses Bild nun ist es: In der Stadt hungern und sterben die Menschen. Das Feld ist mit Leichen und Trümmern bedeckt. Und aus dieser Stadt über dieses Feld geht in der Stille der Nacht einsam die Frau ihren Weg — nackt, nur in ihren Mantel gehüllt. Und ihren Weg, gerade nur ihren Weg beleuchtet ein einziges einsames Licht, hoch oben vom Thurm des Campanile — wie ein Stern. Und ich mußte mir vorstellen, wie die Frau geht: ohne Zaudern, mit schwebenden Schritten, wie von magischer Gewalt geschoben, mit nachtwandlerischer Sicherheit. Und ich mußte mir weiter vorstellen, wie dieser schwebenden Frau zu Muthe ist. Ich war fest überzeugt: Sie muß unendlich selig sein. Nicht, daß sie glücklich wäre. Oh nein! Ihre

Seele empfindet schwarz und schwer das ungeheure Leid. Aber in dieser Seele, auf tiefunterstem Grunde — da mußte „etwas“ unendlich selig sein. Und es war mir klar: Das Licht am Campanile ist nur ein Symbol für ein geheimnißvolleres Licht, das in der Seele dieser Frau leuchtet. Sie träumte nicht von einem Glück; es war weniger als Traum. Aber es war doch eine ungeheuere, todtsichere Zuversicht: Es giebt ein Glück; es giebt Menschen, die das Glück in sich tragen. Und diese todtsichere Zuversicht war aus dem Unbewußten ihrer Seele durch den Schlag eines ungeheuren Schicksals aufgeweckt, in jenem Augenblick, als die Reine erfuhr, sie müsse, um tausend Leben zu retten, zu Prinzivalli gehen — nackt, nur in ihren Mantel gehüllt. Da war jenes Unbewußte aus der tiefsten Seelentiefe geweckt worden, zu weniger als einem Traum, aber doch zu einer lebendigen Kraft. Und diese Kraft ließ sie sprechen, ohne Besinnen: „Ich werde heute Abend gehen.“ Und diese Kraft ließ sie dann gehen, ohne Zaudern, von magischer Gewalt gezogen, in nachtwandlerischer Sicherheit, eine reine Seele, die keusch sich im Mantel verbirgt und wie ein holdes Wunder dem Glück entgegenschwebt.

Hiermit haben wir den Schlüssel zu dem geheimnißvoll leuchtenden Sinn der ganzen Dichtung. Es liegt eine Art Philosophie des Unbewußten zu Grunde. Und das Unbewußte ist das Glück. Die Menschen, die nach Gründen und Satzungen handeln, führen ein falsches Leben in einer wirren Welt. Die Menschen aber, die aus Abgründen handeln, wandeln ihrem Glück entgegen. Aus dem Bewußtsein stammt der Irrthum und fließt jenes Gesetz des gemeinen und alltäglichen Lebens, nach dem die Menschen die Lüge als Wahrheit glauben. Ich habe vorher bemerkt, daß jeder tragische Fall ein tiefer liegendes Gesetz des Lebens bloßlegen und zu einer höheren Lebensführung und reiferen Lebenserkenntniß geleiten muß. Das ist in Wahrheit auch in dieser Tragödie Maeterlincks der Fall. Die alltäglichen Menschen des Bewußtseins erleiden der Idee nach den Tod und das Unglück; die beiden aber, die das Gesetz ihres Handelns aus dem Unbewußten holen, das zugleich weniger und mehr als das Wissen und die Klugheit ist, streben über das Mittelmaß des Alltags zu einer höheren Daseinsstufe und bauen sich hier in vollkommener Schönheit einen „Tempel“ auf, der Jahrtausende unter der Last gehäufter Menschenklugheit „begraben“ gewesen ist. Es handelt sich um eine menschliche Wiedergeburt, die in diesem „Renaissance“-Drama Gegenstand der Behandlung ist. Und führend voran schreitet auf dem Wege dieser Wiedergeburt das Weib, das sich seine Instinkte nicht durch Männerklugheit hat verderben lassen und das mit der Weisheit der Natur und dem Gesetz des Lebens im Bunde geblieben ist. Wenn im zweiten Akt Giovanna es nicht begreift, daß Prinzivalli ihr wohl sein Leben lang folgte, aber nie, auch ehe sie geheirathet hatte, ihr seine Liebe zu enthüllen wagte, wenn also, entgegen der bisherigen Menschensitte, das Weib in der Liebe die aktive und der Mann die passive Rolle spielt, so ist das nicht nur psychologisch für die Entwicklung dieser Liebes-

szene bemerkenswerth sondern in diesem „Renaissance“-Drama von philosophischer Bedeutung. Und ferner: Prinzivalli muß notwendiger Weise ein heimathloser „Abenteurer“ unbekannter Herkunft sein, den der Staatsgedanke nicht bindet, kein Erdenbürger, sondern sozusagen ein Himmelskind, um überhaupt Giovanna folgen zu können. Man wird nun auch begreifen, welcher tiefe und philosophische Sinn im Plan des Ganzen vor der großen Liebesszene der Auseinandersetzung zwischen Prinzivalli und dem Staatsmann Trivulzio zukommt, die in den Worten gipfelt: „Ein jeder hat ein Schicksal. Für den einen ist es ein Gedanke, für den andern ein Wunsch.“ Dieses „Renaissance“-Drama mit seinem Monna-Vanna-Glück steht in konträrem Gegensatz zu der „Feudal“-Tragödie Hebbels, darin der Agnes Bernauerin von den „Staatsmännern“ ihr Todesschicksal bereitet wird.

So habe ich den philosophischen Sinn und den Fall der neuen Tragik, der der Maeterlinckschen Dichtung innewohnt, bloßgelegt. Nur von dem Begriff dieser neuen Tragik aus läßt sich das Werk begreifen. Es ist das Wesen dieser neuen Tragik, daß sie mit dem Optimismus im Bunde steht und das Leben liebt, indem sie es erhöht. Philosophisch mag wohl dies oder jenes gegen das poetische Werk und seinen tragischen Optimismus einzuwenden sein und darum möchte ich die spezifisch philosophische Seite des Falles Arthur Drews übergeben. Psychologisch aber wird der Fall Optimismus contra Pessimismus wohl nur durch die Erfahrungen der Seele zu entscheiden sein. Und da muß wohl Maurice Maeterlinck unendlich Schönes erfahren haben, dem er in seinem Werk mit überzeugender Poetenkraft beglaubigten Ausdruck gegeben hat.

Ich kann doch nicht umhin, darauf hinzuweisen, wie völlig unzulänglich der Fall dieses Dramas selbst da aufgefaßt ist, wo man am allereheſten und mit Sicherheit eine verständnißvolle Deutung erwarten sollte. Der schon erwähnte offiziöse, wenn nicht gar offizielle Maeterlinck-Interpret schreibt: „Der moralische Schluß des in dem Stück aufgeworfenen Problems ist: Vanna hat gewählt zwischen Liebe und Treue, und damit endet auch das Aeußere des Stückes, eine ungewisse Perspektive auf die Zukunft eröffnend.“ Von dem endgiltig gewählten Schluß, wie er jetzt feststeht, heißt es: „Maeterlinck war vor der Kühnheit seiner eigenen Konsequenz, die er in der jetzigen Fassung gezogen hat, vielleicht selbst zurückgeschreckt und doch ist sie die menschlich wahrere: eine Frau, die wie Judith im Stande war, das Opfer ihrer Ehre zu bringen, um ihre Vaterstadt zu retten, ist schließlich auch zu dem Opfer der Treue fähig, wenn das Leben eines Menschen, der sie so glühend liebt, auf dem Spiele steht. Und zugleich entspricht diese Lösung der nachsichtigen Weltauffassung des Belgiers, der alles Menschliche verzeihlich findet, ungleich mehr.“ „Nachsichtige Weltauffassung des Belgiers“ ist gut. Aber wäre es nicht noch besser, „lockerer Lebenswandel“ zu sagen? Gott schütze Maeterlinck vor seinen Freunden!

Die Darstellung im „Deutschen Theater“ verrieth keine Spur vom Geist der Dichtung. Frau Teresina Geßner besitzt nicht einmal eine entfernte Familienähnlichkeit mit Monna Vanna.

* * *

August Strindberg hat sich mit allen bösen Geistern unserer Zeit in wahrhaft heroischem Kampfe herumgeschlagen. Dieser Mann besitzt wirklich eine geniale Dämonie. Schade, daß er als Künstler nicht mit ihr fertig zu werden vermag. Ich verweise auf meinen kleinen Artikel „Zwei Frauenbücher“ unter den Rezensionen dieses Heftes. Darin habe ich auf die veränderte Psychologie des Geschlechtsverhältnisses durch die Verweiblichung des Mannes hingewiesen. Diese Verweiblichung bedeutet für die Liebe eine Abschwächung und letzten Endes gar eine Aufhebung der sexuellen Polarität, wenn man annehmen möchte — und man darf es unter Berufung auf die Lehre großer Philosophen — daß Liebe und Haß die beiden Pole des Liebeslebens sind und daß die Liebe in gleicher Weise mit dem Leben wie mit dem Tode verwandtschaftliche Beziehungen unterhält. Durch die Verweiblichung des Mannes wird die Polarität des Liebeslebens ihrer Spannung beraubt. Im Gegentheil dazu vertritt Strindberg das andere Extrem im Seelenleben seiner Zeit. Er treibt die Spannung zum Aeußersten und sieht in der Liebe nur das Element des Hasses, der immer wieder zur Trennung führen muß. Liebesleben im Strindbergschen Sinne ist eine Kette fortgesetzter elektrischer Gewitterentladungen. Und Schutz vor dem Unwetter der Liebe giebt es am ehesten im — Kloster. Um dieses Thema der Hauptsache nach dreht es sich auch in der Tragikomödie „Rausch“. Rausch wird durch das Weib erzeugt und daneben noch durch Ruhm und Reichthum. Das muß der dramatische Schriftsteller Maurice an sich erfahren. Von seltener Kraft und Tiefe sind in der Tragikomödie die Szenen zwischen Maurice und dem Dämon Henriette. Die Schlußszene des vierten Aktes, vor dem Bilde von Adam und Eva, sucht in der ganzen dramatischen Literatur ihresgleichen.

Die Darstellung zeugte, als Ganzes betrachtet, von Geist und Verständnis und daß sie überhaupt möglich gemacht worden ist, darf als Kunststück gerühmt werden. Denn in dieser Tragikomödie ist vom Erhabenen zum Lächerlichen oftmals viel weniger als ein Schritt. Die Henriette von Gertrud Eysoldt hat mich in der längst gehegten und hier schon öfter vertretenen Ueberzeugung bestärkt, daß diese Schauspielerin ersten Ranges ist. Von dem Faszinirenden, wie wenn Jemand mit Elektrizität geladen ist, besitzt sie eine Portion, die dem Darsteller des Maurice, Emanuel Reicher, völlig abgeht.

* * *

Der „Kaltwasser"-Dichter wird selber nicht verlangen, daß ich sein neuestes Opus mit Maeterlinck und Strindberg zusammen in einem Heft behandle. Ein mir interessantes psychologisches Problem aber liegt doch vor. Es ist bekannt, daß jeder Denker, wenn ihm ein Gedanke vom Himmel fällt und jeder Dichter, wenn ihm eine Gestalt aus dem Unbewußten vors Auge steigt, in einen Rauschzustand geräth, die sogenannten Wonnen der Konzeption. Nun möchte ich lebensgern eine Momentnahme von Ludwig Fulda haben aus dem Augenblick, da seine Seele in hohen Wonnen von Gestalten schwanger wird, wie etwa die verwittwete Frau Geheimräthin Vibus eine ist.

Was das Spiel betrifft: Herr Schönfeld gab einen genialen Virtuosen der Musik und der Liebe, ganz wie Fulda ihn sich wohl gedacht haben könnte; denn ich wüßte nicht, wie anders diese Gestalt sonst möglich wäre.

Berlin-Karlshorst, 25. Oktober 1902. Max Lorenz.

Politische Korrespondenz.

Aus Oesterreich.

20. Oktober 1902.

(Eröffnung des Reichsrathes. — Oesterreich und der Konstitutionalismus. – Neue Grundzüge zur Lösung der Sprachenfrage. — Ziele des Ministeriums Körber. — Alldeutsche Absagen. — Eine deutsche Partei in und für Oesterreich.)

Das österreichische Abgeordnetenhaus ist vor vier Tagen eröffnet worden und schon wird die Möglichkeit seiner raschen Schließung, ja seiner Auflösung in der Presse und unter den Abgeordneten besprochen. Das sogenannte Grundgesetz des Parlamentarismus, auf das die Weisheit des Liberalismus ein neues Staatssystem aufbauen zu können meinte, besteht in Oesterreich nicht mehr. Vorläufig ist es einmal klar geworden, daß nationale Gegensätze sich durch Mehrheitsbeschlüsse nicht aus der Welt schaffen lassen, daß keine nationale Opposition, wenn sie über eine parlamentarische Vertretung von entsprechender Stärke verfügt, sich vor Abstimmungen beugt, die ihren thatsächlichen oder eingebildeten Lebensinteressen Schaden bringen. Ob politische und soziale Parteien den Lockungen der Obstruktion werden widerstehen können, werden andere Staaten vor Oesterreich zu erproben haben, denn hier herrscht im öffentlichen Leben noch der Nationalismus vor, jene primitive Weltanschauung, die den großen Problemen neuer staatlicher Organisationen hilflos gegenübersteht. Die nationale Idee, durch deren elementare Gewalt großartige Entwicklungen eingeleitet worden sind, verliert ihre kulturfördernde Bedeutung, wenn sie die staatliche Entwicklung hindert.

Auf dieser Stufe sehen wir heute die Donauländer dies- und jenseits der Leitha. Alle Völker, die hier vor einem und einem halben Jahrtausend ohne inneren Grund rein mechanisch zusammengetrieben worden sind, haben durch die Ausnützung der konstitutionellen Freiheit gewonnen: am meisten jene, die am weitesten zurückgeblieben waren, am wenigsten die Deutschen und Italiener, deren Kulturgebiet nicht mit den Grenzen Oesterreichs zusammenfällt, die im Zusammenhange mit den führenden Weltnationen eine Stellung einnehmen, die nicht von den Zuständen des österreichischen Staatswesens abhängig sein kann. Der Fortschritt, den die

Magyaren, Tschechen und Polen in der Verfassungsära gemacht haben, ist nun zum Stillstand gekommen. Die nationalen Reibungen heben die Wirkungen der durch eine freiheitliche Gesetzgebung gewährleisteten Eigenbewegung völlig auf. Keines dieser Völker kann es zur Hegemonie bringen, keines wird sich von dem andern auf die Dauer ausbeuten lassen; zum Fortschritt brauchen sie Frieden und Ruhe, zur Hebung ihres Wohlstandes gemeinsame Einrichtungen, zur Erkämpfung ihres Antheils im schwierigen Wettbewerbe aller Rassen und Zonen die Anspannung ihrer gesammten Kräfte.

Diese Ueberzeugung findet sich nicht nur in Regierungskreisen, sie findet ohne Zweifel Bekenner bei allen Nationen, aber doch nur unter jener geringen Zahl Einzelstehender, die sich aus der Haß- und Neidatmosphäre des Tages zurückgezogen haben. Ihre Anhänger bilden keine Partei, sie sitzen auch nicht in den Reichs- und Landtagen, in den Rathskammern und Gemeindestuben, denn die vielberufene breite Masse der Bevölkerungen hat ihnen nicht folgen können, sie glaubt noch immer an die Vortheile des Kriegszustandes und hofft auf Siege, die niemals eintreten können. Wenn der österreichische und der ungarische Ministerpräsident sich bei den endlosen Ausgleichsverhandlungen gegenübersitzen, werden sie sich vielleicht heimlich zugestehen, daß sich aller Zwiespalt so leicht lösen ließe, wenn man in den Parlamenten die einsichtigsten Männer der beiden Reichshälften hinter sich hätte, wenn nicht Eitelkeit und sinnlose Gewinnsucht ins Spiel käme und wenn nicht jener „Gevatter Schneider und Handschuhmacher“ das große Wort führen würde, der in seiner Bornirtheit sich für so gescheidt hält, daß er seinen Konkurrenten jeder Zeit ungestraft übertölpeln könne. Und wenn Herr von Körber mit Dichterworten an die Parteien appellirt und ihnen das Bild des Prometheus vor Augen stellt, der in seinem Schmerze nach „der Mutter heil'ger Macht“ ruft, so weiß er sehr genau, daß er damit kein tschechisches und kein alldeutsches Herz rührt und daß er kaum der moderne Herakles sein wird, der die Ketten des an den Felsen des Nationalitätenhaders geschmiedeten Staates brechen kann.

Aber er muß eine heroische Haltung annehmen, da sein Ministerium neuerdings einen Schritt unternommen hat, um die Sprachenfrage in Böhmen und Mähren, hinter welche die Tschechen alle anderen, auch die staatsrechtliche, zurückgestellt haben, zur Lösung zu bringen. Vor der Ueberschätzung dieses Schrittes muß allerdings sofort ernstlichst gewarnt werden. Er würde gänzlich werthlos sein und nur die Bedeutung eines alten Hausmittels für die eigene Existenzfristung haben, wenn er vereinzelt bliebe und nicht als Ausgangspunkt für eine Politik „langer Fahrt“ gedacht wäre. Denn daß weder eine Verordnung erlassen, noch ein Gesetzentwurf dem Hause vorgelegt, sondern den Klubobmännern „Grundzüge“ zur Begutachtung vorgelegt werden, die nach ihrer Annahme den Inhalt der zu verfassenden Gesetzentwürfe bilden würden, darin kann doch un-

möglich das Wesen eines Regierungsprogrammes liegen. Die Bestimmungen der „Grundzüge“ enthalten nichts Neues, sie entfernen sich nur in wenigen Punkten von den Vorschlägen, die schon wiederholt bei Verständigungs-Konferenzen, zuletzt vor zwei Jahren, gemacht wurden. Neu ist die Ersetzung des Ausdruckes „Staatssprache“, für den Graf Stürgkh schon einmal „Vermittlungssprache“ empfohlen hatte, durch „Dienstsprache“ und die Aufzählung jener Kategorien des Staatsdienstes, bei denen der Gebrauch der deutschen Sprache ausschließlich gestattet sein soll. Dazu gehört für Böhmen und Mähren der Verkehr mit den militärischen Behörden und mit den Behörden anderer Länder, die Korrespondenz mit den Zentralstellen, mit Kassen, in staatspolizeilichen Angelegenheiten, im Post- und Telegraphenwesen. Bei der Schaffung der drei Sprachgebiete in Böhmen, eines einsprachig böhmischen, eines einsprachig deutschen und eines zweisprachigen, wird die Einsprachigkeit nur dann angenommen, wenn weniger als 20 Prozent der „ansässigen“ Bevölkerung die zweite Sprache als ihre Umgangssprache erklären. Dies ist eine Berücksichtigung der von den Deutschböhmen verfochtenen Ansicht, daß die sogenannte fluktuirende Arbeiterbevölkerung in den Industriebezirken in die Berechnung nicht einbezogen werden dürfe, weil sich sonst fortwährend Veränderungen ergeben, denen die Verwaltungs-Organisation nicht immer angepaßt werden kann. Der Staat hat allen Grund, den gleichen Standpunkt einzunehmen, denn er kann nicht die Besetzung der Gerichte und politischen Behörden nach jedem Streik oder nach Einstellung oder Beschränkung der Erzeugung in einigen Fabriken erneuen und umstürzen.

Es wäre auch ziemlich gleichgiltig, ob die Regierung diese oder eine etwas anders geartete Vorlage gemacht hat; in gar keinem Falle, und wenn sie die erleuchtetsten Gesetzgeber aller Länder zu Rathe gezogen und die raffinirtesten Verwaltungskünstler zum Wettbewerbe eingeladen hätte, würde ein System erfunden worden sein, das beide streitenden Parteien befriedigen könnte. Im Wege der Verhandlung und friedlicher Uebereinstimmung ist kein Sprachengesetz zu erreichen. Weder die Deutschen noch die Tschechen haben bis jetzt den Weg des Kompromisses betreten, jede Partei rechnet noch immer darauf, die andere „unterzukriegen“. Darauf wird sich aber keine österreichische Regierung einlassen können, denn sie besitzt kein Mittel, einem der beiden Volksstämme das Uebergewicht dauernd zu sichern. Es giebt, wie schon wiederholt bemerkt wurde, nur einen einzigen vernünftigen Gesichtspunkt für die Verwendung der Sprachen, nämlich das Bedürfniß; er wird und muß zur Anerkennung kommen, sobald man auf beiden Seiten aufgehört haben wird, den Gebrauch der Sprache des Nachbarvolkes als Symptom mangelnder oder abnehmender nationaler Gesinnung, ja als eine Gefahr für den sogenannten Besitzstand der eigenen Nation zu betrachten. Wie vieler Sprachen haben sich die Deutschen im Laufe der Jahrhunderte schon bedient, auch an ihren Grenzen und in Gebieten mit gemischter Bevölkerung, und doch ist das Volk stetig

gewachsen. Aus Deutsch-Tirolern sind noch keine Italiener geworden, obwohl sie zu Tausenden der italienischen Sprache mächtig sind, es werden auch wenige Beispiele von Tschechisirung deutscher, d. h. nicht bloß deutsch sprechender, sondern stammdeutscher Familien aufzuweisen sein, während der Zufluß slavischer Elemente in das deutsche Volk noch niemals ganz aufgehört hat.

Ruhigere Zeiten werden erst den Beweis für die Nothwendigkeit geschlossener Sprachgebiete im Sinne der gegenwärtigen Anschauungen erbringen müssen, es ist nicht ausgemacht, daß man zu allen Zeiten die Anstellung eines zweisprachigen Beamten in einer einsprachigen Gegend als Bedrohung auffassen und in jedem Tschechen, der in einer deutschen Stadt wohnt, einen Agitator für das böhmische Staatsrecht sehen wird. Jetzt allerdings, wo der Verkehr der beiden Volksstämme über die dringendsten geschäftlichen Verhandlungen nicht hinanreicht und sich namentlich die Tschechen, wo sie nicht ganz isolirt sind, in den albernsten Herausforderungen und Aeußerungen einer läppischen nationalen Eitelkeit gefallen, konnte die Regierung nur darauf bedacht sein, die Zusammenstöße zu verringern und dem Muthwillen Schranken zu setzen, und mußte sich für die gesetzliche Feststellung getrennter Sprachgebiete entscheiden. Worauf man gespannt sein muß, das ist der Weg, den die Regierung nach diesem ersten Schritte einschlagen wird, und ob sie ihre Absichten nur ganz akademisch zur Diskussion stellen oder auch wirklich durchführen will!

Herr von Körber hat ja wohl selbst nachdrücklich betont, die Regierung sei darauf vorbereitet gewesen, daß die Tschechen ihre Vorschläge in Bausch und Bogen verwerfen, sie habe den Beifall der Streitenden nicht erwartet und werde durch den Widerspruch der Streitenden nicht erschreckt. Zu dieser Erklärung hat dann freilich die Aufforderung schlecht gepaßt: „Gehen sie auf die Sache ein und das Uebrige wird sich finden!“ Die Streitenden werden nämlich auf die Sache nicht eingehen, weil sie dies als Parteien mit festgenagelten Programmen gar nicht thun dürfen, und es wird sich nichts finden als neuer Hader, zeitraubender Spektakel, unfruchtbare Deklamation und Demonstration. Davon haben wir aber doch schon allzu reichlich genossen und damit „kommt man auch nicht vorwärts“, was der Ministerpräsident, der seit Neuestem außer dem Ministerium des Innern auch das der Justiz verwaltet, so sehr zu wünschen vorgiebt. Zunächst muß die Regierung selbst vorwärts kommen, sie muß regieren und nicht nur konstitutionell sein wollen. Wir wissen ja bereits, wie der Konstitutionalismus in Oesterreich von den Völkern mißbraucht und entwürdigt wird. Die Handhabung der konstitutionellen Formen ist ganz werthlos, wenn damit nichts erreicht wird. Will aber Herr von Körber etwas Anderes erreichen, als alle seine Vorgänger, nämlich die Staatsmaschine soweit im Gange erhalten, damit sich ihre mangelhafte Konstruktion nicht allzu auffällig bemerkbar mache? Seine Versicherungen, daß er die Sprachenfrage nicht mehr von der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses absetzen wolle,

sind vielleicht ebenso wenig ernst zu nehmen, als die Drohung der Aufhebung der Zollunion mit Ungarn, die Herrn von Szell kaum große Besorgnisse eingeflößt haben dürfte.

Wie der Abgeordnete Dr. Lecher in dem neuen, groß angelegten Wiener Blatte „Die Zeit“ überzeugend nachgewiesen hat, besteht für die österreichische Regierung durchaus kein Zwang, sich mit den Tarifvereinbarungen, die einen Theil des Zoll- und Handelsbündnisses mit Ungarn ausmachen, besonders zu beeilen; der sogenannte autonome Zolltarif darf gar nicht fertiggestellt werden, so lange das Deutsche Reich mit seinen Positionen nicht im Reinen ist. Die von den Tschechen in Aussicht gestellte Obstruktion bei Gelegenheit der Ausgleichsverhandlungen ist daher für das Ministerium Körber vorläufig ziemlich ungefährlich. Nur die Hinausschiebung der Budgetdebatte durch Dringlichkeitsanträge könnte eine bedenkliche Erschütterung seiner Position zur Folge haben. Man glaubt aber nicht, daß die Tschechen sich durch schroffes Auftreten, durch Störung der Erledigung von „Staatsnothwendigkeiten“ an höchster Stelle mißliebig machen wollen. Auf ihr Zeter und Mordio giebt man so wenig, als auf die sinnlosen Demonstrationen der ungarischen Unabhängigkeitspartei, die im Zeitalter des Sports zu den politischen Abarten unschädlicher Kraftvergeudung gezählt werden dürfen.

So lange Dr. Rezek das Amt eines tschechischen Landsmann-Ministers bekleidet, kann das Ministerium Körber als feststehend gelten. Im Falle seines Ausscheidens wird dessen Veranlassung für die Neubildung der Regierung von Einfluß sein. Würde sich nämlich der wegen seines Freimuthes sehr angesehene tschechische Politiker genöthigt sehen, dem Monarchen die Erklärung abzugeben, daß er mit dem Vorgehen seiner Landsleute nicht mehr einverstanden sei und aus diesem Grunde ihre Ansichten im Ministerrathe nicht mehr vertreten könne, so würde Körber nichts zu besorgen, die Tschechen aber würden in nächster Zukunft keine Berücksichtigung zu erwarten haben. Sie hüten sich daher, einen zu starken Druck auf ihren Vertreter im Rathe der Krone auszuüben und überlassen ihm lieber die Auswahl der Kompensationen, die sich gerade einheimsen lassen. Der Rücktritt des Justizministers v. Spens-Booden, der vielleicht sehr ungerechterweise bei den Tschechen verschwärzt war, und die Beförderung des Erzherzogs Ferdinand Karl, eines Bruders des Thronfolgers, zum Brigadekommandanten in Prag dürften zu diesen gerechnet werden können. Die Tschechen fühlen sich gekränkt, wenn die weitläufigen Räume des Hradschin unbewohnt bleiben, und sind sehr geneigt, in einem darin wohnenden Erzherzog den Repräsentanten des böhmischen, d. h. bei ihnen soviel als tschechischen Königs, zu erblicken.

Angesichts dieser Ereignisse ist der Ausbruch einer heftigen Krise in unserem Staatsleben augenblicklich kaum zu befürchten. Der Verlauf der eben im Zuge begriffenen Landtagswahlen ist außerdem so wenig stürmisch, die Leidenschaftlichkeit der nationalen Bewegung bei den Deutschen,

die ihnen immer schlecht bekommt, so sichtlich im Ablaufen begriffen, daß auch verderbenbringende Zwischenfälle von Körber nicht befürchtet werden müssen. Die unzweideutigen Aeußerungen der reichsdeutschen „Alldeutschen“ auf dem Südmarkfeste in Bozen und bei anderen Gelegenheiten der letzten Monate, daß sie mit ihrer Reichsregierung in der Ablehnung jeder Einmischung in die Entwicklung der inneren Verhältnisse Oesterreichs übereinstimmen und daß die Deutsch-Oesterreicher ihre Kraft und ihren Werth als deutsche Stammesgenossen gerade dadurch bethätigen müssen, daß sie ihr Staatswesen gesund und leistungsfähig erhalten, diese durch das unausstehliche und schamlose Gewinsel und Gebettel der österreichischen Pangermanen herausgeforderten Absagen sind nicht ohne Wirkung geblieben. Man wird nun wohl auf jener Seite etwas vorsichtiger sein und Alles vermeiden, was diesseits die unsinnigsten Vorstellungen von der Expansionsfähigkeit des Deutschen Reiches erweckt und Stimmungen befördert, die den Deutschen in Oesterreich die Thatkraft rauben und der Festigung des Bündnisses der beiden Kaiserreiche, auf dem die Macht der Nation beruht, nicht förderlich sind.

Wer im deutschnationalen Interesse in Oesterreich wirken will, der muß den Glauben an den Bestand des Staates der Habsburger und an seine Bedeutung für die Weltstellung der Deutschen unter den österreichischen Stammesbrüdern stützen und erheben, der muß dagegen ankämpfen, daß man hierzulande die Hände in den Schooß legt, an dem Ausbau des Staates nicht mit ganzem Herzen und mit dem Bewußtsein mitwirkt, dabei eine nationale Pflicht zu erfüllen, der muß sein Ohr verschließen, wenn man ihn durch übertriebene Schilderungen eines gottlob noch nicht hereingebrochenen nationalen Elends täuschen will, der muß davor warnen, daß man mit Utopien spielt und das Volk durch [illegible]sche Vertröstungen davon abhält, sich mit ganzer Kraft für das St[illegible] einzusetzen, mit dem es erwachsen ist und das seine gesammte Ar[illegible] braucht und verwerthet.

Man erörtert, wie schon so oft, auch [illegible]eder die [illegible] eines Zusammenschlusses aller ni[illegible]alen [illegible] Oesterreich zu einer mächtigen freisinni[illegible]r Volks[illegible] Partei, von deren Organisation kein ch[illegible]riot, [illegible] folgschaften der Herren Lueger, Schön[illegible] despoten auszuschließen wären. Ihr [illegible] wenn zur Grundbedingung nichts And[illegible] Erklärung, daß der Ausbau und die [illegible] schen Monarchie als eines mit dem [illegible] bündeten, aber selbständigen Reiches de[illegible] punkt zu bilden habe. Was uns tre[illegible] Gesinnung der uns Nächststehenden, [illegible] liebtes Versteckensspielen mit dem [illegible] „nationale Erlösung“ übergeleitet w[illegible]

Schwarzgelb, es ist die Farbe der alten Kaiser, sie hat seit Jahrhunderten vor den Heerhaufen der Deutschen geweht, bei Pavia und vor Leipzig, am Rhein und an der Donau, vor Straßburg und vor Ofen, und überall haben die Deutschen sie mit ihrem Blute getränkt und sie als das Sinnbild ihrer Ehre gehütet. Wer hütet sie sonst? Wer will das Reich mit dem schwarzgelben Banner aufrechthalten und festkitten an das der Brüder, die es mitbegründet und miterhalten haben? Wer anders als die Deutschen? Nur auf dem Boden eines Staates kann ein Volk heute blühen und Macht gewinnen. Die Nation ohne Staat ist ein Kulturbegriff, aber keine politische Macht; national ist das Schaffen im Staate zum Wohle der Nation, aber nicht das Träumen von einer Zukunft, die man selbst nicht schaffen will. Also eine deutsche Partei in Oesterreich und für Oesterreich, die nicht nur regierungsfähig wäre, sondern sich auch eifrigst bemühen würde, regierungskundig zu werden! Mit ihr wäre die deutsche Dienstsprache und noch manches Andere zu erreichen, was Herr von Körber als Recht des Staates anerkannt wissen will, mit oder ohne Parlament, mit oder ohne den böhmischen Landtag! *

Rußland: Der Tibetvertrag. Die Mandschureifrage. Afghanistan. Die türkischen Meerengen.

Vor einem Monat wurde die Welt mit der Nachricht überrascht, zwischen Rußland und China sei ein Vertrag abgeschlossen worden, nach dem Tibet an die Russen „abgetreten“ sei und diese dafür der gegenwärtigen chinesischen Dynastie den unverletzlichen Bestand des eigentlichen China, der sogenannten achtzehn Provinzen, garantirt hätten.

Ueber diesen — angeblichen oder wirklichen — Vertrag hat man vielerorts recht ungereimtes Gerede zu hören bekommen. Immer kehrte in den Zeitungskommentaren der Gedanke wieder, „daß die russische Machtsphäre nunmehr das britische Indien auch von Norden her umklammere“, und dergleichen mehr. Faktisch würde die Erwerbung Tibets für die Russen, was ihre militärische Stellung Indien gegenüber betrifft, ungefähr ebenso viel bedeuten, wie die Annexion von Spitzbergen oder die Flaggenhissung am Südpol. Erstens kann eine russische Armee überhaupt nicht nach Tibet hineinkommen, und zweitens könnte sie, auch wenn sie hineinkäme, von dort aus nicht nach Indien marschieren.

Vor Allem bedarf der Ausdruck „Tibet“ erst einer genaueren Bestimmung. Nach der Karte handelt es sich um ein Gebiet von beinahe $1^3/_4$ Mill. qkm, d. h. etwa dem vierfachen Areal Deutschlands, das zwischen zwei der mächtigsten Gebirgssysteme der Erde, dem Kuenlun und dem Himalaya, in einer Ausdehnung von 1600—1700 km von Ost nach West und von etwa 1000 km von Nord nach Süd sich erstreckt. Von diesem

kolossalen Areal kommt faktisch nur ein sehr geringer Theil in Betracht, nämlich nichts außer den Längsthälern des oberen Indussystems und des Brahmaputra (Sanpo), die sich am Nordabhang des Himalaya in einer durchschnittlichen Erhebung von 3000—4500 m hinziehen, und außerdem noch den Thalgebieten im Oberlaufe der Flüsse Mekong und Jangtsekiang. Diese verhältnißmäßig schmale Zone im Süden und Südosten ist derjenige Theil Tibets, der allein als bevölkert betrachtet werden kann. Wieviel Menschen dort aber wirklich wohnen, entzieht sich jeder Kenntniß; die Schätzungen schwanken zwischen $1^{1}/_{2}$ und 6 Millionen. Wahrscheinlich liegt die erste Zahl näher am Richtigen als die zweite. Der ganze Rest von Tibet, mehr als $^{3}/_{4}$ des Landes, ist unbewohnt oder so gut wie unbewohnt, und zwar in erster Linie wegen der abnormen Erhebung des Erdbodens über das Meeresniveau. Tibet ist der mächtigste Hochlandsblock der Erde; auf einen Raum von der doppelten Größe Deutschlands liegen nur wenige Gebiete etwas niedriger als der Gipfel des Montblanc, und die durchschnittliche Erhebung schwankt um 5000 m. Auf dieses an sich schon so kolossal emporgehobene Plateau finden sich dann noch zahlreiche, überwiegend von Ost nach West streichende Längsketten mit Paßübergängen, die an 6000 m Höhe heranreichen, aufgesetzt.

Die einzigen Zugänge zu dem bewohnten Theil Tibets führen denn auch nicht von Norden her über das Hochland, sondern von Süden aus der Tiefebene von Hindostan, über verschiedene Himalayapässe, sowie von Osten und Nordosten her, aus dem inneren China, hinein. Von Westen kommt man noch durch das obere Industhal von Kaschmir hinein; dieses aber ist selbst nichts Anderes als die westliche Fortsetzung des tibetanischen Hochlandes nördlich der Hauptkette des Himalaya und bildet einen britischen Schutzstaat. Wie in aller Welt sollte also eine russische Armee es anfangen, selbst nur nach Tibet hineinzukommen und die Hauptstadt Lhasa, von wo aus verschiedene Wege über die Himalayakette nach Indien führen, zu besetzen? Der Reisende Sven Hedin, der im Jahre 1896, während des Hochsommers, also in der günstigsten Jahreszeit, es unternommen hat, von Kaschgar und Chotan im chinesischen Ostturkestan aus, bis wohin die Russen ja leicht von ihrer mittelasiatischen Operationsbasis aus gelangen könnten, den Kuenlun zu überschreiten und die Hochebenen des inneren Tibet zu betreten, erzählt in höchst anschaulicher Weise, welch immensen Schwierigkeiten schon seine verhältnißmäßig kleine und gut ausgerüstete Karawane begegnete. Die Wirkungen des Höhenklimas äußerten sich bei den meisten seiner Leute in langwierigen und schweren gesundheitlichen Störungen; sein chinesischer Dolmetscher und Reisebegleiter wurde überhaupt marschunfähig und mußte zurückgeschickt werden. Die Ernährung der Reit- und Tragethiere der Karawane stellte wegen des fast absoluten Futtermangels in den vegetationsarmen Hochthälern eine unlösbare Aufgabe; die meisten Pferde und Esel gingen im Laufe des zweimonatlichen Marsches zu Grunde. Es kann daher als eine absolute Unmöglichkeit bezeichnet werden, daß selbst

eine noch so reich ausgerüstete Truppenabtheilung, wenn sie die Zahl eines sogenannten Jagdkommandos erheblich übersteigt, auf dem Wege von Russisch=Turkestan her nach Lhasa oder Schigatse in das tibetanisch=indische Grenzgebiet gelangt.

Da es nun doch nicht wohl anzunehmen ist, daß die Russen die Absicht hätten, ihre etwaigen Besatzungstruppen auf dem Wege über Kalkutta und die Himalayapässe nach Tibet zu schicken, so bliebe nur die Verbindungslinie zwischen Lhasa und dem inneren China übrig, die durch die Thäler des Hoangho und Weiho über den See Kukunor und die Zaidam genannten Sumpfebenen des nordöstlichen Tibet in einer Länge von rund 3000 km existirt. Diese Route kommt für eine Armee aber auch nicht in Betracht, da sie jenseits der Grenzen des eigentlichen China selbst für Gebirgs=artillerie und jeden noch so sparsam bemessenen Train unbrauchbar ist und überdies dazu mindestens auf der Hälfte der ganzen Strecke keine Er=nährung der etwa marschirenden Truppe aus dem Lande selbst möglich ist. Falls also die Sache mit dem Tibetvertrag ihre Richtigkeit haben sollte, und falls Rußland überhaupt die Absicht hegt, seinem zukünftigen Vertreter in Lhasa Militär beizugeben, so könnten es doch nicht mehr als höchstens einige Schwadronen Kosaken sein.

Eine ganz andere Frage ist es natürlich, ob die Erwerbung Tibets für Rußland nicht nach einer ganz anderen Seite hin als der militärischen von wichtigen Folgen begleitet sein kann. Unzweifelhaft! Bekanntlich ist Tibet China gegenüber nicht eigentliches Reichsterritorium, sondern ein Vasallenstaat mit ziemlich lockerer Abhängigkeit. Die chinesische Regierung hat zwar zwei Residenten in Lhasa, deren jedem ein besonderer Einfluß=bezirk zugewiesen ist; aber im Uebrigen hat sie auf die inneren Verhältnisse und die Verwaltung des Landes nur einen sehr geringen Einfluß. Chinesische Pässe werden z. B. von den tibetanischen Behörden nicht respektirt, sondern es bedarf, um im Lande reisen zu können, für Ausländer einer besonderen Erlaubniß der tibetanischen Regierung. Von militärischen Machtmitteln Chinas in Tibet, Garnisonen, Befestigungen und dergleichen, ist nicht zu reden; die Mittel, mit denen es sein Prestige als Oberlehnsmacht in Lhasa aufrecht erhält, sind nicht militärischer, sondern moralischer und finanzieller Natur. Eine „Abtretung“ Tibets an Rußland würde also nichts weiter bedeuten, als die Cession dieser lockeren Hoheitsrechte.

Trotzdem wird man annehmen dürfen, daß die Erwerbung der Lehns=hoheit über Tibet für Rußland einen merklichen politischen Gewinn bedeuten würde, und zwar insofern, als der Zar hierdurch in die Stelle der offiziellen Schutzmacht des Buddhismus einrückte. Tibet ist ein geistliches Staats=wesen; der achte Theil seiner Bevölkerung soll aus buddhistischen Klerikern, den sogenannten Lamas, bestehen. Nach offizieller Anschauung regiert eine stets von Neuem wiedergeboren werdende Inkarnation Buddhas selber, der sogenannte Dalai Lama, das Land. Thatsächlich hat dieser Lama allerdings wenig zu sagen. Er ist meistens ein Knabe, der (aus begreiflichen Gründen)

selten das 18. Lebensjahr, die Grenze der Volljährigkeit, überschreiten soll — und bis zu diesem Termin führt das Kollegium der Groß-Lamas, im Einverständniß mit den beiden chinesischen Kommissaren, die Regentschaft. Diese buddhistische Hierarchie ist es aber, auf deren Haltung es für jede Macht, die in Tibet Einfluß ausüben will, in erster Linie ankommt, und diese Leute sind ebenso unwissend wie dem Gelde zugänglich. Sie auf einem solchen Wege zu gewinnen, würde für Rußland wenig Schwierigkeiten haben. Rußland könnte sich damit begnügen, die chinesische politische Vertretung in Lhasa durch die seinige zu ersetzen, und es wird den Werth seiner neuen Position darin suchen, daß es den Einfluß der tibetanischen Hierarchie auf die buddhistischen Elemente in der Bevölkerung Ostasiens — China, Korea, Japan — zu seinen Gunsten spielen läßt. Unter Umständen könnte das eine Sache von nicht geringer Wichtigkeit werden, namentlich in China und Korea. Das Verhältniß zur Zentrale der buddhistischen Orthodoxie ist aber besonders von Bedeutung für die russischen Absichten auf die Mongolei. Dort residirt der zweite „lebendige Gott", ein geringeres Seitenstück zum Dalai Lama von Lhasa, und auch unter den eigentlichen Mongolen ist der Einfluß der Lamas in hohem Grade maßgebend. Das Protektorat über den tibetanischen Lamaïsmus würde also für Rußland auch bedeuten, daß es in der Mongolei nach Belieben schalten kann, ohne Schwierigkeiten von Seiten der eingeborenen Bevölkerung zu begegnen. Im chinesischen Ost-Turkestan soll nach Allem, was darüber verlautet, der russische Generalkonsul von Kaschgar ohnehin bereits der eigentliche Herr sein, auf dessen Wunsch und Willen ebenso viel, wenn nicht mehr, ankommt, als auf die Befehle der chinesischen Regierung. In Verbindung mit dieser faktisch vorhandenen Stellung in Turkestan und der Okkupation der Mandschurei würde also der Tibetvertrag nichts weniger bedeuten, als die Angliederung des gesammten inneren Asiens bis an die große Mauer und der Oberlauf des Jangtsekiang an Rußland.

Natürlich würde sich diese Veränderung auf der Landkarte um ein Vielfaches imposanter ausnehmen, als in der politischen Wirklichkeit, aber für bedeutungslos dürfte man sie darum doch nicht ansehen. Durch Inner-Asien, durch das große Völkerthor der Dsungarei, am Nordabhang des Nanschan Gebirges entlang, und durch die Thäler des Weiho und des Hwangho führt die kürzeste und für eine dereinstige Bahn bei Weitem bequemste Verbindungslinie zwischen Ostasien und Europa. Bei der Ausgestaltung unserer modernen Verkehrstechnik verwandelt sich der Raum — im Alterthum und Mittelalter das größte Hinderniß politischer Ausbreitung und Konsolidation — jetzt für den, der ihn beherrscht, aus einem Momente der Schwäche in eins der Stärke. Die sibirische und die Mandschureibahn bleiben für Rußland immer mit dem Fehler belastet, daß sie an ihrem Endpunkt dem Reiche zwar eine Position gegenüber dem stärksten Gegner in Ostasien, Japan und seinen Verbündeten, gewähren, aber ein Zugang zu dem eigentlich reichen und dichtbevölkerten Wirthschafts-

zentrum Asiens, der großen chinesischen Ebene und dem Becken des Jangtsekiang. eröffnet sich von dort aus nicht. Auch die geplante Eisenbahn von Kiachta nach Peking durch die Mongolei würde dieses eigentliche Kerngebiet Ostasiens nur an seiner äußersten Peripherie treffen. Erst eine Eisenbahn durch Inner-Asien, welche die Stromthäler des Ili und Weiho — eine Distanz von 2500 km oder die Länge der Bagdadbahn — miteinander in Verbindung setzte, würde die Stellung Rußlands gegenüber China und den Mitbewerbern um den Einfluß dort zu einer überwältigenden machen. Das Weihothal bildet den Schlüssel zur Herrschaft über das gesammte innere und östliche Asien. Hier gabeln sich bei der ältesten chinesischen Hauptstadt Hsinganfu die beiden großen Straßen, auf denen man aus dem Inneren Chinas in die Stromlandschaften des unteren Hwangho und des Jangtsekiang hinabgelangt; nordöstlich dem Thal des Hwangho folgend nach Tientsin und Peking, südöstlich durch eine in das Gebirge von Schensi tief eingeschnittene Scharte nach Schaschi und Hankau am Jangtsekiang.

Aus dem Weihothal hat sich in ältester Vorzeit die chinesische Macht, an jenen großen natürlichen Verbindungslinien entlang abwärts steigend, allmählich über das ganze jetzige China verbreitet. Wer dies Gebiet und seine Hauptstadt, den großen Straßenschlüssel Hsinganfu, besitzt, der ist von Osten, von der Seeseite her, unangreifbar, wie das der Rückzug des chinesischen Hofes während der Epoche der letzten Wirren bis an diesen Platz und die faktische Unmöglichkeit des Vormarsches der europäischen Truppen dorthin bewies; er kann aber seinerseits nach Belieben in jeder der beiden für die Herrschaft in China entscheidenden Richtungen vorstoßen! Thatsächlich zielen denn auch die letzten Absichten der russischen Politik auf keinen anderen Platz als auf dieses Hsinganfu und auf das Weihothal. Unter diesem Gesichtspunkt müßte auch der Tibetvertrag betrachtet werden. Zwar führt die direkte Linie von Kuldscha am Ili nach Hsinganfu nicht durch Tibet, sondern nur nahe der äußersten Nordostgrenze dieses Landes entlang, aber für ihre Herstellung ist das Verhältniß zu den Eingeborenen, mögen es Tibetaner, Tanguten oder sonst Mongolen sein, von großer Bedeutung. Es ist ja auch noch nicht an dem, daß Rußland die große innerasiatische Bahn, auf deren zukünftige Trace seiner Zeit kein Geringerer hingewiesen hat, als Ferdinand von Richthofen, schon baute oder zu bauen im Begriff stände; daran aber, daß der Plan und die feste Absicht, bei der ersten sich bietenden Möglichkeit an die Verwirklichung dieser Rußland die Herrschaft über Asien verheißenden Idee heranzutreten, bestehen, giebt es gar keinen Zweifel. Bekanntlich ist zur Zeit die Bahn von Orenburg nach Taschkent im Bau. Diese oder die geplante Verbindungslinie von Taschkent nach Nordosten zur sibirischen Magistrale hin werden das Ansatzstück für die innerasiatische Zentralbahn ins Weihothal bilden.

Ob freilich die Finanzlage Rußlands es je erlauben wird, diesen, man möchte sagen weltbewegenden Gedanken einmal zur Verwirklichung zu

bringen? Die Leser der „Jahrbücher“ werden sich der Aufsätze erinnern, in denen ich seit Beginn dieses Jahres versucht habe, ein Gemälde der wirthschaftlichen Zustände Rußlands, wie sie wirklich sind und wie sie über kurz oder lang auch in politischer Beziehung zur Geltung gelangen müssen, zu entwerfen. Das absolute Schweigen, das von russischer Seite diesen sachlichen und zahlenmäßigen Darlegungen entgegengesetzt wird, ist bezeichnend für das Gefühl der Hilflosigkeit gegenüber einer solchen Offenbarung des Wirklichen vor der auswärtigen Oeffentlichkeit. Ebenso ist es freilich auch bezeichnend für die Urtheilslosigkeit und Unwissenheit, die bei uns über russische Dinge herrscht, daß kein einziges der großen deutschen Börsen- und Handelsorgane begriffen zu haben scheint, um welch ein fundamentales Problem es sich hier handelt!

Die Antwort auf jene asiatische Frage kann nur dahin lauten, daß die beiden Faktoren, von denen die politische Zukunft Rußlands im Allgemeinen und die Verwirklichung seiner östlichen Riesenpläne im Besonderen abhängen, erstens das Maß von Leidens- oder Hungerfähigkeit ist, das die russischen Bauern noch zu ertragen im Stande sind, und zweitens der Grad von Unwissenheit, der sich in Europa (und Japan) über die wirkliche Lage Rußlands erhält. Wenn Rußland weiter in ähnlichem Maße wie in den letzten fünfzehn Jahren seit dem Amtsantritt des vorletzten Finanzministers Wyschnegradski Kredit auf dem europäischen Geldmarkt erhält, so ist natürlich gar kein Grund vorhanden, weshalb es nicht ein Unternehmen wie die sibirische Bahn zum zweiten Male ins Werk setzen soll. Wo man auch die zukünftige Weihobahn an das bestehende oder im Bau begriffene russische Netz ansetzen möge: eine größere Arbeit, als bei der sibirisch-mandschurischen Bahn im Laufe eines Jahrzehnts geleistet worden ist, bleibt auch dort in keinem Falle zu bewältigen. Darauf aber, in Europa die Vorstellung von der Fortdauer, ja von der Verbesserung der russischen Kreditfähigkeit zu erwecken, zielt ja die ganze publizistische Thätigkeit des Finanzministers Witte ab. Doppelt bedauerlich daher, daß selbst unsere bestunterrichteten und größten Preßorgane nicht über ein genügendes Maß von Wissen verfügen, um die Witteschen Schwindelmanöver als das zu erkennen, was sie sind.

Der Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen Finanzlage Rußlands und seinen asiatischen Plänen legt in diesem Augenblick die Frage besonders nahe, weshalb Herr von Witte gerade in einem nach mehreren Seiten hin kritischen Moment sich persönlich auf die weite und langwierige Reise nach Ostasien gemacht hat? Es giebt Leute, die dahinter, zumal in Verbindung mit der allerdings auffallenden Thatsache, daß Kaiser Nikolaus seinem ersten Minister zu dessen kürzlich begangenem zehnjährigen Amtsjubiläum keinerlei besonderen Gnadenerweis hat zu Theil werden lassen, bereits den Schluß ziehen, daß irgend etwas in der Stellung Wittes nicht in Ordnung sei. Das ist aber wenig wahrscheinlich. Den gegenwärtigen Finanzminister entlassen kann der Kaiser überhaupt nur, wenn er einen vollständigen, den

jetzigen Zustand von Grund auf umwälzenden Systemwechsel in der Finanzpolitik seines Reiches vornehmen will. Soll prinzipiell in der bisherigen Weise, das heißt auf Grund einer Weitersteigerung der bereits vorhandenen Ueberschuldung, fortgewirthschaftet werden, so ist Witte dazu schon aus dem Grunde unentbehrlich, weil Niemand auch nur entfernt in dem Maße wie er im Stande ist, sich in dem angerichteten Wirrwarr zurechtzufinden.

Es scheint nun, daß die Wittesche Reise nach Ostasien in erster Linie mit einer Katastrophe zusammenhängt, die das projektirte russische Schanghai auf der Kwantung-Halbinsel, die im Bau begriffene Hafenstadt Dalnij, bedroht. Dieses Dalnij, auf das bereits immense Kosten verwandt worden sind und das jedenfalls, bevor es als Hafenstadt in der erhofften Weise funktioniren kann, noch viele weitere Millionen erfordern wird, ist in besonderer Weise eine Schöpfung Wittes. Er ist für die Gründung des Platzes an diesem äußersten Ende der Halbinsel verantwortlich; auf seine Initiative hin sind der ganzen Anlage von vornherein Dimensionen gegeben, die nur im Falle des vollständigen Gelingens der Idee, Dalnij zu einem Haupthafen des Gelben Meeres zu machen, einen Sinn haben und die aufgewandten Kosten rechtfertigen werden. Nun scheint sich aber herauszustellen, daß der Gedanke, den russischen Haupthafen hier zu gründen, schon deshalb im Prinzip verfehlt ist, weil er auf einer (schwer begreiflichen) Verkennung der durch die geographischen Verhältnisse am Nordufer des Gelben Meeres gegebenen Thatsachen beruht. Nur in dem Falle hätte der Gründung Dalnijs ein richtiger Gedanke zu Grunde gelegen, wenn es Rußland gelungen wäre, denjenigen Platz, der sowohl durch die natürlichen Verhältnisse, als auch durch eine mehrtausendjährige Tradition als Eingangsthor für die Mandschurei feststeht, nämlich Niutschwang-Jingtsekn, zu schließen oder doch wenigstens unter ausschließliche Kontrole zu bekommen. Diese Voraussetzung fällt jetzt aber in Folge des Einspruchs, den seiner Zeit die Vereinigten Staaten, England und Japan erhoben, fort, und durch das wider den Willen Rußlands offen gebliebene Einfallsthor Niutschwang ergießt sich jetzt vielmehr unaufhaltsam ein Strom fremder, vorzugsweise japanischer Kapitalien, Waaren und Unternehmungen in die Mandschurei hinein. Früher, vor der Erbauung der mandschurischen Bahn, hing wenigstens der Norden des Landes in erster Linie von der russischen, auf den Wasserwegen des Amur und Sungari über Wladiwostok herankommenden Einfuhr ab. „Die nördliche und östliche Mandschurei bildeten bisher den natürlichen Markt für das Amurgebiet, jetzt aber ist dieser Markt vom Amurgebiet völlig losgerissen und wird zu einer offenen Arena für Alle. Die südliche Mandschurei dagegen, die niemals für die Kwantung-Halbinsel (Port Arthur und Dalnij) eine Anziehungskraft besessen hat, bleibt mit Niutschwang unzerreißbar und organisch verbunden und wird durchaus nicht, trotz der Eisenbahn, irgendwie dauerhaft in die dominirende Einflußsphäre unserer neuen Häfen in Kwantung einbezogen; mit anderen Worten: der Norden ist uns entschlüpft, der Süden aber bleibt uns nach wie vor

fremd." Das ist das Urtheil der in Port Arthur erscheinenden Zeitung „Dalnij Wostok" (der „ferne Osten") über die jetzige Lage dortselbst.

Fast noch wichtiger erscheinen die Ausführungen des gleichfalls in Port Arthur herausgegebenen „Nowy Krai" (das „neue Land"), wenn wirklich, wie es heißt, hier die Anschauungen des russischen Generalgouvernements in Ostasien zum Ausdruck kommen. Was dem „Nowy Krai" vor allen Dingen Sorge macht, ist der Bau der japanischen Eisenbahn von Fusan an der Südostecke Koreas über Söul bis an die Mündung des Jalu, des Grenzflusses zwischen Korea und der Mandschurei. Wie Niutschwang nach Westen, so werden nach Vollendung dieser japanischen Bahn Fusan und der Hafen von Söul, Tschemulpo, die Bedeutung Dalnijs nach Osten hin zunichte machen. „Dalnij wird in keinem Fall ein Konkurrent von Niutschwang werden. Es genügt auf die Karte zu blicken, um sofort zu bemerken, welche Vorzugslage Fusan vor Dalnij in Bezug auf die Frachten Japans und die Frachten, die von Süden über Singapore, Hongkong und Schanghai hinaufkommen, einnimmt. Dabei ist Fusan in der That ein eisfreier Hafen, während der Hafen Dalnijs, der in der Tiefe des Gelben Meeres liegt und durch Molen begrenzt wird, zufriert. Die Eisenbahn von Fusan zum Jalu wird nicht nur den ganzen zentralen Längsstreifen Koreas bedienen, sondern auch die südliche Mandschurei, und diese Bedeutung der Bahn bestimmt auch die Bedeutung von Fusan selbst." So der „Nowy Krai". Ist dem so, und die Karte lehrt, wieviel die Ausführungen der russischen ostasiatischen Blätter für sich haben, dann erscheint die Gründung Dalnijs sammt der Aufwendung der vielen verausgabten Millionen als ein verlustvoller Mißgriff.

Die Frage, ob mit der Gründung Dalnijs nicht ein großer Fehler gemacht worden ist, bildet aber nicht den einzigen dunklen Punkt in der allgemeinen wirthschaftlichen Lage im russischen Ostasien. Die Herstellung der mandschurischen Bahn hat bereits jetzt, trotz ihres noch sehr unfertigen Zustandes, zur Folge gehabt, daß auf ihr chinesische und japanische Waaren in Menge an die Nähe der Grenze geschafft und von dort aus in das russische Amurgebiet hineingeschmuggelt werden. Die Folge davon ist eine doppelte. Erstens gelangt mandschurisches Getreide zu so billigen Preisen in das Amurgebiet, daß die dortigen russischen Ansiedler, die unter viel ungünstigeren Bedingungen produziren als die Chinesen in der Mandschurei, ihre Ackerbauprodukte nicht verkaufen können. Damit aber droht für die ganze, mit großer Mühe und vielen Opfern ins Leben gerufene russische bäuerliche Kolonisation im Amurgebiet der Verfall. Die zweite Folge ist die, daß die geschmuggelten Industrieerzeugnisse im Amurgebiet so billig angeboten werden, daß für die russischen Händler, die ihre Waaren über Wladiwostok beziehen und sie dort in der gesetzlichen Weise verzollen müssen, keine Möglichkeit einer Konkurrenz mehr besteht. Thee, Zucker und Baumwollwaaren werden von den Händlern, die Abnehmer der Schmuggler sind, in Wladiwostok, Blagoweschtschensk und anderen Plätzen zu Preisen

angeboten, die niedriger sind, als der Betrag der legalen russischen Einfuhrzölle! Die Folgen davon haben sich bereits in einer ganzen Reihe von Fallissements russischer Firmen in Ostasien geäußert. Eine Bewachung der russisch-mandschurischen Grenze ist bei deren ungeheuren Ausdehnung, bei der Natur des außerordentlich dünn bewohnten, von Urwäldern, Sümpfen, Flußläufen und Seen erfüllten Landes praktisch unmöglich. Können die Russen den Plan, auf den sie von Anfang an gebaut haben, nämlich die faktische Schließung des Vertragshafens von Niutschwang für den internationalen Verkehr, nicht durchsetzen, dann strömen japanische, chinesische und sonstige fremde Waaren unaufhaltsam in die Mandschurei ein und von dort als Schmuggelgut über die russische Grenze. Im Amurgebiet und darüber hinaus mindestens bis an den Baikalsee kann dann von einem Verkauf russischer Industrieprodukte kaum mehr die Rede sein. Die russischen Baumwollwaaren sind nur hinter den hohen Zollmauern des russischen Tarifs konkurrenzfähig. Der ursprüngliche Gedanke Wittes war daher auch, die Mandschurei, ähnlich wie die dem Namen nach ja auch noch autonomen mittelasiatischen Vasallenstaaten Buchara und Chiwa, in die russische Zollgrenze einzubeziehen, den Hafen von Niutschwang zu schließen und an seiner Stelle Dalnij zum Freihafen zu erklären. Dalnij liegt innerhalb des sogenannten russischen Pachtgebietes auf der Kwantung-Halbinsel; hier könnte also Rußland die Idee des Freihafens mit einer festen, unmittelbar um den Einfuhrplatz gelegten und scharf bewachten Zollgrenze verwirklichen und dann durch das Ausscheiden Niutschwangs den gesammten Einfuhrhandel für die Mandschurei und die dahinter liegenden Gebiete am Amur und ganz Ostsibirien auf diesen einen Platz konzentriren. Mit dem Offenbleiben Niutschwangs schlägt aber der Effekt dieser ganzen Politik in das gerade Gegentheil um. Dalnij bleibt ein todtgeborenes Kind und Niutschwang wird zur offenen Wunde an dem politisch-wirthschaftlichen Körper Rußlands in Ostasien. Hiernach wird man also ermessen, welch einen faktischen Erfolg die vereinigten Japaner, Amerikaner und Engländer damit errungen haben, daß sie Rußland nöthigten, ihrem Protest gegen die Sperrung von Niutschwang Folge zu geben. Durch diese Verschiebung der Dinge wirkt die gegenwärtige Stellung Rußlands in der Mandschurei für die russischen Interessen überhaupt sehr zweischneidig. Wenn Rußland nicht in der Lage ist, im Lande ungehindert den Herrn zu spielen, so entspricht dem militärischen und politischen Nutzen, den ihm die Mandschurei unter allen Umständen zweifellos bringt, eine sehr erhebliche Schädigung seiner wirthschaftlichen Interessen, und es kommt wieder einmal darauf hinaus, daß die kolossalen Ausgaben zur Verstärkung der äußeren Machtstellung kein Gegengewicht durch ökonomische Vortheile erhalten, die anderen Nationen in ähnlichen Fällen eine Entschädigung für die gemachten Aufwendungen gewähren.

Diese Verkettung ungünstiger Umstände und gefährlicher Möglichkeiten in der Mandschurei ist es wahrscheinlich, die den russischen Finanz-

minister zu seiner auffallenden Reise veranlaßt hat. Bezeichnend dafür, daß man sich in Rußland bewußt ist, hier in einer fatalen Affaire zu stecken, ist ein vertrauliches Zirkular, das aus Anlaß der Witteschen Reise seitens des Chefs der Oberpreßverwaltung den nicht der Präventivzensur unterliegenden russischen Zeitungen und Zeitschriften zugegangen ist. Es ist datirt vom 22. September d. J. und hat folgenden Wortlaut: „Der Herr Finanzminister, welcher laut allerhöchster Genehmigung eine Reise nach Ostasien angetreten hat, hat dem Minister des Innern den Wunsch ausgesprochen, daß die Organe der politischen Presse, falls sie diese Reise berühren, sich auf die Mittheilung des Reiseweges des Ministers beschränken und sich völlig aller Nachrichten über die Einzelheiten der Reise, z. B. Aufzählung der Personen, die der Minister empfangen wird, Wiedergabe der Besprechungen mit solchen u. s. w., vollends aber aller eigenen Vermuthungen über die Zwecke der Reise enthalten." In Petersburg wird auch noch erzählt, daß der Finanzminister von Port Arthur und Dalnij aus selbst nach Peking gehen wolle. Wenn sich das bewahrheiten sollte, so wird man vielleicht annehmen dürfen, daß dieser Besuch von vornherein einen weiteren Hauptzweck der Reise gebildet hat. Es handelt sich dann sicher um sehr schwerwiegende politische Abmachungen mit China. Vorläufig herrscht aber über diesen Punkt noch keine Gewißheit.

Der Angelpunkt aller Ereignisse in Ostasien ist und bleibt die Finanzlage Rußlands. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann Rußland absolut keine Aktion riskiren, die viel Geld kostet oder an irgend einem Punkt ihres Verlaufs kosten könnte. Dieser Gesichtspunkt ist sicher auch maßgebend bei der „Räumung" der Mandschurei, die ja nun wirklich beginnt. Im Frühling dieses Jahres soll sich die Zahl der russischen Truppen dortselbst inkl. der sogenannten Eisenbahnschutztruppe auf 124 000 Mann belaufen haben. Außerdem standen bedeutende Kräfte in Sibirien auf einem der Marschbereitschaft möglichst nahen Stande. Der Unterhalt einer solchen Armee in Ostasien erfordert aber auf die Dauer kolossale Summen; handelt es sich doch um eine Truppenzahl, die halb so stark ist, wie die englische Feldarmee zur Zeit des Burenkrieges und fast ein Viertel von dem ausmacht, was Rußland 1877/78 gegen die Türkei überhaupt auf die Beine gebracht hatte. Daß diese Massen bei der elenden Finanzlage nicht dauernd mobil gehalten werden können, liegt auf der Hand. Was in der russisch-chinesischen Verständigung „Räumung der Mandschurei" genannt wird, kommt also auf die Zurückziehung des größeren Theiles der enormen Okkupationsarmee heraus. Im Lande stehen bleibt nur ein schwaches Armeekorps, wie es heißt ca. 22 000 Mann; dieses bekommt besondere Achselklappen und wird als „Eisenbahnschutztruppe", die zu halten Rußland nach wie vor berechtigt bleibt, umbenannt. Dazu treten dann die 8000—10 000 Mann Besatzungstruppen bei Port Arthur und Dalnij auf der Liautung-Halbinsel. Was Rußland in Wirklichkeit aufgegeben hat, ist also nicht die Mandschurei,

sondern Niutschwang — wodurch freilich die erhoffte wirthschaftliche Ausbeutung des ganzen Landes illusorisch geworden ist.

Angesichts der Finanzlage merkwürdig, aber vom psychologischen Standpunkt aus ein politisches Meisterstück, ist das Verhalten der Russen in der afghanischen Frage und auf der Balkanhalbinsel. Nach dem Tode des Emirs Abd-ur-Rachman schien zunächst in Afghanistan alles beim Alten zu bleiben; Rußland wenigstens rührte sich scheinbar nicht im Mindesten. Allmählich hörte man dies und das über russische Einflüsse in Kabul, aber nichts Bestimmtes. Die englischen Zeitungen wurden nervös, ohne angeben zu können, was eigentlich in der Luft lag. Bekanntlich leben auf russischem Gebiet mehrere Prätendenten für den afghanischen Thron; Rußland hält sie sozusagen an der Kette und zahlt ihnen eine Jahressumme für ihren Unterhalt. Der alte Abd-ur-Rachman, der selber fest genug saß, brauchte sich vor jenen exilirten Prinzen nicht zu fürchten; anders sein Nachfolger, der, soviel man hört, weicher und als Persönlichkeit von nicht so unbedingter Autorität gegenüber den Clanhäuptlingen ist. Ihm gegenüber können die russischen Schützlinge immerhin als brauchbares Drohmittel benutzt werden. Etwa ein Jahr nach der Thronbesteigung Habib-Ullahs schien es, als ob in der russischen Presse die Parole ausgegeben sei, das Thema von der Errichtung einer russischen diplomatischen Vertretung in Kabul zu behandeln. Eine solche existirt bisher nicht, und England faßt die Natur seiner Stellung in Afghanistan überhaupt so auf, daß eine andere als die britische Vertretung dort gar nicht hingehört. Jetzt ist nun die russische Regierung mit einem offiziellen Vorschlage an die englische herangetreten, dahin lautend, es möge für gewisse Fragen des Grenzverkehrs eine Form zur direkten Verständigung zwischen Rußland und Afghanistan gefunden werden. Dieser Vorschlag klingt zunächst ebenso harmlos wie unbestimmt; natürlich bedeutet er aber nur den ersten Schritt auf dem Wege zur Durchsetzung der diplomatischen Vertretung in Kabul, mindestens aber die Drohung damit. Die Londoner offiziösen Blätter behandeln die Frage gleichfalls in einer Weise, als ob es sich nur um eine vorläufige Etappe des russischen Vorgehens handle und noch weitere Mittheilungen „bestimmterer Art“ folgen würden.

Rußland treibt mit dieser Anrührung der afghanischen Frage ein gefährliches Spiel — das es aber wahrscheinlich wieder gewinnen wird. Es rechnet mit der Unentschlossenheit und Zaghaftigkeit, die England nun schon seit Jahrzehnten in afghanischen Dingen gezeigt hat; es rechnet mit seinem eigenen Prestige bei allen mittelasiatischen Völkern. Bleibt England aber fest, so hat Rußland kein Mittel, um seinen Willen durchzusetzen. Der Zar und Herr von Witte können es zum Konflikt nicht kommen lassen! Darüber ist man sich aber in England sicher ebenso wenig klar, wie anderswo, und es wird wohl noch eine ganze Weile dauern, bis die Erkenntniß, daß Rußland durch die Folgen des Regiments Witte in Wirklichkeit politisch gelähmt ist, bei seinen Nachbarn und Nebenbuhlern durch-

dringt. Man braucht sich nur vorzustellen, von welch einem Einfluß es für die internationale Politik wäre, wenn allgemein die Ueberzeugung Fuß faßte, daß mit Rußland nicht mehr ernsthaft gerechnet zu werden braucht — es sei denn für den letzten und verzweifelten Fall des saigner à blanc. So aber ist es. Dem Witteschen Rußland stehen für seine äußere Politik alle diplomatischen Künste und Mittel zur Verfügung; ihm fehlt aber die letzte und entscheidende Basis, die allem Uebrigen erst die eigentliche Wirkungskraft verleiht: es kann wohl aufmarschieren, aber dann nicht strategisch operiren lassen. Dahin hat Herr von Witte sein Land gebracht; das und immer wieder das muß allen, die es angeht, so lange vor Augen gehalten werden, bis sie begriffen haben, worum es sich handelt. Ob England jetzt bei dem afghanischen Thema wieder den Kürzeren zieht oder ob es diesmal triumphirt, hängt von gar nichts Anderem ab, als davon, ob die englischen Staatsmänner eine zutreffende Vorstellung von der finanziellen und wirthschaftlichen Lage Rußlands haben oder nicht. Es darf für sie jetzt gar kein wichtigeres Studium geben, als die Budgets und „allerunterthänigsten Berichte" des Herrn von Witte sowie die Kritiken, denen diese Falsifikate in Rußland selbst wie im Auslande unterworfen werden.

Man stelle sich einen morgen ausbrechenden russisch-englischen Konflikt vor. Das erste ist, daß Japan auf die Seite Englands tritt und Rußland seine Bündnißrechte an Frankreich geltend macht. Die Situation wäre für Rußland-Frankreich sehr ungünstig. Rußland muß die siegreiche Entscheidung entweder rasch herbeiführen, solange der Wittesche Goldschatz (sein letzter und einziger Nothanker!) reicht — oder es hat verspielt. Einen langwierigen Krieg kann es nicht führen. Auf dem ostasiatischen Kriegsschauplatz fehlt es ihm an jeder Möglichkeit, auch im Verein mit den Franzosen eine rasche Entscheidung herbeizuführen. Weder könnten die Verbündeten die vereinigte englisch-japanische Flotte niederkämpfen, noch an eine Landung in Japan und Vernichtung der japanischen Armee im eigenen Lande denken. Japan verfügt — immer natürlich englisches Geld zum Kriegführen vorausgesetzt — über 600 000 Mann ausgebildeter Truppen. Gegen eine solche Masse ist nichts zu machen, selbst wenn man noch Zweifel in ihre volle militärische Gleichwerthigkeit gegenüber einer europäischen Armee setzen will. Das mandschurische Küstengebiet und die Amurprovinz, Port Arthur, Dalnij, Wladiwostok, wären für Rußland wahrscheinlich von vornherein verloren. Natürlich werden sich die Japaner auf einen Vormarsch ins Innere der Mandschurei nicht einlassen, sondern im Besitz der Küste stehen bleiben und mit überlegenen Kräften die russischen Versuche zum Wiedernehmen des Verlorenen abwarten. Den Truppentransport von den japanischen Inseln auf das Festland zu verhindern, sind die russisch-französischen Seestreitkräfte gegenüber den englisch-japanischen nicht stark genug.

An der indisch-afghanischen Grenze kann der Vormarsch der Russen

auf zwei Operationsstraßen angesetzt werden: auf Kabul von Herat aus durch das Thal des Herirud und von Kelif am Amu Darja über die Bamianpässe, und außerdem vom persischen Sejistan aus durch Südafghanistan auf Kandahar. Als Zufuhrbahn für alle Operationen mit ihrem ungeheuren Bedarf an Verpflegungs- und Fortbewegungsmitteln giebt es, so lange die Bahn Orenburg—Taschkent noch nicht fertig ist, einzig die eingleisige transkaspische Linie. Der Vormarsch der Hauptmacht muß auf Kabul gerichtet sein, denn der Weg der Kandahar-Armee ist einerseits zu lang, andererseits entbehrt er aller natürlichen Hilfsquellen in so hohem Grade, daß nur eine relativ geringe Truppenzahl ihn einschlagen kann. Die höchste Kombattantenziffer, die durch einen gleichzeitigen Vormarsch über Herat und die Bamianpässe auf einmal nach Kabul gebracht werden kann, vorausgesetzt daß die Engländer diesseits des Indus und der Chaiberpässe überhaupt keinen Widerstand leisten, wird 60 000 bis 70 000 Mann betragen. Für eine noch größere Menschenmasse können auf den Verbindungswegen Afghanistans (man bedenke, daß allein die Linie Herat-Kabul 700 km lang ist) keine Verpflegungs- und Transportmittel beschafft werden. Jene Zahl ist aber auf jeden Fall zu klein, um damit die Entscheidungsschlacht gegen die anglo-indische Vertheidigungsarmee zu wagen, selbst unter der Voraussetzung, daß ein weiteres Armeekorps die Diversion auf Kandahar macht. Die Pamirstraße kommt für eine Armee nicht in Betracht, wenn auch kleinere Heeresabtheilungen von hier aus den Engländern in ihrer rechten Flanke unangenehm werden können.

Es bleibt also den Russen nichts übrig, als, vorausgesetzt, daß sie mit ihrer ersten Invasionsstaffel Kabul genommen haben, sich dort festzusetzen, große Magazine anzulegen, und sich dort zu halten bis eine zweite Staffel, im günstigsten Falle in gleicher Stärke, eintrifft. Dann gehen noch die Besatzungstruppen für Kabul und die rückwärtigen Verbindungslinien ab, und dann, d. h. im allergünstigsten Falle 6—8 Monate nach der Kriegserklärung, falls es überhaupt gelingen sollte, in einer einzigen guten Jahreszeit die Armee in Kabul zu versammeln, können sie mit 100 000 Mann den Vormarsch gegen Indien selbst antreten. Bis dahin finden sie, wenn nicht vorher, so doch jedenfalls am Indus, die anglo-indische Armee in quantitativ überlegener Stärke und wahrscheinlich dazu noch eine japanische Hilfsarmee sich gegenüber. Indien ist also unter den heutigen Verhältnissen für Rußland überhaupt nicht mehr anders mit Aussicht auf einen entscheidenden Sieg zu erreichen, als wenn vorher ganz Afghanistan okkupirt und in aller Ruhe und Sorgfalt als Operationsbasis eingerichtet ist. Das aber würde eine Kriegsdauer über Jahre hinaus voraussetzen, und daran darf Herr von Witte nicht denken. Wie währenddessen die Schläge zwischen England und Frankreich fallen würden, ist nicht sehr schwer vorauszusehen, kommt aber für die prinzipielle Seite der Frage kaum in Betracht.

Unter demselben Gesichtspunkt wie die afghanische Politik muß auch das Vorgehen Rußlands in Konstantinopel angesehen werden. Wenn es

wahr ist, daß Rußland der Türkei die Erneuerung des Vertrags von Hunkiar-Skelessi vorgeschlagen hat, so kann das in praxi zur Zeit nur bedeuten, daß es der Pforte den Besitz von Macedonien gegen die Verpflichtung, die Dardanellen gegen jede fremde Macht zu schließen, angeboten hat. Im Unterschiede zu den dreißiger Jahren sind die Dardanellenbefestigungen heute nach sachverständigem Urtheil in solchem Stande, daß sie in Verbindung mit Minensperren und der Versenkung der sogenannten türkischen Flotte, die nach ihrer kläglichen Ausfahrt in den griechischen Krieg zu einem solchen Zweck ständig in der engsten Stelle des Dardanellen-Fahrwassers verankert liegt, fähig sind, die Durchfahrt thatsächlich zu sperren. Ob das aber im entscheidenden Augenblick wirklich geschehen wird, hängt schließlich doch von nichts Anderem ab, als von dem guten Willen und dem technischen Können der Türken. Soll also die Wiederaufnahme der Politik von Hunkiar-Skelessi für Rußland einen wirklich greifbaren Vortheil bedeuten, so muß es sich von Seiten der Türken irgend welche realen Garantien dafür geben lassen, daß der Vertrag auch thatsächlich funktionirt. Damit aber wäre doch jedenfalls auf irgend eine Weise eine schwerwiegende Aenderung des territorialen, besitzrechtlichen status quo in der Türkei gegeben, was sich die übrigen betheiligten Mächte, selbst wenn die Türkei in ihrer Angst um Macedonien sich fügen wollte, zuzulassen nicht den mindesten Grund haben. Ueber die letzte und unumgängliche pièce de résistance aller diplomatischen Verhandlungen und Pressionsmittel, über die Sprache der Bajonette und Kanonen, verfügt Rußland für den Ernstfall am Bosporus ebensowenig mehr, wie am gelben Meer und am Hindukusch. Paul Rohrbach.

Der Besuch der Buren-Generale. Agrarierthum und Liberalismus.

Es liegt in der Natur der Politik, daß in ihr fortwährend Ereignisse sich vollziehen, deren eigentlicher Sinn und Zusammenhang den Mitlebenden verborgen bleibt und erst der Nachwelt durch die Geschichtsschreibung kund gemacht wird. So oft aber auch die späteren Enthüllungen der Welt darthun, wie sehr sie einst im Dunkeln getappt, sich getäuscht und geirrt hat — man denke an die Vorgeschichte der Ereignisse von 1866 und 1870 — daß auch in der Gegenwart höchst wahrscheinlich tiefere, noch unerkannte und ungeahnte Zusammenhänge existiren, das macht man sich nur sehr selten klar. Wo findet man, daß ein politisches Organ, ein angesehener Publizist, es sei denn bloß als rhetorische Floskel, jemals rund ausspricht: dies oder jenes Ereigniß verstehe ich nicht? Wenn man keine Erklärung hat, sucht man sich eine. Manchmal aber kommt es vor, daß alles Suchen vergeblich ist. So geht es mir heute mit der Reise der Burengenerale De Wet, Botha und Delarey nach Paris und Berlin; was hat diese Reise für einen Zweck?

Die öffentliche Meinung in Frankreich und Deutschland hat sich den Kopf darüber nicht zerbrochen. Dem französischen und deutschen Volke war es eine solche Herzensgenugthuung, diese tapferen Männer von Angesicht zu Angesicht zu sehen, sie zu begrüßen, ihnen zuzujubeln, ihnen die ganze Anerkennung und Verehrung, die sie ihrem Heldenthum zollen, persönlich zum Ausdruck zu bringen, daß sie zu der Frage, weshalb und in wieweit den Buren mit einer derartigen Huldigung auch thatsächlich gedient ist, garnicht kommen konnten. Diese Frage ist aber doch wohl wichtig genug, um recht ernstlich gestellt zu werden.

Die drei Generale haben in ihren Ansprachen immer von Neuem betont, daß sie jetzt loyale Unterthanen König Eduards seien und nur kämen, um dem französischen wie dem deutschen Volke für die während des Krieges bewiesene Sympathie und Hilfeleistung zu danken und um weitere Spenden für die unsägliche Noth, die noch jetzt über ihr Volk ausgebreitet sei, zu bitten. Auf diese letztere Bitte kommt es an. Die Engländer haben den Buren für das Retablissement ihres Landes 60 Millionen Mark bewilligt; die Buren erklären das für nicht annähernd genug und nehmen mit Dank eine Spende von 200 000 Mark an, die ihnen in Berlin überreicht wird. Setzen wir, daß in Frankreich und Deutschland zusammen eine ganze Million aufgebracht werde; das ist vermuthlich schon zu hoch gegriffen, für die Linderung der Noth in Transvaal aber hat auch diese Summe so gut wie keine Bedeutung und im Verhältniß zu den vorhandenen sechzig Millionen ist sie verschwindend. Mir ist erzählt worden, deutsche Burenfreunde hätten in den Generalen die Hoffnung erweckt, daß sie thatsächlich viele Millionen aus Deutschland ziehen würden, wenn sie persönlich erschienen. Ich kann mir nicht wohl denken, daß das wahr ist. Enthusiasten geben sich ja leicht Illusionen hin, aber eine so grobe Täuschung scheint mir doch auf beiden Seiten ausgeschlossen.

Wenn nun die Erlangung thatsächlicher direkter Hilfe, so lange wir den Burenfreunden wie den Burengeneralen eine verständige Erwägung zutrauen, ausgeschlossen ist, ist vielleicht eine indirekte Unterstützung zu erwarten durch den Druck, den diese kontinentale Bewegung auf die englische Regierung ausübt? Es ist offenbar, daß viel eher das Gegentheil der Fall ist. So sehr die Generale auch ihre Treue-Verpflichtung gegen ihre jetzige Regierung betont haben, mit so viel Takt und Vorsicht auch in den immer wiederholten Ansprachen alle Provokationen gegen England vermieden worden sind, so ist es doch klar, daß der Grundton des Ganzen neben und sogar über dem humanen Mitgefühl für die Buren Feindseligkeit gegen das unterdrückende und knauserige England war. Die Zeitungen berichteten, daß Fürst Herbert Bismarck im Reichstage eine Unterredung mit den drei Generalen gehabt und ihnen gerathen habe, mit Chamberlain eine Verständigung zu suchen; er hoffe, daß dies nicht schwer sein würde, da Chamberlain ein Mann der Praxis sei; auch Balfour, über dessen Persönlichkeit der Fürst sich höchst günstig ausgesprochen habe, würde einer

Verständigung gewiß nicht im Wege sein. Ein solcher Rath aus solchem Munde ist gewiß höchst bedeutsam, aber wenn wirklich Aussicht zu einer solchen Verständigung vorhanden gewesen sein sollte, mit anderen Worten, wenn die englische Regierung nicht so ganz abgeneigt gewesen sein sollte, die Retablissements-Summe noch nachträglich zu erhöhen: die Szenen in Paris und Berlin haben sicherlich die Neigung dazu sehr vermindert. Die Reise der Generale hat also für die Noth ihres Volkes nicht nur Nichts erreicht — die wenigen gesammelten hunderttausend Mark kommen nicht in Betracht — sondern möglicherweise auch noch die Chance für eine wirkliche Hilfe zerstört. Wie man in England jetzt sagen wird: wenn Ihr von den Franzosen und Deutschen Geld bekommt, so brauchen wir Euch ja nichts zu geben — so wird man sich bei uns sehr bald klar machen, daß wir zwar mit unserer Unterstützung unserer eigenen Empfindung eine Genugthuung bereiten, thatsächlich aber den Engländern eine Last abnehmen, die in Wirklichkeit sie zu tragen hätten.

Was also ist der Zweck der Reise? Herr Naumann in der „Zeit" (16. Okt.), der das Ereigniß ganz so auffaßt wie wir, findet keinen anderen Schluß, als eine Art psychologischer Nothwendigkeit. „Was sie sich bei uns holen, ist ihre Selbstachtung mitten in der Niederlage." Europa soll ihnen bezeugen, daß sie wirklich als tapfere Männer bis zum letzten gefochten haben und ihr Schicksal unabwendbar war.

Sollte das wirklich die Erklärung sein, so gestehe ich, daß dieses Verhalten meinen Beifall nicht haben würde. Wahre Größe und wahres Heldenthum bedarf nicht und legt keinen Werth auf das Zeugniß der Menge. Die Feier in der Philharmonie in Berlin soll auf alle Theilnehmer einen erhebenden Eindruck gemacht haben, aber es ist sonst doch auf der Reise, und konnte gar nicht anders sein, zu manchen Szenen gekommen, die mit der Empfindung von Männern, die den Untergang ihres Vaterlandes betrauern, nicht übereinstimmen und nicht dazu passen.

Giebt es etwa noch andere Erklärungen der Reise? Ich weiß keine, wenigstens keine, die mir dem Charakter der drei Helden zu entsprechen oder politisch richtig gedacht erscheinen würde. Ich will damit nicht sagen, daß keine existire. Die Nachwelt wird sie vielleicht einmal erfahren, aber so viel glaube ich, ist klar, daß der Empfang der Generale beim Kaiser nicht durch irgend ein Verschulden auf deutscher Seite verhindert worden ist, daß auch nicht die Generale eine eigentliche Schuld trifft, sondern daß die Unmöglichkeit in der Sache lag. Der Kaiser hat die Generale in nicht-amtlicher Form wissen lassen, daß er bereit sei, zu empfangen, indem sie sich durch den englischen Botschafter einführen ließen. Die Generale hätten diesen Weg beschreiten können, wenn ihre ganze Reise, nicht bloß offiziell und dem Wortlaut nach, sondern auch wirklich und innerlich ganz ohne Spitze gegen England gewesen wäre. Das war sie aber nicht. Es war daher auch nicht zu erwarten, daß der englische Botschafter in Berlin es opportun finden würde, dem Gesuch dieser Unterthanen König Eduards zu

entsprechen. Sich gegen eine Ablehnung zu decken, wünschten die Buren daher eine amtliche Einladung zum Kaiser, der sich der englische Botschafter nicht hätte versagen können. Das war aber wieder für den Kaiser, der doch wahrlich in der großen Politik alle Ursache hat, England nicht unnöthig anzuecken, eine völlig unmögliche Zumuthung. So endete die Verhandlung, obgleich es auf beiden Seiten sicherlich an gutem Willen nicht gefehlt hat, mit einer Verstimmung.

Wie die Dinge heute in Südafrika und in der Welt liegen, ist die einzig mögliche Politik für die Buren, sich politisch ohne jeden inneren Vorbehalt der englischen Herrschaft unterzuordnen, innerhalb dieser Herrschaft aber Anschluß an die Kap-Holländer zu nehmen und eine national-holländische Afrikander-Partei zu bilden. Unter den weichen und bequemen Formen des englischen Kolonial-Regiments haben sie die besten Aussichten, auf diese Weise ihre Nationalität zu retten und zu bewahren. Die gegenseitige nationale Antipathie, durch den Krieg aufs Höchste gesteigert, wird fortleben, und Niemand vermag heute vorauszusehen, was die Zukunft für Südafrika noch einmal in ihrem Schooße birgt. Jeder wahre Burenfreund muß deshalb heute, wie es auch Fürst Bismarck gethan hat, die Buren dahin zu bringen suchen, daß sie die Engländer heute nicht weiter reizen und vielleicht gar zu Repressivmaßregeln treiben, sondern einen loyalen modus vivendi mit ihnen finden. Wer sich das klar macht, kann den Enthusiasmus, der die Reise der Generale begleitet hat, kaum mitmachen und muß wünschen, daß diese Empfänge, die zuletzt zu Schaustellungen ausarten müssen, nicht fortgesetzt werden. Mit einer Art Erleichterung lese ich eben in der Zeitung, daß Dewet sich entschlossen hat, nach Afrika zurückzukehren.

* * *

Der Reichstag hat die höheren Sätze für Getreidezölle beschlossen, obgleich der Reichskanzler in der feierlichsten Form erklärt hat, daß sie für die verbündeten Regierungen unannehmbar seien, und Deutschland schaudert ob solcher That; die Einen wegen dieses Muthes, die Anderen wegen dieser Frechheit. „Unter Bismarck wäre dergleichen nicht möglich gewesen!"

Zunächst ist es nicht richtig, daß dergleichen nicht auch unter Bismarck geschehen sei. Bei dem Margarine-Gesetz gaben die verbündeten Regierungen durch den Mund des Staatssekretärs des Innern in den bündigsten Formen die Erklärung ab, daß gewisse Bestimmungen ihnen unannehmbar seien. Die agrarische Majorität beschloß sie dennoch, und Reichskanzler und Bundesrath unterwarfen sich und nahmen sie an.

Diesmal freilich wird es nicht die Regierung, sondern der Reichstag sein, der nachzugeben hat, und es handelt sich nur noch um die Form, in der sich das vollziehen soll. Daß es in dieser zweiten Lesung nicht geschah, ist ganz selbstverständlich, und es ist merkwürdig genug, daß wirklich viele Leute sich so verwundert oder sich so verwundert gestellt haben, daß die Abstimmung trotz der Erklärung des Reichskanzlers so ausgefallen ist.

Verständigung gewiß nicht im Wege sein. Ein solcher Rath aus solchem Munde ist gewiß höchst bedeutsam, aber wenn wirklich Aussicht zu einer solchen Verständigung vorhanden gewesen sein sollte, mit anderen Worten, wenn die englische Regierung nicht so ganz abgeneigt gewesen sein sollte, die Retablissements-Summe noch nachträglich zu erhöhen: die Szenen in Paris und Berlin haben sicherlich die Neigung dazu sehr vermindert. Die Reise der Generale hat also für die Noth ihres Volkes nicht nur Nichts erreicht — die wenigen gesammelten hunderttausend Mark kommen nicht in Betracht — sondern möglicherweise auch noch die Chance für eine wirkliche Hilfe zerstört. Wie man in England jetzt sagen wird: wenn Ihr von den Franzosen und Deutschen Geld bekommt, so brauchen wir Euch ja nichts zu geben — so wird man sich bei uns sehr bald klar machen, daß wir zwar mit unserer Unterstützung unserer eigenen Empfindung eine Genugthuung bereiten, thatsächlich aber den Engländern eine Last abnehmen, die in Wirklichkeit sie zu tragen hätten.

Was also ist der Zweck der Reise? Herr Naumann in der „Zeit“ (16. Okt.), der das Ereigniß ganz so auffaßt wie wir, findet keinen anderen Schluß, als eine Art psychologischer Nothwendigkeit. „Was sie sich bei uns holen, ist ihre Selbstachtung mitten in der Niederlage.“ Europa soll ihnen bezeugen, daß sie wirklich als tapfere Männer bis zum letzten gefochten haben und ihr Schicksal unabwendbar war.

Sollte das wirklich die Erklärung sein, so gestehe ich, daß dieses Verhalten meinen Beifall nicht haben würde. Wahre Größe und wahres Heldenthum bedarf nicht und legt keinen Werth auf das Zeugniß der Menge. Die Feier in der Philharmonie in Berlin soll auf alle Theilnehmer einen erhebenden Eindruck gemacht haben, aber es ist sonst doch auf der Reise, und konnte gar nicht anders sein, zu manchen Szenen gekommen, die mit der Empfindung von Männern, die den Untergang ihres Vaterlandes betrauern, nicht übereinstimmen und nicht dazu passen.

Giebt es etwa noch andere Erklärungen der Reise? Ich weiß keine, wenigstens keine, die mir dem Charakter der drei Helden zu entsprechen oder politisch richtig gedacht erscheinen würde. Ich will dar[illegible] nicht sagen, daß keine existire. Die Nachwelt wird sie vielleicht ein[illegible] [illegible]hren, aber so viel glaube ich, ist klar, daß der Empfang der [illegible] nicht durch irgend ein Verschulden auf deutscher [illegible] ist, daß auch nicht die Generale eine eigentliche [illegible] die Unmöglichkeit in der Sache lag. Der [illegible] nicht-amtlicher Form wissen lassen, daß er [illegible] sie sich durch den englischen Botschafter [illegible] hätten diesen Weg beschreiten können, [illegible] offiziell und dem Wortlaut nach, sondern [illegible] Spitze gegen England gewesen wäre. [illegible] daher auch nicht zu erwarten, daß de[illegible] opportun finden würde, dem Gesuch [illegible]

entsprechen. Sich gegen ein [illegible]
daher eine amtliche Einladung [illegible]
nicht hätte versagen können. [illegible]
doch wahrlich in der großen Politik [illegible]
nöthig anzuecken, eine völlig [illegible]
handlung, obgleich es an [illegible]
gefehlt hat, mit einer Verstimmung.

Wie die Dinge heute [illegible]
einzig mögliche Politik für [illegible]
Vorbehalt der englischen Herrschaft [illegible]
schaft aber Anschluß an die [illegible]
holländische Afrikander-Partei [illegible]
Formen des englischen [illegible]
auf diese Weise ihre [illegible]
seitige nationale Antipathien [illegible]
fortleben, und Niemand [illegible]
Südafrika noch einmal [illegible]
muß deshalb heute, wo es [illegible]
dahin zu bringen suchen [illegible]
und vielleicht gar zu [illegible]
modus vivendi mit [illegible]
thusiasmus, der die [illegible]
muß wünschen, daß [illegible]
müssen, nicht fortgesetzt [illegible]
in der Zeitung, daß [illegible]

Der Reichstag ist [illegible]
obgleich der Reichskanzler [illegible]
die verbündeten Re[illegible]
solcher That, [illegible]
Frechheit [illegible]
[illegible]

Beide, sowohl die Regi
und weshalb sie auf einande
gute Gründe, ihren Standp
erst im letzten Augenblick
Politiker wollen das schlechte
aus taktischen Gründen für
einsähen, und als ob die F
aus lauter Schwäche entsprä
die wir zwar keine Agrarier
und deshalb die Haltung d
Linken immer von Neuem
nehmen, und ich habe in m
einandersetzung mit der „Fr
der entscheidende Punkt, die
sich richtet, ist die Stellu
Regierung wird und will in
nöthigen Forderungen auf
charakteristisch, was die „F
meint, ich verlange, der Reic
und Marinefragen vollständ
thümliche Geist; das Standes
Duellantenfreiheit seien pri
objekt dienen können; im Be
wolle ihre Forderungen nich

Alles das läßt sich hör
mit der Streitfrage, mit
handelt sich darum, festzustel
die Freundschaft der Regier
Zeitung" versichert in jeden
habe ihr den wirklichen Gru
indem sie schwört, daß Volk
könnten, als sie thun. Wen
auch bei dem Bündniß der
haben. Weiter ist es ja nich
was wir auch allen unseren
sonst gesonnen sind, desto me
in Deutschland fall und w
keine Linke haben. ...
Deutschen Reichs ...

Tro

eine
u
(

ich mir erlauben einen Vorschlag zu machen, der, wenn er auch wenig Aussicht auf direkte Annahme hat, doch geeignet ist, die Dinge in ein helles Licht zu setzen und gewisse irrthümliche Anschauungen zu zerstreuen.

Die Majorität des Reichstages ist entschlossen agrarisch; die Majorität der Reichstagswähler aber ist das keineswegs. 34 Prozent der Bevölkerung leben ja überhaupt nur noch von der Landwirthschaft und diese sind bei weitem noch nicht einmal alle Mitglieder oder Gesinnungsgenossen des Bundes der Landwirthe. Die Agrarier haben nur deshalb im Reichstag die Majorität, weil sie mit vielerlei anderen konservativen Elementen verbunden sind und innerhalb dieses Bündnisses in den einzelnen Wahlkreisen meist die Majorität haben. Nicht auf ihre Wähler insgesammt, sondern auf diesen Bruchtheil ihrer Wähler ist es, daß die Abgeordneten Rücksichten nehmen müssen und weshalb sie sich stellen müssen, als ob ihnen alle Wohlthaten der Regierung für die Landwirthschaft noch lange nicht genug seien.

Sobald es gelingt, dieses thatsächliche Verhältniß auch konstitutionell zum Ausdruck zu bringen, sind wir aus allen Schwierigkeiten heraus. Die Linke fordert schon lange eine neue, den veränderten Bevölkerungsverhältnissen entsprechende Vertheilung der Wahlkreise. Das würde allerdings die Agrarier erheblich reduziren, hat aber doch auch manche gute Gründe historischer Natur gegen sich, und vor Allem ist es ganz und gar gegen das Interesse der Regierung, die Konservativen generell und definitiv zu schwächen. Nein, es giebt ein anderes, sanfteres Mittel, das zu bilden ist nach dem Muster des Schweizer Referendums. Man füge der Reichsverfassung einen Paragraphen ein, wonach Kaiser und Bundesrath das Recht haben, ein Gesetz, das der Reichstag abgelehnt hat, einer unmittelbaren Volksabstimmung zu unterbreiten, also statt des generellen Appells an die Wähler durch Auflösung und Neuwahlen ein spezieller Appell in der gerade vorliegenden Einzelstreitfrage.

Davon, das Referendum in vollem Umfang, auch gegen die vom Reichstag und Bundesrath beschlossenen Gesetze einzuführen, kann natürlich bei uns keine Rede sein. Aber schon das Recht der Regierung, im einzelnen Fall an das Volk zu appelliren, wäre eine Konzession an den demokratischen Gedanken, den die Linke doch nur schwer ablehnen könnte. Auch die Rechte aber braucht nicht so ganz und gar dagegen zu sein: es ist keine Frage, daß in diesem Augenblick sehr viele konservative Abgeordnete glückselig sein würden, wenn ihnen auf diese Weise die Verantwortung für den zukünftigen Handelsvertrag abgenommen würde.

Wie man sich auch zum allgemeinen gleichen Stimmrecht prinzipiell stelle: eins ist absolut sicher: man kann nicht wieder davon zurück. Die Korrektur, die etwa nothwendig wird, kann nicht in der Richtung der Repression, sondern nur der Fortentwicklung des demokratischen Gedankens liegen, so daß er sich selbst wieder aufhebt. Eine solche Fortentwicklung ist das Referendum, das in der Schweiz durchaus in konservativem, sogar

in schädlichem, in reaktionärem Sinne wirkt. Im vorliegenden Falle mag man zweifeln, wie das Volk sich zu dem jetzt zur Berathung stehenden Tarife stellen würde, keine Frage aber ist, daß es jeden von der Regierung abgeschlossenen Handelsvertrag, auch die Verlängerung der heute bestehenden Verträge mit sehr großer Majorität annehmen würde.

Es ist möglich, daß die Parteien sich zuletzt dennoch sämmtlich gegen eine solche Verfassungsänderung erklären würden. Auf die praktische Durchführbarkeit kommt es mir in diesem Augenblick auch nicht an, sondern daß man sich an einer solchen Probe klar macht, worauf eigentlich die erstaunliche Macht des Agrarierthums beruht. Sie ist nicht realer, sondern sie ist rein taktischer Natur.

Die Ergänzung zu dieser Uebermacht des Agrarierthums ist die Ohnmacht des Liberalismus. Im deutschen Volke besteht jetzt ein wahrer Heißhunger nach Liberalismus, hat der Abgeordnete Bassermann auf dem nationalliberalen Parteitage gesagt. Sehr schön, sehr richtig — aber was nützt eine solche Proklamation, wenn der Parteiführer, der sie ausspricht, auch nicht den kleinsten positiven Gedanken produzirt (noch viel weniger eine That), sie zu verwirklichen? Wir schämen uns, wenn wir lesen, daß auf einer Versammlung ernster Persönlichkeiten unter dem Vorsitz eines ehemaligen Staatsministers die Polizei einer Dame verbietet, einen Vortrag zu halten. Wir schämen uns, wenn abermals die Zeitungen melden, daß ein Zeitungsredakteur, der zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt worden ist, mit einem Zuchthäusler zusammengefesselt transportirt worden ist. Das ist die Kulturhöhe des deutschen Volkes und des deutschen Reiches im Jahre 1902 und es vergeht ja kaum eine Woche, ohne daß ähnliche Aergernisse an unser Ohr klingen! Hilfe aber sehe ich vorläufig nirgends. Um liberale Ideen zur Herrschaft zu bringen, muß man regierungsfähige liberale Parteien haben. Sie sind nicht da. So müssen denn alle jene Widrigkeiten weiter ertragen werden, und es bleibt nichts übrig, als durch möglichst energische Gegenwirkung dafür zu sorgen, daß das Uebel einigermaßen eingedämmt werde und nicht bis in den Kern unseres Daseins vordringe.

25. 10. 02. D.

Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

d'Ancona, A. — Friedrich der Grosse und die Italiener. Preis M. 2,40. — Rostock, Stiller.
Bestran C, Sündenvergebung; Schauspiel in einem Aufzug. — 75 Pf. Patschkau, G. Buchal.
Bethge. — Der gelbe Kater. Novellen. Berlin, Schuster und Loeffler.
Biermer, Dr. — Die neueste Bankkrisis und das deutsche Aktienrecht. 80 Pf. Giessen, J. Ricker.
Bleibtreu, Karl. — Waterloo, Eine Schlachtdichtung. Preis brosch. M. 5,—, geb. M. 6,50. München, Albert Langen.
Bölsche, W. — Von Sonnen- und Sonnenstäubchen. Kosmische Wanderungen. Brosch. M. 6,—, geb. M. 7,50. — Berlin, Georg Bondi.
von der Brüggen, E. — Das heutige Russland. Kulturstudien. Preis M. 6,—. Leipzig, Veit & Co.
Cauer, P. — Palaestra Vitae. Eine neue Aufgabe des altklassischen Unterrichtes. Preis M. 3,40. — Berlin, Weidmannsche Buchhandlung.
Carpenter, E. — Wenn die Menschen reif zur Liebe werden. Preis M. 3,—. Leipzig, Hermann Seemann Nachf.
Curtius, Dr. Paul. — Bürgermeister Curtius. Lebensbild eines hanseatischen Staatsmannes im 19. Jahrhundert. (193 S.) Berlin, Julius Springer.
Dahn, F. — Herzog Ernst von Schwaben. Erzählung aus dem elften Jahrhundert M. 4,—. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
Deutsche Arbeit — Zeitschrift für das geistige Leben der Deutschen in Böhmen. Jahrg. 2, Heft I. C. D. W. Callwey, München und Prag.
Deutsche Zollpolitik. Der autonome Tarif und die Vertragszölle und der Status quo. Von Hermann Schwabe. Luxemburg, Druck von Th. Schroell.
Driesmans, Heinrich. - Rasse und Milieu. Kulturprobleme der Gegenwart Bd. IV. (235 S.) Berlin, Johannes Räde.
Fechner's Gesetzgebungs-Bibliothek (vom Jahre 1794—1902) in 4 Bänden. M. 12,-. Steglitz, Karl Fechner.
Fischel, Dr. Alfred. — Materialien zur Sprachenfrage in Oesterreich. (344 S.)
—,— Das Oesterreichische Sprachenrecht. Eine Quellensammlung (260 S.) Brünn, Friedr. Irrgang.
Frommel, Otto. — Neuere deutsche Dichter in ihrer religiösen Stellung. Acht Aufsätze. M. 5,— geb. M. 6,—. Berlin, Gebrüder Paetel.
Fuchs, Georg. — „Mannfred". Tragödie in vier Aufzügen. Darmstadt, Arnold Bergstraesser.
Fuhrmann, M. — Die Hölle im Pferdestall und andere lachende Satiren. M. 2,50. Berlin und Leipzig, Schuster & Loeffler.
Guthmann, J. — Die Landschaftsmalerei der Toskanischen und Umbrischen Kunst, von Giotto bis Rafael 8° M. 22,—. Leipzig, Karl W. Hirsemann.
Hausrath, A. — Die Albigenserin. Erzählung. M. 4,—. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
Heyne, M. — Fünf deutsche mittelalterliche Erzählungen in neuen Versen. Preis M. 1,80, geb. M. 2,50. — Berlin, Meyer & Wunder.
Hildebrandt, Paul. — Neue Brettl-Chansons (32 S.). Berlin, A. Hildebrandt.
v. Hippel, Dr. R. — Zur Vagabundenfrage. M. 1,— Berlin, Otto Liebmann.
Keyserling, Graf Alexander. Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern. 2 Bände brosch. M. 20,—, geb. M. 24,—. Berlin, Georg Reimer.
Die Kunst im Leben des Kindes. Ein Handbuch für Eltern und Erzieher. Preis brosch. M. 2,50, geb. M. 3,—. Berlin, Georg Reimer.
Lorenz, Prof. Dr. Ottokar. — Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reiches 1866—1871. Nach Schriften und Mittheilungen betheiligter Fürsten und Staatsmänner. (634 S.) Jena, Gustav Fischer.
Guy de Maupassant. — Bett 29. M. 1,—, geb. 1,50. München, Albert Langen.
Gorki, M. — Ein Verbrechen M. 1,—, geb. M. 1,50. München, Albert Langen.
Hauschner, A. — Daatjes Hochzeit M. 1,—, geb. 1,50. München, Albert Langen.
Mehring, F. — Aus dem literarischen Nachlass von Karl Marx, Friedrich Engels und Ferdinand Lassalle Band III: Von Mai 1848 bis Oktober 1850. Preis brosch. M. 7,—, geb. M 8,50. Stuttgart, J. H. W. Dietz Nachf.
Meissner. — Das Künsterbuch. Band VIII. Adolph von Menzel. M. 3,—. Berlin, Schuster & Loeffler.
Mellin, H. — Ikarius. Eine Reisenovelle. 4. Aufl. M. 3,—. Wolfenbüttel, Julius Zwissler.
Meyer, Dr. H. — Die Eisenbahnen im tropischen Afrika. Preis M. 4,80. — Leipzig, Duncker & Humblot.
Michaelis, K. — Das Schicksal der Ulla Fangel. Eine Geschichte von Jugend und Ehe. Preis M. 3,—, geb. M. 4,—. Berlin, Axel Juncker.
Moeller-Bruck. — Die moderne Literatur in Gruppen und Einzeldarstellungen. Band XI. Der neue Humor-Varietéstil. Band XII. Propheten. Preis à 50 Pfg. Berlin und Leipzig, Schuster & Loeffler.
Müller-Guttenbrunn. — Zwischen zwei Theaterfeldzügen. Preis geb. K. 4,80, geh. K. 3,60. — Linz a. D. Oesterreichische Verlagsanstalt.
Müller-Waldenburg. — Todtes Leben. Schauspiel in drei Aufzügen. M. 1,50. Berlin, Moderner Berliner Verlag.
Petritsch, L. — Die Theorie von der sogenannten günstigen und ungünstigen Handelsbilanz. M. 3,—. Graz, Leuschner & Lubensky.
Petzet, Christian. — Die Blüthezeit der deutschen politischen Lyrik von 1840—1850. Dritte Lieferung (Heine, Geibel, die österreichischen Dichter). M. 2,10. München, J. F. Lehmann.
Portig, Gustav. — Das Weltgesetz des kleinsten Kraftaufwandes in den Reichen der Natur. Bd. I: In der Mathematik, Physik und Chemie. M. 8,—. Stuttgart, M. Kielmann.
Prévost, M. — Die Jungfrau. M. 3,—, geb. 4,50. München, Albert Langen.
Roeren, H. — Zur Polenfrage. 50 Pf. Hamm i. W., Breer & Thiemann.
Rohan. — Evangelischer Klerikalismus in Mähren. Prag, Verlag des Verfassers.

Romand, Dr. H. — Kants philosophische Religionslehre. M. 2,—. Gotha, E. F. Thienemann.
General-Feldmarschall Albrecht Graf von Roon. Ein kurzes Lebensbild. Mit 6 Abbildungen. 2. Aufl. 80 Pf., geb. M. 1,20. Gütersloh, C. Bertelsmann.
Ruhland, Prof. Dr. G. — System der politischen Oekonomie. Bd. I. 396 S. Berlin, Wilhelm Issleib.
Samson-Himmelstjerna, v. — Anti-Tolstoi. 11 Bogen 8°. M. 2,50. Berlin, Hermann Walther.
Schiele. — Friedrich Schleiermachers Monologen. Preis M. 1,40. Leipzig, Dürrsche Buchhandlung.
Schmitt, H. — Frauenbewegung und Mädchenschul-Reform. 2 Bände. Preis M. 12,—, geb. M. 15,—. Berlin, Karl Siegismund.
Seidel, A. — Beiträge zur Kolonialpolitik und Kolonialwirthschaft. IV. Jahrg. Heft 3. 60 Pf. Berlin, Wilhelm Süsseroff.
Seidenberger, Prof. Dr. J. B. — Grundlinien idealer Weltanschauung. M. 3,—, geb. M. 3,80. Braunschweig, Fr. Vieweg & Sohn.
Simplicissimus-Kalender für 1903. Preis M. 1,—. München, Albert Langen.
Sohnrey. — Die Zukunft der Landbevölkerung. Herausgegeben von Heinrich Sohnrey. I. Band. Heft 6. Preis 75 Pf. Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht.
Trost, K. — Goethe und der Protestantismus des zwanzigsten Jahrhunderts. Berlin, Alexander Duncker.
Verwaltungsbericht der Landes-Versicherungsanstalt Berlin für das Rechnungsjahr 1901.
Warmuth, Dr. K. — Wissen und Glauben bei Pascal. M. 1,50. Berlin, Georg Reimer.

Manuskripte werden erbeten unter der Adresse des Herausgebers, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginirt sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Verantwortlicher Redakteur: Professor Dr. Hans Delbrück,
Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheen-Strasse 72/74.
Druck: Aktiengesellschaft National-Zeitung, Berlin W., Mauerstr. 86-88.

Die anatolische Bahn.

Von

Paul Rohrbach.

In den sechziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts, als die Türken sozusagen die Entdeckung machten, daß es Staatsanleihen gäbe und in der Folge große Mengen geborgten europäischen Kapitals in den Orient einströmten, tauchte in Konstantinopel auch der Gedanke auf, man müsse Eisenbahnen haben! Es wurden Studienexpeditionen durch das ganze Land, von Stambul und der syrischen Küste bis nach Bagdad, entsandt und auf der Strecke Konstantinopel—Angora begann man thatsächlich an mehreren Stellen sogar mit Erdarbeiten. Die Ausführung war planlos und der ganze Gedanke übereilt. Fast als einziges Resultat aller Eisenbahnprojekte in jener Epoche kam schließlich die 93 Kilometer lange normalspurige Strecke von Haidar Pascha, einer Vorstadt von Konstantinopel auf dem asiatischen Ufer, bis Ismid zu Stande. Bei der Existenz dieses Stumpfes blieb es dann zwei Jahrzehnte. Das Stück war so gut wie nutzlos, denn es führte in seiner ganzen Länge hart am Ufer einer tiefen Einbuchtung des Marmara-Meeres, des Golfs von Nikomedien entlang, an dessen innerstem Winkel der Endpunkt der Strecke Ismid selbst, liegt. Der ganze Frachtenverkehr zwischen Ismid und der Hauptstadt erfolgte nicht über die Bahn, sondern zur See.

Durch eine Konvention vom 4. Oktober 1888 wurde die Bahn Haidar Pascha—Ismid für 6 Millionen Frs. an die Deutsche Bank in Berlin verkauft. Gleichzeitig erhielt die Bank von der türkischen Regierung die Genehmigung zum Bau und Betrieb der Strecke Ismid—Angora. Die ertheilte Konzession wurde dann Anfang 1889 auf die neu gegründete anatolische Eisenbahngesellschaft — société du chemin de fer Ottoman d'Anatolie — übertragen. Bereits am 31. Dezember 1892 wurde die letzte Theilstrecke der Linie Haidar Pascha—Angora dem Verkehr übergeben. Wenige

Monate später begannen die Arbeiten an einer zweiten, von der Stammlinie Haidar Pascha—Angora etwa halbwegs bei Eskischehir abzweigenden Strecke mit dem vorläufigen Zielpunkt Konia. Im Sommer 1896 wurde auch die neue Konialinie eröffnet. Die Gesammtlänge aller Linien der anatolischen Eisenbahn beträgt 1032 km, wovon 578 auf die Strecke Haidar Pascha—Angora entfallen, ca. 433 auf Eskischehir—Konia, der Rest auf einige kleine Abzweigungen. Dies in Kürze die äußere Entstehungsgeschichte der „anatolischen Bahn".

In welcher Weise ist nun die innere Entwicklung des Unternehmens erfolgt, und welchen Einfluß hat es bisher auf das wirthschaftliche Leben der von ihm durchzogenen Provinzen ausgeübt? Einiges, was zum Einblick in dieses Thema dienen könnte, dazu verschiedene Anregungen, die ich weitergeben möchte, habe ich während dieses Sommers selber in Anatolien sammeln können und lege es nachstehend den Lesern der Jahrbücher vor.

Zunächst ist es nöthig, sich etwas mit dem System der sogenannten Kilometergarantien bekannt zu machen, das auf der anatolischen Bahn besteht. Die türkische Regierung hat der Bahngesellschaft garantirt:

1. Für die Theilstrecke Haidar Pascha—Ismid eine Bruttoeinnahme von 10 300 Frs. pro Jahr und Kilometer.

2. Für die Strecke Ismid—Angora 15 000 Frs. pro Jahr und Kilometer. Den Fehlbetrag der garantirten Summen füllt die Regierung auf, jedoch mit der Klausel, daß Ueberschüsse über die Summe von 10 300 Frs. auf der Strecke Haidar Pascha—Ismid nicht ohne Weiteres der Gesellschaft zu Gute kommen, sondern auf den von der Regierung etwa zu zahlenden Zuschuß für Ismid—Angora verrechnet werden.

3. Für die Linie Eskischehik—Konia 604 Ltq. (ca. 14 500 Frs.) pro Jahr und Kilometer.

Bei Nr. 3 besteht aber der Vorbehalt seitens der türkischen Regierung, daß sie in jedem Falle nur das zuzuschießen hat, was die Eisenbahngesellschaft über ein Minimum von 7000 Frs. hinaus pro Jahr und Kilometer für den Betrieb aufwenden muß, d. h. die Gesellschaft hat für die ersten 7000 Frs. jährlicher Betriebseinnahme auf den Kilometer auf jeden Fall selber aufzukommen und muß den unterhalb dieser Grenze etwa immer noch verbleibenden Fehlbetrag aus eigner Tasche decken, und die Verpflichtung der Regierung zur

Auffüllung der Garantiesumme tritt erst für die obere Hälfte der garantirten Gesammteinnahmen jenseits der Grenze 7000 bis 14 500 Frs. ein.

Die gesammte aus dem Betriebe der anatolischen Bahn erwachsende jährliche Garantieverpflichtung für die türkische Regierung beträgt also in runder Summe 11,3 Mill. Frs. Falls die Bruttoeinnahme des garantirten Netzes die Garantiegrenze überschreiten sollte, so erhält die Regierung ein Viertel des Mehrertrags.

Für die Berechnung der Einnahmen des gesammten anatolischen Bahnnetzes und die faktisch geleisteten Zuschüsse der türkischen Regierung ist es nothwendig, die sogenannte Stammlinie Haidar Pascha—Angora und die Abzweigung Eskischehir—Konia zu unterscheiden. Während in den ersten Jahren des Betriebs die Einnahmen äußerst geringe waren, stellen sie sich von 1897 an pro Kilometer folgendermaßen:

Haidar Pascha—Angora	1897	13 445	Frs.
	1898	11 531	„
	1899	7 161	„
	1900	9 503	„
	1901	12 963	„
	1902	15 000	„ mindestens.

Zum Verständniß dieser Zahlen diene Folgendes: Die Jahre 1897 und 1898 brachten wegen der Mobilisirung und Demobilisirung aus Anlaß des griechisch-türkischen Krieges große Militärtransporte, aus denen der Bahn erhöhte Einnahmen, die aber von der Regierung selber zu bezahlen waren, erwuchsen; das Jahr 1899 brachte eine Mißernte und in Folge dessen ein starkes Sinken der Getreidetransporte. Von 1900 an setzt dann eine fortschreitende Aufwärtsbewegung der Einnahmen ein. 1901 blieben die eigenen Einnahmen der Bahn nur noch um 2000 Frs., ca. 13½ Prozent, hinter der Garantiesumme zurück. Für das laufende Jahr 1902 läßt sich natürlich noch keine abschließende Ziffer geben, aber da gegenwärtig die Betriebsergebnisse des Vorjahres zum entsprechenden Termin bereits stark überschritten sind und die Ernte mindestens so gut ist wie das vorige Mal, so ist es leicht möglich, daß auf der Stammlinie diesmal die eigenen Einnahmen der Bahn die Garantiegrenze bereits überschreiten und die Nothwendigkeit eines Zuschusses seitens der Regierung überhaupt fortfällt.

Für die Strecke Eskischehir—Konia ergiebt sich folgendes Bild:

1897	6711 Frs.
1898	3901 „
1899	2326 „
1900	4159 „
1901	5435 „
1902	voraussichtlich ca. 7000 Frs.

Der Kommentar zu diesen Ziffern ist derselbe wie oben. Die großen Militärtransporte von 1897 und die Mißernte von 1899 spiegeln sich deutlich wieder. Mit Ausnahme des Kriegsjahres 1897 mit seiner anormalen Steigerung der Einnahmen, hat also die Bahngesellschaft von dieser Strecke Eskischehir—Konia alljährlich einen Verlust zu verzeichnen gehabt, da die Einnahmen hinter 7000 Frs. pro Kilometer, von welcher Grenze an die Regierungsgarantie ja erst beginnt, zurückblieben. Für 1902 ist allerdings auch hier zu erwarten, daß diese Grenze auf normalem Wege, d. h. durch die natürliche Steigerung des Bahnverkehrs, erreicht wird und der Verlustposten wegfällt. Wodurch ist ein solches Resultat des Bahnbetriebs erreicht worden? Wie gestalten sich seine Faktoren im Einzelnen? Zunächst muß konstatirt werden, daß die Hoffnungen, die man seiner Zeit auf die Bahn gesetzt hatte, sie würde den Import deutscher Industrieprodukte, überhaupt europäischer Waaren, ins Innere von Kleinasien entwickeln, in nennenswerthem Maße sich n i c h t verwirklicht haben. Die Aufnahmefähigkeit des anatolischen Marktes für europäische Artikel ist nur wenig gestiegen. Petroleum, Zucker, geringe Baumwollwaaren sind noch die einzigen Artikel, die für den Frachtentransport von der Küste aus ins Gewicht fallen, aber auch ihr Verbrauch ist bei der eingeborenen Bevölkerung verhältnißmäßig gering.

Ein ähnlich unerfreuliches Bild bietet der Personenverkehr. Normaler Weise verkehrt sowohl auf der Stammlinie als auch auf der Koniastrecke in jeder Richtung täglich ein Zug, der aus Güterwaggons mit einigen angehängten Personenwagen besteht. Nur auf einem Theil der Strecke Konstantinopel—Ismid, wo eine Reihe von Sommerfrischen für die hauptstädtische Bevölkerung existirt und ein besonderer Vorortverkehr mit zahlreichen eingelegten Zügen besteht, ist der Personenverkehr stark. Das war schon einmal anders. In den Jahren, die den armenischen Unruhen vorausgingen, entwickelte

sich der Personenverkehr auf der ganzen Linie in erfreulicher Weise. Sogar das türkische Landvolk gewöhnte sich mit überraschender Leichtigkeit an den Gebrauch der Eisenbahn und benutzte sie gern und häufig. Vollends aber das eigentliche mobile Element, die Griechen, Armenier, Juden, die vorzugsweise auf Handel und Wandel, auf geschäftliche Unternehmungen und Erwerb ausgingen, fuhr viel, begriff die Bedeutung dieses Verkehrsmittels für die Geschäfte vollständig und war drauf und dran, mit seiner Hilfe eine förmlich Invasion des von der Bahnstrecke durchzogenen Gebietes mit größeren, kleineren und kleinsten wirthschaftlichen Unternehmungen kommerzieller Natur zu vollziehen. Nur auf diesem Wege, daß sich in jedem größeren Dorfe, jedem Städtchen im Bahngebiet ein Krämer oder kleiner Kaufmann ansiedelt, der seinen Vorrath an europäischen Artikeln fortgesetzt von Konstantinopel her ergänzt, der auch selber im Lande umherfährt, überall sein Geschäft zu machen sucht, sich die Kunden heranholt, ist ein Steigen des Imports an europäischen Industrieartikeln, eine Entwicklung des einheimischen Konsums an solchen Dingen zu erwarten. Wie gesagt, die Sache war auf dem besten Wege, als nach den armenischen Massacres mit einem Mal von Seiten der Regierung ein solches System der Verkehrsunterbindung einsetzte, daß der Entwicklung des Personenverkehrs sofort die engsten Schranken gezogen wurden. Aus Angst, daß sich Revolutionäre und Verschwörer zusammenfinden, namentlich aus dem Innern in die Hauptstadt kommen könnten, wurde ein so rigoroser Paßzwang eingeführt, daß sich jetzt im Grunde Niemand über seinen nächsten Heimathsbezirk hinaus von der Stelle bewegen kann, ohne vorher eine solche Menge von behördlichen Formalien und Bakschischs erledigt zu haben, daß namentlich den kleinen Leuten die sicheren Verluste an Zeit und Geld viel größer werden, als der von der Reise zu erhoffende Gewinn. Und wenn dann schließlich für Geld und gute Worte die Erlaubniß wenigstens sicher erhalten werden könnte! Der Europäer, der seine konsularische Vertretung hat, bekommt sie durch deren Vermittlung ja anstandslos, wenn auch durchaus nicht billig; dem Einheimischen gegenüber besteht aber die allgemeine Anweisung, das Reisen überhaupt nach Möglichkeit zu verhindern. Die Armenier z. B., in wirthschaftlicher Beziehung der wichtigste Faktor, bekommen überhaupt keine Erlaubniß zur Ortsveränderung, wenn sie nicht über besondere Beziehungen verfügen oder einen außerordentlichen Bakschisch zu liefern im Stande sind. Die Armenierfurcht ist die größte Thorheit des gegenwärtigen Regimes,

und so lange die Regierung in dieser Beziehung keine Vernunft annimmt, wird es auch fort und fort bei der Geldnoth aller öffentlichen Kassen sein Bewenden haben. Man kann sich zu den Armeniern stellen, wie man will, mag sie lieben, verabscheuen oder mit Gleichgiltigkeit betrachten: ohne sie ist nun einmal Handel und Wandel in der Türkei nur in sehr beschränktem Maße möglich. Der Grieche, der in ökonomischer Hinsicht ähnliche Eigenschaften hat wie der Armenier, beschränkt sich lieber auf das pontisch-aegeische Küstengebiet. Im Innern ist ohne den Armenier nichts zu machen. Die muhammedanische Bevölkerung ist bei all ihren unzweifelhaft vorhandenen guten Charaktereigenschaften zu indolent, hat zu wenig wirthschaftliche Initiative, als daß man für die Entwicklung des Waarenverkehrs in irgend erheblichem Maße auf ihre Selbstthätigkeit rechnen könnte. Der anatolische Bauer islamischen Bekenntnisses hat Lust und Liebe zum Ackerbau, und hier ist er auch materiellen Verbesserungen und Fortschritten zugänglich; als Gewerbetreibender läßt er schon mehr zu wünschen übrig, als Kaufmann aber Alles. Das spiegelt sich deutlich genug in der Verbreitung des Armenierthums wieder. Nach Süden in das arabische Sprachgebiet, Mesopotamien, Syrien, Bagdad, Basra, sind Armenier nur in geringer Anzahl eingewandert, weil die dortige, überwiegend semitische und oberflächlich arabisirte Bevölkerung selbst genug kaufmännische Eigenschaften hat, um Handel und Gewerbe aus Eignem zu entwickeln; nach Westen dagegen, in die anatolische Halbinsel hinein, schiebt sich das Armenierthum in Folge der andersartigen Veranlagung der Türken in unausgesetzter Einwanderung vorwärts. Gäbe es in Anatolien keine Armenier, so müßte man sie erfinden, und nichts ist vom Standpunkt der wirthschaftlichen Prosperität, namentlich der Entwicklung des europäischen Imports nach dem Orient, nothwendiger, als Bewegungsfreiheit für die armenischen Händler Ich kann mich aus meiner Kindheit an eine persönliche Erfahrung erinnern, die ein ähnliches Verhältniß gut illustrirt. In den baltischen Provinzen Rußlands fiel (zum Theil ist es auch jetzt noch so) vor dem Ausbau des Eisenbahnnetzes dem jüdischen Hausirer eine sehr wichtige Vermittlerrolle zwischen der industriellen Produktion in gewissen Artikeln und der Landbevölkerung zu. Die Städte und Flecken in Kurland, Livland und Esthland sind so dünn gesät, daß man stundenweit, ja oft einen Tag und selbst mehr, über Land zu fahren hat, bis man an einen Ort kommt, wo ein Stück Zeug, ein Hosenknopf, Uhr, Brille, Spazierstock, Handschuhe und dergl. Gegenstände des täglichen Gebrauchs zu kaufen

sind. Wäre der „Landfahrer“ nicht gewesen, der größere Händler, der mit Pferd und Wagen seinen Kram von Gut zu Gut, von Bauerngehöft zu Bauerngehöft brachte, oder der „Päckelträger“, der seine Stoß Kästen mit allem möglichen Hausirerkram zu Fuß auf dem Rücken trug, so wäre der Gebrauch städtischer Industrieartikel auf dem flachen Lande, namentlich bei den Bauern, auf ein äußerstes Minimum eingeschränkt gewesen. Diese jüdischen Hausirer aber (noch in meiner Kindheit gab es viele Hunderte im Lande) brachten doch eine so große Menge von Waaren unter die Leute, daß in den Städten, wo sie ihrerseits ihre Einkäufe machten, verschiedene Großgeschäfte wesentlich durch den Absatz an sie existirten.

Auf ähnlichem Wege allein ist es denkbar, daß das Landvolk im Innern von Anatolien sich allmählich an europäische Waaren in beträchtlicherem Maße gewöhnt, und hierzu ist einzig der Armenier brauchbar. So lange aber das gegenwärtige System der Hinderung aller persönlichen Bewegungsfreiheit durch den Paßzwang besteht, der es eben auf die Armenier abgesehen hat, ist nicht daran zu denken, daß die Entwicklung in einen erfreulichen Gang kommt. Es ist im Prinzip dieselbe Sache, die ich 1898 im Osten von Anatolien, 1900 und 1901 im Vilajet Diarbekir und theilweise auch in Urfa gefunden habe: die Niedermetzlung und Ausplünderung der Armenier hat dort, allerdings noch mitbedingt durch die im Allgemeinen um sich greifende Unsicherheit, Handel und Gewerbe überhaupt lahmgelegt. Wenn es der Armenier nicht thut, so ist eben Niemand da, der Geld in ein kommerzielles Unternehmen steckt, und die Folge ist, daß alles wirthschaftliche Leben zu stagniren anfängt. Natürlich verfehlt eine solche Situation nicht, sich auch im Stande der öffentlichen Kassen fühlbar zu machen. Was ich seiner Zeit bei anderen Gelegenheiten und öfters auch hier in den „Jahrbüchern“ ausgesprochen habe, kann ich aus Anlaß meiner Beobachtungen während dieses Sommers in Anatolien nur wiederholen: die armenische Politik der Türkei ist vom Standpunkt der türkischen Interessen selbst, namentlich der Finanzlage, eine Thorheit ohne Gleichen; sie wirkt aber auch insofern auf weitere Kreise zurück, als an eine Aufschließung des inner-anatolischen Marktes für den europäischen Industrie-Import, ganz abgesehen von allem Anderen, so lange nicht zu denken ist, wie das gegenwärtige speziell gegen die Armenier gerichtete System der Unterbindung aller kommerziellen und sonstigen Freizügigkeit besteht.

Ich komme nun wieder zur Frage des Ertrages der anatolischen

Bahn zurück. Wenn es weder die Waareneinfuhr noch der Personenverkehr ist, von woher die Ertragssteigerung bis an die Grenze der türkischen Garantie herrührt — was hat dann dazu geführt? Einzig und allein die Steigerung der Getreideproduktion im Bahngebiet! Die Getreideausfuhr hat, wie jetzt offenbar wird, sich in Folge des Bahnbaues derart entwickelt, daß ihr Ertrag in guten Erntejahren (wie 1901 und 1902) hinreicht, um allein durch die daher rührenden Frachten aus dem Innern zur Küste die Verzinsung des auf die Bahn verwandten Kapitals zu sichern. Man bedenke, was das heißen will! Wegen des Fehlens der Einfuhr arbeitet die Bahnanlage beinahe nur mit halber Kraft, funktionirt lediglich als Exportwerkzeug, schleppt ihre Wagen fast leer vom Meere bis an die Getreideverladestation im Innern hinauf — und trotzdem ein solches Resultat. Welch' eine Perspektive für die Entwicklung der anatolischen Bahn eröffnet das, sobald einmal die Einfuhr europäischer, in diesem Falle hoffentlich deutscher Erzeugnisse, nach Anatolien wirklich in Gang kommt!

Natürlich hat bei der Kalkulation der Bahnerträgnisse der Posten „Getreideausfuhr" von Anfang an eine bestimmende Rolle mitgespielt, aber wer vor zehn Jahren, als der Betrieb von Konstantinopel nach Angora eröffnet wurde, vorausgesagt hätte, daß sich in einem verhältnißmäßig so kurzen Zeitraum eine solche Entwicklung allein des Ackerbaues vollziehen würde, den hätte man für einen sehr großen Optimisten gehalten und halten müssen. Allerdings ist ausdrücklich zu betonen, daß es sich für die beiden Jahre 1901 und 1902, auf denen dieses günstige Ergebniß hauptsächlich beruht, um gute Ernten handelt. Im Jahre 1900 gab es eine Mittelernte, 1899 eine ausgesprochene Mißernte, und das verfehlte nicht, sehr deutlich auf die kilometrischen Einnahmen und die Zuschußpflicht der Regierung zurückzuwirken. Trotzdem kann man sagen, daß mit jedem weiteren Jahre die Wahrscheinlichkeit von Rückschlägen geringer wird, einfach aus dem Grunde, weil die absolute Anbaufläche sich fortgesetzt ausdehnt. Auch ein relativ geringerer Ertrag wird von einem um die Hälfte oder aufs Doppelte vergrößerten, mit Getreide bestellten Areal immer noch mehr liefern, als die entsprechende Ernte von einer viel geringeren Fläche. Die räumliche Ausdehnung der Getreideproduktion in Anatolien schreitet aber thatsächlich von Jahr zu Jahr fort.

Ebenso wichtig wie die Neukultivirung bisher nicht bebauter Flächen ist aber die Steigerung der Intensität der Kultur

durch Verwendung besserer Ackergeräthe, durch Düngung und ähnliche Kulturmittel. Nach dieser Richtung hin hat die Verwaltung der anatolischen Bahn durchaus erkannt, worauf es ankommt. Sie hat den Posten eines sogenannten Kulturinspektors geschaffen, dessen Aufgabe es ist, den Bauern bei der Verbesserung ihrer landwirthschaftlichen Produktion zur Hand zu gehen. Der gegenwärtige Kulturinspektor hat nach dieser Richtung hin sehr schöne Erfolge erzielt. Insbesondere sind in den letzten Jahren 600 eiserne Pflüge an die Bauern im Bahngebiet verkauft worden. Der anatolische Bauernpflug, der sogenannte Saban, besteht im Wesentlichen aus einem gekrümmten Holz mit eisenbeschlagener, bisweilen auch blos im Feuer gehärteter Spitze, und einer Vorrichtung zum Anspannen der Zugthiere. Auch die größten und stärksten Sabans stehen aber weit hinter der Leistung eines leichten europäischen Eisenpfluges zurück. Kulturinspektor Scheiblich hatte die Freundlichkeit, mich zu einigen Exkursionen aufs Land in die Umgegend von Eskischehir mitzunehmen und mir den Landwirthschaftsbetrieb an verschiedenen praktischen Beispielen, sowohl auf einem größeren Gut, als auch in bäuerlichen Wirthschaften, zu zeigen. Dabei kam das Gespräch mit einem wohlhabenden türkischen Bauern auf die verschiedene Leistungsfähigkeit des deutschen Pfluges und seines Sabans. Der Mann machte sich anheischig, mit dem Saban ebenso tief zu pflügen wie mit dem neuen Geräth, ließ den größten und stärksten Saban, den Herr Scheiblich wie ich je gesehen hatten, hervorholen, dazu ein Paar Büffel, die doppelt so viel Kraft haben, als ein Ochsengespann, und nun gings los. Wirklich drang die breite eisenbeschlagene Spitze des Saban bis zu sieben Zentimeter in das Erdreich ein und zog eine schöne breite Furche. Das war aber Ausnahmeleistung. Der gewöhnliche Saban geht nicht tiefer als 3—4 Zentimeter und schafft eine dünne, ungleichmäßige Furche. Der deutsche Eisenpflug, den die anatolische Kulturinspektion dem Bauern liefert, geht aber je nach der Kraft des Gespanns 13—15 Zentimeter tief und wirft überdies die aufgepflügten Schollen vollständig um, sodaß eine viel bessere Durchwitterung der Ackerkrume erfolgen kann, als bei der Arbeit der dreieckig zugespitzten Schar des Saban, die den Erdboden einfach aufwühlt.

Der Ertrag von Feldern, die mit dem von der Bahnverwaltung eingeführten Pflug und mit dem Saban bearbeitet sind, ist ein außerordentlich verschiedener: die rationelle Pflügung leistet bis zum

Doppelten des sonstigen Resultats. Abgesehen davon ist es aber ein Haupterfolg der neuen Pflüge, der sich freilich erst voll äußern wird, wenn ihre Anwendung in noch viel ausgedehnterem Maße stattfinden wird als heute, daß sie die Gefahr der Mißernten bedeutend verringern. Bei der blos oberflächlichen Aufkratzung des Bodens durch den Saban bleibt meist in geringer Tiefe das Erdreich hart und undurchlässig. Es kann, sobald der Regen fällt, lange nicht die ganze niedergehende Feuchtigkeit rasch in sich aufsaugen, und wenn Dürre eintritt, so verdunstet der geringe Vorrath in der dünn aufgelockerten Schicht in verderblich kurzer Frist. Dasselbe ist ja auch ein Hauptgrund der russischen Mißernten, die viel weniger auf die Aenderung des Klimas in Folge der Entwaldung zurückgehen, als darauf, daß die immer schlechter werdende Felderbestellung die Widerstandsfähigkeit der Saaten gegen Trockenperioden, die sie früher ohne erhebliche Schädigung überstanden hatten, jetzt in verderblichem Maße herabgesetzt hat. Ich habe in meinen Aufsätzen über die russische Wirthschaftskrisis Gelegenheit gehabt, darauf hinzuweisen, daß bei rationellem landwirthschaftlichen Betriebe auch während sogenannter Mißjahre im russischen Schwarzerdegebiet ganz leidliche Ernten erzielt werden, im Gegensatz zu den Bauernwirthschaften, über die dann der Ruin hereinbricht. Der einzige Grund dafür ist die bessere Feldbestellung, namentlich das tiefere Pflügen. Genau um dasselbe handelt es sich jetzt in Anatolien, nur mit dem Unterschiede, daß, was für den russischen Bauern unmöglich ist, der Uebergang zu einer besseren Wirthschaftsmethode, durch die weitblickenden und geschickten Maßnahmen der anatolischen Bahnverwaltung, für den Türken zu gelingen beginnt.

Es kommt also in der Hauptsache darauf an, den Leuten bessere Ackergeräthe zu geben, als den vorweltlichen Saban. Bis ein Pflug konstruirt war, der den Bodenverhältnissen und der durchschnittlichen Leistungskraft des Zugviehes entsprach, bedurfte es verschiedener Experimente. Aber das gegenwärtig erreichte Resultat ist denn auch thatsächlich ein sehr befriedigendes. Die Bahnverwaltung läßt die Pflüge — durchweg leichte aber kräftige Eisenkonstruktion — von einer süddeutschen Fabrik herstellen und liefert sie den Bauern nicht nur zum Selbstkostenpreise, sondern transportirt sie ihnen auch auf der Bahn unentgeltlich bis an den Ort der Abnahme und erleichtert ihnen die Abzahlung des Betrages durch die Erlaubniß ratenweiser

Tilgung. Die in den letzten Jahren abgesetzten 600 Pflüge entsprechen etwa einer Fläche von 10 000 Hektaren, die zur Zeit mit tiefer greifender Kultur „à la franca“ bearbeitet werden.

Eine Hauptkalamität, unter der die primitive orientalische Landwirthschaft zu leiden hat, ist der Mangel an Saatgut in Jahren der Mißernte. Ausgesprochener Mißwachs zieht, falls keine rationelle Hilfeleistung von außen eingreift, regelmäßig noch ein zweites unbefriedigendes Jahr, selbst bei den günstigsten Witterungsverhältnissen, nach sich, weil die Leute nicht genügend Korn geerntet haben, um sich bis zur nächsten Ernte zu ernähren und dazu noch das Saatgut übrig zu behalten. In der Noth essen sie auf, was sie zur Aussaat verwenden sollten. In solch einer Lage war Anatolien in der Bestellkampagne 1899—1900. Hätte die Bahngesellschaft nicht mit reichlichen Vorschüssen besten Saatguts eingegriffen, so wäre auch noch das nächste Jahr weit schlimmer ausgefallen, als es in Folge dieses Beistandes geschah. Bei dieser Gelegenheit hat man übrigens ebenso wie beim Verkauf der Pflüge gute Erfahrungen mit der Ehrlichkeit der türkischen Bauern gemacht. Die Leute waren keine schnellen aber vollkommen zuverlässige Zahler; sie kamen öfters und erklärten rund heraus, sie hätten zwar geglaubt, um die und die Zeit das Ganze entrichten zu können oder doch mehr, als sie jetzt gerade mitbrächten, und wenn man darauf bestände, das Geld zum Termin zu haben, so seien sie auch bereit, ihr Vieh zu verkaufen — aber dann würden sie in der Bestellung ihres Ackers doch wieder beeinträchtigt sein. Natürlich erhielten sie eine weitere Frist. Diese rationelle Politik der Bahngesellschaft verdient um so höhere Anerkennung, als ja für die Interessenten der anatolischen Bahn (mit Ausnahme des Stückes Spannung zwischen dem etwaigen Minderertrag der Konialinie und der unteren Garantiegrenze von 7000 Francs) eine sichere Verzinsung des aufgewandten Kapitals auch ohnedies gegeben ist. Die türkische Regierung hat den Bruttoertrag auf 15 000 resp. 10 300 und 14 500 Francs pro Kilometer aufzufüllen, gleichviel wie hoch die eignen Einnahmen der Bahnlinie sind. Selbst unter Anrechnung des von der Gesellschaft zu tragenden Defizits auf der Konialinie, insofern diese bisher noch keine 7000 Francs pro Kilometer eingebracht hat, haben die Aktien der anatolischen Bahn (mit Ausnahme der beiden Jahre 1891 und 1899, in denen nur eine 4½prozentige Verzinsung erzielt wurde) regelmäßig 5 Prozent gezahlt.

Die türkische Regierungsgarantie für das Netz der anatolischen

Bahn ist in der Art sicher gestellt, daß die Regierung die Zehnten der Regierungsbezirke (Sandschaks) Ismid, Ertogrul, Kjutahia, Angora, Trapezunt und Gümüsch-Chané der Verwaltung der dette publique überwiesen hat, welche sie direkt einzieht und aus den Eingängen alljährlich soviel an die Gesellschaft abführt, wie auf Grund der Garantieübernahme an sie auszuzahlen ist. Alle Zehnten, welche die Regierung zur Sicherstellung des der anatolischen Bahn garantirten Bruttoeinkommens verpfändet hat und etwa noch verpfänden sollte, bilden ein Ganzes und haften solidarisch für die Erfüllung der einzelnen Garantieverpflichtungen der Regierung.

Von den genannten sechs Sandschaks werden die vier ersten von der Bahn selbst durchzogen. Hier ist es möglich, auf Grund der vorhandenen statistischen Daten über die Eingänge der Zehnten seit Begründung der Administration der dette publique ein gewisses Bild von den direkten wirthschaftlichen Folgen des Bahnbaues, speziell für den Eingang des Zehnten zu gewinnen. Ich bemerke noch, daß der sogenannte Zehnt in Wirklichkeit nicht den zehnten sondern den achten Theil der Ernte repräsentirt und in natura von den Bauern und sonstigen Grundbesitzern eingehoben wird. Die Methode der Einziehung ist in den einzelnen Theilen des Reiches verschieden; die Regel bildet die Verpachtung des Zehnts gegen eine in die Regierungskasse zu zahlende Pauschalabfindungssumme an finanzielle Unternehmer, die ihrerseits das Recht haben, Militär und Polizei zur Eintreibung der Steuer zu requiriren. Das System der Steuerverpachtung hat sich also auf diesem Boden von der Römerzeit an bis jetzt erhalten und führt heute noch zu ganz denselben Uebelständen wie damals, insofern es auf keine Weise zu verhindern ist, daß die Steuerpächter in der Regel viel mehr nehmen, als ihnen rechtlicher und billiger Weise zukommt. Die Folge dieser beständigen Plünderungen, denen namentlich der Bauer unterliegt, ist natürlich unter Anderem die, daß die Leute entmuthigt werden, ihre Wirthschaft, selbst wo sie es könnten, zu vergrößern und zu verbessern. Bestände in Anatolien eine geeignetere Steuerverwaltung, so würde die Ausdehnung des Ackerbaues in Folge der Durchlegung des Eisenbahnnetzes eine noch viel stärkere sein, als es jetzt der Fall ist.

Es betrugen in den vier erstgenannten Verwaltungsbezirken, denen die Garantieleistung für die Stammlinie Konstantinopel—Angora auferlegt ist (die Sandschaks von Trapezunt und Gümüsch-

Chané haben für die Strecke Eskischehir—Konia aufzukommen), die Zehnteinnahmen zusammen genommen folgende Summen:

Verwaltungsjahr	Eingänge des laufenden Jahres Ltq.	Eingänge von Rückständen früherer Jahre Ltq	Total Ltq.
1889—90	130 278	—	130 278
1890—91	117 369	2 826	120 194
1891—92	167 968	2 362	170 330
1892—93	178 115	3 949	182 064
1893—94	178 577	5 541	184 118
1894—95	129 812	6 402	136 214
1895—96	151 583	7 060	158 643
1896—97	134 775	8 994	143 769
1897—98	192 991	7 354	200 345
1898—99	190 363	7 100	197 463
1899—1900	217 974	7 001	224 975
1900—1901	217 586	13 583	231 169

Hielte man nur die Jahre 1889 (Beginn der Administration der dette publique) und 1901 gegeneinander, so ergäbe sich also im Bereiche der vier hauptsächlichsten von der Nordlinie der anatolischen Bahn durchzogenen Sandschaks eine Steigerung des Steuerertrages um beinahe 78 Prozent. Da es aber sein Mißliches hat, Vergleiche dieser Art, bei denen es sich um Größen handelt, die von Jahr zu Jahr auf natürlichem Wege großen Schwankungen ausgesetzt sind, auf der Basis zweier einzelner Jahre vorzunehmen, so wird es rathsam sein, besser Durchschnittsziffern aus zwei verschiedenen Gruppen von Ernte- und Finanzjahren zu ermitteln. Am 31. Dezember 1892 wurde die Angoralinie der anatolischen Bahn eröffnet; nehmen wir an, daß sich nach zwei bis drei Jahren in jedem Falle bei guter wie bei schlechter Ernte die ersten Wirkungen des Bahnbaues auf die Getreideproduktion eingestellt haben, und trennen demnach die ganze Jahresreihe 1889—1901 in zwei Gruppen von je sechs Jahren, so ergeben sich an Steuereingängen:

Im Jahresdurchschnitt von 1889—1895: ca. 154 000 Ltq.
" " " 1895—1901: ca. 193 000 Ltq.

Diese beiden Zahlen sind durch die verhältnißmäßig lange Reihe von Komponenten, aus denen jede von ihnen gewonnen ist, beweiskräftig genug, um die bedeutende Steigerung der Zehnteinnahme-

in Folge des Bahnbaues, in den von der Bahn durchzogenen Gebieten, über allen Zweifel zu erheben — trotz des überaus ungünstigen fiskalischen Systems und der politisch-ökonomischen Mißwirthschaft, unter der das Land im Allgemeinen zu leiden hat. Die Summe aller seitens der türkischen Regierung von 1889—1901 gezahlten Garantiebeträge für die Stammlinie der anatolischen Bahn beträgt rund 1½ Million türkische Pfund. Von diesem Betrag ist im Laufe der Jahre ein erheblicher Theil unzweifelhaft bereits durch die so bald nach Fertigstellung des Bahnbaues beginnende Steigerung der Zehnteingänge gedeckt worden. Heute wo die eigenen Einnahmen der Angoralinie bereits bis nahe an die Garantiegrenze heranreichen und nur noch die Konialinie eine wirkliche Last für die türkische Staatskasse repräsentirt, läßt sich ohne Zweifel das Gesammturtheil dahin zusammenfassen, daß in Folge der Vergrößerung von Anbaufläche, Ernteertrag und Zehntleistung im Bahngebiet am letzten Ende für die türkische Staatskasse, auch wenn man das Defizit auf der Koniastrecke mit berücksichtigt, überhaupt kein faktischer Baarzuschuß mehr erforderlich ist. Rechnet man die direkten und die indirekten Einnahmen, die aus dem Bau und Betrieb des anatolischen Eisenbahnnetzes resultiren, zusammen, so kann man sagen, daß vom Standpunkt der türkischen Finanzverwaltung aus das gesammte Netz bereits heute seine Kosten deckt, und daß jede weitere Steigerung der Zehnten gegen früher ein baares Plus gegen früher bedeutet.

Es wäre nun trotz all dem Gesagten freilich ein großer Fehler, wenn Jemand sich von der anatolischen Landwirthschaft die Vorstellung des Blühens oder auch nur Aufblühens nach europäischem Maßstabe machen wollte. Daraus, daß die Getreideernten im Bahngebiet sich kontinuirlich vermehren, folgt noch nichts über die Qualität des landwirthschaftlichen Betriebes. Zunächst kennt der anatolische Bauer noch fast nirgends für die Felderbestellung (beim Gartenbau ist es anders) die Düngung, und wo er sie anwendet, geschieht es in sehr wenig zweckentsprechender Weise. Der Dünger bleibt Jahre lang auf dem Hofe liegen und wenn er vollständig erdig verrottet ist, wird er in so großer Menge hinausgeführt, daß ein verhältnißmäßig kleines Feldstück hoch mit ihm überdeckt ist. Das Ganze macht mehr den Eindruck, als ob die Leute den Mist, der ihnen allmählich auf dem Hofe zu sehr anwächst, irgendwo loswerden wollen, als daß ihr Acker verbessert werden soll. Wo sie mit dem Düngen überhaupt eine Vorstellung verbinden, da sagen sie, der Boden vertrage keine Düngung mit frischem Mist; das Korn „verbrenne" da-

von. Dieser Satz ist insofern nicht ganz falsch, als frische Düngung im Verein mit der nur sehr wenig in den Boden eindringenden Bearbeitung vermittelst Saban insofern leicht zu schlechten Resultaten führen kann, als das Getreide gleich zu Anfang stark emporschießt und bei eintretendem Regenmangel rascher zu Grunde geht, als wenn die Pflanzen minder entwickelt geblieben wären; die harte wasserlose Bodenschicht unmittelbar unter den Wurzeln giebt keine Nahrung her. Auch diesem Uebel könnte aber abgeholfen werden, wenn die Bauern sich durchweg entschlössen, tiefer zu pflügen, d. h. rationelles eisernes Ackergeräth zu erwerben. Herr Scheiblich hat mir selbst erzählt, wie er einmal nach einer längeren Dürreperiode, die bei der herrschenden Methode der Feldbestellung den Saaten bereits schädlich geworden war, eine Probe auf den faktischen Feuchtigkeitsgehalt des Bodens unterhalb der durch die Sabanbearbeitung zu Wege gebrachten harten Trockenschicht gemacht habe. Das Resultat war erstaunlich: die Erdschollen, die der 15 Centimeter eindringende Eisenpflug umwarf, wiesen auf ihrer zu oberst gekehrten, also ursprünglich unten befindlichen Seite, noch einen solchen Feuchtigkeitsgehalt auf, daß sich die von dort mit der Hand gefaßten Bodenproben gut ballen ließen! Es unterliegt also keinem Zweifel, daß selbst in Jahren der Mißernte in ganz geringer Tiefe unter den verdorrten Wurzeln des Getreides, nicht tiefer als daß eine halbwegs rationelle Bearbeitung dahin gelangen könnte, ein Feuchtigkeitsvorrath ruht, der hinreichte, um die ganze Ernte zu sichern. Es ist genau dieselbe Sache wie in Rußland. Die ganze agrare Noth, in deren Gefolge jetzt langsam aber sicher über Rußland die wirthschaftliche Gesammtkatastrophe heraufzieht (sicher unter der Voraussetzung, daß kein agrarisch orientirter Umschwung der russischen Wirthschaftspolitik erfolgt), wäre nicht vorhanden oder könnte doch in wenigen Jahren zum Verschwinden gebracht werden, wenn es möglich wäre, die Felder doppelt so tief zu bestellen, als es jetzt geschieht.

Lehrreich für die Vorstellung vom Stande der anatolischen Landwirthschaft ist ein Vergleich ihrer durchschnittlichen Erträge nach oben und nach unten. In guten Jahren, wie das vorige war, beträgt die Ernte das Sechs- und Siebenfache der Aussaat. Das ist mäßig gegenüber Ländern mit modern entwickelter Ackerbaukultur. Deutschland, das im Durchschnitt keinen sehr fruchtbaren Boden hat und dessen technisch-landwirthschaftlicher Betrieb auf einer mittleren Höhe steht, erzielt das Acht- bis Neunfache; Ungarn, das über einen sehr reichen Boden verfügt, das Zehnfache; England, wo nur noch die

besten Böden unter Anwendung der entwickeltsten Technik bearbeitet werden, das Vierzehnfache der Aussaat — Rußland nur das Vierfache. Anatolien steht also heute da, wo Rußland vor einem Menschenalter stand, bevor die Erschöpfung der schwarzen Erde begonnen hatte. Damals waren die russischen Ernten, von der Flächeneinheit und vom Saatgut berechnet, ungefähr so groß, wie heute die anatolischen. In Rußland ist es dann ununterbrochen abwärts gegangen; in Anatolien scheint es aufwärts zu gehen. Ohne Tiefkultur gefährdet jedes Trockenjahr die ganze Ernte, und wenn auch die Ausdehnung der Anbaufläche, die in Rußland kaum mehr, in Anatolien noch in sehr hohem Maße möglich ist, eine Kompensation dagegen gewährt, so ist das doch ein Hilfsmittel, das kulturell minderwerthig ist und auch nicht für alle Zeiten vorhalten kann.

Von sehr großer Bedeutung wird es sein, wenn die Erbauung besonderer kurzer Zweiglinien, Zufuhrbahnen, in ein rascheres Tempo kommt, als bisher. Der Transport des Getreides zur Eisenbahn geschieht jetzt, abgesehen von den unmittelbar an der Linie selbst liegenden Strichen, mit Kameelen. In der Hauptsaison kommen an den gegenwärtigen Endpunkt der Linie, Angora, nicht weniger als 4000 getreidebeladene Kameele täglich an. 40 Kameelslasten zu 2½—3 Doppelzentnern machen eine Waggonladung Korn aus, sodaß also 200 Achsen täglich zur Bewältigung des ankommenden Getreides nöthig sind. Mit dem Entstehen besonderer Zufuhrlinien würde sich aber das Quantum des herangebrachten Getreides noch sehr vermehren lassen.

Wo bleibt das auf der anatolischen Bahn zur Küste hinabtransportirte Getreide? Auf diese Frage pflegt oft geantwortet zu werden, transportirtes Getreide sei natürlich auch exportirtes Getreide. Professor Ruhland, der spezielle Wissenschaftler der agrarischen Richtung, hat es sogar zuwege gebracht, nicht nur diese Behauptung, sondern dazu noch die weitere aufzustellen, der durch die anatolische Bahn zuwege gebrachte Getreide*export* habe ein Quantum betragen, das — noch erheblich größer ist, wie die gesammte auf dem anatolischen Netz überhaupt *transportirte* Getreidemenge! Die Sachverständigen der Bahnverwaltung haben sich vergebliche Mühe gegeben, dahinter zu kommen, auf welcher Grundlage diese sonderbare Ruhlandnachricht beruht, und da diese Bemühungen erfolglos blieben, so komme ich gern dem Wunsche nach, die Thatsache selbst hier mitzutheilen. Vielleicht giebt Professor Ruhland nun selber Aufschluß darüber, woher er seine Daten hat.

Das anatolische Getreide geht fast ganz nach Konstantinopel, wird dort von der Bevölkerung der Hauptstadt verbraucht und dient, soweit die Zufuhrlinien reichen, auch zur Verpflegung der türkischen Armee. Diese Rolle wird ihm auch aller Wahrscheinlichkeit nach für die zunächst absehbare Zukunft verbleiben, denn die Erträge der anatolischen Landwirthschaft können noch eine ganze Weile wachsen, bis sie dieser doppelten Aufgabe, der Ernährung der Hauptstadt und der im Zufuhrbezirk des europäisch-anatolischen Bahnnetzes untergebrachten Heerestheile, auch nur voll genügen. Eine ins Gewicht fallende Beeinflussung des Weltmarktes durch das kleinasiatische Getreide steht einstweilen kaum bevor. Dazu würde es erst kommen, wenn wirklich annähernd alle fruchtbaren Theile der Halbinsel durch Bahnlinien erschlossen sein sollten. Die Heranbringung des Kornes mit Kameelskarawane ist und bleibt doch nur auf eine beschränkte Distanz hin lohnend. Selbst wenn sich die Gesammternte im Bahngebiet sammt Zufuhrrayon um 40—50 oder noch mehr Prozent gegen den heutigen Status steigern sollte, was gut möglich, ja wahrscheinlich ist, so würde daraus zwar eine ausgezeichnete Dividende für die Bahn, aber noch lange keine nennenswerthe Preisbeeinflussung auf dem internationalen Getreidemarkt resultiren. Dazu sind die Quantitäten, um die es sich handelt, in absoluten Ziffern zu gering. Die Besorgniß, die in verschiedenen agrarischen Stimmen zum Ausdruck kommt, als bedrohe speziell das anatolische Getreide die heimische Landwirthschaft mit einer neuen schweren Konkurrenz, beruht auf einer durchaus falschen Vorstellung von der Entwicklungsmöglichkeit des Ackerbaues in Kleinasien für die nächsten Jahrzehnte. Etwas Anderes wäre es mit der Wiederkultivirung der großen nordmesopotamischen Getreideebene und des babylonischen Alluviums; das aber hat mit der anatolischen Bahn nichts zu thun und kommt erst in Betracht, wenn die Bagdadbahn fertig ist.

Ein Wort für sich erfordern noch die Arbeiten zur Anlage eines Hafens für die anatolische Bahn bei Haidar Pascha. Diese Kopfstation des ganzen Netzes hat den Fehler, daß sie nicht mehr in dem vor ungünstigen Winden leidlich geschützten eigentlichen Bosporus, sondern bereits am offenen Marmarameer, unmittelbar vor dem Eingang der Meerenge, liegt. Bei Nordwind sinkt hier der Wasserstand derart, daß die Ladeoperationen empfindlich behindert werden. Diesem Uebelstande konnte auf zwei Arten abgeholfen werden: entweder durch Verlegung des Endpunkts der Bahn an den inneren Bosporus, wobei ein Tunnel von mehreren

Kilometern Länge erforderlich gewesen wäre, um die Ausläufer des bithynischen Hochlandes, das hier bis an die Meerenge herantritt, zu durchbrechen — oder die Erbauung eines vor dem Südwind geschützten und auf jeden Fall hinreichende Tiefe gewährenden Hafenbeckens. Irgend eine Abhilfe der bestehenden Uebelstände war um so nothwendiger, als es schon mehrmals in Folge der Unmöglichkeit, die ankommenden Güter zu verschiffen, zu Betriebsstockungen größten Maßes gekommen war, sodaß die Linie bis auf 150 km rückwärts von nicht zur Abfertigung gelangenden getreidebeladenen Waggons blockirt war. Die Bahngesellschaft erwarb also im März 1899 von der türkischen Regierung die Konzession zum H a f e n b a u , in der richtigen Voraussicht, daß auf diesem Wege allein gründlich geholfen werden könne. Die Konzession enthält außer der Erlaubniß zum Hafenbau selbst noch eine Reihe anderer werthvoller Zugeständnisse, so die Befugniß zur Anlage von Quais und Docks, von Speichern und Depots für Waaren aller Art, zum Bau von Getreideelevatoren und Ausgabe von Warrants, endlich das sehr schwerwiegende Recht, Douanendepots zu errichten, in denen eingeführte Waaren lagern dürfen, ohne die Zolltaxe zu entrichten, bevor sie faktisch in den Verkehr gelangen. Aus bestimmten Gründen wurde davon abgesehen, den Bau und Betrieb des Hafens formell in die eigene Regie der anatolischen Eisenbahngesellschaft zu nehmen; es entstand vielmehr eine besondere Hafengesellschaft: Société du port de Haidar Pascha tête de ligne du chemin de fer Ottoman d'Anatolie. Die Gesellschaft hat sich im März dieses Jahres konstituirt, nachdem bereits ein großer Theil der Hafenarbeiten fertig war; diese wurden alsdann seitens der Eisenbahngesellschaft gegen Erstattung der gehabten Auslagen auf die neue Kompagnie übertragen. Die Differenzirung beider Gesellschaften ist übrigens nur formal; die fünf Mitglieder des Verwaltungsraths der société du port gehören sämmtlich der Verwaltung der anatolischen Bahn an. Die Hafenkonzession erlischt zugleich mit der Konzession der Eisenbahn von Haidar Pascha nach Angora, d. h. in neunundneunzig Jahren. Hier wie dort hat sich die türkische Regierung unter bestimmten Voraussetzungen das Rückkaufsrecht vorbehalten, das aber erst nach Ablauf von dreißig Jahren vom Datum der Konzessionsertheilung für die Bagdadbahn, d. h. vom 18. März 1902 ab, in Kraft tritt. Vor dem Jahre 1932 kann also von einem einseitigen Rückkauf des Bahnnetzes wie der Hafenanlage nicht die Rede sein. Das Aktienkapital der Hafengesellschaft beträgt acht Millionen Frs.; bis auf einen Bruchtheil befindet sich die Gesammt-

heit der Aktien im Portefeuille der anatolischen Bahn. Bereits im Sommer dieses Jahres war es möglich, daß einige Schiffe der deutschen Levantelinie, die Materialien für den Hafenbau brachten, an den neuen Quais selber ihre Ladung löschten; für die Getreideausfuhrkampagne 1902—03 werden die Anlagen voraussichtlich bereits genügend funktioniren; die gänzliche Fertigstellung ist für das Frühjahr 1903 vorauszusehen.

Der Hafen von Haidar Pascha krönt erst das Werk der anatolischen Bahn. Zwar für die gegenwärtigen Verkehrs- und Ladebedürfnisse sind seine Abmessungen, namentlich seine Tiefe, noch reichlich groß. Das durch einen Wellenbrecher gegen die Südwinde geschützte Bassin ist durchgängig 8½ Meter tief, hiernach also für den Verkehr von Seedampfern weiter Fahrt berechnet. Einstweilen geschieht die Verschiffung des mit der Bahn ankommenden Getreides fast ausschließlich auf sogenannten Mahonen, einheimischen Segelfahrzeugen von höchstens 2—3 Metern Tiefgang, denn wie ich bereits betont habe, erfolgt zur Zeit noch so gut wie gar kein Weiterexport des mit der anatolischen Bahn herangeführten Getreides über See. Trotzdem ist es unzweifelhaft richtig gewesen, dem Hafenbassin schon jetzt eine für den Fernverkehr ausreichende Tiefe zu geben. Wenn auch der Getreideexport aus Anatolien sich voraussichtlich immer in die gegenüberliegende Hauptstadt selbst und nach den großen in ihrer Nähe gelegenen Garnisonen richten wird, und auch nach Erbauung der Bagdadbahn nicht zu erwarten ist, daß die von dort kommenden Getreidemengen den Landweg durch die ganze Länge der kleinasiatischen Halbinsel bis Haidar Pascha nehmen werden, statt das Meer bereits am Golfe von Alexandretta zu erreichen — so ist doch für den Waarenimport, der über kurz oder lang auch für Anatolien zu erhoffen steht, ein wohlausgebauter Hafen absolut nothwendig.

Die Steigerung der Einfuhr europäischer Waaren ins Innere muß jetzt unter allen Umständen das nächste Ziel der anatolischen Bahn sein. Für die Bahngesellschaft als eine Erwerbsgenossenschaft, die in erster Linie Geld verdienen will, scheint es zunächst gleichgiltig, welcher Herkunft diese Einfuhr ist, ob sie aus Deutschland oder aus anderen Ländern stammt. Thatsächlich wird, wie das ja bei einem deutschen und überwiegend von Deutschen geleiteten Unternehmen nicht anders zu erwarten ist, nach Möglichkeit die deutsche Industrie bevorzugt, nicht nur für die Vergebung der Bahn- und Hafenbauarbeiten und Lieferungen, sondern z. B. auch für den Bezug der

landwirthschaftlichen Geräthe und Maschinen, mit denen die Bahnverwaltung bestrebt ist, die eingeborene Landwirthschaft zu heben. Immerhin ist es gut, wenn nach dieser Richtung hin Klarheit herrscht, und zwar nicht nur bei der Leitung der anatolischen Bahn, sondern vor Allem auch in denjenigen Kreisen, die in Deutschland sowohl ein Verständniß für unsere wirthschaftlichen Aufgaben und Aussichten im türkischen Orient besitzen, als auch zugleich in der Lage sind, ein solches Verständniß praktisch zu bethätigen.

Ich komme bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt, auf dem die Praxis der Bahnverwaltung unter dem Gesichtspunkt der deutschen Interessen wohl kaum besonderen Beifalls sicher sein kann, und da ich nach allen anderen Richtungen hin meine Bewunderung für das Geleistete und Erreichte unbedenklich zum Ausdruck gebracht habe, so brauche ich hier um so weniger mit einer Kritik zurückzuhalten. Ich erkenne vollständig an, daß es unter den diffizilen Verhältnissen, die nach dieser Richtung hin in der Türkei herrschen, auch für eine private Erwerbsgesellschaft, wie es die anatolische Bahn ist, große Schwierigkeiten hat, den Charakter als *deutsches*, das heißt mit *deutschem Gelde gegründetes und überwiegend von Deutschen geleitetes Institut* zur Geltung zu bringen. Ein gewisses nicht einmal zu knappes Maß von Zurückhaltung ist in dieser Beziehung durchaus angebracht. Diese Zurückhaltung braucht aber nicht so weit zu gehen, daß von den Bahnbeamten die Kenntniß der deutschen Sprache nicht verlangt wird. Es hängt das damit zusammen, daß die *offizielle Dienstsprache die französische ist*. Natürlich hätte es seiner Zeit, als die Bahn erbaut und der erste Betrieb eingerichtet wurde, Schwierigkeiten gehabt, mit einem Male ein Betriebs- und Bureaupersonal zu schaffen, das durchweg Deutsch konnte. Damals mußte man annehmen, was man bekam und in erster Linie auf technische Brauchbarkeit sehen. Als internationales Verständigungsmittel, zumal der Mittel- und Oberschicht der Eingeborenen gegenüber, aber auch im Verkehr mit den mancherlei Nationen angehörenden Bau- und Betriebsbeamten der ersten Zeit, ergab sich das Französische von selber als bestes Auskunftsmittel. Ich glaube aber nicht, daß es nöthig ist, für alle Zeiten dabei zu bleiben. Auf der Linie von Smyrna nach Dineir (der sogenannten Aïdinbahn), die mit englischem Gelde erbaut ist und einer englischen Gesellschaft gehört, also in nationaler Beziehung einen Parallelfall zur anatolischen Bahn darstellt, ist die innere Dienstsprache nicht, wie man

nach jenem Muster erwarten sollte, französisch, sondern englisch, und das wird seitens der Bahnverwaltung durch ein sehr einfaches Mittel erreicht: Jedermann, der mit der Aussicht auf Aufsteigen im Dienst eintritt, erhält zur Kenntnißnahme, daß er auf Beförderung nicht zu rechnen habe, wenn er nicht binnen einer bestimmten Frist (wenn ich nicht irre, sind es zwei Jahre) gewisse Kenntnisse im Gebrauch des Englischen nachzuweisen in der Lage ist. Natürlich verlangt auch auf der Aïdinbahn kein Mensch von den Weichenstellern und Wagenputzern, daß sie Englisch lernen sollen. Wohl aber müssen es die Stationsvorsteher, Streckeningenieure, Zugführer, überhaupt das ganze mittlere und höhere Betriebspersonal. Das, meine ich, sollte mit der Zeit doch auch wohl auf der anatolischen Bahn zu erreichen sein, ohne daß daraus für die Bahngesellschaft selbst größere Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten entstehen, als sie der englischen Aïdingesellschaft aus ihrer Praxis erwachsen. Man hat wenigstens noch nichts davon gehört, daß irgend Jemand in der Forderung, die Bahnbeamten dort müßten Englisch lernen, einen besonders verdächtigen Schachzug der britischen Politik gewittert hätte.

Ich bin weit davon entfernt, eine stärkere Betonung des Deutschen auf der anatolischen Bahn blos aus Gründen eines kindlichen nationalen Chauvinismus oder einer Theorie zu Liebe, die den realen Verhältnissen keine Rechnung trägt, zu wünschen. Von einem Eingehen auf die läppischen Verdächtigungen der panslavistischen Blätter — die westeuropäische Presse ist ja glücklicher Weise meist zu vernünftig dazu —, als ob die Deutschen Anatolien „germanisiren", eine politische Rolle darin spielen wollten u. s. w., glaube ich hier absehen zu dürfen. Jedermann in Deutschland, der Sinn und Verstand für unsere Aufgabe im Orient hat und nicht in der politischen Babystube sitzt, weiß, daß wir andere Interessen als wirthschaftliche, d. h. vortheilhaft zu kaufen und zu verkaufen, in der Türkei nicht besitzen, und daß unsere einzige politische Forderung die der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit und des Selbstbestimmungsrechts des türkischen Staatswesens, mit anderen Worten die „Offene Thür", in der Türkei ist. Kein Verständiger wird aber leugnen, daß die Menge und Intimität der wirthschaftlichen Verkehrsbeziehungen zwischen zwei Ländern von dem Maße der gegenseitigen Vertrautheit und Bekanntschaft mit einander, namentlich aber von der Kenntniß der betreffenden Sprachen abhängig ist. Die Sprache ist mehr, als blos das technische Vehikel gegenseitiger äußerlicher Ver-

ständigung; sie vermittelt dem, der sie lernt, zugleich mit der Kenntniß der Laute auch ein größeres oder kleineres, in jedem Falle aber wichtiges Stück Wissen von der gesammten Kultur des andern Volkes. Damit aber ist zugleich die beste Grundlage für die Anknüpfung und Festigung von Verkehrsbeziehungen aller Art gegeben. Ob die Dienstsprache auf der anatolischen Bahn deutsch wird oder französisch bleibt (die eigentlichen Unterbeamten, Bahnwärter, Weichensteller u. s. w. verstehen auch hier natürlich nur türkisch), das mag für den Betrieb und möglicher Weise auch für die Dividenden der Bahn vollkommen gleichgiltig sein; durchaus nicht gleichgiltig aber ist es für die Frage, woher die Güter kommen, die auf der Bahn zur Verfrachtung und Einfuhr ins Innere gelangen sollen. Daß eine Erwerbsgesellschaft nicht die Aufgabe hat, Propaganda für eine Sprache, sei es auch die eigene, zu machen, liegt auf der Hand; deswegen bleibt aber die Forderung an sie berechtigt, daß sie, soweit das ohne Beeinträchtigung ihres eigentlichen Zweckes möglich ist, dem Vortheil des eigenen Landes gegenüber dem der fremden Vorschub leiste. Dazu aber ist eines der sichersten Mittel die Durchführung der deutschen Betriebssprache, ja selbst schon des Prinzips, daß die mittleren und oberen Beamten sich binnen einer gewissen Frist das Deutsche anzueignen haben.

Mit der Nöthigung, Deutsch zu können, um im Betrieb der anatolischen Bahnen (die doch nur den Beginn oder den Anfang eines sehr viel größeren Schienennetzes bilden) eine Anstellung zu finden und auf Beförderung rechnen zu können, ist zugleich die Entstellung deutscher Schulen gegeben — und sie ist der nächste eigentliche Zweck einer solchen Maßregel. Das Bedürfniß und der Wunsch Deutsch zu lernen, ist unter den Eingeborenen entschieden schon jetzt vorhanden. Die deutsche Schule in Konstantinopel zählt unter 600 Lernenden nur 200 wirklich Deutsche; der ganze Rest sind Levantiner, Griechen, Armenier, Juden. Daß sich gar keine oder fast keine wirklichen Türken darunter befinden, ist insofern bedeutungslos, als das osmanisch-muhammedanische Element für Handel und Wandel ja ohnehin wenig, das eingeborene christliche (und jüdische) aber um so mehr in Betracht kommt. Für die deutschen Kinder in Konstantinopel ist es kein Gewinn, daß die Menge der Fremdsprachlichen die ihre ums Doppelte übertrifft; für das weiter gefaßte Interesse Deutschlands aber kann es nichts Besseres geben, als daß möglichst viel Eingeborene Deutsch lernen und mit deutschen Dingen bekannt werden. Die immerhin noch

sehr große wirthschaftliche Position Frankreichs in der Levante beruht zum allergrößten Theil darauf, daß dort jeder Einheimische seit Langem die Möglichkeit hat, französische Sprache und französische Kultur zu lernen, ohne daß es ihn etwas kostet — ja es wird ihm mit allem Eifer von jener Seite selber fort und fort angetragen. Die Sprache aber, das kann gar nicht oft genug betont werden, ist unweigerlich zugleich auch Vermittlerin bestimmter Kulturvorstellungen, Bedürfnisse und Ideale. So lange Französisch in der Levante die verbreitetste europäische Sprache bleibt, so lange wird auch die französische Kultur stets das Normalideal der europäisch angebildeten christlichen wie muhammedanischen Orientalen sein. Von einer besonderen Wahlverwandtschaft zwischen dem Türken- und Levantinerthum auf der einen, der französischen Kultur auf der andern Seite zu sprechen, ist, namentlich was das Erstere betrifft, so falsch wie nur möglich. Nur deshalb stößt man im Orient auf Schritt und Tritt auf Französisch, weil die französische Sprache die erste war, die sich als Vermittlungsidiom zwischen Orient und Occident durchsetzte. So lange von französischer Seite die gegenwärtig zur Verausgabung gelangenden sehr bedeutenden Mittel für französische Schulen aller möglichen Art im Orient zur Verwendung gelangen, und so lange keine andere Nation den materiellen Nutzen solcher Aufwendungen für die wirthschaftlichen Verkehrsbeziehungen nach der Türkei in ähnlicher Weise begreift, so lange können die französischen Exporteure im Ganzen ruhig schlafen; ihr Absatz nach der Levante und darüber hinaus ins Innere des türkischen Reiches wird gesichert bleiben.

Es wäre im höchsten Grade beklagenswerth und ein Zeichen mangelnden Verständnisses für die wahren Zusammenhänge der Dinge, wenn man mit der Zeit nicht auch in Deutschland an denjenigen Stellen, die ein praktisches Interesse an der Entwicklung unserer Verkehrsbeziehungen mit der Türkei besitzen, die hohe Bedeutung aller derjenigen Institutionen begriffe, die geeignet sind, dort Kenntniß der deutschen Sprache und damit auch das (bewußte oder unbewußte) Bedürfniß nach Theilnahme an der deutschen Kultur zu pflanzen. Nach dieser Richtung hin bedeutet jede deutsche Schule mit der Zeit eine vollgiltige Anweisung auf so und so viel deutschen Import. Diesen inneren Zusammenhang zwischen Schule, Sprache, Kultur und kommerziellem Vordringen haben in jüngster Zeit auf ausgezeichnete Weise auch die Italiener im Orient begriffen, und es ist ein Zeichen von Kurzsichtigkeit, wenn man für den raschen

Aufschwung des italienischen Imports nach der Türkei nichts Anderes verantwortlich zu machen weiß, als die italienische Kinderarbeit, das Disagio und die billigeren Frachten. Eine große Rolle hat auch die Energie gespielt, mit der Italien in der Erweiterung seines Schulwesens in der Levante vorgegangen ist.

Glücklicher Weise bestehen für die weitere Ausdehnung des deutschen Schulwesens in der Türkei geeignete Ansätze. Außer der großen deutschen Schule in Konstantinopel unterhält die Bahngesellschaft selbst zwei kleinere deutsche Anstalten in Haidar Pascha und Eskischehir und beweist dadurch, daß sie an sich durchaus ein Verständniß für die Nothwendigkeit besitzt, ihren Angestellten und deren Kindern die Möglichkeit zur Erlernung des Deutschen, oder, soweit es sich bereits um Deutsche handelt, um Erhaltung ihres Deutschthums, zu geben. Diese Bahnschulen sind durchaus entwicklungsfähig; es ist aber gar nicht gesagt, daß die Eisenbahn allein die Aufgabe zu übernehmen hat, für Jedermann in der Türkei, der Deutsch lernen will, die Gelegenheit dafür zu beschaffen. Das ist z. B. ebenso sehr Aufgabe des öffentlichen Verständnisses in Deutschland. Eine deutsche Handelsschule in Konstantinopel wäre eine Kapitalsanlage, die sich, sagen wir nach einem Jahrzehnt, sicher zu verzinsen beginnen würde. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß die Zahl derjenigen jungen Leute und türkischen Unterthanen, die von einer solchen Bildungsanstalt Gebrauch machen wollten, größer sein wird, als die zunächst zu schaffende Aufnahmemöglichkeit. Ebenso wäre es z. B. nicht schwer, an bestehende türkische staatliche Lehranstalten Lehrer des Deutschen zu bringen, sobald die Mittel für sie von deutscher Seite bereitgestellt werden. Dergleichen würde dem auch bei den muhammedanischen Angehörigen des türkischen Reiches auf das Lebhafteste bestehenden Wunsche nach Kenntniß des Deutschen in glücklicher Weise entgegenkommen. Der türkischen Regierung selbst fehlt es nach dieser Richtung hin durchaus nicht an Verständniß und gutem Willen, sondern vielmehr an dem, woran ja im Orient überhaupt immer und überall der größte Mangel herrscht: an den erforderlichen Geldmitteln und an der Initiative.

Von den andern Völkern, mit denen wir im türkischen Orient die wirthschaftliche Konkurrenz zu bestehen haben, können und müssen wir aber auch noch neben der Schulfrage in einem andern Punkt etwas lernen, der bei geeigneter Ausführung ebenso wichtig werden kann wie die Gründung von Schulen. Das ist die Beschaffung ärztlicher Hilfe. Es giebt gar kein besseres

Mittel, das Vertrauen einer Bevölkerung auf der Kulturstufe und von der religiösen wie nationalen Eigenart der türkischen zu gewinnen, als die Thätigkeit des Arztes. Natürlich müßte auch nach dieser Richtung hin vorsichtig vorgegangen werden. Es darf weder bei den Türken ein falsches Mißtrauen erregt, noch unseren Gegnern in der Türkei ein Mittel zur Verdächtigung geboten werden, als ob wir im Lande etwas Anderes wollten, als freien Wettbewerb mit allen Denen, die dort vor uns als Kaufleute auf dem Platz gewesen sind: mit Franzosen, Italienern, Oesterreichern, Engländern u. s. w. Es müßte aber auch schon eine besondere Ungeschicklichkeit mit im Spiele sein, wenn es uns nicht gelänge, Fehler nach dieser Richtung hin zu vermeiden. Im Einzelnen kann man es ja auf viele verschiedene Arten anfangen; in der Praxis aber muß es darauf hinauskommen, daß deutsche Aerzte an geeigneten Plätzen sich niederlassen und sowohl selber eine ausgedehnte Praxis unter der eingeborenen Bevölkerung ausüben, als auch namentlich dafür thätig sind, mit der Zeit eine Anzahl einheimischer Kräfte medizinisch auszubilden und zu schulen. Das sanitäre Elend ist in der Türkei wie im ganzen Orient größer, als daß selbst eine noch so beredte Feder es beschreiben könnte. Davon, was unter diesen Umständen eine europäisch eingerichtete und verwaltete ärztliche Hilfsstation an Segen zu leisten vermag, habe ich mich vor zwei Jahren bei meinem Aufenthalt in Urfa in Nordmesopotamien überzeugt. Johannes Lepsius, der Leiter des deutschen Hilfsbundes für Armenien (jetzt „Deutsche Orient-Mission") hat dort einen Arzt stationirt, der über eine gut ausgestattete Apotheke, eine Klinik, eine Anzahl Betten und einiges europäische wie eingeborene Hilfspersonal verfügt. Die Wirksamkeit dieser Station, die sich trotzdem, daß es sich überwiegend um Armenpraxis handelt, zum großen Theil selber erhält, ist nach zwei Seiten hin eine außerordentliche: nach der medizinisch-humanen wie nach der moralischen. Ich habe es selbst beobachten können, ein wie bedeutender Einfluß von der ärztlichen Station auf das allgemeine Verhalten der Eingeborenen den Europäern und speziell den Deutschen gegenüber ausgeht, wie bekannt der deutsche Name durch die Urfaer Klinik weithin unter Kurden, Türken, Arabern und Armeniern in der Umgegend wird und welch eine Achtung vor ihm entsteht. Ein Kapital wird auf diese Weise gesammelt, das unweigerlich seine Früchte nach der moralischen wie nach der materiellen Seite hin trägt. Aus dem Wirksamkeitsgebiet eines seine Aufgaben mit Verständniß erfassenden deutschen Arztes, der über eine aus-

reichend eingerichtete Station verfügt, ergeben sich mit einer gewissen Naturnothwendigkeit je länger desto zahlreichere Beziehungen auch materieller Art nach Deutschland, speziell in die Welt des deutschen Handels und der deutschen Industrie hinüber. Der Arzt ist in höherem Sinne als irgend Jemand anderes der Pionier der Zivilisation. Wo ein europäischer Arzt eine Reihe von Jahren gewirkt hat, dort ist der Boden auch für viele andere Unternehmungen und Beziehungen günstig vorbereitet. Niemand hat unter den Völkern, die ihr Absatzgebiet nach der Levante haben, diese Bedeutung der ärztlichen Thätigkeit besser begriffen, als die Franzosen. Aehnlich wie bei der Schulfrage wäre es auch hier eine direkte Probe auf das Maß von Verständniß, welches unsere an den Beziehungen zum türkischen Orient interessirten Kreise für ihren wirklichen Nutzen besitzen, ob und in welcher Art sie auch hier die Mittel finden, sich ihre Wege zu bereiten.

König Friedrich Wilhelm IV. und die Berliner Märzrevolution im Lichte neuer Quellen.

Von

Felix Rachfahl.

II.

III.

Der Befehl zum Abmarsche der Truppen von den Barrikaden am Morgen des 19. März.

Am frühen Morgen wurde der Aufruf des Königs an die Einwohnerschaft Berlins bekannt gegeben. Ueber die Maßregeln, zu denen sich Prittwitz nach ihrer Kenntnißnahme veranlaßt sah, erfahren wir von ihm selbst:

„General v. Prittwitz hat erst um 6½ Uhr von der Proklamation Kenntniß erhalten und darnach sein und der Truppen Benehmen in Einklang gebracht. Er hoffte, durch Kavallerie und Schreckschüsse der Artillerie die Straßen rein zu erhalten, giebt aber doch zu, befohlen zu haben, daß die Zirkulation des Publikums nicht gestört werde . . . . .[35])

„General v. Prittwitz benachrichtigte die Truppen wohl schon um sieben Uhr:

a) daß an eine friedliche Ausgleichung der Wirren gedacht werde, deshalb aggressive Maßregeln eingestellt werden, das Feuern der Truppen, wo ein solches stattfände, allmählich einschlafen solle. Hauptmann v. Rosenberg-Gruczinsky überbrachte gegen 8 Uhr diesen Befehl dem General v. Möllendorf.

b) Unbewaffnete und friedliche Leute auf den Straßen verkehren dürften." — —[36])

---

[35]) Vergl. dazu Gerlach I, 139 f.

[36]) Ungefähr an dieser Stelle des Manuskriptes findet sich ein bemerkenswerther Passus aus der Feder von Prittwitz über die Generale v. Wussow und v. Krauseneck:

„Auf dem Schlosse erschienen (um 8 Uhr) General v. Krauseneck und General v. Wussow; der Letztere, in Zivilkleidern, wollte die Bemerkung

Bekanntlich fanden sich am Morgen des 19. März im Schlosse verschiedene Gruppen von Magistratsmitgliedern, Stadtverordneten und Bürgern ein, die den König um Zurückziehung der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden immer wieder von Neuem ersuchten. In meinem Buche hatte ich mich bemüht, die Reihenfolge dieser sogenannten Deputationen, sowie den Zeitpunkt ihres Empfanges festzustellen. Zu diesem Gegenstande findet sich in der Darstellung Nobilings der Berliner Ereignisse im Jahre 1848 ein ausführlicher Bericht, den wir hier im Auszuge wiedergeben wollen. Es wird sich dabei herausstellen, daß unsere früheren Ausführungen in einigen Punkten zu korrigiren sind.

Schon beim Morgengrauen hatte sich Nobiling auf dem Schlosse eingestellt und daselbst den Auftrag erhalten, sich über die Stimmung in der Stadt zu orientiren. Er vollzog diesen Auftrag und erhielt dabei Kenntniß von der Proklamation des Königs. „Als ich mich wiederum gegen die Gegend des Schlosses zurückwandte, fand ich die Straßen mit Menschen angefüllt, die unbewaffnet und ohne alle feindliche Haltung die Abtheilungen der Soldaten umringten und sich in Disputationen einließen. Man warf sich gegenseitig Grausamkeiten vor, sprach über die Proklamation; aus Allem ging hervor, daß man kaltblütiger geworden war. An vielen Orten wurden den Soldaten Kaffee und andere Erquickungen gereicht. Hier im Innern der Stadt hielt ich die Sache für beendet und eine Erneuerung von Feindseligkeiten unmöglich. In den entfernteren Gegenden sollte man sich jedoch noch feindlich gegenüber stehen.“

Zum Schlosse zurückgekehrt, fand Nobiling den Oberbürgermeister Krausnick im Begriffe, sich zum Könige hinauf zu begeben. Nobiling schloß sich dem Oberbürgermeister an; sie gingen in das königliche Speisezimmer, den Sternensaal. Hier waren viele Per-

gemacht haben, daß die Truppen zu erschöpft seien, um den Kampf, wie am vorigen Tage, fortzusetzen.“

Nobiling bemerkt dazu: „Gewiß sehr wahr“, sowie: „Aus der ganzen Schilderung geht hervor, daß General v. Krauseneck unmöglich die Vorwürfe verdient hat, welche ihm später in gewissen Zeitungen und Schriften gemacht worden sind.“ (Vergl. dazu „Deutschland“ u. s. w. S. 192 Anm. 2). Betreffend Wussow findet sich noch die Notiz: „Erzählt wird ferner, daß der General v. Wussow schon um 10 Uhr, angeblich eine Stunde vor dem Befehle zum Rückzuge der Truppen, in Zivilkleidern am Potsdamer Thore bei dem General v. Thümen gewesen sei, um diesen zum Zurückziehen zu vermögen.“

sonen versammelt, theils Hofpersonal, theils Militärs, theils Beamte, darunter Bodelschwingh, außerdem Bürger aller Kategorien. Ungefähr 8½ Uhr begannen die Verhandlungen mit dem König. Zuerst sprach Krausnick, indem er die Bitte behufs Zurückziehung der Truppen dem Monarchen vorlegte. Krausnick benahm sich sehr ungeschickt; nach einer Aufzeichnung des Prinzen Albrecht war Krausnick „sehr beklommen“; der Hauptmann v. Bergh erzählt, Krausnick habe u. A. geäußert, er selber wisse nichts, „erwarte aber von der Weisheit des Königs einen Ausweg“. Der König machte den Abzug des Militärs von der Einebnung der Barrikaden abhängig. Nun ergriff Nobiling das Wort, um seinen Lieblingsgedanken, die Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr, zu befürworten: Nobiling und ein gewisser Herr Weiße erklärten dem Könige, „sie stünden mit ihrem Leben für die Liebe und Treue seiner Berliner ein“; Weiße führte dem König seine eigenen Worte aus der Proklamation nach dem Tzechschen Attentate an. Der König wies das Ansinnen Nobilings zurück; er äußerte bei den Verhandlungen u. A.: „er wolle selbst mit den Leuten sprechen, welche hinter den Barrikaden stünden, und von ihnen hören, was sie denn eigentlich wollten“. Während oder nach der Unterredung mit Krausnick und Nobiling näherte sich dem Könige eine Gruppe von Bürgern, an deren Spitze der Fabrikant Neumann als Wortführer auftrat; sie bat gleichfalls um Aufhören der Feindseligkeiten. „Als dies von dem Neumann in einer Weise geschah, die gewiß nicht unehrerbietig sein sollte, sondern nur etwas ungeschickt freimüthig war, erfolgte vom König eine sehr ernste Rüge.“

Nach diesen Verhandlungen verließ Krausnick den Saal, während Nobiling zurückblieb.[37]) Noch andere Magistratsmitglieder fanden sich ein, darunter Moewes und Fournier. Sie wurden gleichfalls (ca. 9½ Uhr) vom König empfangen; Moewes und Fournier führten das Wort. Fournier wiederholte u. A. den vorhin von Nobiling gemachten Vorschlag der Errichtung einer bewaffneten Bürgerwehr,

[37]) In meiner früheren Darstellung („Deutschland“ u. s. w. S. 196 Anm. 2) dieser Deputation (II) habe ich irrthümlich Nobiling sich alsbald nach der Deputation II entfernen lassen. In Wahrheit ist er im Schlosse zurückgeblieben, ohne sich allerdings an den Verhandlungen mit der dritten Deputation (Moewes-Fournier u. s. w. um 9½ Uhr) zu betheiligen. In seiner Darstellung unterläßt es Nobiling, mitzutheilen, daß zwischen den Verhandlungen mit Deputation II und III ein gewisser Zeitraum verfloß, innerhalb dessen u. A. der König an dem Gottesdienste des Hofpredigers Strauß theilnahm.

indem er den König bat, „es möchten den Bürgern 1000 Gewehre bewilligt werden".[38]) Der König schlug dies ab, indem er aussprach, daß die Gewehre leicht in unrechte Hände kommen könnten und, die Sache weiter ausführend und gewissermaßen sich selbst fragend, äußerte der König: Ob es zu verantworten sei, die Sicherheit des Staates und der Stadt in solche Hände zu legen? Hierauf rief der Prinz Albrecht ein lautes „Nein!" aus. Der König drehte sich um und sagte ernst: „Wer spricht hier?"[39]) So wogten die Verhandlungen hin und her, ohne daß es zu einem Resultate kam, wenngleich es sichtbar war, daß der Widerstand des Königs gegen das immer erneuerte Andringen schwächer wurde. Im Gegensatze zu den apokryphen Nachrichten über die Haltung des Königs am Morgen des 19. März und insbesondere über den Eindruck, den die revolutionären Begebenheiten auf ihn machten, bemerkt Nobiling, gewiß ein klassischer Zeuge: „Dem König sah man es übrigens an, daß er wohl die höheren politischen Gedanken im Auge hatte und das ganze Getriebe ihm sehr untergeordnet erschien."

An der letzten Unterredung des Monarchen mit Moewes und Fournier hatte sich Nobiling nicht mehr betheiligt. Nach der Ablehnung seines Vorschlages hatte er sich von weiteren Verhandlungen nichts mehr versprochen und sich daher gänzlich zurückgezogen. Da wurde er zur Prinzessin von Preußen in eine Nische gerufen. Sie frug ihn, „ob er denn hier gar keinen Ausweg sähe". Nobiling, alles Heil einzig von dem Zugeständnisse der Bürgerbewaffnung hoffend, erwiderte, „daß er so, wie hier verhandelt werde, gar nicht einsähe, was aus der Sache werden solle". In der Erörterung, die sich nun entspann, erklärte Nobiling der Prinzessin, „man unterhandle ja puissance à puissance einer ganz unbekannten Menge gegenüber". Während sich Nobiling also mit der Prinzessin unter-

[38]) Es erhellt daraus, daß in der That nicht nur mit Deputation II, sondern auch mit Deputation III über die Frage der Bürgerbewaffnung verhandelt worden ist. Vergl. Kaufmann, „Literar. Zentralblatt" vom 8. März 1902, und Rachfahl, „Histor. Vierteljahrsschrift" 1902 S. 213.

[39]) In Wolffs Revolutionschronik I, 111 ff. sind die Szenen zwischen dem Könige und dem Prinzen Albrecht, sowie zwischen dem Könige und dem Fabrikanten Neumann fälschlich mit einander in Zusammenhang gebracht und irrthümlich dargestellt worden. Meine früheren Angaben („Deutschland" S. 191), in denen ich Wolff folgte, sind nach der Relation Nobilings zu korrigiren.

hielt, wurde plötzlich sein Name gerufen. Er verabschiedete sich von ihr; der General von Neumann trat auf ihn zu und fragte ihn, ob er es auf sich nehmen wolle, in Gemeinschaft mit Moewes und Fournier die Vertheidiger der Barrikaden am Alexanderplatze durch gütliches Zureden zu Ruhe und Frieden zu bestimmen. Denn „das Los war gefallen; der König hatte inzwischen den Herren Moewes und Fournier das Einstellen der Feindseligkeiten an der Königsbrücke zugesichert, wenn die dortige Barrikade verlassen und niedergerissen würde". Nobiling erklärte sich bereit, den ihm zugedachten Auftrag auszuführen; der Leutnant v. Schimmelmann wurde ihm und seinen Genossen als militärische Begleiter beigeordnet. Als er sich entfernte, war die Situation im Schlosse folgende:

„Der König hatte sich indessen in ein Nebenzimmer begeben. In der offenen Thür zu demselben fand eine heftige Diskussion zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Minister von Bodelschwingh statt, wodurch unser Abgang verzögert wurde. Der Prinz sprach sehr entschieden gegen den völligen Rückzug der Truppen aus den Positionen, der Minister dafür, worauf der Prinz ausrief: „Dann müssen sie lieber ganz zurückgehen"."[40])

„Ich habe mir später gedacht, daß in Folge dieser Aeußerung, die durch Unberufene ganz falsch aufgefaßt und weiter verbreitet sein mochte, der spätere Abzug einzelner Truppentheile veranlaßt worden sei."[41])

„Wunderbarer Weise hat sich das gedachte Gespräch eine halbe

---

[40]) In dieser Form giebt die Aufzeichnung Nobilings keinen Sinn: Wenn der Prinz gegen den „völligen" Rückzug der Truppen war, kann er es nicht als ein kleineres Uebel bezeichnet haben, wenn die Truppen „ganz" zurückgezogen wurden. Offenbar liegt ein Irrthum Nobilings vor, und der Hergang war folgender: Bodelschwingh vertheidigte den eben gefaßten Beschluß, daß die Truppen bedingungsweise und stellenweise zurückgenommen wurden, nämlich nur da, wo die Barrikaden eingeebnet wurden. Militärisch war ein derartiger Rückzug in der That sehr unvortheilhaft (vergl. unten die Relation des Generals von Prittwitz über die Naunynsche Deputation); daher erklärte der Prinz: es sei dann immer noch besser, die Truppen ganz und mit einem Male zurückzuziehen. Wenn der Hergang aber so war, wie wir ihn eben angegeben haben, so hat Nobiling entschieden Unrecht, wenn er meint, dem Auftritte zwischen dem Prinzen und Bodelschwingh, der sich um 10½ Uhr ereignete, habe dieselbe Differenz zu Grunde gelegen, wie dem Gespräche, das eine halbe Stunde vorher stattfand.

[41]) Selbstverständlich ist diese Vermuthung unbegründet.

Stunde später fast wörtlich wiederholt, als die sogenannte Deputation unter Vortritt der Bürgermeisters Naunyn erschienen war."

Um 10 Uhr langten Robiling, Moewes und Fournier bei der Königsbrücke an. Sie verweilten hier ungefähr eine halbe Stunde, bemüht, ihren Auftrag zu erfüllen. Darauf kehrten sie nach dem Schlosse zurück, um hier die Nachricht von der Einstellung der Feindseligkeiten in der Königstadt zu überbringen. Inzwischen war jedoch, unabhängig von ihrer Berichterstattung, einer neuen Gruppe von Bürgern, an deren Spitze der Bürgermeister Naunyn stand, die Konzession allgemeiner und unbedingter Zurückziehung der Truppen ertheilt worden. Robiling erzählt darüber: „Im Schlosse hatte man unsere Rückkehr gar nicht abgewartet, und schon von der Langen Brücke aus sahen wir, daß Offiziere zu Pferde in Begleitung von Bürgern aus dem Portale Nr. 1 kamen. Wir gingen näher und sahen den Bürgermeister Naunyn mit dem mir bekannten Grafen Röder herauskommen." Naunyn, Duncker, Vollmer und Andere waren nämlich indessen im Schlosse erschienen; „sie wußten nichts von der Verheißung, die den Herren Moewes und Fournier gegeben war. Sie baten daher ebenfalls um Aufhören der Feindseligkeiten, und sonderbarerweise verhandelte man mit ihnen ganz dasselbe, was schon mit den letztgedachten Herren (Moewes, Fournier u. s. w.) abgemacht war, und gab schließlich dieselbe Gewährung noch einmal.[42])

„Noch eigenthümlicher war es, daß sich zwischen dem Prinzen von Preußen und dem Minister v. Bodelschwingh dieselbe Meinungsverschiedenheit und in ebenso heftiger Weise noch einmal wiederholt hat.[43]) Es ist späterhin geglaubt worden, dieser königliche Entscheid sei in Folge der Rückkehr des Herrn Fournier gegeben.[44]) Es ist dies aber falsch, wie durch die genauesten Ermittlungen festgestellt ist. Fournier befand sich zwar in dem Augenblicke des Abganges jener Männer schon wieder im Schlosse, aber in der Halle, während die erwähnten Verhandlungen in den anderen Räumen geführt wurden." — —

Zwischen die dritte (Moewes, Fournier u. s. w.) und die vierte (Naunyn u. s. w.) Deputation fällt eine Audienz des Generals

[42]) Allerdings in Folge eines Irrthums des Königs schließlich in Form eines allgemeinen und unbedingten Abzuges der Truppen von den Barrikaden.

[43]) Vergl. Anm. 10.

[44]) Auch Prittwitz hatte in seinem Buche diese Ansicht ausgesprochen.

v. Prittwitz beim Könige, die von einer militärischen Berathung begleitet war. In dem Nobiling-Prittwitzschen Manuskript findet sich darüber ein Passus, der sich aus Berichten des Generals v. Prittwitz selbst, des Generals v. Rauch und des Rittmeisters v. Manteuffel zusammensetzt, und den wir hier wörtlich wiedergeben:

„Nach unserm (Moewes, Fournier und ich [d. h. Nobiling]) Abtreten wurde vor 10 Uhr zu General v. Prittwitz geschickt. Derselbe wiederholte in kurzen Worten das, was er bereits um Mitternacht gesagt hatte, bezog sich wiederum auf General Maison und machte darauf aufmerksam, daß die ganze Lage der Truppen dringend eine Abhilfe fordere.

„General v. Prittwitz erzählt, daß die ganze Sache in das gefährlichste Stadium getreten sei, in dem gänzlichen Mangel eines Entschlusses. Seine Majestät der König saß während der Besprechung auf einem Stuhl, gab weder ein Wort noch ein anderes Lebenszeichen von sich und schien in einen gänzlich theilnahmslosen Zustand versunken zu sein.[45]) —

„General v. Rauch erzählt über diese Berathung Folgendes: Um 10 Uhr wurde General v. Prittwitz zum König gerufen, um seine Ansichten über die militärischen Operationen auszusprechen.

---

[45]) Auf diese militärische Berathung bezieht sich offenbar die Stelle in Gerlachs Denkwürdigkeiten I, 141, wo es heißt: „Der König nahm keinen Theil an der Berathung, wie Prittwitz erzählt." v. Petersdorff, König Friedrich Wilhelm IV. S. 187, dem die Aufzeichnungen Gerlachs im Originale zur Verfügung standen, bemerkt, daß der zitirte Abdruck in Gerlachs Denkwürdigkeiten unvollständig sei, und setzt die Szene, um die es sich handelt, kurz vor den Abgang der Naunynschen Deputation in die Stadt. In meinem Buche („Deutschland" u. s. w. S. 225 Anm. 1) habe ich darauf aufmerksam gemacht, daß sich dieser Auftritt in dem von Petersdorff angegebenen Zusammenhange unmöglich ereignet haben kann, und die Vermuthung ausgesprochen, daß er in eine der früheren Konferenzen zu setzen sei, etwa in die über das Gesuch der Naunynschen Deputation, ehe sich der König mit Arnim und Bodelschwingh in sein Kabinet zurückzog. Jetzt ist es offenbar, daß er sich bei der militärischen Berathung bei Gelegenheit der Berichterstattung Seitens des kommandirenden Generals ereignet hat. Wahrscheinlich hörte der König die Auseinandersetzungen des Generals lautlos an, weil er ihren Inhalt bereits kannte und ihnen keine Folge zu geben schon entschlossen war; daher äußerte er sich auch mit keinem Worte auf den damals gefaßten Beschluß (vergl. den Bericht des Generals v. Rauch).

Wenn ich nicht irre, so waren der Prinz von Preußen, die Generale v. Pfuel, v. Krauseneck, v. Neumann und v. Rauch zugegen; doch ist es möglich, daß noch andere Personen dagewesen sind.

„General v. Prittwitz sprach sich dahin aus, daß es am zweckmäßigsten wäre, mit sämmtlichen Truppen die Stadt zu verlassen, so viele, als möglich, Truppen an sich zu ziehen, und mit ihnen und mit Hilfe des Landvolks die Stadt eng zu zerniren, jede Zufuhr abzuschneiden, wodurch sie bald in die Lage versetzt werden würde, die Gnade des Königs anzuflehen.

„Wirft man einen Blick auf die Verwendung der Truppen, so wird man finden, daß nirgends gehörige Reserven zu ihrer Unterstützung bereit waren, weshalb es wohl unmöglich war, sich mit den vorhandenen Truppen auf die Besetzung entfernter Stadttheile einzulassen. General v. Prittwitz führte noch an, daß er sehr gut in seiner Stellung den 19. bleiben könne, und nicht einmal befürchte, angegriffen zu werden (!!), doch sei dadurch nichts gebessert und der folgende Tag würde dieselbe Lage wie heute bringen.

„Es war früher einmal davon gesprochen worden, daß man noch 10 entfernter stehende Bataillone heranziehen könne; doch glaube ich nicht, daß Befehle dazu gegeben worden sind.

„Man muß bedenken, daß überall eine gleiche Aufregung war.

„Die einzige Verstärkung, welche heute eintraf, war ein Bataillon des Garde-Reserve-Regiments.

„Nachdem über die Ansicht des Generals v. Prittwitz (welche??)[46]), viel gesprochen worden war, wurde sie doch als die zweckmäßigste anerkannt.

„Es wurde in der Konferenz nicht ausgesprochen, verstand sich aber wohl von selbst, daß die gesammte königliche Familie, sowie der Schatz gleichzeitig mit den Truppen die Stadt hätten verlassen müssen, was ebenso gut am 20. hätte geschehen können, wenn die Vorbereitungen dazu am 19. nicht hätten vollendet werden können.

„Leider gab die Besprechung kein Resultat. Seine Majestät gaben keine Entscheidung, und alle die Herren wurden entlassen, ohne daß Allerhöchst Sie Ihre Intentionen kund gab.

„So weit General v. Rauch.

„(Wiederum zeigte es sich, daß der König vollständig klar und richtig urtheilte, und es nur an der praktischen Anwendung fehlte. — Also nachdem die kleine mächtige Partei ihre Zwecke nicht erreicht

[46]) Natürlich betreffend die Räumung der Stadt.

hatte und mit völliger Rathlosigkeit geschlagen war, sollte der König aus seiner Hauptstadt flüchten, in welcher kaum ein Paar Hundert Menschen ihm ernstlich entgegentraten, während 400 000 ihm persönlich vertrauten . . . .) —

„Rittmeister v. Manteuffel erzählt:

„Am 24. März beim Zurückfahren vom Invalidenkirchhofe habe der Präsident v. Minutoli gesagt, daß er in obiger Konferenz, als von der Einschließung der Stadt die Rede gewesen sei, und daß dies erst nach zwei Tagen nöthig wäre, die Frage aufgeworfen habe: Was aber geschehen solle, wenn der Kampf noch drei Tage dauerte? Hierauf habe der General v. Prittwitz die Achseln gezuckt und nicht geantwortet. Darauf habe der König die Herren entlassen."

Minutoli machte, wie aus einer Bemerkung Nobilings hervorgeht, diese Mittheilung, als er mit Nobiling, Oriola und Manteuffel in einem und demselben Wagen zusammensaß, vom Invalidenkirchhofe am genannten Tage (24. März) zurückkehrend. Nobiling erzählt, er habe dabei geäußert, der Kampf hätte überhaupt vermieden werden können; Oriola und Minutoli hätten ihm beigestimmt, Manteuffel dagegen habe sich in diesem Gespräche „gewiß als der Einzige seiner Partei gezeigt, ebenso hartnäckig auf seinen alten Meinungen verharrend, als vor der Katastrophe." — —

Entscheidend für die Ertheilung des Befehls zum Rückzuge der Truppen aus den Stellungen vor den Barrikaden war, wie schon bemerkt wurde, die Naunynsche Deputation und die mit ihr zusammenhängenden Vorgänge im Kabinette des Königs. Ueber die Ankunft Naunyns im Schlosse (um 10 Uhr) handelt die folgende Stelle des Nobiling-Prittwitzschen Manuskriptes:

„Nun wird Herr Naunyn mit seinen Bemühungen in der Friedrichstraße eingeführt, dann wie derselbe sich im Schloßhofe an den General v. Prittwitz gewendet und um eine Audienz gebeten habe, wobei er mit großer Emphase aufgetreten sein soll. General v. Prittwitz zeigte Herrn Naunyn selbst den Weg zum Sternensaale, ohne aber in diesen einzutreten."

Ueber die Audienz, die der König Naunyn und dessen Genossen gewährte, bringt das Manuskript drei zusammenhängende Relationen, vom Prinzen von Preußen, von Manteuffel und von Prittwitz selbst. Bei der ersten handelt es sich um den Brief des

Prinzen an die Kaiserin von Rußland d. London, 28. März 1848; er ist nach einer Abschrift von der Hand Leopolds v. Gerlach gedruckt bei v. Petersdorff, König Friedrich Wilhelm IV. S. 230 ff. Sowohl Prittwitz als auch Nobiling haben den Bericht des Prinzen mehrfach kommentirt. Prittwitz stellt fest, „daß die Aufgeregtheit des Prinzen so groß gewesen sei, daß viele seiner Mittheilungen gar nicht richtig gewesen wären.“ [47]) In seinem Berichte führt der Prinz an, er habe gegen den durch Bodelschwingh verkündigten Befehl des Königs protestirt, wonach ein allgemeiner Rückzug der Truppen angeordnet wurde, und darauf hingewiesen, daß der Proklamation „An Meine Berliner“ zufolge die Soldaten nur da abrücken sollten, wo ihnen gegenüber die Barrikaden niedergelegt worden seien.[48]) Prittwitz bemerkt dazu: „Diese Aeußerung des Prinzen über den stellenweisen Rückzug der Truppen wird die Einschaltung rechtfertigen, daß außer dem von Seiner Königlichen Hoheit erwähnten bedingungsweisen und theilweisen Zurückgehen auch die Meinung verfochten wurde, daß die Truppen nur schrittweise und in dem Maße zurückgehen sollten, als die Barrikaden abgebrochen wären, d. h. daß diese beispielsweise bei jeder Bohle, die von der Barrikade heruntergenommen würde, um die Breite eines Hauses zurückgehen sollten.

„Den militärischen Lesern gegenüber dürfte die in die Augen springende Abenteuerlichkeit dieser Ansicht eines näheren Nachweises nicht bedürfen, wenn diese den keinem Befehle gehorchenden Gegner,

---

[47]) So zum Beispiel, was Nobiling ausdrücklich betont, seine Nachricht, daß die Naunynsche Deputation um 11 Uhr erschienen sei. (Vergl. Rachfahl, „Deutschland“ u. s. w. S. 200 Anm. 3.)

[48]) So auch war es der Beschluß, der zuerst auf das Gesuch der Naunynschen Deputation gefaßt worden war. Der Prinz hatte ihn wohl zuerst, ebenso wie Prittwitz, für unmilitärisch gehalten und daher bekämpft (vergl. Anm. 40); nachdem er aber einmal gefaßt worden war, widersprach er seiner Modifikation. Der soeben erwähnte Beschluß ist wohl im Wesentlichen das Werk Bodelschwinghs gewesen; Nobiling bemerkt zur Erklärung und Rechtfertigung des Verhaltens Bodelschwinghs: „Die Hauptsache ist, daß der Minister im Ernst geglaubt hat (und wohl ein vollständiges Recht dazu hatte), die wirklich konstituirten Kommunalbehörden würden Schritte gethan haben, und daß dies nicht geschehen war, ist allerdings nur der völligen Rathlosigkeit Krausnicks zuzuschreiben.“

das die Straßen dicht füllende und die Truppen eng umringende Volk, endlich die doch unter allen Umständen nöthige Verbindung aller Theile der militärischen Aufstellung unter sich in Betracht ziehen wollen." — —

Relation Manteuffels über die Naunynsche Deputation (in der Fassung Nobilings):

„Es sollen sich mit Naunyn die Herren Stadtrath Duncker, Stieber, Vollmer und Richter eingefunden haben, und nun dem Könige vorgestellt sein, dessen Stimme schon sehr matt gewesen sei.

„Die Deputation soll sehr reumüthig um Gnade gebeten haben. (Es ist dies, wie aus allen anderen Berichten hervorgeht, nicht der Fall gewesen, ebenso will ganz irrthümlich Herr v. Manteuffel Julius Behrens gesehen haben.)

„Der König habe gesagt, sobald die Barrikaden niedergerissen seien, werde er sein Versprechen heilig halten und die Truppen zurückziehen.

„Der König stand bei dieser Antwort zwischen dem Minister v. Bodelschwingh und Grafen Arnim, wonach der Letztere gegen den Ersteren eine Verbeugung gemacht und gefragt habe, ob Bodelschwingh noch einen Vortrag zu machen habe.[49])

„Der König habe gesagt, daß die Deputation noch einen Augenblick warten möge, und zwar im Speisezimmer zwischen dem Sternensaale und dem rothen (?) Zimmer. Hierauf sei der König in sein Arbeitskabinet zurückgetreten.

„Nach einer Weile sei Herr von Bodelschwingh herausgetreten und habe erklärt: Da man anfinge, die Barrikaden niederzureißen,

[49]) Auf S. 206 meines Buches „Deutschland" u. s. w. hatte ich die Vermuthung geäußert, Arnim sei erst zum Schlusse der Berathung, die sich mit dem Gesuche der Naunynschen Deputation beschäftigte, im Schlosse eingetroffen und habe die Sachlage daher nicht richtig überschaut. Eine mir früher entgangene Kundgebung Arnims (Beilage zur „Neuen Preußischen Zeitung" vom 19. Januar 1849) bestätigt diese Annahme vollauf. Arnim erklärt darin auf eine Berichtigung Bodelschwinghs betreffend die Mittheilung, die der König der Naunynschen Deputation machte: „Ich zweifle hier um so weniger (nämlich gegenüber Bodelschwinghs Berichtigung), als ich, wie gesagt, erst in dem Augenblicke eintrat, wo die städtische Deputation, die schließliche Antwort Seiner Majestät empfangend, schon in der Verabschiedung begriffen war, — und ich daher nur den Sinn der Zusage im Allgemeinen vernehmen konnte, während die vorangegangenen Details mir unbekannt waren."



sollten die Truppen von den Straßen und Plätzen zurückgezogen werden."[50])

„Ein Mitglied der Deputation schlug vor, man solle das Schloß nicht darunter verstehen.

„Der Prinz von Preußen rief aus, Schloß, Zeughaus, Schloßplatz, Lustgarten müßte noch besetzt bleiben[51]), worauf der Minister erwiderte, die Ausdrücke des Königs seien bestimmt gewesen, „von Straßen und Plätzen", sie dürften nicht gedeutelt werden, und sei dies der letzte Befehl, den er als Minister überhaupt zu überbringen habe.

„Da aber die Entscheidung über diesen Zweifel von höchster Wichtigkeit war, so veranlaßte ich den Grafen von Stolberg, in das Kabinet des Königs einzutreten, in welchem derselbe sich allein mit dem Grafen Arnim befand." — —

Relation des Generals von Prittwitz über die Naunynsche Deputation (in der Fassung Nobilings):

„Ist nur beim Schluß der Verabschiedung der Deputation durch Minister von Bodelschwingh gegenwärtig gewesen, und zwar entweder zufällig oder vielleicht durch eine dritte Person auf ihre eigene Rechnung und nicht in einem höheren Auftrage herbeigerufen.

[50]) Darin war eine Modifikation des in Anm. 48 erwähnten Beschlusses enthalten. Man hat schon frühzeitig die Schuld an dieser Modifikation dem Grafen Arnim beigelegt; Sybel und Busch haben diese Ansicht zuletzt verfochten, während ich sie („Deutschland" S. 210 ff.) bekämpft habe. Da dürfte es denn von Interesse sein, eine bisher in der Literatur übersehene Aeußerung des Obersten v. Schulz, des Vertrauten von Prittwitz, (Anhang zu der Schrift: Die Berliner Märztage 2c. in der „Wehrzeitung" von 1851) anzuführen. Schulz bemerkt darin hinsichtlich des Gerüchtes, daß Arnim, nachdem er sich mit Bodelschwingh und dem Könige in dessen Kabinet zurückgezogen hatte, den nachher von Bodelschwingh überbrachten Befehl erwirkt habe: „Wir wollen offen bekennen, es bisher geglaubt zu haben; unter den geschilderten Umständen ein gewiß verzeihlicher Irrthum. Graf v. Arnim verneint nun jede Theilnahme an jenem Entschlusse (sc. des Königs), und dies genügt vollkommen."

[51]) In dieser Form ist die Aeußerung des Prinzen bestimmt falsch. Nach seinem eigenen Berichte (v. Petersdorff 232) hat der Prinz nur von „den Schloßplätzen" gesprochen. In die „Geschichte der Märztage" des Obersten von Schulz ist der Irrthum Manteuffels übernommen worden; vergl. Rachfahl, „Deutschland" u. s. w. S. 224 Anm. 1.

„Er fand seine persönliche Ansicht durch den Prinzen von Preußen vertreten und erklärte kurz:

1. daß ein allmähliches schritt- und bedingungsweises Zurückgehen der Truppen bei dem augenblicklichen Zustande in den Straßen rein unausführbar,

2. das Verschwinden der Truppen von allen Straßen und Plätzen aber ganz unmöglich sei.

„Er erklärte ferner, daß, sollte das Verschwinden eintreten, nur übrig bleibe, die auswärtigen Truppen nach den Kantonirungen, die einheimischen nach den Kasernen abrücken zu lassen; damit gehe aber sofort die Verbindung der einzelnen Truppen nicht allein unter sich, sondern auch mit dem Befehlshaber verloren, das Schloß und das Zeughaus könnten nicht mehr unterstützt werden, und die Truppen sähen sich dem Gegner mit gebundenen Händen übergeben.

„Auch dieser Erklärung setzte der Minister den bestimmten Befehl des Königs entgegen.

„(Welche banausische Gedankenverwirrung wiederum, welche Furcht vor dem Volke, nachdem ein paar Stunden früher ausgesprochen worden war, ein völliges Zurückziehen der Truppen würde die Ruhe wiederherstellen. Es ist wahrscheinlich, daß der General damals nicht so gesprochen hat und nur jetzt das Odium der Sache freiwillig auf seine Schultern nimmt [?]. — Der eigentliche Faden aus diesem Labyrinth der Ansichten klar zu sehen, ist — daß eine Partei nichts von dem neuen Gange des Staates wissen wollte.)

„Der General fährt fort und meint, daß es für ihn nur zwei Wege gebe,

entweder zu gehorchen
oder sich aus eigener Machtvollkommenheit zwischen den König und die Einwohnerschaft zu stellen.

„Der General faßt scharf die Unmöglichkeit des Letzteren auf, eine Kommunikation mit dem neuen Minister hält er für unthunlich oder für unmöglich.

„(Es sind das Geständnisse von der höchsten Wichtigkeit in Betreff dessen, was in der obigen Anmerkung gesagt ist. Ihre Richtigkeit muß insofern zugegeben werden, als bei den herrschenden Ansichten und bei dem völligen Mangel an staatsmännischem Bewußtsein doch nichts Ersprießliches von dieser Seite herauskommen konnte.)

„Höchst interessant ist, daß der General in vollem Ernste den

Fall in Erwägung zieht, wenn er gegen den Willen des Königs den Kampf fortgesetzt hätte, und zu dem Resultate gelangt, das Unzweckmäßige desselben anzuerkennen.

„(Zur Evidenz geht aber hieraus hervor, daß dieser Fall in der That in Betracht gezogen ist!!)

„Es wird nun jetzt zu den Thatsachen zurückgegangen.

„General von Prittwitz ging mit der Deputation nach dem kleinen Schloßhofe und rief hier einige mit Pferden versehene Offiziere, die Deputation zu begleiten, und befahl ihnen, eigentlich gegen seine Ueberzeugung, ein schrittweises oder allmähliches Zurückziehen der Truppen vorzubereiten."[52])

„(Hiermit steht in Widerspruch die oft ausgesprochene Behauptung, als habe der General sofort den Truppen die Gegend um das Schloß als Rendez-vous bestimmt. Wahrscheinlich ist Letzteres, sowie das spätere völlige Abziehen durch unberufene Besteller veranlaßt worden.)"[53])

„In Begleitung des Majors Grafen Röder, den sich Herr

[52]) Eine Bestätigung meiner Ausführungen in „Deutschland" u. s. w. S. 226 ff.

[53]) Diese Vermuthung Nobilings ist unbegründet. Der Konzentrationsbefehl, durch den die Truppen zum Schlosse dirigirt wurden, ist von Prittwitz selbst ertheilt worden, und zwar bald nach dem oben im Text erwähnten Befehle betreffend „ein schrittweises" und allmähliches Zurückziehen der Truppen (vergl. ebd. S. 230 ff.); unberufene Bestellungen sind, wenn auch hie und da erfolgt (vergl. z. B. Anm. 36), doch im Wesentlichen ohne Einfluß auf den Gang der Dinge geblieben. Zum weiteren Beweise für diese beiden Behauptungen zwei Belegstellen. In einem als Manuskript gedruckten Schreiben vom 1. Oktober 1848 (datirt vom 12. August 1848) erklärt Arnim, von Prittwitz folgende Auskunft erhalten zu haben:

„1. Daß der erste Rückzug der Truppen, d. h. das Aufgeben der behaupteten Plätze und Straßen, nach dem Platze am Schlosse und am Zeughause in Folge des in der Nacht vom 18. zum 19. geschriebenen Aufrufes an die Berliner und der Verhandlungen mit Deputationen und dem früheren Ministerium angeordnet worden."

„2. Der zweite Rückzug der Truppen von den beiden genannten Plätzen (Schloßplatz und Lustgarten) sei eine unumgängliche Nothwendigkeit gewesen, weil nur die Wahl geblieben, ihn anzutreten oder die Feindseligkeiten von Neuem zu beginnen."

In einem gleichfalls als Manuskript gedruckten Schreiben des Generals von Prittwitz vom 22. Oktober 1848 heißt es:

„Der Zweck der vorstehenden Darstellung würde für erreicht gehalten

Naunyn speziell ausbat, des Obersten Grafen Schlieffen ꝛc. gingen die Deputationen ab. L'Estocq wurde zum General v. Möllendorf geschickt. (Hat diesen selbst nicht mehr getroffen.)"

IV.

Der Abzug der Truppen aus der Umgebung des Schlosses.

In Folge des Konzentrationsbefehles waren alle Truppen um das Schloß versammelt worden. Der General v. Prittwitz schildert in dem Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte diese Situation und den darauf folgenden Abmarsch der Truppen vom Schloß und aus der Umgebung des Schlosses folgendermaßen:

„General v. Prittwitz geht nun mit sich selbst in Ueberlegung; es dünkt ihm sehr schwer, von den Truppen noch Weiteres zu verlangen. Er selbst sagt:

„daß er die Geschichte der französischen Garde im Jahre 1789 nur zu gut kenne."[54])

„Es wird ferner erzählt, daß die Truppen, mit Ausnahme der entfernten Detachements, jetzt in der Nähe des Schlosses angekommen seien. Ferner wird auszuführen versucht, daß nach dem Wortlaute der königlichen Verheißungen der Zustand nicht länger hätte dauern können, da bald alles in dieselbe Verfassung gerathen wäre, wie es oben beim Füsilierbataillon ersten Garderegiments geschildert worden ist.[55])

---

werden, wenn sich aus derselben ergeben sollte, daß militärischerseits mit vollem Bewußtsein verfahren worden ist, und daß die Ereignisse einander in natürlicher Entwicklung gefolgt sind, ohne daß mißverstandene Befehle oder unberufene und übereilte Bestellungen irgendwie entscheidend oder auch nur erheblich auf dieselben eingewirkt haben."

[54]) Ueber die „Verstimmung" des Generals, die in Wahrheit das Motiv war, das ihn zu outrirender Ausführung der Befehle des Königs veranlaßte, vergl. jetzt auch die Aeußerungen von Wussow und Eichmann bei Meinecke, a. O. S. 48, Anm. 2. Es dienen übrigens auch diese neuen Belege zur Sicherung der Glaubwürdigkeit der bekannten Stelle in Gerlachs Denkwürdigkeiten (I, 729) über die oppositionelle Haltung des Generals v. Prittwitz gegenüber dem Könige.

[55]) Dieses war nämlich auf dem Marsche nach der Schloßgegend durch die Volksmenge so umringt und belästigt worden, daß nach der Ansicht des Generals entweder die Auflösung der Disziplin oder Fraternisiren mit dem Pöbel zu befürchten war.



„Der General versucht nun weiter darzuthun, daß eine Anhäufung von Truppen im Schloß unzweckmäßig gewesen sei, und daß man durch Vertrauensbezeugung den besten Eindruck auf die Einwohnerschaft hervorzubringen hoffe, und erwarte mit Zuversicht eine Beruhigung der erhitzten Gemüther, wie sie an den vorangegangenen Tagen wirklich zeitweise eingetreten war!!

„(Wenn man solchen Ansichten Raum gab, warum war denn angefangen worden zu batailliren? Es liegt aber hierin wiederum ein naives Geständniß dessen, was eigentlich beabsichtigt worden war.)[56])

„Der General wollte ferner nicht wieder zu den Waffen greifen, nicht weil er an der Hingebung der Truppen zweifelte, sondern in Erwägung, daß sie nicht einem fremden Eroberer oder gehaßten Feinde, wohl aber den eigenen Vätern und Brüdern gegenüberstanden.

„(Woher jetzt mit einem Male diese sentimentalen patriotischen Anklänge, nachdem man seit acht Tagen eine so harte Sprache geführt hatte und nur von Rebellen und Empörern wissen wollte?)

„Es wird endlich anerkannt, daß der Zustand der Truppen eine Erholung und Absonderung nöthig gemacht habe. Gleich nach 12½ Uhr (wohl etwas früher) wird der Befehl ertheilt, daß die Truppen nach den Kantonnirungen und bezw. in die Kasernen abrücken sollten.

„Im Schlosse sollten verbleiben:
das Füsilierbataillon Kaiser Franz und
das Füsilierbataillon Kaiser Alexander Regiments;
„einstweilen im Zeughause:
das erste Bataillon Kaiser Franz Regiments.

„Der General gesteht einen Irrthum ein, daß er nämlich das ganze Füsilierbataillon Kaiser Franz im Schlosse gegenwärtig geglaubt habe, während doch nur zwei Kompagnien da waren.

„Das erste Bataillon Kaiser Franz erhielt den Befehl, nach einer Stunde nach den Kasernen abzurücken. (Die Motivirung dieses Befehls ist eine völlig verunglückte.)

[56]) Das Eingeklammerte ist, wie immer, Zusatz von Nobiling. Wir geben die Nobilingschen Bemerkungen hier, wie anderwärts, nicht deshalb wieder, weil die in ihnen enthaltenen Urtheile immer richtig wären, sondern weil durch sie die outrirte Weise, wie Prittwitz nunmehr die Befehle des Königs vollzog, recht deutlich erkennbar wird.

„Der Abmarsch der Truppen erfolgte nach den verschiedenen Gegenden unter mannigfachen Schwierigkeiten.

„Das zweite Bataillon ersten Garderegiments, welches seine Tornister aus der Kaserne in der großen Friedrichstraße geholt und sich dadurch verspätet hatte, begegnete einem Leichenzuge und wurde aufgefordert, zu halten und zu präsentiren. (Aus diesem Umstande geht hervor, daß der Abmarsch vom Schlosse viel früher als 12½ Uhr stattgehabt haben muß.)

„Beim zweiten Garderegiment mußten feindliche Demonstrationen angewendet werden, um einen in der Artilleriekaserne stationirten Zug einzuziehen.

„Das ungünstigste Loos fiel den beiden Grenadierbataillonen des Kaiser Alexander-Regiments zu. Sie fanden sich den wüthendsten Schmähungen und Beleidigungen durch den Volkshaufen ausgesetzt, denen nach Ansicht der Offiziere keine Gegenwehr geleistet würde, aus Rücksicht auf den erhaltenen Befehl und für die Person des Königs.

„(Zuverlässige Augenzeugen bekunden, daß diese Exzesse nur von wenigen Individuen verübt worden sind, unter lauter Mißbilligung der Volksmenge, die bei einer festen oder freundlichen Ansprache sogar eingeschritten wäre, wenn die Truppen dies nicht selbst thaten, woran sie wahrlich nicht verhindert worden wären.)

„Die Kaserne des Regiments befand sich noch in den Händen der zurückgelassenen Mannschaft." — —

Ueber die Vorgänge auf dem Schlosse und insbesondere über den Eindruck, den die von Prittwitz angeordneten Truppenbewegungen hierselbst ausübten, stehen uns aus dem Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte mehrere neue Berichte zur Verfügung, von denen am wichtigsten die des Rittmeisters v. Manteuffel und des Generalleutnants v. Rauch sind. Die hierher gehörige Aufzeichnung Manteuffels ist eine unmittelbare Fortsetzung derjenigen, die wir oben S. 423 wiedergegeben haben, und die damit schloß, daß Manteuffel zur Aufhellung der Zweifel, die sich über den durch Bodelschwingh überbrachten Befehl des Königs erhoben hatten, den Grafen Stolberg veranlaßte, sich in das Kabinett des Monarchen zu begeben. Manteuffel erzählt nun weiter:

„Seine Majestät kamen sogleich mit den Worten aus dem Zimmer: „Es versteht sich von selbst, daß Schloß, Zeughaus, Schloßplatz besetzt bleiben"; und ging auf eine andere inzwischen im Sternen-



saale angekommene Deputation los, glaubend, es sei die, bei der sich die städtischen Behörden befanden.

„Als man sich endlich erlaubte, den König darauf aufmerksam zu machen, daß dies nicht die rechte Deputation sei, sollte diese herbeigeholt werden. Sie war aber bereits fortgegangen, hatte drei Stabsoffiziere zur Begleitung erhalten, und der Befehl zum Rückzug der Truppen war gegeben.

„Ich gebe mein Zeugniß dahin ab, daß der General v. Prittwitz über die eigentlichen Intentionen des Königs über das Besetzthalten der Plätze nicht unterrichtet worden ist.[57]) Oben im Schlosse glaubte alle Welt, die Truppen würden konzentrirt bleiben; deshalb die allgemeine Bestürzung, als dieselben fort waren.

„Es wurde damals viel über General v. Prittwitz gesprochen, und, ich weiß es genau, daß ich in der Nacht vom 19. zum 20. mich selbst über mein Verhalten am 19. prüfte, mir die bittersten Vorwürfe machte, nicht zur Sprache gebracht zu haben, daß General v. Prittwitz gerufen würde, um die eigentlichen Absichten des Königs aus seinem Munde zu vernehmen. Hätte eine Stimme gesagt — und es wurde alles öffentlich verhandelt, — daß er davon unterrichtet gewesen sei, so würde ich keine Gewissensbisse über meine Unterlassungssünde gehabt haben.

---

[57]) Neuerdings hat G. v. Below (im laufenden Jahrgange der „Deutschen Revue") einen Brief von Vincke-Olbendorf vom 10. Juni 1848 veröffentlicht. Es wird darin erwähnt, Vincke habe vom General v. Rohr, dem Kriegsminister der Märztage, vor Kurzem gehört, Rohr habe „dem General v. Prittwitz, als der Befehl zum Rückzuge der Truppen gegeben wurde, gerathen, 4 Bataillone, 4 Eskadrons und 8 Geschütze beim Schloß, die übrigen auf anderen Sammelplätzen aufzustellen." Es ist ja möglich, daß Prittwitz, da er erst zum Ende des Auftrittes zwischen Bodelschwingh, dem Prinzen von Preußen und der Naunynschen Deputation im Sternensaale ankam, also gar nicht Zeuge der Eröffnung der königlichen Willensmeinung durch Bodelschwingh war, von der darin enthaltenen positiven Anordnung (betreffend die Besetzung von Schloß, Zeughaus u. s. w.) nichts gehört hat und auch nicht nachträglich ausdrücklich davon verständigt worden ist. Aber einmal war dieselbe Maßregel schon in dem Aufrufe „An meine lieben Berliner" vorhergesehen worden; andererseits ist Prittwitz, wie wir aus dem Vinckeschen Briefe erfahren, auch durch Rohr ausdrücklich auf die Nothwendigkeit der Sicherung des Schlosses aufmerksam gemacht worden. Insofern trifft die von Manteuffel vorgebrachte Entschuldigung, Prittwitz habe nicht um die Intentionen des Königs betreffend Schloß, Zeughaus u. s. w. gewußt, keineswegs zu.

„Ich habe damals die Hauptschuld des unglücklichen Ausgangs mit auf diesen Fehler geschoben; später, als ich die Leiter der damaligen Politik näher kennen lernte, habe ich die Ueberzeugung gewonnen, daß, wenn General v. Prittwitz die Truppen konzentrirt behielt, es unzweifelhaft zu einem neuen Kampfe gekommen sein, der dann mit einem Befehle von Oben, die Truppen nochmals zurückzuziehen, geendet haben würde.

„Der König war in den Händen einer Faktion, welche die Berechtigung zu ihrer Gewalt nur in den Sympathien der Massen fand. Diese hätte nie den Kampf durchkämpfen können, und welche Folgen ein abermaliger Rückzug für die Truppen gehabt haben müßte, ist in den vorliegenden Aufzeichnungen schlagend hervorgehoben.

„Ein meine obigen Ansichten bestätigendes Urtheil des Generals v. Nostitz führe ich hier an. Er sagte mir wenige Tage nach dem 19. März, das Hauptübel sei gewesen, daß Minister v. Bodelschwingh eine Revolution für unmöglich hielt, acht Tage lang spielte und dann, als sie ausbrach, den Kopf verlor, — daß Graf Arnim aber die Ueberzeugung hatte, eine ausgebrochene Revolution sei nicht zu bewältigen, und deshalb die Mittel, die ihm zu Gebote standen, nicht gegen sie anwandte.

„Sollten die Truppen konzentrirt bleiben, so konnte ein Erfolg nur erreicht werden, wenn gleichzeitig eine Anzahl Personen aus den königlichen Vorzimmern entfernt, einige zwanzig aber entweder gefangen genommen oder zu den Gefangenen nach Spandau geschickt worden wären.[56])

„Graf Arnim soll nun doch die Verantwortlichkeit des Rückzugs der Truppen tragen. Um 10½ Uhr soll derselbe ins Amt getreten sein und Personen und Berichte empfangen haben. (Offenbar zu früh.)

[56]) Weder von der persönlichen Schwäche des Königs, noch auch von den Einwirkungen „der Ideale seiner Welt- und Staatsanschauung“ spricht Manteuffel, um das Verhalten des Königs in jenen Tagen und den unglücklichen Ausgang der Revolution zu erklären; er macht nicht die geringsten Andeutungen in dieser Richtung. Er schreibt vielmehr die „Hauptschuld“ am Verlaufe der Dinge dem Umstande zu, daß sich der König „in den Händen einer Faktion“, nämlich der national-konstitutionellen Partei, befand. Sein leitendes Motiv war also politischer Natur; es kommt dabei durchaus nicht in Betracht, inwieweit er sich in seinen Entschließungen von denjenigen Elementen seiner Umgebung beeinflussen ließ, durch deren Rathschläge die preußische Politik damals bestimmt wurde.

„Als Minister v. Bodelschwingh die königliche Erklärung über das Besetzthalten der Plätze u. s. w. gehört habe, sollen ihm die Thränen in die Augen getreten sein und er gesagt haben: „„Ich kann versichern, daß ich die Worte des Königs genau wiedergegeben habe; wenn der König aber anders sagt, so muß er Recht haben, und daß ich als Lügner abtreten muß, ist schrecklich; aber der König muß Recht haben."" Damit stürzte er fort.

„Inzwischen sammelten sich alle Truppengattungen, und der Geheime Rath v. Massow setzte auseinander, wie allein die Räume des Marstalls für ein Paar Bataillone Unterkommen gewährten, und wie für deren Verpflegung gesorgt werden könne.

„Der Minister Graf Arnim ging während dieser Zeit mehrere Male zwischen dem Kabinett des Königs neben der Bibliothek und dem neben dem Sternensaal hin und her, mischte sich in das Gespräch, führte den Grafen Schwerin beim Könige ein u. s. w.

„Endlich um 11½ Uhr setzte er sich an einen Tisch und schrieb. Der Kriegsminister schrieb an dem Adjutantentisch, der Minister v. Thile, die Hofumgebungen und eine Unmasse von Leuten standen und sprachen in der Bibliothek hin und her.

„Eine Entscheidung über die fernere Behandlung des Aufstandes wurde nicht getroffen. Die Truppen standen unthätig vor dem Schlosse, und mußte dieser Zustand auf die Moral derselben einen unberechenbaren Eindruck machen. Da in Zeiten solcher Krisen etwas Bestimmtes, Fertiges vorgebracht werden muß, so schrieb ich, die Feder in das Tintenfaß des Kriegsministers tauchend, einen Befehl an die Truppen auf. Der Gang war ungefähr folgender:

„„An meine Truppen.

„„Ihr habt Euch in den letzten Tagen und besonders in der vergangenen Nacht in altpreußischer Art bewährt. Jetzt mache ich den letzten Versuch, ob es den guten Bürgern gelingen wird, die Bösgesinnten und die Verführten zur Ordnung zurückzubringen. Deshalb habe ich Euch zurückgezogen. Ich erwarte, daß Ihr Euch auch jetzt nach altpreußischer Art bewähren, das Weitere ruhig abwarten und unbedingtes Vertrauen und unbedingten Gehorsam zu Eurem Könige zeigen werdet.""

„Diesen Befehl gab ich dem Minister Grafen Stolberg mit der Bitte, ihn dem Könige vorzulegen, und wenn er unterzeichnet würde, ihn augenblicklich an die Adjutanten der Truppen diktiren zu lassen.

„Graf Stolberg zeigte ihn den Ministern v. Thile und v. Rohr;

beide waren damit einverstanden und gingen mit ihm in das Kabinet des Königs.

„Als Graf Arnim aufstand und auch zu dem Könige hineinging, bat ich ihn, den Befehl zu befürworten, weil es gänzlich nöthig sei, in Betreff auf die Truppen etwas zu thun. Er erwiderte, das ginge ihn jetzt nichts an, und wäre jetzt dazu keine Zeit.

„Als Graf Stolberg wieder aus dem Kabinet heraustrat, sagte er mir, der König habe den Befehl unterzeichnet gehabt, sei dann aber von der Bekanntmachung abgehalten, weil es einen schlechten Eindruck machen könne, wenn eine Ansprache an die Truppen zur allgemeinen Kenntniß käme.

„Später hat mir General von Below erzählt, daß er den Auftrag erhielt, einen Befehl herunterzubringen und denselben dem General v. Prittwitz abzugeben."

Hierzu macht Prittwitz folgende Anmerkung:

„General v. Prittwitz hat am 19. einen Tagesbefehl erhalten, als die Truppen abmarschirt waren; er war vom Obersten Iffland geschrieben und lautete wörtlich:

„„Tagesbefehl an Meine hier versammelten Truppen!

„„Ihr habt Euch gestern und in allen diesen Tagen wieder als echt preußische Truppen bewährt. Ich danke Euch. Für jetzt habe ich Anordnungen getroffen, welche den gutgesinnten Bürgern noch einen Versuch gestatten sollen, die Bösgesinnten und die Verführten zur Ordnung zu bringen. Wartet dies ruhig ab und gebt fortdauernd das Beispiel der guten Disziplin. Ich habe Euch ein Geschenk von 10 Silbergr. für jeden Soldaten und von 20 Silbergr. für den Unteroffizier bewilligt.

Auf Allerhöchsten Befehl.""

[Forts. des Manteuffelschen Berichts]: „Hierauf ging ich nach dem Lustgarten, weil mir der Gedanke kam, die dort stehende Artillerie könne vielleicht nach der neuen Friedrichsbrücke hin nicht gedeckt sein. Ich fand ein Bataillon und ging wieder hinauf.

„Ich führe diese Details hauptsächlich an, um darzuthun, daß die Truppen lange genug konzentrirt waren, um dem Herrn v. Arnim Gelegenheit zu geben, den kommandirenden General mit Anweisungen zu versehen. In einem solchen Augenblicke hat der Premierminister die Verpflichtung, über die fernere Handhabung der militärischen Verhältnisse die Richtung anzudeuten; denn daß die Truppen nicht wie

ein Knäuel stehen bleiben und verhöhnt werden durften, war klar. Ich fahre in der Relation fort.

„Eine halbe Stunde darauf höre ich militärische Musik; ich trete ans Fenster und sehe Bataillone abmarschiren. Ich gehe zu den Fenstern nach dem Schloßplatze und sehe ihn leer; ich frage und höre, daß die Artillerie auch fort ist. Es mochte 12½ Uhr Mittags sein.“ — —

Der Bericht des Generals v. Rauch stimmt im Anfange fast wörtlich mit dem Manteuffels überein:

„Seine Majestät waren im rothen Arbeitszimmer von der Diskussion mit dem Minister v. Bodelschwingh in Kenntniß gesetzt, welche in der Halle stattgefunden hatte. Allerhöchst Sie kamen nach dem Sternensaale und fanden dort eine Deputation, der Sie erklärten, daß Schloß, Zeughaus, Lustgarten besetzt bleiben müßten. Diese Deputation war aber nicht die der Stadtbehörden, sondern eine sich willkürlich eingefundene, (eine berechtigte Abordnung der Deputation der Kommunalbehörden ist an diesem Vormittage garnicht vorhanden gewesen, es waren Gruppen, welche sich willkürlich gebildet hatten), weshalb, als dieser Irrthum bemerkt wurde, nach der anderen Deputation geschickt wurde, welche jedoch in Begleitung der Stabsoffiziere bereits das Schloß verlassen hatte. Auch Fürst Lichnowsky war wieder bei dieser ganzen Angelegenheit thätig.

„Später fand eine lebhafte Diskussion im Kabinet des Königs neben der Halle statt. Der Prinz von Preußen kam in großer Aufregung hinaus und warf seinen Degen auf den Tisch, faßte und beruhigte sich indeß bald wieder. Diese Szene ist auf das Entstellteste in das Publikum gekommen, da immer fremde Leute in der Halle waren, und hat viel mit zu der unglaublichen Aufregung beigetragen, die sich gegen den verehrten Prinzen kundgab . . . .[59])

„Wenngleich nun von der Besetzung des Schlosses und Zeughauses die Rede gewesen, so waren dem General v. Prittwitz keine speziellen Befehle zugegangen.[60]) Der Moment war kritisch, da die Truppen von einer tosenden Menge umgeben waren,

„(Es ist interessant, wie ein jeder Berichterstatter, wenn er es gerade nöthig hat, die tobende Menge als Staffage benutzt; nach den anderen Aussagen hat gerade um diese Zeit ein sehr anständiges

[59]) Vergl. über solche entstellende Versionen „Deutschland“ u. s. w. S. 222 Anm. 1.

[60]) Vergl. Anm. 57.

Publikum die Räume in und um das Schloß angefüllt.[61]) Es ist übrigens Thatsache, daß mit Ausnahme der Viertelstunde des Leichenzuges die Volksmenge auch nicht einmal zu irgend welchen Besorgnissen Veranlassung gegeben hatte.)

„wo man jeden Augenblick Gefahr lief, aufs Neue in Feindseligkeiten zu gerathen, die durchaus vermieden werden sollten, weshalb General v. Prittwitz nach einer Viertelstunde

„(Die anderen Angaben sprechen von mehr als einer Stunde, und liegt die Wahrheit jedenfalls in der Mitte.)[62])

„Befehl ertheilte, nach den Kasernen zu marschiren. Er befahl, das Schloß, außer der Kompagnie, die auf Wache war, mit zwei, und das Zeughaus mit einem Bataillon besetzt zu halten, doch blieben aus einem Versehen nur sieben Kompagnien, die wachthabende eingerechnet, im Schlosse zurück, und das Zeughaus blieb ganz unbesetzt.

„Dies ist der einfache Thatbestand, der hier so vielfältig besprochen worden ist, über den so vielseitige Urtheile gefällt worden sind, und der Manchen als ein unerklärbares Räthsel erschien. Viele sahen Alles, was nun folgte, als eine Folge der schwachen Besetzung des Schlosses an; nimmt man aber, daß dasselbe mit einigen Bataillonen und vier Geschützen besetzt geblieben wäre, sowie das Zeughaus mit vier Bataillonen, so wäre es wahrscheinlich in einer Viertelstunde wieder zum Schlagen gekommen,

„(Welch unsinnige, aus der Luft gegriffene Behauptung, die die Herren im Schlosse hinreichend charakterisirt!)

„besonders wenn man das Schloß hätte sperren wollen, und zwar unter ungünstigeren Umständen als am 18., was man ja um jeden Preis vermeiden wollte.

„Durch das Zurückziehen der Truppen aus ihren Positionen in der Art und Weise, wie es geschah, band man sich die Hände, wie ich

---

[61]) Vergl. dazu oben den unmittelbar folgenden Bericht des Generals v. Prittwitz selbst. In dem schon früher erwähnten Nachtrage des Obersten v. Schulz zu seiner Geschichte der Berliner Märztage in der „Wehrzeitung“ von 1851 heißt es: „Wenn Herr Graf Arnim behauptet, gegen 12 Uhr den Schloßplatz und theilweise auch die Schloßhöfe von zweideutigen Massen, Barrikadenkämpfern und Pöbel angefüllt gesehen zu haben, so täuscht ihn offenbar sein Gedächtniß. Um diese Zeit waren zwar bereits Menschenhaufen dort, jedoch ohne Waffen und durchaus unverdächtig. Der Andrang eigentlicher Pöbelmassen erfolgte erst nach 1 Uhr.“ Offenbar ist der Gewährsmann des Obersten v. Schulz der General v. Prittwitz selbst.

[62]) Vergl. „Deutschland“ u. s. w. S. 238 Anm. 2.

leider vorausgesagt hatte; doch ich will darüber schweigen, da mein König und Herr diese Anordnung befohlen hatte."

V.

Die Katastrophe im Schlosse.

Das entscheidende Moment für die nunmehr eintretende Katastrophe ist in der ungenügenden Besetzung und Absperrung des Schlosses durch den General v. Prittwitz zu erblicken. Wir stellen darüber zunächst eine Reihe von Andeutungen zusammen, die auf den General selbst zurückgehen. Im Nobiling-Prittwitzschen Exzerpte heißt es:

„Als der General v. Prittwitz von dem Zeughause nach dem Schlosse zurückgekehrt war [nach der Ertheilung des Befehls zum Abmarsche von den Schloßplätzen], fand er das Füsilierbataillon Kaiser Alexander auf dem großen, die beiden Kompagnien Kaiser Franz auf dem kleinen Schloßhofe; auf beiden war eine ziemliche Anzahl anständiger Personen.[63])

„Im Innern des Gebäudes waren Reserven vertheilt, im Eishofe befand sich ein zweispänniger Halbwagen zum Gebrauche des Königs.[64])

„Der General motivirt nun, weshalb er die einzelnen Portale nicht selbständig und fest besetzt hatte. Er wollte dem Vertrauen, welches gezeigt worden war, entsprechen, und glaubte auch, die feste Besetzung würde neue Feindseligkeiten herbeiführen (ein sehr schwacher Grund) . . .

„Eine geordnete Deputation von 50 bis 60 Mann stark soll in den Schloßhof eingedrungen sein und den Doppelposten an der Wendeltreppe, der bisher respektirt worden war und allen Andrang abgehalten hatte, gedrängt haben. Der General habe daher die Truppen vom Schloßhof zurückgezogen und auf die Treppe gestellt."

Mit ähnlichen nichtssagenden Gründen hatte Prittwitz bereits in einem als Manuskript gedruckten, vom 22. Oktober 1848 datirten Briefe seine ungenügenden Anordnungen und sein schwächliches Verhalten betreffend die Vertheidigung des Schlosses motivirt. Da

---

[63]) Vergl. Anm. 61.

[64]) Der Wagen wurde offenbar für den Fall bereit gehalten, daß sich der König zur Abreise entschlösse. Eben in diesem Augenblicke ging die altpreußische Partei wieder damit um, den König zu diesem Schritte zu bewegen.

diese Publikation sehr schwer zugänglich ist, wollen wir die bezüglichen Stellen daraus mittheilen:

„Bei der allgemeinen Bewegung der Truppen hatte das Volk Eingang in das Schloß gefunden. Der neuen Besatzung blieb die Wahl, ob sie das unberufene Publikum hinausdrängen und die Portale besetzen, oder ob sie in geschlossener Kolonne auf den Höfen stehen bleiben und den Durchgang gestatten wolle. Die hier vorerörterte Meinung, die Erfahrungen der letzten Woche, namentlich die am 15. und 18. März Vormittags gemachten, ließen den zweiten Weg vorziehen, der als noch unversucht die Möglichkeit eines günstigen Erfolges bot. Bekanntlich hatte die Sperrung des Schlosses, die Besetzung desselben mit so vielen Truppen aller Waffengattungen, als es nur immer aufnehmen konnte, an jenen Tagen der auf dem Schloßplatze befindlichen Menge keineswegs Achtung geboten . . . Am 19. Mittags war die Menge wieder da, die Leidenschaften keineswegs beruhigt; ein passiver Widerstand hätte unzweifelhaft neue Herausforderungen herbeigeführt. Ein neues Element trat hinzu, der schwer niederzuhaltende Ingrimm der Soldaten; abermalige Zusammenstöße schienen unvermeidlich und ihre Folgen unberechenbar, während die Möglichkeit einer rechtzeitigen Unterstützung mindestens in Zweifel gezogen werden mußte. — Daher die Wahl jenes Auswegs . . . Ob und welche Fehler und Verstöße vorgekommen sind, mag der Leser entscheiden, vorausgesetzt, daß er geneigt ist, sich ganz in die damalige Lage der Dinge hineinzudenken. Bei den an jenen Tagen zum Handeln Berufenen dürfte die Meinung Anklang finden, daß die Entscheidung der großen Frage, so weit nämlich sie die Stadt Berlin betraf, nicht von der mehr oder minder starken Besetzung des Schlosses, sondern davon abhing, daß der Streit vollständig ausgefochten, daß nur zwischen Krieg und gewährleistendem Frieden gewählt, nicht aber auf Unterhandlungen mit Deputationen oder Fraktionen der Einwohnerschaft gebaut wurde, die, auch den reinsten und besten Willen vorausgesetzt, unter den damaligen Verhältnissen weder eine Garantie boten noch bieten konnten.[65])“ — —

Bekanntlich soll der General v. Prittwitz am Nachmittage des 19. sowohl dem Könige, wie auch dem Grafen Arnim auf die Frage, nach dem Verbleibe seiner Truppen geantwortet haben, sie seien ihm durch die Finger gegangen. Prittwitz stellt in Abrede, mit dem Könige darüber gesprochen zu haben, und sucht seiner Unterredung mit

---

65) Vergl. dazu „Deutschland“ u. s. w. S. 272 f.

Arnim eine harmlose Deutung zu geben. Darauf beziehen sich die folgenden Stellen des Nobiling-Prittwitzschen Manuskriptes:

„General v. Prittwitz kommt auf sein Verhältniß zum Grafen Arnim zu sprechen und auf seine bekannte Antwort in Betreff der Truppen: „„Die Anderen haben sich verkrümelt."" Diese Antwort wird dadurch allerdings sehr schwach motivirt, daß sie nur für einen „„vornehmen Neugierigen"" berechnet gewesen sei, da der General vorgiebt, noch in diesem Augenblicke nichts von einem Ministerium Arnim gewußt zu haben . . ."[66])

„Nun kommt der General v. Prittwitz zu seiner Aeußerung: „„Die Truppen sind mir durch die Finger gegangen."" Es wird diese Aeußerung wiederum so motivirt, daß er „„um sich die Fragen selbst und die Fragesteller von Leibe zu halten"", so geantwortet habe. Der General bestreitet ferner, daß die Frage von dem Könige geschehen sei, da derselbe mit ihm vom 18. Nachts bis zum 25. in Potsdam nicht ein Wort gewechselt habe."[67]) — —

Von Interesse sind die Urtheile Minutolis und Nobilings über die Maßnahmen des Generals v. Prittwitz am Nachmittage des 19. März. Minutoli sagt:

„Ueber die Einstellung des Kampfes und das Zurückziehen der Truppen von den Barrikaden habe ich mich gegen Niemanden ausgesprochen, bin auch höheren Orts dieserhalb nicht um meine Meinung befragt worden. — Das Verlassen der Schloßhöfe, des Zeughauses und der Stadtthore, welche auf ausdrücklichen Befehl Seiner Majestät besetzt bleiben sollten, habe ich aufrichtig beklagt, das Hinausziehen sämmtlicher Truppen aus der Stadt, der daraus nothwendigerweise

[66]) Um so verfehlter erscheinen dann allerdings die Versuche (z. B. Manteuffels; vergl. Manteuffels Relation bei Nr. IV S. 430 ff.), Prittwitz dadurch zu entlasten, daß er von Arnim, der ja bereits die Staatsgeschäfte übernommen hatte, nicht gehörig instruirt worden sei. Uebrigens widerspricht die obige Angabe des Generals seinen eigenen früheren Ausführungen (in der Relation über die Naunynsche Deputation: „. . . eine Kommunikation mit dem neuen Minister u. s. w.; vergl. o. S. 425). Also wußte Prittwitz doch schon, daß Arnim Minister war!

[67]) Darnach erscheint die in den Erinnerungen des Prinzen Kraft zu Hohenlohe (S. 46) mitgetheilte Nachricht, es sei noch am Nachmittage des 19. zu einem erregten Wortwechsel zwischen dem Könige und Prittwitz gekommen, alles Haltes beraubt (vergl. „Deutschland" u. s. w. S. 266 Anm. 2).



entspringenden Konsequenzen wegen, als einen politischen Fehler entschieden gemißbilligt. Zu dem Einen wie zu dem Anderen lag meiner Ansicht nach gar keine genügende Veranlassung vor. Ich habe nicht gehört, daß das Volk die Entfernung der Truppen aus dem Schlosse oder aus der Stadt verlangt hätte; ebensowenig habe ich damals irgendwo die Aeußerung gehört, daß man die Truppen für besiegt gehalten.

„Man sagt, die Truppen hätten sich von den Schloßhöfen nur in die inneren Räume zurückgezogen. Dies war auch gegen den Allerhöchsten Befehl . . . Die Truppen hatten übrigens die Schloßhöfe so eilig geräumt, daß ich ein zurückgelassenes Pulverfaß mit Unterstützung einiger Männer, um Gefahr zu vermeiden, selbst fortrollen mußte.

„Wenn einzelne Truppentheile beim Abmarsche leider insultirt wurden, so kann man die Frage nicht unterdrücken, ob ihnen befohlen war, Beleidigungen hinzunehmen, welche keineswegs in der Absicht des größeren Publikums lagen; von diesem wurden dem Militär aufrichtige Beifallsrufe zu Theil." — —

Ganz ebenso urtheilt N o b i l i n g , der sonst Prittwitz sehr wohl will:

„Wenn das Zurückziehen der Truppen nicht ohne irgend eine entsprechende Maßnahme [nämlich hinsichtlich der Vertheidigung des Schlosses] statgefunden hätte, so bin ich überzeugt, würde das daraus gefolgte schauerliche Ereigniß, der Todtenzug, nicht zu beklagen sein. Daß die intellektuellen Urheber desselben damit beabsichtigten, die eben wiederhergestellte Ruhe zu stören, ist wahrscheinlich; aber schwerlich konnten sie denken oder erwarten, den Eingang zum Schlosse frei zu finden. Daß sich dem Durchzuge Niemand widersetzt hat und [man] nicht eher das Aeußerste über sich ergehen ließ, ist mir damals unbegreiflich gewesen . . .

„Nachdem dieses funeste Ereigniß vorbei war, befand sich das Schloß noch stundenlang ohne allen Schutz. Die Volksmenge, welche dasselbe durchwogte, beging keine Ungebührlichkeit, sondern gab vielmehr auf die entschiedenste Weise das laute Zeugniß der Anhänglichkeit an den König.

„Was ist aber außerdem geschehen? Zwei geplünderte Wohnungen, die Mißhandlung des Oberbürgermeisters und einige abgenommene Hoflieferantenschilder — alles dies erweislich nur durch wenige Individuen verübt. Sonst keine Tendenz-Gewaltthätigkeit,

nicht einmal gegen die damals verhaßtesten Personen. Endlich aber, nach dreißig Stunden, vollständige Ruhe und alle Gewalt in der Hand der Bürgerwehr, die erst aus dem Nichts hervorgerufen war.

„Mir ist, wie schon gesagt, heute eben so unbegreiflich, als ich damals oft genug ausgesprochen habe, warum die Regierung das Heft nicht vollständig in der Hand behielt."

Die im Schlosse herrschende Bestürzung über den vollständigen Abzug der Truppen vom Schloßplatze wird in den Prittwitz-Kobilingschen Exzerpten durch einen Bericht von bürgerlicher und einen andern von militärischer Seite geschildert.

Der Verfasser des Ersteren ist der Oberbürgermeister Krausnick. Er erzählt, er habe sich auf die Kunde von der Zurückziehung der Truppen nach dem Schlosse begeben, dort habe er im Sternensaale eine große Anzahl anderer städtischer Beamten getroffen. Er fährt wörtlich fort:

„Da wandte sich plötzlich der Prinz Carl an mich mit den Worten:

„„Nun, wo sind denn jetzt Ihre guten Bürger, die uns schützen sollten? Sie haben ja verlangt, daß wir das Militär zurückzögen.""

„Diese Worte waren im Ton des Vorwurfs ausgesprochen, und mit gleicher Lebhaftigkeit und Wärme mußte ich mir daher erlauben, darauf zu erwidern:

„„Königliche Hoheit, ich muß bitten, mich nicht verkennen zu wollen; ich habe nichts verlangt.""

„Diese Erwiderung schien bei den anwesenden Prinzen von Preußen und Prinzen Carl ein gewisses Staunen zu erregen. Vielleicht hatte man geglaubt, daß die Personen, welche den Morgen zwischen neun und zehn Uhr (muß zehn bis eilf Uhr heißen) unter Führung des Bürgermeisters Naunyn und des Stadtrathes Duncker wegen Zurückziehung des Militärs im Schlosse gewesen waren, von den städtischen Behörden zu diesem Behufe abgesendet worden sind. Dies war aber nicht der Fall, und mir war nicht bekannt, welche Zusicherung sie gemacht, und wie sie die Mittel dazu beschaffen zu können geglaubt hatten.

„Der General v. Unruhe suchte mich zu beruhigen.

„Ihre Königliche Hoheit, die Frau Prinzessin von Preußen,

trat an mich heran und äußerte: „„Es sei ja gar nicht böse gemeint gewesen““, worauf ich jedoch von Neuem zu bemerken mir gestattete: „„Daß es mir aber wehe thue, verkannt zu werden.““

„Ihre Majestät die Königin reichten mir gnädigst die Hand, die ich ehrfurchtsvoll küßte, und sprachen dabei gleichfalls besänftigend die Worte: „Lieber Krausnick, sorgen Sie nur, daß erst wieder Ruhe werde und die Barrikaden weggenommen werden.““

„Auch Seine Majestät der König sprachen nochmals diesen Wunsch aus und hiermit verließ ich, es mochte vielleicht zwölf Uhr sein, den Saal und das Schloß, um mich nach dem Rathhause zu begeben.“ — —

Von militärischer Seite liegt vor eine Relation Manteuffels. Sobald Manteuffel den Abzug des Militärs vom Schloßplatze gewahr wurde, beschloß er, dem Könige hiervon Meldung zu erstatten:

„Seine Majestät der König waren im rothen Zimmer; die Sache war zu wichtig; ohne Erlaubniß trete ich ein und melde dem Könige, daß das Schloß nur von zwei Bataillonen besetzt, und daß es ohne Verbindung mit den anderen Truppen sei.

„Der König rief: „„Das ist ja nicht möglich!““

„Bei dem Könige waren der Prinz von Preußen, Graf Arnim, Oberstleutnant v. Brauchitsch, Major v. Bonin, sowie die Prinzeß von Preußen und mehrere Hofdamen.

„Graf Arnim sagte darauf: „„Ew. Majestät sehen, daß jetzt auch die Nothwendigkeit gebietet, unbedingtes Vertrauen zu zeigen und ich habe die Ueberzeugung, Ew. Majestät werden es gerechtfertigt finden.““ Der König antwortete nicht, und Graf Arnim fragte, ob irgend Jemand jetzt Seiner Majestät einen andern Rath geben könne, und wandte sich zunächst an den Prinzen von Preußen. Dieser erwiderte: „„Ich habe heute Morgen meine Meinung gesagt, jetzt habe ich nichts weiter zu sagen.““

„Graf Arnim wandte sich nun um und fragte, ob Jemand der Herren einen anderen Rath wüßte? Alles schwieg, und so trat ich hervor und sagte: Ich, und zwar den, daß Ihre Majestäten sich augenblicklich in die Mitte der beiden Bataillone begeben und mit ihnen aus der Stadt gingen. Der Weg nach dem Brandenburger Thore sei jetzt noch frei, die Massen seien überrascht und ohne Leitung, die Truppen aber sämmtlich noch in Marsch, sodaß sie bei dem ersten Widerstande gegen die Königliche Kolonne umkehren und sich ihr anschließen

würden. Wie die Verhältnisse lägen, müsse der König so sicher und intakt aus der Stadt kommen.

„Einer der Herren rief: „„Manteuffel, welche Verantwortung nehmen Sie auf sich?““ Ich erwiderte: „„Vor Gott und Menschen jede, wenn Niemand Rath weiß und es sich um den König handelt.““

„Der König befahl darauf, ich solle General v. Prittwitz fragen, ob es wahr sei, daß er keine Kommunikation mit den Truppen habe, — und auf meine Erwiderung, es sei wahr,[68]) es sei aber kein Augenblick zu verlieren, und Er möge um Gotteswillen sich sogleich in die Mitte der beiden Bataillone begeben, — wiederholte er den Befehl, General v. Prittwitz zu fragen, wie stark das Schloß besetzt sei.

„Ich lief so schnell als möglich und fand den General im großen Hofe.[69])

„Er sagte mir, die Besatzung bestehe aus zwei Bataillonen, die anderen Truppen seien alle abmarschirt. Auf meine Frage, ob das Zeughaus besetzt sei, erwiderte er: „„Nein!““ Ich kehrte zum Könige zurück; in den Schloßhöfen waren nur einzelne Leute, sodaß ich vollkommen frei passiren konnte.[70])

„Ich traf den König in der Thür zwischen dem rothen Zimmer

---

[68]) Wie aber war es dann möglich, die Truppen Manteuffels Vorschlage gemäß zum Anschlusse an die Königliche Kolonne beim Ausmarsche aus Berlin zu beordern? Ebenso sehr mußte doch die Möglichkeit vorhanden sein, wenigstens einige Bataillone zur Verstärkung der Schloßbesatzung heranzuziehen. Entweder ließ die Aussicht, den König jetzt zur Abreise bewegen zu können, alle anderen Erwägungen überhaupt nicht erst aufkommen, oder — man hat geflissentlich die eben erwähnte Möglichkeit außer Acht gelassen, in der Besorgniß, daß bei genügender Besetzung und Vertheidigungsfähigkeit des Schlosses die Gegner des Reiseprojektes durchdringen könnten. Bei der Lage der Quellen müssen wir uns darauf beschränken, diese Frage aufzuwerfen; sie mit Sicherheit — sei es bejahend, sei es verneinend — zu beantworten, sind wir meines Erachtens nicht in der Lage.

[69]) Prittwitz macht dabei die Anmerkung: „Der General v. Prittwitz war eben erst von dem Platze am Zeughause nach dem Schlosse zurückgekehrt.“

[70]) Diese Wahrnehmung stimmt überein mit den verschiedenen Angaben von Prittwitz. Um so leichter aber mußte damals eine Absperrung des Schlosses noch möglich sein. Der Verwunderung darüber, daß eine solche nicht erfolgte, giebt z. B. auch R. Dohme in seinen Memoiren („Unter fünf preußischen Königen“, herausgegeben von Paul Lindenberg, Berlin 1891, S. 61), Ausdruck.

und dem Salon der Königin. Diese stand in einem der Fenster des rothen Zimmers. Ich meldete dem Könige die Antwort des Generals v. Prittwitz und wiederholte meine Bitte.

„Graf Arnim sprach wieder von dem Vertrauen, das man dem Volke zeigen könne. Ich fragte ihn, ob er die Garantie übernehmen wolle, daß die Person des Königs gesichert bleibe. Die Antwort war: er könne nur seine Ueberzeugung aussprechen, und die gehe dahin, daß die Person des Königs gesichert sei. Ich erwiderte, Ueberzeugung sei keine Sicherheit, und kein Mensch könne wissen, wohin eine entfesselte Volksmasse sich verirre; in dem ganzen Plane möge an Alles gedacht sein, an die Person des Königs aber habe Niemand gedacht.

„Die Königin sagte wie für sich: „„Ja, daran hat Niemand gedacht!““

„Nach einer kleinen Pause wandte sich Graf Arnim mit den Worten an den König: „„Die Entscheidung, ob Ew. Majestät Berlin verlassen wollen, kann nur von Ihnen unmittelbar ausgehen; er halte es aber für seine Pflicht, daran zu erinnern, daß der ganze Plan, der entworfen worden, dadurch gefährdet, wenn nicht ganz unmöglich gemacht werde. Er müßte ferner erwähnen, daß es in der Geschichte kein Beispiel gebe, wie ein König, der sich von seiner Hauptstadt losgesagt, die Krone behalten habe, und er frage, ob Jemand dem widersprechen könne.““ — Ich sagte wieder: „„Ja!““ und nannte Heinrich IV.: der habe sein Paris erobert und sei als König gestorben.

„Auf diese Worte zeigte der König, wie es schien, zuerst wieder Theilnahme an dem Gespräch, ging mit mir in die Mitte des Zimmers und fragte, was ich von Heinrich IV. gesagt habe. Ich wiederholte es und bat den König nochmals, sich in die Mitte der beiden Bataillone zu begeben, er könne glauben, es handle sich um die Dynastie, und Berlin sei nicht das Land. Friedrich der Große habe gesagt, lieber mit Ehren untergehen, als langsam unterliegen, und sei nicht untergegangen, sondern habe Schlesien erobert; das sei Sein Fall, und Er möge in die Mitte der beiden Bataillone gehen.

„Der König faßte mich krampfhaft am Arme und sagte: „„Ja, Sie haben Recht; Ich werde es thun““, und ging raschen Schrittes der Bibliothek zu.

„Auf dem Wege sagte mir die Prinzeß von Preußen: „„Ich sei ein exaltirter junger Mensch, der sich herausnähme, über Sachen zu sprechen, die nur Staatsmänner beurtheilen könnten.““ Ich bat Ihre Königliche Hoheit, schneller zu gehen.

„In der Bibliothek angekommen, änderte der König seinen Ent-

schluß.[71]) Eine halbe Stunde darauf waren Schloßplatz und Schloßhöfe mit einem wilden Haufen angefüllt."

Zwar hatte sich der König entschlossen, den Mahnungen Manteuffels zur Flucht Gehör zu geben; das Herannahen des Leichenzuges schnitt ihm jedoch den Weg ab. Ueber den Leichenzug, der um 1 Uhr beim Schlosse eintraf, und die nunmehr im Schloßhofe sich abspielenden Szenen entnehmen wir aus dem Nobiling-Prittwitzschen Manuskripte eine Reihe von Einzelheiten:

„Ein Offizier vom Füsilier-Bataillon ersten Garde-Regiments, hat Folgendes aufgezeichnet:

„„König kommt herunter von der Wendeltreppe, neben ihm Graf von Arnim im grauen Paletot (gelber Makintosch).

„„König wird umgedreht (nach dem Portale Nr. 1?) nach dem Balkon, Rede.

„„Graf Arnim soufflirt von unten, dann hinauf hinter dem Könige . . . .""

„Hofmarschall Graf v. Keller hat dem Rittmeister v. Manteuffel am 19., ehe noch die später zu erwähnenden Leichenszenen stattfanden, gesagt:

„„Ein Beamter hat die Dummheit gehabt, auf die Frage, wo die Leichen zur Rekognoszirung hingebracht werden könnten, auch das Schloß zu nennen, und nun ziehen die Kerle hierher!""

„Graf Keller hat alle möglichen Veranstaltungen getroffen, um die Leichen wenigstens nicht ins Schloß niederlegen zu lassen. (Ist aber theilweise doch geschehen, wie Dr. Heppner versichert.) . . . . .

„Hauptmann v. Röder stand mit seiner Abtheilung an dem Aufgange zur Königin und hat die Leichen durchziehen sehen. Er erhielt nichtssagende und unbestimmte Verhaltungsbefehle von General Dittfurth, sodaß er gegen diesen sogar grob wurde. Endlich erklärte ihm General v. Below, daß er sich vertheidigen solle, aber nur mit der blanken Waffe . . .

„General v. Prittwitz selbst erzählt, daß, abgesehen von der Scheußlichkeit des Zuges und der Entweihung des Liedes [Jesu meine

[71]) **Ausschlaggebend für diesen Entschlußwechsel des Königs war, wie wir aus einer Mittheilung des Grafen Stillfried wissen (vergl. „Deutschland" u. s. w. S. 244 Anm. 1), der Umstand, daß gerade von den Linden her über die Schloßbrücke der Leichenzug nahte, sodaß der einzige Weg zur Flucht gesperrt war. Dasselbe berichtet Dohme a. a. O. S. 62.**

Zuversicht], dennoch die Tausende (??) von Menschen, die mit entblößtem Haupte folgten, geeignet waren, einen überwältigenden Eindruck auszuüben. Er giebt selbst zu, den Befehl und das Beispiel zur Abnahme der Helme für die Truppen gegeben zu haben.

„(Es geht wiederum daraus hervor, daß der Leichenzug nicht aus wuthschnaubenden Menschen bestanden hat.)“ — — —

In dem Zeitraume von 2 bis 3 Uhr wurde die Errichtung der Bürgerwehr genehmigt. Graf Arnim begab sich selbst mit den anwesenden Bürgern in das Zeughaus, und in seiner Gegenwart begann unter Leitung Nobilings die Vertheilung der Gewehre. Noch an demselben Nachmittage wurde General v. Below zum Schloßkommandanten ernannt. Nobiling (im Nobiling-Prittwitzschen Manuskripte) bestreitet, daß Krausnick die Bürgerbewaffnung organisirt habe; er wirft zugleich Prittwitz Irrthümer hinsichtlich der Zeitangaben vor:

„General v. Prittwitz“, so erzählt nämlich dieser selbst, „der seit dem 17. nichts Warmes gegessen hatte, begab sich in Zivilkleidern nach Hause, nur auf eine halbe Stunde. Als derselbe zurückgekommen war, 4 Uhr, hatte sich der Graf Arnim nach dem Zeughause begeben wollen, um die Gewehre zu vertheilen; der General habe dem Grafen Arnim angeboten, ihn zu begleiten, was aber abgelehnt worden sei.“

Darauf erwidert Nobiling:

„Hier ist ein offenbarer Irrthum. Es war unmittelbar nach der Verhandlung über die Errichtung der Bürgerwehr und wahrscheinlich früher, unter keinen Umständen aber später als drei Uhr, als sich Graf Arnim mit den versammelten Bürgern nach dem Zeughause begab. Es geht daraus hervor, daß General v. Prittwitz lange vor 3 Uhr schon das Schloß verlassen haben mußte, auch habe ich ihn nicht gesehen und gesprochen, was Letzteres ich gewiß nicht unterlassen haben würde.“ — —

Gleich nach drei Uhr erschienen die ersten Bürgerwehrmänner, G. Reimer und Andere, im Schlosse, während sich ein anderer Trupp unter der Führung des Stadtverordneten Glaue zur gleichen Zeit nach der Hausvogtei begab. Die im Schlosse eingetroffene Bürgerwehr wurde benutzt, um auf dem kleineren Schloßhofe den Raum vor der Wendeltreppe frei zu halten; 6 Mann wurden vor dem Glasverschlage im Portale Nr. 1 postirt. Die kleine Anzahl der nunmehr anwesenden Bürgerwehrleute hat ihre Aufgabe, für die Erhaltung

der Ruhe und Sicherheit im Schlosse zu sorgen, vollkommen erfüllt; zwei Stunden darauf erschien zur Besetzung des Schlosses die Schützengilde. Ihre Ankunft schildert Prittwitz folgendermaßen:

„Um 5 Uhr Nachmittags oder nur wenig später hörte man Musik von der Seite der Kurfürstenbrücke her. Es war die Schützengilde in voller Uniform und Pomp, der einige Leute in zerlumpten Kleidern mit gelb und rothen, auch gelb-roth-schwarzen Fahnen vor-, eine fast unabsehbare Menge von Volk nachlief. Sie zog durch das Schloßportal Nr. 2, um die eigentliche Schloßwache abzulösen.

„Hauptmann v. Röder bemerkt hierzu: „„Es war dies ein sehr schwieriger Augenblick, General v. Below kam zu mir und trug mir auf, die Schloßwache in das Innere zurückzuziehen und den Posten vor der Generalstaatskasse gemeinschaftlich mit den Bürgerschützen zu besetzen.““

„Premierleutnant v. Koschenbahr, welcher die Wache hatte, ließ mich rufen. Dieser bereits in Unterhandlungen mit den Schützen begriffen, war sehr erfreut, bei meiner Ankunft Verhaltungsbefehle zu bekommen, die Herren Schützen aber waren nicht weniger zufrieden, so leichten Kaufes ihren neuen Posten einnehmen zu können. Es wurde die Bedingung gestellt, daß der Schloßhof vom Volke geräumt sein müsse, ehe die Wache aufziehen könnte, und wurde dies bewerkstelligt. Herr von Koschenbahr zog sich mit seiner Mannschaft an mich heran und nahm seine Aufstellung in den hinteren Zimmern der Wohnung der früheren Oberhofmeisterin Gräfin Rheden, wo die Leute bis an den Sternensaal vertheilt lagen. Inzwischen war es dunkel geworden.

„Während dies auf dem größeren Schloßhofe vor sich ging und die dort versammelte Menge den unheimlichsten Eindruck machte, bildete sich auf dem kleinen Schloßhofe eine Demonstration anderer Art. Unter dem Schutze der Bürgerwehr versammelte sich eine erhebliche Zahl von Menschen, den besseren Klassen der Gesellschaft angehörend. Sie brachten dem König, der an der Eingangsthür zu seinen Zimmern erschien, um mit den Führern der Bürgerwehr zu sprechen, ein donnerndes Lebehoch. Ebenso auch Ihrer Majestät der Königin, welche sich zeigte; endlich wurde das Lied „„Nun danket alle Gott!““ angestimmt.

„(Es ist wenigstens ehrlich anzuerkennen, daß der Zustand auf den Höfen und in der Umgebung des Schlosses keineswegs ein solcher war, wie ihn eine siegreiche Revolution hervorzubringen pflegt. Aus eigener Anschauung kann ich bezeugen, daß auch auf dem großen

Schloßhofe keine unheimlichen Massen vorhanden gewesen sind, daß ferner das Eintreffen der Schützengilde von den Schloßnotabilitäten mit der höchsten Sehnsucht erwartet wurde, und endlich dieselbe die größte Bereitwilligkeit und den Wunsch zu erkennen gegeben hat, gemischte Posten zu beziehen, daß Letzteres aber von militärischer Seite verhindert wurde.)

„Im Allgemeinen nahmen mit dem Dunkelwerden die Strömungen der Volkshaufen eine andere, dem Schlosse weniger zugewandte Richtung an. Kaum nämlich war der Abend eingetreten, so hieß es, es werde und müsse illuminirt werden. Bald standen am Schloßplatze alle Fenster erleuchtet da; diesem Beispiele folgte die ganze Stadt." — —

Zum Schlusse dieses Abschnittes noch zwei Berichte über den Zustand im Schlosse am Abende des 19. März. Prittwitz erzählt wörtlich:

„Inzwischen brachte der Abend im Schlosse selbst der Vorkommenheiten so manche, die hier nachzuholen sein werden.

„Nach den Mittheilungen, die wir dem Major Oelrichs, damals als Generalstabsoffizier bei dem Kommando des Gardekorps angestellt, ferner den Herren v. Manteuffel und v. Bergh verdanken, liefen auf dem Schlosse die beunruhigendsten Nachrichten ein, u. A., daß Offiziere insultirt würden, hier das Volk die Kasernen stürmen, dort mit den Truppen fraternisiren wolle, daß die Aufregung des Pöbels sich vorzugsweise gegen den Prinzen von Preußen richte, und daß die äußersten Drohungen gegen ihn ausgestoßen würden. Es wurde die Nothwendigkeit angeregt, daß der König Berlin verlassen und sich nach Potsdam begeben solle.

„(Aus eigener Anschauung kann ich bekräftigen, daß die Aeußerungen der übertriebensten Besorgnisse und wirklich tollsten Fiktionen den Stempel der Aufrichtigkeit trugen. Ob aber Leute, wie Herr v. Manteuffel, nicht absichtlich solche Besorgnisse genährt haben, wage ich nicht zu entscheiden.)

„Graf Arnim bekämpfte indeß jeden dahin zielenden Vorschlag und versicherte immer und immer wieder, daß Seine Majestät inmitten der bewaffneten Bürger für Ihre Person nichts zu fürchten hätten. Da der Graf mit einer gewissen Betonung nur von der Person des Königs und der Königin sprach, so fragte ihn der Prinz von Preußen, ob seine, des Prinzen, Sicherheit etwa gefährdet, und erhielt die ausweichende Antwort, daß ihm hierüber nichts bekannt sei.

„(Es muß dahingestellt bleiben, was an dem Obigen ganz oder halb wahr ist. Die beiden Berichterstatter sind in diesen Dingen nicht über allen Zweifel erhaben.) . . .

„General von Rauch erzählt, wie er in der Meinung, der König würde nach Potsdam gehen, und da der Wagen um ½9 Uhr im kleinen Schloßhofe gestanden habe, sowie König und Königin schon die Mäntel umgenommen hätten, nach Potsdam abgereist wäre; da aber diese nicht dahin gekommen wären, sei er am 20. nach Berlin zurückgekehrt. Ebenso sollen es die Generale von Natzmer und von Nostitz gemacht haben.

„Der König soll umgekehrt sein, weil er auf seinem Wege Truppen gefunden habe, die auf den Gängen gelagert gewesen . . . .

„General v. Prittwitz hat um 11 Uhr das Schloß in völliger Erschöpfung verlassen.“ Nobiling bestreitet diese Angabe: er sei um diese Zeit im Schlosse gewesen und wisse, daß Prittwitz eher gegangen sei. — —

In seiner eigenen Darstellung der Märztage äußert Nobiling über die Stimmung, die am Nachmittag und Abend des 19. März im Schlosse herrschte:

„Als ich einmal in die Halle hinaufkam, fand ich die Befangenheit so groß, daß ich laut ausrief: „„Meine Herren! Ich bitte Sie um Gottes Willen, geben Sie nicht solchen Befürchtungen Gehör! Sie haben in den vorigen Tagen die Verhältnisse zu gering geachtet; hüten Sie sich, dieselben jetzt zu überschätzen!““ Mehrmals habe ich dabei die etwas berlinische Redensart gebraucht: „„Es ist hier gar nichts los!““

„Die Art und Weise, wie diese Expektorationen gegenseitig stattfanden, hatten es mich nicht bemerken lassen, daß der Prinz von Preußen dabei gegenwärtig war. Sogar diejenigen Herren, welche noch am frühen Morgen am hartnäckigsten gegen jede Unterhandlung aufgetreten waren, glaubten jetzt Alles verloren und meinten, es sei Zeit, für den König zu sterben, worauf ich halb spöttisch, halb gereizt antwortete.

„Der Minister v. Arnim, der seine äußere Ruhe zwar bewahrt hatte, aber doch die Dinge viel schwärzer anzusehen schien, hatte Besorgnisse um das Zeughaus, die Bank und die Seehandlung. Ich war auf der Stelle bereit, Nachricht zu bringen.“

Als Nobiling diesen Auftrag ausführte, begegnete er auf der Straße einigen Herren der rheinischen Deputation: „In der Nähe

der Münze wurde ich bei dem Schein der nun eingetretenen Illumination von dem Dr. D'Ester erkannt, der mich seinen Begleitern, den Herren v. Wittgenstein und Raveaux, vorstellte. Als der Letztere von dem Heldenmuth der Berliner sprach, von dem „Gelingen der Revolution", etwas, was die Rheinländer nie erreicht haben würden, — erwiderte ich: er befände sich in einem vollständigen Irrthum und überschätze alles das, was vorgefallen sei, im höchsten Grade. Von einer Revolution, wie er meine, sei keine Rede u. A. m. — Die Herren waren ganz betreten und konnten kein Wort hierauf erwidern."

VI.

Der Ausmarsch der Truppen aus Berlin.

In meiner Darstellung der Berliner Märzrevolution hatte ich bereits darauf aufmerksam gemacht, daß der Abmarsch der Garnison aus Berlin am 19. März und an den folgenden Tagen ohne die Erlaubniß und selbst gegen die ausdrückliche Willensäußerung des Königs erfolgte. Von Seiten der betheiligten Militärs wird als Motiv für diese eigenmächtige Maßregel die Bedrohung der Truppen durch den Pöbel und die Schwierigkeit, die Disziplin aufrecht zu erhalten, angegeben. Dagegen hatte ich erklärt, daß darin nur Vorwände zu erblicken seien, daß der wahre Grund der Entfernung der Truppen aus Berlin vielmehr darin bestanden habe, dem König den weiteren Aufenthalt in der nunmehr vom Militär gänzlich entblößten Hauptstadt gefährlich erscheinen zu lassen und ihn dadurch zur Abreise aus Berlin zu bestimmen. Durch die im Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte mitgetheilten Thatsachen blickt dieses Motiv deutlich hindurch, und Nobiling kann sich, so sehr er auch bemüht ist, den Versicherungen von Prittwitz Glauben zu schenken, dieser Erkenntniß nicht verschließen.

Schon am Abend des 19. März erhielten die beiden Grenadier-Bataillone des Kaiser-Alexander-Regiments durch die Vermittlung von Prittwitz die Erlaubniß zum Ausmarsche aus Berlin; es war vorgestellt worden, daß sonst die völlige Auflösung der beiden Bataillone drohe. Prittwitz sucht in seinem Buche eingehend nachzuweisen, wie dringend nothwendig damals die Absonderung der Soldaten vom Volke gewesen sei, und Nobiling meint auch, indem er dabei der Autorität des Generals folgt, es sei das Streben darnach „das eigent-

liche und wahre Motiv des Abmarsches gewesen", wenngleich er sich zum Vorbehalte genöthigt sieht, daß „bei fast allen übrigen Truppentheilen [nämlich außer bei den beiden genannten Bataillonen] eine solche Besorgniß unnütz war und man sich ein ganz falsches Bild von der Stimmung der Einwohnerschaft gemacht hatte". Zu der Auflösung der Disziplin in den beiden Bataillonen trug allerdings das unbesonnene Benehmen mancher Offiziere viel bei, namentlich des Kommandeurs des ersten Bataillons, des Majors von Koschkull, der nach der Rückkehr in die Kaserne vor einer Anzahl Soldaten den Vorsatz aussprach, den Dienst zu verlassen. Er nahm alsbald von seinen Feldwebeln in höchst aufgeregter Weise Abschied; so wurde bei den Soldaten der Eindruck erweckt, sie würden in diesem kritischen Augenblicke von ihren Offizieren verlassen. Nur sehr wenige Offiziere verweilten in den Kasernen; die große Mehrzahl derselben war in Zivilkleidern nach ihren Wohnungen gegangen; von einem einheitlichen Kommando war nicht mehr die Rede. So entwickelte sich bei den genannten Bataillonen ein höchst gefährlicher Zustand, der dem Regiments-Kommandeur Grafen Waldersee den Ausmarsch unvermeidlich erscheinen ließ.

Am 20. und 21. erfolgte dann der Abzug der übrigen Garnison aus der Stadt. Nobiling bemerkt zu einem Abschnitt des Prittwitzschen Buches, der sich mit der „Physiognomie der Stadt" am 20. März beschäftigt: „Sehr unerhebliche und zum Theil ganz irrige Dinge; schwarz dargestellt, um auch hierin ein Motiv für den Abmarsch der Truppen zu finden." Wenn Prittwitz meint, „daß die Berliner Revolutionschronik [von Wolff] Recht habe, wenn sie sage, Berlin sei am Montage ohne Militär, ohne Polizei, ohne Arbeit gewesen, und darin die negativen Momente findet, welche die Anarchie bildeten", so erwidert Nobiling, der die Zuverlässigkeit der Wolffschen Kompilation überhaupt sehr gering anschlägt: „Es ist der gewöhnliche rhetorische Nonsens des zusammengeschriebenen Buches, abgesehen davon, daß auch nicht einer der angeführten Punkte wahr ist." Ueber die näheren Umstände, unter denen die Zurückziehung der Truppen aus Berlin erfolgte, erzählt General v. Prittwitz selbst:

„General von Prittwitz kam auf das Schloß und fand, daß man aller Gegenvorstellungen ungeachtet die Ansicht festhielt, daß die Truppen in den Kasernen bleiben müßten. Der König war nicht sichtbar, der mehr als niedergebeugte Kriegsminister ebenfalls nicht, vielleicht erinnerte er sich des Gespräches bei General von Neumann am 3. März.

„Es soll immer mehr sich herausgestellt haben, daß unberufene Personen Befehle extrahirt und überbracht haben.

„Um 11 Uhr fanden sich die Stabsoffiziere in der Wohnung des Generals v. Prittwitz ein[72]), und zwar in Zivilkleidern, was namentlich den Oberstleutnant v. Bequignolles sehr betrübt haben soll.

„(Warum thaten die Herren dies? Wer zwang sie dazu? Die Generale v. Selasinski und v. Below, die Majore Teichert und v. Podewils sind nie anders als in Uniform erschienen, und nicht die geringste Unbill haben sie erfahren.)

„General v. Prittwitz, die Existenz der Truppen ernstlich für gefährdet haltend, glaubte den erregten Gemüthern einen Anhalt und eine Richtung geben zu müssen. Er wollte dadurch, daß er eine Grenze des auferlegten Duldens bezeichnete, ihnen die Thatkraft erhalten, welche die Ereignisse nur zu leicht in Anspruch nehmen konnten. Abgesehen von dem Gedanken an eine selbstredend die ganze Armee entehrende Möglichkeit war er der Meinung, daß es vor Allem darauf ankäme, Zucht und Ordnung in der Truppe zu erhalten, das Aufhören aber dieser Zucht als das größte Uebel anzusehen.

„Diese Ansicht bestimmte ihn, den Befehl zu ertheilen, daß die Truppen in den Kasernen verbleiben müßten. Doch ermächtigte er die Regimentskommandeure in zwei Fällen die Stadt zu verlassen, und zwar

1. Wenn die Disziplin in der Truppe so erschüttert sein sollte, daß nur ein Ausmarsch der Auflösung derselben vorbeugen könne.
2. Wenn die Kasernen nicht mehr gegen das Volk gehalten werden könnten, ohne von den Waffen einen ernstlichen Gebrauch zu machen. Einem solchen Gefecht sollten sie durch den Abmarsch ausweichen.

„(Das ist offen und ehrlich. Es wird sich herausstellen, daß überall nur die erste Alternative maßgebend gewesen ist, und nur in der ganz irrigen Auffassung von dem Zustand der Stadt und der Gesinnung der Bürger man gefürchtet hat, die Aufregung der Truppen würde nicht zu beherrschen sein. Die zweite Alternative hat nirgends Platz gegriffen, so viel sich auch die einzelnen Berichte Mühe geben, bezügliche Andeutungen herauszustellen.)" — —

Wenn man die darauf folgenden Partieen des Prittwitz-

[72]) Vergl. v. Gerlach, Denkwürdigkeiten I, S. 144.

Nobilingschen Manuskriptes liest, in denen die Gründe angeführt werden, durch welche die einzelnen Regimentskommandeure bestimmt wurden, von der ihnen „ertheilten Erlaubniß" Gebrauch zu machen, gewinnt man den Eindruck, daß Nobiling durchaus im Recht ist, wenn er eine wirkliche Bedrohung der Truppen durch das Volk, — und gar in dem Grade, daß die Kasernen nicht mehr ohne Gefecht zu halten waren — in Abrede stellt. Man erkennt, daß es sich nicht sowohl um Gründe, als vielmehr um Vorwände handelt, trotz des vom König ergangenen Verbotes die Truppen aus Berlin herauszuziehen. So wird vom 2. Garde-Regiment angegeben, die Soldaten seien so aufgeregt gewesen, daß sie auf die vor der Kaserne stehende Bürgerwehr schießen wollten, vom Kaiser Franz-Regiment, daß die Soldaten vor lauter Aufregung — nicht zu Mittag essen wollten. Beim Garde-Artillerie-Regiment kam nichts Anderes vor, als daß vor der Kaserne Studenten erschienen und äußerten, — sie wollten die Geschütze nicht herauslassen. Hinsichtlich des 2. Garde-Ulanen-Regiments wird nichts weiter bemerkt, als daß hier, zumal unter den Unteroffizieren, ein unbestimmtes Gerücht gegangen sei, man suche die Ulanen zu bestimmen, nicht zu satteln und auszumarschiren, sondern hier zu bleiben, wo sie vom Volke mit offenen Armen aufgenommen werden würden; auf solch vages Gerede hin wurde der Befehl zum Ausmarsch ertheilt. Um die Dürftigkeit der Motive oder richtiger gesagt, Vorwände, unter denen die Entfernung der einzelnen Truppentheile angeordnet wurde, durch ein treffendes Beispiel zu charakterisiren, führen wir hier wörtlich den Passus an, der über das Garde-Dragoner-Regiment handelt:

„Dasselbe war am 19. um 4 Uhr in seine Kaserne gerückt, wobei einzelne Drohungen des Volkes vorkamen. Die Nacht verblieb ruhig. Am 20. Morgens erhielt Oberst-Leutnant von Schleemüller die Meldung, daß ein Chirurgen-Gehilfe, Namens Pallas, auf den Barrikaden verhaftet sei. Ferner wurden einige Dragoner vermißt, andere schienen sich durch vorgeschützte Krankheit dem Abmarsche entziehen zu wollen. In Bezug auf die Möglichkeit des Abmarsches füllten sich Höfe und Ställe mit Menschen, die ihre Angehörigen noch einmal sehen wollten. Die Verbindung mit den Dragonern, die zum Theile aus Berliner Kindern bestanden, war nicht zu verhindern.

„Man mußte für die Disziplin fürchten, auch gingen übertriebene Nachrichten ein von den Ereignissen bei der Infanterie, die den Abmarsch des Kaiser Alexander Regiments veranlaßt hätten.

Ferner fürchtete man durch Absperrung des Halleschen Thores den einzigen Ausweg zu verlieren."

Nobiling glossirt diese Ausführungen mit den Worten: „Es leuchtet ein, daß das letzt Angeführte nur ein Vorwand ist, dagegen allein die ersten Gründe für den Abmarsch maßgebend gewesen sind." Es geht aber aus der mitgetheilten Stelle nicht einmal hervor, daß eine wirklich ernsthafte Erschütterung der Disziplin stattgehabt hat; der Bericht selbst sagt nur: „Man mußte für die Disziplin fürchten." Also auch mit der Feststellung der Erschütterung der Disziplin nahm man es so leicht; man wollte Gründe zum Ausmarsch finden, und daher fand man sie auch. Beim Garde-Kürassier-Regimente freilich ließ sich beim besten Willen irgend welcher noch so durchsichtiger Scheingrund nicht beibringen; so stoßen wir denn hier auf die in ihrer Einfachheit klassische Angabe:

„Hier hatten sich die Verhältnisse weniger ungünstig gestaltet."

Am Nachmittag des 20. wurde im Hotel de Russie durch Prittwitz unter Zuziehung des Generals von Thümen bereits eine Dislokationsliste für die Truppen festgesetzt. Der kommandirende General war also damals bereits in der Lage, vorauszusehen, daß sich die Lage der Dinge hinsichtlich der Erschütterung der Disziplin der Truppen und ihrer Bedrohung durch das Volk so gestalten würde, daß die Regimentskommandeure sich auf jeden Fall „genöthigt" sehen würden, von der ihnen ertheilten „Erlaubniß" zum Ausmarsche der Truppen Gebrauch zu machen. Nobiling kann sich denn auch des Urtheils nicht enthalten: „Aus dieser Dislokationsliste geht denn doch evident hervor, daß der Ausmarsch der Truppen fest beschlossen oder als unumgängliche Nothwendigkeit anerkannt war. Erst später, als man den damit begangenen großen Fehler anerkannt hatte, ist man wohl zu den schmählichen Motivirungen gekommen." Die angebliche Erschütterung der Disziplin bei den Truppen und die ganze Intrigue wird durch folgende Prittwitz-Nobilingsche Mittheilung in ein sonderbares Licht gerückt:

„General von Möllendorf hatte sich am Morgen des 20. in die Kaserne des ersten Bataillons Kaiser Franz begeben, in welcher sich auch die Divisionsschule befand. Er eröffnete durch Fähnriche und Rechnungsführer in Zivil die Verbindung mit dem Schlosse und den anderen Bataillonen seiner Brigade. Er ließ sagen, daß ungeachtet der Erregtheit der Truppen sie in Bereitschaft stünden, jeden

Befehl auszuführen, und ließ ihm dies jeden Antrag auf Abmarsch zurückweisen.

„Indeß erhielt General von Prittwitz bald nach drei Uhr Nachmittags eine dem Anscheine nach von General von Möllendorf ausgegangene Meldung, nach welcher nicht nur der General, sondern auch sämmtliche Offiziere es für dringend nothwendig erachteten, abzumarschiren.

„General v. Prittwitz beschloß, dieser Meldung keine Folge zu geben, und that sehr gut daran, denn sie war apokryph. (Wer war der Meldende?)“ — —

Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes geben wir noch die nachstehende Schilderung des Ausmarsches aus der Feder des Generals v. Prittwitz mit den eingestreuten kritischen Glossen von Nobiling im Zusammenhange wieder:

„General von Prittwitz nahm sich vor, weil er einen Angriff auf sein Haus fürchtete, die Nacht in der Garde-Kürassier-Kaserne zuzubringen. Er begab sich vom Hotel de Russie auf das Schloß und erhielt hier die Meldung:

„Daß das Garde-Dragoner-Regiment, seine Lage für gefahrbringend und nicht länger durchführbar haltend, auch mit Bezug auf den Befehl von heute Vormittag sich entschlossen habe, Nachmittags vier Uhr abzumarschiren.

„Ferner eine zweite Meldung:

„Daß das Garde-Kürassier-Regiment morgen früh 5½ Uhr abzumarschiren gedenke, weil der Kommandeur befürchte, entweder in der Kaserne oder durch Abwerfen der Brücke über den Schafgraben eingesperrt zu werden.

„Diese zweite Meldung war vom General Grafen Waldersee geschrieben und vom 20. Nachmittags 3 Uhr datirt.

„(Aus der ersten Meldung geht in Verbindung mit dem früheren Bericht doch sonnenklar hervor, daß es sich allein um die erste Alternative des Befehls von heute Morgen handelte. Die zweite Meldung ist aber höchst sonderbar; denn wenn den aufgestellten Befürchtungen auch nur das Geringste zu Grunde lag, so durfte doch der Abmarsch keine Minute, viel weniger bis zum folgenden Morgen aufgeschoben bleiben.)

„Wahrscheinlich auf einen geheim gehaltenen und den Führern der Truppen auch nicht mitzutheilenden Plan zur Abreise des Königs

sollte das Garde-Kürassier-Regiment nicht vor dem folgenden Morgen abmarschiren.[73])

„General v. Prittwitz begab sich selbst nach der Kaserne, fand diese jedoch um 6 Uhr leer, denn das Regiment war um 5½ Uhr abmarschirt. Bürgerwehr war im Begriff, die Kaserne zu besetzen. Durch hämische Bemerkungen der Umstehenden veranlaßt, ging der General fort und entschloß sich, um sieben Uhr nach Potsdam zu fahren, um dort Veranstaltungen für die ankommenden Truppen zu treffen, jedoch erhielt der General von Below Nachricht davon.

„Das Garde-Dragoner-Regiment brach Nachmittags vier Uhr ungehindert und unbegleitet auf, durch das Hallesche Thor nach Steglitz und Umgegend. Es wird gesagt, daß eigenmächtige Entfernungen einzelner Leute nicht stattgefunden hätten und Disziplin und moralische Haltung ausgezeichnet gut gewesen wären.

„(Es steht etwas in Widerspruch mit dem früheren Berichte.)[74])

„Das Garde-Kürassier-Regiment marschirte unbegleitet und unbehindert um 5½ Uhr ab und blieb in Zehlendorf. Oberst von Bischofswerder folgte dem Beispiel der Dragoner, weil ihm durch einen Feldwebel der Garde-Artillerie die Nachricht zuging, die Kaserne derselben sei vom Volke blockirt, weil ferner durch den Abmarsch der Dragoner die Aufregung der Einwohner in der Gegend des Halleschen Thores sehr gesteigert worden war, und endlich weil er eine Einschließung in der eigenen Kaserne befürchten zu müssen glaubte.

„(Die Gründe entbehren nicht nur der logischen Konsequenz, sondern auch der äußeren Wahrheit; so ist von einer Aufregung der Einwohner keine Spur vorhanden gewesen.)

„Die Lehreskadron folgte dem Garde-Kürassier-Regiment.

„Die Division des Garde-Ulanen-Regiments am Halleschen Thor folgte ebenfalls dem Beispiel der Dragoner und Kürassiere. Die andere in der Stallstraße will schon um 6 Uhr den Abmarsch der übrigen Kavallerie erfahren haben, aber noch bis 8 Uhr in den Ställen geblieben sein. Als jedoch Graf Schlippenbach die Ueberzeugung gewann, daß die Ueberwachung der Leute schwierig wurde, so beschloß er abzurücken. Er marschirte ab, von einem Detachement Bürgerwehr begleitet.

---

73) Dieser Abschnitt ist zwar im Manuskripte nicht eingeklammert, stammt aber augenscheinlich nicht von Prittwitz, sondern ist eine eigene Bemerkung Robilings.

74) S. o. S. 452.



„Die Versuche, die man in Berlin gemacht hatte, die Ulanen zu verführen, waren nicht durch Geldspenden unterstützt. Auch nicht ein Ulan soll angestanden haben, seine Dienstpflichten willig und ohne Anstand zu erfüllen.

„(Der Widerspruch liegt ebenfalls offen dar; wenn man der Ulanen so sicher war, warum wurde abmarschirt? Ebenso haben die Verführungsversuche nur in der Einbildung existirt.) . . .

„Das Abrücken der Kavallerie aus Berlin hatte einen tiefen Eindruck auf die Infanterie gemacht, sodaß man auch ihr auf das dringendste Bitten gestattete, abzumarschiren, was dann wegen des gegen Abend ausgebrochenen Lärms bis zum folgenden Morgen aufgeschoben werden sollte. Im Allgemeinen wird der Vorwand gebraucht, daß die Truppen auf das Volk geschossen haben würden.

„(Noch einmal ist zu erwidern, wie leer und innerlich unwahr dieser Vorwand ist, da er auch mit den eigenen Berichten vollständig in Widerspruch steht.) . . .

„General v. Rauch berichtet, wie die Kommandeure der Infanterie dringend gebeten hätten, ausmarschiren zu dürfen, und er dafür gewesen sei; er gebraucht ebenfalls den Vorwand, die Truppen würden auf Volk und Bürgerwehr geschossen haben.

„Oberst Graf v. Schlieffen soll die Erlaubniß, am andern Morgen um 5 Uhr abzumarschiren, vom König selbst erhalten haben.

„(Ist wahrscheinlich ganz falsch.)

„Möllendorff dagegen blieb bei seiner Meinung, die Stadt nicht zu verlassen und hat nur dem (angeblichen) königlichen Befehl gehorcht.

„General v. Rauch theilt mit [zu Dienstag, den 21. März]: Graf Stolberg verließ heute das Schloß. Die Königin weinte und sagte: „„Man wird Alle, die es gut mit uns meinen, entfernen.““

„(Der General [v. Rauch] giebt ferner eine so übertriebene Schilderung von der Möglichkeit eines massenhaften Angriffes durch Horden, daß man in Verbindung mit seiner steten Ansicht, die Abreise des Königs zu bewerkstelligen, sowie daß er selbst zum Theil den Befehl zum Abmarsch der Truppen überbracht hat, entschieden dafür halten muß, daß er aus eigener Machtvollkommenheit die letztere Maßregel bewirkt hat und seine Angaben zur Beschönigung und Rechtfertigung derselben dienen sollen: Bekannt ist, daß der König am heutigen Tag [21. März] sich auf das Schärfste über den gegen seinen Willen geschehenen Abmarsch der Truppen ausgesprochen hat.

„Wenn der General ferner die große Aufgeregtheit der Umgebungen des Königs zugiebt, sich selbst aber davon freispricht, so muß Letzteres bestritten werden.)“

VII.

Die Politik der Krone und die Haltung des Heeres.

Aus dem Prittwitz-Nobilingschen Manuskripte:

„Dienstag, den 21. März.

„Der Umritt des Königs wird beschrieben, von dem General v. Rauch sagt, es wäre ihm wie im Tollhause vorgekommen. Die Königin soll darüber geweint haben.

„Proklamation des Königs: „„An mein Volk und an die deutsche Nation ....““

„Mittwoch, den 22. März.

„Aus dem Extrablatt der Allgemeinen Zeitung wird der Empfang der Deputationen aus Breslau und Liegnitz mitgetheilt. — General v. Rauch spricht das Urtheil aus, daß mit der Verfassung, wie sie intendirt sei, Niemand regieren könne. Er erzählt ferner, daß das Versprechen der Vereidigung des Heeres auf die Verfassung freiwillig gegeben sei ...

„An diesem Abend wurde am Meisten wegen eines Angriffs auf das Schloß gefürchtet ...

„Die Besorgnisse am Nachmittag und Abend. Idee von dem Wegführen des Schatzes und der Abreise des Königs.

„(Der Gesammteindruck der Mittheilungen ist, daß auch noch am heutigen Tage die reaktionäre Partei den König fort von Berlin haben wollte, es koste, was es wolle.)

„General v. Prittwitz suchte Verbindungen mit Berlin und Nachricht vom Schlosse einzuziehen, wozu ihm General v. Schönermark behilflich war. Die Offiziere wollten zum Theil den Dienst verlassen, ein Theil der kleinen Prinzen that dies wirklich.

„Ferner gingen Anerbietungen von Gutsbesitzern ein, mit ihren Bauern auf Berlin zu marschiren, welche der General abwies und geltend machte, daß der König allein zu bestimmen habe.[75])

„Der Minister v. Bodelschwingh, der sich noch in Potsdam aufhielt, legte dem General folgendes abenteuerliche Projekt vor. Ein Paar Kavallerie-Regimenter mit sämmtlichen unbeladenen Protzen

---

[75]) Vergl. Bismarck, Gedanken und Erinnerungen I, S. 22.

der Artillerie sollten plötzlich Berlin überfallen, den Staatsschatz aufladen und wegführen.

„Es wird die Stimmung der Offiziere geschildert und offen das Motiv eingestanden, dieselben fürchteten, von der bisher eingenommenen Höhe herabstürzen zu müssen. Es wird eine Verbindung mit andren Truppen angebahnt.

„Durch General v. Wussow veranlaßt, wurde in Potsdam auf den Schlössern die deutsche Fahne aufgesteckt und dabei erzählt, daß die Unteroffiziere des 1. Garde-Regiments dieselbe gern heruntergeschossen hätten.

„Durch den Minister v. Rohr geht der Befehl ein, die deutsche Kokarde anzulegen. General v. Prittwitz verlangte natürlich erst nähere Anweisung und die Kokarden selbst, welche auch am 13. April anlangten. Indeß wurde auf der Kommandantur in Potsdam ebenfalls die deutsche Fahne aufgesteckt.

„(Aus dieser ganzen Schilderung geht hervor, daß der General sowohl als auch die Truppen im Allgemeinen von einer politischen Beurtheilung nicht eine Ahnung hatten, daß Beide geradezu Anderes wollten, als der König und die Staatsregierung, und dies war zu einer Zeit, als von der späteren Exaltation, dem Treiben der Parteien oder gar Anarchie noch keine Spur vorhanden war!!) . . .

„Donnerstag, den 23. März.

„Erste Parole des Königs für die Bürgerwehr: „„Holstein — Bruderhand . . .""

„Die Truppen waren vollständig bereit, loszuschlagen, was natürlich in Berlin nicht verborgen bleiben konnte.

„Front-Rapport: Zur Disposition 19 940 Mann.

„Freitag, den 24. März.

„Die Hauptstadt . .

„Weiter beunruhigende Nachrichten aus Potsdam über das kriegsmäßige Verpacken der Protzen, das Bereithalten von Verbandstücken usw.

„(Alles, was durch Personen aus Potsdam und Spandau hierüber berichtet war, erwies sich daher als vollkommen richtig) . . .

„Die Truppen.

„In Spandau wurde soviel Munition bereit gehalten, als zu einer doppelten Beladung der Protzen für 36 Geschütze nöthig war.

„(Also immer noch offene Auflehnung und Krieg.)

„Es wurden Verbindungen mit den Generalen v. Weyrauch und v. Wrangel angeknüpft.

„Endlich ging am Abend das folgende Schreiben des Generals v. Neumann, an den General v. Prittwitz gerichtet, ein:

„„Ich habe den Auftrag von Seiner Majestät dem König, Sie zu benachrichtigen, daß Allerhöchst Derselbe die Absicht hat, morgen den 25. etwa 11 Uhr Vormittags in Potsdam zu sein und die Offiziere der Garnison, vielleicht auch die von naheliegenden Truppen im Lustgarten zu sprechen. Der König will die Herren beruhigen. Er weiß, daß Sie auch bereits dahin gewirkt haben. — Es ist wahrscheinlich nöthig, daß sich die Herren auf den richtigen Standpunkt stellen. Die Quelle, aus welcher die Stimmung kommt, ist eine sehr edle, aber der wahre Royalismus ist: unbedingter Gehorsam dem Willen des Königs. Ich hoffe, Sie morgen zu sehen usw.

gez. v. Neumann.““

„Für den Augenblick kam diese Benachrichtigung dem Empfänger sehr erwünscht, weil derselbe wiederum von einem hochachtbaren und angesehenen Einwohner der Uckermark in der Art zum entschiedenen Handeln und Eingreifen gedrängt wurde, wie dies bereits früher umständlicher geschildert worden ist. Der General konnte nun mit vollem Recht verlangen, daß die von dem König am folgenden Tage zu ertheilenden Befehle abgewartet würden.

„(Also eine offenbare Auflehnung seitens aller Herren!)

„Sonnabend, den 25. März.

„Ankunft des Königs unter dem Jubel der Einwohner. Die Rede des Königs wird in zwei Versionen nach der Staats- und Vossischen Zeitung wiedergegeben:

„Es werden einige Verschiedenheiten erwähnt und dann wörtlich fortgefahren:

„Die Rede dürfte mit General v. Neumann besprochen sein, wenigstens schien derselbe im Verlauf an eine oder die andere Auslassung zu erinnern. Sie zerfiel in drei Theile:

1. in die Versicherung der Freiheit des Willens und Handelns,
2. in einen Dank an die Truppen gerichtet und Empfehlung versöhnlicher Gesinnungen,
3. in eine Lobrede auf die Berliner Bürgerschaft.

„An den ersten Theil knüpften sich die bereits erwähnten Versicherungen, daß der König aus freiester und vollster Ueberzeugung gethan und gegeben habe, was längst vorbereitet gewesen sei und durch die eingetretenen Ereignisse lediglich und allein beschleunigt worden sei. Das Festhalten an dem Gegebenen und die Nothwendigkeit, an die Spitze der Bewegung in Deutschland zu treten, wurde erwähnt.

„Im zweiten Theil dankte der König den Truppen für ihr Benehmen am 18. und 19. und an den vergangenen Tagen, unendlich mehr aber für die Resignation, die Disziplin und Hingebung, welche sie nach Beendigung des Kampfes und bis zum Abrücken von Berlin bewiesen hätten. Auf seinem Sterbebette werde er diesen Dank noch aussprechen. In der Darlegung einer versöhnlichen Gesinnung seitens der Offiziere werde er einen Beweis der Liebe gegen seine Person erkennen.

„Die im dritten Theile enthaltene Lobrede war stärker und wärmer, als die bereits erwähnten Bekanntmachungen sie schildern. Es leuchtet nicht undeutlich hervor, daß der König die Erhaltung von Krone und Leben der Bürgerschaft von Berlin zu verdanken glaube. — Ob und wann die Truppen nach Berlin zurückkehren würden, sei unbestimmt; es könne u. A. geschehen, um die Kraft der bewaffneten Bürger gegen das Proletariat zu unterstützen. Jedenfalls werde er für einen angemessenen Empfang der Truppen sorgen.

„General v. Prittwitz fährt fort:

„„Diese Rede, namentlich der erste und dritte Theil derselben, machte einen tiefen, aber einen niederbeugenden Eindruck zunächst auf die Offiziere, dann aber auch auf die zahlreiche an dem Bestehenden festhaltende Partei.

„Nach dem ersten Theil mußte Jedermann sich sagen, daß Preußen auf eine baldige Rückkehr zu den monarchischen Formen, unter denen es glücklich gewesen und groß geworden war, nicht, wohl aber lange Jahre hindurch auf die Reibungen und Kämpfe zu rechnen habe, welche der moderne französische Konstitutionalismus noch immer in seinem Gefolge hatte.

„Mit dem dritten Theil der Rede sich vertraut zu machen, wurde den Offizieren sehr schwer, weil sie die Einwohnerschaft von Berlin von einer ganz entgegengesetzten Seite hatten kennen lernen, und weil sie dem früheren Gegner nicht gern ein Verdienst angerechnet sahen, welches er sich, wenn überhaupt doch nur dadurch erwerben konnte, daß ihre Dienste bei Seite geschoben worden waren. Die Aussicht, nur dann in die Garnison zurückzukehren, wenn die Bürger diesen Wunsch ausdrückten, oder nur um dieselben gegen das Proletariat zu unterstützen, schien eine starke Demüthigung in sich zu tragen. Die Offiziere gingen die von dem Marmorsaale in den Lustgarten führende Rampe mit dem Gefühl hinab, das ein begossener Pudel haben mag. . . .““

„Es wird nun gewissermaßen als Kritik des Königs die vom

Kaiser Nikolaus am 16. Mai 1852 an derselben Stelle gehaltene Anrede[76]), ferner ein früheres Schreiben desselben, ebenso zwei Schreiben des Königs von Hannover[77]) gegeben, in deren Mittheilung vom vaterländischen Gesichtspunkte aus eine Absicht liegt, deren Werth kaum eine Bezeichnung zuläßt!! —

„Den Schluß machen die Geldsammlungen, welche für die Truppen im ganzen Lande stattgefunden hatten."

— — — — —

Nachtrag.

Durch die Güte der Kgl. Preußischen Archiv-Verwaltung sind mir nachträglich noch einige Exzerpte aus den Akten des Kgl. Ministeriums des Innern und der Polizei (R 77 D I Acta betr. Volksaufstände Vol. II) zur Verfügung gestellt worden, die ich hierselbst mittheile:

Ein als „sekret" bezeichneter Bericht des Polizei-Inspektors Hofrichter (betreffend „Die Meinungen des hiesigen Publikums rücksichtlich des anhaltenden Unwohlseins Seiner Majestät des Königs und einer bevorstehenden Regierungs-Veränderung", Berlin, den 25. Mai 1840) ergänzt meine früheren Angaben (Vgl. o. S. 270 f.) über die im Heere schon vor 1848 herrschende Stimmung. Es findet sich darin nämlich folgender Passus: „Der Militärstand befürchtet, daß er in Zukunft nicht mehr so bevorzugt und ihm auf Kosten der anderen Stände, wie bisher, eine so ausgezeichnete Aufmerksamkeit zu Theil werden möchte, da der Kronprinz mehr [für ?] Civilbeamte als Militär sein würde."

Wie sich die Spannung zwischen Militär und Bürgerschaft verschärfte, und wie dadurch bei Agitatoren die Hoffnung erweckt wurde, die Einwohnerschaft würde sich zu unbesonnenen Schritten verleiten lassen, ersehen wir aus einem Berichte des Polizei-Direktors Duncker an den Minister des Innern von Bodelschwingh vom [Morgen des] 18. März. Es heißt darin u. A.: „Und doch hatte ich von solchen Leuten, die ich in näherem Verkehre mit Rutenberg, von Holtzendorff und ähnlich gesinnten Personen fand, vorher oft selbst gehört,

---

76) Vergl. v. Gerlach a. O. 764.

77) Vergl. „Berliner Briefe eines preußischen Offiziers aus dem Jahre 1848" in der „Deutschen Rundschau" 27, 420. (Wiederholt in Bd. II, 356 f. der Lebenserinnerungen von J. v. Hartmann.)



wie sie . . . sich tadelnd über die Dummheit der . . . Berliner äußerten und beklagten, daß diese sich den ganzen Weg über an öffentlichen Orten zeigten, um Polizei und Militär von ihrem Vorhaben für den Abend in Kenntniß zu setzen und sich dann ohne bestimmten Zweck und Führer oder Waffen dem Militär als unnütze Opfer darzubieten, — hatte aber auch gehört, wie solchen dann geantwortet wurde: die Fortsetzung der Bewegung ist gut, die einzelnen Opfer schaden der wichtigeren Sache nicht; sie werden ihr im Gegentheile nützen; der Tod so vieler Unschuldigen, welche vom Militär getroffen worden sind, hat auch schon einen großen Theil der hiesigen Bürgerschaft gereizt und umgewandt; hier muß erst die Spaltung zwischen Militär und Bürgerschaft wachsen; hier muß der Soldat selbst fühlen, daß er im Widerstande gegen die Bürgerschaft und gegen die allgemeinen Wünsche des Volkes ein Gegenstand der Verachtung und des Hasses wird. So etwas macht sich bei uns so rasch nicht, das wird aber unausbleiblich kommen, wenn nur erst der gebildetere Theil der roheren Masse sagt: „„Tretet augenblicklich zurück, es sind jetzt der Opfer genug, und wartet nur, bis wir mit Euch vortreten . . . !““

Unter Nr. I dieser Abhandlung habe ich eine Reihe von Zeugnissen dafür beigebracht, daß Bodelschwingh keineswegs mit der Bestimmtheit, wie er n a c h dem 18. März immer behauptet hat, oder vielmehr überhaupt nicht den Ausbruch der Revolution an eben diesem Tage vorhergesehen hat, daß er also auch nicht bei seinen politischen Entschließungen bis zum 18. März, insonderheit nicht bei der Ausarbeitung des berühmten Patentes vom 18. März, unter dem Einflusse der Besorgniß vor einem unmittelbaren Ausbruche der Revolution gestanden haben kann. Ich bin nunmehr in der Lage, noch einen neuen Beleg für die Richtigkeit meiner Ansicht aus den angeführten Akten des Ministeriums des Innern vorzulegen. Es handelt sich dabei um das (mehrfach korrigirte) Konzept einer Depesche Bodelschwinghs an den Regierungspräsidenten von Köln vom Vorabende des Aufstandes; sie lautet in ihrer endgiltig festgestellten Fassung: „Es haben hier an drei Abenden Straßenaufläufe stattgefunden; sie sind aber mit sehr geringer Gewalt unterdrückt und hatten nur den Charakter von Pöbelunruhen. Nur die niedrigste Volksklasse nahm daran Theil; die Bürgerschaft wirkte zur Besänftigung. Seit gestern Abend ist Alles völlig ruhig u n d k e i n A n z e i c h e n d e r E r n e u e r u n g v o r h a n d e n.“

Friedrich v. Gentz und die englische Politik 1800—1814.*)

Von

Paul Wittichen.

Wenige Jahre nachdem England die Unabhängigkeit seiner werthvollsten nordamerikanischen Kolonien hatte anerkennen müssen, brachte es mit Hilfe Preußens dem bourbonischen Frankreich in Holland eine Demüthigung bei, die nach der Bemerkung eines sehr kompetenten Beurtheilers, Napoleons, eine der Ursachen des Sturzes des Königthums gewesen ist, schloß eine Allianz mit Preußen, wies dann alte Ansprüche Spaniens energisch zurück und bereitete zum ersten Mal in seiner Geschichte und wiederum mit Unterstützung durch Preußen eine große kriegerische Aktion gegen Rußland vor, die zwar, durch bisher nicht völlig aufgeklärte Umstände, zum Stillstande kam, deren Einleitung aber doch genügte, um die türkischen Eroberungen Katharinas empfindlich zu beschneiden. Als es dann in den Weltkrieg mit dem um sich greifenden revolutionären Frankreich eintrat, standen die deutschen Großmächte, die noch vor wenigen Jahren in Rüstungen gegen einander sich zu erschöpfen schienen, bereits als geeinte Bundesgenossen seiner Sache auf dem Kampfplatz, nicht ohne daß die englische Diplomatie an der Einigung einen lebhaften Antheil genommen hatte. Diese unerhörte Gunst der Lage, in der Hauptsache eine Folge der Fügungen des Schicksals, das in dieser großen Weltkrise einen der an Charakter und Intelligenz schwächsten französischen Monarchen und den größten englischen Minister gleichzeitig hatte

*) Diese Skizze erscheint mit Unterstützung der Wedekindstiftung in Göttingen. Neben der gedruckten Literatur sind zahlreiche Akten des Londoner Record Office benutzt: der Güte von Lady W. Paget verdanke ich die Kenntnißnahme des Briefwechsels Gentz' mit Sir Arthur Paget, der des Herrn J. B. Fortescue auf Dropmore die Einsicht in unveröffentlichte Theile der Dropmore Papers. Auch Wiener und Berliner Archivalien sind verwerthet. Auf Einzelbelege und Polemik sei hier gestattet, zu verzichten.

regieren lassen, dauerte freilich nicht lange. Die preußische Neutralität beraubte England der wichtigsten, der allein entscheidenden Diversion auf dem Festlande, und die zahlreichen kurzsichtigen Politiker, die in dem Uebergewicht der englischen Industrie und des englischen Seehandels eine größere Gefahr für den Kontinent zu sehen glaubten, als in der territorialen und politischen Expansion der Revolution, gewannen allmälig immer größeren Einfluß auf die Politik der Kontinentalstaaten, bis es schließlich um die Jahrhundertwende zu einer Wiederholung der Seeneutralität von 1780 kam. Zwar blieb sie bei der Bedeutungslosigkeit der französischen Marine seit Abukir weit hinter ihrem Vorbild zurück, aber sie konnte doch der Beginn und das Vorspiel einer wirklichen Koalition gegen England sein. Ein scharfer Beobachter, wie der Genfer D'Ivernois, hat später dem Mangel an ausreichender publizistischer Bekämpfung der revolutionären Prinzipien und der Angriffe gegen England einen Theil der Schuld an der wachsenden kontinentalen Erbitterung gegen den Inselstaat beigemessen. Auch Preußens Austritt aus der Koalition, so meinte er auf Grund seiner Erkundigungen auf einer Reise durch Norddeutschland, sei nur eine Folge des Abfalls des großentheils mit der Revolution sympathisirenden preußischen Volkes gewesen, dem das Kabinet dann habe folgen müssen. Man könnte sagen, D'Ivernois habe den Einfluß der Presse, des geschriebenen Wortes, in jenen Zeiten überschätzt. Aber es unterliegt keinem Zweifel, daß gerade in den absoluten Monarchien damals die Publizistik ungeachtet der sehr lax gehandhabten Zensur allmälig eine Bedeutung als politischer Faktor erlangte, die sie früher nie besaß und die sie mit der Einführung parlamentarischer Institutionen auch wieder verloren hat; denn indem die öffentliche Meinung in diesen eine den Machtverhältnissen oft nicht entsprechende, aber immerhin gesetzliche Konsolidirung fand, war es nur natürlich, daß die Presse mehr oder weniger in das Interesse der Fraktionen gezogen wurde. Kant, der in seinen politischen Schriften in glänzender Dialektik die naturrechtlichen Extreme, Hobbes und Rousseau verband, wußte sehr wohl, was er mit der vollkommenen „Freiheit der Feder" verlangte, die er als einziges direktes „Recht" des Volkes angesehen wissen wollte. Mittelst der Freiheit der Feder sollte den gebildeten Klassen des Volkes seine Theorie des Staatsrechts eingeprägt werden, deren praktische Folgerung eine Uebertragung der revolutionären Gesetzgebung Frankreichs auf Preußen bedeutete. Rousseau hätte dann bald den Sieg über Hobbes davongetragen. Dieser wachsende

Einfluß der Publizistik im absoluten Staat war besonders deswegen so nachtheilig, weil er auswärtigen Regierungen und Parteien ein viel ergiebigeres Feld der Beeinflussung bot, als es die rücksichtsloseste Opposition eines Parlaments je vermöchte. Die leider noch nicht geschriebene Geschichte der französischen Revolutionspropaganda würde auch nach dieser Seite hin gewiß merkwürdige Enthüllungen zu Tage bringen. Natürlich suchte auch die englische Regierung sich publizistische Bundesgenossen auf dem Kontinent zu sichern, und es gelang ihr eben zur Zeit, als die Koalition gegen Frankreich in eine Koalition gegen England umzuschlagen schien, sich einen preußischen Schriftsteller ersten Ranges zu verpflichten, der ihr schon seit Jahren freiwillig und im Gegensatz zu nahezu der gesammten öffentlichen Meinung des Kontinents bedeutende Dienste geleistet hatte, Friedrich Gentz.

Zu Beginn der Revolution waren nicht wenige französische Staatsmänner und unter ihnen einer der einflußreichsten, Necker, von Sympathien für die englische Verfassung geleitet worden. Nachdem aber Burke's ebenso geniales wie wirkungsvolles Werk die Unversöhnlichkeit englischer und französisch-revolutionärer Staatsauffassung, in ihren Konsequenzen dargethan und der Ausbruch des Krieges der Wahrheit seiner Lehre ein neues Relief gegeben hatte, wurde hie England! hie Frankreich! die Losung aller Politiker. Auch Gentz hatte seit 1793 mit seinen Bearbeitungen Burke'scher Schriften, seinen begeisterten Lobreden auf die englische Konstitution versucht, dem deutschen, in den Lehren des Naturrechts ausschließlich befangenen Publikum eine organische Auffassung des Staats näher zu bringen. Er hatte sogar eine Zeitlang eine Konstitution nach englischem Vorbild, zu der in Preußen alle Elemente fehlten, nur im Gegensatz zu den Revolutionstheorien, für wünschenswerth erklärt. Für die englische Politik war er dagegen Anfangs nicht eingetreten; 1794 hatte er sogar für den Frieden mit der Revolution gesprochen. Gelegentlich hatte er es auch für nöthig gehalten, den insularischen Hochmuth eines englischen Staatsmannes zurückzuweisen. So hatte z. B. der Earl Grey im Parlament geäußert, als Kurfürst von Hannover habe Georg III. Subsidien an Fürsten und Staaten in Deutschland zu zahlen, „deren bloße Namen schon so barbarisch sind, daß eine englische Zunge sie nicht auszusprechen im Stande ist". Gentz bemerkte dazu: „In einer solchen Aeußerung eines sonst schätzbaren und talentvollen Mannes liegt doch in der That eine größere Barbarei, als je in einem deutschen, englischen oder schottischen Namen liegen

kann." Noch 1796, in einer Bearbeitung von Burke's Brief an einen edlen Lord, verwahrte der Verfasser sich ausdrücklich gegen jede Identifizirung seiner Ansichten mit Burke's grimmiger Aufforderung zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Revolution; ohne die Wahrscheinlichkeit eines günstigen Erfolges, meinte er, werde er nur andere Länder durch gänzliche Erschöpfung ähnlichen Revolutionen entgegenführen; und die Friedenspräliminarien von Leoben begrüßte er mit den Worten, daß jetzt Aussicht auf Erfüllung des Wunsches der Frau von Staël sei, „daß dieses Frankreich gerettet werde", nämlich durch Wiederherstellung einer geordneten Verwaltung und Restaurirung der Finanzen. Aber allmälig änderte sich seine Haltung, wie zeitweise auch die der preußischen Regierung, nachdem Friedrich Wilhelm III. den Thron bestiegen hatte. Der junge König war zur Zeit von Napoleons ägyptischem Abenteuer mehrmals nahe daran, der Koalition beizutreten, und das historische Journal, das Gentz 1799 und 1800 mit Unterstützung der Regierung herausgab, bekämpfte nicht nur die Revolution, sondern machte auch ganz offen Propaganda für die englische Politik. In einem Aufsatz dieser unvergleichlichen politischen Zeitschrift entwarf Gentz ein ausführliches Bild der Pitt'schen Finanzverwaltung, die nach der sonderbaren Behauptung französischer Publizisten zum Ruin Englands führen mußte. Sein Vetter Ancillon übersetzte ihn ins Französische, und Gentz übersandte das Werk an Lord Grenville, den englischen Staatssekretär des Auswärtigen — mit dessen Schwager, dem Gesandten in Berlin, Lord Carysfort, war er seit einiger Zeit bekannt —, mit der Bitte, es Georg III. vorzulegen. Der König bezeugte ihm seinen Dank in Gestalt des damals üblichen Geldgeschenks, und Lord Grenville schrieb ihm einen Brief, in dem die Worte vorkamen: „ich kann mit der vollsten Wahrhaftigkeit sagen, daß es hier wenig Personen giebt, und zwar unter denen, die sich mit den Staatsgeschäften befassen, die im Stande wären, ein solches Tableau zu verfassen." Diese erste Anknüpfung mit der englischen Regierung führte bald zu näherer Verbindung, und im November 1800 sandte Gentz zwei Denkschriften nach London, deren erste den Zustand der öffentlichen Meinung auf dem Kontinent und die England drohenden Gefahren schilderte; in der zweiten bot er sich an, seine publizistische Thätigkeit zu Gunsten Englands nunmehr mit englischer Unterstützung fortzusetzen, nachdem die preußische Politik wieder endgiltig zur Neutralität zurückgekehrt war und sein Journal ferner nicht mehr unterstützen wollte. Das dominirende Prinzip der europäischen

Politik, so führte er aus, sei gegenwärtig die Eifersucht auf die Macht Englands. Der Enthusiasmus für die Revolution sei offenbar im Schwinden begriffen, gleichzeitig aber auch die Furcht vor ihren Ausartungen und ihrer Waffengewalt. Die Freunde des revolutionären Systems seien zwar immer noch standhafte, aber doch recht kalte Liebhaber geworden, und seine Gegner setzten den Kampf nur mit Gleichgiltigkeit fort. Jedermann überlege, wie er sich zu der konsolidirten Revolution stellen solle. Man werde zwar Freude empfinden, wenn der Usurpator falle, aber zur positiven Aktion gegen seine Regierung wolle man sich nicht herbeilassen. „Das Gefühl des Rechts und Unrechts, der Abscheu vor dem Verbrechen, das Bedürfniß einer berechtigten Rache, die Ehrfurcht vor dem, was ehemals heilig unter den Menschen war, die Loyalität, die Scham, — alle edlen Gefühle des Herzens sind verschwunden. Der Enthusiasmus hatte die Revolution erzeugt; auch er ist im Grabe aller starken Leidenschaften untergegangen, und Feigheit und Egoismus sind die Eigenschaften, die die Revolution konsolidirt und verewigt haben." Die öffentliche Meinung habe sich jetzt ein anderes Objekt des Hasses ausgesucht und sich gegen England gekehrt; die Quellen dieser Erbitterung seien einmal die „absurden ökonomischen Vorurtheile in Bezug auf den Reichthum und die industrielle Superiorität Englands", und dann der thätige Antheil, den England an dem Kampf gegen die Revolution genommen habe. England dürfe die Bedeutung dieses allgemeinen Hasses nicht unterschätzen. Ein despotischer Staat, auf die Maxime oderint dum metuant gebaut, könne sich das erlauben, aber nicht England. Der Haß beschränke sich nicht etwa auf die Regierten und einflußreichen Privatleute; vielmehr sei kein Zweifel, daß er von fast allen leitenden Staatsmännern, Diplomaten und Staatspublizisten getheilt werde. Gentz fordert daher die englische Regierung auf, nicht nur auf materielle Abwehr zu denken, sondern auch publizistisch ihre Politik zu vertheidigen. Er erzählt, daß sein politisches Journal auf einen ungewöhnlichen Widerstand gestoßen sei. Der Minister Graf Schulenburg, auf dessen Betreiben er es unternommen habe, habe ihn zuletzt nur noch mit Mühe gehalten, und bei der offenbaren Aussichtslosigkeit des Unternehmens habe er sich schließlich verpflichtet gefühlt, den Minister zu bitten, sich nicht mehr weiter für ihn zu kompromittiren. Wenn aber die englische Regierung die ihm bisher von der preußischen gewährte Unterstützung zusage, so werde er das Journal in anderer Gestalt fortsetzen. Daß er nicht gegen seine Ueberzeugung schreiben werde, werde man

in England wohl wissen. Lord Grenville zögerte natürlich nicht, auf die Vorschläge Gentz' einzugehen, und der preußische Kriegsrath schloß sein Bündniß mit der englischen Regierung. Man würde irren, wenn man glaubte, daß Gentz diese Verbindung in den Augen der Zeitgenossen, die darum wußten — und wer wußte nicht darum? — geschadet hätte. Man tadelte sein verschwenderisches Leben, das ihn in fortwährende Schulden stürzte, und seinen Vorgesetzten einen trefflichen Grund gab, ihn aus seiner unbedeutenden Stellung beim Generaldirektorium nicht emporsteigen zu lassen. Aber die Verbindung mit einer fremden Regierung erregte um so weniger Anstoß, als man die Kühnheit bewunderte, mit der er seit Jahren der herrschenden Strömung Widerstand leistete. Jeder Minister und Diplomat, jeder „handelnde Staatsmann" hatte damals die Möglichkeit, ohne viel an Autorität zu verlieren, seine Prinzipien langsam umzugestalten, wenn die Machtverhältnisse es verlangten. Gentz hatte seine Grundsätze mit aller Schärfe vor der Welt verkündigt; ob die Revolution nun siegreich blieb und alles verschlang, oder ob Europa sich zu nachhaltigem Widerstand erhob, ohne ehrlos zu werden, konnte er seine Ansichten nicht verleugnen. Wie nun die ersten Militärmächte, sobald sie sich zum Kriege gegen Frankreich anschickten, in der Londoner Treasury ihren unentbehrlichen Stützpunkt fanden, so galt diese auch Frankreichs individuellen Gegnern als der sicherste Hafen, von dem aus sie ihre Kreuzfahrten unternehmen konnten. Unter den Emigranten, die England erhielt, befanden sich einige der ersten Köpfe Frankreichs, und der Korse Pozzo di Borgo war, wie Gentz in der Folgezeit, lange Jahre hindurch Agent der englischen Regierung. Solange die englischen und europäischen Interessen Hand in Hand gingen — und das war so lange der Fall, als die Gefahr der Universal-Revolution oder -Monarchie bestand —, hatte dieses Verhältniß, nach damaliger Anschauung, nichts schlechthin Verwerfliches. Minister konnten freilich solche Parteigänger schwerlich werden.

Einige Monate nach seiner Verständigung mit Lord Grenville veröffentlichte Gentz sein schon lange vorbereitetes Werk „Ueber den Ursprung und Charakter des Krieges gegen die Revolution". In dieser gedankenvollen Rechtfertigung und Kritik der Koalitionskriege polemisirte er an mehreren Stellen mit großer Schärfe gegen die preußische Neutralität der letzten Jahre. Die österreichische Politik schonte er aber ebenso wenig. Das Ziel, das er der europäischen Politik stellte, war eine energische Offensive der

beiden deutschen Großmächte im Bunde mit England und zwar unter theilweiser Anwendung der Mittel, die Frankreich zu seinen Erfolgen verholfen hatten: Preußen solle eine provisorische Diktatur über die norddeutschen Staaten, wie sie durch die Demarkationslinie vorbereitet war, Oesterreich über die süddeutschen übernehmen, Kriegssteuern und Anleihen — selbst die Pitt'sche Einkommensteuer hatte Gentz trotz aller Vorliebe für die indirekten Steuern als Mittel zum Kriege gebilligt — sollten neben englischen Subsidien den nervus rerum der Koalition bilden. Auch wies er in diesem Werke noch einmal die Behauptung zurück, daß England den Krieg von 1792 veranlaßt habe. Von größerer Bedeutung für die englische Regierung war das zweite Werk, das er unmittelbar darauf, nach dem Abschluß des Lunéviller Friedens, erscheinen ließ: „Vom Zustand Europas vor und nach der Revolution", eine Widerlegung eines mit großem Talent und Sachkenntniß, vornehmlich gegen die englische Politik gerichteten Buches des französischen Staatspublizisten Grafen Hauterive, desselben, dem in späteren Jahren die fachmännische Ausbildung der jungen französischen Diplomaten anvertraut war, und Vertrauensmanns aller französischen Minister des Auswärtigen. Die Schrift Hauterive's hatte, unter häufiger Polemik gegen Gentz' frühere Arbeiten, jene, noch heute gelegentlich mit andrer Begründung auftretende These durchgeführt, daß eine einzelne Macht durch ihr Uebergewicht Europa eine haltbare Föderativverfassung geben und garantiren müsse, nachdem die alte durch das Aufkommen Preußens und Rußlands und die koloniale Entwicklung Englands vollkommen zerstört worden sei. Diese Macht könne, wie zur Zeit des nach Hauterive im europäischen Interesse geschlossenen westfälischen Friedens, nur Frankreich sein. Denn England benutze seine Machtstellung nur, um den Kontinent wirthschaftlich auszusaugen und zu seinen politischen Zwecken zu mißbrauchen. Gentz war bei seiner Arbeit von dem General Stamford, einem damals ungemein thätigen oranisch-englischen Diplomaten, unterstützt worden. Er wies dem Franzosen nach, daß die Vermehrung der großen Mächte, weit entfernt, große Zerrüttungen im Gefolge zu haben, im Gegentheil mit einer einzigen Ausnahme dem Bestand der mittleren und kleineren Staaten förderlich gewesen sei, daß also selbst von diesem Standpunkt aus die Hegemonie einer einzelnen Großmacht sehr überflüssig sei; daß vielmehr Frankreich allein durch seine Uebermacht die Sicherheit und die selbständige innere Entwickelung aller Staaten bedrohe; die industrielle und Handels-

suprematie Englands und sein mächtiger Kolonialbesitz möge wohl für einige Länder von wirthschaftlichem Nachtheil sein, aber die territoriale und politische Unabhängigkeit europäischer Staaten gefährde sie nicht und könne sie gar nicht gefährden. Diese wirthschaftliche Machtstellung Englands möge durch Reformen im Innern der Kontinentalstaaten, durch Hebung ihrer eigenen Industrie vermindert werden; ein Angriff auf die Lebensquellen Englands, die direkte Schwächung seiner produktiven Kräfte werde nur dem schon jetzt übermächtigen Frankreich Gewinn bringen, freilich auch diesem nur vorübergehenden; denn Frankreich selbst werde auf die Dauer von seinem unerhörten Wachsthum keinen Nutzen ziehen. „Nie wird dem Staate", ruft er prophetisch aus, „der das Gleichgewicht in Europa zerstört, ein wesentlicher und bleibender Lohn, oder auch nur der ruhige Genuß der Früchte seiner Unternehmungen zu Theil werden. Er vergeht in seiner unnatürlichen Fülle und die Trümmer, mit welchen er sich umgab, schütten früher oder später seine eigenen Lebensquellen zu." Es war die Superiorität der politischen über die wirthschaftlichen Gesichtspunkte, die Gentz in diesen Sätzen leitete, jener Grundsatz aller wahren Staatsmänner, der in langen Friedenszeiten so leicht in Vergessenheit geräth.

Hinter diesen das Wesen der Sache treffenden Angriffen auf Frankreich stand jetzt nicht mehr die preußische Regierung, die mit dem Anschluß an die Seeneutralität und der Besetzung Hannovers vielmehr offen ins französische Lager übergegangen war. So machte jetzt auch die Zensur Gentz zum ersten Mal Schwierigkeiten und verurtheilte den Verleger des Werkes gegen Hauterive zu einer erheblichen Geldstrafe, die erst im Gnadenwege erlassen wurde. Die französische Regierung scheint versucht zu haben, Gentz' Ausweisung aus Preußen zu erlangen. Wenigstens meldete Lord Carysfort nach London, Gentz und Stamford würden möglicherweise gezwungen werden, nach England überzusiedeln. So weit ging aber die Rücksichtnahme auf Bonaparte in Berlin doch noch nicht; Gentz blieb noch vorerst und setzte im Einvernehmen mit den zahlreichen Gegnern Lombards und Haugwitz' seine Opposition gegen ihre Politik fort. Seine Publizistik erreichte freilich in diesem Jahr ein vorläufiges Ende: auf den Lunéviller Frieden folgten die Präliminarien des Friedens von Amiens. Gentz hat seitdem Jahre lang nichts mehr für die Oeffentlichkeit, wenigstens für die des Kontinents, geschrieben; erst der Ausbruch des dritten Koalitionskrieges vermochte ihn noch einmal zu dem Entschluß, sich mit politischen Schriften an das große

Publikum zu wenden. „Der Vertrag von Amiens", bemerkte er später einem englischen Freunde, „hat meine Feder paralysirt. Ich kann keine Zeile über die politischen Angelegenheiten schreiben, ohne von diesem Vertrag zu reden, und davon zu reden, heißt für mich dasselbe, wie die Personen angreifen, die dies unglaubliche Denkmal der Thorheit und Schwäche unterzeichnet haben. Ich will nun aber ein für alle Mal kein englisches Ministerium angreifen, es sei wie es wolle, weil ich nicht die Blöße des einzigen Staates aufdecken will, an den die Geschicke Europas geknüpft sind." Mit dieser Verurtheilung des Friedens stimmten in England nur wenige, aber gewichtige Staatsmänner und Politiker überein. Lord Grenville, der eigentliche Lenker der auswärtigen Politik Englands von 1791 bis 1801, Windham, einer der Führer der Whigsezession von 1792, und in Verbindung mit ihm der ebenso skrupellose wie glänzend begabte Journalist Cobbett waren die Einzigen, die sich der dem Frieden günstigen, öffentlichen Meinung entgegenstemmten. Pitt selbst lieh dem Ministerium Addington Anfangs seine kostbare Unterstützung und ging erst spät zu einer anderen Haltung über. Addingtons Papiere*) gewähren über die Zwecke des Friedensschlusses genügenden Aufschluß. Er war in erster Linie als Ruhepause gemeint, die benutzt werden sollte, um die Finanzen zu restauriren. Wenn sich unterdessen herausgestellt haben würde, daß Bonaparte sich mit der errungenen Machtstellung begnügen wollte, dann wäre nach den Absichten Addingtons die Ruhepause vielleicht in einen dauernden Frieden verwandelt worden. Durch eine Friedensperiode, und war sie auch noch so kurz bemessen, wurde auch den Vorwürfen kontinentaler Staatsmänner die Spitze abgebrochen, die in England und nicht in Frankreich den Störenfried und Bedrücker der Welt zu sehen vorgaben. Die Bedingungen des Friedens athmeten denselben Geist: Endgiltige Festsetzungen waren sie nicht. Die Masse seiner kolonialen Eroberungen gab England nur heraus, weil es mit Recht erwartete, mittelst der Ueberlegenheit seiner Flotte sie jederzeit wieder in Besitz nehmen zu können. Denn selbst für eine Macht wie Frankreich mit seiner einzigartigen geographischen Lage war die gleichzeitige Bewahrung einer dominirenden Festlandsstellung und einer mit England konkurrirenden Kolonialpolitik unmöglich. Der schärfste Gegner Addingtons, Windham, hat später einmal seinem alten Gegner selbst bekannt, daß die Ruhepause von zwanzig Monaten für England doch

*) In: Pellew, Life of Lord Sidmouth.

von großem Werth gewesen sei. Es scheint nicht, daß Gentz je zu dieser Ansicht gekommen ist. Hatte er doch auch Gelegenheit, die geringen persönlichen Fähigkeiten des Ministers am Orte selbst zu studiren, als er sich in den letzten Monaten des Jahres 1802 in London aufhielt. An dieser Reise hatte wohl die Absicht, sich mit dem Kabinet Addington mündlich auseinanderzusetzen, ebensolchen Antheil, als der Wunsch, das Land seiner politischen Bewunderung kennen zu lernen. Es wurde ihm in England eine Aufnahme zu Theil, die die fremden Diplomaten in Verwunderung setzte. Der König wünschte ihn bei Hofe zu sehen und die bedeutendsten Politiker beider Parteien seine Bekanntschaft zu machen. Pitt freilich, der sich, schon damals körperlich leidend, in Bath aufhielt, sah er nicht, war aber vielleicht nicht unbetheiligt an den gerade in jene Zeit fallenden gewaltsamen Versuchen Cannings, ihn zur Uebernahme des Ministeriums zu bewegen. Mit den Ministern erneuerte Gentz das Abkommen, das er vor zwei Jahren mit Lord Grenville geschlossen, und man darf ihn für die Folgezeit als Agenten Englands bezeichnen, freilich einen völlig unabhängigen und durchaus nicht geheimen, der ohne Instruktionen nach eigenem Ermessen die Interessen Englands auf dem Kontinent wahrnahm, und gewiß den fähigsten und praktischsten, den England in dieser Weltkrise besessen hat; Pozzo di Borgo war er nach der Meinung englischer Staatsmänner weit überlegen. Statt publizistisch die Interessen Englands zu vertreten, arbeitet er von nun an als Führer und Berather aller England-freundlichen Gruppen auf dem Kontinent, unterstützt die englischen Diplomaten durch Nachrichten und Rathschläge und richtet selbst umfassende Denkschriften über die politische Lage nach London, von denen eine kleine Anzahl erhalten ist. Eine solche Thätigkeit wäre für ihn in Preußen ebensowenig denkbar gewesen, als die Fortsetzung seiner oppositionellen Schriftstellerei, nachdem die Zensur ihm die erste Verwarnung hatte zu Theil werden lassen: schon vor der Londoner Reise war er aus preußischem in österreichischen Staatsdienst übergetreten. Nicht als ob die politische Richtung des preußischen Kabinets der unmittelbare Anlaß zu diesem Schritt gewesen wäre, er wäre vielleicht noch länger im preußischen Dienst geblieben und hätte seine heftige Opposition gegen die Neutralitätspolitik fortgesetzt, wenn ihm nicht seine Schulden über den Kopf gewachsen wären. Auch wünschte er schon lange, sein Amt als Kriegsrath beim Generaldirektorium mit einer Stellung im Dienste des auswärtigen Amtes zu vertauschen. Haugwitz oder andere Gegner hatten aber diesem Wunsch stets un-

überwindliche Hindernisse zu bereiten gewußt. So trafen persönliche und politische Verhältnisse zusammen, um den preußischen Staat eines politischen Kopfes ersten Ranges zu berauben. Gentz war sich darüber klar, daß die österreichischen Staatsmänner, die Colloredo, Cobenzl, Collenbach, seinen politischen Ansichten kaum mehr geneigt seien, als die Lombard, Beyme und Haugwitz. „Bei diesen schwachen, unwissenden, unfähigen Nullen, die diesen Staat regieren oder vielmehr verderben“, schrieb er später von Wien aus an Lucchesini, „konnte ich nicht in wichtigen Angelegenheiten verwendet werden oder hoffen, daß meine Rathschläge den geringsten Erfolg haben würden.“ Auch der Kaiser Franz war ihm wenig geneigt. Aber er gewann in Wien eine angesehenere Stellung als kaiserlicher Rath, hatte dabei wenig Verpflichtungen übernommen und konnte, was für ihn das Wichtigste war, seine Verbindung mit England fortsetzen, die er beim Eintritt in den österreichischen Dienst offen anzeigte. Dem jugendlichen englischen Gesandten, Sir Arthur Paget, stand er als diplomatischer Mentor zur Seite; wir werden später sehen, in welchem Sinne; die Depeschen Pagets sind manchmal nur eine wörtliche Uebersetzung Gentz'scher Denkschriften über die politische Lage. Ohne den bedeutenden Talenten Pagets zu nahe zu treten, schrieb Gentz nach London, müsse er doch sagen, daß er als Engländer zu sehr in Vorurtheilen befangen sei, um immer in das Wesen der verwickelten österreichischen Verhältnisse einzudringen.

Von London hatte Gentz die Ueberzeugung mitgenommen, daß der Friede zwischen England und Frankreich nicht lange mehr dauern werde. Im Mai 1803 brach der Krieg von Neuem aus; wie Addington kurz und durchaus treffend sagte, „weil es nicht möglich war, mit Frankreich im Frieden zu leben“. Alle diejenigen, welche in einem längeren Friedenszustand die Konsolidirung und weitere Verstärkung der französischen Uebermacht erblickten, mußte die Wiederaufnahme des Krieges durch England mit Freude erfüllen. Hatte doch Napoleon die kurze, seit dem Lunéviller Frieden verflossene Zeit benutzt, Holland und die Schweiz seinem Einflusse völlig zu unterwerfen, Piemont dem Gebiete der Republik einzuverleiben, Maßregeln, von denen in früheren Zeiten jede einzelne genügt haben würde, einen europäischen Krieg zu entfesseln. Nach Gentz' Meinung mußte England nun aber auch der schreckenerregenden friedlichen Offensive Frankreichs seinerseits die Offensive gegenüberstellen. Schon das englische Manifest war ihm zuwider. Die diplomatischen Redensarten von Rüstungen des Gegners, die Berufung auf den Lunéviller

Frieden, den England nicht mitunterzeichnet, und auf den Frieden von Amiens, den England selbst nicht gehalten hatte, erschienen ihm lächerlich. Noch schwächlicher fand er die Führung des Krieges. Er zog später einmal eine Parallele zwischen der Wiederaufnahme des englischen und des österreichischen Krieges, 1803 und 1805. „Nicht zufrieden," sagt er darin von dem Ministerium Addington, „dem Krieg in ihren Manifesten den Charakter genommen zu haben, haben sie es auch in ihren Maßregeln gethan! Anstatt ohne Verzug Frankreich entscheidende Schläge beizubringen (oder ihren Krieg etwas später zu erklären, wenn sie nicht genügend vorbereitet waren), haben sich die englischen Minister damit abgegeben, ihr Land zu befestigen, eine Miliz zu bilden, deren sie sich nie zu Offensivoperationen bedienen können, vom Morgen bis zum Abend davor zu zittern, dieselben Franzosen, deren Anwesenheit in Mailand, Turin, Neapel, Holland, Aegypten man so gerne verhindert hätte, an den eigenen Küsten landen zu sehen." Addington war freilich nicht der Mann, die heroische Politik zu ergreifen, die Nelson während des Friedens einmal in öffentlicher Versammlung predigte, jedes Schiff, jeden regulären Soldaten aus dem Königreich zu entsenden und die Nation allein durch die Tapferkeit ihrer zurückbleibenden Söhne beschützen zu lassen. Aber wohl nur wenige Staatsmänner hätten es gewagt, ohne kontinentales Bündniß eine solche Politik auf sich zu nehmen. Selbst Pitt hätte gewünscht, den Krieg noch länger zu vermeiden, um ihn dann im Bunde mit den Kontinentalmächten offensiv zu führen. Addington hielt im Gegensatz dazu bei dem damaligen Zustand des Kontinents eine Koalition für unmöglich, und in diesem einen Punkte stimmte Gentz allerdings völlig mit ihm überein. In einem Briefe, den er gleich nach dem Sturz des „Doktors" an ihn richtete, gab er ihm in dieser Hinsicht eine Art Ehrenerklärung, die noch sein Biograph zu seiner Rechtfertigung verwerthet hat. „Unter den Umständen, in denen sich die Kontinentalmächte unglücklicher Weise alle befinden, hätte sie nichts, ganz und gar nichts, auch nur zum geringsten Einvernehmen unter einander oder mit Ihrer Regierung bewegen können, ganz zu geschweigen von einem System des Widerstandes und der Energie gegenüber dem gemeinsamen Feind." Ein Wort des Bedauerns über seinen Sturz sprach er Addington aber nicht aus, vielmehr beglückwünschte er ihn dazu, daß er dem Privatleben wiedergegeben sei. Von Pitt erwartete er, was nach Bonapartes Annahme des Kaisertitels noch dringender nothwendig schien, energische Offensive Englands zur See und zu Land, und eine vorsichtige Vor-

bereitung eines allgemeinen kontinentalen Widerstandes, zu dessen Leitung Addington weder die Fähigkeiten noch die Autorität besaß. Am 17. Juni 1804 schrieb er an Pitt, indem er ihn bat, von seinem Memoire über Bonapartes Usurpation des Kaisertitels Kenntniß zu nehmen: „Ein Hoffnungsstrahl erleuchtet in diesem Augenblick die tiefen Finsternisse, in denen seit einigen Jahren so viele einst unabhängige, glückliche und ruhmvolle Nationen schmachten. Europa, unter das schimpflichste Joch gebeugt, das es je getragen, erhebt sich, athmet auf bei Ihrem Namen, auf Sie richtet es seinen Blick, von Ihnen erwartet es — vielleicht nicht seine Befreiung (denn kann es die noch hoffen?) — aber wenigstens irgend welche Schranke gegenüber den unberechenbaren Fortschritten der Tyrannei seiner Bedrücker. Und wenn wir auch das Recht, an eine glückliche Zukunft zu denken, verloren, wenn wir durch die Feigheit und Schwäche aller unserer kontinentalen Regierungen, unsere eigene Verblendung, die ungeheure Verderbtheit unserer Grundsätze und die völlige Entartung unseres öffentlichen Geistes unser Unglück verdient haben sollten, so verweigern Sie der kleineren Zahl derer, die in dieser tödtlichen Krise aufrecht geblieben sind, nicht einen Platz in Ihren großen Gedanken! Trösten Sie uns über unsere Niederlagen durch Ihre Siege, über unseren Fall durch Ihre Größe!" Wo er auch könne, fügt er hinzu, werde er für Englands und damit für Europas Interessen arbeiten. In diesem Briefe ist der Pessimismus deutlich ausgedrückt, der Gentz seit dem Mißlingen der zweiten Koalition innewohnte. Im Grunde glaubte er nicht an eine baldige Erfüllung aller der Bedingungen, deren absolute Unerläßlichkeit für eine dauerhafte Zurückweisung Frankreichs die Grundlage aller seiner politischen Berechnungen bildete. Die obersten und wichtigsten waren ihm, wie er schon im „Revolutionskrieg" auseinandergesetzt hatte, die Erhaltung von Englands Machtstellung und eine vollständige und rückhaltlose Vereinigung der Kräfte Preußens und Oesterreichs. Rußland dagegen sah er mit mißtrauischen Blicken an. Rußland durfte nach seiner Meinung nie die erste Rolle in einer Koalition spielen; für das Beste hielt er es, wenn man es zu neutralisiren versuche, im anderen Fall dürfe es nie mehr als Hilfsmacht sein. Schon schwebte ihm die Möglichkeit einer ernsthaften Erneuerung des französisch-russischen Einvernehmens vor, wie es der wahnsinnige Zar versucht und sein Nachfolger zeitweise fortgesetzt hatte: war doch die grauenhafte deutsche Territorialrevolution nach dem unwiderstehlichen Machtspruch Frankreichs und Rußlands vor sich gegangen. In

diesen Grundvorstellungen bewegten sich auch die positiven Vorschläge, die er nach England gerichtet hat. Im Oktober 1804, als Pitt bereits die einleitenden Schritte zur dritten Koalition gethan hatte, erklärte er eine Koalition unter den herrschenden Umständen für unmöglich, und wenn sie unternommen werde, für unheilvoll. Er wandte sich gegen die in England verbreitete Meinung, daß eine Diversion an und für sich, mit welchem Resultat auch immer, ein Vortheil für England sei. Eine unglückliche Diversion werde vielmehr die geringen Chancen eines allgemeinen europäischen Widerstandes vernichten, der allein mit Bonaparte werde aufräumen können. Als Vorbedingung für jede weitere Maßregel verlangte er den Sturz des österreichischen und die Umgestaltung des russischen Ministeriums. Ohne die Erfüllung derselben, führte er aus, seien alle Anstrengungen von vornherein zur Erfolglosigkeit verdammt. Wir wissen nicht bestimmt, ob er in Petersburg an Stelle des Fürsten Czartoryski, dessen Pläne zur Herstellung Polens dem Hauptzweck des Widerstands gegen Frankreich direkt widersprachen, lieber den Grafen Panin oder den Grafen Rasumowski gesehen hätte; an Stelle Cobenzls schlug er zunächst den Fürsten Trauttmannsdorff vor, der 1801 als provisorischer Leiter der auswärtigen Politik eine Verständigung mit Preußen versucht hatte. Nach diesen Personalveränderungen solle England zunächst zur Herstellung eines Defensivsystems der großen Mächte schreiten. In erster Linie müsse es sich um Vereinigung Oesterreichs und Preußens mit England handeln. Nur wenn kein Mittel unversucht gelassen sei, diese Verbindung herbeizuführen, dürfe England an die zweite Möglichkeit herangehen: eine englisch-russisch-österreichische Allianz. Pitt scheint zwar die Rathschläge Gentz', mit denen die Sir Arthur Pagets völlig übereinstimmten, zeitweise sehr gewürdigt zu haben; während der Londoner Vorverhandlungen mit dem Bevollmächtigten und Freunde Alexanders, Nowosilzoff, äußerte er Ansichten, die ihnen durchaus entsprachen. Schließlich aber kam es ihm darauf an, nur möglichst rasch eine Koalition ins Werk zu setzen. Er versuchte weder ernsthaft, das Ministerium Cobenzl zu stürzen, noch das russische Kabinet zu reformiren, und ging ganz von dem Bündniß mit Rußland aus, in dessen Hände er die Verhandlungen, sogar die pekuniären, mit Oesterreich ließ. Oesterreich, das als der nächste Gegner Napoleons die erste Rolle hätte spielen sollen, wurde in eine traurige Sekundärstellung herabgedrückt. Pitt zeigte sich auch dem unglückseligen Gedanken nicht abgeneigt, den

Gentz ebenso wie Paget aufs Schärfste bekämpfte, Preußen durch Drohungen oder Gewaltmaßregeln zum Beitritt zu bewegen. Alle diese Fehler zusammengenommen, haben nach Gentz' Ansicht, die die Geschichtsschreibung nur bestätigen kann, die Katastrophe von 1805 herbeigeführt, und er hat dies auch dem englischen Minister gegenüber mit der größten Schärfe ausgesprochen. Er wurde freilich von den Koalitionsverhandlungen ebensowenig wie der englische Gesandte selbst, unterrichtet, da sie ausschließlich über Petersburg geführt wurden; als er die wahre Sachlage der Dinge erfuhr, fand er die Koalition mit all ihren Mängeln geschlossen, und den Krieg vor der Thür. Unmittelbar vor seinem Ausbruch schrieb er noch die prophetischen Worte nach London: „Sie lassen den Kontinentalkrieg beginnen, ohne das österreichische Ministerium gewechselt und ohne vorher den König von Preußen gewonnen zu haben! Sie werden in kurzer Zeit diese zwei Kapitalfehler bereuen! Sie glauben, daß die Russen Sie für Alles entschädigen werden! Noch vor Februar nächsten Jahres werde ich mir erlauben, Ihre Rechnungen zu revidiren, und wir werden dann sehen, was Sie gewonnen haben. Der Krieg kann nicht glücklich sein, das Gebäude ist von Grund aus fehlerhaft!" Nicht geringere Sorge als die Mängel der neuen Koalition machte ihm die Schwäche des Pittschen Ministeriums. Der große Mann hatte durch seine Zurückhaltung während der Friedensperiode die Autorität über die parlamentarischen Gruppen verloren, die er in früheren Jahren zur Zeit seiner großen Erfolge mit einer Art absoluter Gewalt beherrschte. Zu der mächtigen Opposition der Grenvilles und Fox' war im Juli 1805 noch die Addingtons hinzugekommen, so daß seine Stellung zeitweise ernstlich gefährdet war. In diesem Zusammenhang schrieb ihm Gentz am 17. August 1805: „Die Ereignisse in England haben meine Seele mit Bitterkeit und Trostlosigkeit erfüllt. Aber so lange ich den erhabenen und unsterblichen Namen Pitt an der Spitze der Geschäfte Großbritanniens sehe, werde ich nicht verzweifeln. Verlassen Sie nicht das Vaterland, verlassen Sie niemals Europa, rufe ich Ihnen in furchtbarem Angstgefühl zu, das mich schon bei dem bloßen Gedanken ergreift, daß Ihre Feinde Ihnen schließlich das Ministerium verleiden könnten! Dieser Moment würde der des Sturzes von England sein. Seien Sie mächtig! seien Sie unverwundbar! bleiben Sie bis zu Ihrem letzten Seufzer das letzte große Werkzeug, das die Vorsehung sich bewahrt zu haben scheint, um die Vernichtung alles dessen, was bisher den Reiz und den Ruhm Europas gemacht hat, abzuwenden — nein!

das vermag ich nicht mehr zu hoffen — aber um sie so lange vielleicht aufzuhalten, als die Freunde des alten Systems noch am Leben sind.“ Pitt hielt sich bis zu seinem Tode im Amte, aber nur um die furchtbaren Folgen seiner Versäumnisse und Fehler zu erleben. Einige Wochen nach Ausbruch des Krieges trat bereits die erste Katastrophe ein. Mack, der schwache, schwankende, stets lavirende und kapitulirende Charakter, wie Gentz ihn einmal im Mai genannt hatte, dem man die Armee in Deutschland anvertraut hatte und der in England eine schon damals auffallende Beliebtheit genoß, Mack kapitulirte wirklich. Gentz' Pessimismus war nur allzu tief begründet gewesen. Aber Goethes Wort von der Pflicht der Verzweiflung gilt nicht für den ernsthaften Politiker, und so suchte auch Gentz den sinkenden Muth der Gegner Napoleons nach Kräften aufrechtzuerhalten. Er schrieb nach England, er erwarte, daß England sich durch diesen ersten Unfall von einer nachhaltigen moralischen und pekuniären Unterstützung Oesterreichs nicht werde abbringen lassen. Freilich, das erste Objekt des Feldzugs, den Krieg an und über den Rhein zu tragen, sei verloren. Die Gesammtlage aber sei, materiell genommen, doch noch eine unendlich aussichtsvollere, als sie seit dem Baseler Frieden je gewesen sei: nicht nur Oesterreich und Rußland waffenstarrend, sondern vor Allem jetzt auch Preußen auf dem Punkte, sich ihnen beizugesellen, und England selbst unbesiegt zur See. In dieser Lage dürfe aber der Charakter des Krieges, als eines offensiven nicht verdunkelt werden: England müsse eine Expedition nach dem Kontinent senden, und Preußen zum Angriff auf Holland und Belgien schreiten. Nicht der status quo dürfe Zweck des Krieges werden, sondern die militärische Befreiung Italiens, die Unabhängigkeit Hollands und der Schweiz. Um Preußen völlig zu gewinnen, dürfe man sogar nicht davor zurückschrecken, ihm die Theilung Deutschlands mit Oesterreich anzubieten. „Denn es ist noch tausendmal besser,“ ruft er aus, „Europa unter eine gewisse Zahl großer Mächte getheilt, als es durch eine einzige beherrscht und tyrannisirt zu sehen.“ Wie zur Illustration des Abstandes, in dem sich diese Anschauungen von denen der österreichischen Minister befanden, kam es bereits im November zu Friedensverhandlungen mit Napoleon. Sie scheiterten aber diesmal noch an den hohen Forderungen des Imperators, und die russische Armee, und der Zar selbst, dem es gelungen war, Friedrich Wilhelm mit sich fortzureißen, vereinigte sich endlich mit der österreichischen. Gentz sah hierin einen neuen Hoffnungsstrahl auf Erfüllung seiner Präliminarbedingung

für alle Erfolge der Koalition: den Sturz Cobenzls und seines Hauptgehilfen, des Staatsreferendars Collenbach. Er forderte die Engländer auf, den Kaiser von Rußland zu bestimmen, alle geschäftlichen Beziehungen zu diesen Männern a limine abzulehnen und dadurch ihre Entlassung herbeizuführen. Paget schrieb in demselben Sinne nach London; aber beider Rathschläge blieben wieder ohne Erfolg. Um dieselbe Zeit kam ihnen jedoch die große Kunde von der Schlacht bei Trafalgar. Das Ereigniß bedeutete für absehbare Zeit die Unangreifbarkeit und absolute Seeherrschaft Englands und damit die unverkümmerte Erhaltung des mächtigsten Gegengewichts, das die Universalmonarchie in Europa noch fand. Gentz, dessen Scharfblick über die traurigen Schauplätze gegenwärtiger Niederlagen hinaus die Möglichkeiten der Zukunft erspähte, schrieb freudebegeistert an Paget: „Ich kann Ihnen nicht ausdrücken, mit welch köstlichen Empfindungen ich den Bericht des Admirals Collingwood gelesen und immer von Neuem gelesen habe! Wie einfach und majestätisch ist dieser Bericht, welche Größe, welche erhabene Art, von einem Siege zu reden, den man gestern erfochten hat, wie wahr und herrlich ist die Frömmigkeit, welche in einem solchen Moment Alles Gott zuschreibt, „dessen Arm Stärke ist“! Das ist das wahre Geheimniß Eurer Kraft und Unzerstörbarkeit! Auf diese Weise gedeihen und erhalten sich die Nationen! — Dieser Sieg giebt mir mein halbes Leben wieder. Das waren also die „Schutzgeschwader der Landung“, von denen Beelzebub in einer seiner Rodomontaden sprach! welches Glück, die Werkzeuge untergehen zu sehen, die Euch tödten sollten! Die Erhaltung Englands ist ein Gut von einer ganz anderen Natur, als die aller anderen Staaten. Der Sturz jener wird ein furchtbares Uebel sein wegen der Leiden so vieler Individuen, für die man sich interessirt, wegen der schauerlichen Ereignisse, welche ihren Untergang begleiten werden; und wenn wir auch völlig überzeugt sind, daß dieser Sturz unvermeidlich ist, so müssen wir doch Alles thun, und uns vollkommen aufopfern, um ihn zu verhindern oder aufzuhalten. Aber dieser Sturz wird, für sich genommen, ein Uebel von wenig Bedeutung sein. Die Regierungen sind verfault und verdienen, zu fallen; die Völker haben Alles verloren, was die civilisirte Gesellschaft achtungswerth und bedeutend machen kann: jedes Gefühl von Würde, jeden öffentlichen Sinn, jede nationale Färbung. Sind sie einmal vollkommen unterjocht, so werden sie weder viel schlechter noch viel unglücklicher sein, als gegenwärtig. Der Fall Englands dagegen wäre ein Ereigniß, das ein

Mann, der nicht gänzlich entartet ist, ohne Schande nicht überleben könnte. Nach der Zerstörung of this noble fabric würde die Welt keine erträgliche Wohnung mehr sein."

Gentz hat die kontinentalen Verhältnisse nicht zu schwarz, die englischen nicht in zu günstigem Lichte gesehen, die folgenden Ereignisse und die des nächsten Jahres haben es bewiesen, und die größten preußischen Patrioten haben in späteren Zeiten der napoleonischen Kriege ihrer Ueberzeugung von der Superiorität Englands noch viel schärfer Ausdruck gegeben. Einige Wochen nach diesem Brief und eine zweite vernichtende Katastrophe brach zu Austerlitz über die Koalition herein. Nach diesem Schlag waren auch nach Gentz' Ansicht Friedensverhandlungen nicht zu umgehen. Aber sie schienen ihm nicht nothwendig zur Auflösung der Koalition führen zu müssen. Nicht daß er das nachträgliche Eintreten Preußens in den Kampf für wünschenswerth gehalten hätte; im Gegentheil schien ihm das Richtige, daß es seine Kräfte bis zu einer neuen Koalition aufspare. Aber der eilig geschlossene Separatfriede Oesterreichs und der völlige Uebergang des Berliner Kabinets zu Frankreich „tödtete" faktisch die Koalition, und Europa befand sich wieder, wie er wehklagend schrieb, „in jener schrecklichen politischen Anarchie, aus der die Franzosen bisher schon stets ihre furchtbaren Erfolge geschöpft hatten, die ihnen von nun an die Mittel gewähren wird, uns für immer zu unterjochen". Jetzt, nach dem Preßburger Frieden, schien es auch ihm eine ganz verständige englische Politik, den Kontinent sich selbst zu überlassen, um nicht die eigene Stellung zu schwächen. „Der Kontinent hat verdient, unterzugehen, und es ist nicht der Mühe werth, sich mit den Mitteln zu beschäftigen, ihn gegen seinen Willen zu retten und sich in vergeblichen Anstrengungen zu verzehren, für eine undankbare, verzweifelte Sache, die von denen selbst verrathen ist, die am unmittelbarsten interessirt waren, sie zu unterstützen." England möge sich in seine splendid isolation hüllen, es möge rücksichtslos seine Seeherrschaft auch gegen die Neutralen aufrechterhalten. Sollte es aber wirklich auch jetzt noch für den Kontinent eintreten wollen, glaube es zu einer solchen Politik die Macht zu haben, dann handle es sich um neue große, unerhörte Maßregeln, dann müsse der Kontinent umgeschaffen werden. Wir wissen nicht bestimmt, was Gentz mit diesen Worten gemeint hat. Es kann ihm dabei kaum der Gedanke vorgeschwebt haben, der ihn etwas später, vor Ausbruch des Krieges von 1806, beschäftigte, daß Rußland die Türkei, England die spanischen Kolonien erobern solle, um neue Operationsbasen gegen die

europäische Universalmonarchie zu schaffen. Auch der berühmte Plan, Ungarn zum Zentrum der habsburgischen Herrschaft zu machen, gedieh erst zur Reife, als Franz die deutsche Kaiserwürde niedergelegt hatte. Es scheint, als ob er hauptsächlich an eine Auftheilung Deutschlands gedacht hat. Dem englischen Publikum, im Gegensatz zu den Ministern, denen er die Wahrheit nicht verhüllen wollte, versuchte er gegenüber all den trüben Vorstellungen, die auf es eindrängten, die kontinentale Lage in möglichst günstigem Lichte zu zeigen. In einer Flugschrift, die in englischer Uebersetzung eine starke Verbreitung fand, wies er darauf hin, daß Rußland noch aufrecht stehe, Preußen, wenn es auch versuche, das alte System des Hinneigens zu Frankreich, in einer neuen Gestalt fortzusetzen, durch seinen Anschluß an die Koalition im November, das Vertrauen Napoleons verloren habe*), und daß Oesterreichs Verluste im Preßburger Frieden nur im Grade von denen von 1801 verschieden seien. Der Gegensatz der internationalen Lage zu der von 1801, und zwar zu Gunsten einer Befreiung Europas sei enorm. Nur einige schwere Fehler in der ursprünglichen Organisation der dritten Koalition seien an den letzten Niederlagen schuld. Als diese Flugschrift verbreitet wurde, lag Pitt, der Urheber der Koalition und ihrer Fehler, bereits im Sterben. Seine schon lange schwache parlamentarische Stellung war durch die letzten Katastrophen gänzlich untergraben worden, und er hätte das Feld räumen müssen, wenn der Tod nicht seinen Gegnern zuvorgekommen wäre. So sehr Gentz dies Ereigniß erschütterte — wir haben eine ergreifende Schilderung von der Aufnahme der Nachricht in Dresden —, so sehr befriedigte ihn doch gleich darauf die Bildung des Koalitionskabinets Grenville-Fox-Windham. Fox, den unvergleichlichen Redner und unglücklichen Staatsmann, hätte er allerdings gern ausgeschlossen und an seiner Stelle Lord Wellesley gesehen, der vor Kurzem aus Indien zurückgekehrt war; er glaubte aber seinen Einfluß durch die anderen Mitglieder des Kabinets genügend im Schach gehalten.

Mit dem Preßburger Frieden war Gentz in Wien unmöglich geworden, so wie er auch täglich die Abberufung seines Freundes Paget von Wien erwartete. Zwar war der neue Minister Graf Stadion einer der schärfsten Gegner Cobenzls, hatte die Koalitionsverhandlungen in Petersburg geführt und war zugleich derjenige ge-

*) Der Potsdamer Vertrag kam durch diese Flugschrift zuerst zur Kenntniß des Parlaments. (s. Inquiry into the state of the nation [1806] p. 49).

wesen, der Gentz' Uebertritt in den österreichischen Staatsdienst am meisten gefördert hatte; aber er stellte als verantwortlicher Minister, indem er Gentz aufforderte, nach Wien zurückzukehren, doch bestimmte Bedingungen auf. Gentz erklärte, nicht darauf eingehen zu können; als ein reuiger Sünder werde er nicht in Wien erscheinen. Als Paget sich gleichwohl erlaubte, ihm in dringender Weise seine Rückkehr nach Wien nahezulegen, und ihm seine eigene Pflichttreue als Vorbild vorhielt, erhielt er eine scharfe Abweisung. Das, was Paget als englischer Gesandter jetzt in Wien noch zu thun habe, das könne ein Anderer ebensogut thun; er selbst habe höhere Pflichten als laufende diplomatische Geschäfte zu erfüllen. Er werde jetzt zunächst in Dresden bleiben, dem einzigen Ort in ganz Deutschland, wo es noch möglich sei, endlich die zwei Schriften zu drucken, mit denen er schon vor Ausbruch des Kriegs beschäftigt gewesen sei. Was die österreichische Regierung dazu sage, kümmere ihn nicht, da er ja auch auf ihren Schutz verzichte. Die Werke, die er wirklich in jenen Monaten drucken ließ, waren „Die Fragmente aus der neuesten Geschichte des politischen Gleichgewichts" und „Die authentische Darstellung des Verhältnisses zwischen England und Spanien vor und bei dem Ausbruch des Krieges zwischen beiden Mächten". Es gehörte ein nicht geringer Muth dazu, in dieser Zeit in einem ohnmächtigen Kleinstaat diese von Haß gegen den Bedrücker der Welt überströmenden Schriften, die zweite sogar mit Namensnennung, zu veröffentlichen. Wir wissen, mit welcher Strenge Napoleon literarische Angriffe auf seine Herrschaft ahndete. Er war jedoch so klug, zur Zeit der Vorbereitung des Rheinbunds keinen neuen Bruch des Völkerrechts in Deutschland zu begehen, und hielt sich zunächst an die unglücklichen Buchhändler, die die Schriften der „Ideologen" im Bereich der französischen Truppen ins Publikum brachten. Gentz' „Fragmente", die bekannteste aller seiner Schriften, waren ausschließlich für Deutschland bestimmt. Er wies in der Vorrede, einem der herrlichsten politischen Werke, die je aus deutscher Feder hervorgegangen sind, den Nationen zum ersten Mal eine ebensolche, ja eine höhere Verantwortung zu, als den Fürsten. Von England war in der Schrift nur nebenbei die Rede; England wie Rußland seien als Bundesgenossen zwar unschätzbar, aber „das eigentliche Werk der Befreiung", schreibt er, „muß auf deutschem Boden gedeihen". Von größerer unmittelbarer Bedeutung für die englische Politik war das zweite Werk, das er schon im Sommer 1805 Pitt angekündigt hatte. Es

fand später eine Uebersetzung ins Englische, wie die Schrift gegen Hauterive, und betraf Ereignisse, die dem politischen Kredit Englands in ähnlicher Weise gefährlich sein konnten, wie später die Beschießung von Kopenhagen. Der Ausbruch des spanisch-englischen Kriegs war nämlich dadurch erfolgt, daß Pitt im September 1804 ohne vorherige Kriegserklärung auf die Nachricht von Rüstungen in spanischen Häfen hin vier spanische Silberschiffe aufheben ließ; da der spanische Admiral sich natürlich ohne Kampf nicht ergeben wollte, so war es zu einem kurzen Gefecht gekommen, in dem eines der Schiffe in die Luft flog. Kein Wunder, daß diese Thatsache von der französischen und der von ihr abhängigen Publizistik, sowie von der englischen Opposition dazu benutzt wurde, Pitt eines Bruchs des Völkerrechts anzuklagen, wozu sich dann noch der Vorwurf des Vertragsbruchs gesellte, als die spanische Regierung erklärte, England habe durch eine förmliche Konvention die Neutralität Spaniens anerkannt. Dieser letztere Punkt ist auch durch Gentz' Schrift nicht völlig aufgeklärt worden; es scheint, als ob Addington, Pitts Vorgänger, bevor er von Spaniens Verpflichtungen gegen Frankreich genaue Kunde besaß, thatsächlich ein voreiliges Versprechen dieser Art gegeben hat; gewiß ist aber, daß er dies Versprechen später stark modifizirte. Mit Ausnahme dieses Punktes ist Gentz' Rechtfertigung der Pittschen Politik jedenfalls vollkommen geglückt, soweit ohne vollständige Kenntniß der Akten ein Urtheil möglich ist. Spanien war durch den Abschluß einer Subsidienkonvention vom Oktober 1803, nach der es Frankreich nicht weniger als 2,8 Millionen Lst. jährlich zu zahlen versprach, de jure im Krieg mit England. Dieses suspendirte zunächst die Feindseligkeiten, ließ aber der spanischen Regierung keinen Zweifel darüber, daß es jede Rüstung in spanischen Häfen als unmittelbaren Anlaß zum Kriege betrachten werde. Die spanische Regierung war freilich in übler Lage, da sie durch das Machtgebot Bonapartes so zu jeder Zeit in den Krieg gestürzt werden konnte. Aber mit Recht führte Gentz aus, „daß in dem Unglück eines Staates nur das einen Anspruch auf Mitleid hat, was unverschuldet und unvermeidlich ihn trifft; der Theil, der der Schwäche gehört, muß andere Gefühle erwecken". Die beiden Werke von 1806 waren die letzten selbständigen publizistischen Leistungen Gentz'. Was er später noch für den Druck geschrieben hat, waren mit einigen seltenen Ausnahmen Staatsschriften und mehr oder minder offizielle Kundgebungen der Stadionschen und Metternichschen Politik. Als der Rheinbund begründet,

Preußen darniedergeworfen und der Tilsiter Friede geschlossen war, hörte auf dem Kontinent auch jede Möglichkeit auf, Napoleon in Schriften zu bekämpfen. Das Verhalten eines großen Theils des deutschen Publikums, das in Johannes von Müller einen typischen Vertreter fand, wäre auch nicht danach angethan gewesen, Gentz zur Wiederaufnahme des anscheinend aussichtslosen Kampfes zu bewegen. Er bezeichnete einmal in dieser Zeit sein Verhältniß zur Oeffentlichkeit mit den Versen Michelangelos auf die Statue der Nacht:

Grato m'è il sonno e più l'esser di sasso:
Mentre che il danno e la vergogna dura,
Non veder, non sentir m'è gran ventura.
Però non io destar, deh parla bassa.

Es kam hinzu, daß sein persönlicher Einfluß auf die deutsche, englische und russische Aristokratie von viel größerer Bedeutung geworden war, als Schriften noch haben konnten. Durch die Kraft seiner Rede und die hinreißende Gewalt seiner nur für wenige leitenden Personen bestimmten Denkschriften wirkte er da, wo der Sitz der Macht war, wo die Geschicke der Völker entschieden wurden. Der Mittelpunkt dieser Thätigkeit blieb nach wie vor seine Korrespondenz mit den englischen Ministern, über die wir jedoch leider für die folgenden Jahre wenig unterrichtet sind.

Mit dem neuen Ministerium Grenville-Fox nahm die auswärtige Politik Englands eine Zeit lang doch eine Wendung, wie Gentz sie im Dezember des Vorjahres noch für unmöglich gehalten hätte. Fox, der Leiter des Auswärtigen, verleugnete Anfangs seine frühere, Frankreich günstige Haltung nicht und gab thatsächlich in chevaleresker Weise Napoleon Gelegenheit, Verhandlungen anzuknüpfen. Gentz hätte sie gebilligt, ja sogar höchst vortheilhaft gefunden, wenn England sie im engen Einverständniß mit Rußland unternommen und zur provisorischen Neuordnung Deutschlands benutzt hätte. Eine Friedensperiode von einigen Jahren — einen dauernden Frieden gab es für ihn natürlich nicht — konnte dann von sämmtlichen europäischen Staaten, vor Allem von den deutschen benutzt werden, Reformen in der Verwaltung, den Finanzen und dem Militärwesen vorzunehmen. „Die Zeit einer blinden Routine“, schrieb er in jenen Monaten — vielleicht nicht unbeeinflußt durch seine Unterhaltungen mit Stein, mit dem er in Dresden einige Tage verlebte —, „die Zeit der Privilegien und Begünstigungen, der gut-

müthigen Souveraine und der Ministerfiguranten ist vorbei. Eine neue Epoche der Kraft, der Energie und der Realitäten bricht herein; die persönliche Superiorität des Geistes muß allein das Recht auf Verwendung im Staatsdienst geben.“ Während die Hebung der inneren Staatskräfte ins Werk gesetzt werde, müsse dann gleichzeitig an der Zusammenfassung aller in Deutschland bestehenden selbständigen Gewalten gearbeitet werden, eine Aufgabe, die nach der Vernichtung der kleinen Souveränitäten, einem der größten Fehler der französischen Politik, bedeutend erleichtert war. Nach solchen Vorbereitungen, und allein nach solchen Vorbereitungen könne dann der Kampf gegen die drohende Universalmonarchie mit Aussicht auf Erfolg von Neuem unternommen werden. Einen so weitsichtigen Blick in die Zukunft besaß Fox freilich nicht. Der englische Unterhändler in Paris verhandelte zwar gleichzeitig mit dem russischen, aber nicht im Einverständniß mit ihm, und die deutschen Fragen wurden nur gelegentlich und ohne Verbindlichkeit gestreift. Noch während der Verhandlungen gründete Napoleon den Rheinbund, der die militärische und politische Obergewalt Frankreichs über ein Drittel der deutschen Lande sanktionirte: Lord Yarmouth erhob keinen Einspruch. Es hatte einige Zeit hindurch den Anschein, als ob England wirklich, aber in anderem Sinne als Gentz nach dem Preßburger Frieden gemeint hatte, den Kontinent seinem Schicksal überlassen wolle, als ob es auf Kosten des Kontinents Frieden schließen wolle. Der Streit um Sizilien bildete das einzige Hinderniß einer Verständigung Englands mit Frankreich, und erst der seit der preußischen Mobilmachung vom 8. August unvermeidliche Wiederausbruch des Kontinentalkriegs — unvermeidlich nach den Vorgängen des Novembers und insofern Preußen auch nur eine Macht zweiten Ranges bleiben wollte — brachte die Pariser Verhandlungen*) endgiltig zum Scheitern.

Seit Ende April hatte Gentz eine Katastrophe in Berlin herannahen sehen; er hatte sie damals binnen drei Monaten vorausgesagt. Schon einige Wochen vorher hatte er ein, erst kürzlich wieder zum Vorschein gekommenes Memoire nach England gesandt, in dem er den Engländern klar zu machen suchte, wie falsch sie im Bunde mit Rußland Preußen behandelt hätten. Auch die englische Kriegserklärung

*) Diese sind auch dadurch von besonderem Interesse, daß in ihnen von der „Freiheit der Meere“ nicht die Rede war, ebensowenig wie von den Seerechten der Neutralen, für die Napoleon zu kämpfen vorgab.

an Preußen vom April schien ihm politisch bedenklich, so sympathisch ihm die Demüthigung des preußischen Kabinets war, und er hat auch später England, gewiß mit großem Recht, einen Theil der Schuld an dem vorzeitigen Ausbruch und dem unklaren Charakter des preußisch-französischen Kriegs gegeben. Auch Canning war damals der Ansicht, England hätte trotz der feindlichen Haltung Preußens die Verbindung mit ihm nicht abbrechen sollen. Gentz hatte bald Gelegenheit, seinem Geburtsland direkte Dienste zu erweisen. Die preußische Kriegspartei, seit dem November 1805 auf dem qui vive, drängte nun gerade im ungünstigsten Moment der politischen Lage dem Kabinet ihren Willen auf, der Krieg, der längst hätte geführt werden sollen, wurde unvermeidlich, und Haugwitz berief den Publizisten und unbevollmächtigten Vertreter Englands, der ihm früher so heftige Opposition gemacht hatte, ins preußische Hauptquartier. Der berühmte Bericht, den Gentz in Tagebuchform über diesen Aufenthalt an Stadion gerichtet hat, war gleichzeitig für England bestimmt, und er hat sich auch in seinen Unterhaltungen mit den preußischen Staatsmännern besonders bemüht, die Folgen des Größenwahns zu tilgen, der Preußen in gleichzeitigen Krieg mit den beiden ersten Mächten der Welt gestürzt hatte. Freilich hatte er nicht viel Erfolg damit. Zwar entfernte Lombard die thörichten Ausfälle auf England aus dem Manifest, aber wie groß die Verblendung dieses Mannes noch immer war, zeigte sich darin, daß er zur Entschädigung des Kurfürsten von Hannover hintereinander Holland, Polen und Kurland nannte*). Auch konnte Haugwitz am 12. Oktober noch nicht die Zeit finden, den außerordentlichen Gesandten Englands, Lord Morpeth, zu empfangen, obwohl bereits Verhandlungen in London angeknüpft waren und Friedrich Wilhelm sich in einem Briefe vom 28. September unmittelbar an Georg III. gewandt hatte. Die furchtbare Katastrophe, die über Preußen hereinbrach, hatte Gentz trotz alles Pessimismus nicht erwartet. Sein Scharfsinn war sich zwar von Anbeginn über die Ungunst der Situation klar, in der Preußen den Krieg begann. Daß es wie Oesterreich im Vorjahre die ersten Schläge allein zu führen oder auszuhalten hatte, und daß ein Oberbefehlshaber an der Spitze der Truppen stand, dessen militärische Eigenschaften längst nicht mehr die unglückselige Bewunderung früherer Zeiten erweckten, ließ ihn von Anfang an nicht viel Gutes

*) Es ist kein Grund, die Richtigkeit dieser in Omptedas politischem Nachlaß erhaltenen Nachricht zu bezweifeln [I. 186 n].



erwarten. Die Betrachtung des militärisch-geographischen Mißverhältnisses, in dem selbst ein eng verbundenes Norddeutschland zu den vereinigten Kräften Frankreichs, Hollands und Süddeutschlands stand, hatte ihn schon vor Monaten ausrufen lassen: „Eine oder zwei verlorene Schlachten und Hessen, Sachsen, Preußen (die Hauptglieder des geplanten norddeutschen Bundes) kommen gar nicht mehr in Betracht, und das französische Kaiserreich ist an die russischen Grenzen vorgeschoben". Aber das patriotische Gemüth des Politikers fühlte sich in der Umgebung so vieler ausgezeichneter Offiziere, die vor Begierde brannten, an den Feind zu kommen, beim Anblick der prachtvollen Haltung der Truppen und in Folge der Offenheit, mit der selbst Haugwitz und Lombard begangene Fehler ihm gegenüber eingestanden, von seinen scheinbar theoretischen Aengsten zu einer trostvolleren Auffassung der Lage mit fortgerissen.*) Das Gefecht von Saalfeld und seine Folgen erschütterten bald diese optimistischen Regungen, und wenige Tage, nachdem er das Hauptquartier verlassen hatte, mußte er vernehmen, daß auch die zweite deutsche Großmacht, der letzte Damm gegen Napoleons Herrschaft in Deutschland, zu Jena rettungslos darnieder geworfen war: Napoleon gelangte wirklich in einigen Wochen an die Grenzen Rußlands. Ein großer Unterschied gegen Oesterreichs Fall im Vorjahr trat aber bald hervor: Der König von Preußen schloß keinen Separatfrieden, trotzdem fast das ganze Land in den Händen des Feindes war. Die Hoffnung, daß die Koalition, deren Fundament im November 1805 gelegt war, wieder aufleben würde, durfte die Patrioten beseelen. Im Januar beseitigte Preußen das letzte Denkmal vergangener Fehler, den formell noch immer bestehenden Kriegszustand mit England, und bahnte dadurch wenigstens den Weg zu neuer Verständigung. Schwieriger war es, die andere Grundbedingung eines dauerhaften Erfolgs, den Anschluß Oesterreichs, zu erreichen. Gentz betheiligte sich mit besonderem Eifer an den Versuchen des englischen und russischen Gesandten, den Grafen Stadion zur Besetzung der schlesischen Festungen zu bewegen; er verhandelte über die Ausführung einer solchen Maßregel mit Graf Götzen, den Friedrich Wilhelm III. mit unbeschränkten Vollmachten nach Schlesien geschickt hatte, und be-

*) Ein an den Fürsten Lobkowitz gerichteter Brief Gentz' vom 22. Oktober, veröffentlicht in den Sitzungsberichten der Wiener Akademie Bd. 32, 312 ff. [1860], über seinen Aufenthalt im Hauptquartier, trägt noch Spuren von dieser etwas günstigeren Auffassung der Lage, während das Tagebuch, dessen Redaktion erst im Dezember beendet wurde, von Pessimismus durchtränkt ist.



richtete darüber an den Minister. Aber Rußlands türkischer Krieg hatte dessen Mißtrauen erweckt und die Weigerung von Fox' Nachfolger, Oesterreich für neue Kriegsrüstungen Subsidien zu bewilligen — mit der kurzsichtigen Begründung, daß Oesterreich diesmal nicht offensiv vorgehen könne, sondern im eigenen Lande, in eigener Sache engagirt sei —, war noch weniger geeignet, Oesterreich ins Lager der Verbündeten zu ziehen. Die Verhandlungen Götzens hatten aber wenigstens den Erfolg, daß ehe noch ein preußisch-englischer Subsidienvertrag geschlossen, der englische Gesandte in Wien, zunächst auf eigene Verantwortung, später unter Billigung der Regierung, ihm bedeutende Geldmittel zur Instandhaltung der Festungen zur Verfügung stellte. Die Gefechte bei Pultusk und die Schlacht bei Eylau waren neue Lichtblicke in den trüben Ereignissen des nordischen Kriegs. Sie hätten nach Gentz' Ansicht benutzt werden sollen, um jenen, ihm schon im Vorjahr vorschwebenden, provisorischen allgemeinen Frieden zu schließen, der die Organisirung und gründliche Vorbereitung eines neuen allgemeinen Widerstands ermöglichen sollte. Man solle den jetzigen Krieg beenden, meint er, um nicht die Hoffnung auf einen besseren zu verlieren. „Ohne Oesterreichs Beitritt kein Heil, für Oesterreichs Beitritt kein Surrogat, und zu Oesterreichs Beitritt keine Hoffnung", so lauteten die pessimistischen Betrachtungen, mit denen er die weitere Verlängerung des Kriegs begleitete. Wenn auch Stadion zeitweise als Vermittler eines allgemeinen Friedens an Napoleon herantrat, so war die Abneigung des Erzherzogs Karl gegen den Krieg, der aus solchen Verhandlungen immerhin erfolgen konnte, so offenkundig, daß die Vermittlung von vorherein zur Fruchtlosigkeit verurtheilt war. So nützte es weder Preußen noch Rußland, daß sie den Kelch bis auf die Hefe leerten, und was nach der Schlacht bei Eylau noch problematisch war, das wurde nach der bei Friedland zur Wirklichkeit: die Verständigung Rußlands und Frankreichs, „jenes letzte und schrecklichste aller Uebel", wie es Gentz im Anti-Hauterive genannt hatte. „Es versteht sich von selbst", schrieb er im Juli 1807 an den hannöverschen Gesandten Ompteda, „daß diese societas leonina, dies unnatürliche abscheuliche Duumvirat ein ebensolches Ende nehmen muß, wie frühere Erscheinungen dieser Art. Octavius theilt nur die Welt mit Antonius, um nach einer, vielleicht wenig entfernten Schlacht von Actium das Ganze allein zu beherrschen. Der Kaiser von Rußland wird gestraft werden! aber w i r unterdessen!

unser theures Deutschland! mein geliebtes Oesterreich, mit all seinen Mängeln und Fehlern geliebt! und die kostbarsten Kleinodien der neueren Zeit unter die Hufe der Pferde getreten! — so endete der höllische Traum, den die französischen Gaukler uns schufen. In diesem barbarischen Kampf um die Frage, ob die Welt zwei Tyrannen oder einem gehören soll, löset sich jenes 18jährige Drama jetzt auf, das um die allgemeine Freiheit gespielt wurde!" Bald lagerte sich die Ruhe der Gräber über den deutschen Landen, und gleichzeitig trat England in eine der gefahrvollsten Perioden seiner Geschichte ein. Mit gespannter Aufmerksamkeit beobachtete Gentz das Verhalten des neuen englischen Ministeriums in dieser kritischen Lage; im März 1807 hatte die energische Hand Cannings an Stelle Lord Howicks die Leitung der auswärtigen Geschäfte übernommen, während dem altersschwachen Duke of Portland der erste Platz im Kabinet zufiel. Die kräftige Fortsetzung des Krieges, mit der Canning die russisch-französische Allianz beantwortete, war ganz nach Gentz' Wünschen; dagegen vermochte er die Beschießung von Kopenhagen nicht zu billigen, weil die davon zu erwartenden Vortheile seiner Meinung nach nicht im Verhältniß zu dem Schaden standen, den eine weitere Steigerung der immer noch vorhandenen kontinentalen Erbitterung gegen England mit sich brachte. Jeden nicht unbedingt nothwendigen Zuwachs von Antipathie meinte er, müsse England zu vermeiden suchen. Zeitweise erschien ihm auch eine Ruhepause, wie der Friede von Amiens gewesen war, äußerst wünschenswerth. Er meinte zwar, wenn England ernstlich wolle, so könne es den Krieg so lange aushalten, bis der ganze Kontinent ruinirt sei; aber nur während eines Intervalls von Frieden könnten die „neuen wirksamen Mittel" vorbereitet werden, die noch zur Verfügung ständen. Wir wissen leider wieder nicht bestimmt, was Gentz unter diesen neuen Mitteln verstand. Jedenfalls aber mußte der Friede die blindesten davon überzeugen, daß Napoleon den Kontinent nicht darum politisch, geistig und wirthschaftlich unterjoche, um ihn von der wirthschaftlichen Tyrannei Englands zu befreien.

Im Februar 1808 erfolgte unter dem Druck Napoleons der formelle Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich und England; und damit wurde auch Gentz' Verbindung mit London erheblich erschwert, wenn auch in dem hannöverschen Gesandten, Graf Hardenberg, ein bevollmächtigter geheimer Agent der englischen Regierung in Wien zurückblieb. Er fand aber immer noch Mittel,

seine Korrespondenz mit den Ministern, vor Allem mit Canning aufrecht zu erhalten. Seine anfängliche Besorgniß, ob das Kabinet des Duke of Portland den schweren Gefahren, die England im Innern — durch das Anwachsen der radikalen Partei — nicht minder als von Außen bedrohten, gewachsen sein werde, war bald einem vollen Vertrauen gewichen und ging dann in offene Bewunderung über. Die englischen Geheimrathsbefehle zur Antwort auf die Dekrete Napoleons, das energische Auftreten gegen die Vereinigten Staaten, die aus den europäischen Wirren begreiflicher Weise so viel Nutzen als möglich zu ziehen trachteten, die von England geleitete Uebersiedlung des Prinzregenten von Portugal nach Brasilien, das Bündniß mit Schweden — all diese Schritte hatten seine ungetheilte Bewunderung. Im Mai 1808 trat dann ein Ereigniß ein, das mit einmal dem, wie es schien, auf Jahre lang bestimmten Gang der englischen und europäischen Politik neue ungeahnte Aussichten eröffnete: die Absetzung der spanischen Bourbonen. Gentz, der von der Stimmung des spanischen Volkes nicht unterrichtet war, sah in ihm zunächst nur die Vermehrung der Chancen Englands, die spanischen Kolonien völlig in sein Interesse zu ziehen. Wenn das wirklich die Folge der Bayonner Schurkerei sei, schrieb er bereits am 15. Juni an Canning, „dann stehen wir an der Schwelle der Reaktionsepoche, der universalen Gegenrevolution, die durch die Zerrüttungen und Leiden des Kontinents und die Standhaftigkeit Englands früher oder später realisirt und vollendet werden muß". Von den viel größeren, folgenreicheren Gefahren, die Napoleon in dem Mutterlande Spanien selbst bedrohten, ahnte er nichts. Die ersten französischen Truppenbewegungen in Deutschland, die dem Ausbruch der spanischen Erhebung folgten, glaubte er gegen Oesterreich gerichtet. Er konnte sich nicht vorstellen, daß Napoleon die Thorheit begehen würde, Deutschland aufzugeben, um Spanien zu erobern. Auch den ersten Nachrichten von den Unfällen der französischen Armee, die ein geheimer Agent Englands überbrachte, schenkte er Anfangs keinen Glauben und hielt den Agenten, später einer seiner besten Freunde, für einen Abenteurer. Erst im September, als die französischen Garnisonen in Deutschland zu veröden begannen, und die französischen Niederlagen sich bestätigten, wurde ihm offenbar, daß Napoleon wirklich einen gigantischen Fehler begangen hatte: die Macht der nationalen und religiösen Gefühle über das spanische Volk zu unterschätzen. Und dieser Fehler hatte den zeitweisen Verzicht auf Deutsch-

land zur Folge. Schon die Absetzung der Bourbonen hatte in Wien, wie Gentz in jenem Brief an Canning berichtete, aufrüttelnd gewirkt. Als nunmehr die eisernen Klammern, die das Gebäude napoleonischer Herrschaft in Deutschland zusammenhielten, sich zu lockern begannen, trat der Umschwung mit reißender Schnelligkeit ein. Im Oktober schon richtete Stadion die erste Ankündigung nach England, daß Oesterreich bei der ersten günstigen Gelegenheit den Offensivkrieg beginnen werde. Der Freiherr vom Stein war ihm für Preußen damit bereits um zwei Monate zuvorgekommen.*) Es handelte sich nun darum, ob England die in den ersten drei Koalitionskriegen gewährten Subsidien auch diesmal unter völlig veränderten Umständen und bei der ungewissen Haltung Rußlands gewähren werde.

Die Subsidien, die England in seinem 22jährigen Kampf mit Frankreich den Festlandsmächten gezahlt hat, sind mit ihren, für damalige Verhältnisse ungeheuren Ziffern**), eine in ihrer politischen und finanziellen Bedeutung von der Geschichtschreibung lange nicht genug gewürdigte Erscheinung. Die subsidienzahlende Macht hat immer ein natürliches Uebergewicht über den Bundesgenossen, dem zwar physische und moralische Kräfte in Fülle zu Gebote stehen, aber die Mittel fehlen, diese kostbaren Güter vollauf zu verwerthen. Ein Friedrich der Große vermochte freilich den Grundsatz der Gleichberechtigung gegenüber der zahlenden Macht durchzuführen, obgleich ihm die Nothwendigkeit, auf fremde Geldhilfe angewiesen zu sein, oft hart genug angekommen ist, und der ältere Pitt wußte wohl, was seine Politik an Friedrichs Genialität und Standhaftigkeit hatte. In den Subsidienverträgen der Revolutionskriege standen dagegen Männern wie Pitt, Grenville, Canning und Windham als Kontrahenten nur Fürsten von geringen Fähigkeiten oder, wie im Fall Rußlands, unsicherem Charakter gegenüber, und Minister oder Rathgeber, deren Einfluß häufig durch den Grad ihrer Bedeutungslosigkeit bedingt war. Erst das Ministerium Stadion hat in Oesterreich, das Ministerium Stein vorübergehend in Preußen dies Verhältniß zu Gunsten dieser Staaten verändert, und im Befreiungsjahre sehen

*) Wir dürfen über diese wichtigen Verhandlungen in M. Lehmann's Stein Aufklärungen erwarten.

**) Nach einem parlamentarischen Bericht des Jahres 1822 [von neuem gedruckt in den Parliamentary papers 1868—69 (366) XXXV, 1 p. 681 f.] hat England von 1792 bis Ende 1816 im Ganzen 57 Mill. Lstr. in Subsidien, Anleihen oder auf andere Weise an fremde Staaten gezahlt. Die Anleihen bilden nur einen kleinen Bruchtheil dieser Summe, und die Gesammtziffer ist eher zu niedrig, als zu hoch angesetzt.



wir dann die Metternich, Humboldt, Stein und Pozzo den Engländern weit überlegen. Aber während der ganzen Revolutionsepoche kann der Einfluß Englands auf die Weltereignisse, auf den Gang der Kontinentalkriege und auf die Wahl ihres Zeitpunktes nicht hoch genug geschätzt werden. Pitt war wirklich in vollstem Sinne des Wortes der Kutscher Europas gewesen, wie Rivarol ihn witzig nannte. Nun hatte der Kutscher bei der letzten großen Fahrt umgeworfen, Fox hatte keinen Versuch der Erneuerung von Pitts Politik gemacht und Cannings Subsidienvertrag mit Preußen vom 27. Juni 1807 war durch die Katastrophe von Friedland überholt worden. Es mußte Canning jetzt, im Herbst 1808, bedenklich scheinen, das Wagniß der Koalition mit geschwächten Kräften gegen den verdoppelten Feind von Neuem zu beginnen. Von noch größerer Bedeutung für seine Entschlüsse war, daß er in der Unterstützung des spanischen Aufstands ein wirksameres und sichereres Mittel gefunden zu haben glaubte, die Kräfte des Gegners langsam zu erschöpfen. Auf Spanien konzentrirten sich fortan alle finanziellen und militärischen Anstrengungen Englands. Gleich im ersten Jahre des Krieges wurden Subsidien in einer Höhe nach der Halbinsel gesandt, wie sie England bisher keinem einzelnen Staat in irgend einer Periode der Revolutionskriege gezahlt hatte, und, was von fast größerer Bedeutung war, England begann in den spanischen Feldzügen allmählich wieder eine Macht zu werden, die gegen den Bedrücker der Welt nicht nur mit Geld und Schiffen, sondern mit den Leibern seiner Söhne Erfolge erstritt. Bei einer derartigen Inanspruchnahme der englischen Machtmittel war es nicht zu verwundern, daß der österreichische Minister im März 1809 von Canning eine Antwort erhielt, die er seinen Kollegen nicht mitzutheilen wagte, um sie nicht in ihrer Entschlossenheit zum Kriege wankend zu machen. In Preußen hatte die Entlassung Steins bereits über das Verhältniß zu England entschieden; mit einem Staat, der so vollständig in den Händen Napoleons war, daß der König seinen größten Diener nicht zu halten vermochte, hielt es Canning für zwecklos, eine Verbindung einzugehen.

Niemand konnte diese, in der Natur der Dinge liegende Entwicklung größeren Schmerz bereiten, als dem Patrioten, der in Deutschlands Erhebung im Bunde mit England das einzige sichere Mittel zum Sturz der französischen Herrschaft sah. Noch vor der spanischen Krise, in jenem Briefe vom 15. Juni, hatte Gentz an

Canning geschrieben, er werde sich keineswegs wundern, wenn England sich vollständig vom Kontinent zurückziehen wolle. Sollte es aber dennoch die Pittsche Politik fortsetzen, so müßte Oesterreich first and last in solchen Plänen sein. „Alle Elemente des Heils und der Wiederherstellung sind in Deutschland vereinigt; es handelt sich nur darum, sie zu beleben. Wenn der Kontinent sich je erheben wird, so wird die allgemeine Regeneration von Deutschland ausgehen.“ Im November wiederholte er jene Sätze in der glänzenden Denkschrift: „Gedanken über die Frage: was würde das Haus Oesterreich unter den jetzigen Umständen zu beschließen haben, um Deutschland auf eine dauerhafte Weise von fremder Gewalt zu befreien?“ Nur die Vereinigung aller deutschen Kräfte mit denen Englands, führte er darin aus, könne Befreiung bringen. England müsse einer solchen Koalition nicht nur die finanziellen Mittel liefern, sondern sich auch verpflichten, keinen Frieden zu machen, ohne die Unabhängigkeit Deutschlands als conditio sine qua non aufzustellen. Rußland, selbst wenn es zum Verzicht auf die französische Allianz zu bewegen wäre, müsse von der Reorganisation Deutschlands ausgeschlossen werden. Das waren fromme Wünsche, wie wir gesehen haben, und blieben es auch im nächsten Jahre, als Oesterreich sich wirklich noch einmal erhob. Es kam weder zu der Vereinigung aller deutschen Kräfte, noch zu der engen Verbindung mit England, die Gentz als Grundbedingung alles Erfolgs ansah. Zwar wurde am 24. April, als der Krieg bereits begonnen hatte, der Friede Oesterreichs mit England geschlossen — der Kriegszustand hatte länger gedauert, als der englisch-preußische von 1806 — und es wurde nunmehr Oesterreich eine pekuniäre Unterstützung zu Theil, die allmählich trotz der spanischen Anstrengungen Englands einen erheblichen Umfang annahm. Aber die militärische Mitwirkung Englands in Norddeutschland, die die überall glimmenden Funken vielleicht zu einem großen Brande hätte entfachen und Preußens Mitwirkung herbeiführen können, blieb aus. Man kann freilich auch zweifeln, ob die frühzeitigsten und größten finanziellen Beihilfen, die glücklichsten Diversionen mehr zu Wege gebracht haben würden, als den Krieg zu verlängern: der Feldherr in dessen Händen die Geschicke Oesterreichs lagen, zeigte sich der Anfangs durchaus günstigen Lage in keiner Weise gewachsen und verwandelte den einzigen Sieg, den er gegen seinen Willen erfocht, durch seine Unthätigkeit in eine schwere Niederlage. Die von fast allen Militärs energisch betonte Aussichtslosigkeit, mit einem solchen Feld-

herrn Erfolge zu erzielen — und Andere waren nicht vorhanden — war denn auch einer der Hauptgründe, die den Frieden herbeigeführt haben. Gentz war durchaus auf Seiten der militärischen Friedensfreunde und hatte an seinem Zustandekommen nicht geringen Antheil. Den Agenten Englands in Oesterreich verhehlte er diese Thätigkeit nicht. Im Juli wandte sich der sehr unbehilfliche englische Gesandte Bathhurst um seinen Rath an ihn; er beabsichtigte einen ernsten Protest gegen die Friedensverhandlungen. Gentz bezeichnete ihm diesen Gedanken als deplacirt und lächerlich. Der Agent Johnson, der in den geheimen Verhandlungen jener Zeit eine bedeutende Rolle spielte und mit Gentz auf sehr vertrautem Fuße stand, schrieb Anfang August nach London: „Ich bin der festen Meinung, daß allein in Norddeutschland das Geschick des Kontinents entschieden werden kann. England kann allein den nöthigen Sammelpunkt hergeben, und wenn eine Maßregel dieser Art nicht in Erwägung sein sollte, so kann ich nicht umhin, eine weitere Fortsetzung der Feindseligkeiten für eine nutzlose und verbrecherische Verschwendung deutschen Blutes zu halten." Im Februar des folgenden Jahres hat Gentz selbst seinen englischen Freunden die Nothwendigkeit des Friedens für die Existenz der Monarchie überzeugend dargethan. Nicht als ob er den Feldzug von 1809 mißbilligt hätte. Er ist vielmehr der einzige gewesen, dessen politische Anlage er auch privatim vertheidigen zu können glaubte. Trotz der territorialen Verluste bestätigte ihm Oesterreichs Lage nach dem Krieg doch die alte Wahrheit, daß „jede politische Maßregel, die auf ein richtiges Grundprinzip gegründet und in erhabenem und kräftigem Sinn entworfen ist, stets früher oder später ein positives Gut hervorbringt, so erbärmlich auch die Ausführung sein mag." Das positive Gut war, wie er Paget auseinandersetzte, daß Napoleon seit den Schlachten von Aspern und Wagram von der Idee, Oesterreich ebenso wie Preußen völlig zu unterjochen, zurückgekommen sei, sie vielleicht gänzlich aufgegeben habe. „Wir haben einige Provinzen und 3 Millionen Bevölkerung weniger", bemerkte er weiter; „wenn wir zu regieren verstehen, was uns noch bleibt, so sind wir mit unseren 20 Millionen immer noch die zweite Kontinentalmacht oder würden es binnen Kurzem sein." Freilich hielt er es für nothwendig, daß Oesterreich den Krieg nunmehr 6—8 Jahre vermeide.

Bis zum Wiener Frieden war Gentz in stetem Einvernehmen mit den verschiedenen englischen Ministerien geblieben. Ohne an

Instruktionen gebunden zu sein, hatte er, wo er konnte, nach seiner selbständigen Weise, wie der Führer einer Partei, für Englands Interesse gewirkt; die englischen Minister ihrerseits hatten diese Thätigkeit mit großer Freigiebigkeit erwidert. Sein Eintreten für den Frieden und der Umstand, daß Napoleon von einer Verfolgung dieses seines erbitterten Feindes absah — wir wissen nicht, unter welchen Bedingungen; jedenfalls mußte er sich als Publizist zum Stillschweigen verpflichten —, zog ihm nun zum ersten Male Verdächtigungen in London zu. Man verklagte ihn als Abtrünnigen; er sollte darauf ausgehen, Oesterreichs und Frankreichs Interessen zu versöhnen, man scheint ihm auch vorgeworfen zu haben, an den Verhandlungen über Napoleons Verbindung mit Marie Louise betheiligt gewesen zu sein. Im Oktober 1809 war Lord Wellesley, der Bruder Wellingtons, an Cannings Stelle getreten. Gentz, der mit ihm schon während seiner Verwaltung Indiens Briefe gewechselt hatte, schrieb mehrmals an ihn, mit der Bitte, ihn nach England kommen zu lassen — schon vor dem Kriege hatte er diesen Wunsch gelegentlich Canning gegenüber geäußert —, aber er erhielt keine Antwort. Und gleichwohl blieb er das eigentliche Haupt und die erste Stütze der arg zusammengeschmolzenen englischen Partei und war schon wegen seiner seit Jahren bestehenden Verbindung mit Metternich von bedeutendem Einfluß. Metternichs Stellung am Hofe war damals durchaus noch nicht gefestigt; er hatte mit zahlreichen Gegnern, Fachministern wie Anhängern einer ehrlichen französischen Allianz, zu kämpfen und mußte schließlich im Zwang der Nothwendigkeit 1812 gerade so wie Hardenberg in Preußen die Versicherung Lügen strafen, die sie beide mehr als einmal englischen Agenten gegeben hatten, sich in keine Allianz mit Frankreich einzulassen. So war Gentz, mit keiner amtlichen Verantwortlichkeit belastet, ein werthvolles Bindeglied zwischen London und Wien. Im Mai 1811 berichtet Johnson, um diese Zeit, wie es scheint, der einzige bevollmächtigte Agent Englands in Oesterreich, nach London: wenn Gentz nicht wolle, so werde weder er, noch Graf Hardenberg Zutritt zu Metternich erlangen, ja auch nur 24 Stunden in Wien bleiben können. Graf Hardenberg schrieb als hannöverscher Gesandter in demselben Sinn nach London, und Gentz' alter Freund Paget trat den Beschuldigungen von Gentz' Charakter entgegen. Wellesley änderte alsbald sein Verhalten, billigte Johnsons Beziehungen zu Gentz und ertheilte im August 1811 dem neuernannten

Agenten Harcourt King den Auftrag, sich „der Talente Gentz' zu bedienen" und in Verbindung mit ihm zu bleiben.

Das große „Duumvirat" von 1807 hatte mittlerweile die Entwicklung genommen, die Gentz gleich bei seiner Begründung vorausgesehen hatte. Trotz der intransigenten Haltung Englands, trotz des in Spanien weiterglimmenden Feuers, das die englische Armee, im unbestrittenen Besitz von Portugal, aufrecht erhielt, und trotzdem in dem materiell niedergeworfenen Deutschland fast alle Gemüther gegen Napoleon vereinigt waren, bereitete er den Riesenkampf mit dem Bundesgenossen vor. Es war eine Zeit des Wartens für die Patrioten. Gentz suchte sie auszufüllen, indem er sich wie in früheren Jahren der Bearbeitung völkerrechtlicher und finanzieller Fragen hingab. Schon 1808 hatte er eine Arbeit über die Seerechte begonnen, die er nunmehr beendete. Indem er sich im Gegensatz zu der naturrechtlichen Auffassung, die dem französischen Interesse allerdings sehr angemessen war, durchaus auf den Boden der positiven Verträge stellte, wies er nach, daß ein Völkerrecht, soweit darunter ein von allen Staaten anerkanntes Recht zu verstehen sei, für den Seekrieg bisher nicht existire, daß die Seeneutralität von 1780 und 1800 nicht im Interesse der Neutralen, sondern im Interesse Frankreichs geschlossen wurde, dem bei der Schwäche seiner Flotte die Unterstützung durch den neutralen Handel von größtem Werth sein mußte. Er führte aus, „wie Frankreich die Parole von der Freiheit der Meere benutzt hat, um jede Art von Freiheit auf dem Lande systematisch zu vernichten, wie es erst jede Neutralität als verbrecherisch erklärt hat, um dann mittels des Phantoms der Seeneutralität seine schlimmsten Maßregeln zu rechtfertigen." Wer erkenne nicht in Napoleons Berliner und Mailänder Dekreten den usurpirten Stil eines obersten Gesetzgebers, der das Universum bereits als seine Domäne ansieht? „Es ist allerdings möglich", fügt er hinzu, „daß in einer Zeit, wo man die höchsten politischen Fragen auf die Berechnung von Gewinn und Verlust reduzirt, diese Meinung nicht die von vielen Personen ist." *) Noch mehr beschäftigten ihn die in der politischen und finanziellen Geschichte Englands bedeutsamen Verhandlungen des Unterhauses über die Entwerthung der englischen Banknoten. Seit Pitt die gesetzliche Einschränkung der Baarzahlungen bis zum sechsten Monate nach einem allgemeinen Frieden durchgesetzt hatte, waren die, nicht mit Zwangs-

*) Ein Theil dieser Arbeit erschien 1814 zu Paris im Druck.

kurs versehenen, Banknoten von dem patriotischen englischen Publikum stets zum Nennwerth angenommen worden, obwohl sie allmählich im Verhältniß zu Gold bis zu 20 Prozent verloren. Der Bericht der 1810 eingesetzten Unterhauskommission, des sogenannten Bullion Committee, in dem sich die bedeutendsten Finanzautoritäten beider Parteien befanden, konstatirte einen vorhandenen Mißkredit in Folge zu reichlicher Emission und verlangte Wiederaufnahme der Baarzahlungen binnen zwei Jahren, mit anderen Worten: die Regierung sollte sich verpflichten, binnen zwei Jahren Frieden zu schließen oder wenigstens auf die bisherige Fortführung des Kriegs zu verzichten. Denn die ungeheuren Anforderungen desselben an den Staatssäckel waren mit Wiederaufnahme der Baarzahlungen nicht vereinbar. Die Schlußfolgerungen des Berichts, die von der gesammten liberalen Partei unterstützt waren, wurden denn auch im Plenum mit großer Majorität abgelehnt, und kurze Zeit darauf der Zwangskurs eingeführt. In diese wichtige politische Frage griff Gentz in der Weise ein, daß er in einem ausführlichen kritischen Kommentar zum Kommissionsbericht die These zu widerlegen suchte, daß ein wirklicher Mißkredit vorliege. Die Banknoten, führte er aus, seien nicht entwerthet, sondern nur der Preis des Goldes gestiegen, eine natürliche Folge des Kriegs und der ungeheuren in Metall gezahlten Subsidien. Das Werk war bestimmt, von einem der ersten englischen Finanzpolitiker übersetzt zu werden; da aber das Manuskript auf dem Umweg über Sizilien erst kurz vor Ausbruch des Kriegs von 1813 in England eintraf, gelangte es nicht zur Veröffentlichung und ist nicht wieder zum Vorschein gekommen.

Der russische Feldzug drängte bald alle derartigen Interessen in den Hintergrund. Kaum waren die Heere Napoleons über die russische Grenze gerückt, als Gentz in Metternich drang, ihn nach London zu schicken, wir wissen nicht bestimmt, zu welchen Zwecken, jedenfalls aber um eine neue Verständigung herbeizuführen. Metternich war eine Zeit lang dazu geneigt, scheint aber in Folge des unaufhaltsamen Vorrückens Napoleons in Rußland davon abgekommen zu sein. Als dann die Katastrophe, größer und erfolgreicher als die spanische, hereinbrach, durften allmählich alle Rücksichten fallen. Aber die Erfahrungen von 1805 und 1809 waren in Wien nicht verloren gegangen, und man war ungeheuer vorsichtig geworden. Kein kontinentaler Staat hatte so viele, keiner so viele unglückliche Versuche unternommen, die Universalmonarchie ab-

zuwenden. Freilich mit dieser schien es vorbei. Aber das Zusammengehen Rußlands mit England, der wilde, persönliche Haß gegen Napoleon, mit dem die öffentliche Meinung in England, das im Vergleich mit dem Kontinent wenig durch ihn gelitten hatte, die Fortsetzung des Kriegs verlangte, erweckten sehr mit Recht den Verdacht, daß die Verbündeten es darauf abgesehen hätten, wie 1805 Oesterreich und Preußen, so jetzt wiederum Oesterreich mit Gewalt, und ehe es völlig gerüstet war, in den Krieg zu stürzen. Der englische Agent Harcourt King stand in enger Verbindung mit dem Erzherzog Johann, der ohne Wissen und gegen den Willen Metternichs mit englischen Geldmitteln an der Organisirung eines schon seit Jahren geplanten großen Aufstandes arbeitete; von Tirol ausgehend, sollte er alle Alpenländer nach Osten und Westen umfassen, und, durch eine englische Landung in Fiume unterstützt, in den Ostertagen 1813 unter persönlicher Leitung des Erzherzogs ausbrechen. Der Plan, dessen Ausführung keine selbständige Regierung dulden konnte, wurde entdeckt, und King mußte Ende März Wien verlassen. Die Rolle Cobenzls von 1804/5 gedachte Metternich nicht zu spielen. Er hatte vielmehr den berechtigten Ehrgeiz, ob es nun zum Krieg kam oder nicht, Oesterreich die führende Rolle in der Befreiung Europas zuzuweisen. In dieser Krise der österreichischen Politik war die Meinung Gentz', des Führers der englischen Partei, nicht ohne Bedeutung. „Er ist der Mann des Tages in den ersten Kreisen Wiens", berichtet im März der westfälische Gesandte nach Kassel; „durch ihn ist die hiesige Gesellschaft infizirt." Es war nichts Geringeres als der Gedanke der Allianz von Chaumont, der Europa später Jahre lang beherrschte, welcher Gentz damals vorgeschwebt zu haben scheint: ein gemeinsames unvermitteltes Vorgehen aller Mächte gegen Frankreich. England, Oesterreich, Rußland, Preußen, und welche der übrigen Mächte sich anschließen wolle, sollten Anfang März gemeinsam Napoleon ihren Pacifikationsplan als Ultimatum vorlegen. Wir sind nicht darüber unterrichtet, wie Gentz sich diesen Plan im Einzelnen gedacht hat. Zweifellos hat jedoch die Befreiung Deutschlands bis zum Rhein, die Wiederherstellung einer preußischen Großmacht darin eine ebensolche Rolle gespielt, wie in den Vorschlägen, die Metternich um eben jene Zeit nach London gelangen ließ; ungewiß ist, ob auch Gentz schon damals von dem Mißtrauen befallen war, das Metternich den polnischen Plänen Alexanders entgegenbrachte. England dachte

er in seinem Plan die Hauptrolle zu; es sollte sämmtliche Territorialveränderungen garantiren und die Ausführung der Verträge überwachen. Nach seiner Ansicht wäre ein solches Ultimatum sämmtlicher Großmächte, in den ersten Tagen des März überreicht, nach der ungeheuren Erschütterung von Napoleons Ansehen durch die russische Katastrophe, von sicherem Erfolg begleitet gewesen. Möglich, daß er die Nachgiebigkeit Napoleons überschätzte, aber was den Gedanken in erster Linie zur Unfruchtbarkeit verurtheilte, war die intransigente Haltung Englands, das unter keinen Umständen Frieden schließen wollte und seinem russischen Verbündeten dieselbe Haltung auferlegte. Metternich hat dann, ohne den englischen Wünschen Rechnung zu tragen, Monate lang den Frieden zu vermitteln gesucht, wobei er nothwendigerweise seine Forderungen herunterschrauben mußte, umsomehr, als es Napoleon im Mai gelang, sein militärisches Ansehen wiederherzustellen. Die ablehnende Haltung Englands in Bezug auf die unumgängliche finanzielle Unterstützung einer österreichischen Schilderhebung dürfte neben der mangelnden Kriegsbereitschaft ein wesentlicher Grund dieser Neigung zum Frieden gewesen sein. Die auch Napoleon genau bekannte Finanznoth Oesterreichs war derartig, daß es nur durch einen gewaltsamen Bruch mit der Finanzpolitik der letzten Jahre die nöthigen Gelder für die Rüstung beschaffen konnte. An einen Feldzug von einiger Dauer war nach den erschöpfenden Kriegen von 1805 und 1809 ohne englische Subsidien noch weniger zu denken als vorher. Gentz stimmte im Juni, nachdem die militärische Lage sich gegen den Anfang des Jahres so ungemein zu Gunsten Napoleons geändert hatte, den mannigfachen Versuchen Metternichs, den französischen Kaiser zum Frieden zu bewegen, nicht nur bei, sondern wäre sogar noch mit geringeren Opfern Napoleons zufrieden gewesen als der Minister. Die militärische Leistungsfähigkeit Rußlands wie Preußens betrachtete er nach den Schlachten des Mai nach wie vor mit großem Mißtrauen, und die persönliche Ueberlegenheit Napoleons, meinte er, werde es mit all ihren Feldherren aufnehmen. Von der österreichischen Kriegskunst hielt er noch viel weniger. Das Schreckgespenst so vieler gescheiterter Koalitionen stand beständig vor seinen Augen. Nicht als ob er ein enges Zusammengehen mit Preußen und Rußland verworfen hätte; im Gegentheil, er meinte, wenn man erst mit Napoleon zu einem mäßigen Frieden gekommen sei, dann sei eine österreichisch-russisch-preußische Allianz um so

sicherer, die dann nach genügender Vorbereitung mit Erfolg das Werk vollenden könne. Darin hatte er jedenfalls vollkommen Recht, daß er der Herbeiführung einer Allianz der Ostmächte eine größere politische Bedeutung zumaß, als augenblicklichen militärischen Erfolgen. Es ist nicht zu verkennen, daß sich solche bei dem Bündniß Rußlands mit England freilich schwer auszuführende Gedanken mit der englischen Politik ebensowenig vertrugen, wie die Metternichsche Friedensvermittelung. Eine Allianz der drei Ostmächte hätte natürlich für die Vollendung des Werkes der Befreiung Europas von der englischen Regierung größere Opfer verlangt, als es jede Macht für sich genommen im Stande war. Als der englische Diplomat Jackson im Juli einen Briefwechsel mit Gentz anzuknüpfen begann, hielt dieser mit Vorwürfen gegen England nicht zurück. Einzig und allein in London habe man der Politik Oesterreichs in den letzten sechs Monaten kein Verständniß entgegengebracht. Noch unangenehmer mußte es dem Engländer klingen, wenn Gentz sagte, er sei zwar vollkommen überzeugt, daß die Befreiung Europas erreicht werde, aber ob in drei Monaten oder in einem Jahr oder noch später, das könne er nicht verbürgen. Die Verblendung Napoleons entschied, daß die Fürsten und Völker Europas nicht noch ein Jahr lang auf ihre Befreiung zu warten hatten; gleichzeitig aber war damit für Oesterreich die Nothwendigkeit eines engen Einverständnisses mit England gegeben. Es bezeichnet jedoch das damalige Verhältniß der beiden Mächte, daß die Allianz erst 14 Tage vor der Schlacht bei Leipzig zu Stande kam, als Oesterreich sich schon seit fast zwei Monaten im Kriege mit Frankreich befand.

Gentz war, wie wir gesehen haben, trotz seiner Verbindung mit den englischen Regierungen nie ein blinder Vertheidiger ihrer Politik gewesen. Den Frieden von Amiens, die Bildung der dritten Koalition, die Foxschen Verhandlungen von 1806, das Verhalten Englands gegenüber den Friedensverhandlungen von 1809 und seine Absicht, Oesterreich mit Gewalt in den Krieg zu treiben, hat er stark gemißbilligt. Seine Kritik war aber stets nur eine Kritik der taktischen Mittel gewesen; die Nothwendigkeit des Zusammengehens der Kontinentalmächte mit England zur Befreiung Europas war stets sein erster politischer Grundsatz geblieben. Als dieses Ziel nun aber erreicht, und die Wiederherstellung der alten Mächte verbürgt war, traten für ihn auch die grundsätzlichen Verschiedenheiten wieder in ihre Rechte, die zwischen der inneren Struktur Englands und der

der Kontinentalstaaten bestanden. In einer überaus scharfsinnigen, an Metternich gerichteten Denkschrift vom Februar 1814 wandte er sich gegen den englischen Grundsatz der Nichtintervention, auf den sich das englische Kabinet zu stützen erklärte, indem es der sog. öffentlichen Meinung Frankreichs in der Frage der Absetzung Napoleons freie Hand ließ. „Da die Engländer", schreibt er in dieser Denkschrift, „obgleich nicht einmal einstimmig und Manche nur ganz schüchtern und leise, die Volkssouveränetät ihrer eigenen Nation einräumen, so kostet es ihnen nicht viel, auch andere damit zu beglücken; und ihre von Euer Durchlaucht gerühmte „Konsequenz" in diesem Punkte hat daher in meinen Augen kein sonderliches Verdienst. Sie hat vielmehr in gewissen Fällen unendliches Uebel gestiftet. Gerade durch diesen unseligen Grundsatz haben sie z. B. über Spanien eine Fluth von Verderben gebracht, an welchem dieses Land vielleicht noch bluten wird, wenn Lord Wellingtons Siege schon vergessen sein werden. In keinem Punkte darf wohl ein monarchischer Staat sie weniger zum Muster nehmen als in diesem." In diesen Aeußerungen kündigte sich schon die Stellung an, die Gentz in späteren Jahren der englischen Politik gegenüber eingenommen hat, die wir hier nicht weiter verfolgen wollen. Auch seine Bewunderung für das Volk und seine Staatsmänner erlitt in diesen Jahren schwere Stöße. Nicht England, sondern Deutschland schien ihm jetzt allein „der wahre Standpunkt aller gesunden Urtheile und der umbilicus orbis terrarum," und 1815 schrieb er aus Paris an seinen Freund Pilat: „Wahre Menschen giebt es eigentlich nur in Deutschland, alle übrigen sind Krüppel mit einzelnen wohlgebildeten Gliedern; wir allein, nämlich die besten unter uns, sind ganz und von allen Seiten fertig. Die Engländer stehen heute nur eine halbe Stufe über den Huronen, in Paris muß man sie sehen, um auf immer von ihnen genug zu haben." Das Urtheil ist kaum übertrieben. Während der 22jährige, meistens siegreiche und wenig blutige englisch-französische Krieg den englischen Charakter nicht nach der günstigen Seite hin entwickelt hatte, enthüllte der deutsche Befreiungskrieg, der jahrelanger furchtbarer Noth mit einem Schlage ein Ende machte, den Augen der staunenden Welt eine Fülle der herrlichsten Charaktere und Talente, die den deutschen Namen trugen.

Zur Dominantentheorie.

Entgegnung

von **J. Reinke.**

Zwei Philosophen haben meine, dem Gebiet der theoretischen Biologie angehörende Dominantenlehre einer eingehenden Kritik gewürdigt. In einem schönen und lichtvollen Aufsatze (Gegenwart 1902 Nr. 1) hat Eduard v. Hartmann eine vollkommen zutreffende Darstellung meiner Lehre gegeben und daran die Kritik eines Punktes derselben geknüpft, welche den von jeder rechten Kritik zu erstrebenden Erfolg erreicht hat, mich zu erneuter sorgfältiger Prüfung meiner Anschauungen zu veranlassen. In einem sich daraus entwickelnden Briefwechsel gelang es dann unschwer, ein weitgehendes Einverständniß zwischen v. Hartmann und mir festzustellen.

Dann hat kürzlich Arthur Drews meine „Einleitung in die theoretische Biologie" in dieser Zeitschrift*) einer Besprechung unterzogen, die in einen temperamentvollen Angriff gegen meine „Halbheit" ausläuft. Manche der von Drews ausgesprochenen Sätze sind sicher unhaltbar**), in wichtigen Punkten hat er mich mißverstanden; aber auch er fordert mich zur Nachprüfung meiner Dominantentheorie auf. Da ich um Einzelheiten und Kleinigkeiten mit Drews hier nicht streiten will, aber auch nicht durch Nichtbeachtung über seine Polemik hinwegzugehen wünsche, sei es mir gestattet, in aller Kürze darzulegen, wie ich zur Dominantentheorie gekommen und was ich unter Dominanten verstehe. Es wird das um so nothwendiger sein, als die mancherlei Mißverständnisse meiner Lehre auch bei Naturforschern mir zeigen, daß ich in meinen bisherigen Darstellungen den wünschenswerthen Grad von Klarheit noch immer nicht erreicht habe. Vor Allem habe ich wohl nicht genügend

*) Band 110 Heft 1.

**) Als Beispiel sei nur einer dieser Sätze zitirt, er lautet: „Uebrigens kann auch die Maschinentheorie des Organismus durch die jüngsten Arbeiten von Driesch als abgethan betrachtet werden." — Daran hat Driesch gar nicht gedacht; auch nach seinen neuesten Arbeiten steht die Maschinentheorie des Organismus unerschüttert da.

hervorgehoben, was an der Dominantentheorie hypothesenfrei und was daran hypothetisch ist.

Ich bin von jeher ein Anhänger der in ihren Wurzeln bis auf Aristoteles zurückreichenden, aber erst von Descartes formell begründeten Maschinentheorie der Organismen gewesen. Für meine Vorlesungen und später für meine Bücher bedurfte ich einer zeitgemäßen Ausgestaltung dieser Theorie. Besonders galt es, sich mit der Energetik auseinanderzusetzen, zu deren Anhängern ich mich zählen darf. Ich ging von der Betrachtung einer komplizirten Maschine, eines Uhrwerks aus. Beschicke ich das Uhrwerk durch Aufziehen mit Energie, so wird diese Energie durch die spezifische Konfiguration des Uhrwerks das eine Mal gezwungen, einen Zeiger zu drehen, das andere Mal, ein Musikstück ertönen zu lassen. Die Energie wird also im Dienste besonderer Kräfte verwendet, die von der Beschaffenheit des materiellen Systems abhängen, das von Außen her mit Energie gespeist worden ist, und die auch nach Aufzehrung der Betriebsenergie unverändert bestehen bleiben. Diese Kräfte hat Lotze „Kräfte zweiter Hand" genannt; der Techniker, an den Begriff der Beschleunigung erzeugenden mechanischen Kraft gewöhnt, nennt sie nicht Kräfte, sondern Maschinenbedingungen. Ich brauche hier wohl nicht auseinanderzusetzen, daß die Begriffe Kraft und Bedingung flüssige Grenzen haben und ihre sprachliche Anwendung lediglich davon abhängt, welchen Gesichtspunkt man hervorheben will.

Der lebende Körper der Thiere und Pflanzen ist gleichfalls ein komplizirter maschineller Apparat, der durch von Außen zugeführte Energie in Betrieb erhalten wird. Aber bei den Pflanzen von Maschinenbedingungen zu sprechen, widerstrebte mir, auch der etwas unbeholfene Ausdruck Lotzes sagte mir nicht zu, ich suchte nach einem einfacher lautenden Symbol und wählte das Wort Dominanten. Ich bemühte mich dann, die Identität der Dominanten bei Maschinen und bei Organismen zu prüfen. Da ergab sich zunächst bei beiden eine Uebereinstimmung in der Ueber- und Unterordnung der Dominanten. In dem Uhrwerk repräsentirt jede Schraube, jeder Zahn eines Rades in Gestalt und Größe eine für die Harmonie des ganzen Systems unerläßliche Spezialdominante; in größeren Abschnitten der Maschinerie verkörpert sich eine Dominante höherer Ordnung, und in der ganzen, Stunden und Minuten anzeigenden Uhr wirkt eine General- oder Integraldominante. Diesem Verhältniß entspricht eine vollständige Analogie bei den Organismen.

Was von den Kräften und dem Energiebetriebe einer Taschenuhr und eines Organismus gilt, läßt sich auch an einem materiellen Systeme einfachster Art demonstriren. Denken wir uns eine Metallkugel in der Luft gehalten bei einem Punkte A und dann losgelassen, so wird sie in der Richtung der Lothlinie fallen; sie möge in einer metallenen Schale aufgefangen werden, in der ihre Energie den Ton c hervorruft. Dann möge man die Kugel vom Punkte A aus auf einer unter 45 Grad nach links geneigten Ebene abwärts rollen lassen, sie möge in ebensolche Schale fallen und hier gleichfalls den Ton c erzeugen; endlich lasse man die Kugel von A aus auf einer gleich schiefen Ebene, die aber nach rechts geneigt ist, hinablaufen, so wird sie am Endpunkte ihrer Bahn eine Explosion auslösen. Die zur Geltung kommende Energie ist in allen drei Fällen die gleiche, es ist die Schwere oder Distanzenergie; aber die Wirkung ist im dritten Falle eine ganz andere. Bei dem Herabsinken der Kugel auf der schiefen Ebene gilt das Fallgesetz so gut wie beim senkrechten Fall; es wird mathematisch sogar durch dieselbe Gleichung ausgedrückt, der man nur eine „Bedingungsgleichung" hinzufügt. Der verschiedene Effekt hängt also nicht von der Energie des Systems, sondern von der verschiedenen Richtung der schiefen Ebene ab. So kommt beim maschinellen Geschehen zur Energie ein Prinzip der Richtung hinzu, das in den „Maschinenbedingungen" sich verwirklicht. Da es keine Energieart giebt, die von der Richtung abhängt, habe ich dies Prinzip als ein nichtenergetisches bezeichnet; und sofern es den Strom der Betriebsenergie in spezifischer Weise lenkt, beherrscht es die Energie. Damit sind die Dominanten der Maschinen wie der Organismen zu Richtung gebenden Kräften geworden; wenigstens dann, wenn man unter Kraft Alles versteht, was wirkt, was ein Geschehen hervorbringt.

E. v. Hartmann hat in seinem zitirten Aufsatze mit Recht hervorgehoben, daß die Materie nur auf energetische Weise richtunggebend wirken könne. Gewiß kann das richtende Prinzip sich nur mit energetischen Mitteln verwirklichen. Die schiefe Ebene kann der Kugel ihre Bahn nur ertheilen vermöge ihrer Elastizität. Allein die Mechanik formulirt das Fallgesetz für den luftleeren Raum, obgleich ein absolut luftleerer Raum sich gar nicht herstellen läßt; und den Fall längs der schiefen Ebene kann sie für eine reibungslos gedachte Fläche konstruiren. Damit eliminirt sie theoretisch das in praxi überall vorhandene energetische Moment des elastischen Widerstandes, sie isolirt das Richtungsprinzip, und in diesem idealisirten

Sinne habe ich dasselbe, habe ich die Dominanten als nichtenergetische Kräfte aufgefaßt. Sie sind insofern energetisch, als sie nur mit den Mitteln des energetischen Widerstandes der Materie sich durchsetzen; sie sind insofern nichtenergetisch, als ihre Wirkung durch die Richtung bestimmt wird, die sie den Bewegungen ertheilen. Ist doch, ganz allgemein gesprochen, die Anordnung der Energie etwas Anderes, als die Energie selbst. In diesem Sinne ist auch die Idee der Konfiguration in jeder Maschine kausal wirksam; die Idee der Dampfmaschine gelangt in jedem einzelnen Exemplar zur Geltung.

Nun ist aber mit der Anerkennung der Maschinenstruktur unsere Anschauung vom Wesen der Organismen nicht erschöpft. Die Organismen und ihre Organe ragen dadurch weit über die Maschinen hinaus, daß sie durch die Fortpflanzung gebildet, durch die Entwicklung gestaltet werden. Etwas Analoges giebt es bei den Maschinen nicht. Die Gestaltung des Auges, des Gebisses, eines Chlorophyllkorns, kurz jedes maschinellen Apparats bei Thieren und Pflanzen wie des ganzen Thieres und der ganzen Pflanze ist ein gleichfalls nicht energetisch erklärbarer Prozeß. Auch hierbei müssen die Energien gelenkt und gerichtet werden; auch dazu sind Dominanten erforderlich. Aber, so sagte ich mir, diese gestaltenden Dominanten sind etwas ganz Anderes, als die Maschinenbedingungen, mit denen unsere von Menschenhand konstruirten Apparate arbeiten, und dieses Verschiedene muß nothwendiger Weise im Namen seinen Ausdruck finden. Darum nannte ich diejenigen Dominanten der Organismen, die mit den Maschinenbedingungen der Mechanismen identisch sind, Arbeitsdominanten, jene anderen, welche die maschinelle Struktur der Organismen hervorbringen, Gestaltungs- oder Bildungsdominanten. In den Arbeitsdominanten symbolisirte ich die, die Arbeitsleistungen der Organismen regelnden Kräfte; in den Bildungsdominanten symbolisirte ich diejenigen, unzweifelhaft im Organismus thätigen Kräfte, die der Thätigkeit des Technikers analog wirken. Die Bildungsdominanten übernehmen im Thier und in der Pflanze somit die Rolle des Maschinenbauers.

Soweit ist meine Theorie eine hypothesenfreie Begriffsbildung. Nun aber begannen sich auch die Hypothesen zu regen. Warum sollten die Bildungsdominanten sich nicht ebenfalls als Maschinenbedingungen, als Systembedingungen auffassen lassen? Wir dürften das materielle System dann allerdings nicht auf das Individuum einengen, es würde die Eltern und



die ganze Kette der Vorfahren umfassen müssen. Gehört nicht in gewissem, weitestem Sinne auch der Techniker zu den Maschinenbedingungen? Solchen Bedenken stellten sich Gegenbedenken entgegen. Die Organismen sind Selbstbildner, und das ist keine Maschine. Darum symbolisirt das Wort Arbeitsdominante das Prinzip, in dem Organismen und Maschinen übereinstimmen; das Wort Bildungsdominante das Prinzip, in dem sie von einander abweichen. Arbeitsdominanten können keine neuen Arbeitsdominanten erzeugen; Bildungsdominanten können es und thun es.

Und doch zeigen sich mancherlei Uebereinstimmungen und Analogien zwischen den beiderlei Dominanten; so im Prinzip der Ueberordnung und Unterordnung. Auch bei den Bildungsdominanten können wir spezialisirte und allgemeinere unterscheiden; die Bildungsdominante des Auges z. B. umfaßt die der Linse, der Retina, der Iris, des Ciliarmuskels u. s. w.; das einzelne Stäbchen und Zäpfchen, jede einzelne Zelle der Linse und Cornea wird von einer weiter spezialisirten Dominante hervorgebracht. Dann kommt das Verhältniß zu den Energien in Betracht, ohne welche die Bildungsdominanten so wenig etwas ausrichten, wie die Arbeitsdominanten. Endlich glaubte ich auch in manchen Erscheinungen, z. B. in den Instinkten der Thiere Uebergänge zwischen Arbeits- und Bildungsdominanten zu sehen oder vielmehr Fälle, in denen ich unsicher war, in welche der beiden Kategorien von Dominanten ich sie einreihen sollte. Ich war allerdings stets geneigt, solche Fälle lieber den Arbeits- als den Bildungsdominanten beizuzählen. Alles dies konnte als Anzeichen eines Zusammenhanges zwischen den beiden Dominanten-Arten gedeutet werden.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei dem dermaligen Stande unseres Wissens nur die Arbeitsdominanten einer naturwissenschaftlichen Analyse zugänglich sind, auch wenn wir es vielfach in dieser Analyse noch nicht weit gebracht haben. Die Bildungsdominanten sind solange vom Naturforscher als solche einfach hinzunehmen, bis sie einmal als Systembedingungen nachgewiesen sind; ob das jemals gelingen wird, muß aber höchst zweifelhaft erscheinen. Aus diesem Grunde wird die Arbeit des Naturforschers sich auch mit Vorliebe und in erster Linie den Arbeitsdominanten zuwenden, und Drews hat ganz Recht, daß ich in meiner Rede auf der Hamburger Naturforscherversammlung wie in meiner Einleitung in die theoretische Biologie ganz überwiegend an die Arbeitsdominanten gedacht habe. In der „Welt als That" treten die Bildungsdominanten mehr hervor.

Hypothesenfrei ist es, wenn ich sage, daß von den Arbeitsdominanten der Organismen die Erhaltung des Lebens abhängt. Eine Hypothese wäre es, auch die Bildungsdominanten auf Arbeitsdominanten zurückführen zu wollen, oder vielmehr zu behaupten, daß auch die Bildungsdominanten lediglich von der materiellen Konfiguration des Systems abhängen; sofern man nicht bloß damit sagen will, daß epigenetisch die Konfiguration eines Entwicklungszustandes von der Konfiguration des vorausgegangenen Entwicklungszustandes abhängt. Aber mag man der Hypothese einer Wesenseinheit der Arbeitsdominanten und der Bildungsdominanten huldigen oder nicht, so wird man anerkennen müssen, daß ich meinerseits unter allen Umständen zu dem Problem des Zustandekommens der Maschinenstruktur der Organismen klare und eindeutige Stellung genommen habe, indem ich mich gegen die Urzeugung der ersten Organismen durch Zufall, d. h. durch die Kräfte, die der leblosen Materie innewohnen, und für Schöpfung derselben durch intelligente Kräfte aussprach. In meinen Augen nimmt die Schöpfung — man mag sie sich vorstellen, wie man will — zur Phylogonie dasselbe Verhältniß ein, wie die Zeugung zur Ontogonie. Sollte alle Vererbung und Transmutation sich auf „Systembedingungen" zurückführen lassen, so bleibt doch die von mir angenommene Schöpfung ein dynamisches Prinzip, das mit dem Maßstabe der Systembedingungen nicht gemessen werden kann, es sei denn, daß man die erschaffende Kraft in das dann aber in Nebel zerfließende „System" mit einschlösse.

Das Ergebniß meiner Revision des Dominantenbegriffes ist dies, daß ich dem Vorbilde Newtons folgend, meine Theorie so hypothesenfrei wie möglich halten will. Dann aber muß ich den prinzipiellen Unterschied zwischen Arbeitsdominanten und Bildungsdominanten aufrecht erhalten, und ich folge einem brieflich ertheilten Rathe Eduards v. Hartmann, wenn ich zur Vermeidung von Mißverständnissen diesem Unterschiede künftig auch terminologisch mehr Rechnung trage, als bisher. Hartmann rieth mir, das Wort Dominante auf die Bildungsdominanten und das Prinzip der aktiven Anpassung zu beschränken, für Arbeitsdominante aber Systemkraft zu sagen.

Ich acceptire dies, und wenn ich künftig von Dominanten spreche, werde ich darunter nur die Bildungsdominanten verstehen. Für den Begriff der Arbeitsdominanten dagegen werde ich mich fortan der Ausdrücke Systembedingung oder Systemkraft bedienen.

Die Reform des japanischen Schriftwesens als Kulturproblem.

Von

Ludwig Riess.

Schon die Humanisten des 16. Jahrhunderts wußten, daß die Sprache der Körper ist, in dem die Seele eines Kultursystems wohnt und lebt und webt; sie machten die klassische Philologie zum wichtigsten Förderungsmittel geistiger Bildung. Die in China thätigen Jesuiten des 17. und 18. Jahrhunderts belehrten ihre Zeitgenossen, daß schon die Besonderheiten der Schrift hinreichen können, um ein unauflösliches geistiges Band um verschiedene Nationen zu schlingen. In einer Zeit, als den Chinesen jeder Verkehr mit Korea und Japan bei Todesstrafe verboten war, erschienen diese beiden selbständigen Länder dem europäischen Publikum bis fast in unsere Tage hinein als Dependenzen oder „Nebenländer“ Chinas. Die guten Patres dachten dabei an den ungeheuren Geltungsbereich des Hieroglyphensystems, in dem die alte Kulturthätigkeit der Chinesen sich verkörpert hat, das noch jetzt in den Schulen des fortstrebenden Japans wie des verfallenen Korea den Hauptgegenstand des Unterrichts bildet, das auf Java und Sumatra die holländischen Soldaten und die deutschen Pflanzer stutzig macht, und das in unseren ethnographischen Museen das Medium wird, um ungeahnte Schätze aufgespeicherter Beobachtungen einer fernen Vergangenheit an das Licht der Wissenschaft zu ziehen. Von den Wundern der menschlichen Schöpfungskraft der größten eines — ist das komplizirte ostasiatische Schriftsystem.

Gewiß, auch andere Völker hatten ihre Bilderschrift. Die egyptischen Hieroglyphen und die assyrisch-babylonische Keilschrift haben eine hohe Stufe der Entwicklung durchgemacht, ehe ihnen die Ueberlegenheit der griechischen Kultur den Boden entzog. China ist bis in unsere Tage hinein diese Nöthigung zu radikaler

Assimilation erspart geblieben. In den Jahrhunderten seiner frischesten geistigen Regsamkeit hat es Zeit gehabt, eine feste Tradition zu bilden, in der Begriff und Symbol sich verschlangen, Schreibstoff und Schriftformen sich einander anpaßten, entbehrlich Gewordenes bei Seite gesetzt wurde und bequeme Methoden zu neuen Bildungen in Aufnahme kamen. Es giebt keine Nuance abstrakten Denkens, die sich nicht mit chinesischen Zeichen festlegen ließe, und es giebt kein Produkt moderner Erfindungsgabe, für das nicht mit wenigen chinesischen Zeichen ein entsprechender, leicht verständlicher terminus technicus gebildet werden könnte. Wir greifen in solchen Fällen zunächst auf lateinische und griechische Komposita zurück, um solche Worte wie Velociped oder Bicycle zu bilden: in Ostasien suggerirt der bloße Anblick des Dinges sofort das Rebus: „Selbstdrehwagen", das durch Nebeneinanderstellung altbekannter Zeichen zunächst dem Auge leicht lösbar und dann durch wiederholtes Lesen und Hören in jeder lokalen Mundart auch dem Ohre geläufig wird.

Denn dadurch kann sich der Uneingeweihte das Grundprinzip des chinesischen Schriftwesens am leichtesten deutlich machen, daß er an gewisse auch bei uns übliche Symbole für Begriffe denkt, die alle Kundigen richtig verstehen, aber je nach ihrer Muttersprache verschieden lesen. So haben wir die Zahlzeichen, z. B. 5 oder 7, die gleichmäßig aufgefaßt werden, ob man sie „fünf" und „sieben", „cinq" und „sept", „five" und „seven", „pjad" und „sjem" liest. Mathematische Zeichen, chemische Formeln, Schiffssignalements, Wappen, Nationalfarben, die Flagge auf Halbmast als Trauerzeichen, das Rothe Kreuz, der Aeskulapstab und die Giftwarnung gelten so von England bis Japan; das d von denarius wird Pfennig oder penny, das ℔ Pfund, livre oder pound gelesen; den Russen ist außerdem wenigstens das Siegel No. aus ihrer europäisirenden Periode erhalten geblieben. Wovon aber in unserem Kulturkreise nur ein so geringer Gebrauch gemacht ist, das Bilden von Ideogrammen, die ganz direkt, d. h. ohne sprachliche Vermittlung, einen genauen Sinn übermitteln, bildet den innersten Kern des Systems der Tausende von Zeichen, durch die in langer Kulturarbeit die Ostasiaten gelernt haben, ihre Gedanken für das Auge zu fixiren. Uns Europäern ist der Klang, der in das Ohr dringt, das Wesentliche bei jeder Gedankenvermittlung. Auch wenn wir still für uns hin lesen, übersetzen wir unbewußt das mit dem Auge Aufgenommene in gesprochene Worte, deren Sinn uns geläufig ist;

lesen lernen heißt für uns das Erwerben der Fähigkeit, durch sichtbare Repräsentation wiedergegebene Worte unbewußt so in uns aufzunehmen, als wären sie mit sinngemäßer Betonung zu uns gesprochen. Wortabtheilung, Absatzbildung, große Anfangsbuchstaben, Sperrdruck und Interpunktion sind fast unentbehrliche Hilfsmittel zur Erledigung dieser Arbeit; Ideogrammatisten wie die alten Egypter, Hethiter, Assyrier und die Chinesen sind aus eigener Initiative auf dieses wichtige Erleichterungsmittel gedanklicher Mittheilung nicht verfallen. Dem Chinesen ist statt dessen in seinem Schriftsystem eine andere Bequemlichkeit geboten. Er sieht, soweit er es mit wirklichen Ideogrammen zu thun hat, direkt vor seinem leiblichen Auge das konventionelle Abbild dessen, was er ins geistige Auge aufnehmen soll. Seine Schrift vermittelt ihm Anschauungen so faßlich und deutlich wie der Grundriß dem Architekten, das Schema dem Geologen, die Kurve der Fiebertemperatur dem Arzte, die Wetterkarte dem Meteorologen, die graphische Darstellung dem Statistiker. Leicht und schnell schlägt die ewig in Wallung begriffene Phantasie und das Gedächtniß Brücken zwischen diesen auf den engsten Raum beschränkten Pfeilern des Gedankenbaues.

Im chinesischen Kulturkreise ist also das durch das Auge dargebotene Gedankenbild ursprünglich unabhängig von dem Lautkomplex, der durch Vermittlung des Ohres denselben Inhalt suggeriren kann; die Schrift steht zwischen Gedanke und Wort, nicht wie bei uns im Projektionsfelde der Sprache. Schon hieraus ergiebt sich die Möglichkeit des Auseinanderfallens von schriftlicher Ausdrucksweise und mündlicher Rede, wie sie bei uns selbst bei der vollkommensten Entwicklung des papiernen Stiles nicht erreichbar ist. Getreue Stenogramme der Parlamentsreden und der fesselnden Vorträge berufsmäßiger Geschichtenerzähler kommen dem lesenden Publikum in Japan so fremdartig vor wie uns holländische Predigten, auch wenn wir sie bequem verstehen können. An der feierlichen Proklamation des Kaisers an großen Wendepunkten der nationalen Geschichte begeistert sich der Japaner nicht, wenn er sie anhört, sondern wenn er sie in gutem Abdruck vor sich sieht und die Ideogramme auf sein Auge und die dahinter unbewußt regsame Einbildungskraft wirken läßt. Das Kunstwerk des großen Dichters hat in Japan neben seinem inneren Gehalt nicht einen hohen vollen Klang, sondern einen hellen glänzenden Schein; der Reiz der Mittheilung ist von ganz anderer Art als bei uns, mehr mit dem

Studium und der Lektüre als mit dem Leben und persönlicher Berührung verknüpft. Auf der Bühne müssen die stark auf die Spitze getriebenen Situationen und die vortreffliche Gestikulation der Schauspieler in breiter Ausführlichkeit Ersatz bieten für die Beschränktheit der akustischen Reizmittel der Sprache.*)

Die Vortheile, daß in dem Kulturkreis der chinesischen Schriftzeichen die verschiedensten Nationen das Geschriebene in ihren Mundarten ablesen können, und daß 2500 Jahre an der unmittelbaren Verständlichkeit der Schriften des Confucius für die Millionen heutiger Schulkinder in Ostasien nichts geändert haben, — diese Vortheile der Katholizität und Kontinuität der Schrift sind in China, wie Jedermann weiß, durch Verkümmerung der lautlichen Entwicklung der Sprache erkauft worden. Nun aber hat vor mehr als 1200 Jahren ein noch frisches Volk mit einer flexionsreichen, klangvollen Sprache, eben das japanische, mit der chinesischen Schrift auch die chinesische Kultur bei sich eingebürgert. Das geistige Leben im Lande der aufgehenden Sonne wurde sino-japanisch in ähnlicher inniger Verschmelzung, wie im alten Italien die Kultur griechisch-römisch wurde. Die Japaner erhielten sich ihre Nationaltugenden des kriegerischen Muthes, des insularen Patriotismus, der persönlichen Reinlichkeit, nahmen aber im Laufe der Jahrhunderte die Denkweise des confucianischen Kulturlandes, das Wissen der Literaten, die Fertigkeiten der chinesischen Handwerker und Künstler, die volksthümliche Weisheit der Sprichwörter und Gebräuche, wie die Quacksalbereien der Aerzte und die Dogmen des chinesischen Buddhismus bei sich auf. Auch nach ihrer politischen Abschließung von der Außenwelt im 17. Jahrhundert fuhren die Japaner noch fort, von den Chinesen durch tieferes Eindringen in ihre unerschöpfliche, durch die Eigenthümlichkeiten der Schrift für sie bequem lesbare technische, philosophische und historische Literatur zu lernen. Es konnte nicht anders sein, als daß sich dadurch immer mehr chinesische Schriftzeichen im Gedächtniß der gebildeten Japaner fixiren mußten. Unter den ca. 30 000 Ideogrammen, die in Japan in den 200 Jahren der völligen Abschließung des Landes in gedruckten Werken und Staatsurkunden in Gebrauch waren, sind kaum zehn, die neu erfunden wurden, während allerdings häufig eine Modifikation des Sinnes und Gebrauches der Zeichen unver-

*) Auch in der Konversation helfen die Japaner durch onomatopoetische Mittel und durch Gestikulation dem Eindruck des Gesprochenen viel mehr nach, als wir es gewohnt sind.



meidlich war. Die Japaner waren mit dem vollen Rüstzeug der chinesischen Gedankenarbeit ausgestattet, hatten den ganzen Gehalt der chinesischen Literatur in sich aufgenommen, als sie sich entschlossen, die europäischen Kulturelemente herüberzunehmen, sich den Zopf der Eigenbrödelei abzuschneiden und in schnellem Anlauf alles das zu erringen, was den Völkern des Abendlandes ihre Stellung an der Spitze der Zivilisation des neunzehnten Jahrhunderts verschaffte. Das ging zum Staunen der Welt verwegen ins Weite und Breite: Dampf und Elektrizität, Postwesen und Zeitungen, Selbstverwaltung und Parlament, Museen und Reiterstandbilder, Stahlwerke und Schiffswerften, europäische Kleidung und Blechmusik, Laboratorien und Banken, allgemeine Wehrpflicht und Schulzwang, Sport und Reklame, Gesetzbücher und Staatsbälle, Schutzzoll und Kolonialpolitik — Alles, was bei uns dem Reisenden in die Augen fällt, mit Allem, was dazu gehört, hat in Japan eine bleibende Stätte gefunden. Es blieb und bleibt noch die größte aller Fragen für Japans Zukunft: Soll und muß das von China übernommene Schriftsystem in der neuen Lage der Dinge beibehalten werden? oder kann und wird ein bequemes, dem europäischen Alphabet ähnliches Mittel für den schriftlichen Verkehr das Werk der Europäisirung Japans krönen, das so ruhmreich begonnen und glücklich fortgesetzt worden ist.

Dem neuen Ankömmling im Lande der aufgehenden Sonne erscheint nichts leichter, als eine Umänderung des bestehenden japanischen Systems in eine phonetische Orthographie. Ja, er glaubt, daß dieses Problem theoretisch bereits vollkommen gelöst sei. Eine vor zwanzig Jahren von Japanern und Europäern gebildete Gesellschaft zur Einführung der lateinischen Buchstabenschrift hat in der That ein sehr einfaches und kaum verbesserungsfähiges Transskriptionsverfahren vorgeschlagen, mit Hilfe dessen jedes japanische Wort lautlich wiedergegeben werden kann. Das war so schwierig nicht, weil alle im Japanischen vorkommenden Vokale den klaren Lauten des italienischen a e i o u entsprechen oder mit verschwindendem Beiklang eines j erweicht scheinen; man wählte den auch als Repräsentant vom deutschen j verwendeten Buchstaben Y, um diesen Vorschlag von a e i o u zu bezeichnen, so daß dieser uns Deutschen immer etwas unbequeme große Unbekannte aus dem griechischen Alphabet sich in so gewöhnlichen Wörtern wie Yen,

Yezo, Tokyo, Uyeno, Miyanoshita breit macht. Schwieriger waren von den Konsonanten nur die Zischlaute, die von dem weichen j in Journal über weiches s (z geschrieben) über scharfes s und sch (sh geschrieben) zu ts und tsch (ch geschrieben) übergingen. Es giebt im Japanischen allerdings auch die schöne Kombination, die man erhält, wenn man Plüschstreifen liest, ohne Plü und Reifen hörbar werden zu lassen; man half sich aber mit Einsetzung eines tonlosen i zwischen die beiden Zischelemente. Da es nicht nur Wörterbücher, sondern auch eine Zeitschrift und sogar einige, meist religiöse Bücher giebt, die in dieser Romaji genannten Schrift gedruckt sind, so schien nichts weiter zu fehlen, als guter Wille, um diesem System zu allgemeiner Annahme zu verhelfen. Wenn man aber die Probe macht, so merkt man, daß Zeitungsartikel, die der Romaji Zasshi (Zeitschrift in lateinischen Buchstaben) entnommen sind, von Japanern, die sie lesen oder lesen hören, nicht verstanden werden, und daß in einem dünnen Wörterbuch dem Lautkomplex ko nicht weniger als 25 verschiedene Zeichen von der allerverschiedensten Bedeutung entsprechen. Der Gleichklang der Wörter, der im Japanischen in Folge der Verstümmelung der herübergenommenen chinesischen Klänge noch viel schlimmer ist als im Chinesischen, versetzt selbst gebildete Männer, die sich über ein ihnen geläufiges Thema unterhalten, häufig in die Nothwendigkeit, auf die Fläche der linken Hand mit dem Zeigefinger der Rechten ein Zeichen zu schreiben, das den Hörer auf die richtige Fährte leitet. Nun liegt ja das Auskunftsmittel nahe, verschiedene, gleichklingende, der Verwechselung ausgesetzte Wörter durch konventionelle Unterscheidungsmerkmale nach Analogie von Tau und Thau, Ton und Thon leichter auseinanderzuhalten; ein Chemiker hat den Zusatz von Zahlen wie im chemischen Alphabet oder der Langenscheidtschen Aussprachebezeichnung der englischen Vokale vorgeschlagen. Aber da man bei einer solchen allgemeinen Verabredung auf alle möglichen Fälle Rücksicht nehmen müßte, so käme bei der großen Zahl der Gleichklänge eine abschreckend lange Liste der mit Merkzeichen zu lernenden Wörter in Betracht. Mit Recht hat die aufgelöste Gesellschaft zur Einführung der lateinischen Buchstaben von diesem Nothbehelf ganz abgesehen, es in jedem einzelnen Falle der Sorge des Schriftstellers überlassend, sich so auszudrücken, daß er verstanden wird.

Bei dem gegenwärtigen Zustande des japanischen Geisteslebens ist an eine plötzliche Verdrängung der chinesischen Schrift gar nicht

ernstlich zu denken. Mag uns auch der Philologe daran erinnern, daß die chinesischen Elemente im Japanischen einen ganz heterogenen und daher todten Bestandtheil bilden: Thatsache ist, daß selbst Leuten aus dem Volke zahllose chinesische Wortverbindungen ebenso geläufig sind, wie uns etwa die Wörter Sport, Embonpoint, Protégé, und daß die entsprechenden Zeichen in Folge der guten Elementarschulen fast allen erwachsenen Männern und der Hälfte der Frauen im Gedächtniß haften. Das nationale Empfinden der Japaner ist mit den chinesisch geschriebenen Werken der Literatur, mit den Inschriften der Gebäude und Gedenksteine, mit den chinesischen technischen Ausdrücken des täglichen Lebens zu eng verwachsen, um die Ehe wieder auflösen zu können, die zur Zeit des Herauswachsens der japanischen Nation aus der anfänglichen Barbarei geschlossen wurde. Noch weniger als bei uns kann ein rigoroser Purismus in Japan die rezipirten Fremdwörter wieder bei Seite schieben. Wäre seit der Eröffnung des Landes im Jahre 1854 der Grundsatz befolgt worden, bei der Herübernahme der europäischen Neuheiten auch die phonetisch fixirbaren englischen oder deutschen Ausdrücke aufzunehmen, wie es in vereinzelten Ausnahmefällen, z. B. Committee, hear, hear! No, no! Stention (statt Station), Sale, Lamp, Glass, knife geschehen ist, so läge die Sache viel einfacher. Leider aber bewog die bequeme Schmiedbarkeit des chinesischen Wortbildungsmetalles, daß man zu Tausenden und Abertausenden neue Behälter schuf, die jetzt allerdings auch den Chinesen zu Gute kommen. Es giebt bereits Speziallexika, welche die Neuschöpfungen von mathematischen oder juristischen terminis technicis gesammelt haben. Auch für die gegenwärtige Generation der reformlustigen Japaner gilt in Bezug auf die chinesischen Schriftzeichen die harte Nöthigung:

„Was Du ererbt von Deinen Vätern hast,
Erwirb es, um es zu besitzen.“

Man hat berechnet, daß in den Tageszeitungen 2350 chinesische Zeichen vorkommen, die als allgemein bekannt vorausgesetzt werden.

Nun bedenke man, welche Zeit dazu gehört, um eine solche Zahl von Wortbildern den jungen Köpfen sicher einzuprägen. Sieben Jahre Schulung und eine einseitige Ausbildung des Gedächtnisses sind der Preis, den jeder Japaner für die Erwerbung seiner nationalen Kultur bezahlen muß. Er gewinnt dabei neben der Trainirung des Gedächtnisses allerdings eine ungewöhnliche Schulung des Auges für feine Unterschiede und ein hervorragendes

Zeichentalent, das allen Kunstindustrien zu statten kommt. Aber die freie Regsamkeit des Geistes, die Aufnahmefähigkeit für die Realien des Lebens bleibt erfahrungsmäßig bei japanischen Schülern weit hinter dem zurück, was unsere heranwachsenden Knaben und Mädchen leisten. An gesundem Menschenverstand, an selbständigem Urtheil, an moralischem Schwung und an Einbildungskraft kann sich der japanische Student mit unseren Abiturienten nicht vergleichen. Er ist dem strengen Wortsinn gemäß in höherem Grade eruditus (entroht) und doctus (unterwiesen); unser akademischer Bürger mehr ingeniosus (geistig rege) und musarum amicus (schaffensfroh). Der Japaner spintisirt zu viel und lernt zu fleißig; der Deutsche schwelgt zu gern in Gedanken und Entwürfen. Dieser Unterschied der Beanlagung ist meiner Meinung nach nicht auf Rassenunterschiede, sondern auf die verschiedenen Bedingungen der geistigen Entwicklung zurückzuführen, die mit dem phonetischen und dem chinesischen Schriftsystem gegeben sind.

Nach dem Gesagten wird man die grausame Nothwendigkeit, die dem japanischen Volke die unumgängliche Beibehaltung des chinesischen Schriftsystems auferlegt, zu würdigen wissen. Das leichte und freie Walten des Geistes, wie es die alten Griechen in die abendländische Literatur gebracht haben, das freiwillige Ueberströmen der Jahr um Jahr an die Oberfläche gebrachten Strömungen des nationalen und allgemeinen Lebens in das Sammelbecken der Sprachüberlieferung ist durch die Schwierigkeiten der schriftlichen Fixirung dem bildungseifrigen Inselvolke des fernsten Ostens einstweilen noch versagt. Noch viele Generationen von Japanern werden die Last der Ideogramme auf sich nehmen müssen; darüber sind sich die Kommissionen, die im Auftrage des Kultusministeriums die Reformvorschläge revidirt und wieder revidirt haben, völlig klar geworden. Was nun aber geschehen soll und hoffentlich bald ins Werk gesetzt werden wird, kann dennoch von der größten Tragweite für die kulturelle Entwicklung Japans werden.

Zunächst soll eine Auswahl der unentbehrlichsten und daher von allen Schulkindern zu lernenden Schriftbilder getroffen werden. Man hoffte anfangs mit 800 Zeichen auszukommen, ist aber allmählich wieder auf 1300 gestiegen, weil im praktischen Leben doch mehr Abstrakte und feinere Unterscheidungen von Konkreten vorkommen, als die Verfasser der neuen Schulbücher glaubten. Ob es bei dieser großen Zahl sein Bewenden haben muß, ist eine andere Frage. Einstweilen wäre es verkehrt, in dieser Liste zu sparen.

Man muß es anfangs den Schriftstellern und Zeitungsschreibern möglichst leicht machen, sich an diese Auswahl zu binden. Allmählich wird schon die Bequemlichkeit des Publikums denjenigen literarischen Produkten den Vorzug geben, die sich mit den in der Elementarschule erlernten Ideogrammen begnügen. Encyklopädisch angelegte, vielleicht sogar illustrirte Verzeichnisse der offiziell rezipirten Zeichen müßten spottbillig zu haben sein, während man vollständigere, auch zu älteren Literaturwerken den Schlüssel bildende Lexika der buchhändlerischen Spekulation überlassen könnte. Neben diesen 1300 Zeichen müßten nach wie vor die beiden phonetischen Syllabare (**Katakana** und **Hiragana**) von je 49 Merkmalen gelehrt werden, da sie für Partikeln und Flexionen Verwendung finden. In der Transskribirung der Telegramme vertreten diese Silbenzeichen sogar schon jetzt die Ideogramme, allerdings in sehr unvollkommener Weise. Davon kann gar keine Rede sein, daß diese Syllabare etwa als Ersatz eines phonetischen Systems gelten könnten. Denn Japan bedarf bei seiner jetzigen Weltstellung bequemer Transskriptionen vieler fremder Namen. Diese kann aber das Syllabar nicht leisten, wie schon genügend daraus hervorgeht, daß der Name unseres Schiller in der altjapanischen Umschreibung in Schiresureru, der in Japan wohlbekannte Arthur Lloyd in Asa Röido verwandelt wird. Verwechselungen, wie sie täglich vorkommen, von Pelletan und Bertin, Körner und Kellner und die vollständige Unmöglichkeit, geographische Namen wie Thurn, Silberberg, Lichtenstein richtig wiederzugeben, entscheiden gegen die künftige Verwendung der altjapanischen Silbenschrift für moderne Verkehrszwecke.

Es kann deshalb dem schon so stark mit Leseübungen gequälten japanischen Kinde nicht erspart bleiben, als drittes auch die lateinischen Buchstaben unseres Alphabets zu erlernen. Vorschläge, nur das Bedürfniß der Wiedergabe japanischer Worte zu berücksichtigen, sind zwar auch im Parlament befürwortet worden, stehen aber nicht auf der Höhe der Zeit. Hier wird die Kommission zu allererst beweisen müssen, ob sie die Größe ihrer Aufgabe erkannt und rein sachlichen Motiven den Vorzug vor Anwandlungen der Eitelkeit giebt. Etwas Besseres, als was die frühere Gesellschaft für lateinische Buchstaben geliefert hat, ist noch nicht wieder vorgeschlagen worden. Man kann sich viel Mühe und Zeit ersparen, wenn man ohne jede Modifikation annimmt, was bereits seit Jahren in Uebung ist.

Wenn unter Einsichtigen keine Meinungsverschiedenheit darüber

herrschen kann, daß in den japanischen Schulen auch ferner drei Schriftarten gelehrt werden müssen, die chinesische Bilderschrift, die japanische Silbenschrift und die lateinische Lautschrift, so tritt die wichtige pädagogische Frage an die japanische Unterrichtsverwaltung heran, in welcher Reihenfolge diese Systeme gelehrt werden sollen. Bis jetzt hat man mit der japanischen Silbenschrift begonnen, dann chinesische Zeichen hinzutreten lassen und zuletzt die lateinischen Buchstaben gelehrt. Im Interesse der geistigen Entwicklung der zukünftigen Generationen japanischer Kinder wäre dringend zu wünschen, daß mit dem streng phonetischen europäischen System angefangen wird. Man macht sich bei uns nicht leicht klar, wie viel leichter es ist, die aufeinanderfolgenden Laute im Kopfe zu Wörtern zusammenzufassen, als zusammen Gesprochenes getrennt aufzufassen. „Lesen" und „legere" heißt „sammeln". In Japan kann sich Jeder leicht überzeugen, wie schwer es den Kindern in den Kopf geht, daß das, was sie bis dahin als ein Zeichen lernten, wie ka oder ki, aus zwei Bestandtheilen bestehen soll. Europäische Kinder aber, die das Buchstabiren gründlich kennen, lernen freudig und spielend die einfachen Zeichen für eine ganze Silbe, wie das Japanische sie bietet. Nur das lateinische Alphabet hat ferner beim Schreiben sichtbaren Zusammenhang innerhalb eines Wortes und daher die große Erleichterung der Worttrennung, die großen Anfangsbuchstaben und sinngemäße Interpunktion. Nur im Erlernen des Lesens und Schreibens der lateinischen Buchstaben kann das japanische Kind gewöhnt werden, Vertrauen zu der unbewußten Mitthätigkeit des Ohres zu gewinnen und von der leider in Japan so beliebten Entschuldigung des „Mißverständnisses" („machigai") als der bequemsten Nothlüge nicht mehr ständigen Gebrauch zu machen. Dazu kommt nun noch die schnelle Erlernbarkeit des nur aus 25 Buchstaben bestehenden Alphabets. Es liegt gar kein Grund vor, warum ein richtig unterrichtetes japanisches Kind nicht eben so gut in 6—8 Wochen lesen und schreiben lernen soll wie ein deutsches. Hat es erst durch Uebung einige Sicherheit erlangt, so kann es richtig ausgewählte Geschichten und Darlegungen in die Hand bekommen, wie sie unser Kinderfreund und unsere Jugendliteratur bietet. Es ist mir in Japan immer als ein schwerer Nachtheil erschienen, daß die jüngeren Kinder sich vollständig daran gewöhnen, daß sie außer den durchgenommenen Stücken ihres Lesebuches einstweilen doch Nichts lesen können und daher durch Privatlektüre gar keine geistige Zufuhr

erhalten. Erst mit 13 oder 14 Jahren tritt hierin eine Aenderung ein. Was somit den japanischen Kindern in den ersten sechs Schuljahren an Gelegenheit, sich selbst zu belehren und die Elemente allgemeiner Bildung in sich aufzunehmen, verloren geht, kann der Kenner unserer Jugendschriften leicht ermessen.

Erst dann wird also die japanische Unterrichtsverwaltung die große Aufgabe, vor die sie gestellt ist, richtig erfüllt haben, wenn sie dafür gesorgt hat, daß die Schulkinder zu allererst die lateinische Schrift gründlich erlernen, damit sie das Hören bereits ordentlich verstehen, wenn sie im zweiten Schuljahre zur Silbenschrift übergehen. Es klingt sonderbar, ist aber dennoch wahr, daß von dieser beinahe kleinlichen Frage der Anordnung der Reihenfolge des Unterrichts im Lesen und Schreiben die Ersprießlichkeit der bevorstehenden Reform für die Geistesentwicklung des japanischen Volkes aufs Wesentlichste beeinflußt wird. Wie überall, so ist es auch auf dem Gebiete des Schriftwesens; was das japanische Volk systematisch herübernehmen muß, wie es ist, ist das Elementarste; die Finessen kann man getrost dem Ehrgeiz der bestellten Fachmänner überlassen.

Notizen und Besprechungen.

Theologie.

Naumann, Friedrich, Gotteshilfe. Gesammtausgabe der Andachten aus den Jahren 1895—1902 sachlich geordnet. Göttingen, Vanderhoeck & Ruprecht, 1902.

Es sind 380 Andachten; man kann länger als ein Jahr an ihnen lesen. Sie sind in weiten Kreisen schon bekannt: eine große Gemeinde hat sich um sie gesammelt. Gemeinde ist vielleicht nicht das richtige Wort; unter einander haben sie sich noch wenig zu sagen — viele Einzelne, aber aus allen Schichten unseres Volkes.

Der Verfasser, der sie niedergeschrieben hat, hat in den sieben Jahren viel erlebt; er ist von einem Beruf in einen anderen übergegangen; manche Sterne sind ihm erloschen und mancher Stab ist in seiner Hand zerbrochen; aber er wandert rüstig seines Wegs. Er schreibt nur, was er empfunden und erlebt hat, und er schreibt darum heute anders als vor sieben Jahren. Aber was er damals aufgezeichnet hat, ist ihm noch heute theuer und uns auch. Früheres und Späteres hat er zusammengestellt; aber die Einheit ist größer als die Verschiedenheit. Welcher Dogmatik er huldigt, darüber mag sich ein Dogmatiker den Kopf zerbrechen; der schlichte Leser wird auf diese Frage überhaupt nicht kommen; er wird immer gleich zur Sache selbst geführt. Der Verfasser hat nicht für Jedermann geschrieben; an welche Kreise er sich richtet, hat er in der Vorrede deutlich ausgesprochen. Es wird ihm aber auch Mancher zuhören, an den er nicht gedacht hat.

Warum ich diese Andachten in dieser Zeitschrift zur Anzeige bringe? Weil ich glaube, daß unter ihren Lesern Viele sein werden, die sich dankbar an ihnen erwärmen werden. Ich habe aber noch einen Grund: ich kenne keine andere Sammlung christlicher Betrachtungen, die wie diese in dem Leben der Gegenwart wurzelt und doch das alte Evangelium verkündigt. Hier ist nichts bloß Ueberliefertes, nichts Raffinirtes und nichts Künstliches. So werden diese Andachten, die jetzt eine große Mission erfüllen und auch in der Kraft ihrer Sprache ein Meisterwerk sind, einst ein kirchengeschichtliches Dokument sein für die Ausprägung der evangelischen Frömmigkeit im Ausgang des 19. Jahrhunderts — ein Dokument, dessen wir uns nicht zu schämen brauchen und das dem, der es gesetzt hat, ein unvergängliches Andenken sichert.

Adolf Harnack.

„Handel und Ethik“ mit besonderer Berücksichtigung der neuesten Entwicklung (Kartelle, Trusts ꝛc.) von E. W. Bußmann. Göttingen, Vanderhoeck & Ruprecht 1902. 60 S. Mk. 1.

In der „Christlichen Welt“ waren verschiedene Stimmen laut geworden, wonach die Spannung zwischen den beruflichen Interessen des Handelsstandes und den Forderungen des Christenthums in der Gegenwart so stark geworden sei, daß es dem einzelnen Kaufmann kaum möglich werde, ohne Verstoß gegen die christliche Sittlichkeit auszukommen. Erich Förster hatte es fast noch schärfer formulirt dahin, daß ein Kaufmann, der seinen Beruf treu erfülle, nicht mehr Christ sein könne. Mit diesem Vorurtheil, wonach „bei keinem Beruf die persönliche Sittlichkeit so sehr in Gefahr stehe, wie bei dem kaufmännischen“, rechnet die obengenannte Schrift ab. Es ist gut, daß ein Pfarrer sie geschrieben hat, der mitten in dem fluktuirenden Handelsleben steht. Bußmann ist angestellt an der deutschen evangelischen Gemeinde in Buenos Aires. Mit offener Ehrlichkeit zeigt er die Mängel der theologischen Beweisführung in der Ethik, mit der er in seinem Beruf vertraut geworden ist.

Manchen erscheint eine Ethik des Handels wünschenswerth. Eine solche ist ein Ding der Unmöglichkeit. So wenig wir eine Ethik der Landwirthschaft oder der Diplomatie schreiben können, so wenig eine solche des Handels und des Kaufmannstandes. Jeder Beruf hat seine eigene Technik. In dieser Technik liegen stets bestimmte sittliche Gefahren. Die Mittel des handwerkmäßigen Betriebs, wie sie in jeder Berufsarbeit in die Hand zu nehmen sind, bedeuten immer eine Versuchung, eine Probe auf den sittlichen Charakter. Es ist grundverkehrt, zu meinen, der Beruf des Pfarrers und Theologen sei weniger gefährlich, als der Beruf des Kaufmanns. Ebenso verkehrt ist es, zu meinen, es gebe einen andern Weg zur sittlichen Selbständigkeit, als den durch einen Beruf hindurch. Gewiß sollen in jedem Beruf die Forderungen christlicher Sittlichkeit beobachtet und erfüllt werden. Es darf denselben im Prinzip nichts abgemarktet werden. Wenn es sich jedoch um Beurtheilung eines bestimmten geschichtlichen Standes auf einer bestimmten geschichtlichen Stufe handelt, wird eine unmittelbare Messung desselben an einem geschichtslosen Ideal stets in eine Verurtheilung ausmünden. Jede Beurtheilung geschichtlicher Sittlichkeit muß die früheren Verhältnisse vergleichen, danach den jetzigen Stand abschätzen und sehen, ob die Entwicklung nicht trotz zahlloser Entwicklungsfehler und Entwicklungskrankheiten in jene Richtung des Ideals weist. Damit wird man dem Ideal, als dem ewigen Quellpunkt vorwärtstreibender, versittlichender Kräfte, gerecht und hütet sich zugleich vor der Ungerechtigkeit, einen Stand um seiner beruflichen Technik willen zu verurtheilen. Endlich „ist es verkehrt, zu meinen, daß unsere modernen Erwerbsverhältnisse womöglich auf politischem Wege geändert werden müßten, damit man ein Christ sein kann.“ Im Christenthum liegt eine fortwährende Ethisirung des Lebensverkehrs; dieselbe kann durch staatliche

Gesetzgebung geradesogut verlangsamt, wie gefördert werden. Es kommt allein darauf an, auf welcher sittlichen Stufe die Rechtssubjekte stehen, welche durch sie getroffen werden.

So wenig Bußmann im Einzelnen die Gefahren des kaufmännischen Berufs verdeckt, so sehr weist er auch die einzelnen Vorzüge dieses Berufs für Charakterbildung nach. Der Großhandel bedarf des Kredits, der Zwischenhandel der Freiheit, der Kleinhandel der Rechtssicherheit — lauter sittliche Faktoren des Geschäftslebens! Der Zweck der kaufmännischen Arbeit ist nicht Gelderwerb. Das Geld ist dem Kaufmann zu sehr Werkzeug, um ihn beherrschen zu können. Geldverluste werden gleichmüthig getragen, ja oft schon in die Kalkulation eingerechnet. Geiz und Habsucht sind bei Kaufleuten nicht häufiger nachzuweisen, als in andern Ständen. Die kaufmännische Ehre ist eine nothwendige sittliche Voraussetzung, um ein Geschäft dauernd auf der Höhe zu halten. Der Handel selbst ist Dienst am Volk, an den Völkern; er fördert die Arbeitsgelegenheit, die Rechtsgrundlagen des Staats . . .

Alles in Allem eine Schrift, für die wir dankbar sind, weil sie aus Theologenkreisen kommt. Sie ist nüchtern, gesund, aus dem Leben gegriffen, für das Leben geschrieben.

Dortmund. Traub.

Geschichte.

Die Mission und Ausbreitung des Christenthums in den ersten drei Jahrhunderten von Adolf Harnack. 561 S. Leipzig. J. C. Hinrichssche Buchhandlung. 1902.

Herr White, der bisherige Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, hat ein Werk geschrieben unter dem Titel: „Der Kampf der Wissenschaften und der Theologie." Als Professor Harnack in seiner Rede auf dem Abschiedsbankett, das seine deutschen Freunde und Verehrer dem scheidenden Botschafter veranstalteten, dieses Werk erwähnte, nannte er es ein Buch über den Kampf der Wissenschaft und der mittelalterlichen Theologie — eine sehr vielsagende Differenzirung. In der heutigen öffentlichen Meinung ist wohl noch immer die bei Weitem vorherrschende Vorstellung vom Wesen der Theologie die mittelalterliche, und diese Theologie ist keine Wissenschaft, folglich steht sie im Gegensatz, im Kampf mit der Wissenschaft. Unzweifelhaft war auch die mittelalterliche Theologie eine Wissenschaft, ja sogar eine hervorragende, fast die einzige Trägerin der Wissenschaft. Heute ist sie es nicht mehr. Aber eine andere Theologie ist an ihre Stelle getreten, die es mit jedem anderen Zweige der Wissenschaft an Wissenschaftlichkeit aufnimmt. Von allen Gebieten der Geisteswissenschaften ist es heute vielleicht sogar dieses, das den größten Kreis der Leser und Freunde besitzt und an Fruchtbarkeit der Forschung jedenfalls sehr

viele andere noch übertrifft. Ein großer Theil der alten Theologie ist auf dem Wege der Entwicklung zur neuen in Historie aufgelöst worden; man möchte sich zuweilen versucht fühlen, den Satz des Kardinals Bellarmin, daß das Dogma die Geschichte überwinden müsse, dahin umzukehren, daß die historische Forschung die dogmatische überwunden habe und an ihre Stelle getreten sei. Auch das ist keine einseitige Bewegung gewesen: nicht bloß die Theologie hat den Weg zur Geschichte gefunden, sondern ebenso sehr die Geschichte den Weg zur Theologie. Die alte Unterscheidung zwischen Kirchengeschichte und Profangeschichte existirt wissenschaftlich nicht mehr; sie hat nur noch eine praktische Bedeutung. Die Berliner philosophische Fakultät hat jüngst für die Wiederbesetzung ihrer mittelalterlichen Geschichtsprofessur an erster Stelle einen Theologen vorgeschlagen. Von Hegel konzipirt, ist die Durchführung des Gedankens der im tiefsten Grunde inneren Einheit und Wechselbeziehung von Kirche und Staat wesentlich das Werk Rankes.

Als Vertreter der autonomen (welchen Ausdruck ich vorschlagen möchte, statt des neuerdings üblich gewordenen „voraussetzungslos", der schief und sogar falsch ist) Wissenschaft, führt Harnack seine theologischen Forschungen durch. Die naturgebotene Folge solcher Forschung ist, daß die Religion, die als solche den Anspruch hat, absolut zu sein, als historisch Bedingtes vor das Auge tritt. Die Frage, die das neue wissenschaftliche Werk Harnacks stellt, ist: wie schnell, wie stark, durch welche Mittel und Kräfte hat sich die neue Lehre des Christenthums in den ersten drei Jahrhunderten, d. h. bis sie in feste Wechselbeziehung zum Staat trat, im römischen Reich ausgebreitet und unter der heidnischen Bevölkerung festen Fuß gefaßt? Das Ergebniß ist, daß allenthalben Vorstufen aufgezeigt, Momente entdeckt werden, an die das Christenthum nur anzuknüpfen brauchte, auf denen es weiter fortbauen konnte und fortgebaut hat. Aber indem es an solche Elemente mit seiner neuen Kraft anknüpfte, auf solche Vorstufen trat, ging es Verbindungen ein, die ihre Rückwirkungen, und zwar der allerstärksten Art, ausübten. Man kennt aus der Epoche des ausgehenden Heidenthums den Ausdruck Synkretismus für die Vermischung der verschiedensten, ja entgegengesetzten Religionssysteme. Die christliche Kirche hat von der umgebenden Welt, ja von ihren grundsätzlichen Gegnern, Juden und Heiden, Philosophie und Götzendienst soviel in sich aufgenommen, daß Harnack sich nicht scheut, sie selber als einen großen Synkretismus anzusprechen und eben dadurch einen neuen unendlichen Blick in die Zukunft zu eröffnen, indem nämlich die Möglichkeit auftaucht, daß die Kirche, der religiöse Urgedanke, sich von all diesen Amalgamen noch einmal wieder befreie und andere neue Verbindungen eingehe.

Um aber wieder zu der rein historischen Betrachtung zurückzukehren, so möchte ich den Gesammteindruck der Harnackschen Forschung dahin zusammenfassen, daß die Bildung der Kirche uns nunmehr als ein Prozeß im Gesammtzusammenhang der Weltgeschichte erscheint, wie es in den großen

Zügen bereits Ranke dargestellt hat. Die bisher sprunghaft, überweltlich auftretenden Uebergänge erscheinen jetzt alle historisch vermittelt. Es ist das ein Vorgang, der sich sehr vielfach in der Geschichte wiederholt; aus meiner eigenen Forschung kann ich gleich eine Analogie anführen. Der Zusammenbruch des römischen Weltreichs, die Völkerwanderung und die Bildung der germanisch-romanischen Staaten, das sind alles Begriffe, die in der Ueberlieferung etwas, man möchte sagen Plötzliches, Spontanes, ganz Eigenthümliches haben; man hat bisher angenommen, daß noch im vierten und im Anfang des fünften Jahrhunderts römische Legionen, gewaltige römische Heere existirt hätten. Wo sind sie plötzlich geblieben? Die genauere Forschung hat mich gelehrt, daß dieses römische Heer schon im dritten Jahrhundert verschwunden war, und daß eine ganze Epoche eingeschoben werden muß „des römischen Reichs mit germanischen Soldaten", was dann den natürlichen Uebergang zu den germanischen Reichen auf römischem Boden bildete. Die Vorarbeiter der christlichen Kirchen ganz in demselben Sinne waren nach der jetzigen Feststellung Harnacks die Synagogen der jüdischen Proselyten. Auf nicht weniger als sieben Prozent der Reichsbevölkerung zur Zeit des Augustus, schlägt Harnack die Juden an, zum allergeringsten Theil jüdischen Stammes. Diese jüdischen Proselyten hatten sich bereits ein gut Stück vom Tempeldienst in Jerusalem entfernt und dadurch ihre Religion so vergeistigt, daß es zum Uebergang ins Christenthum nur noch eines Schrittes bedurfte.

Sehr merkwürdig ist, wie unter der Harnackschen Forschung der alte Gegensatz von Juden-Christenthum (Petrus) und Heiden-Christenthum (Paulus) verschwunden ist: im Judenthum selber war eben, indem es eine so gewaltige Anhängerschaft unter den Heiden gewonnen, die Loslösung von der Enge einer bloßen Nationalreligion schon auf das Wirksamste vorbereitet. Aeußere und innere Geschichte der Religion hängen an dieser Stelle aufs Innigste zusammen: die Feststellung der ungeheuren Menge der religiös zum Judenthum haltenden Heiden führt zu der Erkenntniß, wie weit bereits zu Christi Zeit die jüdische Religion die Grenzen des Judenthums überschritten hatte, verlegt damit den präsumirten Gegensatz von Heidenchristenthum und Judenchristenthum in das Judenthum selbst und nimmt ihm dadurch die früher beigelegte Bedeutung.

Delbrück.

Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866—1871. Nach Schriften und Mittheilungen betheiligter Fürsten und Staatsmänner von Dr. Ottokar Lorenz, Professor an der Universität Jena. (634 S.) Jena, Gustav Fischer. 1902.

Es ist schwer, zu diesem Buche Stellung zu nehmen. Es ist voll der interessantesten Mittheilungen, Erzählungen direkt aus dem Munde hoher Persönlichkeiten, namentlich des Großherzogs von Baden, Aktenstücke, Briefe,

Tagebücher von unschätzbarem Werth. Der Verfasser ist bekannt als ein Causeur ersten Ranges und weiß vorzüglich zu charakterisiren. Dennoch weiß man nicht, ob man dies Buch zur Lektüre empfehlen soll, denn unmittelbar neben vielem Vortrefflichen und Neuen steht so viel Falsches, sowohl in Thatsachen wie in der Charakteristik, oder mildest ausgedrückt, ist die Auffassung so durchaus subjektiv, neben klaren und treffenden kritischen Untersuchungen steht so Vieles, was unbesehen dieser oder jener Quelle nacherzählt wird, daß Jemand, der nicht selber kritisch und in Kenntniß der Thatsachen sehr sattelfest ist, durch diese Lektüre ebenso sehr verwirrt wie aufgeklärt wird. Auf Einzelheiten einzugehen, ist unmöglich, wenn man nicht ein Buch schreiben will. Man kann sagen: Lorenz richtet sich hauptsächlich gegen Sybel, aber im Grunde ist er mit diesem in derselben Verdammniß, nur in einem anderen Ofen: wie Sybel den Erzählungen Bismarcks und Vitzthums gefolgt ist, ohne sie kritisch genügend zu prüfen, so ist Lorenz seinen verschiedenen zahlreichen Gewährsmännern häufig nicht bloß in Thatsächlichem, sondern auch in der Beurtheilung der Personen und Verhältnisse blindlings gefolgt, ohne sich die Frage vorzulegen, ob nicht auch hier nur subjektive Meinungen und Stimmungen vorlägen. Mag man sich aber zu dem Werth des Buches als Geschichtschreibung stellen wie man will — auch das hängt ja zum Theil von persönlicher Auffassung ab — sicher ist, daß wir hier ein Quellenwerk ersten Ranges vor uns haben.

Einiges Wenige sei auf gut Glück herausgehoben.

Die Meinung der Franzosen, daß Bismarck mit der Hohenzollernschen Thronkandidatur ihnen eine Falle stellen, sie zum Kriege habe reizen wollen ist in Deutschland bisher wohl nur von zwei beachtenswerthen Persönlichkeiten getheilt worden, Lothar Bucher und Constantin Rößler, Beide allerdings Männer, die in die Bismarcksche Denkweise sehr tief eingedrungen waren. Ich habe mich auch bei der Neubearbeitung meiner Untersuchung, die jetzt in meinen „Erinnerungen, Aufsätzen und Reden" erschienen ist, bei sorgfältigster Nachprüfung nicht zu dieser Ansicht verstehen können: auch Ottokar Lorenz spricht es nicht gerade so aus, kommt ihr aber doch sehr nahe und macht sogar Bismarck den Vorwurf, daß, indem er in dieser Weise den Krieg in Gang brachte, er doch nicht Vorsorge für eine schnelle Heeresbereitschaft getroffen habe. In meinen Augen ist gerade diese letztere Thatsache der stärkste Beweis, daß Bismarck eine unmittelbare Entzündung des Kriegsfeuers aus dieser an sich so wenig bedeutenden Reibung nicht erwartet, sie also auch nicht in dieser Absicht betrieben haben kann. Daß die Kandidatur die französische Politik stören, das reizbare Volk ärgern und erregen würde, hat er allerdings gewußt, aus guten Gründen aber, die ich hier nicht wiederholen will, darauf keine Rücksicht genommen.

Der Reichthum der neuen Mittheilungen des Lorenzschen Buches gruppirt sich hauptsächlich um zwei Zentren: das Verhältniß Preußens zu den Kleinstaaten und besonders zu den Süddeutschen, die unsäglichen

Schwierigkeiten, die es gemacht hat, aus diesem Chaos der widerstrebenden Ansichten und Interessen die deutsche Reichsverfassung und endlich das Kaiserthum zu konstituiren, und zweitens den scharfen Zwiespalt zwischen Bismarck und Moltke während des Krieges 1870. Heute ist es nicht schwer zu erkennen, wer jedesmal Recht gehabt hat, aber leider kann man nicht sagen, daß immer derjenige, der in der vorliegenden Frage den richtigeren Blick gezeigt, auch die Oberhand behalten und seinen Willen durchgesetzt habe. Bismarck wollte die Beschießung von Paris, Moltke verwarf sie; zu unserm Unheil setzte Bismarck mit Roons Hilfe schließlich noch seine Ansicht durch. Aber der Schade, der dadurch angerichtet ist, hat sich zuletzt verwinden lassen. Von viel dauernderem Nachtheil ist es für uns geworden, daß an einer anderen Stelle Moltke wieder seinen Willen gegen Bismarck durchsetzte, nämlich bezüglich der Abtretung von Metz. Man wußte von je, daß Bismarck diese Abtretung nicht gewünscht hat, aus Lorenz erfahren wir aber jetzt darüber noch viel mehr. Es ergiebt sich, daß der Großherzog von Baden schon damals den Gedanken entwickelt hat, daß die Erwerbung rein französischen Sprachgebietes (Metz) für uns eine große Last und daß es richtiger sei, statt dessen Luxemburg zu erwerben. Wie viel weiter wären wir heute mit der Assimilation der Reichslande und namentlich mit dem großen Zukunftsgedanken der Aussöhnung mit Frankreich, wenn wir uns 1870 streng an die Sprachgrenze gehalten und nicht ein Stück aus dem französischen Nationalkörper selber herausgeschnitten hätten! Und die Viertelmillion Menschen Deutscher in Luxemburg verlumpen national, weil sie nicht Glieder des Reiches geworden sind. Wie einfach scheint es, diesen selbständigen kleinen Staat deutscher Zunge als Bundesglied in das Reich eintreten zu lassen — und doch unausführbar! Bei den Friedensverhandlungen 1871 war es schon nach Lorenz nahe daran, daß Deutschland auf Metz verzichtete, auch der Kronprinz soll schon trotz Blumenthals Widerspruch dafür gewonnen gewesen sein, als — wir müssen wirklich sagen: leider — die Franzosen sich nachgiebig zeigten und unter diesen Umständen Bismarck natürlich festhielt. Ich habe an anderer Stelle einmal ausgesprochen, daß das Wesen Moltkes wesentlich darauf beruht, daß er eine im Grunde unpolitische Natur war: so sah er auch die Metzer Frage ausschließlich unter dem Gesichtspunkt des militärischen Vortheils an, und wir haben das merkwürdige Schauspiel, daß erst Bismarck Moltke, bei der Beschießungsfrage, und dann Moltke Bismarck den Vorwurf mangelnder Entschlossenheit machte, während doch beide Mal die bessere Einsicht dort des Strategen, hier des Staatsmannes den Richtpunkt gab und — dem Schein des größeren Schwungs und des stärkeren Wollens gegenüber unterlag.

Delbrück.



Constantin Rößler. Ausgewählte Aufsätze. Herausgegeben von Walter Rößler. Berlin. Georg Stilke. 536 S. 10 Mark.

Motto: „Das großartige Ethos Hegels setzte die Seligkeit des Menschen in die Selbstvergessenheit in großen Dingen".

Rößler war einer der wirksamsten Schriftsteller der Bismarckschen Epoche und doch weder volksthümlich nach seiner Schreibart, noch bekannt seinem Namen nach. An Wissen und Bildung überragte er die meisten der berühmten Gelehrten seiner Zeit und durfte auf Namen, vor denen die öffentliche Meinung der Zeit sich mit tiefstem Respekt verbeugte, mit ironischer Geringschätzung herabsehen. Ob er aber in der Geschichte der Wissenschaft einmal eine Rolle spielen wird, wird davon abhängen, welche Richtung die Wissenschaft selbst in den nächsten Generationen einschlägt. Wendet sie sich, wie ja von Vielen angenommen wird, vom Positivismus ab der Spekulation wieder zu, so werden die geistigen Zusammenhänge seit Hegel, so wie Rößler sie ansah und selber mitrepräsentirte, den Leitfaden der Betrachtungen bilden. Man wird dann in ihm den Jünger Hegels und Interpreten Rankes sehen, und daß ein Mann von solcher geistigen Kraft und Tiefe Bismarckischer Journalist war, wird dastehen als das herrlichste Zeugniß der geistigen Produktivität jener großen Zeit. Zu den Gelehrten im üblichen Sinne aber gehörte Rößler insofern nicht, als er ein systematisches, auf Forschung aufgebautes Werk nie geschrieben hat. Sein bedeutendstes Buch: „Das Deutsche Reich und die kirchliche Frage" ist sozusagen ein gewaltiger Essay über den Zusammenhang von Religion, Staat, Kirche und Bildung. Die Sammlung von Aufsätzen, die sein Sohn jetzt herausgegeben hat, umfaßt die verschiedensten Gebiete, Politik, Philosophie, Literatur, Geschichte, Kunst.

Ein Aufsatz über Lessing wirft die Frage auf, wie dieser klare Denker dazu kam, die Lehre von der Seelenwanderung aufzunehmen. Die Antwort lautet: Lessing kannte noch nicht den Gedanken, der erst durch Hegel gewonnen worden ist, daß in der Menschheit ein einheitlicher, sich kontinuirlich entwickelnder Geist lebe. Lessing hatte aber bereits erkannt, daß in der Geschichte ein vernünftiger Zusammenhang walte; er fand den Gedanken der „Erziehung des Menschengeschlechts". Zur Erziehung gehört die Identität des erzogenen Subjekts. Lessing wußte dieses Postulat nicht anders zu befriedigen als durch die Vorstellung der aus einem Körper in den andern übergehenden Seele.

Ein Aufsatz über Schleiermacher gruppirt sich um die Sätze: „Die Frage, wie der Idealismus Lebensmacht werden könne, ist unsere höchste". „Der Idealismus ist Schaffen wie umgekehrt das Schaffen Idealismus".

Schopenhauer wird sehr scharf zurückgewiesen, im Besonderen die beliebte Wendung, er sei wohl nur ein schwacher Philosoph, aber ein großer Schriftsteller gewesen, bekämpft. Diese Wendung gebe ihm zu wenig nach der einen, zu viel nach der anderen Seite. Ein großer Schriftsteller bloß

durch Form sei nicht genug, sei auch in sich ein Unding, da bloß durch die Form keine Wirkung erzielt werden könne. „Schopenhauer war ein Cyniker mit einem reichen Vermögen ästhetischer Empfindung".

In einem Aufsatz über Goethe wird dessen Verhältniß zur Politik erörtert: er hat sie stets gemieden, weil er in ihr nichts sah, als etwas Gemeines, den verworrenen Kampf der Selbstsucht der Herrschenden und der Interessen. Einige wundervolle Studien sind dem Faust gewidmet, nicht Einzelheiten, sondern dem inneren geistigen Zusammenhange des ganzen Stückes.

Ganz besonders schön ist der Aufsatz über Eduard Lasker. Er fragt, weshalb Bismarck als seinen lästigsten Gegner einen Mann betrachtete, der selbst als bittere Entfremdung eingetreten, kaum aufhören konnte, sein aufrichtiger Bewunderer zu sein? Antwort: „Bewunderung, die nicht entweder zu vollem Verständniß oder zur Unterwerfung führt, die gemischt bleibt mit meisternder Kritik, kann zur Stütze der unbequemsten Hemmungen werden. Und sie ist es bei Lasker geworden."

Für den Historiker von dauerndem Werth sind die Aufsätze, mit denen Rößler das Erscheinen der einzelnen Bände des Sybelschen Werkes über die Begründung des Deutschen Reiches, und namentlich diejenigen, mit denen er die Bände der Rankeschen Weltgeschichte begleitete. Mit Geschichtsphilosophie beschäftigen sich heute mehr die Dilettanten als die Fachmänner, aber wenn sie einmal wieder ernsthaft angegriffen wird, so wird man auch diese Rößlerschen Arbeiten sehr wesentlich heranzuziehen haben.

Die kirchenpolitischen Aufsätze: „Die Gegensätze in der preußischen Landeskirche", „Der Gang des Kulturkampfes", „Unsere nationale Einheit und kirchliche Zerrissenheit" sind beherrscht von der Idee, daß der vollendete nationale Staat auch die nationale Kirche postulire. Es kann keinen grandioseren Gedanken geben, als ein Volk, das in einem auf absoluter geistiger Freiheit erwachsenen Glauben geeinigt ist — aber ich fürchte, dieser Gedanke gehört in die Sphäre des Idealstaates, der der Menschheit nie beschieden sein wird, weil er in sich unmöglich ist.

Ich nenne noch Aufsätze über Gustav Freytag, Moltke, Max Duncker, Kuno Fischer, die Frauenfrage, um schließlich bei demjenigen zu enden, der eigentlich der Mittelpunkt des Ganzen ist, das ist der 70 Seiten starke Aufsatz „Graf Bismarck und die deutsche Nation" aus dem Dezember 1870. Es sei mir gestattet, ihn mit Erlaubniß meines Kollegen und Freundes Max Lenz aus dessen Munde zu charakterisiren. Eben war Lenz' „Bismarck" erschienen, als er mir erzählte, er habe jenen Aufsatz Rößlers nicht gekannt und ihn jetzt erst nachträglich gelesen: es sei ihm gewesen, als ob er ein Excerpt aus seinem eigenen Buche läse.

Ich denke, das will etwas sagen: schon im Jahre 1870 Bismarcks politische Stellung und Charakter so durchschaut, beurtheilt und gezeichnet

zu haben, daß der nachlebende kritische Historiker nichts als sein „so ist es" darunter zu schreiben hat.

Die Sammlung dieser Aufsätze ist eine schier unerschöpfliche Quelle für die wahre Bildung, die die Anstrengung nicht scheut, in den tiefen Schacht hinabzusteigen, in dessen Dunkel sie sprudelt.

Delbrück.

Geographie.

Stielers Handatlas. Neue 9. Ausgabe. 100 Karten in Kupferstich, herausgegeben von Justus Perthes, geographische Anstalt in Gotha. Erscheint in 50 Lieferungen zu je 60 Pfennig. Bisher erschienen 20 Lieferungen. Preis des ganzen Werkes 30 Mark.

Mit aufrichtigem Vergnügen unterziehe ich mich der Aufgabe, die zu Anfang dieses Jahres begonnene Neuausgabe des Stielerschen Handatlas anzuzeigen. An sich sind ja die Vorzüge dieses ältesten und ehrwürdigsten der bei uns existirenden größeren Kartenwerke bekannt. Kein Atlas kann zur Zeit in gleichem Maße wie der Stielersche den Anspruch auf eigene wissenschaftliche Durcharbeitung des gesammten Materials, auf dem er beruht, erheben. Zu diesem inneren Vorzuge gesellt sich ein äußerer: der Kupferstich, der nun einmal durch die sonst üblichen Reproduktionsmethoden nicht erreicht werden kann. Als Gegenstück stand dem bisher der theure Preis gegenüber, der gegenüber den anderen großen Handatlanten das Doppelte und mehr betrug. Um so eher muß die jetzige Ankündigung der Verlagshandlung auffallen, wonach zwar die Methode des Kupferstichs durchweg beibehalten, aber der Preis gegenüber der früheren Auflage auf die Hälfte, d. h. auf 30 Mark, reduzirt worden ist. Ich gebe über diesen Punkt der Verlagshandlung selbst das Wort. Demnach ist es eine Veränderung in der Herstellungstechnik, die den billigen Preis bedingt. Die einzelnen Karten des Atlas wurden bisher von einer Kupferplatte mit der Handpresse auf nasses Papier gedruckt, dessen ungleichmäßige Zusammenziehung beim Trocknen den Farbendruck mit der Schnellpresse ausschließt und statt dessen das Handkolorit für jedes einzelne Kartenblatt bedingt. Jetzt werden von den gestochenen Kupferplatten Abzüge auf präparirtes Papier gemacht und, von diesem Papier auf den Druckstein übertragen. Der dadurch entstandene Flächendruckkomplex des Steines gestattet nun den Schnellpressen-Farbendruck. Dadurch ist es möglich, an Stelle der 150 Drucke täglich, die mit der Handpresse zu erzielen waren, täglich mehrere Tausend Schnellpreßabzüge herzustellen. Ueberdies fällt die theure Kolorirung mit Handarbeit fort.

Ich muß sagen, daß mich die mit dieser Technik erzielten Resultate auf das Höchste überrascht haben. Um den ganzen Fortschritt zu würdigen, nehme man ein und dasselbe Kartenblatt nach der letztvorhergehenden und

nach der neuen Auflage und halte die beiden Blätter gegeneinander. Die Terraindarstellung, die früher grau in grau gehalten war, ist jetzt durch einen Gelände-Braundruck von ausgezeichneter Abtönung ersetzt und die Lesbarkeit gegen früher thatsächlich verdoppelt. Ich habe bisher Gelegenheit gehabt, mich ausführlicher mit den Blättern 57, 60, 61, 62 und 64, die West- und Mittelasien darstellen, zu beschäftigen. Die Plastik, mit der sowohl die Hochlandsmassen gegenüber den tieferen Gebieten als auch die Terrainverschiedenheiten innerhalb der Hoch- und Tiefländer selbst differenzirt sind, übertrifft Alles, was bisher an kartographischen Leistungen vergleichbarer Art und ähnlichen Maßstabes vorliegt. Mit ausgezeichneter Sorgfalt ist der Kartograph allen Ereignissen gefolgt, die neue Einzeichnungen, einen Wechsel in der Darstellung des Gebirgsterrains, im Zuge und in der Hervorhebung bestimmter Handels- und Telegraphenlinien, Seekabel und dergleichen bedingten. So ist z. B. das Netz der Handelsstraßen auf dem Iranischen Hochlande, wo die letzte Zeit ja wesentliche Veränderungen gebracht hat, in vortrefflicher Weise differenzirend behandelt. Das Einzige, was ich hier vermisse, ist eine Andeutung der — angeblich — bereits begonnenen Bahnlinie von Aschabad nach Meschhed in Persien und ebenso die Bahn von Quetta im britischen Beludschistan nach Nuschki, die sicher im Bau begriffen ist. Für die neuerlichen Meldungen über den sogenannten Tibetvertrag empfehle ich Blatt 62: Innerasien. Es gewährt besser als viele Ausführungen eine Vorstellung von der Unmöglichkeit militärischer Operationen, sei es in Tibet selbst, sei es nach Tibet hinein oder aus Tibet hinaus.

Paul Rohrbach.

Nationalökonomie.

Die Diskontogesellschaft 1851 bis 1901. Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum. Berlin 1901. Großquart, 277 Seiten.

Das Leben einer Bank ist innig verwachsen mit dem wirthschaftlichen Leben des Landes, in dem der Schwerpunkt seiner Geschäftspraxis liegt. Das zeigt uns recht deutlich das vorliegende umfangreiche Werk, in welchem sich das Wachsen und Gedeihen der Diskontogesellschaft, gleichen Schritt haltend mit dem unserer Volkswirthschaft, widerspiegelt.

Die Diskontogesellschaft entstand aus ganz kleinen Anfängen. Im Jahre 1851 als ein bloßer Privatverein ohne Korporationsrechte von David Hansemann, dem früheren preußischen Finanzminister, gegründet, erfuhr sie im Jahre 1855 ihre Umwandlung in eine Kommanditgesellschaft auf Aktien. Diese Umwandlung stellte das Geschäft auf eine breitere Basis und trug im Zusammenhange mit der Krisis von 1857 dazu bei, das Programm entsprechend zu ändern und bei der Aufnahme kleiner Handwerker und Geschäftsleute als „Mitbetheiligte" mit erhöhter Vorsicht

zu verfahren, solche Leute vielmehr an die damals aufkommende genossenschaftliche Kreditgewährung zu verweisen. Gemäß der ursprünglichen Organisation der Gesellschaft zerfiel das Geschäft in zwei Theile, das Spezialgeschäft mit den Mitbetheiligten und das allgemeine Bankgeschäft. Ersteres, das seit 1857, seinem Höhepunkt, immer an Bedeutung und Umfang zurückgegangen war, löste man 1884 mit dem neuen Aktiengesetz, das diese Form der Betheiligung unmöglich machte, ganz auf, und pflegte von diesem Zeitpunkt an allein noch das allgemeine Bankgeschäft; dies zerfällt wiederum in zwei Theile, den gewöhnlichen und den spekulativen Bankverkehr (S. 18). „Gegenstand des letzteren sind größere Unternehmungen — allein oder in Verbindung mit anderen —, um nützliche produktive Anlagen oder Kreditoperationen zu fördern und aus ihren Früchten Vortheile zu ziehen. Der andere umschließt die Kommissionsgeschäfte und die minder erheblichen Anwendungen bereiter Mittel zu vortheilhaften Umschlägen."

Der gewöhnliche Bankverkehr bietet, so wichtig er für die Volkswirthschaft ist, wenig Interesse. Er kann vom kleinen Bankier wie von der Großbank gleich gut ausgeführt werden, und die Konzentration dieses Geschäftszweiges in den Großbanken sowie die zunehmende Konkurrenz bietet dem Publikum nur die Vortheile immer größerer Verbilligung der zu zahlenden Provisionssätze, einer Verbilligung, die nunmehr dem Staate theilweise zu Gute gekommen ist in Gestalt der Börsenumsatzsteuer. Die spekulative Seite des Bankverkehrs dagegen entstammt erst der modernen Zeit und ist einer der wichtigsten Faktoren im heutigen wirthschaftlichen Leben. Seine Entwicklung verdankt er einzig und allein der kapitalkräftigen Großbank; die Würdigung dieses Geschäftszweiges nimmt in der Denkschrift dementsprechend den breitesten Raum ein (S. 26—236).

Die großen Kreditansprüche, die der Kulturstaat stellt, können heutzutage nur durch die Mittlerschaft der Großbanken befriedigt werden. Bei größeren Beträgen pflegt ein einzelnes Institut selten allein das Risiko der Emission zu übernehmen, sondern sich mit anderen Banken zu einem Konsortium zusammenzuschließen, dessen Zusammensetzung bei ferneren Finanzunternehmungen der Gruppe häufig bestehen bleibt. Bekannt sind in dieser Hinsicht das „Preußenkonsortium" (S. 34) aus den 70er Jahren, dem die Diskontogesellschaft angehörte, sowie in den 90er Jahren vor Allem die Rothschildgruppe, an deren Spitze das Frankfurter Rothschildhaus sowie die Diskontogesellschaft standen und im Laufe der Jahre eine große Reihe wichtiger Finanztransaktionen auf dem Gebiete des Staats- und Kommunalkredits des In- und Auslandes, vornehmlich für Rußland Oesterreich-Ungarn und Rumänien ausführten. Die hohen Gewinne der Banken an den Emissionen von Staatsanleihen drängten das Reich und Preußen namentlich auf Veranlassung des Landtags zu dem Schalterverkauf der 80er Jahre, der mit Umgehung der Banken den Verkauf unmittelbar an das Publikum bezwecken sollte (S. 40). „Die Folge war

die Zerstückelung der zu realisirenden Anlagen durch häufig gleichzeitigen Verkauf von Theilbeträgen an die größeren Bankinstitute und Bankhäuser ohne Gewährung zweckmäßiger Marktfreiheit, eine schädliche Konkurrenz statt des früheren einheitlichen Vorgehens und damit ein anhaltend nachtheiliger Druck auf Kurs und Begebbarkeit im offenen Markte." Heute ist man vollkommen von der Unzweckmäßigkeit dieser Verkaufsart überzeugt und begiebt die Anleihen wieder im Ganzen an die Bankkonsortien.

Auch auf dem Gebiete des Verkehrswesens (S. 87—154) hat sich die Diskontogesellschaft lebhaft bethätigt. Sie betrieb den Bau der Berlin-Lehrter, der Mannheim-Karlsruher und einiger anderer Bahnen sowie den Weiterbau der vom Großunternehmer Dr. Strousberg begonnenen Eisenbahnunternehmungen in einer Gesammtlänge von 1700 km (S. 110—116). Vor Allem aber war sie die treibende Kraft beim Bau der Gotthardbahn (S. 97—102), deren Finanzkonsortium sie als erste angehörte, und setzte bei dem Anfangs so gefährdeten Unternehmen die schwierige Finanzirung mit gutem Erfolge durch. Verdienste erwarb sie sich ferner durch die Entwirrung der rumänischen Eisenbahngeschäfte von Strousberg, wodurch sie das bedrohte deutsche Kapital im Betrage von 250 Millionen Francs rettete (S. 102—110). Daneben betheiligte sie sich an ausländischen Bahnen, wie der Kongo-, der Venezuela- und der Schantung-Eisenbahn. Auch an dem Deutsch-Ostafrika-Bahnprojekt, das bald dem Reichstag unterbreitet werden wird, ist die Diskontogesellschaft in Gemeinschaft mit der Deutschen Bank und einigen hervorragenden Berliner Firmen stark betheiligt. Endlich ist sie eng befreundet mit den beiden größten deutschen Rhedereien, dem Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerika-Linie, und die Generaldirektoren beider Linien sitzen im Aufsichtsrathe der Diskontogesellschaft.

Auf dem Gebiete der Industrie (S. 155—187) hat die Diskontogesellschaft eine segensreiche Thätigkeit entwickelt, obwohl es auch ihr an mißglückten Unternehmungen (z. B. Bleierzbergwerk „Bleialf" und die chronisch laborirende Dortmunder Union) nicht gefehlt hat. Besonders ist die Kohlen- und Eisenindustrie, mit welcher sie durch Strousbergsche Unternehmungen frühzeitig in Berührung kam, von der Bank begünstigt worden, und eine Anzahl Aktiengesellschaften verdankt ihr ihre Entstehung und weitere finanzielle Ausgestaltung. Die Bergwerks- und Hüttenaktien fanden mit der zunehmenden Verstaatlichung der Eisenbahnen mehr und mehr Beachtung im Publikum als Anlagewerthe, und die Obligationen der vornehmsten Unternehmungen mußten nunmehr die Eisenbahnobligationen, die in Staatsanleihen umgewandelt waren, ersetzen und erfreuen sich heute bei 1 pCt. höherer Verzinsung und relativ hoher Sicherheit einer steigenden Beliebtheit im Publikum. Hier ist zu erwähnen von Interesse, daß die heute bei derartigen Emissionen ganz allgemein üblichen Partialobligationen mit Sicherheitshypothek und bestimmten Bedingungen hinsichtlich der

Vertretungsbefugnisse zum ersten Male bei einer 5 proz. Kruppschen Anleihe vom Jahre 1874 angewandt worden sind.

Für das Gebiet der Landwirthschaft (S. 188—203) hat sich die Diskontogesellschaft vornehmlich bethätigt durch Gründung der Preußischen Zentral-Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft, der mächtigsten Pfandbriefbank Deutschlands, die bis Ende 1900 1/4 Milliarde allein auf landwirthschaftliche Objekte ausgeliehen hat und jetzt einen Pfandbriefumlauf von nahezu 600 Millionen Mark besitzt. Auch die Landbank ist eine Gründung der Diskontogesellschaft. Sie hat sich die Aufgabe gesteckt, besonders die preußischen Ostprovinzen durch Zertheilung großer Latifundien in kleine Güter mit deutschen Bauern zur Stärkung des Deutschthums anzusiedeln, und hat in dieser Beziehung vermöge ihrer leicht beweglichen kaufmännischen Leitung im Gegensatz zur schwerfälligen staatlichen Ansiedlungskommission schon Dankenswerthes geleistet.

Die Diskontogesellschaft hat im Gegensatz zu andern Großbanken niemals das Filialsystem entwickelt. Die Zurückhaltung, welche sie, wie sie selber sagt (S. 205), „gegenüber den Expansionsbestrebungen anderer Banken lange Zeit beobachtete, hatte ihren Grund in dem Bestreben, die ganze Kraft der Leitung der Zentralverwaltung zu erhalten und in dieser bestens zu verwerthen.“ Nur vorübergehend, im stürmischen Taumel der 70er Jahre, hatte sie sich auf das Provinzialgeschäft geworfen und, um dasselbe unabhängig zu gestalten, die Provinzial-Diskontogesellschaft mit der Zentrale Berlin gegründet. Jedoch mußte diese Tochtergesellschaft in Folge verfehlter Unternehmungen in der stillen Zeit, die dem kurzen Aufschwung folgte, wieder liquidiren.

Die Vortheile überseeischer Verbindungen dagegen haben die Bank schon früh auf den Gedanken gebracht, in den mit Deutschland in engen Handelsbeziehungen stehenden Theilen des überseeischen Auslands Bankinstitute zur Wahrung und Pflege der deutschen Interessen zu gründen. Hierhin gehören die 1872 errichtete, 1874 aber wieder in Liquidation getretene deutsch-belgische La Plata-Bank (S. 75), die Brasilianische Bank für Deutschland (S. 80 ff. und S. 209 ff.), gegründet 1887; die Bank für Chile und Deutschland (S. 79 und 211 ff.), errichtet 1895, welcher allerdings in den chilenischen Niederlassungen der von der Deutschen Bank abhängigen Deutschen Ueberseeischen Bank eine scharfe Konkurrenz entstanden ist. — Auch in den europäischen Staaten, in denen deutsches Kapital hervorragend betheiligt ist, deren einheimische Bankinstitute aber zu wenig Vertrauen verdienen, hat ein Bankkonsortium, an welchem die Diskontogesellschaft betheiligt ist, durch Schaffung kräftiger Finanzinstitute die deutschen Interessen gefördert, so in Italien durch Gründung der Banca commerciale Italiana in Mailand 1894 und in Rumänien durch Errichtung der Banca Generală Română in Bukarest 1897. Von ähnlichen Gesichtspunkten geleitet, gründete 1889 nach langen Vorverhandlungen ein Konsortium unter Theilnahme der Diskontogesellschaft

und fast aller übrigen großen deutschen Bankhäuser die Deutsch-Asiatische Bank in Schanghai.

Ein inländisches Filialsystem, wie andere Großbanken und wie sie es in den 70er Jahren vorübergehend in der Provinzial-Diskontogesellschaft besaß, hat die Bank auch heute noch nicht ausgebildet. Sie geht von dem des Oefteren in der Denkschrift ausgesprochenen Satze aus, das Prinzip der Zentralisation hochzuhalten, ein Grundsatz, der sich mit der Errichtung von Filialen nie ganz konsequent durchführen läßt. Geschickt hat die Bank das Fehlen von Zweigniederlassungen auf andere Weise auszugleichen gesucht. In Hamburg hat sie durch die 1895 erfolgte Verschmelzung mit der Norddeutschen Bank, deren gesammtes Aktienkapital in ihrem Besitze sich befindet, festen Fuß gefaßt; mit den Rheinlanden ist sie verknüpft durch ihre Verbindung mit der Rheinischen Diskontogesellschaft; an den sächsischen Verhältnissen ist sie interessirt durch eine dauernde Betheiligung bei der Allgemeinen deutschen Kreditanstalt in Leipzig; mit Süddeutschland schließlich besitzt sie seit dem vergangenen Jahre eine direkte Verbindung durch Uebernahme des Frankfurter Rothschildhauses. In London, als der Metropole des Welthandels, hat sie mit den wachsenden überseeischen Verpflichtungen Anfang 1900 ebenfalls eine Filiale eröffnet, die sich recht gut entwickelt.

Die Denkschrift behandelt alle die eben berührten Fragen weitausholend und ausführlich und bereichert die moderne Finanzliteratur um ein bedeutendes Werk. Sie bietet sowohl der Geschichtsschreibung, wie der Finanzpolitik ein authentisches Material, das zum Theil wichtige Aufschlüsse giebt, so z. B. Einzelheiten über die großen Finanzoperationen der Kriegsjahre 1866 und 1870/71. Aber auch dem Laien dürfte sie nicht uninteressant sein. Denn sie giebt ihm einmal in klarer allgemein verständlicher Form eine Uebersicht über alle die unbekannten Dinge, die hinter den hohen vergitterten Fenstern der Bankpaläste getrieben werden.

P. v. H.

Literatur.

Charakteristiken von Erich Schmidt. (Zweite Reihe.) Berlin, Weidmannsche Buchhandlung, 1901. 326 S. gr. 8⁰. Preis 6 Mk.

Das Erste, was ich aus diesen Charakteristiken begierig ergriff, war der schöne Nachruf auf Gustav von Löper (S. 206—211), den eigentlichen Begründer unserer Goethe-Gesellschaft. Hatte ich doch das Glück genossen, den feinen, liebenswürdigen Mann in Rom näher kennen zu lernen, wo er als Gast seines edlen Freundes Robert von Keudell auf unserer alten Hochburg auf dem Kapitol, dem Palazzo Caffarelli, glücklichste Erholungstage genoß und die beiden Musik athmenden Seelen sich ausschwärmen durften. Jeder Goethe-Forscher weiß, wie fast bei jedem Schritt

er von Löpers besonnener, alles erwägender Umsicht gehalten und mit treuen Winken weiter gewiesen wird, aber nicht Jeder spricht es so schlicht dankbar aus, wie Erich Schmidt.

Schon weniger zustimmen kann ich der nach meinem Gefühl übertreibenden Anerkennung des Lebenswerkes Gustav Freytags, aber ich gebe zu, mir fehlt wohl das Organ für seine mehr pädagogische, als reine, tendenzlose Kunst überhaupt. Ist es nicht charakteristisch genug, daß er die Höhe seiner dargestellten Ahnenreihe in dem liberalen Publizisten erblicken mochte? Und wogegen ich immer protestire ist, daß man in seinen Romanen eine ausgeprägte „humoristische Kraft“ erkennen will. Aber gleichwohl, Schmidt sucht auch nichts zu vertuschen. Wie „Die Ahnen“ aus den „Bildern aus dem deutschen Leben“ herauswachsen, ist trefflich aufgewiesen. Nur, wie gesagt, ihren „poetischen Gehalt“ überschätzt er. Dabei ist mit Dank anzuerkennen, Schmidt hat den Muth — ja, es gehört Muth dazu, denn es giebt doch auch ganz rabiate Goethe-Pfaffen — Goethes Wilhelm Meister, qua Komposition als ein ganz lustiges Phantom zu behandeln. Vor allem Cyklischen, so sehr Verleger und lesehungriges Publikum darauf versessen sein mögen, hat, glaube ich, der Dichter, der sich selbst achtet, am meisten auf der Hut zu sein. Ein einheitliches, geschlossenes Kunstwerk kann da nicht gedeihen, denn es wird nimmer zum Kreis (κύκλος), bleibt ewig langer Faden (eine series). Das lasse man den Raupach und Konsorten, Raumers sechsbändige Geschichte der Hohenstaufen Band für Band für die Bühne abzuhaspeln. Ganz richtig bemerkt à propos der „Ahnen“ E. Schmidt, „Es ist manchmal doch mehr Kulturgeschichte, als Poesie.“

Eine der prächtigsten dieser neuen Charakteristiken ist die Theodor Fontane gewidmete (S. 232—250), wobei freilich köstliche autobiographische Mittheilungen ergiebig als lebendige Quelle flossen. Auch so ein Muster schöner Darstellung. Ich zitire hier gern, damit der Leser angeregt sei das Ganze zu fordern, Seite 243:

„Der Sechziger, der Siebziger hielt Ernten, und während sonst greisenden Männern die Phantasie leicht im Altersfrost erstarrt, der Stil unsinnlich, steif, kanzleihaft geräth, konnte von Fontane das hübsche französische Wort gelten, das ich ihm einmal zu seiner Freude sagte: il tombe en jeunesse. Eine Heiterkeit der Umschau, eine tiefe Güte des sittlichen Urtheils, eine meisterliche Vergegenwärtigung der Menschen und Oertlichkeiten vereinte sich nun mit dem echten Fontanischen Stil, auf den auch der schöne Endspruch über Vater Fontane angewandt werden mag: so wie er zuletzt war, war er eigentlich“ — —

Eine kleine Studie über Goethes Proserpina führt uns lehrreich in die ganze zwitterhafte Gattung des Melodramas ein, wobei das S. 164 herangezogene, sehr verständige Urtheil L. Tiecks schwer ins Gewicht fällt. Für das unglückliche Goethische Dramolet war es freilich ausgesuchtes Pech, daß statt des Ritters Gluck der Hofdilettant v. Seckendorff und bei

der Auffrischung des Dings (1815) der Komponist für Alles, Eberwein die Musik dazu lieferten.

Der speziellsten Goethe-Philologie gehört der Aufsatz über „Das Mädchen von Oberkirch“ an. Viel kommt leider nicht dabei heraus, aber das ist nicht die Schuld Schmidts, noch des treuen Bearbeiters der wenigen von Schmidt zuerst aufgefundenen Trümmer. „Sollte es die tragische Schwester Dorotheas werden?“ fragt Schmidt. Unsere Literatur sei reich an solchen bloß angehauenen Blöcken.

Sehr heiter, trotz der staunenswerthen Häufung des Materials (aus hundert Liedersammlungen und Kommersbüchern, Jahrmarktsliteratur, gedruckt in diesem Jahr), liest sich S. 177 ff. die Abhandlung über das der Friederikenliebschaft angehörige Rokkokko-Liedchen „Kleine Blumen, kleine Blätter.“ Es mag uns vorsichtiger machen in der Definition des „Volksliedes“, das sicherlich in hundert andern Fällen auch weiter nichts ist, als „zersungenes“ Kunstlied. Sie nennen's dann Volkslied und müssen's laufen lassen.

Herrlich ist der kleine Aufsatz über Goethes Balladen (S. 190 bis 202); er verdient, in die Schullesebücher aufgenommen zu werden, einschließlich der Bezeichnung „den Bock melkende Schulweisheit“, für die tüftelnden und luftigen Unterscheidungen von Ballade und Romanze.

Im Jahre 1898 hatte Ludwig Fulda seine Versübertragung des geistvollen Stückes Edmund Rostands, dessen Held Cyrano de Bergerac ist, bei den Bühnen eingereicht. Da Fulda zu den erklärten Lieblingen des Berliner Premièrenpublikums gehört, so wollte Berlin W., das maßgebende, doch gar zu gern wissen, was es denn mit diesem gascognischen Edelmann eigentlich für eine Bewandtniß habe.

Unser stets entgegenkommender Literaturprofessor setzte sich also hin, auch schon Freund Fulda zu Liebe, und schrieb einen brillanten „Feuilleton“ (S. 81—98), der über alles in Betracht Kommende ausreichend und wohl darüber belehrt. Ich würde der immerhin interessanten Studie hier nicht besonders gedenken, läge mir nicht daran, auf die ätzenden, aber leider Gottes nur zu berechtigten Bemerkungen (S. 97) zu weisen, welche unsere öffentliche Sittlichkeit, wie sie eine väterliche Theaterpolizei versteht, in ein allerdings grelles Licht stellen. Wo ist denn der Aristophanes, der dieser verruchten, verlogenen Simpelei endlich den Todesstoß versetzte? Der Kladderadatsch reicht dazu lange nicht mehr aus.*) Jusqu'à quelle profondeur de bêtise descendrons-nous? Dieses Wort Gustave Flauberts schrieb unser unglücklicher Freund Paul Schönfeld (geb. 4. Januar 1851,

*) Ein Pendant erlebte ich selber in Berlin, da mir ein Redakteur, ein ganz gebildeter Herr so weit, ein harmloses Gedicht als für den Abdruck in einer auch von Damen gelesenen Zeitschrift bedauernd zurückstellte, weil darin das Wort „Erzeuger“ im Sinne von „Vater“ vorkam. Wer es nicht erlebt hat, kann es nicht glauben.



er von Löpers be[illegible]
treuen Winken weite[illegible]
dankbar aus, wie [illegible]

Schon weniger [illegible]
treibenden Anerkennun[illegible]
gebe zu, mir fehlt [illegible]
reine, tendenzlose Kun[illegible]
er die Höhe seiner da[illegible]
erblicken mochte? Und [illegible]
Romanen eine ausgeprä[illegible]
gleichwohl, Schmidt [illegible]
aus den „Bildern aus [illegible]
aufgewiesen. Nur, wie [illegible]
Dabei ist mit Dank anzu[illegible]
gehört Muth dazu, den[illegible]
Pfaffen — Goethes [illegible]
luftiges Phantom zu behan[illegible]
und lesehungriges Publikum [illegible]
der Dichter, der sich selbst [illegible]
einheitliches, geschlossenes Kun[illegible]
nimmer zum Kreis (κύκλος), [illegible]
lasse man den Raupach und [illegible]
der Hohenstaufen Band für [illegible]
richtig bemerkt à propos der [illegible]
doch mehr Kulturgeschichte, als [illegible]

Eine der prächtigsten diese[illegible]
Fontane gewidmete (S. 232—2[illegible]
Mittheilungen ergiebig als leben[illegible]
schöner Darstellung. Ich zitire [illegible]
das Ganze zu fordern, Seite 24[illegible]

„Der Sechziger, der Siebz[illegible]
greisenden Männern die Phantasi[illegible]
unsinnlich, steif, kanzleihaft geräth, [illegible]
sische Wort gelten, das ich ihm [illegible]
en jeunesse. Eine Heiterkeit der [illegible]
Urtheils, eine meisterliche Vergegen[illegible]
keiten vereinte sich nun mit dem [illegible]
der schöne Endspruch über Vater Fo[illegible]
er zuletzt war, war er eigentlich" — [illegible]

Eine kleine Studie über Goeth[illegible]
die ganze zwitterhafte Gattung des [illegible]
herangezogene, sehr verständige Urtheil[illegible]
Für das unglückliche Goethische Dra[illegible]
Pech, daß statt des Ritters Gluck der [illegible]

Man gewinnt dann gewiß auch den Menschen lieb. Das geschah ja bereits gelegentlich Löpe[r]s und Fontanes, aber hier ist noch viel mehr pectus. Ein Mann, der so begeistert den wahrhaft liberalen Pädagogen feiert, der kann, das fühlt jeder Leser, wenigstens kein Pedant sein und nie zu denen treten, die Goethe „Geschmäckler-Pfaffen" gescholten hat.

Weimar, November 1902. Franz Sandvoß
(Xanthippus).

Jörn Uhl.

Zuschrift an die Redaktion.

Während ich in Ihren Bücheranzeigen, die ich hier auf der Nazionale regelmäßig verfolge, schon manches treffende Urtheil gefunden habe, kann ich mich der Besprechung des „Jörn Uhl" durch Max Lorenz ganz und gar nicht anschließen.

Mit Homer soll das Buch am ersten zu vergleichen sein? Ich kenne Homer gut und lese ihn eben wieder, zufällig, kann also beide Werke vergleichen. Außer dem parataktischen Satzbau und außer gelegentlichen Wendungen: so nun redeten die mit einander — uralte Erscheinungen im [E]pos, kann ich keine Aehnlichkeiten entdecken, denn echte Volksthümlichkeit [f]i[ndet] man doch in Werken aller Literaturen. Wo ist in Jörn Uhl Handlung? [illegible] bei Homer Reflexion? Jörn reflektirt wie die Wildenbruchschen [illegible]den (Schwester-Seele, Eiserne Liebe, und fast überall). Am ersten [illegible] man das Buch noch mit den „Vertelln" des andern großen platt[deut]schen Erzählers Klaus Groth vergleichen, die freilich weniger bekannt. Und damit komme ich gleich zur Hauptsache.

[D]as ist eben schade, daß Frenssen sein Buch nicht niederdeutsch schrieb. [illegible] Buch, das so ganz plattdeutsch gedacht ist und zwar wie dort das [illegible] tiefernste, innerliche Volk denkt, das von plattdeutschen Ausdrücken [und Re]densarten wimmelt, in das kein Mensch eindringen kann, ohne [illegible] zu kennen [illegible] er schwerlich ein dauerndes Verhältniß [illegible] wenn er die[illegible] [sch]werfälligen, tiefgründigen, oft etwas [illegible] wenigen [illegible] [ve]rsteht, ein solches Buch hätte noth[wendig] [illegible] plattde[utsch] [illegible] werden müssen. Frenssen hat es [illegible] vielleicht [illegible] daß er den Muth nicht gefunden [illegible] ist er [illegible] [n]iedersächsische Abstammung! Wie [illegible] [illegible] [illegible]es Gesicht, um die ihn manches [illegible] [illegible]

[illegible] [woh]l nicht. Ob ein plattdeutsches [illegible] Erzählung vom Amtsherrn [illegible] [sp]rach, wenn er nicht alle [illegible] [hoch]deutsche verlangt in seiner [illegible] einförmig „un denn was

gest. in Berlin 20. Oktober 1891) auf das Titelblatt seiner „Satiren und Epigramme“ (Kaiserslautern 1886).

Leichter zu lesen und ohne Zweifel nützlicher ist in dem Aufsatze „Clavijo, Beaumarchais, Goethe“ (S. 99—116), die freilich auch von anderen mehrfach vorgetragene Nacherzählung des Beaumarchaisschen Memoirs, das Goethen zu dem schnellen Hinwerfen seines bühnengerechtesten Dramas veranlaßte. Ich erinnere mich einer sehr sorgsamen Vergleichung beider Clavijos in einem Stralsunder Schulprogramm, Rist hieß der Verfasser (vergl. 1865).

Um so dankenswerther ist die sorgfältige Zusammenstellung der erreichbaren Tannhäuser-Literatur, wobei uns nur Heine, den doch nur die erotischen Pointen reizten, einen allzu breiten Raum einnimmt. (S. 24—50. „Tannhäuser in Sage und Dichtung“). Der wesentliche Gehalt der alten Sage — so gar alt ist sie doch nicht — ist gut zusammengestellt. Die Forschung wird dabei jedoch nicht stehen bleiben dürfen, sie hat meines Erachtens den jedenfalls vorchristlichen und vorkirchlichen mythischen Gehalt des bergentrückten Helden aufzusuchen, da denn der sittliche Gehalt des Märchens ein ganz anderes Gesicht zeigen würde. Schon jetzt scheint Anhalt genug dafür vorzuliegen, uns im „alten Danhauser“, dem Waldkerl, eine mythische Personifikation des Todes, des Dürerschen apokalyptischen Reiters, des Schnitters oder Schützen, gewahren zu lassen. Der spätere vielumhergetriebene ritterliche Dichter, der sich den Namen „der Tannhusaere“ zulegte, hat damit gar nichts zu thun. Und die Wartburg auch nicht.

Das „Schlaraffenland“ behandelt den durch alle Literaturen zu verfolgenden Gedanken eines goldenen Zeitalters, das polarisch, vor dem Anfang aller Menschengeschichte, und wieder nach dem Tode als Wohnung der Seligen gedacht ist. Sehr fein. —

Dem Hans Sachs-Jubiläum ist ein ansprechender Vortrag gewidmet, wie auch dem „christlichen Ritter“.

Die Goethe-Wissenschaft wird noch die Aufsätze „Goethe und Frankfurt“ und „Prometheus“ (S. 117—147) und die deutsche Literaturgeschichte manches brave Wort über Platen, Immermann, die Ebner-Eschenbach und Rudolf Lindau mit Dank empfangen. Die interessanten Mittheilungen aus Gottfried Kellers Briefen an Jacob Bächtold (S. 261—299) bieten zwar dem, der in der Deutschen Rundschau desselben Bächtolds vielfältige Keller-Studien gelesen hat, kaum noch etwas besonders Neues, aber man frischt so köstliche Dinge immer gern wieder auf.

Wer es liebt, aus der Darstellung eines Gelehrten Schlüsse auf dessen eigenes sittliches Bild zu ziehen, den verweisen wir besonders noch auf die schöne, pietätvolle Rede, die Erich Schmidt bei der Enthüllungsfeier der Büste seines geliebten Lehrers Karl Volkmar Stoy in Jena gehalten (S. 251—260).

Man gewinnt dann gewiß auch den Menschen lieb. Das geschah ja bereits gelegentlich Löpers und Fontanes, aber hier ist noch viel mehr pectus. Ein Mann, der so begeistert den wahrhaft liberalen Pädagogen feiert, der kann, das fühlt jeder Leser, wenigstens kein Pedant sein und nie zu denen treten, die Goethe „Geschmäckler-Pfaffen“ gescholten hat.

Weimar, November 1902. Franz Sandvoß (Xanthippus).

Jörn Uhl.

Zuschrift an die Redaktion.

Während ich in Ihren Bücheranzeigen, die ich hier auf der Nazionale regelmäßig verfolge, schon manches treffende Urtheil gefunden habe, kann ich mich der Besprechung des „Jörn Uhl“ durch Max Lorenz ganz und gar nicht anschließen.

Mit Homer soll das Buch am ersten zu vergleichen sein? Ich kenne Homer gut und lese ihn eben wieder, zufällig, kann also beide Werke vergleichen. Außer dem parataktischen Satzbau und außer gelegentlichen Wendungen: so nun redeten die mit einander — uralte Erscheinungen im Epos, kann ich keine Aehnlichkeiten entdecken, denn echte Volksthümlichkeit trifft man doch in Werken aller Literaturen. Wo ist in Jörn Uhl Handlung? Wo bei Homer Reflexion? Jörn reflektirt wie die Wildenbruchschen Helden (Schwester-Seele, Eisernde Liebe, und fast überall). Am ersten könnte man das Buch noch mit den „Vertelln“ des andern großen plattdeutschen Erzählers Klaus Groth vergleichen, die freilich weniger bekannt sind. Und damit komme ich gleich zur Hauptsache.

Das ist eben schade, daß Frenssen sein Buch nicht niederdeutsch schrieb. Ein Buch, das so ganz plattdeutsch gedacht ist und zwar wie dort das sinnige, tieferuste, innerliche Volk denkt, das von plattdeutschen Ausdrücken und Redensarten wimmelt, in das kein Mensch eindringen kann, ohne Niedersachsen zu kennen, zu dem er schwerlich ein dauerndes Verhältniß gewinnt, wenn er diesen zähen, schwerfälligen, tiefgründigen, oft etwas hintersinnigen, renigen Schlag nicht versteht, ein solches Buch hätte nothwendigerweise plattdeutsch geschrieben werden müssen. Frenssen hat es gewiß gefühlt, vielleicht erwogen, schade, daß er den Muth nicht gefunden hat. Wie stolz ist er selbst auf seine niedersächsische Abstammung! Wie rühmt er Jörn Uhls Wuchs, sein vornehmes Gesicht, um die ihn manches Königskind beneiden könnte!

Ein hochdeutsches Kunstwerk ist Jörn Uhl nicht. Ob ein plattdeutsches im Sinne Fritz Reuters? Sie kennen seine Erzählung vom Amtsherrn Weber, der dem Knaben einen Schilling versprach, wenn er nicht alle Sätze mit „un denn“ anfinge. Auch der Niederdeutsche verlangt in seiner Mundart Kunst, sonst wird ihm die Erzählung einförmig „un denn was

de Schilling weg!" An dieser Kunstlosigkeit des Stils leidet Frenssen sehr. Ich kenne eine Reihe Oberdeutscher, die nur mit Mühe oder gar nicht durch Jörn Uhl hindurchkamen, weil sie auch die Umwelt nicht kannten.

Jörn Uhl ist meiner Ansicht nach kein Roman, kein Kunstwerk, sondern ein „sinniger Klön", den ein nachdenklicher Mensch, besonders ein Niedersachse, mit großem Vergnügen liest, am besten zur Heideblüthezeit, auf einer mosigen Bülte hingestreckt und das Summen der Bienen auf allen Seiten. Dann ist Jörn Uhl das richtige Buch: man kann lesen, man kann bei jedem Absatz aufhören, sich zum „Drömen" ausstrecken und nach einer halben Stunde zu lesen fortfahren. So kann man es den halben Tag treiben, das macht bei Jörn nichts aus, das verträgt er alles, das ist seine Stärke und seine Grenze.

Florenz, 26. 10. 02. Mit Hochachtung
Dr. Heinr. Meyer.

Romane.

In seinem Roman „Der Moloch" (Verlag von S. Fischer in Berlin. Mk. 6) knüpft Jacob Wassermann, dessen „Geschichte der jungen Renate Fuchs" fünf Auflagen erlebt hat, an ein Ereigniß an, das so oder ähnlich seiner Zeit in Oesterreich thatsächlich stattgefunden hat: Ein dreizehnjähriges Judenmädchen wird geraubt und in ein Kloster gebracht. Die Bemühungen des Vaters, die Tochter zurückzugewinnen, bleiben vergeblich, obwohl die ganze Staatsmacht einschließlich des Kaisers in Bewegung gesetzt wird. Hinter die Mauern des Klosters reicht der Arm der Gerechtigkeit nicht. An diesem Fall des Unrechts erwacht der Rechtssinn in Arnold Ansorge, dem Helden des „Molochs". Arnold Ansorge ist in Folge eines besonderen Schicksalsfalles in ländlicher Einsamkeit aufgewachsen, fern vom Leben der Stadt und den Einflüssen ihrer Kultur. Als nun der Jude Elasser sein Unrecht erleidet, beschließt Arnold, in die Stadt, nach Wien, zu gehen, um die Welt zum Kampfe für das Recht aufzurufen. Man darf sich diesen Arnold nicht als einen abstrakten Rechtsfanatiker vorstellen, der um einer „Idee" willen bereit ist, seine Zeit in die Schranken zu fordern. Es ist vielmehr in ihm eine geheimnißvolle Naturkraft thätig, die ihn triebartig auf den Weg des Rechtes drängt; er besitzt eine eigenthümliche Einheit und Geschlossenheit der Seele, die gar kein Organ für die Zwiespältigkeit der Begriffe, wie Recht und Unrecht, hat. Es heißt einmal von ihm: „Er besitzt die innere Stimme, die nicht fehlrathen kann. Was in roheren Zeiten den Völkern durch Sybillen und Propheten gegeben wurde, das hat er in sich selbst: Würde und Geschlossenheit des inneren Menschen. Glück und Schmerz haben für ihn nicht den dumpfen Augenblicks- und Zufallswerth, und deshalb ist sein Dasein nicht zur flachen, zufälligen, fliehenden Erscheinung

geworden. Sein ganzes Wesen ist zusammengefaßt und bietet sich jeden Augenblick in seiner ganzen Schönheit dar. Er läßt in Ehrfurcht Kräfte wirken, denen er sich nur nicht feindlich zu zeigen braucht, um sie zu fördern" u. s. w. (S. 480.) Man merkt: Es liegt etwas Goethisches in diesem Arnold Ansorge — oder vielmehr: es soll liegen. Ich finde nämlich, daß er vom Dichter wohl groß angelegt ist, sich aber sehr unbedeutend entwickelt. Er kommt also, um seiner Aufgabe nachzugehen, nach Wien. Hier tritt er nicht etwa gleich als ein Prediger und Agitator auf. Er setzt sich vielmehr als nächste Aufgabe, dieses ganze Gewimmel von Hyperkultur, das sich Großstadtleben und Gesellschaft nennt, zu begreifen und innerlich zu verstehen. Er arbeitet also zunächst an seiner „Bildung". Das mag ganz recht und wohl noch bedeutsam sein. Es wäre wirklich ein interessantes Problem, wie ein in sich sicherer und auf der fruchtbaren Grundlage der Natur ruhender Mensch mit alledem, was wir so in Wien und Berlin Kultur und Gesellschaft nennen, fertig wird. Ansorge aber löst diese seine eigentliche Aufgabe nicht. Er geht in den Finessen des gesellschaftlichen Lebens, ehe er sich dessen versieht, zu Grunde. Auch dieser Untergang könnte von hohem Interesse sein. Denn es ist immer bedeutsam, wenn ein bedeutender Mensch zu Grunde geht. Es ist aber eine höchst kleinliche Manier, wie der junge Ansorge mit seiner Lebensaufgabe zum Scheitern gebracht wird. Wassermann nennt seinen Roman „Der Moloch" und will mit diesem Titel ein Bild und eine Bezeichnung der Großstadt geben. Er müßte doch nun diese Großstadt in der ganzen Fülle ihrer die Sinne und die Seelen bethörenden Lüste zeichnen, er müßte ein Gesammtbild der Großstadt entwerfen, etwa wie Zola die Börse oder das Bergwerk oder die Markthallen schildert. Natürlich wäre Wassermanns Aufgabe unendlich schwieriger, da er tausend Mal mehr Psychologie bieten müßte. Wassermann versagt in geradezu kläglicher Weise. Repräsentanten des „Molochs" sind bei ihm jüdische Börsenbankerottenre und ein paar dekadente Unter- und Ueberweiber. Uebrigens machen auch die Personen, die nicht Juden sind, einen jüdischen Eindruck, und die schließlich, die keinen jüdischen Eindruck machen, rufen überhaupt keinen Eindruck hervor, sondern sind leblose und konstruirte Puppen. Es muß das nothwendiger Weise konstatirt werden, auch wenn man keineswegs auf dem Standpunkte des „Literarhistorikers" Adolf Bartels steht, der eine sehr hervorragende Berliner Schriftstellerin, der er für ihre Person den Vorwurf jüdischer Abstammung nicht machen kann, damit beurtheilen und verurtheilen zu können und zu müssen glaubt, daß er feststellt, sie sei eine verehelichte Cohn.

Wassermann sieht mit jüdischen Augen. Ich leite daraus nicht den mindesten Vorwurf her. Ich will damit auch keineswegs sagen, daß solche Leute darum nicht geeignet seien, einen unter Umständen hervorragenden Platz unter den in deutscher Sprache schreibenden Dichtern einzunehmen. Ich meine nur: Das Beste in der Kunst werden sie leisten, wenn sie wirklich das darstellen, was sie sehen, wofür sie den Blick haben, was sie

innerlich miterleben oder miterlebt haben: jüdische Verhältnisse. Es wäre ein Irrthum, daß solche Dichtungen außerhalb jüdischer Kreise ohne Werth wären. Der Werth einer Dichtung ist gar nicht abhängig vom Milieu, sondern von der Seele des Dichters. Und wenn nun ein Dichter eine große Seele besitzt und er ist der Abstammung nach Jude und sieht darum die Welt mit jüdischen Augen an, so wird seine große Seele in seiner Dichtung immer zum Vorschein kommen und zur Wirkung gelangen, auch wenn er jüdische Menschen darstellt; daß er aber in vollster Ehrlichkeit die Menschen so darstellt, wie er sie sieht, als Juden nämlich, wird seiner Dichtung als Kunstwerk sogar zu statten kommen, weil es ihr nämlich Anschaulichkeit, Wahrheit und Lebendigkeit verleiht, also ihre sinnenfällige Eindrucksfähigkeit erhöht. Selbstverständlich ist mit diesen im Vorübergehen gemachten Bemerkungen das Thema „Literatur und Judenthum" nicht im Mindesten erschöpft. Es ist nur die rein künstlerische und ästhetische Seite der Frage berührt: Wie wird ein spezifisch jüdischer Dichter das zureichendste Kunstwerk schaffen?

Statt das zu erkennen, ohne Scheu mit aller Ehrlichkeit, gefällt man sich heute an manchen Stellen in einer merkwürdigen Fiktion: Man setzt nämlich das Jüdische in einen Gegensatz — nicht etwa zum Germanischen oder Romanischen oder Slavischen, sondern zum Geschichtlichen, im Besonderen zum Staat und seinen geschichtlich gewordenen Institutionen. Und dann identifizirt man das Jüdische mit dem rein Menschlichen, mit dem, was in unseren Tagen mit Recht oder Unrecht, angeblich oder thatsächlich den Kampf gegen eine rohe und zerrüttete Kultur für eine höhere Stufe des Menschen- und Kulturdaseins führt. Ja, so kommt man sogar dazu, das Jüdische mit dem Goethischen zu identifiziren: Auf diese Weise ist heute Goethe „Mode" geworden. Ich beziehe diese Bemerkungen keineswegs mehr auf Wassermann und sein letztes Werk allein, sondern ich habe eine ganze Gruppe von Erscheinungen im Auge, Erscheinungen, die sich nicht nur auf die Literatur beschränken, sondern auf die Politik übergegriffen haben.

Also Jacob Wassermann, der treffliche Dichter der „Juden von Zirndorf", dem ein so einzigartiges Werk wie die „Geschichte der jungen Renate Fuchs" gelungen ist, hat sich in seinem „Moloch" an einen Stoff gemacht, dem er nicht gewachsen ist. Arnold Ansorge ist eine konstruirte Figur, aber keineswegs ein bedeutender Mensch. Den Sterbenden wenigstens will Wassermann noch zur Höhe erheben. In Erkenntniß seiner Verfehlung nämlich tödtet sich Ansorge selber. Von der Bedeutung dieses Todes im Sinne des Verfassers vermag ich mich nicht zu überzeugen. „Der Moloch" ist ein Mißgriff als Ganzes genommen.

Auch in Einzelheiten ist er keineswegs der „Geschichte der jungen Renate Fuchs" gleichzustellen. Die ganze Komposition ist wenig geschlossen, ohne Kraft und Konzentration. Dasselbe gilt vom Stil. Er ist oft affektirt und manirirt, mit unpassenden Bildern überhäuft. Ich führe zwei Bei-

spiele an, auf Seite 361: „Hanka legte seine Unterhaltung bewußt auf das Tiefere an wie der Spieler, der eine einzige Saite über eine ganze Melodie mitschwingen läßt." Glaubt Wassermann damit wirklich das, was er sagen will, besonders eindrucksvoll versinnbildlicht zu haben? Viel schlimmer noch ist dieser Vergleich: „Arnold redete mit einer ganz kleinen Ueberspannung des Temperaments, etwa wie ein Metzger das richtige Fleischgewicht in scheinbarem Wohlmeinen durch Knochenzulage überbietet."

Ich verwerfe also diesen Roman und vermag ihm als Kunstwerk keinen besonderen Werth zuzuerkennen. Bemerkenswerth ist er vom zeitpsychologischen Standpunkte aus. Arnold Ansorges Leben und Wandeln ist auf das Triebhafte und Unbewußte gestellt; „er besitzt die innere Stimme, die nicht fehlrathen kann", — genau wie Maeterlincks Monna Vanna. Aber noch stärkere Vergleichspunkte bietet er mit Maxim Gorkis Foma Gordjejew — nur daß das Werk des Russen in psychologischer wie in künstlerischer Hinsicht ungleich vollendeter ist.

* * *

„Peter Boies Freite" (Verlag von Hermann Seemann Nachf. in Leipzig, 1903; Mk. 2,50) ist der Schlußband einer Romantrilogie, in der Johannes Schlaf sich die Aufgabe gestellt hat, die Psychologie des menschlichen Typus zu geben, wie er sich mit und aus der literarischen Strömung entwickelt hat, die in den achtziger Jahren ihren Anfang nahm. Liesegang, Falck und endlich Peter Boie sollen die Entwicklungsstadien darstellen, die jener Typus durchlaufen hat. Johannes Schlaf begnügt sich nicht damit, Zeitpsychologie zu treiben, er stellt sein Werk auch auf philosophische Grundlage bezugsweise setzt seine Menschen in ein philosophisches Milieu, umhüllt sie mit philosophischer Atmosphäre: Die Nietzsche und Whitman — meint er — sind „unsere Männer", „wir stehen nicht mehr im Zeichen des Materialismus, sondern des Individualismus und Monismus, und die trockenen Resultate der exakten Wissenschaften haben begonnen, sich uns zu neuen Gefühlswerthen zu wandeln." Ich für meine Person halte weder von Whitman als Dichter noch von diesem sogenannten Monismus, der eigentlich ein naturalistischer Panpsychismus ist, als Philosophie irgend etwas. Ich brauche mich aber dieserhalb keineswegs mit Schlaf auseinanderzusetzen. Ich kann nämlich nicht finden, daß der Dichter seine Aufgabe auch nur annähernd löst. Es wird mir immer klarer, daß Schlaf sich, in einem bemerkenswerthen Mißverständniß seiner selbst, in eine zeitpsychologische und philosophische Stellung hinaufposirt, in die er gar nicht gehört. Beinahe möchte ich behaupten, daß Schlaf ein ganz altmodischer oder überhaupt nicht modischer, sondern ganz einfacher Mensch ist, den ein Zeitstrudel gefaßt hat, in dem er nicht zu schwimmen vermag. Schlaf ist ganz entschieden Dichter und Künstler von hervorragender Begabung. Aber seine Begabung liegt in der Betrachtung und Werthung des Kleinen, und ist aufs Engste an ein ganz schlichtes und reines Naturgefühl gebunden. Nun befindet

sich Schlaf in diesem merkwürdigen Verhältniß zur Dekadenz unserer Zeit: Diese Zeit strebt aus Ueberkultur zum Primitiven und zu gesucht neuen Anfängen. Schlaf ist von Natur primitiv und Dorfmensch. In den Zeitstrudel gerathen und der Zeitprobleme sich intellektuell bewußt, bildet er sich ein, ein Hypermoderner zu sein, der er doch von Hause aus ein ganz Unmoderner ist. Er verwechselt seine natürliche Natur mit der gesucht „primitiven", die von der Dekadenz unserer Tage zur Mode erhoben ist. Nun ist es allerdings sehr leicht möglich, ja es ist so gut wie sicher, daß er in diesem Zwiespalt von Wahn und Wesen wirklich dekadent und daß ihm darum der „moderne Mensch" zur „zweiten Natur" geworden ist. Aber seine wahre Natur vermag er doch nirgends zu unterdrücken, wo er künstlerisch und dichterisch wirklich rein wirkt. Man lese einmal „Peter Boie" auf diese reine psychologische Analyse hin! Man wird gar nicht verkennen können, wie an dem Roman alles Philosophische und Zeitproblematische nur wesenlose Maskerade ist und wie als Kern eine sehr simple, aber sehr feine und poetische Liebesgeschichte übrig bleibt.

Max Lorenz.

Geben und Nehmen. Schauspiel in fünf Aufzügen von Martin Langen. Verlag von Albert Langen, München 1902. Ein soziales Drama, das Fabrikherrschaft und Fabrikarbeiterschaft im Kampf zeigt und beider Kampf im Widerstreit erscheinen läßt zu dem, was wichtiger und werthvoller ist als alle Arbeits- und Lebensordnung, zum Leben selbst. Die Arbeiter des Fabrikanten Brüggemann streiken. Von den ihr soziales Interesse vertretenden Parteien hebt sich in doppelter Gestalt das ab, was rein und ewig menschlich ist: Addie mit ihrem Kind und Emilie mit ihrem Kind. Addie ist des Fabrikherrn kürzlich zur Wittwe und zur Mutter gewordene Tochter. Emilie ist das Dienstmädchen, das aus dem Hause gejagt worden ist, als die Frucht ihrer illegitimen Liebe mit dem Kutscher offenbar zu werden begann. Nun fügt es sich, daß Addies Kindchen todtkrank ist, weil die Mutter nicht nähren kann und eine Amme schwer aufzutreiben ist. Emilie wäre eine vorzügliche Amme, wenn sie es sein wollte, wenn sie die ihr angethane Schmach, aus dem Hause gejagt zu sein, verzeihen könnte. Emilie, eines Fabrikarbeiters Tochter, will den Ammendienst übernehmen, wenn Brüggemann die Forderungen der streikenden Arbeiter bewilligt. So ringen also miteinander Naturrecht bezugsweise Naturpflicht — die Pflicht, ein Menschenleben zu retten — mit dem sozialen Recht und der sozialen Ehre. Sie ringen so lange miteinander, bis das kleine Kindesleben ausgeathmet hat. „Das kleine Herzchen hat ausgeschlagen", ist das Ende von all dem Menschenstreit.

Die Manier, wie Martin Langen die Gegensätze zu einander stellt, hat in der That für den ersten Blick etwas Primitives und Kindliches an sich.



wie Jemand, der mir das Drama zur Lektüre empfahl, bei seiner Empfehlung von vornherein bemerkte. Das Lächeln über diese Primitivität der Gegensätze verließ mich aber, als ich den Schlußsatz des Ganzen las: „Das kleine Herzchen hat ausgeschlagen". Dieses Schlußwort setzt alles in eine ganz andere Beleuchtung. Es erhebt mit einem Male ein kleines Wesen zur Hauptperson, um die sich allerdings schon vieles im Stück gedreht hatte, ohne daß wir aber davon berührt worden wären. Und dann mit einem Male als Wirkung des Ganzen: „Das kleine Herzchen hat ausgeschlagen". Mit diesem ausgeathmeten Leben des kleinen Kindchens greift uns ein großer Jammer, ein tiefes Lebensleid ans Herz. In ursprünglichster Primitivität fühlen wir die Heiligkeit des Lebens. Alles andere, was in den fünf Akten vorher gethan und noch mehr geredet ist, empfinden wir als etwas Sinnloses, in dem aber doch ein teuflischer Zweck lauert, der auf einen Mord gerichtet ist.

Langens Fehler ist es, daß er uns in seinen fünf langen Akten das Teuflische, das eigentlich in dem Gehabe und Gethue der Menschen liegt, nicht hat schaudervoll empfinden lassen. Das wäre allerdings sehr schwer gewesen, der Dichter hätte über eine gewaltige suggestive Stimmungskraft gebieten müssen. Denn seine Personen hätten nicht etwa „teuflische" Reden führen dürfen; im Gegentheil: sie hätten nüchtern und sachlich bleiben müssen, an der Oberfläche schwimmende soziale Charaktere, wie sie es wirklich sind. Nur die Zuhörer hätten aus der Rede noch immer eine zweite Rede hören müssen, so daß sie jeden Augenblick empfinden: es dreht sich viel weniger um Menschenrecht und Menschensatzung, als um ein Menschenleben. Maeterlinck und Ibsen verstehen sich gut auf solchen Doppelsinn der Worte. Der Kardinalfehler des Stückes also ist: Es fehlt ihm seine fünf Akte hindurch die tragische Suggestion. Und diesen Fehler erkläre ich mir so, daß Martin Langen sein Stück weniger aus einem tragischen Weltempfinden der Seele herausgeschaffen, denn als ein ihn interessirendes soziales Problem gearbeitet hat.

Die Vorzüge des Dramas sind: Sachliche und geradlinige Behandlung des Themas, Mangel jeder Effekthascherei, objektive und richtige Darstellung der sozialen Verhältnisse und Charaktere. Gut ist u. A. die Abstufung in der sozialpolitischen Position der drei Brüggemanns. Richtig geschildert ist auch die Arbeiterkonferenz. Als individuell am besten charakterisirt sind die beiden alten Günthers. In deren Charakterisirung steckt gute Beobachtung, die von psychologischem Blick zeugt.

Ich bin entschieden der Ansicht, daß dieses Drama in vielfacher Beziehung werthvoller und der Aufführung würdiger ist, als manches, das uns von den Bühnendirektoren wirklich vorgesetzt ist. Es ist zum mindesten eine ernste und verständige Arbeit, die zu interessiren und in sozialpolitischer Hinsicht ein Laienpublikum ganz sicherlich zu erziehen und aufzuklären vermag. Und solchen didaktischen Zweck soll man der Masse des Publikums

gegenüber doch nur nicht in allzu hohlköpfigem Aesthetenhochmuth unterschätzen. Daß das Stück im Berliner oder Schiller-Theater sein Glück machen könnte, ist mir keineswegs völlig unwahrscheinlich.

Max Lorenz.

Theologie.

Arthur Bonus, Religion als Schöpfung. Erwägungen über die religiöse Krisis. Verlegt in Leipzig 1902 bei Eugen Diederichs. 62 S. Mk. 1.50.

Jede Wissenschaft korrigirt sich in ihren verschiedenen auf einander folgenden Richtungen, ja sogar in ihren wechselnden Moden, immer selbst. In der Theologie haben wir jetzt, nachdem wir früher „spekulirt" hatten, eine lange Zeit geschichtliche Studien getrieben, Geschichte der christlichen und der israelitischen, seit einiger Zeit auch der heidnischen Religionen. Die Aufgabe ist noch lange nicht gelöst, und doch ist der Nutzen schon deutlich geworden: wir sind eben daran, hinter den Büchern, Lehren und Einrichtungen die wirkliche und wirkende Religion selbst zu entdecken, das was die Engländer „the working religion" nennen. Aber neben dem Nutzen der Historie steht ihr Schaden. Wir Theologen haben uns die größte Tugend des Geschichtsforschers vielleicht zu sehr angeeignet: ich meine die Fähigkeit der historischen Anempfindung. Wir haben uns so an das An- und Mitempfinden der historischen Formen und Ausdrucksweisen unserer Religion gewöhnt, daß das, was wir selbst von Religion empfinden, wirklich empfinden, unwillkürlich selber diese Farben annimmt. Für die wesentlich in orthodoxen Anschauungsformen sich bewegende Theologie liegt das auf der Hand, aber es gilt fast ebenso stark für die historisch-kritische Schule, nur daß die historische Formen andere sind: historisch sind sie bei beiden. Historisch aber heißt „vergangen"; oder wenn wir das Wort etymologisch verstehen, so heißt Historie Kunde oder Wissen. Jedenfalls gehört historisches Wissen dazu, die Art von Religion zu verstehen, von der wir Theologen zu den „Laien" reden. Und wenn in unseren Versammlungen einmal — es kommt selten genug vor — ein „Laie" das Wort ergreift, sind es da nicht ganz gemischte Gefühle, mit denen wir Theologen ihm zuhören? Wir freuen uns, daß auch einmal einer, „der es nicht studirt hat," Interesse und Verständniß für die Fragen zeigt, die uns bewegen, aber wir haben doch meist zugleich die Empfindung, die jeder Fachmann hat, wenn er Nicht-Fachleute gescheit über sein Fach sprechen hört: wie viel besser verstünde der Mann die Sache, wenn er gelernt hätte, was wir gelernt haben, wenn er auch in seiner Religion „historisch gebildet" wäre! Aber heißt das nicht dem schönen Spruch, der doch wills Gott auch von uns Theologen allen gilt: „ich glaube, darum rede ich," einen fatalen Vordersatz anfügen: „ich habe es gelernt, darum glaube ich, darum kann ich auch davon reden?" Sind so die Religion und die

Offenbarung, die wir vertreten, nicht eigentlich Religion für Kirchenhistoriker und Offenbarung durch Geschichtswissenschaft? Und weil sie das wirklich sind, deshalb quälen wir Theologen uns so vergeblich ab mit den Laien, die nun einmal nicht Theologie studirt haben. Die Altmodischen unter uns wollen diese Laien bei der Empfindungsweise des sechzehnten und bei den Vorstellungsformen des vierten Jahrhunderts festhalten, oder sie gar wieder dafür gewinnen. Die Neumodischen lassen zwar die alten Vorstellungsformen fallen: von der Dogmatik haben sie sich auf die Bibel, von der ganzen Bibel aufs Neue Testament, vom ganzen Neuen Testament auf Jesus zurückgezogen — aber was thun sie? Sie setzen für die Empfindungsweise statt des sechzehnten das erste Jahrhundert ein — im Uebrigen verlangen sie nur einen noch höheren Grad des historischen Verständnisses und der historischen Anempfindung als die andern — und finden, wie nicht anders zu erwarten, einen noch viel geringeren. „Weshalb in aller Welt soll ein heutiger Laie sich darauf kapriziren, die Erlösung des ersten christlichen Jahrhunderts zu erleben?"

Das sind die Voraussetzungen, von denen die neueste Veröffentlichung von Bonus ausgeht. Der unermüdliche Verleger Diederichs in Leipzig hat öffentlich aufgefordert, man möge den Versuch machen, in neuen Zungen von Religion und Kultur zu reden, hat seinen Verlag dazu zur Verfügung gestellt und eröffnet nun die Reihe dieser Schriften mit der Broschüre von Bonus über Religion als Schöpfung. Bonus ist einer der ganz Wenigen, wie ich meine, die im Stande sind, die Forderung zu erfüllen, wie es in seiner Schrift steht: „man müßte selbst Mensch und Laie geblieben sein, während man Theolog wurde". Er redet drauflos, so unbekümmert um die Ausdrücke, die seit Jahrhunderten geprägt sind, wie ein „Laie", und doch spürt man überall den historisch gebildeten modernen Menschen, der sogar den Weg von Darwin bis Nietzsche selber einmal gegangen ist, und doch nicht bloß eine eigene wildgewachsene Religiosität besitzt, sondern wie man heute zu sagen pflegt, eine die christlich orientirt ist. Der Grund, warum Bonus das leisten kann, ist der: er besitzt etwas, was heute die wenigsten unter uns haben, auch die Frommen nicht: religiöse Leidenschaft. Diese Leidenschaft ist vielleicht der Klarheit nicht immer förderlich; wer klar formulirte, intellektuell fixirte Aufstellungen über Religion sucht, der wird sich ärgern an dem Buche. Aber das Wesen der Religion ist nicht in erster Linie Klarheit, sondern Leben. Leben aber ist das verwickeltste und komplizirteste Ding, das es in der Welt giebt. Das merken schon die Biologen und noch deutlicher die Psychologen. Aber die ungeheure Kraft, die, wie jedem Lebendigen, so auch der Religion innewohnt, die beschreibt Bonus mit einem Reichthum von Ausdrücken, Bildern und Formen, daß man sieht: hier ist selbst Kraft und selbst Leben -- und wie das beim Leben in der Ordnung ist, originelles, ursprüngliches Leben.

Ich führe nur drei kurze Beispiele an. In dem Grenzstreit, den heute die Religion mit der Sittlichkeit und der Wissenschaft führt, werden immer

wieder Gebiete, die früher zur Religion gehört haben, ihr abgenommen: ich erinnere nur an die alte Kosmologie, die uns heute mehr Babel als Bibel ist. Aber dies ist nur die Sache von hinten gesehen: nach vorne erobert die Religion immer wieder große Strecken Neuland: „vorne stehend reißt die Religion immer große Stücke vom Reich Gottes ab, um sie der Sittlichkeit zu reichen, die sie weiter durcharbeitet, bis sie Natur werden.“ Die Religion fordert das Sittliche, aber sie verachtet es zugleich als ganz verdienstlos: sie will den Ernst des Sittlichen und seine Plage nur ganz allein als den Durchgang, als das Mittel, daß dieses Sittliche Natur werde: was sie eigentlich will, ist Natur. So handelt es sich in der Religion um eine Phase der Gesammtschöpfung, um die Schöpfung eines höheren Typus Mensch: der Gott der Schöpfung offenbart sich und der nächsthöhere Typus über der bisherigen Schöpfung verwirklicht sich. So sieht die Religion alles Geschaffene, Feste, Bisherige nur als kleinen und geringwerthigen Anfang an. „Und die angebliche Festigkeit des Alls imponirt ihr keinen Augenblick. Das alles war einst nicht und wird einst nicht sein. Wie die Formen der Jurazeit vergingen, so werden die Formen des Erdlebens überhaupt vergehen, auch die Formen aller fernen Sterne und Sonnen. Das alles ist wie ein Ausathmen Gottes; zieht er den Athem ein, so ist es hin. Gewiß, es handelt sich um unausdrückbare Mengen von Jahrmillionen und Sonnenfernen, — aber es ist billig, daß einer Gottheit Athem voll und stark gehe.“

Wundervoll schildert Bonus, wie neue religiöse Empfindungen heute allmälig sich durchzusetzen beginnen, der christlichen Tradition so gut wie der modernen Wissenschaft zum Trotz. „Es geht — vernehmbar für alle, die auf die schöpferischen Regungen in sich zu lauschen verstehen — ein Regen und Sichbewegen durch die Geistwelt, ein Schwellen und Sichspannen in allen Lüften, ein fernes Blitzen wie von ernsten Entladungen. Es breitet ein geheimnißvolles Ungeheures seine weiten Kräfte unterirdisch aus. Es ist, als ob im Innern Thore sich öffnen; und wer sein Ohr an die Felsen legt, hört ein fernes Tönen, ein Rauschen und erstes Rieseln, als wollten die Quellen sich wieder füllen und die Schleusen sich wieder heben. Als wollte wieder Geist und Gott wie Wasser strömen über alles Trockene und alles Durstige erquicken.“

Man kann heute den Puls der Zeit in der Großstadt und auf dem Dorfe fühlen, und ich meine, der Pfarrer von Groß-Muckrow fühlt ihn und weiß seine Schläge zu deuten.

Max Christlieb.

Theater-Korrespondenz.

Allerlei Theatervorstellungen.

Königliches Schauspielhaus: König Laurin, Tragödie in fünf Akten von Ernst von Wildenbruch. — Zum Gastspiel Sarah Bernhardts.

Der November hat viele Theaterstücke gesehen, die der Dezember nicht mehr erblicken wird. Es ist halt nichts .

> Ein Komödiant, der auf der Bühne
> 'ne Stund' stolziert, sich spreizt und dann verschwindet —

das ist so in der Regel einer wie der andere von den zahlreichen Theaterschriftstellern. Die Kritik thut am besten, sie unter Namensnennung eines „anständigen Bedauerns“ zu versichern. Paul Bussons balladesker Einakter-Cyklus „Ruhmlose Helden“ ist schon nach der dritten Vorstellung eines ruhmlosen Todes gestorben. Das Werk hat übrigens voriges Jahr in Hamburg einen großen Erfolg gehabt — weshalb, weiß ich nicht. Zwei französische Stücke, von Clemenceau, dem Politiker, das eine und von Hervieu das andere — „Der Schleier des Glücks“ und „Das Räthsel“ — haben im Lessing-Theater den Erfolg nicht gefunden, der ihnen in Paris geblüht hat. Man sieht: nicht nur Berlin und Hamburg, auch Berlin und Paris haben noch immer glücklicher Weise ihren besonderen Geschmack. Und seine Geschmacksrichtung gegenüber Berlin wahrt sich auch Wien, das den „Kreuzwegstürmer“ mit großem Jubel aufgenommen hat. Das Stück ist insofern eine Merkwürdigkeit, als es von einem „Mann aus dem Volke“ gezimmert worden ist, der im bürgerlichen Leben in einer Tischlerwerkstatt seinem Beruf nachgeht. Auf dem Theater, zu dem er als Oheim der Hofburgschauspielerin Medelsky in verwandtschaftlichen Beziehungen steht, nennt er sich Josef Werkmann. Ich vermag dem Stücke nicht den mindesten Werth beizumessen. Wie oft in österreichischen Volksstücken, handelt es sich um den Kampf der natürlichen Menschlichkeit gegen pfäffische Scheinheiligkeit und das Thema mag den Wienern wohl am Herzen liegen. Wir „Borussen“ werden davon wenig berührt und haben doch „mehr Licht“ im Land als unsere österreichischen Freunde, die sich des galizischen Edelsteins erfreuen — was sich doch die in vieler Beziehung ausgezeichnete Wiener „Zeit“ — die Tageszeitung — merken möchte, wenn ihr wieder irgend ein unreifer junger Mann aus Berlin seine mit mühsamer Sorgfalt gedrechselten Stilversuche einsenden sollte. Der geistreiche Hermann Bahr hat mit seinen „Wienerinnen“ im „Berliner Theater“ einen ge-

wissen Erfolg gehabt. Das thut mir leid, weil ich nämlich diesen Erfolg viel lieber seinem „Krampus" gewünscht hätte, dessen sich irgendeine Versuchsbühne vergeblich angenommen hat. In Hinsicht auf dieses Stück voll feiner Reize gilt mein „anständiges Bedauern" der Verständnißlosigkeit des Publikums. Am besten abgeschnitten hat der Münchener Max Bernstein, der als Rechtsanwalt berühmter, denn als Dichter ist. In seinem Schauspiel „D'Mali" — im „Deutschen Theater" aufgeführt — behandelt er, wie schon Viele vor ihm, die Liebe eines Mädchens aus dem Volke zu einem jungen Mann aus der „Gesellschaft". Es ist immer von Interesse und der Antheilnahme werth, wenn ein kluger Kopf einen scharf geschauten Fall aus der Niedrigkeit des alltäglichen Lebens mit Satire in rechte Beleuchtung rückt.

* * *

Ueber Ernst von Wildenbruchs fünfaktige Tragödie „König Laurin" mit einer Zeile hinwegzugehen, bekomme ich nicht fertig. Mehr allerdings vermag ich für dieses Werk nicht zu thun, als daß ich der Feststellung seines Minderwerthes einen breiteren Platz einräume. Das Publikum des Schauspielhauses hat übrigens der pompös zur Darstellung gebrachten Dichtung einen großen Erfolg bereitet. Doch beweist das nichts.

„König Laurin" will zweierlei bieten: eine Tragödie der Frauenemancipation und den tragischen Fall des Germanenthums gegenüber dem Romanenthum. Ueber die Goten in Italien herrscht Amalasunta, des großen Theoderichs Tochter. Die Goten tragen ungern des Weibes Herrschaft und verlangen, ihre Königin soll sich vermählen. „Weib ohne Mann ist halb." Amalasunta will nicht, gleich anderen Frauen, nur einfach eines Mannes Bettgenossin werden. Sie fühlt sich königlichen Geistes voll, zum Herrscher geboren, in hoheitsvoller Einsamkeit. Und von solcher hohen Einsamkeit aus verlangt sie nach einem Manne, der ihr wahrhaft ebenbürtig ist. Sie träumt, dieser Mann wäre Kaiser Justinian. Ihm sendet sie diese Botschaft:

Amalasunta.

Die Königin ist, so wie Du König bist,
Die einsam ist, so wie Du einsam bist,
Die kalt man nennt, so wie sie kalt Dich nennen,
Weil unsre eigne Sonne uns bescheint,
Sie läßt Dir sagen, daß sie kommen will,
Daß sie Dich hören, sehn, erfahren will,
Ob Deine Seele so nach Leben hungert,
Nach großem, wie die Seele lechzt in ihr.
Und bist Du so, dann wollen wir uns beide,
Wir Hungernden, auf Gipfelhöh'n der Welt
Die Tafel richten und ein Mahl bereiten
Und eins am andern uns ersättigen. —

Amalasunta zieht nach Byzanz. Justinian — als unbedeutender Schwächling von Wildenbruch verzeichnet — liegt in den Banden der ehemaligen Cirkustänzerin Theodora. Sie trägt mit der wilden Kraft ihrer romanischen Sinnlichkeit den Sieg über die königlich-keusche Amalasunta davon. Die gotische Königin erleidet am byzantinischen Hofe ein schmähliches Todesschicksal. Doch noch in der Todesstunde erkennt sie ihren „tragischen Irrthum", daß sie sich als Weib über die Kraft verstiegen hatte und offenbart voll seligen Leids dem mit ihr zugleich sterbenden Amalrich ihre Liebe: „Ich bringe Dir die Welt der Frau, die Liebe." Sie hat den Amalrich eigentlich längst geliebt; nur glaubte sie, ihr Liebesrecht der Königspflicht opfern zu müssen. Das also ist die Emanzipationstragödie der Königin Amalasunta.

Damit verquickt ist die Tragödie des Germanenthums, das am Romanenthum zu Grunde geht. Die Verkörperung des Romanenthums ist der schwarze Zwerg Laurin, den ehemals Theoderich — Dietrich von Bern — im Rosengarten sieghaft niedergerungen hat. Aber der Zwergkönig ist damals nicht gestorben.

Er ist ein Zauberer.
Er starb schon hundertmal und stirbt doch nie.
Heut heißt er Justinian, einst hieß er anders,
Heißt morgen wieder anders; niemand weiß,
Wie er sich übermorgen nennen wird.
Und immer ist's Laurin, der schwarze Zwerg.
Ihm ist versprochen, daß er leben soll,
Bis alle weißen, blonden Menschen todt.

Amalasunta sieht in Justinian nicht nur den Herrscher, der mächtig über Länder und Menschen ist, sondern auch den Träger der Kultur. Amalasunta vermag sich auch nicht von der Gefährlichkeit Laurins zu überzeugen. In ihm, der im „Rosengarten" saß, sieht sie den Pfleger von „Schönheit, Geist und Kunst". Sie ist ihrem Volk und seinem barbarischen „dummen Recht der Männerfäuste" innerlich entwachsen und trachtet danach, im Bunde mit Justinian als Mensch und Weib ein Reich der sanften Sitten, der geistigen Kultur auf Erden zu begründen. Laurin ist der Vertreter des Romanenthums insofern, als Justinian, dessen Gestalt er angenommen hat, oströmischer Kaiser ist und auch insofern, als im Hinblick auf unsere gegenwärtige Zeit das Romanenvolk uns Deutschen an ästhetischer Kultur überlegen ist. Im weiteren Sinne aber ist Laurin überhaupt der Vertreter aller Kultur und alles kulturellen Genießens, im Gegensatz zum barbarischen Thatendrang der Völker, die noch im Bunde mit der Natur stehen. Weil aber alle Völker den Weg von der Natur zur Kultur zurücklegen und so Opfer des Zwergkönigs Laurin werden, darum heißt es:

Ihm ist versprochen, daß er leben soll,
Bis alle weißen, blonden Menschen todt.

So erfährt Amalasunta ihr Todesschicksal nicht nur als Weib, das sich über weibliche Kraft verstiegen hat, sondern auch als Vertreterin einer Kultur, die der Natur ihres Volkes entwachsen und der Ueberkultur des Justinianischen Zeitalters nicht gewachsen ist.

Alles, was ich hier bemerke, liegt ganz zweifellos im Sinn und Plan der Wildenbruch'schen Tragödie. Nur vermag Wildenbruch nicht, diesen Sinn sinnvoll zu gestalten. Aeußerlich angesehen, kommt schließlich bei ihm alles hinaus auf den Gegensatz: deutsche Treue — welsche Tücke; germanische Keuschheit, romanische Sinnenlust. Wildenbruch macht aus Kulturproblemen ein Gedicht — nicht viel anders, als ob er noch Primaner wäre. Andernfalls auch noch: König Laurin, ein Trauerspiel für die reifere Jugend. Ich bitte um Entschuldigung, daß ich schließlich doch das Werk des in jeder Hinsicht ernst zu nehmenden Dichters, der unter allen Umständen Anspruch auf einen ehrenvollen Platz hat, so abfertigen muß. Ich kann nichts dafür. Es thut mir selber leid. Es ist nicht immer ein Vergnügen, Kritiken zu schreiben.

* * *

Ich habe — entgegen ursprünglicher Absicht — darauf verzichtet, die Vorstellungen Sarah Bernhardts zu besuchen. Nachdem ich die ersten Kritiken gelesen hatte, die mir durchaus verläßlich zu sein schienen, hatte ich den Eindruck: Es lohnt weder Zeit noch Geld. Natürlich bin ich solchem Eindruck von vornherein zugänglich gewesen im Hinblick auf die „Dichtungen", die die französische Meisterdarstellerin dem deutschen Volke nahebringen wollte: Kameliendame, Frou-Frou, Tosca, Fedora und — Hamlet, Shakespeares Hamlet. Eine wesentliche Bereicherung können wir Deutschen von einer Kunst, die sich an solchen Werken erprobt, keinesfalls erfahren. Ich nehme von diesem Satz auch nicht die Duse aus, die großentheils mit dem gleichen Repertoire reist. Mag eine Schauspielerin immerhin an leeren Werken ihre Seele enthüllen — es bleibt eine Art psychische Prostitution, zumal in dem Milieu der Ueberweiber, in dem man die Duse als das „neue Weib" zu vergöttern beliebt hat. Sarah Bernhardts Bedeutung scheint in der Vollendung des technischen Könnens zu liegen. Davon können wir Deutschen wohl lernen, wir müssen uns nur hüten, darin das Wesentliche der Kunst zu sehen. Als Phädra übrigens hat die französiche Künstlerin nach übereinstimmenden Berichten doch wohl noch mehr, als nur ein großes technisches Können zu bieten gewußt.

— —

Politische Korrespondenz.

Rußland: Die innere Lage.

Während die äußere Politik Rußlands ihren Gang geht, wird die innerpolitische Lage von Tag zu Tag schwieriger und verworrener. Die Einberufung der großen Kommission zur Berathung der Agrarnoth, der sogenannten „außerordentlichen Konferenz", soll endlich den Kampf mit dem unaufhaltsam zur Thatsache werdenden Ruin des russischen „Zentrums" aufnehmen.

Die Regierung hat aber davon abgesehen, das Material im Lande unter Zuziehung der ordentlichen Landschaftsvertretung, der Semstwos, zu erhalten, sondern hat vielmehr in jedem Gouvernement ein spezielles, bureaukratisch organisirtes und dem Gouverneur unterstelltes Komitee eingesetzt. Diese Maßregel rief bei den Semstwos und ihren Anhängern, d. h. so ziemlich in der ganzen gebildeten Schicht der russischen Gesellschaft, Aufregung, ja Entrüstung hervor. Die Semstwos betrachten sich (und mit Recht), trotz der wiederholten Verkürzung ihrer Befugnisse, als die berufene Vertretung der Interessen, des Wohl und Wehes ihrer Landschaft. Wenn nun die Regierung das mit einer kurzer Hand erlassenen Verfügung ignorirt und statt der Semstwos eine mit den Verhältnissen nicht vertraute, neu geschaffene und von fremden Einflüssen abhängige Organisation mit der entscheidenden Vorarbeit betraut, so ist nach der Ueberzeugung der Semstwos die ganze endlich in Gang gebrachte „große" Aktion gegen die agrare Noth von vornherein zu derselben Unfruchtbarkeit verurtheilt, wie es alle die bisher zur Anwendung gekommenen „kleinen" Mittel auch gewesen sind.

Das erste Geschehniß, in dem die überall vorhandene Aufregung sich verdichtete, war ein für russische Verhältnisse ganz außergewöhnlicher Schritt des Adelsmarschalls von Moskau, Schipow. Dieser berief zu Beginn der Arbeiten der großen Konferenz auf eigene Faust eine Versammlung von Semstwo-Vertretern aus fünfundzwanzig Gouvernements des europäischen Rußland ein. Das Vorgehen selbst und der Gegenstand der Berathungen blieben Anfangs geheim; allmählich aber erfuhr man, worum es sich handelte: die Semstwoleute waren zusammengekommen, um über die Lage zu berathen, die durch ihre Ausschließung von der Arbeit der großen

Kommission geschaffen war. Sie beschlossen einen energischen Vorstoß und verlangen u. A.:

In folgenden Punkten muß speziell Wandel geschafft werden:

a) Da die landwirthschaftliche Krisis eng mit der gesammten Bauernfrage zusammenhängt, so muß zunächst der Bauernstand im Allgemeinen gehoben werden, daher sind zu fordern: rechtliche Gleichstellung des Bauern mit den übrigen Ständen (d. h. also Aufhebung der besonderen Standesprivilegien), Befreiung der Bauern von der administrativen Bevormundung. Aufhebung der Körperstrafe.

b) Verbesserung des Volksschulwesens, Freigabe der Schulgründung für die Semstwos und verwandte Körperschaften, Verbreiterung der Lern- und Lehrfreiheit.

c) Ausdehnung der Semstwo-Verfassung auf den Bauernstand, Garantien für die Dauerhaftigkeit und Selbständigkeit der Semstwos als Organe der Selbstverwaltung.

d) Beseitigung der zur Zeit herrschenden Mängel in der finanziellen und ökonomischen Politik des Reiches, die jetzt in erster Linie eine Ueberlastung der breiten Masse der Bevölkerung zur Folge hat und gleichzeitig deren unumgängliche Bedürfnisse nicht befriedigt.

e) Vollständige Freiheit für die öffentliche Behandlung wirthschaftlicher Fragen, namentlich in der Presse, und zwar nicht nur für die Zeit der Arbeit der besonderen Konferenz, sondern auf die Dauer.

Einen Monat nach der Moskauer Besprechung wurde Herr Schipow durch ein Telegramm des Ministers des Innern, Plehwe, nach Petersburg zitirt und ihm die allerhöchste Unzufriedenheit wegen des Vorgefallenen eröffnet. In der Form bewahrten sowohl Plehwe als auch der Finanzminister Witte, der Herrn Schipow ebenfalls persönlich zu sich einlud, große Liebenswürdigkeit und versicherten ihre Sympathien gegenüber den Semstwos. Sehr viel gröber wurde der Adelsmarschall von Orel, Stachowitsch, angefahren (derselbe, der sich seiner Zeit durch seine Rede über die Gewissensfreiheit ausgezeichnet hat). Ihm wurde für seine Theilnahme an den Verhandlungen in Moskau direkt mit der administrativen Verbannung gedroht und jeder Versuch zur Rechtfertigung mit der Bemerkung abgeschnitten: „Kaiserliche Worte hört man ohne Einwendungen an."

Das Protokoll und die Theilnehmerliste der Moskauer Konferenz erhielt der Kaiser persönlich durch den Generalgouverneur von Moskau, Großfürsten Sergei Alexandrowitsch; wie es diesem zugänglich gemacht worden ist, ob mit oder wider den Willen der Betheiligten, steht dahin. Die nächste Folge war, abgesehen von der persönlichen Verwarnung für die Herren Stachowitsch und Schipow,

daß man von Petersburg aus einer Anzahl hervorragender Semstwo-Vertreter unter der Hand zu verstehen gab, daß die Semstwos auf einige Reformen rechnen dürften. Gleichzeitig aber erging ein vertrauliches Rundschreiben an die Vorsitzenden der Gouvernements- und Kreissemstwos: es sei aus den Berathungen der Semstwo-Versammlungen die Frage der Betheiligung oder Nichtbetheiligung der Semstwos an den Arbeiten der „besonderen Konferenz“ von vornherein auszuschließen. Thatsächlich erwartet man denn auch von der Regierung weniger als nichts, ja es besteht eine starke Strömung dafür, sozusagen einen Generalstreik der Semstwos zu inszeniren, denn bei der Sammlung des Materials für die „besondere Konferenz“ ist im Ernst doch nicht ohne Heranziehung zahlreicher Mitglieder der Semstwos als „privater“ Einzelpersönlichkeiten auszukommen, schon aus dem Grunde, weil sonst überhaupt keine nennenswerthe Anzahl von wirklichen oder auch nur scheinbaren Sachverständigen für die Enquete beschafft werden kann. Gegenwärtig halten sich die Besorgniß der Regierung vor unliebsamen Erörterungen auf der Semstwo-Tagung und das Bestreben bei den Semstwos, das verpönte Thema doch anzuschneiden, die Waage.

Eine Reihe von Adelsmarschällen hat in ebenso bestimmter wie freimüthiger Weise protestirt. So antwortet z. B. der Adelsmarschall des Kreises Jeletz, M. A. Stachowitsch, dem Minister Plehwe direkt:

„Sehr geehrter Herr, Wjatscheslaw Konstantinowitsch!

.... Ihre mangelhafte Information über die Ziele und Aufgaben der in Moskau stattgehabten Konferenz konnte nur die Folge davon sein, daß von den angeschuldigten Persönlichkeiten keinerlei Aufklärung verlangt worden war und das Ministerium die ersten vollkommen zuverlässigen Nachrichten über die Angelegenheit überhaupt nicht vor, sondern erst nach seinem allerunterthänigsten Berichte und der allerhöchsten Entschließung erhielt.

Die in der letzteren enthaltene Verwarnung betreffs dauernder Entfernung von aller öffentlichen Thätigkeit im Falle der Wiederholung einer — unaufgeklärten und gar nicht stattgehabten — Handlungsweise ruft eine peinliche Unbestimmtheit meiner Lage als Adelsmarschall hervor.

Ich diene ausschließlich kraft meiner Ueberzeugung und Berufung und muß daher meinen Dienst, die Würde meines Berufes und die Erfolge meiner Thätigkeit werthschätzen. Indem ich „nicht um der Furcht, sondern um des Gewissens wegen“ diene (diese Worte des Apostels Paulus hatte der Kaiser in Kursk beim Empfang des Adels zitirt), muß ich mir die Kraft dazu aus meinem Gewissen und Verstande schöpfen, die Mittel aber aus den Gesetzen, die durch die allerhöchste Gewalt für das russische Reich festgesetzt und in gehöriger Weise publizirt worden sind — nicht aber aus konfidentiellen Mittheilungen, bei denen man mir

nicht einmal das Papier in die Hand giebt, auf das der allerhöchste Befehl geschrieben ist. Da ich in den mir gewordenen Mittheilungen weder ein Verbot für die Zukunft noch einen Vorwurf wegen etwas thatsächlich Vorgefallenem finde, so bin ich also genöthigt, Sie zu bitten, Allerhöchst Seiner Kaiserlichen Majestät von der stattgehabten Verkehrung der Wahrheit Kenntniß zu geben und so den ungerechter und mißverständlicher Weise auf mich herabgezogenen Zorn des Kaisers von mir zu nehmen — was mir die Möglichkeit einer ruhigen und festen Arbeit wiedergeben würde, gemäß meinem geleisteten Eide, in Unterwerfung unter die bestehenden Gesetze und im Vollbesitz der Rechte, die sie für das Amt eines Adelsmarschalls vorsehen — ohne Verwirrung meines Gewissens, sei es durch die Furcht vor unverdienter Ungnade, sei es durch die Nothwendigkeit, mich vor solcher durch Willfährigkeit in dienstlichen Angelegenheiten statt durch Pflichterfüllung zu sichern"

Einen längeren und in viel entschiedenerem Ton gehaltenen Brief richtete der Graf Heyden, Kreis-Adelsmarschall von Opotschka und Präsident der Kaiserlichen Freien Oekonomischen Gesellschaft, an den Minister Plehwe. Desgleichen antwortete M. A. Stachowitsch, der bekannte Adelsmarschall von Orel, dem Gouverneur Kristi (26. September) von vornherein mit der Erklärung, daß er sich „auf das Allerentschiedenste weigere", zu gehorchen, und legt eingehend dar, daß er dazu nicht verpflichtet sei. Dann fährt er fort:

„Endlich wird erfahrungsgemäß eine solche Vorschrift eher zu der dem Herrn Minister unangenehmen Anfrage führen, als sie verhindern. Man kann doch im Ernst nicht annehmen, daß ein solches Cirkular, welches die gesetzlichen Rechte der Adelsmarschälle und ihre Ehre verletzt, deshalb geheim bleibt, weil es heimlich verschickt wird. Es wird bekannt werden, und selbstverständlich wird jeder Adelsmarschall, der auf seine und seines Standes Ehre hält, sich lieber wegen einer illegalen Berathung zur Verantwortung ziehen lassen, als die Vorstellung sich einwurzeln lassen, daß er ein gehorsamer Erfüller ungesetzlicher Forderungen des Ministers ist, nicht ein unabhängiger Vertreter des höchsten Standes. Wir sind nur dem Gesetz zum Gehorsam verpflichtet, und außer ihm — dem erhabenen Gesetzgeber selbst. Die ehrenvolle Autorität des Amtes der Adelsmarschälle ist, ich wage es Ihnen zu versichern, vor allen Dingen auf diese persönliche Unabhängigkeit desjenigen Mannes begründet, dessen Erwählung durch seine Standesgenossen dafür bürgt, daß er auch das Vertrauen des Monarchen verdient. . . . . . .

Ich habe für nöthig gefunden, all dieses deshalb genauer auszuführen, weil es nicht mehr der erste Fall in letzter Zeit ist, daß die Manieren und Verfügungen der Administrativbehörden sich in offenbarem Widerspruch mit dem Gesetz befinden und vollends nicht damit übereinstimmen, was der Gesetzgeber selbst gesagt hat. — — — —

Noch vor Kurzem geruhte der Herr und Kaiser, sich dahin über den

Adel zu äußern, daß dieser ein starkes Bollwerk der Ordnung und sittlichen Kraft für Rußland sei, den Bauern aber zum dritten Mal zu wiederholen, daß Sein Vertrauen auf den Adelsmarschällen beruht und daß Er die Leitung der ländlichen Verhältnisse ihnen übertrage.

Nach solchen gnädigen Worten konnte ich umsoweniger die rücksichtslose Verletzung meiner Rechte als Adelsmarschall erwarten und beabsichtige durchaus nicht, den Dienst, den ich „nicht um der Furcht, sondern um des Gewissens wegen“ thue, zu kompromittiren . . . Das habe ich auf den vollkommen vertraulichen Brief Eurer Exzellenz zu erwidern für meine Pflicht gehalten, und zwar vollkommen nicht vertraulich, vielmehr mit der Bitte, es dem Herrn Minister weiterzugeben, da es diesem einmal beliebt hat, mit mir durch Ihre Vermittlung in Beziehungen zu treten.“

Daß in dieser Weise Jemand in Rußland an den Minister des Innern oder einen Gouverneur zu schreiben wagt, ist kaum erhört und erklärt sich überhaupt nur aus der unter den russischen Liberalen weit verbreiteten Ueberzeugung, daß weder der Minister des Inneren, noch sonst überhaupt eine verantwortliche Persönlichkeit in diesen Fragen einen zuverlässigen Rückhalt an der Allerhöchsten Stelle hat. Man weiß, daß der Kaiser, der sich Anfangs mit persönlicher Bestimmtheit auf die Seite der unter seinem Vater Alexander III. mächtigen reaktionären Partei stellen zu wollen schien, in Wirklichkeit in der innerpolitischen Frage so wenig wie in den meisten anderen Dingen ein eigenes Urtheil hat, ja daß es ihm überhaupt an der nöthigen Kenntniß der Verhältnisse mangelt. Es ist z. B. vorgekommen, daß Personen, denen von Seiten des Ministers die allerhöchste Unzufriedenheit mitgetheilt worden war, sich bei gegebener Gelegenheit direkt an den Souverän wandten, wobei sich herausstellte, daß dieser offenbar gar nicht wußte, worum es sich handelte und den Frager an den Minister verwies. Nach einiger Zeit kommt dann von dort der kurze Bescheid, es habe bei der seiner Zeit geschehenen Eröffnung sein Bewenden! Daß Nikolaus II. von dem wahren Zustande seines Reiches ganz unzutreffende Vorstellungen hat, geht auch aus verschiedenen Wendungen hervor, die er bei den Manövern in Kursk den dorthin beschiedenen Vertretern des Adels und der Bauernschaft gegenüber gebrauchte. So äußerte er z. B. wörtlich folgenden Satz: „Der adlige Grundbesitz durchlebt eine schwere Zeit; auch beim bäuerlichen giebt es ungeordnete Verhältnisse.“ Einen solchen Ausdruck für die Lage des russischen Bauernstandes kann der Kaiser in einer programmatischen, für die Oeffentlichkeit bestimmten und der Oeffentlichkeit übergebenen Ansprache nur brauchen, wenn er von der wirklichen Lage der Dinge keine Ahnung hat. Bei diesen „ungeordneten Verhältnissen“ des Bauernstandes, d. h. bei der Nothwendigkeit, um der zum Zusammenbrechen auf dem Volke lastenden Ueberschuldung willen alljährlich ein Viertel der zur eigenen Ernährung des Volkes nur nothdürftig ausreichenden Ernte ans Ausland zu verkaufen, liegt ja die Wurzel der ganzen, das Mark der Nation auf=

zehrenden Noth Rußlands! Dies Wort von den „ungeordneten Verhältnissen“ hat in Rußland Entrüstung und zugleich die schmerzliche Gewißheit hervorgerufen, daß nicht einmal in dieser Grundfrage der gegenwärtigen Zustände der Kaiser über die Wahrheit unterrichtet ist.

Der Mangel einer festen persönlichen Leitung an der höchsten Stelle drückt sich mit besonderer Schärfe in dem Kampf der beiden Minister aus, dessen Ausgang für die nächste Zukunft Rußlands von entscheidender Bedeutung sein wird. Der nach der Ermordung Sipjagins zum Minister des Innern ernannte frühere Staatssekretär für Finland, v. Plehwe, hat in aller Form einen Feldzug gegen den bisher allmächtigen Finanzminister unternommen. Muß es schon auffallen, daß die dem Ministerium des Innern unterstehende Zensurverwaltung Angriffe auf das Wittesche Finanzsystem mit großer Liberalität behandelt, so wird die Lage vollends dadurch deutlich, daß Preßorgane, die Herrn v. Plehwe zur Verfügung stehen, offen einen kritischen, ja einen ironischen Ton gegen den Finanzminister anzuschlagen wagen. Es ist kein Geheimniß mehr, daß Herr von Witte im Begriff ist, eine politische Schwenkung in das Lager eines, wenn auch bedingten Konstitutionalismus zu vollziehen. Er hat es in verschiedenen Unterhaltungen mit den nach Petersburg zitirten Mitgliedern der Moskauer Semstwo-Konferenz direkt ausgesprochen, daß er die Einführung des konstitutionellen Regimes in Rußland lediglich für eine „Frage der Zeit“ halte, und daß er im Grunde seines Herzens die Prinzipien der „Selbstverwaltung“, um die sich jetzt der Kampf der russischen Liberalen gegen die bureaukratische Regierung dreht, billige. Diese Frage erhält jetzt aus Anlaß der Arbeiten der „besonderen Konferenz“ eine aktuelle Zuspitzung. Der Finanzminister ist der Vorsitzende der Konferenz: er hat das Programm ihrer Arbeiten entworfen und öfters in gelegentlicher Aussprache betont, der Kaiser wünsche „die ganze Wahrheit“ über den Stand der Dinge im Lande zu erfahren. Nun ist aber Plehwe ausdrücklich zu dem Zweck berufen, mit allen Mitteln das bisherige autokratisch-bureaukratische System aufrechtzuerhalten. Unter diesem Gesichtspunkt muß ihm die von dem Finanzminister den Provinzial- und Kreiskomitees der „besonderen Konferenz“ ertheilte Ermächtigung, bei den Verhandlungen über die Ursachen der Agrarnoth und die Mittel zu ihrer Abhilfe auch „allgemeine“ Fragen zu behandeln, höchst gefährlich erscheinen. Da es unmöglich ist, den Kreis dieser „allgemeinen“ Fragen so zu beschränken, daß keinerlei vom Standpunkt des Autokratismus bedenkliches Thema mit zur Verhandlung kommen kann, so wird sich unter Anwendung dieser Formel aus den Vorarbeiten der Provinzialkomitees für die „besondere Konferenz“ leicht eine Art Plebiszit der in den Semstwos vertretenen russischen Intelligenz gegen das ganze herrschende System entwickeln, denn, wie ich oben ausgeführt habe, ist es schlechterdings unmöglich, die Angehörigen der Semstwos als die einzigen wirklich Sachverständigen in agraren Dingen auch als Einzelpersonen von den Arbeiten der Provinzialkomitees auszu-

schließen. Herr v. Plehwe hat nun, entgegen dem Zirkular des Finanzministers, das die Behandlung „allgemeiner Fragen" erlaubt, eine Verfügung erlassen des Inhalts, daß alle Erhebungen und Diskussionen über nicht rein lokale Bedürfnisse und Probleme, d. h. also eben über „allgemeine Fragen", von den Arbeiten der Komitees auszuschließen seien. Unter dem Gesichtspunkt der Aufgabe, die dem Minister des Innern mit seiner Berufung gestellt wurde, ist das nur folgerichtig gehandelt, denn da die Sitzungen der Provinzialkomitees öffentlich sind, so kann, sobald es einige Mitglieder wollen, jede Verhandlung mit Leichtigkeit zu einer Debatte über politische Fragen erster Ordnung gemacht werden — was natürlich eine Stärkung und Propagirung des liberalen Gedankens in Rußland bedeuten würde, wie sie zweckentsprechender kaum erdacht werden könnte. Diese widerspruchsvolle Situation kennzeichnet sehr deutlich der nachfolgende Brief des Adelsmarschalls von Sudscha, Jewreinow, an den Finanzminister. Das interessante Schriftstück lautet:

4. August, Station Wileika (bedeutender Bahnknotenpunkt in der Nähe von Wilna), in Erwartung des Zuges.

Ew. hohe Exzellenz, hochgeehrter Sergei Juljewitsch!

Um zu beweisen, daß ich keine leeren Worte gemacht habe, als ich Ew. hohen Exzellenz auseinandersetzte, es sei unmöglich, unter den Bedingungen, die das Ministerium des Innern den Lokalkomitees vorschreibt, zu arbeiten, bitte ich um die Erlaubniß, Ihnen einen Ausschnitt aus der Zeitung „Russk. Wjed." über die Sitzungen des Pensaschen Gouvernements- und des Saratowschen Kreiskomitees zu übersenden. Aus diesem Bericht werden Sie geneigtest ersehen, daß die Gouverneure es nicht gestatten, allgemeine Fragen anzurühren. — — — — — Zugleich wird uns aber die beklagenswerthe Situation, unter der wir in der Provinz leben müssen, um so klarer. Auf der einen Seite die eingeschüchterte, zum Schweigen gezwungene Gesellschaft — auf der anderen ein zügelloser Haufe von Anarchisten, der sich vor nichts fürchtet, nicht einmal vor dem Galgen — und zwischen beiden das Ministerium des Innern, das fruchtlos den Kampf mit dieser Lernäischen Hydra führt. Jene schlimme Gesellschaft fürchten wir friedlichen Landleute nicht weniger, als das Ministerium des Innern. Alle diese Morde, Aufregungen und Strafen gewähren keine Möglichkeit, den Frieden zu erhalten und ruhig zu leben. Und nun — kaum wollten wir, ich und unser Kreis, auf die von der Regierung gestellten Fragen gewissenhaft darüber Antwort geben, was unser Leben und unsere Hauptbeschäftigung, die Landwirthschaft, schädigt, da erheben sich Donner und Blitz gegen diejenigen, die es gewagt haben, die Wahrheit zu sagen! — — — —"

Was ist nun aber in dem Kreiskomitee von Sudscha selber geschehen? Folgendes. Am 14./27. September fand im Saal der Semstwoverwaltung die letzte Sitzung dieses Komitees statt; den Vorsitz führte der Adelsmarschall Jewreinow. Zugegen waren 74 Mitglieder, darunter 31 bäuer=

liche Experten; außerdem ein Publikum von etwa 80 Personen. Nach Verlesung der Berichte der vorbereitenden Kommission wurde zum Vortrag der Denkschriften der einzelnen Mitglieder geschritten. W. W. Ussow verlas ein glänzend geschriebenes, umfangreiches Memoire: „Ueber die ruinirende Wirkung der Politik des Finanzministeriums". Nach Schluß lebhafte Applaudissements der Mitglieder und des Publikums. Der Steuerinspektor replizirte, das Komitee habe nicht das Recht, die Politik des Finanzministeriums im Allgemeinen zu kritisiren. Die Herren Jewreinow, Fürst Dolgorukow und Ussow bewiesen das Gegentheil. Es folgten u. A. folgende Referate: „Ueber den von der Semstwo der Bevölkerung zu leistenden Rechtsbeistand", „Reform des bäuerlichen Gerichtswesens", „Schädliche Seiten des Branntweinmonopols", „Wahlrecht der Kirchengemeinden", „Ueber die Gründe, welche die jetzigen Semstwos daran verhindern, auf die Hebung der ökonomischen Lage des Volks hinzuwirken". Jedes Referat ist durchtränkt mit Anklagen gegen das System der administrativen Vergewaltigung. 11 Uhr Nachts. Der Vorsitzende Jewreinow erklärt, daß er aus von ihm unabhängigen Gründen die Debatten über das letzte Referat, da es die Frage der Selbstverwaltung berühre, nicht zulassen dürfe; ebenso sei er gezwungen, Arbeiten über die Preßfreiheit und das Sektirerwesen nicht zum Vortrag gelangen zu lassen. Fürst Dolgorukow erklärt, unter diesen Umständen verzichte er auf weitere Theilnahme an den Arbeiten des Komitees. Lauter und lang anhaltender Beifall der Komiteemitglieder und des Publikums; Rufe: bravo, bravo! Das Mitglied Arnoldi erklärt, unter diesen Umständen sei es zwecklos, weiter zu arbeiten (lebhafter Beifall). Mitglied Ljachow: Man hat uns aufgefordert, uns offen über die Bedürfnisse der Landwirthschaft auszusprechen; jetzt erlaubt man uns nicht zu reden! Sämmtliche Mitglieder des Komitees, darunter auch die bäuerlichen, geben hintereinander entsprechende Erklärungen ab. Der Vorsitzende dankt für die bisher gethane — wie er fürchtet, leider vergebliche — Arbeit und stellt in Aussicht, sich an den Chef der „besonderen Konferenz" (Witte) wenden zu wollen. Fürst Dolgorukow betont, daß Herrn Jewreinow augenscheinlich keinerlei Vorwürfe träfen. Man kenne seine Ansichten und er schlage vor, ihm den Dank der Anwesenden zu votiren. Lebhafter, lauter langwiederholter Beifall. Schluß der Sitzung und der vorläufigen Arbeiten des Komitees von Sudscha!

Ich glaube, diese Reihe von Mittheilungen wird hinreichen, um eine Vorstellung von der Spannung der gegenwärtigen inneren Lage in Rußland zu geben. Wir sind P. v. Struve zu Dank verpflichtet, daß er uns durch seine Zeitschrift „Befreiung" (Oswoboschdenije), nachdem das Fehlen fast jeden zuverlässigen Materials solcher Art so lange ein Urtheil über die innerrussischen Dinge erschwert, ja unmöglich gemacht hat, jetzt fortgesetzt eine Fülle ausführlicher und gesichteter Nachrichten unterbreitet.

Die Presse und das öffentliche Urtheil in Deutschland haben allen Grund, sich eingehend mit der Struveschen Zeitschrift zu beschäftigen.

In einem Artikel der Naumannschen „Zeit" (Nr. 9) entwickelt Struve selbst des Näheren seine auf den letzten Nachrichten aus Rußland fußende Ansicht, daß die Wittesche Agrar-Enquête — die Arbeiten der „besonderen Konferenz" — ein „bedeutsames Vorspiel der konstitutionellen Entwicklung Rußlands" seien. Ihr Resultat habe augenscheinlich den bisher wenn auch nur aus Opportunismus reaktionären Minister zu einem Gesinnungswechsel bestimmt und innerlich den Liberalen angenähert.

Nach einer soeben von Struve publizirten Mittheilung hat Plehwe eine Denkschrift an den Kaiser gerichtet, des Inhalts, so lange das Finanzsystem Witte andauere, sei kein Ende der Revolten bei den ausgehungerten Bauern abzusehen! Das wäre eine Thatsache, die an Wichtigkeit alles Uebrige hinter sich zurückließe. Auch andere Nachrichten (eine offenbar richtig informirte Korrespondenz des „Tag" aus St. Petersburg) deuten darauf hin, daß die Stellung Wittes schwankend zu werden anfängt. Der Kaiser soll die beiden gegnerischen Minister jetzt noch einmal mit einander „versöhnt" haben. Ein solches Hinzögern der Entscheidung würde nur dem weichen und unentschlossenen Charakter Nikolaus' II. entsprechen. Der Konflikt ist aber nicht nur persönlich, sondern auch in der Natur der Dinge begründet, und die schließliche Krise kann daher höchstens hinausgezögert, nicht aber umgangen werden.

Paul Rohrbach.

Obstruktion. Chancen des Handelsvertrages. Dr. Rohrbach.
Schutz der persönlichen Freiheit in Deutschland.

Obstruktion ist die Aufhebung des Parlamentarismus, denn dieser beruht auf der Anerkennung der Majorität; die Obstruktion will die Majorität nicht gelten lassen, sondern sie todtmachen. Dennoch ist die Obstruktion allmählich in fast allen europäischen Parlamenten, um nicht zu sagen, zu einem Gewohnheitsrecht geworden, so doch jedenfalls zu einer parlamentarischen Praxis. Soll man sie einfach als einen Unfug und einen Nonsens, einen Selbstmord der parlamentarischen Staatsform verdammen? Das geht doch nicht an. Vor Allem erinnern wir uns, daß erst vor drei Jahren die deutsche Bildung durch rechtzeitig angewandte Obstruktion im Reichstag vor einer großen Drangsal und lebensgefährlichen Einschnürung bewahrt wurde. Keine andere Partei war es als die sozialdemokratische, die sich damals den Dank des deutschen Volkes verdiente, als sie die lex Heinze zu Fall brachte, und als die ehrenwerthe Fraktion der Nationalliberalen, die sich nicht getraut hatte, an die Spitze zu treten, nachträglich im Gefolge der Sozialdemokratie den Muth fand, sich einfallen zu lassen daß sie liberal sei.

Erscheinungen, die so wesentliche Folgen gehabt haben und zugleich so stark und so vielfältig in ganz Europa auftreten, sind doch etwas mehr als ein bloßer Widersinn, und daß Parteien, die gerade auf den Parlamentarismus einen hohen Werth legen, sich nicht scheuen, die Obstruktion anzuwenden, beweist deutlich, daß hier etwas Tieferes zu Grunde liegt.

Fortgesetzte Obstruktion hebt den Parlamentarismus auf, das ist kein Zweifel. Streikt das Parlament dauernd, so muß eine andere Staatsverfassung gesucht werden; vermuthlich würde die absolutistische Regierungsform der Erbe sein. Trotzdem ist die Obstruktion in den Parlamenten, wie sie heute sind, ein Element ihres Wesens. Es giebt im Leben mehr solcher Widersprüche. Denken wir an den militärischen Gehorsam: er ist das höchste Gesetz einer geordneten Armee, und nichts Geringeres als Todesstrafe steht in schweren Fällen auf den Bruch. Nichtsdestoweniger giebt es Fälle, wo man von einem Soldaten verlangt, daß er ungehorsam sei — auf die Gefahr seines Lebens hin. Geben ihm die Umstände nachträglich Recht, so hat er sich einen Lorbeerkranz verdient. Hat er Unrecht, so kann er sich nicht damit entschuldigen, daß er es gut gemeint habe, sondern ist des Todes schuldig.

Eine solche Betrachtung läßt sich wohl auch auf die parlamentarische Obstruktion anwenden: sie ist und bleibt prinzipiell ein parlamentarischer Staatsstreich, ein verfassungsrechtliches Verbrechen: aber es kommen Fälle vor, wo sie ein höheres inneres Recht auf ihrer Seite hat und dadurch gerechtfertigt wird. Ob in einem vorliegenden Fall in den Augen des Volkes dieses höhere Recht wirklich vorhanden ist, darauf kommt es also an.

Ferner ist zu unterscheiden zwischen verschiedenen Graden der Obstruktion. Die Linke macht jetzt der Rechten den Vorwurf, sie habe bei der zweiten Kanalvorlage Obstruktion betrieben. Die Rechte bestreitet das. Eine gewisse Verschleppung aber hat unzweifelhaft stattgefunden und der Streit ist zuletzt ein Streit um Worte. Auch bei der heutigen Obstruktion ist ja die Linke noch lange nicht zu den höchsten Graden aufgestiegen: sie hat noch nichts angewandt als Dauerreden und überflüssige namentliche Abstimmungen, aber sie ist noch nicht fortgeschritten zu künstlicher Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit, ganz abgesehen von den in Wien eingeführten Methoden.

In Deutschland hat eine Obstruktion nach Wiener Art unzweifelhaft gar keine Aussicht auf Erfolg; sie würde sofort mit den schwersten Keulenschlägen zu Boden geworfen werden. Sie hat nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn sie in der öffentlichen Meinung, die ja im Reichstag nur sehr unvollkommen vertreten ist, einen sehr starken Rückhalt besitzt und wenn der Grad der Geschäftsverhinderung nicht zu gewaltsam ist, nicht gewaltsamer, als es die öffentliche Meinung verträgt und die augenblickliche Lage erfordert. Das war bei der lex Heinze der Fall. Die Opposition wurde hier getragen durch die gesammte deutsche Bildung und blieb in den Formen gemäßigt. Ist die Erhöhung des Roggenzolles von

3,50 Mark auf 5 Mark eine Angelegenheit, um derentwillen eine Partei das moralische Recht hat, Obstruktion bis zum Aeußersten zu machen? Zweifellos nicht, und das hat sich auf der Stelle gezeigt. Diese Obstruktion ist schon jetzt als ein schwerer taktischer Fehler erkennbar. Der Abgeordnete Richter, der sie nicht mitgemacht hat, hat wieder einmal den Beweis seiner parlamentarischen Erfahrung und Klugheit gegeben, und indem ich dies schreibe, scheint schon hervorzutreten, daß die Obstruktionisten ihren Fehler erkannt haben und ein Stück zurückgewichen sind.

Man betrachte die Situation. Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß das Gros der Konservativen wie des Zentrums nichts lieber thäte, als sich auf die Vorlage der Regierung zurückzuziehen. Welch ein Wahnwitz, die ungeheuren Vortheile, die diese Vorlage der deutschen Landwirthschaft bringt, zu gefährden durch ein langes Herumfeilschen um eine Kleinigkeit mehr? Aber man gebraucht irgend eine Deckung für den Rückzug. Man hat sich zu sehr festgeredet in den Volksversammlungen, und die Ueberagrarier gefährden die Mandate bei den Neuwahlen. Nichts in der Welt könnte die gewünschte Deckung besser gewähren als ein möglichst wilder Obstruktionsspektakel im Reichstag, und sobald dann die Regierung und die Mehrheitsparteien einig sind, sind sie auch mit der Obstruktion, die ja doch nur einen mäßigen Anhalt im Lande hat, fertig. Ja, wenn es wirklich nothwendig wäre, den ganzen Zolltarif mit seinen 970 Positionen noch in dieser Session durchzuberathen, dann könnte die Obstruktion wohl Erfolg haben. Aber diese Durchberathung kann auch ebenso gut später erfolgen. Wichtig ist allein das sogenannte Tarifgesetz, und ob dieses zu Stande kommt, hängt nicht von der Linken, sondern ganz allein von der Mehrheit und der Regierung ab. Giebt die Geschäftsordnung der einen Seite formale Stützpunkte zur Obstruktion, so giebt sie der anderen, die die Mehrheit hat, die Möglichkeit, sie nach Bedürfniß auszulegen und, wenn das nicht ausreicht, sie zu ändern. Die Mehrheit ist so groß, daß sie gewisse entscheidende Beschlüsse, auch wenn die Linke den Saal verläßt, rechtsgiltig fassen kann. Von einer wirklichen Lahmlegung des Parlaments, etwa wie in Oesterreich, kann bei uns gar nicht die Rede sein, und die Linke wird sich deshalb hüten, die äußersten Mittel überhaupt zur Anwendung zu bringen, um nicht etwa dadurch dauernde Abänderungen der Geschäftsordnung zu Ungunsten der Minorität zu provoziren.

Das Schicksal des Gesetzes hängt also ausschließlich davon ab, ob die Mehrheit ein Thürchen findet, durch das sie sich auf die Regierungsvorlage zurückziehen kann.

Ich wiederhole noch einmal die Auffassung, die wir von Anfang an in dieser Frage vertreten haben. Wir würden es, rein wirthschaftlich betrachtet, heute für richtig halten, unser Schutzzollsystem eher zu mäßigen, als zu steigern. Politisch aber, da Deutschland bei der Unfruchtbarkeit der Linken ohne die Agrarier schwer zu regieren ist, ist es geboten, die agrarischen Forderungen so weit als irgend möglich zu erfüllen. Auch so

noch ist es sehr fraglich, ob das Mittel der Erhöhung der Zölle das Beste und Wirksamste für die Unterstützung der Landwirthschaft ist. Es hat sehr üble Rückwirkungen nach verschiedenen Seiten, und es giebt andere, sehr wirksame, bessere Mittel, auf die wir öfter hingewiesen haben. Hat man sich aber einmal auf die erhöhten Zölle versessen — man kann dabei leben: vorausgesetzt, daß dabei, wie der Reichskanzler behauptet, Handelsverträge möglich sind. Das hängt nicht von uns, das hängt von Rußland ab. Was in aller Welt soll eine russische Regierung vermögen, vertragsmäßig Zöllen zuzustimmen, die ihre eigene schon am Hungertuche nagende Bauernschaft vollends ins Elend stoßen müssen? Etwa die Furcht vor dem Zollkrieg? Es ist anerkannt, daß bei einem Zollkrieg Deutschland als der reichere Theil mehr zu verlieren hat, als Rußland. In der ganzen deutschen Presse habe ich auf die obige Frage noch keine andere Antwort gefunden, als sie in diesen „Jahrbüchern" selbst gegeben worden ist, nämlich daß Rußland durch das Zugeständniß des 5 Mark-Zolls den guten Willen zu neuen Anleihen in Deutschland zu erkaufen hofft. Ohne eine jährliche Anleihe kann es nicht leben und sein Kredit in Frankreich ist erschöpft.

Nun kommen aber aus Rußland in diesem Augenblick Nachrichten, die diese ganze Rechnung umzustürzen drohen. Der Vertreter des Systems, durch europäische Anleihen eine wirthschaftliche Scheinblüthe in Rußland zu erzeugen und die russische Landwirthschaft den Glanz bezahlen zu lassen, ist Herr von Witte. Ihm ist ein Gegner erstanden in dem neuen Minister des Innern, Herrn von Plehwe, der die Nothwendigkeit erkannt hat, das System Witte mit seinem Industrialismus fallen zu lassen und die Hilfe des Staates den Bauern zuzuwenden. Sollte wirklich Plehwe über Witte siegen, so ist es mit dem Handelsvertrag auf Grund erhöhter Agrarzölle für uns vorbei. Denn für eine agrarfreundliche Regierung in St. Petersburg kann es keinen höheren Wunsch geben, als jede Abwälzung fremder Zölle (die sich ja immer bis auf einen gewissen Grad einstellt) auf ihre eigenen Bauern zu vermeiden, vertragsmäßig jedenfalls nicht festzulegen, sondern möglichst auszuschließen.

Sieht man so, wie es nöthig ist, die Handelsvertragsfrage nicht bloß unter dem Gesichtspunkt der inneren Politik, sondern der europäischen Konstellation, so erkennt man, wie wunderlich nebensächlich alle die Aufregung im Reichstag und über den Reichstag ist. Wie sehr recht hat der Reichskanzler, sich möglichst wenig um die Leutchen am Königsplatz zu kümmern und statt dreinzufahren und die Führung an sich zu reißen, die Parteien in ihrem eigenen Fette schmoren zu lassen. Wenn sie genügend weich geworden sind, werden sie ja wohl die Regierungsvorlage annehmen. Ob es aber geschieht oder nicht, über den abzuschließenden Handelsvertrag ist damit erst ein Monolog gesprochen.

* * *

Die Frage des wirthschaftlichen und finanziellen Zustandes in Rußland ist eine der wichtigsten, vielleicht schlechthin die wichtigste der gegenwärtigen Politik. Nicht nur die äußeren Verhältnisse aller Staaten, sondern, durch die wirthschaftlichen Rückwirkungen, auch die inneren und Parteiverhältnisse werden dadurch mittelbar beeinflußt und sogar bestimmt. Nachdem früher bereits, vor etwa 10 Jahren, einmal starke Zweifel an der Solidität und Zukunft der russischen Finanzen in der wirthschaftspolitischen Literatur laut geworden waren, hatte doch in der gesammten europäischen Presse allmählich die Meinung die Oberhand gewonnen, daß Rußland mit seinen großen natürlichen Reichthümern eine gesicherte wirthschaftliche Zukunft vor sich habe und nicht viel weniger kreditwürdig sei, als etwa Deutschland oder Frankreich. Gegen diese Vertrauensseligkeit trat schon früher in diesen „Jahrbüchern“ und dann, unter Vorführung des breitesten Materials, in diesem Sommer Dr. Rohrbach auf. Er unternahm den zahlenmäßigen Nachweis, daß die wirthschaftliche Kraft Rußlands nicht im Aufstieg, sondern im Niedergang begriffen sei, und deckte auf, daß die russische Oberrechenkammer (Reichskontrolle) selber die Budgets, durch die der Finanzminister die europäischen Kreditgeber blendet, nicht anerkenne, sondern die gewaltigsten Posten der Eisenbahnverwaltung, die Herr von Witte als Vermögensbesserung ansehe und auf Anleihen verrechne, unter die laufenden Ausgaben buche. Es handelt sich in den letzten Jahren um nicht weniger als etwa 100 Millionen Mark jährlich.

Sind diese Thatsachen richtig, so kann Rußland dem schließlichen Bankerott schwerlich entgehen. Das will etwas bedeuten, sowohl für die Politik, wie für recht viele Einzelne; Rußland hat etwa 14 Milliarden Mark Staatsschulden, davon nicht weniger als 9 bis 10 Milliarden im Ausland, und hiervon werden gewiß nicht weniger als 1 bis 2 Milliarden in Deutschland sein.

Als jene ungeheuerlichen Thatsachen in diesen „Jahrbüchern“ zur Veröffentlichung gelangten, war ich selber nicht ohne einen gewissen Zweifel. Dr. Rohrbach ist einer der besten Kenner Rußlands, die wir in Deutschland haben und auch Rußland gegenüber von völlig unbefangenem Urtheil. Obgleich als geborener Balte gewiß nicht von innerer Sympathie für russisches Wesen erfüllt, hat er dennoch die Leistungen und Erfolge der Russen auf ihrem asiatischen Kolonialgebiet, als er sie aus eigener Anschauung kennen lernte, nicht hoch und freudig genug preisen können. Den Lesern dieser „Jahrbücher“ ist das aus seinen hier veröffentlichten Reiseschilderungen aus Turan und Armenien bekannt. So großes Vertrauen man aber auch einem so vorzüglichen Kenner und ernsthaften, sachlichen Urtheiler, wie diesem unserem Mitarbeiter entgegenbringen mag, und so wenig ich selbst in seinen Darlegungen Lücken oder Fehler aufzuspüren vermochte, so komplizirte Verhältnisse wie das russische Wirthschaftsleben und das russische Budget völlig zu durchschauen, ist doch sehr schwer, und ich blieb, wie gesagt, als ich die Artikel publizirte, nicht ganz ohne einen

inneren Zweifel, ob nicht doch eine Widerlegung erfolgen werde. Als die Frage angeregt wurde, ob bei der außerordentlichen Tragweite der Rohrbachschen Enthüllungen nicht eine Broschüren-Ausgabe der Aufsätze räthlich sei, entschied ich mich zunächst dagegen. Die Rohrbachschen Darlegungen müssen ja, wenn sie ins Publikum eindringen, eine direkte Einwirkung auf den Effektenmarkt ausüben. Die Welt ist argwöhnisch; wer weiß, ob sie nicht auch im Stande ist, eine anima candida, wie meinen Freund Rohrbach, als einen literarischen Börsenagenten hinzustellen. Erst einige Monate später, sodaß jede Spekulationswirkung ausgeschlossen war, sind die Rohrbachschen Aufsätze über „Das Finanzsystem Witte" auch als Broschüre erschienen.

Sowohl bei dem ersten wie bei dem zweiten Erscheinen hat die deutsche Presse nur in recht geringem Grade von der Publikation Notiz genommen. Die „Kreuz-Zeitung" allerdings hat mit aller Energie und sachlicher Zustimmung in den Hauptpunkten auf die Enthüllung hingewiesen, aber fast die sämmtlichen großen Zeitungen, die es sich sonst zur Aufgabe machen, alle Börsenverhältnisse mit minutiöser Genauigkeit zu verfolgen, haben es unterlassen, die Rohrbachsche Arbeit auch nur mit einem Worte zu erwähnen. Etwa weil sie werthlos, weil sie nicht widerlegenswerth ist, weil sie von vornherein eine Absurdität behauptet? Ich selber habe, wie ich nicht verhehlt, ursprünglich einige Zweifel empfunden, ob Rohrbach nicht zu schwarz male, und dasselbe gesagt, was auch die meisten Zeitungen, die seine Arbeit erwähnt haben, hinzufügten, daß nämlich nunmehr der russische Finanzminister das Wort habe und man erst abwarten müsse, was er erwidern werde. Es ist nicht nur eine, sondern es sind sogar zwei russische Erwiderungen erschienen, nämlich „Zur Kritik der Kritik des Systems des russischen Finanzministers" von N. B . . . . o. (Berlin, Hugo Steinitz, 23 S.) und „Das zehnjährige Amtsjubiläum des russischen Finanzministers v. Witte" von N. W. Arewjew-Uralsky in der Zeitschrift „Rußland und Deutschland" 1902 Nr. 10. Als dritte Vertheidigungsschrift, wenn auch ohne direkte Beziehung auf Rohrbach, ist zu nennen „Sergius Juliewitsch Witte, ein Gedenkblatt zum zehnjährigen Ministerjubiläum des russischen Finanzministers" (Verlag von Beno Kaufmann, gedruckt in der Buchdruckerei der „National-Zeitung").

Die Lektüre dieser Widerlegungen ist allen, die es angeht, auf das Dringendste zu empfehlen, um sich nämlich zu überzeugen, daß sie keinen Inhalt haben. Es ist nicht möglich, aus ihnen irgend etwas zu referiren, denn es steht nichts drin; es sind nichts als Wiederholungen und Paraphrasen der Witteschen offiziellen Rechenschaftsberichte. Seitdem ich diese Widerlegungen gelesen habe, sind mir persönlich wenigstens die Zweifel geschwunden, daß Rohrbach wirklich Recht hat.

Wie kommt es denn aber nun, daß unsere gesammte Börsenpresse über einen solchen Vorgang, namentlich über diese Art der „Widerlegung" schweigt?

Diese Frage hat sich auch Herr Rohrbach selber vorgelegt und in der

Wochenschrift „Zeit" (Nr. 8 vom 20. November) die Frage auch ganz direkt an ein besonders angesehenes Blatt, das sonst seine Leser über Börsenverhältnisse eingehend zu orientiren pflegt, an die „National-Zeitung", gerichtet. Die Form dieser Anfrage ist natürlich etwas eindringlich, aber das ist nun einmal so; wenn man in der Politik durch den starken Harnisch des Todtschweigens hindurchkommen will, muß der Pfeil schon recht spitz sein.

Auch die Antwort der „National-Zeitung" ist denn nun so ausgefallen, wie die Politiker es in einem solchen Falle zu machen pflegen. „Herr Dr. Paul Rohrbach", heißt es (Nr. 672 vom 21. November) „ist ein baltischer Schriftsteller, der seinem Haß gegen Rußland in der deutschen Presse Genüge zu thun sucht."

Das ist eine Unwahrheit, wie alle Leser der „Preußischen Jahrbücher" wissen, und wie auch die „National-Zeitung", der die „Preußischen Jahrbücher" nicht unbekannt sind, wissen könnte. Dr. Rohrbach hat sogar in seinen Artikeln über die auswärtige Politik eine gewisse russenfreundliche antienglische Stimmung.

„Ursprünglich", fährt die National-Zeitung" fort, „Theologe und bis vor kurzem nur als Verfasser von Reiseschilderungen aus Asien bekannt, hat er sich seit etwa einem halben Jahr als Autorität für russische Finanzen aufgethan und in den „Preuß. Jahrbüchern" ein über das andere Mal versichert, daß Rußland bankerott sei."

Zwei Unwahrheiten in einem Satz. Nicht „seit etwa einem halben Jahr", sondern schon seit einer Reihe von Jahren hat Dr. Rohrbach die russischen Finanzen verfolgt und darüber in diesen „Jahrbüchern" von Zeit zu Zeit berichtet; er hat aber weder damals noch jetzt behauptet, daß Rußland „bankerott sei", sondern nur, daß Rußland sich abwärts bewege und daß wenn kein anderes System eingeschlagen werde, zukünftig einmal Rußland zusammenbrechen müsse.

Beiläufig will ich hier gleich zufügen, daß schon vor einer Reihe von Wochen ein Buch von Herrn von der Brüggen „Das heutige Rußland" erschienen ist, das ohne noch Rohrbachs neueste Untersuchung zu kennen, ganz zu demselben Ergebniß über die russischen Finanzen gekommen ist wie dieser. Herr von der Brüggen ist der „National-Zeitung" nicht so ganz unbekannt; es ist noch nicht so gar lange her, daß er selber Redakteur der „National-Zeitung" war und hier die auswärtige Politik bearbeitete, insbesondere auch die russische. Trotzdem hat merkwürdigerweise die „National-Zeitung" auch das Brüggensche Urtheil über die russischen Finanzen vollständig übersehen.

Hören wir aber weiter, wie die „National-Zeitung" über Herrn Dr. Rohrbach urtheilt. Sie wirft einen vollständig unbegründeten Zweifel auf, ob er auch deutscher Reichsangehöriger sei. Sie findet bei ihm eine „offenbare Tendenz in Deutschland gegen Rußland zu hetzen". Er ist ihr dadurch von vornherein „verdächtig". Sie beklagt sich über seine „Dreistig-

keit“ und zählt ihn schließlich zu der „Sorte von Skribenten, um die man sich nicht kümmert, gleichviel was sie schreiben mögen“.

Nun wohl, auf die Gefahr hin, ebenfalls zu der „Sorte von Skribenten gerechnet zu werden, um die man sich nicht kümmert, gleichviel was sie schreiben mögen“, erlaube ich mir nun meinerseits an das Bankhaus Mendelssohn & Comp., die sämmtlichen übrigen Berliner Bankhäuser, die russische Anleihen zu emittiren und die gesammte deutsche Presse, die den Effektenmarkt zu besprechen pflegt, die Bitte zu richten, daß sie der Rohrbachschen Broschüre einige Beachtung schenken möchten. Ich schließe daran die Bitte an alle diejenigen, denen diese Zeilen zu Gesicht kommen, mich durch eine Postkarte an die Redaktion derjenigen Zeitung, bei der sie abonnirt sind, zu unterstützen, indem sie sie um Information bitten. Auch so ist es mir sehr fraglich, ob die Bitte Erfolg haben wird. Der gute Glaube an die Solidität und Kreditwürdigkeit Rußlands ist sehr verbreitet und sehr fest gewurzelt. Die Koalition der Interessen, die den russischen Kredit bei uns zu schützen und zu stützen sucht, ist überaus stark, und da der Zusammenbruch ja schwerlich schon so nahe bevorsteht, so wird auch die Empfindung, daß man ja immer noch Zeit habe, sich und sein Kapital herauszuziehen, bei der Ablehnung der näheren Prüfung stark mitsprechen. Es liegt in der Natur der Börse, daß sie nicht mit späteren Möglichkeiten, sondern nur mit kurzen Sichten rechnet. Aber leichten Fußes über die ganze Frage hinwegzuhüpfen mit dem Satz „die Russen haben doch bisher noch immer ihren Coupon bezahlt“, dafür steht zu viel auf dem Spiel und haben die deutschen Besitzer an Portugal und anderen Staaten zu schlechte Erfahrungen gemacht. Ich bin durchaus nicht gegen den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Rußland mit erhöhten Getreidezöllen gemäß der Vorlage der Regierung, aber wenn er wirklich dadurch erkauft werden müßte, daß die deutschen Sparer jährlich Hunderte von Millionen nach Rußland schicken, die ihnen endlich verloren gehen, so wäre mir das doch zu theuer bezahlt.

Kommt der russische Finanzminister oder kommen seine Freunde und Vertrauten in der deutschen Bankierwelt mit einem ernstlichen Versuch, die Darlegungen Rohrbachs und Brüggens zu widerlegen, so werden die „Preußischen Jahrbücher“ ganz gewiß nicht die Taktik der Börsen-Presse befolgen und solche Widerlegungen totschweigen. Wir werden darüber auf jeden Fall loyal referieren und auch etwaigen wirklichen Gegenbeweisen unsere Zustimmung nicht versagen. So lange aber eine Widerlegung nicht erfolgt ist, werden wir nicht aufhören, darauf hinzuweisen, daß ein großer Theil der deutschen Presse dem deutschen Publikum hier Thatsachen vorenthält, die es die Pflicht und Schuldigkeit hat, mit aller Sorgfalt und Genauigkeit öffentlich zu erörtern.

* * *

Die langweiligen Zolltarifverhandlungen des Reichstages sind auf einen Tag unterbrochen worden durch die Verhandlungen über eine Interpellation wegen der in jüngster Zeit so häufig vorgekommenen überflüssigen oder sogar gesetzwidrigen Verhaftungen und Mißhandlungen. Selbst Scharfmacher-Organe wie die „Berliner Neuesten Nachrichten" hatten sich der weit verbreiteten Verstimmung über diese Vorkommnisse nicht entzogen, und es ist deshalb schwer zu verstehen, daß die bürgerlichen Parteien, insbesondere die nationalliberale, die doch erst jüngst noch auf ihrem Parteitage beschlossen hat, sie wolle wieder liberal werden, in dieser Angelegenheit nicht die Führung genommen, sondern sie wieder der Sozialdemokratie überlassen haben.

Die Beantwortung der Interpellation durch den Staatssekretär Nieberding im Namen des Reichskanzlers ließ nichts zu wünschen übrig; sie athmete durchaus den aufgeklärten, humanen Geist, der das preußische Beamtenthum zum führenden Stande der Nation gemacht hat. Wie kommt es denn nun aber, daß wenn ein solcher auf den Universitäten, in der Luft der freien Wissenschaft und der reinen philosophischen Denkweise genährter Geist in den führenden Männern unserer Beamten-Hierarchie lebt, wir in der Praxis des öffentlichen Lebens davon so wenig verspüren und der Druck unseres Regiments so hart auf uns lastet, daß wir nur gerade noch das Bewußtsein, ein freies Volk zu sein, am Leben zu erhalten vermögen? Wie kommt es, daß die schöne ernst-wohlwollende Gesinnung des Staatssekretärs des Reichs-Justizamts nicht bis zu den unteren ausführenden Behörden durchzudringen vermag?

Die Aufgabe eines Führers der nationalliberalen Partei wäre es gewesen, auf diese Frage die richtige Antwort zu finden und zu geben. Der Abgeordnete Bassermann ist ihr leider nicht gewachsen gewesen. Den Vorwurf zwar, daß er es an Energie habe fehlen lassen, kann man ihm nicht machen; mit aller Schärfe hat er z. B. darauf hingewiesen, wie es wirken muß, daß den wegen Amtsmißbrauch gerichtlich verurtheilten Beamten so häufig die Strafe im Gnadenwege erlassen wird. Aber bis zu dem eigentlichen Sitz des Uebels hat er doch nicht vorzudringen gewagt.

Machen wir uns zunächst klar, daß der preußische Staat hervorgewachsen ist aus der Armee. Die Urmutter unserer bürgerlichen Ministerien war das Kommissariat, die Armee-Intendantur des Großen Kurfürsten, die allmählich die Verwaltung der zersplitterten Territorien zum großen Theil an sich zog und auf diese Weise den einheitlichen Staat geschaffen hat. Eine solche ursprünglich militärische Verwaltung nimmt naturgemäß so wenig wie die Armee und der rauhe Krieg selber auf das Individuum, sein Wohlbefinden und seine Rechte viel Rücksicht. In dem heutigen preußischen Staate steckt noch immer ein gut Theil von Friedrich Wilhelm I., nicht bloß nach der guten und segensreichen Seite, der Pflichttreue, Ordnung und Strenge, sondern auch der bösen, der Gewaltsamkeit und Willkür. Diese bösen Eigenschaften allmählich völlig schwinden zu lassen,

ohne von den guten etwas preiszugeben, ist die Aufgabe unserer Generation. Daß wir damit so garnicht vorwärts kommen, daß der gute Geist des preußischen Staates mit dem bösen noch immer im Kampf liegt, das muß man sich mit allem Ernst klar machen und die Ursachen untersuchen, um sie zu beseitigen.

Ich sehe den letzten Grund nirgend anders als darin, daß wir uns nicht entschließen können zu verlangen, daß der Staat gegen alle seine Bürger gleichmäßig wohlwollend und gleichmäßig gerecht sei. Es ist nicht wahr und es ist durchaus unbillig, den Fehler, über den wir uns beklagen, allein im Beamtenthum zu suchen. Das ganze Volk und die öffentliche Meinung trägt den bei Weitem größeren Theil der Schuld. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß die öffentliche Meinung es billigt, es durch ihren Beifall unterstützt und vorwärts treibt, wenn Verwaltung und Gerichte die Mittel des Gesetzes in der denkbar schärfsten Weise gegen gewisse Theile des Volkes, nämlich Sozialdemokraten, Dänen und Polen anwenden. Unser Beamtenthum ist ein einheitliches. Der Geist der Gesetzesauslegung, der an der einen Stelle großgezogen wird, macht sich auch an der anderen geltend. Es ist schlechterdings unmöglich, daß in einem Theil gegen gewisse Schichten der Staatsbürger eine milde und vorsichtige Handhabung der Vorschriften herrsche, während anderswo in demselben Staat eben diese Vorschriften bis zur äußersten Möglichkeit ausgenutzt werden. Ueber polizeiliche Haussuchungen existiren bei uns ganz gute und ausreichende Bestimmungen; in besonderen Fällen, wenn Gefahr im Verzuge ist, kann die Polizei aber davon absehen. Die Klausel, daß „Gefahr im Verzuge" sei, ist zunächst gegen Sozialdemokraten so weit ausgedehnt worden, daß man schon eher sagen darf „nach Ermessen der Polizei", und so sind die Schutzbestimmungen für die bürgerliche Freiheit nahezu illusorisch geworden. Man erinnere sich, daß einst bei einem Manne wie Herrn von Roggenbach die Polizei in seiner Abwesenheit in seine Wohnung kam, sein Pult aufbrach und seine Briefschaften durchsah. So ist es aber allenthalben ergangen. Von der Untersuchungshaft wird ein ganz übermäßig ausgedehnter und schonungsloser Gebrauch gemacht. Das Gesetz bestimmt, daß lästige Ausländer ausgewiesen werden können. Der Oberpräsident von Schleswig-Holstein legte das so aus, daß er harmlose Fremde auswies, wenn ihre Brotgeber sich politisch mißliebig machten; die ganze „nationale" Presse in Deutschland stimmte ihm jubelnd zu und diese Praxis wird noch heute in Schleswig gehandhabt. Der Wunsch, die Streiks zu unterdrücken, hat dazu geführt, daß das Reichsgericht die Erklärung von Arbeitern, nur unter gewissen Bedingungen weiter arbeiten zu wollen, unter dem Paragraphen der „Erpressung" bestrafen läßt. Als die Strafkammer in Gnesen die polnischen Frauen in Wreschen, weil sie Lehrer, die die in Gewissensnöthen befindlichen Kinder prügelten, bedroht und beschimpft hatten (ohne jede Thätlichkeit), mit Gefängnißstrafen bis zu zwei Jahren belegte, da erklärte die ganze „nationale" Presse mit fromm-

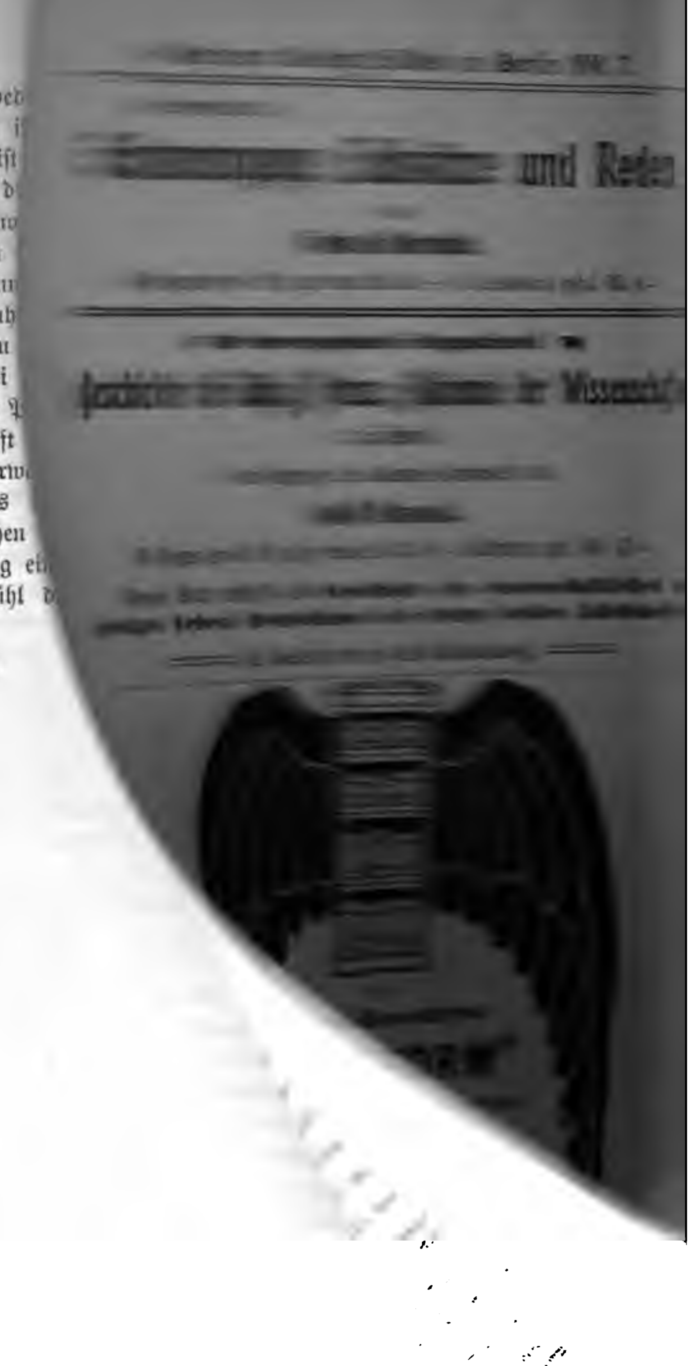
nationalem Augenaufschlag „streng, aber gerecht". Nichts kann einem Deutschen, der sich gern einem vollen und freien Stolz über sein Vaterland hingeben möchte, heute peinlicher sein, als die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts. Wir wären alle die antiquirten Bestimmungen längst los, ja man wäre auf die heute üblich gewordenen rigorosen Auslegungen gar nicht verfallen, wenn man nicht gewünscht und sich eingebildet hätte, durch solche Mittelchen Sozialdemokraten und Polen den Daumen aufs Auge setzen zu können.

Mit Beschämung und Kummer habe ich eine Schrift des Bonner Professors Philipp Zorn „Die deutsche Staatssprache" gelesen, in der alles Ernstes aus dem Begriff des Nationalstaates gefolgert wird, daß die undeutschen Nationalitäten in Preußen überhaupt kein öffentliches Recht auf ihre Sprache hätten, nicht einmal im Religionsunterricht bei kleinen Kindern. Zorn giebt zu, daß bei der Ausarbeitung der preußischen Verfassung, die die alten königlichen Zusagen an die Polen rechtlich antiquirte, von dem Minister des Innern zugesagt sei, daß die Regierung dieserhalb besondere Volagen machen werde. Da aber diese Zusage nie erfüllt worden ist, so hat nur die deutsche Sprache ein Recht. „Wer die Macht religiöser Faktoren im Volksleben kennt und achtet, sagt der Verfasser, weiß auch den engen und tiefen Zusammenhang zwischen Religion und Muttersprache, speziell für das Kind. Aber wir vermögen Gewissensbedenken gegenüber dem Rechtsgrundsatze nicht anzuerkennen." Man glaubt sich vor die Inquisitionsrichter in einem Ketzerprozeß versetzt, wenn man solche Worte liest: der juristische Formalismus, der nichts kennt, als die alleinseligmachende Kirche oder die alleinberechtigte Nationalität und „Gewissensbedenken", d. h. die ewigen Gesetze Gottes daneben nicht kennt, und es ist ein deutscher Professor, der sich nicht scheut, solche Worte in die Welt zu senden, und noch viel, viel schlimmer: es ist wirklich ein großer und geistig sehr wesentlicher Theil unseres Volkes, der heute solche Anschauungen theilt. Es ist derselbe Geist, der auch vor einigen Jahren mit Hilfe der nationalliberalen Partei das „Privatdozenten-Gesetz" erzeugte, das die wissenschaftliche Freiheit an unseren Universitäten dauernd gefährdet und nur deshalb noch keinen weiteren Schaden angerichtet hat, weil von den zwei Seelen Preußens im Universitätswesen die bessere doch auch noch immer die stärkere ist.

Der Volksmund hat für die beiden Grundübel, an denen unser öffentliches Leben sittlich krankt, zwei ganz bestimmte Ausdrücke geprägt: die Scharfmacherei und den Hakatismus. Es sind deshalb so große Uebel, weil ihre Träger vielfach persönlich und politisch hochstehende und tadellose Persönlichkeiten sind, die aber, in kleinlichen und engen Vorstellungen befangen, die großen Kämpfe der Zeit glauben mit kleinen Mitteln ausfechten zu können. Daß eine große Anschauung von den Dingen nothwendig sagen muß: entweder ein Sozialistengesetz oder völlige Gleichberechtigung der Parteien jeder Mittelweg ist eine Halbheit, die nur dem Um-

sturz mußt, entwed
jeder Mittelweg i
fache Wahrheit ist
kämpfung durch d
Justiz, die sich no
die Dinge haben
Herrn Bassermann
instruiren und anh
liche Freiheit zu
in Scharfmacherei
Vertreter dieser P
einzelne Vorschrift
der in einer Verw
deutsche Volk es
empfinden, welchen
ist es der Anfang ei
dem stolzen Gefühl d
führen wird.

23. 11. 02.



Von neuen Erscheinungen, die der Redaktion zur Besprechung zugegangen, verzeichnen wir:

Anders, Ida. — Briefe von Julius Lange. M. 5,—. Strassburg i. E., J. H. Ed. Heitz (Heitz & Mündel.)
Bartels, Adolf. — Die deutsche Dichtung der Gegenwart. Die Alten und die Jungen. 5. Auflage. Leipzig. F. Avenarius.
Das hülfreiche Berlin. Zentralorgan für Wohlthätigkeits-Bestrebungen in der Reichshauptstadt. Jahrg. 1, No. 1.
Bestrau, Georg. — Sündenvergebung. Schauspiel. Patschkau, G. Buchal.
Bethge, Hans. — Der gelbe Kater. Novellen. Brosch. M. 3,- . geb. M. 4,—. Berlin, Schuster & Loeffler.
Bitzius, Albert. Religion im Alltagsleben. Predigten. Bd. VII. Aus dem Nachlass herausgegeben mit einer Lebensbeschreibung des Verfassers. Brosch. M. 3,50, eleg. geb. M. 4,50. Bern, A. Francke.
Boghitchévitch. — Halbsouveränität. Administrative und politische Autonomie seit dem Pariser Vertrag (1856). M. 5,—. Berlin, Julius Springer.
Björnson, Björnstjerne. — Auf Storhove. Drama. München, Albert Langen.
Brentano und Tieck. — Romantische Märchen. Preis geb. M. 4,50. Leipzig, Eugen Diederichs.
Broicher, Charlotte. – John Ruskin und sein Werk. I. Reihe. Preis brosch. M. 5,— geb. M. 6,— Leipzig, Eugen Diederichs.
Budde, K. — Das alte Testament und die Ausgrabungen. M. —,80. Giessen, J. Ricker'sche Verlagsbuchhandlung.
A Catalogue of the Publications of the University of Chicago Press. Chicago, the University of Chicago Press.
Cauer, Paul. — Palaestra Vitae. Eine neue Aufgabe des altklassischen Unterrichts. M. 3,40. Berlin, Weidmannsche Buchhandlung.
Chun, C. — Aus den Tiefen des Weltmeeres. Lfr. 5—7 à M. 1,50. Jena, Gustav Fischer.
Conradt, Carl. — Amytis. Drama in fünf Aufzügen. Festspiel zur 50jährigen Jubiläumsfeier des kgl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums zu Greifenberg i. Pomm.
Curtius, Ernst. — Ein Lebensbild in Briefen. Herausgegeben von Friedrich Curtius. Preis M. 10,—. Berlin, Julius Springer.
Dose, — Frau Treue. Brosch. M. 5,—, Prachtband M. 6,—. Leipzig, Sächsischer Volksschriftenverlag.
Ernst, Paul. — Prinzessin des Ostens und andere Novellen. M. 5,—. Leipzig, Insel-Verlag.
Frauentrost. — Gedanken für Männer, Mädchen und Frauen. M. 1,80. München, C. H. Beck.
Friedrich, Paul. — Napoleon. Heroische Trilogie. Berlin, Otto Janke.
—,— Im Lebenssturm. Neue Gedichte. (172 S.) Berlin, G. Grote.
—,— Heinrichs Krönung. Eine deutsche Sage aus alter Zeit. Leipzig und Berlin, Georg Heinrich Meyer.
Frobenius, H. — Militär-Lexikon, Ergänzungsheft I. Berlin, Martin Oldenbourg.
Fuhrmann, Maximilian. — Die Hölle im Pferdestall. (232 S.)
Globetrott. — An 19. Jahrhunderts Neige in Japan, China und Java. Brosch. M. 12,—, geb. M. 14,50. Braunschweig, George Westermann.
Gorjki, M. — Im Gram. Brosch. M. 2,—, geb. M. 3,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
—,— Frühlingsstimmen. M. 2,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Grazie, M. E. delle. — Gedichte, 4. Aufl. M. 4,—. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
Grimm. — Unüberwindliche Mächte. 3. Aufl. 2 Bände. M. 8,—. Stuttgart, J. G. Cotta.
Die Grundstücks-Aufnahme Ende Oktober 1900 sowie die Wohnungs- und Bevölkerungs-Aufnahme vom 1. Dezember 1900 in Berlin und 23 Nachbargemeinden. Erste Abtheilung: Grundstücks- und Wohnungs-Aufnahme. Berlin, Bernhard Simion.
Günther, Chr. — Strophen. Geb. M. 4,50. Leipzig, Eugen Diederichs.
Heinemann, Ernst. — Das Grundprinzip der Aktienform und der Nachschlusszwang bei Aktiengesellschaften. Berlin, Haude & Spener.
Heinse, Wilhelm. — Sämmtliche Werke, Bd. IV. Ardinghello und die glückseligen Inseln. M. 6,—.
—,— Bd. V. Hildegard von Hohenthal. Erster und zweiter Theil. M. 6,—. Herausgegeben von Carl Schüddekopf. Leipzig, Insel-Verlag.
Jensen, Wilhelm. — Der Hohenstaufer Ausgang. Geschichte und Dichtung. 2. Auflage. (453 S.) Leipzig und Dresden, C. Reissner.
Jerusalem, Wilh. — Lehrbuch der Psychologie. 3. umgearbeitete Auflage. Wien und Leipzig, Wilhelm Braumüller.
Kalthoff, K. — Das Christus-Problem. Grundlinien zu einer Sozialtheologie. M. 2,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Kinkel, Walter. — Joh. Fr. Herbart, sein Leben und seine Philosophie. M. 3,—. Giessen, J. Ricker (Alfred Töpelmann.)
Klee, Gotthold. – Die alten Deutschen während der Urzeit und Völkerwanderung. Schilderungen und Geschichten, zur Stärkung vaterländischen Sinnes der Jugend und dem Volke dargebracht. Mit Titelbild. 2. Aufl. Geb. M. 3. Gütersloh, C. Bertelsmann.
Knapp, Th. — Gesammelte Beiträge zur Rechts- und Wirthschaftsgeschichte vornehmlich des deutschen Bauernstandes. Preis M. 9,—. Tübingen. H. Laupp'sche Buchhandlung.
Knoll, Hans. — Die „Zweierwahl" ein Schutz für die Minoritätsparteien. (15 S.) Ludwigshafen am Rh., A. Lauterborn.
Koenigsberger, Leo. — Hermann von Helmholtz. I. Band. Geh. M. 8,—, geb. M. 10,—. Braunschweig, Vieweg & Sohn.
Kretzschmar, Herrmann. — Musikalische Zeitfragen. (135 S.) Leipzig, C. F. Peters.
Kühnemann, E. — Schillers philosophische Schriften und Gedichte. M. 2,—. Leipzig, Dürr.
La Mara. — Musikalische Studienköpfe. V. Band. M. 5,—. Leipzig, Breitkopf & Härtel.

Langermann, J. — Probleme der Erziehung. I. Jurist, Arzt und Pädagoge. II. Die Erziehungsreform und die soziale Frage. Preis M. 2,40. Elberfeld, Baedeker'sche Buchhandlung.
Lasswitz, K. — Nie und Immer. Neue Märchen. Brosch. M. 4,—, geb. M. 5,—. Leipzig. Eugen Diederichs.
Lechler, Prälat D. K. von. — Der deutsch-evangelische Kirchenbund. Preis M. 2. Gütersloh, Verlag von C. Bertelsmann.
Litzmann, Berthold. — Clara Schumann, 1. Band: Mädchenjahre. M. 9,—. Leipzig, Breitkopf & Härtel.
Lorenz, Dr. K. — Die kirchlich-politische Parteibildung in Deutschland von Beginn des dreissigjährigen Krieges im Spiegel der konfessionellen Polemik. M. 3,50. München, C. H. Beck.
March, Ottokar Stauf von der. — Völker-Ideale. Beiträge zur Völkerpsychologie. Bd. I. Germanen und Griechen. M. 3,50. Leipzig, Julius Werner C.-G.
Mauthner, F. — Beiträge zu einer Kritik der Sprache III. Preis M. 12,—. Stuttgart, J. G. Cotta.
Meyer-Benfey, H. — Moderne Religion. Preis M. 3,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Meyer, Eduard. — Zur Theorie und Methodik der Geschichte. (56 S.) Halle a. S., Max Niemeyer.
Moeller-Bruck, Arthur. — Die Moderne Literatur in Gruppen- und Einzel-Darstellungen. Band XII Propheten. M. 0,50. Berlin und Leipzig, Schuster & Loeffler.
Moltkes Militärische Werke. — Vierter Theil. Moltkes Militärische Korrespondenz. Aus den Dienstschriften des Jahres 1859. Herausg. v. Gr. Generalstabe, Kriegsgesch. Abth. I. Geh. M. 5,50, geb. M. 7,25. E. S. Mittler & Sohn.
Müller-Guttenbrunn, Adam. — Zwischen zwei Theaterfeldzügen. (225 S.) Linz, Wien, Leipzig-Oesterreichische Verlagsanstalt.
Naumann, Friedrich. — Kunst und Volk, Vortrag. Preis 10 Pfg. Berlin-Schöneberg, Buchverlag der Hilfe.
—,— Patria. Jahrbuch der „Hilfe" 1903. (176 S.) Berlin-Schöneberg, Buchverlag der Hilfe.
Pater, Walter. — Imaginäre Porträts. Deutsch v. Felix Hübel. M. 5,—. Leipzig, Insel-Verlag.
Platen, Graf von. — Dramatischer Nachlass. Herausgegeben von Erich Petzel. Preis M. 6,—. Berlin, Behr's Verlag.
Poschinger, Heinrich v. — Preussens auswärtige Politik 1850—1858. Unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlasse des Ministerpräsidenten Otto Frhrn. v. Manteuffel. Dritter Band: 1854—1858. (514 S.) Berlin, S. Mittler & Sohn.
Prokop. — Gothenkrieg M. 3,—, übersetzt. Leipzig, Dyk'sche Buchhandlung.
Ruskin, John. — Moderne Maler. Bd. 1 und 2. Im Auszug übersetzt und zusammengefasst von Charlotte Broicher. Brosch. M. 5,—, geb. M. 6,—. Leipzig, Eugen Diederichs.
Salomon, Alice. — Soziale Frauenpflichten. M. 2,20. Berlin, Otto Liebmann.
Schick, Eugen. — Aus stillen Gassen und von kleinen Leuten. (162 S.) Leipzig, Hermann Seemann, Nachf.
Schmeidler. — Der dux und das comune Venetiarum von 1141—1229. Preis M. 2,80. Berlin, E. Ebering.
Schmölder, Robert, Oberlandesgerichtsrath. — Die Geldstrafe. (29 S.) Hamm i. W., in Kommission bei E. Griebsch.
Schriften der Gesellschaft für soziale Reform. — Heft 7 und 8. Die Herabsetzung der Arbeitszeit für Frauen und die Erhöhung des Schutzalters für jugendliche Arbeiter in Fabriken. Referate der Generalversammlung in Köln am 22. September 1902 erstattet von Dr. A. Pieper und Helene Simon, nebst einem Bericht über die Generalversammlung. M. 1,—. Jena, G. Fischer.
Schwartzkopff, Prof. Dr. Paul. — Bruder Gerhard, Trauerspiel in fünf Aufzügen. M. 0,50. Halberstadt, J. Schimmelburg.
Selle, F. — Die Philosophie der Weltmacht. M. 2,40. Leipzig, Johann Ambrosius Barth.
Seydel, Max von. — Staatsrechtliche und politische Abhandlungen. Neue Folge, nach des Verfassers Tode herausgegeben von Karl Krazeisen. M. 6,60. Tübingen und Leipzig, J. C. B. Mohr.
Der Siebenjährige Krieg. — Herausgegeben vom grossen Generalstabe. Vierter Band: Gross-Jägersdorf und Breslau. M. 15. Berlin, E. S. Mittler & Sohn.
Soyous-André, E. — La crise allemande de 1900—1902. Le charbon, le fer & l'acier. Berlin, Puttkammer & Mühlbrecht.
Steig, R. — Neue Kunde zu Heinrich von Kleist. M. 3,—. Berlin, Georg Reimer.
Sturm, August. — Auf der Höhe. Neue Lyrik. Hamburg, Verlagsanstalt und Druckerei A. G. (vorm. J. F. Richter).
Turgenjeff. — Gedichte in Prosa. Deutsch von Th. Comichau. M. 1,—. Leipzig, Insel-Verlag.
Vorländer, K. — Geschichte der Philosophie. II. Band. Philosophie der Neuzeit. M. 3,60. Leipzig, Dürr.

Baudelaires Werke in deutscher Ausgabe von Max Bruns. Bd. III. Brosch. M. 2,50, geb. M. 3,50.
Castellani. — Das Weib am Kongo. Brosch. M. 3, , geb. M. 4,—. Minden i. W., I. C. C. Bruns.
Kirchbach, Wolfgang. — Was lehrte Jesus? Zwei Urevangelien. Geh. M. 6,—, geb. M 7,—. Berlin, Ferdinand Dümmler.
Mellin. — Marginalien und Register zu Kants Kritik der Erkenntnissvermögen. Band II. Brosch. M. 6,—, geb. M. 7,—. Gotha, E. F. Thienemann.
Mombert, Alfred. — Tag und Nacht. Geh. M. 1,25, geb. M. 2,—. Minden i. W., I. C. C. Bruns.
—,— Der Glühende. Geh. M. 1,25, geb. M. 2,—. Minden i. W., I. C. C. Bruns.
—,— Die Schöpfung. Geh. M. 2,50, geb. M. 3,25. Minden i. W., I. C. C. Bruns.
Scheerbart, Paul. — Immer mutig. Roman in 2 Bänden. Geh. M. 4,50, geb. M. 6,—. Minden i. W., I. C. C. Bruns.
Die Kunst des Jahres. — Deutsche Kunstausstellung 1902. München, Verlagsanstalt F. Bruckmann A.-G.

Servaes, Franz. — Heinrich von Kleist. (160 S. gr. 8° mit 61 Abbildungen.) Geb. M. 5,—. Leipzig, Berlin und Wien, E. A. Seemann.
Spiess, Bernhard. — Goethe und das Christenthum. (5 Bogen.) Brosch. M. 1,50. Englert & Schlosser, Frankfurt a. M.
Stutz, Dr. Ulrich. — Kirchenrechtliche Abhandlungen. I. Heft. M. 4,—. Stuttgart, Ferdinand Enke.
Vierordt, H. — Vaterlandsgesänge. Zweite Auflage. Heidelberg, Carl Winter.
Wertheimer. — Der Herzog von Reichstatt. Ein Lebensbild. M. 9,—. Stuttgart, J. G. Cotta

Manuskripte werden erbeten unter der Adresse des Herausgebers, Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Einer vorhergehenden Anfrage bedarf es nicht, da die Entscheidung über die Aufnahme eines Aufsatzes immer erst auf Grund einer sachlichen Prüfung erfolgt.

Die Manuskripte sollen nur auf der einen Seite des Papiers geschrieben, paginirt sein und einen breiten Rand haben.

Rezensions-Exemplare sind an die Verlagsbuchhandlung Dorotheenstr. 72/74, einzuschicken.

Verantwortlicher Redakteur: Professor Dr. Hans Delbrück,
Berlin-Charlottenburg, Knesebeckstr. 30.

Verlag von Georg Stilke, Berlin NW., Dorotheen-Strasse 72/74.
Druck: Aktiengesellschaft National-Zeitung, Berlin W., Mauerstr. 86-88.

Dezember 1902. Einhundertundzehnter Band. Heft III.

Preußische Jahrbücher.

Herausgegeben
von
Hans Delbrück.

Inhalt: Seite

(Fortsetzung siehe Innenseite.)

Erscheint jeden Monat.
Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter.
Preis vierteljährlich 6 M. — Einzelheft 2 M. 50 Pf.

Berlin
Verlag von Georg Stilke
1902.

Ueber die Bände 1—25, 26—50, 51—70, 71—100 sind sachlich und alphabetisch geordnete General-Register erschienen. Das soeben ausgegebene Heft über die Bände 71—100 (1893 bis Juni 1900) ist von unserer Verlagsbuchhandlung zum Preise von 1 M. zu beziehen.

Mit Beilagen der Verlagsbuchhandlung Hermann Gesenius, Halle a. S., der Verlagsbuchhandlung H. Schmidt & C. Günther, Leipzig, der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachf., G. m. b. H., Stuttgart und des Historisch-Politischen Verlages (Rudolf Hofstetter), Leipzig.

Einige Urteile der Presse über: Liman, „Fürst Bismarck nach seiner Entlassung“.

Königsberger Allgemeine Zeitung (24. Dezember 1901):

. . . Es ist ein dankenswerter Versuch, nicht bloß des Historikers, die aneinander folgenden Thatsachen in ihrem inneren und äußeren Zusammenhange klar und übersichtlich darzustellen, sondern auch des Psychologen, sie aus dem Wesen der handelnden Personen heraus zu verstehen und zu erklären.

Deutsche Zeitschrift, 15. Jahrgang, Heft 8:

. . . Limans Werk ist ein Volksbuch, geschrieben ohne alle Ruhmredigkeit, doch mit begeisterter Bewunderung seines Helden. Mögen recht viele noch zu dem Werke greifen, um Einsicht in die Ziele unseres staatlichen Lebens, aber auch Freudigkeit zu weiterer Arbeit daraus zu schöpfen!“

Badische Landeszeitung:

. . . Liman kann sich darauf berufen, im Bismarck'schen Hause bis zum Ableben des großen Kanzlers gern gesehener Gast gewesen und von diesem oft in das Vertrauen gezogen worden zu sein. Er ist scharfsinnig und feinfühlig genug, die Dinge, die ihm dort entgegengetreten sind, psychologisch richtig zu schildern. . . . .

New-Yorker Staatszeitung vom 11. Mai 1902:

Der Ton des ganzen Werkes ist der der Wahrheit und des Bemühens, Allen, selbst den Gegnern, gerecht zu werden. Das Buch sollte in keinem guten deutschen Hause fehlen.

Akademische Blätter:

Nur nebenbei sei erwähnt, daß ein glänzender, funkelnder Stil die Lektüre des sehr geschmackvoll ausgestatteten Buches auch zu einem ästhetischen Genuß macht. Auf lange Zeit hinaus wird das Buch das wertvollste sein, das über den letzten Teil von Bismarcks Lebenswerk berichtet.

Bücher-Zettel.

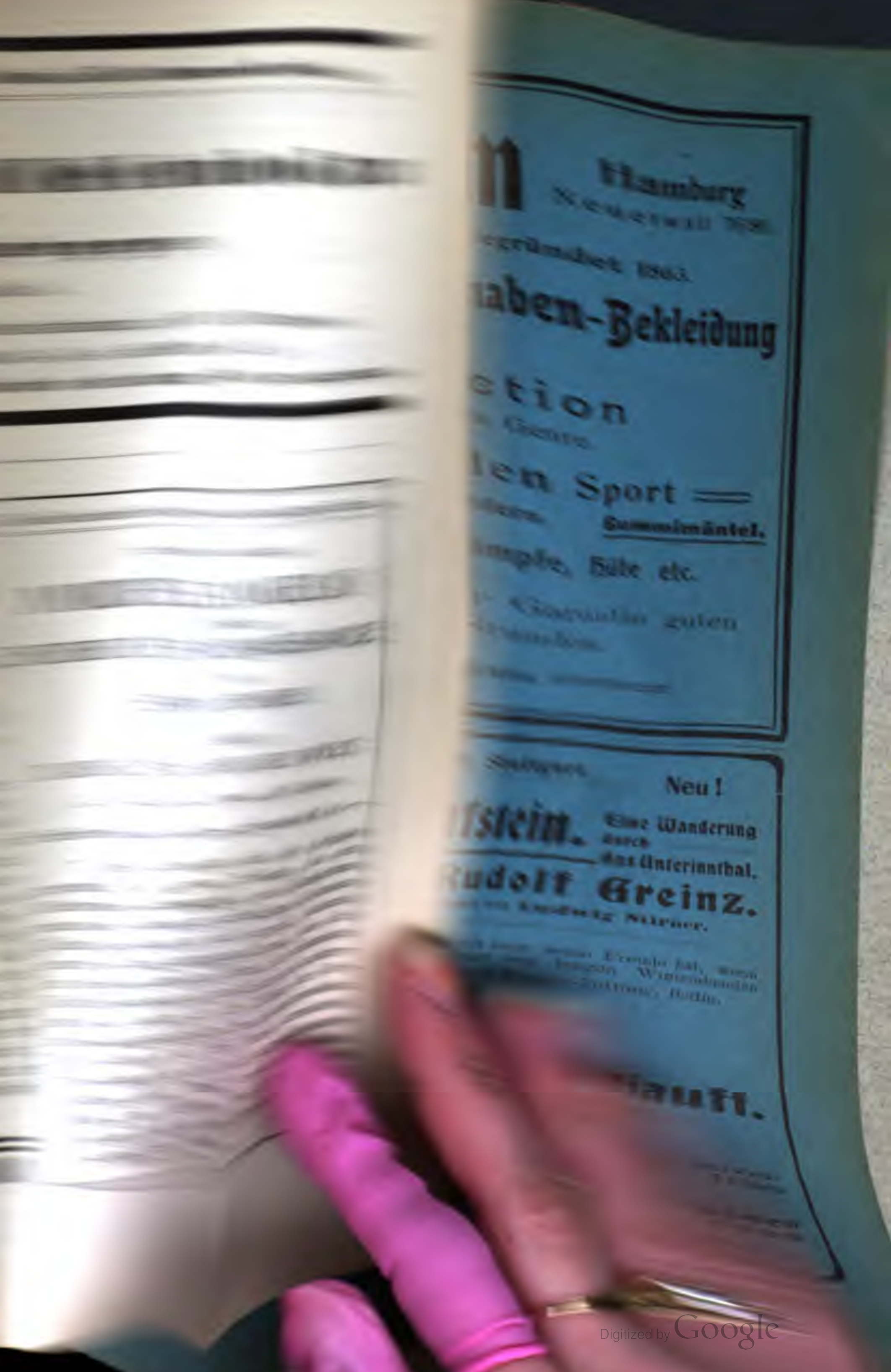
In Deutschland 3 Pfg. In Oesterreich-Ungarn 3 h

An . . . .

. . . .

in . . . .




Hamburg
Sport
Gummimäntel.
Hüte etc.
Neu !
Eine Wanderung durch das Unterinnthal.
Greinz.


UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 03507 2696